

**Die westliche Allianz  
und Chruschtschows Aussenpolitik:  
Eisenhower, Kennedy und  
politische Kooperation in der Nato, 1955-1963**

Abhandlung  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät  
der Universität Zürich

vorgelegt von  
**Christian Nünlist**

von Horgen

Angenommen im Sommersemester 2005  
auf Antrag von Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Zürich, 2013

Urheberrechtlich geschütztes Material  
© Christian Nünlist



# Inhaltsverzeichnis

<b>Danksagung</b> .....	7
<b>Einleitung</b> .....	9
<i>Fragestellung</i> .....	10
<i>Forschungsstand</i> .....	13
<i>Quellenlage</i> .....	18
<i>Gliederung</i> .....	21
<b>I. Die Nato und die Genfer Konferenzen (1955)</b> .....	23
1. „Eine Geste der Höflichkeit“: Politische Kooperation in der Nato (1949-1954).....	23
2. Forderungen nach verstärkter politischer Konsultation in der Nato .....	27
3. Nato-Debatten zur sowjetischen Frühjahrsoffensive von 1955.....	32
4. Westliche Gipfelvorbereitungen: Forderungen in der Nato nach Mitsprache.....	45
5. Solidarität mit der BRD: Der ausserordentliche Atlantikrat im Juli 1955 .....	49
6. Nach dem Genfer Gipfel: Das Ende der Nato? .....	52
7. Nato-Konsultationen vor und nach Genf II .....	59
8. Bestandesaufnahme des „Geistes von Genf“ am Ministerrat Ende 1955.....	65
9. Fazit .....	67
<b>II. Das Komitee der „Drei Weisen“ (1956)</b> .....	69
1. Allianz vs. Détente? US-Überlegungen zur Zukunft der Nato.....	69
2. Diskussionen um Artikel 2 am Atlantikrat im Dezember 1955 .....	72
3. Forderungen nach einer Stärkung der nicht-militärischen Seite der Allianz.....	74
4. Ministerrats-Diskussionen und Einsetzung der „Drei Weisen“ .....	81
5. Schlechter Start: Unzufriedenheit über den Ministerrat .....	84
6. Amerikanisch-kanadisch-britische Vorabkonsultationen.....	86
7. Fragebogen und Interviews der Drei Weisen .....	91
8. Das Ringen der Nato um Mitsprache bei der Abrüstungsfrage.....	96
9. Transatlantische Beziehungsprobleme durch Radfordplan und Suezkrise.....	105
10. Transatlantische Schadensbegrenzungen und der Bericht der Drei Weisen .....	112
11. Fazit .....	119
<b>III. Die Nato und Abrüstung (1957)</b> .....	121
1. Halbherzige Implementierung der Empfehlungen der Drei Weisen .....	122
2. UNO-Abrüstungsdebatten in London.....	124
3. Nato-Diskussionen am Atlantikrat in Bonn Anfang Mai 1957 .....	127
4. Spaaks Nato verlangt eine Mitsprache bei den Londoner Verhandlungen .....	131
5. Stassens Konsultation mit der Nato und sein diplomatischer Fauxpas .....	133
6. Nato-Proteste gegen Stassens „informelles Memorandum“ an Sorin .....	135
7. Intensive Nato-Debatten über die Londoner Gespräche.....	140
8. Fazit .....	149
<b>IV. Kompromiss am Nato-Gipfel 1957: Verteidigung &amp; Détente</b> .....	151
1. „Spaaks“ Idee eines Nato-Gipfels und westliche Vorbereitungen .....	152
2. Amerikanische Gipfel-Vorbereitungen und Adlai Stevensons Kritik.....	154

3.	Gipfel-Vorbereitungen in der Nato: Kanadische und deutsche Impulse .....	158
4.	Komplikationen kurz vor dem Nato-Gipfel.....	166
5.	Der Pariser Nato-Gipfel vom Dezember 1957: USA vs. Westeuropa .....	169
6.	Reaktionen in der Nato zum Gipfeltreffen .....	175
7.	Fazit .....	179
<b>V.</b>	<b>Die Nato und der gescheiterte Ost-West-Gipfel (1958) .....</b>	<b>181</b>
1.	Nato-Diskussionen über die Bulganinbriefe und den Rapacki-Plan .....	181
2.	Transatlantische Misstöne anlässlich der westlichen Gipfelvorbereitungen .....	187
3.	Westliche Einschätzungen sowjetischer Intentionen.....	198
4.	Zwischenbilanz an der Kopenhagener Nato-Tagung, Mai 1958.....	200
5.	Östliche und westliche Reaktionen auf den Atlantikrat .....	207
6.	Ende der Gipfelvorbereitungen .....	209
7.	Eine flexiblere westdeutsche Haltung .....	212
8.	Ost-West-Krisen und Anfang konkreter Abrüstungsverhandlungen.....	215
9.	Fazit .....	217
<b>VI.</b>	<b>De Gaulles Herausforderung an die Nato (1958) .....</b>	<b>219</b>
1.	De Gaulle kehrt in Frankreich an die Macht zurück .....	220
2.	Erste Begegnungen in Paris .....	221
3.	De Gaulles Direktoriums-Forderung vom September 1958.....	223
4.	Spaak versucht zwischen de Gaulle und der Nato zu vermitteln .....	224
5.	Westliche Konsultationen ausserhalb der Nato .....	228
6.	Spaaks „stille Diplomatie“ und Ärger in der Nato über die Nicht-Konsultation ...	233
7.	Versuche von Schadensbegrenzung in der Nato .....	235
8.	Fazit .....	241
<b>VII.</b>	<b>Die Nato und die Berlinkrise (1958/59) .....</b>	<b>243</b>
1.	Erste Reaktionen in der Nato .....	244
2.	Die Nato und Chruschtschows Berlinultimatum vom 27. November 1958 .....	247
3.	Berlindebatten der Nato-Aussenminister in Paris .....	250
4.	Bilateralismus statt Nato-Konsultationen? .....	253
5.	Deutschlanddebatten am Zehnjahres-Jubiläum der Nato in Washington.....	259
6.	Die Nato und die Genfer Aussenministerkonferenz von 1959.....	264
7.	Fazit .....	266
<b>VIII.</b>	<b>Die Nato und Camp David (1959).....</b>	<b>269</b>
1.	Eine kontroverse Einladung und Nato-Forderungen nach Konsultation.....	270
2.	Das informelle „Nato-Gipfeltreffen“ am Comer See vom 16. August 1959.....	272
3.	Eisenhowers und Herters Konsultationen mit der Nato vom September 1959 .....	275
4.	Nach Camp David: Westliche Vorbereitungen für einen Ost-West-Gipfel .....	278
5.	Terminprobleme für den Atlantikrat im Dezember 1959 .....	283
6.	Die „Revolte“ in der Nato vom 18. November 1959 .....	290
7.	Vorbereitungen auf den Atlantikrat vom Dezember 1959 .....	292
8.	Détente-Debatten der Nato-Aussenminister im Dezember 1959 .....	294
9.	Unruhe in der Nato über die westliche Einladung zu einem Gipfeltreffen .....	297
10.	Einschätzungen der Dezembertagung der Nato.....	299

11.	Fazit .....	300
<b>IX.</b>	<b>Die Nato und der Ost-West-Gipfel in Paris (1960) .....</b>	<b>303</b>
1.	Ängste in der Nato vor Ungleichheiten innerhalb des Bündnisses .....	303
2.	Nato-Debatten zur Substanz des Pariser Gipfels .....	307
3.	Feinabstimmungen unter den Nato-Aussenministern in Istanbul.....	313
4.	Nato-Aussenministerdebatte über politische Konsultation .....	318
5.	Erwartungen an den Pariser Gipfel.....	319
6.	Die Nato und das Scheitern des Pariser Gipfels .....	320
7.	Fazit .....	326
<b>X.</b>	<b>Ermüdungserscheinungen und Neustart (1960/61) .....</b>	<b>327</b>
1.	Allianzkrise durch erneuten Tripartismus .....	327
2.	Unterschiedliche Nato-Konzepte: Eisenhower vs. de Gaulle.....	332
3.	Der informelle „Nato-Gipfel“ am Comer See vom 9. September 1960.....	334
4.	Ermüdungserscheinungen bei Eisenhower und Spaak .....	336
5.	Das Ende einer Ära: Der Atlantikrat vom Dezember 1960.....	339
6.	Machtwechsel in den USA und in der Nato .....	343
7.	Eine „neue NATO“? Die Acheson-Studie.....	347
8.	Washingtons transatlantische Rückversicherungen .....	350
9.	„How to Bring de Gaulle Along?“ .....	354
10.	Fazit .....	356
<b>XI.</b>	<b>Die Nato und die Berliner Mauer (1961/62) .....</b>	<b>359</b>
1.	Die Nato und Chruschtschows Herausforderung in Berlin .....	360
2.	Nach dem Mauerbau: Verhandlungen mit Moskau? .....	367
3.	Zusammenbruch der Einheit: Der Atlantikrat im Dezember 1961.....	374
4.	Détente gegen jede Chance? (1962) .....	377
5.	Kennedys „Grand Design“: Eine Alibiübung? .....	380
6.	Fazit .....	383
<b>XII.</b>	<b>Die Nato und der „Détente-Sommer“ von 1963 .....</b>	<b>385</b>
1.	Hoffnungen auf eine Détente nach der Kubakrise.....	385
2.	Nach Nassau: Die Nato-Krise vom Januar 1963 .....	391
3.	MLF versus Nichtweiterverbreitung: Testbann-Verhandlungen.....	394
4.	Détente-Konsultationen in der Nato im Sommer 1963 .....	400
5.	Die Nato und die westdeutsche “Politik der Bewegung” (1963) .....	404
6.	Fazit .....	409
	<b>Schlussbetrachtungen.....</b>	<b>411</b>
	<b>Anhang .....</b>	<b>419</b>
	Abkürzungsverzeichnis .....	419
	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	421
	<b>Lebenslauf .....</b>	<b>451</b>



## Danksagung

Die fünf ersten Jahre des 21. Jahrhunderts begleiteten mich die politischen Diskussionen in der Nato über Nikita Chruschtschows Aussenpolitik durch den Alltag. Ich setzte mich mit den Gedanken und Ideen westlicher Politiker und Diplomaten der 1950er- und 1960er-Jahre auseinander. Die amerikanisch-europäischen Debatten während des Kalten Krieges hatten aufgrund der tiefen transatlantischen Krise wegen des Irak-Kriegs aber auch einen erstaunlichen Aktualitätsbezug. Auf meiner Forschungsreise haben mich von 2000 bis 2005 zahlreiche Freunde und Kollegen begleitet. Eine Odyssee, die unvergessliche Archivaufenthalte in den USA und in Europa erforderte und über die Teilnahme an internationalen Kalte-Krieg-Konferenzen schliesslich zur einsamen Arbeit zuhause am Schreibtisch führte.

Dass ich in den Bergen von Archivmaterialien und im Dschungel der multiperspektivischen Diplomatiegeschichte nicht verloren ging, verdanke ich vor allem meinen Mentoren Kurt R. Spillmann und Andreas Wenger. Die beiden Zeithistoriker haben an der Universität Zürich mein Interesse an der Geschichte der USA im Kalten Krieg geweckt und mir die Faszination von Archivaufenthalten im Ausland schmackhaft gemacht. Neun Jahre wirkte ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an ihrer Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich. In dieser Zeit wurde Anna Locher zur wichtigen Kollegin im „F23“, der Zürcher Schaltzentrale des internationalen Forschungsprojekts „Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact“ (PHP). Durch gemeinsame Archivaufenthalte sowie dem Präsentieren unserer Forschung an internationalen Konferenzen entstand ein fruchtbarer Dialog über Nato-Botschafter und Nato-Generalsekretäre im Kalten Krieg. Meine Dankbarkeit schliesst auch die anderen Kollegen am CSS ein, darunter Daniel Trachsler, Daniel Möckli und Chris Findlay. Insbesondere mit Christof Münger waren die Diskussionen über die Kennedy-Jahre aufgrund seines profunden Wissens immer kurzweilig und lohnend. Seine Dissertation „Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise“ (2003) war in vielerleicher Hinsicht Vorbild für die vorliegende multiperspektivische Studie.

Aus dem täglichen Kontakt mit dem PHP-Koordinator Vojtech Mastny in Washington, DC, entstand eine kollegiale Freundschaft – meine Forschung zur westlichen Allianz profitierte davon, dass ich dem Doyen der Warschaupakt-Historiker über die Schulter schauen durfte. Gemeinsame Abendessen, Museumsbesuche oder Ausflüge nach Mount Vernon oder Charlottesville boten bei meinen Archivaufenthalten in der US-Hauptstadt willkommene Abwechslung zum Stöbern in den Dokumenten in College Park. Mein Dank für wertvolle Begegnungen und konstruktive Gedanken für meine Forschung geht auch an die PHP-Historiker Jordan Baev (Sofia), Tom Blanton (Washington, DC), Bill Burr (Washington, DC), Malcolm Byrne (Washington, DC), Sven Holtmark (Oslo), Petr Lunak (Brüssel), Leopoldo Nuti (Rom), Christian Ostermann (Washington, DC), Bernd Schäfer (Washington), Svetlana Savranskaya (Washington, DC) und Doug Selvage (Berlin).

Im Rahmen zahlreicher internationaler Tagungen kommentierten führende Nato-Experten Konferenzpapiere zu einzelnen Aspekten meiner Forschung. Für kritische Kommentare und anregende Diskussionen danke ich Oliver Bange (Mannheim), Bill Burr (Washington), Frédéric Bozo (Paris), Ralph Dietl (Belfast), Alan Dobson (Dundee), Thomas Gijswijt (Tübingen), Bernd Greiner (Hamburg), Helga Haftendorn (Berlin), Lawrence S. Kaplan (Washington), Klaus Larres (Chapel Hill), Erin Mahan (Washington), Garret Martin (Washington), S. Victor Papacosma (Kent), Andrew Priest

(Aberystwyth), Gustav Schmidt (Bochum), Giles Scott-Smith (Middleburg), Klaus Schwabe (Aachen), Jeremi Suri (Austin) und Kenneth Weisbrode (Ankara). Dass diese renommierten Kalte-Krieg-Historiker sich für meinen Ansatz und meine Resultate interessierten, gehört mit zu den schönsten Momenten meiner Odyssee.

Das Recherchieren in Archiven führte zu tage-, wochen- oder sogar monatelangen Aufenthalten im Ausland. In Brüssel durfte ich dabei während heisser Sommertage in der „Botschafter-Wohnung“ von Stefan Libiszewski wohnen, mit grandiosem Dachbalkon, in Schaarbeek, dem Geburtsort von Nato-Generalsekretär Paul-Henri Spaak. Archivarin Marie-Ann Smith erleichterte die Arbeit im damals neueröffneten Nato-Archiv. In Abilene, Kansas, waren der Musiker Cary Mock und seine Frau Alicia in ihrem Bed&Breakfast „Victorian Reflections“ (dem Haus, in dem Eisenhowers Jugendfreund Swede Hazlett aufwuchs) charmante Gastgeber. In Boston, Massachussets, wohnte ich jeweils bei Nella Waters in der Nähe der Harvard-Universität. In Washington, DC, schlug ich zwei Mal bei Helen Kramer an der Q Street in Georgetown mein Basislager auf für mehrmonatige Archivaufenthalte in den National Archives. Auch bei Bernd Schäfer und seiner Familie verbrachte ich in Washington regelmässig gesellige Stunden, als Fellow am German Historical Institute (GHI) betreute er mich zudem 2003 während meines dreimonatigen Washington-Aufenthalts im Rahmen eines grosszügigen GHI-Stipendiums. Auch die Kalte-Krieg-Historiker Judith Niederberger sowie Roland Popp wurden in Washington zu Freunden. In College Park selbst erwiesen sich die Archivarin Sally Kuisel und der Archivar John Taylor als hilfsbereit. Die kürzeren Archivaufenthalte in Bonn, Berlin, London, Birmingham und Den Haag waren intensiver, aber auch einsamer. Innert kurzer Zeit mussten Unmengen an Dokumentenboxen gesichtet und ausgewertet werden. Abende und Wochenende in den europäischen Metropolen entschädigten aber für die stressigen Stunden in den Archiven.

Mein vor einem Jahr verstorbener Vater René hat stets Anteil genommen an der Entstehung dieser Arbeit. Anfang 2005 las er die fertige Arbeit komplett durch und korrigierte sprachliche Fehler mit der Sorgfalt eines Deutschlehrers. Meine Mutter Verena ist bereits 1998 gestorben – noch bevor ich die Dissertation in Angriff nahm. Meinem Bruder Michael sowie meinen Schwiegereltern Ursula und Klaus danke ich für ihr Verständnis für mein Hobby „Kalter Krieg“. Während meiner Journalisten-Jahre bei der „Aargauer Zeitung“ erwies sich der Plan, die im Februar 2005 fertiggestellte Dissertation zu übersetzen und als Monografie auf Englisch zu publizieren, im hektischen Redaktionsalltag als unrealistisch. Deshalb erscheint nun die Originalfassung mit etwas Verzögerung doch auf Deutsch. Der aktualisierte Fussnotenapparat berücksichtigt dabei die inzwischen erschienene wichtigste Literatur zum Thema.

Während das Word-Dokument mit dem Titel „DISS.doc“ langsam auf 400 Seiten anwuchs, begann sich meine Frau Mimi nicht nur – gezwungenermassen – für die Eisenhower- und Kennedy-Jahre und die transatlantischen Debatten im Kalten Krieg zu interessieren. Sie las auch alle im Rahmen dieser Arbeit entstandenen Konferenzpapiere und die fertige Arbeit von A bis Z kritisch durch und gab mir als erste Leserin stets wertvolle Rückmeldungen. Während meiner Archivaufenthalte im Ausland besuchte sie mich in Brüssel, Washington, Boston, London und Oxford. Mein allergrösster Dank geht deshalb an Mimi – *for everything*. Für die Unterstützung während der Odyssee „Dissertation“, die nun in Ithaka angekommen ist, danke ich Mimi, meinen Töchtern Lisa und Olivia sowie allen Kollegen und Freunden von ganzem Herzen.

Rüschlikon, 29. März 2013

Christian Nünlist



## Einleitung

Das Jahr 1955 markierte mit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland (BRD) in die Nato und mit der Gründung des Warschaupakts den Abschluss der Blockbildung in Ost und West im Kalten Krieg. Die anschliessende Konsolidierungsphase innerhalb der beiden Allianzen wurde von Ansätzen einer Entspannung zwischen den Blöcken begleitet.<sup>1</sup> Der sowjetische Parteichef Nikita S. Chruschtschow erfüllte die vom amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower im März 1953 nach dem Tode von Joseph Stalin aufgestellte Forderung von „Taten statt Worten“, damit eine friedliche Koexistenz zwischen Ost und West Realität werden könnte.<sup>2</sup> Chruschtschows Frühjahrsinitiative von 1955, die in der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags und in der Lancierung innovativer Abrüstungsvorschläge gipfelte, wurde als „weiche Linie“ der sowjetischen Aussenpolitik bekannt und führte im Juli 1955 zum Genfer Viermächtegipfel. Der US-Historiker William Taubman nennt in seiner preisgekrönten Monumentalbiografie von Chruschtschow die Entspannungspolitik sogar das Kernstück von dessen Aussenpolitik:

The centerpiece of Khrushchev's new diplomacy was a campaign for what a later era labeled *détente*. As he saw it, reducing tensions could undermine Western resistance to Communist gains, tempt capitalists to increase East-West trade, and project a more friendly image in the Third World.<sup>3</sup>

Mit seinen Abrüstungs- und Berlininitiativen forderte Chruschtschow die westliche Allianz zwischen 1955 und 1963 heraus, das bipolare Mächteverhältnis anzuerkennen und den Kalten Krieg in Zentraleuropa zu entmilitarisieren und zu stabilisieren. Die Atmosphäre im Ost-West-Konflikt veränderte sich positiv. Das Interesse an einer stabileren Beziehung zwischen den beiden Supermächten wuchs sowohl in Washington als auch in Moskau. Die USA suchten aufgrund von übereinstimmenden Interessen einen konstruktiven Dialog und eine begrenzte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Ein erster wirklicher Durchbruch in den Ost-West-Beziehungen gelang aber erst mit dem Teststoppabkommen von 1963 zwischen den USA, Grossbritannien und der Sowjetunion.

Der historische Annäherungsprozess zwischen Ost und West im Kalten Krieg wird als „Détente“ bezeichnet. Détente wird in der Folge als die systematische Bemühung verstanden, die Spannungen zwischen Ost und West zu reduzieren. Richard Stevenson hat den Begriff „Détente“ 1985 treffend wie folgt definiert: „The action of reducing tensions between two states whose interests are so radically divergent that reconciliation is inherently limited.“<sup>4</sup> Die Détente zwischen der Sowjetunion und dem Westen zwischen

<sup>1</sup> Vgl. dazu Wilfried Loth, „Blockbildung und Entspannung: Strukturen des Ost-West-Konflikts, 1953-56“, in *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-56*, hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann (Boppard a. Rh.: H. Boldt, 1988), 159-172.

<sup>2</sup> PPP 1953: 179-188. In seiner „Friedensrede“ vom 16. April 1953 betonte Eisenhower die Notwendigkeit einer Entspannung der Ost-West-Beziehungen.

<sup>3</sup> William Taubman, *Khrushchev: The Man and His Era* (New York: Norton, 2003), 348. Zum neuen Chruschtschow-Bild vgl. Alexsandr Fursenko and Timothy Naftali, *Khrushchev's Cold War: The Inside Story of an American Adversary* (New York: W.W. Norton, 2006); Vladislav M. Zubok, *A Failed Empire: The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev* (Chapel Hill: University of North Carolina Press, 2007), 94-162; Vojtech Mastny, *Reassuring NATO: Eastern Europe, Russia and the Western Alliance* (Oslo: Norwegian Institute for Defense Studies, 1997), 22.

<sup>4</sup> Richard W. Stevenson, *The Rise and Fall of Détente: Reflections of Tension in U.S.-Soviet Relations, 1953-84* (Urbana: University of Illinois Press, 1985), 11. „Détente“ wird jedoch zumeist nicht als Pro-

1955 und 1963 war jedoch nicht progressiv, sondern zyklisch. Nebst Tiefpunkten wie der Doppelkrise von Ungarn und Suez im Herbst 1956, den Berlinkrisen von 1958/59 und 1961 sowie der Kubakrise von 1962 gab es Höhepunkte wie den Genfer Gipfel von 1955, die Abrüstungsdebatten von 1957, die – wenig bekannte – Vorbereitung eines möglichen Gipfeltreffens im ersten Halbjahr 1958, das Treffen von Eisenhower mit Chruschtschow in Camp David im September 1959, die Vorbereitungen auf den gescheiterten Pariser Viermächtegipfel vom Mai 1960 sowie die Unterzeichnung des Teststoppvertrags von 1963.

### Fragestellung

Die binnenwestlichen Détente-Debatten zwischen 1955 und 1963 sind bisher kaum erforscht. Die westlichen Partner der USA hatten zum Teil stark divergierende Ansichten über das Ausmass und den Charakter der sowjetischen Bedrohung und über die Wünschbarkeit einer Entspannung zwischen Ost und West. Für die USA als Hegemon in der westlichen Allianz wurde es immer schwieriger, sowohl den Ost-West-Konflikt als auch die zunehmenden West-West-Spannungen in den Griff zu bekommen.<sup>5</sup> Ein mögliches Instrument dafür bot die Nato (*North Atlantic Treaty Organization*), deren multilaterales Forum zur Diskussion und zur Harmonisierung unterschiedlicher transatlantischer Détente-Perzeptionen beitragen konnte.

Während des Kalten Krieges wurde die Nato vornehmlich als leistungsfähige militärische Organisation wahrgenommen. Zwischen 1955 und 1963 verankerte das westliche Bündnis jedoch neben dem dominanten militärischen Pfeiler auch die politischen Funktionen der Allianz. Politische Konsultationen unter den fünfzehn Mitgliedstaaten der Nato wurden ab 1955 zunehmend wichtiger und traten neben die in den Gründerjahren erfolgreich etablierten militärischen Funktionen des Verteidigungspakts. Die Diskussionen um eine stärkere politische Rolle der Nato wurden begünstigt durch Chruschtschows Détentepolitik, weil damit der äussere Anlass wegzufallen schien, der 1949 zur Gründung des Bündnisses geführt hatte.

Diese Studie untersucht aus einer international-atlantischen Perspektive<sup>6</sup> und auf der Basis eines multinationalen Archivzugangs die folgende übergeordnete Fragestellung: *Wie entwickelten sich zwischen 1955 und 1963 die politischen Konsultationen über Ost-West-Beziehungen innerhalb der Nato?* Dabei sind primär zwei Aspekte von Interesse. *Erstens* werden die Reaktionen der fünfzehn Mitgliedstaaten der Nato auf Chruschtschows Détentepolitik im Detail analysiert. Die atlantische Allianz sprach zwar wenn möglich stets demonstrativ mit einer Stimme, doch diese öffentliche Selbstdarstellung täuschte. An den Nato-Treffen prallten hinter verschlossenen Türen unterschiedliche Interessen aufeinander und die verschiedenen Positionen der Verbündeten

---

zess, sondern entweder als historische Zeitperiode der Nixon- und Kissingerjahre (1969-75) oder als Endpunkt der Spannungsreduktion verstanden. Etymologisch stammt der Begriff aus dem Französischen, wo mit „détendre“ das Entspannen eines Bogens beim Abschuss eines Pfeils bezeichnet wird. Im politischen Vokabular wurde der Begriff erstmals im 19. Jahrhundert von einer deutschen Zeitung beim Besuch eines britischen Monarchen verwendet. Vgl. Brian White, *Britain, Détente and Changing East-West Relations* (London: Routledge, 1992), 17-30.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Gustav Schmidt, „Strukturen des ‚Kalten Krieges‘ im Wandel“, in *Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946-56*, hrsg. von Vojtech Mastny und Gustav Schmidt (München: Oldenbourg, 2003), 9-380.

<sup>6</sup> Eine atlantische Perspektive auf den Kalten Krieg wurde bereits in den frühen 1980er-Jahren von Hans-Peter Schwarz angeregt. Vgl. dazu Norbert Wiggershaus, „Zur Konzeption einer NATO-Geschichte“, in *Nationale Aussen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten*, hrsg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (München: Oldenbourg, 2000), xv.

mussten auf eine gemeinsame Linie gebracht werden. Gelang es dabei einzelnen Nato-Staaten, die westliche Entspannungsagenda zu prägen und die amerikanische Politik gegenüber Moskau zu beeinflussen?

*Zweitens* wird untersucht, wie sich das multilaterale Forum der Nato zwischen 1955 und 1963 im Zuge der Debatten über eine „frühe Détente“ wandelte. Die westlichen Diskussionen über die Ost-West-Beziehungen hatten nämlich direkte Rückwirkungen auf die Allianz selbst. Durch Chruschtschows Détentepolitik stellte sich nämlich die Frage, ob die Nato bereits erreicht hatte, was ihr erster Generalsekretär Lord Lionel H. Ismay als ihr vornehmlichstes Ziel bezeichnet hatte – nämlich sich selbst überflüssig zu machen. Zahlreiche Nato-Länder reagierten bereits 1955 auf dieses Dilemma und forderten, die politischen Konsultationen in der Allianz zu stärken. Die daraus resultierenden Debatten um die „Zukunft der Nato“ begleiteten die Nato-Diskussionen über die angemessene Reaktion auf Chruschtschows Détentepolitik fortan im Gleichschritt. Neben Kanada, Norwegen, Italien und Belgien war es insbesondere auch das jüngste Mitglied, die BRD, welche sich sehr prominent für eine Stärkung der politischen Zusammenarbeit einsetzte. Es wird argumentiert, dass sich die Nato ab 1955 von einer defensiven Militärallianz zu einem multilateralen transatlantischen Forum über Fragen der Ost-West-Beziehungen entwickelte. In der Nato wurden neben den militärischen zunehmend die politische Aspekte des Kalten Krieges diskutiert. Der Nato-Rat wurde zum wichtigsten multilateralen Forum für die Diskussion der westlichen Haltung zur Détente. 1963 hielt Alastair Buchan fest, der Nato-Rat sei unterdessen „das wichtigste Clearinghouse für politische Initiativen von Nato-Staaten“ geworden: „No major proposal now goes forward to the Soviet Union without discussion in the Council (or if it does, as has been the case in the summer and autumn of 1959, there is a strong protest from the smaller powers).“<sup>7</sup>

Es wird in dieser Studie argumentiert, dass das berühmte Strategiepapier der Nato von 1967, der sogenannte „Harmel-Bericht“, in seiner Substanz von der Allianz bereits zwischen 1955 und 1963 vorweggenommen wurde. Dass eine Politik der Entspannung nebst der militärischen Sicherheit eine der beiden komplementären Aufgaben der Nato sein sollte, wie dies der Harmel-Bericht 1967 festschreiben würde, wurde insbesondere von kleineren Mitgliedstaaten wie Kanada, Norwegen, Dänemark, Italien und Belgien bereits im Zusammenhang mit den transatlantischen Debatten um die richtige Reaktion des Westens auf die neue sowjetische Aussenpolitik unter Chruschtschow gefordert. Das Ringen um eine stärkere politische Rolle der Nato war jedoch zäh, weil sich die USA und Grossbritannien zunächst weigerten, den entsprechenden Forderungen der mittelgrossen und kleineren Mitgliedstaaten zu entsprechen. Das Problem der politischen Konsultation wurde ab Mitte 1958 durch die kritische Haltung der französischen Regierung unter Charles de Gaulle akzentuiert. Während Frankreichs Fünfte Republik privilegierte Dreierkonsultationen zwischen Washington, London und Paris anstrebte, warnten die mittelgrossen und kleineren Nato-Staaten davor, vom Verständnis der Nato als einem Bündnis gleichberechtigter Partner abzuweichen.

<sup>7</sup> Alastair Buchan, *NATO in the 1960's: The Implications of Interdependence* (London: Chatto & Windus, 1963), 104. Der Begriff des „Clearinghouse“ wurde später vom Harmelbericht (Dezember 1967) aufgenommen: „The Alliance affords an effective forum and clearing house for the exchange of information and views; thus each ally can decide its policy in the light of close knowledge of the problems and objectives of the others.“ <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c671213b.htm> (6.2.2013).

Im Zentrum dieser Studie steht damit das „Kooperationssystem Nato“ (Norbert Wiggershaus)<sup>8</sup> – insbesondere das bündnispolitische Tagesgeschäft im Ständigen Nato-Rat in Paris. Die nationalen, an der Seine stationierten Nato-Botschafter wurden bisher von der historischen Forschung fast komplett ausgeklammert, auch wenn von den wöchentlichen Sitzungen des Ständigen Nato-Rats seit 1999 sowohl im Nato-Archiv in Brüssel summarische Protokolle als auch in den nationalen Archiven der Mitgliedstaaten Telegramme der jeweiligen Nato-Botschafter an ihre Regierungen eingesehen und ausgewertet werden können. Die vorliegende Studie ergänzt die Geschichte der Ost-West-Beziehungen zwischen 1955 und 1963 erstmals durch einen detaillierten Blick auf die Rolle der Nato-Botschafter in Paris sowie auf die Rolle des Nato-Generalsekretärs, dem zivilen Anführer der westlichen Allianz. Aus dieser innovativen institutionellen-atlantischen Perspektive wird analysiert, wie das vermeintliche Militärbündnis politisch mit der neuen Aussenpolitik der Sowjetunion unter Nikita Chruschtschow umging – und wie sich dabei die Funktionen der Nato veränderten.

Der erste Nato-Generalsekretär, Lord Ismay, hielt in seiner Abschiedsrede im Juni 1957 fest: „Do not forget that, although the Alliance was born of fear, and security had to be given first priority, it is not merely a military alliance of the old-fashioned sort.“<sup>9</sup> Rückblickend ist die Flexibilität, mit der sich die Nato immer wieder den sich wandelnden Bedingungen des internationalen Umfelds anpasste, einer der wichtigsten Gründe, weshalb die Nato auch heute noch, rund 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges, fortbesteht. Sie ist die einzige multilaterale Allianz, die den Kalten Krieg überlebt hat.<sup>10</sup> Tatsächlich ist die Nato heute mehr als eine „altmodische Militärallianz“. Die Nato hat sich auch nach 1989 entgegen der Unkenrufe politischer und akademischer Kommentatoren nicht überflüssig gemacht. In den 1990er-Jahren wurde die Allianz einer starken Politisierung unterzogen und die Nato hat ihre nicht-militärische Seite weiter ausgebaut.<sup>11</sup> Rückblickend muss die erstaunliche Fähigkeit der Nato, auch in Zeiten einer Détente – oder nach 1989 gar nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts – die Kohäsion bewahrt zu haben und neben den ursprünglichen militärischen Verteidigungs- und Abschreckungsfunktionen neue Aufgaben übernommen zu haben, als wichtigste Errungenschaft der Nato im Kalten Krieg betrachtet werden.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Wiggershaus, „Zur Konzeption einer NATO-Geschichte“, xv.

<sup>9</sup> Speech by Ismay, Dorchester, 4 June 1957, „Rules for NATO Conduct“, *NATO Speech Series*, no. 89.

<sup>10</sup> Sowohl Cento, Seato, Anzus sowie der Warschaupakt wurden hingegen bis 1991 aufgelöst. Vgl. dazu Josef Joffe, *The Limited Partnership: Europe, the United States, and the Burdens of Alliance* (Cambridge, MA: Ballinger, 1987), xxiv; Lawrence S. Kaplan, *The End of the Alliance: Lessons of the 1960s* (Washington: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 1990), 6.

<sup>11</sup> Vgl. dazu auch Andreas Wenger, „Der Harmel-Bericht: Das Ringen um die politische Rolle der NATO, 1967“, Vortrag an der ETH Zürich, 21. Januar 2003.

<sup>12</sup> Die klassischen realistischen oder neo-realistischen politikwissenschaftlichen Theorien gingen fälschlicherweise während des Kalten Krieges davon aus, dass Allianzen sich auflösen würden, sobald die Bedrohung, gegen die sie errichtet worden sind, wegfallen würde. Vgl. dazu u.a. Henry Kissinger, „The End of NATO?“ *Washington Post* (24 July 1990). Charles Glaser, „Why NATO Is Still Best: Future Security Arrangements for Europe“, *International Security* 18, no. 1 (1993): 5-50; John S. Duffield, „NATO's Functions after the Cold War“, *Political Science Quarterly* 109, no. 5 (1994-95): 763-787; Robert B. McCalla, „NATO's Persistence after the Cold War“, *International Organization* 50, no. 3 (1996): 445-475; Joseph Leggold, „NATO's Post Cold War Collective Action Problem“, *International Security* 23, no. 1 (1998): 78-106. Vgl. auch François de Rose, *La Troisième Guerre Mondiale n'a pas eu lieu: L'Alliance atlantique et la paix* (Paris: Desclée de Brouwer, 1995); Philip H. Gordon, *NATO's Transformation: The Changing Shape of the Atlantic Alliance* (Lanham: Rowman & Littlefield, 1997), 1-7.

Die Grundlagen für ihre wichtige Funktion als transatlantisches multilaterales politisches Forum wurden in der Nato, wie die vorliegende Studie zeigt, bereits zwischen 1955 und 1963 gelegt, bevor sie 1967 im berühmten „Harmel-Bericht“ kodifiziert wurden.<sup>13</sup>

### *Forschungsstand*

Die politischen Konsultationen der Nato zu den Ost-West-Beziehungen zwischen 1955 und 1963 sind bisher nicht im Detail untersucht worden. Anton DePorte hat sich 1989 in einem kurzen Artikel den Wechselwirkungen zwischen Nato und Entspannung gewidmet. Dabei ging er davon aus, dass eine Ost-West-Détente für die Nato, deren Zement seit ihrer Gründung Spannungen zwischen der Sowjetunion und dem Westen gewesen waren, die Gefahr ihrer Auflösung bedeuten musste. Die Geschichte der Nato von 1949 bis 1989 war laut DePorte jedoch eine Erfolgsgeschichte, weil es trotz Spannungen und Krisen seit 1945 zu keinem Krieg mehr in Europa und trotz phasenweiser Détente zwischen Ost und West nicht zur Auflösung der Nato gekommen sei.<sup>14</sup>

Zu der Entwicklung der politischen Konsultationen in der Nato in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren existieren nur wenige Studien. Eine internationale Geschichte der Nato von 1956 bis 1963 ist auch zwanzig Jahre, nachdem Norbert Wiggershaus dies festgehalten hat, immer noch ein „Desiderat der Forschung“.<sup>15</sup> Studien zur Nato aus einem übernationalen Blickwinkel stehen erst am Anfang. Innerhalb eines Forschungsprojekts des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Potsdam sind zur „Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956“ bisher acht Bände erschienen. Das Projekt verfolgt einen vorbildlichen, auf multiarchivaler Forschung beruhenden multinationalen Ansatz, konnte jedoch nicht über das Jahr 1956 fortgesetzt werden.<sup>16</sup> Aus

<sup>13</sup> Der nach dem belgischen Aussenminister Pierre Harmel benannte Nato-Bericht von 1967 definierte Verteidigung und Entspannung als die zwei grundsätzlichen Aufgaben der atlantischen Allianz. Siehe Lawrence S. Kaplan, „The 40th Anniversary of the Harmel Report“ (2007), <http://www.nato.int/docu/review/2007/issue1/english/history.html> (6.2.2013).

<sup>14</sup> Anton W. DePorte, „NATO and Détente: Cycles in History“, in *NATO at Forty*, ed. Lawrence Kaplan (Boulder: Westview Press, 1989), 181-201. Vgl. auch die frühen Analysen aus der Zeit der kleinen Détente von 1963: Kenneth Younger, „Relaxation of East-West Tension and Its Effect Upon the West“, in *Changing East-West Relations and the Unity of the West*, ed. Arnold Wolfers (Baltimore: John Hopkins Press, 1964), 1-16; Charles Burton Marshall, „Détente: Effects on the Alliance“, in *Changing East-West Relations and the Unity of the West*, ed. Arnold Wolfers (Baltimore: John Hopkins Press, 1964), 17-54. Marshall nennt als schwieriges Doppelproblem für die USA den Versuch, gleichzeitig die Nato zu bewahren oder gar zu verbessern und eine Entspannung mit Moskau zu suchen. Ibid., 47.

<sup>15</sup> Norbert Wiggershaus, „Einführung: Zur Konzeption einer Geschichte der Nato“, in: *Das Nordatlantische Bündnis 1949-56*, ed. Klaus A. Maier und Norbert Wiggershaus (München: Oldenbourg, 1993), 9-13. Vgl. auch Wiggershaus, „Zur Konzeption einer Nato-Geschichte“, ix-xviii; Gustav Schmidt, „Fifty Years of NATO as History: Perspectives on the Tasks Ahead“, in *A History of NATO: The First Fifty Years*, ed. Gustav Schmidt (Houndmills: Palgrave, 2001), vol. 1, 1-13. Der führende amerikanische Nato-Historiker Lawrence S. Kaplan hat sich immer wieder über das mangelnde Forschungsinteresse an der Nato gewundert. Vgl. Lawrence S. Kaplan, *The United States and NATO: The Formative Years* (Lexington: University Press of Kentucky, 1984), 189; Lawrence S. Kaplan, „Introduction“, in *American Historians and the Atlantic Alliance*, ed. Lawrence S. Kaplan (Kent: Kent State University Press, 1991), 1-10, 1ff.

<sup>16</sup> Winfried Heinemann, *Vom Zusammenwachsen des Bündnisses: Die Funktionsweise der NATO in ausgewählten Krisenfällen 1951-56* (München: Oldenbourg, 1998), Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (Hgg.), *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedsstaaten* (München: Oldenbourg, 2000); Vojtech Mastny und Gustav Schmidt (Hgg.), *Konfrontationsmuster im Kalten Krieg* (München: Oldenbourg, 2003). Christian Greiner, Klaus Maier, und Heinz Rebhan, *Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949-59* (München: Oldenbourg, 2003); Helmut R. Hammerich, *Jeder für sich und Amerika gegen alle? Die Lastenteilung der NATO am Beispiel des Temporary Council Committee 1949 bis 1954* (München: Oldenbourg,

Anlass des fünfzigsten Jubiläums der Nato 1999 haben zudem zwei internationale Konferenzen gute Überblicksdarstellungen zur Entwicklung der Allianz zwischen 1949 und 1990 geliefert.<sup>17</sup> Für die vorliegende Studie brachte darunter besonders ein kurzer Artikel des französischen Historikers Frédéric Bozo interessante Gedankenanstöße. Seine Gedanken zum Verhältnis von Allianz und Détente im Zusammenhang mit dem Harmelbericht der Nato von 1967 decken sich mit den Ergebnisse dieser Studie, wonach die Doppelstrategie der Nato von Sicherheit und Détente bereits ab 1955 angewandt wurde.<sup>18</sup> Ian Thomas zeigt in seinem lesenwerten Buch *The Promise of Alliance* (1997), wie der Blick auf die Entwicklung der politischen Zusammenarbeit in der Nato während des Kalten Krieges vom Umstand profitiert, dass der Kalte Krieg inzwischen beendet worden ist und die Nato überlebt hat.<sup>19</sup>

Das Interesse der historischen Forschung an der Nato galt bisher vorwiegend militärischen, vor allem nuklearen und strategischen Fragen der Allianz<sup>20</sup> oder der Genese der atlantischen Allianz.<sup>21</sup> Studien zur politischen Rolle der Nato, die auf Archivquellen

---

2003); Dieter Krüger, *Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Integration Westeuropas 1947 bis 1957* (München: Oldenbourg, 2003); Agilolf Kesselring, *Die Nordatlantische Allianz und Finnland, 1949-61* (München: Oldenbourg, 2009); Gero von Gersdorff, *Die Gründung der Nordatlantischen Allianz* (München: Oldenbourg, 2009). Einen hilfreichen historiographischen Überblick gibt Vojtech Mastny, „A New History of Cold War Alliances: A Review Essay“, *Journal of Cold War Studies* 4, no. 2 (Spring 2002): 55-84. Vgl. auch Lawrence S. Kaplan, „After Forty Years: Reflections on NATO as a Research Field“, in *NATO: The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe*, ed. Francis H. Heller and John R. Gillingham (New York: St. Martin's Press, 1992), 15-23. Siehe auch Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher, „New Perspectives on NATO History“, in *Transforming NATO in the Cold War: Challenges beyond Deterrence in the 1960s*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher (London: Routledge, 2007), 3-12.

<sup>17</sup> Hans-Joachim Harder, *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration* (München: Oldenbourg, 2000); Gustav Schmidt, *A History of NATO: The First Fifty Years*, 3 vols. (Houndmills: Palgrave, 2001). Der Doyen der amerikanischen Nato-Historiker hat ebenfalls gute Überblickswerke vorgelegt, darunter Lawrence S. Kaplan, *NATO Divided, NATO United: The Evolution of an Alliance* (Westport: Praeger, 2004); idem, *The Long Entanglement: NATO's First Fifty Years* (New York: Praeger, 1999), idem, *NATO and the United States: The Enduring Alliance* (New York: Twayne, 1994).

<sup>18</sup> Frédéric Bozo, „Détente versus Alliance: France, the United States, and the Politics of the Harmel Report (1964-68)“, in *A History of NATO: The First Fifty Years II*, ed. Gustav Schmidt (Houndmills: Palgrave, 2001), 65-81, besonders 67-75. Vgl. auch das Kapitel „Détente versus Alliance“ von Josef Joffe, das sich allerdings auf die Détente der 1970er-Jahre bezieht. Joffe, *Limited Partnership*, 1-44.

<sup>19</sup> Thomas, Ian Q.R. *The Promise of Alliance: NATO and the Political Imagination* (Lanham: Rowman & Littlefield, 1997). Thomas stützt sich im Kapitel 3 („Managing Western Defense“, 51-85) allerdings ausschliesslich auf die Sekundärliteratur sowie auf im *Department of State Bulletin* veröffentlichte US-Reden zur Nato ab, berücksichtigt aber keine Archivquellen.

<sup>20</sup> Vgl. v.a. David N. Schwartz, *NATO's Nuclear Dilemmas* (Washington, DC: Brookings, 1983); Jane E. Stromseth, *The Origins of Flexible Response: NATO's Debate Over Strategy in the 1960's* (Basingstoke: Macmillan, 1988); Christoph Hoppe, *Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands, 1959-66* (Baden-Baden: Nomos, 1993); Helga Haftendorn, *NATO and the Nuclear Revolution: A Crisis of Credibility, 1966-67* (Oxford: Clarendon Press, 1996); Stefan Kamp, „Nukleare Teilhabe und Politische Konsultation: Die Suche nach einer eigenständigeren Identität für die NATO, 1956-62“ (unveröffentlichte Dissertation, Universität Bonn, 1994); Stephen Twigge et al., „Britain, the United States, and the Development of NATO Strategy, 1950-64“, *Journal of Strategic Studies* 19, No. 2 (1996): 260-282; Peter Schneider, *The Evolution of NATO: The Alliance's Strategic Concept and its Predecessors, 1945-2000* (München: Institut für Internationale Politik, 2000); Vojtech Mastny, Sven Holtsmark, and Andreas Wenger (eds.), *War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and West* (London: Routledge, 2006), v.a. das Kapitel von Andreas Wenger: „The Politics of Military Planning: Evolution of NATO's Strategy“, 165-192.

<sup>21</sup> Siehe insbesondere André de Staercke et al., *NATO's Anxious Birth: The Prophetic Vision of the 1940s* (New York: St. Martin's Press, 1985); Don Cook, *Forging the Alliance: NATO, 1945-50* (New York: Arbor House, 1989); Francis H. Heller and John R. Gillingham (eds.), *NATO: The Founding of the*

beruhen, sind rar. Robert Spencer hat die Bedrohungswahrnehmung der UdSSR aus der Sicht der Nato geschildert. Aufgrund kanadischer Quellenbestände über die Aussenministertreffen der Nato beschreibt Spencer das sich wandelnde Feindbild der Allianz von der Sowjetunion.<sup>22</sup> Beatrice Heuser liefert in *Transatlantic Relations: Sharing Ideals and Costs* einen guten Überblick über die zwölf Nato-Mitgliedstaaten und ihre Einstellung zur Nato.<sup>23</sup> Die unveröffentlichte Dissertation von Michael E. McKnight zur amerikanischen Nato-Politik unter den Präsidenten Kennedy und Lyndon B. Johnson widmet sich vor allen den amerikanischen Debatten zu einer Multilateralen Streitkraft in der Nato (MLF) sowie der Rolle der Nato im amerikanischen Denken während der Kuba-Krise und enttäuscht trotz der Interviews des Autors mit McGeorge Bundy, Robert McNamara, Dean Rusk, Paul Nitze, Walt Rostow, Carl Kaysen, Robert Komer und anderen für die Nato wichtigen aussenpolitischen Berater Kennedys. Sie vernachlässigt jedoch komplett die multilateralen Diskussionen unter den Nato-Botschaftern im Ständigen Nato-Rat.<sup>24</sup>

Politische Aspekte wurden allenfalls randläufig oder aus nationalstaatlicher Perspektive behandelt.<sup>25</sup> Ältere Werke zur politischen Arbeit der Nato sind zwar nach wie vor hilfreich, schöpfen jedoch nicht aus archivischen Quellen. Peyton Lyon stellt auf 35 Seiten aus Interviews mit Nato-Insidern die Nato als ein „Instrument multilateraler Diplomatie“ vor, wie sie sich 1970 präsentierte. Auch Roger Hill widmet sich dem „Enigma politischer Konsultationen in der Nato“ recht oberflächlich und stellt die verschiedenen Konsultationsorgane in der Nato-Maschinerie summarisch vor. Beide Werke gehen jedoch nicht über Allgemeinplätze hinaus und konnten für die Zeitperiode 1955-1963 keine neuen Einsichten liefern.<sup>26</sup> Eine 1963 von der Nato intern erstellte Studie über die Entwicklung von politischer Konsultation von 1949 bis 1962 wurde 1999 vom Nato-Archiv in Brüssel publiziert. Sie stellt die wichtigsten Nato-Dokumente kurz vor und wägt

---

*Atlantic Alliance and the Integration of Europe* (Basingstoke: Macmillan, 1992); John Baylis, *The Diplomacy of Pragmatism: Britain and the Formation of NATO, 1942-49* (Houndmills: Macmillan, 1993). Die Gründung der NATO hat nach langen Jahren der Abstinenz inzwischen das Interesse der Historiker wieder geweckt. Siehe Lawrence S. Kaplan, *NATO 1948: The Birth of the Transatlantic Alliance* (Lanham: Rowman&Littfield, 2007) und Michael Kieninger, *Double Containment: Kanada und die Entstehung der NATO* (Konstanz: Hartung-Gorre, 2001).

<sup>22</sup> Robert Spencer, „Alliance Perceptions of the Soviet Threat, 1950-88“, in *The Changing Western Analysis of the Soviet Threat*, ed. Carl-Christoph Schweitzer (New York: St. Martin's Press, 1990), 9-48.

<sup>23</sup> Helga Haftendorn, *Transatlantic Relations: Sharing Ideals and Costs* (London: Chatham House Papers, 1996), 5-42.

<sup>24</sup> Michael E. McKnight, „United States Security Policy Towards the North Atlantic Treaty Organization during the Kennedy and Johnson Administrations, 1961-69“, unpublished Ph.D. dissertation (Texas A&M University, 1997).

<sup>25</sup> Robert E. Osgood, *NATO: The Entangling Alliance* (Chicago: University of Chicago Press, 1962); Alfred Grosser, *The Western Alliance: European-American Relations Since 1945* (New York: Continuum, 1980); Lawrence S. Kaplan, *The United States and NATO: The Formative Years* (Lexington: University Press of Kentucky, 1984); Robert S. Jordan and Michael W. Bloome, *Political Leadership in NATO: A Study in Multilateral Diplomacy* (Boulder: Westview, 1979).

<sup>26</sup> Peyton V. Lyon, *NATO as a Diplomatic Instrument* (Toronto: Atlantic Council of Canada, 1970); Roger Hill, *Political Consultation in NATO* (Toronto: Canadian Institute of International Affairs, 1978). Noch enttäuschender sind Alvin J. Cottrell und James E. Dougherty, *The Politics of the Atlantic Alliance* (New York: Praeger, 1964); Francis A. Beer, *Integration and Disintegration in NATO: Processes of Alliance Cohesion and Prospects for Atlantic Community* (Columbus: Ohio State University Press, 1969).



erste Erfolge und Misserfolge gegeneinander ab – und erwies sich als äusserst hilfreiche Überblicksdarstellung aus der Feder eines zeitgenössischen Nato-Insiders.<sup>27</sup>

Das für die politische Konsultation besonders wichtige Komitee der Drei Weisen von 1956 hat Winfried Heinemann mit Dokumenten aus multinationalen Archiven gründlich erforscht.<sup>28</sup> Hilfreich zu den Drei Weisen ist auch ein älterer Beitrag aus kanadischer Perspektive über Lester Pearsons dominante Rolle im Ministerkomitee sowie ein Vortrag des deutschen Militärhistorikers Bruno Thoss über den Zusammenhang des Berichts der Drei Weisen und der Suezkrise.<sup>29</sup> Seit 2011 gibt es auch eine interessante Lizentiatsarbeit zum norwegischen Beitrag zum Bericht der Drei Weisen.<sup>30</sup>

Nikolaj Petersen fasst in einem kurzen Artikel die Rolle von kleineren Nato-Staaten im Bündnis zusammen. Er übernimmt dabei die Definition von Robert Rothstein, dem führenden Theoretiker über das Allianzverhalten von Kleinstaaten, wonach die Nato im Kalten Krieg grundsätzlich aus einer grösseren Macht – den USA – sowie 14 kleineren Staaten bestand.<sup>31</sup> Für den Umgang der Nato mit der politischen Herausforderung durch das Frankreich unter de Gaulle zwischen 1963 und 1966 gibt es seit kurzem die hervorragende Detailstudie von Anna Locher, die ebenfalls aus institutionell-atlantischer Perspektive die Rolle der Nato-Botschafter in Paris sowie des Nato-Generalsekretärs beleuchtet und insbesondere auch den Beitrag kleinerer Nato-Mitglieder wie Kanada oder Belgien betont.<sup>32</sup>

Der Begriff „Détente“ wurde im Westen ab Mitte der 1970er-Jahre zunehmend mit pejorativen Attributen versehen und als Ausverkauf der westlichen Position und Einbahnstrasse eindeutig negativ besetzt. Doch bereits bevor die ursprüngliche Bedeutung des Wortes politisch missbraucht wurde, handelte es sich bei „Détente“ um einen ausge-

<sup>27</sup> Memorandum by van Campen (Political Affairs Division, NATO), „The Evolution of NATO Political Consultation, 1949-62“, 3 May 1963, NHO/63/1, NATO Archives (NA), Brussels. Die Entwicklung der ersten acht Jahre sind dargestellt in John C. Milloy, *The North Atlantic Treaty Organization, 1948-57: Community or Alliance?* (Montreal: McGill-Queen's University Press, 2006).

<sup>28</sup> Heinemann, Vom Zusammenwachsen des Bündnisses, 239-260; Vgl. auch die kürzeren Artikel: Winfried Heinemann, „Politische Zusammenarbeit im Bündnis“, in *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, hrsg. von Hans-Joachim Harder. (München: Oldenbourg, 2000), 171-184; Winfried Heinemann, „Learning by Doing: Disintegrating Factors and the Development of Political Cooperation in Early NATO“, in *NATO and the Warsaw Pact: Intrabloc Conflicts*, ed. Mary Ann Heiss and S. Victor Papacosma (Kent, OH: Kent State University Press, 2008), 43-57.

<sup>29</sup> Joseph P. Sinasac, „The Three Wise Men: The Effects of the 1956 Committee of Three on NATO“, MA Thesis (University of Waterloo, 1989); Bruno Thoss, „Bündnissolidarität und Regionalkonflikt: Die Suche der NATO nach einem System gegenseitiger Konsultation und die Suez-Krise (1955-56)“, *Acta No. 14: Commission Internationale d'Histoire Militaire*, XIVe Colloque Internationale d'Histoire Militaire, Montréal 1988: „Conflicts of High and Low Intensity since the Second World War“, vol. II (Ottawa: 1989), 691-710.

<sup>30</sup> Markus Bølgen Bronebakk, „Enough is too much: Norway, the United States and the Three Wise Men“, unpublished MA thesis (University of Oslo, 2011).

<sup>31</sup> Nikolaj Petersen, „The Alliance Policies of Smaller NATO Countries“, in *NATO After Thirty Years*, ed. Lawrence S. Kaplan and Robert W. Clauson (Wilmington: Scholarly Resources, 1981), 83-106, 83f. Vgl. Robert L. Rothstein, *Alliances and Small Powers* (New York: Columbia University Press, 1968); Robert O. Keohane, „The Big Influence of Small Allies“, *Foreign Policy* 2, no. 1 (1971): 161-182. Siehe auch Karoliina Honkanen, *The Influence of Small States on NATO Decision-Making* (Stockholm: Totalförsvarets Forskningsinstitut, 2002).

<sup>32</sup> Anna Locher, *Crisis? What Crisis? NATO, de Gaulle, and the Future of the Alliance, 1963-66* (Baden-Baden: Nomos, 2010). Für die vorliegende Studie relevant sind die Seiten 60-113 über das Jahr 1963.



sprochen ambivalenten Begriff. Nicht zu Unrecht hielt der Historiker Theodore Draper fest: „The concept of détente is like an accordion: it can be stretched out or pulled in.“<sup>33</sup>

Bereits in den 1950er- und 1960er-Jahren stellten sich mit dem Begriff der „Détente“ zwei fundamentale Probleme. *Erstens* gingen die USA und die Sowjetunion beim Konzept der Entspannung von ganz unterschiedlichen Konzepten aus. Für die Sowjetunion war eine Détentepolitik konsistent mit einer Intensivierung des ideologischen Wettstreits zwischen Ost und West. Détente wurde als ein dynamischer Prozess angesehen, welcher mit dem Sieg der sozialistischen Revolution enden würde. Die Formel „friedliche Koexistenz“ verstand sich als Wettstreit ohne Eskalation zum Weltkrieg. Für die USA reduzierte eine Détentepolitik hingegen den ideologischen Wettstreit. Washington beurteilte die Détente als einen kooperativen „Vertrag“, der Frieden und Sicherheit durch Stabilität garantierte. Das kompetitive Element fehlte beim amerikanischen Verständnis von Entspannung und wurde vielmehr als Antithese zur Détente angesehen.<sup>34</sup> *Zweitens* gab es auch innerhalb des Westens unterschiedliche Verständnisse von Détente. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob eine Entspannung zwischen den USA und der Sowjetunion gleichzeitig auch von einer Détente zwischen Moskau und Westeuropa begleitet werden musste. Während für eine wahre Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa eine Détente zwischen den Supermächten die Voraussetzung bildete, fürchteten die Westeuropäer, dass europäische Interessen von den USA und der Sowjetunion für ein Ost-West-Abkommen vernachlässigt werden könnten.<sup>35</sup>

Da unter „Détente“ in der Regel vor allem die Entspannungsperiode zwischen 1969 und 1975 und nicht ein historischer Annäherungsprozess zwischen Ost und West verstanden wird, waren die meisten Monografien über Détente für die vorliegende Studie unergiebig.<sup>36</sup> Die folgenden Untersuchungen waren zwar für das Verständnis der frühen Détente hilfreich, enttäuschten jedoch alle mit ihrer kompletten Vernachlässigung der Rolle der Nato. Die Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsvorschläge der 1950er- und 1960er-Jahre sind im Überblick geschildert bei Thorsten Cabalo.<sup>37</sup> Die frühe Détente von 1953-58/63 ist oberflächlich beschrieben in Studien von Richard Stevenson, John van Oudenaren und Wilfried Loth sowie fokussierter in Beiträgen von internationalen Konferenzen zu diesem Thema sowie – aus britischer Perspektive – bei Brian White.<sup>38</sup>

<sup>33</sup> Theodore Draper, „Appeasement and Détente“, *Commentary* 61, no. 8 (February 1976): 32.

<sup>34</sup> Walter Laqueur, „Détente: Western and Soviet Interpretations“, *Survey* 19 (Summer 1973): 74. Vgl. auch Stephen R. Willand, „The Soviet Perception of Détente: An Analysis of the Ideological Continuity of the Policy of Peaceful Coexistence from Lenin to Brezhnev“, unpublished Ph.D. Dissertation (University of Massachusetts, 1981), 58-76.

<sup>35</sup> Vladimir Petrov, *U.S.-Soviet Détente: Past and Future* (Washington, DC: American Enterprise Institute for Public Policy Research, 1975), 2.

<sup>36</sup> Etwa Josef Korbel, *Détente in Europe: Real or Imaginary?* (Princeton: Princeton University Press, 1972); Gerald L. Steibel, *Détente: Promises and Pitfalls* (New York: Crane, Russak, 1975); Paul F. Herman, Jr., *Thinking about Peace: The Conceptualization and Conduct of U.S.-Soviet Détente* (Lanham, MD: University Press of America, 1987); Richard Davy, *European Détente: A Reappraisal* (London: Royal Institute of International Affairs, 1992). Zwei neuere Sammelbände über Détente fokussieren ebenfalls auf die 1960er- und 1970er-Jahre: Poul Villaume and Odd Arne Westad (eds.), *Perforating the Iron Curtain: European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965-85* (Copenhagen: Museum Tusculanum Press, 2010); Frédéric Bozo et al. (eds.), *Visions of the End of the Cold War in Europe, 1945-90* (New York: Berghahn, 2012).

<sup>37</sup> Thorsten Cabalo, „Eine Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa?“, in *Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft: Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika, 1955-63*, ed. Gustav Schmidt (Bochum: N. Brockmeyer, 1995), 81-140.

<sup>38</sup> Stevenson, *Rise and Fall of Détente*; John van Oudenaren, *Détente in Europe: The Soviet Union and the West since 1953* (Durham, 1991); Loth, *Overcoming the Cold War*. Vgl. auch Albert L. Weeks, *The*

Detaillierte Hinweise auf „verpasste Gelegenheiten“ während der Disengagement-, Testbann- und Berlinverhandlungen zwischen Eisenhower beziehungsweise Kennedy und Chruschtschow in den 1950er- und 1960er-Jahren finden sich in Deborah Larson Welchs *Anatomy of Mistrust*; die Psychologin beleuchtet allerdings ausschliesslich die Supermächtebeziehung und vernachlässigt die allianzinternen Dispute.<sup>39</sup> Einen guten Überblick über die sowjetische Deutschlandposition über die ganze Zeit hinweg verschafft Vladislav Zuboks Artikel „The Case of Divided Germany, 1953-64“.<sup>40</sup>

### Quellenlage

Zahlreiche Staats- und Regierungschefs, Aussenminister und auch einige Nato-Botschafter haben Memoiren über ihre persönlichen Eindrücke bei der Nato verfasst. Sowohl Paul-Henri Spaak (1957-61) als auch Dirk Stikker (1961-64) widmen ihrer Zeit als Nato-Generalsekretäre in ihren Memoiren eigene Kapitel, die für eine Bewertung der Rolle der Nato in den 1950er- und 1960er-Jahren unentbehrlich sind.<sup>41</sup> Auch die Rückblicke von Herbert Blankenhorn und Wilhelm Grewe über ihre Zeit als deutsche Nato-Botschafter sind sehr interessant.<sup>42</sup> Die Memoiren anderer Nato-Botschafter, darunter diejenigen vom einflussreichen Briten Frank Roberts und vom Franzosen François Seydoux, sind hingegen oberflächlich und leider nur von geringem Wert.<sup>43</sup> W. Randolph Burgess, amerikanischer Nato-Botschafter von 1957 bis 1961, widmete sich zwar 1970 auf fünfzehn Seiten der Nato als „politisches Instrument“, doch seine Präsentation der Nato als „komplett neuartige Diplomatie“ profitiert leider nicht von seinen Erfahrungen in Paris.<sup>44</sup> Harold Macmillans und Konrad Adenauers Memoiren sind eine gute Quellenbasis, insbesondere da sie auch Gesprächsprotokolle und Briefe im Originalton einschliessen.<sup>45</sup> Enttäuschend für den Nato-Fokus der vorliegenden Studie sind hingegen die voluminösen Memoiren von Dwight D. Eisenhower und Charles de Gaulle.<sup>46</sup>

Weil die bestehende Forschungsliteratur sowie die Memoiren der beteiligten Staatsmänner den Fokus der vorliegenden Arbeit nur am Rande abdecken, stützt sie sich zur

---

*Troubled Détente* (New York: New York University Press, 1976), 95-116. Weeks nennt sein Kapitel über die Zeit von 1955-64 „Détente I“.

<sup>39</sup> Deborah Welch Larson, *Anatomy of Mistrust: U.S.-Soviet Relations during the Cold War* (Ithaca: Cornell University Press, 1997).

<sup>40</sup> Vladislav Zubok, „The Case of Divided Germany, 1953-64“, in Nikita Khrushchev, ed. William Taubman, Sergei N. Khrushchev, and Abbott Gleason (New Haven: Yale University Press, 2000), 275-300. Allgemeiner über Chruschtschows Aussenpolitik siehe u.a. Vladimir Pechatnov, „Reflections on Soviet Foreign Policy, 1953-64“, in *Peaceful Coexistence? The Soviet Union and Sweden in the Khrushchev Era*, ed. by Helene Carlback, Alexey Komarov, and Karl Molin (Moscow: Institute for Universal History, 2010), 23-44.

<sup>41</sup> Paul-Henri Spaak, *Combats inachevés*, 2 vols. (Paris: Fayard, 1969); Dirk U. Stikker, *Men of Responsibility: A Memoir* (New York: Harper&Row, 1966).

<sup>42</sup> Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung: Blätter eines politischen Tagebuches 1949 bis 1979* (Frankfurt-Wien-Berlin: Propyläen, 1980); Wilhelm G. Grewe, *Rückblenden 1976-51: Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Aussenpolitik von Adenauer bis Schmidt* (Frankfurt-Wien-Berlin: Propyläen, 1979).

<sup>43</sup> Frank Roberts, *Dealing with Dictators: The Destruction and Revival of Europe 1930-70* (London: Wiedenfeld and Nicolson, 1991); François Seydoux, *Botschafter in Deutschland* (Frankfurt: Societaets, 1978).

<sup>44</sup> W. Randolph Burgess and James Robert Huntley, *America and Europa: The Next Ten Years* (New York: Walker, 1970), 187-201. Vgl. auch das Büchlein des späteren amerikanischen Nato-Botschafters Harlan Cleveland, *NATO: The Transatlantic Bargain* (New York: Harper & Row, 1970).

<sup>45</sup> Harold Macmillan, *Memoirs*, vols. IV-VI (New York: Harper & Row, 1971-73); Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 3-4 (Stuttgart: DVA, 1967/68).

<sup>46</sup> Charles de Gaulle, *Discours et messages: Avec le Renouveau, mai 1958-juillet 1962* (Paris: Plon, 1970); Dwight D. Eisenhower, *The White House Years: Mandate for Change, 1953-56* (New York: Doubleday, 1963); *ibid.*, *Waging Peace, 1956-61* (Garden City, New York: Doubleday 1965).

Hauptsache auf Archivmaterial ab. Für die institutionelle Sicht der Nato wurde in einem ersten Schritt das 1999 neu eröffnete Nato-Archiv in Brüssel ausgewertet. Dort lagern die offiziellen Dokumente der Allianz, darunter die Wortprotokolle der Ministerratstagen und die summarischen Protokolle der wöchentlichen Sitzungen des Ständigen Nato-Rats sowie Nato-Dokumente, die der Generalsekretär oder das Sekretariat an alle Nato-Delegationen versandte. Die allianzinternen Analysen, die in den sogenannten *Subject Files* abgelegt sind, sind jedoch der Forschung bisher noch nicht zugänglich.<sup>47</sup> Ein Teil dieser *Subject Files* konnte aber auf indirektem Wege mittels eines speziellen Antrages in den *US National Archives* im Frühjahr 2004 erstmals eingesehen und ausgewertet werden (*Record Group 84*).

In einem zweiten Schritt interessierten die Nachlässe der beiden Nato-Generalsekretäre, die im Falle Paul-Henri Spaaks in der *Fondation Paul-Henri Spaak* (FPHS) in Brüssel, im Falle Dirk Stickers im *Algemeen Rijksarchief* in Den Haag der Forschung zugänglich sind. Beide Nachlässe wurden von der historischen Forschung bisher praktisch kaum berücksichtigt, obwohl sie gerade für Studien über die Nato eine wahre Goldgrube darstellen.

In einem dritten Schritt wurden die amerikanischen Archive systematisch ausgewertet. Die Rolle Washingtons ist für eine Analyse der Reaktion der Nato auf Chruschtschows Détente politik besonders wichtig, weil die Verantwortung für Verhandlungen mit Moskau primär bei der amerikanischen Regierung lag. Für die Arbeit besonders wertvoll waren die Nato-relevanten, überschaubaren Serien in der *Dwight D. Eisenhower Library* in Abilene, Kansas, und in der *John F. Kennedy Library* in Boston, Massachusetts, sowie die Unmengen an Material aus dem US-Aussenministerium in den *US National Archives* in College Park, Maryland, in der Nähe von Washington, DC.

In der Eisenhower Library interessierten neben den Papieren von Präsident Eisenhower (im sogenannten „Ann Whitman File“) und den Aussenministern John Foster Dulles und Christian Herter insbesondere auch die Papiere von Eisenhowers Abrüstungsspezialisten Harold Stassen und Gerard C. Smith und vom Nato-Oberkommandierenden General Lauris Norstad sowie zahlreiche Oral-History-Interviews. In der Kennedy Library wurden 1999 die *National Security Files* zur Nato deklassifiziert. Dort befinden sich die wichtigsten Dokumente der Kennedy-Regierung zur Nato sowie eine gute Selektion des Telegrammverkehrs zwischen dem State Department und der amerikanischen Nato-Botschaft in Paris. Zahlreiche Dokumente sind nach wie vor klassifiziert, auch wenn einige mit entsprechenden Deklassifizierungsanträgen (sogenannten *mandatory requests*) für diese Studie erstmals freigegeben wurden. Materialien zu den halbjährlichen Ministerratstagen finden sich in den ebenfalls erst 1999 deklassifizierten, relevanten Boxen der *Trips and Conferences*-Serie. Ebenfalls von Interesse waren die im Jahre 2000 zugänglich gewordenen Dokumente des Nationalen Sicherheitsberaters McGeorge Bundy aus den Jahren 1962 und 1963 (diejenigen von 1961 waren schon länger offen). Auch zahlreiche Dokumentenboxen zur Sowjetunion sind in Boston erst 1999 freigegeben worden und waren für diese Studie hilfreich. Die ebenfalls erst kürzlich zugänglich gemachten Papiere vom Europaspezialisten George W. Ball enttäuschten hingegen. Unzählige in Abilene und Boston aufbewahrte Oral-History-Interviews mit US-

<sup>47</sup> Vgl. Lawrence S. Kaplan, „The Development of the NATO Archives“, *Cold War History* 3, no. 3 (2003): 103-106. In einer Art Testlauf hat das Nato-Archiv 2004 die Subject Files zur Harmel-Übung von 1966/67 deklassifiziert und publiziert. Siehe <http://www.php.isn.ethz.ch>. Doch die übrigen Subject Files bleiben weiterhin gegenüber der Öffentlichkeit verschlossen.

Regierungsbeamten der Eisenhower- und Kennedy-Jahre ergänzten die Recherchen und lieferten interessante Hintergrundinformationen.

In den *National Archives* in College Park bei Washington finden sich in der chronologisch abgelegten Serie "Verteidigung Westeuropas" (*Central Decimal Files*, 740.5) in mehr als 60 Boxen die Telegramme zwischen Washington und der amerikanischen Nato-Botschaft in Paris, die für diese Arbeit systematisch analysiert wurden. Ebenso wurden die *Central Decimal Files* der Registraturen 375 und 396.1 ausgewertet. Besonders wertvoll sind auch die halbjährlichen Vorbereitungspapiere sowie die Telegramme und Gesprächsprotokolle im Zusammenhang mit den Ministerratstagungen, die in den *Conference Files* abgelegt sind. In den Arbeitspapieren der Karrierediplomaten im Nato-Büro der Europaabteilung des State Department ist besonders der informelle Briefwechsel zwischen Washington und Paris von Bedeutung, der zum Teil recht regelmäßig ausserhalb des offiziellen Telegrammverkehrs stattfand, da dort ohne diplomatische Verklärung die Probleme offen angesprochen wurden. Als wahre Goldgrube entpuppten sich die Nato-Papiere des Politischen Planungsstabes, darunter insbesondere die langen Studien von Leon Fuller (einschbar in Leon Fullers *Chronological File*). Bereits erwähnt worden sind die bisher von der Forschung völlig übergangenen Dokumente in Record Group 84 (*Records of the Foreign Service Posts of the Department of State*), wo dank eines Deklassifizierungsantrags im Frühjahr 2004 erstmals die Dokumente der amerikanischen Nato-Botschaft eingesehen werden und insbesondere zu den Jahren 1959-60 wichtige neue Erkenntnisse liefern konnten.

Thematische Dokumentensammlungen wie diejenigen des *National Security Archive* an der *George Washington University* in Washington, DC, insbesondere über die Berlinkrise, sowie die elektronisch einsehbare Sammlung *Declassified Documents* ergänzten die Dokumente, die in den amerikanischen Archiven durchgearbeitet worden waren. Mithilfe zahlreicher eigener Deklassifizierungsanträge konnten relevante amerikanische Dokumente erschlossen werden, die bisher der Forschung noch nicht zugänglich gewesen sind.

In weiteren Schritten wurden neben der amerikanischen weitere besonders relevante nationale Sichtweisen in den entsprechenden Archiven eruiert. Während die westdeutschen Archivalien, insbesondere der Nachlass von Herbert Blankenhorn im Bundesarchiv Koblenz und derjenige von Wilhelm Grewe im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, die deutsche Skepsis gegenüber westlichen Entspannungsschritten, gleichzeitig aber auch die Bemühungen der BRD um eine stärkere politische Ausprägung der Nato dokumentieren, geben die Akten des britischen Aussenministeriums im *Public Records Office* (PRO) in Kew Einsicht in die ambivalente Haltung Grossbritanniens, sowohl zur Détente als auch zur Nato als Forum politischer Konsultation. Die britischen Archivdokumente gaben zudem aufgrund der deutlich weniger bürokratischen und weniger formalisierten Protokollierweise der britischen Diplomaten im Vergleich zu ihren amerikanischen oder westdeutschen Kollegen häufig viel besseren Einblick in die kontroversen Diskussionen im Nato-Rat in Paris und in den Korridoren des Nato-Hauptquartiers an der Seine. Gerade für die Nato-Diskussionen des Jahres 1959, die in der Forschung bisher komplett vernachlässigt wurden, erwiesen sich die britischen Akten als wahre Goldgrube.

Mithilfe von zahlreichen gut editierten Quellensammlungen konnten nicht nur die bereits erwähnten nationalen Sichtweisen der USA (*Foreign Relations of the United States*, FRUS) und der BRD (*Akten zur Auswärtigen Politik Deutschlands*, AAPD) vertieft, sondern auch die Positionen von Kanada (*Documents on Canadian External Relations*, DCER) und Frankreich (*Documents diplomatiques français*, DDF) herausgefiltert

werden.<sup>48</sup> Grundsätzlich ist das Ziel dieser Studie aber nicht eine Aneinanderreihung der nationalen Sichtweisen aller damals fünfzehn Nato-Mitglieder. Es geht vielmehr darum, zu zeigen, wie die internationale politische Zusammenarbeit der Allianz institutionell funktionierte. Die Nato-Politik der kleineren Mitglieder der Nato wird deshalb so wahrgenommen, wie sie sich in den Erklärungen ihrer Vertreter in den multilateralen Nato-Gremien äusserten. Auf eine Auswertung weiterer nationaler Akten wurde deshalb verzichtet – in Ländern wie Norwegen, Griechenland, Türkei, Island oder Portugal durchaus auch aus sprachlichen Gründen.<sup>49</sup>

Obwohl der Fokus der vorliegenden Studie auf der westlichen Seite und im Speziellen auf der binnenwestlichen Diskussion liegt, wurde versucht, den neuesten Forschungsstand auch „der anderen Seite“, also neue Erkenntnisse über Chruschtschows Détentepolitik, zu berücksichtigen. Dabei waren vor allem die osteuropäischen und sowjetischen Dokumente, wie sie das *Cold War International History Project* (CWIHP) und das *Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact* (PHP) seit mehreren Jahren zugänglich machen, unentbehrlich.<sup>50</sup> Über Nikita Chruschtschows Détente-Politik informieren sowohl seine Memoiren sowie die preisgekrönte Monumentalbiografie von William Taubman.<sup>51</sup> Besonders interessant ist die Politbiografie über Chruschtschows „Kalten Krieg“ aus der Feder des bewährten amerikanisch-russischen Autoren-duos Timothy Naftali und Aleksandr Fursenko, denn darin werden zahlreiche Politbüro-Dokumente erstmals auf Englisch vorgestellt. Diese Chruschtschow-Biografie ist zudem ein Paradebeispiel für eine internationale Geschichtsschreibung, die neue Aktenfunde brillant und sprachlich elegant in die bereits existierende Forschungsliteratur einbettet.<sup>52</sup>

Zuletzt waren auch systematische Recherchen über die Nato-relevante Berichterstattung der *New York Times* (elektronisch einsehbar in der *Lauinger Library* der *Georgetown University*) und der *Neuen Zürcher Zeitung* äusserst wertvoll.

### Gliederung

Diese Studie gliedert die Reaktion der westlichen Allianz auf Chruschtschows Détentepolitik und das parallel dazu erfolgte Ringen um eine stärkere politische Rolle der Nato im Kalten Krieg in zwölf Phasen. Im *ersten Teil* werden die Debatten innerhalb der Nato auf Chruschtschows Frühjahrsinitiative sowie während der Genfer Viermächte-

<sup>48</sup> Während die FRUS und DDF für die ganze Zeit von 1955-63 zur Verfügung stehen, fehlen bei den AAPD immer noch die Jahre 1954 bis 1961 (die drei Bände „1962“ erschienen 2010). Die DCER reichen vorerst bis 1960.

<sup>49</sup> Vgl. zu den Grenzen des multiperspektivischen Ansatzes Heinemann, Vom Zusammenwachsen des Bündnisses, 7.

<sup>50</sup> <http://www.wilsoncenter.org/program/cold-war-international-history-project> (6.2.2013); Der Autor war von 1999 bis 2007 am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich Projektverantwortlicher des „Parallel History Project on NATO and Warsaw Pact“ (PHP, <http://www.php.isn.ethz.ch>, 6.2.2013), das 1999 gegründet und seither von Vojtech Mastny in Washington, DC, koordiniert wurde.

<sup>51</sup> Nikita S. Khrushchev, *Khrushchev Remembers*, (Boston: Little, Brown, 1970); *ibid.*, *Khrushchev Remembers: The Glasnost Tapes*. (Boston: Little, Brown, 1990; Taubman, Khrushchev. Für Einschätzungen über Chruschtschows Deutschland- und Abrüstungspolitik siehe auch Vladislav Zubok and Constantine Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev* (Cambridge: Harvard University Press, 1996); William J. Tompson, *Khrushchev: A Political Life* (New York: St. Martin's Press, 1995); Richter, James G. *Khrushchev's Double Bind: International Pressures and Domestic Coalition Politics* (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1994); David Nordlander, „Khrushchev's Image in the Light of Glasnost and Perestroika“, *Russian Review* 52, no. 2 (1993): 248-264. Eine interessante Zusammenfassung aus östlicher Sicht bietet Michal Reiman, „Khrushchev and His Foreign Policy“, *Acta Universitatis Carolinae: Studia Territoria* 1, no. 2 (2001), 71-112.

<sup>52</sup> Fursenko/Naftali, Khrushchev's Cold War.

konferenzen von 1955 analysiert. Im Zentrum des *zweiten Teils* stehen die zum Jahreswechsel von 1955/56 noch einsamen Rufe nach verstärkter politischer Konsultation und die Diskussionen darüber, wie die nicht-militärische Kooperation in der Allianz verbessert werden könnte. Dabei steht die Arbeit des Nato-Komitees der „Drei Weisen“ und ihre Empfehlungen zur Stärkung der politischen Kooperation in der Nato im Vordergrund.

Der *dritte Teil* fokussiert die Abrüstungsverhandlungen von 1957 als ersten Test, inwiefern die Empfehlungen der „Drei Weisen“ vom Dezember 1956 in die Praxis umgesetzt wurden. Im *vierten Teil* wird gezeigt, wie die Allianz im Dezember 1957 als Antwort auf die sowjetische Sputnik-Herausforderung eine Doppelstrategie von militärischen Gegenmassnahmen und Verhandlungsbereitschaft mit Moskau entwarf. Im *fünften Teil* wird die Rolle der Nato in den westlichen Vorbereitungen auf einen möglichen Ost-West-Gipfel im ersten Halbjahr 1958 analysiert.

Die folgenden drei Teile sind den Herausforderungen der politischen Erfolge von 1955 bis 1958 durch die Machtergreifung von Charles de Gaulle (*Teil VI*) und durch die Berlinkrise von 1958/59 (*Teil VII*) sowie den Vermittlungsversuchen von Nato-Generalsekretär Spaak und den mittelgrossen und kleineren Mitgliedstaaten gewidmet. Es wird diskutiert, wie die Nato auf Eisenhowers Treffen mit Chruschtschow in Camp David reagierte (*Teil VIII*). Der *neunte Teil* analysiert das Ringen der Nato um Mitsprache in den westlichen Vorbereitungen für den Viermächtegipfel von Paris im Mai 1960.

Der *zehnte Teil* ist der Gefahr für die multilateralen Nato-Konsultationen durch den Tripartismus der USA, Grossbritanniens und Frankreichs sowie Studien zur Nato in den 1960er-Jahren gewidmet, wie sie insbesondere von der Kennedy-Regierung mit dem Acheson-Bericht erstellt wurde. Anhand der Berliner Mauerkrise von 1961 wird im *elften Teil* untersucht, ob die von Kennedy in Aussicht gestellte verstärkte politische Konsultation 1961/62 auch umgesetzt wurde oder blosser Rhethorik blieb. Abschliessend wird im *zwölften Teil* die Rolle der Nato in den Teststoppverhandlungen und in der „kleinen Détente“ vom Sommer 1963 analysiert.

## I. Die Nato und die Genfer Konferenzen (1955)

Im Mai 1955 festigte sich die Nato durch den Beitritt der BRD im Mai 1955 weiter. Gleichzeitig begann sie unter den Wirkungen einer Entspannungsphase in den Ost-West-Beziehungen gleichzeitig an innerer Kohäsion zu verlieren. Für die westliche Allianz bedeuteten die Détenteinitiativen von Sowjetführer Nikita Chruschtschow im Frühjahr 1955 eine neue Herausforderung. Dieses Kapitel widmet sich den „Kinderjahren“ politischer Konsultation in der Nato und der Reaktion des westlichen Bündnisses auf Chruschtschows Aussenpolitik zwischen dem Frühjahr 1955 und Ende Dezember 1955 in acht Kapiteln. Zunächst wird im *ersten Kapitel* rekapituliert, wie sich die politische Zusammenarbeit im Bündnis zwischen der Gründung der Nato am 4. April 1949 und Ende 1954 entwickelte. Das *zweite Kapitel* macht deutlich, dass die Forderungen nach der Ausgestaltung der nicht-militärischen Seite der Allianz im Dezember 1954 und in den ersten Monaten 1955 wieder Auftrieb erhielten. Im *dritten Kapitel* wird beschrieben, wie das westliche Bündnis auf Chruschtschows Détenteoffensive vom Frühjahr 1955 reagierte. An der Frühjahrstagung in Paris tauschten die Nato-Aussenminister anfang Mai 1955 ihre Einschätzungen der neuen sowjetischen Politik und allfällige Implikationen für die westliche Allianz untereinander aus. Unmittelbar nach dem Atlantikrat lancierte die Sowjetunion mit einem spektakulären neuen Vorschlag die Abrüstungsdebatte zwischen Ost und West neu. Vom Atlantikrat aus boten die USA, Grossbritannien und Frankreich der Sowjetunion an, an einem Gipfeltreffen in Genf im Juli 1955 die Ost-West-Probleme zu diskutieren. Das *vierte Kapitel* zeigt die Suche der kleineren Nato-Staaten nach Wegen, um zu den Gipfelvorbereitungen einen Beitrag zu leisten. Die folgenden drei Kapitel sind den Konsultationen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs mit der Nato über den Genfer Gipfel vom Juli 1955 (*Kapitel 5*) und der Genfer Aussenministerkonferenz vom Herbst 1955 (*Kapitel 7*) sowie den Auswirkungen der Détente im Zuge des „Geistes von Genf“ auf die Nato gewidmet (*Kapitel 6*). Das *achte Kapitel* beschreibt, wie am Atlantikrat im Dezember Bilanz gezogen wurde über Chruschtschows Détentepolitik von 1955.

### 1. „Eine Geste der Höflichkeit“: Politische Kooperation in der Nato (1949-1954)

Die Nato war 1949 nach einem Bonmot des ersten Nato-Generalsekretärs Lord Ismail aus drei Gründen etabliert worden: „Keeping the Russians out, bringing the Americans in, and holding the Germans down!“ Die sowjetische Bedrohung („keeping the Russians out“) war jedoch von Anfang die wichtigste offizielle *raison d'être* der Nato. Die ersten fünf Jahre der Nato waren geprägt von der militärischen Hauptfunktion der Allianz. Mit dem Nordatlantikvertrag vom 4. April 1949 hofften die zwölf Mitgliedstaaten einen dritten Weltkrieg abzuwenden,<sup>53</sup> wenngleich der Nato-Vertrag in den Artikeln 2, 3, 4 und 9 auch das Prinzip kontinuierlicher politischer Konsultation zwischen den Vertragspartnern verankerte.<sup>54</sup> Die frühen Entscheidungen der westlichen Verteidigungsallianz

<sup>53</sup> So lautete die Einschätzung des damaligen US-Präsidenten. Harry S. Truman, *Years of Trial and Hope* (Garden City: Doubleday, 1956), 250.

<sup>54</sup> Streng genommen verpflichtete Artikel 4 die Vertragspartner nur im Falle eines Notfalls zu politischen Konsultationen. Vgl. dazu Norman J. Padelfield, „Political Cooperation in the North Atlantic Community“, *International Organization* 9, no. 3 (1955): 353-365, 356ff.; Frederic L. Kirgis, Jr., „NATO Consultations as a Component of National Decisionmaking“, *American Journal of International Law* 73, no. 3 (1979): 372-406, 374f.

waren bezeichnend für die primär militärische Ausrichtung des Bündnisses.<sup>55</sup> Der Koreakrieg wirkte im Sommer 1950 als Katalysator für die Transformation der Nato von einer „Papierallianz“ zu einer mächtigen Verteidigungsorganisation, die über eine integrierte Streitmacht unter einheitlichem Kommando verfügte.<sup>56</sup> Mit der Türkei und Griechenland wurden zwei neue Mitglieder aufgenommen; gleichzeitig wurde die Integration der BRD ins Bündnis eingeleitet. Ausserdem akzeptierte die Nato die wichtige Rolle von Nuklearwaffen zur Abschreckung einer sowjetischen Attacke und zur Verteidigung des Nato-Gebiets.<sup>57</sup>

Die politische Zusammenarbeit unter den zwölf Gründerstaaten der Nato war zunächst „nicht viel mehr als eine Geste der Höflichkeit“ gewesen.<sup>58</sup> Als Forum für politische Konsultationen dienten die Sitzungen der Ratsstellvertreter (*Council Deputies*), welche im Mai 1950 geschaffen wurden. Die politischen Diskussionen in der Nato widmeten sich in den ersten Jahren nach 1949 primär dem adäquaten Aufbau eines westlichen Verteidigungssystems.<sup>59</sup> Die Nato erwies sich jedoch bald als „hybride Kreatur“, und die anfangs überwiegend militärischen Funktionen der Allianz wurden bereits in den frühen 1950er-Jahren durch nicht-militärische Funktionen bereichert. 1951/52 häuften sich nämlich die Stimmen innerhalb der Nato, welche glaubten, die exklusive Ausrichtung der Nato auf militärische Vorbereitungen werde den aktuellen Problemen der Allianz nicht länger gerecht. Die Ratsstellvertreter forderten eine Festschreibung der wichtigsten Prinzipien von politischer Konsultation und die Errichtung permanenter allianzinterner Konsultationsorgane. Konkret definierten sie den Zweck von politischen Konsultationen im April 1951 in drei Aufgaben: *Erstens* sollten die Nato-Diskussionen einen informellen und zusätzlichen Kanal für intergovernmentale Kontakte darstellen, um Informationen und Meinungen zu politischen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse für die Allianz auszutauschen. *Zweitens* sollten die Ratsstellvertreter aus diesem Informationsaustausch Zusammenfassungen erstellen und aufzeigen, wo die Sichtweisen einzelner Mitglieder von einander abwichen. *Drittens* sollten die Rats-Stellver-

<sup>55</sup> 1949/50 wurden ein Verteidigungs- und ein Militärausschuss mit dem Exekutivorgan einer Ständigen Nato-Gruppe (*Standing Group*) und regionalen Planungsgruppen gegründet, ein strategisches Konzept zur Verteidigung des Nato-Gebiets verabschiedet sowie nationale Streitkräftestärken definiert.

<sup>56</sup> Norbert Wiggershaus, „Nordatlantische Bedrohungsperzeptionen im ‚Kalten Krieg‘, 1948-56“, in *Das Nordatlantische Bündnis*, ed. Klaus A. Maier / Norbert Wiggershaus (München: Oldenbourg, 1993), 17-55; Walter LaFeber, „NATO and the Korean War: A Context“, *Diplomatic History* 13 (Fall 1989): 461-479; Kaplan, NATO and the United States, 33-52. Vgl. auch Escott Reid, *Time of Fear and Hope* (Toronto: McClellan and Stewart, 1977), 238. Die Verteidigungsausgaben der Nato-Mitgliedstaaten, die 1949 18.5 Milliarden Dollar und 1950 20.2 Milliarden betragen hatten, verdoppelten sich nach dem Ausbruch des Koreakriegs auf 42 Milliarden (1951). Lord Lionel H. Ismay, *NATO: The First Five Years, 1949-54* (Paris: NATO, 1956), 111.

<sup>57</sup> Zur Nuklearisierung der Nato siehe Robert Wampler, „Ambiguous Legacy: The United States, Great Britain and the Foundations of NATO Strategy, 1948-57“, unpublished Ph.D. dissertation, vol. 2 (University of Michigan, 1991); Andreas Wenger, *Living with Peril: Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons* (Lanham: Rowman & Littlefield, 1997), 105-120, sowie Trachtenberg, *A Constructed Peace: The Making of the European Settlement, 1945-63* (Princeton: Princeton University Press, 1999), 156-200; Trachtenberg, *History and Strategy* (Princeton: Princeton University Press, 1991), 153-168.

<sup>58</sup> NATO-Informationsabteilung (Hrsg.): *Tatsachen und Dokumente* (Brüssel: NATO, 1990), 99.

<sup>59</sup> Memorandum by van Campen (Political Affairs Division, NATO), „The Evolution of NATO Political Consultation, 1949-62“, 3 May 1963, NHO/63/1, NATO Archives (NA), Brussels, 8f. Themen der Sitzungen der Ratsstellvertreter in den Jahren 1950/51 beinhalteten die politischen und diplomatischen Aspekte einer Aufnahme von Griechenland und der Türkei in die Nato, verschiedenste Aspekte einer westdeutschen Beteiligung an der westlichen Verteidigung, eine Beteiligung an Gegenmassnahmen im Falle einer sowjetischen Unterbindung des Zugangs nach Berlin sowie den Fortgang der Verhandlungen über die Errichtung einer Europäischen Armee.



treter falls nötig auf der Grundlage der politischen Konsultationen in der Nato gegenüber einzelnen Regierungen Empfehlungen abgeben.<sup>60</sup>

Bereits in diesen ersten Grundsatzdiskussionen wurde jedoch klar, dass zahlreiche Mitgliedstaaten, die sich im Nordatlantikvertrag freiwillig zusammengeschlossen hatten, nicht zu einem Souveränitätstransfer zu supranationalen Gremien der Nato bereit waren. Kanada fand, dass der vorgesehene Informationsaustausch nur aus dem Verlesen vorbereiteter nationaler Erklärungen, nicht aber aus einer anschliessenden freien Diskussion derselben bestehen sollte. Auch Grossbritannien meinte, die Sitzungen der Rats-Stellvertreter sollten nicht zu wöchentlichen politischen Diskussionen verkommen, sondern Probleme nur in Krisen und Notfällen besprechen.<sup>61</sup>

Andere Staaten setzten sich hingegen von 1951 an stark für eine stärkere Kooperation der Nato-Staaten auch in nicht-militärischen Bereichen ein. Am siebten Nato-Ministerrat in Ottawa im September 1951 forderte der holländische Aussenminister Dirk Stikker häufigere politische Konsultationen und die politische Koordination der Aussenpolitiken der einzelnen Bündnisstaaten. Das Forum der Ratsstellvertreter sollte systematischer, umfangreicher und rechtzeitiger für den Meinungsaustausch genutzt werden. Zudem schlug Stikker vor, dass die Ministerrattreffen der Nato häufiger stattfinden sollten.<sup>62</sup> Die Nato-Regierungen setzten deswegen am 20. September 1951 ein Ministerkomitee aus Vertretern Belgiens, Kanadas, Italiens, Hollands und Norwegens ein, um Empfehlungen zur Koordination und Konsultation der nationalen Aussenpolitiken abzugeben.<sup>63</sup> Das „Temporary Council Committee“ – oder „Pearson-Komitee“, wie es nach dem kanadischen Aussenminister Lester M. Pearson genannt wurde – betonte in seinem Schlussbericht vom Februar 1952 das Maximal- und Minimalziel von politischen Konsultationen innerhalb der Nato:

The maximum objective is to seek to develop such close consultation between members and such coordination of action as will best serve the common interest; the minimum objective is to ensure that action or policy on the part of any one member does not adversely affect the common interest.<sup>64</sup>

Der Schlussbericht hielt auch fest, dass die mächtigeren Mitglieder der Allianz den grössten Teil der Verantwortung für effektive Konsultation zu einem frühen Zeitpunkt über wichtige Probleme trugen.

Das Ministerrattreffen im Februar 1952 in Lissabon und die sogenannten „Lissaboner Reformen“ hatten grosse Auswirkungen auf die anlaufende politische Zusammenarbeit innerhalb der Nato. Es wurde die Position eines Nato-Generalsekretärs und ein internationales Sekretariat geschaffen sowie der Nordatlantikrat (*North Atlantic Council*) als ständiges Gremium mit Sitz in Paris gegründet, bestehend aus „Ständigen Vertretern“ (*Permanent Representatives*) der einzelnen Mitgliedstaaten. Mit einem eigenen

<sup>60</sup> Ibid., 7f.

<sup>61</sup> Ibid., 8.

<sup>62</sup> Vgl. dazu Document C7-D/13, 15 September 1951, NA.

<sup>63</sup> Annex A to Document C7/D-18, 20 September 1951, NA. Vgl. auch Ismay, NATO, 44-47.

<sup>64</sup> Document C8-D/6, 26 November 1951, NA; Document C9-D/8, 19 February 1952, NA. Vgl. dazu Helmut R. Hammerich, „Operation Wise Men: The Temporary Council Committee und die Geburt der NATO im Jahre 1952“, in *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, hrsg. von Hans-Joachim Harder (München: Oldenbourg, 2000), 137-152.

Generalsekretär verfügte die Nato damit ab 1952 über einen bündniseigenen Sprecher am Konferenztisch des Nato-Rats.<sup>65</sup>

Der erste Generalsekretär der Allianz, der Brite Lord Lionel H. Ismay, der sein Amt am 4. April 1952 antrat, bekam von Winston Churchill den Auftrag, die Nato effektiver zu organisieren und zu managen. Die Nato biete die beste, wenn nicht sogar die einzige Hoffnung auf Frieden, glaubte Churchill.<sup>66</sup> Ismay betonte 1957 kurz nach seinem Rücktritt fünf Jahre später in einer Rede, dass die permanenten Nato-Botschafter in Paris „eine der glücklichsten Familien“ sei, mit der er je verbunden gewesen sei. Der Ständige Nato-Rat in Paris besitze effektive Entscheidungsgewalt. Er könne jeden Tag einberufen werden und, falls nötig, den ganzen Tag Beratungen abhalten. Der Rat könne zudem sehr kurzfristig einberufen werden, was in der schnelllebigen Zeit des Kalten Krieges besonders wichtig sei. Die fünfzehn Botschafter aus den Nato-Staaten würden das Vertrauen ihrer Regierungen genießen und über die wichtigsten politischen Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten. Durch ihre Präsenz in Paris würden sie einander gut kennen und als Team zusammenarbeiten.<sup>67</sup>

Ismays rosige Abschiedsrede täuschte aber, denn zwischen 1952 und 1955 hatte die politische Kooperation in der westlichen Allianz eigentlich an Dynamik verloren. Als Ismay im Sommer 1952 ein „Politisches Komitee“ gründen wollte, lehnten die Nato-Botschafter dies ab, weil sie den Nato-Rat als hauptsächliches Forum für politische Konsultation bewahren wollten und nicht zu einer Kompetenzdelegation bereit waren.<sup>68</sup> Ismay war unzufrieden darüber, dass sich die politische Konsultation nicht in der Art entwickelte, wie es das Pearson-Komitee gefordert hatte. Im Februar 1953 beklagte er sich darüber, dass gewisse Mitgliedstaaten die Nato als rein statistisches Organ betrachteten, deren einziger Zweck es sei, Daten und Zahlen zu den Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedsländer zu sammeln. Seiner Meinung nach sollte das Internationale Sekretariat stattdessen die politische Einheit zwischen den Allianzpartnern aufrechterhalten und dem Generalsekretär und dem Nato-Rat dabei helfen, politische Kooperation zwischen den Nato-Staaten zu verbessern.<sup>69</sup>

Ein Jahr später verabschiedete der Ministerrat am 23. April 1954 eine Resolution, um die politischen Konsultationen innerhalb der Nato zu verstärken. Darin wurde den Nato-Regierungen empfohlen, sie sollten zu jeder Zeit daran denken, den Nato-Rat über internationale politische Entwicklungen zu informieren, welche einzelne Mitgliedstaaten oder die Allianz insgesamt betrafen. Zudem sollte der Ständige Nato-Rat von Zeit

<sup>65</sup> „Reorganization of NATO“, C9-D4 (Revised), 29 February 1952, FRUS 1952-54 V(1): 198-203. Ismay, NATO, Ch. 6. Vgl. auch Robert S. Jordan, *The NATO International Staff / Secretariat, 1952-57: A Study in International Administration* (London: Oxford University Press, 1967), 46-49; Ruth C. Lawson, „Concerting Policies in the North Atlantic Community“, *International Organization* 12, no. 2 (1958): 163-179, 165-168; Richard L. Kugler, *Laying the Foundations: The Evolution of NATO in the 1950s* (Santa Monica, CA: RAND, 1990); Massimo de Leonardis, *History of the Origins and the First Developments of NATO, 1947-57* (Milano: Università Cattolica del Sacro Cuore, 1994).

<sup>66</sup> Ismay, NATO, 56; Lord Lionel H. Ismay, *The Memoirs of General Lord Ismay* (London: Heinemann, 1960), 457, 461. Vgl. zu Ismay Jordan/Bloome, *Political Leadership in NATO*, 23-54. Die Nato hatte in Lissabon bereits Oliver Franks als ersten Generalsekretär gewählt, der das Angebot aber ablehnte mit den Worten, er sei an dem Amt nicht interessiert. Nachdem auch der Kanadier Lester Pearson abgelehnt und Frankreich sich gegen Paul-Henri Spaak ausgesprochen hatte, schlug Winston Churchill schliesslich Ismay als Generalsekretär der Nato vor. Vgl. OH Interview Achilles, 104-110, Georgetown University Library (GUL), Special Collections Division.

<sup>67</sup> Speech by Ismay, Dorchester, 4 June 1957, „Rules for NATO Conduct“.

<sup>68</sup> NAC Meeting, 11 June 1952, NA, C-R(52)8. Vgl. auch Ismay to NATO Delegations, 6 June 1952, NA, C-M(52)26.

<sup>69</sup> Van Campen, „The Evolution of NATO Political Consultation“, 14.

zu Zeit spezifische Themen für politische Konsultationen festlegen, so dass an einer der nächsten Sitzungen die Nato-Botschafter aufgrund aktueller Instruktionen die betreffenden Themen fundiert diskutieren konnten.<sup>70</sup> Allerdings hatten bereits während der Ministerratsdebatten über die Resolution zahlreiche Aussenminister ihre Bedenken und Vorbehalte gegenüber zu starren Konsultationsmechanismen geäußert. US-Aussenminister John Foster Dulles wies darauf hin, dass Staaten mit weltweiten Interessen wie die USA es schwierig finden würden, die Nato in allen Fällen rechtzeitig zu informieren. In einer plötzlichen Krise sei es wichtiger, rasch zu handeln, als die Notlage in der Nato zu diskutieren. Der französische Aussenminister Georges Bidault fand, dass die politischen Diskussionen der Nato sich ausschliesslich auf Verteidigungsaspekte beziehen sollten. Der norwegische Aussenminister Halvard Lange schliesslich bezog sich auf Artikel 6 im Nordatlantikvertrag, der die geographischen Grenzen der Nato umriss, und warnte davor, die Verpflichtungen der Nato über das Vertragsgebiet hinaus auszuweiten.<sup>71</sup>

Die ersten Jahre hatten damit nicht nur erste wichtige Prinzipien politischer Konsultation definiert und die Elemente der Konsultationsmaschinerie erweitert, sondern auch die Widerstände vor allem der Grossmächte gegen zu starre Konsultationsverpflichtungen aufgezeigt. Die Forderungen und Diskussionen von 1951/52 sowie 1954 bildeten wichtige Grundlagen für die Nato-Debatten um eine Verstärkung der nicht-militärischen Aspekte der Allianz und eine Verbesserung der politischen Kooperation, wie sie ab 1955 vor dem Hintergrund von Nikita Chruschtschows Détente politik zunehmend gefordert werden würden.

## **2. Forderungen nach verstärkter politischer Konsultation in der Nato**

Die kurze Entspannungsphase zwischen Ost und West nach dem Tod von Sowjetführer Josef Stalin im März 1953 hatte vorerst nichts am militärischen Fokus der westlichen Allianz geändert. Die Westmächte hatten ungeachtet der Störmanöver Moskaus die Integration Westdeutschlands in die Nato fortgesetzt. Die Westintegration der BRD blieb zwischen 1953 und 1955 das Hauptziel des Westens, besonders stark gefördert vom westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer und vom amerikanischen Aussenminister John Foster Dulles. Sie wurde vom Westen insgesamt gegenüber Verhandlungen mit Moskau über die Zukunft Deutschlands vorgezogen. Für US-Präsident Dwight D. Eisenhower und Dulles war ein geteiltes Deutschland besser als das Risiko eines neutralen Deutschlands. Die Nato-Mächte waren bereit, die Teilung Deutschlands und Europas zu vertiefen, da dies ihre Verteidigungsposition gegenüber der Sowjetunion stärkte. Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung Ende August 1954 konnte in den Pariser Verträgen vom Oktober 1954 ein Weg gefunden werden, die BRD in die Nato aufzunehmen.<sup>72</sup>

<sup>70</sup> Resolution of NATO Ministerial Council, 23 April 1954, NA, C-M(54)38. Vgl. dazu Jordan, *The NATO International Staff / Secretariat*, 67f.

<sup>71</sup> Van Campen, „The Evolution of NATO Political Consultation“, 15f.

<sup>72</sup> Marc Trachtenberg, *Constructed Peace*, 121-134; Saki Dockrill, „Cooperation and Suspicion: The United States' Alliance Diplomacy for the Security of Western Europe, 1954-55“, *Diplomacy and Statecraft* 5 (1994): 138-182; Kevin Ruane, „Agonizing Reappraisals: Anthony Eden, John Foster Dulles and the Crisis of European Defence, 1953-54“, *Diplomacy & Statecraft* 13, no. 4 (2002): 151-185; Klaus Larres, „Eisenhower, Dulles und Adenauer: Bündnis des Vertrauens oder Allianz des Misstrauens (1953-61)“, in *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert: Geschichte der politischen Beziehungen*, hrsg. von Klaus Larres und Torsten Oppeland (Darmstadt: WBG, 1997), 119-150; Steven J. Brady, „The United States, the Federal Republic of Germany, and Détente, 1953-58“, unpublished Ph.D. dis-

Das Nato-Aussenministertreffen im Dezember 1954 stand noch ganz im Zeichen sowjetischer Drohungen für den Fall einer Aufnahme der BRD ins westliche Bündnis. Anfangs 1955 gab es im westlichen Lager hingegen unterschiedliche Haltungen zur Erweiterung der Nato und Wiederbewaffnung (West)-Deutschlands. Besonders London und Paris plädierten nun für ein Ausloten möglicher Verhandlungschancen mit Moskau. Demgegenüber versuchten Washington und Bonn die westlichen Verbündeten auf ihre Linie einzuschwören, dass Gespräche mit der Sowjetunion über ausstehende Probleme – wenn überhaupt – erst nach erfolgter Ratifizierung der Pariser Abkommen beginnen sollten.<sup>73</sup> Bilaterale nationale Annäherungsversuche mit Moskau konnten Anfang 1955 nur knapp unterbunden werden. Sowohl der britische Premier Winston Churchill als auch der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France drängten zur Jahreswende 1954/55 zu einem Dialog mit dem Kreml.<sup>74</sup> Die USA schlossen hingegen vor der Ratifizierung der Pariser Abkommen ein Viermächtetreffen mit der Sowjetunion strikte aus.<sup>75</sup> Eine Demarché gegenüber Moskau hielt Washington für einen „grossen Fehler“, da dies den Eindruck von Zögern oder Schwäche hinterlassen und der westlichen Allianz grossen Schaden zufügen würde.<sup>76</sup> Die Gefahr eines französischen Alleingangs in Richtung Moskau wurde jedoch gebannt, als Mendès-France über seine Nordafrikapolitik stolperte und am 23. Februar 1955 durch Premier Edgar Jean Fauré abgelöst wurde. Fauré betonte unverzüglich die Wichtigkeit harmonischer Beziehungen unter den drei

---

sertation (Indiana: University of Notre Dame, 1997), 40-75. Siehe auch Klaus Larres and Kenneth Osgood (eds.), *The Cold war After Stalin's Death: A Missed Opportunity for Peace?* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2006).

<sup>73</sup> Saki Dockrill, *Eisenhower's New-Look National Security Policy, 1953-61* (Basingstoke: Macmillan, 1996), 95-98; Hans Ehlert et al. (eds.), *Die NATO-Option* (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, 1945-56; 3) (München: Oldenbourg, 1993), .

<sup>74</sup> Antonio Varsori, „Britain and Early Détente (1953-56)“, in *Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente, 1945-89*, ed. Gustav Schmidt (Bochum: Brockmeyer, 1993), 175-200; David Carlton, „Grossbritannien und die Gipfeldiplomatie 1953-55“, in *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-56*, hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann (Boppard a. Rh.: I. Boldt, 1988), 51-69. Vgl. zu Churchill auch Klaus Larres, „Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill's Post-war Foreign Policy“, *Journal of European Integration History* 2 (1996): 15-49; Klaus Larres, *Churchill's Cold War: The Politics of Personal Diplomacy* (New Haven: Yale University Press, 2002); John W. Young, „Churchill's Bid for Peace with Moscow, 1954“, *History* 73 (1988): 425-448; John W. Young, „Cold War and Détente with Moscow“, in *The Foreign Policy of the Churchill Peacetime Administration, 1951-55*, ed. John W. Young (Leicester, UK: Leicester University Press, 1988), 55-80.

Zu Mendès-France vgl. Pierre Mendès-France, *Oeuvres complètes*, vol. 3: Gouverner, c'est choisir (Paris: Editions Gallimard, 1986); René Girault (éd.), *Pierre Mendès-France et le rôle de la France dans le monde* (Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble, 1991); Youri Roubinski, „Pierre Mendès France vu par l'URRS“, in *Pierre Mendès France et le rôle de la France dans le Monde*, éd. René Girault (Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble, 1991), 171-176; Georges-Henri Soutou, „Pierre Mendès France et l'URRS 1954-55“, in *Pierre Mendès France et le rôle de la France dans le Monde*, ed. René Girault (Grenoble: Presses universitaires de Grenoble, 1991), 177-205; Antonio Varsori, Antonio, „Alle origini della prima distensione: La Francia di Pierre Mendès France e la ripresa del dialogo con Mosca“, *Storie delle relazioni internazionali* 8 (1991): 63-98; Jean Lacouture, *Pierre Mendès-France* (Paris: Seuil, 1981); Eleonore Calandri, „La détente et la perception de l'Union Soviétique chez les décideurs français du printemps 1955 à février 1956“, *Relations Internationales* LXXIII (Summer 1993): 176-177. Foreign Relations of the United States (FRUS) 1955-57 V: 191.

<sup>75</sup> Dulles to Adenauer, 13 January 1955, US National Archives (USNA), College Park, Maryland, Record Group (RG) 59, Central Decimal Files (CDF), 740.5. Die amerikanische Weigerung, einem Viermächtegipfel zuzustimmen, wurde Ende März wiederholt: PPP 1955: 351ff.

<sup>76</sup> Dulles to Mendès-France, 15 January 1955, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Übersetzung des Verfassers (ÜdV).

Westmächten und versicherte, er verspüre „keine besondere Eile“, Gespräche mit der Sowjetunion aufzunehmen.<sup>77</sup>

Parallel zu dem innerwestlichen Geplänkel um ein mögliches Gipfeltreffen mit Moskau begannen sich die Stimmen in der Allianz zu häufen, welche eine grössere politische Rolle der Nato in den Ost-West-Beziehungen forderten. Bereits im Dezember 1954 hatten die Nato-Aussenminister unter Berufung auf die Nato-Deklaration vom April 1954 grundsätzlich beschlossen, die politische Konsultation zu intensivieren und die Kompetenzen des Ständigen Nato-Rates in Paris entsprechend zu erweitern.<sup>78</sup> Der amerikanische Nato-Botschafter John A. Hughes schlug deshalb im Februar 1955 vor, den Nato-Rahmen für die Vorbereitung einer allfälligen Ost-West-Konferenz zu verwenden:

I believe strongly that other NATO delegates will be so appreciative of the contribution such decision would make to strengthening NATO and its position in political affairs and of opportunity it would afford for increasing effectiveness of NATO-wide informal consultation [...].<sup>79</sup>

Auch die Delegationen kleinerer Mitgliedstaaten wie Holland, Kanada, Italien, Belgien und Nato-Beitrittskandidat Westdeutschland forderten im Frühjahr 1955 allianzinterne Konsultationen über Themen, die in allfälligen Verhandlungen mit Moskau zur Sprache kommen würden. Der holländische Botschafter in Washington Ted van Baarda sprach sich im März 1955 gegenüber dem US-Aussenministerium gegen eine vorschnelle Viermächte-Konferenz der USA, Grossbritanniens und Frankreichs mit der Sowjetunion aus: „It would be disturbing if the three Western powers were rushing into preparations for a conference without consultation with their NATO allies.“ William Tyler vom *Bureau of European Affairs* (EUR) im State Department betonte ebenfalls die Wichtigkeit einer sorgfältigen Vorbereitung und von Konsultationen mit den Verbündeten, um vor dem Beginn von Ost-West-Gesprächen eine gemeinsame westliche Position zu erreichen. Er versicherte dem holländischen Botschafter, dass die USA die Ansichten all ihrer Nato-Partner „äusserst sorgfältig“ in Betracht ziehen würden und dass dies durch die bevorstehende Pariser Aussenministerkonferenz der Nato erleichtert würde.<sup>80</sup>

Der kanadische Nato-Botschafter Leolyn Dana Wilgress brachte Ende März im Ständigen Nato-Rat in Paris den Vorschlag ein, die Diskussion der Nato-Aussenminister über die internationale Situation inhaltlich zu erweitern. Die Idee wurde von seinem amerikanischen Kollegen John Hughes begeistert aufgenommen:

<sup>77</sup> Achilles (Paris) to DoS, 28 February 1955, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Vgl. Edgar Fauré, *Mémoires*, 2 vols. (Paris: Plons, 1982-84). Mitte März nahm jedoch der Gaullist Michel Debré im Parlament die Idee von Verhandlungen mit Moskau wieder auf und wies auf das Dilemma hin, dass Frankreich eigentlich mit Moskau eine europäische Lösung aushandeln wolle, dass aber die Pariser Abkommen solche Verhandlungen erschwerten. Debré betonte in der gleichen Grundsatzrede auch die politische Seite der Nato und hielt fest: „La négociation avec la Russie est aussi importante que la défense contre le menace éventuelle de la Russie.“ Achilles (Paris) to DoS, 28 March 1955, Despatch 2041, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>78</sup> Communiqué, 18 December 1954, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c541218a.htm> (6.2.13). Vgl. FRUS 1952-54 V: 509-514.

<sup>79</sup> Hughes (Paris) to DoS, 7 February 1955, Polto 1499, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>80</sup> Tyler-von Baarda Meeting, Washington, 30 March 1955, „Preparations for Talks with the Soviet Government“, USNA, RG 59, CDF, 396.1 (ÜdV).

I feel that closer consultation is one of the most effective means we have of strengthening NATO and urge that we support this constructive Canadian proposal.<sup>81</sup>

Die skandinavischen Nato-Delegationen wehrten sich zur selben Zeit gegen den Vorschlag des italienischen Aussenministers Gaetano Martino, eine westliche Arbeitsgruppe zum Thema Abrüstung solle nur aus den USA, Kanada und den Ländern der Westeuropäischen Union (WEU) bestehen. Die Skandinavier würden es logischer finden, wenn die Kooperation im westlichen Lager im Nato-Rahmen stattfinden würde. Hughes schloss sich dieser Ansicht an:

I believe also there could be considerable advantage in publicity which might accrue to NATO from its attention in an important way to the problem of disarmament in order to counteract the wide spread impression that NATO's sole purpose is military buildup.<sup>82</sup>

An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 6. April teilte der belgische Nato-Botschafter und Doyen des Rats, André de Staercke, seinen Kollegen mit, sein Chef, der belgische Aussenminister Paul-Henri Spaak, fände es wünschenswert, die Methoden politischer Konsultation in der Nato zu verbessern, um in wichtigen Fragen ein möglichst einheitliches Auftreten des Westens zu erreichen.<sup>83</sup> Spaak hoffte, die Aussenminister der Nato würden an der Frühjahrstagung im Mai 1955 Antworten auf die wichtigsten internationalen Probleme geben, einen gemeinsamen Ansatz finden und eine einheitliche Front bilden.<sup>84</sup>

Auch die Bundesrepublik Deutschland machte sich Gedanken über die zu erwartende politische Rolle der Allianz im Ost-West-Konflikt. Adenauers Vertrauter Herbert Blankenhorn hatte Anfang März die ihm vom Bundeskanzler vorgeschlagene Position des zweiten Staatssekretärs abgelehnt und vorgeschlagen, er wolle stattdessen lieber ab Mai 1955 der erste deutsche Nato-Botschafter in Paris werden. Seiner Meinung nach war die ständige Vertretung der BRD bei der Nato „eine der wichtigsten Aufgaben“, die der BRD bevorstand. Blankenhorn glaubte nach Gesprächen mit britischen und amerikanischen Kollegen, dass die Nato in den kommenden Monaten in der Sicherheitsfrage und in der Ost-West-Entspannung eine grosse Rolle spielen werde. Blankenhorn fand, es wäre für Adenauer sicher von Nutzen, bei der Nato durch einen Mann vertreten zu

<sup>81</sup> Hughes (Paris) to DoS, 31 March 1955, Polto 1936, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Wilgress war seit Juni 1953 kanadischer Nato-Botschafter. Er war 1914 in die kanadische Regierung eingetreten und hatte unter anderem diplomatische Posten in Moskau (1942-47), in der Schweiz (1947-49) und in London (1949-52) bekleidet. 1919 hatte er die Russin Olga Buergin geheiratet. Siehe USNA, RG 469, Records of the US Foreign Assistance Agencies, 1958-61: Executive Secretariat, Subject Files, 1952-55, Box 32, Organizations: NATO, Foreign Delegates to Conferences of NATO. Zu Kanadas Rolle in der Nato siehe v.a. den kurzen Übersichtsartikel von David G. Haglund, *What NATO for Canada* (Kingston, Ontario: Queen's University, 2000), 1-14. Ausführlicher, mit Fokus auf Atomfrage und Abrüstung, ist Erika Simpson, *NATO and the Bomb: Canadian Defenders Confront Critics* (Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press, 2000). Siehe auch Paul Buteux, „NATO and the Evolution of Canadian Defence and Foreign Policy“, in *Canada's International Security Policy*, ed. David B. Dewitt and David Leyton-Brown (Scarborough: Prentice Hall, 1995), 153-170; Tom Keating and Larry Pratt, *Canada, NATO and the Bomb: The Western Alliance in Crisis* (Edmonton: Hurtig, 1988).

<sup>82</sup> Hughes (Paris) to DoS, 1 April 1955, Polto 1953, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>83</sup> Alger (Brussels) to DoS, 7 April 1955, Tel. 926, USNA, *ibid.* Spaak meinte damit besonders einen Austausch von Meinungen zur unlängst eskalierten Krise im Fernen Osten in der Strasse von Formosa.

<sup>84</sup> Alger (Brussels) to DoS, 20 April 1955, Tel. 970, USNA, *ibid.* Zur belgischen Nato-Politik vgl. Luc de Vos und Jean Michel Sterkendries, „Aussenpolitik und atlantische Politik Belgiens, 1949-56“, in *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten* (München: Oldenbourg, 2000), 177-194; G. B. Howard, „The Role of Belgium in NATO“, *Military Review* 51, no. 7 (1971): 17-22.

sein, der seine Auffassungen genau kannte und sie entsprechend in dem Botschaftergremium zur Geltung bringen könnte.<sup>85</sup>

Als George W. Perkins am 14. April 1955 Hughes ablöste und seine Tätigkeit als amerikanischer Nato-Botschafter in Paris antrat,<sup>86</sup> waren im Vorfeld der bevorstehenden Ministerratstagung der Nato in Paris vom Mai 1955 die Erwartungen zahlreicher Mitgliedstaaten in die amerikanische Haltung zur Nato gestiegen. Insbesondere die Regierungen Hollands, Belgiens, Kanadas, Norwegens und Dänemarks forderten von den USA eine umfangreichere politische Konsultation als bisher. Mit dem Beitritt der BRD würde die Nato zudem um ein Mitglied bereichert werden, für das die Nato ebenfalls ein wichtiges Forum zur politischen Mitsprache im Ost-West-Konflikt darstellen würde. Diese kleineren Mitgliedstaaten verlangten eine grössere Partizipation an den Diskussionen und Entscheidungen, die normalerweise von den „Grossen Drei“ gefällt wurden.

Die USA waren grundsätzlich bereit, die Konsultationsprozesse der Allianz zu verbessern, allerdings lieber von Fall zu Fall und nicht durch formelle und starre Prozeduren. Für das US-Aussenministerium war der Nato-Rat bereits von 1953 bis 1955 vermehrt als Kanal für den Austausch von Sichtweisen zu politischen Angelegenheiten von allgemeinem Interesse verwendet worden. Insbesondere für westliche Vorbereitungen für Verhandlungen mit der Sowjetunion sollte der Nato aber künftig eine wichtigere Rolle verliehen werden.<sup>87</sup>

Die prinzipielle Bereitschaft der USA zu einer stärkeren Rolle der Nato in der Vorbereitung von Ost-West-Verhandlungen wurde im Frühjahr 1955 ernsthaft getestet, als die Sowjetunion ihre konfrontative Aussenpolitik schlagartig änderte. Am 31. Januar 1955 wurde der sowjetische Ministerratsvorsitzende Malenkow von Nikolai A. Bulganin, einem Protégé Chruschtschows, ersetzt. Im Kreml begann danach ein Machtkampf um Einfluss in sowjetischer Aussenpolitik zwischen Parteichef Chruschtschow und Aussenminister Molotow.<sup>88</sup> Als die neue sowjetische Regierung realisierte, dass sie die Ratifizierung der Pariser Abkommen und damit die Aufnahme der BRD in die Nato nicht verhindern konnte, stimmte sie überraschend zuvor jahrelang blockierten Ver-

<sup>85</sup> Brief von Blankenhorn an Adenauer, 2.3.1955, BA, NL Brentano, Bd. 165. Vgl. auch Brief von Blankenhorn an Brentano, 26. März 1955, BA, NL Brentano, Bd. 165. Dort bewarb er sich mit folgenden Worten ums Amt des Nato-Botschafters: „In den kommenden Jahren wird dieser Position sicher grosse Bedeutung zukommen, denn wir müssen annehmen, dass viele der Fragen im Gremium der Nato-Botschafter vorbereitet werden.“

<sup>86</sup> Perkins (Paris) to DoS, 14 April 1955, Polto 2041, USNA, RG 469: Records of the US Foreign Assistance Agencies, 1958-61: USRO: Executive Secretariat: Subject Files, 1952-55, Box 43, Personell. George Perkins war von 1949-53 Leiter der Europaabteilung im US-Aussenministerium gewesen.

<sup>87</sup> Position Paper, 3 May 1955, „Machinery for Improving Political Consultation in NATO“, D-11/3, USNA, RG 59, Executive Secretariat: Conference Files (CF), Box 69, CF 443 Paris-Vienna Talks, May 1955 NATO.

<sup>88</sup> Taubman, Khrushchev, 265f.; Fursenko/Naftali, Khrushchev's Cold War, 15ff.; Vladislav Zubok, „Soviet Policy Aims at the Geneva Conference“, in *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill (Baton Rouge: Louisiana University Press, 2000), 55-74. Siehe auch William J. Tompson, *Khrushchev: A Political Life* (New York: St. Martin's Press, 1995), 141; David Holloway, *Stalin and the Bomb: The Soviet Union and Atomic Energy, 1939-56* (New Haven: Yale University Press, 1994), 338f. Die Eisenhower-Regierung diskutierte den Machtwechsel im Kreml an der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) vom 10. Februar 1955. CIA-Direktor Allen Dulles glaubte, dass nun Chruschtschow klar die dominante Position in der sowjetischen Hierarchie innehatte. Siehe NSC Meeting, 10 February 1955, Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas (DDEL), Eisenhower Papers: Ann Whitman File (AWF), NSC Series, Box 6, 236th Meeting of NSC. Zu Molotow vgl. Albert Resis, *Molotov Remembers: Inside Kremlin Politics: Conversations with Felix Chuev*, ed. by Albert Resis (Chicago: I.R. Dee, 1993).

handlungen über einen österreichischen Staatsvertrag zu, Nikita Chruschtschow versöhnte sich in Belgrad mit dem jugoslawischen Staatsschef Josef Tito, und die Sowjetunion reichte an der Londoner Abrüstungskonferenz unter UNO-Auspizien einen neuen Abrüstungsvorschlag ein.<sup>89</sup>

### 3. Nato-Debatten zur sowjetischen Frühjahrsoffensive von 1955

In der Nato verschlief man die Détente von 1955 – die Allianz wurde von dem Wandel in der sowjetischen Aussenpolitik komplett überrumpelt. Eine informelle Expertengruppe innerhalb des Bündnisses, welche unter der Leitung von *Assistant Secretary-General for Political Affairs* Guiseppe Cosmelli halbjährliche Analysen über Trends in der sowjetischen Aussenpolitik erstellte, prophezeite Ende März 1955 in ihrem Bericht über Malenkows Abgang und den Aufstieg Chruschtschows zum prominentesten der Parteiführer noch, dass keine radikale Veränderung der sowjetischen Aussenpolitik zu erwarten sei: Substanzielle Verhandlungen beziehungsweise sowjetische Konzessionen werde es keine geben und die Möglichkeit einer Errichtung einer grossen kommunistischen Allianz – als Gegenstück zur durch den Beitritt der BRD ostwärts erweiterten Nato – sei nur eine leere Drohung ohne praktische Relevanz für die Zukunft.<sup>90</sup>

Auch das US-Aussenministerium erwartete keine bedeutende Veränderung in der sowjetischen Aussenpolitik.<sup>91</sup> Frankreich und Grossbritannien beurteilten die Situation in Moskau jedoch optimistischer. Als der Ständige Nato-Rat den Bericht am 30. März diskutierte, widersprachen der französische und britische Nato-Botschafter Alexandre Parodi und Christopher Steel der These, die Sowjetunion sei zu seriösen Verhandlungen nicht bereit. Cosmelli, der Vorsitzende der Nato-Arbeitsgruppe, stimmte diesen Einwänden zu. Tatsächlich hatte die Ratifikation der Pariser Abkommen durch den französischen Rat der Republik am 27. März 1955 keine heftige Reaktion Moskaus verursacht. Cosmelli betonte aber nochmals, dass es keine Evidenz dafür gäbe, dass die Sowjetunion, die Volksrepublik China und die osteuropäischen Satellitenstaaten eine formelle Allianz gründen wollten.<sup>92</sup>

Einen Monat später sah die Welt grundsätzlich verändert aus: Chruschtschow hatte eine Initiative zur Neutralisierung Österreichs lanciert, um zu verhindern, dass nach der Integration der BRD in die Nato das westliche Sicherheitssystem auch auf die westliche Besatzungszone Österreichs ausgedehnt würde. Im April hatte Molotow Chruschtschows Forderung nach einem permanenten Abzug sowjetischer Truppen aus Österreich akzeptiert; eine Lösung rückte plötzlich in greifbare Nähe.<sup>93</sup> Cosmellis Arbeitsgruppe

<sup>89</sup> Khrushchev, *Khrushchev Remembers*, 68-71; Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 26-31; Taubman, *Khrushchev*, 342-349; Audrey Kurth Cronin, *Great Power Politics and the Struggle Over Austria, 1945-55* (Ithaca: Cornell University Press, 1986), 148ff.; Deborah Welch Larson, „Crisis Prevention and the Austrian State Treaty“, *International Organization* 41 (1987): 46f.

<sup>90</sup> „Recent Developments in the USSR“, Report by Working Group ‚Trends of Soviet Policy‘, 26 March 1955, NA, C-M(55)36, 2. Das US-Aussenministerium hatte eine frühere Version des Nato-Berichts inakzeptabel gefunden und verlangte eine Kürzung des 60-seitigen Entwurfs auf 20 Seiten. Die Experten sollten sich dabei darauf beschränken, die Implikationen innenpolitischer Entwicklungen auf die sowjetische Aussenpolitik der letzten Monate zu analysieren, statt wild über die Zukunft zu spekulieren. Dulles to Hughes (Paris), 16 March 1955, Topol 1357, USNA, RG 59, CDF, 740.5; DoS to Hughes (Paris), 18 March 1955, Topol 370, *ibid.* Die Kommentare des State Departments wurden alle berücksichtigt. Vgl. Hughes (Paris) to DoS, 22 March 1955, Polto 1845, *ibid.*

<sup>91</sup> Hoover to Hughes (Paris), 18 March 1955, Topol 370.

<sup>92</sup> NAC Meeting, Paris, 30 March 1955, NA, C-R(55)11, 6f.

<sup>93</sup> Vojtech Mastny, „Kremlin Politics and the Austrian Settlement“, *Problems of Communism* 31 (1982): 27-51; Vojtech Mastny, „The Soviet Union and the Origins of the Warsaw Pact in 1955“,



legte deshalb kurz vor der Frühjahrstagung der Nato-Aussenminister einen revidierten Bericht über die Trends sowjetischer Politik vor. Den jüngsten Ereignissen begegneten die Nato-Experten aber nach wie vor skeptisch:

In spite of recent spectacular developments in the USSR, there is no indication that the basic aims of the Soviet Government have changed. In Europe, these remain: to prevent the effective inclusion of the Federal Republic of Germany in the Western defensive system; to divide the Western Allies and disrupt NATO; and, as a relatively more distant goal, to cause United States withdrawal from Europe, and ultimately to bring Western Germany and the rest of Western Europe under Communist control.<sup>94</sup>

Die Experten hatten aber immerhin ihre Meinung bezüglich einer östlichen Militäralianz seit Ende März revidiert und hielten nun fest, dass die UdSSR auf die Ratifizierung der Pariser Abkommen „ziemlich sicher“ mit der Gründung einer formellen Allianz mit ihren sieben osteuropäischen Satellitenstaaten und der Etablierung eines vereinigten Militärkommandos in Osteuropa reagieren würde. Hinter der Absicht der Sowjetunion, den österreichischen Staatsvertrag abzuschliessen und die sowjetischen Truppen bis Ende Jahr zum Preis österreichischer Neutralität abzuziehen, vermuteten die Experten die Absicht Moskaus, Deutschland ein verlockendes Beispiel zu präsentieren, wie eine Wiedervereinigung zum Preis einer Neutralität nach dem Schweizer Modell erlangt werden könne. Der Bericht ergänzte, dass keinerlei Anlass bestehe, einen Durchbruch in der Abrüstungsfrage zu erwarten, und folgerte: „The threat to the Free World has in no way diminished.“<sup>95</sup>

Auch die USA gingen weiterhin von einer unveränderten sowjetischen Aussenpolitik aus. Washington betonte deshalb im Vorfeld der Nato-Frühjahrstagung, dass die kollektive Stärke der Nato wichtig bleibe. In einem Entwurf für Dulles Erklärung im Atlantikrat forderte das amerikanische Aussenministerium von den Nato-Partnern, die Rüstungsbestrebungen weiterzuführen, damit der Westen mit Moskau aus einer Position der Stärke verhandeln könnte: „We must not forget that only by the continuation of our common efforts here can we hope to maintain this bargaining position vis-à-vis Soviet Russia.“<sup>96</sup>

Am Atlantikrat in Paris vom Mai 1955 würde sich zeigen, ob die Allianz in Reaktion auf Chruschtschows Détenteoffensive der harten Linie der USA folgen und sich auf eine einheitliche westliche Politik einigen würde oder ob die neue sowjetische Aussenpolitik das westliche Lager zu spalten vermochte. Gleichzeitig würde sich auch klären, ob die drei westlichen Grossmächte dem Verlangen der kleineren Nato-Mitgliedstaaten nach stärkerer politischer Mitsprache, was die Gestaltung der Ost-West-Beziehungen

---

<http://de.scribd.com/doc/7258134/Mastny-Origins-of-the-Warsaw-Pact> (6.2.2013); Paul Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers* (New York: Vintage, 1989), 390; Taubman, Khrushchev, 348f. Zum österreichischen Staatsvertrag siehe Gerald Stourzh, *Um Einheit und Freiheit: Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs, 1945-55* (Wien: Böhlau, 1998); Günter Bischof, „The Making of the Austrian Treaty and the Road to Geneva“, in *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill (Baton Rouge: Louisiana University Press, 2000), 117-160.

<sup>94</sup> Report by the Chairman of the Working Group ‚Trends of Soviet Policy‘ (Cosmelli), 29 April 1955, „Trends and Implications of Soviet Policy, December 1954 - April 1955“, NA, C-M(55)46, 2.

<sup>95</sup> Ibid., 2f. (ÜdV).

<sup>96</sup> Position Paper, 3 May 1955, Draft Statement on Relations with Soviet Union, D-12/2a, USNA, RG 59, CF, Box 69, CF 443, Paris-Vienna Talks, May 1955 NATO. Das US-Aussenministerium blieb auch Anfang Mai bei seiner Einschätzung, dass sich die sowjetischen Ziele nicht verändert hätten, auch wenn Moskaus aussenpolitische Taktik flexibler geworden sei. Position Paper, 3 May 1955, „NATO Soviet Trends Paper“, D-12/1, ibid.

betraff, nachzugeben bereit waren. Das US-Aussenministerium fasste kurz vor dem Nato-Treffen seine diesbezüglichen Erwartungen wie folgt zusammen:

It is understood that several NATO governments believe that political consultation through the North Atlantic Council and other NATO organs should be more extensive, more substantive and more comprehensive in geographic scope than at present, and should play a greater role in the development of basic allied policies. In particular, the smaller powers appear to desire greater participation in discussions and decisions normally made by the „Big Three“. [...] Particular interest has been shown in giving NATO a more important role in preparations for negotiations with the Soviet Union on such issues as the status of Germany. [...] all [NATO countries] should have an opportunity to make known their views on matters of general concern before final positions are reached by the major powers.<sup>97</sup>

Die Pariser Aussenministerkonferenz der Nato im Mai 1955 erlangte deshalb aus zwei Gründen Bedeutung: Einerseits bot sie Gelegenheit, erstmals auf Aussenministerebene die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion zu debattieren. Andererseits würde sie auch offenbaren, wie ernst es den westlichen Grossmächten mit verstärkter politischer Konsultation im Bündnis war.

#### *Meinungsaustausch am Atlantikrat im Mai 1955*

An der Frühjahrstagung der Nato wurden die jüngsten Entwicklungen in der UdSSR in Abwesenheit des kranken Generalsekretärs Lord Ismay debattiert. Den Vorsitz hatte der griechische Aussenminister Stephanos Stephanopoulos. Auf Wunsch der Nato-Botschafter fanden die meisten Sitzungen in sogenannten „Geheimsitzungen“ (*restricted sessions*) statt, das heisst im relativ intimen Rahmen der fünfzehn Aussenminister, ihren Nato-Botschaftern und je ein bis zwei Beratern pro Delegation.<sup>98</sup>

Die Nato-Aussenminister schätzten die sowjetische Aussenpolitik und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die westliche Politik im grossen Ganzen gleich ein. Es herrschte innerhalb der Nato ein breitabgestützter Konsens, dass die Nato-Politik der ersten Jahre unverändert fortgesetzt werden sollte. Im Mai 1955 konnte die Kohäsion in der Nato trotz erster Anzeichen einer Détente bewahrt bleiben. US-Aussenminister Dulles betrachtete die internationale Situation skeptisch und hielt fest, dass die sowjetische Politik abgesehen von ihrer Kompromissbereitschaft bezüglich Österreich „praktisch unverändert“ blieb. Er betonte die nach wie vor negative Haltung der Sowjetunion in Abrüstungsfragen und mass auch den parallel zum Nato-Treffen stattfindenden Gesprächen Moskaus mit den osteuropäischen Satellitenstaaten in Warschau keine besondere Bedeutung zu, da eine östliche Militärallianz nur eine „neue Fassade“ für den bisherigen militärischen Block in Osteuropa wäre. Für die Nato leitete Dulles die folgenden Implikationen ab:

It was essential that they should not relax their efforts [...] It would be folly to abandon a policy which had been successful so far. NATO had not been deterred by threats, and should not now be deflected from its course by promises and false hopes.<sup>99</sup>

<sup>97</sup> Position Paper, 3 May 1955, „Machinery for Improving Political Consultation in NATO,“ NATO D-11/3, USNA, RG 59, CF, Box 69, CF 443 Paris-Vienna Talks, May 1955 NATO.

<sup>98</sup> Perkins hatte dem US-Aussenministerium kurz vor der Frühjahrstagung geraten, dem Wunsch der Nato-Botschafter auf eine eher geringe Teilnehmerzahl an den Sitzungen zu entsprechen und die relativ grosse Anzahl amerikanischer Delegationsmitglieder zu überdenken. Die USA hatten ursprünglich 11 bis 12 Delegationsmitglieder für die Sitzungen geplant gehabt, kamen aber Perkins Wunsch nach. Perkins (Paris) to DoS, 21 April 1955, Polto 2106, USNA, RG 59, CDF, 740.5; DoS to Perkins (Paris), 28 April 1955, Topol 1592, USNA, *ibid*.

<sup>99</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 9 May 1955, 11:30am, NA, C-R(55)18, 6f. (ÜdV). Vgl. auch FRUS 1955-57 IV: 7ff.

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer bekräftigte an der ersten Nato-Konferenz, an der die BRD teilnehmen durfte,<sup>100</sup> dass der österreichische Staatsvertrag keine Auswirkungen auf Deutschland haben werde und dass es keine Neutralismus-Tendenzen in der BRD gäbe. Auch er ermahnte den Westen, wachsam zu bleiben, da die Sowjetunion trotz einer „internationalen Détente“ nach wie vor eine Bedrohung für den Westen darstelle. Adenauer forderte den weiteren Ausbau der Nato, bevor man mit Moskau über ausstehende Probleme verhandeln könne:

The only way in which finally to achieve real international relaxation was for NATO to continue to build up her strength in order to negotiate patiently and constructively over the years with Soviet Russia.<sup>101</sup>

Der französische Aussenminister Antoine Pinay leitete wie Dulles und Adenauer aus der Erfahrung der letzten Jahre und dem Erfolg der Pariser Verträge die Rechtfertigung ab, die Nato solle weiterhin ihre Aufrüstung fortsetzen, da die UdSSR nur bei westlicher Stärke zu Konzessionen bereit sei. Trotz der auf den ersten Blick veränderten sowjetischen Politik könne es sich die Nato nicht leisten, ihre Rüstungsanstrengungen zu lockern. Sein belgischer Kollege Paul-Henri Spaak zog am Ende der morgendlichen Sitzung die Bilanz, dass alle Nato-Staaten darin übereinstimmten, dass die jüngste Entspannung auf der erfolgreichen Politik der Nato beruhe. Chancen für erfolgreiche Ost-West-Verhandlungen ergäben sich nur aus einer Fortführung der Politik der Stärke, nicht aus einer westlichen Entspannungspolitik.<sup>102</sup>

Die scheinbare Harmonie unter den Nato-Ministern wurde jedoch durch eine westliche Initiative getrübt, welche auf die neuen sowjetischen Impulse ebenfalls mit einem Détente-Signal positiv antworten wollte. Am Rande der Nato-Tagung in Paris gaben Frankreich und die USA nämlich grünes Licht zu einer Gipfelkonferenz der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Den direkten Anstoss zur westlichen Einladung an Moskau zu einem Gipfeltreffen der ‚Grossen Vier‘ gab der neue britische Premier Anthony Eden, der noch vor den britischen Parlamentswahlen von Ende Mai 1955 unbedingt einen ersten Détenteerfolg vorweisen wollte.<sup>103</sup> Eisenhower war zwar „ein bisschen überrascht“ über Edens Vorschlag eines Ost-West-Gipfels, aber Dulles und er hatten Verständnis für Edens heikle innenpolitische Situation. Grossbritannien versuchte mit der Förderung von Détente als „Brücke“ zwischen den USA und der UdSSR zu ver-

<sup>100</sup> Adenauer bekleidete zu dieser Zeit auch das Amt des Aussenministers.

<sup>101</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 9 May 1955, 11:30am, 7f. (ÜdV). Zum Zusammenhang zwischen dem österreichischen Staatsvertrag und der Deutschlandfrage vgl. Rolf Steininger, „1955: The Austrian State Treaty and the German Question“, *Diplomacy and Statecraft* 3 (1992): 494-522; Michael Gehler, „State Treaty and Neutrality: The Austrian Solution of 1955 as a ‚Model‘ for Germany?“, *Contemporary Austrian Studies* 3 (1995): 39-78.

<sup>102</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 9 May 1955, 11:30 a.m., p. 8. Zu Frankreichs Nato-Politik bis 1956 vgl. Georges-Henri Soutou, „Frankreich und das atlantische Bündnis, 1949-56“, in *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten* (München: Oldenbourg, 2000), 209-238.

<sup>103</sup> FRUS 1955-57 V: 164f. Eden war am 6. April von Churchills Aussenminister zu dessen Nachfolger aufgestiegen. Vgl. zu Eden: Anthony Eden, *Full Circle: The Memoirs of Anthony Eden* (Boston: Houghton Mifflin, 1960), 270ff.; David Carlton, *Anthony Eden: A Biography* (London: A. Lane, 1981); David Reynolds, „Eden the Diplomatist, 1931-56: Suicide of a Statesman?“, *History* 74 (1989): 64-84; David Dutton, *Anthony Eden: A Life and a Reputation* (London: Arnold, 1997); D. R. Thorpe, *Eden: The Life and Times of Anthony Eden, First Earl of Avon, 1897-77* (London: Chatto & Windus, 2003); Jonathan Pearson, *Sir Anthony Eden and the Suez Crisis: Reluctant Gamble* (Basingstoke: Palgrave, 2003); Antonio Varsori, „Le gouvernement Eden et l'Union Soviétique, 1955-56: De l'espoir à la désillusion“, *Relations Internationales* 71 (1992): 273-298.

mitteln und auf diese Weise internationales Prestige zu erlangen.<sup>104</sup> Wie würden die anderen zwölf Nato-Staaten die plötzliche Bereitschaft der USA, Grossbritanniens und Frankreichs zu einem Treffen mit Bulganin und Chruschtschow aufnehmen, nachdem Dulles und Pinay die Allianz noch wenige Stunden zuvor auf eine unveränderte harte Linie gegenüber Moskau eingeschworen hatten?

### *Eine westliche Einladung an Moskau für ein Gipfeltreffen*

Als die Nato-Aussenminister an der zweiten Sitzung des Atlantikrats am Nachmittag des 9. Mai 1955 über die Einladung der drei Westmächte an Moskau für ein Gipfeltreffen orientiert wurden, rechtfertigte der französische Aussenminister Pinay als Sprecher der ‚westlichen Drei‘ eine solche Viermächte-Konferenz aus zwei Gründen: *Erstens* sei der Westen seit der Ratifizierung der Pariser Abkommen in einer stärkeren Position als noch zur Zeit der Berliner Konferenz vor einem Jahr. *Zweitens* habe Moskau trotz der Stärkung ihrer militärischen Position in Osteuropa und der Integration der DDR in den Warschaupakt mit dem österreichischen Staatsvertrag eine flexiblere und moderatere Haltung bewiesen. Pinay versicherte dem Nato-Rat, dass für die USA, Grossbritannien und Frankreich sowjetische Pläne zur Auflösung der Nato oder zu einem Rückzug amerikanischer Truppen aus Westeuropa selbstverständlich weiterhin inakzeptabel blieben.<sup>105</sup>

Nachdem die drei westlichen Grossmächte über Mittag ihre Einschätzung der sowjetischen Aussenpolitik revidiert hatten – statt von einem „unveränderten“ war nun plötzlich von einem „flexibleren und moderateren“ Charakter der sowjetischen Politik die Rede –, meldeten sich zahlreiche Vertreter der mittelgrossen und kleineren Mitgliedstaaten zu Wort. Sie alle betonten ihr Interesse an Konsultationen der drei führenden Westmächte im Nato-Rahmen über das deutsche und das österreichische Problem sowie über Fragen europäischer Sicherheit, um die westliche Verhandlungsposition für den geplanten Gipfel mit der Sowjetunion beeinflussen zu können. Dulles wies explizit darauf hin, dass die drei Westmächte nicht nur in ihrem Namen mit Moskau verhandeln wollten, sondern im Namen der ganzen Nato und des ganzen Westens. Er stellte deshalb Konsultationen zwischen den westlichen Drei und der Nato in Aussicht:

For historical reasons this first step would have been taken by the three powers, but conditions now were very different from those of wartime and it would not be right for those four major powers to agree among themselves upon steps which will vitally affect many other peoples. In shaping final solutions, all those countries affected – those about the Council table and others not represented – should have an opportunity at the proper time to present their views.<sup>106</sup>

Aus den Voten der Aussenminister Italiens, Kanadas, Dänemarks und Norwegens wurde in der Folge offensichtlich, dass zahlreiche Nato-Staaten eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen wünschten, wobei gleichzeitig die Einheit und Stärke des Westens bewahrt werden sollte. Der italienische Aussenminister Gaetano Martino begrüßte die Aussicht auf eine Diskussion der deutschen Frage und ihres Zusammenhangs mit europäischer Sicherheit in der Allianz, da alle Nato-Staaten von diesen Problemen betroffen

<sup>104</sup> FRUS 1955-57 V: 165ff. (ÜdV); Eisenhower, *Mandate for Change*, 505f. Zu den britischen Debatten im März und April 1955 vgl. Telegram from the Delegation at the London Working Group to DoS, 28 April 1955, *ibid.*, 153f.; Antonio Varsori, „British Policy Aims at Geneva“, in *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill (Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000), 75-96.

<sup>105</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 9 May 1955, 3:30 p.m., 4, NA, C-R(55)19.

<sup>106</sup> *Documents on Canadian External Relations* (DCER) XXI (1955), no. 187, Annex C.

seien. In Verhandlungen mit Moskau solle der westliche Wunsch nach Abrüstung bestätigt werden, da Moskau offenbar eine Wiederbewaffnung Deutschlands fürchte. Hollands Johan Willem Beyen plädierte dafür, auf den Wechsel in sowjetischer Politik hin zu subtileren Taktiken zu reagieren und die bestehenden Chancen zu nutzen.

Der kanadische Aussenminister Lester Pearson begrüßte die geplanten Gespräche mit den Sowjets, warnte aber gleichzeitig davor, zu früh zu viel von dem Gipfel zu erwarten. Aber das Viermächtetreffen sei der beste Ort, um einen Dialog zu beginnen. Pearson war seit 1948 kanadischer Aussenminister und verfügte deshalb unter den Nato-Ministern über eine grosse Autorität. Pearson nutzte sein Ansehen, um einer Doppelstrategie von Stärke und Verhandlungsbereitschaft das Wort zu reden:

NATO must follow the dual policy of maintaining the unity and strength whilst exploiting every opening for negotiations.<sup>107</sup>

Wie Martino schätzte auch Pearson die Gelegenheit, die Politik der Grossmächte mitzuprägen und forderte, dass der Westen „jede sich bietende Möglichkeit ergreifen solle, um mit der UdSSR über eine Entspannung zu verhandeln.“ Er fuhr fort:

NATO had now the necessary strength to meet the USSR on the ground of NATO's choice, i.e. diplomacy. The NATO countries must be vigilant against the temptation to relax their efforts and against Soviet efforts to disrupt Western unity, in particular to alienate the United States from its partners. [...] It was essential for the countries of the West to maintain their hard-won gains in the face of all threats and blandishments, and, with flexibility, imagination and patience, to exploit every opportunity for negotiation.<sup>108</sup>

Auch der dänische Premier Hans Christian Hansen, der zugleich das Amt des Aussenministers innehatte, und Norwegens Halvard M. Lange plädierten für Verhandlungen mit der Sowjetunion. Lange war vor dem Zweiten Weltkrieg Pazifist gewesen und Sohn eines Friedens-Nobelpreisträgers (1921). Als „internationaler Staatsmann“ hatte er Einfluss bis weit über die Grenzen Norwegens hinaus. Lange unterstützte Pearsons Vorschlag von Verhandlungen aus einer Position der Stärke:

It was essential to follow a dual policy in any negotiations with the Russians: to maintain the gains which NATO had won so hardly, and at the same time exploit any possibility of relieving tension through discussion.<sup>109</sup>

Trotz des scheinbaren allianzinternen Konsenses über die Aufrechterhaltung einer Politik der Stärke am Vormittag des 9. Mai machten insbesondere die Voten der Nato-Per-

<sup>107</sup> Steel (Paris) to FO, 9 May 1955, Tel. 88, PRO, FO 371/118211. An einem bilateralen Treffen mit Adenauer forderte Pearson, dass die Nato mehr als nur ein Militärbündnis werden müsse. Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, 216.

<sup>108</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 9 May 1955, 3:30 p.m., 5, 8 (ÜdV). Vgl. auch FRUS 1955-57 IV: 10-14.

<sup>109</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 9 May 1955, 3:30 p.m., 9; Dulles (Paris) to DoS, 10 May 1955. Zu Lange siehe RG 469: Records of the US Foreign Assistance Agencies, 1958-61: USRO: Executive Secretariat, Subject Files, 1952-55, Box 32, Organizations: NATO, Foreign Delegates to Conferences of NATO. Zu Dänemarks Rolle in der Nato vgl. Nikolaj Petersen, „Dänemark und die atlantische Allianz 1949-57: Die kritische Entscheidung“, in *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten*, hrsg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (München: Oldenbourg, 2000), 101-128; Nikolaj Petersen, „The Dilemmas of Alliance: Denmark's Fifty Years with NATO“, in *A History of NATO: The First Fifty Years*, ed. Gustav Schmidt (Houndmills: Palgrave, 2001), vol. 3, 275-296; Nikolaj Petersen, *Denmark and NATO, 1949-87* (Oslo: Forsvarshistorisk Forskningscenter, 1987), 11-30; Zu Norwegen vgl. Chris Prebensen, *Norway and NATO* (Oslo: Royal Ministry of Foreign Affairs, 1974); Mats R. Berdal, *The United States, Norway and the Cold War, 1954-60* (London: Macmillan, 1997); Line Lillevik, „Moments of Crisis: John F. Kennedy and the Norwegian Response to the Cold War“, unpublished Ph.D. dissertation (Yale University, 2002), 17-48.

sönlichkeiten Pearson und Lange am Nachmittag deutlich, dass neben Frankreich und Grossbritannien auch zahlreiche kleinere Nato-Staaten eigentlich Verhandlungen mit Moskau befürworteten. Hatte Dulles am Vormittag noch skeptisch geschienen, was „Versprechen und falsche Hoffnungen“ auf eine Ost-West-Détente betrafen, so schloss er sich wenige Stunden später Pearsons und Langes engagierten Voten für Verhandlungen mit Moskau an und hielt fest: „Now was the time to take initiative, and to press the USSR for a solution to urgent problems.“ Dulles äusserte sich optimistisch, dass die deutsche Frage lösbar sei, und hoffte aufgrund der Entwicklungen in Österreich auf eine evolutionäre Veränderung in den Ostblockstaaten. Der US-Aussenminister rundete die Diskussion mit einem zuversichtlichen Ausblick ab:

To sum up, he believed that NATO should take the initiative in offering to negotiate with the Russians, that it should abandon nothing of its own policy, that it should aim at creating new hope and new techniques for relaxing international tension and, in this way, try to guarantee lasting peace.<sup>110</sup>

In einem Punkt wurden die USA jedoch von den anderen Nato-Staaten überstimmt. Dulles insistierte zunächst, dass die Befreiung der osteuropäischen Satellitenstaaten auf der Agenda des Viermächtegipfels erscheinen sollte; doch die anderen Nato-Länder dachten, ein solches Vorgehen würde den Erfolg der Gipfelgespräche von Anfang an gefährden.<sup>111</sup>

Nur gerade Spaak und der türkische Aussenminister Fatü R. Zorlu warnten vor einem Viermächte-Gipfel mit der Sowjetunion, während die Mehrheit einer Konferenz mit Moskau günstig gestimmt war. Dulles war in einem Telegramm an Eisenhower keineswegs begeistert darüber, wie in Europa über ein Gipfeltreffen mit Moskau gedacht wurde:

I am somewhat concerned over the passionate eagerness here in Europe for a meeting of the Big Four, particularly at the Head-of-Government level on the theory that this will produce some kind of a miracle. No one seems interested in trying to think up how there can be any discussion which will in fact be fruitful. The mere fact of meetings seems of itself to be enough.<sup>112</sup>

Eisenhower schrieb umgehend zurück, er teile Dulles' Vorbehalte gegenüber dem „heftigen Verlangen“ Grossbritanniens und Frankreichs nach einem Viermächtegipfel ohne substanzielle Ziele. Er wunderte sich auch über ihre Theorie, es könne ein Wunder geschehen, ohne dass sie irgendeine Vorstellung davon hätten, wie ein solches Wunder zustande kommen könnte.<sup>113</sup>

Trotz des Missmutes von Dulles und Eisenhower über die divergierenden Détente-Perzeptionen einiger europäischer Verbündeter hielten Dulles und Spaak am nächsten Tag fest, dass die Nato und besonders der Nato-Rat das wichtigste westliche Forum für die politische Diskussion internationaler Probleme darstellen solle.<sup>114</sup> Für den kanadi-

<sup>110</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 9 May 1955, 3:30 p.m., 10f.; FRUS 1955-57 IV: 14ff. Vgl. zu Dulles' Optimismus auch: NSC Meeting, Washington, 21 April 1955, DDEL, AWF, NSC Series, Box 6, 245<sup>th</sup> Meeting of NSC; NSC Meeting, Washington, 19 May 1955, *ibid.*, 249<sup>th</sup> Meeting of NSC (ÜdV).

<sup>111</sup> DCER XXI (1955), no. 187.

<sup>112</sup> FRUS 1955-57 V: 174f. Zu Dulles' Haltung gegenüber Détente und dem Genfer Gipfel siehe John Lewis Gaddis, *The United States and the End of the Cold War* (New York: Oxford University Press, 1992), 65-86; Fred I. Greenstein, *The Hidden-Hand Presidency: Eisenhower as a Leader* (New York: Basic, 1982), 26-31.

<sup>113</sup> FRUS 1955-57 V: 177f. (ÜdV).

<sup>114</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 10 May 1955, 16:00 Uhr, S. 10, NA, C-R(55)21.

schen Nato-Botschafter L. Dana Wilgress war die Diskussion über die Frage des Viermächtegipfels die beste Debatte des Nato-Treffens: „It was significant in this connection that the ‘big three’ spoke more frankly than ever before of their intentions and that they expressly recognized the interest of the other NATO countries in this matter.“<sup>115</sup>

Neben den Diskussionen über die sowjetische Aussenpolitik und den geplanten Viermächte-Gipfel erlebte die Frühjahrstagung der Nato am ersten Konferenztag einen weiteren Präzedenzfall, wie die angestrebte politische Konsultation praktisch umgesetzt werden konnte. Auf Kanadas Initiative hin diskutierten die Nato-Aussenminister in Paris nämlich erstmals in diesem Forum den Stand der Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West.

### *Lichtblick im Abrüstungsproblem?*

Am Morgen des 10. Mai 1955 widmeten sich die Nato-Minister den UNO-Abrüstungsverhandlungen in London, deren laufende Session vom 25. Februar bis 19. Mai 1955 tagte. Durch die Resolution 715 der UNO-Generalversammlung vom 28. November 1953 war ein UNO-Unterausschuss für Abrüstung etabliert worden, der ab April 1954 in unregelmässigen Abständen in London tagte. Mitglieder waren die USA, Grossbritannien, Frankreich, Kanada und die UdSSR.<sup>116</sup> Kanada hatte im April 1955 das Thema „Abrüstung“ auf die Agenda der Nato-Tagung gesetzt und dabei in Washington und London für einige Aufregung gesorgt. Weshalb wollte Kanada im Nato-Rahmen über diese Thematik diskutieren? Das britische Aussenministerium vermutete, Pearson würde über den frustrierenden Zustand der Abrüstungsverhandlungen mit Moskau berichten und Fortschritte im Dialog zwischen Ost und West fordern – zum Beispiel in der Frage eines Moratoriums von Nukleartests.<sup>117</sup> Kanada ginge es aber mit der Nato-Diskussion auch darum, ein Exempel zu statuieren, dass wichtige weltpolitische Fragen im Nato-Rahmen diskutiert und Entscheidungen darüber nicht ausschliesslich den Grossmächten überlassen werden sollten.<sup>118</sup> Die britische Regierung hoffte hingegen, dass die kanadische Initiative nicht zu einer detaillierten Diskussion in Paris führen würde. Denn die Diskussionen im UNO-Rahmen seien geheim; die Inhalte dürften deshalb streng genommen ausserhalb der fünf an den UNO-Verhandlungen beteiligten Staaten – USA, Grossbritannien, Frankreich, Kanada, UdSSR – nicht verbreitet und diskutiert werden. Die fünf „Abrüstungs-Staaten“ hätten den Auftrag, der Abrüstungskommission der UNO über den Stand der Gespräche zu berichten – und nicht der Nato. Auch die fran-

<sup>115</sup> DCER XXI (1955), no. 187.

<sup>116</sup> Position Paper, 30 April 1955, „Summary of Disarmament Meetings to Date“, NATO D-12/9, USNA, RG 59, CF, Box 69, CF 443 Paris-Vienna Talks, May 1955 NATO. Zu den Anfängen siehe Jost Delbrück, „Die Abrüstungsbemühungen, 1945-60“, in *Abschreckung und Entspannung: Fünfundzwanzig Jahre Sicherheitspolitik zwischen bipolarer Konfrontation und begrenzter Kooperation*, ed. Georg Blum et al. (Berlin: Duncker und Humbolt, 1977), 460-477, 467. Einen guten Überblick aus britischer Sicht offeriert Stephen Twigge, „Disarmament and Non-Proliferation“, in *The British Way of Cold Warfare: Intelligence, Diplomacy and the Bomb, 1945-75*, ed. Matthew Grant (London: York, 2009), 33-50. Am 11. Juni 1954 hatten Grossbritannien und Frankreich im Unterausschuss einen neuen Abrüstungsplan eingebracht, der die konventionellen Truppenbestände reduzieren, die Verteidigungsausgaben senken und alle Massenvernichtungswaffen vernichten sollte. Vgl. *Documents on Disarmament 1946-59 I*, 423ff. Vgl. auch Albert Legault und Michael Fortmann, *A Diplomacy of Hope: Canada and Disarmament, 1945-88* (Montreal / Kingston: McGill-Queen's University Press, 1992), 105-114.

<sup>117</sup> FO to UK High Commissioner in Canada, 30 April 1955, Tel. 510, PRO, FO 371/117380. Das britische Aussenministerium war skeptisch, ob Diskussionen über das Thema Abrüstung im Rahmen der Nato-Aussenministertagung etwas bringen würden.

<sup>118</sup> UK High Commissioner in Canada to FO, 2 May 1955, Tel. 330, PRO, FO 371/117380.

zösische Regierung hatte sich zunächst gegen eine Nato-Diskussion über Abrüstung gewehrt. Wie London wollte auch Paris am ersten Nato-Treffen mit deutscher Beteiligung eine Debatte über zum Teil heikle westliche Abrüstungsvorschläge vermeiden, darunter den britisch-französischen Vorschlag zur Reduktion von Streitkräften. Demnach sollten europäische Armeen ausser Frankreich und Grossbritannien „deutlich weniger“ als 650'000 Soldaten umfassen, nach französischer Lesart sogar nicht mehr als 300'000 Soldaten.<sup>119</sup>

Kanada schuf einen wichtigen Präzedenzfall für die Multilateralisierung der Abrüstungsgespräche zwischen Ost und West, indem es die Nato über die Inhalte der Diskussionen in London informierte; eine substanzielle Diskussion kam jedoch nicht in Schwung. Pearson stellte in seiner Rede fest, dass die Abrüstungsverhandlungen seit 1945 wegen der Atmosphäre des Kalten Krieges ohne Erfolg geblieben waren. Er schlug vor, der Westen solle aus Propagandagründen trotzdem weiterverhandeln. Gleichzeitig warnte er aber davor, reine Propagandavorschläge in die Verhandlungen einzubringen, die peinlich wären, wenn die Sowjetunion sie annähme. Der türkische Aussenminister Zorlu forderte, die sowjetische Haltung zur Abrüstung solle für den Westen den wahren Test für eine Détente darstellen: „Disarmament was a touchstone of Russian intentions.“<sup>120</sup>

Die kanadische Delegation war sichtlich enttäuscht über die mangelnde Diskussionsbereitschaft der meisten Nato-Länder zum Thema „Abrüstung“: „None of the other ministers were prepared to deal substantively with any of the real issues involved.“<sup>121</sup>

In amerikanischen Positionspapieren zu diesem Agendapunkt hatte das Aussenministerium grosse Zweifel am sowjetischen Willen zu ernsthaften Verhandlungen ausgedrückt. Die USA formulierten darin schwarz auf weiss ihr Misstrauen in die Sowjetunion: „Fundamentally, the USSR has not demonstrated a desire to negotiate agreements on disarmament in the Sub-Committee.“ Für Washington wollte sich die UdSSR in London vor allem Propagandavorteile erarbeiten.<sup>122</sup>

Als hätte sie den Nato-Diskussionen beigewohnt und wollte den darin vorgebrachten Vorwürfen begegnen, brachte die Sowjetunion gleichentags einen neuen, revolutionären Abrüstungsplan in die Londoner Abrüstungskonferenz der UNO ein. Indem sie alle westlichen Forderungen mit Ausnahme der vom Westen geforderten Inspektionen in ihren Plan integrierte, signalisierte sie Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen. Der Plan ging von der Eliminierung der Nuklearwaffen und einem sofortigen nuklearen Teststopp aus und beinhaltete auch erstmals die Bereitschaft der UdSSR zu einem internationalen Kontrollsystem. Ihre ausserordentlich weitgehenden Konzessionen in der Abrüstungsfrage verknüpfte die Sowjetunion mit der Forderung, die amerikanischen Stützpunkte aufzulösen, die Volksrepublik China in die UNO aufzunehmen und die

<sup>119</sup> FO Minute, UN Department, 6 May 1955, „NATO Ministerial Meeting, Paris May 9-11: Brief for Item II(c): Disarmament Negotiations“, PRO, FO 371/117380 (ÜdV).

<sup>120</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 10 May 1955, 10:30 Uhr, S. 4f., NA, C-R(55)20.

<sup>121</sup> DCER XXI (1955), no. 187.

<sup>122</sup> Position Paper [drafted by Allen (EUR)], 28 April 1955, „Disarmament Negotiations“, NATO D-12/9, inklusive Anhang, „Suggested Points Which Might Be Made by the Secretary at NATO Ministerial Discussion of ‚Disarmament Negotiations‘“, USNA, RG 59, CF, Box 69, CF 443 Paris-Vienna Talks, May 1955 NATO. Das Fazit war ernüchternd: „On the whole, the USSR has revealed no desire to deal in earnest with the essential problems of a disarmament program. [...] What the USSR was willing to reveal about its views on controls to supervise disarmament indicated no real advance over the Soviets' 1947 position.“



Zweiteilung eines zu neutralisierenden Deutschlands unter Viermächtekontrolle aufrechtzuerhalten.<sup>123</sup>

Mit dem neuen Abrüstungsvorschlag vom 10. Mai 1955 gelang Moskau ein Propagandacoup, der den Westen schockierte.<sup>124</sup> Für die *Central Intelligence Agency* (CIA) bedeutete der sowjetische Abrüstungsvorschlag eine „ziemlich radikale Wende“. Der Kreml hatte damit nach dem Abgang von Malenkov ihren versöhnlichen Worten erstmals die vom Westen lange geforderten „Taten“ hinzugefügt. Die sowjetische Initiative repräsentierte gemäss den CIA-Analytikern die Abkehr vom „sterilen Negativismus“ der sowjetischen Politik der letzten Jahre.<sup>125</sup> Während der sowjetische Vorschlag in der europäischen Öffentlichkeit Anlass zu Hoffnungen auf eine Entspannung des Kalten Krieges gab, wünschten die USA zunächst eine Vertagung der Londoner Verhandlungen.<sup>126</sup>

Die Eisenhower-Administration hatte Anfang 1955 selbst die Initiative in der Abrüstungsfrage übernehmen wollen. Eisenhower hatte Mitte März eine neue Kabinettsposition geschaffen und Harold E. Stassen zu seinem persönlichen Sonderberater für Abrüstung ernannt.<sup>127</sup> Die Medien hatten die Ernennung begeistert aufgenommen und Stassen als „Friedensminister“ betitelt. Allerdings verhinderten unterschiedliche Auffassungen im Aussenministerium, im Pentagon und in der Atomenergie-Kommission (AEC) ein rasches Voranschreiten einer offiziellen amerikanischen Position. Das Pentagon glaubte, bevor die USA an Abrüstung denken konnten, müssten die politischen Probleme gelöst werden. Dulles war ebenfalls nicht optimistisch bezüglich der Erfolgchancen von Abrüstungsmassnahmen, da er sich keinen Abrüstungsplan mit einer Nation vor-

<sup>123</sup> Soviet Proposal, 10 May 1955, „Reduction of Armaments, the Prohibition of Atomic Weapons, and the Elimination of the Threat of a New War“, *Documents on Disarmament* 1946-59 I, 456-467. Vgl. dazu Philip Noel-Baker, *The Arms Race: A Program for World Disarmament* (New York: Oceana, 1958), 12-30; Bernard G. Bechhoefer, *Postwar Negotiations for Arms Control* (Washington: Brookings, 1961), 292-295. Inzwischen geht die Forschung von der Ehrlichkeit des sowjetischen Vorschlages aus: Vgl. Zubok, *Failed Empire*, 103; Richter, *Khrushchev's Double Bind*, 70; Holloway, *Stalin and the Bomb*, 340f.; Shane Maddock, „The Nth Country Conundrum: The American and Soviet Quest for Nuclear Nonproliferation, 1945-70“, unpublished Ph.D. dissertation (University of Connecticut, 1997), 212; Matthew A. Evangelista, „Disarmament Negotiations in the 1950s“, *World Politics* 42, no. 4 (1990): 502-528; Matthew A. Evangelista, „Why Keep Such An Army? Khrushchev's Troop Reductions“, *CWIHP Working Paper* 19 (Washington: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 1997), 3; Matthew A. Evangelista, *Unarmed Forces: The Transnational Movement to End the Cold War* (Ithaca: Cornell University Press, 1999), 48-53. Welch Larson, *Anatomy of Mistrust*, 64; Natalya Egorova, „The Soviet Disarmament Proposals and Khrushchev's Armed Force Reduction“, in *Peaceful Coexistence? The Soviet Union and Sweden in the Khrushchev Era*, ed. by Helene Carlbäck, Alexey Komarov, and Karl Molin (Moscow: Institute for Universal History, 2010), 45-64. Der Kreml hatte bereits im März 1955 beschlossen, die bisher harte sowjetische Verhandlungsposition in der Londoner Abrüstungskommission aufzuweichen. Speech by Bulganin, 9 July 1955, *CWIHP Bulletin* 10 (1998): 38.

<sup>124</sup> Siehe FRUS 1955-57 XX: 76ff., 80; Memorandum von Peckert, 11. Mai 1955, „Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung vom 10. Mai 1955“, BA, NL Blankenhorn, Bd. 46.

<sup>125</sup> Kent to Allen Dulles, 14 June 1955, USNA, Declassified CIA Files.

<sup>126</sup> FRUS 1955-57 XX: 85-86.

<sup>127</sup> Zu Stassen vgl. Robert E. Matteson, „Harold Stassen: His Career, the Man, and the 1957 London Arms Control Negotiations“, unpublished Manuscript, 1993 (einsehbar in der DDEL); Harold Stassen and Marshall Houts, *Eisenhower: Turning the World toward Peace* (St. Paul: Merrill/Magnus, 1990). Siehe auch David Tal, „The Secretary of State versus the Secretary of Peace: The Dulles-Stassen Controversy and US Disarmament Policy, 1955-1958“, *Journal of Contemporary History* 41, no. 4 (2006): 721-740.

stellen konnte, der Washington nicht vertraute.<sup>128</sup> Eisenhower hingegen hielt Abrüstung für eine der wichtigsten Herausforderungen und hoffte, Stassen würde es gelingen, die bürokratische Blockade in der Erarbeitung einer amerikanischen Abrüstungsposition zu überwinden. Insgesamt hielt der Westen jedoch die Abrüstungsverhandlungen für „eine Übung im Kalten Krieg“, in der wenig erreicht würde ausser vielleicht dem Gewinn von Propagandapunkten.<sup>129</sup>

### *Détente in Europa?*

Wenige Tage nach der Nato-Tagung landete Chruschtschow nach dem österreichischen Staatsvertrag und dem neuen sowjetischen Abrüstungsplan den dritten Propagandacoup innert kürzester Zeit. Am 14. Mai 1955 gründete er quasi über Nacht den Warschauer Pakt, als fast „direkte Kopie“ der Nato.<sup>130</sup> Der Warschauer Pakt wurde formell als sowjetische Reaktion auf die Ratifizierung der Pariser Abkommen durch das französische Parlament am 26. März etabliert. Vordergründig wurde er vor allem als Antwort auf die westliche Verweigerung eines generellen europäischen Sicherheitssystems, inklusive der Neutralisierung Deutschlands, verstanden; er sollte aber auch die Militärbeziehungen in Osteuropa formalisieren.<sup>131</sup>

Einen Tag nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags wurde in Wien der österreichische Staatsvertrag unterschrieben und die Alpenrepublik in die Neutralität entlassen. In Europa kam es daraufhin zu einer Euphorie, dass der Kalte Krieg damit zu Ende sei. Auch die *New York Times* verkündete Mitte Mai die Rückkehr des Begriffs „Détente“ in die diplomatische Sprache:

The French word “détente”, meaning a slackening of international tensions, reappeared in the vocabulary of official Washington after a long absence as the Administration dropped its objections last week to a Big Four conference of the heads of government. In the diplomatic trade, there was talk of a “limited détente”, not as an established fact or even a strong possibili-

<sup>128</sup> FRUS 1955-57 XX: 60ff. Gegenüber Merchant soll Dulles sich über Stassens’ inoffiziellen Titel als ‚Friedensminister‘ beklagt haben: „If he is Secretary of Peace, what am I – Secretary of War?“ Matteson, Harold Stassen, 68. Zur Entwicklung der US-Abrüstungsposition 1955 siehe Charles A. Appleby, Jr., „Eisenhower and Arms Control, 1953-61: A Balance of Risks“, unpublished Ph.D. Dissertation (John Hopkins University, 1987), 404; Judith Niederberger, *Making the Difference Between Mutual Destruction and Survival: Amerikanische Rüstungskontrollpolitik unter Dwight D. Eisenhower, 1953-60* (Zürich: FSK, 2001), 125-140; Robert E. Matteson, „1955: A Watershed Year in the History of U.S. Disarmament Policy“, unpublished manuscript (1979), 10ff.; David Tal, „Eisenhower’s Disarmament Dilemma: From Chance for Peace to Open Skies Proposal“, *Diplomacy and Statecraft* 12, no. 2 (2001): 175-196.

<sup>129</sup> FRUS 1955-57 XX: 20-34.

<sup>130</sup> CIA-Direktor Allen Dulles charakterisierte den Warschauer Pakt als sowjetischen Versuch, ein osteuropäisches, sowjetisch dominiertes Gegenstück zur NATO zu gründen: „The whole thing was very nearly a direct copy of the NATO and SHAPE set-up. In fact, some of the clauses in the treaty were direct quotations from the NATO and SHAPE constitutions.“ Allen Dulles glaubte, der Warschauer Pakt sei vom Kreml mehr aus diplomatischen als aus militärischen Gründen etabliert worden. NSC Meeting, Washington, 9 June 1955, DDEL, AWF, NSC Series, Box 7, 251<sup>st</sup> Meeting of NSC; Vojtech Mastny, „Introductory Essay“, in *A Cardboard Castle: The Inner History of the Warsaw Pact, 1955-91* (Budapest: Central European Press, 2005), xxi-xciv, xxii-xxvii.

<sup>131</sup> Kennedy-Pipe, *Stalin’s Cold War*, 185; Vojtech Mastny, *Learning from the Enemy: NATO as a Model for the Warsaw Pact* (Zürich: FSK, 2001), 9ff. Offenbar spielte Chruschtschow noch bis zum Genfer Gipfel im Juli 1955 mit dem Gedanken, bei gleichzeitiger Auflösung der beiden Militärallianzen eine neue europäische Sicherheitsordnung zu schaffen, in der die Sowjetunion nach dem Abzug der US-Truppen aus Europa die dominante Macht sein würde. Vgl. dazu auch Christian Nünlist, „The Warsaw Pact, 1955-91“, in *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker (Santa Barbara: ABC Clio, 2006), 1407-1410.

ty, but as something that conceivably might serve Moscow's self-interest and the West's as well.<sup>132</sup>

Chruschtschow kostete den Moment aus und versicherte der Weltöffentlichkeit die defensiven und friedfertigen Absichten Moskaus: „Is there any stronger proof necessary to show that the Soviet Union does not want to seize Europe to carry on any sort of war? Who would evacuate troops if he wanted to attack?“<sup>133</sup>

Mit dem sowjetischen Abrüstungsvorschlag war die Vorbereitungsphase für den geplanten Ost-West-Gipfel richtig lanciert. Nach der Ministerratstagung in Paris begannen in der Nato intensive Diskussionen über die westlichen Positionen in den in den Ost-West-Beziehungen so zentralen Fragen von Europäischer Sicherheit und Abrüstung.

### *Zufriedenheit mit den Nato-Konsultationen*

Die Nato bestand im Frühjahr 1955 den ersten Test ihrer Daseinsberechtigung auch in einer Zeit entspannter Ost-West-Beziehungen erfolgreich. Politische Konsultation war wieder ins Zentrum des Interesses vieler Nato-Staaten gerückt. Im Kommuniqué des Pariser Atlantikrats vom Mai 1955 hielten die Aussenminister denn auch fest, dass sie in „offenen und freien Diskussionen“ über die Politik der Grossmächte diskutiert hatten und dass der Nato-Rat ein „Forum für politische Konsultationen“ über Themen von gemeinsamem Interesse dargestellt habe.<sup>134</sup>

Viele Vertreter von Ländern, die sich im Vorfeld für verbesserte politische Kooperation im Bündnis eingesetzt hatten, äusserten sich nach der Nato-Tagung zufrieden über die Konsultationen im Bündnis. Der belgische Aussenminister Spaak berichtete der belgischen Presse nahezu euphorisch, dass die Nato nun ein politisches Gefäss werde, dass es ganz klar eine weltweite Détente gebe und dass ein Abrüstungsabkommen nicht mehr länger unmöglich scheine. Spaak betonte, dass Belgien die kanadische Initiative, der Arbeit des Nato-Rats einen stärker politischen Charakter zu verleihen, stark unterstützt habe. Er wies darauf hin, er habe bereits im Februar während eines Staatsbesuchs in Kanada seine Hoffnung ausgedrückt, die Nato könne sich in „etwas mehr als eine reine Militärallianz“ entwickeln. In Paris sei es der generelle Eindruck der Nato-Aussenminister gewesen, dass es Bewegung in Richtung einer weltweiten Détente gebe und dass daher ein gewisser Optimismus gerechtfertigt sei. Über die Zukunft der Nato liess sich Spaak ebenfalls positiv aus:

It might be said that NATO was becoming an Atlantic commonwealth. In the Council, policy was neither voted upon but divergent views were heard there which, when explained, could be submitted to a „procedure of harmonization“.<sup>135</sup>

<sup>132</sup> *New York Times* (NYT) (15 May 1955): 1. Vgl. auch „La détente se confirme“, *Le Monde*, 11 mai 1955.

<sup>133</sup> „Khrushchev Says Sincerity Inspires Soviet Visit to Tito“, NYT (19 May 1955): 3. Vgl. Nikita S. Khrushchev, *Khrushchev Remembers*, transl. and ed. Strobe Talbott (Boston: Little Brown, 1970), 80.

<sup>134</sup> Communiqué, 11 May 1955, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c550511a.htm> (6.2.2005) (ÜdV).

<sup>135</sup> Alger (Brussels) to DoS, 17 May 1955, Desp. 1266, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Zu Spaaks Besuch in Ottawa, während dem er mit Pearsons Klagen über die Dominanz von Militärfragen in der Nato sympathisierte, vgl. Sinasac, „Three Wise Men,“ 52. Für Spaak hing eine gemeinsame Militärpolitik der Nato von einer gemeinsamen Aussenpolitik der Allianz ab. Vgl. Pearson-Spaak Meeting, 25 May 1955, quoted in *ibid.*, 52. Vgl. zu Belgien Henri Simonet, *Belgium in the Postwar Period: Partner and Ally* (Washington, DC: Center for Strategic and International Studies, Georgetown University, 1981).

Den Begriff der „atlantischen Gemeinschaft“ hatte Spaak auch an der Nato-Tagung unter dem Agendapunkt des Verhältnisses zwischen der Nato und der Westeuropäischen Union (WEU) eingebracht. Spaak hatte die Diskussion dominiert und gefordert, dass dem Nato-Rat auch für politische Diskussionen Priorität gegenüber der WEU eingeräumt würde:

NATO had made much military progress, but a military alliance could never be durably sealed unless it was backed by common policies extended over the widest possible area. Every effort should be made to arrive at such policies.<sup>136</sup>

Auch Dulles berichtete dem Nationalen Sicherheitsrat in Washington, dass die Aussenministersitzungen in kleiner Besetzung die bisher beste Atmosphäre solcher Nato-Treffen produziert hätten. Es hätte nicht nur eine breitere Diskussion von weltweiten Problemen als bisher stattgefunden, sondern es sei auch ein grösserer Sinn an Solidarität zu Tage getreten. Es hätte Einigkeit geherrscht, dass der Nato-Rat ein Forum biete, wo mehr als rein technische und militärische Probleme diskutiert werden sollten.<sup>137</sup> Bereits aus Paris hatte Dulles Eisenhower gegenüber berichtet, dass unter den Nato-Aussenministern Einigkeit herrsche, dass dies „die beste Ratstagung“ gewesen sei, die jemals stattgefunden habe – besonders weil in den Geheimsitzungen ein freier Austausch von Ansichten möglich gewesen sei als sonst.<sup>138</sup>

In ähnlichen Worten berichtete auch der kanadische Nato-Botschafter Wilgress über die Tagung: „There is no doubt that the political discussion at this ministerial meeting was the best the North Atlantic Council has ever had.“ Wilgress hielt Dulles als Vertreter der USA und Spaak wegen seiner Persönlichkeit und als Vertreter der kleinen Staaten für die dominierenden Aussenminister an der Tagung; Adenauer habe sich hingegen eher im Hintergrund gehalten und über Macmillan und den französischen Aussenminister Christian Pineau und ihre Beiträge äusserte sich der kanadische Nato-Botschafter ziemlich enttäuscht. Wilgress glaubte, die politischen Debatten seien aus drei Gründen so erfolgreich gewesen. *Erstens* erlaubte das starke öffentliche Interesse an einem Viermächte-Gipfel einen ersten Meinungsaustausch unter den westlichen Mächten: „The NATO discussion therefore fitted naturally and conveniently into the process of diplomatic preparation for such talks.“ *Zweitens* seien drei Tage für die politischen Konsultationen reserviert worden und somit genügend Zeit für breite Diskussionen. Und *drittens* habe sich die erstmals getestete Prozedur, dass einzelne, vorher bestimmte Aussenminister die Diskussion einzelner Agendapunkte führten – Dulles zur sowjetischen Aussenpolitik, Pineau zum Viermächte-Gipfel, Pearson zur Abrüstung –, für die Debatte als sehr stimulierend erwiesen. Wilgress war über die politischen Diskussionen vollen Lobes:

For the first time, the various points of view on [...] contentious matters were candidly expressed around the table; for the first time there was a real “confrontation” of attitudes. For the first time ministers talked of developing “common lines of policy”, and this may well be the beginning of a conscious effort by the NATO countries, not to adopt unified political policies, but to find the largest possible area of common ground in their approach to problems of common concern.<sup>139</sup>

<sup>136</sup> DCER XXI (1955), no. 187, annex G.

<sup>137</sup> FRUS 1955-57 V: 182-89.

<sup>138</sup> Dulles (Paris) to Eisenhower, 12 May 1955, DULTE 32, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>139</sup> Wilgress to Pearson, 17 May 1955. Vgl. zur Zufriedenheit Kanadas auch Norman Padelford, „Political Cooperation in the North Atlantic Community“, *International Organization* 9, no. 3 (1955): 353-365, 359.

Damit ging die Nato hinsichtlich politischer Konsultation gestärkt in die Vorbereitungsphase des Genfer Gipfels, wenn auch die Wünschbarkeit einer Ost-West-Entspannung innerhalb des Bündnisses recht unterschiedlich eingeschätzt wurde.

#### 4. Westliche Gipfelvorbereitungen: Forderungen in der Nato nach Mitsprache

Nach der Arrondierung der Nato im Mai 1955 setzten sich die Entspannungstendenzen in den Ost-West-Beziehungen fort. Von den Grossen Drei unterstützten Frankreich und Grossbritannien die Initiative für eine Gipfelkonferenz mit der UdSSR enthusiastisch, während die USA vom entspannungspolitischen „Wunderglauben“ der Verbündeten überrascht waren. Auch das jüngste Nato-Mitglied, die Bundesrepublik Deutschland, sorgte sich vor einer zu raschen Détente. Kanzler Adenauer versprach sich von der Mitgliedschaft der BRD in der Nato zwar langfristig eine verbesserte Verhandlungsposition für eine Wiedervereinigung Deutschlands nach seinen Vorstellungen.<sup>140</sup> Obschon er ebenfalls einen „Schwächezustand Sowjetrusslands“ diagnostizierte und daraus eine „günstige Atmosphäre für Konferenzen“ ableitete,<sup>141</sup> sorgte er sich im Zuge der allgemeinen Détenteeuphorie um seine Strategie der Westintegration als einzigem Weg zur Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands – besonders als nach dem „Paukenschlag des österreichischen Staatsvertrags“<sup>142</sup> der Präzedenzfall einer Befreiung durch Neutralisierung geschaffen worden war. Als Eisenhower am 18. Mai 1955 die Idee eines Gürtels neutraler Staaten in Mitteleuropa aufgriff,<sup>143</sup> fürchtete Adenauer, dass Washington eine Neutralisierung Deutschlands im Tausch gegen einen sowjetischen Rückzug aus Ostmitteleuropa erwog und dass die Idee allenfalls am Genfer Gipfel wieder auftauchen könnte.<sup>144</sup> Adenauers Misstrauen konnte von Dulles und Eisenhower erst Mitte Juni während eines Besuchs in Washington zerstreut werden.<sup>145</sup> 1955 blieb für die BRD ein gefährliches Jahr, während dem Bonn sich vor einer Ost-West-Détente auf Kosten einer Vertiefung der deutschen Teilung hüten musste. Weil die BRD noch über keine einzige Bundeswehr-Kompanie verfügte, war ihr Gebiet attraktiv für Rüstungskontroll-Vorschläge. Für eine tatsächliche Gleichberechtigung in der Nato war eine deutsche Wie-

<sup>140</sup> Einen Tag vor Unterzeichnung der Pariser Verträge hatte Adenauer am 23. Oktober 1954 stolz verkündet: „Wir sitzen jetzt in der grössten und mächtigsten Militärallianz der Geschichte. [...] Die ganze atlantische Gemeinschaft wird jetzt für unser Ziel, die Wiedervereinigung, mit Macht eintreten, und die Wiedervereinigung wird nun bald in Frieden und Freiheit kommen.“ Zit. Henning Köhler, *Adenauer: Eine politische Biographie* (Frankfurt-Berlin: Ullstein, 1994), 852. Vgl. Hermann-Josef Rupieper, „Die NATO und die Bundesrepublik Deutschland 1949-56“, in *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten*, hrsg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (München: Oldenbourg, 2000), 195-209; Jost Dülffer, „No More Potsdam! Konrad Adenauer's Nightmare and the Basis of His International Orientation“, *German Politics and Society* 25, no. 2 (2007), 19-42.

<sup>141</sup> Zit. Daniel Kosthorst, *Brentano und die Deutsche Einheit: Die Deutschland- und Ostpolitik des Aussenministers im Kabinett Adenauers, 1955-61* (Düsseldorf: Droste, 1993), 38.

<sup>142</sup> Waldemar Besson, *Die Aussenpolitik der Bundesrepublik; Erfahrungen und Massstäbe* (München: Piper, 1970), 167.

<sup>143</sup> *Archiv der Gegenwart* (1955), S. 5178. Vgl. dazu Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, vol. 3: 1955-59 (Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1967), 441-446.

<sup>144</sup> Vgl. zu Adenauer im Vorfeld des Genfer Gipfels Kosthorst, Brentano, 30-44; Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung: Zur Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland* (Baden-Baden: Nomos, 1983), 80.

<sup>145</sup> Bericht Heusingers über Besprechungen im State Department und Pentagon am 7. Juli 1955, 12. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 47. Vgl. zum Heusinger-Plan auch Hermann-Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete: Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949-55* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991), 433ff; Hans-Peter Schwarz, *Adenauer: Der Staatsmann, 1952-67* (Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1991), 186ff; FRUS 1955-57 V: 224ff.

derbewaffnung jedoch eine wichtige Voraussetzung. Adenauer spielte deshalb 1955 auf Zeit.<sup>146</sup>

Die Sowjetunion förderte unterdessen den Entspannungstrend nach Kräften. Am 26. Mai nahm sie die westliche Einladung zu einem Gipfeltreffen an.<sup>147</sup> Die Tatsache, dass der Ost-West-Gipfel damit definitiv stattfinden konnte, signalisierte Chruschtschows Bereitschaft, konziliatorisch zu wirken. Kurz darauf unternahmen Chruschtschow und Bulganin einen „Canossa-Gang“ nach Belgrad und übten vor Tito den Kniefall. Anfang Juni wurde Adenauer zudem nach Moskau eingeladen.<sup>148</sup> Für Adenauer bedeutete die Aussicht auf ein bilaterales Treffen in Moskau einen politischen Triumph. Das „Rapallo-Gespenst“, die Angst der anderen Westmächte vor einem separaten Abkommen zwischen Deutschland und Russland, verlieh der BRD innerhalb des Westens grösseres politisches Gewicht.<sup>149</sup>

Das sowjetische Verhalten machte allerdings einen Erfolg in der deutschen Frage am Genfer Gipfel eher unwahrscheinlich, denn der Einschluss der DDR in den Warschaupakt und die Einladung Adenauers nach Moskau zur Normalisierung der sowjetisch-deutschen Beziehungen deuteten eher in Richtung einer Zwei-Staaten-Theorie Moskaus, um auf diesem Weg eine De-facto-Bestätigung der Existenz zweier deutschen Staaten und damit eine internationale Anerkennung der DDR zu erreichen.<sup>150</sup>

Die zwölf kleineren Nato-Staaten suchten in der Zwischenzeit nach Wegen, um an den Vorbereitungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs für die Gipfelkonferenz teilzunehmen. Erneut waren es die Vertreter Italiens, Kanadas und Belgiens, welche im Juni 1955 den bevorstehenden Genfer Gipfel vom Juli thematisierten und um politische Mitsprache an den westlichen Konsultationen rangen. An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 3. Juni 1955 plädierte der stellvertretende italienische Nato-Botschafter Enrico Guastone Belcredi, der Nato-Rat müsse nicht nur während der Phase der Vorbereitungsarbeiten, sondern auch während des Genfer Gipfels selbst im Detail konsultiert werden, besonders zu den Fragen europäischer Sicherheit und Abrüstung. Die Nato-Konsultationen sollten in aller Öffentlichkeit erfolgen, um die atlantische Einmütigkeit nicht nur den europäischen Verbündeten, sondern auch den Kommunisten zu demonstrieren.<sup>151</sup> Auch der kanadische Nato-Botschafter Wilgress stiess ins gleiche Horn und betonte die Wichtigkeit möglichst weitgehender Diskussionen über den Viermächte-Gipfel im Ständigen Nato-Rat. Damit sollte bereits möglichst früh die Nato-Solidarität besonders gegenüber der BRD verdeutlicht werden.<sup>152</sup> Spaak schliesslich for-

<sup>146</sup> Vgl. Eckhart Conze, „No Way Back to Potsdam: The Adenauer Government and the Geneva Summit“, in *Cold War Respite*, ed. Saki Dockrill and Günter Bischof (Baton Rouge: Louisiana University Press, 2000), 190-214, 201; Trachtenberg, *A Reconstructed Peace*, 231; Brady, „United States, FRG and Détente“, 136-180.

<sup>147</sup> *DzD* III/1: 29f.

<sup>148</sup> Taubman, Khrushchev, 268f.

<sup>149</sup> Conze, *No Way Back to Potsdam*, 202f.

<sup>150</sup> David Childs, *The GDR: Moscow's German Ally* (London: Unwin Hyman, 1988), 44f.; Kennedy-Pipe, *Stalin's Cold War*, 177-185. Bereits anfangs 1955 hatte es Anzeichen dafür gegeben, dass Moskau auf die Strategie einer Akzeptanz der Blockstrukturen umschwenkte. Am 25. Januar 1955 hatte Moskau den Kriegszustand mit Deutschland offiziell beendet und die Intensivierung der Verbindungen mit der DDR angekündigt.

<sup>151</sup> Perkins (Paris) to DoS, 3 June 1955, Polto 2434, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Zur italienischen Haltung zur Détente von 1955 und zum Genfer Gipfeltreffen siehe Robert V. Fisher, „Foreign Policy as Function of Party Politics: Italy, the Atlantic Alliance, and the Opening to the Left, 1953-62“, unpublished Ph.D. dissertation (Harvard University, 1994), 129-140.

<sup>152</sup> Perkins (Paris) to DoS, 13 June 1955, Polto 2493, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

derte für Mitte Juli ein ausserordentliches Treffen auf Aussenministerebene, damit die Sichtweisen aller Nato-Staaten von den USA, Britannien und Frankreich für die Viermächtekonferenz in Betracht gezogen werden konnten. Er betonte, dass normalerweise die kleineren Nato-Staaten der Führung der grossen Mächte folgen würden und dass es für die „Grossen Drei“ nützlich sein könnte, die Ansichten der kleineren Nationen zu kennen.<sup>153</sup> Spaak machte sich zum Wortführer der kleineren Staaten und schlug vor, den Ständigen Nato-Rat zu einem „politischen Rat der freien Welt“ zu machen, dem gegenüber die westlichen Grossmächte ihre Politik erklären müssten.<sup>154</sup>

Das Aufbegehren der kleineren Nato-Staaten erfolgte im Zusammenhang mit einem stärkeren Selbstbewusstsein auf der Weltbühne infolge des Anfang Juni wiederbelebten Projektes einer europäischen Integration. An der Konferenz von Messina diskutierten die westeuropäischen sechs Montanunion-Staaten vom 1. bis 3. Juni 1955 Ideen einer Ausweitung der Kohle-Stahl-Union (EGKS) auf eine Europäische Wirtschafts- und Atomgemeinschaft. Im Gegensatz zur Montanunion, die massgeblich durch deutsche und französische Interessen geformt worden war, nahmen an der Messina-Konferenz auch die Benelux-Staaten starken Einfluss auf den europäischen Einigungsprozess. Spaak übernahm als Vorsitzender einer von der Messinakonferenz eingesetzten Kommission die Hauptverantwortung für die Schaffung eines politisch überzeugenden Integrationsprojektes.<sup>155</sup>

Die Interventionen von Italien, Kanada und Belgien waren von Erfolg gezeichnet. Die drei Westmächte USA, Britannien und Frankreich informierten den Ständigen Nato-Rat am 15. Juni, dass sie die Nato-Botschafter Anfang Juli über die Gipfelvorbereitungen durch die drei Westmächte unterrichten würden und dass, wie von Belgien und Italien gewünscht, Dulles, Macmillan und Pinay sich Mitte Juli mit den anderen zwölf Nato-Aussenministern treffen würden, um sie über die westlichen Pläne für den Genfer Gipfel zu informieren.<sup>156</sup> Blankenhorn fand es gut, dass mit dem ausserordentlichen Ministerratstreffen vom 16. Juli der BRD die Gelegenheit geboten wurde, den deutschen Standpunkt auch im Nato-Forum nochmals zu präzisieren. Der neue deutsche Aussenminister Heinrich von Brentano könne dabei seine Übereinstimmung mit den Auffassungen der drei Westmächte wirkungsvoll unterstreichen.<sup>157</sup>

Die kanadische Regierung lancierte wenig später den Vorschlag, im Oktober einen weiteren ausserordentlichen Ministerrat einzuberufen; denn nach dem Genfer Gipfeltreffen der vier Staats- und Regierungschefs im Juli sollten im Herbst die vier Aus-

<sup>153</sup> Alger (Brussels) to DoS, 8 June 1955, Tel. 1130, *ibid.*, 396.1. Zwei Tage vorher war die westliche Einladung an die UdSSR für ein Gipfeltreffen in Genf erfolgt, welche Moskau am 13. Juni akzeptierte. Vgl. dazu FRUS 1955-57 V: 215.

<sup>154</sup> Harold Callender, „NATO Talks Urged Before Big Four Meet,“ NYT (15 June 1955).

<sup>155</sup> Vgl. dazu Thorsten Cabalo, *Politische Union Europas, 1956-63* (Köln: Papyrossa, 1999), 24f.; Pierre-Henri Laurent, „The Diplomacy of Junktim: Paul-Henri Spaak and European Integration“, in: *Personalities, War and Diplomacy*, ed. T.G. Otto and C. A. Pagedas (London: Frank Cass, 1997), 186-212; Paul-F. Smets, (éd.) *La pensée européenne et atlantique de Paul-Henri Spaak, 1942-71* (Brussels: Fondation Spaak, 1980); Paul-F. Smets, *Il faut faire l'Europe: Trente ans de la vie et des combats de Paul-Henri Spaak* (Bruxelles: Fondation Paul-Henri Spaak, 1992).

<sup>156</sup> Perkins (Paris) to DoS, 13 June 55, Topol 1822, USNA, RG 59, CDF, 396.1. In einer „langen und weitschweifenden“ Diskussion forderten Alessandrini (Italien) und Papeians (Belgien) auch am 15. Juni nochmals die Einberufung einer ausserordentlichen Ministertagung vor dem Genfer Gipfel. Wie der britische Nato-Botschafter Steel jedoch überrascht feststellte, sprachen sich Norwegen, die Niederlande, Portugal und andere Delegationen dafür aus, der Ständige Nato-Rat sei das richtige Forum für die gewünschten Konsultationen. Steel (Paris) to FO, 15 June 1955, Tel. 112, PRO, FO 371/118218. Vgl. dazu Harold Callender, „NATO to Get Data on Geneva July 16“, NYT (28 June 1955): 1f.

<sup>157</sup> Memorandum von Blankenhorn an Hallstein, 12. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 47.

senminister die Ost-West-Verhandlungen in Genf konkret weiterführen. Kanada wollte sicherstellen, dass die Nato auch vor der Genfer Aussenminister-Konferenz ihre Chance zur Meinungsäusserung wahrnehmen konnte.<sup>158</sup>

Die Besorgnis in der Nato über den Genfer Gipfel hatte auch mit Eisenhowers Persönlichkeit zu tun. Belgiens Nato-Botschafter de Staercke glaubte, Eisenhower wolle in Genf unbedingt zu positiven Entspannungsergebnissen kommen. Der Präsident werde erfahrungsgemäss schlecht vorbereitet an die Konferenz gehen und seine Gedanken erst während der Gespräche mit den Sowjets klären. Diese Oberflächlichkeit, so bangte de Staercke, könnte verhängnisvoll werden. Auch Anthony Edens Haltung, der mit dem Garantiepakt für ein wiedervereinigtes Deutschland britische „Versuchsballone“ einer Ost-West-Entspannung lancieren wollte, machte dem Belgier Sorgen. Die Lage sei umso gefährlicher, als den Amerikanern über jugoslawische Kanäle vermittelt worden sei, dass Chruschtschow von Genf unter allen Umständen mit konkreten Ergebnissen nach Hause zurückkehren müsse, um sich gegenüber seinen politischen Gegnern in Moskau an der Macht zu halten. Wenn der Westen Chruschtschow stütze, helfe er in Moskau auch dem Kurs der Entspannung und der Mässigung. De Staercke fand, vor diesem Hintergrund müsse auf der kommenden Nato-Sitzung ein ernstes Wort gesprochen werden. Von der Genfer Konferenz hänge nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern auch dasjenige ganz Westeuropas ab. Spaak werde deshalb im Nato-Rahmen den drei Aussenministern sehr konkrete Fragen stellen, um Klarheit über ihre Taktik zu erlangen. Spaak spiele gar mit dem Gedanken, Adenauer im Schweizer Ferienort Mürren zu besuchen, weil die Lage so ernst sei.<sup>159</sup>

Während die mittelgrossen und kleineren Nato-Staaten also um eine Berücksichtigung ihrer Interessen in den Verhandlungspositionen der drei westlichen Hauptmächte fochten, förderte Moskau, interessanterweise aber auch Paris, zunehmend den Trend zum Bilateralismus. Anlässlich der Zehnjahres-Feier zur Gründung der UNO teilte der sowjetische Aussenminister Molotow Dulles mit: „The important thing was that the United States and the Soviet Union should agree and then everything else would fall into place.“<sup>160</sup> Kurz vor der Eröffnung des Gipfels in Genf nahm auch der französische Aussenminister Pinay Dulles zur Seite und ermunterte ihn auf erstaunlich devote Art: „The President should take the lead for the West in Geneva, for it is the U.S. and the USSR which count the most.“<sup>161</sup>

Die Erwartungen in Washington an den Genfer Gipfel waren gedämpfter als in Westeuropa. Dulles hielt ehrlich fest: „We never wanted to go to Geneva, but [...] the pressure of people of the world forced us to do so.“<sup>162</sup> London und besonders Paris waren Mitte Juli „hoffnungsvoller“ als die USA, dass die sowjetischen Frühjahrsinitiativen einen wirklichen Wandel in der sowjetischen Politik bedeuteten. Frankreich hoffte, dass

<sup>158</sup> Perkins (Paris) to DoS, 27 June 1955, Polto 2586, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. auch NAC Meeting, Paris, 27 June 1955, 4 p.m., NA, C-R(55)28.

<sup>159</sup> Brief von Blankenhorn an Adenauer, 6. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 48. Zur belgischen Haltung gegenüber dem Genfer Gipfel siehe Pascal Déloge, „Belgium, the Benelux Countries, the German Question and the Geneva Summit (July 1955)“, *Belgisch Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis* 27, no. 1/2 (1997), 187-210. Auch Dulles war „zutiefst besorgt“ darüber, wie sich Eisenhower am bevorstehenden Gipfel verhalten werde. Er hatte Angst, Eisenhower würde ein „oberflächliches taktisches Lächeln“ Bulganins für „ein Zeichen von menschlicher Wärme“ auffassen und sowjetische Versprechen für bare Münze nehmen. FRUS 1955-57 V: 301f. (ÜdV).

<sup>160</sup> Molotov-Dulles Meeting, Hillsboro, 23 June 1955, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 5, June 1955.

<sup>161</sup> Dulles (Paris) to Eisenhower, 15 July 1955, DDEL, AWF, International Meetings Series (IM), Box 1, Four Power-Meeting Messages.

<sup>162</sup> FRUS 1955-57 V: 537.



die Viermächtekonferenz im Juli die Chance vergrössern würde, eine internationale Détente zu verwirklichen. Die französische Regierung wollte vor allem im Bereich der Abrüstung jeden möglichen Weg zu einem Abkommen austesten.<sup>163</sup>

In den USA wurde hingegen nicht erwartet, in ein paar Tagen alle Probleme der Welt lösen zu können.<sup>164</sup> Dem amerikanischen Kongress gab Eisenhower kund, er reise „mit Hoffnung, aber nicht mit falschen Erwartungen“ nach Genf. Die USA verfügten über starke Verbündete und seien militärisch, wirtschaftlich und moralisch stark, es bestehe keine Gefahr einer Beschwichtigungspolitik, wohingegen es der UdSSR an Führern vom Format eines Lenins oder Stalins sowie an wirtschaftlicher Stärke fehlen würde, um die Bürde moderner Rüstungen langfristig ertragen zu können.<sup>165</sup>

Andere Nato-Staaten setzten hingegen grosse Hoffnungen in den Genfer Gipfel. Kanada glaubte, der Westen sei nach der Ratifizierung der Pariser Abkommen „moralisch verpflichtet“, die Gelegenheit zu nutzen und eine Détente mit der Sowjetunion auszuhandeln:

A serious effort should be made this year to make the shift from cold war to cold peace. Looking ahead, it seems to me unlikely that the West will be in a relatively better position to negotiate with the Russians in the foreseeable future.

Was die konkreten Sachfragen wie das Deutschlandproblem und europäische Sicherheit anging, war sich aber auch Kanada bewusst, dass die Nato als Kollektiv auf die Interessen der BRD Rücksicht nehmen musste:

NATO must be made as attractive a club as possible for the new German member. The directors of the Club must not hesitate to do all that they reasonably can to promote the chief interest of the Germans, the unification of their country. It must be made apparent to the Germans that the Atlantic Club is not just a militaristic substitute for the „European idea“.<sup>166</sup>

Für die Nato war nicht ersichtlich, ob sich in Genf eher die vorsichtige Linie der USA und der BRD oder aber die mutigere, aber auch riskantere Haltung Grossbritanniens und Frankreichs durchsetzen würde. Die ausserordentliche Ministerratssitzung der Nato vom 16. Juli 1955 sollte darüber Aufschluss und gleichzeitig den kleineren Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, ihre Sichtweise zur Verhandlungssubstanz und -taktik auszudrücken.

## 5. Solidarität mit der BRD: Der ausserordentliche Atlantikrat im Juli 1955

Die ausserordentliche Tagung der Nato-Aussenminister am 16. Juli 1955 in Paris erfüllte für die westlichen Drei einen doppelten Zweck. Einerseits ging es den USA, Grossbritannien und Frankreich darum, der Nato und insbesondere der BRD zu versichern, dass die Allianzinteressen in Genf berücksichtigt werden würden. An der Tagung konnten sie den Beweis abliefern, dass sie es mit einer stärkeren politischen Kooperation im Bündnis ernst meinten. Andererseits würde das grüne Licht der zwölf kleineren Nato-Staaten zur Verhandlungsposition der westlichen Drei die westliche Position insgesamt stärken. Für die zwölf kleineren Nato-Staaten bot die Tagung die Gelegenheit, ihre Meinungen zum Genfer Gipfel zu äussern. Dabei sollten auch gewisse Kompetenz-

<sup>163</sup> Annex B to NSC 5524, 11 July 1955, „Attitudes and Policies of U.S. European Allies“, USNA, RG 59, Miscellaneous Lot Files, Policy Planning Staff Office Files (PPS), 1955, Box 97, Europe Top Secret (ÜdV).

<sup>164</sup> Draft Opening Statement, 12 July 1955, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 5, July 1955.

<sup>165</sup> Notes on Bi-Partisan Conference, 12 July 1955, „Geneva Meeting“, DDEL, AWF, IM, Box 1, Four Power-Meeting Messages (ÜdV).

<sup>166</sup> DCER XXI (1955), no. 196.

fragen zwischen den Drei und der Nato angesprochen und wenn möglich geklärt werden.

Dulles, Pinay und Macmillan versprochen, dass in Genf weder die Pariser Abkommen noch die Nato verhandelbar seien und dass sie kein neutrales Deutschland akzeptieren, sondern auf der Westbindung der BRD beharren würden. Insbesondere Pinay versuchte, den Nato-Partnern die Angst vor dem Genfer Gipfel zu nehmen: „He stressed that the moment for decisions was not at hand and that the position of the Atlantic Alliance would not be affected in any way.“<sup>167</sup> Dulles berichtete in seinem vierzigminütigen Hauptreferat, dass die Westmächte in Genf auf einen „neuen Geist in den internationalen Beziehungen“ hofften. In den Ost-West-Beziehungen, die bisher weitgehend von Misstrauen und Feindseligkeit geprägt waren, fehle ein guter Geist. Eine atmosphärische Verbesserung würde am Aussenministertreffen im Herbst Lösungen im Bereich des deutschen Problems, der europäischen Sicherheit und der Abrüstung eher ermöglichen. Dulles glaubte, für die Nato sei vor allem der Agendapunkt „europäische Sicherheit“ relevant. *Ex negativo* musste diese Aussage so verstanden werden, dass die Nato für die Agendapunkte Deutsche Frage und Abrüstung nicht zuständig sei. Dieses amerikanische Verständnis widersprach der Auffassung zahlreicher Nato-Staaten, wie sie im Mai 1955 am Nato-Rat zum Ausdruck gekommen waren.

Dulles betonte, dass die Wiedervereinigung Deutschlands „die dringendste Aufgabe“ sei. Sie sei „unlösbar“ mit der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems verknüpft. Eine globale Abrüstung könne hingegen nur langfristig angestrebt werden.<sup>168</sup>

Die Vertreter Frankreichs, der USA und Grossbritanniens dankten für die Konsultation mit der Nato vor dem Genfer Gipfel, da die Solidarität der Allianz für sie „eine wertvolle Karte“ bedeutete, die sie in Genf spielen könnten. Dulles nannte die Tagung „ein historisches Treffen, das zeige, dass die Nato nicht bloss eine Militärallianz sei“. Er leitete daraus den Fortschritt der Nato als Forum für politische Diskussionen ab. Macmillan äusserte sich am offensten zum Verhältnis zwischen den Genfer Diskussionen und der Nato und sprach heikle Kompetenzfragen direkt an. Die westlichen Vorschläge zum Deutschlandproblem und zur Europäischen Sicherheit würden „selbstverständlich ins Herz der nordatlantischen Allianz zielen“ und deshalb sei es wichtig, Konsultationsmethoden zwischen den westlichen Drei und der Nato zu diskutieren. Er wies darauf hin, dass die Konsultationen unter den Mitgliedern der Nato in letzter Zeit eine Aufwertung erfahren hätten und in Zukunft noch verbessert werden sollten.<sup>169</sup>

Nach den Erklärungen von Dulles, Pinay und Macmillan äusserten sich die anderen Nato-Aussenminister zu Wort. Im Zentrum des Interesses der Erklärungen stand der Hinweis auf die Zuständigkeit der Nato für Fragen europäischer Sicherheit und Rüstungskontrollmassnahmen in Europa. Der italienische Aussenminister Martino bekräftigte Macmillans Sichtweise, dass die Fragen über europäische Sicherheit und Abrüstung alle Nato-Staaten interessierten, nicht nur die westlichen Drei. Brentano äusserte sich zufrieden über die Versicherung der Drei, eine Entspannung in Europa mit der Forderung nach einem wiedervereinigten Deutschland zu verknüpfen. Er glaubte nämlich, Moskau werde direkte deutsch-sowjetische Kontakte anstreben und eine Übergangspe-

<sup>167</sup> Steel (Paris) to FO, 17 July 1955, Tel. 148, PRO, FO 371/118232.

<sup>168</sup> NAC Meeting, Paris, 16 July 1955, 10:00 a.m., NA, C-R(55)32 (ÜdV). Vgl. auch Vermerk Osterhelds über die Aussenminister-Sitzung des Nato-Rats am 16. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 47; DCER XXI (1955), no. 199.

<sup>169</sup> NAC Meeting, Paris, 16 July 1955, 10:00 a.m. (ÜdV); Steel (Paris) to FO, 17 July 1955, Tel. 148 (ÜdV).

riode von zwei getrennten Deutschlands akzeptieren. Westliche Sicherheitsgarantien gegenüber der UdSSR im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems sollten nur bei sowjetischen Konzessionen in der deutschen Frage abgegeben werden. Norwegens Lange bat um einen engen Kontakt zwischen den drei Westmächten und den übrigen Nato-Partnern und plädierte dafür, nach dem Gipfel den Ständigen Nato-Rat maximal einzusetzen und zu nutzen. Auch Hollands Beyen und Kanadas Pearson lobten die Konsultation und das Anwachsen der politischen Funktionen der Nato. Der türkische Aussenminister Zorlü wünschte sich eine „konzertierte und solide Haltung“ der Nato und warnte vor direkten, bilateralen Händeln. Die Türkei war vor dem Genfer Gipfel nervös und hoffte auf die Einheit des Westens.

Besondere Beachtung fand die Rede Spaaks, der sich höchst befriedigt darüber zeigte, dass der Gedankenaustausch im Atlantikrat den kleineren Mitgliedstaaten eine im Vergleich zu den bisherigen diplomatischen Wegen ganz neue Möglichkeit der Mitsprache in der Politik der Grossmächte bot. Spaak betonte: „The procedure for consultation among all NATO powers was a powerful reinforcement of the organization, and was a political development unprecedented in history.“ Spaak hielt auch mit seinen Ansichten zu verhandlungstaktischen und inhaltlichen Fragen nicht zurück. Für ihn waren Abmachungen zwischen der Nato und dem Warschaupakt nicht undenkbar.<sup>170</sup> Dulles hatte hingegen vor der Tagung sein Unbehagen darüber geäussert, wie zusätzliche Sicherungen für die Sowjetunion im Rahmen europäischer Sicherheit formuliert würden. Seiner Meinung nach liefen sie auf eine Anerkennung des östlichen Vertragssystems hinaus. Aber da sich die Nato und der Warschaupakt so wesentlich voneinander unterschieden – während die Nato auf dem freien Willen ihrer Partner aufgebaut war, sei der Warschaupakt bloss ein Instrument der einseitigen Vorherrschaft der UdSSR über die Satellitenstaaten –, müsse alles vermieden werden, was dem östlichen System Autorität und Gewicht verschaffen könne.<sup>171</sup>

Pearson wies gegen Ende der Sitzung auf einen weiteren heiklen Punkt der Nato-Konsultationen hin. Er liess im Protokoll festhalten, dass die westlichen Drei auch nach der Ministertagung kein Mandat der Nato für zukünftige Ost-West-Verhandlungen besaßen. Er prophezeite grosse Schwierigkeiten, falls eine kleine Gruppe der atlantischen Allianz im Namen aller Mitglieder handeln würde.<sup>172</sup> Pearson wollte mit seiner Intervention sicherstellen, dass innerhalb der Nato keine Art „politische Ständige Gruppe“ aus den westlichen drei Grossmächten entstünde.<sup>173</sup>

Der Nato-Rat beschloss nach der Diskussion, die Wiedervereinigung Deutschlands müsse vom Westen als wichtigster Agendapunkt betrachtet werden. Die Nato-Aussenminister hielten zudem fest, dass die Nato in Genf „nicht verhandelbar“ sei und dass die BRD auf alle Fälle in der Nato verbleiben würde.<sup>174</sup> Mit dem Fokus auf der Deutschlandfrage und den Solidaritätsbekundungen der Allianz für die BRD hatte sich die ausserordentliche Ministertagung vor allem für das jüngste Nato-Mitglied ausgezahlt. Die Einheit der Nato konnte kurz vor dem Genfer Gipfel bewahrt werden. Auch Blan-

<sup>170</sup> Vermerk Osterhelds über die Aussenminister-Sitzung des Nato-Rats am 16. Juli 1955, (ÜdV); NAC Meeting, Paris 16 July 1955, 10:00 a.m.; Steel (Paris) to FO, 17 July 1955, Tel. 149, PRO, FO 371/118232; Wilgress (Paris) to Pearson (Ottawa), 17 July 1955; „Der Atlantikrat vor der Viermächtekonferenz“, NZZ (17.7.1955).

<sup>171</sup> Tagebucheintrag von Blankenhorn, 15 Mai 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 47.

<sup>172</sup> Steel (Paris) to FO, 17 July 1955, Tel. 149.

<sup>173</sup> Greenhill to Hood, 18 July 1955, PRO, FO 371/118234 (ÜdV).

<sup>174</sup> Communiqué, 16 July 1955, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c550716a.htm> (6.2.2013) (ÜdV). Vgl. dazu Harold Callender, „NATO Puts Uniting of Germany First“, NYT (17 July 1955): 1, 3.

kenhorn war glücklich über das Hauptmerkmal der Sitzung: Hinsichtlich der Ziele und Methoden des Genfer Gipfels bestünde völlige Einheit der atlantischen Welt.<sup>175</sup>

Die zwölf kleineren Nato-Staaten waren für die Konsultationen der Grossen Drei dankbar und schätzten die Intensivierung der politischen Kooperation im Bündnis. Sie lobten nach der Tagung die politischen Diskussionen in der Nato. Spaak äusserte sich beispielsweise „höchst erfreut“ über die Konsultationen im Rahmen der Nato:

[He was] particularly pleased with the unprecedented opportunity afforded to the Foreign Ministers of the smaller powers to have had a chance to review position of the major powers prior to the presentation of this position at the Council meeting, which permitted these ministers to formulate their own ideas on major problems and to present their considered views during Council meeting. He thinks the net result is to increase the solidarity of the Atlantic Alliance and thus to put the Big Three in a strong position at the Summit talks.<sup>176</sup>

Das ausserordentliche Treffen erfüllte seinen doppelten Zweck: *Erstens* wurde durch die fünfzehn Nato-Staaten gegenüber Moskau eine beeindruckende westliche Geschlossenheit in den wichtigsten Themen von Genf demonstriert. Über die grossen Fragen bestanden innerhalb der Nato keine Meinungsverschiedenheiten. Es herrschte Einigkeit, dass die Wiedervereinigung Deutschlands unter den Mitteln, welche die Spannung in Europa verringern könnten, den wichtigsten Platz einnahm. *Zweitens* versicherten die drei westlichen Grossmächte gegenüber den kleineren Nationen, dass sie keine vitalen Entscheidungen treffen würden, ohne die Nato zu informieren und zu konsultieren. Die Tagung stärkte damit die westliche Verhandlungsposition und trug zur Beruhigung der kleineren Nato-Staaten bei.

## 6. Nach dem Genfer Gipfel: Das Ende der Nato?

Die „Konferenz des Lächelns“ in Genf begann am 18. Juli 1955 vor 1'200 Journalisten aus aller Welt und dauerte fünf Tage.<sup>177</sup> Der französische Premier Fauré deutete dabei – entgegen der Versicherung, die sein Aussenminister Pinay kurz zuvor vor dem Nato-Rat in Paris abgegeben hatte – die Möglichkeit einer Auflösung der Paktsysteme an.<sup>178</sup> Eisenhower betonte hingegen die friedfertigen Absichten der Nato und wertete die sowjetische Akzeptanz der Aufnahme der BRD in die Nato als Erfolg für den Westen. Bulganin weigerte sich, Eisenhowers Logik zu folgen, wonach ein wiedervereinigtes Deutschland innerhalb der Nato eine stabile Lösung für Europa darstelle, indem er die Frage aufwarf, wie der Westen reagieren würde, wenn die UdSSR eine Wiedervereinigung Deutschlands von einer Mitgliedschaft im Warschauer Pakt abhängig machen würde. Zudem stellte Bulganin die Frage, weshalb die Sowjetunion nicht der Nato beitreten dürfe, wenn die Absichten der Allianz ausschliesslich friedfertig seien. Eisenhower reagierte überrascht und fragte, ob Moskau einen Beitrittsantrag stellen würde. Daraufhin

<sup>175</sup> Tagebucheintrag von Blankenhorn, 16. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 47.

<sup>176</sup> Alger (Brussels) to DoS, 18 July 1955, Tel. 62, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. zu der Dankbarkeit der kleineren Nato-Staaten für die Konsultation durch die westlichen Drei Jordan, *The NATO International Staff / Secretariat*, 68f.

<sup>177</sup> Bericht über die Genfer Konferenz, 18.-23. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 48. Zu atmosphärischen Details des Gipfels vgl. den Rückblick des Teilnehmers Merchant: Livingston Merchant, *Recollections of the Summit Conference, Geneva, 1955* (Washington, 1957). Einsehbar in der DDEL.

<sup>178</sup> FRUS 1955-57 V: 364ff. Renata Fritsch-Bournazel, „Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik im Zeichen der Genfer Gipfelkonferenz von 1955“, in *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-56*, hrsg. von Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann (Boppard a. Rh.: H. Boldt, 1988), 71-92, 86. Colette Barbier, „French Policy Aims at Geneva,“ In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, eds. Günter Bischof and Saki Dockrill (Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000), 97-116.

antwortete Chruschtschow, dies hätte die Sowjetunion bereits getan.<sup>179</sup> In der Tat hatte Molotow an der Berliner Aussenministerkonferenz 1954 den Vorschlag eines Nato-Beitritts der Sowjetunion gemacht.<sup>180</sup> 1955 fürchtete sich Moskau vor allem vor den politischen Konsequenzen einer allfälligen Liquidation der DDR auf die anderen Satellitenstaaten. Um die Moral der DDR zu heben, legten Bulganin und Chruschtschow deshalb auf dem Rückweg von Genf in Ostberlin einen Zwischenstopp ein.<sup>181</sup>

Eisenhower konnte hingegen in Genf einen wichtigen Propagandaerfolg für den Westen erzielen, indem er mit seinem „Open Skies“-Vorschlag ein leicht verständliches Rüstungskontrollprogramm für gegenseitige Luftüberwachung vorstellte.<sup>182</sup> Gleichzeitig musste Eisenhower aber gegenüber dem sowjetischen Verteidigungsminister Georgi K. Schukow peinlicherweise eingestehen, dass die USA noch „keine Zeit“ gehabt hätten, die anderen westlichen Staaten über den sowjetischen Abrüstungsvorschlag vom 10. Mai 1955 zu konsultieren, obwohl dieser mehr als zwei Monate zurücklag und sich die drei Westmächte in der Vorbereitung auf den Gipfel häufig zu Konsultationen getroffen hatten.<sup>183</sup>

Am konsensfähigsten im westlichen Lager war der „Edenplan“, benannt nach dem britischen Premierminister, der 1954 (als Aussenminister Churchills) eine westliche Variante zum sowjetischen Vorschlag eines europäischen Sicherheitsvertrags entworfen hatte. Der 1955 leicht revidierte Edenplan sah gegenseitige Inspektionen im Gebiet beiderseits der innerdeutschen Demarkationslinie vor.<sup>184</sup> Die sowjetische Delegation lehnte

<sup>179</sup> FRUS 1955-57 V: 388-397, 390. Vgl. auch Cabinet Meeting, Washington 22 July 1955, DDEL, AWF, Cabinet Series, Box 5, 22 July 1955. Taubman, Khrushchev, 349-353.

<sup>180</sup> Zu Molotows Vorschlag vgl. Denise Folliot (ed.), *Documents on International Affairs, 1954* (London: Oxford University Press, 1957), 42f.; Coral Bell, *Survey of International Affairs, 1954* (London: Oxford University Press, 1957), 154.

<sup>181</sup> Dulles an Adenauer, 27. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 53.

<sup>182</sup> John Prados, „Open Skies and Closed Minds: American Disarmament Policy at the Geneva Summit“, in *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill (Baton Rouge: Louisiana University Press, 2000), 215-233. Zur Entstehung von „Open Skies“ vgl. Matteson, „1955: A Watershed Year in the History of U.S. Disarmament Policy“; Walt Rostow, *Open Skies: Eisenhower's Proposal of July 21, 1955* (Austin: University of Texas, 1982); Appleby, *Eisenhower and Arms Control*, 90-106; Niederberger, *Making the Difference*, 144-152. Siehe auch DCER XXI (1955), no. 201. Andere Historiker halten Open Skies für eine reine Propaganda-Aktion, darunter Kenneth Osgood, *Total Cold War: Eisenhower's Secret Propaganda Battle at Home and Abroad* (Kent, OH: Kent State University Press, 2006), 181-195. Chruschtschow wollte offenbar auf Eisenhowers Vorschlag einer Inspektionszone nach spontaner Ablehnung – er hielt die Massnahme für pure Propaganda und einen „unverhohlenen Spionageplot“ (ÜdV) – eigentlich positiv reagieren, weil er sicher war, dass sich der US-Kongress gegen sowjetische Flugzeuge über amerikanischem Territorium aussprechen würde. Schliesslich entschied sich das Präsidium der KPdSU aber gegen einen solchen Bluff. Anatoly Dobrynin, *In Confidence: Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents* (New York: Times Books, 1995) 37f.; Eisenhower, *Mandate for Change*, 522.

<sup>183</sup> FRUS 1955-57 V: 408-418, 413 (ÜdV). Vgl. dazu Hermann-Josef Rupieper, „Gipfeldiplomatie 1955: Dwight D. Eisenhower und Georgij Schukow über europäische Sicherheit und deutsche Frage“, in *Die doppelte Eindämmung: Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern*, hrsg. Rolf Steininger und Jürgen Weber (München: Hase & Koehler, 1993), 213-232. Zum bemerkenswert ehrlichen Gedankenaustausch in Genf zwischen Eisenhower und Schukow siehe Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 44f. Stassen hatte hingegen mit seinen Berichten vom 26.5.55 und 23.6.55 auf den sowjetischen Plan zu reagieren versucht, hatte aber innerhalb der US-Regierung keine Mehrheit für eine Abrüstungsposition für den Genfer Gipfel finden können. Das Pentagon war prinzipiell gegen eine Abrüstung vor der Lösung von politischen Problemen. Das Aussenministerium war aus Angst vor einem Auseinanderbrechen der Nato ebenfalls zufrieden mit dem Status quo. Vgl. dazu FRUS 1955-57 XX: 93-113, 127-133, 136-155.

<sup>184</sup> Saki Dockrill, „The Eden Plan and European Security“, in *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill (Baton Rouge: Louisiana University Press, 2000), 161-189.

jedoch eine unverzügliche Wiedervereinigung Deutschlands ab. Sie strebte vielmehr Abrüstungs- und Sicherheitsmassnahmen auf der Basis des Status quo an und brachte die DDR als eigenständiges Völkerrechtssubjekt ins Spiel. Die sogenannte „Genfer Direktive“ hielt schliesslich fest, dass die vier Regierungschefs übereingekommen waren, dass die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit herbeigeführt werden solle.<sup>185</sup>

#### *Berichterstattung an die Nato*

Der Nato-Rat in Paris wurde unmittelbar nach Beendigung der Genfer Konferenz am 25. Juli an einer Geheimsitzung durch die Experten Roland de Margerie aus Frankreich, Geoffrey Harrison aus Grossbritannien sowie Livingston Merchant aus den USA darüber informiert, dass die Konferenz die ihr gesetzten, begrenzten Ziele erreicht habe. Die Sowjetunion habe zwei westliche Thesen de facto oder implizit anerkannt: *Erstens* die gemeinsame Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Forderung nach freien Wahlen; *zweitens* die Verbindung zwischen europäischer Sicherheit und dem Deutschlandproblem. Die beiden Fragen seien als „Zwillingsproblem“ untrennbar miteinander verbunden. Laut sowjetischer Auffassung sei jedoch die Nato schuld an der Teilung Europas und es sei keine deutsche Wiedervereinigung möglich, solange die Nato existiere. In der Zwischenzeit wünsche Moskau einen Nichtangriffspakt zwischen der Nato und dem Warschaupakt sowie ein Fortbestehen des geteilten Deutschlands. Merchant zählte die Abrüstungsvorschläge Faurés, Edens und Eisenhowers auf, musste aber berichten, dass es zu keinerlei substanziellen Fortschritten gekommen war.

Die drei Berichterstatter fanden, die Konferenz habe die tiefe Kluft in den Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Sicherheit nicht überbrücken können. Sie teilten aber die Meinung, dass es mit den Sowjets zu häufigen, ehrlichen und sogar herzlichen Kontakten gekommen sei und dass die verbesserte Atmosphäre zur Vertrauensbildung beigetragen habe. Auffallend sei das hohe Prestige und Vertrauen gewesen, das Eisenhower bei den Sowjets geniesse. Die sowjetische Auffassung, dass die Nato aggressiv ausgerichtet sei, habe aber ungeachtet Eisenhowers Versicherung des Gegenteils nicht beeinflusst werden können. Trotz verbesserter Atmosphäre sei deshalb in Zukunft Vorsicht geboten.<sup>186</sup>

Ausserhalb der Nato war die Euphorie über den „Geist von Genf“ und das Ende des Kalten Krieges jedoch ungebrochen – so dass bei Politikern und Kommentatoren erstmals die Furcht aufkam, dass damit auch das Ende der Nato nahen könnte.

#### *Zweifel an der Zukunft der Nato*

Konrad Adenauer, der sich während des Gipfeltreffens im Schweizer Ferienort Mürren aufgehalten hatte und durch tägliche Konsultationen auf dem Laufenden gehalten wurde, beschwor am 25. Juli in einem Brief an Eisenhower, dass man nun in eine neue Phase der Ost-West-Beziehungen eingetreten sei, die aber wegen der Entspannungsma-

<sup>185</sup> FRUS 1955-57 V: 527f. Vgl. dazu Kosthorst, Brentano, 48f.

<sup>186</sup> NAC Meeting, Paris, 25 July 1955, 4:30 p.m., NA, C-R(55)34. Vgl. auch Telegramm von Krapf ans AA, 25. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 53.

nöwer der UdSSR nicht minder gefährvoll sei.<sup>187</sup> Dulles war über die Détenteatmosphäre und die Euphorie in Westeuropa, der Kalte Krieg ginge seinem Ende zu, ebenso besorgt, wie er Mitte August in einem Memorandum an Eisenhower verriet:

Our main trouble is going to come from the need of cooperating with the British and the French, who have always been willing to make a deal on the basis of the status quo.<sup>188</sup>

Tatsächlich schwand mit dem Abschluss des Genfer Gipfels die Geschlossenheit in der Nato trotz aller gegenteiliger allianzinterner Versicherungen. Ende August 1955 prophezeite der amerikanische Kolumnist Walter Lippmann, es gebe bereits viele Anzeichen dafür, dass die Zukunft der Nato nicht garantiert sei. Für Lippmann war es aber zu einfach, von einer internationalen Détente automatisch auf einen entspannten Effort in der Nato zu schliessen. Er vertraue auf die These von Dulles, wonach die Sowjetunion gerade wegen der Rüstung und Einheit der Nato auf eine Entspannungspolitik umgeschwenkt sei. Es gebe deshalb keinen Grund, die erfolgreiche Nato-Politik nun in Frage zu stellen.<sup>189</sup>

Auswertungen von Meinungsumfragen ergaben aber, dass die öffentliche Unterstützung für die Nato nach dem Genfer Gipfel drastisch sank. Auf die Frage, ob sie schon einmal von der Nato gehört hätten, antworteten nur gerade 45% der befragten Franzosen mit Ja, während weniger als die Hälfte der befragten Franzosen und Westdeutschen auf die Frage, ob ihr Land Mitglied der Nato sei, die richtige Antwort gab. Insgesamt hatten in Italien, Grossbritannien, Frankreich und der BRD immerhin 37% noch nie von der Nato gehört. In Frankreich favorisierten zudem 43% die Erschaffung eines neuen europäischen Sicherheitssystems, während nur gerade 12% die Nato beibehalten wollten. Schliesslich würden in allen Ländern deutliche Mehrheiten beim Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa einen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen vom Kontinent akzeptieren, während nur gerade 22% der Westdeutschen, 16% der Franzosen und Italiener und 25% der Briten dies ablehnen würden.<sup>190</sup> Eisenhower, der am 24. September einen Herzinfarkt erlitt und sich im Fitzsimons-Militärspital in Denver erholte, nahm am 19. Oktober in einer Besprechung der Pläne für die geplante Aussenministerkonferenz in Genf Bezug auf die Umfrageergebnisse über den kritischen Popularitätsverlust der Nato in Zeiten einer stärker werdenden Détente und nahm den Punkt mit Dulles in Denver mehrfach ungläubig auf: „Again about NATO, the President said he was unaware that there was a feeling growing abroad that NATO was unnecessary.“<sup>191</sup>

<sup>187</sup> Brief von Adenauer (Mürren) an Eisenhower, 25. Juli 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 53; Zwar war die erste öffentliche Beurteilung des Genfer Gipfels durch Adenauer positiv ausgefallen, nicht zuletzt, damit nicht der Eindruck entstehen konnte, die BRD sei am Weiterbestehen von Spannungen interessiert; Adenauer hielt jedoch Genf für einen „vollen Erfolg der Russen“, weil es ihnen gelungen sei, „durch billige Gesten alles vergessen zu machen, was auf ihrem Schuldkonto steht.“ (Brief von Adenauer an Dulles, 9. August 1955, in: Adenauer, *Erinnerungen* 3, 478ff.). Dulles antwortete darauf, dass Adenauers negatives Urteil über Genf nicht Eisenhowers und seinem Urteil entspreche (Brief von Dulles an Adenauer, 15. August 1955, *ibid.*, 481).

<sup>188</sup> Dulles to Eisenhower, 10 August 1955, DDEL, Dulles Papers, General Correspondence and Memoranda Series (GCM), Box 2, Strictly Confidential A-B (1).

<sup>189</sup> Walter Lippmann, „The Vulnerability of NATO,“ *New York Herald Tribune* (22 August 1955).

<sup>190</sup> „Opinion Trends in the Aftermath of Geneva“, 23 September 1955, 17-23, DDEL, White House Office, Staff Secretary (WHO-SS), ITM, Box 3, NATO File no.1 (4).

<sup>191</sup> Eisenhower-Dulles Meeting, Fitzsimons Hospital, Denver, 19 October 1955, DDEL, Dulles Papers, White House Memoranda Series (WHM), Box 3, Meetings with Eisenhower 1955(2). Vgl. „Chronology of Events of President's Illness Since Heart Attack“, NYT (1 March 1956): 14. Es war dies nach dem 11.10.55 erst der zweite Spitalbesuch Dulles bei Eisenhower. Eisenhower nahm seine Arbeit im Weis-

Dass Chruschtschows Détentepolitik den Westen verwirrte, bewies auch die Debatte in der kanadischen Öffentlichkeit. Die Frage nach der Zukunft der Nato wurde in Kanada im Herbst 1955 ein heisses Thema. Der Journalist Clive Baxter titelte in der *Financial Post*: „Will NATO Fade Under Russia's Soft Look?“ Im Gegensatz zu Lippmann fiel seine Antwort darauf düster aus: „The uncomfortable truth is that NATO is today in greater risk of collapse than ever before in its five stupendous years of growth.“<sup>192</sup>

Auch aus Paris drangen im Herbst 1955 beunruhigende Äusserungen über die Relevanz der Nato nach Washington. Der einflussreiche gaullistische Senator Michel Debré schätzte die Einstellung der Franzosen zur transatlantischen Allianz äusserst negativ ein und nahm damit Charles de Gaulles' spätere Kritik vorweg:

Debré said that at the present moment in the opinion of most Frenchmen, NATO was the wrong kind of alliance in the wrong place. He felt it was essentially a European security pact directed against Soviet armed aggression. In view of present Soviet policy Debré said that French public opinion considers Soviet armed aggression extremely unlikely and is not particularly interested in an alliance with this limited purpose. Debré felt NATO should be enlarged both in area and in scope.<sup>193</sup>

Politische Kommentatoren stellten ebenfalls fest, dass sich die Nato kurz nach ihrem grössten Triumph – der Integration der BRD ins Bündnis – paradoxerweise seit dem Genfer Gipfel in ihrer grössten Krise befand. Cyrus Sulzberger von der *New York Times* warf der Nato vor, sie habe bisher darin versagt, sich an die veränderte Situation anzupassen und neue Methoden in Reaktion auf die neuen sowjetischen Taktiken zu entwickeln. Für Sulzberger wäre „diplomatische Kooperation“ der beste Ausweg aus dem Dilemma:

Today, thanks to adroit Soviet tactics, it is just as urgent that NATO produces a formula for diplomatic defense through consultation and cooperation as it was, five years ago, to pool its armed forces.<sup>194</sup>

Der kanadische Aussenminister Lester Pearson forderte im Herbst 1955 in einem Artikel der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* aufgrund der Détente von 1955 ebenfalls eine stärkere nicht-militärische Kooperation unter den Nato-Partnern:

NATO cannot live on fear alone. It cannot become the source of real Atlantic community if it remains organized to deal only with the military threat which brought it first into being. A renewed emphasis on the non-military side of NATO's development would also be the best answer to the Soviet Union's charge that NATO is an aggressive, exclusively military agency, aimed at Moscow. [...] NATO must broaden and deepen the basis of association of its members in non-military fields.<sup>195</sup>

Zu einem anderen Schluss als Pearsons Plädoyer für verstärkte politische Zusammenarbeit der Nato-Staaten kamen die Verteidigungsminister der Allianz, die sich vom 10. bis

---

sen Haus erst wieder am 8. Januar 1956 auf, nachdem er sich in Denver (24.9.-10.11.55), Gettysburg (14.11.-20.12.55) und Key West (28.12.55-8.1.56) von seinem Herzinfarkt erholt hatte.

<sup>192</sup> Clive Baxter, „Will NATO Fade Under Russia's Soft Look?“ *Financial Post* (15 October 1955).

<sup>193</sup> Dillon (Paris) to DoS, 22 October 1955, DDEL, Norstad Papers, Policy Files Series, Box 90, NATO General (6). Frankreich wünschte vor allem eine Ausdehnung des Vertragsgebietes nach Nordafrika und eine Erweiterung der wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen der Allianz. Vgl. Gérard Bossuat, „France and the Leadership of the West in the 1950s: A Story of Disenchantment“, in *Securing Peace in Europe, 1945-62: Thoughts for the Post-cold War Era*, ed. Beatrice Heuser and Robert O'Neill (Basingstoke: Macmillan, 1992), 105-124.

<sup>194</sup> Cyrus L. Sulzberger, „NATO's Big Problem – and How to Solve It“, NYT (24 October 1955).

<sup>195</sup> Douglas Stuart (Ottawa) to DoS, 31 August 1955, Desp. 165, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. dazu Lester B. Pearson, „After Geneva: A Greater Task for NATO“, *Foreign Affairs* 34 (October 1955): 14-23.



12. Oktober zum ersten Mal seit Dezember 1952 trafen. Bereits kurz vor der Tagung in Paris gestand Nato-Generalsekretär Ismay, er mache sich „grosse Sorgen“ über das Schicksal der Nato. Die Einheit habe solange bestanden, als die sowjetische Gefahr eine unmittelbare Bedrohung dargestellt habe. Die weichere Taktik der Sowjetunion habe nun im Westen den Eindruck erweckt, dass man seine Verteidigungsanstrengungen nicht mehr so ernst nehmen müsse. Laut Ismay werde aber die kommende Konferenz der Verteidigungsminister der Nato ein „erschreckendes Bild“ von der mangelhaften Verteidigungsbereitschaft der westlichen Welt zeigen.<sup>196</sup>

Tatsächlich beurteilten die Verteidigungsminister und höchsten Militärs der Nato die internationale Situation auch nach dem positiven „Geist von Genf“ nach wie vor unverändert in düsterem Licht. Der Vorsitzende der Ständigen Nato-Gruppe, der Brite John Whiteley, blickte auf die fünf Jahre seit der Gründung der Nato zurück und betonte, dass trotz der neuen Ära von „lachenden russischen Gesichtern“ aus militärischer Perspektive die harten Fakten akzeptiert werden müssten: „The military threat to NATO was today greater than ever before.“<sup>197</sup> Kein einziger der Verteidigungsminister war der Ansicht, die sowjetische Bedrohung habe 1955 signifikant abgenommen. Die Militärs basierten ihre Lagebeurteilungen auf den sowjetischen Fähigkeiten und nicht aufgrund von revidierten Einschätzungen sowjetischer Absichten. Mehrere Verteidigungsminister waren zudem besorgt darüber, wie sie in einer Zeit der Entspannung Gelder für die Beiträge ihrer Länder an die Nato finden würden.<sup>198</sup>

Ende Oktober 1955 diskutierte der Ständige Nato-Rat auf italienische Initiative hin die Wünschbarkeit einer gemeinsamen Nato-Politik gegenüber sowjetischen Gesten zur Entspannung und deren Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Nato-Ländern. Insbesondere dachte Italien dabei an einen multilateralen Informationsaustausch über individuelle Kontakte mit den Sowjets. Der dänische Nato-Botschafter J.A. Westbrik fand es ebenfalls sinnvoll, wenn der Nato-Rat einen allgemeinen Ansatz gegenüber der neuen sowjetischen Aussenpolitik diskutieren könnte. Kanadas Wilgress hatte zwar Verständnis für Italiens Sorge, dass eine „weiche“ Periode in den Ost-West-Beziehungen zu einer Reduzierung des Verteidigungsaufwandes der Nato und zu einer Stärkung lokaler kommunistischer Parteien führen könnte. „However, he believed NATO should welcome the détente provided all NATO countries were determined not to relax their defence effort.“ In Kanada gäbe es praktisch keine kommunistische Partei und keine entsprechende Gefahr. Die kanadische Regierung befürworte deshalb Ost-West-Besuche und Kontakte. Sein britischer Kollege Christopher Steel war derselben Auffassung. Grossbritannien befürworte Kontakte mit dem Osten und jedes Land solle komplette Freiheit darin haben, Kontakte zur UdSSR herzustellen, auch wenn Nato-Konsultationen über eine gemeinsame Nato-Linie hilfreich sein könnten. Auch Belgien und Holland schlossen sich der kanadischen und britischen Meinung an.

Der holländische Nato-Botschafter Jonkheer A.W.L. Tjarda van Starkenborgh-Stachouwer betonte, die Besuche und Kontakte würden die öffentliche Meinung nicht nur im Westen, sondern auch im Osten und in der Sowjetunion selbst prägen. Auch Blankenhorn glaubte, dass die öffentliche Meinung in der UdSSR und in den Satel-

<sup>196</sup> Gesprächsaufzeichnung zwischen Blankenhorn und Ismay, Paris, 6. Oktober 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 54.

<sup>197</sup> NAC Meeting, Paris, 10 October 1955, S. 4, NA, C-R(55)41 (ÜdV); Telegramm von Blankenhorn ans AA, 12. Oktober 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 54. Vgl. auch Carold Callender, „Threat of Soviet Worse, NATO Told“, NYT (11 October 1955).

<sup>198</sup> FRUS 1955-57 IV: 23-26.

litenstaaten beeinflusst werden sollte, allerdings sollten die westlichen Staaten keine Illusionen schüren, dass sich die sowjetischen Ziele verändert hätten. Frankreich hoffte auf eine flexible Haltung des Westens und eine positive Nato-Politik gegenüber Kontakten mit der UdSSR. Wie Blankenhorn wies aber auch der französische Nato-Botschafter Alexandre Parodi auf mögliche Gefahren hin. Die sowjetische Flotte sei immerhin nach wie vor die zweitgrösste der Welt: „However much the Russians might put on ‘smiling faces’, their armed forces remained enormous.“ Nato-Generalsekretär Ismay fasste die Debatte salomonisch wie folgt zusammen: Die sowjetische Politik habe sich in ihren Zielen nicht verändert und die Nato dürfe deshalb ihre Verteidigungsanstrengungen nicht vernachlässigen; jedes Nato-Mitglied besitze aber vollständige Freiheit hinsichtlich Kontakten mit der UdSSR und den Satellitenstaaten, auch wenn ein Informationsaustausch darüber im Nato-Rat erwünscht sei.<sup>199</sup>

Italien hatte mit seiner Initiative Bezug auf die ersten Besuche von Nato-Aussenministern in Moskau seit dem Beginn des Kalten Krieges genommen, namentlich Brentano, der mit Adenauer im September nach Russland gereist war, und Pearson, der im Oktober in Moskau gewesen war.<sup>200</sup>

#### *Nato-Sichtweisen über Adenauers Moskaureise*

Die Gespräche mit den Sowjets waren speziell für den deutschen Kanzler Adenauer ein „Schlüsselerlebnis“: er war nun überzeugt, dass Moskau interne Wirtschaftsprobleme habe und wegen dem Wettrüsten mit den USA und wegen der Besorgnis um China eine längere Atempause suche. Adenauer war deshalb der Meinung, dass eine Verständigung mit den Sowjets möglich sei.<sup>201</sup>

Blankenhorn hatte den Ständigen Nato-Rat am 19. September an einer Geheimsitzung über Adenauers Besuch in Moskau vom 8. bis 13. September orientiert. Das Interesse im Rat an den deutschen Ausführungen war ausserordentlich gross. Blankenhorn stellte mit Befriedigung fest, dass der Rat die Ergebnisse von Adenauers Moskaureise nahezu einstimmig begrüsst und sie als eine Stärkung der westlichen Position bezeichnete. Der belgische Botschafter de Staercke, aber auch andere Vertreter, übten scharfe Kritik an der öffentlichen Meinung in gewissen Staaten, die das Ergebnis als einen Misserfolg hinstellten.<sup>202</sup> In weniger öffentlichen Foren ärgerte sich Dulles jedoch darüber, dass Adenauer die Gefahr einer Legalisierung der deutschen Teilung hingenommen hatte. Er befand über die Moskaureise schlicht: „Adenauer had collapsed.“<sup>203</sup> Blankenhorn wehrte sich gegen eine solche Kritik, zumindest in seinem Tagebuch, dem er am 14. September die folgenden Gedanken anvertraute:

<sup>199</sup> NAC Meeting, Paris, 19 October 1955, NA, C-R(55)46. Zu Kanada vgl. Jamie Glazov, *Canadian Policy toward Khrushchev's Soviet Union* (McGill-Queen's University Press, 2002).

<sup>200</sup> Zu Adenauers Verhandlungen in Moskau vgl. Adenauer, *Erinnerungen* 3, 521ff; Schwarz, *Adenauer II*, 207-222; Köhler, *Adenauer*, 872-889; Kosthorst, *Brentano*, 65-77, sowie Rolf-Dietrich Keil, *Mit Adenauer in Moskau: Erinnerungen eines Dolmetschers* (Bonn: Bouvier, 1997). Zur Pearsons Moskaureise siehe Lester B. Pearson, *Memoirs, vol. 2: The International Years, 1948-57* (Toronto: Toronto University Press, 1974).

<sup>201</sup> Adenauer, *Erinnerungen* 3, 521ff.

<sup>202</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 19. September 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 54.

<sup>203</sup> NSC Meeting, Washington, 20 October 1955, DDEL, AWF, NSC Series, Box 7, 262nd Meeting of NSC. Vgl. auch die reservierte Reaktion des US-Botschafters in Moskau, Charles Bohlen, über Adenauers politischen Handel, FRUS 1955-57 V: 579f. Bohlen fürchtete gar um geheime Zusatzabsprachen zwischen Bonn und Moskau. Bohlen (Moscow) to DoS, 14 September 1955, *ibid.*, 584. Zu Adenauers Moskaureise siehe auch BA, NL Blankenhorn, Bde. 51/52.

Wenn in der westlichen Welt gelegentlich Stimmen laut werden, die das Ergebnis der Moskauer Konferenz schmälern, so möchte ich nicht wissen, was die Weltöffentlichkeit gesagt hätte, wenn der Bundeskanzler es in Moskau zum Abbruch der Verhandlungen hätte kommen lassen. Dann wäre die Bundesrepublik sicher der Zerstörung der Entspannungspolitik bezichtigt worden, die von den Staatsmännern des Westens in Genf eingeleitet und von den Sowjets mitgetragen worden sei. Das Ergebnis von Moskau beeinträchtigt unsere Verpflichtungen gegenüber unseren Partnern im Westen nicht. Die Russen haben uns nicht nahegelegt, aus NATO und WEU auszutreten. Im Gegenteil, sie haben ausdrücklich unsere Mitgliedschaft in beiden Organisationen als Realitäten anerkannt. Für die Russen war das Ergebnis von Moskau bedeutsam, weil es sich als eine weitere Tatsache der von ihnen gewollten Entspannungspolitik darstellt. [...] Ich selbst [kehrte heim] in dem Gefühl, dass neue Gespräche in der Zukunft dazu beitragen könnten, die Atmosphäre weiter zu verbessern und damit Schritt für Schritt einen Strich unter die sterile Periode des Kalten Krieges zu setzen.<sup>204</sup>

In der deutschen Öffentlichkeit wuchs 1955 die Tendenz, durch eine elastischere, weniger starr auf den Westen ausgerichtete Politik die nationalen Ziele Deutschlands durch direkten Kontakt mit dem Osten zu verwirklichen. Friedliche Koexistenz schien möglich und man hoffte auf eine Chance, sich mit dem Osten arrangieren zu können. Die Nato und die deutsche Nato-Mitgliedschaft drohten hingegen als Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands dargestellt zu werden.<sup>205</sup>

Die Zeit unmittelbar nach dem Genfer Gipfel hatte damit im westlichen Lager zu einiger Unsicherheit geführt, wenn auch die meisten Nato-Staaten nach wie vor von einer unveränderten sowjetischen Aussenpolitik ausgingen. In der amerikanischen Nato-Botschaft in Paris machte man sich Ende Oktober 1955 zu den Problemen Gedanken, die sich aufgrund der Genfer Détente für die Nato ergaben. Die amerikanische Delegation widmete sich in einer „abendfüllenden Diskussion“ den Aussichten der bevorstehenden Genfer Aussenministerkonferenz. Die Nato-Experten kamen überein, dass sich die sowjetische Haltung trotz „Lächeln und einigen Rissen im Eisernen Vorhang“ nicht grundsätzlich verändert habe.<sup>206</sup> Die zweite Genfer Konferenz von Ende Oktober und November 1955 sollte zeigen, ob der „Geist von Genf“ auch zu konkreten Resultaten am Verhandlungstisch führen würde.

## 7. Nato-Konsultationen vor und nach Genf II

Die Nato-Aussenminister trafen sich am 25. Oktober 1955 erneut ausserterminlich, um die westliche Verhandlungsposition kurz vor dem Treffen der zweiten Genfer Konferenz zu diskutieren. Für die Allianz stellte sich drei Monate nach dem Genfer Gipfeltreffen die Frage, wie einheitlich die westliche Position in Bezug auf die Agendapunkte Europäische Sicherheit und die Deutschlandfrage sowie das Abrüstungsproblem nach weiteren innerwestlichen Konsultationen noch war und ob sie sich seit Juli substanziell verändert hatte. Für die USA, Britannien und Frankreich war es erneut wichtig, in den Konsultationen mit der Nato allfällige Differenzen auszudiskutieren und die Allianz möglichst geschlossen hinter sich zu scharen.

Am 19. Oktober diskutierten die Nato-Botschafter als Vorbereitung für die ausserordentliche Aussenministertagung die Stellungnahme der Ständigen Nato-Gruppe zu militärischen Fragen eines europäischen Sicherheitspaktes. Dabei waren besonders die geplante Kontroll- und Inspektionszone sowie die Einrichtung vorgeschobener Radar-

<sup>204</sup> Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, 224-240.

<sup>205</sup> Memorandum von Schirmer ans AA, 18. Oktober 1955, PAAA, Referat 301, Bd. 32, Nato-Rats-tagungen.

<sup>206</sup> Martin (Paris) to Timmons (Washington), 4 November 1955, „Problems Facing NATO in Next Two or Three Months“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

Warnsysteme Gegenstand lebhafter Diskussion. Der Vertreter der Ständigen Nato-Gruppe erläuterte die Vorteile eines sich gegenseitig überlappenden Radarsystems beider Militärblöcke. Ein solches gäbe dem Westen eine zusätzliche Radarreichweite von 600 Kilometern und damit eine Verbesserung der Vorwarnzeit von 30 bis 50 Minuten. Verschiedene Nato-Botschafter äusserten ihre Bedenken gegen eine zu weite Ausdehnung einer europäischen Inspektionszone, da die Sowjets sonst Einblick in die Lokalisierung der taktischen Atomwaffen hätten, so dass deren Wert stark entwertet würde. Gleichermassen warnten viele Botschafter vor dem Zusammenfallen der Begrenzung der Kontrollzonen mit nationalen Grenzen, weil sonst die UdSSR für eine Entmilitarisierung Deutschlands die Entmilitarisierung Polens und der Tschechoslowakei anbieten könnte.

Bei der anschliessenden Erörterung allgemeiner politischer Fragen über das westliche Vorgehen in Genf fragte der dänische Botschafter J. A. Westbrick, ob bei einer sowjetischen Weigerung, auf die westlichen Wiedervereinigungs- und Sicherheitsvorschläge einzugehen, auf das Abrüstungsthema gewechselt werden würde. Der Brite Steel verneinte dies kategorisch – diese Chance sollte der Sowjetunion auf keinen Fall gegeben werden. Belgiens De Staercke kritisierte, dass die westlichen Pläne bisher nur eine Antwort für den Fall des Nato-Beitritts eines Gesamtdeutschlands gäben und keine Vorschläge für Alternativen dazu ausgearbeitet worden seien. Sein Einwand wurde allerdings mit dem Argument zurückgewiesen, die Sowjets hätten ihre Besorgnisse auf den Fall der Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands konzentriert und die westlichen Vorschläge beschränkten sich deshalb darauf, ihnen Sicherheit gegen diese Ängste zu geben.<sup>207</sup>

Die Frage der Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands, seit langem ein Hauptziel amerikanischer Europapolitik, wurde am Tag darauf in Washington in einem interessanten Exkurs von Dulles zum Wandel in den amerikanisch-europäischen Beziehungen aufgenommen. Vizepräsident Richard Nixon stellte, in Abwesenheit von Eisenhower, der sich immer noch in Denver von seinem Herzinfarkt erholte, in einer NSC-Sitzung die Frage, wie solide die Nato eigentlich hinter den amerikanischen Plänen für einen europäischen Sicherheitspakt und eine deutsche Wiedervereinigung stünde. Dulles erwiderte, die Nato unterstütze die US-Position, gab aber zu, dass die Alliierten tendenziell das Ziel einer deutschen Wiedervereinigung stärker betonten, während die USA stärker auf die Mitgliedschaft eines Gesamtdeutschlands in der Nato pochten. Dulles unterstrich, die USA müssten realistisch genug sein, um zu erkennen, dass sich die Impulse, die zur Gründung der Nato geführt hatten, zwischenzeitlich weitestgehend aufgelöst hatten. Die Ängste einer sowjetischen Attacke Westeuropas, wie sie im Zuge der 1948er Tschechoslowakei-Krise und des Koreakrieges vorgeherrscht hatten, seien grösstenteils verschwunden. Die europäischen Alliierten verliessen sich inzwischen mehr und mehr auf die atomare Abschreckungsfähigkeit der USA und weniger auf die Errichtung massiver konventioneller Streitkräfte in Europa. Dulles empfahl, auf die Meinungen in Europa zu Deutschland und zu europäischer Sicherheit Rücksicht zu nehmen:

We simply cannot stand pat and browbeat our NATO Allies into accepting our entire position. [...] A neutral Germany oriented to the West was much less desirable than a Germany which was a member of NATO, but it was „a hell of a lot better“ than a neutral Germany oriented to the East.<sup>208</sup>

<sup>207</sup> Fernschreiben Nr. 101 von Krapf (Nato Paris), ans AA, 19. Oktober 1955, PAAA, NL Grewe, Bd. 40.

<sup>208</sup> NSC Meeting, Washington, 20 October 1955, DDEL, AWF, NSC Series, Box 7, 262<sup>nd</sup> Meeting.

Diese interne Verlautbarung Dulles' darf als Indiz dafür gelesen werden, dass die Rolle der europäischen Nato-Partner im Laufe des Jahres 1955 gewachsen war und dass die USA langsam begannen, auf ihre europäischen Partner stärker Rücksicht zu nehmen.

*Nato-Diskussionen zu Europäischer Sicherheit: Der Ministerrat vom 25.10.1955*

An der ausserordentlichen Nato-Ministertagung vom 25. Oktober in Paris berichtete Dulles zunächst zum Agendapunkt „Deutschland und europäische Sicherheit“. Er hielt die Aussenministerkonferenz für eine „Feuerprobe“: Konnte der neue, bessere „Geist von Genf“ auch zur Lösung praktischer Probleme beitragen? Die sowjetische Position, das heisst die Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems ohne Nato, WEU und Warschaupakt, blieb laut Dulles unvereinbar mit der westlichen Haltung, wonach zuerst Deutschland wiedervereinigt werden wüsse. Wegen der sowjetischen Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland in der Nato sei der Westen aber bereit zu einer deutschen Wiedervereinigung im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems, wie dies im westlichen Edenplan im Juli in Genf vorgeschlagen worden war. Dulles gab sich aber skeptisch, was die Erfolgchancen dieses Zweiphasenplans in Genf betraf, denn seiner Meinung nach mass die Sowjetunion der Anerkennung der DDR unterdessen mehr Gewicht bei als einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem. Eine Wiedervereinigung Deutschlands würde das Ende der DDR bedeuten und hätte sicherlich auch Konsequenzen für andere osteuropäische Staaten. Der kanadische Aussenminister Pearson bestätigte die Einschätzung, dass Moskau in seiner Deutschlandpolitik inzwischen von einer Zwei-Staaten-Politik ausging. Er berichtete von seinem Besuch in Moskau vom 5. bis 10. Oktober, während dem ihm die sowjetischen Führer in aller Direktheit ihre Feindseligkeit gegenüber der Nato erklärt und ihre Unterstützung für die DDR offengelegt hätten.<sup>209</sup>

Auf die Präsentation von Dulles folgte statt der sonst an Nato-Ministertagungen üblichen offiziellen und formellen Erklärungen eine spontane und spannende Diskussion zu einzelnen Aspekten des geplanten Europäischen Sicherheitsvertrags, während der sich insbesondere der belgische Aussenminister Spaak zum Wortführer der Kontinentaleuropäer aufschwang. Auf seine Frage, ob die drei Westmächte auch zu einem Sicherheitsvertrag mit der Sowjetunion bereit wären, wenn das wiedervereinigte Deutschland aus der Nato austreten würde, gab ihm Macmillan eine klar negative Antwort. Griechenlands Aussenminister Evangelos Averoff fand, es sollten alle west- und osteuropäischen Staaten Vertragsparteien werden können, nicht nur die vier Siegermächte aus dem Zweiten Weltkrieg. Als Dulles klarstellte, dass die USA nicht gewillt seien, die Sicherheit der osteuropäischen Satellitenstaaten zu garantieren, warnte Spaak vor der Gefahr einer „Zweiklassen-Nato“. Falls nur die USA, Britannien und Frankreich Vertragsparteien des Sicherheitsvertrags mit Moskau wären, würde dies zu einer Desintegration der Allianz führen. Dulles räumte daraufhin ein, dass auch die anderen Nato-Staaten dem Sicherheitsvertrag beitreten und damit die Garantie für Russland gegen Deutschland teilen könnten; dies jedoch nur, falls Moskau den Edenplan akzeptieren würde. Norwegens

<sup>209</sup> NAC Meeting, Paris, 25 October 1955, C-R(55)47 and NA, C-R(55)48; DCER XXI (1955), no. 211. Den Wandel in der sowjetischen Deutschlandpolitik konstatierten auch die Nato-Dokumente „Trends and Implications of Soviet Policy, April - June 1955“ vom 4. Juli 1955 der *Working Group on Trends of Soviet Policy* unter dem Vorsitz von Cosmelli, NA, C-M(55)62, 5, sowie „Policy vis-à-vis the Soviet Union and Education of NATO Public Opinion“ vom 14. Oktober 1955, NA, C-M(55)87, 2. Die US-Position zu einem Sicherheitsvertrag ist zusammengefasst in „U.S. Views with Respect to a European Security Treaty“, 29 August 1955, DDEL, Dulles Papers, Subject Series, Box 4, European Security Pact, 1955 (2).

Lange empfand die Diskussion zu diesem Zeitpunkt als akademisch und schlug schlichtend vor, die drei Westmächte sollten die Nato wieder konsultieren, wenn die Verhandlungen um einen Sicherheitsvertrag mit Moskau weiter vorangeschritten wären. Als die Diskussion später nochmals auf die Frage der Mitgliedschaft zurückkam, fand Dulles, vielleicht könnte man bei Fortschritten in der deutschen Frage als westliche Konzession eine Mitgliedschaft der Tschechoslowakei und Polens im europäischen Sicherheitsvertrag in Aussicht stellen.

Zum Agendapunkt „Abrüstung“ betonte Macmillan, dass Abrüstungsverhandlungen im UNO-Rahmen und nicht in Genf stattfinden, dass aber aus Genf vielleicht ein neuer Impetus nach London gebracht werden könne. Aus westlicher Sicht sei die Schlüsselfrage immer noch diejenige von Kontrollmassnahmen der vorgeschlagenen Abrüstungs- und Rüstungskontrollschritte. Dazu ergab sich unter den Nato-Aussenministern keine Diskussion. Abschliessend versicherte Dulles seinen Kollegen, dass in Genf über keine Punkte entschieden würde, bei denen unter den Allianzpartnern Differenzen bestanden. Die amerikanische Regierung wolle auf keinen Fall die Nato schwächen, die sie nach wie vor als Fundament ihrer Aussenpolitik ansah. Der deutsche Aussenminister Brentano glaubte nicht so recht an konkrete Resultate an der Viermächte-Aussenministerkonferenz. Das westliche Hauptziel sei es aber, die wahren Absichten Moskaus herauszufinden.<sup>210</sup>

Tatsächlich herrschte in den Abrüstungsverhandlungen immer noch totale Funkstille zwischen Ost und West. Auf den sowjetischen Abrüstungsvorschlag vom Mai 1955 hatte der Westen noch immer nicht reagiert – die amerikanische Position war aufgrund bürokratischer Uneinigkeit immer noch ungeklärt.<sup>211</sup> In einem Gespräch mit Dulles hatte deshalb Pearson im September darauf hingewiesen, dass der Eindruck entstanden sei, die USA seien einzig an dem „Open Skies“-Kontrollsystem interessiert und hätten ihr Interesse an einer Wiederaufnahme der allgemeinen Abrüstungsdiskussion verloren.<sup>212</sup> Intern liess Dulles zwar verlauten, er habe das Gefühl, die Sowjets seien ernsthaft an einem Durchbruch in den Abrüstungsverhandlungen interessiert, und gab dafür die wirtschaftlichen Probleme der UdSSR durch das überproportionale Verteidigungsbudget an. Im Herbst 1955 war Dulles von der Überlegenheit des westlichen Systems überzeugt

<sup>210</sup> NAC Meeting, Paris, 25 October 1955, NA, C-R(55)47, 48; DCER XXI (1955), no. 212.

<sup>211</sup> Stassen durfte der Sowjetunion keinen Abrüstungsvorschlag unterbreiten, bevor nicht alle betroffenen US-Departemente einen Konsens gefunden hatten: „The President told [Stassen] to make no move until State, Defense and AEC are all in accord.“ Telephone Conversation between Dulles and Eisenhower, 17 September 1955, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 11, Phone Calls August 1955. Als Bulganin sich zwei Tage später in einem Brief an Eisenhower über den mangelnden Fortschritt der Genfer Abrüstungsverhandlungen (29.8.-7.10.55) beschwerte und sich beklagte, die amerikanische Position sei immer noch nicht bekannt, ruhte die US-Antwort wegen Eisenhowers Herzinfarkt vom 24.9.55. Nach einer knappen provisorischen Replik vom 11.10.55 erfolgte Eisenhowers Antwort auf Bulganins Brief vom 19.9.55 schliesslich erst am 5.3.56, d.h. mit beinahe einem halben Jahr Verzögerung!

<sup>212</sup> Dulles-Pearson Meeting, Washington, 25 September 1955, „Disarmament“, DDEL, Dulles Papers, Chronological Series (CS), Box 12, September 1955 (1).

und durchaus an einem Wettrüsten mit der Sowjetunion interessiert.<sup>213</sup> In der amerikanischen Abrüstungsposition gab es 1955 deshalb keine Bewegung.<sup>214</sup>

Für Dulles hatte sich die Konsultation vor der Genfer Aussenministerkonferenz mit der Nato gelohnt, wie aus seinem Telegramm an Präsident Eisenhower deutlich wird:

We had a very useful and constructive discussion during the morning and afternoon yesterday at the NATO Council. Many of the points of view were really helpful.<sup>215</sup>

Die Tagung wurde auch von den kleineren Nationen als grosser Erfolg angesehen, weil die Nato-Debatten das Denken der Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in Bezug auf die Sicherheitsgarantien im Falle eines Sicherheitspaktes geklärt hatten. Die *New York Times* hielt dazu fest:

Thus the smaller allies, who in the past have complained that they had little or no voice in determining great power attitudes that involved their future, appear for once to have wielded real influence over the diplomacy of the United States, Britain and France.<sup>216</sup>

Durch die beiden ausserordentlichen Nato-Ministerratstagungen vom 16. Juli und 25. Oktober hatten die politischen Diskussionen in der Nato an Gewicht gewonnen. 1955 markierte damit einen wichtigen Wendepunkt in den Beziehungen der USA, Britanniens und Frankreichs zu den kleineren zwölf Nato-Staaten. Während die „Grossen Drei“ zwischen 1945 und 1955 als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im westlichen Lager in militärischen und politischen Fragen eine prädominante Rolle gespielt hatten, verringerte sich ab 1955 der Abstand zwischen den drei Grossmächten und den „anderen Zwölf“. Ihr internationales Gewicht wurde durch die Mitgliedschaft in der Nato und durch die zunehmende politische Funktion der einstigen Militärallianz deutlich vergrössert.

#### *Die Genfer Aussenministerkonferenz: Das Ende der Détente von 1955?*

Kurz vor dem zweiten Teil der Viermächtekonferenz, der Genfer Aussenministerkonferenz, häuften sich die Stimmen in der Nato, welche skeptisch waren, ob die Détente von 1955 weiter vertieft werden könnte. Einen Tag nach der Nato-Tagung vom 25. Oktober berichtete der stellvertretende Nato-Botschafter der USA, Edwin M. Martin, dem Direktor des Nato-Büros im State Department (EUR/RA), Lane Timmons, vom Konsens der Nato-Minister. Trotz des „momentanen Lächelns“ der Sowjets sei der Charakter ihrer Intentionen nach wie vor unverändert und der Nato-Rat müsse mit „grosser Vorsicht auf die Détente zugehen.“ Bei einer scheinbaren Atmosphäre von Détente und mangels

<sup>213</sup> NSC Meeting, Washington, 21 November 1955, DDEL, AWF, NSC Series, Box 7, 267<sup>th</sup> Meeting of NSC. Vgl. Evangelista, „Cooperation Theory and Disarmament Negotiations in the 1950s“, 502-528; und Pruessen, „From Good Breakfast to Bad Supper“, 252-270. Eisenhower blieb skeptisch gegenüber einem ökonomischen Wettrüsten mit der UdSSR. Vgl. Marc Trachtenberg, „US Arms Control Policy Under Eisenhower“, <http://www.polisci.ucla.edu/faculty/trachtenberg/appendices/appendixVII.html> (6.2.2013).

<sup>214</sup> Contingency Paper for NATO Ministerial Meeting, 9 December 1955, „Disarmament“, USNA, RG 59, CF, CF 634, NATO Ministerial Meeting, Paris, 1955, Contingency Papers. Auf Stassens Fortschrittsbericht vom 1.11.55 (FRUS 1955-57 XX: 227-233) antwortete Dulles am 11.12.55. Darin wies er auf die „period of grace“ hin, die im Bereich der US-Abrüstungspolitik seit dem 10.5.55 geherrscht habe, und zwar wegen der „Open Skies“-Idee und wegen Stassens Ernennung und seinen Berichten. Nun sei es aber langsam an der Zeit, die US-Position darzulegen: „Our proposals should advance the security interests of the United States and make a favorable impact on our Allies as well as the Russians.“ FRUS 1955-57 XX: 240.

<sup>215</sup> Dulles (Paris) to Eisenhower, 26 October 1955, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 6, October 1955.

<sup>216</sup> Harold Callender, „West Will Weigh All-Europe Pact in Geneva Talks“, NYT (26 October 1955): 1f.

einer direkten sowjetischen Bedrohung sei es für die Nato nötig, eine neue Strategie für die „Détenteperiode“ zu formulieren statt der kürzlich eingeleiteten langfristigen Politik für eine Zeit des Kalten Krieges (MC-48):

The showdown with the Soviets over the question of the reality of detente [...] might be postponed for 6-9 months without risking serious effects on NATO strength if this were thought essential to permit more conclusive exploration in a relaxed atmosphere of the possibilities of reaching an agreement on the disarmament front, [...].<sup>217</sup>

Auch der Nato-Oberbefehlshaber General Alfred B. Gruenther traute der Détente von 1955 nicht. Ende Oktober schrieb er seinem langjährigen Freund Eisenhower, ein grosser Teil Europas werde zur Zeit „von der sowjetischen Kampagne des Lächelns hypnotisiert“ – er selbst glaubte aber, dies werde an der Genfer Aussenministerkonferenz wieder ins rechte Licht gerückt werden: „Molotov doesn't smile too well.“<sup>218</sup>

Tatsächlich kam es an der Genfer Konferenz vom 27. Oktober bis 16. November zu keinem Fortschritt in den Ost-West-Verhandlungen. Die Nato-Botschafter erhielten in der ersten Novemberhälfte drei Zwischenberichte der drei westlichen Grossmächte. Der Bericht vom 8. November sah den Kollaps der Genfer Konferenz voraus und gab der Sowjetunion die Schuld dafür, da sie eine seriöse Behandlung der westlichen Vorschläge verweigere und auf die Fragen der Westmächte keine zufriedenstellenden Antworten geben könne. Stattdessen zielen Moskau offensichtlich auf eine Konsolidierung des Status quo ab.<sup>219</sup>

Zu Beginn der Konferenz hatte der sowjetische Aussenminister Molotow die Vielzahl sowjetischer Entspannungsmassnahmen seit dem Genfer Gipfel akzentuiert, darunter die Freigabe der Stützpunkte in Porkkala und Port Arthur, die Reduktion der sowjetischen Streitkräfte um 640'000 Mann sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD. Während der Westen eine Variation des Eden-Plans einbrachte, wonach ein wiedervereinigtes Deutschland auf der Grundlage freier Wahlen der Nato beitreten sollte und die UdSSR dafür mit zusätzlichen Sicherheitsgarantien kompensiert werden sollte, legte Molotow den Entwurf eines alternativen europäischen Sicherheitspakts vor. Demnach sollte die Teilung Deutschlands weiterbestehen, die existierenden Allianzen aufgelöst, sämtliche ausländischen Stationierungstruppen aus Europa abgezogen und eine allgemeine nukleare Abrüstung stattfinden. Während die westlichen Aussenminister Ende Oktober Molotow anklagten, die UdSSR wolle die Nato zerstören, aber das kommunistische System in Osteuropa aufrechterhalten, kritisierte Molotow seinerseits den Westen wegen seines Insistierens auf dem Einschluss eines wiederbewaffneten Deutschlands in einem Militärbündnis, das gegen die UdSSR ausgerichtet war.<sup>220</sup>

<sup>217</sup> Martin to Timmons, 4 November 1955, „Problems Facing NATO in Next Two or Three Months“ (ÜdV).

<sup>218</sup> Gruenther (Paris) to Eisenhower, 23 October 1955, DDEL, WHO-SS, ITM, Box 3, NATO File no. 1 (3).

<sup>219</sup> Die „Tripartite Reports“ an die Nato finden sich unter der Registratur RDC(55)490, 492 und 495 im Nato-Archiv in Brüssel. Der Nato-Rat behandelte den Fortschritt der Genfer Aussenministerkonferenz an seinen Sitzungen vom 2., 9. und 16.11.55. Vgl. C-R(55)49, 50, 51, NA. Für eine kanadische Analyse der Konferenz vgl. DCER XXI (1955): no. 213.

<sup>220</sup> Bericht über die Konferenz der Aussenminister, 27. Oktober bis 16. November 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 49. Vgl. John W. Young, „The Geneva Conference of Foreign Ministers, October-November 1955: The Acid Test of Détente“, *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill (Baton Rouge: Louisiana University Press, 2000), 271-291, 282ff. Siehe auch Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 51f.



Der deutsche Nato-Botschafter Blankenhorn glaubte bereits Ende Oktober, die Genfer Konferenz stehe unter keinen guten Auspizien. Weil Moskau trotz „einem alles Normale überbietenden Fortissimo [an] Entspannungsaktionen aller Art“ keine echten oder wirklich bedeutsamen Konzessionen anbiete, empfahl Blankenhorn, mit den Gesten der Entspannung Schluss zu machen und sich wieder auf die Verteidigungsanstrengungen in der Nato zu konzentrieren, „die ja doch allein die Sowjets zu Verhandlungen zu echten Konzessionen bereit machten.“<sup>221</sup>

Die Genfer Konferenz endeten ergebnislos. Molotow lehnte am 8. November alle westlichen Vorschläge zur Wiedervereinigung Deutschlands ab und stellte ihnen die sowjetische Zwei-Staaten-Theorie entgegen.<sup>222</sup> Zwischen den diametral unterschiedlichen Positionen zwischen Ost und West konnte kein Kompromiss gefunden werden: Während die UdSSR hoffte, der Westen würde die DDR anerkennen, glaubte der Westen, ihre Sicherheitsgarantien seien für die UdSSR ausreichend, damit diese ein wiedervereinigtes Deutschland in der Nato akzeptierten. Daraufhin gingen die Aussenminister zum Agendapunkt „Abrüstung“ über, bei dem allerdings nicht einmal zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich eine einheitliche Position bestand und bei dem die drei Westmächte deshalb kein Interesse an einer seriösen Diskussion mit Moskau hatten. Stattdessen betonten die westlichen Aussenminister die zentrale Bedeutung von Kontrolle und Inspektion der Abrüstungsmassnahmen und wiederholten den „Open Skies“-Plan. Am 16. November wurde die Konferenz beendet, ohne dass der Détente vom Sommer neue Substanz zugeführt worden war. Ost und West blieben uneinig, was die fundamentalen Probleme im Kalten Krieg betraf, und die multilateralen Verhandlungen endeten in einem kompletten Stillstand.<sup>223</sup>

Blankenhorn nahm die Genfer Aussenministerkonferenz alle Illusionen und „zerriss alle Schleier, welche gegenseitiges Anlächeln und Schulterklopfen, freundliche Gesten und Gespräche auf der ersten Genfer Konferenz über die Welt gebreitet hatten.“ Molotow sei, so resumierte Blankenhorn Ende 1955, nie „dürftiger und einfallsloser“ gewesen als während der Genfer Aussenministertagung. Die sowjetische Regierung habe auf diese Art, so kommentierte Blankenhorn lakonisch, „der Aufweichung in der atlantischen Welt seit dem Genfer Gipfel im Juli einen Riegel vorgeschoben.“<sup>224</sup>

Eine systematische Bestandesaufnahme nach dem ernüchternden Ende der Genfer Konferenz fand Mitte Dezember am Atlantikrat in Paris auf Stufe der Aussenminister statt.<sup>225</sup>

## 8. Bestandesaufnahme des „Geistes von Genf“ am Ministerrat Ende 1955

An der Dezembertagung in Paris blickten die Nato-Aussenminister sowohl auf die sowjetische Aussenpolitik als auch auf die Entwicklungen im Bereich der politischen Konsultationen in der Nato zurück. In der Rückschau auf die Genfer Gipfeltreffen, welche die Entspannungsagenda im Jahre 1955 dominiert hatten, hielt Nato-Generalsekre-

<sup>221</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 31. Oktober 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 54.

<sup>222</sup> DZD III/I, 610f. Vgl. dazu „Die Bilanz der Genfer Konferenz“, NZZ (20.11.1955).

<sup>223</sup> Young, Geneva Conference, 284-291. Vgl. auch „Statement by V.M. Molotov at the Closing Session of the Meeting of the Foreign Ministers of the Four Powers“, 16 November 1955, MFM/DOC/82, USNA, RG 59, PPS, 1955, Box 3123, Foreign Ministers Meeting, Oct-Dec 1955: Geneva: Docs, USDel. MemCons (4).

<sup>224</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 31. Dezember 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 58.

<sup>225</sup> Vgl. zu den öffentlichen Erwartungen an die Nato-Tagung Elie Abel, „Atlantic Council Faces New Test“, NYT (11 December 1955).

tär Ismay fest, 1955 sei das „beschäftigste Jahr“ seit seinem Amtsantritt gewesen,<sup>226</sup> nicht zuletzt wegen der beiden zusätzlichen Ministerratstreffen und dem Konsultationsdruck, der aufgrund der Veränderungen in den Ost-West-Beziehungen gewachsen war. In seinem „Fortschrittsbericht“ seit Mai 1955 zeigte sich Ismay erfreut über die gewachsene Rolle des Nato-Rats im Zusammenhang mit den Konsultationen im Umfeld der Genfer Gipfel:

The Council has continued to serve as a forum for political consultation, and the Geneva Conferences of last July and October gave them opportunities of proving their usefulness in this respect. On both occasions the three Governments represented at Geneva kept their partners in touch with their thinking during the period of preparation; on both occasions the Foreign Ministers of these three countries personally discussed their plans with their partners before proceeding to the Conference; and on both occasions the Council in permanent session was fully and frankly informed of all that had transpired.<sup>227</sup>

Die allianzinterne Arbeitsgruppe, welche in regelmässigen Abständen die sowjetische Politik analysierte, nannte ebenfalls den Wert dieser Konsultationen der drei Westmächte mit der Nato: „The Soviets may have been unpleasantly surprised at Geneva at the unity of the West, enhanced by the consultations within NATO.“<sup>228</sup>

Dulles nannte in seiner Erklärung zur internationalen Situation das Jahr 1955 ein „Kaleidoskop“, das viele Rätsel gestellt habe. Das Nato-Treffen im Dezember 1954 sei noch ganz im Zeichen sowjetischer Drohungen gegen die Pariser Verträge und die Aufnahme der BRD in die Nato gestanden. Dann habe sich im Frühjahr die sowjetische Aussenpolitik rasant gewandelt mit dem österreichischen Staatsvertrag, dem Kniefall vor Tito und dem Genfer Gipfel. Er spottete über die typisch sowjetische „Zick-Zack-Taktik“: „First threats, then smiles, then rigidity, then pressure.“ Das hätte sich in der Ablehnung des westlichen Vorschlags von freien Wahlen in Deutschland an der Genfer Aussenministerkonferenz gezeigt, nachdem Moskau dieses Prinzip am Genfer Gipfel im Juli erstmals akzeptiert hatte. Dieser Wandel zeige, dass Moskau eine deutsche Wiedervereinigung nicht wie oft deklariert aus sicherheitspolitischen Gründen ablehnte, denn der Westen habe der Sowjetunion weitreichende Sicherheitsgarantien angeboten. Moskau sei gegen ein wiedervereinigtes Deutschland, weil es damit Instabilität in den osteuropäischen Satellitenstaaten riskieren würde.<sup>229</sup> Zur selben Einschätzung war auch der jüngste Nato-Bericht zu Trends und Implikationen sowjetischer Politik gekommen:

There is no doubt that Soviet leaders are well aware that a policy of détente also has a relaxing influence on public opinion in Russia as well as the Satellites, and that contacts with the West [...] might constitute a real threat to the stability of the system.<sup>230</sup>

Für Dulles war aber wichtig, dass trotz der wandelfähigen sowjetischen Aussenpolitik des vergangenen Jahres die Nato konsequent geblieben war: „NATO has successfully met all threats in the past and can do so now.“<sup>231</sup> Gegenüber der Presse gab sich Dulles zuversichtlich, dass die Allianz nach den Erfahrungen des letzten Jahres zukünftigen

<sup>226</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1955, NA, C-VR(55)58, 2f. (ÜdV).

<sup>227</sup> Report by the Secretary General on Progress during the Period 1 May to 30 November 1955, 6 December 1955, NA, C-M(55)122, §§17-19.

<sup>228</sup> Report by the Chairman of the Working Group Trends of Soviet Policy [Cosmelli], 3 December 1955, "Trends and Implications of Soviet Policy," NA, C-M(55)121, 3.

<sup>229</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1955, 6-12 (ÜdV); FRUS 1955-57 IV: 28f.

<sup>230</sup> „Trends and Implications of Soviet Policy“, 3 December 1955, 2.

<sup>231</sup> FRUS 1955-57 IV: 30.

Détenteinitiativen aus Moskau gegenüber skeptischer sein würde: „I now feel really pretty solidly that we are not going to be deluded by any further smiles.“<sup>232</sup>

Auch der griechische General Stylianos Pallis, Vorsitzender des Militärrats der Allianz, betonte, dass die militärische Bedrohung für die Nato „grösser sei als je zuvor“ und machte damit deutlich, dass die Nato-Militärs nicht bereit waren, Chruschtschows Entspannungsschritte als etwas anderes als pure Propaganda wahrzunehmen.<sup>233</sup>

Am Morgen des 16. Dezembers trafen sich die Delegationen auf Antrag von Dulles zu einer im kleinen Rahmen abgehaltenen Sitzung. Pearson berichtete nochmals über die Eindrücke seiner Russlandreise vom 5. bis 12. Oktober 1955. Das Ziel Moskaus sei es nach wie vor, die Nato „zu zerstören“ und den Abzug ausländischer Stationierungstruppen aus Europa zu bewirken. Die Sowjetunion hoffe, dass die Nato in der Détenteperiode auseinanderfalle. Spaak fügte an, das Kommuniqué der diesjährigen Nato-Tagung sei besonders wichtig, da es sich dabei um die erste offizielle Stellungnahme des Westens seit Abschluss der Genfer Aussenministerkonferenz handle.<sup>234</sup>

Im von Spaak und Brentano entworfenen Kommuniqué wurde festgehalten, die Nato bedaure, dass die Sowjetunion entgegen der Genfer Direktive den Vorschlag zurückgewiesen habe, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen auszuhandeln, und dass die Sowjetunion ein effektives Kontrollsystem für Abrüstungsmassnahmen weiterhin ablehne.<sup>235</sup>

## 9. Fazit

Im Mai 1955 war die Nato-Integration mit der Aufnahme der BRD vorerst vollendet – zugleich wich der Kalte Krieg einer Entspannung. Abrüstungsmassnahmen und eine Bereinigung der europäischen Sicherheitsprobleme schienen möglich. Während die Sowjetunion in ihrer Deutschlandpolitik langsam zu einer „Zweistaatentheorie“ überging und damit den Nato-Beitritt der BRD implizit anerkannte, verhinderte die BRD mit ihrem Veto gegen erste Entspannungsschritte eine Détente auf der Basis des Status quo, wie sie gewisse andere Nato-Staaten bevorzugten. Adenauer machte klar, dass es keine Détente ohne eine deutsche Wiedervereinigung geben dürfe, da Deutschland nicht militärisch diskriminiert werden sollte. 1955 setzte Adenauer in der Nato die Rücksichtnahme auf das Junktim zwischen Wiedervereinigung, europäischer Sicherheit und Abrüstung durch. Von den westlichen Grossen Drei reagierten Frankreich und Grossbritannien mit attraktiven Vorschlägen auf die sowjetische Frühjahrsoffensive, während die USA eher misstrauisch und skeptisch blieben.

Der Genfer Gipfel machte deutlich, dass die Abrüstung das einzige Feld in der Entspannungspolitik war, das für viele Nato-Staaten – nicht aber für die BRD oder die USA – nicht durch die deutsche Frage blockiert war. Für die Nato war der Genfer Gipfel trotz keiner substanzieller Fortschritte in den Ost-West-Fragen ein Erfolgserlebnis. Es war nämlich auf westlicher Seite nicht nur eine „Show“ von Washington, London und Paris, sondern durch das ausserordentliche Ministerratstreffen kurz vor der Gipfelkonferenz war auch die Nato eingebunden in die westlichen Konsultationen. Die Nato-Debatten vor der Gipfelkonferenz im Juli und vor der Aussenministertagung im Oktober lieferten auch kleineren Nato-Staaten eine Möglichkeit, an einem wichtigen Punkt im Kalten

<sup>232</sup> Perkins (Paris) to DoS, 17 December 1955, USNA, RG 59, CDF, 740.5/12-1755.

<sup>233</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1955, 4f. (ÜdV).

<sup>234</sup> FRUS 1955-57 IV: 37-41 (ÜdV).

<sup>235</sup> Communiqué, 16 December 1955, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c551216a.htm> (6.2.2013)

Krieg die westliche Strategie zu diskutieren und sogar ein bisschen zu beeinflussen, denn sie konnten ihre Sichtweisen gegenüber den drei führenden Westmächten darstellen. Damit unternahm die Nato im Sommer 1955 einen ersten Schritt in Richtung Entwicklung politischer Konsultation, der es gleichzeitig den drei Westmächten erlaubte, gegenüber der Sowjetunion mit gestärkter Solidarität durch die anderen zwölf Nato-Mitgliedsstaaten aufzutreten.

Die Nato überstand das Gipfeljahr 1955 relativ gut. Die Kohäsion im Bündnis konnte angesichts unterschiedlicher Auffassungen zu einer Ost-West-Détente erstaunlich gut bewahrt werden. Zudem waren auf pragmatische Art und Weise die politischen Diskussionen gestärkt worden, sowohl über die Abrüstungsfrage als auch über Europäische Sicherheit. Aufgrund der nachlassenden sowjetischen Bedrohung hatte sich aber 1955 auch zunehmend die Frage nach der Relevanz einer westlichen Militärallianz gestellt. Die Stärkung der politischen Kooperation innerhalb der Nato wurde zunehmend als nötig erachtet, um dem westlichen Bündnis ans neue internationale Umfeld anzupassen und zu einem modernen Instrument im Kalten Krieg zu machen.

## II. Das Komitee der „Drei Weisen“ (1956)

1956 wurde „politische Konsultation“ in der Nato definitiv zum neuen Schlagwort. Um der Verlagerung der sowjetischen Bedrohung von einer primär militärischen zu einer vorrangig politischen Gefahr begegnen zu können, musste die westliche Allianz ihre politische Kooperation weiter stärken. Auf die neue internationale Situation einer wachsenden Détente zwischen Ost und West wollte die Nato mit grösserer politischer Solidarität reagieren. Die Stärkung der nicht-militärischen Seite der Nato erfolgte zwischen Ende 1955 und Ende 1956 in zehn Phasen. Bereits im November 1955 widmeten Langzeitplaner im amerikanischen Aussenministerium sich den Auswirkungen der Détente von 1955 auf die Nato (*Kapitel 1*). Am Atlantikrat in Paris im Dezember 1955 diskutierten die Aussenminister der Nato auf italienische Initiative hin den Ausbau der nicht-militärischen Kooperation in der Allianz und beschlossen, bis zur Mai-Tagung die entsprechenden Leistungen der Nato zu überprüfen (*Kapitel 2*). In den ersten Monaten des Jahres 1956 nahmen die Forderungen nach einer Stärkung der nicht-militärischen Seite der Allianz und nach einem Ausbau der politischen Konsultation immer mehr zu (*Kapitel 3*).

Im Mai 1956 wurde schliesslich ein spezielles Ministerkomitee gegründet, welches die nicht-militärische Kooperation der Nato vertieft überprüfen und Empfehlungen für die Zukunft abgeben sollte (*Kapitel 4*). Aufgrund der hohen Erwartungen insbesondere von mittelgrossen Nato-Staaten wie Kanada, der BRD oder Italien herrschte Unzufriedenheit über die Haltung der USA, Britanniens und Frankreichs an der Pariser Ministerratstagung vom Mai 1956 (*Kapitel 5*). Nach amerikanisch-britisch-kanadischen Vorabklärungen erarbeiteten die „Drei Weisen“ – die Aussenminister Kanadas, Norwegens und Italiens, Lester Pearson, Halvard Lange und Gaetano Martino – im Sommer und Herbst 1956 Empfehlungen zur Verbesserung der politischen Zusammenarbeit in der Nato (*Kapitel 6 und 7*).

Parallel zur Arbeit des Komitees der Drei Weisen erwiesen sich Diskussionen in der Nato zu laufenden UNO-Abrüstungsverhandlungen in London als erster Test, wie ernst es den westlichen Grossmächten mit verstärkten politischen Konsultationen in der Nato war (*Kapitel 8*). Während die Abrüstungskonsultationen einen Präzedenzfall für den ständigen Nato-Rat als multilaterales „Clearinghouse“ der unterschiedlichen Détente-positionen der fünfzehn Nato-Staaten darstellten, führten Gerüchte über amerikanische Truppenreduktionen – der sogenannte „Radford-Plan“ vom Juli 1956 – sowie die Suezkrise von Ende Oktober 1956 zu einer ernsthaften Allianzkrise (*Kapitel 9*). Der Bericht der Drei Weisen und die Ministerratstagung in Paris vom Dezember 1956 dienten deshalb vorwiegend der Wiederherstellung der Einheit im westlichen Bündnis und der Schadensbegrenzung der frappanten Nicht-Konsultation durch Grossbritannien und Frankreich in der Suezkrise (*Kapitel 10*). Der Bericht der Drei Weisen, der von der Nato im Dezember 1956 angenommen wurde, wurde eine Art „Bibel“ der politischen Zusammenarbeit, die bis zum Ende des Kalten Krieges ein wichtiges Referenzwerk der Nato bleiben sollte.

### 1. Allianz vs. Détente? US-Überlegungen zur Zukunft der Nato

Im US-Aussenministerium fanden parallel zur Viermächte-Aussenministerkonferenz in Genf zahlreiche Debatten über die Relevanz der Nato in Zeiten einer Détente statt. Anfang November 1955 verfasste Leon W. Fuller vom Politischen Planungsstab (*Policy Planning Staff*, PPS) ein kurzes Memorandum über die „Zukunft der Nato“, das aus lau-

ter Fragen bestand. Konnte die Nato als reine Militärallianz angesichts der verringerten Angst in Europa vor einer sowjetischen Attacke überleben? Wie konnte die Nato unter diesen neuen Umständen zusammengehalten werden? Fuller warf auch konkret die Frage auf, ob die Nato nach Genf noch Sinn mache oder ob sie einer Détente mit Moskau nicht vielmehr im Wege stand:

Is the preservation of NATO in its present form consistent with the „Geneva spirit“? With successful negotiation with the Soviets on basic European and general issues? Is NATO a bulwark of Western strength in such negotiations, or a barrier to agreement?

Fuller empfahl, über diese Fragen nachzudenken und auch mögliche alternative Kurse zu diskutieren. Sollte die Nato aufrechterhalten und gestärkt werden, sowohl mit einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen und politischen Dimension als auch mit nuklearer Teilhabe der europäischen Alliierten? Oder sollten die USA sich aus der Nato zurückziehen oder sie in einen umfassenden Ost-West-Sicherheitspakt umwandeln beziehungsweise sie durch reziproke Garantien oder Versicherungen mit dem Warschauer Pakt assoziieren? Oder könnte die Nato als westliche Konzession in Ost-West-Verhandlungen „wegverhandelt“ werden, „als ein Aktivposten, der immer noch wertvoll ist, aber in der Zukunft dahinschwinden würde?“<sup>236</sup> Im Planungsstab verfügte Fuller über gedankliche Narrenfreiheit. Die von ihm aufgeworfenen Fragen waren natürlich allesamt relevant und wichtig. Fullers Gedankenspiel, die Nato stünde einer Détente mit Moskau wahrscheinlich im Wege und sollte aufgelöst werden, solange der Westen dafür von der Sowjetunion noch Konzessionen erhalten würde, stiess aber Ende 1955 in der Eisenhower-Regierung auf taube Ohren. Für Eisenhower und Dulles war die Nato eines der wichtigsten Fundamente amerikanischer Aussen- und Sicherheitspolitik. Die Nato „wegzuverhandeln“ war ebenso ausgeschlossen wie eine Assoziation mit dem Warschauer Pakt.

Dass die Nato an die neuen Verhältnisse der internationalen Beziehungen angepasst und ihre politische Dimension gestärkt werden musste, war aber auch innerhalb der Eisenhower-Regierung unbestritten. Joseph J. Wolf vom Nato-Büro im Aussenministeriums analysierte in einem Memorandum über die Wichtigkeit der Nato für die US-Aussenpolitik die neuen Faktoren, welche auf das Verhältnis Washingtons zu seinen europäischen Alliierten wirkten und welche eine Adaption der rein militärischen Verteidigungscoalition zu einem stärker politisch geprägten Bündnis verlangten:

While fully appreciative of the necessity for a collective defense effort in the military field, a tendency can be anticipated on the part of some European governments to act more independently with regard to the conduct of the political cold war, relying on their long political experience in dealing with similar circumstances. More attention will have to be given to maintaining American leadership in the cold war as emphasis switches to political in addition to military activities. [...] The United States should make every effort possible to develop programs for closer political consultation in NATO.<sup>237</sup>

In einem Memorandum an seinen Chef, Richard R. Bowie, machte sich Fuller kurz vor dem Dezembertreffen der Allianz nochmals Gedanken zu den Implikationen der Détente für die Nato. Um die Solidarität und die Moral im Bündnis aufrechtzuerhalten, empfahl Fuller konkret eine Stärkung der nicht-militärischen Seite und die Errichtung eines Komitees zur Ausarbeitung von Ideen einer derartigen Expansion der Allianz:

<sup>236</sup> Memorandum by Fuller, „The Future of NATO: Outline for Study“, 2 November 1955, USNA, RG 59, PPS, 1955, Box 97, Europe (1) (ÜdV).

<sup>237</sup> Memorandum by Wolf, 3 November 1955, „Importance of NATO to U.S. Policy“, USNA, RG 59, PPS, 1955, Box 97, Europe (1).

We should, in the aftermath of Geneva, make it quite clear that we consider NATO a permanent organization uniting the North Atlantic Community around a core of common interests, far more than the orthodox military alliance. We should move to strengthen and expand its organs of consultation, particularly with regard to non-military matters. [...] We might suggest the creation of a special committee of top-calibre consultants to consider ways and means of developing NATO organically and institutionally, to make a report at an early date.<sup>238</sup>

Auch wenn die Zeit in Washington noch nicht reif war für die Umsetzung solcher Ideen, so entsprachen sie doch dem Denken vieler kleinerer Mitgliedstaaten der Nato und würden im folgenden Jahr, 1956, dramatisch an Relevanz gewinnen.

Der Druck auf die USA, den Bereich politischer Zusammenarbeit stärker zu gewichten, wuchs Anfang 1956. Im State Department machte sich William T. Nunley vom Nato-Büro nach dem Atlantikrat Gedanken zum Artikel 2 des Nordatlantikvertrags:

I sincerely believe that we need more attention to non-military cooperation within NATO, both as means of buttressing the alliance and as means of combating current Communist tactics more effectively. [...] So far, political consultation within NATO has "grown like Topsy".<sup>239</sup> Its development has been largely unplanned.

Nunley vertrat die Meinung, die USA könnten sich durchaus für eine möglichst offene Agenda im Nato-Rat einsetzen und dort auch kontroverse Themen diskutieren. Die Angst vor Sicherheitslücken wollte Nunley nicht gelten lassen. Es sei schon längst Praxis des US-Außenministeriums, an Pressekonferenzen über alle Aspekte der US-Außenpolitik zu informieren.<sup>240</sup>

Der Planungsstab in Washington befasste sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1956 gründlich mit den Implikationen der Détente für die Nato. Ende März legte Leon Fuller eine 74-seitige Analyse zur „Zukunft der Nato“ vor.<sup>241</sup> In einem Rückblick auf die Errungenschaften der Allianz seit 1949 hob er den *Esprit de corps* hervor, der sich in Paris entwickelt habe:

There is a remarkably free and uninhibited atmosphere in these discussions and there has been progress in arriving at common points of view concerning moot issues. NATO members seem increasingly disposed to debate a wider and more important range of subjects.

In einer Passage über die Spannungen und Schwierigkeiten in den amerikanisch-europäischen Beziehungen hielt Fuller fest, dass Washington durch die Nato „zweifelloos sensibler für europäische Ansichten“ geworden sei. Was die Beziehungen Moskaus zur Nato betraf, so folgerte Fuller, die sowjetischen Führer hätten unterdessen eingesehen, dass sie mit der Nato leben mussten. Fuller versuchte die wachsende Begeisterung vieler Nato-Regierungen für eine Weiterentwicklung der nicht-militärischen Aspekte der Allianz zu deuten:

The chief reason for this deepening concern is the general feeling that NATO, the operations of which are preponderantly military, is ill-adapted to the tasks of meeting the challenge posed by the new Soviet tactics of the last year or so. The question in the minds of all is: how can NATO remain vital, viable and effective in the new era of „competitive coexistence“?

<sup>238</sup> Fuller to Bowie, 2 December 1955, „A Possible US „Line“ Respecting Future NATO Planning“, USNA, RG 59, PPS, 1955, Box 97, Europe (1).

<sup>239</sup> Topsy ist der Name eines Sklavenmädchens in Harriet Beecher Stowes Roman *Uncle Tom's Cabin*. Während sie heranwuchs, wurden ihre geistigen und emotionalen Bedürfnisse vernachlässigt.

<sup>240</sup> Nunley to Timmons, 12 January 1956, „Ideas on Article II“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>241</sup> Memorandum [by Leon Fuller], 28 March 1956, „The Future of NATO“, 74 pp., USNA, RG 59, PPS, 1955, Box 108, Europe (2). Die letzten dreieinhalb Seiten des Dokuments sind nach wie vor klassifiziert.

Der Planungsstab empfahl, die USA sollten die Nato weiterhin als essenzielles und dauerhaftes Instrument amerikanischer Politik unterstützen. Gerade weil die Nato im Kalten Krieg ein so wichtiges Element war, mussten die Probleme der Allianz ernstgenommen und überwunden werden. Washington sollte deshalb die politische, wirtschaftliche und ideologische Zusammenarbeit in der Nato stärken, wobei sie die minimal nötige militärische Rolle aufrechterhalten sollte: „We should seek to enhance the significance of NATO as a peace-time community of like-minded and cooperative states.“ Konkret sollte die Konsultation innerhalb der Allianz ausgebaut und eine substantziellere Diskussion im Nato-Rat gefördert werden. Der Nato-Rat sollte häufig und vollständig – und vor allem bereits in einem frühen Zeitpunkt – über Handlungen informiert werden, die auch die Interessen der Nato betrafen.<sup>242</sup>

Die Gedanken Fullers waren hochaktuell, auch wenn die Eisenhower-Regierung noch nicht bereit war, den Nato-Partnern im politisch-diplomatischen Kalten Krieg mit Moskau eine grössere Rolle einzugestehen. Die Gedankenspiele, wie sie im Planungsstab des US-Aussenministeriums gemacht wurden, entsprachen aber den Forderungen Kanadas und der kontinentaleuropäischen Nato-Staaten nach einem Ausbau der politischen Zusammenarbeit im westlichen Bündnis.

## 2. Diskussionen um Artikel 2 am Atlantikrat im Dezember 1955

Neben dem Rückblick auf die sowjetische Aussenpolitik war die nicht-militärische Kooperation in der Nato am Atlantikrat im Dezember 1955 das zweite wichtige politische Thema. Am Nachmittag des 16. Dezember hielt Italiens Martino unter dem Agenda-punkt „Implementation von Artikel 2 des Nordatlantikvertrages“ fest, dass die wirtschaftliche Kooperation innerhalb der Nato gestärkt werden müsse, um der sowjetischen Wirtschaftsinitiative in der Dritten Welt etwas entgegenzusetzen. Kanadas Pearson unterstützte Italiens Vorstoss nach einem Ausbau der nicht-militärischen Dimension der Nato: „NATO could not and should not endure permanently on fear alone.“ Er machte geltend, dass längerfristig politische Konsultation innerhalb der Allianz eventuell wichtiger sei als die militärische Seite der Nato.<sup>243</sup> In Bezug auf den „kanadischen Artikel“, den Ottawa 1949 mit viel Engagement in den Vertrag von Washington eingebracht hatte, meinte Pearson: „We are talking about Article 2, which is an Article of both hope and frustration and on which we know lends itself more easily to discussion than to action.“<sup>244</sup>

Der holländische Aussenminister Jan Beyen votierte dafür, dass die Nato mehr als nur eine rein militärische Organisation sein solle. Er befand: „NATO was at a turning point in its history.“ Auch der luxemburgische Premier- und Aussenminister Joseph Bech forderte mehr aktive nicht-militärische Massnahmen der Allianz. Bech verfügte als Doyen der Nato-Aussenminister – er hatte den Posten seit 1926 inne – in Nato-

<sup>242</sup> Ibid. Zur Nato als „Wertegemeinschaft“ vgl. Jeremi Suri, „The Normative Resilience of NATO: A Community of Shared Values Amid Public Discord“, in *Transforming NATO in the Cold War: Challenges beyond Deterrence in the 1960s*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher (London: Routledge, 2007), 15-30.

<sup>243</sup> NATO Ministerial Meeting, 16 December 1955, 10:00 a.m., NA, C-R(55)60, 12.

<sup>244</sup> NATO Ministerial Meeting, 3:30 p.m., NA, C-VR(55)61, 12 (ÜdV). Zu Pearsons Einsatz für die nicht-militärische Dimension der Nato von 1949-55 siehe Pearson, *Memoirs II*, 91f.; Sinasac, „The Three Wise Men“, 26-54; Marilyn D. Eustace, *Canada's Participation in Political NATO* (Kingston, Ontario: Centre for International Relations, Queen's University, 1976).



Kreisen über grosse Autorität als einer der führenden älteren Staatsmänner Europas.<sup>245</sup> Der Nato-Rat beschloss auf Antrag Martinos, sich intensiver mit nicht-militärischer Zusammenarbeit im Bündnis zu befassen und bis zur Frühjahrstagung im Mai 1956 im Ständigen Rat entsprechende Möglichkeiten zu prüfen. Die sowjetischen Bemühungen, die westliche Welt durch wirtschaftliche und politische Mittel zu schwächen, erforderten eine Harmonisierung der Politik des Westens.<sup>246</sup>

Von der engagierten Diskussion um Artikel 2 war Dulles offenbar überrascht worden, wie er Eisenhower am Abend in einem Telegramm nach Washington gestand. Resultierend aus den jüngsten Veränderungen in sowjetischer Taktik und aus dem Bedürfnis, die Kooperation auch auf nicht-militärische Bereiche auszudehnen, schienen viele Länder über eine bessere Implementierung von Artikel 2 nachzudenken. Für Dulles reflektierten diese Bemühungen allerdings weniger eine Vernachlässigung der Wichtigkeit militärischer Stärke als vielmehr den Versuch, der Nato auch auf längere Zeit Substanz und Inhalt zu verleihen.<sup>247</sup>

Dulles' Bilanz des Nato-Treffens fiel trotzdem durchwegs positiv aus, als er kurz vor Weihnachten, wieder zurück in Washington, vor dem NSC über das Pariser Treffen berichtete:

All in all, it was one of the best meetings that the NATO Council had ever had. It was notable for its cohesion, solidarity, and particularly for the sense of continuity. The communiqué that had followed the conclusion of the meeting had had a more dynamic quality and a better propaganda value than any that had preceded it.<sup>248</sup>

In Ottawa schätzte man den Erfolg des Nato-Treffens ähnlich positiv ein, wie eine Analyse des kanadischen Aussenministeriums deutlich machte:

The December Ministerial meeting marked a step in the direction of the development of NATO as something more than a purely military alliance. The exchange of views on the current international situation was considered to be the best to date and there is now no doubt that the Council is coming to be regarded as an important forum where members hear each other's views and where possible try to achieve a political alignment on outstanding issues. This is not to say that a common policy will necessarily emerge or that the point has yet been reached where the United States, the United Kingdom and France regard consultation in the Council as an essential prerequisite to the formulation of their own policies on important political questions of concern to all of us. [...] Nevertheless there is a steady and satisfactory growth in that direction.<sup>249</sup>

<sup>245</sup> FRUS 1955-57 IV: 37-41. Bech war von 1926-59 luxemburgischer Aussenminister, von 1940-44 im Londoner Exil, und damit der Doyen der Nato-Aussenminister; seit Ende 1953 bekleidete er zudem das Amt des Premiers. Siehe zu Bech: USNA, RG 469: Records of the US Foreign Assistance Agencies, 1958-61: USRO: Executive Secretariat, Subject Files, 1952-55, Box 32, Organizations: NATO, Foreign Delegates to Conferences of NATO. Zu Hollands Nato-Politik bis 1956 vgl. Albert E. Kersten, „Die Aussen- und Bündnispolitik der Niederlande 1940-55“, in *Nationale Aussen- und Sicherheitspolitik der NATO-Mitgliedstaaten*, hrsg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (München: Oldenbourg, 2000), 153-175. Vgl. auch J.H. Leurdijk, *The Foreign Policy of the Netherlands* (Alphen aan den Rijn: Sijthoff & Noordhoff, 1978).

<sup>246</sup> Communiqué, 16 December 1955, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c551216a.htm> (6.2.2013). Vgl. auch Ismay, NATO: The First Five Years, 89; Jordan, The NATO International Staff / Secretariat, 70.

<sup>247</sup> FRUS 1955-57 IV: 41f.

<sup>248</sup> FRUS 1955-57 IV: 50f. Bereits am 16.12.55 hatte Dulles an Eisenhower gekabelt, es sei eine gute Konferenz gewesen und das Kommuniqué enthalte „viel mehr Punch“ als sonst üblich. Ibid., 49f. (ÜdV).

<sup>249</sup> DCER XXI (1955), no. 240.

Der kanadische Nato-Botschafter Wilgress hielt die Diskussionen für „den besten informellen Meinungsaustausch“, der je im Nato-Forum stattgefunden habe: „It lasted for three hours, and was characterized by frankness, which augurs well for the future of political consultation within NATO.“<sup>250</sup>

Auch in Bonn war man für die Aussenministerkonferenz des Lobes voll. Brentano berichtete Adenauer, der Atlantikrat sei dieses Mal „besonders erfolgreich“ gewesen. Brentano glaubte, alle Beteiligten hätten den Eindruck gewonnen, dass sich die Nato zu konsolidieren beginne. Dazu entscheidend beigetragen habe der negative Ausgang der zweiten Genfer Konferenz. Brentano hielt es für bedeutungsvoll, dass das Schlusscommuniqué von den Aussenministern einstimmig angenommen worden sei, weil damit sämtliche Nato-Staaten die gemeinsame Verantwortung für die Deutschlandpolitik, aber auch für Berlin, unterstrichen hätten.<sup>251</sup> Auch Blankenhorn fand, die Aussenminister hätten mit Klarheit und Eindeutigkeit das Fazit von Genf II gezogen und dies trage mehr als alles andere zu einer neuen Stärkung der Verteidigungsbereitschaft und der politischen Zusammenarbeit bei.<sup>252</sup>

### 3. Forderungen nach einer Stärkung der nicht-militärischen Seite der Allianz

In Europa häuften sich seit Anfang 1956 die Voten für eine stärker politische Nato. An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 25. Januar forderte der britische Botschafter Christopher Steel, die Allianz brauche nach der erfolgreichen Aufnahme der BRD und dem Höhepunkt des Genfer Gipfeltreffens neue Ziele und einen neuen Impuls. Steel schlug vor, ein Inventar über die von der atlantischen Gemeinschaft in den letzten zehn Jahren eingeleiteten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aktionen zu erstellen.<sup>253</sup> Washington machte jedoch zu diesem Zeitpunkt der amerikanischen Nato-Mission in Paris deutlich, dass die USA noch nicht bereit waren zu einer Diskussion der nicht-militärischen Funktionen der Nato.<sup>254</sup>

Der deutsche Nato-Botschafter Herbert Blankenhorn war nach etwas mehr als einem halben Jahr im Amt äusserst besorgt über die zunehmende Passivität des Bündnisses. Rückblickend konstatierte Blankenhorn, dass die Einmütigkeit des Westens von 1955 seit dem Ende der zweiten Genfer Konferenz durch „von Woche zu Woche immer wachsende Meinungsverschiedenheiten und sich vielfach widersprechende politische Aktionen“ gestört worden sei. Schuld daran traf laut Blankenhorn nicht die Nato, sondern die USA, Grossbritannien und Frankreich, die ihre Aussenpolitik zu wenig eng miteinander absprachen:

[In dieser Zeit hat auch der Nato-Rat] nur unzulängliche Arbeit leisten können, weil die Uneinigkeit der drei westlichen Grossmächte seine Arbeiten lähmte und weil, wenn die schwächeren Mitglieder der atlantischen Allianz neuralgische Fragen zur Diskussion stellten, die Vertreter der drei führenden westlichen Mächte in der Regel auf die Erörterung nicht einzugehen vermochten, weil sie von ihren Aussenministerien keine Instruktionen erhalten hatten.

<sup>250</sup> Ibid., no. 236 (ÜdV).

<sup>251</sup> Brief von Brentano an Adenauer, 18. Dezember 1955, BA, NL Brentano, Bd. 156.

<sup>252</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 31. Dezember 1955, BA, NL Blankenhorn, Bd. 58.

<sup>253</sup> NAC Meeting, Paris, 25 January 1956, 10:45 a.m., 4, NA, C-R(56)3; Tagebucheintrag Blankenhorns, 3. Februar 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 60. Zur britischen Nato-Politik bis 1956 vgl. Ritchie Owendale, „Britische Aussen- und Bündnispolitik 1949-56“, in *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten*, hg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (München: Oldenbourg, 2000), 129-151, insbesondere 147-151.

<sup>254</sup> DoS to Perkins (Paris), 23 January 1956, Topol 870, USNA, RG 59, CDF, 740.5; DoS to Perkins (Paris), 6 February 1956, Topol 939, ibid.

Das Fazit Blankenhorns fiel deshalb düster aus: „Die atlantische Allianz funktionierte nicht, weil die Aussenpolitik der drei Grossmächte stagnierte und die einzelnen Aussenminister sehr oft eigene Wege gingen.“<sup>255</sup> Seiner Meinung nach hatte die Nato ihre ursprüngliche Aufgabe, ein militärisches Gegengewicht gegen den Ostblock zu bilden, zwar schlecht und recht erfüllt. Die Dynamik der Nato habe sich jedoch leider verlangsamt, und der politische Plan der Nato sei ein Fiasko, meinte Blankenhorn im Gespräch mit dem belgischen Doyen des Nato-Rats André de Staercke. Für die BRD sei eine transatlantische Einbindung Europas essenziell und daher eine Revitalisierung der Nato, besonders aber eine politische Reform der Allianz, vonnöten. Blankenhorn notierte in sein Tagebuch, dass die Arbeit des Nato-Rats stärkere Förderung durch die Regierungen verdiene:

Auf dem Gebiet der militärischen Verteidigung ist der Gedankenaustausch nützlich, auf politischem Gebiet fehlt es oft an Stellungnahmen der führenden Länder. Man hat gelegentlich den Eindruck, dass sie sich des Rats als Instrument der aussenpolitischen Zusammenarbeit nicht zu bedienen wissen, oder auch sich seiner nicht bedienen wollen. Für uns Deutsche ist der Rat von Wert, weil wir hier unter Freunden unsere Auffassungen freimütig darlegen und – vorausgesetzt, dass sich der Gedanke einer verstärkten politischen Konsultation durchsetzt – auf die Willensbildung der Allianz im ganzen einwirken können.<sup>256</sup>

Blankenhorn hielt nach Gesprächen mit seinen Kollegen aus Belgien, Grossbritannien, Italien und Holland eine Belebung der atlantischen Gemeinschaft für dringend erforderlich, da die Nato einzuschlafen beginne. Aufgrund der Détente von 1955 herrschte eine gewisse Lustlosigkeit an der Weiterarbeit militärischer Fragen. Der Allianz komme zudem nach wie vor ein untergeordneter Platz in der politischen Vorstellungswelt zu. Die Botschafter hielten deshalb den Zeitpunkt für gekommen, der atlantischen Gemeinschaft einen neuen, stärkeren Inhalt zu geben. De Staercke und der holländische Botschafter Starkenborgh waren begeistert über die Aussicht auf eine Ausdehnung der Tätigkeiten der Nato, und auch der Brite Steels hielt eine Mobilisierung der atlantischen Welt für zweckmässig.<sup>257</sup> Der belgische Aussenminister Spaak liess über de Staercke ausrichten, er sei an einer Stärkung der politischen Seite der Nato äusserst interessiert.<sup>258</sup>

Im Frühjahr 1956 war die Unzufriedenheit der Nato-Botschafter von Grossbritannien, der BRD, Belgiens, Italiens und Hollands so gross, dass konkrete Taten gefragt waren, um die politische Dimension der Allianz zu stärken. An einem der informellen Mittagessen, das Nato-Generalsekretär Ismail gelegentlich für die Nato-Botschafter ausrichtete, forderte Blankenhorn Mitte Februar nach seinen Sondierungen bei der belgischen, holländischen und britischen Nato-Delegation intimere und dynamischere politische Konsultationen in der Allianz. Weil sich auch andere Vertreter enthusiastischer als üblich dafür einsetzten, beschlossen sie, sich wie in früheren Tagen alle zwei Wochen im kleinsten Sitzungszimmer zu treffen und über aktuelle Probleme internationaler Beziehungen zu diskutieren, die der Generalsekretär vorschlagen würde. Ausgerechnet

<sup>255</sup> Brief von Blankenhorn an Adenauer, 15. Mai 1956, BA, NL Brentano, Bd. 164. Die sechsseitige Aufzeichnung Blankenhorns, die er während eines Spitalaufenthalts auf Adenauers expliziten Wunsch hin verfasste, stellt einen lesenwerten, äusserst kritischen Rückblick auf die politische Konsultation in der Nato in den Jahren 1955/56 dar.

<sup>256</sup> Mémoire de de Staercke (Paris) à Spaak (Bruxelles), 2 Février 1956, Fondation Paul-Henri Spaak, Bruxelles, zit. Michel Dumoulin, *Spaak* (Bruxelles: Racine, 1999), 530; Tagebucheintrag Blankenhorns, 3. Februar 1956, in: Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung: Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979* (Frankfurt-Wien-Berlin: Propyläen, 1980), 246.

<sup>257</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 3. Februar 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 60.

<sup>258</sup> Memorandum von Blankenhorn an Hallstein, 9. Februar 1956, „Lage der atlantischen Gemeinschaft“, BA, NL Blankenhorn, Bd. 60.

Perkins meldete als einziger gleich wieder Bedenken an und betonte, er würde an diesen informellen Sitzungen der Nato-Botschafter im kleinen Kreise nur dasselbe sagen können wie an den formellen, wöchentlichen Sitzungen. Er müsse sich streng an seine Instruktionen aus Washington halten. Dieser Äusserung widersprachen alle anderen Nato-Botschafter, die fanden, sie müssten auch einen persönlichen Gedankenaustausch pflegen können, ohne damit ihre Regierung zu binden. Perkins schwächte daraufhin seine strikte Haltung etwas ab.<sup>259</sup>

Am nächsten informellen Treffen der Nato-Botschafter beklagte sich de Staercke darüber, dass die politischen Diskussionen des Nato-Rats seit Dezember 1955 an Schwung verloren hätten. De Staercke wurde in seiner Klage unterstützt von seinem italienischen, griechischen, kanadischen und dänischen Kollegen. Perkins sagte hingegen, dass nur Ministerratstreffen signifikante politische Diskussionen produzieren könnten, worauf ihm die anderen Botschafter heftig widersprachen. Ismay belehrte Perkins mit dem Hinweis auf die Resolution des Ministerrats vom September 1954, wonach der Ständige Nato-Rat das normale Forum für politische Konsultation in der Allianz werden solle. Auch Ismay fand, die Situation bezüglich politischer Diskussionen im Rat habe sich seit dem Sommer 1955 verschlechtert, und forderte die Vertreter der USA, Grossbritanniens und Frankreichs auf, häufiger über politische Ereignisse zu informieren.<sup>260</sup> Perkins' kontinuierlich negative Haltung zu Nato-Konsultationen provozierte gar einen kritischen Briefentwurf des britischen Aussenministeriums ans US-Aussenministerium, doch Lord Hood, der Leiter der Abteilung für westliche Organisationen im Foreign Office, bezweifelte den Sinn einer solchen Rüge und unterband den Versand des Briefes.<sup>261</sup>

Der britische Nato-Botschafter Steel teilte den Frust und die Entmutigung in Pariser Nato-Kreisen wegen der mangelnden Bereitschaft der USA, politische Probleme von gemeinsamem Interesse in der Nato zu diskutieren. Er kritisierte, dass sogar die Sitzungen der Aussenminister weitgehend aus vorbereiteten Erklärungen der jeweiligen Minister bestanden und leider keinen offenen Meinungsaustausch darstellten.<sup>262</sup>

Der US-Vertreter Perkins, der sich im Nato-Rat oder im informellen Gespräch mit seinen Botschafterkollegen gegen verstärkte Konsultationen sträubte, teilte allerdings insgeheim die generelle Kritik am Nato-Rat. Als er Mitte Februar im Zusammenhang mit dem Bulganin-Eisenhower-Briefwechsel kritisiert hatte, dass Washington nur Grossbritannien, nicht aber Kanada, Frankreich, die BRD, Italien oder gleich alle Nato-Staaten konsultiert hatte, widmete er sich auch der mangelnden politischen Leistung des Ständigen Nato-Rats. Für seine kritische Einschätzung wählte er statt des üblichen Telegramms nach Washington die diskretere Form eines privaten Briefes an Merchant:

I do not remember, since I have been here, anything which I would consider as a discussion of political issues amongst the Permanent Representatives. The only such discussions at all have taken place when the Ministers themselves have been present. I am sorry that this is so, but there it is. There have been from time to time reports on various activities that have prompted questions. The most vigorous questioning that I heard took place at the time that

<sup>259</sup> Steel (Paris) to Hood (London), 15 February 1956, PRO, FO 371/122814.

<sup>260</sup> Steel (Paris) to Hood (London), 7 March 1956, „Political Consultation in NAC“, PRO, FO 371/124811.

<sup>261</sup> Notes by Stretton and Hood, 10 March 1956, attached to Steel (Paris) to Hood (London), 7 March 1956, „Political Consultation in NAC“, PRO, FO 371/124811.

<sup>262</sup> Dowling (Bonn) to DoS, 27 March 1956, Tel. 3505, USNA, *ibid.*, 740.5; Barbour (London) to DoS, 26 March 1956, Tel. 4216, USNA, *ibid.*

the Working Group presented their thoughts in connection with the preparation for the Geneva meeting to the Permanent Representatives.

Perkins schloss seine vernichtende Kritik mit den Worten, die Nato-Treffen seien zunehmend zu „Kaffeekränzchen“ verkommen und allianzinterne Konflikte würden nicht öffentlich ausgetragen.<sup>263</sup>

Nach den informellen Diskussionen unter den Nato-Botschaftern wurden die mangelnden politischen Konsultationen in der Nato anfangs März auch auf höchster Ebene thematisiert. Der italienische Präsident Giovanni Gronchi drängte Eisenhower während eines Staatsbesuchs zu einem Ausbau der Nato zu einer Organisation für wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenarbeit. Ein paar Tage später forderte Gronchi in einer Rede in Ottawa erneut ständige und engere Konsultationen unter den westlichen Alliierten über Probleme, welche Ost und West trennten, und zwar „präventive Konsultationen“, wie er es nannte. Er fand, alle Nato-Staaten sollten gleichermassen über die Lösungen der Ost-West-Probleme befinden. Italien und Kanada waren sich einig, dass die Nato eine grössere Kooperation in nicht-militärischen Bereichen erreichen musste.<sup>264</sup>

Konrad Adenauer hielt Anfang März ebenfalls eine Grundsatzrede zur Nato, in der er eine politische Nato als politisches Instrument des Westens im Kalten Krieg mit dem Osten forderte:

This political NATO should guarantee a coordination of the political attitude and initiative of the West vis-à-vis the East and provide that Soviet Russian Cold War measures either be answered by a united front of the West or, through preventive political behavior, be precluded or made difficult from the start.

Der Kanzler schlug vor, die Nato sei für die Koordination westlicher Politik am besten geeignet und das Verteidigungsbündnis solle gemäss Artikel 2 des Nordatlantikvertrags zu einem politischen Instrument ausgeweitet werden.<sup>265</sup> Ende März wiederholte Blankenhorn während eines Besuchs in London die deutsche Unzufriedenheit mit der politischen Konsultation in der Allianz. Die deutsche Öffentlichkeit und Regierung würden immer ungeduldiger über die Inaktivität im politischen Bereich der Nato – eine neue Initiative sei überreif.<sup>266</sup>

<sup>263</sup> Perkins (Paris) to Merchant (Washington), 14 February 1956, USNA, *ibid*.

<sup>264</sup> „Two Presidents Bid West Stay Strong“, NYT (2 March 1956): 1; „Closer NATO Ties Asked by Gronchi“, NYT (6 March 1956): 12. Eine geplante Kritik an einer Art „Direktorium der Drei Mächte“ innerhalb der Nato war zwar in der Fassung der Rede enthalten, die an die Journalisten verteilt wurde; Gronchi beschloss aber in letzter Minute, diesen Satz nicht vorzutragen. Zu Gronchis Kritik an der zu militärischen Ausrüstung der Nato vgl. Fisher, „Foreign Policy“, 142-148.

<sup>265</sup> „Bundeskanzler fordert politische Nato als politisches Instrument des Westens im Kalten Krieg mit dem Osten“, *General-Anzeiger* [Bonn]; Conant (Bonn) to DoS, 2 March 1956, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>266</sup> Aldrich (London) to DoS, 26 March 1956, Tel. 4216, USNA, *ibid*. In Bonn wurden im Frühjahr zahlreiche Analysen über die politische Tätigkeit des Nato-Rats erstellt. Auch wenn bei der Gründung der Nato militärische Ziele im Vordergrund gestanden seien, sei politische Koordination innerhalb der Nato dringend notwendig, schloss eine Studie. Die Arbeit des Ständigen Rates gehe jedoch nur langsam vorwärts, da die Nato-Botschafter geringe Entscheidungsbefugnisse hätten, oft allzu sehr von Instruktionen abhängig seien, die gesamte Aussenpolitik ihrer Regierungen nicht übersehen könnten und an der Durchsetzung der Nato-Ziele in ihren Heimatbehörden nur indirekt beteiligt seien. Memorandum von Wickert, 5. April 1956, „Intensivierung der politischen Arbeit in der Nato“, BA, NL Blankenhorn, Bd. 61. Vgl. auch Memorandum von Wickert, 25. März 1956, „Der Artikel II des Nato-Statuts“, BA, NL Blankenhorn, Bd. 61.

Mitte April äusserte sich auch der norwegische Aussenminister Lange zum Thema politische Konsultation in der Nato. Er fand es „extrem wichtig“, darüber am Frühjahrs-treffen eine „ernsthafte und gründliche Diskussion“ zu führen. Der US-Botschafter aus Oslo meldete über Langes Absichten für die Nato-Tagung: “His objective is to obtain at the Meeting a meeting of minds as to what this consultation really is and when it should be employed.”<sup>267</sup>

Verschiedene Nato-Staaten wandten sich im Frühjahr 1956 direkt an den kanadi-schen Aussenminister Lester Pearson, der sich seit der Gründung der Nato für eine ver-stärkte politische Zusammenarbeit der Allianz eingesetzt hatte. Er empfing deutliche Signale, dass die Zeit reif war für eine Präsentation kanadischer Ideen zur nicht-militäri-schen Kooperation. Das kanadische Aussenministerium verfasste deshalb in der Folge ein Memorandum, welches zwar die Gründung einer neuen Nato-Maschinerie ablehnte, aber gewisse kleine Verbesserungen in der Struktur der Nato empfahl und beispielswei-se ein Anheben des Ständigen Nato-Rats zum Koordinationsorgan der nationalen Aus-senpolitiken anregte.<sup>268</sup>

#### *Nato-Reden von John Foster Dulles und Lester Pearson*

Ein amerikanisches Positionspapier verrät, wie stark die USA im Frühjahr 1956 unter Druck standen, die politische Zusammenarbeit in der Nato zu stärken. Während Gross-britannien, Kanada, Norwegen, Italien und die BRD zusammen mit kleineren Mitglied-staaten eine Adaption der Allianz an die veränderte internationale Situation und stärkere politische Mitsprache forderten, war die neue französische Regierung offenbar zu ziem-lich radikalen Reformen bereit und sogar dazu, die Nato auf dem Altar der Détente zu opfern. Washington fürchtete, dass die neue französische Regierung unter Premier Guy Mollet der Nato eine neue Ausrichtung verleihen wolle:

It would deemphasize talk of security in military terms or aid to under-developed countries with any strings attached. The French approach would stress cultural exchanges between East and West, and would work for rapprochement with the Soviet Bloc using disarmament as the key which might open the way toward a final détente. In this work, France sees herself as leading the reluctant West to harmony with the East, or, as Mr. Pineau is reported to have said, she might be the „hype“ between East and West.

Auch Italien wollte die politische und wirtschaftliche Kooperation innerhalb der Nato verstärken und zielte auf eine gemeinsame westliche Politik in allen wichtigen interna-tionalen Fragen ab, vor allem betreffend der Politik gegenüber der UdSSR. Die BRD wollte in der Formulierung der westlichen Politik generell eine grössere Rolle spielen und die Nato in ein politisches Instrument verwandeln, in dem die BRD einen wichtigen Platz einnehmen würde. Zu den restlichen Nato-Staaten befand das Positionspapier:

Among the smaller nations in NATO there seems to be a feeling that they need a larger voice in NATO to keep themselves informed and to have the opportunity to express their views and play a role in the formulation of Western policy.<sup>269</sup>

Dulles war unterdessen zur Auffassung gelangt, die USA sollten selbst eine Initiative zur Weiterentwicklung der nicht-militärischen Dimension der Nato an die Aussenminis-tertagung in Paris einbringen, nicht zuletzt aus innenpolitischen Gründen. Im Februar 1956 hatte der amerikanische Senat eine Resolution über die nicht-militärische Koope-ration in der Nato verabschiedet. Die amerikanische Regierung sollte demnach bei den

<sup>267</sup> Raynor (Oslo), 13 April 1956, Tel. 602, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>268</sup> DCER XXII (1956-57), no. 515. Vgl. dazu Pearson, *Memoirs* II, 92.

<sup>269</sup> Position Paper, D-3/5, 25 April 1956, „NATO Members’ Attitudes on Art. II“, USNA, RG 59, CF, Box 104, CF 691, NATO Meeting Paris 1956, Agenda, Papers Vol. II (ÜdV).

anderen Nato-Mitgliedern folgende Frage klären: “To what extent might their peoples further unite [...] and agree to form, federally or otherwise, a defense, economic, and political union?”<sup>270</sup>

Im Frühjahr 1956 gab Dulles schliesslich nach langem Zögern grünes Licht für eine Überprüfung der nicht-militärischen Dimension der Allianz. Er beschloss, eine grosse aussenpolitische Rede zum Thema Nato zu halten. Vor dem Jahrestreffen der *Associated Press* im Hotel Waldorf Astoria reagierte Dulles am 23. April in einer Rede mit dem Titel „Developing NATO in Peace“ auf die europäische und kanadische Kritik an der Allianz und fokussierte die Probleme der Nato aufgrund der veränderten sowjetischen Taktik. Das Instrument Nato müsse adaptiert werden, so Dulles, und die Allianz müsse mehr als eine Militärallianz werden:

Collective security arrangements, born primarily out of fear of armed aggression, seem to some to be less important now than they were five years ago. [...] Because Soviet military capabilities remain so vast and because their intentions are subject to rapid change, we must maintain our vigilance and our strength. But also we must increase the unity and dynamism of the free world by greater emphasis on cooperation *for* something, rather than merely *against* something. [...] The North Atlantic Treaty Organization was, to be sure, conceived primarily as a military alliance, and that aspect of the organization remains vitally important. But the organization can and should be more.

Allerdings machte Dulles bereits in seiner Grundsatzrede klar, dass die USA und andere Grossmächte wegen ihrer weltweiten Verpflichtungen und Verantwortung dem Prinzip von politischer Konsultation nicht vorbehaltlos zustimmen konnten.<sup>271</sup>

Mit der Rede wollte Dulles den Eindruck beseitigen, die USA seien an einer Weiterentwicklung der nicht-militärischen Aspekte der Nato nicht interessiert. Washington hatte aber keinen fertigen Nato-Plan für die Pariser Nato-Tagung auf Lager, sondern ging davon aus, dass die eigenen Ideen im Austausch mit den anderen vierzehn Nato-Staaten weiterentwickelt würden. Dulles betonte, er würde „unvoreingenommen“ nach Paris an den Atlantikrat reisen.<sup>272</sup> Den Nato-Staaten wurde ausgerichtet, dass Dulles sich in Paris auf allgemeine Anregungen für den Ausbau der Nato beschränken werde. Washington erwarte aber, dass die anderen Nato-Mächte mit konkreteren Ideen und Vorschlägen hervortreten würden; insbesondere auf deutscher Seite schienen dem US-Aussenministerium derartige Ideen vorhanden zu sein.<sup>273</sup>

Als der kanadische Aussenminister Lester Pearson Dulles Ende April zu seiner Nato-Rede gratulierte und ihn fragte, was denn nun konkret zu tun sei, meinte Dulles, der Nato-Rat könnte vielleicht wieder ein hochrangiges Komitee einrichten, um die nicht-militärische Entwicklung der Nato zu studieren. Pearson verwies auf seine Erfahrung von 1951/52, wo ein Komitee von fünf Nato-Aussenministern, darunter auch er selbst, bei der Prüfung von Artikel 2 zum Schluss gekommen war, die Mitgliedsstaaten

<sup>270</sup> Nelson A. Rockefeller, *Unity, Freedom, and Peace* (New York: Vintage, 1968), 133.

<sup>271</sup> Speech by Dulles, „Developing NATO in Peace“, abgedruckt in NYT (24 April 1956): 14. Vgl. auch Russell Porter, „Dulles Proposes New NATO Roles Beyond Military“, NYT (24 April 1956): 1, sowie „New Tasks For NATO“, NYT (29 April 1956): E8. Vgl. auch Position Paper, D-3/3, 23 April 1956, „Development of Consultation in NATO“, USNA, RG 59, CF, Box 104, CF 691, NATO Meeting Paris 1956, Agenda, Papers Vol. II.

<sup>272</sup> DoS to Perkins (Paris), 24 April 1956, Topol 1339, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>273</sup> Von Kessel (Washington) ans AA, 27. April 1956, Fs. 465, PAAA, Referat 301, Bd. 32, Nato-Ratstagen.

seien nicht zu weitergehender Zusammenarbeit bereit, und meinte knapp: „We have done that.“ Dulles fand, Pearson sollte einem solchen Komitee angehören.<sup>274</sup>

Die Ernennung eines „speziellen Komitees“, in dem vier oder fünf fähige Politiker vom Kaliber eines Oliver Franks, dem früheren britischen Botschafter in Washington (1948-52), einen Bericht erstellen sollten, um das Konzept einer atlantischen Gemeinschaft weiterzuentwickeln, findet sich auch in einer detaillierten Studie des Planungsstabes im US-Aussenministerium.<sup>275</sup> Im Vertrauen hatte Dulles Perkins gegenüber bereits am 17. April angetönt, dass „die USA an die Möglichkeit eines kleinen Komitees dachten, vielleicht auf Ministerebene, das bis zur Dezembertagung Empfehlungen abgeben sollte.“<sup>276</sup>

Pearson war bereit, in Paris eine neue Initiative zur politischen Stärkung der Nato zu lancieren. Am 30. April hielt er in London vor der *English Speaking Union* eine Rede, wo er seine Argumente aus seinem Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs* vom Herbst 1955 wiederaufgriff. Die Entspannung in den internationalen Beziehungen führe zur Versuchung, in den Rüstungsanstrengungen nachzulassen. Wenn sich die Nato aber den „Luxus von Zweitracht und Spaltung“ leistete, würde sie wohl bald die Kohäsion verlieren, die sie bisher zusammengehalten habe. Pearson forderte daher, der Westen müsse ein „stärkeres einigendes Band“ als gemeinsame Furcht entwickeln:

NATO cannot live on fear alone. [...] A new emphasis, therefore, on the non-military side of NATO's development is essential. [...] The NATO countries must find the answers to this new challenge [of competitive co-existence]. [...] At the NATO meeting, we may find ourselves discussing policies rather than power; aims rather than arms; division rather than divisions. NATO, in truth, is now at the cross-roads of its existence. If it is to go forward, and in the right direction, it must concentrate on ways and means of bringing its members closer together politically, without weakening its defence unity and strength. For this purpose, the Council must become a more effective agency for consultation and co-operation than it has been.

Pearson schlug vor, der Ständige Nato-Rat solle grössere Autorität erhalten und die Nato-Aussenminister sollten sich häufiger treffen. Die Nato müsse sich zu einer „atlantischen Gemeinschaft“ entwickeln, wo die Aussenpolitik der Mitgliedstaaten eng koordiniert würden; sonst laufe die Nato Gefahr, überflüssig zu werden und von der Weltbühne zu verschwinden. Pearson fügte hinzu, ein Wandel hin zur nicht-militärischen Dimension der Allianz würde auch der sowjetischen Propaganda den Boden entziehen, wonach die Nato ein aggressives, gegen die UdSSR gerichtetes Militärbündnis sei.<sup>277</sup>

<sup>274</sup> Telephone Conversation between Pearson and Dulles, [end of April 1956], DDEL, Dulles Papers, Telephone Calls Series (TC), Box 4, 1/3/56-4/30/56 (1). Zum Fünfer-Ausschuss von 1951/52 siehe Hammerich, „Operation Wise Men“; Pearson, *Memoirs* II, 75f., sowie Heinemann, Vom Zusammenwachsen des Bündnisses, 239f.

<sup>275</sup> Memorandum by Bowie, 27 April 1956, „The Concept of Atlantic Community“, 13 pp., USNA, RG 59, PPS, 1956, Box 108, Europe (1), incl. „Projects for North Atlantic Non-Military Cooperation“. Bowie hielt ein graduelles Programm für Erfolg versprechender als dramatische Schritte, welche die USA und Britannien und andere europäische Mächte eher ablehnen würden. Gewisse Kooperationsprojekte sollten zudem besser ausserhalb des Nato-Rahmens, beispielsweise in der UNO oder in der OEEC durchgeführt werden

<sup>276</sup> DoS to Perkins (Paris), 17 April 1956, Topol 1299, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>277</sup> Aldrich (London) to DoS, 1 May 1956, „Speech Pearson 30 April before English Speaking Union“, Tel. 5007, USNA, RG 59, CDF, 740.5; „NATO's Place in Competitive Coexistence“, *Manchester Guardian* (1 May 1956). Vgl. auch Drew Middleton, „Wider NATO Scope Urged by Pearson“, NYT (1 May 1956): 1, 6. Vgl. zur kanadischen Haltung auch: Position Paper, 27 April 1956, „Canadian Suggestions re Non-military Cooperation in NATO“, USNA, RG 59, CF, Box 105, CF 691, NATO Meeting Paris 1956, Sidetalk, Papers (1).



Durch die vielen Reden wuchs die Erwartungshaltung in den kleineren Nato-Staaten, dass am Ministerrat der Nato in Paris im Mai 1956 die Nato neu lanciert würde. Blankenhorn glaubte, nach den gross aufgezogenen Ankündigungen von Gronchi, Dulles und Pearson über eine Modifikation des Charakters der Zusammenarbeit der Nato-Staaten würde es die öffentliche Meinung nicht verstehen, wenn am Atlantikrat nichts Konkretes entschieden würde. Er befürchtete jedoch, dass die Amerikaner ohne Vorstellungen über den Ausbau der Nato nach Paris kommen würden.<sup>278</sup> In seinem Tagebuch präziserte der deutsche Nato-Botschafter, dass insgesamt von den Grossmächten nichts zu erwarten sei. Dulles' Nato-Rede habe bereits auf die amerikanischen Beschränkungen der Konsultation hingewiesen. Blankenhorn befürchtete deshalb, an der Nato-Tagung werde es bei allgemein gehaltenen Erklärungen bleiben. Er hielt die Konferenz für nicht gut vorbereitet und sorgte sich um die Zukunft der Allianz: „Sollte aber die Nato auch ausserhalb der militärischen Dinge keine echte politische Aktivität aufweisen, so sehe ich nicht, wie wir die deutsche Mitgliedschaft auf die Dauer aufrecht erhalten wollen [...]“<sup>279</sup>

Italien, die BRD, Kanada, Norwegen und Frankreich sowie die Nato-Botschafter in Paris hatten nach der Aussenministertagung vom Dezember 1955 nicht locker gelassen, den Schwung um eine Diskussion um Artikel 2 aufrechtzuerhalten. Für die Erfolgsaussichten einer umfassenden Debatte um die nicht-militärische Dimension der Nato war aber zentral, dass im Frühjahr 1956 erstmals auch Grossbritannien und die USA zu einer stärkeren Betonung der nicht-militärischen Komponente der Allianz bereit schienen, die beiden Länder, die sich seit 1949 am stärksten gegen eine Aufwertung der politischen Funktionen der Nato gewehrt hatten. Mit der Meinungsänderung in London und Washington schien sich erstmals in der Geschichte der Nato eine wahre Gelegenheit zu ergeben, der politischen Seite der Nato konkretes Leben einzuhauchen.

#### **4. Ministerrats-Diskussionen und Einsetzung der „Drei Weisen“**

An der Frühjahrstagung der Nato im Mai ging es neben der Einschätzung der sowjetischen Aussenpolitik nach dem 20. Parteitag der KPdSU vor allem um die bündnisinterne politische Zusammenarbeit. Als Grundlage für die zwei Tage dauernden Diskussionen besaßen die Aussenminister einen Bericht des kanadischen Nato-Botschafters Willgress, der damals auch Präsident des Informationsausschusses der Nato war. Willgress' Bericht stellte einige Fragen: Erforderte die internationale Lage die Fortsetzung der militärischen Anstrengungen der Nato? Sollten nicht die politischen Gespräche stärker betont und erweitert werden, um die Solidarität der Nato auch ausserhalb des geographischen Rahmens des Nordatlantikpakts zu bewahren? Sollte man nicht auch den wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der Nato mehr Gewicht geben?<sup>280</sup>

Die angelsächsischen Mächte hatten bereits vor Konferenzbeginn versucht, in einem Vorgespräch die Weichen für die Tagung zu stellen. Dulles und Lloyd kamen überein, dass die Nato keine operationale Rolle in Wirtschafts- und Entwicklungsfragen, sondern lediglich die Beobachtung und Analyse der globalen sowjetischen Offensive übernehmen sollte, um Entscheidungshilfen für eine untereinander abgestimmte Gegenstrategie des Westens vorzubereiten. Lloyd dachte zunächst an eine amerikanisch-britisch-kanadische Vorabstimmung zur Erarbeitung eines Positionspapiers, doch Dulles überzeugte ihn schliesslich von seinem Plan eines kleingehaltenen Ministerkomitees

<sup>278</sup> Brief von Blankenhorn an Hallstein, 30. April 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 62.

<sup>279</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 2. Mai 1956, BA, *ibid.*

<sup>280</sup> Paul-Henri Spaak, *Memoiren eines Europäers* (Hamburg: Hoffmann und Campe, 1969), 333ff.

als Vordenker, das gerade nicht unter angelsächsischer Dominanz stehen, sondern stattdessen die übrigen Mitgliedstaaten repräsentieren sollte. Zwei oder drei Aussenminister sollten dazu in den nächsten Monaten Vorschläge zur politischen Koordination und Konsultation innerhalb des Bündnisses erarbeiten und ihre Ergebnisse einer Nato-Aussenministerkonferenz im Herbst 1956 präsentieren.<sup>281</sup> Lloyd hielt nach der Besprechung fest, Dulles scheine an ein neues Komitee von „Weisen“ zu denken – möglicherweise Pearson, Spaak und Lange. Lloyd mochte die Idee, dass mit der Aufgabe Individuen statt einzelne Ländern beauftragt würden.<sup>282</sup>

Zwar hatte Kanada im Vorfeld der Tagung sich am stärksten für neue Ideen zur politischen Konsultation eingesetzt; an der Ministerkonferenz in Paris selbst erwarteten die Aussenminister aber den wichtigsten Impuls von den USA. Dulles versuchte denn auch die amerikanische Führungsrolle zu beweisen. Er wies darauf hin, dass die Nato „einen kritischen Moment in ihrem Leben erreicht habe“ und ihre nicht-militärische Seite unverzügliche Aufmerksamkeit erhalten solle, wenn auch nicht auf Kosten des militärischen Efforts, den die Nato prioritär aufrechterhalten sollte.<sup>283</sup>

Die Nato-Aussenminister waren sich einig, dass eine gemeinsame Antwort auf die sowjetische Herausforderung gefunden und die nicht-militärische Zusammenarbeit im Bündnis intensiviert werden müsse. Die Aussenminister Belgiens, der BRD, Italiens und Portugals beklagten unisono die mangelhafte Zusammenarbeit und die ungenügende Koordination in den zurückliegenden Wochen und die Vernachlässigung des politischen Charakters, am vehementesten Spaak. Seiner Meinung nach herrschten im Frühjahr 1956 gute Bedingungen für eine Ausweitung der politischen Funktion bei gleichzeitig beibehaltener Wachsamkeit:

On dit toujours [...] que le Pacte Atlantique est une alliance uniquement militaire; ce n'est pas exact. C'est une alliance qui a pris, dans les années passées, une forme militaire indispensable, mais c'était aussi une alliance politique pour la défense d'un certain nombre d'idées et d'un idéal politique et humain.<sup>284</sup>

Spaak zog aus den öffentlichen Erwartungen für das Pariser Nato-Treffen das Fazit, dass ein Wandel in der atlantischen Politik notwendig war, dass der „atlantische Geist“ sich verschlechtert zu haben schien und dass die Entwicklungen in Russland wichtig waren und eine neue Linie darstellten, nicht blosse Propaganda. Spaak hielt fest, dass „friedliche Koexistenz“ für die Nato-Staaten gewiss keine neue, innovative Idee war, da sie nie davon ausgegangen waren, dass ein Krieg zwischen Ost und West unvermeidbar sei. Der belgische Aussenminister beschloss sein Plädoyer für eine Wiederbelebung der Artikel 2 und 4 des Nordatlantikvertrages mit den Worten: „The time was ripe to ‚re-launch‘ NATO.“<sup>285</sup>

Brentano betonte in seiner Erklärung, dass politische Konsultation „nie notwendiger als heute war“, weil andernfalls die Sowjetunion profitieren würde. Er forderte die Regierungen auf, ihr Nachrichtenmaterial aus den Auslandmissionen ihren Nato-Botschaftern und dem Nato-Generalsekretär zukommen zu lassen, als Grundlage für die Beratungen des Ständigen Nato-Rats. Für besonders dringliche und bedeutsame Probleme schlug Brentano die Teilnahme der stellvertretenden Aussenminister der Nato-Staa-

<sup>281</sup> FRUS 1955-57 IV: 54-57.

<sup>282</sup> Steel (Paris) to FO, 3 May 1956, Tel. 74, PRO, FO 371/124813.

<sup>283</sup> FRUS 1955-57 IV: 72f. (ÜdV) sowie 66-70.

<sup>284</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 4 May 1956, 10:15 a.m., NA, C-VR(56)20, 23.

<sup>285</sup> Ibid., 13-16. Vgl. auch DDF 1956 I: 723f.; 768-778. Zu Spaaks Denken im Frühjahr 1956 vgl. auch Dumoulin, Spaak, 529-533.

ten an den Ratssitzungen vor. Bonn versprach sich davon eine unmittelbarere Reaktion der Nato-Regierungen auf sowjetische Massnahmen und „sehr viel lebendigere und wirkungsvollere Konsultationen“. Gleichermassen stellte Brentano die Idee vor von kurzen, informellen politischen Besprechungen mit dem Nato-Generalsekretär mehrmals unter der Woche von denjenigen Nato-Botschaftern, die dies wünschten.<sup>286</sup>

Hollands Aussenminister Jan Beyen forderte diejenigen Nato-Staaten mit der grössten Verantwortung und der grössten Macht auf, nicht zu vergessen, die Nato rechtzeitig über ihre Pläne zu konsultieren. Lloyd und Dulles erklärten sich zwar in vorsichtigen Erklärungen prinzipiell zu verbesserter politischer Konsultation bereit, betonten aber den Charakter der Nato als ein defensives Verteidigungsbündnis und warnten vor einer voreiligen Ausdehnung der Nato auf wirtschaftliche Themen oder Entwicklungshilfe. Insbesondere Dulles machte deutlich, dass die USA Vorschlägen zu einer erweiterten politischen Rolle innerhalb der Nato sehr reserviert gegenüberstanden, und listete eine Reihe von Einschränkungen auf, die sich Washington bei einer erweiterten politischen Konsultation stellten. Er meinte damit vor allem das Recht des US-Kongresses, einen Krieg zu erklären, und die weltweiten Verpflichtungen der USA. Zudem machten es diese Verpflichtungen manchmal für Washington notwendig, schneller zu handeln, als es Konsultationen mit der Nato erlauben würden. Er warnte davor, in der Nato die Arbeit der OEEC in wirtschaftlichen Belangen zu kopieren. Auch Pineau zählte die Limiten einer grösseren Nato-Partizipation auf, wie sie sich Paris stellten. Frankreich forderte hingegen genau, was Dulles und Lloyd verhindern wollten: eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Nato-Staaten auch innerhalb der UNO.<sup>287</sup>

Trotz der hohen Erwartungen vor allem Kanadas, Belgiens, der BRD, Italiens, Hollands und Norwegens in stärkere politische Partizipation hatten die Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in ihren ersten Voten in Paris sich zwar für eine engere politische Kooperation bereit erklärt, aber gleichzeitig auch auf die Limiten von politischen Konsultationen aufmerksam gemacht.

Ein müder Dulles telegrafierte am Abend des 5. Mai an Eisenhower, es sei „ein schwieriger Tag“ gewesen. Er beklagte sich, die meisten Nato-Alliierten seien bereit, der italienischen Meinung zu folgen und die Nato in eine Wirtschaftsorganisation zu verwandeln. Europa wolle wahrscheinlich bloss „mehr Geld aus den USA herausziehen“, sobald es aber um die westeuropäische Einheit oder den wahren Zusammenhalt gegenüber Moskau gehe, seien deutliche „Ausweichmanöver“ zu erkennen. Dulles fürchtete, dass die Europäer in der Ausdehnung der Nato auf nicht-militärische Gebiete einen Vorwand fanden, ihren Aufwand für Rüstungen zu kürzen und ihre Verteidigungsausgaben zu reduzieren. Dulles gestand, er sei „vielleicht ein bisschen müde und zynisch“, und hoffte, die nächtliche Sitzung würde besser verlaufen. Die Aussenminister hatten ihre Debatte um die Ausweitung von Artikel 2 um acht Uhr abends ergebnislos unterbrochen und trafen sich um halb elf Uhr abends nochmals.<sup>288</sup>

<sup>286</sup> Erklärung Brentanos zur politischen Konsultation, Paris, 5. Mai 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 37, 83-00-2: Ministerratstagungen.

<sup>287</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 4 May 1956, 3:30 p.m., NA, C-VR(56)21, 2-17. Vgl. FRUS 1955-57 IV: 72f. Vgl. auch Bruno Thoss, „Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU und NATO im Spannungsfeld von Blockbildung und Entspannung, 1954-56“, in *Die Nato-Option*, ed. Hans Ehlert et al. (München: Oldenbourg, 1993), 1-234, 213-216. Vgl. Sinasac, *Three Wise Men*, 30.

<sup>288</sup> FRUS 1955-57 IV: 75 (ÜdV). Eisenhower antwortete umgehend und fand, die Nato-Staaten sollten realisieren, dass die US-Hilfe an die europäischen Länder sich dem Ende zuneigen müsse, da die Auslandshilfe aller Nato-Staaten für die unterentwickelten Nationen benötigt werde. Ibid.: 76.

In der Nachtsitzung vom 5. auf den 6. Mai wies Dulles darauf hin, „dass die Schritte, die für eine Transformation der Nato in etwas Positiveres notwendig seien, nicht in ein paar wenigen Minuten am Konferenztisch entschieden werden konnten.“<sup>289</sup> Die Aussenminister entschieden deshalb um 0:30 Uhr, in einer Art Nottaufe ein Ministerkomitee bestehend aus den drei Aussenministern Pearson, Lange und Martino einzusetzen, um Verbesserungen der Zusammenarbeit auf nicht-militärischem Gebiet und zur Entwicklung einer grösseren Einheit innerhalb der atlantischen Gemeinschaft vorzuschlagen.<sup>290</sup>

Im von Spaak verfassten Kommuniqué zogen die Aussenminister die folgende Bilanz: Die Nato sei weiterhin notwendig, es müsse jedoch den Änderungen Rechnung getragen werden, die in der Politik der Sowjetunion vor sich gegangen waren. Nachdem Chruschtschow erklärt habe, der Krieg sei nicht mehr unvermeidlich, rückte eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in den Bereich des Möglichen und die Nato war bereit, daran mitzuarbeiten. Die zum Teil erbittert geführten Debatten um Sinn und Zweck (und Limiten) der Nato wurden in der diplomatischen Sprache als „umfassende und offene Diskussionen“ umschrieben.<sup>291</sup>

## 5. Schlechter Start: Unzufriedenheit über den Ministerrat

Unmittelbar nach dem Atlantikrat fand der deutsche Nato-Botschafter Blankenhorn, die Ministerratssitzung habe wie keine internationale Tagung dieser Art den zweifelhaften Wert von derartigen Ministersitzungen gezeigt. Die Aussenminister der Allianz seien schlecht vorbereitet wie noch nie nach Paris gekommen. Unter der Decke des Kommuniqués seien die Meinungsverschiedenheiten, die sich bekämpfenden Tendenzen und die Unzulänglichkeiten unbeseitigt geblieben. Blankenhorn fand, die Qualität der westlichen Staatsmänner habe stark nachgelassen. Die amerikanische Politik sei durch den Präsidentschaftswahlkampf geschwächt. Am britischen Aussenminister Selwyn Lloyd kritisierte Blankenhorn die „Simplizität eines gutwilligen Konservativen“. Christian Pineau repräsentiere geradezu die Schwäche der derzeitigen französischen Politik. Seiner Meinung nach hätten nur der türkische Aussenminister Fıat Küprülü, Belgiens Spaak und Norwegens Lange überdurchschnittlichen Verstand bewiesen. Vieles sei unklar geblieben, als die Minister mitten in der Nacht eiligst davongefahren seien. Das Fazit Blankenhorns fiel deprimierend aus: „Die Lust, die Verteidigungsanstrengungen zu erhöhen, ist dank der sowjetischen Koexistenzpolitik vergangen, und man sucht nach gemeinsamen politischen Zielen, ohne sie gefunden zu haben.“<sup>292</sup>

Für Blankenhorn konnte der Nato-Ministerrat – „abgesehen von einem schönen Kommuniqué“ – die Uneinigkeit und mangelnde Konzeption des Westens nicht beseitigen. In den zwei Konferenztagen sei für eine Erörterung und Vertiefung der akuten Probleme „einfach keine Zeit“ gewesen. Die Nato kranke an einem Mangel an Bereitschaft und Willen auf Seiten der führenden Aussenminister, sich untereinander über Lösungen der bedeutenden Probleme zu verständigen, was auch durch den Ausbau der politischen Konsultationsmechanismen nicht ersetzt werden könne.

<sup>289</sup> Memorandum by Knox (EUR/RA), 4 December 1956, „The History of the Committee of Three“, USNA, RG 59, CF, Box 120, CF 809, NATO Ministerial Meeting, Paris, December 1956 (1).

<sup>290</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 5 May 1956, 3:30pm, NA, C-R(56)23 (ÜdV).

<sup>291</sup> Communiqué, 5 May 1956, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c560505a.htm> (21.6.2011). Vgl. Spaak, Erinnerungen eines Europäers, 335.

<sup>292</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 6. Mai 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 62.

Denn ich bin überzeugt, dass wenn wir auch einen weit entwickelteren Konsultationsmechanismus besäßen, er an der gegenwärtig herrschenden Sterilität der verantwortlichen Minister der westlichen Gemeinschaft bald scheitern würde.

Blankenhorn hielt fest, dass Dulles die im Vorfeld mit seiner Nato-Rede geweckten Hoffnungen auf eine Intensivierung der politischen Arbeit der Nato leider am Atlantikrat nicht erfüllt habe: „Niemand unter den Mitgliedstaaten hat heute eine klare Vorstellung, wie die politische Konsultation innerhalb NATO's [sic!] ausgebaut und vertieft werden soll.“<sup>293</sup>

Auch sein Chef, Aussenminister Brentano, war „ziemlich enttäuscht“ über das Resultat des Nato-Treffens, das seiner Meinung nach ungenügend vorbereitet worden war, besonders was den Ausbau der politischen Aktivitäten des Nato-Rats betraf. Auch Brentano äusserte sich recht abschätzig über den französischen Premier Guy Mollet und Aussenminister Pineau. Er klagte, dass die französischen Staatsmänner zu Wunschdenken neigten und während der Pariser Treffen zu sehr unter dem Eindruck ihrer bevorstehenden Visite in Moskau gestanden hätten.<sup>294</sup> Adenauer glaubte, die neuen Aufgaben der Nato müssten vor allem darin bestehen, dass sich die Allianz der veränderten sowjetischen Taktik anpassen müsse: „Die Nato ist vor allem verpflichtet, ihre Ansichten über wichtige Fragen der Aussenpolitik in den Beziehungen mit der Sowjetunion zu koordinieren.“ Der Kanzler fand, die Delegationen bei der Nato müssten verstärkt werden und die Botschafter müssten mehr Instruktionen erhalten.<sup>295</sup>

Die *Neue Zürcher Zeitung* spekulierte, die USA hätten wegen der Präsidentschaftswahlen ein Interesse daran gehabt, dass vorerst nur eine Studie durchgeführt würde, aber noch keine konkreten Entscheidungen gefällt würden. Der Vorschlag von Dulles, ein Drei-Minister-Komitee einzusetzen zwingt einstweilen zu keinen konkreten Massnahmen und würde erst in einem halben Jahr zu praktischen Schritten führen.<sup>296</sup> Auch der dänische Premier- und Aussenminister Hans-Christian Hansen glaubte, die Studie würde wichtige Entscheidungen bloss unnötig hinauszögern. Er hielt es zudem für den grössten Mangel des Ausschusses, dass sich keiner der grossen Drei, weder die USA noch Grossbritannien oder Frankreich, daran direkt beteiligten.<sup>297</sup> Der US-Botschafter in Dänemark, Ward P. Allen, bestätigte nach einem Gespräch mit Aage Hessel und Jensen vom dänischen Aussenministerium, dass der Atlantikrat zuwenig vorbereitet gewesen sei und deshalb nicht zufriedenstellend verlaufen sei: „It was hardly necessary for fifteen top statesmen to meet for three days just to appoint a three-man committee to find out what NATO's future raison d'être is. He suggested the meeting might be called 'Operation Mountain-Mouse'.“ Die dänische Presse begrüsst hingegen die neue, nicht-

<sup>293</sup> Brief von Blankenhorn an Adenauer, 15. Mai 1956, BA, NL Brentano, Bd. 164. Die sechsseitige Aufzeichnung enthält auch einen äusserst lesenwerten Rückblick auf die politische Konsultation in der Nato seit 1955, in der Blankenhorn den Informationsaustausch unter den Nato-Botschaftern in ihren Geheimsitzungen kritisch würdigt. Neben ihm selbst nutzten aber nur Boyesen und de Staercke das Nato-Forum für Konsultationen, während die Vertreter der USA, Grossbritannien und Frankreich in diesen informellen Sitzungen meist beharrlich schwiegen, so Blankenhorn.

<sup>294</sup> Hoyer Millar (Bonn) to FO, 8 May 1956, Tel. 276, PRO, FO 371/121912. Zu Guy Mollets Versuchen, gleichzeitig loyal zur Nato zu sein und mit der Sowjetunion Friedensgespräche zu führen, vgl. Gérard Bossuat, „France and the Leadership of the West in the 1950s: A Story of Disenchantment“, in *Securing Peace in Europe, 1945-62: Thoughts for the Post-cold War Era*, ed. Beatrice Heuser and Robert O'Neill (New York: St. Martin's Press, 1992), 105-124.

<sup>295</sup> NZZ (8.5.1956).

<sup>296</sup> „Ein Studienkomitee der Nato für die wirtschaftliche Zusammenarbeit“, NZZ (7.5.1956).

<sup>297</sup> Berthoud (Copenhagen) to Ward (London), 8 May 1956, PRO, FO 371/124813.

militärische Ausrichtung der Nato, weil damit weitere dänische Kürzungen im Verteidigungsbudget legitimiert werden konnten.<sup>298</sup>

Am Nato-Hauptsitz in Paris herrschte nach der Frühjahrstagung ebenfalls eine eher kritische Haltung vor. Am 9. Mai bedauerte es Generalsekretär Ismay an der ersten Sitzung des Nato-Rats nach dem Aussenministertreffen, dass diese unter allzu starkem Zeitdruck gestanden habe. Er schlug vor, für künftige Tagungen mindestens drei Tage vorzusehen, die auch von Sitzungen anderer internationaler Organisationen freigehalten werden sollten. Ismay hoffte, die Resultate der Drei Weisen könnten im Herbst an einer ausserordentlichen Aussenministertagung ausgiebig diskutiert werden. Norwegen unterbreitete die Idee, künftige Aussenministertreffen auch in anderen Hauptstädten als Paris abzuhalten.<sup>299</sup>

Für den Stellvertreter von SACEUR Gruenther, General Lauris Norstad, war die Ministerratssitzung „nahezu ein Disaster“ gewesen, welches nur durch die „altbekannte Kriegslist“ vermieden worden sei, einen Ausschuss einzusetzen:

It is difficult to see how the „three wise men“ can produce anything but a statement of pious hopes and perhaps a formula or two. At least, it is unlikely that they can develop anything that would have the positive impact absolutely essential. Failure to produce positive results would be another serious blow to an already beaten body.<sup>300</sup>

Das Ministerkomitee wurde schnell besser bekannt unter dem Namen der „Drei Weisen“, während Lester Pearson selbst sarkastisch von den „drei Prügelknaben“ oder den „drei blinden Mäusen“ sprach.<sup>301</sup> Der Kanadier war enttäuscht, dass das Komitee nicht von einem Amerikaner geleitet wurde, beispielsweise von Harold Stassen, Eisenhowers Abrüstungsberater, und dass auch kein Brite an der Übung teilnahm. Immerhin war ein Mitglied des Komitees, der Norweger Halvard Lange, ein guter Freund von Pearson, den er sehr schätzte und mit dem er gut zusammenarbeiten konnte.<sup>302</sup>

Als sich Pearson mit Lange und Martino an die Arbeit machte, war den „Drei Weisen“ von Anfang an bewusst, welche Grenzen ihrer Studie von Anfang an von seiten der drei Grossmächte auferlegt worden waren. Von den hohen Erwartungen in eine wichtige Reform der Nato war nach der Pariser Tagung nicht allzu viel übrig. Dennoch bot die Übung der „Drei Weisen“ die Möglichkeit, die politische Kooperation der fünfzehn Nato-Staaten in kleinen Schritten zu verbessern.

## 6. Amerikanisch-kanadisch-britische Vorabkonsultationen

Nach seiner Rückkehr aus Paris leitete US-Aussenminister John Foster Dulles Massnahmen ein, um die Kontrolle über den Prozess der Drei Weisen massgeblich bei sich

<sup>298</sup> Allen (Copenhagen) to DoS, 11 May 1956, Tel. 902, „Danish Impressions on NATO Ministerial Meeting, May 3-5, 1956“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Allen spielte mit der Bezeichnung „Operation Berg-Maus“ auf Vers 139f. der „Ars poetica“ von Horaz an: „Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus.“ („Es kreissten die Berge, geboren wurde eine lächerliche Maus“).

<sup>299</sup> Fernschreiben Nr. 74 von Schwörbel (Nato Paris) ans AA, 9. Mai 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 37, 83-00-2: Ministerratstagungen.

<sup>300</sup> Draft Memorandum by Norstad, 19 July 1956, DDEL, Norstad Papers, Box 42, Folder 75.

<sup>301</sup> Pearson, Memoirs II, 93; NYT (12 June 1956): 7. Pearson betrachtete die Ausgangslage für die „Drei Weisen“ realistisch und erwartete keinen Durchbruch, was die Implementation von Artikel 2 betraf. In seinen Memoiren hielt er resigniert fest: „By 1956, in fact, I was losing hope that NATO would evolve beyond an alliance for defence; and even there I was beginning to have doubts about its future.“ Pearson, Memoirs II, 92.

<sup>302</sup> Blair Fraser, „A Sticky Job for NATO's ‚Wise Men‘“, *Maclean's* 69, no. 8 (1956): 75. Vgl. auch Sinasac, Three Wise Men, 64-69.

zu behalten, obwohl die USA kein Mitglied des Dreierkomitees stellten. Einerseits überzeugte er Eisenhower von der Idee, den langjährigen Vorsitzenden des aussenpolitischen Ausschuss im Senat, den 87-jährigen demokratischen Senator Walter George aus Georgia, als Bindeglied zwischen Washington und den Drei Weisen einzusetzen. Nach 34 Jahren im Kongress begleitete George als Eisenhowers „persönlicher Repräsentant“ und „Sonderbotschafter für Nato-Fragen“ von Mai bis Dezember 1956 den Prozess der politischen Erweiterung der Nato und diente als Verbindungsmann zum Studienausschuss von Pearson, Martino und Lange.<sup>303</sup> Andererseits ernannte Dulles Mitte Mai Julius C. Holmes zum Leiter einer Nato-Arbeitsgruppe im Aussenministerium, bei der alle Fäden der amerikanischen Position zum Bericht der Drei Weisen zusammenlaufen sollten.<sup>304</sup> Zur Arbeitsteilung zwischen George und Holmes vermutete das britische Aussenministerium, dass Holmes die „wahre Inspirationsquelle“ für neue Ideen sei, während sich die Rolle von George darauf beschränken werde, Holmes Ideen dem Senat zu verkaufen.<sup>305</sup>

Dulles wollte die Arbeit der Drei Weisen mitprägen, bevor diese die Übung in eine Richtung dirigieren würden, die den USA nicht passte. Bereits am 11. Mai erläuterte er deshalb in einem Telegramm an Pearson, Lange und Martino seine konkreten Vorstellungen über die Nato-Studie. Dulles sah in den Drei Weisen primär ein „reisendes Erkundigungsgremium“ (*travelling board of inquiry*). Die drei Komiteemitglieder sollten imaginatives und konstruktives Denken in allen Nato-Staaten stimulieren und die Debatte vom Atlantikrat fortführen. Für das Prestige ihrer Mission wäre es, so fand Dulles, am besten, sie würden zu dritt als Gruppe die verschiedenen Hauptstädte der Nato-Staaten besuchen.<sup>306</sup> Lange und Pearson sprachen sich jedoch aus Zeit- und Effizienzgründen dagegen aus, die Ideen der einzelnen Regierungen zu dritt einzuholen. Pearson schlug stattdessen vor, jeder der drei Komiteemitglieder sollte eine Gruppe von Ländern bereisen und Verbesserungsvorschläge für die Nato sammeln. Pearson würde die USA und Grossbritannien übernehmen, Lange die Skandinavien und Martino alle anderen.<sup>307</sup>

Dulles selbst nahm sich am Wochenende des 19./20. Mai Zeit, um seine persönlichen Gedanken zur geplanten Nato-Reform niederzuschreiben. In seinem „NATO Think Peace“ nannte Dulles die Nato zwar das wichtigste Organ der atlantischen Gemeinschaft, sparte aber auch nicht mit Kritik an ihrer bisherigen politischen Funktion: „Except sporadically, NATO has not served to unify the policies of the Atlantic Community as against the non-military challenge of Soviet Russia.“<sup>308</sup>

<sup>303</sup> Eisenhower-Dulles Meeting, 9 May 1956, „Senator George and NATO“, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 4, Meetings with Eisenhower 1-7/56(3). Letter from Eisenhower to Sen. George, 9 May 1956, *Department of State Bulletin* 34, no. 882 (21 May 1956): 836.

<sup>304</sup> Telephone Conversations between Dulles and Senator Adams and Senator George, 18 May 1956, DDEL, Dulles Papers, TC, Box 5, 5/1-6/29/56.

<sup>305</sup> FO Minute by Stretton, 28 May 1956, PRO, FO 371/124813.

<sup>306</sup> Dulles to Pearson (Ottawa), Lange (Oslo), and Martino (Rome), 11 May 1956, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/5-1156.

<sup>307</sup> Belgrave (Ottawa) to Bushell (London), [late May 1956], PRO, FO 371/124813; Unwin (Rome) to Wright (London), 24 May 1956, PRO, FO 371/124813. Strong (Oslo) to DoS, 14 May 1956, Tel. 665, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA; Thompson (Ottawa) to DoS, 16 May 1956, Tel. 419, USNA, *ibid.* Pearson stellte seine eigenen Ideen zur Komiteearbeit am 15.5.56 erstmals vor dem aussenpolitischen Parlamentsausschuss vor: Thompson (Ottawa) to DoS, 16 May 1956, Tel. 420, USNA, *ibid.*

<sup>308</sup> Third Draft [by Dulles], „NATO Think Peace“, 20 May 1956, DDEL, Dulles Papers, Subject Series, Box 6, NATO „Think Peace“ 1956 (Drafts) (1). Vgl. dazu Dulles to Hoover, MacArthur, Bowie, and Elbrick, 21 May 1956, DDEL, *ibid.* Siehe zu Dulles' „Denkstück“ auch Milloy, *North Atlantic Treaty Organization*, 147f.

Als Dulles seine Denkschrift mit seinen wichtigsten Mitarbeitern im Aussenministerium am 22. Mai diskutierte, betonte er, die Nato sei trotz den Artikeln 2 und 4 hauptsächlich eine militärische Allianz, und der Nordatlantikvertrag selbst sehe nichts vor für eine Erweiterung ins nicht-militärische Gebiet. Er spielte aber mit dem Gedanken, die verfassungsrechtliche Macht des Präsidenten, die US-Aussenpolitik zu gestalten, an den amerikanischen Nato-Botschafter in Paris zu delegieren, so dass dieser dann als amerikanischer Delegierter zwei „Hüte“ tragen würde.<sup>309</sup> Gegen den Ausbau substanzieller politischer Diskussionen in der Nato sprach jedoch das Sicherheitsproblem: laut US-Quellen wurden die Franzosen und Deutschen als unzuverlässig und die Isländer als einen schlechten Witz betrachtet – beinahe jederman könne ins isländische Aussenministerium gehen und dort vertrauliche und geheime Nato-Dokumente lesen.<sup>310</sup>

In Vorbereitung seines Treffens mit Pearson überarbeitete Dulles seine Nato-Notizen am 10. Juni nochmals. Seiner Meinung nach wurde die potenzielle Macht der atlantischen Gemeinschaft durch Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedstaaten in internationalen Fragen geschwächt. Der bisher entwickelte exzellente *Esprit de corps* verblasse, da die Angst vor einem dritten Weltkrieg abnehme. Dulles beklagte den Mangel an gemeinsamen Politiken gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands, der Wiederherstellung der Unabhängigkeit der osteuropäischen Satellitenstaaten oder sowjetischer Initiativen in den Bereichen Abrüstung, Handel und Ost-West-Kontakte.<sup>311</sup>

Pearson hatte inzwischen mit seinen Mitarbeitern im kanadischen Aussenministerium die Führung im Ausschuss der Drei Weisen übernommen. Er traf sich Ende Mai 1956 in Ottawa zu einem ersten amerikanisch-kanadischen Gedankenaustausch mit dem amerikanischen Nato-Botschafter Perkins und dem US-Botschafter in Kanada, Livingston Merchant. Perkins erwähnte im Gespräch die Möglichkeit der Schaffung einer politischen „Ständigen Gruppe“ innerhalb der Nato, um die Einheit der Grossmächte in der Allianz zu stärken. Doch Pearson fand, aus Rücksichtnahme auf die kleineren Nato-Staaten sollte man einen solchen Ausschuss der wichtigsten Nato-Mitgliedstaaten zumindest nicht so nennen. Er schien jedoch eine Art politische „Ständige Gruppe“ durchaus zu befürworten, um eine einheitliche Position der Grossmächte innerhalb der Nato zu erleichtern. Perkins forderte auch weitgehendere Konsultation im Nato-Rat: „We need fuller and freer discussions among members, telling each other of our views, positions and policies.“ Als positives Beispiel nannte er das Treffen der Nato-Aussenminister vor dem Genfer Gipfel im Juli 1955. Perkins und Pearson befürchteten allerdings, der US-Kongress würde sich gegen eine Zentralisierung von Verpflichtungen und Entscheidungen wehren, die ihrer Ansicht nach in Washington stattfinden sollten.<sup>312</sup>

Kurz darauf traf sich Pearson mit Dulles und Senator Walter George in Washington.<sup>313</sup> Pearson reiste aufgeschlossen in die amerikanische Hauptstadt und war ge-

<sup>309</sup> Dulles-Hoover-MacArthur-Elbrick-Timmons-Macomber-Strauss Meeting, 22 May 1956, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>310</sup> FO Minute, 8 June 1956, „Political Consultation in NAC“, PRO, FO 371/124811. Dies berichtete Herr Dale von der US-Botschaft in London Beamten des britischen Aussenministeriums. Zu Island vgl. Heinemann, Vom Zusammenwachsen des Bündnisses, 195-238.

<sup>311</sup> Memorandum by Dulles, 10 June 1956, „NATO Think Peace“, DDEL, Dulles Papers, Subject Series, Box 6, NATO „Think Peace“ 1956 (Drafts) (1).

<sup>312</sup> Merchant (Ottawa) to DoS, 5 June 1956, Tel. 855, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>313</sup> Pearson traf in Washington neben dem 77-jährigen George auch die beiden Senatoren Green (88) und Smith (76). Der britische Botschafter in Washington, Roger Makings, nannte diese drei US-Senatoren despektierlich ein „Triumvirat alter Käuze“ („triumvirate of old fogies“) und versprach sich davon keine innovativen Ideen. Makings (Washington) to FO, 26 May 1956, Tel. 1233, „Reform of NATO“, PRO, FO 371/124813.



spannt, ob die USA analog zum Marshallplan einen „Dulles-Plan“ für die Nato am Entwerfen seien.<sup>314</sup> Pearson stellte den Amerikanern gleich zu Beginn die seiner Meinung nach zentrale Frage: „While recognizing the need to maintain its defense, should NATO recognize itself as a frankly anti-Soviet alliance or should it work ultimately for a détente?“ Dulles antwortete ausweichend, der Nato-Rat sei das beste Instrument, auf welchem der Westen aufbauen solle. Pearson hakte also nach:

Should NATO emphasize not only the negative aspects of our relations with the Soviet Union but also the positive side in the sense that NATO might perform the function of coordinating negotiations looking toward a detente?

Die Antwort von Dulles fiel nun klipp und klar aus:

He did not believe that the NAC is likely to be the best agency for negotiations with the Soviet Union. Such negotiations can probably best carried out by individual governments after appropriate consultation within the NAC.

Dulles präziserte auch, dass seiner Meinung nach keine Änderung der Präambel des Nato-Vertrags nötig sei, um die Allianz an den Kontext der Détente anzupassen. Die Nato laufe Gefahr, als Diskussionsforum für weltweite Angelegenheiten die UNO zu duplizieren. Als einzig konstruktiven Vorschlag zur Verbesserung der politischen Konsultation nannte Dulles die Wichtigkeit, eine starke Persönlichkeit als Nato-Botschafter zu ernennen. Er lobte in diesem Zusammenhang den amerikanischen Nato-Botschafter Perkins, während er sich ziemlich abschätzig über den französischen Vertreter Parodi ausliess, in den selbst die französische Regierung kein Vertrauen habe.<sup>315</sup> Dulles' Schützenhilfe gegenüber Perkins war zwar nobel – doch gerade an der Verschwiegenheit und Passivität von Perkins hatten sich im Frühjahr 1956 ja zahlreiche Nato-Botschafter massiv gestört.

Pearson war alles andere als glücklich über Dulles' Antworten. Dulles erschien ihm „vorsichtig und nicht sehr ermutigend“ in Bezug auf das Projekt, das Pearson zusammen mit Lange und Martino durchführen sollte. Obwohl Dulles die Bedeutung der Arbeit der Drei Weisen mehrmals betonte, wiederholte er gleichzeitig seine früheren Warnungen, besonders betreffend der Schwierigkeit der USA, ihre Verbündeten zu konsultieren, bevor sie wichtige aussenpolitische Entscheidungen ausserhalb des Nato-Vertragsgebietes trafen. Dulles hob hervor, dass die USA als eine der beiden globalen Supermächte grössere weltweite Verantwortung trage als die anderen Nato-Staaten.<sup>316</sup>

Die britische Position, die Pearson ebenfalls bereits im Juni übermittelt wurde, machte deutlich, dass auch London nationale Souveränität wichtiger fand als eine mögliche Mitbestimmung der Verbündeten über die eigene Aussenpolitik.<sup>317</sup> Im britischen Aussenministerium gab es aber auch Stimmen, welche intern für einen Ausbau der politischen Kooperation in der Nato argumentierten. Ein Memorandum von Ende Mai 1956 hielt etwa fest, die Wünschbarkeit eines Ausbaus von politischer Konsultation sei grundsätzlich unbestritten. Konsultation könne verschiedene Formen annehmen und bewege sich zwischen den offiziellen Reden der Nato-Botschafter in den regelmässigen

<sup>314</sup> James Reston, „Dulles-Pearson Talks: A Summation of What Canadian Officials Want to Know About NATO Changes“, NYT (12 June 1956): 7.

<sup>315</sup> Dulles-Pearson-George Meeting, Washington, 11 June 1956, „Preparations for Work of Ministerial Committee of Three“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>316</sup> Pearson, Memoirs II, 93f.

<sup>317</sup> Memorandum, 2 May 1956, „The Future of the NATO,“ PRO, CAB 129/81, 39-42, zit. Thoss, Bündnissolidarität und Regionalkonflikt, 700. Vgl. auch Draft memorandum, „United Kingdom on the Future of NATO“, 31 May 1956, zitiert Sinasac, Three Wise Men, 72.

Ratstreffen und „intelligenten Off-the-record-Diskussionen“ in privaten Sitzungen. Mitgliedstaaten sollten in Zukunft eine Diskussion ihrer nationalen Politik im Nato-Rat fördern, bevor diese umgesetzt würde. Gleichzeitig sollten die kleineren Nato-Staaten nach solchen Konsultationen aber auch bereit sein, die Verantwortung für den Erfolg oder ein Scheitern der gemeinsam beschlossenen Politik zu tragen. Für Grossbritannien bot ein Ausbau von politischer Konsultation eine grosse Chance:

Nevertheless, the essence of the Atlantic idea is the progressive surrender of sovereignty. [...] To take a lead here offers the possibility of shaping an Atlantic community which responds to our national interests. We should therefore look on the NAC as the principal forum in which to expound and justify our policies.

In kleineren Angelegenheiten sollte Grossbritannien bereit sein, nationale Interessen für die atlantische Gemeinschaft zu opfern. Besonders wichtig sei es, immer so ehrlich wie möglich zu sprechen und damit andere ebenfalls zu Offenheit zu ermutigen.<sup>318</sup> Andererseits gab es aber auch in London viele Stimmen, welche gegenüber einem Ausbau von politischer Konsultation in der Nato skeptisch waren.<sup>319</sup> In dieser frühen Phase der Arbeit der Drei Weisen stand die britische Position zum Ausbau der politischen Kooperation in der Nato noch nicht fest.

Als sich Pearson am 17. Juni mit Lloyd in London traf, besprachen die beiden Pearsons Diskussionen in Washington. Der kanadische Aussenminister hatte Dulles und seine Berater als „wohlwollend, aber unpräzise“ empfunden. Wie Grossbritannien würden die USA keine Verpflichtung akzeptieren, die Nato über jeden Aspekt ihrer Aussenpolitik zu konsultieren, berichtete Pearson – aber die USA wären bereit, die Nato über Bereiche von direktem Interesse für die anderen Allianzmitglieder zu konsultieren, um einer gemeinsamen Politik näherzukommen. Washington wäre auch bereit, ihren Nato-Botschafter besser über gewisse Fragen zu informieren, unter anderem durch die Entsendung der entsprechenden Spezialisten aus dem Aussenministerium nach Paris.<sup>320</sup> Zu der von Pearson aufgeworfenen Frage, ob die Nato letztlich eine antisowjetische Allianz oder ein Détente-Instrument sei, meinte John Bushell vom britischen Aussenministerium, das scheine ihm keine sehr gute Frage zu sein:

NATO is bound to be anti-Soviet in the sense that it stands for the rights of the individual, freedom of speech etc., of which the Soviet Union is the leading antagonist. On the other hand public opinion evidently requires us to work for a détente.<sup>321</sup>

In den ersten Vorabbesprechungen mit dem amerikanischen und britischen Aussenministerium hatte sich Pearson einen guten ersten Überblick über die Möglichkeiten und Grenzen der Nato-Reform im politischen Bereich verschafft. Innerhalb des dadurch vorgesteckten Rahmens konnten nun konstruktive und innovativen Ideen der anderen, kleineren Nato-Staaten eingebettet werden. Pearson hatte in den ersten Wochen nach der

<sup>318</sup> Note by the FO, approved by Caccia, 31 May 1956, „Development of NATO as a Forum for Political Discussion“, PRO, FO 371/124811.

<sup>319</sup> FO Minute by Jasper, 5 June 1956, „Political Consultation in NATO“, PRO, FO 371/124811.

<sup>320</sup> Lloyd-Dulles Meeting, London, 17 June 1956, PRO, FO 371/124813. Für Eden hatte sich die sowjetische Bedrohung bereits eindeutig aus der militärischen in eine politische und wirtschaftliche Sphäre verlagert: „Our policies should be adapted to meet that changed situation. Effort must be transferred from military preparations to the maintenance and improvement of our political and economic position.“ Eden, *Memoirs*, 416.

<sup>321</sup> FO Minute by Bushell, 18 June 1956, „Development of NATO“, PRO, FO 371/124813.

Mai-Ministerratstagung von den Drei Weisen ganz klar die Führung übernommen.<sup>322</sup> Das kanadische Engagement muss auch vor dem Hintergrund paralleler Bemühungen der sechs europäischen Messina-Mächte um eine Stärkung der europäischen Integration und der WEU gesehen werden – denn Kanada befürchtete, eine Aktivierung der WEU und ein Voranschreiten der europäischen Integration würde die Nato und die kanadische Verflechtung mit Europa schwächen.<sup>323</sup>

## 7. Fragebogen und Interviews der Drei Weisen

In ihren ersten gemeinsamen Sitzungen in Paris vom 20. bis 22. Juni 1956 entwarfen Pearson, Lange und Martino einen Fragebogen, den sie an alle Nato-Regierungen verschickten und bis Ende August zurück erwarteten. An einer Sitzung des Ständigen Nato-Rats hatten die Drei Weisen am 22. Juni den Fragebogen vorgestellt sowie bereits den Aufbau des geplanten Berichts präsentiert, der sich in sieben Kapitel gliedern würde. Sie betonten auch, dass die individuellen Antworten der Nato-Staaten nicht vorgängig unter den Ländern kursieren sollten. Durch den privaten Charakter der Antworten versprachen sich die drei Minister ehrlichere Aussagen.<sup>324</sup>

Im Sommer 1956 arbeiteten deshalb die Aussenministerien der Nato-Staaten an den Antworten auf den Fragebogen. Zudem führten Pearson, Lange und Martino vom 10. bis zum 22. September in Paris mit Vertretern – meistens den Aussenministern – aller zwölf anderen Nato-Mitgliedstaaten persönliche Interviews durch. Kanada, Italien und Norwegen, die ja durch ihre Aussenminister im Komitee der Drei Weisen bereits vertreten waren, wurden nicht befragt. Die Antworten und Auskünfte der Mitgliedstaaten variierten stark. Während einige Länder die politische Zusammenarbeit stärken wollten und dazu konstruktive Ideen vorstellten, waren andere Länder zufrieden mit dem Status quo und wollten den politischen Bereich des Bündnisses nicht weiterentwickeln.

In Washington empfahl Julius Holmes, der die Spitze der Nato-Arbeitsgruppe im US-Aussenministerium leitete, anfang August in einem voluminösen, 189-seitigen Bericht eine pragmatische Vorgehensweise.<sup>325</sup> Die atlantische Gemeinschaft solle zu einer solch intensiven Assoziierung werden, dass die Existenz der Nato nicht mehr nur von der kommunistischen Bedrohung abhinge. Gleichzeitig warnte Holmes aber: „Yet the problem must not be misconstrued as an effort to convert NATO from a military to a primarily political organization or union.“ In seinen Empfehlungen schlug er vor, als In-

<sup>322</sup> Zur Position Norwegens, das ebenfalls bereits Anfangs Juni den Ausbau politischer Konsultation in der Nato forderte, siehe: UK Embassy in Oslo to FO, 8 June 1956, „Norwegian Views on Political Consultation in NATO“, PRO, FO 371/124811.

<sup>323</sup> Cabalo, Politische Union Europas, 40, fn. 54; Gustav Schmidt, „Kanada und ‚NATO-Europa‘“, in *Canada at the Crossroads? The Critical 1960s*, ed. Gustav Schmidt and Jack L. Granatstein (Bochum: Brockmeyer, 1994), 215-285, 239-246.

<sup>324</sup> Steel (Paris) to FO, 22 June 1956, Tel. 473, PRO, FO 371/124813. Vgl. dazu W. Granger Blair, „Questionnaire Is Set on Widening NATO“, NYT (22 June 1956): 1, 3, sowie „NATO’s Questions Ready for Allies“, NYT (23 June 1956): 8. Der Fragebogen beruhte weitestgehend auf einem italienischen Entwurf, der vor allem an ökonomischer Kooperation interessiert war. Lange und Pearson waren hingegen stärker an politischer und sogar kultureller Zusammenarbeit interessiert. Siehe dazu Bronebakk, „Enough is too much“, 11f.

<sup>325</sup> „Report of the Atlantic Community Working Group“ [by Holmes], 3 August 1956, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. dazu auch die 17-seitige Zusammenfassung: Holmes to Dulles, 3 August 1956, „Summary of the Findings of the Working Group on Atlantic Community“, USNA, RG 59, PPS, 1956, Box 108, Europe (2). Vgl. auch Holmes to Dulles, 8 August 1956, „Development of the US Position on Answers to Questionnaire of Committee of Three“, inklusive den 31-seitigen Entwurf der US-Antwort, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

strument für politische Konsultation weiterhin den Nato-Rat zu verwenden. Der Bericht nannte einige der wichtigsten Defizite bisheriger Konsultation. Zum Beispiel würden im Nato-Rat unter den Delegationen Informationen und Daten nur unzureichend ausgetauscht. Oder es herrsche die Tendenz vor, die Diskussion peinlicher oder kontroverser Themen zu vermeiden. Zudem sei die Kompetenz der Nato-Botschafter vor allem in militärischen, jedoch weniger in politischen Fragen gegeben. Oder verschiedene Delegationen beteiligten sich sehr unterschiedlich an politischen Diskussionen, zum Beispiel den regelmässigen Diskussionen über die sowjetische Politik.

Die amerikanische Arbeitsgruppe empfahl, die Rolle des Nato-Rats grundsätzlich aufzuwerten. Die USA wollten dazu eine neue Position von „Nato-Ministerdelegierten“ schaffen, Spitzenvertreter der Regierung, die hierarchisch zwischen den Aussenministern und den Nato-Botschaftern rangieren würden. Auch die Rolle des Nato-Generalsekretärs und seines internationalen Stabs sollte vergrössert werden. Er sollte nicht nur die Treffen des Ständigen Rats, sondern auch die Ministertreffen präsidieren und zudem einen jährlichen Bericht über den „Zustand der Allianz“ präsentieren, der ein Fazit über militärische und nicht-militärische Entwicklungen der Nato geben sollte. Als Themen für Nato-Konsultationen sollten grundsätzlich alle in Frage kommen, über die eine Mehrheit der Mitgliedstaaten diskutieren wolle.

Das US-Aussenministerium hielt zwar einen supranationalen Ansatz in der Allianz grundsätzlich für unerwünscht, war aber bereit dazu, „gewisse Opfer“ einzugehen, um die Partnerschaft mit den Nato-Alliierten zu vertiefen. In dem „evolutionären Experiment“ einer atlantischen Allianz konnten jedoch die vitalen Interessen und Verpflichtungen der USA nicht ignoriert werden.<sup>326</sup> Eisenhower hielt die amerikanische Antwort auf den Fragebogen für „ein hervorragendes Papier“.<sup>327</sup> Die amerikanischen Ideen enthielten in der Tat einige interessante Gedanken, wie die politische Zusammenarbeit in der Nato verbessert werden könnte. Der Vorschlag von Nato-Ministerdelegierten und die vorgesehene Stärkung des Nato-Generalsekretärs und des Internationalen Stabes demonstrierten eindrucksvoll, dass die USA inzwischen von ihrer noch im Mai eher skeptischen Haltung zu einer Reform der Nato abgerückt waren und die Studie der Drei Weisen nicht länger als reine Alibiübung betrachteten, sondern eigene innovative Ideen zur Diskussion stellten.

Insbesondere die Idee der Ministerdelegierten stiess jedoch bereits bei der amerikanischen Nato-Botschaft auf Widerstand. Die Nato-Insider in Paris fanden, die geplanten Ministerdelegierten würden die Autorität und Kompetenz der Nato-Botschafter unterspielen und damit das Nato-System schwächen. Auch die britische Regierung, die trotz der ausdrücklichen Instruktion der drei Weisen, die Antworten sollten untereinander nicht abgesprochen werden, Anfang August über die amerikanischen Ideen informiert wurde, fand die Ernennung von Ministerdelegierten wenig sinnvoll. Der britische Nato-Botschafter sei bereits in sehr engem Kontakt mit dem Denken der britischen Regierung und könne im Nato-Rat immer mit voller Autorität sprechen.<sup>328</sup> Trotzdem be-

<sup>326</sup> Murphy to Eisenhower, 20 August 1956, „Proposed US Answers to Questionnaire Concerning NATO“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>327</sup> Eisenhower to Murphy, 21 August 1956, DDEL, AWF, Dwight. D. Eisenhower Diary Series (DDE Diary), Box 17, August 1956 Miscellaneous (2).

<sup>328</sup> Makins-Holmes Meeting, 8 August 1956, PRO, FO 371/124814.

liess das US-Aussenministerium diesen Vorschlag in seiner offiziellen Antwort ans Komitee der Drei Weisen vom 27. August 1956.<sup>329</sup>

Politische Kommentatoren versuchten in den USA mit eigenen Ideen zur Debatte um die Zukunft der Nato beizutragen. Im Juli lancierte beispielsweise die *New York Times* eine dreiteilige Artikelserie von Cyrus Sulzberger. Darin kritisierte dieser das Ausbleiben einer verhältnismässigen Antwort der Nato auf das von Moskau neu geschaffene Klima einer Détente:

The permanent political organization of NATO was handicapped from the start. Member Governments show little spirit of teamplay when it comes to their individual problems. Therefore, because it has no real power, Lord Ismay's council is forced to pussyfoot.<sup>330</sup>

Sulzberger forderte von Washington konstruktive und innovative Ideen, um wieder eine imaginative Führungsrolle im Bündnis zu spielen und schlug vor, Washington könnte zum Beispiel jeweils den geschlagenen Präsidentschaftskandidaten für ein Jahr als Nato-Botschafter nach Paris schicken. Oder Eisenhower solle nach den Wahlen in den USA alle Staats- und Regierungschefs der anderen vierzehn Nato-Staaten nach Washington einladen, um die längerfristigen Probleme der Allianz zu diskutieren.<sup>331</sup>

Die britische Antwort fiel weniger durch neue Ideen auf, unterstützte aber moderate Reformen zur Verbesserung der politischen Konsultationen. Der Ständige Nato-Rat sollte sich stärker mit laufenden politischen Angelegenheiten befassen, die alle Mitgliedstaaten als Ganzes berührten. Dazu müssten die Nato-Botschafter in Paris grössere Vollmachten erhalten und besser über die politischen Absichten ihrer Regierung unterrichtet werden – wie dies bei Grossbritannien und der BRD bereits der Fall sei.<sup>332</sup> Insgesamt hatte sich London aber zu einer positiven Grundhaltung durchgerungen. Grossbritannien wollte die Allianz als ein permanentes Kooperations-Instrument zwischen den Nato-Staaten entwickeln und sie als Fokus westlicher Solidarität stärken. Der politischen Konsultation sollte mit frischen Ideen mehr Tiefe und Realität verliehen werden, um die atlantische Gemeinschaft als Ganzes zu stärken. London war entschlossen, eine führende Rolle dabei zu spielen, den Ständigen Nato-Rat als „Nervenzentrum der Allianz“ weiterzuentwickeln. Das Foreign Office charakterisierte den britischen Ansatz als „stark pragmatisch“, womit es meinte, dass London wie Washington keine neuen Regeln und Prozeduren einführen wollte, aber nichts dagegen hatten, das Nato-Forum verstärkt für politische Diskussionen zu verwenden.<sup>333</sup>

Frankreich war sogar bereit dazu, das Nato-Forum für weitgehende Konsultationen auch im wirtschaftlichen Bereich einzusetzen, so etwa für Diskussionen über wirtschaftliche Probleme auf einer Ad-hoc-Basis oder der Erarbeitung gemeinsamer Auslandshilfeprogramme im Kampf gegen den kommunistischen Einfluss in Drittweltländern.

<sup>329</sup> Martin (Paris) to Holmes (Washington), 14 August 1956, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Holmes (Washington) to Martin (Paris), 21 August 1956, *ibid.*; „US Answers to Questionnaire of Committee of Three“, 27 August 1956, 32 pp., USNA, RG 59, PPS, 1956, Box 108, Europe (1).

<sup>330</sup> Cyrus L. Sulzberger, „NATO I: Who Wants to Defend Himself?“, NYT (2 July 1956): 20.

<sup>331</sup> Cyrus L. Sulzberger, „NATO II: Leadership We Can Provide“, NYT (4 July 1956): 18; Cyrus L. Sulzberger, „NATO III: A Meeting at the Highest Level“, NYT (7 July 1956): 12. Vgl. zum öffentlichen Ruf nach Reformen in der Nato auch Wolfgang Freidman, „New Tasks for NATO?“, *International Journal* 2 (1956): 163.

<sup>332</sup> Bericht von der deutschen Botschaft in London ans AA, 10. Juli 1956, „Zukunft der Nato“, PAAA, Referat 301, Bd. 32, Zukunft der Nato.

<sup>333</sup> Circular FO Minute, 8 November 1956, „Use of the North Atlantic Council for Political Consultation,“ PRO, FO 371/124811 (ÜdV).

Die französische Regierung schlug vor, den Nato-Rat häufiger als bisher zu privaten, informellen Treffen einzuberufen, wo kein Protokoll geführt werde.<sup>334</sup>

Von den Mittelmächten setzten sich insbesondere die BRD und Kanada für eine stärkere politische Konsultation ein. Die Bundesrepublik wollte die Kompetenzen des Generalsekretärs noch deutlicher stärken als die USA oder Grossbritannien. Sie schlug in ihrer Antwort vor, in Entsprechung zur militärischen Jahresumfrage eine politische Jahresumfrage, eine *Political Annual Review*, einzuführen. Der Nato-Generalsekretär sollte einmal jährlich einen Bericht darüber verfassen, wie gut oder schlecht sich die einzelnen Mitgliedstaaten an die Verpflichtung zu verbesserter politischer Konsultation hielten. Zudem sollte bei Meinungsverschiedenheiten auf Antrag einer Mitgliedsregierung durch den Generalsekretär ein Vermittlungsausschuss aus drei Mitgliedern gebildet werden, und der Generalsekretär sollte ein Initiativrecht erhalten, um im Rat Probleme zur Sprache zu bringen, die sich einzelne Mitglieder nicht zu beantragen getrauten. Ausserdem sollten die Treffen des Ständigen Nato-Rats aufgewertet werden, indem alle zwei Monate hochrangige Vertreter der nationalen Aussen- und Verteidigungsministerien nach Paris reisen sollten, um der Konsultationspflicht nachzukommen. Bonn machte damit klar, dass es eine politische Integration und nicht bloss einen Meinungsaustausch anstrebte.<sup>335</sup>

Kanada forderte eine Informations- und Konsultationspflicht in allen Angelegenheiten, welche die Beziehungen der Nato-Staaten untereinander oder zur Sowjetunion tangierten. Kanada entwarf sieben Prinzipien für politische Konsultation, um unter den Nato-Staaten grössere Kohäsion in aussenpolitischen Fragen zu erreichen:

1. The NAC should be kept fully and promptly informed of any development in its geographic area. 2. Member governments have the responsibility of informing the council early on in the formation of any new foreign policy. 3. The council should recognize the right of members to raise a subject of common concern even if there is no unanimity on whether it was suitable for NATO discussion. 4. No decisions will be made by council until all pertinent information is available. 5. Members should refrain from making public political statements affecting the alliance until after consultation has taken place. 6. No members should firmly adopt new foreign policies until after consultation with other alliance members. 7. Members should consider the interests of other members when adopting new policies.<sup>336</sup>

Die Benelux-Staaten sowie die Türkei, Griechenland und Dänemark waren hingegen eher der Meinung, den Status quo beizubehalten. Gemäss der belgischen Einschätzung sollte die Nato keine bedeutende Rolle in wirtschaftlichen Belangen spielen. Diese Haltung reflektierte Spaaks jahrelanges Entstehen für Belgiens Integration in den europäischen Wirtschaftsraum, und die Nato sollte die geplante Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nicht konkurrieren. Auch die Wirtschaftshilfe an unterentwickelte Länder sollte, wie bisher, im UNO-Rahmen koordiniert werden. Einzig im Bereich politischer Konsultation wünschte Belgien eine Veränderung, die Nato-Rattreffen sollten eine grössere Anzahl von Themen diskutieren. Zudem sollten Ministerratstreffen

<sup>334</sup> „Summary of NATO Country Positions Outlined During September 1956 Interviews“, Pearson Papers, MG 26, no. 1, vol. 45-47, NATO Committee of Three File, zit. Sinasac, Three Wise Men, 76-83.

<sup>335</sup> Reply of the Government of the FRG to the Secretary-General of NATO, 23 August 1956, CT-D1, BA, NL Blankenhorn, Bd. 66. Laut Hallstein war für Adenauer die Antwort auf den Fragebogen „nicht ganz befriedigend“. Brief von Hallstein an Blankenhorn, 25. August 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 66. Blankenhorn war übrigens aus gesundheitlichen Gründen und wegen mehrerer Operationen ab Ende Mai nicht mehr involviert in den Prozess der Ausarbeitung der deutschen Position. Brief von Wickert an Blankenhorn, 10. September 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 67.

<sup>336</sup> Canadian Reply to Questionnaire, 30 July 1956, PRO, FO 371/124814. Vgl. Pearson, Memoirs II, 94f.

häufiger stattfinden, die Agendas kürzer und die Anzahl Vertreter pro Delegation kleiner sein.<sup>337</sup>

Auch Luxemburg war stärker an der wirtschaftlichen Integration Europas interessiert als an einer engeren atlantischen Partnerschaft. Island wollte hingegen, dass die Nato politische und wirtschaftliche Konsultation so stark wie möglich ausbauen konnte. Auch Griechenland schätzte die Idee von erweiterter politischer Konsultation und ging sogar soweit, ein „Fact-Finding Committee“ zur Streitschlichtung mit einer gewichtigen Mediationsrolle für den Nato-Generalsekretär vorzuschlagen. Die Türkei war zwar dafür, die wirtschaftliche Rolle der Nato auszuweiten, und befürwortete einen ökonomischen Krieg gegen den Ostblock. Wegen der Zypernfrage war die Türkei jedoch skeptisch, was den Aufbau eines allianzinternen Mechanismus zur Streitschlichtung betraf. Die holländische Delegation war zufrieden mit der Nato als Verteidigungsbündnis und fand, die Nato-Staaten bräuchten sich nicht für die militärische Rolle der Allianz zu entschuldigen. Holland lehnte alle Vorschläge zu einer stärkeren wirtschaftlichen Kooperation, einem Streitschlichtungsmechanismus und einem politischen Jahresrückblick ab. Auch Dänemark äusserte Vorbehalte bezüglich einer stärkeren politischen Konsultation in der Nato, da es jedem Mitglied selbst überlassen sein sollte, ob es seine Probleme im Nato-Rahmen diskutieren wolle. Portugal, eine der wenigen Diktaturen in der Nato, war gegen Streitschlichtungsmechanismen innerhalb der Allianz und wollte wenig überraschend innenpolitische Fragen von Nato-Konsultationen, die sie generell eher ablehnten, ausschliessen. Die portugiesische Delegation forderte für jedes Nato-Land ein Vetorecht für die Diskussion politischer Themen im Nato-Rat.<sup>338</sup>

Mit der Unterstützung von externen Experten, die als spezielle Berater angestellt wurden, verfassten die Drei Weisen im Oktober und November ihren Schlussbericht. Es war hauptsächlich ein kanadisches Dokument, basierend auf enger Zusammenarbeit zwischen Pearson und Lange, während Martinos Beitrag offenbar relativ klein war.<sup>339</sup> Der Bericht folgte im grossen Ganzen den amerikanischen Antworten auf den Fragebogen vom August 1956, abgesehen von Washingtons Idee von Ministerdelegierten, die nicht umgesetzt wurde. Aus den Vorschlägen Bonns für einen politischen Jahresrückblick und der amerikanischen Empfehlung für einen jährlichen Bericht zum Zustand der Allianz wurde der Vorschlag geboren, den Generalsekretär einen „Annual Political Appraisal“ verfassen zu lassen.<sup>340</sup>

<sup>337</sup> Summary of Belgian Reply, 31 August 1956, PRO, FO 371/124814. Vgl. zur Haltung Belgiens auch Macmillan, *Riding the Storm*, 76, sowie Jonathan E. Helmreich, *Belgium and Europe: A Study in Small Power Diplomacy* (The Hague: Mouton, 1976).

<sup>338</sup> „Summary of NATO Country Positions Outlined During September 1956 Interviews“, zit. Sinasac, *Three Wise Men*, 76-83. Zur türkischen Nato-Politik ganz allgemein vgl. Mehmet Gönlübol, „NATO and Turkey: An Overall Appraisal“, *Turkish Yearbook of International Relations* (Ankara: Üniversitesi, 1982); Ferenc Albert Váli, *Bridge Across the Bosphorus: The Foreign Policy of Turkey* (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1971).

<sup>339</sup> Vgl. das Interview mit Pearsons Sohn Geoffrey Pearson vom 27. September 1988, zit. Sinasac, *Three Wise Men*, 39. Geoffrey Pearson arbeitete damals in der kanadischen Botschaft in Paris und äusserte sich ziemlich abschätzig über den italienischen Aussenminister: „Martino, the Italian, was a medical doctor and was less interested, less knowledgeable about these issues. He happened to be the foreign minister of Italy but he was not a diplomat by trade. [...] The three of them were co-authors but nevertheless it was my father and Lange who were really the major idea men and Canada provided the staff and actually the drafting. [...] My father rewrote [the draft].“ Die Experten waren Prof. Lincoln Gordon (Harvard), Prof. Guido Carli (Rom) und Robert Major (Oslo).

<sup>340</sup> Holmes to Dulles, 30 November 1956, including „Atlantic Community Working Group Study on the Report of the Committee of Three on Non-Military Cooperation in NATO“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

Parallel zu den Nato-internen Studien zur Verbesserung der nicht-militärischen Zusammenarbeit im Bündnis suchte die Nato im Frühjahr und Frühsommer 1956 nach Wegen, um an den Ost-West-Abrüstungsverhandlungen in London zu partizipieren. Weil die Grundprobleme des Kalten Krieges in Europa an den Genfer Konferenzen nicht hatten gelöst werden können, verschob sich der Fokus der Ost-West-Verhandlungen zurück nach London, wo die UNO-Abrüstungsverhandlungen geführt wurden. Nachdem die Nato-Aussenminister Anfang Mai 1956 grundsätzlich grünes Licht für eine verbesserte politische Konsultation gegeben hatten, waren die Londoner Abrüstungsverhandlungen ein erster Testfall, wie ernst es den westlichen Grossmächten in der Praxis wirklich mit einer besseren politischen Zusammenarbeit in der Nato war. 1955 hatte die Kohäsion der Nato trotz der sowjetischen Détentepolitik recht gut bewahrt werden können. Als Bulganin und Chruschtschow im Frühjahr 1956 ihre Détentepolitik fortführten und an den „Geist von Genf“ vom Juli 1955 anknüpfen wollten, traten in der Nato hingegen erneut Desintegrationserscheinungen auf.

## 8. Das Ringen der Nato um Mitsprache bei der Abrüstungsfrage

London und Paris unterschieden sich von Washington in ihrer Haltungen zur Détente und waren im Frühjahr 1956 bereit, dem sowjetischen Interesse an einer Abkoppelung der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen vom Thema der Wiedervereinigung entgegenzukommen.<sup>341</sup> Solange unter den USA, Grossbritannien und Frankreich jedoch keine Einigkeit über die zentralen Probleme der Ost-West-Beziehungen bestanden, versuchten die westlichen drei Grossmächte Nato-Konsultationen zu vermeiden. Dies betraf insbesondere das Thema „Abrüstung“.

Für die Nato bedeutete der zunehmende Trend zum Bilateralismus, dass die 1955 aufkeimende politische Kooperation in der Allianz bereits wieder bedroht war. Ende März 1956 mehrten sich unter den Nato-Delegationen in Paris die Stimmen, welche von den in London beteiligten westlichen Staaten Informationen über die am 19. März wiederaufgenommenen UNO-Verhandlungen forderten, die bis am 4. Mai geführt werden würden. Besonders die BRD, Belgien und Italien verlangten Konsultationen im Nato-Rat über das Thema Abrüstung.<sup>342</sup> Während die USA ihre Bereitschaft zu einer Ratsdebatte signalisierten, waren Grossbritannien, Frankreich und Kanada strikte gegen eine Involvierung der Nato in der Abrüstungsfrage. Aufgrund nach wie vor ungelöster Differenzen zwischen dem amerikanischen und dem französisch-britischen Ansatz zogen es London, Paris und Ottawa vor, der Nato erst am Ministerrat im Mai 1956 darüber zu berichten, das heisst, nach Beendigung der UNO-Session in London.<sup>343</sup> Der US-Abrüstungsbeauftragte Harold Stassen war sichtlich enttäuscht darüber, dass in der Zwischenzeit kein Bericht an den Nato-Rat möglich war. Er fand, die Weltöffentlichkeit habe ein Recht auf Informationen über die Entwicklungen im UNO-Unterausschuss.<sup>344</sup>

Die in London nicht beteiligten Nato-Delegationen insistierten im April, dass sie mehr Informationen über die Londoner Diskussionen erhalten wollten. An der Sitzung

<sup>341</sup> Gustav Schmidt, „Die Auswirkungen der internationalen Krisen 1956 auf die Strukturen des ‚Kalten Kriegs‘“, in *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, ed. Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus (München: Oldenbourg, 1999), 639-688, 648f.

<sup>342</sup> Cheetham (Paris) to Hood (London), 22 March 1956, PRO, FO 371/123696; Steel (Paris) to FO, 27 March 1956, Tel. 236, PRO, FO 371/123969. Zur Londoner Session vgl. Appleby, Eisenhower and Arms Control, 127f.; Niederberger, *Making the Difference*, 186-194; Legault/Fortmann, *Diplomacy of Hope*, 127-131.

<sup>343</sup> Hood (London) to Steel (Paris), 5 April 1956, PRO, FO 371/123969.

<sup>344</sup> FO Minute by Jacomb, 26 March 1956, PRO, FO 371/123696.



des Ständigen Nato-Rats vom 11. April forderten Blankenhorn und der italienische Nato-Botschafter Adolfo Alessandrini einen Überblick über die Abrüstungsdebatte.<sup>345</sup> Vor der Ministertagung in Paris kam es jedoch im Nato-Rat zu den Londoner Abrüstungsverhandlungen zu keinen Konsultationen mehr.

Im Vorfeld der Frühjahrstagung in Paris wünschte Nato-Generalsekretär Lord Ismay eine Absprache unter den fünf westlichen Mächten, wer von ihnen zum Thema Abrüstung und den Londoner Verhandlungen sprechen werde. Dulles instruierte dazu die US-Verhandlungsdelegation in London klipp und klar: „I tend to prefer either UK or Canada for this role and not to favor France.“<sup>346</sup> Weshalb war Paris plötzlich die *bête noire* des westlichen Abrüstungszirkels? Frankreich stellte das Junktim zwischen der deutschen Frage und Abrüstung stärker in Frage, seit im Januar 1956 mit Guy Mollet als neuem Ministerpräsidenten eine sozialistische Regierung an die Macht gekommen war. In seiner Regierungserklärung vom 31. Januar hatte Mollet klar gemacht, dass Frankreich – als Lehre aus den Genfer Konferenzen – künftig der Abrüstung den Vorrang geben würde. Der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands sollte über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung führen.<sup>347</sup> Die Vorwürfe Mollets an den USA und seine Kritik an der Verhandlungsposition der grossen Drei gegenüber Moskau in der deutschen Frage schienen eine offene Abkehr einzuleiten von der gemeinsamen Politik auch im europäischen Bereich.<sup>348</sup> Frankreich war über den Verlauf der Londoner Abrüstungsgespräche sichtlich enttäuscht. Angesichts eines bevorstehenden Besuchs der französischen Minister in Moskau rechnete Aussenminister Christian Pineau damit, von den Sowjets für die westliche Haltung in der Abrüstungsfrage heftig attackiert zu werden. Er fand es deshalb wichtig, deutlich zu machen, dass die Sowjetunion und nicht etwa der Westen einem Abrüstungsabkommen im Wege stand.<sup>349</sup>

Auch die amerikanische Abrüstungsposition schien sich anfangs 1956 zu bewegen.<sup>350</sup> Dulles war es dabei jedoch vor allem wichtig, guten Willen zu demonstrieren und sich damit der Unterstützung der Alliierten zu versichern, da er die Abrüstungsverhandlungen in London primär als „Propagandaschlacht“<sup>351</sup> verstand:

We certainly must not end up in a situation where we have neither a viable disarmament agreement nor any allies. The desideratum is to recognize the fact that disarmament proposals are probably an operation in public relations rather than actual disarmament proposals.

<sup>345</sup> Steel (Paris) to FO, 11 April 1956, PRO, FO 371/123696.

<sup>346</sup> Dulles to Aldrich (London), Topol 6301, 20 April 1956, USNA, CF, Box 104, CF 693, NATO, Cables.

<sup>347</sup> *DzD* III/2/1, 72. Anfang April wurde Frankreichs Priorität der Abrüstung vor der deutschen Einheit auch in einem Interview in einer US-Wochenzeitschrift publik gemacht – und fand prompt den Beifall Chruschtschows. „France Tells Allies: Change Your Attitude“, *U.S. News and World Report* (6 April 1956): 47f. Vgl. zu Mollets Aussenpolitik: George-Henri Soutou, „Frankreich und das atlantische Bündnis, 1949-56“, in *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten*, hg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann (München: Oldenbourg, 2000), 209-239, 234-238. Zu Adenauers Kritik an Mollets Haltung in der Abrüstungsfrage siehe Brady, „United States, FRG, and Détente“, 212-215.

<sup>348</sup> „Frankreich und der Atlantikpakt“, *NZZ* (8.4.1956).

<sup>349</sup> Dulles (Paris) to DoS, 6 May 1956, Secto 33, USNA, RG 59, CF, Box 105, CF 699, NATO Meeting May 1956, Secto-ToSec.

<sup>350</sup> Vgl. dazu FRUS 1955-57 XX: 250-255, 260-268, 287-290. Ein neues Arbeitspapier Stassens vom 10.3.56 beinhaltete neben dem Luftüberwachungssystem („Open Skies“) und einem vagen Versprechen für eine schrittweise Reduktion im konventionellen Bereich einen Teststopp sowie einen de-facto Produktionsstopp von Nuklearwaffen. Ibid. XX: 355-359. Siehe Niederberger, *Making the Difference*, 170-181.

<sup>351</sup> Dulles (Paris) to DoS, 6 May 1956, Secto 33 (ÜdV).

Strategisch konnten die USA bei nuklearer Abrüstung aufgrund der sowjetischen Dominanz im konventionellen Bereich jedoch nur verlieren – darin bestand aus westlicher Sicht das Dilemma von Abrüstungsverhandlungen.<sup>352</sup> Allerdings hatte im Frühjahr 1956 auch Präsident Eisenhower das Gefühl, Rücksicht auf Frankreich und Britannien nehmen zu müssen. Anfang März warnte er vor einem Auseinanderbrechen des westlichen Lagers: „We need, in fact, to hold our allies. He made it clear that there must be a more concrete proposal, otherwise we may find France and even the United Kingdom aligned with the Russians against us.“ Als Admiral Arthur Radford, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, fand, er sehe nicht ein, weshalb die USA immer „nach der Pfeife der Franzosen und Briten pfeifen“ müssten, warnte Aussenminister Dulles vor der Gefahr, dass die USA in den anstehenden Abrüstungsverhandlungen in London von Grossbritannien und Frankreich isoliert würde.<sup>353</sup> Auch Eisenhowers Interesse an einem Abrüstungserfolg war im Wahljahr 1956 besonders gross – vor diesem Hintergrund war ein erstes Abkommen mit Moskau auch ohne Junktum zur deutschen Frage plötzlich nicht mehr undenkbar.<sup>354</sup>

In den rüstungspolitischen Debatten zwischen Washington, London, Paris und Ottawa sträubten sich Grossbritannien und Frankreich aufgrund der eigenen atomaren Ambitionen gegen die Nonproliferationsaspekte im amerikanischen Abrüstungsplan. Weitere innerwestliche Differenzen bezogen sich auf das Streitkräftemaximum einzelner nationaler Armeen.<sup>355</sup> Die Briten waren ziemlich frustriert über die mangelnde Bereitschaft der Amerikaner, „auch nur einen Soldaten abzurüsten.“ Der britische Abrüstungsspezialist Anthony Nutting glaubte, die Aussichten auf einen Erfolg in der Abrüstungsfrage seien „so gering wie noch nie zuvor“ und der UNO-Unterausschuss sei weitgehend zu einer „Übung im Kalten Krieg“ verkommen.<sup>356</sup> Vor dem Hintergrund der Differenzen zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich überrascht es nicht, dass insbesondere Grossbritannien und Frankreich im März und April noch keine Nato-Diskussionen über die westliche Abrüstungsposition wünschten.

Ein informelles Nato-Dokument der kanadischen, französischen, britischen und amerikanischen Delegationen über den Stand der Abrüstungsverhandlungen zog Ende April resigniert den Schluss, dass „das Jahrzehnt der Abrüstungsverhandlungen bisher

<sup>352</sup> FRUS 1955-57 XX: 290-304, 302.

<sup>353</sup> Eisenhower-Dulles-Hoover-Stassen-Robertson-Anderson-Radford-Taylor-Burke-Pate-Goodpaster Meeting, Washington, 1 March 1956, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 13, March 1956 Goodpaster (ÜdV). Zu Radford vgl. Arthur W. Radford, *From Pearl Harbor to Vietnam: The Memoirs of Admiral Arthur W. Radford* (Stanford, CA: Stanford University Press, 1980).

<sup>354</sup> Dies war auch die Einschätzung der französischen Regierung, vgl. DDF 1956 I, 595f., 696f., 718f.

<sup>355</sup> Vgl. zur britischen Haltung: Summary of Disarmament Subcommittee Proceedings, March 19 to April 17, n.d. [April 1956], PRO, FO 371/123696. Die von den USA vorgeschlagene Limite von 500'000 Mann für andere Staaten als die USA, UdSSR, China, Frankreich und Grossbritannien wurde von Kanada, Britannien und Frankreich als zu niedrig angesehen. Andererseits insistierte Washington auf der Marke von maximal 2.5 Millionen für die Streitkräfte der USA, der UdSSR und Chinas, wohingegen Britannien, Frankreich und Kanada mit dem sowjetischen Vorschlag von höchstens 1.5 Millionen einverstanden waren. Vgl. zu Grossbritannien auch John Baylis, *Ambiguity and Deterrence. British Nuclear Strategy, 1945-64* (Oxford: Clarendon Press, 1995); Saki Dockrill, „Retreat from the Continent? Britain's Motives for Troop Reductions in West Germany, 1955-58“, *Journal of Strategic Studies* 20, no. 3 (1997): 45-70. Zu Frankreich siehe Michael M. Harrison, *The Reluctant Ally: France and Atlantic Security* (Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1981), 46; Burkard Schmitt, *Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz, 1956-66* (München: Oldenbourg, 1998), 21-30.

<sup>356</sup> Nutting to Eden, 1 May 1956, PRO, FO 371/123696. Zu Nutting vgl. Anthony Nutting, *Europe Will Not Wait* (London: Hollis & Carter, 1960).

erst wenige konkrete Resultate gebracht hat.<sup>357</sup> In der Aussenpolitik der sowjetischen Kollektivregierung unter wachsendem Einfluss Chruschtschows erkannten die Osteuropa-Spezialisten der Nato-Länder vorerst als einzig neues Element eine gewisse Bereitschaft, mit den USA und Grossbritannien ausserhalb der Londoner Abrüstungsverhandlungen einen nuklearen Teststopp-Vertrag zu suchen.<sup>358</sup>

*Nato-Aussenminister debattieren die „friedliche Koexistenz“ anno 1956*

Während der Aussenministertagung in Paris vom 4./5. Mai 1956 widmete der britische Aussenminister Lloyd dem Besuch von Chruschtschow und Bulganin in London im April einen zwanzigminütigen Bericht. Lloyd schätzte die sowjetischen Führer als „entspannt und selbstbewusst“ ein: „They gave the impression that they sincerely desired a lessening of tensions.“<sup>359</sup> Allerdings konnte Lloyd über keinen Fortschritt in der Abrüstungsfrage berichten. Moskau bevorzuge offenbar unilaterale Abbaumassnahmen gegenüber einer internationalen Kontrolle. Die britische Regierung gewann aber durch den Besuch Chruschtschows und Bulganins den Eindruck, er könnte durchaus den „Beginn von verbesserten Beziehungen zwischen dem Sowjetblock und den westlichen Alliierten“ markieren.<sup>360</sup> Noch im März hatte Nato-Botschafter Steel davor gewarnt, Grossbritannien stehe in der Nato unter Verdacht, einen Handel mit Moskau auf Kosten der Allianz zu akzeptieren.<sup>361</sup> (Zunächst hatte die britische Regierung die Nato bereits im April über die Visite der sowjetischen Führer in London kurz informieren wollen, sich aber dann doch dagegen entschieden, den Ständigen Nato-Rat als „Informationszentrum“ in dieser Sache zu nutzen. Die Nato sollte erst am Ministerratstreffen über den Besuch der Russen informiert werden.<sup>362</sup> Kirkpatrick hatte sich ebenfalls gegen Nato-Konsultationen ausgesprochen: „The NATO Council should obviously not become the forum in which we expound British foreign policy. That should continue to be done through the ambassadors in London and our ambassadors abroad.“<sup>363</sup>)

Während die meisten europäischen Staaten die sowjetische Politik einer „friedlichen Koexistenz“ positiv beurteilten, blieb Italien äusserst skeptisch. Italiens Aussenminister Gaetano Martino fand, die Nato sollte keine Ost-West-Détente unterstützen, solange das deutsche Problem nach wie vor ungelöst bleibe.<sup>364</sup> Zudem warnte Martino einmal mehr vor der Gefahr eines Zulaufs zu kommunistischen Parteien in westeuropäischen Ländern für die Nato:

<sup>357</sup> Memorandum by Ismay, 28 April 1956, „Disarmament“, C-M(56)57, NA.

<sup>358</sup> Report, 8 March 1956, „Analysis of Trends of Soviet Policy“, NA, C-M(56)26. Die Nato-Experten betonten das wachsende Selbstvertrauen der sowjetischen Führer durch die zunehmende strategische Parität, das Wachstum der Wirtschaft, die Konsolidierung des sino-sowjetischen Blocks, die Stärkung neutralistischer Ströme und die Erfolge nationaler Befreiungsbewegungen. Report, 20 April 1956, „Trends of Soviet Policy“, NA, C-M(56)49. Vgl. auch Taubman, Khrushchev, 270-289; Adshubeij, Gestürzte Hoffnung, 403-462; Felken, Dulles und Deutschland, 342-249.

<sup>359</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 4 May 1956, 10:15 a.m., NA, C-R(56)20, 6f. (ÜdV); FRUS 1955-57 IV: 57-69, 58; DDF 1956 I: 768-778. Zum Besuch von Chruschtschow und Bulganin in London vgl. Taubman, Khrushchev, 355-358; Mark B. Smith, „Peaceful Coexistence at All Costs: Cold War Exchanges between Britain and the Soviet Union in 1956“, *Cold War History* 12, no. 3 (2012), 537-558.

<sup>360</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 4 May 1956, 10:15 a.m., 6f. (ÜdV).

<sup>361</sup> Steel (Paris) to Hood (London), 27 February 1956, PRO, FO 371/122814.

<sup>362</sup> FO Minute by Ward, 13 April 1956; Note by Ward, 19 April 1956, both in PRO, FO 371/122826.

<sup>363</sup> Handwritten comment by Kirkpatrick, 17 April 1956, PRO, FO 371/122826.

<sup>364</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 4 May 1956, 10:15 a.m., NA, C-R(56)20, 9-13.

NATO support of the present Russian policy of a theoretical „détente“ with the West might benefit the strategy followed by the Italian and French Communist Parties for the creation of a popular front in these countries, following the directives of Moscow.

Lediglich die südlichen Partnerländer von Portugal bis zur Türkei folgten der amerikanischen Linie einer vorsichtigeren ostpolitischen Haltung, während der französische Aussenminister Pineau, unterstützt von Grossbritannien und den Skandinavien, für ein weiteres Ausloten aller Kontaktmöglichkeiten mit Osteuropa eintrat.<sup>365</sup> Die Spaltung der Nato in der Frage, wie die sowjetische Aussenpolitik eingeschätzt wurde, wirkte sich auf das Schlusskommuniqué aus. Darin nahm die Nato einerseits Bezug auf die Erfolge ihrer Politik der Stärke, andererseits begrüßte sie die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz und die damit verbundene Détente:

The collective defence efforts of the Atlantic Powers have not been in vain. They have successfully deterred Soviet aggression in Europe and have contributed to the adoption by the Soviet Government of the so-called policy of co-existence. To the extent that this policy involves a certain easing of tension and the admission by the Government of the USSR that war is not inevitable, it is welcomed by the Atlantic Powers, who have always supported this idea.

Die Nato-Minister betonten jedoch, dass sie in ihrer Wachsamkeit nicht nachlassen könnten, solange politische Probleme wie die Wiedervereinigung Deutschlands ungelöst und noch kein Abrüstungsplan zwischen Ost und West abgeschlossen waren. Die Nato wollte deshalb ihre Einheit und Stärke bewahren; gleichzeitig war sie aber entschlossen, „friedfertige Initiativen“ zu lancieren: „[The Atlantic Powers] are determined to pursue these initiatives with the same energy that they displayed in building up their defence organization and with which this will be maintained.“<sup>366</sup> Die *Neue Zürcher Zeitung* hielt immerhin fest, dass erstmals eine Diskussion der Nato-Aussenminister über die sowjetische Politik mit einer gewissermassen positiven Note ausgeklungen war.<sup>367</sup>

Zum Thema der Londoner Abrüstungsverhandlungen, die am Nato-Rat nicht im Detail diskutiert wurden, wurde deutlich, dass Frankreich den sowjetischen Abrüstungsinitiativen deutlich mehr Vertrauen als die anderen Nato-Staaten schenkte. Unruhe im französischen Nordafrika und ein grosser Anteil Wähler, die für die Kommunisten stimmten (fast ein Viertel der Wählerschaft), liessen die französische Regierung Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR hervorheben und engere Beziehungen mit der Nato herunterspielen. Sowohl Belgiens Spaak als auch Norwegens Lange forderten mehr Informationen über die Londoner Abrüstungsverhandlungen.<sup>368</sup>

US-Aussenminister Dulles ärgerte sich in seinem internen Konferenzbericht an Eisenhower über die „Weichheit“ der Franzosen, welche mit Moskau einen möglichst engen kulturellen Austausch und wirtschaftlichen Handel betreiben wollten: „They opposed any unfriendly reference to the Soviet Union or to the continuance of a military threat. [...] All of the others were reasonably solid.“<sup>369</sup>

<sup>365</sup> FRUS 1955-57 IV: 75-84.

<sup>366</sup> Communiqué, 5 May 1956, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c560505a.htm> (21.6.2011). Vgl. zur ersten Erwähnung von Détente in einem Nato-Kommuniqué Pierre Harmel, „Forty Years of East-West Relations: Hopes, Fears, and Challenges“, *The Atlantic Community Quarterly* 35, no. 3 (1987): 259-269, 262.

<sup>367</sup> „Die Nato auf dem Wege zu neuen Aufgaben“, NZZ (6.6.1956).

<sup>368</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 4 May 1956, 3:30 p.m., NA, C-VR(56)21, 2-17. Vgl. FRUS 1955-57 IV: 72f.; DDF 1956 I: 777f. Vgl. auch Thoss, „Der Beitritt der BRD“, 213-216. Vgl. Sinasac, *Three Wise Men*, 30.

<sup>369</sup> FRUS 1955-57 IV: 76f.

*Zurück im Spiel: Konsultationen über die Bulganinbriefe vom Juni 1956*

Nach der Frühjahrstagung der Nato ergab sich in den Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West nichts Konkretes. Die Sowjetunion sperrte sich nach wie vor aus Angst vor einer westlichen Zielerfassung gegen Luftfotografie; zudem war sie auch gegen das westliche Credo, wonach ein wiedervereinigtes Deutschland ein Prärequisit für Abrüstungsmassnahmen darstellte.<sup>370</sup>

Am 30. Mai 1956 demonstrierte die erste längere substanzielle Diskussion des Ständigen Nato-Rats zum Thema Abrüstung, wie uneinig die Nato-Mitgliedstaaten in dieser Frage waren. Unter den westlichen Verbündeten bestanden gravierende Unterschiede bezüglich der grundlegendsten Prinzipien von Ost-West-Verhandlungen mit Moskau, insbesondere in der Frage, wie weit die Interessen der BRD vom Westen berücksichtigt werden sollten. Die Diskussion zeigte zudem, dass es hilfreich war, einen Experten vor Ort zu haben, der sich den kritischen Fragen der Nato-Delegationen stellen konnte. Der britische Vertreter im Londoner UNO-Unterausschuss, Ivor Pink, nannte die Arbeit von März bis Mai im Komitee trotz verbesserter Atmosphäre als „wirklich enttäuschend“, da die Sowjetunion alle westlichen Vorschläge abgelehnt habe. Die Ziele der Sowjetunion hätten sich 1956 mit dem Slogan „Ban Mass Armies“ um 180 Grad von ihrem Slogan von 1955, „Ban the Bomb“, abgewendet.<sup>371</sup> Die UdSSR hatte bereits 1955 ihre Truppen von 5.763 Millionen um 640'000 Mann auf 5.123 Millionen Mann reduziert. Am 14. Mai 1956 hatte Moskau zudem angekündigt, seine Streitkräfte bis zum 1. Mai 1957 um weitere 1.2 Millionen Mann zu verringern.<sup>372</sup> Letztlich, so glaubte Pink, ginge es der Sowjetunion darum, ohne politisches Opfer in der Wiedervereinigungsfrage durch eine Reduktion ihrer Streitkräfte einen wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen.

In der anschliessenden Diskussion übernahm Norwegens Nato-Botschafter Jens M. Boyesen die Führung. Er bedankte sich dafür, dass das Thema „Abrüstung“ auf der Nato-Agenda figuriere, weil es für alle Nato-Regierungen von direkter Relevanz sei. Norwegen war ja unter den westlichen Vertretern in den Londoner Abrüstungsverhandlungen nicht vertreten. Boyesen betonte in seiner kritischen Intervention, seiner Meinung nach sei Abrüstung gleichermassen ein „Kampf für die Öffentlichkeit“ wie ein „Kampf gegen Atomwaffen“. Er griff Spaaks Votum vom Ministerrat anfangs Mai auf, dass die Öffentlichkeit im Westen leider die Orientierung im „Abrüstungsdschungel“ verloren habe. Die westlichen Vorschläge seien zwar vernünftig, aber voluminös und schwierig zu verstehen, während die sowjetischen Ideen meist relativ simpel seien und daher über grösseren Propagandawert verfügten. Norwegen befürworte die sowjetischen Truppenkürzungen und würde auch einen Nuklearteststopp gutheissen. Entgegen der amerikanischen Behauptung, durch Nukleartests gehe keine Gefahr für Menschen aus,

<sup>370</sup> Für einen Überblick über den Stand der Dinge, vgl. Stassen to Eisenhower, 8 May 1956, DDEL, AWF, Administration Series, Box 35, Harold E. Stassen 1956 (3); FRUS 1955-57 XX: 393-400. Als grössten Fortschritt in der sowjetischen Verhandlungsposition eruierte Stassen die Bereitschaft zu einem Bodeninspektionssystem.

<sup>371</sup> NAC Meeting, Paris, 30 May 1956, 10:15 a.m., NA, C-R(56)27. Vgl. auch Steel (Paris) to FO, 30 May 1956, Tel. 389, PRO, FO 371/123701 sowie Krapf (Paris) ans AA, 17. Mai 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 32, Nato-Ratstagungen.

<sup>372</sup> Thomas W. Wolfe, *Soviet Power and Europe, 1945-70* (Baltimore: Johns Hopkins Press, 1970), 164ff. Vgl. Khrushchev, *Khrushchev Remembers*, 515f.; Richter, *Khrushchev's Double Bind*, 82; Garthoff, „Estimating Soviet Military Force Levels: Some Light from the Past“, *International Security* 14 (1990): 93-109. Neuere sowjetische Quellen gehen sogar von nur 4.8 Mio. Mann Truppenstärke der sowjetischen Streitkräfte im Jahre 1955 aus. Von den angekündigten Reduktionen um 640'000 Mann wurden bis Januar 1956 nur 340'000 durchgeführt. Evangelista, „Why Keep Such an Army?“, 4.

sei in norwegischem Schneefall im letzten Winter Radioaktivität gemessen worden. Generell sei Norwegen der Meinung, die Lösung politischer Probleme sollte nicht die Voraussetzung für Abrüstung darstellen müssen. Damit distanzierte sich Norwegen vom bisherigen Junktim zwischen Abrüstung und der deutschen Wiedervereinigung: „Was it wise to link so firmly disarmament and the solution of political issues? It was surely difficult to explain to the world that the German question was more easily solved on the basis of a high level of armaments than on a low level.“ Boyesen hielt sowohl Bulganins Kontrollposten-Vorschlag als auch die im Herbst 1955 entstandene Idee von überlappenden Radarketten für gute erste Abrüstungsschritte, denen der Westen sich mehr widmen sollte. Er stellte nochmals eine heikle Frage: „Was not the Bulganin proposal better than nothing? Control without disarmament would be a step forward.“

Norwegens Anliegen wurden von Belgien unterstützt, das ebenfalls einfachere westliche Vorschläge sowie das Vorziehen von Abrüstung forderte. Dagegen wehrten sich der deutsche, amerikanische und holländische Vertreter gegen eine Auflösung des Junktim zwischen politischen Lösungen und Abrüstung, das es ihrer Meinung nach unbedingt aufrecht zu erhalten galt. Pink stellte klar, dass Chruschtschow Luftüberwachung und Inspektionen stets als Spionagemassnahmen gebrandmarkt und Kontrolle ohne Abrüstung bisher immer abgelehnt habe.<sup>373</sup>

Die westliche Uneinigkeit war offensichtlich auch Moskau bekannt, denn Anfang Juni 1956 versuchte die sowjetische Regierung den Westen mit einer neuen Abrüstungsinitiative zu spalten. Am 6. Juni wandte sich Bulganin mit Briefen direkt an die USA, Grossbritannien, Frankreich, Kanada, Italien, die BRD und die Türkei und gab dem Westen die Schuld für den Stillstand in den Londoner Abrüstungsverhandlungen. In allen Briefen wurden die westlichen Staats- und Regierungschefs aufgefordert, dem sowjetischen Beispiel zu folgen und das Wettrüsten zu beenden und internationale Spannungen zu verringern, ohne auf die Unterzeichnung eines Abrüstungsabkommens zu warten. Der Westen sollte dem sowjetischen Beispiel von Truppenreduktionen in Ostdeutschland – 30'000 Mann – folgen, um der Lösung der deutschen Frage in einem ersten Schritt näherzukommen. Italien wurde als neues Mitglied des UNO-Unterausschusses für Abrüstung ermutigt, eine „aktive Rolle“ zu spielen und einen „positiven Einfluss“ im Komitee auszuüben.<sup>374</sup>

Indem die sowjetischen Führer ihre neue Initiative nicht nur gegenüber den USA oder den in London vertretenen Westmächten vorstellten, sondern auch an weitere Nato-Staaten adressierten, brachten sie die Nato wieder ins Spiel der Konsultationen um die westliche Abrüstungsposition. Offenbar versprach sich Moskau dadurch eine bessere Verhandlungsposition in London. Für die Nato bedeuteten die Bulganinbriefe jedoch zunächst einmal eine willkommene Gelegenheit, sich wieder aktiver in den Ost-West-Dialog der Grossmächte einzuschalten.

Die BRD, die USA sowie die Beneluxstaaten plädierten in der Folge dafür, den Ständigen Nato-Rat für die Ausarbeitung einer gemeinsamen westlichen Haltung zu den Bulganinbriefen zu verwenden und die westlichen Antworten zu koordinieren.<sup>375</sup> Gross-

<sup>373</sup> NAC Meeting, Paris, 30 May 1956, 10:15 a.m.; Steel (Paris) to FO, 30 May 1956, Tel. 389.

<sup>374</sup> DZD III/2/1, 452. Für eine vergleichende Analyse der verschiedenen Briefe siehe FO Minute by Mackenzie, 14 June 1956, „Comments on the Differences between Bulganin's Letters to the Various Heads of Governments,“ PRO, FO 371/123701. Im selben Dossier finden sich auch alle Briefe Bulganins.

<sup>375</sup> FRUS 1955-57 XVI: 107ff.; Steel (Paris) to FO, 15 June 1956, Tels. 94 and 441, PRO, FO 371/123700. DoS to Perkins (Paris), 13 June 1956, Topol 1580, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Zur US-

britannien wollte hingegen eine Diskussion der Bulganinbriefe verzögern, um den Sowjets vor der nächsten Session der UNO-Abrüstungskommission ab dem 3. Juli in New York keinen Propagandaerfolg zu gönnen.<sup>376</sup>

Der Ständige Nato-Rat befasste sich zwischen dem 15. und 25. Juni sowie am 2., 11. und 18. Juli an sieben Sitzungen intensiv mit den individuellen Antworten auf Bulganins Briefserie.<sup>377</sup> Die Diskussionen unter den Nato-Botschaftern machten klar, dass die USA nervös darüber waren, dass die sowjetischen Reduktionen in der Öffentlichkeit den Druck nach einer Anpassung auch der westlichen Streitkräfte vergrössern würden. Aus amerikanischer Sicht erschien der sowjetische Brief vorrangig als Versuch, die sowjetische Ankündigung vom 14. Mai betreffend sowjetischer Truppenkürzungen um 1.2 Millionen Mann propagandistisch auszunützen. Der amerikanische Nato-Botschafter Perkins behauptete, der sowjetische Abbau von Streitkräften sei nichts fundamental Neues, sondern die Sowjetunion würde nur dem westlichen Beispiel folgen: „We had disarmed after the war. They had not.“ Die USA fanden, die Nato sollte ihre Truppenstärke auf keinen Fall reduzieren, da der Westen dies bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges getan hatte. Die Reduktion in der DDR um 30'000 Mann sei nicht relevant, da diese Truppen unmittelbar hinter die DDR-Grenze zurückgezogen werden könnten, während ein amerikanischer Abzug aus der BRD die „Zerstörung des Sicherheitssystems der Nato“ bedeuten würde.

Perkins betonte, dass das grösste Hindernis für ein Abrüstungsabkommen die sowjetische Weigerung darstelle, Inspektion und Kontrolle zu akzeptieren. Der Westen würde jedoch keine unilaterale und unkontrollierte Abrüstung tolerieren. Perkins erhielt Unterstützung von seinem deutschen, belgischen und portugiesischen Kollegen, welche die sowjetischen Truppenreduktionen nicht für eine Abrüstungs-, sondern bloss für eine Modernisierungsmassnahme hielten.<sup>378</sup> Der italienische Botschafter forderte, Abrüstung solle mit politischen Themen, besonders der deutschen Wiedervereinigung, gekoppelt, konventionelle mit nuklearer Abrüstung verbunden werden, Kontrolle sei wichtig und sowjetische Reduktionen würden nicht unbedingt einer Reduktion des sowjetischen Militärpotenzials gleichkommen. Durch Umgliederung und Modernisierung werde die Kampfkraft der personell reduzierten sowjetischen Verbände wahrscheinlich kaum beeinträchtigt.<sup>379</sup>

Kanadas Nato-Botschafter Wilgress führte die Diskussion auf eine pragmatische Ebene. Er schlug vor, allgemeine Prinzipien für die Antwortbriefe an Bulganin zu diskutieren. Er hielt es nicht für nötig, die einzelnen nationalen Entwürfe im Detail zu prüfen, aber die westlichen Antworten sollten untereinander zumindest nicht inkonsistent sein. Zunächst stelle sich die Frage, wie umfangreich die westlichen Antworten ausfallen sollten. Kanada, so verriet Wilgress, würde in einer kurzen Antwort den Empfang des Briefes bestätigen und mitteilen, dass Ottawa den Vorschlägen im Brief Beachtung schenken werde. Zudem solle der Hoffnung Ausdruck verliehen werden, dass die Abrüstungsverhandlungen im UNO-Rahmen Gelegenheit für einen fruchtbaren Meinungsaustausch bieten würden und dass daraus ein gewisser Fortschritt auf dem Weg zu einem kontrollierten Abrüstungsabkommen resultieren würde. Eine längere Antwort könnte zudem auf frühere kanadische Äusserungen verweisen und die angekündigten

---

Position, wonach der Nato-Rat das beste Forum sei, um die westlichen Antworten auf die Bulganinbriefe zu harmonisieren, vgl. auch NAC Meeting, 18 June 1956, NA, C-R(56)31.

<sup>376</sup> FO to Steel (Paris), 14 June 1956, Tel. 261, PRO, FO 371/123700.

<sup>377</sup> NAC Meetings, Paris, 15 June – 18 July 1956, NA, C-R(56)30-40.

<sup>378</sup> Steel to FO, 15 June 1956, Tels. 94 and 441; DoS to Perkins, 13 June 1956, Topol 1580.

<sup>379</sup> NAC Meeting, 18 June 1956, NA, C-R(56)31 (ÜdV).

sowjetischen Reduktionen unter dem Vorbehalt begrüßen, dass für internationales Vertrauen ein Abkommen mit effektiven Kontroll- und Frühwarnsystemen notwendig sei.<sup>380</sup>

Auch die britische Regierung wollte auf den Bulganinbrief unbedingt positiv reagieren. Premier Eden wollte die sowjetischen Reduktionen begrüßen, denn seiner Meinung nach trugen sie zum Abbau internationaler Spannungen bei. London favorisierte jedoch ebenfalls eine kurze Argumentation, denn eine längere Antwort würde nur dazu führen, dass der Westen sich auf eine „Propagandaübung durch Korrespondenz“ (*propaganda exercise by correspondence*) einliesse.<sup>381</sup> In dem Entwurf von Edens Antwort wurde deshalb auf die bevorstehenden UNO-Verhandlungen in New York verwiesen und die sowjetischen Reduktionen in einen Bezug zu bereits vollzogenen oder zumindest angekündigten westlichen Reduktionen der Streitkräfte gestellt.<sup>382</sup>

Die détentefreundlichen Positionen Kanadas und Grossbritanniens waren jedoch innerhalb der Nato komplett isoliert. In privater Konversation mit dem britischen Nato-Botschafter Steel attackierte der US-Vertreter Perkins den britischen Briefentwurf heftig. Die USA fürchteten, andere Staaten würden dem britischen Beispiel folgen. Als der Nato-Rat den britischen Entwurf am 25. Juni diskutierte, erhielt Steel von den Nato-Botschaftern in einer „weitschweifenden“ Diskussion keine Unterstützung und war isoliert. Nicht nur die USA, auch Belgien, die Niederlande, die BRD und auch Frankreich – letzteres eher überraschend nach Mollets Ausscheren aus der westlichen Abrüstungsposition Anfang 1956 – wehrten sich gegen die zu positiven Passagen in Edens Entwurf. US-Botschafter Perkins fand, der britische Satz, die sowjetischen Reduktionen trügen zu einer Entspannung bei, würde fälschlicherweise implizieren, dass die unilaterale sowjetische Handlung tatsächlich die sowjetische Militärmacht reduzieren würde. Dabei würden neue Waffenarten wie Bomber, Jets und eine verstärkte Nuklearkapazität die sowjetische Stärke insgesamt eher erhöhen als reduzieren. In Bulganins Briefen sei zudem auch kein Verweis auf die Lösung anderer vitaler europäischer Probleme wie etwa die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Brite Steel stellte daraufhin die Grundfrage, ob die russische Geste wertlos sei oder doch einen gewissen symbolischen Wert habe. Wie Steel in der Ratsdebatte feststellen musste, fand sich in der Nato ein Konsens, wonach die sowjetischen Reduktionen ohne ein Abkommen und ohne Kontrollen keinen grossen Beitrag zur Abrüstung ausmachten. Grossbritannien und Kanada waren die einzigen Nato-Mitglieder, welche die sowjetische Handlung als einen echten Beitrag zu einer Détente auffassten.<sup>383</sup>

Sichtlich enttäuscht kommentierte der britische Abrüstungsexperte Pink die amerikanische Haltung zu den Bulganinbriefen mit den Worten, Washington wolle es offenbar um jeden Preis vermeiden, den Sowjets für ihre Handlungen Kredit zu geben. Zudem fürchteten die USA um die Konsequenzen, falls Grossbritannien im Rahmen der geplanten Streitkräfte-Reduzierungen auch die britischen Truppen in Deutschland reduzieren würden. Pink fand es jedoch extrem unrealistisch, dass die Amerikaner vorgaben, eine Reduktion der sowjetischen Streitkräfte um 1.2 Millionen, nach den Kürzungen im Vorjahr um 640'000 Mann, würde die Situation nicht verändern.<sup>384</sup>

<sup>380</sup> Cheetham (Paris) to FO, 19 June 1956, Tel. 457, PRO, FO 371/123701.

<sup>381</sup> FO to Steel (Paris), 21 June 1956, Tel. 289, *ibid.* (ÜdV).

<sup>382</sup> FO to Steel (Paris), 21 June 1956, Tel. 290, *ibid.*

<sup>383</sup> Steel (Paris) to FO, 25 June 1956, Tel. 101, *ibid.*

<sup>384</sup> FO Minute by Pink, 26 June 1956, „Replies to Marshal Bulganin's Letters on Disarmament,” PRO, FO 371/123701.



Die definitiven Antworten von Eden, Mollet, Adenauer und Eisenhower, die im Juli und Anfang August nach weiteren Konsultationen im Nato-Rat nach Moskau geschickt wurden, entsprachen schliesslich der deutsch-amerikanischen Linie, wie sie auch in den Konsultationen der Nato aufrechterhalten werden konnte, und stellten in ihren praktisch übereinstimmenden Formulierungen einen grossen Erfolg der Nato-Konsultationen dar. Besonders der britische Briefentwurf wurde nach der Diskussion in der Nato vom 25. Juni substanziell revidiert.<sup>385</sup> In diesem Sinne waren die Abrüstungskonsultationen in der Nato vom Mai/Juni 1956 ein gutes praktisches Beispiel für die parallel dazu diskutierte Stärkung der nicht-militärischen Kooperation im Bündnis.

Was die Weiterentwicklung der westlichen Abrüstungsposition betraf, herrschte nach der „Bulganinbrief-Episode“ hingegen fast fünf Monate lang Funkstille. Der Grund dafür lag einerseits in einer Kontroverse im US-Präsidentenwahlkampf von 1956. An einer Pressekonferenz rief Abrüstungsberater Harold Stassen nämlich Richard Nixon zum Verzicht als Vizepräsident auf und portierte an seiner Stelle den Gouverneur von Massachusetts, Christian A. Herter. Republikaner forderten daraufhin den Rücktritt Stassens als Sonderberater Eisenhowers, worauf der Präsident Stassen tatsächlich bat, sein Amt bis zur Nomination des Vizepräsidenten niederzulegen. Stassens Vertrauen in der Administration war nach seinem „Putschversuch“ gegen Nixon nachhaltig zerstört. Bewegung kam nur in die Frage eines Teststopps, nachdem sowohl der Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson als auch die britische Regierung einem Teststoppabkommen im April respektive Juni 1956 ihre Unterstützung zugesagt hatten.<sup>386</sup> Andererseits kam der grösste Widerstand gegen Abrüstungsverhandlungen mit Moskau immer noch vom deutschen Kanzler Konrad Adenauer, der um sein politisches Überleben bangte und seine Westintegrationsstrategie zunächst mit der Wiederbewaffnung der BRD erfolgreich abschliessen wollte. Die USA hatten dafür Verständnis, wie ein Eintrag Eisenhowers in sein Tagebuch im November 1956 – nach seiner erfolgreichen Wiederwahl – verrät: „Until Germany gets to a reasonable position of strength, it is too early to talk about disarmament.“<sup>387</sup>

Während die Ost-West-Abrüstungsdiskussion im Sommer 1956 blockiert war, kam es innerhalb der Nato an zwei Fronten zu ernststen Krisen. Einerseits litten die amerikanisch-deutschen Beziehungen an den Folgen eines Gerüchts, wonach die USA ihre Streitkräfte aus Europa abzuziehen gedachten; andererseits spaltete die Suezkrise im November 1956 die Nato in zwei Lager.

## 9. Transatlantische Beziehungsprobleme durch Radfordplan und Suezkrise

Als am 13. Juli auf der Frontseite der *New York Times* ein Artikel über eine mögliche Kürzung der US-Streitkräfte um 800'000 Mann erschien,<sup>388</sup> witterte der deutsche

<sup>385</sup> DzD III/2/2, 582f.; Brief von Mollet an Bulganin, 17. Juli 1956, *ibid.*, 622f.; Brief von Adenauer an Bulganin, 18. Juli 1956, *ibid.*, 622f.; Brief von Eisenhower an Bulganin, 2. August 1956, *ibid.*, 646f. Vgl. Legault/Fortmann, *Diplomacy of Hope*, 137. Vgl. auch „Wachsende Bedeutung der Abrüstungsfrage“, NZZ (9.9.1956).

<sup>386</sup> Matteson, Harold Stassen, 110-117.

<sup>387</sup> Eisenhower, Diary Entry, 21 November 1956, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 19, November 1956 Diary Staff Memoranda.

<sup>388</sup> Anthony Leviero, „Radford Seeking 800,000-Man Cut“, NYT (13 July 1956): 1, 8. Vgl. dazu auch Saki Dockrill, „No Troops, Please. We Are American: The Diplomacy of Burden-Sharing in the Case of the Radford Plan, 1956“, in *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, ed. Hans-Joachim Harder (München: Oldenbourg, 2000), pp. 121-136. Ältere Darstellungen der Krise sind Adenauer, *Erinnerungen* 3, 197-207; Grewe, *Rück-*

Bundeskanzler Adenauer im amerikanischen „Radford-Plan“ eine Untergrabung der westdeutschen Wiederbewaffnungsbemühungen und eine Sabotage seiner Nato-Politik überhaupt. Ein Briefwechsel zeigt eindrucksvoll, dass die legendäre Freundschaft zwischen Adenauer und Dulles auch grossen Belastungen ausgesetzt war.<sup>389</sup> Adenauer kritisierte, dass die amerikanische Politik negative Auswirkungen auf die Nato habe. Wenn die US-Truppen in Westeuropa verringert würden, „sei die Nato erledigt“. Damit die Nato nicht „senil“ werde, müsse ihr „neues Blut zugeführt und neue politische Kraft“ gegeben werden.<sup>390</sup> Auch noch Mitte September ärgerte sich Adenauer, der Radfordplan „mache ihm seine ganze Politik kaputt“ und „mit der Nato sei es aus.“<sup>391</sup>

Senator Walter George, seit Mai 1956 persönlicher Sonderbotschafter für die nicht-militärischen Aspekte der Nato, traf sich mit dem deutschen Aussenminister Brentano im September anlässlich des Interviews mit den Drei Weisen in Paris und gab ihm bei dieser Gelegenheit die Zusage Eisenhowers, ein Rückzug oder eine Verringerung der US-Streitkräfte in Europa sei nicht geplant, solange die Deutschen und die Nato mit deren Präsenz einverstanden seien. Brentano nahm die Rückversicherung Washingtons mit Erleichterung entgegen, forderte aber gleichzeitig eine Reform der Nato: „If one speaks of solidarity, NATO must also be transformed into a political institution in which all common political problems must be discussed.“<sup>392</sup>

Das transatlantische Misstrauen bestand aber nicht nur zwischen den USA und der BRD, sondern auch zwischen der BRD und den anderen Nato-Staaten. Denn die geplante Reduktion der Wehrpflicht in der Bundeswehr von 18 auf 12 Monate bereitete anderen Ländern, etwa Belgien, Norwegen, Holland und Dänemark, grosse Schwierigkeiten, wie an Sitzungen des Nato-Rats am 28. September und am 9. Oktober deutlich wurde. Dadurch würden, so fürchteten die anderen Nato-Regierungen, bereits bestehende „Wehrmüdigkeitserscheinungen“ in einem gefährlichen Masse verstärkt. Es wurde auch vermutet, die BRD wolle dadurch ihren industriellen Aufschwung nicht gefährden. Blankenhorn warnte Adenauer, verschiedene Ratsmitglieder hätten deshalb bereits von einer „Krise der Nato“ gesprochen. Er hoffte, die BRD werde das Vertrauen ihrer Alliierten wiederherstellen und die Diskrepanz zwischen den Zusagen und der Wirklichkeit in Bezug auf die Heerfrage überwinden.<sup>393</sup>

Die zweite und weitaus gravierendere Krise, welche die Nato Ende Oktober 1956 erschütterte, betraf die Invasion der ägyptischen Kanalzone beim Suezkanal durch britische und französische Streitkräfte nach dem von Israel mit dem Sinai-Vormarsch begonnenen israelisch-ägyptischen Krieg.<sup>394</sup>

---

blenden, 277f.; Schwarz, Adenauer 3, 291-296; Haftendorn, Sicherheit und Entspannung, 158-163; Werner L. Abelshauser, „The Causes and Consequences of the 1956 West German Rearmament Crisis“, in *NATO: The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe*, ed. Francis H. Heller, John R. Gillingham (Basingstoke: Macmillan, 1992), 311-334.

<sup>389</sup> Adenauer an Dulles, 22. Juli 1956, in: Schwarz, Adenauer II, 292-295; Dulles an Adenauer, 11. August 1956, in: Adenauer, Erinnerungen 3, 207-211. Vgl. auch Larres, „Eisenhower, Dulles und Adenauer“, 119-150.

<sup>390</sup> FRUS 1955-57 XXVI: 149ff. (ÜdV); Adenauer, Erinnerungen 3, 211-214.

<sup>391</sup> FRUS 1955-57 XXVI: 155f. Deutsche Version in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 67.

<sup>392</sup> Brentano-George et al. Meeting, 14 September 1956, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Eisenhower hielt in einer Sitzung vom 2.10.56 fest, dass ein Abzug zum gegenwärtigen Zeitpunkt für Adenauer „nicht zu akzeptierende“ schädliche Auswirkungen hätte und deshalb inakzeptabel sei. FRUS 1955-57 IV: 99-102.

<sup>393</sup> Brief von Blankenhorn an Adenauer, 9. Oktober 1956; Anhang zum Nachrichtenspiegel, 29. September 1956; beide in BA, NL Blankenhorn, Bd. 67.

<sup>394</sup> Für eine neuere Studie vgl. Thomas Freiburger, *Allianzpolitik in der Suezkrise* (Bonn: Bonn University Press, 2013). Siehe auch Saul Kelly and Anthony Gorst, *Whitehall and the Suez Crisis* (London: Frank

*Die Suezkrise als Testfall für politische Konsultationen*

Mit der aufziehenden Suezkrise hatte Kanadas Aussenminister Lester Pearson bereits nach der Nationalisierung des Suezkanals durch das ägyptische Staatsoberhaupt Gamal Abdel Nasser Ende Juli 1956 auf eine umfassende Informierung der Nato gedrängt. Kanada wollte das Bündnis für Koordinations- und Mässigungsimpulse eingeschaltet wissen.<sup>395</sup> London und Paris waren aber nicht an einer eingehenderen Suez-Diskussion im Nato-Rat interessiert, einzig an grösserer Solidarität durch die Nato-Partner. An der Nato-Ratssitzung vom 6. August teilten der britische und französische Botschafter nur gerade ihre Absicht mit, Truppen aus Mitteleuropa abzuziehen für den Fall eines militärischen Eingreifens im Nahost.<sup>396</sup> Pearson nannte die Sitzung deshalb „eine relativ bedeutungslose Übung in politischer Konsultation.“<sup>397</sup>

Das Thema „Suez“ war von den Briten überhaupt nur aufgrund grossen Drucks aus Washington und anderer Nato-Staaten auf die Agenda des Nato-Rats gesetzt worden.<sup>398</sup> Anfang August 1956 hatten viele Nato-Delegationen in Paris auf eine grössere Rolle der Allianz in der Suezfrage gedrängt. Besonders die Italiener waren aufgebracht über den Mangel an Konsultation. Martino überlegte gar, aus Protest vom Komitee der Drei Weisen zurückzutreten.<sup>399</sup> Die italienische Regierung war „äusserst aufgebracht“ darüber, dass sie in der Suezkrise von London, Paris und Washington nicht konsultiert worden war, obwohl Italien der fünftwichtigste Kanalbenutzer war.<sup>400</sup> Rom beklagte sich darüber, dass heikle Themen nicht angesprochen würden, sondern die Allianz vorgab, alles sei in Ordnung und eine Vogel-Strauss-Politik verfolgte.<sup>401</sup>

Der britische Aussenminister Lloyd teilte Washington Ende August mit, er wolle am 5. September vor dem Ständigen Nato-Rat über das Suezproblem berichten, und schlug deshalb einen ausserordentlichen Ministerrat vor. Das US-Aussenministerium machte allerdings keinen Hehl daraus, dass Dulles nicht daran teilzunehmen gedachte. Die USA hatten während der Übung der Drei Weisen kein Interesse daran, mit einer

---

Cass, 2000); W. Scott Lucas (ed.). *Britain and Suez: The Lion's Last Roar* (Manchester: Manchester University Press, 1996); Jonathan Pearson, *Sir Anthony Eden and the Suez Crisis: Reluctant Gamble* (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2003). Ein Artikel, der eine Analyse der Rolle der Nato während der Suezkrise verspricht, enttäuscht leider: W. Scott Lucas, „NATO, ‚Alliance‘, and the Suez Crisis“, in *Securing Peace in Europe*, ed. Beatrice Heuser and Robert O'Neill (New York: St. Martin's Press, 1992), 260-278. Einen besseren Überblick über die Suezkrise aus Nato-Perspektive bieten Richard E. Neustadt, *Alliance Politics* (New York: Columbia University Press, 1970); Douglas T. Stuart and William Tow, *The Limits of Alliance: NATO Out-of-Era Problems since 1949* (Baltimore: John Hopkins University Press, 1990), ch. 3; Elizabeth Sherwood, *Allies in Crisis: Meeting Global Challenges to Western Security*. New Haven: Yale University Press, 1990), 58-94; Fred Chernoff, *After Bipolarity* (Ann Arbor: University of Michigan Press, 1994), 143-148.

<sup>395</sup> Pearson, *Memoirs* II, 228f.

<sup>396</sup> Steel (Paris) to FO, 6 August 1956, PRO, FO 371/119089. Vgl. zur Suezkrise und Nato u.a. Schwartz, *NATO's Nuclear Dilemmas*, 59f.; Risse-Kappen, *Cooperation Among Democracies*, 83-104; Pearson, *Memoirs* II, 231.

<sup>397</sup> Pearson, *Memoirs* II, 229 (ÜdV).

<sup>398</sup> Cheetham (Paris) to FO, 4 August 1956, PRO, FO 371/119106; Steel (Paris) to FO, 28 August 1956, Tel. 156, PRO, FO 371/119174. Vgl. auch FO Minute by Bushell, 27 August 1956, „NATO and Suez“, *ibid.*

<sup>399</sup> Cheetham (Paris) to FO, 3 August 1956, PRO, FO 371/119106. Cheetham kommentierte zynisch, Martinos Rücktritt wäre an sich keine schlechte Sache, sollte aber nicht wegen der Suezfrage geschehen.

<sup>400</sup> Background Paper, D-11/51, 16 April 1957, „Italian Emphasis on Closer NATO Consultation“, USNA, RG 59, CF, Box 128, CF 871, NATO Ministerial Meeting, Bonn 2-4 May 1957, *Bilateral and Contingency* (1).

<sup>401</sup> UK Embassy in Rome to FO, 9 October 1956, PRO, FO 371/124811.

Suezdebatte im Nato-Rat einen Präzedenzfall für Nato-Konsultationen über Fragen ausserhalb des Nato-Vertragsgebietes zu schaffen – auch wenn viele andere Ausserminister wegen der gravierenden Situation nach Paris reisen würden, darunter neben Lloyd auch Kanadas Pearson, Belgiens Spaak und Frankreichs Pineau.<sup>402</sup> Dulles glaubte, durch Lloyds Auftritt in Paris könnte der Eindruck entstehen, die Nato würde sich des Suezproblems annehmen. Die USA wollten jedoch vermeiden, dass die Nato in Entscheide in der Suezkrise involviert wurde, weil sie um die extrem negativen Auswirkungen auf die Solidarität im westlichen Bündnis fürchteten.<sup>403</sup>

Die britische Regierung beharrte jedoch trotz der amerikanischen Bedenken auf Lloyds Besuch bei der Nato.<sup>404</sup> Lloyd wies in seinem Bericht vor der Nato am 5. September darauf hin, dass das Suezproblem ein „wahrhaftig internationales“ Problem sei, und dass eine ehrliche Diskussion in der Nato angebracht sei, wenn der Allianz Konsultation wirklich etwas bedeute.<sup>405</sup> Perkins, gerade zurückgekehrt aus Washington, war nicht der einzige, der sich weigerte, an der von Lloyd gewünschten Nato-Diskussion über die Suezkrise aktiv teilzunehmen. Washingtons Schweigen wurde geteilt von Dänemark, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Holland, Norwegen und Polen.<sup>406</sup> Pearson realisierte, dass die Nato in der Suezfrage geteilter Meinung war, und schlug deshalb – unterstützt von Spaak – die Übertragung des weiteren Krisenmanagements an den UNO-Sicherheitsrat vor.<sup>407</sup>

Spaak dankte London für die Involvierung der Nato, bedauerte jedoch, dass die britische Regierung den Konsultationsschritt nicht bereits früher unternommen habe.<sup>408</sup> Er erregte sich nach der Sitzung im Gespräch mit den Amerikanern Perkins und dessen Vize Edwin Martin lauthals über die zurückhaltende und bremsende amerikanische Haltung im Nato-Rat. Perkins hatte sich mit de Staercke vor der Sitzung abgesprochen, dass eine Nato-Diskussion über die nächsten Schritte in der Suezkrise der Allianz Schaden zuführen könnte. Spaak hingegen hielt das Suezproblem und die Suche nach einer diplomatischen Lösung für eine Angelegenheit von grösster Bedeutung für den Westen. Da eine Lösung der Suezkrise seiner Meinung nach von allen Nato-Staaten unterstützt werden musste, sollte die Krise auch in der Nato diskutiert werden. Spaak fand deshalb Nato-Konsultationen in diesem Falle als besonders dringend: „Otherwise the pretense that NATO has a political role, let alone that we might expand it, is completely hollow.“ Spaak ärgerte sich über Dulles' Schweigen in dieser Angelegenheit, nachdem dieser im Frühjahr in Paris noch für eine Stärkung der politischen Rolle der Nato eingetreten war.<sup>409</sup>

Mitte Oktober äusserte sich der US-Diplomat George Kennan gegenüber seinem deutschen Kollegen Albrecht von Kessel über die transatlantischen Spannungen. Ken-

<sup>402</sup> Murphy to Dulles, 28 August 1956, „NATO Consultation on Suez“, USNA, RG 59, CDF, 740.5; DoS to Perkins (Paris), 29 August 1956, Topol 305, USNA, *ibid.*

<sup>403</sup> Dulles to All US Diplomatic Posts, 31 August 1956, „Suez“, DepTel 822, USNA, *ibid.*

<sup>404</sup> Martin (Paris) to DoS, 30 August 1956, Polto 418, USNA, *ibid.*; DoS to Perkins (Paris), 30 August 1956, Topol 307, USNA, *ibid.*; Martin (Paris) to DoS, 31 August 1956, Polto 420, USNA, *ibid.* Vgl. auch „Diplomatische Aktivität in der Suezfrage“, NZZ (1.9.1956).

<sup>405</sup> Greenhill (Paris) to FO, 5 September 1956, Tel. 635, PRO, FO 371/119175.

<sup>406</sup> Perkins (Paris), 5 September 1956, Tel. 277, USNA, RG 59, CDF, 740.5; siehe auch FRUS 1955-57 IV: 117, Fn. 3.

<sup>407</sup> Jebb (Paris) to FO, 5 September 1956, PRO, FO 371/119127. Vgl. auch Pearson, *Memoirs* II, 233; Eden, *Memoirs*, 511.

<sup>408</sup> Greenhill (Paris) to FO, 5 September 1956, Tel. 635, PRO, FO 371/119175.

<sup>409</sup> Martin (Paris) to Timmons (Washington), 6 September 1956, „Spaak on Suez“, USNA, RG 59, CDF, 740.5/9-656. Vgl. Spaak, *Combat* I, 227-230.

nan fand, Dulles habe mit seiner „unmöglichen Behandlung“ der Engländer und Franzosen in der Suezfrage einen wirklichen Beitrag zur Einigung Europas geleistet.<sup>410</sup> Kennan erwies sich einmal mehr als guter Prophet – tatsächlich führte die Suezkrise von Ende Oktober und Anfang November 1956 zu einer schweren Krise zwischen den USA auf der einen Seite und Grossbritannien und Frankreich auf der anderen Seite. Im Schatten der Suezkrise näherten sich dagegen die Positionen der Kontinentaleuropäer an, insbesondere begann die historische Annäherung zwischen den ehemaligen Erzfeinden Frankreich und West-Deutschland. Weil diese allerdings vor allem auf gemeinsamem Misstrauen gegenüber den USA beruhte, führte die Suezkrise die Nato in eine schwere Krise.

*Die Nato und die Suezkrise: Nicht-Konsultation par excellence*

Im Zusammenhang mit der britisch-französischen Militäraktion vom 31. Oktober 1956, die ohne Konsultationen mit den Nato-Verbündeten erfolgte, und der scharfen amerikanischen Reaktion appellierte Nato-Generalsekretär Ismay in einer Sondersitzung am 1. November an alle Mitgliedstaaten, die Solidarität innerhalb der Nato zu bewahren und den Riss in der Allianz nicht zu erweitern, sondern zu schliessen. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass der Nato-Vertrag nicht zur Anwendung käme, da kein Mitglied der Nato attackiert worden sei. Problematisch sei hingegen, dass weder Grossbritannien noch Frankreich ihre Nato-Alliierten vor der Militäraktion konsultiert hatten. Parodi und Steel versuchten das britisch-französische Eingreifen zu erklären und zu rechtfertigen. Die Vertreter der USA, Italiens, Norwegens, Dänemarks, Belgiens, Griechenlands und Kanadas drückten hingegen ihr Bedauern und ihre tiefe Besorgnis über den französisch-britischen Schritt aus. Der Nato-Rat beschloss, während der Krise häufig, wenn notwendig täglich zum Informationsaustausch und zu Konsultationen in Geheimsitzungen zusammenzutreten.<sup>411</sup>

Die Nato hielt sich in den folgenden Tagen aber aus der Krise weitgehend heraus und konnte so vermeiden, dass an die Öffentlichkeit gelangte, wie sehr die Suezkrise die Allianz politisch spaltete, wie die damaligen privaten Aufzeichnungen des deutschen Nato-Botschafters Blankenberg verraten. Während sich die USA, Italien, Norwegen, Dänemark und Kanada eindringlich gegen die britisch-französische Intervention aussprachen, äusserten die Niederlande und Belgien laut Blankenhorn zunehmend eindeutige Sympathien für die Militäraktion. Die BRD, Luxemburg, Griechenland, die Türkei und Portugal verhielten sich im Wesentlichen neutral. Blankenhorn selbst versuchte nach eigenen Angaben, eine totale Isolierung Grossbritanniens und Frankreichs und damit für den Nato-Rat in Zukunft nachteilige Folgen zu vermeiden – auch wenn er damit der englischen und französischen Seite half. Auch Ismay und Perkins versuchten, Gegensätze auszugleichen und den Diskussionen ihre Schärfe zu nehmen. Die Nato-Besprechungen über die Suezkrise zeigten jedoch laut Blankenhorn, dass die Allianz noch weit davon entfernt war, wirklich wirksam zu sein. Die Erörterungen im Nato-Rat

<sup>410</sup> Gesprächsprotokoll zwischen von Kessel und Kennan, Washington, 10. Oktober 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 67.

<sup>411</sup> Fernschreiben Nr. 253 von Krapf (Nato Paris) ans AA, 1. November 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 32, Nato-Ratstagungen. Die Eisenhower-Regierung machte sich ernste Sorgen über die zukünftige Entwicklung der Nato und verhehlte auch ihre tiefe Enttäuschung darüber nicht, dass ihre europäischen Verbündeten sie hintergangen hatten. Fernschreiben Nr. 1197 von Krekeler (Washington) ans AA, 1. November 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 32, Zukunft der Nato. Zu Ismays Haltung vgl. Jordan, The NATO International Staff / Secretariat, 72.

gaben die Uneinigkeit der Mächte wieder und zeigten, wie unvollkommen die politische Organisation der Nato war.<sup>412</sup>

Washington blieb weiterhin bei der Haltung, das Bündnis aus dem Suezkonflikt herauszuhalten, um die Allianzkrise nicht noch zu verschärfen. Nachdem am 1. November die Rote Armee in Ungarn einmarschiert war, um die ungarische Revolutionsbewegung zu unterdrücken – Polen hingegen entging Ende Oktober knapp einer sowjetischen Intervention –,<sup>413</sup> hielt Eisenhower fest: „Must not get NATO involved in this present situation – we will work on NATO later.“<sup>414</sup> Eisenhower war besorgt über die Gefahr einer Eskalation der Suezkrise zu einem dritten Weltkrieg.<sup>415</sup> Zusammen mit der Sowjetunion erzwangen die USA jedoch am 5. November im UNO-Sicherheitsrat einen sofortigen Waffenstillstand in Ägypten. Die Suezkrise konnte damit entschärft werden.

### *Auswirkungen der Suezkrise auf die Nato*

Die sich überstürzenden Ereignisse der Doppelkrise von Suez und Ungarn beeinflussten die Abschlussphase der Arbeit der Drei Weisen. Am 6. November versicherte Dulles in einem Zirkulartelegamm an die US-Botschaften in den vierzehn Nato-Staaten, dass die USA der Nato nach wie vor grösste Bedeutung beimessen und dass die politische Konsultation sowie generell die Zusammenarbeit im nicht-militärischen Bereich im Bündnis gestärkt werden sollten. Die Botschafter wurden angewiesen, den Propagandaeffekt der sowjetischen Intervention in Ungarn gehörig auszuschlachten:

No opportunity should be lost to drive home the meaning of the events in Hungary of the last few days. Nothing could better illustrate the fact that the threat to NATO security [...] still exists today than the brutal and bloody Russian military action in Hungary. The recent threat of an active Soviet military intervention in Egypt should also provide a powerful stimulus to tightening the cohesion of the Atlantic alliance.<sup>416</sup>

Dies war auch die Haltung der Adenauer-Regierung, die sich vor allem daran störte, dass die Vorgänge in Polen und Ungarn durch die Suez-Intervention in den Hintergrund des Weltinteresses gedrängt wurden und dass damit nicht mehr nur der Sowjetunion

<sup>412</sup> Aufzeichnung von Blankenhorn, 14. November 1956; Tagebucheintrag Blankenhorns, 6. November 1956; beide in BA, NL Blankenhorn, Bd. 69. Vgl. auch Perkins (Paris), 4 November 1956, Polto 994, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. zur Spaltung der Allianz durch die Suezkrise auch C. M. Woodhouse, „Attitudes of NATO Countries Towards the United States“, *World Politics* 10, no. 2 (1958): 202-218, 210, 217f.

<sup>413</sup> Zu den Vorfällen in Polen und Ungarn siehe v.a. den ausgezeichneten Sammelband: Winfried Heinenmann und Norbert Wiggershaus (eds.), *Das Internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez* (München: Oldenbourg, 1999), besonders die Beiträge von Saki Dockrill, Beatrice Heuser, Christian Ostermann, Gerhard Wettig, Bruno Thoss und Gustav Schmidt. Vgl. auch Csaba Békés, *The 1956 Hungarian Revolution and World Politics* (Washington, DC: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 1996); Inge Kirchseisen (Hg.), *„Tauwetter ohne Frühling“: Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationalen Krisen* (Berlin: Berliner Debatte/GSFP, 1995); Csaba Békés, Malcolm Byrne, and Christian Ostermann (eds.), *The Hidden History of Hungary 1956: A Compendium of Declassified Documents* (Washington: National Security Archive, 1996).

<sup>414</sup> Eisenhower to Hoover, 2 November 1956, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 19, November 1956 Phone Calls.

<sup>415</sup> Eisenhower-Adams-Hoover-Phleger-Hagerty-Hughes Meeting, 5 November 1956, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 19, November 1956 Diary, Staff Memos.

<sup>416</sup> Hoover to All Diplomatic Posts, 6 November 1956, Circ. Tel. 362, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Adenauer wurde von Eisenhower persönlich versichert, dass die USA entschlossen seien, alles zu tun, um in Zukunft zu einer erneuten Stärkung der Allianz beizutragen. Fernschreiben Nr. 224 von Krekeler (Washington) ans AA, 7. November 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 32, Zukunft der Nato.

Machtpolitik vorgeworfen werden konnte.<sup>417</sup> Hingegen hatte Adenauer sich an der Nicht-Konsultation durch Grossbritannien und Frankreich weniger gestört, im Gegenteil hatte er Mollet und Eden auf diplomatischem Weg sogar zur Suez-Intervention gratuliert. Adenauer war vielmehr schockiert von Eisenhowers Weigerung, seine Nato-Alliierten in der Krise zu unterstützen. Der deutsche Bundeskanzler hiess Nato-Botschafter Blankenhorn den Ständigen Nato-Rat am 2. November die deutsche Unterstützung für London und Paris zu erklären.<sup>418</sup> Steel und Parodi nahmen Adenauers Haltung mit grosser Erleichterung, „ja mit Freude“ auf. Blankenhorns Bericht an Adenauer gibt die deutsche Haltung zur Suezfrage unverblümt wieder:

[E]s ist der unverständlichen amerikanischen Politik auch im Nato-Rat gelungen, alle mit wenigen Ausnahmen – zu diesen gehören Holland und Belgien – gegen die französisch-britischen Massnahmen einzunehmen. Ich glaube aus verschiedenen Anzeichen entnehmen zu können, dass die amerikanische negative Haltung sich bereits zu lockern beginnt und dass man einsieht, welche Dummheit man begangen hat, im Verfahren vor der UNO mit den Russen zusammenzugehen.<sup>419</sup>

Auch während eines Staatsbesuchs in Paris am 6. November liess Adenauer seinem Misstrauen gegenüber Eisenhower freien Lauf und kritisierte den Mangel einer klaren aussenpolitischen Führung in Washington. Der Kanzler verurteilte den völligen Mangel an Einmütigkeit der atlantischen Hauptmächte USA, Grossbritannien und Frankreich. Er vermutete eine amerikanisch-sowjetische Aufteilung der Welt und eine globale gemeinsame Konfliktlösung der beiden Superstaaten. Dafür hätten die USA die Führung in der Nato aufgegeben; ihr Interesse an Europa sei seit langem zurückgegangen. Der Kanzler wollte aus diesem Grund die europäische Zusammenarbeit intensivieren. Adenauer zweifelte daran, ob die USA bei einem sowjetischen Raketenangriff auf Grossbritannien und Frankreich, wie ihn Bulganin in einem von Chruschtschow entworfenen Brief auf dem Höhepunkt der Suezkrise angedroht hatte, ihre Verpflichtung zur Verteidigung Europas erfüllen würden. Auch an der Suezkrise sei Washington schuld wegen der Verweigerung der Finanzierung des Assuan-Staudamms.<sup>420</sup> Adenauer äusserte sich äusserst despektierlich über den amerikanischen Präsidenten – der am selben Tag in den USA als Präsident wiedergewählt wurde: „Eisenhower denkt sehr primitiv.“<sup>421</sup>

In einem Gespräch mit dem amerikanischen Senator Green bezeichnete Adenauer Mitte November den „amerikanischen Verrat an der Nato“ in der Suezkrise als das deutlichste Symptom für die mangelnde Aufmerksamkeit, welche Washington der Allianz in der jüngeren Vergangenheit gewidmet habe. Die fehlende amerikanische Führungsrolle in der Nato habe die Einheit des Bündnisses ernsthaft untergraben. Adenauer glaubte,

<sup>417</sup> Memorandum des Auswärtigen Amtes, 31. Oktober 1956, „Beurteilung der internationalen Lage“, zit. Cabalo, Politische Union Europas, 43.

<sup>418</sup> Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler, 200; FO Minute by Rose, 7 November 1956, PRO, FO 371/124513.

<sup>419</sup> Brief von Blankenhorn an Adenauer, 3. November 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 69. Bereits Mitte Oktober fand das Auswärtige Amt, die europäischen Ländern sollten in Zukunft im Rahmen der WEU ihre Aussenpolitik besser koordinieren. Zur Lösung gewisser Probleme könne es vorteilhafter sein, „weder die UdSSR noch die USA in erster Instanz zu bemühen“. Aufzeichnung, 19. Oktober 1956, „Abschluss eines diplomatischen Konsultativpaktes im Rahmen der WEU“, PAAA, MB, Bd. 62, NATO Bd. 1 (1955-59).

<sup>420</sup> DDF 1956 III, 231-238; Tagebucheintrag Blankenhorns, 6. November 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 69. Vgl. auch Bruno Thoss, „Die Doppelkrise von Suez und Budapest in ihren Auswirkungen auf Adenauers Sicherheits- und Europapolitik 1956/57“, in *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, hrsg. von Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus (München: Oldenbourg, 1999), 573-588. Vgl. auch Cabalo, Politische Union Europas, 33-45.

<sup>421</sup> Handschriftliche Notizen Grewes, 6. November 1956, PAAA, NL Grewe, Bd. 4, Pol. Abt. 1956.

die Sowjetunion habe diese Situation einer Allianzkrise im Westen mit ihrer stärkeren Involvierung im Nahen Osten und mit ihrer Intervention in Ungarn schamlos ausgenutzt. Der Bundeskanzler beklagte sich bei Green über den schäbigen Zustand der Nato, war aber bereit, alles in seiner Macht stehende dafür zu tun, die Allianz wieder stärker zusammen zu kitten, da die Zukunft Deutschlands davon abhinge.<sup>422</sup>

Allerdings schien sich Adenauer wenig später wieder auf den politischen Grundkonsens der Nato zurückzubedenken. In einem Brief an Eisenhower schlug er jedenfalls eine engere politische Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen den Nato-Staaten vor, um ihre Gemeinschaft zu demonstrieren. Adenauer spekulierte, dass die Suezkrise nicht passiert wäre, wenn die Methoden politischer Konsultation in der Nato bereits weiter vorangeschritten gewesen wären.<sup>423</sup> Eisenhower antwortete Ende November, dass Konsultationsmechanismen allein jedoch nicht genug seien – sie müssten auch angewandt werden.<sup>424</sup> In einer Vorbesprechung des Dezembertreffens des Atlantikrats mit Brentano, Hallstein und Blankenhorn gestand Adenauer aber Anfangs Dezember immer noch, dass er „sehr beunruhigt“ sei. Er habe den Eindruck, dass die Nato „noch viel kränker“ sei, als er geglaubt habe.<sup>425</sup>

Suez hinterliess also in den allianzinternen Beziehungen einen Scherbenhaufen; und der Bericht der Drei Weisen und das Nato-Treffen im Dezember sollte die Nato aus dem Schatten der Doppelkrise von Suez und Ungarn führen.

## 10. Transatlantische Schadensbegrenzungen und der Bericht der Drei Weisen

Die Suezkrise fiel mitten in die Endphase des Berichts der Drei Weisen. Der norwegische Aussenminister Halvard Lange war „so schwer deprimiert“, dass er das Projekt der Drei Weisen ganz aufgeben wollte. Sein kanadischer Kollege Lester Pearson hingegen wollte die Suezkrise in den Bericht aufnehmen und deshalb die Einleitung des Berichts nochmals überarbeiten.<sup>426</sup>

Pearson, Lange und Martino begleiteten die Übermittlung ihres am 14. November in New York revidierten Berichts an die Regierungen drei Tage später mit einem kritischen Brief. Darin sprachen sie von einer Verschlechterung der Lage seit der Suezkrise und davon, dass die Einheit der Nato dadurch ernsthaft gefährdet worden sei.<sup>427</sup> Die drei Weisen, so prophezeite Edwin Martin von der amerikanischen Nato-Mission in Paris, gedachten die Diskussion um ihren Bericht am Dezembertreffen dazu zu verwenden, die Krise und Spaltung der Nato durch die Suezkrise mit dem Fokus auf verstärkten nicht-militärischen Funktionen der Allianz zu überwinden.<sup>428</sup>

Dulles und das US-Aussenministerium spielten Anfang November ernsthaft mit dem Gedanken, wegen der Suez- und Ungarnkrise das Aussenminister-Treffen der Nato auf Anfang Januar 1957 zu verschieben. Ein Konsens innerhalb der Nato über die Im-

<sup>422</sup> Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen Adenauer und Green, 16. November 1956, zit. Jill D. C. Kastner, „The Ambivalent Ally: Adenauer, Eisenhower, and the Dilemmas of the Cold War, 1953-60“, unpublished Ph.D. dissertation (Harvard University, 1999), 160.

<sup>423</sup> Adenauer to Eisenhower, 19 November 1956, DDEL, AWF, ITM, Box 14, Adenauer: Chancellor 1956 (2).

<sup>424</sup> Eisenhower to Adenauer, 30 November 1956, *ibid.*

<sup>425</sup> Brief von Adenauer an Brentano, 4. Dezember 1956, BA, NL Brentano, Bd. 156.

<sup>426</sup> Merchant (Ottawa) to DoS, 11 November 1956, Tel. 216, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Siehe zu Langes Frustration auch Bronebakk, „Enough is too much“, 15.

<sup>427</sup> „Letter of Transmittal of the Report of the Committee of Three“, 17 November 1956, NA, C-M(56)126.

<sup>428</sup> Martin (Paris) to DoS, 29 November 1956, Polto 1263, USNA, RG 59, CDF, 740.5.



plikationen von Ungarn und Suez sowie über den Bericht der Drei Weisen würde dann eher möglich sein als Mitte Dezember 1956. Die Vorbereitungsarbeiten in Washington waren aufgrund der Doppelbelastung durch die Suez- und Ungarnkrise in der Tat komplett vernachlässigt worden. Ausserdem hatte sich Dulles am 3. November einer Operation unterziehen müssen, und es war unklar, ob er im Dezember bereits nach Paris würde reisen können.<sup>429</sup> Eisenhower erklärte sich damit einverstanden, die Nato-Tagung zu verschieben.<sup>430</sup> Die Idee wurde allerdings wieder verworfen, und am 26. November wurde auch klar, dass Dulles sich genügend gut von der Operation erholt hatte, um nach Paris reisen zu können.<sup>431</sup> Anfang Dezember wurden die anderen Nato-Delegationen jedoch informiert, dass mit Rücksicht auf Dulles' Gesundheitszustand keine Sitzung länger als zwei Stunden dauern solle und dass die Erklärungen ihrer Aussenminister entsprechend gekürzt werden sollten.<sup>432</sup>

Die Ministerratstagung der Nato vom 11. bis 14. Dezember in Paris stand ganz im Zeichen des Berichts der Drei Weisen und der Suezkrise, wo erst drei Wochen vor Beginn der Nato-Tagung die letzten kriegerischen Handlungen beendet werden konnten. Dulles betonte bei seiner Ankunft in Paris die Wichtigkeit, die stark gebeutelte Einheit der Allianz wiederherzustellen: „It is our firm resolve to find a means of burying past discords and opening the way to a fruitful and peaceful cooperation.“<sup>433</sup>

Am Atlantikrat fanden sich der britische und französische Aussenminister einer breiten Phalanx von Kritikern ihrer Suezaktion gegenüber. Wie Dulles unterstrich der italienische Aussenminister Martino eingangs in seiner Funktion als Vorsitzender, es sei nun die wichtigste Aufgabe der Aussenminister, die Einheit der Nato unter allen Umständen zu bewahren:

He stressed the deep concern which all must feel about the present situation, recalling that events had demonstrated that the security of NATO was incomplete if co-operation failed to take account of spheres of action beyond the Alliance.<sup>434</sup>

Was die Intentionen Moskaus betraf, herrschte einmütige Übereinstimmung darin, dass die Détente von 1955/56 mit der sowjetischen Intervention in Ungarn zu einem vorläufigen Ende gekommen sei. Selbst ein traditionell gemässigter Politiker wie der norwegische Aussenminister Lange konstatierte nun resigniert, dass die Ungarnkrise jegliche Illusionen einer Détente zerstört habe.<sup>435</sup> Sein dänischer Amtskollege Hansen fügte hinzu: „The cold war continued, and tension between East and West had renewed.“ Am klarsten äusserte sich der Stimmungswandel in der Allianz in der Argumentation des neuen holländischen Aussenministers Joseph Luns:

Recent developments had increased the tension between Russia and the rest of the world. [...] Events in Hungary had shown that there was no need for NATO to apologize for its military

<sup>429</sup> MacArthur II to Hoover [Acting Secretary of State], 9 November 1956, „Desirability of Postponing December Ministerial Meeting of North Atlantic Council“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/11-956.

<sup>430</sup> Eisenhower-Dulles Meeting, 12 November 1956, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 4, Meetings with Eisenhower 8-12/56 (3).

<sup>431</sup> Hoover to All Diplomatic Posts, 26 November 1956, Circ. 438, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>432</sup> Aufzeichnung von Baudissin, 3. Dezember 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 37, Ministerratstagungen. Die formellen Ministerratssitzungen sollten auch kürzer sein, um bilaterale Treffen von Dulles mit Lloyd und Pineau zu ermöglichen. Vgl. Jordan, *The NATO International Staff / Secretariat*, 72.

<sup>433</sup> *The Times* (10 December 1956).

<sup>434</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 11 December 1956, 10:30 a.m., NA, C-R(56)69-I, 4f.

<sup>435</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 11 December 1956, 11:00 a.m., NA, C-R(56)69-II, 4; Perkins (Paris) to DoS, 11 December 1956, FRUS 1955-57 IV: 106-110. Auch Spaak betonte: „Within NATO framework it was obvious that recent events had shattered many illusions.“ NATO Ministerial Meeting, Paris, 11 December 1956, 3:30 p.m., NA, C-R(56)70, 5.

strength, and that on the contrary this should be increased, since negotiations from a position of strength was the only way to face the Soviet threat.<sup>436</sup>

Während bei der Einschätzung der sowjetischen Bedrohung Ende 1956 dank Ungarn unter den Aussenministern der Nato wieder eine grosse Einigkeit herrschte, kam es im Zusammenhang mit der französisch-britischen Intervention am Suezkanal zu kritischen Worten einiger Allianzpartner. Halvard Lange berichtete von Norwegens Schock und Überraschung über die Interpretation der Nato-Vertragspflichten durch London und Paris und zitierte dabei Artikel 1 des Nordatlantikvertrags, in dem sich alle Nato-Staaten zu einem Gewaltverzicht in der internationalen Politik verpflichtet hätten.<sup>437</sup>

Der Brite Lloyd und der Franzose Pineau hingegen verwiesen in „ziemlich kläglich-rechtfertigten“ (Dulles) darauf, dass es sich bei Suez um ein Gebiet ausserhalb des Nato-Vertragsgebiets gehandelt habe.<sup>438</sup> Die Suezkrise war für die Nato besonders delikat, weil sich das Bündnis wegen der wieder grösser empfundenen sowjetischen Bedrohung eigentlich keine Spaltung leisten konnte. Allerdings war die Situation für kleinere Nato-Staaten schwierig, weil sie sich entweder für Grossbritannien und Frankreich oder für die USA entscheiden mussten.<sup>439</sup> Während Spaak London und Paris und generell die Interessen der Kolonialmächte verteidigte,<sup>440</sup> folgten die meisten anderen Länder Dulles' massvoll kritischer Bilanz von Suez, so dass Dulles glaubte, die Reihen würden aller Voraussicht nach wieder geschlossen werden.<sup>441</sup> Die deutsche Delegation war beeindruckt von der „sehr noblen Art“, in der Dulles die Suezkrise mit „sehr viel Abstand“ und mit „sehr viel Delikatesse“ behandelt habe.<sup>442</sup> Der kanadische Aussenminister Pearson hingegen hielt Dulles' Rede für eine „Predigt“.<sup>443</sup> Er berichtete im Nachgang des Nato-Treffens um einiges weniger rosig als Dulles über die Atmosphäre in Paris:

This meeting of the Council was a difficult, as well as a very important one, in the sense that it reflected some of the differences – and irritations – that had been created over the Suez intervention by the United Kingdom and France. It also presented an opportunity for easing those differences. The British, particularly Selwyn Lloyd, were sensitive and defensive. They were not able to resist the temptation to try to justify their Suez actions at every opportunity. [...] The Americans – or some of them – seemed to be a little self-righteous and retained some traces of the feeling of moral indignation which the Anglo-French action – without consultation – had provoked. Dulles' speeches often take the form, even when they do not possess the substance, of moral lectures and this was the more noticeable at this session because of the somewhat suspicious atmosphere which existed. The British and French, smarting under the failure of their enterprise, were in no mood to receive sermons gracefully. Their sensitiveness and Dulles' natural insensitiveness made for one or two awkward moments in the discussions.<sup>444</sup>

<sup>436</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 11 December 1956, 3:30 p.m., 9ff.

<sup>437</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 11 December 1956, 11:00 a.m., 5.

<sup>438</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 11 December 1956, 11:00, 10-14; FRUS 1955-57 IV: 133f.

<sup>439</sup> FRUS 1955-57 IV: 116-122.

<sup>440</sup> Dulles (Paris) to Eisenhower, 11 December 1956. Spaak hatte bereits am 13.11.56 in einer grossen, emotionalen Rede vor der UNO gegen die Aggression der UdSSR in Ungarn und zur Verteidigung der westlichen Werte gehalten. Während der Doppelkrise selbst hielt sich Spaak in Moskau auf. Dumoulin, Spaak, 541ff.

<sup>441</sup> Dulles (Paris) to Eisenhower, 11 December 1956.

<sup>442</sup> Informationsgespräch im AA mit Hallstein, 18. Dezember 1956, „Pariser Konferenzen“, PAAA, MB, Bd. 62, NATO Bd 1 (1955-59).

<sup>443</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 11. Dezember 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 71.

<sup>444</sup> DCER XXII (1956), no. 582.

Am nächsten Tag widmete sich der Nato-Rat dem Bericht der Drei Weisen und der al-  
lianzinternen politischen Konsultation. Als die Diskussion zunächst nochmals auf die  
Suezkrise zurückkam, wehrte sich Dulles gegen eine detaillierte Diskussion der Situa-  
tion im Mittleren Osten, da die US-Delegation keine entsprechenden Regionalexperten  
umfasse. Luns schlug schlichtend vor, es wäre sowieso logischer, zunächst den Bericht  
der Drei Weisen zu diskutieren, bevor die Suez-Diskussion fortgesetzt würde.<sup>445</sup>

### *Der Bericht der Drei Weisen*

Der Bericht der Drei Weisen vom 14. November 1956 hatte bereits in seinen einleiten-  
den Paragraphen klargemacht, dass politische Kooperation nicht über Nacht erreicht  
werden konnte, sondern ein langwieriger Prozess sei:

North Atlantic political and economic co-operation, however, let alone unity, will not be  
brought about in a day or by a declaration, but by creating over the years and through a whole  
series of national acts and policies, the habits and traditions and precedents for such co-  
operation and unity. The process will be a slow and gradual one at best; slower than we might  
wish. [...] At best this [report] will result in collective decisions on matters of common in-  
terest affecting the Alliance. At the least it will ensure that no action is taken by one member  
without a knowledge of the views of others.

Das Komitee der Drei argumentierte in seiner allgemeinen Analyse über den Stand des  
Kalten Krieges und seiner Auswirkungen auf die Nato, dass mehr als nur Gewehre und  
Panzer notwendig seien, um den langfristigen Erfolg der Nato als Sicherheitsinstrument  
zu gewährleisten. Wirtschaftliche Kooperation, Fortschritt in der Ausbildung, bessere  
politische Konsultation und die Entwicklung der Ressourcen seien ebenso wichtig:  
„NATO must be used by its members far more than it has been used, for sincere and ge-  
nuine consultation and cooperation on questions of common concern. For this purpose,  
resolution is more important than resolutions; will than words.“ Das Komitee fand, dass  
der bisherige Fortschritt in der Nato in diesen Bereichen schleppend gewesen sei und  
dass die Organisation an Lethargie und Dissens gelitten habe, seit die unmittelbare mili-  
tärliche Bedrohung verschwunden sei. Damit die Nato der neuen sowjetischen Heraus-  
forderung wirkungsvoll entgegentreten könne, empfahl das Komitee eine Harmonisie-  
rung der Aussenpolitik und zählte ganz konkrete Empfehlungen auf, wie die Nato-Staa-  
ten miteinander umgehen sollten. Der Grundsatz für politische Konsultation sollte sein,  
dass solche Diskussionen stattfänden, bevor nationale Positionen bereits fixiert wären:

Consultation within an alliance means more than exchange of information, though that is  
necessary. It means more than letting the NATO Council know about national decisions that  
have already been taken; or trying to enlist support for those decisions. It means the  
discussion of problems collectively, in the early stages of policy formation, and before  
national positions become fixed. At best, this will result in collective decisions on matters of  
common interest affecting the Alliance. At the least, it will ensure that no action is taken by  
one member without the knowledge of the views of the others.

Nach dieser allgemeinen Einleitung wurden fünf Prinzipien hervorgehoben, die dabei  
helfen sollten, eine Atmosphäre zu schaffen, in der vollständige und ehrliche Konsulta-  
tionen stattfinden konnten:

- (a) That the North Atlantic Council be informed by member nations of any development  
significantly affecting the alliance as a preliminary to effective political consultation. (b) That  
the Secretary General has the right to raise any subject of common NATO concern for dis-

<sup>445</sup> Steel (Paris) to FO, 13 December 1956, Tel. 973, PRO, FO 371/118920; Perkins (Paris) to DoS, 11  
December 1956, Polto 1406, USNA, CF, Box 121, CF 819, Masterfile Topol-Polto, NATO Ministerial  
Meeting Paris, December 1956.

cussion at council meetings. (c) That member nations should not adopt firm policies or make major political announcements without adequate consultations with NATO allies, unless it is obviously impossible because of time restraints or similar difficulties. (d) That member nations take into account the policies of other NATO members when developing their own. (e) That member nations fully support any council recommendation which all the members have agreed upon.

Um sicherzustellen, dass die Allianzmitglieder diese Prinzipien auch umsetzen würden, empfahl das Komitee, dass der Generalsekretär jeweils im Frühjahr einen Bericht (*Annual Political Appraisal*) schreiben solle, der Fortschritte und Probleme im Bereich von politischer Konsultation aufzählen sollte, und zwar inklusive eines Rückblicks über das Verhalten individueller Mitglieder. Grundsatzpapiere und ein neuzuschaffender „Ausschuss von politischen Beratern“ (*Political Advisory Committee*) sowie eine häufigere Verwendung von nationalen Experten im Nato-Rahmen und häufigere Besuche von Aussenministern an den regelmässigen Sitzungen des Ständigen Rats in Paris sollten den Informationsaustausch verbessern. Bezüglich der Ratssitzungen beklagte sich das Komitee darüber, dass die Ministerialtagungen für vertiefte Diskussionen zu kurz seien und deshalb auf mehr Tage ausgedehnt werden sollten. Zudem sollte der Generalsekretär eine grössere Rolle spielen können, statt nur wie bisher ein Bürokrat und Berater zu sein. Das Komitee schlug vor, der Generalsekretär sollte über Ratssitzungen präsidieren, auch wenn weiterhin ein Ratspräsident aus den Mitgliedstaaten und in alphabetischer Reihenfolge gewählt werden sollte.<sup>446</sup>

Am 12. Dezember begann Martino seine Einleitung des Agendapunkts „Bericht der Drei Weisen“ vor den Nato-Ministern mit kritischen Worten: „The international situation had vanished and Atlantic co-operation had slackened. The Committee of Three felt unable to disregard these realities.“ Martino, Lange und Pearson plädierten in ihren Voten für eine stärkere Koordination der Allianzpolitik auch um den Preis eingeschränkter nationaler Spielräume in der internationalen Politik. Sie hofften auf eine katalysierende Wirkung ihres Berichts in Bezug auf die Spaltung der Nato, wie sie seit Suez verstärkt worden war. Lange erklärte, die geforderte Intensivierung der politischen Konsultation bedeute ein „pooling of sovereignty“ – zumindest zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich seien Konsultationen unabdingbar, wenn eine Konsultation mit allen Bündnispartnern in besonders dringlichen Fällen nicht möglich sei.<sup>447</sup>

In der Diskussion des Berichts wurde aber klar, dass die „Grossen Drei“ nicht bedingungslos an einer Verbesserung der politischen Konsultation interessiert waren. John Foster Dulles hiess den Bericht erneut nur mit Einschränkungen gut. Die USA wünschten zwar eine einheitliche ostpolitische Sprache der Nato, waren aber gegen einen allianzpolitischen Maximalismus, da die USA weltweit auch andere Verpflichtungen eingegangen seien.<sup>448</sup> Auch Selwyn Lloyd wehrte sich mit dem Hinweis auf die globale Rolle Grossbritanniens gegen ein zu enges Konsultationskorsett. Lloyd und Dulles leg-

<sup>446</sup> Halvard Lange, Gaetano Martino and Lester Pearson, *Non-military Co-operation in NATO: The Text of the Report of the Committee of Three* (Paris: NATO Information Services, 1956), 3-7, 12. Vgl. auch „Summary of the Committee of Three Report on NATO Cooperation in Non-Military Fields“, by Knox (EUR/RA), 4 December 1956, USNA, RG 59, CF, Box 120, CF 809, NATO Ministerial Meeting, Paris December 1956. Siehe auch Jordan, *The NATO International Staff / Secretariat*, 75-79. Siehe auch Milloy, *North Atlantic Treaty Organization*, 153-157.

<sup>447</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 12 December 1956, NA, C-R(56)72, 4. Vgl. auch den vertraulichen Begleitbrief von Pearson, Lange und Martino zum Bericht der Drei Weisen: Letter of Transmittal, 17 November 1956, NA, C-M(56)126.

<sup>448</sup> FRUS 1955-57 IV: 137-145, 142f.; Draft Statement by Dulles at NATO Ministerial Meeting, 3 December 1956, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 4, Meetings with Eisenhower 8-12/56 (2).

ten damit die Grenzen der Konsultationsbereitschaft offen, während der französische Aussenminister Christian Pineau eine unteilbare Allianz befürwortete, auch wenn dies Probleme aufwerfen würde.<sup>449</sup>

Es entbehrte nicht einer gewissen Ironie, dass Dulles den Nato-Rat darüber informierte, dass die USA in gewissen Situationen das Recht für sich in Anspruch nahmen, unilateral und ohne vorherige Konsultation mit der Nato zu handeln. Die *New York Herald Tribune* stellte in einem Artikel mit der Überschrift „Dulles im Wunderland“ die Frage, ob das nicht ein Widerspruch zu Washingtons heftigen Attacken gegen Grossbritannien und Frankreich darstelle, als diese in Ägypten ohne Absprache mit den USA oder der Nato ebenfalls unilateral vorgegangen seien.<sup>450</sup> In einer Pressekonferenz stellte Dulles jedoch klar, dass die USA sich im Herbst nicht über eine mangelnde Konsultation Grossbritanniens und Frankreichs in der Suezfrage beklagt hätten. Im Gegenteil, das Thema sei breitest diskutiert worden und, so Dulles, London und Paris hätten die Sicht Washingtons gekannt – sie hätten gewusst, dass die USA gegen eine Militäraktion seien und diese trotzdem lanciert. Washington hingegen habe die militärische Attacke als Verletzung der UNO-Charta und von Artikel 1 des Nato-Vertrags betrachtet. Dies sei der Grund für die amerikanische Kritik gewesen.<sup>451</sup>

Der Bericht der Drei Weisen wurde nach der Diskussion, die zu einem grossen Teil Realpolitik betraf, schliesslich vom Rat am 16. Dezember mit einer überraschenden Selbstverständlichkeit einstimmig angenommen, wie die deutsche Delegation erfreut zur Kenntnis nahm. Für Bonn war dies umso erfreulicher, als eine grosse Zahl der darin enthaltenen Vorschläge, mit denen die politische Tätigkeit der Nato intensiviert werden sollte, zum Teil wörtlich auf deutsche Vorschläge zurückgingen.<sup>452</sup>

Dulles' Fazit des Nato-Treffens fiel hingegen relativ nüchtern aus: „I believe the results have been all that could reasonably have been expected.“<sup>453</sup> An einer Pressekonferenz betonte Dulles ein paar Tage später, dass die Beziehungen Washingtons mit London und Paris nach dem Atlantikrat ohne Zweifel besser waren als vorher; gleichzeitig gab er ehrlich zu, dass nach der Suezkrise in den transatlantischen Beziehungen Narben verblieben. In Anspielung auf den Bericht der Drei Weisen hoffte er aber, dass die beste Art, um die Vergangenheit zu vergessen, die Planung für die Zukunft sei.<sup>454</sup>

In der Rückschau lobte der belgische Aussenminister Spaak den Bericht der Drei Weisen in höchsten Tönen und nannte ihn „eine erstklassige Arbeit“ und eine Art „heiliges Dokument“, auf das man sich in Zweifelsfällen und in schwierigen Augenblicken immer wieder beziehen konnte.<sup>455</sup> Adenauer war ebenfalls zufrieden damit, dass es an der Tagung des Nordatlantikrats gelungen war, die Bündnissolidarität wiederherzustellen.

<sup>449</sup> FRUS 1955-57 IV: 137-145, 140.

<sup>450</sup> A.N. Spanel, „Dulles in Wonderland,“ *New York Herald Tribune* (18 December 1956).

<sup>451</sup> Vgl. dazu Lloyd to E.H.C. Leather [House of Commons], [December 1956], PRO, FO 371/131028.

<sup>452</sup> Informationsgespräch im AA mit Hallstein, 18. Dezember 1956, „Pariser Konferenzen“, PAAA, MB, Bd. 62, NATO Bd 1 (1955-59).

<sup>453</sup> FRUS 1955-57 IV: 162f. Vgl. auch Eisenhower-Dulles-Hoover Meeting, 15 December 1956, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 4, Meetings with Eisenhower, 8-12/56(2).

<sup>454</sup> News Conference by Dulles, 18 December 1956, USNA, RG 59, CF, Box 121, CF 819, Master File, Topol-Polito, NATO Meeting Paris December 1956.

<sup>455</sup> Spaak, *Memoiren*, 336. Ähnlich positiv schätzte der norwegische Aussenminister Knut Frydenlund den Bericht zum 30. Jahrestag ein. Knut Frydenlund, „Thirty Years of Political Cooperation“, *NATO Review* 34, no. 6 (December 1986): 1. Zu einer pessimistischen Einschätzung gelangte 1970 der Historiker John Gellner: „No progress was made in substance, and the chances of such progress being made were receding as time went on.“ John Gellner, *Canada in NATO* (Toronto: Ryerson Press, 1970), 52.

len. Für ihn hatte das Treffen in Paris deutlich gezeigt, dass die Krise der letzten Monate alle Mitgliedsstaaten alarmiert habe und dass diese deshalb zu einer besseren und wirksameren Kooperation und Konsultation bereit seien. Besonders lobte Adenauer die an der Pariser Tagung unter Beweis gestellte amerikanische Führungsrolle im Bündnis, an der es seit dem Sommer gefehlt habe.<sup>456</sup>

Auch das deutsche Auswärtige Amt lobte den Atlantikrat. Durch eine eingehende Erörterung der derzeitigen politischen Lage sei die im Bericht der Drei Weisen angestrebte politische Konsultation eigentlich schon verwirklicht worden. Die deutsche Analyse der Tagung hielt fest, dass die zu Anfang der Tagung amerikanischerseits gezeigte Zurückhaltung hinsichtlich der politischen Konsultation nicht bis zum Schluss der Sitzung beibehalten worden sei, so dass auch die USA sich mit der im Bericht empfohlenen verstärkten Stellung des Generalsekretärs und dem Verfahren zur Beilegung von Konflikten einverstanden erklärt habe.<sup>457</sup> Das Fazit Blankenhorns fiel hingegen kritisch aus: Auch wenn atmosphärisch manches repariert werden konnte, seien die Meinungsverschiedenheiten im Wesentlichen bestehen geblieben.<sup>458</sup>

Am Ende des Atlantikrats stand noch die Wahl eines Nachfolgers für Nato-Generalsekretär Ismay an. Ismay hatte dem Rat bereits im Mai 1955 mitgeteilt, er denke an einen Rücktritt. Doch offenbar wünschten so viele Nato-Staaten seinen weiteren Verbleib im Amt, dass er sich einverstanden erklärte, mindestens noch ein Jahr anzuhängen.<sup>459</sup> In der Zwischenzeit hatte Lester Pearsons Position als *primus inter pares* während des Ministerkomitees der Drei Weisen auch die Erwartung hervorgerufen, er würde das Amt übernehmen. Als anfangs Oktober 1956 klar wurde, dass Pearson nicht verfügbar war, wurde rasch deutlich, dass die USA eigentlich am liebsten einen Briten oder einen Franzosen, zum Beispiel René Pleven, in dem Posten sähen. Andere Nato-Staaten bevorzugten hingegen einen Generalsekretär aus einem kleineren Land, etwa den Norweger Lange, den Belgier Spaak oder den holländischen Verteidigungsminister Cornelis Staf. Zu diesem Zeitpunkt waren sich die Nato-Regierungen noch nicht einig, ob der neue Generalsekretär entweder aus Grossbritannien oder Frankreich oder aber aus einem kleineren Nato-Land kommen sollte.<sup>460</sup>

Nachdem klar geworden war, dass sowohl Pearson als auch Lange für Spaak als den Nachfolger Ismays waren, holte sich Spaak am 18. November in Washington Eisenhowers grünes Licht für seine Kandidatur.<sup>461</sup> Am 14. Dezember erklärte Ismay seinen Rücktritt auf April/Mai 1957, und der Rat wählte Spaak als seinen Nachfolger.<sup>462</sup> Spaak

<sup>456</sup> Brief von Adenauer an Green, 23. Dezember 1956, PAAA, Referat 301, Bd. 37, Ministerratstagungen.

<sup>457</sup> Aufzeichnung von Dumke (Referat 400), 16. Dezember 1956, "Ergebnisse der Nato-Ministerrats-sitzung vom 11.-14.12.1956 in Paris", PAAA, Referat 301, Bd. 37, Ministerratstagungen.

<sup>458</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 31. Dezember 1956, BA, NL Blankenhorn, Bd. 70.

<sup>459</sup> Interview with Mary Green, former personal secretary to Lord Ismay, 2 January 1959, zit. Jordan, *The NATO International Staff / Secretariat*, 81.

<sup>460</sup> Perkins (Paris) to Dulles (Washington), 5 October 1956, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>461</sup> MacArthur II to John W. Hanes [Special Assistant to the Secretary of State], 21 November 1956, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Spaak war bereits 1951/52 Kandidat für den Posten des ersten Nato-Generalsekretärs gewesen, damals aber von Paris abgelehnt worden, weil er zu supranational denke und als zu amerikafreundlich galt. Dumoulin, Spaak, 533.

<sup>462</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 14 December 1956, NA, C-R(56)75. Für Pressereaktionen auf Spaaks Ernennung siehe z.B. NZZ (15.12.1956), *Washington Post* (23 December 1956) oder *Die Zeit* (14.3.1957). Spaaks Amtsantritt lieferte die Titelgeschichte für die Zeitschrift *Newsweek* (6 May 1957): „A Big Man For A Big Job.“

nahm die Wahl zum Generalsekretär der Nato im Bewusstsein an, „seit seiner Trauung nie mehr ein so folgenschweres ‚Ja‘ ausgesprochen zu haben.“<sup>463</sup>

Der Wechsel an der zivilen Spitze der Nato von Lord Ismay zu Paul-Henri Spaak war Ende 1956 symbolisch dafür, dass die Nato in eine neue Phase eintrat. Ismay war eine militärische Persönlichkeit, ein enger Freund von Winston Churchill, und repräsentierte als Brite eine Grossmacht. Während seiner Amtszeit ab 1952 hatte sich die Nato zu einem schlagkräftigen Militärinstrument gewandelt, um die Grenze entlang des Eisernen Vorhangs vor einer sowjetischen Invasion zu beschützen. 1955/56 hingegen wandelten sich die Probleme und Aufgaben der Nato hin zu politischen Aspekten, und mit dem Belgier Spaak übernahm einer der führenden Aussenpolitiker Europas, ein Vertreter eines kleineren Nato-Landes, den Posten des Generalsekretärs. Auch der Ständige Nato-Rat hatte sich 1955/56 von einem hauptsächlich militärischen Organ zu einem primär politischen Forum entwickelt. 1957 begann damit eine neue Ära in der Geschichte der Nato – und Spaak war gewillt, die politische Konsultation während seiner Amtszeit zu verstärken und die Empfehlungen der Drei Weisen, die auch seine Kompetenzen stärkten, in die Wirklichkeit umzusetzen. Anders als Ismay war der langjährige Verfechter einer europäischen Integration gewillt, die supranationalen Ambitionen der Nato auszuloten.<sup>464</sup> Ismay selbst erkannte gegen Ende seiner Amtszeit, dass die Veränderungen im internationalen Umfeld und die Fortschritte in der Nato von seinem Nachfolger ein anderes Rollenverständnis von seinen Aufgaben erforderten: „It was good for NATO in the first years to have a nanny, but it's good now for NATO to have a governess.“<sup>465</sup>

## 11. Fazit

Der positive „Geist von Genf“ und die abnehmende Spannung in Europa führten Ende 1955 zu einer Legitimationskrise der Nato als reine Militärallianz. Verschiedene Stimmen forderten den Ausbau der politischen Dimension der Allianz, vor allem die Stärkung politischer Konsultation. Die neuen Herausforderungen im nicht-militärischen Bereich machten es nötig, die bislang vernachlässigte politische Zusammenarbeit der Bündnispartner zu intensivieren. An der Frühjahrstagung der Nato-Aussenminister im Mai 1956 wurde ein Ministerkomitee, bestehend aus den Aussenministern Kanadas, Norwegens und Italiens, gegründet, das später die „Drei Weisen“ genannt wurde. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde jedoch deutlich, dass Washington grundsätzlich äusserst skeptisch gegenüber einer „Politisierung“ der Nato war. Anders als andere Nato-Staaten – wie vor allem Kanada, Italien und die BRD – waren die USA gegen einen „Spillover“ von der militärischen Integration auf eine gemeinsame transatlantische Aussenpolitik. Unter der Führung des kanadischen Aussenministers Lester B. Pearson wurden die nicht-militärischen Aktivitäten der Nato evaluiert und in Rücksprache mit den fünfzehn Regierungen der Allianz Vorschläge zur Verbesserung politischer Konsultation erarbei-

<sup>463</sup> Blankenhorn (Paris) ans AA, 14. Dezember 1956, Fs. 301, BA, NL Blankenhorn, Bd. 72a.

<sup>464</sup> Zum Vergleich von Ismays und Spaaks Vorstellungen ihrer Rolle als Generalsekretär siehe Jordan, *The NATO International Staff / Secretariat*, 47f., 54. Siehe dazu auch Ryan C. Hendrickson, „NATO's Secretaries-General: Organizational Leadership in Shaping Alliance Strategy“, in *NATO: In Search of a Vision*, ed. Gülnur Aybet and Rebecca R. Moore (Washington, DC: Georgetown University Press, 2010), 51-74, 52-55.

<sup>465</sup> Das Zitat findet sich im Bericht von Dr. Patijn über ein Nato-Seminar an der Princeton University im Juni 1957. Dunhan (The Hague) to DoS, 30 September 1957, USNA, RG 59, CDF 740.5. Die Vorträge wurden später publiziert: Gardner Patterson and Edgar S. Furniss, Jr., *NATO: A Critical Appraisal* (Princeton: Princeton University Press, 1957).

tet. Im Mai 1956 gelang es Pearson zudem, einen Präzedenzfall für Konsultationen mit der Nato zu schaffen, als er den Nato-Rat über die Abrüstungsverhandlungen in London unterrichtete. Die Praxis wurde später regelmässig wiederholt, beispielsweise mit den Nato-Debatten über die Bulganin-Briefe vom 6. Juni 1956.

Ironischerweise überlagerte sich die Endphase des Berichts der „Drei Weisen“ mit der bisher schwersten Zerreissprobe der Nato durch die Suezkrise. Die Allianzkrise war umso gefährlicher, da die gleichzeitige sowjetische Intervention in Ungarn die Ost-West-Beziehungen dramatisch verschärften. Als sich die Aussenminister der Nato im Dezember 1956 in Paris trafen, galt es deshalb, die Lektionen aus dem „Lehrstück eingeschränkter internationaler Handlungsfähigkeit“ (Thoss) der Nato während der Doppelkrise von Suez und Ungarn zu ziehen und die Spaltung der Allianz zu überwinden.

Zwar konnte im Dezember 1956 mit dem Bericht der Drei Weisen eine Art „Nato-Bibel“ für politische Konsultation in der Allianz verabschiedet werden, die Bilanz der Arbeit der Drei Weisen war aber trotz des grossen Engagements Pearsons eigentlich ernüchternd. Nicht nur hatte die sowjetische Unterwerfung der ungarischen Revolte ein erstmaliges Ende der „frühen Détente“ von 1955/56 herbeigeführt; die britisch-französische Intervention am Suezkanal stürzte parallel dazu die Nato in ihre bisher grösste Krise und setzte die Solidarität unter den westlichen Alliierten einem schweren Test aus.

Doch es gab auch eine positive Entwicklung: Nachdem Ungarn im Herbst 1956 eine Schwäche der UdSSR hatte erahnen lassen, schien die Zeit 1957 reif zu sein für eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen mit Moskau. Die Londoner Abrüstungsgespräche, die im März 1957 wiederaufgenommen wurden, waren damit der erste Testfall für die von den Drei Weisen geforderte verstärkte politische Konsultation in der Nato.



### III. Die Nato und Abrüstung (1957)

Nachdem 1955/56 die Begriffe „Détente“ und „Friedliche Koexistenz“ salonfähig geworden waren, begann Ende 1956 das goldene Zeitalter von „Disengagement“. Pläne von entmilitarisierten Zonen in Zentraleuropa begannen nach der sowjetischen Unterdrückung der ungarischen Revolution wie Pilze aus dem Boden zu schießen. Das westliche Junktim zwischen Abrüstung und europäischer Sicherheit begann zu wackeln. Nach den erfolgreichen Konsultationsübungen anlässlich des Genfer Gipfels 1955 und den theoretischen Überlegungen der Drei Weisen zur Stärkung der nicht-militärischen Dimension der Nato war es nicht überraschend, dass die transatlantische Allianz sich 1957 intensiv mit Abrüstungsvorschlägen und darunter besonders Inspektionszonen- und Disengagementplänen auseinandersetzte.

Politische Konsultation erhielt im Frühjahr 1957 auch mit dem Amtsantritt von Paul-Henri Spaak als dem zweiten Generalsekretär in der Geschichte der Nato stärkeres Gewicht. Spaak verstand die Rolle des Generalsekretärs nicht als oberster Bürokrat der Allianz, sondern als Sprachrohr des Bündnisses auf der internationalen Bühne. Der Bericht der Drei Weisen gab ihm die Legitimation, in der Nato eine prominentere Rolle als Ismay zu spielen. Das Interesse Spaaks galt primär der politischen Seite der Allianz, im Unterschied zu Ismay, der vor dem Amt eine militärische Karriere bekleidet hatte und der für die Nato nie supranationale Ambitionen gehegt hatte. Nach der Allianzkrise im Zusammenhang mit der britisch-französischen Intervention am Kanal von Suez verstärkte sich jedoch auch der Trend, dass Washington und Moskau die ausstehenden Ost-West-Fragen vornehmlich *à deux* behandeln wollten. Die Nato war um den zunehmenden Bilateralismus besorgt und versuchte ihm mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Spaak verstand sich als Vertreter der sogenannten „Kleinen“ in der Nato, die um mehr Mitsprache im Bündnis rangen.

Die Londoner Abrüstungsverhandlungen stellten 1957 für die Nato einen ersten Test dar, wie ernst es den westlichen Grossmächten mit der politischen Konsultation innerhalb der Allianz war. Im *ersten Kapitel* wird gezeigt, dass die Empfehlungen der Drei Weisen anfangs 1957 nur halbherzig umgesetzt wurden. Das *zweite Kapitel* fasst die westliche und östliche Position in den Londoner Abrüstungsverhandlungen zusammen, weist auf innerwestliche Differenzen hin und beschreibt die ersten Diskussionen darüber im Nato-Rat. Das *dritte Kapitel* fokussiert die Nato-Debatten auf Stufe der Ausenminister am Atlantikrat in Bonn im Mai 1957, in denen sowohl das sowjetische Konzept von friedlicher Koexistenz zwischen Ost und West als auch die Abrüstungsverhandlungen in London diskutiert wurden.

Nach dem Amtsantritt von Paul-Henri Spaak als neuem Generalsekretär der Nato gewannen die Forderungen der Allianz nach Mitsprache bei den Londoner Verhandlungen an Gewicht, wie im *vierten Kapitel* beschrieben wird. Der amerikanische Verhandlungsführer in London, Harold Stassen, konsultierte zwar den Ständigen Nato-Rat in Paris Ende Mai 1957 (*Kapitel 5*), doch kurz darauf führte ein diplomatischer Fauxpas von ihm – er übergab der sowjetischen Delegation ein neues Positionspapier, ohne dies zuvor mit der eigenen Regierung, geschweige Washingtons Alliierten besprochen zu haben – zu heftigen Protesten unter den Nato-Staaten (*Kapitel 6*). Der Ständige Nato-Rat in Paris führte in der Folge im Juni und Juli 1957 intensive Debatten über Stassens informellen Vorschlag, insbesondere über die Wünschbarkeit einer europäischen Inspektionszone als Teil eines ersten Abrüstungsabkommens zwischen Ost und West (*Kapitel 7*).

## 1. Halbherzige Implementierung der Empfehlungen der Drei Weisen

Die Nato versuchte, die Stärkung der politischen Dimension der Allianz unmittelbar nach dem Atlantikrat vom Dezember 1956 umzusetzen. Wie von den Drei Weisen empfohlen und von den Aussenministern der Nato beschlossen, wurde im Januar 1957 das Komitee der Politischen Berater (*Political Advisers Committee*, POLADs) gegründet, bestehend aus den stellvertretenden Nato-Botschaftern. Die POLADs sollten sich wöchentlich zum Gedankenaustausch über politische Probleme treffen und dabei helfen, die politischen Diskussionen des Ständigen Nato-Rats in politischen Bereichen vorzubereiten.

Die erste substanzielle POLADs-Sitzung demonstrierte jedoch bereits, dass die Einstellungen der drei westlichen Grossmächte USA, Grossbritannien und Frankreich und der mittelgrossen und kleineren Nato-Staaten zu politischen Konsultationen in der Allianz trotz der gemeinsamen Verabschiedung des Berichts der Drei Weisen auch anfangs 1957 noch recht verschieden waren. Als die POLADs Anfang Februar eine von Kanada erstellte, provisorische Themenliste für politische Konsultation in der Nato besprachen, betonten Dänemark, Portugal und Norwegen die Wichtigkeit, dass sie Hintergrundinformationen zum Thema Abrüstung und den damit zusammenhängenden Aspekten von europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung erhielten. Auch die BRD wünschte mehr Konsultationen bezüglich der westlichen Abrüstungsposition. Frankreich, Grossbritannien und die USA fanden hingegen, der Ständige Nato-Rat sollte die Themen für politische Konsultation bestimmen und den POLADs dann entsprechende Aufgaben übertragen – nicht umgekehrt. In der langen Sitzung kam es zu keiner Einigung.<sup>466</sup>

Die neuen Aufgaben der Nato im nicht-militärischen Bereich forderten eine Umstrukturierung der für die Nato zuständigen Beamten im US-Aussenministerium. Nato-Botschafter Perkins lancierte Ende Januar 1957 eine Idee, die er bereits gegen Ende der Truman-Administration umzusetzen versucht hatte, nämlich die Einsetzung eines „Super-NATO-Individuums“, eines hochrangigen Karrierebeamten, bei dem alle Fäden zusammenliefen: „I had no title in mind, but wanted someone who, as far as the U.S. Government is concerned, would be Mr. NATO. [...] I still believe that such a person is important, more so than ever before.“<sup>467</sup> Es dauerte allerdings drei Monate, bis seine Idee Ende April überhaupt einmal direkt an Dulles getragen wurde. Julius Holmes empfahl die Schaffung eines „Mr. Allianzen“, eines hochrangigen Beamten, der im Aussenministerium für die Teilnahme der USA an Allianzen wie der Nato, Seato, OAS, Anzus und für die Beziehungen zum Bagdadpakt zuständig war. Der Beamte sollte direkten Zugang und engen Kontakt zu Dulles, seinem Stellvertreter Robert Murphy und anderen wichtigen Beamten im State Department haben und über Dulles' persönliches Denken zu den zentralen aktuellen Fragen auf dem Laufenden gehalten werden. Holmes begründete den Bedarf einer solchen Koordinationsstelle wie folgt:

<sup>466</sup> Perkins (Paris) to DoS, 2 February 1957, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Perkins informierte das State Department bereits am 14. und 28.1.57, dass die Aspekte europäischer Sicherheit in der Abrüstungsfrage und in der Frage einer deutschen Wiedervereinigung, die beide das Nato-Gebiet direkt betrafen, die Nato stark interessierten, und bat um amerikanisches Hintergrundmaterial zu den beiden Fragen. Perkins (Paris) to DoS, 14 January 1957, Polto 1590, *ibid.*, 396.1; Perkins (Paris) to DoS, 28 January 1957, Polto 1702, *ibid.*

<sup>467</sup> Perkins (Paris) to Holmes (Washington), 30 January 1957, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Vgl. auch Fuller to Bowie, 30 January 1957, „Suggested Outline for Statement to NSC on NATO Consultations“, USNA, RG 59, PPS, Box 175, Leon Fuller Chronological File.

The work of the NAC is rapidly increasing, particularly since the acceptance of the Committee of Three recommendations in December and it seems clear that the variety and importance of matters for the consideration of the Council will expand. [...] There has been, and continues to be, a shift from the traditional conduct of foreign relations on a bilateral basis to dealing with them in our alliances and other international forums.<sup>468</sup>

Vorerst wurde jedoch keine entsprechende neue Stelle geschaffen. C. Burke Elbrick, der Leiter der für Europa zuständigen Abteilung im State Department, und Lane Timmons, der Leiter des *Office of European Regional Affairs*, blieben im Aussenministerium für die Koordination des amerikanischen Austauschs von Informationen und Sichtweisen in der Nato und für die Harmonisierung der Aussenpolitik der Nato-Staaten verantwortlich.<sup>469</sup>

Im Bericht der Drei Weisen war empfohlen worden, die Aussenministertagungen der Nato nicht immer in Paris abzuhalten, sondern wie in den ersten Jahren wieder alternative Tagungsorte zu suchen. Der deutsche Nato-Botschafter Blankenhorn schlug deshalb im Januar 1957 vor, den nächsten Atlantikrat in Bonn abzuhalten. Blankenhorn wollte damit auch das gesunkene Vertrauen der Allianzpartner in die deutsche Zuverlässigkeit wiedergewinnen. Er glaubte, Adenauers kritische Worte auf den Radford-Plan und seine Kritik an den USA während der Suezkrise hätten in Washington Ende 1956 womöglich den Eindruck erweckt, „als ob der frühere Freund sich in einen äusserst kritischen Gegner verwandelt habe.“ Kanzler Adenauer war mit der Idee sofort einverstanden, symbolisierte der seit 1952 erste Tagungsort ausserhalb von Paris doch seiner Meinung nach die Aufwertung der BRD im westlichen Bündnis.<sup>470</sup>

Bereits in den ersten Monaten nach der Verabschiedung des Berichts der Drei Weisen gab es sowohl von kleineren als auch von den grösseren Nato-Staaten zahlreiche Fälle, wo Konsultationen im Ständigen Nato-Rat ausblieben. Norwegen und Dänemark antworteten im Frühjahr 1957, in Rücksprache mit Washington, auf Drohbriefe Bulgansins, ohne die Nato zu konsultieren. Der Kreml hatte erstmals am 23. Januar 1957 Westeuropa, die Türkei, den Iran und Japan vor der Akzeptanz amerikanischer Mittelstreckenraketen gewarnt, da entsprechende Länder sonst Opfer sowjetischer atomarer Vergeltungsmassnahmen würden. Am 18. März führte die UdSSR in London erstmals Raketen in ihren Abrüstungsvorschlägen auf; und Ende März, Anfang April sprach Moskau in bilateralen Kommunikationen Drohungen gegen Norwegen, Dänemark, Griechenland und die Türkei aus.<sup>471</sup> Als Grund für die unterlassene Konsultation Kopenhagens und Oslos in der Nato sah der amerikanische Vize-Botschafter bei der Nato, Edwin Martin, ironischerweise die prompte Übermittlung der amerikanischen Ansichten auf bilateralen Kanälen. Danach hatte offenbar für die beiden Staaten kein Anreiz mehr

<sup>468</sup> Holmes to Dulles, 29 April 1957, „Departmental Arrangements for Backstopping NATO and Other Alliances,” USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>469</sup> Dulles to Wilson, 14 January 1957, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. dazu auch Perkins (Paris) to DoS, 26 January 1957, Polto 1696, *ibid.*

<sup>470</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 17. Januar 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 73. Vgl. zum Tagungsort auch Aufzeichnung von Dziembowski, 14. Mai 1957, „Ergebnisse der Nato-Ministerkonferenz am 2./3.5.57“, PAAA, Referat 301, Bd. 37, 83-00-2: Ministerratstagungen.

<sup>471</sup> Position Paper, D-2/4, 24 April 1957, „Recent Soviet Threats regarding Atomic Capabilities“, USNA, RG 59, CF, Box 128, CF 870, NATO Ministerial Meeting Bonn, Germany, 2-4 May 1957. Moskau reagierte damit auf Eisenhowers Hinweis in seiner Budgetrede vom 16.1.57, wonach die USA in Nato-Ländern „Raketen-Unterstützungsgruppen“ (*missile support groups*) planten. Siehe auch „Die Drohungen der Sowjetunion gegen Skandinavien“, NZZ (1.4.1957); Hans Speier, „Soviet Atomic Blackmail and the North Atlantic Alliance“, *World Politics* (April 1957): 307-328.

bestanden, das Thema auch noch im Nato-Rat zu diskutieren. Martin warnte deshalb das State Department davor, dass solche Aktionen die Allianz schwächen würden.<sup>472</sup>

Aber auch die USA und Grossbritannien informierten den Nato-Rat nur selektiv über wichtige politische Entscheidungen. Nachdem Eisenhower und der neue britische Premierminister Harold Macmillan die Evolution der Nato zu einer stärkeren politischen Organisation Mitte März 1957 während ihres Treffens auf den Bermudas besprochen hatten, übermittelte US-Botschafter Perkins dem Ständigen Nato-Rat an der nächsten Sitzung zwar das Versprechen Washingtons und Londons, dass sie „ihre besten Energien dafür einsetzen würden, den Prozess politischer Konsultationen in der Nato zu stärken“.<sup>473</sup> Trotzdem blieb der angelsächsische Bericht an die Nato über das Bermudas-Treffen „unbefriedigend“, wie Perkins Stellvertreter Edwin Martin in einem Brief an Burke Elbrick und Lane Timmons im US-Aussenministerium schrieb. So wurde etwa die Übereinkunft über die Stationierung amerikanischer Thor-Raketen in Grossbritannien gegenüber der Nato nicht erwähnt, obwohl dies für die Nato natürlich von grossem Interesse gewesen wäre.<sup>474</sup>

Die Empfehlungen der Drei Weisen wurden also zunächst in den Nato-Staaten mit einer gehörigen Portion Skepsis nur halbherzig umgesetzt, auch wenn es nicht an Stimmen mangelte, die vor einer mangelnden politischen Kooperation mit der Nato warnten. Wie ernst die westlichen Regierungen die Forderungen nach einer engeren Konsultation in der Nato wirklich nahmen, würde sich anlässlich der Londoner Abrüstungsverhandlungen ab März 1957 zeigen.

## 2. UNO-Abrüstungsdebatten in London

Die Sowjetunion hatte am 17. November 1956, kurz vor der Nato-Ministertagung, mit Briefen Bulganins an Eden, Eisenhower, Mollet, den indischen Premier Jawaharlal Nehru und den chinesischen Premier Zhou Enlai eine neue Abrüstungsinitiative lanciert. Aus Sicht der Nato wollte die Sowjetunion aber damit bloss von der Suezkrise ablenken und zur „friedensliebenden Pose“ von 1955 und 1956 zurückkehren. Neu war in den Briefen lediglich die sowjetische Bereitschaft zu Luftinspektionen.<sup>475</sup> Eine substantielle Diskussion der sowjetischen Note fand im Nato-Rahmen erst nach der Nato-Minister-

<sup>472</sup> Martin (Paris) to Timmons (EUR/RA), 15 April 1957, USNA, RG 59, Records of the Office of European Regional Affairs: Records of the Director, 1955-60 (EUR/RA, Director), Box 1, RA Correspondence, 1957. Die sowjetische Drohkampagne wurde schliesslich in der Nato an der Frühjahrstagung in Bonn angesprochen. Vgl. dazu NATO Ministerial Meeting, Bonn, 2 May 1957, NA, C-R(57)27.

<sup>473</sup> DoS to Perkins (Paris), 24 March 1957, Topol 1740, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>474</sup> Martin (Paris) to Elbrick and Timmons (EUR/RA), 5 April 1957, USNA, RG 59, EUR/RA, Director, Box 1, RA Correspondence, 1957 (ÜdV). Vgl. Macmillan, *Riding the Storm*, 250-258; Alistair Horne, *Macmillan, 1957-86: Volume II of the Official Biography* (London: Macmillan, 1989), 23-27; Michael L. Dockrill, „Restoring the ‚Special Relationship‘: The Bermuda and Washington Conferences, 1957“, in *Decisions and Diplomacy: Studies in Twentieth Century International History*, eds. D. Richardson and Glyn Stone (London: Routledge, 1995), 138-182; Ian Clark and David Angell, „Britain, the United States and the Control of Nuclear Weapons: The Diplomacy of the Thor Deployment 1956-58“, *Diplomacy & Statecraft* 2, no. 3 (1991): 153-177; Ian Clark, *Nuclear Diplomacy and the Special Relationship: Britain's Deterrent and America, 1957-62* (Oxford: Clarendon, 1994).

<sup>475</sup> NAC Meeting, Paris, 21 November 1956, 10:15 a.m., NA, C-R(55)59. Vgl. Hermann Volle / Claus-Jürgen Duisberg, *Probleme der internationalen Abrüstung: Die Bemühungen der Vereinten Nationen um internationale Abrüstung und Sicherheit, 1945-61* (Frankfurt: Metzner, 1964), 168; Hinterhoff, *Disengagement*, 192. Siehe auch Memorandum by Casardi, 18 December 1956, „The Soviet Declaration on Disarmament of 17 November 1956“, NA, PO(56)1156; Coleridge to NATO Delegations, 23. November 1956, „Preliminary Views of US Government on Soviet Statement on Disarmament“, RDC/504/56, PRO, FO 371/123712.

konferenz statt. Die meisten Nato-Botschafter fanden Ende Dezember 1956, die Regierungen sollten nur eine kurze Antwort an Bulganin schicken und dabei den propagandistischen Charakter des sowjetischen Vorschlages betonen. Wenn die Sowjets seriöse Ideen einzubringen hätten, sollten sie dies im UNO-Rahmen tun.<sup>476</sup>

Die Aussicht auf einen Erfolg in den Abrüstungsverhandlungen schien Anfang 1957 nicht grösser als in den Jahren zuvor. Mitte Februar waren sich Eisenhower und Dulles einig, dass die Fortsetzung der Londoner Abrüstungsgespräche im März wenig bringen würde.<sup>477</sup> Von den westlichen Abrüstungsmächten (USA, Britannien, Frankreich und Kanada) befand sich vor allem Grossbritannien in einem Dilemma. Einerseits wollte London nicht als Hindernis für eine internationale Détente erscheinen, andererseits war London nach den Erfahrungen von Suez an einem nationalen Nuklearprogramm interessiert und auf Nukleartests angewiesen.<sup>478</sup> Macmillans „neues Konzept“ (*new look*) britischer Sicherheitspolitik konzentrierte sich statt auf eine eigenständige Kriegsführungsfähigkeit nur noch darauf, einen Krieg verhindern zu können. Die neue britische Regierung wollte – mit Unterstützung der USA, die bereit waren, London ballistische Mittelstreckenraketen vom Typus Thor zur Verfügung zu stellen – ihren Fokus auf das britische Atomprogramm richten.<sup>479</sup> Gemäss dem wenig später publizierten britischen Weissbuch sollte zudem die britische Armee reduziert werden, was auch die Verkleinerung der britischen Nato-Truppen von 80'000 auf 50'000 Mann umfasste.<sup>480</sup>

Der Ständige Nato-Rat forderte Ende Februar 1957 die vier westlichen Teilnehmer des Londoner Komitees mehrmals auf, die Nato noch vor dem Beginn der Wiederaufnahme der Londoner Verhandlungen am 18. März über ihre Verhandlungsstrategie zu konsultieren.<sup>481</sup> Die in London vertretenen westlichen Mächte versuchten die Rolle der Nato jedoch auf Sparflamme zu halten. Das britische Aussenministerium hoffte beispielsweise, die Nato würde sich nicht zu detailliert in die Entwicklungen in London einmischen. Eine Rolle für die Allianz sah London vor allem dann, wenn westliche Gegenvorschläge zu sowjetischen Truppenreduktionen in Europa die Frage einer Luftinspektionszone in Europa aufbringen würden, denn eine solche Zone könne nur mit Billigung der Nato verhandelt werden.<sup>482</sup>

Die erste breitere Nato-Diskussion der westlichen Abrüstungsposition fand erst am 27. März 1957 statt, rund eine Woche nach Beginn der Londoner Verhandlungen. Der neue britische Nato-Botschafter Frank Roberts begann seinen Bericht mit der Einschät-

<sup>476</sup> Steel (Paris) to FO, 20 December 1956, Tel. 242, PRO, FO 371/123711; Steel (Paris) to FO, 20 December 1956, Tel. 892, *ibid.*

<sup>477</sup> Telephone Call between Eisenhower and Dulles, 13 February 1957, DDEL, Dulles Papers, TC, Box 11, Memoranda of Telephone Conversations.

<sup>478</sup> Vgl. zu den britischen Plänen, ihr nationales Abschreckungspotenzial auszubauen und der nach Verteidigungsminister Duncan Sandys benannten neuen britischen sicherheitspolitischen Doktrin „Sandys White Paper“ u.a. John Baylis, *Ambiguity and Deterrence: British Nuclear Strategy, 1945-64* (Oxford: Clarendon, 1995); 245-250; Timothy J. Botti, *The Long Wait: The Forging of the Anglo-American Nuclear Alliance, 1945-58* (New York: Greenwood Press, 1987); Jan Melissen, *The Struggle for Nuclear Partnership: Britain, the United States and the Making of an Ambiguous Alliance 1952-59* (Groningen: Styx, 1993); G. Wyn Rees, *Anglo-American Approaches to Alliance Security, 1955-60* (Basingstoke: Macmillan, 1996).

<sup>479</sup> Zur britischen Strategieänderung vgl. Cabalo, Politische Union Europas, 125-153; Macmillan, *Riding the Storm*, 240-268; Horne, *Macmillan II*, 45-51.

<sup>480</sup> „Englands Rolle für die Zukunft der Nato“, NZZ (24.3.1957); Der Entscheid war am 13.2.57 bekannt gegeben worden: AdG 1957: 6264.

<sup>481</sup> NAC Meetings, 6 and 27 February 1957, NA, C-M(57)7 and C-M(57)12. Vgl. Casardi to NATO Delegations, 25 February 1957, „Disarmament“, NA, C-M(57)38.

<sup>482</sup> FO to Porter (Paris), 18 March 1957, PRO, FO 371/129806.

zung, innerhalb der letzten zwei bis drei Jahre hätten sich die Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verringert. Beide Seiten teilten unterdessen die Meinung, dass ein Nuklearkrieg verheerend wäre und dass keine effektive Abrüstung ohne effektive Kontrolle stattfinden könne, auch wenn immer noch Uneinigkeit bezüglich der genauen Form einer solchen Kontrolle bestehe. Zudem herrsche Einigkeit über die obere Limite der Anzahl verbleibender Streitkräfte in einer ersten Abrüstungsphase sowie über das Prinzip, zunächst Teilbereiche zu lösen und nicht gleich ein umfassendes Abkommen anzustreben. Die vier Westmächte würden versuchen, eine Diskussion über europäische Sicherheit zu vermeiden und wollten auch sonst Moskau so wenig Gelegenheit wie möglich geben, Propaganda zu verbreiten. In der anschliessenden Diskussion zeigte sich, dass besonders Italien und Holland der westlichen Abrüstungsposition und einer Reduktion von konventionellen Streitkräften vor einer eigentlichen Entspannung in den Ost-West-Beziehungen kritisch gegenüberstanden.<sup>483</sup>

In London machten die UNO-Abrüstungsverhandlungen tatsächlich Fortschritte, vor allem in bilateralen amerikanisch-sowjetischen Diskussionen zwischen Harold Stassen und Valerian Sorin.<sup>484</sup> Stassen brachte zu illustrativen Zwecken „persönliche“ Ideen in die Verhandlungen ein, um auf diese Weise sowjetische Absichten zu testen. Diese waren teilweise weder von der US-Regierung noch von der Nato gebilligt worden. Darunter war auch eine „Schlüsselloch“-Inspektionszone, welche durch Luft- und Bodeninspektion kritische zentraleuropäische Gebiete sowie kleine Teile Alaskas, der UdSSR und Kanadas öffnen sollte. Nachdem Moskau der amerikanischen Idee grosse Aufmerksamkeit geschenkt hatte, glaubte Stassen Mitte April, die Sowjetunion habe in London die „ernsthafte Absicht“, ein limitiertes Abrüstungsabkommen auszuhandeln.<sup>485</sup> Dulles stand dem Trend zum Bilateralismus in den Abrüstungsverhandlungen allerdings skeptisch gegenüber, weil dies unter den Nato-Verbündeten zu schweren Bedenken führen würde.<sup>486</sup> Zudem hielt er Stassens Technik von persönlichen Vorschlägen für „höchst gefährlich“, besonders wenn Stassens Ideen sich nicht mit den Positionen deckten, die vorher in Washington vereinbart worden waren.<sup>487</sup> Eisenhower hatte hingegen Stassens Vorgehen vorab ausdrücklich autorisiert.<sup>488</sup>

Ende April bezeichneten die vier westlichen Teilnehmer der Londoner Abrüstungsverhandlungen die Atmosphäre der Gespräche in einem ersten offiziellen schriftlichen Zwischenbericht an den Ständigen Nato-Rat als „ernsthaft und geschäftsmässig“ und stellten ebenfalls eine flexiblere Haltung der sowjetischen Delegation fest. Stassen habe

<sup>483</sup> NAC Meeting, Paris, 27 March 1957, NA, C-R(57)17, 13f.. Siehe auch Coleridge to NATO Delegations, 19 March 1957, „Report to North Atlantic Council from Four Western Members of Disarmament Sub-Committee“, NA, RDC(57)116. Zum einflussreichen britischen Nato-Botschafter Frank Roberts vgl. Roberts, *Dealing with Dictators*.

<sup>484</sup> FRUS 1955-57 XX: 467ff.; Stassen (London) to Eisenhower, 13 April 1957, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 5, Miscellaneous Correspondence 22 March – 7 May 1957.

<sup>485</sup> Matteson, Harold Stassen, 35-38. Vgl. FRUS 1955-57 XX: 471-496. Tatsächlich waren, wie Quellen aus Moskau inzwischen klarmachen, Chruschtschow und Verteidigungsminister Schukow interessiert an einer Luftinspektionszone über Sibirien (wo es aus sowjetischer Sicht nichts zu verbergen gab) und über Westeuropa (wo die Sowjets interessiert an Informationen über westliche Militärinstallationen war). Molotow und Malenkow waren hingegen skeptisch betreffend der sowjetischen Abrüstungspläne. Siehe dazu Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 143f.

<sup>486</sup> Dulles-Bohlen Meeting, Washington, 23 April 1957, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 1, Memos of Conversation, General, A Through D (2).

<sup>487</sup> Dulles-Stassen Meeting, Washington, 20 April 1957, *ibid.*, General, S (2) (ÜdV).

<sup>488</sup> NSC Meeting, Washington, 6 March 1957, DDEL, AWF, NSC Series, Box 8. Vgl. Matteson, Harold Stassen, 31. Stassen wiederholte damit eine Prozedur, die er bereits 1945 in der UNO-Charta-Konferenz erfolgreich angewandt hatte.

zur Illustration einer ersten Phase eines Luftinspektionsplans eine Zone vorgeschlagen, welche Teile Sibiriens und Westkanadas, ganz Alaska und einen kleinen Teil des Nordwestens der USA sowie das Gebiet vom Nordpol über Bergen (Norwegen) hinunter nach Valence (Frankreich) und von dort ostwärts bis zur Donaumündung und nordwärts bis nach Leningrad umfasste. Stassen habe jedoch festgehalten, dass die genauen Grenzen einer solchen Inspektionszone mit der Nato abgesprochen werden müssten.<sup>489</sup> Blankenhorn glaubte, der Westen stünde damit vor einer ersten Phase ernsthafter Abrüstungsbemühungen auf beiden Seiten.<sup>490</sup>

Würde sich der vorsichtige Optimismus über den Stand der Londoner Abrüstungsverhandlungen auf die Nato-Ministerkonferenz übertragen, die Anfang Mai 1957 erstmals in Bonn stattfand und ganz im Zeichen der Londoner Gespräche stand?

### 3. Nato-Diskussionen am Atlantikrat in Bonn Anfang Mai 1957

Am Bonner Atlantikrat herrschten zur Détente von 1956 und zur angemessenen Reaktion der Nato auf Chruschtschows Aussenpolitik nach Ungarn unterschiedliche Meinungen vor. Der norwegische Aussenminister Halvard Lange forderte seine Nato-Kollegen auf, die Ost-West-Beziehungen einmal aus den Augen Moskaus zu betrachten. Seiner Meinung nach hatten die sowjetischen Ängste vor einem Atomkrieg seit 1955 zugenommen, und vielleicht fürchtete die Sowjetunion wegen ihrer Schwäche nach der polnischen und ungarischen Revolution nun eine westliche Intervention. Lange forderte deshalb, die defensive Ausrichtung der Nato zu betonen:

To sum up, the answer to the Soviet offensive must of course be to maintain the strength and unity of NATO. But it would be unwise to create a situation where the West depended exclusively on atomic weapons for its defence. If this were done, and an incident arose, the only answer might be either a full-scale atomic war or doing nothing.

Lange plädierte dafür, der Entspannung eine Chance zu geben und die atomare und konventionelle Abrüstung voranzutreiben.<sup>491</sup> Mit seiner Kritik an der Nato-Strategie einer „massiven Vergeltung“ und der Empathie für die Sowjetunion war Lange aber weitgehend auf alleiniger Flur. Nur gerade der italienische Aussenminister Gaetano Martino fand ebenfalls, die Nato müsse jede Gelegenheit ergreifen, um die diplomatische und politische Initiative wiederzuerlangen. Nach dem totalen Abbruch von Ost-West-Kontakten nach der sowjetischen Intervention in Ungarn plädierte Italien für eine Wiederaufnahme von Kontakten zur Sowjetunion.<sup>492</sup>

Grossbritannien beurteilte hingegen die sowjetische Aussenpolitik bedeutend skeptischer als Norwegen oder Italien. Der britische Aussenminister Lloyd verglich in seinem Bericht die Faktoren, welche zur Zeit für die Sowjetunion sprachen, mit solchen, die für die Nato sprachen. Weil Ungarn und Polen bewiesen hätten, dass die osteuropäischen Satellitenstaaten für Moskau eher einen Unsicherheitsfaktor als ein stabiles Impe-

<sup>489</sup> Whitney (London) to DoS, 25 April 1957, USDEL Disarmament no. 140, DDEL, Stassen Papers, Box 14, UN Disarmament Subcommittee, London, Incoming Telegrams, April 1957 (4). Vgl. Appleby, Eisenhower and Arms Control, 190-194; Matteson, Harold Stassen, 39.

<sup>490</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 28. April 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 75a.

<sup>491</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 2 May 1957, 3:30 p.m., 11ff. Vgl. dazu „Moskaus Drohung gegen Norwegen“, NZZ (31.3.1957). Moskau zielte mit seinen Noten darauf, das Stützpunktsystem der Nato öffentlich zu diskreditieren. Wie die Türkei hatte auch Norwegen eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion. Zu Norwegens Aussenpolitik im Kalten Krieg vgl. Mats Berdal, *The United States, Norway, and the Cold War, 1954-60* (London: Macmillan, 1997).

<sup>492</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 2 May 1957, 3:30 p.m., 1f.

rium darstellten, unterschied sich für Lloyd die Détente von 1957 von derjenigen von 1955/56:

The Soviet leaders [...] needed coexistence to keep international tension below the danger level, but they had seen in the Satellites and even in their own country, how dangerous the relaxation of tension could be if carried too far. The new brand of coexistence carried no concessions at all on the part of the Soviet Union, and that explained the rather curious mixture of bluster and blandishment to which the Allies were now being subjected.

Lloyds Meinung nach bestand kein Grund zu Besorgnis, da die Nato 1957 „unendlich viel stärker“ sei als 1949. Die Nato sollte sich weiterhin auf ihr Motto von „Frieden durch Stärke“ verlassen.<sup>493</sup>

Lloyd leitete daraufhin den wichtigsten Agendapunkt „Abrüstung“ ein und betonte in seinem Bericht erneut die gute Atmosphäre an den Londoner Verhandlungen und die flexible Haltung der sowjetischen Delegation. Die neuen sowjetischen Vorschläge vom 30. April – auf die Lloyd jedoch nach Absprache mit Washington, Ottawa und Paris absichtlich noch nicht einging – würden derzeit unter den Westmächten beraten und stellten laut Lloyd den Anfang ernsthafter Verhandlungen dar.<sup>494</sup> Er erwähnte nicht, dass Moskau im neuen Vorschlag erstmals konkrete Bereitschaft zu europäischer Luftinspektion ohne direkte Zugrundelegung der innerdeutschen Demarkationslinie gezeigt hatte.<sup>495</sup>

Auch US-Aussenminister Dulles sprach, trotz grundsätzlich zurückhaltender Bewertung, einen „gewissen beschränkten Grad an Hoffnung“ aus, was die UNO-Abrüstungsverhandlungen betraf.<sup>496</sup> Sein kanadischer Amtskollege Pearson fand ebenfalls, die Sowjetunion habe sich in letzter Zeit anpassungswilliger als bisher gezeigt und ein Optimismus auf westlicher Seite sei daher gerechtfertigt. Auch Norwegens Lange hielt die sowjetische Forderung nach Abrüstung inzwischen für Selbstzweck und nicht länger nur für Propaganda.<sup>497</sup>

Der französische Aussenminister Pineau kritisierte hingegen erstaunlich offen, dass seiner Ansicht nach der UNO-Unterausschuss in London die Interessen anderer Nato-Staaten nicht berücksichtige, insbesondere den Bezug von Abrüstung zur deutschen Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit, obschon eine Diskussion über diese Punkte in der Nato wichtig wäre. Frankreich forderte zudem wegen der sowjetischen Überlegenheit im konventionellen Bereich eine direkte Verknüpfung zwischen nuklearer und konventioneller Abrüstung. Paris wäre nur zu einem Nichtweiterverbreitungsvertrag von Nuklearwaffen bereit, wenn ein solcher an eine gleichzeitige atomare Abrüstung der USA, Grossbritanniens und der Sowjetunion gekoppelt wäre.<sup>498</sup>

Zu den Skeptikern, was die Londoner Gespräche anging, zählten vor allem Italien und die BRD, Portugal und die Türkei sowie, am prominentesten, der designierte Nato-

<sup>493</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 2 May 1957, 10:00 a.m., 11f. (ÜdV).

<sup>494</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 3 May 1957, 10:15 a.m.; DDF 1957 I: 733-736. Die vier westlichen Delegationen in London hatten ebenfalls am 2.5.57 beschlossen, dass die Nato davon abgehalten werden solle, den neuen sowjetischen Abrüstungsvorschlag, der „bedauerlicherweise“ von Moskau veröffentlicht worden sei, in Bonn zu diskutieren, bevor ihn nicht die vier Westmächte im Detail analysiert hätten. Stattdessen sollte der Nato erst in einer späteren Phase ein Bericht aus London zugestellt werden. Whitney (London) to DoS, 2 May 1957, 8:40 a.m., USDEL Disarmament no. 168, DDEL, Stassen Papers, Box 14, UN Disarmament Subcommittee, London, Incoming Telegrams, May 1957 (1).

<sup>495</sup> DzD III/3/3, 678f.

<sup>496</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 3 May 1957, 10:15 a.m., 13f. (ÜdV); Dulles (Bonn) to DoS, 3 May 1957, Secto 22, USNA, RG 59, CF, Box 130, CF 881, NATO Bonn, May 1957, SecTo – ToSec.

<sup>497</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 3 Mai 1957, 10:15 a.m., 14-19.

<sup>498</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 2 May 1957, 3:30 p.m., 4f.



Generalsekretär Paul-Henri Spaak. Der deutsche Aussenminister Brentano betonte, dass die deutsche Einheit für die BRD immer noch absolut höchste aussenpolitische Priorität habe. Die westdeutsche Regierung hoffe, die Nato sähe dies ähnlich und würde dieses Anliegen wie bisher voll unterstützen. Die deutsche Frage sei nicht nur ein deutsches Problem. Die momentan angespannte Situation in Berlin und Ost-Deutschland lasse keinen dauerhaften Frieden in Europa zu, betonte Brentano: „It would be like building on a volcano.“<sup>499</sup>

Der Belgier Spaak zeigte sich in seiner Rede überrascht darüber, dass die Mitglieder des UNO-Unterausschusses Hoffnung auf ein Abkommen mit der UdSSR zeigten. Während seines Besuchs in Moskau im Herbst 1956 sei er von Chruschtschows harter Haltung beeindruckt worden; dieser schien nicht zur Kontrolle von Abrüstungsabkommen bereit. Spaak traute der Sowjetunion nicht und bezweifelte, dass sich die Absichten Moskaus wirklich verändert hatten. Er fand es wichtig, dass ein allfälliges und von ihm erwartetes Scheitern der Abrüstungsverhandlungen auf die UdSSR geschoben wurde. Er betonte nochmals den paradoxen, jedoch zentralen Punkt: Bei nuklearer Abrüstung würde die Sowjetunion wegen ihrer konventionellen Überlegenheit gegenüber dem Westen stärker, nicht schwächer werden. Italiens Martino warnte gleichermassen vor einem Abkommen ohne Kontrolle, das im Westen nur Illusionen und übertriebene Hoffnung schüren würde. In der internationalen Presse sei eine solche gefährliche Hoffnung in den letzten Wochen geschürt worden. Er forderte jedoch eine Nato-Diskussion der jüngsten sowjetischen Vorschläge.

Dulles verteidigte seine positive Haltung mit dem Hinweis darauf, dass die amerikanischen Hoffnungen auf einen wirklichen Fortschritt in London darauf gründeten, dass auch die Sowjetunion eine Kontrolle über Nuklearwaffen wünschte. Die sowjetischen Führer seien zutiefst besorgt über die vernichtende Kraft von Atomwaffen, wünschten keine Weiterverbreitung dieser Waffen und wollten die hohen Kosten für Forschung und Entwicklung loswerden. Dass Moskau inzwischen das Prinzip einer Luftinspektion zu akzeptieren schien, bedeute einen beträchtlichen Wandel in der sowjetischen Haltung zur Abrüstungsfrage.

Die Nato-Aussenminister kamen schliesslich überein, über diese Diskussion, in der sie zu keinem Konsens gekommen waren, Stillschweigen zu bewahren und nichts darüber an die Presse verlauten zu lassen.<sup>500</sup> Im hauptsächlich von Spaak und Pearson entworfenen Kommuniqué wurde nur festgehalten, dass die Gefahr einer sowjetischen Aggression „eindeutig“ andauere und dass die Nato deshalb „alle verfügbaren Mittel“, darunter auch „die modernsten Waffen“ – gemeint waren taktische Atomwaffen – zur Abschreckung und Verteidigung einsetzen würde. Bezüglich eines Abrüstungsabkommens zwischen Ost und West wurde die Sowjetunion direkt angesprochen: „All that is needed is for the Soviet Union to accept a general disarmament agreement embodying effective measures of control and inspection with the framework of the proposals made on numerous occasions by the Western powers [...]“.<sup>501</sup> Norwegen, das sich für eine positivere

<sup>499</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 3 May 1957, 10:15 am, NA, C-R(57)28, 4-10; Dulles (Bonn) to DoS, 3 May 1957, SecTo 20; 1957 I: 732f.

<sup>500</sup> NATO Ministerial Meeting, Bonn, 3. Mai 1957, 10:15 a.m., 14-19. Vgl. auch Steel (Paris) to FO, 3 May 1957, Tel. 145, PRO, FO 371/129817. Gegen aussen konnte der Schein von Einmütigkeit bewahrt werden. Vgl. „Westliche Solidarität in der Deutschlandfrage“, NZZ (5.5.1957); „Abschluss der Bonner Nato-Tagung“, NZZ (5.5.1957). Darin wird das Schlusskommuniqué als „Meisterstück“ bezeichnet. Herausgefordert von Moskaus Einschüchterungskampagne sei die Nato in die Gegenoffensive übergegangen, stellte die NZZ befriedigt fest.

<sup>501</sup> Communiqué, 3 May 1957, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c570503a.htm> (6.2.2005) (ÜdV).

Sicht der Ost-West-Beziehungen und für eine atomare und konventionelle Abrüstung eingesetzt hatte, war von den anderen Nato-Staaten überstimmt worden.

Am Rande des Bonner Atlantikrats äusserte Kanzler Adenauer gegenüber Dulles in einem bilateralen Treffen den dringenden Wunsch, dass wegen seiner Wahlparole einer allgemeinen, kontrollierten atomaren Abrüstung die Londoner Verhandlungen nicht vor den Wahlen in der BRD abgebrochen werden sollten, auch wenn es sich bereits vorher abzeichnen würde, dass sie ergebnislos enden würden. Dulles nahm Adenauers Wunsch nach der Verschleppung eines Verhandlungsabbruchs in London bis zu den westdeutschen Wahlen im September 1957 zur Kenntnis, teilte dem westdeutschen Kanzler jedoch mit, Washington würde ein Abkommen mit Moskau über eine Inspektionszone nicht bloss aus dem Grund ablehnen, weil die deutsche Frage in einem solchen Arrangement nicht erwähnt sei.<sup>502</sup> Dulles drohte damit, das „heilige“ Junktim zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit aufzubrechen, das seit den Genfer Konferenzen von 1955 die westliche Position zusammenhielt.

Adenauers Vertrauter Blankenhorn, der sich 1955 und 1956 durchwegs sehr kritisch über die Treffen der Nato-Aussenminister ausgelassen hatte, äusserte sich für einmal sehr zufrieden über den Bonner Atlantikrat. Die Tagung habe „wie selten zuvor“ einen Grad von Übereinstimmung und Einmütigkeit der fünfzehn Partnerstaaten gezeigt. Die Nato-Tagungen seien „gleichsam ein Clearing der gegenseitigen Auffassungen“, die dieses Mal weniger als bisher „in Form von Deklamationen der einzelnen Minister als in einer echten Aussprache“ zum Ausdruck gekommen seien.<sup>503</sup> Auch das Fazit von Dulles über die Nato-Tagung fiel überaus positiv aus:

I feel that this has been in many respects the best meeting of the Council which I have attended. [...] That was, I think, because there was more sense, as one Minister put it, of talking with each other instead of making entirely-prepared remarks which were directed at each other. [...] There was a good atmosphere, a sense of real consultation rather than making predigested speeches.<sup>504</sup>

Nach dem Ministertreffen versicherte Eisenhowers Abrüstungsminister Stassen, der durch PPS-Direktor Robert Bowie unverzüglich über die Abrüstungsdebatte in der Nato informiert worden war,<sup>505</sup> am 6. Mai seinem sowjetischen Gegenüber Sorin, dass am Nato-Treffen in Paris keine Entscheidungen getroffen worden seien, welche einen erfolgreichen Abschluss eines Abrüstungs-Abkommens in London verhindern würden.<sup>506</sup>

Der Bonner Atlantikrat bewies, wie schwierig für die USA die richtige Balance zwischen Allianzsolidarität und einer Détente mit Moskau war. Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen, beispielsweise im Bereich des Abrüstungsproblems, schienen Fortschritte in der Evolution der Nato zu behindern und umgekehrt. Die Eisenhower-Regierung sah keinen anderen Ausweg aus diesem Dilemma, als der Allianz vorderhand zu verheimlichen, welche grosse Konzessionen die Sowjetunion in London angeboten hatte. Die selektive Information der Allianz durch die vier Nato-Staaten, die in London im UNO-Unterausschuss vertreten waren, war nicht nur eine Verletzung der im Dezember 1956 beschlossenen verbesserten Konsultation, es war angesichts der bei den Londoner

<sup>502</sup> Gesprächsprotokoll zwischen Dulles und Adenauer, 1. Mai 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 75a.

<sup>503</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 4. Mai 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 75a.

<sup>504</sup> Dulles, Press Conference, 4 May 1957, USNA, RG 59, CF, Box 130, CF 885, Chronology. Vgl. auch Dulles (Bonn) to Eisenhower (Washington), 3 May 1957, USNA, RG 59, CDF, 320.5774.

<sup>505</sup> Dies war von der US-Delegation in London vorher gewünscht worden. Vgl. Whitney (London) to DoS, 2 May 1957, USDEL Disarmament no. 168.

<sup>506</sup> Stassen-Zorin Meeting, London, 6 May 1957, DDEL, Stassen Papers, Box 35, Bilateral Conferences, USSR Jan – May 1957 (1).

Verhandlungen direkt betroffenen Allianzinteressen nur ein Spiel auf Zeit. Früher oder später würden die USA, Grossbritannien, Frankreich und Kanada auch die Regierungen der anderen elf Nato-Staaten im Detail über den Verhandlungsfortgang in London orientieren müssen, deren Sicherheitsinteressen durch ein umfassendes Abrüstungsabkommen mit der Sowjetunion konkret betroffen waren. Die Interventionen Italiens, der BRD, Portugals und der Türkei – aber auch Frankreichs – hatten dies bereits in Bonn deutlich gemacht.

#### **4. Spaaks Nato verlangt eine Mitsprache bei den Londoner Verhandlungen**

Kurz nach dem Amtsantritt Paul-Henri Spaaks als neuer Nato-Generalsekretär am 14. Mai 1957 häuften sich die kritischen Stimmen in der Allianz. Viele Mitgliedstaaten forderten, die Nato solle stärker in die Londoner Abrüstungsverhandlungen integriert werden, besonders was die Idee einer Inspektionszone in Europa betraf. US-Vertreter Perkins fand es deshalb „äusserst wichtig“, dass der Ständige Nato-Rat so bald wie möglich über die westliche Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag vom 30. April informiert würde. Die westliche Haltung zu einer Inspektionszone sollte mit der Nato besprochen werden, bevor sie in London der Sowjetunion vorgestellt würde:

We are not of course proposing that NATO agreement be sought on a response prior to the submission in the Subcommittee. The idea is simply to let the other NATO members know what our proposals are, to solicit their views and to offer to take them into consideration as the negotiations in the Subcommittee proceed.<sup>507</sup>

An der POLAD-Sitzung vom 17. Mai forderten der holländische und italienische Vertreter erneut eine Nato-Diskussion über eine Luftinspektionszone in Europa.<sup>508</sup>

Dulles hoffte hingegen, dass Italien dieses Thema an der NAC-Sitzung vom 20. Mai noch nicht ansprechen würde, und instruierte Perkins, den italienischen Nato-Botschafter Adolfo Alessandrini darum zu bitten, seine Bedenken nicht aufzubringen, weil die USA dies kontraproduktiv fänden.<sup>509</sup> Der US-Aussenminister war in der Anfangsphase der Abrüstungsverhandlungen wegen der damit verbundenen, beinahe unlösbaren politischen Problemen persönlich gegen eine europäische Inspektionszone. Dulles gewichtete die Anliegen und Ängste der Alliierten schwerer als die Möglichkeit eines Durchbruchs in London.<sup>510</sup> In dieser Phase wurde augenscheinlich, dass es innerhalb der Eisenhower-Administration total unterschiedliche Positionen gab: Während Stassen in London alles unternahm, um mit einem ersten Abrüstungsabkommen einer Détente näherzukommen, waren für Dulles die Interessen der europäischen Nato-Staaten, insbesondere diejenigen von Bonn und Rom, wichtiger als ein Durchbruch in den Ost-West-Verhandlungen.

Italien und die BRD waren tatsächlich äusserst beunruhigt über die Ereignisse in London. Der italienische Nato-Botschafter Alessandrini fügte sich zwar dem amerikanischen Wunsch, ersuchte die USA jedoch, im Nato-Rat so schnell wie möglich eine Erklärung abzugeben über die amerikanische Position zu einer europäischen Inspektionszone. Alessandrini äusserte die Bedenken seiner Regierung und hoffte, die Nato-Staaten

<sup>507</sup> Perkins (Paris) to DoS, 16 May 1957, Polto 2725, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>508</sup> Perkins (Paris) to DoS, 17 May 1957, Polto 2733, USNA, *ibid*.

<sup>509</sup> DoS to Perkins (Paris), 19 May 1957, Topol 2220, *ibid*.

<sup>510</sup> Dulles-Caccia Meeting, Washington, 23 May 1957, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 1, Memos of Conversation, General, A Through D (3).

würden konsultiert werden, bevor der Sowjetunion in London Gegenvorschläge unterbreitet würden, besonders falls diese Europa betrafen.<sup>511</sup>

Auch die BRD war über die UNO-Verhandlungen zunehmend besorgt. Bisher hatte Adenauer immer betont, dass die Hauptphase einer Abrüstung erst eintreten könne, wenn man auf dem Gebiet der politischen Entspannung Fortschritte gemacht habe. Die Sowjetunion wolle hingegen zuerst abrüsten und die politischen Probleme erst später lösen. Im Wahljahr 1957 bewegte sich Adenauer jedoch in regierungsinternen Diskussionen weg von seiner bisher starren Haltung eines Junktims zwischen Abrüstung und deutscher Frage: Plötzlich sollte die atomare Abrüstung nicht länger mit Fragen blockiert werden, die im Verhältnis zum atomaren Problem nur zweitrangig seien.<sup>512</sup>

Als sich Blankenhorn am 24. Mai zum ersten Mal mit Spaak in dessen neuer Funktion als Generalsekretär der Nato traf, äusserte er seine Besorgnis darüber, dass die USA keinerlei Anstalten machten, ihre Nato-Partner über einen scheinbar neuen Plan Stassen für einen Abrüstungsvertrag zu informieren. Spaak stimmte zu und fand, der Nato-Rat sollte sich eingehend mit dem Stand der Londoner Verhandlungen auseinandersetzen. Für Spaak war die Kompetenz der Nato in diesem Bereich augenscheinlich: „Mit der Abrüstungsfrage stehe und falle ja auch die Entspannung in Europa und die Lösung des Problems Nr. 1, der Wiedervereinigung.“ Blankenhorn freute sich, dass Spaak seine Aufgabe in erster Linie politisch sah, und glaubte, der neue Generalsekretär werde auf die Allianz zweifellos sehr befruchtend wirken.<sup>513</sup>

Während einer Unterbrechung der Londoner Verhandlungen vom 17. bis 27. Mai besprach Stassen in Washington das weitere Vorgehen gegenüber Moskau und die Konsultationen mit den westlichen Alliierten. Stassen bevorzugte einen bilateralen Ansatz mit Sorin und wollte in den Konsultationen mit den anderen Westmächten nicht bereits alle Trümpfe aus der Hand geben. Burke Elbrick, der Direktor der Europaabteilung des Aussenministeriums, glaubte hingegen, die Nato sollte bereits jetzt um ihre Ideen zur westlichen Verhandlungsposition gebeten werden. Andernfalls würden sie sich zu Recht darüber beklagen, in der Abrüstungsfrage nicht rechtzeitig konsultiert worden zu sein. Auch Dulles schien inzwischen die Londoner Verhandlungen plötzlich vorantreiben zu wollen, wie seine folgende Äusserung andeutete:

We must convey to the Soviets and our allies the sense of urgency about getting started, control that which could be controlled as soon as possible if the whole project was not to collapse; we could not keep the talks going indefinitely without any progress.<sup>514</sup>

Für Dulles war offenbar der Zeitpunkt gekommen, an dem die europäischen Nato-Alliierten, besonders die von der Zone direkt betroffenen Länder wie die BRD, Italien und die Beneluxstaaten, ihre Ansichten in die Londoner Verhandlungen einbringen sollten. Dulles glaubte, die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West könnten der Nato trotz Mehraufwand eine neue, interessante Aufgabe verschaffen:

We appreciate that it may strain NATO to organize this appropriately. On the other hand, it provides NATO with an important new opportunity.<sup>515</sup>

Die sowjetische Delegation in London warnte hingegen davor, zu viele Länder in die Abrüstungsdiskussionen zu involvieren. Dies würde die Gespräche nur komplizieren,

<sup>511</sup> Perkins (Paris) to DoS, 18 May 1957, Polto 2743, USNA, RG 59, CDF, 740.5; DoS to Perkins (Paris), 19 May 1957, Topol 2220.

<sup>512</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 21. Mai 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 77.

<sup>513</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 24. Mai 1957, *ibid.*

<sup>514</sup> FRUS 1955-57 XX: 556ff., 557. Vgl. *ibid.*, 504-532.

<sup>515</sup> DoS to Perkins (Paris), 26 May 1957, *ibid.*, 559f.

besonders da seiner Ansicht nach einige Nato-Staaten „offene Feinde von Abrüstung“ seien. Sorin nahm die Nato-Konsultationen zur Kenntnis, meinte jedoch sarkastisch, die Sowjetunion würde es schätzen, wenn sie nicht als letzte von den neuen amerikanischen Ideen erfahren würde. Stassen relativierte jedoch die Konsultationen mit der Nato: „By consulting he meant only an exchange of views rather than a subordination of the U.S. policy to the views of these countries.“<sup>516</sup>

Stassen hatte sich übrigens als einziger der westlichen Delegationsleiter in London dafür eingesetzt, die Nato bereits jetzt über den Gang der Verhandlungen und über die Idee einer europäischen Luftinspektionszone zu informieren. Für Frankreich und Grossbritannien waren Konsultationen mit der Nato hingegen zweitrangig – wichtiger schien es ihnen, innerhalb der westlichen Viermächtegruppe einen Konsens zu finden. Stassen insistierte, dass die Nato konsultiert werden müsse, da ihr Territorium von einer europäischen Luftinspektionszone direkt betroffen war.<sup>517</sup> Auch Kanada hatte sich gegen Nato-Konsultationen ausgesprochen, weil es nicht wollte, dass die westlichen Vier den Eindruck erwecken würden, in der UNO ausschliesslich Nato-Interessen zu vertreten.<sup>518</sup>

Eisenhowers Abrüstungsbeauftragter Harold Stassen reiste damit Ende Mai mit einer äusserst schwierigen Mission an den Nato-Sitz in Paris: Nach seinen Sondierungsgesprächen mit Sorin wählte er einen Verhandlungsdurchbruch in greifbarer Nähe; allerdings waren dabei wichtige Sicherheitsinteressen einzelner Nato-Staaten, insbesondere der BRD, tangiert. Waren die USA, Grossbritannien, Frankreich und Kanada im Frühsommer 1957 bereit, für einen ersten Erfolg im Abrüstungsproblem und eine daraus resultierende Détente mit der Sowjetunion die im Dezember 1956 formalisierte Pflicht zu rechtzeitigen Konsultationen innerhalb der Nato zu verletzen?

## 5. Stassens Konsultation mit der Nato und sein diplomatischer Fauxpas

Zusammen mit dem französischen Delegierten in London, Jules Moch, informierte Stassen den Ständigen Nato-Rat in Paris am 29. Mai 1957 über den Stand der Londoner Verhandlungen. Stassen beurteilte die Chancen auf eine Einigung mit Moskau als am besten seit 1946, und zwar aufgrund von zwei sowjetischen Konzessionen. *Erstens* spreche die Sowjetunion zur Zeit erstmals nicht mehr von einer Liquidierung von ausländischen Basen in Europa als Bedingung für ein Abrüstungsabkommen; *zweitens* sei sie auch davon abgewichen, als Demarkationslinie die innerdeutsche Grenze zu gebrauchen.

Die Kritik von seiten Italiens, der BRD und den Beneluxstaaten liess nicht lange auf sich warten. Nach Mochs und Stassens Präsentationen äusserten sich Holland und die BRD generell unzufrieden mit den Berichten aus London und verlangten Konsultationen im Nato-Rahmen, bevor wichtige Entscheidungen gefällt würden – nicht bloss das Rapportieren von getroffenen Entscheiden. Norwegens Boyesen wehrte sich gegen eine Abdeckung von fast ganz Skandinavien durch eine Inspektionszone, solange nicht grössere Teile von Nordrussland abgedeckt sein würden. Italiens Alessandrini gab sich skeptisch gegenüber der vorgeschlagenen quantitativen Messung von militärischer Macht, wie sie bei der vorgesehenen Reduzierung von Truppen und Waffen angewandt

<sup>516</sup> Stassen-Zorin, London, 28 May 1957, *ibid.*, 560-563 (ÜdV).

<sup>517</sup> Report of 29th Meeting of Western Principals, 27 May 1957, PRO, FO, 371/129820; Whitney (London) to DoS, 28 May 1957, USDEL Disarmament no. 233, DDEL, Stassen Papers, Box 14, UN Disarmament Subcommittee, London, Incoming Telegrams, May 1957 (5).

<sup>518</sup> Meeting of Western Principals, 28 May 1957, PRO, FO 371/129820.

werden sollte. Er forderte, die Abrüstungsmassnahmen müssten der Modernisierung von Truppen und Waffen Rechnung tragen.

Als sich die Nato-Diskussion in den Nachmittag hineinzog, forderte Stassen die Nato-Botschafter auf, die Haltung ihrer Regierungen zu einer europäischen Inspektionszone bis zur nächsten Sitzung des Atlantikrats vom 5. Juni einzuholen. Um die Konsultationen zwischen dem UNO-Unterausschuss in London und dem Nato-Rat strukturell zu verbessern, beschloss der Rat zudem die Einführung wöchentlicher Telegramme Londons an den Nato-Generalsekretär und wöchentliche Diskussion im Rat darüber.<sup>519</sup>

Ohne die Antworten der Nato-Alliierten abzuwarten, las Stassen zwei Tage später Sorin ein langes, informelles Memorandum vor und händigte es ihm auch aus. Er liess Sorin wissen, das US-Dokument reflektiere auf informeller Basis die wichtigsten amerikanischen Abrüstungs-Entscheide der letzten zwölf Jahre. Stassen relativierte jedoch gleichzeitig den Wert des Arbeitspapiers, indem er darauf hinwies, dass weder der US-Kongress noch die Nato-Regierungen ihren definitiven Segen dazu gegeben hätten. Stassen liess Sorin wissen, die USA seien bereit, Luft- und Bodeninspektionen sowohl in einer europäischen als auch in einer limitierten amerikanisch-sowjetisch-kanadischen Zone zu erörtern.<sup>520</sup> Er machte nicht klar, dass alle Zonen Teil eines untrennbaren Pakets sein sollten, sondern antwortete auf Sorins Nachfrage, die USA würden prüfen, ob gewisse Elemente des Vorschlags auch einzeln verhandelt werden könnten.<sup>521</sup>

Mit seinem Vorgehen versties Stassen willentlich gegen die Instruktionen Eisenhowers, der ihn am Tag zuvor geheissen hatte, nichts zu unternehmen, bis nicht die einzelnen Departemente in den USA ihre Meinung zum besagten Memorandum abgegeben hatten.<sup>522</sup> Stassen hatte daraufhin versichert, er werde in London keine neuen Vorschläge unterbreiten.<sup>523</sup> Der geschäftsführende US-Aussenminister Christian Herter versicherte deshalb am 31. Mai – am exakt selben Tag, an dem Stassen Sorin das Memorandum mit der neuen Position aushändigte – in einem Rundschreiben den amerikanischen Botschaften in aller Welt: „The US will not present any proposal that directly affects other governments without prior consultation.“<sup>524</sup>

Die Übergabe des „informellen Memorandums“ löste zehn Wochen intensivster Verhandlungen mit der Sowjetunion in London aus, aber gleichzeitig auch eine schwere

<sup>519</sup> NAC Meeting, Paris, 29 May 1957, 10:15 a.m., NA, C-R(57)34; Coleridge to NATO Delegationen, 31 May 1957, „Disarmament: Statements by President Jules Moch and Gouverneur Harold Stassen“, NA, RDC(57)210; FRUS 1955-57 XX: 564f.; Perkins (Paris) to DoS, 30 May 1957, Polto Circular 15, DDEL, Stassen Papers, Box 9, NAC Meetings May-August 1957 (1); Roberts (Paris) to FO, 30 May 1957, Tel. 370, PRO, FO 371/129820. Zu Moch vgl. Jules Moch, *Une si longue vie* (Paris: Laffont, 1976).

<sup>520</sup> FRUS 1955-57 XX: 566-572 sowie 574-583. Vgl. dazu Eisenhower, *Waging Peace*, 381f.; Stephen E. Ambrose, *Eisenhower: The President* (London: Allen & Unwin, 1983-84), vol. I, 402ff.

<sup>521</sup> Matteson, *Search for Adventure and Service*, 139.

<sup>522</sup> Herter to Stassen (London), 30 May 1957, FRUS 1955-57 XX: 565. Zudem hatten in einer Umfrage sämtliche seiner Mitarbeiter dagegen gestimmt, das von Stassen am 30. Mai um 17 Uhr diktierter und um 22:30 Uhr in seinem Hotelzimmer revidierter „informeller Memorandum“ den Sowjets zu übergeben. Int. Lawrence Weiler, 29 June 1981, zit. Appleby, *Eisenhower and Arms Control*, 204; Matteson, *Harold Stassen*, 47. Herter war am 21.2.57 zu Dulles' Stellvertreter während Eisenhowers zweiter Amtszeit (1957-60) ernannt worden.

<sup>523</sup> Stassen (London) to DoS, 31 May 1957, 8:14 p.m., Tel. 6623, DDEL, Stassen Papers, Box 14, UN Disarmament Subcommittee, London, Incoming Telegrams, May 1957 (5); vgl. FRUS 1955-57 XX: 572f.

<sup>524</sup> Herter to All Diplomatic Posts, 31 May 1957, Circ. Tel. 953, DDEL, Stassen Papers, Box 14, UN Disarmament Subcommittee, London, Outgoing Telegrams, February – May 1957 (6).

transatlantische Krise. Die Nato fühlte sich verständlicherweise hinters Licht geführt, nachdem Stassen am 29. Mai die Nato extra über die Londoner Verhandlungen orientiert hatte, dabei aber nichts über sein geplantes unilaterales Vorgehen hatte verlauten lassen.<sup>525</sup>

## 6. Nato-Proteste gegen Stassens „informelles Memorandum“ an Sorin

Unmittelbar nach Stassens Übergabe des „informellen Memorandums“ an Sorin protestierten Grossbritannien und Frankreich gegen das unilaterale Vorgehen der USA. Der britische Delegationsführer in London, Allan Noble, warf Stassen vor, er habe die Übereinkunft verletzt, wonach die USA neue Positionen erst nach gründlicher Diskussion mit ihren Alliierten gegenüber der UdSSR entblößen würden.<sup>526</sup> Der britische Premier Macmillan hielt es für „ausserordentlich ungeeignet“, dass der UNO-Abrüstungsausschuss ein eigenes Leben ausserhalb genügender Kontrolle der dahinterstehenden Regierungen erlangt habe. In einem Brief an Eisenhower drückte er seine Überraschung über Stassens eigenmächtiges Handeln und die mangelnde Diskussion mit Grossbritannien über ein so wichtiges Thema aus (Macmillan fürchtete, die Vorschläge würden Grossbritanniens nationale Nuklearambitionen gefährden).<sup>527</sup>

Auch Frankreich beklagte sich heftig über die mangelnde Konsultation, charakterisierte Stassens Handlung als „einen äusserst schweren Schlag gegen die Nato“ und hielt den daraus resultierenden Schaden für die Allianz als „schlimmer als Suez“. Den Europäern bliebe nun nichts anderes übrig, als sich eine neue Allianz zu suchen und eine neutralistische „dritte Kraft“ zu bilden. Für Paris sei es unumgänglich, das eigene Nuklearprogramm voranzutreiben.<sup>528</sup> Frankreich befand sich jedoch gerade in einem Regierungsvakuum zwischen dem Fall von Premier Guy Mollet – am 21. Mai – und der noch nicht formierten neuen französischen Regierung. Mollet beschloss am Sonntag spontan, Moch solle aus Protest unverzüglich von den UNO-Verhandlungen in London fernbleiben. Moch gelang es jedoch, seine Regierung von einem solchen Schritt abzubringen, um gegenüber Moskau nicht einen Bruch zwischen den westlichen Alliierten zu offenbaren.<sup>529</sup>

Als die Eisenhower-Regierung von dem Zwischenfall durch die britische Botschaft in Washington erfuhr, schickte Dulles sofort eine Rüge an Stassen, der sich zunächst verteidigte, er habe „kein Papier mit amerikanischen Vorschlägen“ an Sorin weitergegeben.<sup>530</sup> In Rücksprache mit Eisenhower warf Dulles Stassen vor, seine Autorität sowohl in der Substanz als auch im Vorgehen überschritten zu haben. Stassen musste Sorin umgehend informieren, dass das Memorandum informell und inoffiziell und weder von Eisenhower noch von Dulles genehmigt worden sei.<sup>531</sup> Eisenhower drückte seinerseits gegenüber dem britischen Premier Macmillan seine Enttäuschung über den diplomati-

<sup>525</sup> Matteson, Harold Stassen, 30.

<sup>526</sup> Ibid., 49f. Vgl. Cabalo, „Eine Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa“, 190-193.

<sup>527</sup> Macmillan, *Riding the Storm*, 301f. (ÜdV). Vgl. dazu auch FRUS 1955-57 XX: 589f.

<sup>528</sup> Houghton (Paris) to DoS, 3 June 1957, Tel. 6180, DDEL, Stassen Papers, Box 14, UN Disarmament Subcommittee, London, Incoming Telegrams, June 1957 (1) (ÜdV). Vgl. auch DDF I: 883f. sowie 885f. Als das französische Aussenministerium am 1. Juni in Washington gegen Stassens Schritt protestierte, musste das US-Aussenministerium erwidern, dass es von der ganzen Angelegenheit (noch) nichts wisse. Tagebucheintrag Blankenhorns, 3. Juni 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 77. Zur Regierungskrise vgl. Macmillan, *Riding the Storm*, 303.

<sup>529</sup> Meeting of Western Principals, 3 June 1957, PRO, FO 371/129820.

<sup>530</sup> FRUS 1955-57 XX: 583f.

<sup>531</sup> Ibid., 595.

schen Fauxpas aus und versicherte, es gebe noch keine einheitlich vereinbarte amerikanische Verhandlungsposition. Eine solche könnte nur dann entstehen, wenn sie für die Verbündeten Washingtons akzeptabel wäre und wenn sie über genügend Kontroll- und Inspektionsmassnahmen verfügen würde. Eisenhower ärgerte sich offensichtlich über Stassens Vorgehen:

I am particularly distressed to hear that the Russians saw even such a tentative sort of paper prior to full consultation with you and the French Government. The practice of the Western Powers has been, as you undoubtedly know, to discuss such views among themselves before presenting them to the Soviets.<sup>532</sup>

Ebenso enttäuscht wie die britische und die französische Regierung war auch Adenauer, der von Stassens Fauxpas eher zufällig auf Nato-Kanälen erfuhr. Im engmaschigen Netzwerk der Nato-Botschafter in Paris verbreitete sich die Kunde von der neuen amerikanischen Position wie ein Lauffeuer. Als die britische und französische Nato-Delegation Nato-Generalsekretär Spaak am Wochenende über den Vorfall informierten, war dieser über Stassens unilaterales Vorgehen derart erzürnt, dass er kurzzeitig erwog, am Montag, dem 3. Juni, eine ausserordentliche Nato-Ratssitzung abzuhalten.<sup>533</sup> Als Blankenhorn sich am 3. Juni mit Spaak traf, um mit ihm über die deutsche Stellungnahme zu den Ausführungen Stassens und Mochs vom 29. Mai zu sprechen,<sup>534</sup> begrüßte Spaak ihn mit der Frage, ob er schon das Neueste gehört habe: Stassen habe ein umfassendes Memorandum an die Russen übergeben, ohne die Konsultationen im Nato-Rat abzuwarten. Spaak verbarg seine Entrüstung über Stassens Eigenmächtigkeit nicht, die seiner Ansicht nach einen groben Mangel an Achtung der USA vor den Partnerstaaten zeige.<sup>535</sup>

Im Anschluss an die Sitzung mit Spaak suchte Blankenhorn den französischen Nato-Botschafter Parodi auf, der ihm das sechzehnseitige Memorandum Stassens zeigte.<sup>536</sup> Blankenhorn reiste daraufhin unverzüglich nach Bonn, wo er sich am 4. Juni von 11:15 bis 20:30 Uhr mit Adenauer ausführlich bezüglich einer neuen Direktive für seine Erklärung im Nato-Rat besprach. Der deutsche Kanzler verurteilte die Haltung Stassens mit dem Wort „Vertrauensbruch“ scharf.<sup>537</sup> Adenauer hatte erst gerade Washington besucht und kam sich deshalb verschaukelt vor. Denn Dulles hatte ihm einen Tag vor dem unilateralen Vorgehen Stassens Konsultationen und die Priorität der deutschen Wiedervereinigung vor einem Abrüstungsabkommen zugesichert. Dulles versprach am 28. Mai, dass die USA ihre Nato-Verbündeten künftig stärker in die Abrüstungsdiskussionen involvieren wollten. Die Nato-Staaten hätten, so Dulles, das Recht, „nein, sogar die Verantwortung“, in den Rüstungskontrollverhandlungen zu partizipieren, welche die deutsche Wiedervereinigung betrafen. Eisenhower und Adenauer kamen in Washington

<sup>532</sup> Eisenhower to Dulles, 4 June 1957, including Draft Letter from Eisenhower to Macmillan, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 24, June 1957, Miscellaneous; FRUS 1955-57 XX: 597f. Vgl. auch Macmillan, *Riding the Storm*, 303f.; Telephone Conversation between Dulles and Macmillan (London), 5 June 1957, 1:14 p.m., DDEL, Dulles Papers, TC, Box 6, Memoranda of Telephone Conversations, General, 7 May to 27 June 1957 (2).

<sup>533</sup> FRUS 1955-57 XX: 585ff.

<sup>534</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 2. Juni 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 77. Blankenhorn wollte in der regulären Mittwochsitzung am 5. Juni darauf hinweisen, dass aus der Sicht Bonns die Frage der Ausdehnung der Inspektionszone auf Europa und ihre Verknüpfung mit den politischen Problemen noch nicht genügend studiert wurde.

<sup>535</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 3. Juni 1957, *ibid.*

<sup>536</sup> *Ibid.* Am 3. Juni 1957 war Blankenhorn bei Spaak zum Abendessen eingeladen. Ob dabei auch über Stassen Fauxpas geredet wurde, geht aus dem Tagebuch Blankenhorns oder anderen Quellen jedoch nicht hervor.

<sup>537</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 5. Juni 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 77.



überein, dass für ein umfassendes Abrüstungsabkommen mit der Sowjetunion eine vorgängige Lösung des Problems der deutschen Wiedervereinigung unabdingbar war. Adenauer gab Eisenhower in Washington sein Plazet zu einem beschränkten Abrüstungsabkommen als einen ersten Schritt, um für weitere Abkommen ein gewisses Mass von Vertrauen zu schaffen und um die bestehenden grossen politischen Probleme wie die Deutschlandfrage zu lösen. Für eine beschränkte Abrüstungsvereinbarung in Europa – einem „Vertrauensvorschuss den Sowjets gegenüber“ – sagte Adenauer seine Unterstützung unter folgenden Vorbedingungen zu: *Erstens* müssten alle Nato-Staaten einem entsprechenden Abkommen zustimmen. *Zweitens* müsste die Verbindung der Sicherheit in Europa mit der deutschen Frage berücksichtigt sein. Eine europäische Luft- und Bodeninspektionszone kam zudem für Adenauer höchstens zu einem späteren Zeitpunkt und unter Berücksichtigung der politischen Probleme in Europa in Frage. Dulles versicherte Adenauer, dass die USA zur Zeit keinen Inspektionszonen, Rüstungslimiten oder Bodenkontrollen in Europa zustimmen würden. Sollte die Frage in der Zukunft auftauchen, würde Washington die betroffenen Länder natürlich vollständig konsultieren.<sup>538</sup>

Im Gespräch mit dem US-Generalkonsul in Bonn, Elim O'Shaughnessy, bezeichnete Adenauer das Stassen-Memorandum am 5. Juni als einen „Ausverkauf der westlichen Position“. Der Kanzler war in Rage und fühlte sich persönlich hintergangen. O'Shaughnessy berichtete, er habe Adenauer noch nie so „aufgebracht und verzweifelt“ erlebt wie an diesem Tag.<sup>539</sup> In einem Brief an Dulles sprach Adenauer erneut von einem Vertrauensbruch in der Nato, da der Ständige Nato-Rat mit einem *fait accompli* konfrontiert worden sei: „If the NATO alliance is not to break apart, we must arrive at a better and more effective coordination of our policies toward the Soviet Union.“<sup>540</sup>

Die erste offizielle Sitzung des Nato-Rats nach Stassens Fauxpas fand am Morgen des 5. Juni statt. Es wurde beschlossen, den Vorfall an einer Sondersitzung am darauffolgenden Tag um 15:00 Uhr zu traktandieren.<sup>541</sup> Spaak begann die Sitzung am 6. Juni mit einem Bericht über die Vorfälle in London, und US-Botschafter Perkins versuchte Stassens Vorgehen zu rechtfertigen. Nachdem Sorin sich bei Stassen nach dessen Konsultationen mit der Nato darüber beklagt habe, der Westen habe auf die sowjetischen Vorschläge vom 30. April immer noch nicht reagiert und die UdSSR wolle nicht als letzte über das amerikanische Denken informiert werden, habe Stassen beschlossen, Sorin die neue amerikanische Position zu erklären. Stassen habe jedoch Sorin deutlich auf den informellen Charakter des amerikanischen Papiers hingewiesen und ihm auch erklärt, dass sich die amerikanische Position aufgrund westlicher Konsultationen verändern könnte. Stassen habe das Memorandum der sowjetischen Delegation überreicht, damit den Dolmetschern in den komplexen Details keine Fehler unterliefen und keine Missverständnisse entstünden.

<sup>538</sup> Adenauer besuchte Washington vom 26.-29. Mai 1957. FRUS 1955-57 XX: 266-279; DoS to Perkins (Paris), 3 June 1957, Topol 2366, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Eisenhower und Adenauer einigten sich auf folgende fünf Abrüstungsmassnahmen: 1) eine Luftinspektionszone ausserhalb Europas über arktischem Gebiet, allenfalls verbunden mit Bodeninspektionen. 2) ein Abkommen über den Produktionsstopp der Atomwaffenherstellung. 3) einen Stopp der Versuchsexplosionen nach einem ausreichenden Inspektions- und Kontrollsystem für den Produktionsstopp. 4) eine Begrenzung der Höchststärken der Streitkräfte der Sowjetunion und der USA auf 2.5 Millionen Mann. 5) eine Reduktion der konventionellen Waffenvorräte durch die Einlieferung in ein internationales Depot.

<sup>539</sup> FRUS 1955-57 XX: 604-607 (ÜdV). Vgl. dazu FRUS 1955-57 XXVI: 295.

<sup>540</sup> FRUS 1955-57 XX: 607f.

<sup>541</sup> Cheetham (Paris) to FO, 5 June 1957, PRO, FO 371/129822.

Trotz dieser Vorbemerkungen von Spaak und Perkins fielen danach viele Nato-Botschafter wie Hyänen über den amerikanischen Vertreter her. Blankenhorn las eine Wiedergabe der deutschen Regierung zur grundsätzlichen Sicht der BRD zum Abrüstungsproblem vor und machte klar, dass Bonn strikte gegen die Ausweitung einer arktischen Inspektionszone auf Europa und gegen Bodeninspektionen war. Bonn verlasse sich auf das Wort Eisenhowers, der Adenauer vor wenigen Tagen versprochen habe, dass eine europäische Luft- und Bodeninspektionszone „niemals“ Bestandteil eines ersten Abrüstungsabkommens mit Moskau würde. Westliche Abrüstungskonzessionen kamen für die BRD nur in Frage, wenn dafür von der UdSSR eine Aufgabe der DDR erreicht werden könne. Solange durch die innerdeutsche Grenze als Achse einer Inspektionslinie die Teilung Deutschlands verfestigt würde, würde Bonn das Veto für solche Rüstungskontrollvorschläge einlegen. Zur Stassen-Episode, die er verklausuliert mit dem Hinweis auf „unerwartete neue Informationen“ ansprach, äusserte sich Blankenhorn nur am Rande. Er hoffte, dass Dulles nach wie vor zu der erst gerade in Washington verkündeten amerikanischen Politik stand, und betonte mit Nachdruck die Bedeutung von Nato-Konsultationen über „alle offiziellen und inoffiziellen Vorschläge“ an die Sowjetunion in London.<sup>542</sup>

Der italienische Botschafter Alessandrini fühlte sich von der Stassen-Episode „überrascht und blamiert“ und forderte in Zukunft von den USA Konsultationen mit dem Nato-Rat, bevor der sowjetischen Delegation ein neuer westlicher Vorschlag überbracht würde. Er bedauerte, dass „das Prestige des Nato-Rats gelitten habe.“ Belgiens de Staercke forderte von Washington, dass dem Nato-Rat das fragliche Papier Stassens zur Verfügung gestellt werde, und auch Hollands Eelco van Kleffens störte sich daran, dass die Sowjetunion als „Feind der USA“ ein Dokument zu Gesicht bekommen habe, dass die Nato als deren „Freund“ nicht erhalten habe. Holland sei aus Angst vor einer einseitigen Demilitarisierung gegen eine Inspektionszone in Europa und wolle wie Bonn zunächst mit einer Arktikzone beginnen. Norwegen hingegen kritisierte Bonns Position als einen „Exzess an Vorsicht“; und auch der kanadische Nato-Botschafter Wilgress verteidigte Stassens Vorgehen, da es schlicht peinlich gewesen wäre, wenn er Sorin die amerikanische Sichtweise vorenthalten hätte.

Perkins reagierte auf die Kritik der BRD, Italiens, Belgiens und Hollands mit einer beschwichtigenden Äusserung, die auch von Frankreich unterstützt wurde: Eine allfällige Inspektionszone in Europa stelle grosse politische und militärische Fragen und hänge deshalb von der Zustimmung der europäischen Länder und der militärischen Führung der Nato ab. Generalsekretär Spaak klemmte danach die Diskussion über den Stassen-Vorfall ab und forderte, der Nato-Rat solle sich stattdessen auf die Zukunft der Londoner Verhandlungen konzentrieren.<sup>543</sup> Die Debatte über eine Inspektionszone legte zwar die extrem skeptischen Haltungen der BRD und Hollands sowie den Ärger Frankreichs, Italiens und Belgiens über die unterlassene Konsultation Washingtons offen. Dennoch erklärte der Nato-Rat seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer Diskussion von möglichen Inspektionszonen und forderte von den vier westlichen Vertretern in London, dem Rat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.<sup>544</sup>

<sup>542</sup> Perkins (Paris) to DoS, 6 June 1957, Polto 2946, USNA, RG 59, CDF, 330.13. DoS to Perkins (Paris), 3 June 1957, Topol 2366, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Erklärung Blankenhorns, 6. Juni 1957.

<sup>543</sup> Perkins (Paris) to All US Diplomatic Posts, Polto Circular 16, 7 June 1957, DDEL, Stassen Papers, Box 9, NAC Meetings May-August 1957 (1) (ÜdV).

<sup>544</sup> Cheetham (Paris) to FO, 7 June 1957, Tel. 181, PRO, FO 371/129822.

Ungeachtet der harschen Vorwürfe an die Adresse der USA von Seiten der Nato näherten sich die amerikanische und die sowjetische Position in London in der Folge weiterhin an. Am 7. Juni teilte Stassen mit, die UdSSR sei zu Inspektionsposten in der Sowjetunion bereit und akzeptiere auch den amerikanischen Vorschlag eines befristeten nuklearen Teststopps. Bisher hatte Moskau Bodenposten im eigenen Land kategorisch ausgeschlossen und bei einem Teststoppvertrag eine unbegrenzte Laufzeit gefordert. Die Inspektionszone sollte zudem gegenüber der von Stassen erwähnten Grösse noch weiter ausgedehnt werden. Die „informelle“ sowjetische Antwort auf das „nicht-existierende“ amerikanische Papier war bemerkenswert.<sup>545</sup> Chruschtschow gelang es jedoch nicht, sich in der Phase der westlichen Zerstrittenheit auf die Londoner Abrüstungsgespräche zu konzentrieren – er wurde im Juni 1957 von der sogenannten „Anti-Parteigruppe“ um Malenkov und Molotow beinahe von der Macht geputscht.<sup>546</sup> Würde sich die Palastrevolution in Moskau auch auf die Londoner Abrüstungsverhandlungen auswirken? Macmillan glaubte, dass Chruschtschow nun eine flexiblere Haltung einnehmen würde.<sup>547</sup>

In der Zwischenzeit rügten Dulles und Eisenhower ihren Delegationsführer in London. Dulles glaubte, Stassen agiere nicht mehr unter der Kontrolle Washingtons, und er wollte nicht mehr, dass Stassen weiterhin die amerikanische Abrüstungsdelegation in London anführe. Dulles ärgerte sich, dass Stassen „brüsk und rücksichtslos“ die amerikanischen Beziehungen zu Deutschland, Grossbritannien und Frankreich beschädigt habe.<sup>548</sup> Auch Eisenhower war „mehr als verärgert“ über Stassens Fauxpas, den er mit den Worten charakterisierte: „One of the most stupid things that everyone on a diplomatic mission could possibly commit.“<sup>549</sup> Am 11. Juni entschied Dulles, mit Julius Holmes einen Karrierebeamten im US-Aussenministerium und guten Freund von Macmillan als „Wachhund“ für Abrüstungs- und Nato-Fragen nach London zu entsenden.<sup>550</sup> Stassen blieb nach der starken Kritik nichts anderes übrig, als ziemlich demütigende Kontrollmassnahmen zu akzeptieren, die das mangelnde Vertrauen der Eisenhower-Administration und insbesondere von Dulles in ihn nur allzu deutlich reflektierten.<sup>551</sup> Nach

<sup>545</sup> Stassen to Eisenhower, 7 October 1957, DDEL, AWF, Administration Series, Box 35, Harold E. Stassen 1957 (1); Matteson, Harold Stassen, 53f.; FRUS 1955-57 XX: 611-615.

<sup>546</sup> Taubman, Khrushchev, 310-324. Molotow, Malenkov und Kaganovitsch kritisierten Chruschtschows Aussenwirtschaftspolitik am 10.6., während Chruschtschow und Bulganin in Finnland waren. Die Krise verschärfte sich an einem Ministerratstreffen im Kreml am 18.6. und an Präsidiumssitzungen am 19./20.6., in denen Malenkov, Voroschilow, Kaganovitsch Chruschtschow attackierten. Im Plenum des Zentralkomitees, das vom 22. bis 29.6. tagte, gewann Chruschtschow hingegen wieder die Oberhand gegen Malenkov, Kaganovitsch und Molotow. Siehe auch Fursenko/Naftali, Khrushchev's Cold War, 146f.

<sup>547</sup> Macmillan, *Riding the Storm*, 308.

<sup>548</sup> Telephone Conversation between Dulles and Nixon, 10 June 1957, 9:12 Uhr, DDEL, Dulles Papers, Subject Series, TC, Box 6, Memoranda of Telephone Conversations: General 7-27 June 1957 (2) (ÜdV). Gegenüber Senator Donald T. Adams demonstrierte Dulles, wie wenig er seinem Delegationsführer in London vertraute: „Stassen is eager to reach agreement on almost any terms and if necessary sell our allies down the river.“ Telephone Conversation between Dulles and Adams, 10 June 1957, DDEL, Dulles Papers, TC, Box 12, Memoranda of Telephone Conversations - White House, 2/57-8/30/57 (2).

<sup>549</sup> FRUS 1955-57 XX: 616f.

<sup>550</sup> FRUS 1955-57 XX: 618 (ÜdV). Am selben Tag verschob Dulles die Kompetenzen für Abrüstungsangelegenheit vom UNO-Büro (unter Francis Wilcox) in seinen persönlichen Stab, zu Gerard Smith, seinen *Special Assistant for Atomic Energy Affairs*. Matteson, Harold Stassen, 55ff.

<sup>551</sup> Dulles to Stassen, 12 June 1957, DDEL, Dulles Papers, CS, Box 14, June 1957 (3). „Confirming our conversation, it is understood that the basic United States position paper now approved by the President will be coordinated with our NATO allies to the extent that they are involved and if there should emerge

Rücksprache mit Eisenhower versprach Dulles Macmillan und Adenauer, die USA würden in Zukunft keine ihrer Positionspapiere mehr an die Sowjetunion überreichen und stärker auf eine gemeinsame Position hinarbeiten.<sup>552</sup>

Die neue amerikanische Position für die erste Abrüstungsphase hielt zur umstrittenen Frage einer europäischen Inspektionszone fest:

In view of the interests of our NATO allies and the complexity of the multi-national interests involved, any aerial and ground inspection zone affecting Western Europe should, insofar as possible, be treated separately from the [US-Canadian-Soviet and Arctic Circle] aerial and ground inspection zones. [...] Negotiations and arrangements for any aerial and ground inspection zone affecting Western Europe will be handled in a way enabling the West European nations affected to have a full voice in developing the position.<sup>553</sup>

Während in Washington damit rund zwei Wochen nach Stassens Fauxpas wieder etwas Ruhe einkehrte, waren in der Nato in Paris noch nicht alle Wogen geglättet. Die Nato widmete sich im Juni und Juli 1957 an zahlreichen Sondersitzungen dem weiteren Verlauf der Londoner Abrüstungsverhandlungen. Stassens unterlassene Konsultation mit der Nato führte damit ironischerweise zu einer der intensivsten Konsultationsphasen in der noch jungen Geschichte der politischen Kooperation innerhalb der Allianz.

## 7. Intensive Nato-Debatten über die Londoner Gespräche

Von Mitte Juni bis Anfang August 1957 setzte sich der Nato-Rat äusserst intensiv mit den Londoner Abrüstungsgesprächen auseinander. In den Debatten ging es einerseits um die Zuständigkeit der Nato für die westlichen Abrüstungsdebatten und um das Prinzip politischer Konsultation auch in diesem wichtigen Bereich; andererseits aber auch konkret um die Verhandlungssubstanz bezüglich einer europäischen Inspektionszone als Teil eines Ost-West-Abrüstungsabkommens.

Bevor die Nato-Botschafter sich dem Thema „europäische Inspektionszone“ widmen konnten, mussten sie erst einmal im Detail Stassens informelles Memorandum sowie den sowjetischen Gegenvorschlag vom 7. Juni kennen. Ratsdoyen de Staercke und sein deutscher Kollege Blankenhorn forderten genau dies in der Sitzung vom 13. Juni. Der stellvertretende Nato-Botschafter der USA, Ed Martin, betonte, dass das sowjetische Memorandum vom 7. Juni, obwohl es prozedural eine Antwort auf das zurückgezogene und somit eigentlich nicht-existierende Stassen-Memorandum darstellte, einen Fortschritt der sowjetischen Verhandlungsposition aufzeige. Er bat die Nato deshalb, diese Position in ihrer Substanz zu erörtern. Spaak verlangte die beiden Dokumente von den vier Westmächten und lud Stassen und Moch nochmals für Konsultationen nach Paris ein.<sup>554</sup>

---

a conflict between their position and that expressed in our paper, this issue will be considered here in Washington before our position, as reflected in the basic paper, is presented to the Soviets. Also you have told me that you will not expect hereafter to give the Soviets any written statements without full coordination thereof with the Department. [...] It is my understanding that if there should be differences of opinion between you and [Julius Holmes] with respect to the handling of disarmament matters with NATO, the differences will be referred here to the Department for decision before there is any action.“

<sup>552</sup> DoS to Bruce (Bonn) and Whitney (London), 12 June 1957, DDEL, Dulles Papers, CS, Box 14, June 1957 (3).

<sup>553</sup> FRUS 1955-57 XX: 620-625, 623.

<sup>554</sup> NAC Meeting, Paris, 13 June 1957, NA, C-R(57)38; Cheetham (Paris) to FO, 13 June 1957, Tel. 187, PRO, FO 371/129823; Perkins (Paris) to All Diplomatic Posts, 13 June 1957, Polto Circ. 18, DDEL, Stassen Papers, Box 9, NAC Meetings (1). Vgl. auch Spaak (Paris) to Four Western Powers at UN Disarmament Subcommittee (London), 13 June 1957, NA, PO(57)676.

Italien setzte sich besonders prominent dafür ein, wie wichtig es sei, dass die USA die Nato konsultierten und nicht bloss informierten, bevor der Sowjetunion neue westliche Vorschläge kommuniziert würden. Die italienische Regierung machte klar, dass sie keine Entscheidungen der Londoner Westmächte dulden würde, die sich auf italienisches Territorium bezogen, aber nicht mit Italien abgesprochen worden waren. Betreffend der Substanz der Londoner Verhandlungen betonte Italien zwei wichtige Prinzipien. Einerseits müsse jeder Schritt von Rüstungsreduktionen von strikten Kontrollen begleitet werden. Andererseits müssten zunächst die konventionellen Waffen abgerüstet werden, bevor man nuklear abrüstete, damit Europa nicht der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion ausgeliefert wurde. Italien fürchtete, die Abrüstungsverhandlungen würden die Glaubwürdigkeit der Nato-Nuklearstrategie unterminieren, und war besorgt darüber, dass Moskau aufgrund der westlichen Verhandlungsbereitschaft bezüglich Nuklearwaffen daran zweifeln könnte, dass die Nato diese im Falle einer sowjetischen Aggression auch tatsächlich einsetzen würde.<sup>555</sup>

Die erste Reaktion der Nato auf eine europäische Inspektionszone fiel insgesamt „sehr unvorteilhaft“ aus, wie der französische Delegationsleiter an einem Treffen der vier westlichen Delegationen in London konstatierte. Stassen meinte hingegen verständnisvoll, viele Länder würden sich nun erstmals ernsthaft mit Abrüstung beschäftigen und sich deshalb auch erstmals schwierige Fragen stellen. Er war überzeugt, dass die Nato-Staaten letztendlich realisieren würden, dass ein Abrüstungsabkommen zwischen Ost und West auch in ihrem Interesse wäre.<sup>556</sup>

Der Nato-Rat führte die Abrüstungsdiskussion am 19., 21. und 24. Juni fort und hielt fest, dass zwischen Ost und West offenbar inzwischen Übereinkommen bestand sowohl über die maximalen Streitkräftelimiten, die Methoden zur Reduktion konventioneller Waffen, über die Wichtigkeit von kontrollierten Nukleartests sowie über die Bereitschaft, die Inspektionszone eher auszuweiten als einzuschränken. Noch keine Einigung bestünde jedoch über die sowjetischen Forderungen nach einem Abbau ausländischer Basen in Europa, über die Reduktion der Stationierungstruppen in Deutschland und über den bedingungslosen Verzicht des Gebrauchs von Nuklearwaffen.<sup>557</sup> Spaak unterstrich, die Konsultationen seien für die Nato ein wichtiger Testfall. Es sei wichtig, dass nicht der Eindruck entstünde, die Nato behindere auf irgendeine Art die Londoner Verhandlungen.<sup>558</sup>

Um die Nato über die komplexen Details einer Luftinspektionszone zu informieren, standen Moch und Stassen sowie Vertreter der britischen und kanadischen Delegation in London dem Nato-Rat am 29. Juni in Paris erneut Rede und Antwort. Stassen sprach ausführlich über die Ziele der westlichen Abrüstungspolitik und betonte, dass der Westen im wahrsten Sinne des Wortes eigentlich keine „Abrüstung“ anstrebte, sondern eher eine „Halbabrüstung“ (*semi-disarmament*), inklusive den Schutz vor einem Überraschungsangriff. Die USA hätten 1955 mit „Open Skies“ erstmals einen Abrüstungsvorschlag unterbreitet, der nicht an politische Bedingungen geknüpft war, weil diese da-

<sup>555</sup> NAC Meeting, Paris, 13 June 1957; Cheetham to FO, 13 June 1957, Tel. 187; Perkins to All Diplomatic Posts, 13 June 1957, Polto Circ. 18. Zu Italiens Position in der Nato vgl. James D. Zellerback, „Italy's Place in the Atlantic Alliance“, *Department of State Bulletin* 39, no. 1016 (15 December 1958): 959-962.

<sup>556</sup> 33rd Meeting of Western Principals, London, 14 June 1957, PRO, FO 371/129820 (ÜdV).

<sup>557</sup> NAC Meetings, Paris, 19, 21, and 24 June 1957, NA, C-R(57)40, C-R(57)41, C-R(57)42. Vgl. auch Perkins (Paris) to DoS, 19, 21, and 24 June 1957, Polto Circ. 20-23, DDEL, Stassen Papers, Box 9, NAC Meetings (1).

<sup>558</sup> Roberts (Paris) to FO, 22 June 1957, Tel. 436, PRO, FO 371/129826.

mals unlösbar schienen. Auch die Variante einer vorläufigen Aufhebung von Nukleartests sei ein Versuch, bereits vor der Lösung von politischen Problemen einen ersten Abrüstungsschritt zu unternehmen. Moch ergänzte, wie sich die Idee einer Luftinspektionszone seit 1955 konkret entwickelt habe. Während eine solche Zone zunächst ein Gebiet von je 800 km beiderseits des Eisernen Vorhangs umfassen sollte, ging der neueste Vorschlag Stassens inzwischen von einem Gebiet zwischen 5 und 30 Grad, der sowjetische von einem Gebiet zwischen 0 und 25 Grad aus. Von den Nato-Staaten wollte Moch wissen, wie sie sich zu den folgenden zwei Inspektionszonen stellten. Erstens zu einer Zone von 10 bis 60 Grad – die Moch allerdings einen „Wunschraum“ nannte, den die Sowjetunion nie akzeptieren würde. Zweitens zu einer Zone von 5 bis 35 Grad, als „Rückfallposition“ des Westens.

In der Diskussion war jedoch rasch klar, dass in der Nato insgesamt grosse Skepsis bezüglich einer europäischen Inspektionszone herrschte. Die Niederlande waren strikte gegen eine europäische Zone in einem ersten Abrüstungsschritt. Auch die Türkei war dagegen, ihr Territorium einer sowjetischen Inspektion zu öffnen. Italien schliesslich verlangte eine Klärung zur Südgrenze der Zone und schlug 39 Grad als Limite vor, damit der Bosphorus und die Dardanellen eingeschlossen wären. Spaak schlug vor, dass zur Frage einer europäischen Inspektionszone von 5 bis 35 Grad auch die Nato-Militärs Stellung beziehen sollten.<sup>559</sup>

Präsentationen vom Nato-Oberbefehlshaber General Lauris Norstad sowie von Admiral Arthur W. Radford als Vertreter der Ständigen Nato-Gruppe am 4. Beziehungsweise 11. Juli machten deutlich, dass es aus militärischer Sicht im Interesse der Nato wäre, eine europäische Inspektionszone gegen Überraschungsangriffe zu etablieren. Eine solche Zone müsste allerdings aus drei Komponenten bestehen, namentlich Bodenkontrollen, Luftkontrollen und überlappenden Radarketten.<sup>560</sup> Eine isolierte Luftinspektion würde hingegen nur den Sowjets Vorteile bringen, da sie damit ihre weitreichende Spionage verifizieren könnten. Dem Westen wäre eine vergleichbare Möglichkeit nicht gegeben. Die Ergänzung der Luftinspektion durch mobile Bodenkontrolle sei zwingend.<sup>561</sup>

Radford war äusserst besorgt über die uferlosen Diskussionen der Nato-Botschafter und forderte Dulles auf, Perkins sollte einen Beitrag leisten, „um diese Leute an Bord zu behalten“. Radford lamentierte, dass der Nato-Rat zur Zeit darüber diskutierte, wie gross allfällige Inspektionszonen und welcher Art die Inspektionsmechanismen sein sollten, und beklagte sich über die „kindlichen“ Gespräche in der Nato.<sup>562</sup> Radfords Ärger über die inkompetenten Nato-Meinungen war auch eine Woche später noch nicht

<sup>559</sup> Perkins (Paris) to DoS, 30 June 1957, Polto Circular 25, USNA, RG 59, CDF, 330.13/6-3057; Roberts (Paris) to FO, 29 June 1957, Tel. 204, PRO, FO 371/129827.

<sup>560</sup> Roberts (Paris) to FO, 4 July 1957, Tel. 470, PRO, FO 371/129829. Bodenkontrollen sollten anfangs v.a. in Deutschland, Polen und der CSSR errichtet werden, wo die grösste Anzahl von Streitkräften stationiert waren. Vgl. dazu Matteson, *Search for Adventure and Service*, 145. Vgl. Spaak to UN Disarmament Sub-committee (London), 5 July 1957, NA, PO(57)815. Die meisten Telegramme von Perkins (Paris) ans DoS vom Juli und August 1957 sind nach wie vor klassifiziert. Dies betrifft insbesondere seine Berichte vom 3., 9., 11., 17., 22., 23., 24., 25., 26. Juli und vom 9., 14., 18. August 1957, alle „withdrawn“ in: USNA, RG 59, CDF, 740.5. Zu Norstad vgl. Robert S. Jordan, *Norstad: Cold War NATO Supreme Commander: Airman, Strategist, Diplomat* (New York: St. Martin's Press, 2000).

<sup>561</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 11. Juli 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 77.

<sup>562</sup> Radford to Dulles, 15 July 1957, 10:36 a.m., DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, 7/1-8/31/57 (4) (ÜdV). Auch die westlichen Verhandlungsführer in London hatten sich nach den Nato-Diskussionen vom 29.6. darüber beklagt, dass die Nato-Delegationen die Komplexität der Abrüstungsprobleme nicht wirklich erfassten. Report of 42nd Meeting of Western Principals, London, 1 July 1957, PRO, FO 371/129820.

verfliegen, wie sein abschliessendes Fazit gegenüber Dulles bewies: „NAC is befogged.“ Dulles hingegen bereiteten die „immens komplizierten politischen Probleme in Europa“ Sorgen, so dass er skeptisch blieb, ob der Westen in London überhaupt eine Inspektionszone vorschlagen sollte.<sup>563</sup>

#### *Bedenken der BRD betreffend Bodeninspektionen*

Unklarheit bestand im Sommer 1957 vor allem über die Haltung der BRD zu den Londoner Verhandlungen. In einer Wahlkampfreden betonte Adenauer am 29. Juni in Dortmund die Wichtigkeit eines Abrüstungsabkommens und hielt fest, dass er am Erfolg der UNO-Rüstungskontrollverhandlungen in London stark interessiert sei und nichts gegen eine europäische Luftüberwachungszone einzuwenden habe.<sup>564</sup> Es handelte sich dabei aber offenbar um reine Lippenbekenntnisse des deutschen Kanzlers. Denn Anfang Juli betonte Adenauer gegenüber Blankenhorn, dass in London keine Fehler gemacht werden dürften. Der Westen dürfe nicht zu schnell vorgehen, um keine falschen Illusionen zu wecken; gleichzeitig dürfe der Sowjetunion kein Anlass geboten werden, die BRD für den Abbruch der Londoner Verhandlungen verantwortlich zu machen. Adenauer selbst glaubte nicht, dass die Zeit für ein Abrüstungsabkommen schon reif sei. Der Westen müsse auf der Hut sein, denn die Sowjetunion wolle bloss den gegenwärtigen Status quo zementieren.<sup>565</sup>

Am 16. Juli gab Blankenhorn im Nato-Rat eine Erklärung der Bonner Regierung ab und meldete die westdeutschen Bedenken bezüglich den mit der Luftinspektion verknüpften Bodenkontrollen an, da diese einen militärischen Sonderstatus der BRD implizierten, der von Bonn nicht akzeptiert werden könne.<sup>566</sup> Blankenhorns Äusserung gegen mobile Bodeninspektion traf im Nato-Rat auf weitgehende Sympathie. Die BRD wehrte sich insbesondere auch gegen die Eile, die plötzlich in Bezug auf die Abrüstungsverhandlungen zu herrschen schien.<sup>567</sup> Blankenhorn teilte Roberts im Vertrauen mit, dass er gegen das versteckte Ultimatum der westlichen Abrüstungsmächte an den Nato-Rat sei und seine Kritik gegen die Bodeninspektionen auch deshalb so heftig ausgefallen sei.<sup>568</sup> London warnte hingegen die deutsche Regierung, dass ein grosses Risiko bestünde, dass die Deutschen in der sowjetischen Propaganda zum Sündenbock für mangelnden Fortschritt in London gemacht würden, falls die Nato-Diskussionen weiterhin verzögert würden.<sup>569</sup> Gleichzeitig hatte Roberts aber Verständnis für die deutsche Position, nachdem Radford Blankenhorn eine Woche vorher erklärt hatte, dass ein System mobiler Bodeninspektion über 50'000 Inspektoren plus logistische Unterstützung sowohl im Osten als auch im Westen bedeuten würde. Trotz Norstads starker Präferenz für mobile Inspektionen schien es Roberts klar zu sein, dass diese Massnahme im Moment vom Nato-Rat nicht akzeptiert würde.<sup>570</sup>

<sup>563</sup> Dulles to Radford, 15 July 1957, 5:34 p.m., DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, 7/1-8/31/57 (4) (ÜdV).

<sup>564</sup> Matteson, Harold Stassen, 59; Appleby, Eisenhower and Arms Control, 214. Zur Haltung Adenauers in der Abrüstungsfrage 1958 vgl. insbesondere auch die hervorragende Interpretation in der Dissertation von Kastner, „Ambivalent Ally“, 195-211.

<sup>565</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. Juli 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 77.

<sup>566</sup> Fernschreiben Blankenhorns ans AA, 16. Juli 1957, PAAA, Abt. 7, Bd. 1689, Akte AG Carstens, 1960.

<sup>567</sup> Roberts (Paris) to FO, 16 July 1957, Tel. 224, PRO, FO 371/129831.

<sup>568</sup> Roberts (Paris) to FO, 22 July 1957, Tel. 230, PRO, FO 371/129832.

<sup>569</sup> FO to UK Embassy in Bonn, 22 July 1957, Tel. 1314, *ibid.*

<sup>570</sup> Roberts (Paris) to FO, 23 July 1957, Tel. 659, *ibid.*

Am 23. Juli spezifizierte Blankenhorn im Nato-Rat die deutsche Sicht der westlichen Verhandlungsstrategie. Gemäss Bonn sollte in London zuerst über eine arktische Inspektionszone verhandelt werden. Erst falls solche Gespräche scheitern sollten, wäre Bonn bereit, über eine europäische Zone zu diskutieren. Was die Details in Bezug auf Bodeninspektionsposten und Inspektionsteams betraf, so war für Bonn vieles noch unklar, so dass Blankenhorn von den USA mehr Informationen dazu anforderte. Eine Beschränkung einer Inspektion auf Deutschland, Polen und die CSSR komme für Bonn nicht in Frage, zudem dürfe durch eine solche Zone die DDR weder aufgewertet noch anerkannt werden.

Frankreichs Parodi unterstützte die deutsche Haltung und meinte, in einer ersten Phase wäre es wohl besser, auf Beobachtungsposten am Boden zu verzichten. Einzelne Staaten ergänzten die geographischen Koordinaten der vorgesehenen Zone: für Italien war zwingend, dass nicht nur das Gebiet der Nato und des Warschaupakts berücksichtigt wurde, sondern dass auch Jugoslawien Bestandteil der Inspektionszone wurde. Und Griechenland limitierte die maximale südliche Grenze auf den 40. Breitengrad. Norwegen hingegen wollte nicht nur mit einer arktischen Zone beginnen, sondern von Anfang an ein möglichst grosses Gebiet abdecken. Auch Frankreich und Grossbritannien wollten simultan eine arktische und eine europäische Zone aushandeln. Für Spaak war es schwer vorstellbar, dass sich Tausende von sowjetischen Inspektoren im Nato-Gebiet tummeln würden.<sup>571</sup>

#### *Grünes Licht der Nato zu einer europäischen Inspektionszone*

Die Nato insgesamt suchte aber nach Wegen, um ein positives und konstruktives Signal nach London zu senden. Für de Staercke mussten militärische gegen politische Risiken abgewogen werden: Einerseits bestanden militärische Risiken darin, eine Inspektionszone zu akzeptieren, welche keine mobilen Bodenteams beinhalteten; andererseits gab es politische Risiken, falls ein System angenommen wurde, welches solche Bodeninspektionen enthielt. Belgien war bereit, die militärischen Risiken zu akzeptieren, und würde deshalb das Thema Bodeninspektion auf später verschieben. Der stellvertretende britische Nato-Botschafter N.J.A. Cheetham unterbrach an dieser Stelle das „Köpfe zählen“, wer für und wer gegen Bodeninspektionen sei. Er wies darauf hin, wie wichtig es sei, den Eindruck von Meinungsverschiedenheiten in der Nato zu verbergen. An die westlichen Delegationen in London sollte deshalb bloss gemeldet werden, dass noch keine Entscheidung betreffend mobiler Teams gefallen sei und dass der Nato-Rat die Debatte weiterführen werde.<sup>572</sup> Nachdem der Rat beschlossen hatte, die Diskussion auf den nächsten Tag zu vertagen, ging Spaak nach der Sitzung auf Alessandrini und den griechischen Botschafter Michel Melas zu, um die beiden Botschafter zu bearbeiten, welche aufgrund ihrer Instruktionen als einzige eine Zone mit Bodeninspektionen akzeptieren würden. Spaak lag viel an einer rechtzeitigen Antwort der Nato auf die Fragen Londons und er war deshalb fest entschlossen, die Italiener und Griechen auf die Linie des Nato-Rats zu bringen.<sup>573</sup>

Am nächsten Tag sassen die Nato-Botschafter nochmals zusammen, um Spaaks Telegramm an die westlichen Delegationen in London fertigzustellen. Spaaks Vermitt-

<sup>571</sup> Perkins (Paris) to DoS, 23 July 1957, Polto 226, DDEL, Stassen Papers, Box 9, NAC Meetings (3); Roberts (Paris) to FO, 23 July 1957, Tel. 531, PRO, FO 371/129832. Vgl. dazu auch Editorial Note, FRUS 1955-57 XX: 664f.

<sup>572</sup> Perkins (Paris) to DoS, 23 July 1957, Polto 226; Roberts (Paris) to FO, 23 July 1957, Tel. 531.

<sup>573</sup> Roberts (Paris) to FO, 23 July 1957, Tel. 531.



lungsversuch in der Frage eines Aufschubs mobiler Inspektionen war von Erfolg gezeichnet: Italien und Griechenland zogen ihre Vorbehalte vom Vortag zurück. Am 24. Juli gaben die Nato-Botschafter nach mehrwöchigen intensiven Konsultationen den westlichen Delegationen in London grünes Licht für das Aushandeln einer europäischen Inspektionszone.<sup>574</sup>

In den Nato-Konsultationen im Juni und Juli 1957 war es damit Adenauer zwar einerseits gelungen, das Bündnis in einem ersten Abrüstungsschritt dank wiederholter Interventionen seines Nato-Botschafters Blankenhorn auf eine Ablehnung von Bodeninspektionen einzuschwören und zu gewährleisten, dass auf dem Wege von Abrüstungsverhandlungen Deutschland nicht diskriminiert wurde. Andererseits hatten die Nato-Debatten auch zu einem Erfolg geführt. Ende Juli war die Nato damit einverstanden, dass in London eine europäische Inspektionszone in die Verhandlungen eingebracht würde – wenn auch nur unter gewissen klar definierten Bedingungen. Aus den Nato-Debatten wurde klar, dass keine isolierte europäische Inspektionszone in Frage kam, dass die Nato aber auch nicht am Scheitern der Londoner Verhandlung schuld sein wollte. Als kleinstes gemeinsames Vielfaches kam eine Zone vom 5. bis 35. Breitengrad sowie nördlich des 42. Breitengrades in Frage. Wichtig war dabei, dass alle europäischen Staaten, inklusive Jugoslawien, abgedeckt waren. Das Hauptproblem einer europäischen Inspektionszone lag in den Bodeninspektionen, die von den Nato-Militärexperten als für eine solche Zone zwingend charakterisiert worden waren. Der Nato-Rat folgte aber den Bedenken von Bonn und Paris gegen Bodeninspektionen, weil diese zu einer Demilitarisierung und zur Neutralisierung Deutschlands führen könnten.

Adenauer blieb weiterhin besorgt über die Aussicht der Londoner Verhandlungen. Bei einem etwaigen Abrüstungserfolg in London wählte er die Wahlen im September zu verlieren, weil er seine Kampagne auf die Westbindung der BRD und die Nato-Mitgliedschaft ausgerichtet habe. Wenn die deutsche Bevölkerung nun den Eindruck erhalten würde, dass die deutsche Mitgliedschaft in der Nato die BRD nicht vor einem Abrüstungsabkommen auf ihre Kosten bewahren würde, so würde er die Wahlen verlieren, spekulierte Adenauer. Bonn sähe es deshalb lieber, wenn die Abrüstungsgespräche suspendiert würden, bis die Wahlen in der BRD vorbei waren.<sup>575</sup>

Stassens Vorschlag einer europäischen Luftüberwachungszone wurde – abgesehen von den mobilen Bodeninspektionen –, nicht nur vom Nato-Rat, sondern auch von Grossbritannien, Frankreich und Kanada im Londoner UNO-Unterausschuss unterstützt. Dulles sah sich deshalb veranlasst, kurzfristig persönlich nach London zu reisen, um bei den weiteren Verhandlungen die Interessen der BRD zu wahren. Auch wenn die USA ein starkes Interesse daran hatten, den Londoner Verhandlungen zu einem Erfolg zu verhelfen und die Spannungen mit der UdSSR zu reduzieren, musste im Interesse Adenauers und den Wahlen in der BRD eine rasche Einigung in London über eine euro-

<sup>574</sup> NAC Meetings, 23-24 July 1957, NA, C-R(57)52-53; Perkins (Paris) to DoS, 24 July 1957, Polto 232, DDEL, Stassen Papers, Box 9, NAC Meetings (3); Whitney (London) to DoS, 25 July 1957, NARA, RG 59, DF, 330.13/7-2557; Roberts (Paris) to FO, 24 July 1957, Tel. 533, PRO, FO 371/129832. Vgl. dazu auch Matteson, Harold Stassen, 60f.; Kosthorst, Brentano, 134.

<sup>575</sup> Gruenther (Paris) to Eisenhower, 21 July 1957, DDEL, AWF, Administration Series, Box 16, Gruenther, General Alfred 1956-57 (2); Eisenhower-Norstad Meeting, 26 July 1957, DDEL, WHO-SS, IT&M, Box 3, NATO File no. 2 (1); Bruce (Bonn) to Dulles (Washington), 20 July 1957, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 2, Strictly Confidential, A-B (1).

päische Inspektionszone verhindert werden, obwohl sich hier seit dem Frühjahr 1957 die amerikanische und die sowjetische Position rasant angenähert hatten.<sup>576</sup>

Wie eine Lösung aussehen könnte, wurde kurz vor Dulles' Abreise aus Washington gegenüber Adenauer angetönt. Dulles zweifelte daran, ob es vernünftig sei, den Sowjets eine europäische Inspektionszone anzubieten, es sei denn als Teil einer grösseren – und für Moskau inakzeptablen – Zone, welche sowohl die USA und die gesamte Sowjetunion, Europa und die Arktik umfasste. Als Blankenhorn von Roberts von der neuen US-Strategie erfuhr, kritisierte er zwar die ständigen Veränderungen in der amerikanischen Politik, gestand Roberts aber auch, dass eine solche Linie von Dulles selbstverständlich Adenauer sehr genehm wäre.<sup>577</sup>

Aus Propagandaüberlegungen konnte es sich Dulles aber nicht leisten, die Londoner Verhandlungen einfach platzen zu lassen oder es so aussehen zu lassen, als ob Adenauer einem Abkommen im Wege stünde.

#### *Dulles übernimmt die Londoner Verhandlungen*

Offiziell sollte der Nato-Rat vorerst nicht mehr im Detail konsultiert werden. Die USA fürchteten, ein neuer westlicher Vorschlag würde als Diktat der USA oder der BRD gegen die von der Nato gewünschte europäische Zone interpretiert. Eine erneute Konsultation mit der Nato würde zudem nur zu einem Zeitverlust und zu einer „schlechten Psychologie“ führen. Ausserdem wäre das Resultat von neuen Diskussionen mit dem Nato-Rat ungewiss. Daher empfahl Stassen eine neue Variante, die keine neue Konsultation mit der Nato bedingte, die aber die volle Unterstützung Frankreichs und Grossbritanniens hatte und auch Adenauer „voll zufrieden stellte“: Der Westen sollte in London zunächst eine grosse Inspektionszone einbringen, danach eine arktische Inspektionszone. Eine europäische Zone sollte hingegen vorerst bis nach den deutschen Wahlen hinausgeschoben werden.<sup>578</sup>

In der westlichen Vierer-Sitzung in London vom 30. Juli, die inzwischen zu einer Aussenministersitzung aufgewertet worden war, schlug Dulles deshalb vor, die Idee einer europäischen Inspektionszone momentan aufgrund der zahlreichen damit verbundenen politischen Probleme – die deutsche Wiedervereinigung, die Anerkennung des Warschaupakts, der Status von Jugoslawien, die italienisch-jugoslawischen Beziehungen und der Einschluss von Spanien und Algerien – fallenzulassen. Lloyd und Pineau widersprachen jedoch heftig und setzten sich für die vom Nato-Rat am 24. Juli beschlossene Position ein, das heisst für eine europäische Inspektionszone ohne mobile Bodeninspektionen.<sup>579</sup>

Nach der Sitzung äusserte sich Dulles besorgt über die „äusserst schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten“ im Westen betreffend der Zonen und Methoden für

<sup>576</sup> Zu Dulles' Entscheid, nach London zu reisen, und seinem Aufenthalt in Ottawa vom 26.-28.7.57, vgl. FRUS 1955-57 XX: 664f. Eisenhowers Instruktionen an Dulles befinden sich in: Eisenhower to Dulles, 26 July 1957, USNA, RG 59, CDF, 330.13/7-2657.

<sup>577</sup> Roberts (Paris) to FO, 29 July 1957, Tel. 237, PRO, FO 371/129833.

<sup>578</sup> Whitney (London) to Dulles (Ottawa), 28 July 1957, Tel. 774, USNA, RG 59, CDF, 330.13/7-2857 (ÜdV).

<sup>579</sup> Meeting of Western Disarmament Principals, London, 30 July 1957, PRO, FO 371/129820; FRUS 1955-57 XX: 668f. Der Bericht von Stassens Mitarbeiter Robert E. Matteson macht die Irritation der US-Abrüstungsdelegation in London über Dulles' Intervention deutlich: „To us, Dulles' performance was incredible. He seemed old, stubborn, and fearful – fearful of public opinion, of the USSR, of an arms control agreement that would relax tension and decrease the pressure on the Soviet Union. We all saw Dulles changing the [...] Presidential NSC decisions.“ Matteson, Harold Stassen, 62.

Inspektion. Er hatte Angst, dass die Nato-Staaten dem starken Druck der öffentlichen Meinung nach einem Abrüstungserfolg nachgeben könnten.<sup>580</sup> Am nächsten Tag wurde Dulles' Taktik jedoch von der britischen, französischen und kanadischen Delegation akzeptiert: Zunächst sollte Moskau im UNO-Forum aus Propagandagründen eine umfassende amerikanisch-sowjetische Zone vorgeschlagen werden, welche die USA, Kanada und die UdSSR umfasste. Eine solche Zone würde die Sowjetunion jedoch mit Sicherheit ablehnen. In diesem Fall würde der Westen eine arktische Zone vorschlagen und erst als dritte Priorität eine europäische Zone offerieren, die allerdings Osteuropa und den grössten Teil der UdSSR westlich vom Ural einschloss. Auch eine solche Zone sei für die Sowjetunion aber wohl inakzeptabel, glaubte Dulles.<sup>581</sup>

Als sich Dulles nach den Absprachen mit seinen westlichen Kollegen am 31. Juli mit Sorin zum Mittagessen traf, wurde glasklar, dass die deutsche Frage nach wie vor auf die Abrüstungsdiskussion abstrahlte und dort einen Fortschritt verhinderte. Unter vier Augen gestand Dulles Sorin, dass eine europäische Inspektionszone vorwiegend für Adenauer wegen der drohenden Durchdringung der BRD durch Tausende sowjetischer Inspektoren ein Problem darstelle. Adenauers Veto sei für die westliche Position ein Problem. Sorin äusserte dagegen die Angst Moskaus vor einer Rückkehr der „alten Garde von Hitler“ in die Bundeswehr und vor einem zunehmenden Militarismus in Deutschland, der nur durch ein kollektives Sicherheitssystem in Europa verhindert werden könne. Die Existenz der BRD und der DDR sei eine Realität, die auch der Westen akzeptieren müsse. Für Dulles hingegen barg die deutsche Teilung ein grosses Kriegsrisiko. Er machte klar, dass sowjetische Vorschläge, welche die deutsche Teilung perpetuierten, für den Westen inakzeptabel waren.<sup>582</sup>

Die westliche Junktimpolitik von 1955 war kurz zuvor von Brentano in Anwesenheit des amerikanischen, britischen und französischen Botschafters in der sogenannten „Berliner Viermächte-Erklärung“ feierlich erneuert worden.<sup>583</sup> In seiner Rede machte Brentano darauf aufmerksam, dass die Abrüstungsverhandlungen in London einen gewissen Fortschritt erreicht hätten. Nun sei es an der Zeit, auf die Verbindung mit den politischen Fragen hinzuweisen und die westliche Haltung dazu zu definieren.<sup>584</sup> Mit der Berliner Erklärung vom 29. Juli 1957 besass die BRD erstmals eine juristische Handhabe gegen alliierte Alleingänge, denen sie 1955 in Genf noch hilflos hatte zusehen müs-

<sup>580</sup> Dulles (London) to Eisenhower, 30-31 July 1957.

<sup>581</sup> FRUS 1955-57 XX: 669-672 sowie 674f. Vgl. Appleby, Eisenhower and Arms Control, 216; Cabalo, „Eine Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa“, 195.

<sup>582</sup> FRUS 1955-57 XX: 675ff.

<sup>583</sup> Berliner Deklaration, 29 July 1957, in: *Moskau-Bonn: Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der BRD, 1955-73: Dokumentation*, ed. Boris Meissner (Köln: Wissenschaft und Politik, 1975), 283ff.

<sup>584</sup> Stichworte für die Ausführungen Brentanos am 5. August [sic!], PAAA, NL Grewe, Bd. 50, Deutsche Wiedervereinigung, 1957. Die Viermächte-Erklärung hätte ursprünglich am 5. August 1957 verkündet werden sollen, doch um rechtzeitig auf die Notwendigkeit der Verbindung von Abrüstung mit der Lösung politischer Fragen hinzuweisen, wurde die öffentliche Bekanntgabe nach der Dynamik der inner-westlichen Konsultationen kurzfristig auf den 29. Juli vorgezogen. Telegramm an die Botschafter der BRD in allen Nato-Staaten, 29. Juli 1957, PAAA, NL Grewe, Bd. 50, Deutsche Wiedervereinigung, 1957; Helga Haftendorn, „Das institutionelle Instrumentarium der Aliierten Vorbehaltsrechte: Politikkoordination zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland“, in *Die volle Macht eines souveränen Staates--: Die alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingungen westdeutscher Aussenpolitik 1949-90*, hg. von Helga Haftendorn und Henning Riecke (Baden-Baden: Nomos, 1996), 37-80. Vgl. auch Grewe, Rückblenden, 291 und 299.

sen.<sup>585</sup> Die Berliner Erklärung nahm vorweg, dass der Westen in den Londoner Verhandlungen keine europäische Inspektionszone vorschlagen durfte, die den Interessen der BRD widersprechen würde. Dies war zumindest das Signal, welches der feierliche Akt vom 29. Juli auf die Sowjetunion ausstrahlte.

Der Nato-Rat gab dem westlichen Plan am 2. August seine Zustimmung. Perkins wiederholte, dass die Frage einer mobilen Inspektion „das schwierigste Problem“ der Londoner Verhandlungen darstelle. Der Westen stünde hier vor einem Dilemma: Einerseits sei eine Inspektion ohne Mobilität vom technischen Standpunkt her nicht sinnvoll. Andererseits seien auch die politischen Vorbehalte des Nato-Rats gegen eine mobile Inspektion valide. Perkins versicherte jedoch, dass die Frage von Bodeninspektionen erst dann in die Verhandlungen eingeführt würde, wenn die betreffenden Staaten grünes Licht dafür gäben. Der italienische Botschafter Alessandrini hielt es für wichtig, festzuhalten, dass der Nato-Rat trotz Gerüchten, dass die Allianzkonsultationen die Londoner Verhandlungen bremsen, sehr schnell auf die Anfragen der westlichen Abrüstungsmächte zu einer europäischen Inspektionszone geantwortet habe.<sup>586</sup>

Als Dulles den neuen westlichen Abrüstungsplan am 2. August in London präsentierte,<sup>587</sup> hielt Igor Usatchev von der sowjetischen Delegation den Inspektionszonenvorschlag für „arrogante Propaganda“, die viereinhalb Monate lange konstruktive Verhandlungen beendete.<sup>588</sup> Während Stassen in London in bilateralen Treffen mit Sorin zu retten versuchte, was vom Schwung der Frühsommer-Détente noch zu retten war,<sup>589</sup> bekannte Dulles intern bereits am 23. August: „[I think] the disarmament thing is pretty much over for a while.“<sup>590</sup> Wenige Tage nach Dulles' Prognose attackierte Sorin in den Londoner Verhandlungen tatsächlich den westlichen Vorschlag, der nebst Dulles' Luftüberwachungssystem ein zwölfmonatiges Testmoratorium sowie einen Produktionsstopp und ein Weiterverbreitungsverbot von spaltbarem Material beinhaltete. Sorin bezichtigte die Nato-Staaten, insbesondere die USA, an den Verhandlungen nicht länger ernsthaft interessiert zu sein, und wies das westliche Arbeitspapier noch am selben Tag zurück. Sorin kritisierte auch das Verhältnis von 1:4 zwischen dem Warschaupakt und der Nato im UNO-Gremium und führte so den sowjetischen Paritätsanspruch in die UNO-Abrüstungsverhandlungen ein.<sup>591</sup> Der UNO-Unterausschuss in London beschloss daraufhin am 6. September, die Abrüstungsverhandlungen bis zur UNO-Generalversammlung zu unterbrechen.<sup>592</sup>

<sup>585</sup> Kosthorst, Brentano, 135. Vgl. dazu auch Helga Haftendorn, „The ‚Quad‘: Dynamics of Institutional Change“, in *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*, ed. Helga Haftendorn, Robert O. Keohane and Celeste A. Wallander (Oxford: Oxford University Press, 1999), 162-194, 166f.

<sup>586</sup> FRUS 1955-57 XX: 687ff. Adenauer hatte am 1.8.57 nochmals gegen Bodeninspektionen interveniert. Adenauer an Dulles, 1. August 1957, PAAA, Abt. 7, Bd. 1689, Akte AG Carstens, 1960.

<sup>587</sup> Dulles' Statement to the Subcommittee of the UN Disarmament Commission, 2 August 1957, *Documents on Disarmament 1949-59* II: 839-845. Den westlichen Plan siehe DzD III/3/2, 1362ff.

<sup>588</sup> Matteson-Usatchev Meeting, 6 August 1957, DDEL, Stassen Papers, Box 34, Bilateral Conferences, USSR, June-August 1957 (1).

<sup>589</sup> Stassen-Zorin Meeting, 6 August 1957, DDEL, Stassen Papers, Box 34, Bilateral Conferences, USSR, June-August 1957 (1).

<sup>590</sup> Telephone Conversation between Dulles (Washington) and Bowie (Boston), 23 August 1957, DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, Memoranda of Telephone Conversations, 7/1 – 8/31/57 (1).

<sup>591</sup> Declaration by Zorin, 29 August 1957, DDEL, Stassen Papers, Box 19, USSR: Disarmament Proposals (1957) (12). Vgl. auch Erklärung der UdSSR, 27. August 1957, DzD III/3/2, 1512ff.

<sup>592</sup> Coleridge to NATO Delegations, 16 September 1957, „Disarmament“, NA, RDC(57)337. Mit einer Erklärung kündigte die UdSSR am 4. November 1957 ihre Mitarbeit im UNO-Unterausschuss schließlich ganz auf. DzD III/3/3, 1832ff. Laut Fursenko/Naftali verlor Chruschtschow im Spätsommer 1957 das Interesse an den Abrüstungsverhandlungen und wollte die UdSSR und Osteuropa nicht länger für

Als der Nato-Rat am 16. September eine Bestandesaufnahme der Abrüstungsgespräche vornahm, blieb ihm nichts weiter übrig, als die Delegation der Koordination der westlichen Abrüstungsvorschläge an die UNO-Generalversammlung zu konstatieren und damit, wie der holländische Nato-Botschafter Eelco N. van Kleffens bemerkte, eine Schwerpunktsverlagerung der Abrüstungskonsultationen im westlichen Lager vom Nato-Sitz in Paris an die UNO in New York zu akzeptieren.<sup>593</sup> An einer Pressekonferenz schälte Dulles als einzigen positiven Aspekt der gescheiterten Londoner Verhandlungen die Diskussionen in der westlichen Allianz heraus, welche er den „erfolgreichsten Gebrauch der Konsultationsmaschinerie der Nato in der Geschichte der Nato“ nannte.<sup>594</sup> Zudem lohnte sich die Rücksichtnahme auf Adenauer: Adenauers CDU wurde bei den Bundestagswahlen am 15. September mit 50.2 Prozent der Stimmen wiedergewählt.<sup>595</sup>

Als sich Dulles am 5. Oktober 1957 mit dem sowjetischen Aussenminister Gromyko in Washington traf, wurde deutlich, dass es zum Tango-Tanzen zwei Partner braucht und dass Sorins kompromissbereite Haltung von Moskau nicht mitgetragen wurde. Gromyko hielt zum im Westen so heftig diskutierten und umstrittenen Thema Luftinspektionen unmissverständlich fest, dass Moskau sich aufgrund des mangelnden Vertrauens zwischen Ost und West schlicht keine britischen und amerikanischen Flugzeuge im sowjetischen Luftraum vorstellen könne und dass wohl auch die USA keine sowjetischen Flugzeuge im amerikanischen Luftraum erlauben würden.<sup>596</sup>

Die Londoner Verhandlungen hatten sich damit als Sturm im Wasserglas herausgestellt, weil sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Verhandlungsdelegation in London offenbar dynamischere und flexiblere Positionen vertreten hatten, als sie in den westlichen Hauptstädten und in Moskau gewünscht wurden.

## 8. Fazit

Die Nato spielte während der Londoner Abrüstungsverhandlungen im Frühjahr 1957 eine grosse Rolle. Zwar hatten die westlichen Abrüstungsmächte die Allianz an der Frühjahrstagung nur knapp über die Fortschritte der Ost-West-Gespräche informiert, doch unter der Führung des neuen Generalsekretärs Paul-Henri Spaak, der sein Amt von Anfang an politischer ausgestaltete als sein Vorgänger, verlangte die Nato ab Mitte Mai 1957 eine Mitsprache an der westlichen Verhandlungsposition. Obwohl Präsident Eisenhower seinen Verhandlungsführer vor Ort, Harold Stassen, explizit autorisiert

---

Luftinspektionen öffnen. Er widersprach damit den Ideen von Verteidigungsminister Schukow, dessen Zeit damit abgelaufen war, und die an den Abrüstungsverhandlungen interessierten Sorin und Mikoyan gaben nach. Siehe Fursenko/Naftali, Khrushchev's Cold War, 153f.

<sup>593</sup> NAC Meeting, Paris, 16 September 1957, NA, C-R(57)59. Stassens Zeit als Abrüstungsbeauftragter der Eisenhower-Administration und als Delegationsführer in London war im Herbst 1957 endgültig abgelaufen. Sowohl in der Eisenhower-Administration als auch bei den wichtigsten Alliierten der USA verfügte Stassen nach seinem diplomatischen Fauxpas über zu wenig Rückhalt. FRUS 1955-57 XX: 725f. Auf Druck von Dulles erklärte Stassen schliesslich am 14.2.58 seinen Rücktritt. Sein Posten wurde abgeschafft und sein Mitarbeiterstab aufgelöst. Die Kontrolle über die Abrüstungsverhandlungen zog Dulles daraufhin im Aussenministerium zusammen. Er etablierte dazu ein Beraterkomitee (*Advisory Panel*), das sich aber nur noch in unregelmässigen Abständen traf. Vgl. dazu Appleby, Eisenhower and Arms Control, 225f.

<sup>594</sup> Zit. aus: Matteson, Harold Stassen, 65 (ÜdV). Vgl. zu Dulles positiver Einschätzung der Entwicklung politischer Kooperation in der Nato auch: Remarks by Dulles at ABC/TV program Introducing a Special Series on NATO, 25 August 1957, „NATO's Two Interlocking Tasks“, *Department of State Bulletin* 37, no. 950 (9 September 1957): 419f. Dulles nannte darin die militärische Gefahr der Sowjetunion und die Entwicklung einer Atlantischen Gemeinschaft als die zwei fundamentalen Gründe für die Nato.

<sup>595</sup> NZZ (16.9.1957): 1.

<sup>596</sup> FRUS 1955-57 XX: 731-734.

hatte, während bilateraler Gespräche mit der sowjetischen Diskussion auch Vorschläge einzubringen, die noch nicht von den Alliierten oder der USA zur offiziellen westlichen Verhandlungsposition erklärt worden waren, um so die sowjetischen Intention zu testen, führte das informelle Überreichen einer neuen amerikanischen Position an die Sowjetunion im Juni 1957 zu heftigen Protesten Grossbritanniens, Frankreichs und der Nato insgesamt. Während Anfang Juni die Energien der Nato hauptsächlich mit Protesten gegen das amerikanische Vorgehen absorbiert wurden, begannen ab Mitte Juni im Nato-Rat intensive Diskussionen über die konkreten amerikanischen Vorschläge. Die Nato-Staaten wurden nun im Detail über die Vor- und Nachteile einer europäischen Inspektionszone hingewiesen. Vor allem politische Bedenken führte schliesslich dazu, dass die Nato zwar – und dies eher überraschend – grünes Licht für eine europäische Zone gaben, dazu aber strikte Bedingungen knüpften. Am wichtigsten war, dass Bodeninspektionen vorerst noch nicht Teil einer solchen Zone sein sollten. Auch wenn die USA vor allem aus Rücksichtnahme auf Bonn die Verhandlungstaktik so abänderte, dass die Sowjetunion die neue westliche Position sicher ablehnen würde und sich die Chance auf ein erstes Abkommen Anfang August drastisch reduzierte, hatten die Abrüstungsdebatten im Ständigen Nato-Rat doch beweisen können, dass die Nato innert kürzester Zeit im strikten Vertrauen zu konkreten westlichen Vorschlägen Stellung beziehen und einen Konsens etablieren konnte, ohne dass die Substanz der Gespräche nach Moskau gelangte. Damit hatte das erste halbe Jahr nach Verabschiedung der Empfehlung der Drei Weisen zur verbesserten politischen Kooperation im Bündnis und die ersten Monate unter Spaak zu einer befriedigenden Stärkung der politischen Konsultationen geführt.

## IV. Kompromiss am Nato-Gipfel 1957: Verteidigung & Détente

Mit dem Start des künstlichen Erdsatelliten *Sputnik* bahnte sich am 4. Oktober 1957 ein „Gleichgewicht des Schreckens“ zwischen den USA und der UdSSR an. Während die USA bisher mit ihren Bomberflotten und ihrem weltweiten Stützpunktnetz gegenüber der Sowjetunion leicht im Vorteil gewesen waren, näherte sich der Kalte Krieg nun einem nuklearen Patt an, wodurch sich Ost und West gegenseitig in Schach halten konnten. Sowohl die USA als auch die Sowjetunion würden dann auch nach einem massiven Atomschlag noch über eine ausreichende Vergeltungskapazität verfügen, um dadurch einen feindlichen atomaren Erstschlag abzuschrecken. Eisenhower sah trotz dem grossen öffentlichen Aufschrei über den Sputnik grundsätzlich keinen Anlass zu Besorgnis. Dank der amerikanischen strategischen Bomberflotte würde die amerikanische Vergeltungsdrohung noch auf Jahre hinaus glaubhaft bleiben.<sup>597</sup>

Der Sputnik sorgte aber für Beunruhigung, weil die Androhung massiver Vergeltung eines sowjetischen Angriffs auf Europa durch die Verwundbarkeit der USA weniger glaubwürdig schien. Es stellte sich die Frage, ob damit der Nuklearschirm der USA für Europa weiterhin effektiv und automatisch wirksam war.<sup>598</sup> Französische Vertreter sprachen an einer deutsch-französischen Konferenz in Bad Godesberg Ende November offen aus, dass sie eine eigene europäische Atomstreitkraft wünschten, weil sie kein Vertrauen mehr in die amerikanische Sicherheitsgarantie setzten.<sup>599</sup> Adenauer „dankte Gott für den Sputnik“, weil er die Amerikaner endlich aufgeweckt habe – er hoffte jedoch, dass die USA insbesondere die nicht-militärische Seite der Nato und die politischen Konsultationen stärken wurden.<sup>600</sup>

Gegenstand des *ersten Kapitels* ist die während eines Treffens zwischen Eisenhower, Macmillan und Spaak in Washington Ende Oktober 1957 entstandene Idee, als Reaktion auf den Sputnikschock das Nato-Treffen vom Dezember 1957 erstmals als Gipfel, also auf Stufe der Staats- und Regierungschefs der fünfzehn Mitgliedstaaten durchzuführen. Das *zweite Kapitel* widmet sich den amerikanischen Vorbereitungen auf den

<sup>597</sup> Robert A. Divine, *The Sputnik Challenge* (New York: Oxford University Press, 1993), Peter J. Roman, *Eisenhower and the Missile Gap* (Ithaca: Cornell University Press, 1995) sowie Lawrence S. Kaplan, „The Impact of Sputnik on NATO“, in *The Long Entanglement: NATO's First Fifty Years* (New York: Praeger, 1999), 65-75.

<sup>598</sup> Für eine frühe Analyse siehe „Der künstliche Satellit und Chruschtschows Raketendiplomatie“, NZZ (13.10.1957). Vgl. auch Albert Wohlstetter, „The Delicate Balance of Terror“, *Foreign Affairs* (1957): 209-234. Vgl. dazu Wenger, *Living With Peril*, 154-171. Zur innenpolitischen Diskussion von Sputnik und dem Gaither Report, vgl. Andreas Wenger, „Eisenhower, Kennedy, and the Missile Gap: Determinants of U.S. Military Expenditure in the Wake of the Sputnik Shock“, *Defense and Peace Economics* 8 (1997): 77-100, und, nach wie vor wertvoll, John C. Donovan, *The Cold Warriors: A Policy-Making Elite* (Lexington, MA: D.C. Heath and Company, 1974), besonders 130-149. Siehe auch David L. Snead, *The Gaither Committee, Eisenhower, and the Cold War* (Columbus: Ohio University Press, 1999). Dulles hatte bereits im Januar 1956 auf diese Problematik hingewiesen: Mit der Entwicklung des sowjetischen Nuklearpotenzials verliere die US-Vergeltungsdrohung ihren abschreckenden Wert, die Glaubwürdigkeit des Konzepts kollektiver Verteidigung sinke, und die Verlässlichkeit der USA als Verbündete Europas würde in Frage gestellt. Siehe John L. Gaddis, „The Unexpected John Foster Dulles: Nuclear Weapons, Communism and the Russians“, in *John Foster Dulles and the Diplomacy of the Cold War*, ed. Richard H. Immerman (Princeton: Princeton University Press, 1990), 47-79, 56f.

<sup>599</sup> *Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung* [Bonn] (5. Dezember 1957): 2018ff. Für die europäischen Reaktionen auf den Sputnik vgl. Dockrill, *Eisenhower's New Look National Security Policy*, 210-217.

<sup>600</sup> Gesprächsaufzeichnung Adenauer-Green, 28. Oktober 1957, zit. Kastner, „Ambivalent Ally“, 185.

Nato-Gipfel, darunter insbesondere der Rolle von Oppositionsführer Adlai Stevenson, dem die Aufgabe übertragen wurde, die Arbeitspapiere des Aussenministeriums kritisch zu prüfen. Der Demokrat Stevenson hinterfragte die exklusiv militärische Reaktion auf den Sputnik und empfahl stattdessen einen Ausbau der nicht-militärischen Zusammenarbeit im Bündnis. Das *dritte Kapitel* zeigt, dass Kanada und – was eher überrascht – die BRD ebenfalls eine hauptsächlich politische Prägung des Nato-Gipfels wünschten, der trotz Sputnik nicht zu einem „Raketengipfel“ verkommen sollte. Adenauer wollte stattdessen die Stärkung politischer Konsultationen zum Hauptthema der Nato-Gipfelkonferenz machen und entsandte deshalb Brentano und Blankenhorn nach Washington. Zwischen Blankenhorn und Dulles entbrannte bei dem Treffen im Vorfeld des Nato-Gipfels ein faszinierendes Streitgespräch über politische Konsultationen in der Nato.

Nach Drohungen Frankreichs, aufgrund von amerikanischen Waffenlieferungen an Tunesien den Gipfel platzen zu lassen, und sowjetischen Störmanövern (*Kapitel 4*) prallten während des Nato-Gipfels Mitte Dezember 1957 amerikanische und europäische Vorstellungen aneinander. Im *fünften Kapitel* wird gezeigt, wie sich eine Vielzahl an Nato-Staaten für Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion einsetzten, während die USA auf den Sputnik primär mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa reagieren wollten. Im *sechsten Kapitel* werden die Reaktionen innerhalb der Nato auf den Nato-Gipfel vorgestellt.

## 1. „Spaaks“ Idee eines Nato-Gipfels und westliche Vorbereitungen

Eine erste Gelegenheit, die Implikationen des Sputniks für den Westen auf höchster Ebene zu diskutieren, ergab sich anlässlich des Washingtonbesuchs von Macmillan vom 23. bis 25. Oktober 1957. Gleichzeitig weilte auch Nato-Generalsekretär Spaak in der amerikanischen Hauptstadt. Kurz vor dem Treffen schlug Dulles vor, den Atlantikrat im Dezember aus Anlass des Sputnikschocks erstmals seit dem Washingtoner Gipfel im April 1949 auf der Stufe der Staats- und Regierungschefs durchzuführen.<sup>601</sup> Während eines Abendessens im Weissen Haus mit Macmillan und Lloyd brachte Dulles die Idee eines Nato-Gipfeltreffens am 23. Oktober in die Gesprächsrunde ein. Nachdem Macmillan den Vorschlag begrüsst hatte, ermunterte Eisenhower ihn dazu, Spaak dazu zu animieren, diesen Vorschlag zu machen.<sup>602</sup> Offenbar sollte die Gipfelidee nicht von Washington aufoktroziert erscheinen.

Spaak gegenüber betonte Eisenhower sein Vertrauen in die Nato und hielt fest, dass der Zustand der Allianz besser schien als noch vor einem Jahr. Dulles fand es günstig, dass Spaak zeitgleich wie Macmillan in Washington sei. Ziel des Treffens mit Macmillan sei nämlich nicht eine engere anglo-amerikanische Allianz, sondern eine Stärkung der westlichen Allianzen insgesamt und besonders auch eine Stärkung der Nato.<sup>603</sup> Als

<sup>601</sup> Telephone Conversation between Dulles and Eisenhower, 19 October 1957, DDEL, Dulles Papers, TC, Box 12, 9/2 – 12/26/57 (2). Die Idee entstammt einem Vorbereitungspapier des State Departments zur Visite Macmillans: Position Paper, n.d., „High-level Consultation among NATO Allies“, DDEL, Central Files, Confidential Files, Subject Series, Box 74, DoS October 1957, Briefing Book: Macmillan Visit. Dulles wiederholte die Idee drei Tage später. Eisenhower-Dulles Meeting, 22 October 1957, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 27, October 1957 Staff Notes (2).

<sup>602</sup> FRUS 1955-57 XXVII: 813f. Vgl. Macmillan, *Riding the Storm*, 320-325; Dockrill, „Restoring the ‚Special Relationship‘“, 138-182.

<sup>603</sup> Eisenhower-Spaak-Dulles-Burgess-Elbrick Meeting, Washington, 25 October 1957, USNA, RG 59, CDF, 740.5/10-2557 (ÜdV). Vgl. auch Dulles-Spaak Meeting, Washington, 24 October 1957, *ibid.*, 740.5/10-2457. Frühere Versionen der Gesprächsprotokolle mit z.T. klassifizierten Passagen finden sich in FRUS 1958-60 IV: 173-183). Die früheren Auslassungen beziehen sich vor allem über die



sich Spaak und Eisenhower mit Macmillan trafen, erinnerte Macmillan den Nato-Generalsekretär daran, dass sie inzwischen in Washington über die Idee eines Nato-Gipfels auf höchster Ebene gesprochen hätten. Spaak griff den Faden auf und beteuerte, er lade gerne alle Staats- und Regierungschefs nach Paris ein, wenn Eisenhower dies unterstützen würde. Er hatte das Gefühl, wenn der amerikanische Präsident nach Paris käme, würden auch alle anderen Nato-Führer kommen. Eisenhower war damit natürlich einverstanden und hoffte, ein solches Gipfeltreffen würde der Nato in einem wichtigen Moment Auftrieb verleihen.<sup>604</sup>

Die Fassade, dass die Idee zu einem Nato-Gipfel von Spaak ausgegangen war, wurde auch nach aussen aufrechterhalten. Dulles schrieb noch am selben Abend an Adenauer, Spaak habe gegenüber Eisenhower und Macmillan informell vorgeschlagen, das Nato-Treffen im Dezember auf höchster Ebene durchzuführen.<sup>605</sup> Adenauer signalisierte postwendend sein Interesse an einer solchen Konferenz und kündigte sein Kommen an.<sup>606</sup> Der Ständige Nato-Rat diskutierte „Spaaks Vorschlag“ eines Nato-Gipfeltreffens am 28. Oktober an einer speziell einberaumten Sitzung. Frankreich, Italien und Belgien unterstützten die Idee, während Portugal und Norwegen eher ablehnend reagierten. Während sich der portugiesische Militärdiktator António de Oliveira Salazar offenbar nicht der Kritik der vierzehn Demokratien unterziehen wollte, war der norwegische Premierminister Einar H. Gerhardsen offenbar über die Idee „unglücklich“, weil er kein Englisch verstand und auch nur sehr wenig Deutsch.<sup>607</sup> Die Nato-Botschafter wollten zudem von den USA und Grossbritannien erfahren, was nach dem Treffen Eisenhowers mit Macmillan von einem solchen Nato-Gipfel konkret erwartet werden konnte.<sup>608</sup>

---

Möglichkeit eines nuklearen Teilhabes innerhalb der Nato. Eisenhower, Dulles und Spaak äusserten sich zudem despektierlich über die französischen Ambitionen, eine eigene Atombombe herzustellen. Eisenhower-Spaak-Dulles-Burgess-Elbrick Meeting, Dulles-Spaak Meeting, Washington, 24. Oktober 1957, USNA, RG 59, CDF, 740.5/10-2457. Vgl. auch Dulles to Eisenhower, 23. Oktober 1957, „Spaak“, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 9, Oktober 1957 (1). Das Schlagwort während Macmillans Washington-Besuch war „Interdependenz“ – das heisst gegenseitige Abhängigkeit – zwischen Grossbritannien und den USA aufgrund der neuen Verwundbarkeit der USA. Der enge Anschluss Londons an Washington bezog sich dabei gleichermassen auf Verteidigungsaspekte wie auch auf eine verstärkte politische Konsultation. In Washington wurde beschlossen, geheime Arbeitsgruppen der britischen Botschaft in Washington und des State Department für Verteidigung, Politik, Wirtschaft und Information zu errichten. Cabalo, *Politische Union Europas*, 176f.; Macmillan, *Riding the Storm*, 313-326, 756-759; Horne, *Macmillan II*, 55ff.; Jan Melissen, „Nuclearizing NATO, 1957-59: The ‚Anglo-Saxons‘, Nuclear Sharing and the Fourth Country Problem“, *Review of International Studies* 20 (1994): 253-275, 254ff. Eine faszinierende Analyse des britisch-amerikanischen Versuchs, Konsultationen zwischen Washington und London zwischen 1957 und 1959 zu institutionalisieren, offeriert Matthew Jones, „Anglo-American Relations after Suez, the Rise and Decline of the Working Group Experiment, and the French Challenge to NATO, 1957-59“, *Diplomacy and Statecraft* 14, no. 1 (March 2003): 49-79. Vgl. zu Macmillans Überzeugung, eine aktive Rolle im Détente-Prozess zu spielen, nachdem erst einmal nach dem Suezdebakel die guten Beziehungen zur Nato und den USA wiederhergestellt wären, Macmillan, *Riding the Storm*, 289, 330f. Ungeachtet der Versicherungen von Dulles gegenüber Spaak läutete das Washingtoner Treffen insgeheim doch eine Stärkung der britisch-amerikanischen „Special Relationship“ ein!

<sup>604</sup> Eisenhower-Macmillan-Dulles-Lloyd-Spaak Meeting, Washington, 25. Oktober 1957, DDEL, Dulles Papers, CS, Box 15, Oktober 1957 (2). Vgl. auch Macmillan, *Riding the Storm*, 324f.

<sup>605</sup> Dulles to Adenauer, in: DoS to Bruce (Bonn), 25. Oktober 1957, Tel. 1139, DDEL, WHO-SS, Subject Series, Department of State Subseries, Box 2, State Department, August-Oktober 1957 (7).

<sup>606</sup> Adenauer to Dulles, in: Bruce (Bonn) to DoS, 29. Oktober 1957, Tel. 1352, *ibid.*

<sup>607</sup> Vgl. DoS to Burgess, 29. Oktober 1957, Topol 1257, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV); Bonbright (Lisbon) to DoS, 30. Oktober 1957, *ibid.*; Anderson (Oslo) to DoS, 4. November 1957, Tel. 295, *ibid.* (ÜdV).

<sup>608</sup> Elbrick to Dulles, 28. Oktober 1957, „Meetings of Heads of Government“, USNA, RG 59, CDF, 740.5/10-2857. Gleichzeitig informierte Elbrick die Amerika-Botschafter der Nato-Staaten gleichentags im State Department. Vgl. dazu DCER XXIV (1958): no. 243.

Während die westlichen Pläne eines Nato-Gipfels in der Nato weitgehend auf Zustimmung trafen, kritisierte Chruschtschow die Idee mit starken Worten. Die Nato-Tagung bedeute einen „Rückfall in die Politik der Stärke“ und gefährde die friedliche Koexistenz. Chruschtschow hoffte nach dem Sputnikerfolg auf sowjetisch-amerikanische Verhandlungen und einen zunehmenden Bilateralismus der Supermächte.<sup>609</sup>

Nachdem Eisenhower, Macmillan und Spaak übereingekommen waren, einen Nato-Gipfel anzuberaumen, musste im November auf Hochtouren ein inhaltliches Programm ausgearbeitet werden, was die Nato mit dem Gipfel überhaupt erreichen wollte. Rechtfertigten allein die technischen Fragen, wie auf den Sputnik reagiert werden sollte, ein westliches Spitzentreffen? Die westeuropäischen Regierungen schienen vielmehr auf eine amerikanische Initiative im Bereich einer engeren politischen Zusammenarbeit der Nato zu drängen.

## 2. Amerikanische Gipfel-Vorbereitungen und Adlai Stevensons Kritik

Die Vorbereitungen im US-Aussenministerium für das Gipfeltreffen in Paris begannen kurz nach der Abreise Macmillans und Spaaks aus Washington. Am 28. Oktober diskutierten Dulles und Eisenhower, wie sich die USA am besten auf das wichtige Treffen vorbereiten sollten. Dabei schlug Dulles – zunächst gegen den Widerstand Eisenhowers – vor, Adlai Stevenson, die führende Persönlichkeit der Demokraten, sollte der Eisenhower-Administration bei ihren Vorbereitungen eines neuen Nato-Programms helfen.<sup>610</sup> Dulles rief Stevenson unverzüglich in Chicago an und unterbreitete ihm den Vorschlag, eine Nato-Arbeitsgruppe im Aussenministerium zu leiten.<sup>611</sup> Als Stevenson zwei Tage später nach Washington kam, äusserte er sich im Gespräch mit Dulles recht kritisch gegenüber der Aussenpolitik der Eisenhower-Administration:

Stevenson indicated dissatisfaction with certain aspects of our foreign policy, notably what he considered excessive emphasis on military matters as against economic matters, and a disarmament program which he felt was unfair to the Russians.

Stevenson konnte Dulles noch keine definitive Antwort geben, ob er die Nato-Aufgabe übernehmen würde, da er zunächst mit anderen Demokraten und mit Spaak darüber diskutieren wollte.<sup>612</sup> Senator Green hielt Stevensons Mitwirkung an den Planungen für den Atlantikrat für einen „rein taktischen Schachzug“, um die wachsende Kritik der Opposition an Eisenhowers Aussenpolitik zu dämpfen.<sup>613</sup> Wenige Tage später präzisierte Stevenson, dass er den Nato-Job aus zwei Gründen nicht durchführen könne. *Erstens* verbleibe bis zum Nato-Gipfel zu wenig Zeit für eine gründliche Studie. *Zweitens* glaube er, dass die Verantwortung, Politik zu formulieren, nicht an ihn als Oppositionsführer

<sup>609</sup> „Chruschtschow und die NATO“, NZZ (10.11.1957); Fritz René Allemann, „Ein Diplomat namens Sputnik“, *Die Zeit* (17.10.1957).

<sup>610</sup> Eisenhower-Dulles Meeting, Washington, 28 October 1957, „NATO“, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 5, Meetings with Eisenhower 1957 (2). Auch andere Nato-Kenner ausserhalb der Administration, beispielsweise der frühere PPS-Direktor Paul Nitze und die früheren Vertreter bei der Nato Charles Spofford und George Perkins sollten bei dem Effort mithelfen.

<sup>611</sup> Telephone Conversation between Dulles and Stevenson (Chicago), 28 October 1957, 5:51 p.m., DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, Memoranda of Telephone Conversations, 9/2 – 10/31/57 (1).

<sup>612</sup> Dulles-Stevenson Meeting, Washington, 30 October 1957, DDEL, Dulles Papers, General Correspondence and Memoranda Series, Box 1, Memos of Conversation, General, S (4). Auch was die Deutschlandpolitik betraf, wickelte Stevenson von der republikanischen Rücksichtnahme auf die BRD ab und betonte unverblümt, er befürworte sowohl eine Neutralisierung Deutschlands als auch einen reziproken Abzug amerikanischer und sowjetischer Truppen aus Europa. Vgl. dazu auch die Jobbeschreibung für Stevenson: „Terms of Reference for Mr. \_\_\_\_ for Summit NATO Meeting“, 30 October 1957, *ibid.*

<sup>613</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 14. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 80.

delegiert werden sollte. Stevenson wollte jedoch helfen und erklärte sich bereit, die Vorschläge des Aussenministeriums kritisch zu beurteilen. Er würde auch „Missionsarbeit“ bei den Demokraten übernehmen, da amerikanische Solidarität und Unparteilichkeit (*bipartisanship*) aus Sorge um die Nato im Moment besonders wichtig seien. Dulles bedauerte, dass Stevensons Engagement im Vorfeld des Nato-Gipfels damit weniger substanziell als ursprünglich vorgesehen ausfallen würde. Er lud ihn aber zusammen mit anderen Nato-Spezialisten zu einem ersten Planungstreffen im Aussenministerium ein.<sup>614</sup>

An der „Nato-Sitzung“ im State Department vom 6. November dominierten militärische Aspekte der Allianz. Dulles fragte, wie das Vertrauen der Alliierten nach Sputnik wiederhergestellt werden könne. Er betonte aber, dass gewisse Probleme der Nato bereits vorher existiert hätten, darunter die divergierenden Allianzverständnisse in den USA und Europa. Gemäss Dulles gingen die Europäer generell von einem breiten, politischen Allianzkonzept aus, wonach Alliierte einander weltweit in allen politischen Fragen unterstützen sollten. Die USA hatten hingegen seit 1948 ihren Allianzfokus enger und regionaler definiert, da sie sich nicht dem Vorwurf von Kolonialismus aussetzen wollten.

Verschiedene Möglichkeiten, den Westeuropäern ein stärkeres Gefühl von Partizipation zu verleihen, wurden erörtert, darunter auch die Verlegung des Nato-Hauptquartiers von Paris nach Washington, was Dulles jedoch vehement ablehnte. Dulles wünschte aber eine bessere Repräsentanz der Alliierten in Washington, wo vor allem im nuklearen Bereich für die Allianz die wichtigen Entscheidungen getroffen wurden. Ebenso wurden die Vor- und Nachteile einer Zusammenlegung der wissenschaftlichen Efforts durch ein entsprechendes Komitee in der Nato und von nuklearer Teilhabe der Allianz durch eine eigene Nuklearmacht diskutiert. Der frühere Ratsstellvertreter Charles M. Spofford (1950-1952) setzte ein Gegengewicht zu den militärischen Themen, als er kurz vor dem Ende der Sitzung fand, die USA sollten auf Sputnik als wissenschaftlichen Durchbruch nicht nur militärisch reagieren: „It would be hurtful to the Free World to respond at the NATO Conference by dealing with predominantly military affairs.“ Auch Stassen forderte, die Nato sollte am Gipfel ihre Bereitschaft bestätigen, Abrüstungsverhandlungen zu führen.<sup>615</sup>

<sup>614</sup> Telephone Conversation between Stevenson and Dulles, 3 November 1957, 11:30 a.m., DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, Memoranda of Telephone Conversations, 11/1 – 12/27/57 (4); Stevenson to Dulles, 3 November 1957, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 5, White House Correspondence, General, 1957 (1). Vgl. auch Dulles to Stevenson, 5 November 1957, DDEL, Dulles Papers, CS, Box 15, November 1957 (1). Eingeladen wurden neben Stevenson die ehemaligen Nato-Kenner William H. Draper, Jr. (*US Special Representative in Europe*, 1952-53), John A. Hughes (Nato-Botschafter, 1953-55), George W. Perkins (Nato-Botschafter, 1955-57), Charles M. Spofford (Ratsstellvertreter, 1950-52) sowie Paul H. Nitze (PPS-Direktor, 1950-52), Frank Pace, Jr. (*Secretary of the Army*, 1950-52), Nelson A. Rockefeller (*Special Assistant to the President*, 1954-55), C.D. Jackson und Harold Stassen.

<sup>615</sup> MemCon [by Nitze], 6 November 1957, attached to Nitze to Dulles, 16 November 1957, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 3, Strictly Confidential, N-P (1); MemCon [by Timmons], 6 November 1957, „Discussion of Ways and Means of Strengthening NATO“, USNA, RG 59, CF, Box 137, CF 932, MemCons in preparation for NATO Meeting Paris 1957. Ein drittes, weniger ausführliches Protokoll der Sitzung wurde von Cutler erstellt: MemCon [by Cutler], 6 November 1957, DDEL, OSANSA, Special Assistant Series, Subject Subseries, Box 6, NATO Meeting December 1957 (1). Anwesend waren nebst den oben erwähnten externen Beratern u.a. auch Murphy, Elbrick, Timmons, PPS-Direktor Gerard C. Smith sowie der nationale Sicherheitsberater Robert Cutler. Zu Nitze vgl. Paul Nitze, *From Hiroshima to Glasnost: At the Center of Decision: A Memoir* (New York: Grove Weidenfeld, 1989). Am Vortag hatte bereits eine vorbereitende Sitzung der Nato-Experten im State Department stattgefunden,

Auch Stevenson bedauerte, dass die anglo-amerikanische Washingtoner Deklaration vom 25. Oktober 1957 fast ausschliesslich militärische Aspekte betont habe. Er schlug vor, Eisenhower sollte stattdessen in Paris den nichtaggressiven Zweck und Charakter der Nato ins Zentrum stellen, nämlich die Aufrechterhaltung von Frieden in einer in zwei Lager gespaltenen Welt. Nebst militärischen Programmen sollten die USA auch auf Abrüstung setzen, forderte der Oppositionsführer:

I repeat that more flexibility and more initiative toward disarmament, at least nuclear disarmament, is imperative. We must be ready for new Russian proposals which may be extremely effective as propaganda.<sup>616</sup>

In einem langen, vierzehnseitigen Brief kritisierte Stevenson Ende November die von ihm eingesehenen amerikanischen Dokumente zum Nato-Gipfel scharf. Einerseits hielt er ein Gipfeltreffen am 16. Dezember für verfrüht und zu wenig vorbereitet. Andererseits vermisste er in den Unterlagen den „Dringlichkeitsgrad“, den er 1933 und 1941 in Washington erlebt hatte und den er nun auch nach Sputnik in der Regierung erwartet hätte: „The response to Sputnik, etc. doesn't seem to meet the measure of the emergency. It seems to be compound largely of more missiles and more reassurances.“ Stevenson hätte von der Exekutive eine umfassendere Antwort auf Sputnik erwartet, und glaubte, eine solche Erwartung würden auch die Alliierten hegen:

The political differences between the NATO states are dangerously enfeebling. Our allies want more than just military reassurance, they want political reassurances. I think we would too. [...] The exclusively military emphasis in NATO has not enhanced respect in the cold war areas. It would be well to vigorously call attention to its wider meaning and political significance. None of the papers seem to do this. NATO is more than a temporary military alliance. [...] The roots of our great community of interests are much deeper than common defense. And the community of interests will outlive the threat which brought NATO into being.

Den Entwurf für Eisenhowers Rede für den Nato-Gipfel hielt Stevenson für viel zu einseitig. Mit der Betonung auf neuen Waffenprogrammen würde der Eindruck entstehen, „dass die USA sich eifrig auf einen Krieg vorbereiten“:

Although it is necessary, of course, to reassure the members of the Alliance that their defenses will be modern and adequate, it is likewise necessary to convince the world at large that the purpose of NATO is to maintain peace and not to wage war. Instead of starting with a reaffirmation of our treaty pledge to fight in defense of a NATO partner, it might better start with a reaffirmation of the non-aggressive, peaceful purpose of NATO which came into existence not to destroy the Communist system but only because we cherish freedom more than peace. And I think equilibrium in the speech between the military and non-military ways of seeking peace would be improved by more passion and urgency in the treatment of disarmament – in language anyone could understand.

Was die Diskussion von Abrüstung betraf, so hielt Stevenson die amerikanischen Vorschläge wegen des technischen Charakters für zu kompliziert und verwirrend, wohingegen es der Sowjetunion durch einfachere Slogans wie ihren Forderungen nach einem Verbot von Nuklearwaffen und dem Ende von Nukleartests viel besser gelang, sich vor der Weltöffentlichkeit als „Friedensapostel“ zu präsentieren. Auch fürs Nato-Kommuniqué forderte Stevenson, die Aufgaben der Nato in einfacher Sprache zusammenzufassen, etwa wie folgt: „Arms only for defense. Aid for the needy, underdeveloped nations.

---

vgl. „NATO Working Group Meeting“, 5 November 1957, USNA, RG 59, PPS, Box 175, Leon Fuller Chronological File.

<sup>616</sup> Stevenson an Dulles, 7 November 1957, inklusive Stevenson, 4 November 1957, „Preliminary Memorandum re: U.S. Position at North Atlantic Treaty Council, December 1957“, DDEL, Dulles Papers, General Correspondence, Box 5, Miscellaneous Correspondence, 6-21 November 1957.

Cooperation with all states, including the Communist nations, to promote world peace and progress.<sup>617</sup>

In seinem Antwortschreiben an Stevenson betonte Dulles die Übereinstimmung zwischen seinem und Stevensons Denken und wehrte sich dagegen, die amerikanische Nato-Politik entspreche einem „Crash-Programm“; vielmehr habe sich vor allem die politische Konsultation seit seiner Rede vom April 1956 und dem Bericht der Drei Weisen substanziell verbessert und sei bedeutender, als Stevenson glaube. Dulles betonte, Stevensons Wunsch nach einer Betonung der nicht-militärischen Seite der Nato decke sich weitestgehend mit seiner Nato-Rede vom April 1956.<sup>618</sup>

Gegenüber seinem britischen Kollegen Lloyd offenbarte Dulles hingegen, dass sich der Westen nicht dafür zu schämen brauche, auf den Sputnik mit militärischen Programmen zu reagieren:

I think it inevitable that the concrete suggestions should be primarily in military terms. I do not think we need be ashamed of this, and, as you suggest, the specifics need not monopolize the communique or the speeches.<sup>619</sup>

Die Arbeiten an Eisenhowers Eröffnungsrede liefen weiterhin auf Hochtouren. Verschiedene Stellen feilten an dem exakten Wortlaut. Gerald S. Smith, seit Oktober 1957 Bowies Nachfolger als PPS-Direktor, fügte eine neue Passage zur Abrüstung ein, die sogar Stevenson für „exzellent“ hielt.<sup>620</sup> Dennoch hielt Stevenson den Tenor der präsidentialen Rede nach wie vor für zu militärlastig, wie er kurz vor dem Nato-Gipfel nochmals gegenüber Dulles wiederholte:

But let me say again that I wish the President in his speech could loudly declare that he thinks NATO has a larger purpose than defense; that its purpose is peace and progress; [...] that in this shrinking world, as in our communities, the rich must help the poor; and that this is a higher, better goal for NATO than the accumulation of nuclear weapons, however necessary.<sup>621</sup>

Auf Anregung von Dulles entwickelte Smith am nächsten Tag die Idee eines „Nato-Abrüstungskomitees“. Eisenhower solle in seiner Rede erwähnen, dass eine der bedeutendsten Aufgaben der Nato im Jahr 1957 die Beurteilung und Gutheissung der westlichen Abrüstungsvorschläge des UNO-Unterausschusses in London gewesen sei und dass es sinnvoll wäre, wenn die Nato ein Komitee etablieren würde, welches kontinuier-

<sup>617</sup> Stevenson to Dulles, 29 November 1957, 14 pp., USNA, RG 59, CDF, 375.72. Ganz anders als Stevenson dachte C.D. Jackson, Eisenhowers ehemaliger Berater für psychologische Kriegsführung (1953-54), über den Sinn und Zweck der Nato, wie er bereits ganz zu Beginn der Vorbereitungen aufs Nato-Treffen klarmachte: „Please, let's not get NATO too cultural. [...] NATO is primarily a military alliance, despite Article II.“ Dulles to Eisenhower, 21 October 1957, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 9, October 1957 (1). Zu Jackson vgl. Valur Ingimundarson, „Der ‚Chef des Kalten Krieges‘: C.D. Jackson, Psychologische Kriegsführung und die deutsche Frage 1953/54“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998): 221-251.

<sup>618</sup> Draft Dulles to Stevenson, 1 December 1957, DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, 11/1-12/27/57 (2).

<sup>619</sup> Dulles to Lloyd, 4 December 1957, USNA, RG 59, CF, Box 137, CF 931, NATO, Paris, Preparatory (1). Auch Lloyd „lange Liste von Fragen“ zur Nato, die er Dulles kurz darauf zukommen liess, beinhaltete 15 Fragen zu militärischen Problemen und nur gerade 3 Fragen zu politischen Themen. Lloyd to Dulles, 9 December 1957, *ibid.*

<sup>620</sup> Position Paper by Smith, 4 December 1957, „Draft Outline for President's Opening Speech“, DDEL, Dulles Papers, Draft Presidential Correspondence and Speeches Series, Box 3, President's Main NATO Speech Dec. 1957 (Drafts); Stevenson to Smith, 5 December 1957, „Disarmament“, USNA, RG 59, CDF, 375, „Schedule for Secretary“, Tab. 16. Zu Smith vgl. Gerard C. Smith, *Disarming Diplomat: The Memoirs of Gerard C. Smith, Arms Control Negotiator* (Lanham: Madison Books, 1996).

<sup>621</sup> Stevenson to Dulles, 6 December 1957, DDEL, Dulles Papers, Draft Presidential Correspondence and Speeches Series, Box 3, President's Main NATO Speech Dec. 1957 (Drafts).

lich die westliche Rüstungskontrollpolitik evaluieren und die extrem komplexen Probleme analysieren würde.<sup>622</sup>

### 3. Gipfel-Vorbereitungen in der Nato: Kanadische und deutsche Impulse

Die Nato war in der Zwischenzeit zunehmend frustriert über den scheinbaren Mangel an amerikanischen Ideen für die Tagung. Spaak glaubte Mitte November, die Wirkung des Sputniks auf die öffentliche Meinung und die Regierungskreise der USA sei ausserordentlich stark gewesen und man könne geradezu von einer „Depression“ sprechen. Spaak beklagte sich gegenüber Blankenhorn, er habe seit Ende Oktober weder von Washington noch von London konkrete Vorschläge für den Nato-Gipfel erhalten.<sup>623</sup>

Auch die kanadische Regierung äusserte sich im November skeptisch über die Vorbereitungen für das Nato-Gipfeltreffen. Das kanadische Aussenministerium fand, die Zeit sei „äusserst knapp“ für eine sorgfältige Vorbereitung der Tagung. Um nicht zu viel Zeit zu verlieren, legte Ottawa bereits wenige Tage nach Bekanntwerden des Nato-Gipfels Gedanken für eine spezielle Schlusserklärung der Staats- und Regierungschefs vor. Wie die Deklaration von Eisenhower und Macmillan sollte das Leitmotiv dieser Nato-Erklärung „Interdependenz“ sein. Sie sollte die jüngsten sowjetischen Raketerfolge in eine „besser fokussierte militärische und politische Perspektive“ einordnen, eine einheitliche Nato-Position zu Abrüstungsfragen vorstellen und die Bedingungen für ein allfälliges Gipfeltreffen mit der Sowjetunion nennen. Ottawa betonte, dass bei den Vorbereitungen für die Nato-Tagung stets berücksichtigt werden sollte, dass das Gipfeltreffen bloss ein Mittel zum Zweck und keinen Selbstzweck darstelle.<sup>624</sup>

Militärische Reaktionen auf Sputnik sollten aus der Sicht Ottawas begleitet werden von einer Betonung von Abrüstung und der friedlichen Lösung von internationalen Problemen, forderte das kanadische Aussenministerium.<sup>625</sup> Als der Ständige Nato-Rat am 16. November die kanadische Idee einer Nato-Deklaration nach dem historischen Gipfeltreffen diskutierte, kamen die Botschafter überein, dass ein solcher Text zwar wünschbar sei, aber kurz und prägnant sein sollte. Weder zum Abrüstungsproblem noch zu einem möglichen Gipfeltreffen sollte das Dokument in die komplexen Details gehen. Spaak nahm die Idee eines zusätzlichen Nato-Dokuments neben dem traditionellen Schlusskommuniqué mit grossem Enthusiasmus auf. Kanada wurde deshalb aufgefordert, einen konkreten Text zu entwerfen.<sup>626</sup> Im kanadischen Entwurf wurden die militärischen Massnahmen der Nato, die am Gipfel abgesegnet werden sollten, als defensive Antwort auf die nach Sputnik wieder grösser gewordene sowjetische Gefahr legitimiert.

<sup>622</sup> Smith to Dulles, 7 December 1957, DDEL, Dulles Papers, Draft Presidential Correspondence and Speeches Series, Box 3, President's Main NATO Speech Dec. 1957 (Drafts). Vgl. dazu im Detail Smith to Dulles, 10 December 1957, „Establishment of Disarmament Study Group in NATO“, USNA, RG 59, CF, Box 139, CF 943, Misc. File.

<sup>623</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 11. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 80.

<sup>624</sup> DCER XXIV (1958): no. 244. Für Wilgress Kommentare zu dem Entwurf einer Nato-Erklärung vgl. DCER XXIV (1958): no. 247. Die kanadische Idee stiess in den Nato-Kreisen in Paris auf keine nennenswerte Opposition. Die USA, die BRD, Italien, Belgien, Norwegen und Dänemark waren einverstanden, in einer Deklaration den friedlichen Zweck der Nato zu betonen, während die britische Reaktion etwas kühler ausfiel. Cheetham wies daraufhin, dass die Sowjets ihre modernen Waffen jeweils stolz auf dem Roten Platz in Moskau zur Schau stellten und dass die Nato keine Probleme damit haben solle, sich mit Atomwaffen zu verstärken.

<sup>625</sup> DCER XXIV (1958): no. 245.

<sup>626</sup> Ibid., no. 248.

Hauptziel der Nato blieb aber „die Suche nach dem Frieden“, wie dies in der Präambel des Nato-Vertrags von 1949 festgeschrieben stand.<sup>627</sup>

Nach Diskussionen mit dem Ständigen Nato-Rat lag der endgültige Entwurf der Erklärung Anfang Dezember vor. Die Paragraphen zur Mission der Allianz und zu ihrer Einstellung zu Abrüstung trugen deutlich eine kanadische Handschrift:

The meaning of our Alliance is clear. We have given a solemn guarantee, each to the other, to regard an attack upon one as an attack upon all. Staunchly faithful to Charter of UN we reaffirm that our Alliance will never be used for aggressive purposes. We are always ready to settle international problems by negotiation, taking into account the legitimate interests of all. We continue firmly to stand for comprehensive and controlled disarmament which we believe can be reached by stages.<sup>628</sup>

Die Nato-Diskussionen um die Ausrichtung der Nato-Erklärung, deren Aussagen zu Verhandlungen mit der Sowjetunion und zur Abrüstungsproblematik im aufgeheizten Kalte-Krieg-Klima nach dem Sputnikschock bemerkenswert waren, waren ein erstes Indiz dafür, dass die Reaktion auf die sowjetische Revolution in der Raketentechnologie bei Washingtons Alliierten anders ausgefallen war als in der Eisenhower-Administration. Neben den üblichen „Détente-Befürwortern“ Kanada, Norwegen und Dänemark überraschte im Herbst 1957 insbesondere Adenauer mit einer konzilianten Haltung und der Betonung der politischen Dimension der Nato und ihrer Reaktion auf Sputnik. Der deutsche Kanzler wollte den Nato-Gipfel zu einer „Friedens- und Abrüstungs-Konferenz“ machen.

Adenauer warnte Senator Green, der im Herbst die Nato-Staaten bereiste, um europäische Ideen aufzunehmen, wie die Allianz nach dem Sputnikschock gegebenenfalls gestärkt werden könnte, die USA sollten die Tagung nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die öffentliche Meinung erwarte sehr konkrete Beschlüsse für politische und militärische Unzulänglichkeiten der Allianz im Raketenzeitalter. Adenauer „dankte Gott dafür, dass die Sowjets einen Satelliten abgeschossen hätten, weil dadurch die Vereinigten Staaten aufgeweckt worden seien.“ Adenauer kritisierte die Eisenhower-Regierung und den Nato-Botschafter Perkins in unverblümter Sprache. Bei Eisenhower und Dulles scheine oft die rechte Hand nicht zu wissen, was die linke mache. Dass Perkins mit dem ehemaligen Unterstaatssekretär im Schatzamt W. Randolph Burgess ersetzt werde, „der zwar ein guter Bankier, aber kein Politiker sei“, bedauerte Adenauer ebenfalls. Der amerikanische Vertreter müsse ein „hervorragender Politiker“ sein. Adenauer versprach sich von der Dezembertagung „sehr viel“ und forderte, dass die Nato politisch aktiver werde und die Angelegenheiten von internationaler Bedeutung eingehender erörtern müsse, bevor einzelne Mitgliedstaaten Massnahmen ergreifen würden.<sup>629</sup>

Der Bundeskanzler nutzte auch ein Mittagessen mit John McCloy, um die Wichtigkeit des kommenden Gipfeltreffens zu betonen. Mit grossem Pessimismus kritisierte Adenauer den gegenwärtigen Zustand der Allianz: „Die Dinge waren noch nie so

<sup>627</sup> Ibid., no. 249.

<sup>628</sup> Ibid., no. 250.

<sup>629</sup> Gesprächsaufzeichnung zwischen Adenauer und Green, 28. Oktober 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 80. Green wusste – im Unterschied zu Adenauer – zu dieser Zeit noch nichts vom Beschluss eines Nato-Treffens auf Stufe der Regierungschefs. Vgl. auch Tagebucheintrag Blankenhorns, 14. November 1957, *ibid.* Krekler beschrieb Burgess als den „Typ des kühlen, überlegenen Neuengländers, der sein Fachgebiet souverän beherrscht.“ Bericht von Krekler (Washington) ans AA, 3 July 1957, PAAA, Referat 301, Bd. 32, 83-10: Internationales Generalsekretär. Vgl. W. Randolph Burgess and James Robert Huntley, *Europe and America: The Next Ten Years* (New York: Walker, 1970).

schlecht.<sup>630</sup> Vom Nato-Gipfel erwartete Adenauer eine „neue Inspiration“: „If not, this would be the end of NATO.“ Adenauer erwähnte auch den grossen Bedarf nach politischer Konsultation innerhalb der Allianz und kritisierte die oftmals riskante US-Aussenpolitik. Der deutsche Kanzler fürchtete, nach den wissenschaftlichen Errungenschaften der Sowjetunion, die sie mit dem Sputnik demonstriert hatte, müsse am amerikanischen Interesse an der Nato gezweifelt werden. Adenauer wollte ein aggressives Nato-Schlusskommuniqué vermeiden, mit dem die USA offenbar den psychologischen Schaden reparieren wollten, den der Sputnik in der US-Öffentlichkeit angerichtet hatte. Er wollte im Kommuniqué stattdessen lieber Entspannung und Abrüstung betonen. Innerhalb der Nato müssten alle Mitglieder Partner sein und einander im Kriegsfall helfen. Adenauer kritisierte die amerikanische Politik, die manchmal ohne vorgängige Konsultation mit der Nato Krisen heraufbeschwor, die an den Rande eines Kriegs führten.<sup>631</sup>

Adenauer war nervös, was die Amerikaner in Paris vorstellen würden. Er befürchtete, Washington habe nichts anzubieten, während die Nato-Delegationen in Paris bangten, die USA hätten einen ausgekochten Plan im Köcher, um die Nato zu kontrollieren und zu dominieren. Adenauer wollte in Paris auf jeden Fall auf bessere Konsultation innerhalb der Allianz bestehen. Blankenhorn klagte im Gespräch mit seinem britischen Kollegen Frank Roberts – wie Adenauer –, dass der amerikanische Nato-Botschafter Perkins nie auch nur ein Wort zu irgendeinem Thema zu sagen habe, während die britischen Vertreter immer informiert und bereit seien, am Sitzungstisch zu sprechen.<sup>632</sup> Der ehemalige Nato-Botschafter Christopher Steel bestätigte Blankenhorns düsteres Verdikt wenig später mit ähnlich frustrierten Worten:

During my incumbency at NATO [...] the American colleague never made a really useful contribution to a private meeting. George Perkins occasionally whispered something to me, but he was never authorised – or rather he was forbidden – to use his own considerable knowledge of the American form to give it to the Council off the record. [...] I will not labour this but the American NATO machine during my incumbency was really deplorable.<sup>633</sup>

An einem Treffen zwischen Adenauer und dem französischen Aussenamts-Staatssekretär Edgar Fauré in Adenauers Wohnung äusserten beide ihre Angst vor einem Rückzug der USA als Folge des Sputnikschocks. Infolge der technischen Entwicklung wären die USA in einigen Jahren nicht mehr darauf angewiesen, in Europa militärische Flughäfen zu unterhalten. Im Vorfeld der Nato-Tagung plädierte Fauré dafür, dass sich die BRD, Italien, Frankreich und die Benelux-Staaten dagegen wehren sollten, dass innerhalb der Nato zwei Kategorien von Staaten entstünden. Man könne nicht hinnehmen, dass nur die USA und Grossbritannien über Nuklearwaffen und Raketen mit Atomsprengköpfen verfügten. Fauré forderte, es sollte grundsätzlich keine Diskriminierung zwischen den Nato-Staaten akzeptiert werden. Er schlug vor, die Kontinentaleuropäer sollten sich vor dem Gipfel miteinander absprechen, damit sie in der Nato stärker auftreten konnten.

<sup>630</sup> Gesprächsaufzeichnung Heuss-Adenauer, 13. Dezember 1957, in Heuss, *Unter vier Augen*, 254-259.

<sup>631</sup> FRUS 1955-57 IV: 186f. In seinem 12-seitigen Bericht hielt McCloy im Anschluss an seine Reise nach Europa fest: „There seems not to be as much concern over Sputnik here as there is in the United States.“ Houghton (Paris) to DoS, 19 November 1957, Tel. 1582, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA; Gesprächsprotokoll zwischen Heuss und Adenauer, 13. Dezember 1957, in *Unter vier Augen: Gespräche aus den Gründerjahren, 1949-59: Adenauer-Heuss*, ed. Hans-Peter Mensing (Berlin: Siedler Verlag, 1997), 254-259. Vgl. auch Adenauer an Dulles, 19. November 1957, *ibid.*, 188ff. bzw. FRUS 1955-57 IV: 187-190. Darin empfahl Adenauer, dass die Nato-Agenda nicht durch militärische Themen dominiert werden solle, damit Moskau nicht die Gelegenheit gegeben würde, die Nato-Staaten als „Kriegstreiber“ zu brandmarken. Vgl. dazu Schwarz, *Adenauer II*, 386, 389.

<sup>632</sup> Roberts (Paris) to FO, 19 November 1957, Tel. 800, PRO, FO 371/131028.

<sup>633</sup> Steel (Bonn) to FO, 26 November 1957, PRO, *ibid.*



Frankreich wisse, dass es auf London nicht zählen könne, und wolle die Briten deshalb in diese Pläne nicht einbeziehen. Es zeige sich nämlich immer wieder, dass Grossbritannien es vorziehe, als zweite Grossmacht der freien Welt neben den USA zu rangieren.

Adenauer teilte Faurés Befürchtungen. Auch er wollte im Dezember in Paris die Forderung erheben, dass alle Nato-Staaten einander gleichgestellt würden und dass die Konsultation im Nato-Forum verbessert werden sollte. Man müsse die Nato-Tagung unbedingt mit positiven Ergebnissen verlassen. Er befürchtete jedoch, dass es in den USA bestimmte Kräfte gebe, die sich am liebsten auf Kosten Europas direkt mit Russland einigen würden. Adenauer war den Vorabkonsultationen unter den Europäern nicht abgeneigt, mahnte aber zu Vorsicht und Behutsamkeit, denn wenn Eisenhower den Vorschlag Chruschtschows zu einem Zweitertreffen mit ihm akzeptieren würde, so wäre Europa erledigt.<sup>634</sup>

Kanada und die BRD liessen in ihren Reaktionen auf das bevorstehende Gipfeltreffen der Nato erkennen, dass die Nato nicht nur militärisch, sondern vor allem auch politisch auf die Sputnik-Herausforderung reagieren wollte. Gleichzeitig zeichneten sich im westlichen Bündnisse im Herbst 1957 tiefe Gräben zwischen den USA und Grossbritannien einerseits und den Kontinentaleuropäern unter der Führung Frankreichs und der BRD ab.

#### *Deutsch-amerikanisches Streitgespräch über politische Konsultation*

Adenauer lag so sehr an einer Verbesserung der politischen Konsultationen in der Nato, dass er im November Brentano und Blankenhorn Ende November 1957 nach Washington entsandte, um mit Dulles in dieser Frage Klartext zu sprechen. Die BRD wollte die amerikanischen Einschränkungen zum Bericht der Drei Weisen schrittweise abbauen.<sup>635</sup> Das Wortduell zwischen Dulles und Blankenhorn über politische Konsultationen in der Nato ist derart aufschlussreich, dass die Begegnungen zwischen Dulles und Brentano am 23./24. November 1957 in der Folge nahe an den deutschen Gesprächsprotokollen sehr ausführlich widergegeben wird.

Brentano übergab Dulles am 23. November einen Brief Adenauers, in dem dieser vorschlug, Eisenhower solle den Nato-Gipfel im Dezember damit eröffnen, dass die Nato auch nach 1968 weiterbestehen werde, und zwar als dauerhafte „echte politische Gemeinschaft“. Der Kanzler schlug vor, die Nato solle in ihrem Dezember-Kommuniqué besonders die friedliebenden Ziele der Allianz betonen, damit die Beratungen nicht ausschliesslich militärischen Charakter hätten und von der sowjetischen Propaganda des-

<sup>634</sup> Gesprächsaufzeichnung zwischen Adenauer und Fauré, 16. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81. Im Gespräch mit dem französischen Staatssekretär Maurice Fauré hatte Brentano kurz davor eine Herstellung von Atomwaffen durch die europäischen Staaten selbst gefordert. Die EWG sollten auch im Bereich der Raketentechnologie enger zusammenarbeiten. Ohne eigene Atomwaffen befürchtete Brentano bei einem konventionellen Angriff der UdSSR nicht mehr eine automatische nukleare Vergeltung durch die USA. Siehe Adenauer, *Erinnerungen 1955-59*, 324-331. Zur Episode der trilateralen nuklearen Kooperation zwischen Frankreich, der BRD und Italien, die von der Unterzeichnung eines entsprechenden Protokolls der drei Verteidigungsminister am 25. November 1957 in Paris bis zur Beendigung durch de Gaulle im Juni 1958 dauerte, vgl. Colette Barbier, „Les négociations franco-germano-italienne en vue de l'établissement d'une coopération militaire nucléaire au cours des années 1956-58“, *Revue d'histoire diplomatique* 104 (1990): 81-113; Eckardt Conze, „La coopération franco-germano-italienne dans le domaine nucléaire dans les années 1957-58: Un point de vue allemand“, *ibid.*, 115-132; Leopoldo Nuti, „Le rôle d'Italie dans les négociations trilatérales 1957-58“, *ibid.*, 133-156; Peter Fischer, „Das Projekt einer trilateralen Nuklearkooperation: Französisch-deutsch-italienische Geheimverhandlungen 1957/58“, *Historisches Jahrbuch* (1992): 143-156.

<sup>635</sup> Cabalo, *Politische Union Europas*, 177f.

wegen an den Pranger gestellt werden könnten. Adenauer betonte die Bedeutung, die er einer Verpflichtung zu gegenseitiger Konsultation verlieh, und verlangte eine entsprechende Reform der Allianz. Die Nato-Botschafter bräuchten mehr Vollmachten und umfassendere Instruktionen. Artikel 4 müsse als Verpflichtung zur Konsultation aufgefasst werden.<sup>636</sup>

Dulles erklärte sich zwar bereit, in Paris die Bereitschaft des Westens zu Abrüstung und die Gründe für das Scheitern der UNO-Verhandlungen hervorzuheben. Er war aber gegenüber Rüstungsbegrenzungen skeptisch, solange die Teilung Deutschlands fortbestehe. Als Brentano die Nato-Diskussionen als „wenig ergiebig“ und Blankenhorns Berichte über die Sitzungen des Nato-Rats als „sehr deprimierend“ charakterisierte, räumte Dulles ein, dass sich im Bereich der Nato-Konsultation noch manches verbessern liesse. Die USA versuchten ihren Nato-Botschafter so gut wie möglich zu informieren, aber die räumliche Entfernung zwischen der Regierung und Paris sei nun einmal grösser als bei den europäischen Regierungen. Dulles bestand indessen darauf, dass die amerikanische Regierung manchmal rasch handeln musste und deshalb Konsultationen nicht immer rechtzeitig erfolgen konnten.<sup>637</sup>

Dulles und Brentano setzten ihre Beratungen im Haus von Dulles in Anwesenheit von dem deutschen Botschafter in Washington Heinz Krekeler, Blankenhorn, David Bruce – dem amerikanischen Botschafter in Bonn – und Elbrick fort. Dabei stellte Dulles die amerikanische Haltung zu politischen Konsultationen in der Nato in einem längeren Monolog klar. Er wies darauf hin, dass die USA mit 42 Nationen Verteidigungsbündnisse abgeschlossen hätten und deshalb nicht nur gegenüber der Nato, sondern auch gegenüber anderen Ländern Verpflichtungen besäßen. Wenn auch der Nato de facto grössere Bedeutung zukomme, so sei es nicht möglich, die anderen Bündnispartner der Nato unterzuordnen und eine bestimmte Hierarchie zu errichten. Durch die gemeinsame politische, religiöse und kulturelle Geschichte seien zwar die Bindungen der USA an die Nato besonders eng, doch könne man juristisch nicht sagen, die Nato sei wichtiger als andere Verteidigungsbündnisse. Den USA, so fuhr Dulles fort, sei sehr viel daran gelegen, dass der Nato-Rat ein „nützliches Konsultationsgremium“ werde, doch dürfe dies nicht so weit führen, dass die Handlungsfreiheit Washingtons dadurch behindert werde. Ein dichtes Netz von Konsultationsverpflichtungen zerstöre die Möglichkeit zu raschem Handeln, urteilte Dulles. Manchmal müsse zudem rasch gehandelt werden, um Ergebnisse zu erzielen. Dulles hoffte, die Nato-Staaten hätten Vertrauen in die USA. Washington verlange keinen Blankocheck von seinen Verbündeten, wenn diese jedoch forderten, in allen Fragen vorher konsultiert zu werden, „sei alles verloren“.<sup>638</sup>

Am nächsten Morgen verfasste Dulles einen Brief an Adenauer und versprach, dessen „interessante Anregung“ zu stärkerer politischer Kooperation wohlwollend zu prüfen. Brentano und er hätten dem Grundsatz einer gegenseitigen Konsultation im Nato-Rat zugestimmt, auch wenn die USA keine Konsultationsverpflichtung schaffen wollten, die so strikt wäre, dass sie die Möglichkeit einer raschen Reaktion auf sowjetische

<sup>636</sup> Brief von Adenauer an Dulles, 19. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81. Vgl. die englische Fassung in FRUS 1955-57 IV: 187ff. Den Brief hatte Blankenhorn nach einer langen Aussprache mit Adenauer über die Vorbereitung der Nato-Ministerkonferenz entworfen. Tagebucheintrag Blankenhorns, 18. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81.

<sup>637</sup> Gesprächsaufzeichnung zwischen Brentano und Dulles, Washington, 23. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81; FRUS 1955-57 IV: 190-193.

<sup>638</sup> Gesprächsaufzeichnung zwischen Brentano und Dulles, Washington, 23. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81. Vgl. auch das fehldatierte (21.11.57) Gesprächsprotokoll in FRUS 1955-57 IV: 193-206.

Initiativen ausschliessen würde.<sup>639</sup> Brentano bestätigte in seinem Fernschreiben an Adenauer, dass Dulles die Aktionsfähigkeit der USA für wichtiger als eine „zu perfektionistische Konsultations-Konzentration“ halte. Brentano beschönigte jedoch die kritischen Worte Dulles', als er rapportierte, die USA seien in Zukunft mehr als bisher bereit, in allen grossen politischen Fragen ihre grundsätzliche Politik ihren Partnern in der Allianz vorzutragen.<sup>640</sup>

Um 12:00 Uhr empfing Dulles Brentano und Blankenhorn erneut in seiner Privatwohnung. Brentano bedankte sich für die Möglichkeit, die Fragen vom Vortag wieder aufzugreifen. Er wollte insbesondere nochmals auf eine Intensivierung der politischen Arbeit innerhalb der Nato zurückkommen. Dulles erwiderte jedoch, dass er zur Frage einer engeren Konsultation seinen Ausführungen vom Vortag nicht viel hinzufügen könne. Die USA bemühten sich nachdrücklich darum, ihren Nato-Botschafter ausreichend mit Informationen zu versehen, damit er einen konstruktiven Beitrag zu den Erörterungen im Rat leisten könne. Es gebe aber auch Probleme wie Zypern oder Nordafrika, die zwar sehr akut seien, die aber offensichtlich niemand in der Nato zu erörtern wünsche. Das Konsultationsverfahren dürfe nicht unvernünftig gehandhabt werden, betonte Dulles. Die Konsultation als solche sei zwar eine gute Sache, doch die Möglichkeit zu raschem Handeln sei ebenso unerlässlich. Es sollte nicht übersehen werden, dass die Konsultation für kleinere Staaten leichter sei als für grössere, deren Verantwortlichkeiten sehr viel weitgehender seien.

An dieser Stelle intervenierte Blankenhorn und betonte, auch die Bundesrepublik wolle nicht alle Fragen einer Konsultation unterwerfen. Die Krise in Syrien und die Luftbrücke in Jordanien hätten jedoch im Sommer 1957 beinahe zu einer ernsthaften Krise geführt, die auch Deutschland in eine Auseinandersetzung verwickelt hätte. Dulles verteidigte die Intervention in Jordanien – die Waffenlieferung habe innerhalb weniger Stunden erfolgen müssen. Verlangte Adenauer wirklich, dass in einer solchen gefährlichen Situation erst noch lange Konsultationsgespräche stattfinden sollten, bevor etwas geschehen konnte? Müssten die Verbündeten nicht vielmehr darauf vertrauen, dass die USA einem Notstand dieser Art in richtiger Weise begegneten? Mit starkem Nachdruck sagte Dulles, die Verbündeten Amerikas sollten den USA dankbar dafür sein, wie sie in Jordanien gehandelt hatten. Stattdessen machten sie ihnen Vorwürfe und kritisierten sie wegen der von ihnen durchgeführten mutigen und erfolgreichen Aktion. Allmählich fange er an, sich über diese Kritik zu ärgern. Wenn man seitens der Partner auf einer Konsultation bestehe, sei der Westen nicht mehr in der Lage, rasch und wirkungsvoll zu handeln. Dies müsse einmal klar gesagt werden, und es dürfe kein Missverständnis darüber bestehen.

Nach diesem Ausbruch von Dulles gab sich Blankenhorn jedoch nicht geschlagen. Er argumentierte, die Nato wünsche schlicht darüber informiert zu werden, was in Syrien und Jordanien geschehen sei und warum es geschehen sei. Wenn eine Massnahme getroffen werde, sollte der Nato-Rat zur gleichen Zeit über die Gründe unterrichtet werden. Im Falle Syriens sei dies nicht passiert, kritisierte Blankenhorn. Dulles gab zu, dass die USA mehr tun könnten, als bisher geschehen sei. Blankenhorn betonte, dass dies vor allem in einer Krisensituation erforderlich sei. Er wies darauf hin, dass die USA mittels Konsultation die Allianz auch als eine Waffe für ihre Zwecke einsetzen könnten. Dulles hob hervor, dass die Lage im Nahen Osten ausserordentlich delikat und kompliziert sei und ausserdem nicht in den Nato-Bereich falle. Wenn durch eine Kon-

<sup>639</sup> Vgl. FRUS 1955-57 IV: 210f.

<sup>640</sup> Fernschreiben von Brentano an Adenauer, 24. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81.

sultation die Handlungsfreiheit Washingtons zu sehr belastet würde, sei dies nur schädlich. Wenn die Partner kein Vertrauen in die USA hätten, werde das ganze System versagen.

Blankenhorn verwies auf die Türkei und betonte, dass damit die Nato in der syrischen Krise durchaus involviert gewesen sei. Auch für die BRD wären dadurch im Falle eines Konflikts die Vertragsverpflichtungen wirksam geworden. Blankenhorn insistierte: „Im Ernstfall müssten alle Partner kämpfen. Wenn die Partner eine Verantwortlichkeit übernehmen sollten, müssten sie auch besser informiert werden.“ Adenauer sei davon überzeugt, dass auf diesem Gebiet mehr getan werden müsse. Dulles antwortete sibyllinisch, dass er bereit sei, mehr zu tun, wenn dadurch die Allianz zu einem wirksameren Instrument werde; dass er aber nicht bereit sei, mehr zu tun, wenn hierdurch die Allianz zu einem weniger wirksamen Instrument würde. Blankenhorn erinnerte daran, dass der türkische Vertreter im Rat die Auffassungen seiner Regierung dargelegt habe, dass aber der US-Vertreter nichts zu sagen gehabt habe. Er glaube, dies müsse anders werden. Als führende Macht der Allianz sollten die USA ihren Partnern ihre Gedanken und Pläne erläutern, damit die Nato ihre Politik den amerikanischen Plänen anpassen könne.

Dulles entgegnete, dass Amerika viele Verbündete habe, die nicht der Nato angehörten und die dann ebenfalls informiert zu werden wünschten. Man müsse in diesem System eine vernünftige Regelung haben. Es sei schon immer schwierig gewesen, ein Bündnissystem zusammenzuhalten, und man müsse gewisse Faktoren im richtigen Verhältnis zueinander kombinieren. Diese Faktoren seien Unterrichtung, Vertrauen und Handlungsfähigkeit. Es sei immer leicht und einfach für diejenigen, die keine Aufgaben und Verantwortung in der Welt hätten, eine besser Unterrichtung zu verlangen.

Blankenhorn wiederholte, dass wenn die USA ein präzises Bild der Lage entwürfen, der Rat die Situation auch verstehen werde. Dulles erwiderte, dazu müsse man aber auch die nötige Zeit haben. Die Entscheidungen, die er im Falle Syriens getroffen habe, seien ohne vorherige Unterrichtung des Präsidenten zustande gekommen. Er fragte, ob er in solchen Fällen, in denen unverzügliches Handeln geboten sei, „seine Zeit damit verschwenden solle, dass er erst ein ausführliches Informationstelegramm an den amerikanischen Vertreter der Nato diktiere.“ Im State Department seien nur drei oder vier Personen mit allen Einzelheiten der Lage vertraut, so dass er einfach nicht die Zeit habe, ein Telegramm zu schicken, ohne andere dringlichere Dinge zu vernachlässigen. Blankenhorn wies jedoch darauf hin, dass sich eine Situation ergeben könnte, in der die USA die Allianz brauchten.

Dulles sprach nochmals von einer raschen Reaktion auf mögliche militärische und politische Aktionen der Sowjets, sonst drohe ein allgemeiner Krieg. Blankenhorn erwiderte, dass die USA die Nato hinter ihrer Politik haben müssten. Es sei auch eine psychologische Frage. Wenn die Allianz die amerikanische Haltung verstehe, werde sie Amerika auch folgen. Dulles fragte Blankenhorn, ob dessen Äusserung so aufzufassen sei, dass die Allianz nicht folgen werde, wenn sie die US-Haltung nicht verstehe. Wenn dem so sei, bedeute dies, dass die Partner kein Vertrauen in die USA hätten. Blankenhorn blieb dabei, dass es für die Allianz schwierig sei, den USA zu folgen, wenn sie die amerikanische Position nicht verstehe.

Dulles sprach von der unvorstellbaren physischen Belastung, der er selbst unterworfen sei. Schliesslich wollten auch der US-Kongress und der Nationale Sicherheitsrat regelmässig unterrichtet werden. Wenn den Partnern die allgemeine Einstellung der USA nicht gefalle, dann sollten sie es sagen und man müsse darüber sprechen. Wenn die Partner nicht wünschten, dass Amerika rasch handle, dann sei dies eine ernsthafte

und grundsätzliche Frage, die als solche erörtert werden müsse. Dulles wies auch auf Geheimhaltungspflicht hin, die im Fall der Türkei nicht vollständig gegeben sei, und „dass er dem Ständigen Nato-Vertreter keineswegs alle Informationen zugänglich machen könne zum Zweck der Weiterleitung an die anderen Partner, weil sonst gewisse Dinge unmittelbar nach Moskau gelangen würden.“

Nach dem offenen verbalen Schlagabtausch zwischen Dulles und Blankenhorn schaltete sich erstmals auch Brentano wieder ein und versuchte, die Wogen zu glätten. Er meinte, der Ausdruck „Konsultation“ dürfe nicht missverstanden werden. Die BRD wünsche selbstverständlich nicht, dass alle Zusammenhänge offen ausgebreitet würden, was auch gar nicht möglich sei. Brentano beschwichtigte, „er sei für alles, was er von Mr. Dulles gehört habe, sehr dankbar, und er verstehe, dass für die Vereinigten Staaten die soeben dargelegte Politik die einzig mögliche sei.“ Er fände es aber begrüßenswert, wenn der amerikanische Nato-Vertreter, ohne in Einzelheiten zu gehen, im Rat die Gründe für das jeweilige amerikanische Vorgehen erläutern könne, um bei den anderen Partnern nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, sie wüssten nicht, was passiere. Dulles fasste das Gespräch zusammen und bezeichnete die Unterhaltung als nutzbringend. Er verwendete die Metapher eines Arztes, der ein Rezept ausgestellt habe, wofür der Apotheker die erforderliche Medizin zurechtmischen müsse. So komme es auch zwischen Washington und der Nato darauf an, ein Rezept zu finden, in dem Konsultation, Vertrauen und die Möglichkeit zu raschem Handeln im richtigen Verhältnis zueinander gemischt seien. Allerdings sei bekannt, dass die einzelnen Ärzte im Verschreiben ihrer Medizin oft unterschiedliche Wege gingen.<sup>641</sup>

Gegenüber dem britischen Botschafter in Washington Harold Caccia äusserte sich Dulles nach dem Treffen mit Blankenhorn und Brentano ziemlich genervt über den ehrlichen Meinungsaustausch betreffend politische Konsultation. Blankenhorns Vorstellungen über rechtzeitige Konsultationen fand Dulles komplett unrealistisch. Wenn eine solche Vorabkonsultation der Preis sei, den die USA für ein Weiterbestehen der Nato zu zahlen hätten, dann hätte er selbst schwere Bedenken, ob den amerikanischen Interessen nicht ohne die Nato besser gedient wäre.<sup>642</sup> Blankenhorn hielt die Besprechungen mit Dulles für von grossem Wert. Die Last auf Dulles sei „ungeheuerlich“, notierte er in sein Tagebuch, da Eisenhower politisch offensichtlich keine Rolle spiele. Das Gespräch verlieh Blankenhorn einen „tiefen Einblick in die Schwerfälligkeit und Kompliziertheit“ der amerikanischen Regierungsmaschinerie, die vom Aussenminister ein Übermass an Arbeit verlange, so dass seine eigentliche Aktionsfähigkeit relativ beschränkt sei. In der Frage einer verbesserten politischen Konsultation hätten die Gespräche mit Dulles leider keine Fortschritte gebracht.<sup>643</sup>

<sup>641</sup> Gesprächsaufzeichnung zwischen Dulles, Bruce, Elbrick und Brentano, Blankenhorn, Krekeler, Washington, 24. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81. Siehe auch die US-Version: Dulles-Brentano et al. Meeting, 24 November 1957, „Exchange of Views“, USNA, RG 59, CDF, 611.62A. Vgl. allgemein zu Brentanos USA-Besuch „Amerikanischer Ausblick auf die NATO-Konferenz“, NZZ (25.11.1957); „Brentanos Besprechungen mit Dulles“, NZZ (26.11.1957); „Bonn wünscht mehr politische Kontakte“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (26.11.1957). Zu Dulles' Auffassung von politischer Konsultation in der Nato von Ende 1957 vgl. auch sein BBC-Interview vom 3. Dezember 1957, „The Atlantic Alliance“, *Department of State Bulletin* 37, no. 965 (23 December 1957): 987-990. Siehe auch Dulles News Conference, 10 December 1957, *Department of State Bulletin* 37, no. 966 (30 December 1957): 1027ff.

<sup>642</sup> Caccia (Washington) to Hoyer Millar (London), 25 November 1957, PRO, FO 371/131028. Kopien des Briefes wurden auch an Roberts nach Paris und Steel nach Bonn geschickt.

<sup>643</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 24. November 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81.

Die offene Konfrontation zwischen Dulles und Blankenhorn demonstrierte, wie stark das deutsche Selbstbewusstsein der BRD zwischen 1955 und 1957 gestiegen war. Die kleiner gewordene Abhängigkeit der BRD von der USA erlaubte es Blankenhorn auch nach dem Sputnikschock, im Gespräch mit Dulles die amerikanische Aussenpolitik zu kritisieren und von Washington mehr Konsultationen zu fordern.

#### 4. Komplikationen kurz vor dem Nato-Gipfel

Nicht nur die deutsch-amerikanischen Beziehungen befanden sich im November 1957 auf einem neuen Tiefpunkt; zur selben Zeit führte die Frage britisch-amerikanischer Waffenlieferungen an Tunesien wegen Frankreichs Algerienkrieg zu einer akuten Allianzkrise mit Frankreich. Die USA erfuhren am 12. November, dass die Franzosen offenbar davon sprachen, aus Protest gegen die USA entweder das Nato-Gipfeltreffen in Paris zu boykottieren oder gar ganz aus der Nato auszutreten.<sup>644</sup> Bereits zwei Tage später erwies sich diese Nachricht jedoch als Gerücht.<sup>645</sup> Dennoch blieb Dulles beunruhigt und schlug am 18. November vor, ernsthaft zu erwägen, ob das Nato-Treffen wegen der Schwierigkeiten der Waffenlieferungen an Tunesien nicht besser ohne Eisenhower, das heisst zurückgestuft auf Ministerialebene, abgehalten werden sollte.<sup>646</sup>

Nachdem Eisenhower am 25. November erneut einen leichten Schlaganfall erlitten hatte, den er zunächst als Erkältung zu kaschieren versuchte,<sup>647</sup> stellte sich die Frage erneut, ob das Nato-Treffen auf höchster Ebene stattfinden sollte – notfalls auch ohne Präsident Eisenhower, das heisst mit Vizepräsident Richard Nixon als seinem Stellvertreter.<sup>648</sup> Sowohl der Nato-Generalsekretär als auch Grossbritannien, Frankreich, die BRD, Belgien, Italien und Dänemark sprachen sich jedoch definitiv für einen Nato-Gipfel auf der Stufe der Staats- und Regierungschefs aus.<sup>649</sup>

<sup>644</sup> Eisenhower-Dulles-Nixon-Herter-Anderson et al. Meeting, 12 November 1957, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 28, November 1957; Diary Entry, 14 November 1957, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 28, November 1957 DDE Diary. Vgl. FRUS 1955-57 XVIII: 758ff. Zum Eklat wegen der Waffenlieferungen an Tunesien vgl. „Der Konflikt um die Waffenlieferungen an Tunis: Die Frage der Konsultation im Rat der NATO“, NZZ (18.11.1957). Gaillard warnte vor dem Nato-Gipfel von „Allianzen, die in Staub zerfallen“. Vgl. auch Burkard Schmitt, *Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz, 1956-66* (München: Oldenbourg, 1998), 41.

<sup>645</sup> Telephone Conversation between Eisenhower and Dulles, 14 November 1957, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 29, November 1957.

<sup>646</sup> Dulles-Murphy-Stevenson-Reinhardt Meeting, 18 November 1957, USNA, RG 59, CDF, 375/11-1857. Die Entscheidung sollte nach Pineaus Washingtonbesuch getroffen werden. Zu Pineaus Washington-Besuch vgl. DDF 1957 II: 709-716. Im Gespräch mit Pineau sprach sich Dulles deutlich gegen automatische Konsultationen aus, die seiner Meinung nach zu einer Art Veto-Recht im Atlantikrat führen würden, die im Nato-Vertrag nicht vorgesehen war.

<sup>647</sup> Dulles to Stevenson, 25 November 1957, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 3, Strictly Confidential, Q-S (4). Vgl. „Neue Erkrankung Eisenhowers: Sprachstörung nach leichtem Hirnschlag“, NZZ (28. November 1957). Die NZZ berichtete über die Bestürzung in der westlichen Welt, da man sich vom Nato-Gipfel und insbesondere der Präsenz Eisenhowers viel versprochen hatte. Zudem fehle Eisenhower in der Vorbereitung der Nato-Konferenz.

<sup>648</sup> DoS to Nolting (Paris), 26 November 1957, Topol 1708, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Nolting war zu der Zeit geschäftsführender Nato-Botschafter, da Burgess wegen der Gipfelvorbereitungen in Washington weilte.

<sup>649</sup> Nolting (Paris) to DoS, 25 November 1957, Polto 1496, *ibid.* Etwas später schlug die französische Regierung vor, ob das Gipfeltreffen nicht statt in Paris in Washington stattfinden sollte, wenn dies die Anwesenheit Eisenhowers erleichtern würde. Doch Dulles und Eisenhower waren gegen diesen Vorschlag, weil es „furchtbar“ wäre, wenn alle Staats- und Regierungschefs nach Washington kämen und Eisenhower dann doch nicht teilnehmen könnte. Telephone Conversations between Dulles and Hagerty, 29 November 1957, 6:05 and 6:55 p.m., DDEL, Dulles Papers, TC, Box 12, 9/2-1112/26/57 (ÜdV).

Anfangs Dezember zeichnete sich in Washington ab, dass Eisenhower nach einer beinahe miraculösen Genesung doch nach Paris würde fliegen können. Zwar rieten seine Ärzte ihm immer noch von einer Reise nach Europa ab. Eisenhower selbst hielt jedoch am 2. Dezember fest, dass er, wenn er am Nato-Gipfel nicht teilnehmen könnte, sich ernsthaft überlegen würde, ob er das Präsidentenamt noch weiterführen oder nicht besser „abdanken“ sollte.<sup>650</sup>

Das State Department teilte der Nato-Botschaft in Paris am 10. Dezember mit, dass Eisenhower definitiv am Gipfeltreffen teilnehmen werde.<sup>651</sup> Am gleichen Tag erhielt der Präsident auch einen Brief von seinem langjährigen Freund und ehemaligen Nato-Oberbefehlshaber Alfred Gruenther. Dieser erinnerte darin respekt-, aber auch humorvoll daran, dass Eisenhowers Französischkenntnisse noch nie besonders gut gewesen seien, dass er aber in Paris seine Rede unbedingt mit einigen Brocken Französisch beginnen und aufhören müsse.<sup>652</sup>

### *Sowjetische Störmanöver: Der Bulganinbrief vom 10. Dezember 1957*

Die Vorbereitungen für den Nato-Gipfel wurden am 10. Dezember von einem Brief Bulganins an die westlichen Regierungschefs gestört. Die Schreiben richteten sich in erster Linie gegen die Pläne der Nato, in Europa Mittelstreckenraketen und taktische Atomwaffen zu stationieren. Bulganin wies darauf hin, dass der Westen im Vorfeld des Nato-Treffens ausschliesslich von Aufrüstung sprach, wohingegen es die Weltöffentlichkeit nach Abrüstung dürste. Er betonte, die Sowjetunion wünsche auch nach den Sputnikerfolgen eine friedliche Koexistenz und keinen Kalten Krieg. Durch die Stationierung von Nuklearwaffen in Europa würden die USA nicht weniger verwundbar, sondern die Kriegsgefahr würde, nach sowjetischer Einschätzung, dadurch gerade umso grösser. Durch die verstärkte Abhängigkeit Europas von den USA würden zudem auch die Beziehungen zwischen Washington und den europäischen Aliierten nicht unbedingt enger. Bulganin schlug Eisenhower einen Ost-West-Gipfel vor, um den Kalten Krieg und das Wettrüsten zu beenden. Möglichkeiten für konkrete Abrüstungsabkommen wären sowohl eine Aussetzung von Nukleartests für eine Dauer von zwei bis drei Jahren als auch eine nuklearwaffenfreie Zone in Deutschland, Polen und der CSSR.<sup>653</sup> Letztere war vom polnischen Aussenminister Adam Rapacki bereits an der UNO-Generalver-

<sup>650</sup> Telephone Conversation between Dulles and Nixon, 30 November 1957, DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, Memoranda of Telephone Conversations, General, 11/1–12/27/57(2); Eisenhower-Dulles Meeting, 2 December 1957, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 5, Meetings with Eisenhower, 1957(1) (ÜdV).

<sup>651</sup> Greene to EmEmbassy Paris, 10 December 1957, DDEL, Dulles Papers, Chronological Series, Box 15, December 1957 (3).

<sup>652</sup> Gruenther to Eisenhower, 10 December 1957, DDEL, AWF, Administration Series, Box 16, General Alfred Gruenther 1956-57 (1). Gruenther schickte Eisenhower Instruktionen, wie „Bon jour, mes amis“, „Bon soir“, „Comment allez-vous?“ und „Au revoir“ auszusprechen seien und lud ihn am nächsten Tag zu „Französischlektionen“ ein. Den Brief zeichnete er mit „Your devoted French teacher“.

<sup>653</sup> Bulganin to Eisenhower, 10 December 1957, DDEL, Dulles Papers, Draft Presidential Correspondence and Speeches Series, Box 3, Reply to Bulganin's Letter to President of 10 December 1957 (4). Vgl. Plischke, „Eisenhower's ‚Correspondence Diplomacy‘ with the Kremlin“, 145-148. Als konkrete Abrüstungsvorschläge nannte Bulganin ein Verbot von Atomwaffen, einen nuklearen Teststopp, eine atomwaffenfreie Zone, einen Nichtangriffspakt, ein Ende von Propaganda, Ost-West-Kontakte und einen US-sowjetischen Freundschaftsvertrag sowie, in einer späteren Phase, die Liquidierung von Militärstützpunkten im Ausland, den Abzug von Stationierungstruppen aus Deutschland sowie die Errichtung eines neuen, kollektiven Sicherheitssystems. Zudem schlug er ein Gipfeltreffen vor.

sammlung am 2. Oktober 1957 vorgeschlagen worden.<sup>654</sup> Die Bulganinbriefe und der Rapackiplan markierten nach dem Sputnik-Erfolg den Beginn einer erneuten diplomatischen Offensive der Sowjetunion.

Auch im Westen gab es zahlreiche prominente Stimmen für ein militärisches Disengagement in Europa und der Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone. George F. Kennans „Reith Lectures“ an der Oxford Universität vom November 1957 zum Thema Disengagement erregten, als sie im Dezember von BBC ausgestrahlt wurden, grosses Aufsehen.<sup>655</sup> Auch Lester Pearson betonte in seiner Nobelpreis-Rede in Oslo am 11. Dezember die Notwendigkeit von Verhandlungen mit Moskau.<sup>656</sup>

Stevenson fand, die Eisenhower-Administration solle den Bulganinbrief ernst nehmen und konstruktiv darauf antworten. In einer Pressemeldung verlieh er am 11. Dezember seiner Hoffnung Ausdruck, das Nato-Treffen würde mehr als nur Spektakel beinhalten. Bulganins Vorschlag hielt er für ein „gutes Omen“ und er hoffte, dass die USA darauf positiv reagieren würden.<sup>657</sup> Auch der amerikanische Botschafter in Moskau, Llewelyn Thompson, hoffte, im State Department werde daran gedacht, in den amerikanischen Erklärungen am Nato-Gipfel nicht nur militärische Massnahmen anzukündigen. Thompson erwog sogar eine Mission Spaaks nach Moskau, um die Ernsthaftigkeit der Bulganinbriefe zu überprüfen:

Would it not be possible for the NATO meeting to authorize Mr. Spaak to come to Moscow for exploratory talks to ascertain whether there are any practical steps that could be taken to reduce international tension in Europe?<sup>658</sup>

Burgess sprach sich jedoch gegen diese Idee aus, weil ein Moskaubesuch Spaaks in Westeuropa als Zeichen von Schwäche aufgefasst würde und zum Kollaps der europäischen Verteidigungsefforts in der Nato führen könnte.<sup>659</sup>

Dulles und Spaak beschlossen kurz vor dem Auftakt des historischen Nato-Treffens, den Bulganinbrief nicht am Gipfel, sondern in aller Ruhe erst nachher im Ständigen Nato-Rat zu diskutieren.<sup>660</sup> Trotz dieser Massnahme prägten am Nato-Gipfel im Dezember 1957 die europäischen Rufe nach politischen Reformen und Abrüstungsverhandlungen mit Moskau die Debatten genauso wie die amerikanischen Forderungen nach einem stärkeren Militäram der Allianz.

<sup>654</sup> Piotr Wandycz, „Adam Rapacki and the Search for European Security“, in *The Diplomats, 1939-79*, ed. Gordon A. Craig and Francis L. Loewenheim (Princeton: Princeton University Press, 1944): 289-317, 295ff. sowie Andrzej Albrecht, *The Rapacki Plan: New Aspects* (Warsaw: Zachodnia Agencja Prasowa, 1963).

<sup>655</sup> George F. Kennan, *Russia, the Atom, and the West* (London: Oxford University Press, 1958); George F. Kennan, *Memoirs 1950-63* (Boston: Little, Brown, 1972).

<sup>656</sup> Nobel Lecture by Pearson, Oslo, 11 December 1957, <http://www.nobel.se/peace/laureates/1957/pearson-lecture.html> (6.2.2005)

<sup>657</sup> Press Declaration by Stevenson, 12 December 1957, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 29, Telephone Calls December 1957 (ÜdV). Vgl. auch Stevenson to Dulles, 11 December 1957, USNA, RG 59, CDF, 375/12-1657 („Schedule for Secretary“): „I have included (at least for fun!) some counter-proposals to Bulganin. I wish there was a possibility of the President's taking some initiative even at this late date. The Russians have hit us again where it hurts most – in the cold war – and I think there must be some better response than ‚foul!‘.“

<sup>658</sup> Thompson (Moscow) to DoS, 11 December 1957, Tel. 1059, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>659</sup> Burgess (Paris) to DoS, 12 December 1957, Polto 1740, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>660</sup> Dulles-Spaak-Burgess Meeting, Paris, 13 December 1957, USNA, RG 59, CF, Box 140, CF 947, MemCons; Dulles (Paris) to DoS, 14 December 1957, Secto 5, USNA, Box 140, CF 946, DULTE–TEDUL File.



## 5. Der Pariser Nato-Gipfel vom Dezember 1957: USA vs. Westeuropa

Der substanzielle Teil des historischen Nato-Gipfels begann am Nachmittag des 16. Dezembers nach der morgendlichen Eröffnungszeremonie mit der Besprechung des politischen Jahresrückblicks des Nato-Generalsekretärs. Darin hatte Spaak eine Bilanz seiner ersten sechseinhalb Monate als Generalsekretär gezogen. Sein Rückblick fiel rundum positiv aus: *Erstens* hielt er die Institutionalisierung der wöchentlichen Treffen der stellvertretenden Nato-Botschafter für sehr nützlich. *Zweitens* lobte er auch die sehr engen Konsultationen innerhalb der Nato mit dem UNO-Abrüstungsunterausschuss in London, wodurch von Juni bis August 1957 eine gemeinsame westliche Position formuliert werden konnte. Gleichzeitig ging Spaak in seinem ersten politischen Jahresbericht über die Empfehlungen der Drei Weisen hinaus und vertrat die Ansicht, dass politische Konsultationen in der Nato obligatorisch seien.<sup>661</sup> Für das US-Aussenministerium waren die Formulierungen in Spaaks erstem Jahresbericht zu kategorisch und es kritisierte den Bericht deshalb im Vorfeld des Nato-Gipfels heftig. Burgess versuchte in der Folge, auf Spaaks Entwurf Einfluss zu nehmen und ihn zu einer Abschwächung der Konsultationspflicht zu veranlassen. Er rechnete jedoch nicht damit, dass Spaak der amerikanischen Kritik gegenüber offen sein würde: „Spaak has stated that this report is his own responsibility, and I fear he will be reluctant to change it.“<sup>662</sup> Dulles war nach der Lektüre von Spaaks Bericht ebenfalls verärgert:

In spite of the broad mandate given to the Secretary General in the Wise Men's Report to make appraisal of this character, the rigid, unrealistic, and Cartesian approach Spaak seems to be taking toward several important problems could result in serious damage to NATO. [...] The political consultation section is of course rigid and full of semantics.<sup>663</sup>

Am 9. Dezember besprach Burgess den Bericht mit Spaak und äusserte die amerikanischen Bedenken. Er schlug vor, Spaak solle seinen Bericht abschwächen. Spaak betonte, es müsse zwischen seinem Bericht, der nur innerhalb der Nato besprochen werden würde, und öffentlichen Äusserungen zum Zustand der Nato unterschieden werden. Spaak war damit einverstanden, dass öffentliche Erklärungen positiv sein sollten. Er wollte aber den internen Bericht nicht modifizieren, sondern schlug vor, ihn ganz zurückzuziehen. Dies hielt Burgess jedoch für unklug, weil durchsickern könnte, dass dies aufgrund von amerikanischem Druck geschehen sei.<sup>664</sup>

Spaak nutzte die erste Plenarsitzung nach der amerikanischen Intervention nicht für eine Diskussion seines Berichts, sondern eröffnete die Nato-Debatten mit der Forderung nach einer aktiveren Allianzpolitik bezüglich Ost-West-Verhandlungen. Die Nato müsse sich der veränderten Welt anpassen. Der Nato-Gipfel solle zeigen, dass die Allianz mehr als eine defensive Militärorganisation sei:

Since in the military sphere it was not possible to relax their vigilance, they [the Western countries] must assume the offensive in the diplomatic spheres. [...] It should not be impossible to prove by a concrete offer that whenever an opportunity arose for relaxing international tensions, the NATO countries could readily seize that opportunity.<sup>665</sup>

<sup>661</sup> Spaak to NATO Delegations, 3 December 1957, „The Principal Problems Facing the Alliance“, NA, C-M(57)144. Vgl. dazu Sinasac, „The Three Wise Men“, 110ff.

<sup>662</sup> Burgess (Paris) to Dulles, 6 December 1957, Polto 1656, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>663</sup> Dulles to Burgess (Paris), 7 December 1957, Topol 1927, *ibid*.

<sup>664</sup> Burgess (Paris) to Dulles, 9 December 1957, Polto 1689, *ibid*. Dulles fand in der Folge, Spaak solle nicht dazu gedrängt werden, den Bericht zurückzuziehen. Dulles to Burgess (Paris), 9 December 1957, Topol 2953, *ibid*.

<sup>665</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 pm, NA, C-R(57)82, 7f. Vgl. auch FRUS 1955-57 IV: 232-242; DDF 1957 II: 225-929. Zum Nato-Gipfel von 1957 vgl. Bill Park, „NATO

Norwegens Premierminister Einar H. Gerhardsen setzte den Ton für die Nato-Diskussionen, als er betonte, dass Norwegen seit 1949 grundsätzlich keine Stationierung fremder Truppen im eigenen Land erlaubt habe und gleichermassen auch gegen eine Platzierung von Nuklearwaffen oder Raketenbasen in Norwegen sei. Entgegen dem Wunsch von Dulles und Spaak, die am Nato-Gipfel noch keine Diskussion des Bulganinbriefs gewünscht hatten, sprach Gerhardsen das Thema gleich in der ersten Erklärung eines Staats- und Regierungschefs an. Zwar habe die norwegische Regierung noch keine Gelegenheit gehabt, die Bulganinbriefe zu studieren, doch die Idee, militärische Streitkräfte „auszudünnen“, um internationale Spannungen abzubauen, sei in der norwegischen Öffentlichkeit ziemlich populär. Gerhardsen schlug vor, die Zeit bis zur Installation von Mittelstreckenraketen in Europa für Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion zu nutzen. Damit gäbe die Nato Moskau die Gelegenheit, die Bereitschaft zu seriösen Verhandlungen zu demonstrieren. Er fand, die Allianz sollte den Wunsch betonen, im Bereich der Abrüstung eine Lösung auf dem Verhandlungsweg zu finden. Norwegen wäre auch damit einverstanden, dass die USA allenfalls durch direkte diplomatische Verhandlungen mit der UdSSR ein Abkommen anstreben würden.<sup>666</sup>

Gerhardson repräsentierte eine von zwei Strömungen in der norwegischen Regierung. Während er eine Entspannung zwischen Ost und West wichtiger fand als die Blockbildung, trat sein Aussenminister Halvard Lange seit vielen Jahren für eine besonders enge Kooperation Norwegens mit der Nato ein. Am Nato-Gipfel im Dezember 1957 setzte sich Gerhardson mit seiner Détentepolitik gegenüber dem Atlantiker Lange für einmal durch.<sup>667</sup> Offenbar hatte Gerhardson den von Lange vorgeschlagenen Redeentwurf für seine Erklärung zurückgewiesen und eine eigene Version vorgetragen.<sup>668</sup>

Auch Belgien, Dänemark, Kanada, Italien und die BRD überraschten die USA damit, dass sie auf den Sputnikschock nicht mit Rufen nach Aufrüstung reagierten, sondern die Wichtigkeit eines Abrüstungsvertrags mit der Sowjetunion betonten. Belgiens Premier Achille van Acker wünschte, dass die Nato-Staaten als Ergebnis des Gipfels nicht nur militärische Aspekte betonten: „Common defense should be reinforced but NATO was in the past too military and must change. [...] He concluded remarking that NATO must appear as a champion of peace.“<sup>669</sup>

Nach Gerhardson widmete sich auch Adenauer dem Bulganinbrief. Er beurteilte das Schreiben als ungewohnt „massvoll“ und schlug vor, der Westen sollte die „vagen Vorschläge“ Moskaus testen, um ihre wahre Bedeutung herauszufinden. Der Bundeskanzler machte sich mit seiner Rede überraschend zum Fürsprecher einer diplomatischen Auslotung von Abrüstungsvorschlägen. In einer wahrlichen „Friedensrede“ betonte er, die Friedenssehnsucht der Völker sei wohl selten grösser gewesen als zur Zeit. Es sei von jeher der Wunsch der atlantischen Allianz gewesen, den Frieden zu bewah-

---

Summits”, in *Diplomacy at the Highest Level: The Evolution of International Summitry*, ed. David H. Dunn (Basingstoke: Macmillan, 1996), 88-105; Spencer, „Alliance Perceptions of the Soviet Threat“, 22f.; Melissen, „Nuclearizing NATO“, 262f.

<sup>666</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 pm, 13ff. (ÜdV).

<sup>667</sup> Telegramm der westdeutschen Botschaft (Oslo) ans AA, 4. Januar 1958, „Norwegen und die Nato-Konferenz in Paris“, PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958. Vgl. Berdal, *The United States, Norway, and the Cold War*, 164-167. Zu Gerhardsen und Lange vgl. Lillevik, „Moments of Crisis“, 4-8.

<sup>668</sup> Lillevik, „Moments of Crisis“, 43, 46.

<sup>669</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 Uhr, 15ff. Zur belgischen Haltung im Dezember 1957 vgl. auch Vance (Brussels) to DoS, 13 December 1957, Tel. 648, USNA, RG 59, CDF, 740.5/12-1357. Zu den europäischen Forderungen nach Abrüstung und Disengagement vgl. Michael Howard, „An Unhappy Successful Marriage: Security Means Knowing What to Expect“, *Foreign Affairs* 78, no. 3 (1999): 164-175, 168f.

ren und eine Friedensordnung herbeizuführen, um ihrer Bevölkerung ein Leben frei von Furcht, Not und Gefahr zu gewährleisten. Dieses Ziel könne nur durch die Überwindung der Spaltung der Welt und insbesondere durch Abrüstung mit einer internationalen Kontrolle erreicht werden.<sup>670</sup>

Auch Italiens Ministerratspräsident Adone Zoli setzte sich dafür ein, nebst einer Stärkung der Verteidigungsmassnahmen gleichzeitig die sowjetischen Abrüstungsvorschläge wohlwollend zu prüfen. Dänemarks Premier Hans Christian Hansen forderte konkret eine Doppelstrategie von Abschreckung durch Rüstungsbemühungen und Bereitschaft zu einer Détente:

It was therefore of decisive importance that NATO build up its military posture in such a way as to demonstrate clearly that NATO's military forces served two purposes only; to deter aggression and, if necessary to defend member countries and their liberty, and to retain the possibility of negotiations having as their ultimate aim: relaxation of tensions, disarmament and understanding between East and West. Continued armament did not, in itself, lead to a solution of the issues dividing East and West and it was, therefore, essential to promote a relaxation of international tensions, and in particular to pave the way for a resumption of the disarmament talks and for negotiations about such problems as involved a constant risk of conflict.

Hansen schloss seine Rede mit der Unterstützung für Norwegens Forderung, dass eine Stationierung von IRBMs in Europa verzögert werden sollte und in der Zwischenzeit Verhandlungen mit Moskau vorangetrieben werden sollten. Solche Abrüstungsverhandlungen könnten in der UNO, zwischen den USA und der UdSSR oder zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt stattfinden.<sup>671</sup> Der kanadische Premierminister John G. Diefenbaker forderte die Nato-Staaten auf, durch einen visionären und einfallsreichen Ansatz auf dem Verhandlungswege ihre Differenzen mit der UdSSR abzubauen. Er äusserte seine Enttäuschung und Frustration darüber, dass die Abrüstungsgespräche im Sommer gescheitert seien – seiner Meinung nach musste sich der Westen jederzeit zu Verhandlungen bereit zeigen.<sup>672</sup>

Die USA legten hingegen den Fokus ihrer Präsentation – ungeachtet der Empfehlungen Stevensons – klar auf die militärische Dimension der geplanten Nato-Reform. Eisenhower versicherte den Nato-Staaten feierlich, an der Verteidigung des Allianzgebietes, am Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands und an der Aufrechterhaltung der westlichen Rechte in Berlin festzuhalten. Immerhin betonte er in seiner Rede auch, dass die Nato-Staaten ihre Ressourcen lieber für das Wohlergehen der atlantischen Gemeinschaft verwenden, als weiterhin grosse Rüstungs- und Militärefforts aufrechtzuerhalten. Eisenhower bekundete amerikanische Bereitschaft zu erweiterten politischen Konsultationen in der Nato, schränkte aber ein, dass sich manche Probleme besser im

<sup>670</sup> FRUS 1955-57 IV: 232-242, 234 (ÜdV); NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, PRO, FO 371/137799. Vgl. auch Tagebucheintrag Blankenhorns, 16 December 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 82; Adenauer, Erinnerungen III, 337-346; Schwarz, Adenauer II: 385-393; Kosthorst, Brentano, 210f. Zur Besorgnis in Bonn über Adenauers Rede vgl. Krone, Tagebücher I, 277.

<sup>671</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 Uhr, 27f. Vgl. zu dänischen Haltung auch Peterson (Kopenhagen) to DoS, 10 December 1957, Tel. 483, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Siehe auch Petersen, Denmark and NATO, 27f.

<sup>672</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 Uhr, S. 33f.; NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, PRO, FO 371/137799. Diefenbakers Erklärung findet sich in DCER XXIV (1958): no. 254. Zu Kanada siehe auch Sean M. Maloney, „Limiting American Nuclear Omnipotence in NATO: The Canadian Method, 1951-68“, In *A History of NATO: The First Fifty Years*, ed. Gustav Schmidt (Houndmills: Palgrave, 2001), vol. 3, 155-174; Tom Keating, *Canada and World Order: The Multilateralist Tradition in Canadian Foreign Policy* (Don Mills, Ontario: Oxford University Press, 2001), 93, 142ff.

kleinen Kreis lösen liessen als im Nato-Rat. Die Handlungsfähigkeit Washingtons dürfe sich zudem nicht durch Konsultationspflichten einschränken lassen. Eisenhower schloss trotz dieser deutlichen Absage an engere Konsultationen, wie sie unter anderem die Adenauer-Regierung wünschte, mit versöhnlichen Worten: Auch wenn die Nato als Militärbündnis gegründet worden sei, so hoffe und glaube er, dass der militärische Aspekt eines Tages in den Hintergrund treten werde.<sup>673</sup> Dulles stellte danach konkret die militärischen Ideen der USA zur Stärkung der Nato vor, einerseits das Angebot von Atomwaffenlagern – das heisst amerikanische taktische Nuklearsprengköpfe – unter Kontrolle des US-Oberkommandierenden in Europa (CINCEUR); andererseits die Installation von ballistischen Mittelstreckenraketen unter dem Kommando des SACEUR.<sup>674</sup>

Der französische Premierminister Felix Gaillard tonte in seiner Rede die spätere Kritik Frankreichs an der Nato durch Charles de Gaulle (1958-68) bereits an. Aufgrund der grossen Veränderungen im internationalen System zwischen 1949 und 1957 forderte Gaillard eine Reform der Nato, um die neuen internationalen Probleme bewältigen zu können. Weil nach dem Verlust des amerikanischen Atommonopols und der Überlegenheit der UdSSR in Raketen- und Satellitentechnologie „kein Territorium innerhalb der Nato vor einer Überraschungsattacke mehr sicher“ sei, sei die Nato überholt. Frankreich wollte die Nato erneuern und forderte aufgrund der zunehmend globalen sowjetischen Bedrohung eine Harmonisierung der Nato-Politik insbesondere auch für den Mittleren Osten und Afrika. Gaillard schloss dramatisch: „The Soviet menace is less dangerous than the disunity which is emptying NATO of its meaning.“<sup>675</sup>

Macmillan fand, die Nato sei primär eine politische, keine militärische Allianz. Als Reaktion auf die Bulganinbriefe empfahl er Verhandlungen aus einer Position der Stärke, ganz nach dem Motto von Winston Churchill: „We aim to parley, we aim to talk; and in the long range – some day – to settle.“ Damit übernahm Macmillan als Vertreter einer Grossmacht eine wichtige Führungsrolle im Versuch, der Nato eine zweigleisige Funktion zu verleihen und die politische Seite der Nato genauso stark zu betonen wie die militärische.<sup>676</sup>

Adenauer setzte sich besonders stark dafür ein, die politische Konsultation im Bündnis zu stärken:

Mehr denn je bedarf die Allianz in den grossen politischen Fragen einer gemeinsamen Politik, wenn sie nicht immer nur hinter sowjetischen Initiativen herhinken, sondern durch eigene, wohlgedachte Aktionen die von uns angestrebten Ziele einer neuen Friedensordnung erreichen will.

Adenauer wünschte nicht nur engere politische Konsultation, sondern auch eine aktivere Propaganda des Westens. Auch Belgien, Holland, Italien und Island wollten die Gewohnheit politischer Konsultation stärken. Sogar Portugals stellvertretender Premier Marcello Caetano, der anstelle von Salazar die portugiesische Regierung repräsentierte, verlangte eine bessere Koordination der Aussenpolitiken der Mitgliedstaaten.<sup>677</sup>

<sup>673</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 Uhr, 17f.

<sup>674</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 Uhr, 18ff. Zur Stationierungsfrage von IRBMs vgl. Philip Nash, „Jumping Jupiters: The U.S. Search for IRBM Host Countries in NATO, 1957-59“, *Diplomacy and Statecraft* 6, No. 31 (1995): 753-786.

<sup>675</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 Uhr, 21-24; DDF 1957 II: 929ff. Zur Kontinuität zwischen der Vierten und Fünften Republik vgl. Bozo, *Two Strategies for Europe*, 2-7; Bossuat, „French Leadership in the 1950s“, 105-124.

<sup>676</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957, 3:30 Uhr, 36f. Vgl. Macmillan, *Riding the Storm*, 334-340; White, *Britain, Détente and Changing East-West Relations*, 59ff.

<sup>677</sup> Dulles (Paris) to DoS, 17 December 1957, 234; NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1957.

Die Phalanx der Befürworter von Abrüstungsverhandlungen mit Moskau, bestehend aus Norwegen, der BRD, Belgien, Italien, Dänemark und Kanada und angeführt von Grossbritannien, hatte damit bereits am ersten, langen Konferenztage – die erste Sitzung dauerte von 15:30 bis 20:00 Uhr –, wenn auch unter einem anderen Agendapunkt, ihr Anliegen eingebracht, auf den Sputnikschock nicht nur mit einer massiven weiteren Militarisierung der Nato zu reagieren, sondern gleichzeitig das Fenster für Abrüstungsverhandlungen mit Moskau weiterhin offen zu lassen. Der Widerwille gegenüber einer Stationierung ballistischer Mittelstreckenraketen in Europa war grösser, als die USA erwartet hatten.

#### *Aussenministerdiskussionen zu Abrüstungsverhandlungen mit Moskau*

Der weitaus grösste Teil des zweiten Konferenztages, diesmal in Aussenministerbesetzung, war dem Thema „Abrüstung“ gewidmet, wo sich erneut eine intensive und offene Debatte über die Wünschbarkeit von Verhandlungen mit Moskau ergab, die im folgenden etwas ausführlicher nach dem Nato-Protokoll wiedergegeben werden soll.

Frankreichs Pineau eröffnete die Sitzung mit der Aufforderung, der Détente eine Chance zu geben:

While NATO strongly needed the reinforcement of its military defence in order to face recent progress achieved by the Soviet Union in the field of military power, it was equally essential that, having come to this decision, NATO should make a gesture to express its determination to do all in its power to promote the relaxation of the present international tension and, possibly, to arrive at some measure of conciliation.

Pineau präsentierte den folgenden französisch-britischen Vorschlag: Die Nato sollte Moskau in ihren Kommuniké Abrüstungsverhandlungen im UNO-Abrüstungskomitee auf der Basis der UNO-Resolution vom August 1957 anbieten. Für Moskau würde eine peinliche Situation eintreten, wenn es dieses Angebot ablehnen würde.<sup>678</sup> Der französisch-britische Vorschlag löste unter den Aussenministern eine heftige Diskussion aus. Zwar unterstützten Kanada, Norwegen, Belgien, Dänemark und Portugal die französisch-britische Idee. Dulles intervenierte jedoch und warnte vor einer Untergrabung der UNO-Abrüstungskommission, welche im Januar 1958 ihre Arbeit aufnehmen würde. Der italienische Aussenminister Giuseppe Pella unterstützte die amerikanische Sichtweise, die Abrüstungskommission zuerst arbeiten zu lassen und den britisch-französischen Vorschlag erst einzubringen, falls die Verhandlungen zu einem Stillstand kommen sollten. Der ehemalige türkische Nato-Botschafter (1952-55) und neue Aussenminister Fatü R. Zorlu fügte hinzu, die Nato sollte nicht unter dem Eindruck einer sowjetischen Bedrohung aus einer Position der Schwäche Verhandlungen anbieten. Er fand auch, der UNO-Rahmen sei für Abrüstungsverhandlungen besser als ein „tête-à-tête“ der Nato mit dem Warschauerpakt. Auch Brentano unterstützte die skeptische amerikanisch-italienisch-deutsche Position.

Pineau widersprach Zorlu und fand, es bestehe kein Widerspruch zwischen der Aufrechterhaltung der militärischen Bemühungen der Nato und der Aufnahme von Gesprächen mit der UdSSR; im Gegenteil, die Öffentlichkeit werde viel eher zu einer zusätzlichen Verteidigungslast bereit sein, wenn die Nato kommunizieren würde, dass alles unternommen würde, um die Abrüstungsprobleme zu lösen. Lloyd und Pineau wünschten also vor allem eine politische Geste zur Abrüstung, um die öffentliche Ak-

<sup>678</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 17 December 1957, 10:30 am, NA, C-R(57)83, 6. Vgl. dazu auch FRUS 1955-57 IV: 244-248.

zeptanz der militärischen Verstärkung der Nato zu steigern. Dulles stellte nochmals die Frage, ob es nicht seltsam wäre, wenn die vier Aussenminister parallel zur UNO-Kommission eine eigene Initiative lancieren würden. Trotz der deutlichen Worte von Dulles gegen ein Signal der Nato, dass der Westen zu Abrüstungsverhandlungen bereit sei, setzte sich für einmal die britisch-französische Position durch, die von Kanada, Norwegen, Dänemark und Belgien unterstützt wurde. Im Kommuniqué sollte festgehalten werden, dass die Nato die westliche UNO-Position, die von allen Nato-Staaten und von insgesamt 56 UNO-Mitgliedern angenommen worden war,<sup>679</sup> weiterhin unterstütze; dass die Allianz Moskaus Weigerung, im UNO-Rahmen weiterzuverhandeln, bedauere; und dass Kanada, Frankreich, Grossbritannien und die USA bereit seien, die Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR an einem Fünfer-Aussenministertreffen weiterzuführen.

Dulles fand zwar, Moskau habe die Fortsetzung der Verhandlungen in London vor allem wegen des Verhältnisses von 1:4 zwischen Moskau und den in London anwesenden Nato-Staaten abgelehnt. Daran würde sich auch durch das Nato-Angebot eines entsprechenden Aussenministertreffens nichts ändern. Kanada bot an, auf eine Teilnahme an den Verhandlungen zu verzichten. Doch der vorgeschlagene Kompromiss fand schliesslich den Konsens aller Nato-Aussenminister und das Angebot der Nato zu Abrüstungsverhandlungen mit Moskau wurde auch ins Kommuniqué aufgenommen.<sup>680</sup> Kanadas Aussenminister Sidney E. Smith plädierte sogar für ein Treffen der westlichen vier Mächte mit der UdSSR auf Stufe der Staats- und Regierungschefs, und fand dafür die Unterstützung Norwegens, Grossbritanniens und Frankreichs, während Griechenland und die Türkei dagegen waren. Italiens Pella schlug vor, eine solche Entscheidung könne noch warten, bis die Nato über ihre militärischen Programme entschieden habe. Sollten diese substantiell sein, dann wäre die Allianz sicher auch zu einem neuen Abrüstungsansatz bereit. Die Nato-Aussenminister beschlossen, Pellas Vorschlag zu folgen.<sup>681</sup>

Die Nato-Deklaration formulierte die Ziele der Allianz schliesslich wie folgt, basierend auf dem Anfang Dezember vom Ständigen Nato-Rat abgesegneten kanadischen Entwurf:

The meaning of our Alliance is clear. We have given a solemn guarantee, each to the other, to regard an attack upon one as an attack upon all, to be resisted with all the forces at our command. Faithful to the Charter of the United Nations we reaffirm that our Alliance will never be used for aggressive purposes. We are always ready to settle international problems by negotiation, taking into account the legitimate interests of all. We seek an end to world tension, and intend to promote peace, economic prosperity and social progress throughout the world.

<sup>679</sup> Der westliche Vorschlag vom 29.8.57 war am 11.10.57 in die UNO-Generalversammlung eingebracht und am 14.11.57 angenommen worden. Siehe *Documents on Disarmament 1945-59* II, 914f.

<sup>680</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 17 December 1957, 3:30 p.m., 7-14; NATO Ministerial Meeting, Paris, 17 December 1957, PRO, FO 371/137799. An weiteren Sitzungen wurde ausschliesslich über das Kommuniqué und die Deklaration diskutiert, wobei sich der norwegische Aussenminister Lange nochmals stark für einen Zeitgewinn für Verhandlungen mit der UdSSR einsetzte, bevor die neuen Waffen in die Nato eingeführt würden. Dulles erklärte sich letztlich mit dem norwegischen Zusatz einverstanden. NATO Ministerial Meetings, Paris, 17 December 1957, 4:00 p.m., 18 December 1957, 9:30 a.m. and 6:00 p.m., and 19 December 1957, 11:00 a.m., NA, C-R(57)84-87. Am Ende der Tagung forderte Eisenhower alle Staatschefs auf, zum Dank für die grossen Erfolge des Nato-Gipfels dreissig Sekunden im stillen Gebet zu verharren. Adenauer hielt dies für einen „sehr eindrucksvollen Schluss“. Pressekonferenz mit Adenauer und Brentano, 19. Dezember 1957, PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958.

<sup>681</sup> FRUS 1955-57 IV: 253-256; DDF 1957 II: 932f. Zu den unterschiedlichen Meinungen in der Nato zur Abrüstungsproblematik vgl. DCER XXIV (1958): no. 256.

We continue firmly to stand for comprehensive and controlled disarmament, which we believe can be reached by stages. In spite of disappointments, we remain ready to discuss any reasonable proposal to reach this goal and to lay a solid foundation for a durable peace. This is the only way to dispel the anxieties arising from the armaments race.<sup>682</sup>

Der weitaus längste Teil des Kommuniqués widmete sich dem Agendapunkt Abrüstung. Dabei wiesen die Nato-Staaten darin auf die westliche Position in den Londoner Verhandlungen hin. Sie bedauerten, dass diese von der Sowjetunion abgelehnt worden war, obwohl sie von 56 UNO-Staaten unterstützt worden war. Trotz des sowjetischen Boykotts der UNO-Abrüstungskommission bot die Nato Moskau konkrete Abrüstungsverhandlungen an:

We state our willingness to promote, preferably within the framework of the United Nations, any negotiations with the USSR likely to lead to the implementation of the proposals recalled above. [...] Should the Soviet government refuse to participate in the work of the new Disarmament Commission, we would welcome a meeting at Foreign Ministers' level to resolve the deadlock.<sup>683</sup>

Kanada und den europäischen Alliierten der USA war es damit entgegen der Vorstellungen der USA gelungen, eine Ost-West-Abrüstungskonferenz auf Aussenministerstufe in Aussicht zu stellen. Zudem waren Norwegen, Dänemark und Kanada sowie Grossbritannien an einer gründlichen Prüfung des Rapackiplans interessiert.<sup>684</sup> In den Debatten besass Europa gegenüber den USA nach Sputnik nicht unbedingt die schlechteren Karten, denn die USA benötigten – zumindest in der Übergangsphase zu Interkontinentalraketen – die Überseebasen in Europa für ihre Militärstrategie.<sup>685</sup> Dulles resumierte das transatlantische *quid pro quo* denn auch in seinem Bericht über das Treffen: „In the end, the decision to make available IRBMs for the alliance was balanced by the US government's willingness to promote East-West disarmament discussions.“<sup>686</sup>

## 6. Reaktionen in der Nato zum Gipfeltreffen

Nach dem Ende der historischen Gipfelkonferenz äusserten sich die meisten Beteiligten öffentlich sehr positiv über das Erreichte. Dulles bezeichnete das Nato-Treffen an einer Pressekonferenz am 19. Dezember als „höchst zufriedenstellend“. Einzig über den Vorschlag einer Abrüstungskonferenz auf Stufe der Aussenminister blieb Dulles skeptisch und wies erneut auf das Problem der Repräsentation hin. Würden alle Nato-Aussenminister daran teilnehmen, würde Moskau auch eine Beteiligung der Warschaupaktstaaten fordern.<sup>687</sup>

Eisenhowers Eindrücke vom Nato-Gipfel widmeten sich vornehmlich der Frage, wie eine Entspannung zwischen Ost und West und ein gerechter Friede erreicht werden konnte:

<sup>682</sup> Declaration, 19 December 1957, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c571219a.htm> (21.6.2011).

<sup>683</sup> Ibid.

<sup>684</sup> Nebst Gerhardsen und Hansens entsprechenden Äusserungen im Nato-Rat vom 16. Dezember 1957 sprachen sich auch Lloyd am 23.12. und Smith am 29.12.57 dafür aus, den Rapacki-Plan im Detail zu prüfen. Legault/Fortmann, *Diplomacy of Hope*, 158.

<sup>685</sup> Armacost, *The Politics of Weapons Innovation: The Thor-Jupiter Controversy* (New York: Columbia University Press, 1969), 184-187.

<sup>686</sup> FRUS 1955-57 IV: 244-248, 249ff.

<sup>687</sup> Dulles (Paris) to DoS, 20 December 1957, Secto 32, USNA, RG 59, CF, Box 139, CF 946, SECTO-TOSEC File (2). Die Pressekonferenz fand am 19.12.57 um 19 Uhr statt. Vgl. Dulles to Spaak, 22 December 1957, DDEL, Dulles Papers, CS, Box 15, December 1957 (2); Dulles to All Diplomatic Posts, 26 December 1957, Circ. Tel. 558, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/12-2657.

It was an inspiring experience to watch [...] common policies take shape affecting the great questions of peace, security, and unity. [...] We are determined that there must be no war. But we never lost sight of our hope that the men in the Kremlin would themselves come to understand their own need for peace – as well as our sincerity in desiring a just composition of differences between West and East. [...] We all realize that adequate free world strength – moral, economic, and military strength – is, under present circumstances, our most effective deterrent to war. Moreover, it provides the basis for our best hope for progressive disarmament and improved understanding between East and West.<sup>688</sup>

Auch Macmillan lobte die zweigleisige Nato-Politik von „Aufrüsten und Verhandeln“ (*arm and parley*), die er in Paris gefordert habe:

Our policy [...] is really two-fold, and I think in essence simple. It is a firm and powerful NATO, from the military point of view, but always ready to discuss and to negotiate on a practical basis to obtain practical results.<sup>689</sup>

Gaillard unterstrich in einer Radioansprache, dass in Paris die Transformation der Nato von einer Militärallianz zu einer „veritablen politischen Vereinigung“ (*association politique véritable*) gelungen sei.<sup>690</sup> Diefenbaker drückte ebenfalls Genugtuung über die Ergebnisse der Nato-Tagung aus und lobte besonders den „neuen Einheitsgeist“. Die Mitgliedstaaten hätten nicht nur Schritte unternommen, um das Bündnis militärisch, wirtschaftlich und politisch zu stärken; sie hätten gleichzeitig auch die Türe offengelassen für Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion. Diefenbaker zeigte sich enttäuscht über die sowjetische Weigerung, den Dialog in der UNO-Abrüstungskommission fortzuführen. Dennoch forderte er klipp und klar: „We must never give up attempts at negotiation.“<sup>691</sup>

Gerhardson war beeindruckt vom starken Wunsch der Nato-Länder, alle Möglichkeiten für eine Entspannung auszuschöpfen. Diese Auffassung sei das Leitmotiv der Nato-Debatten gewesen und sei besonders auch in Adenauers Rede zur vollen Geltung gekommen.<sup>692</sup>

Auch Hansen hielt die Tagung für „wohl gelungen, geglückt und wertvoll“, da ihr Ergebnis keine Provokation, sondern eine ausgestreckte Hand zu Verhandlungen sei. In dänischen Medien erhielt die Nato-Konferenz ein ungewöhnlich starkes Echo. Während der dänische Wunsch, jede Verhandlungsmöglichkeit auszunutzen, die der Entspannung zwischen Ost und West dienen konnte, im eigenen Land bekannt war, wurde ebenfalls vor allem Adenauers Rolle gelobt, der auf die Pariser Konferenz entscheidenden Einfluss genommen habe. Der *Berlingske Aftenavis* schrieb, dass „der Kanzler an seinem Lebensabend versuche, den Eindruck zu verjagen, dass er der kälteste aller kalten Krie-

<sup>688</sup> *Department of State Bulletin* 38, no. 968 (13 January 1958): 47-52.

<sup>689</sup> Macmillan, *Memoirs Riding the Storm*, 340, 463. Macmillan hatte seit seinem Amtsantritt Anfangs 1957 eine aktivere Rolle im Détenteprozess zwischen Ost und West spielen wollen. Ibid., 289. Zuerst hatte er aber nach dem Suezdebakel mit der Nato und den USA im besonderen wieder gute Beziehungen herstellen müssen. Nach der Visite in Washington im Oktober 1957 hielt Macmillan eine aktivere Rolle für möglich und übernahm deshalb in Paris im Dezember die Führung einer zweigleisigen Nato-Politik. Vgl. dazu ibid., 305, 330ff.; sowie White, *Britain, Détente and Changing East-West Relations*, 59f.

<sup>690</sup> DDF 1957 II: 952-956, 952.

<sup>691</sup> Merchant (Ottawa) to DoS, 30 December 1957, Desp. 598, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV).

<sup>692</sup> Telegramm der westdeutschen Botschaft (Oslo) ans AA, 4. Januar 1958, „Norwegen und die Nato-Konferenz in Paris,“ PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958.



ger sei.“ Das *Kristeligt Dagblad* sah in Adenauer gar den Vermittler zwischen den Positionen von Dulles und Norwegen.<sup>693</sup>

Adenauer selbst kehrte mit „grosser Freude und Vertrauen“ aus Paris zurück, nachdem er mit einigen Vorbehalten an den Gipfel gereist war. Auf die Frage, ob es sich um eine „Raketekonferenz“ gehandelt habe, antwortete er: „Wenn eine Konferenz keine Raketekonferenz gewesen war, dann war es diese.“<sup>694</sup> In einem Interview hielt der Bundeskanzler fest: „Die Nato war [...] als ein in erster Linie militärisches Bündnis gegründet worden. Sie ist jetzt eine politische Organisation mit militärischen Machtmitteln.“<sup>695</sup> Bereits am 19. Dezember hatte der Bundeskanzler an einer Pressekonferenz die „vollständige Anpassung der Nato an die neuen Verhältnisse“ gelobt. Seiner Meinung nach war die Nato in Paris ausdrücklich zu einer politischen Organisation aufgewertet worden. Der interne Ausbau der Allianz müsse jetzt so erfolgen, dass die Nato politische Arbeit leisten könne.<sup>696</sup>

Adenauers Ansehen hatte sich durch seine politische Initiative während der Konferenz enorm gesteigert. Führende amerikanische Journalisten äusserten sich nach ihrer Rückkehr aus Paris sehr deutlich, dass allein der Kanzler die Konferenz vor einem „rauschenden Misserfolg“ bewahrt habe. Die Tatsache, dass die BRD zum ersten Mal der amerikanischen Linie nicht gefolgt war, wurde ohne jeden Vorwurf vermerkt. In der *New York Herald Tribune* vom 22. Dezember 1957 stand: „It's a new NATO now, after the Paris talks. Adenauer called star in parley achievement. Chancellor was effective advocate for NATO's European members.“ Auch Allen Dulles, CIA-Direktor und Bruder des US-Aussenministers, meinte, dank Adenauers Beharren darauf, dass eine Allianz nicht nur ein Aufrüsten, sondern auch eine gemeinsame Politik brauche, sei die Konferenz sehr viel besser als erwartet gelaufen.<sup>697</sup>

Libérale amerikanische Journalisten hielten die Ergebnisse von Paris hingegen für eine „Reihe von Kompromissen“. Die Europäer seien nicht zu einer Position der Stärke zu überzeugen gewesen, sondern wollten lieber den guten Willen der Sowjetunion erproben statt ihn in Frage zu stellen. *The Reporter* hielt die europäische Tendenz zu Neutralismus für eine „europäische Reaktion auf die amerikanische Arroganz.“ Die Europäer hätten echten Druck auf die USA ausgeübt – es bleibe aber abzuwarten, ob sie ähnlichen Druck auch auf die Sowjetunion ausüben könnten. *The Reporter* bedauerte, dass Washingtons Verbündete, darunter vor allem Adenauer, inzwischen die amerikanische Aussenpolitik bestimmten.<sup>698</sup>

Anfang Januar 1958 fand Blankenhorn, dass die Festigung des Nato-Bündnisses und die deutlich gewordene Gemeinsamkeit der Auffassungen der fünfzehn Nato-Staaten „zweifellos ein Positivum“ darstellten, auch wenn das neue Jahr aufgrund der psychologischen Wirkung von Sputnik und den sowjetischen ICBMs mit „grosser Unsi-

<sup>693</sup> Westdeutsche Botschaft (Kopenhagen) ans AA, 8. Januar 1958, „Dänisches Presse-Echo zur Nato-Konferenz“, PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958. Der konservative *Jyllands Posten* hielt die Nato-Konferenz für ein „Fiasko“, besonders weil Adenauer paradoxerweise als Sprecher Europas Verhandlungen mit den Sowjets gefordert habe.

<sup>694</sup> Interview Adenauers im deutschen TV, 21. Dezember 1957, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>695</sup> Interview Adenauers im Hessischen Rundfunk, 19. Dezember 1957, *Bulletin* [Bonn] (21.12.1957): 2192.

<sup>696</sup> Pressekonferenz mit Adenauer und Brentano, Paris, 19. Dezember 1957, PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958.

<sup>697</sup> Brief von Schmidt an Blankenhorn, 23. Dezember 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 81.

<sup>698</sup> Botschaft (Washington) ans AA, 13. Januar 1958, „Libérale Zeitschriften zum Ergebnis der Nato-Konferenz“, PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958.

cherheit“ beginne. Auf der Nato-Konferenz sei aber erkannt worden, dass man mit Waffen allein die freie Welt gegenüber sowjetischen politischen Versuchen nicht erhalten konnte, sondern dass „Rüstung und politische Verhandlungen mit dem Gegner Hand in Hand gehen“ mussten, um den Frieden zu erhalten. Anstelle von Dulles’ „Stellungskrieg in Europa“ als einzige Form der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wollte Blankenhorn zu einem „Bewegungskrieg“ übergehen. Es müsse unermüdlich versucht werden, die sowjetische Verhandlungsbereitschaft abzutasten und zu untersuchen, ob nicht doch noch Möglichkeiten eines Ausgleichs bestünden.<sup>699</sup>

In weniger öffentlichen Foren tauchten aber auch kritischere Stimmen auf. Gegenüber Stevenson äusserte sich Dulles missmutig über das Insistieren gewisser Nato-Länder in Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion. Dies sei aus reinen Propagandagründen erfolgt, denn niemand glaube wirklich an den Erfolg solcher Verhandlungen. Dulles bekannte, die skandinavischen Voten seien für die USA überraschend erfolgt.<sup>700</sup> Der politische Planungsstab hielt in seiner Analyse fest, dass einige Nato-Staaten glaubten, dass die USA zu stark der „Sputnik-Hysterie“ verfallen seien und militärische Sichtweisen zu stark betont hätten.<sup>701</sup>

Das kanadische Aussenministerium äusserte sich noch negativer über die Nato-Tagung und kritisierte die mangelnde Vorbereitung, die an der Konferenz zu grossen strukturellen Problemen geführt habe:

This meeting [...] was called in haste, had no agreed papers before it, and yet had to deal with the most fundamental problems affecting the whole future of the Alliance, its relations with the Soviet Union and the countries on its flanks. [...] The meeting was overshadowed by a long period of uncertainty while the U.S. developed proposals to be put before it. They were, in fact, received in capitals a little more than a week before the meeting began. [...]

In den Diskussionen am Nato-Gipfel sei rasch deutlich geworden, dass einige Länder die militärischen Entscheidungen nicht ohne politische Rahmenbedingungen treffen wollten. Ottawa kritisierte vor allem auch, dass die Zusammenkunft der fünfzehn Staats- und Regierungschefs hauptsächlich dazu genutzt wurde, um die Texte des Kommuniqués und der Erklärung zu redigieren, statt über substanzielle Probleme der Allianz einen Meinungsaustausch zu pflegen:

The fact that Ministers and Prime Ministers devoted a major portion of the meeting to drafting instead of exchanging views on the wider aspects of problems facing the Alliance was most unfortunate but it was a reflection of the general lack of preparation for the meeting.<sup>702</sup>

Auch Blankenhorn beklagte sich, dass wieder einmal das Feilschen ums richtige Communiqué im Zentrum der Debatten gestanden sei, so dass aus dem Pariser Gipfel eine „Kommuniqué-Konferenz“ geworden sei.<sup>703</sup>

<sup>699</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 6. Januar 1958, *ibid.*, Bd. 85.

<sup>700</sup> Telephone Conversation between Dulles and Stevenson, 23 December 1957, 1:09 p.m., DDEL, Dulles Papers, TC, Box 7, 11/1 – 12/23/57.

<sup>701</sup> Fuller to Smith, 11 December 1957, „NATO Views of U.S. Proposals“, USNA, RG 59, PPS, Box 175, Leon Fuller Chronological File.

<sup>702</sup> DCER XXIV (1958): no. 256.

<sup>703</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 19. Dezember 1957, BA, NL Blankenhorn, Bd. 82. Vgl. auch Aufzeichnung von Baudissin, 31. Dezember 1957, PAAA, Referat 301, Bd. 37, 83-00-2: Ministerratstagungen.

## 7. Fazit

Kurz nach dem Ende des erfolgsversprechenden Sommers der Abrüstungsverhandlungen änderten sich im Herbst 1957 die Ost-West-Beziehungen sowie die öffentlichen Perzeptionen dramatisch. Mit dem geglückten Satellitenstart „Sputnik“ durch die Sowjetunion am 4. Oktober dämmerte die Ablösung des Bomberzeitalters durch das Raketenzeitalter. Die Aussicht auf eine grössere Verwundbarkeit des amerikanischen Kontinents durch sowjetische Raketen führte zum Verlust der Glaubwürdigkeit Europas in den nuklearen Schirm Washingtons für Westeuropa. Die Remilitarisierung der Nato, die bereits nach der Ungarnkrise wieder Aufschub erhalten hatte, wurde nun von den USA wieder auf Hochtouren in Angriff genommen. Die neuen Militärprogramme für die Nato, welche von Washington im Dezember 1957 an einem eiligst einberufenen Nato-Gipfel auf Stufe der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten – dem ersten dieser Art seit der Unterzeichnung der Gründungsakte der Nato im April 1949 in Washington – vorgestellt wurden, drohten die nicht-militärische Seite der Allianz, wie sie sich seit 1955 rudimentär zu bilden begonnen hatte, wieder in den Hintergrund zu drängen.

Nach dem Sputnikschock hatte Dulles ein Nato-Treffen auf höchster Stufe vorschlagen und Eisenhower, Macmillan und Spaak von dieser Idee überzeugen können. Die wichtigsten Entscheidungen waren von Eisenhower und Macmillan Ende Oktober in Washington vorweggenommen worden, doch die britisch-amerikanische Interdependenz sollte sich nicht auf die Angelsachsen beschränken, sondern der Atlantikrat sollte sich den Prinzipien der Washingtoner Erklärung anschliessen und Möglichkeiten ihrer Umsetzung in der Nato prüfen. Aus dem britisch-amerikanischen Nukleus von Kooperation und Interdependenz sollte im Nato-Rahmen eine umfassendere Struktur gewoben werden. Besonders die kleineren Nato-Staaten wollten die Gelegenheit nutzen, Washington und London dazu zu bringen, ihre Einschränkungen zum Bericht der Drei Weisen schrittweise abzubauen, und den Nato-Rat zu einem tatsächlichen Entscheidungsgremium zu machen, in dem eine gemeinsame Nato-Aussenpolitik formuliert würde.

Während der Vorbereitungen in Washington für den Nato-Gipfel dominierten zwar die militärischen Ideen, wie die Nato auf Sputnik reagieren sollte, doch mangelte es nicht an Stimmen, die auch eine Stärkung der nicht-militärischen Dimension der Allianz forderten. Besonders Oppositionsführer Adlai Stevenson, der von Eisenhower und Dulles angefragt worden war, die Nato-Vorbereitungen in Washington kritisch zu begleiten, versuchte, ein ausgewogenes amerikanisches Programm zu präsentieren.

Am Nato-Gipfeltreffen vom 16. bis 19. Dezember 1957 konnten die USA ihre Militärprogramme – die Stationierung von ballistischen Mittelstreckenraketen sowie die Errichtung von Atomwaffenlagern in Europa – nur gegen den Widerstand Skandinaviens und Kanadas durchsetzen, indem sich Washington bereit erklärte, parallel zur geplanten Stationierung taktischer Nuklearwaffen in Europa Abrüstungsverhandlungen mit Moskau zu offerieren. Die von Präsident Eisenhower angeführte amerikanische Delegation wurde am Nato-Gipfel in Paris von der Haltung der meisten Nato-Alliierten überrascht, welche die Bedrohung durch die Sowjetunion nach Sputnik anders interpretierten als die USA. Norwegen, Dänemark und Kanada drängten danach, die Militarisierung der Nato mit einem Angebot an die Sowjetunion zu begleiten, die Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Sie konnten sich mit ihrem Anliegen durchsetzen, so dass das Communiqué des Nato-Gipfels sowohl die militärischen Innovationen präsentierte als auch Verhandlungsführer nach Moskau ausstreckte. Einmal mehr handelte die Allianz im Kollektiv nach dem Prinzip des Handelns aus Stärke und dem Junktim von Aufrüstung und Entspannungsbereitschaft – der Doppelstrategie der Allianz, die 1967 im Har-

melbericht der Nato unter dem Schlagwort "Verteidigung *cum* Détente" Schlagzeilen machen würde.

## V. Die Nato und der gescheiterte Ost-West-Gipfel (1958)

Moskau nahm den Olivenzweig der Nato nicht an und lehnte eine Abrüstungskonferenz auf Aussenministerstufe bereits am 18. Dezember 1957 ab. Chruschtschow glaubte, die Nato wolle mit ihrem Angebot von Abrüstungsverhandlungen nur aus Propagandagründen die öffentliche Meinung irreführen. Unter dem Diktat von Dulles, wonach die Allianz zuerst gestärkt werden müsse, könnten keine ernsthaften Verhandlungen geführt werden. Stattdessen wäre es sinnvoller, keine ideologischen Debatten zu führen, den Status quo zu akzeptieren und auf Methoden des Kalten Krieges zu verzichten. Zwar habe der Nato-Rat ein Fortsetzen des Wettrüstens beschlossen, doch Moskau stelle unterschiedliche Meinungen zwischen Washington und den europäischen Alliierten über die Wünschbarkeit von Verhandlungen mit dem Osten fest. Laut einer Analyse des Internationalen Stabes der Nato war diese sowjetische Interpretation von einem Feindbild der Nato und von Dulles geprägt.<sup>704</sup>

Dennoch begann das Jahr 1958 mit zwei sowjetischen Initiativen, welche die Nato die nächsten Monate stark beschäftigen sollten. Zunächst diskutierte der Ständige Nato-Rat – wie kurz vor dem Nato-Gipfel im Dezember 1957 beschlossen – die Bulganinbriefe sowie insbesondere den Rapacki-Plan (*Kapitel 1*). Über die Frage, wie die Nato an den westlichen Vorbereitungen für einen möglichen Ost-West-Gipfel partizipieren könnte, entstanden in den ersten Monaten von 1958 gravierende transatlantische Missstimmungen (*Kapitel 2*). Die westlichen Perzeptionen sowjetischen Intentionen (*Kapitel 3*) wurden am Atlantikrat in Kopenhagen harmonisiert (*Kapitel 4 und 5*). Mit der plötzlichen sowjetischen Publikation der westlichen Position wurde den Vorbereitungen der Schwung genommen (*Kapitel 6*). Nichtsdestotrotz veränderte sich im Juli 1958 die deutsche Position zu Abrüstungsfragen (*Kapitel 7*), kurz bevor die Ost-West-Beziehungen durch Krisen im Nahen und Mittleren Osten strapaziert wurden (*Kapitel 8*).

### 1. Nato-Diskussionen über die Bulganinbriefe und den Rapacki-Plan

Obwohl Bulganins Briefe vom internationalen Stab der Nato bereits vor dem Nato-Gipfel oberflächlich analysiert worden<sup>705</sup> und auch zum Teil in die Diskussionen von Paris eingeflossen waren, erfolgte die detaillierte Konsultation wie vereinbart im Ständigen Nato-Rat Anfang 1958.<sup>706</sup> Die Politische Division des internationalen Stabes unter dem Vorsitz von Alberico A. Casardi, dem stellvertretenden Nato-Generalsekretär und *Assistant Secretary-General for Political Affairs*, legte Anfang Januar 1958 zur Unterstützung der Nato-Debatten eine erweiterte, vergleichende Analyse der Bulganinbriefe

<sup>704</sup> Note prepared by the Political Division, 7 January 1958, „Soviet Reaction to the NATO Heads of Government Conference“, NA, C-M(58)2. Vgl. auch FRUS 1955-57 XXIV: 190. Für die Berichterstattung sowjetischer Medien über den Nato-Gipfel vgl. Thompson (Moscow) to DoS, 16-20 December 1957, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Sie thematisierten einerseits die Bulganinbriefe und die (mangelnde) Reaktion der Nato auf sie, andererseits gaben sie auch die Enttäuschung über Eisenhowers Rede und die Genugtuung über die norwegische und dänische Opposition gegen Raketenbasen in ihren Ländern wieder.

<sup>705</sup> Coleridge to NATO Delegations, 14 December 1957, „Letters by Marshal Bulganin to French, German, UK and US Heads of Government“, NA, RDC(57)453.

<sup>706</sup> Telegram no. 492 from Roberts (Paris) to FO, 27 December 1957, PRO, FO 371/129038. Nur Grossbritannien hatte auf eine Nato-Ratssitzung noch Ende Dezember 1957 gedrängt, weil Macmillan in einer Rede am 4.1.58 auf Bulganins Vorschläge Bezug nehmen wollte, bevor er auf eine Tour durchs Commonwealth aufbrechen würde. Die anderen Nato-Regierungen hatten es jedoch nicht eilig, auf den Brief Bulganins zu antworten.

vor.<sup>707</sup> Die Vorbereitungen in der Nato wurden am 6. Januar 1958 von neuen Briefen Bulganins an Eisenhower und Macmillan unterbrochen, die von Casardis Mitarbeitern ebenfalls unverzüglich analysiert wurden. Die UdSSR hatte eine unilaterale Reduktion ihrer Streitkräfte um 300'000 Mann beschlossen, inklusive des Abzugs von 41'000 Mann aus der DDR und 17'000 aus Ungarn, und forderte die Nato auf, es der Sowjetunion gleichzutun.<sup>708</sup> Die USA hielten Chruschtschows Verringerung der Streitkräfte jedoch für pure Propaganda.<sup>709</sup> Als interessanteste Neuerung in den Vorschlägen Bulganins wurde erkannt, dass Moskau zu mehr Kontrollen in einer nuklearwaffenfreien Zone bereit wäre, wenn der Westen den sowjetischen Abrüstungsvorschlag akzeptieren würde.<sup>710</sup> Bulganin forderte zudem unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die von der Nato bekundete Verhandlungsbereitschaft ein Gipfeltreffen der Regierungschefs aller Nato- und Warschaupakt-Mitgliedsländer sowie einiger blockfreier Staaten. Als Gesprächsthemen schlug Bulganin unter anderem das Verbot von Test und Einsatz atomarer Waffen, den Rapacki-Plan einer nuklearwaffenfreien Zone in Zentraleuropa, ein Nichtangriffsabkommen zwischen den beiden Militärallianzen und den Abzug aller fremden Stationierungstruppen aus Deutschland und die Schaffung eines Kontrollsystems vor.<sup>711</sup> Der innenpolitische Druck auf die Nato-Staaten wuchs, Bulganins Wunsch nach einem Gipfeltreffen nachzugeben. In den USA verriet im Januar 1958 eine Umfrage in zwölf Grossstädten, dass 62% der Öffentlichkeit ein Treffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow befürworteten, während nur gerade 17% dagegen waren.<sup>712</sup>

Eisenhower antwortete auf Bulganins Brief polemisch, dass er mit einem Gipfeltreffen mit Moskau einverstanden wäre, aber nur, wenn die folgenden Themen auf der Agenda stehen würden: Freie Wahlen in Deutschland; Selbstbestimmung in Osteuropa; Restriktionen für den Einsatz des Vetos im UNO-Sicherheitsrat; Garantien gegen Überraschungsattacken; friedfertige Nutzung des Weltraums. Für eine Ost-West-Konferenz forderte Eisenhower zudem eine sorgfältige diplomatische Vorbereitung. Er wies Bulganin darauf hin, dass die USA den Rapacki-Plan in der Nato und mit den direkt betroffenen Nato-Ländern diskutieren würden.<sup>713</sup> Adenauer, der sich insbesondere an dem mit dem Rapacki-Plan verbundenen Atomverzicht und an den Vorschlägen zur Truppenreduzierung und Rüstungskontrolle störte, bezeichnete in einer scharfen Rundfunkrede die sowjetische Initiative als „ein gross angelegtes Störmanöver“ und lehnte die darin enthaltenen Vorschläge ab.<sup>714</sup>

<sup>707</sup> Casardi to NATO Delegations, 8 January 1958, „Comparison of Letters to Heads of NATO Government from Marshal Bulganin“, NA, C-M(58)3; Casardi to NATO Delegations, 9 January 1958, „Replies to the Bulganin Letters by NATO Members“, NA, RDC(58)15.

<sup>708</sup> William J. Jordan, „Soviet Announces a Cut of 300,000 in Armed Forces“, NYT (7 January 1958). Vgl. Note prepared by the Political Division, 7 January 1958, „Soviet Reaction to the NATO Heads of Government Conference“, 7 January 1958, sowie Evangelista, „Why Keep Such An Army?“, 11.

<sup>709</sup> FRUS 1958-60 X(1): 146-148.

<sup>710</sup> Casardi to NATO Delegations, 9 January 1958, „The Latest Note of Mr. Bulganin to President Eisenhower“, NA, RDC(58)17; Casardi to NATO Delegations, 14 January 1958, „New Bulganin Letters to Heads of Government“, 14 January 1958, NA, RDC(58)22. Für eine Analyse der rund 30 Briefe Bulganins an Eisenhower 1957/58 siehe Elmer Plischke, „Eisenhower's ‚Correspondence Diplomacy‘ with the Kremlin“, *Journal of Politics* 30, no. 1 (1968): 137-159, 145-148.

<sup>711</sup> DzD III/4/1, 33ff; 49ff. *New York Times* (10 January 1958). Vgl. zu Chruschtschows Détente-Offensive anfangs 1958 auch oberflächlich Taubman, Khrushchev, 400f.

<sup>712</sup> *Newsweek* (13 January 1958): 34.

<sup>713</sup> DzD III/4/1, 100ff.; *New York Times* (13 January 1958).

<sup>714</sup> DzD III/4/1: 145, 147. Vgl. auch DzD III/4/1: 177.

Frankreich signalisierte ebenso, dass es Bulganins Vorschläge für gefährlich hielt, da diese einer Neutralisierung Zentraleuropas Vorschub leisteten, ein Ende der US-Truppen in Europa und wahrscheinlich die Desintegration der Nato bedeuten würden.<sup>715</sup> Holland begründete die Ablehnung des Rapacki-Plans wie folgt: Bei den bestehenden Ost-West-Differenzen hielt die holländische Regierung ein militärisches Disengagement für eine gefährliche Illusion. Der Rapacki-Plan würde den Westen bei überwältigender sowjetischer konventioneller Überlegenheit seiner nuklearen Bewaffnung berauben.<sup>716</sup>

Als Hauptmotive vermutete der Internationale Stab hinter dem Rapacki-Plan die Verhinderung einer atomaren Bundeswehr sowie eine Verhärtung der Teilung Europas in zwei feindliche Blocks.<sup>717</sup> Am 15. Januar besprachen die Nato-Botschafter die Bulganinbriefe und den Rapacki-Plan an ihrer Ratssitzung. Grossbritannien machte sich zum Wortführer derjenigen, die zumindest aus taktischen Gründen den Plan nicht unbedingt ablehnen wollten. Neben den Briten wollten auch die Kanadier, Norweger und Dänen herausfinden, was genau die sowjetischen Vorstellungen waren, um dann konkrete Gegenvorschläge unterbreiten zu können. Kanadas Wilgress fand, die Nato solle sämtliche Gelegenheiten nutzen, um ihre Bereitschaft für Verhandlungen mit dem Sowjetblock zu demonstrieren, und legte einen entsprechend formulierten kanadischen Entwurf eines Antwortschreibens vor. Von Belgien, Holland über die BRD bis hin zu Frankreich und den USA dominierte jedoch die Meinung, dass die Nato-Staaten den Rapacki-Plan und die darin implizierte Anerkennung des Status quo ablehnen müssten. Vor allem Spaak zählte die negativen Implikationen einer kernwaffenfreien Zone in Zentraleuropa für Deutschland und die Nato-Verteidigungsstrategie auf und schlug vor, das Thema an der Ratssitzung in der nächsten Woche im Detail weiterzudiskutieren.<sup>718</sup>

Für Blankenhorn war der kanadische Entwurf einer Antwort „viel zu positiv“, und auch Spaak lehnte eine solche Antwort ab. Gegenüber Spaak präziserte Blankenhorn, weshalb er gegen den Rapacki-Plan sei: *Erstens* seien darin keine Kontrollmassnahmen vorgesehen. *Zweitens* würden die amerikanischen Truppen wohl die BRD verlassen, wenn sie dort keine Atomwaffen stationieren dürften. *Drittens* käme der Plan einer Sanktionierung der sowjetischen Überlegenheit im konventionellen Bereich auf alle Zeiten gleich. *Viertens* implizierte die Zone eine Anerkennung der DDR und würde die

<sup>715</sup> Dulles-Alphand Meeting, Washington, 7 January 1958, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 1, Memos of Conversation, General, A Through D (1) (ÜdV). Der französische Premier Gaillard hatte zudem den Rapacki-Plan bereits Ende 1957 in einem Interview öffentlich abgelehnt, weil die Gefahr eines US-Truppenabzugs aus Europa sowie eine Anerkennung der DDR drohte. Alphand-Murphy Meeting, 2 January 1958, USNA, RG 59, CDF, 640.0012.

<sup>716</sup> „Luns on Rapacki Plan“, 6 February 1958, USNA, RG 59, CDF, 640.0012. Vgl. zur holländischen Ablehnung auch bereits van Baarda-Timmons Meeting, 8 January 1958, „Follow-up on NATO Heads of Government Meeting“, USNA, RG 59, CDF, 740.5/1-858. Zu Holland vgl. Jan Willem Honig, *Defense Policy in the North Atlantic Alliance: The Case of the Netherlands* (Westport, CT: Praeger, 1993).

<sup>717</sup> Casardi to NATO Delegations, 14 January 1958, „Rapacki Proposal“, NA, RDC(58)21.

<sup>718</sup> NAC Meeting, Paris, 15 January 1958, NA, C-R(58)3; Tagebucheintrag Blankenhorns, Januar 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 85. Allerdings gab es auch in den BRD Stimmen, die auf die Bulganin-Note nicht negativ antworten wollten. Blankenhorn schlug vor, Moskau Verhandlungen auf diplomatischem Gebiet vorzuschlagen: „Denn es will mir nicht ganz in den Kopf, dass es bei den Sowjets nicht auch, gerade im Hinblick auf die grosse Kriegsgefahr, Überlegungen gibt, die in manchem mit unseren Überlegungen übereinstimmen. Es gilt nur an diese ‚psychologischen Räume‘ heranzukommen.“ Tagebucheintrag Blankenhorns, 6. Januar 1958, *ibid.*

Spaltung Deutschlands festigen. Spaak war sehr besorgt über die britische Haltung und fürchtete britische Konzessionen im Wahljahr.<sup>719</sup>

In der Folge machte vor allem die US-Delegation glasklar, dass sie den Rapacki-Plan ablehnen würde. Am 22. Januar kommunizierte Burgess die amerikanische Position den anderen Nato-Delegationen:

Although the Plan might have some surface attraction, we consider that it represents nothing new in the way of progress towards settlement of European problems and poses totally unacceptable risks. While the United States will leave no stone unturned to find a safe and sound military and political basis for agreement with the USSR which will contribute to the security of the entire world, it certainly does not propose to sacrifice real security for agreements that only provide the illusion of security. Therefore, for the reasons which follow, the United States cannot consider this scheme as a basis for any serious negotiations. The Rapacki Plan appears designed to appeal to sentiment in the West for 'disengagement' on the basis of the present line of demarcation between the West and the Soviet Bloc. [...] The Rapacki Plan has indeed much in common with other Soviet Bloc initiatives in that it proposes a formula purporting to reduce tensions in Europe based on the existing division of Germany and designed to exclude nuclear weapons from that country. Barring NATO forces in Germany from having nuclear weapons is unacceptable militarily. [...] In fact, the Rapacki Plan goes counter to the agreed NATO strategy in existence since 1954 which calls for integrated nuclear capability in the NATO shield forces.<sup>720</sup>

Unter den Nato-Botschaftern entstand zwar rasch ein Konsens, dass der Rapacki-Plan inakzeptabel sei. Spaak gelang es, die Delegationen davon zu überzeugen, dass der Westen bereits eine solide und vernünftige Haltung in der Abrüstungsfrage besass. Die meisten Botschafter wollten der polnischen Regierung aber gleichzeitig immerhin westliche Gegenvorschläge unterbreiten. Burgess glaubte deshalb, dass die USA bei einer Studie der Nato über Disengagement-Vorschläge wie Kennans oder Hugh Gaitskells oder eben Rapackis mitmachen sollten. Während das State Department sich primär mit Frankreich, Grossbritannien und Kanada absprechen wollte, wie der Westen auf die Rapacki-Initiative reagieren sollte, schlug Burgess vor, die Harmonisierung der westlichen Position durch die amerikanische Nato-Botschaft in Paris vorzunehmen, unter Einbezug aller Nato-Delegationen.<sup>721</sup>

Burgess erinnerte Dulles daran, dass am Nato-Gipfel laut und klar „mehr politische Konsultationen“ gefordert worden seien. Nachdem Disengagement derzeit das wichtigste politische Problem darstellte, sollten sich auch die Nato-Botschafter damit beschäftigen, forderte Burgess: „They will not be happy to wait around for a finished plan made in the U.S.A.“<sup>722</sup> Timmons stimmte mit Burgess überein, dass Disengagement im Nato-Rat im Vorfeld eines möglichen Gipfeltreffens natürlich ein wichtiges politisches

<sup>719</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 15. Januar 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 85. Im Dezember 1957 und Anfang 1958 hatte Adenauer jedoch selbst mit dem Gedanken gespielt, auf den Bulganinbrief positiv zu antworten. Vgl. dazu Grewe, Rückblenden, 329; Blankenhorn, Verständnis, 287ff. Nachdem die Reaktionen auf seinen Pariser Versuchsballon die Labilität des westlichen Lagers gezeigt hatten, galt aber Adenauers Sorge wieder ganz dessen Einigkeit. Siehe Kosthorst, Brentano, 210-213.

<sup>720</sup> Casardi to NATO Delegations, 24 January 1958, „United States View on ‚Rapacki Plan‘“, NA, C-M(58)14. Dulles informierte die US-Missionen bereits am 21.1.58 mit demselben Wortlaut über die amerikanische Ablehnung. Dulles to US Diplomatic Posts, 21 January 1958, USNA, RG 59, CDF, 640.0012. Vgl. „Notes on Rapacki Plan and Prior Disengagement Plans“, 23 January 1958, USNA, RG 59, PPS, 1958, Box 151, Europe.

<sup>721</sup> Burgess (Paris) to DoS, 25 January 1958, Polto 2215, USNA, RG 59, CDF, 640.0012. Zu den verschiedenen Disengagementvorschlägen vgl. Michael Howard, „Disengagement and Western Security“, *International Affairs* 34, no. 4 (1958): 469-476; Eugene Hinterhoff, *Disengagement* (London: Stevens & Sons, 1959), 195-243; Cabalo, „Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa“, 146-150.

<sup>722</sup> Burgess to Timmons, 27 January 1958, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).



Thema darstellte. Er versicherte ihm, dass dem State Department die Notwendigkeit von tatsächlicher Konsultation mit der Nato bewusst sei: „I am sure that nobody here has the idea that it would be possible to present to NATO a finished plan marked ‚Made in U.S.A.‘.“ Timmons versprach, Burgess über die Ansichten der Eisenhower-Regierung zu informieren, und hoffte, die Nato-Haltungen würden „sehr nahe“ bei den amerikanischen Positionen liegen. Timmons wies Burgess gleichzeitig auf die schwierige Personalsituation in seiner Abteilung EUR/RA hin. Mit denselben Personalressourcen müsse seit längerem die zusätzliche Arbeit, die sich aus der zunehmenden Konsultation mit der Nato ergab, bewältigt werden. Die Arbeit seiner Abteilung habe sich in den letzten zweieinhalb Jahren verdoppelt, klagte Timmons. Viele Mitarbeiter arbeiteten seit längerem sieben Tage die Woche. Bob McBride arbeite zu 100 Prozent an den Fragen im Zusammenhang eines möglichen Gipfeltreffens mit Chruschtschow und werde dabei unterstützt von den Osteuropa- und Deutschlandabteilungen.<sup>723</sup>

Dulles liess Burgess ausrichten, dass das State Department nichts dagegen habe, die amerikanische Nato-Botschaft zum zentralen Koordinationspunkt für westliche Disengagement-Diskussionen zu machen. Gleichzeitig hoffte Washington, dass Burgess die amerikanische Sichtweise jeweils vor den Nato-Sitzungen mit dem deutschen und französischen Nato-Botschafter besprechen würde. In Bezug auf den Wunsch des Nato-Rats, auf den Rapacki-Plan mit westlichen Gegenvorschlägen zu reagieren, fand es Dulles wichtig, zu betonen, dass der Begriff „Gegenvorschläge“ irreführend sei. Die westliche Abrüstungsposition sei „vernünftig“ und der Rapacki-Plan sei selbst ein Gegenvorschlag dazu.<sup>724</sup>

Nato-Generalsekretär Spaak äusserte sich am 10. Februar öffentlich zum Rapacki-Plan und warnte, sowohl der Rapacki- als auch der Kennan-Plan würde in Europa zu einer Zunahme von Neutralismus führen. Statt demilitarisierten Zonen riet Spaak, Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren.<sup>725</sup> An der Ratssitzung vom 17. Februar lehnte Blankenhorn den Rapacki-Plan ab. Die BRD fand, der Westen sollte Abrüstung nur im Kontext europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung thematisieren. Unter den Nato-Botschaftern herrschte Einigkeit, dass das Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung aufrechterhalten bleiben sollte.<sup>726</sup>

Die belgische Antwort an Rapacki fiel dann jedoch trotz dem kritischen Grundton in den Nato-Debatten erstaunlich positiv aus. Ungeachtet der Suche nach einem Konsens in der Nato betrachtete die belgische Regierung die sowjetische Akzeptanz des Kontrollprinzips als Fortschritt in der Abrüstungsdebatte. Sie lobte den Rapacki Plan deshalb in ihrer offiziellen Antwort an Polen als „wichtigen Beitrag“ zu einem Abrüstungsabkommen:

Le Ministère des Affaires Etrangères considère que les propositions du Gouvernement Polonais constituent avec des projets d'autres sources pour réduire la tension internationale, une contribution très appréciable aux efforts qui sont actuellement entrepris pour mettre fin à la course aux armements et pour arriver à un désarmement général dans la sécurité.<sup>727</sup>

<sup>723</sup> Timmons to Burgess, 31 January 1958, *ibid.* (ÜdV).

<sup>724</sup> Dulles to Burgess (Paris), 29 January 1958, Topol 2630, *ibid.*, 640.0012 (ÜdV).

<sup>725</sup> Sprouse (Brussels) to DoS, 10 February 1958, Tel. 887, *ibid.*

<sup>726</sup> Blankenhorn ans AA, 17. Februar 1958, PAAA, Abt. 7, Bd. 44a.

<sup>727</sup> Sprouse (Brussels) to DoS, 22 April 1958, USNA, RG 59, CDF, 640.0012 (ÜdV). Vgl. zu Belgiens ambivalenter Haltung zum Rapacki-Plan auch bereits Sprouse (Brüssel) to DoS, 31 January 1958, Tel. 840, *ibid.*, 396.1-PA.

Weil die belgische Antwort ohne Konsultation mit dem Nato-Rat erfolgt war, beklagte sich Burgess am 23. April auf Geheiss von Dulles bei de Staercke. Er wies auf die Schwierigkeiten für die Nato hin, wenn einzelne Nato-Staaten offizielle Regierungserklärungen an die Sowjetunion richteten, ohne die Nato vorab darüber zu konsultieren. De Staercke hatte Verständnis für die amerikanische Kritik und versprach, das belgische Aussenministerium für die unterlassene Nato-Konsultation zu rügen.<sup>728</sup> Der Vorfall zeigte plastisch den Fortschritt der politischen Zusammenarbeit in der Nato innerhalb der letzten beiden Jahre: Inzwischen wurden die Regierungen einzelner Mitgliedstaaten bereits gerügt, wenn sie die geforderte Konsultation im Bündnis unterliessen!

Auch die norwegische Haltung zum Rapacki-Plan war ambivalent. Zwar machte Boyesen klar, dass für die norwegische Regierung der Vorschlag trotz einiger politischer Vorteile mehr Nachteile habe und deshalb abgelehnt werden müsste. Oslo brachte aber einen konkreten Gegenvorschlag in die Debatte ein: Könnte der Westen nicht, falls die BRD amerikanische Mittelstreckenraketen in ihrem Territorium ablehnen würde, anbieten, in dem von Rapacki vorgeschlagenen Gebiet einen Bann an solchen Raketen vorschlagen? Zudem könnte auch ein Ausdünnen von Streitkräften angepeilt werden, da doch Grossbritannien ihre Streitkräfte sowieso zu reduzieren gedachte.<sup>729</sup>

Neben Belgien und Norwegen bevorzugte auch Grossbritannien, keine komplett negative Haltung in Bezug auf den Rapacki-Plan einzunehmen.<sup>730</sup> Die britische Regierung reagierte auf die amerikanische Kritik an ihrem ersten Entwurf und verschärfte ihren zweiten Entwurf entsprechend dem Konsens im Nato-Rat.<sup>731</sup> Die definitive britische Antwort an Rapacki datierte vom 16. Mai und wurde einen Tag später überreicht.<sup>732</sup>

Die formelle Antwort der Eisenhower-Regierung auf den Rapacki-Plan wurde dem polnischen Aussenministerium am 3. Mai in Warschau übergeben. Die polnischen Vorschläge wurden dabei mit dem Hinweis abgelehnt, sie seien zu begrenzt, um die Gefahr eines Nuklearkriegs zu reduzieren oder um für die Sicherheit Europas eine verlässliche Basis zu bilden. Washington zählte folgende Mängel auf: *Erstens* werde in den Vorschlägen die Produktion von Nuklearwaffen nicht erwähnt. *Zweitens* würden sie die Teilung Deutschlands verfestigen. *Drittens* würden sie Westeuropa gegenüber den überlegenen sowjetischen konventionellen Streitkräften und Nuklearraketen verwundbar machen. Aus diesen Gründen hätten die USA einen Produktionsstopp von Atomwaffen und Inspektionszonen gegen Überraschungsangriffe vorgeschlagen. Aus Washingtons Sicht waren nicht die Militärblöcke schuld an der Teilung Europas, sondern die sowjetische Weigerung, die osteuropäischen Staaten am Marshallplan teilnehmen zu lassen. Das amerikanische Schreiben schloss mit der Wertschätzung für die polnische Initiative und der Hoffnung, dass Polen nun die amerikanischen Vorschläge im Bereich von europäischer Sicherheit besser verstünde.<sup>733</sup>

<sup>728</sup> Burgess (Paris) to DoS, 24 April 1958, Polto 3416, USNA, RG 59, CDF, 640.0012. Vgl. auch Dulles to Burgess (Paris), 19 April 1958, Topol 3758, *ibid.*; Folger (Brussels) to DoS, 22 April 1958, Tel. 1449, *ibid.*; Folger (Brussels) to DoS, 22 April 1958, Tel. 1458, *ibid.*

<sup>729</sup> Willis (Oslo) to DoS, 13 January 1958, *ibid.* Vgl. zur norwegischen Haltung auch Houghton (Paris) to DoS, 3 March 1958, Tel. 4063, *ibid.*; Willis (Oslo) to DoS, 28 April 1958, Tel. 1087, *ibid.*

<sup>730</sup> Hood-Reinstein Meeting, Washington, 18 April 1958, *ibid.*, 640.0012.

<sup>731</sup> Dulles to Burgess (Paris), 30 April 1958, Topol 3926, *ibid.* Dulles nannte den zweiten britischen Entwurf eine „substanzielle Verbesserung“ (ÜdA); fand ihn aber immer noch nicht eindeutig genug in seiner Ablehnung des Rapacki-Plans.

<sup>732</sup> Cabalo, „Rüstungskontrollzone“, 196-205.

<sup>733</sup> FRUS 1958-60 X(1): 1-4. Vgl. dazu auch Larson-Welch, *Anatomy of Mistrust*, 78-81.

Als die amerikanische Antwort am 1. Mai vom Ständigen Nato-Rat besprochen wurde, fand es Roberts schade, dass die amerikanische Antwort an Rapacki nicht mit einer positiveren Note abschloss. Roberts kritisierte insbesondere den letzten Satz der US-Antwort, der lautete, der Westen habe nichts Neues hinzuzufügen und dass es keinen Zweck habe, den Rapacki-Plan oder einzelne Aspekte davon zu diskutieren.<sup>734</sup> Die USA hatten im Frühjahr 1958 zwar mit dem sogenannten „Norstadplan“ eine Variante zum Rapacki-Plan entworfen, diese jedoch nur inoffiziell und ausserhalb des Nato-Rahmens mit vereinzelt Nato-Regierungen besprochen. Norstads Idee ging von einer Boden-Luft-Inspektionszone in den beiden Deutschland, Polen, der Tschechoslowakei und allenfalls Belgien und Holland als einem ersten konkreten Détenteschritt aus.<sup>735</sup>

Die kanadische Antwort vom 9. Juli wurde der polnischen Regierung am 17. Juli übergeben. Als sie im Ständigen Nato-Rat einen Tag später zirkuliert wurde, beklagte sich der holländische Nato-Botschafter darüber, dass sie zu „schwach“ ausgefallen sei.<sup>736</sup> Wie die belgische und britische Antwort hielt auch die kanadische Regierung fest, dass sie die Möglichkeit von teilweisen Abrüstungsverhandlungen nicht ausschloss.<sup>737</sup> Der Historiker Adam Ulam nennt die westliche Ablehnung des Rapacki-Plans „einen der fundamentalsten Fehler der westlichen Nachkriegspolitik“.<sup>738</sup>

In den Diskussionen zum Rapacki-Plan hatte die Einheit der Nato zwar bewahrt werden können, doch es hatte sich deutlich gezeigt, dass die ablehnende Position der USA, Frankreichs und der BRD nicht von allen Staaten geteilt wurde. Insbesondere Grossbritannien, Kanada, Belgien und Norwegen hatten für eine flexiblere Haltung plädiert und dies in ihren individuellen Antworten an die polnische Regierung auch deutlich gemacht – zum Teil zum Ärger der USA.

Parallel zu den Nato-Konsultationen über die Bulganinbriefe und den Rapacki-Plan widmeten sich die Nato-Botschafter auch der Frage einer allfälligen Ost-West-Konferenz, wie die Nato sie Moskau im Kommuniqué der Dezembertagung angeboten hatte.

## 2. Transatlantische Misstöne anlässlich der westlichen Gipfelvorbereitungen

Die Vorbereitungen in der Nato für einen möglichen Ost-West-Gipfel liefen in den ersten Monaten des Jahres 1958 auf Hochtouren. Die Schweiz hatte bereits am 19. Dezember 1957 grünes Licht gegeben, den Gipfel nach 1955 erneut in Genf durchzuführen. Um für ein Gipfeltreffen vorbereitet zu sein, begann der internationale Stab der Nato Ende Januar, die westlichen und die sowjetischen Positionen in Bezug auf eine Ost-West-Konferenz zusammenzufassen.<sup>739</sup>

<sup>734</sup> Burgess (Paris) to DoS, 1 May 1958, Polto 3514, USNA, RG 59, CDF, 640.0012.

<sup>735</sup> Tagebuchaufzeichnungen Blankenhorns vom 31. März 1958 und 10. April 1958, beide in BA, NL Blankenhorn, Bd. 86. Der Plan sah gemischte amerikanisch-sowjetische Kontrollteams vor, so dass sich höchstens 1500 Sowjets im Westen aufhalten würden. Für Norstad überwogen die militärischen Vorteile, da der Westen Einblick in die östliche Kontrollzone gewinnen würde und so besser gegen einen Überraschungsangriff gewappnet wäre.

<sup>736</sup> Burgess (Paris) to DoS, 18 July 1958, Polto 264, USNA, RG 59, CDF, 640.0012 (ÜdV); Burgess (Paris) to DoS, 21 July 1958, Polto 285, ibid..

<sup>737</sup> Bean (Warsaw) to DoS, 22 July 1958, Tel. 111, ibid..

<sup>738</sup> Adam B. Ulam, *The Rivals: America and Russia since World War II* (New York: The Viking Press, 1971), 250f. (ÜdV).

<sup>739</sup> Casardi to NATO Delegations, 24 January 1958, „Summit Conference: Soviet and Western Positions“, NA, RDC(58)45.

Der Ständige Nato-Rat diskutierte die Ost-West-Konferenz erstmals am 30. Januar 1958. Spaak wies einleitend darauf hin, dass der Westen sich nicht auf einen Gipfel einlassen sollte, wenn dieser nicht ausreichend vorbereitet werden konnte. Zwei prozedurale Fragen standen in der Folge im Zentrum der Debatte: Auf welcher Stufe sollte eine etwaige Konferenz stattfinden? Welche Länder sollten daran teilnehmen? In der Frage der Sequenz wünschte Moskau zunächst ein Gipfeltreffen, um danach die Aussenminister mit der Implementierung zu betrauen; also die Wiederholung der Abfolge von 1955. Aus sowjetischer Sicht führten Aussenministerkonferenzen nur zu Verzögerungen und Propaganda, aber nicht zu Entscheidungen und Verhandlungen. Der Westen hingegen wollte dieses Mal zuerst Vorbereitungstreffen auf Aussenministerstufe durchführen, um anschliessend am Gipfel zu konkreten politischen Lösungen zu kommen.

De Staercke wunderte sich, weshalb plötzlich von einem Gipfeltreffen gesprochen wurde, nachdem der Nato-Rat im Dezember 1957 in seiner Deklaration ein Ost-West-Treffen auf Aussenministerstufe in Aussicht gestellt hatte. Der kanadische Botschafter Wilgress fand hingegen, ein Gipfeltreffen sei unvermeidlich und die Nato solle nicht auf ihrer Position vom Dezember beharren. Die kanadische Regierung glaubte, Chruschtschow würde in Tat und Wahrheit Gespräche ausschliesslich mit den USA wünschen. Was die Zusammensetzung des möglichen Ost-West-Gipfels betraf, so plädierte Ottawa für eine möglichst kleine Ländergruppe, das heisst ohne die BRD und ohne neutrale Länder. Während der Westen durch die USA, Grossbritannien und Frankreich vertreten sein sollte, schlug Kanada auf östlicher Seite neben der Sowjetunion zwei weitere Ostblockstaaten vor – wobei dies nicht die DDR, Ungarn oder Bulgarien sein sollten. Frankreich fand hingegen, der Westen müsse unbedingt an der traditionellen Viermächte-Formel für Ost-West-Gespräche festhalten. Ein Nachgeben auf die sowjetische Forderung nach gleichmässiger Beteiligung von Ost und West würde negative Konsequenzen bedeuten. Italien widersprach und meinte, alle Länder, die ein Interesse an der Lösung der zu besprechenden Ost-West-Probleme hätten, sollten daran teilnehmen – wobei Italien natürlich dieses Interesse für sich selbst reklamierte. Blankenhorn informierte, dass Adenauer zunächst nur für eine Exploration auf diplomatischen Kanälen sei, um herauszufinden, ob Moskau es mit seinen Abrüstungsvorschlägen ernst meine. Burgess schliesslich warnte davor, die Rolle der UNO durch die Nato-Diskussionen zu kompromittieren, und hielt fest, es werde ohne Aussicht auf Erfolg kein Gipfeltreffen mit Chruschtschow geben.

Spaak gelang es aufgrund der stark divergierende Meinungen nicht, ein Fazit zu ziehen. Er hielt es jedoch für „fast sicher“, dass eine allfällige Ost-West-Konferenz in Abweichung von der Nato-Position vom Dezember 1957 auf Gipfel- und nicht auf Aussenministerebene stattfinden würde. Für die Vorbereitung auf den Ost-West-Gipfel schlug Spaak „diplomatische Gespräche“ unter den fünfzehn Nato-Staaten vor. Die Nato-Botschafter bat Spaak deshalb um die Beantwortung der folgenden konkreten Fragen:

- (1) Isn't NATO the best central point for working out agenda and firming position? (2) How should we approach the Soviets – as fifteen or one, two or three? (3) We talk of diplomatic preparations, but what do we mean by this?

Was die Agenda eines Ost-West-Gipfels sowie die westlichen Verhandlungspositionen in den einzelnen Fragen betraf, so waren für Spaak die westlichen Positionen in den meisten Bereichen klar, aber sie mussten der Öffentlichkeit besser bekannt gemacht werden. Burgess stimmte Spaak zu: Der Westen verfüge in seinen Vorschlägen über „vernünftige“ Positionen und habe dies sowohl im UNO-Abrüstungsausschuss im Sommer 1957 als auch in seinen Antworten auf die Bulganinbriefe demonstriert. Der Wes-

ten sollte nun darauf bestehen, von Moskau Antworten auf seine Gegenvorschläge zu erhalten.<sup>740</sup>

### *Ein Nichtangriffspakt zwischen Nato und Warschaupakt?*

In derselben Sitzung resümierte Spaak auch die westliche Haltung bezüglich eines Nichtangriffspakts zwischen der Nato und dem Warschaupakt, wo noch keine gemeinsame westliche Position bestand. Der Westen hielt ein solches Abkommen für gänzlich überflüssig, da entsprechende Verpflichtungen sowohl in der UNO-Charta als auch im Nato-Vertrag enthalten seien.<sup>741</sup> Macmillan hatte der Sowjetunion am 4. Januar 1958 in einer Rundfunkansprache trotzdem ein Nichtangriffsabkommen angeboten<sup>742</sup> und damit bewiesen, dass auch nach den feierlichen Beteuerungen am Nato-Gipfel in Paris Grundsatzserklärungen weiterhin ohne Vorabkonsultationen mit der Nato abgegeben wurden.

Spaak fand – in Abweichung vom westlichen Konsens –, die UNO-Verpflichtung könnte seiner Meinung nach durchaus in einem separaten Nichtangriffspakt wiederholt werden. Zentraler war für Spaak das Problem der DDR. Könnte ein solcher Pakt abgeschlossen werden, ohne dass gleichzeitig die DDR anerkannt werden müsste? Spaaks relativ positiver Einschätzung folgten einzig Belgien und Grossbritannien. Brüssel fand, da es bald einen Ost-West-Gipfel geben würde, müsse der Westen bereit sein, einen Nichtangriffspakt zu diskutieren. Belgien sah keinen Nachteil darin, die äusserst vage Terminologie der UNO-Charta zu präzisieren und die Verpflichtung zu kodifizieren, keine Aggression zu begehen. Bezüglich der DDR fand de Staercke: „It is not necessary to recognize East Germany to reaffirm the UN obligation.“ Er fragte sich, ob mit einem Nichtangriffspakt nicht die öffentliche Meinung relativ einfach zufriedengestellt werden könnte, ohne dass der Westen eine grosse Konzession machen müsste. Auch London fand, der sowjetische Vorschlag sollte nicht einfach zurückgewiesen werden, da er „die Räder ölen“ könnte für Fortschritt in Richtung einer Détente. Grossbritannien lege grossen Wert auf die Weltöffentlichkeit – Macmillan habe auf seiner Weltreise im Januar 1958 viel positives Echo auf seinen Nichtangriffsvorschlag vom 4. Januar gefunden, betonte der britische Nato-Botschafter Frank Roberts.

Die meisten anderen Nato-Staaten lehnten einen Nichtangriffspakt zwischen der Nato und dem Warschaupakt jedoch klar ab. Frankreich fand ein solches Abkommen sinnlos ohne genaue Definition, wer wann ein Aggressor sei. Der französische Nato-Botschafter Étienne de Crouy-Chanel befürchtete, dass dem Westen von Anfang an drohte, auf der Verliererseite zu landen. Wenn der Westen einem Nichtangriffspakt zustimmte, müsse ihm bewusst sein, dass er gegenüber Moskau Konzessionen machte. Diese müssten zwingend mit Vorteilen für den Westen kompensiert werden. Norwegen zweifelte am Wert einer Wiederholung der Diskussion aus den 1930er Jahren, wie eine Aggression definiert werden müsse, und sprach sich sowohl gegen bi- als auch gegen multilaterale Nichtangriffsverträge aus. Griechenland wollte zwar nicht als Cassandra erscheinen, wollte aber trotzdem darauf hinweisen, dass die Situation es an die Situation kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erinnere, als ebenfalls eine „Manie für Nichtangriffspakte“ geherrscht habe. Für die BRD war ein solcher Pakt sowieso in-

<sup>740</sup> Burgess (Paris) to DoS, 30 January 1958, Polto 2294, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>741</sup> Casardi to NATO Delegations, 24 January 1958, „Non-aggression Pact: Soviet and Western Positions,” NA, RDC(58)46.

<sup>742</sup> DzD III/4/1, 23. Vgl. zur britischen Bereitschaft zu Disengagement und Détente auch Draft Letter from Macmillan to Eisenhower, 30 December 1957, PRO, FO 371/129038.

akzeptabel, weil aus Bonns Sicht Moskau damit nur danach trachtete, den Status quo zu erhalten und die DDR anzuerkennen.

Als die Nato-Botschafter auch in dieser Frage keinen Konsens finden konnten, wies Spaak am Ende der Diskussion schlichtend darauf hin, dass es zunächst nur Aufgabe der Nato-Staaten sei, darüber zu befinden, ob ein Nichtangriffspakt überhaupt Thema am geplanten Ost-West-Gipfel sein sollte oder nicht. Welche Position der Westen einnehmen würde, könnte dann später diskutiert werden.<sup>743</sup>

### *Uneinigkeit über die Kompetenzen der Nato in den Gipfelvorbereitungen*

Frankreich und Grossbritannien hatten das Gipfeltreffen zunächst ausserhalb des Nato-Forums auf trilateraler Ebene mit den USA vorbereiten wollten, doch die Diskussionen in der Nato im Januar 1958 machten klar, dass die kleineren Nato-Staaten als zentralen Koordinationspunkt die Nato sahen. Schliesslich gaben die USA dem Druck ihrer Alliierten und von Nato-Generalsekretär Spaak nach und stimmten dem Prinzip einer Nato-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Gipfels zu. Die Gipfelvorbereitungen sollten nicht hinter dem Rücken der Nato arrangiert werden. Burke Elbrick blickte dabei ehrlich auf die Dynamik innerhalb der Nato zurück, welche die USA zum Umdenken in der Frage der Gipfelvorbereitungen gezwungen hatte:

We have not been desirous of rushing into a working group arrangement until our own thoughts had developed somewhat further. However, we now believe that, because of the pressures of our allies, and because of the fact that ultimately bilateral talks and fifteen-country operations in the NAC are not sufficient, we should accede to the principle of a working group.<sup>744</sup>

Dulles' Instruktionen an Burgess machen deutlich, dass Washingtons Ausarbeitung von konkreten Positionen Zeit beanspruchen würde – die Nato konnte in der Zwischenzeit jedoch bereits über Methoden, die Agenda und die Komposition des geplanten Gipfels möglichst rasch eine Einigung finden. Laut Dulles sollte die Nato-Arbeitsgruppe dazu beitragen, die politische Konsultation in der Nato zu stärken.<sup>745</sup> Bereits Anfang Februar stellte Dulles klar, dass eine Diskussion in der Nato über die Agenda eines möglichen Gipfeltreffens die USA nicht dazu verpflichten würde, tatsächlich zu einem Gipfel mit Chruschtschow einzuwilligen. Diese Entscheidung, so betonte Dulles, sei in Washington noch nicht gefallen.<sup>746</sup>

In Washington, aber auch in Europa, mehrten sich in der Zwischenzeit die Stimmen, die einem Bilateralismus zwischen den USA und der Sowjetunion das Wort sprachen. In einem Artikel im *Figaro* schlug Raymond Aron bilaterale Gespräche zwischen dem amerikanischen Botschafter in Moskau und Chruschtschow oder sogar zwischen Eisenhower und Chruschtschow vor: „Sofern die atlantischen Alliierten in die USA Vertrauen haben – weshalb nicht?“<sup>747</sup> Torfinn Oftedal von der norwegischen Botschaft bekannte, Norwegen hätte ganz und gar nichts dagegen, wenn die USA bilaterale Gespräche mit Moskau führen würden. Auch Kanada war mit direkten amerikanisch-sow-

<sup>743</sup> Burgess (Paris) to DoS, 30 January 1958, Polto 2295, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>744</sup> Elbrick to Dulles, 8 February 1958, „Western Working Groups for Negotiations With Soviets“, USNA, RG 59, CDF, 396.1; Burgess (Paris) to DoS, 3 February 1958, Polto 2323, USNA, RG 59, CDF, 704.5. Siehe auch DoS to Burgess (Paris), 21 February 1958, Topol 2965, USNA, RG 59, CDF, 396.1; aber auch: Houghton (Paris) to DoS, 29 January 1958, „US-UK Disengagement Discussions“, Tel. 3553, *ibid.*; DoS to Houghton (Paris), 3, 7, and 9 February 1958, Tels. 2808, 3682, and 2896, *ibid.*

<sup>745</sup> Dulles to Burgess (Paris), 19 February 1958, Topol 2945, *ibid.*, 396.1.

<sup>746</sup> Dulles to Burgess (Paris), 5 February 1958, Topol 2749, *ibid.*, 740.5.

<sup>747</sup> Raymond Aaron, „Comment négocier?“, *Figaro* (6 janvier 1958): 1.

jetischen Gesprächen einverstanden. Hingegen waren Italien und Frankreich sowie die kleineren Staaten eher dagegen, während Grossbritannien noch unschlüssig war, wie es sich dazu stellen sollte.<sup>748</sup>

Blankenhorn schlug zudem Ende Januar die Etablierung eines kleinen, geheimen Nato-Ausschusses vor, der für die deutsche Wiedervereinigung und europäische Sicherheit zuständig sein sollte. Mitglieder sollten neben den USA, Grossbritannien und Frankreich die BRD, Italien und ein Vertreter der Benelux-Staaten sein. Damit sollte gewährleistet werden, dass alle Nato-Staaten in diesen wichtigen Fragen „mit einer Stimme“ sprechen würden. Eine erweiterte Gruppe schien Blankenhorn nötig, weil Italien stark gegen die Etablierung einer westlichen Viermächte-Arbeitsgruppe protestiert habe.<sup>749</sup>

Italien war in der Tat über die Vorschläge im Ständigen Nato-Rat zu den allianzinternen Konsultationsprozeduren verwirrt. Rom konnte sich nicht vorstellen, dass irgendein Nato-Land auf die Teilnahme an der Nato-Arbeitsgruppe über europäische Sicherheit verzichten und damit anerkennen würde, dass es eine Nato-Macht „zweiter Klasse“ sei.<sup>750</sup> Gleichzeitig schlug Blankenhorn vor, die vorbereitenden Gespräche mit der Sowjetunion im Zusammenhang mit einem Ost-West-Gipfel sollten in Moskau stattfinden, und zwar am besten durch die Botschafter der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, um das Viermächte-Format zu wahren. Zudem sei der sowjetische Aussenminister Andrej Gromyko unter den Sowjets der aussichtsreichste Gesprächspartner des Westens.<sup>751</sup>

Nachdem die USA grünes Licht zu einer Nato-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Ost-West-Gipfels gegeben hatten, etablierten die Nato-Botschafter an ihrer Sitzung vom 20. Februar ein Prozedur- und Koordinationskomitee (*Committee on Procedure and Coordination*, CPC), bestehend aus Kanada, Frankreich, der BRD, Italien, Norwegen, der Türkei, Grossbritannien und den USA. Das Komitee traf sich vom 25. Februar bis Ende März mehrmals, um die westliche Position innerhalb der Nato möglichst gut abzustimmen. Zudem wurden weitere Komitees gegründet, darunter eines über europäische Sicherheit mit Kompetenz über Themen einer Sicherheitszone, Massnahmen gegen Überraschungsangriffe, einem Nichtangriffspakt, der deutschen Wiedervereinigung und Abrüstung (bestehend aus Frankreich, der BRD, Griechenland, Italien, Holland, Grossbritannien und den USA); sowie ein weiteres über Methoden zur Stärkung internationaler Kooperation, das sich vor allem mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigte (Belgien, Dänemark, Frankreich, Portugal, Grossbritannien und die USA).<sup>752</sup>

Bereits an der ersten CPC-Sitzung vom 25. Februar gab es jedoch einen Eklat. Die USA sprachen sich grundsätzlich gegen eine Abrüstungs-Arbeitsgruppe in der Nato aus. Die Nato solle sich stattdessen auf einzelne westliche Mitglieder des UNO-Unterausschusses für Abrüstung stützen, wenn sie über Abrüstung diskutieren wollten. Der amerikanische Antrag wurde von Kanada unterstützt. Spaak, de Crouy-Chanel und Roberts argumentierten gegen diese Haltung und fragten, was der Hintergrund der überraschenden Wende sei. Das US-Aussenministerium befürchtete, die Weltöffentlichkeit könnte glauben, die UNO hätte die Verantwortung für Abrüstung verloren und stattdes-

<sup>748</sup> Elbrick-Oftedal Meeting, 19 February 1958, „Summit Meeting“, USNA, RG 59, CDF 396.1.

<sup>749</sup> Burgess (Paris) to DoS, 30 January 1958, Polto 2287, *ibid.*, 740.5 (ÜdV).

<sup>750</sup> Brosio-Elbrick Meeting, Washington, 18 February 1958, *ibid.* (ÜdV).

<sup>751</sup> Burgess (Paris) to DoS, 30 January 1958, Polto 2290, *ibid.*

<sup>752</sup> Die Protokolle der CPC-Sitzungen vom 25.2.-26. März 1958 finden sich in: NA, CPC-R(58). Eine Zusammenfassung der Abschlusssitzung vom 26. März 1958 befindet sich in: Spaak to NATO Delegations, 26 March 1958, „Preparations for a Possible Summit Conference“, NA, PO(58)496.

sen wäre neu die Nato dafür zuständig. Spaak hielt dies für „absurd“, denn der Nato-Rat habe schon oft über Abrüstung diskutiert und das Thema sei eines der wichtigsten an dem geplanten Gipfeltreffen, an dessen Vorbereitung sich die Nato gerade mache.<sup>753</sup>

Die Dynamik in der Nato in Paris stiess in Washington auf Bedenken. Gegenüber Eisenhower zeigte sich Dulles am 21. Februar besorgt über den Schwung der Nato in der Vorbereitungsphase für ein Gipfeltreffen. Dulles fand, die Substanz ginge einem raschen Datum vor. Der Westen sollte einem Gipfel erst zustimmen, wenn eine vorbereitende Aussenministerkonferenz deutlich gemacht hätte, dass Aussicht auf ein Ost-West-Abkommen bestünde. Zudem sperrte sich Dulles gegen zuviel Einflussnahme durch die Nato in einer frühen Phase. Bevor die Nato-Arbeitsgruppen mit ihrer Arbeit weiter voranschritten, sollten die USA, zusammen mit Grossbritannien und Frankreich, eine gemeinsame Position erarbeiten und diese dann in der Nato vorantreiben.<sup>754</sup>

Wenige Tage später telegraphierte Dulles an Burgess, er sei „extrem besorgt“ über die Proliferation an Komitees und die „Hast“, mit der die Nato offenbar mit der Diskussion von grossen, substanziellen Themen beginnen wolle, die an einem Gipfeltreffen zur Sprache kommen würden. Dulles wünschte, dass zuerst Stabsarbeit auf nationaler Ebene verrichtet würde, bevor das Nato-Forum darüber diskutierte, sonst würde in den Nato-Diskussionen nur Verwirrung entstehen.<sup>755</sup> Besonders die Konsultationen mit dem Pentagon waren zeitraubend, da die Vereinten Stabschefs jeweils mindestens zwei bis drei Wochen Zeit für die Erarbeitung von Positionspapieren benötigten.<sup>756</sup> Kurz darauf doppelte Dulles in einem Telegramm an Burgess nach:

There seems to be general impression here that there is danger that NATO is moving too rapidly in organizing itself for consideration of manifold problems involved in Summit meeting, with result that machinery NATO creates may have no grist for its mill in terms of U.S. positions for quite a period of time. [...] It seems to some of us here that, in absence of U.S. positions, there would be disadvantages in holding meetings of proposed NATO committees, since such meetings might only result in raising unnecessary difficulties and complications. [...] If so, and if you think desirable, would it not be a good idea to speak privately with Spaak in an effort to slow down drive for NATO preparations. Spaak could be helpful if convinced that present pace is perhaps too fast.<sup>757</sup>

Gegenüber Grossbritannien legte Dulles offen, dass die USA zur Zeit lieber nicht über die Frage der Zusammensetzung eines möglichen Aussenministertreffens diskutieren wollten, weil eine solche Diskussion schwierige Fragen in Bezug auf die Nato-Alliierten und das Problem der Parität zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt aufwerfen würde. Dulles wies auch klar darauf hin, dass die USA kein Gipfeltreffen akzeptieren würden, wenn nicht Sondierungsgespräche die Aussicht auf ein konkretes Abkommen versprechen und eine sowjetische Bereitschaft zur Diskussion der Wiedervereinigung Deutschlands erkennen lassen würden.<sup>758</sup>

<sup>753</sup> FO Minute by Rumbold, 26 February 1958, PRO, FO 371/137084 (ÜdV).

<sup>754</sup> Dulles to Eisenhower, 21 February 1958, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 10, March 1958 (2). Vgl. zur amerikanischen Skepsis bezüglich eines Ost-West-Gipfels auch „Dulles gegen eine ‚Gipfelkonferenz à tout prix‘“, NZZ (1.2.1958).

<sup>755</sup> DoS to Burgess (Paris), 26 February 1958, Topol 3061, USNA, RG 59, CDF, 396.1 (ÜdV).

<sup>756</sup> Dulles-Alphand Meeting, Washington, 21 March 1958, *ibid.*

<sup>757</sup> DoS to Burgess (Paris), 26 February 1958, Topol 3061, *ibid.*

<sup>758</sup> Memorandum by Dulles for UK Ambassador to Washington, 4 March 1958, *ibid.*, 740.5.



*Spaaks Sondierungen mit Moskau*

Die Sowjetunion hatte die stärkere Involvierung der Nato in die Gipfelvorbereitungen inzwischen bereits zur Kenntnis genommen und im Februar 1958 einen direktem, diplomatischen Kontakt zum Nato-Generalsekretär Spaak zu knüpfen versucht. Anfang Februar 1958 wünschte der sowjetische Botschafter in Paris, Sergei Winogradow, ein Gespräch mit Spaak. Das erste Treffen zwischen Spaak und Winogradow fand am 14. Februar als „langes und freundschaftliches Gespräch bei einem Glas Whisky“ statt und verlief laut Spaak „extrem herzlich“. Der sowjetische Botschafter, der ausgezeichnet Französisch sprach, hielt es für nötig, die Spannungen zwischen Ost und West abzubauen. Da grundsätzliche Fragen aber zur Zeit nicht gelöst werden könnten, sei es wichtig, etwas zu tun, um die Atmosphäre zu verbessern und gegenseitiges Vertrauen herzustellen. Er übermittelte Spaak, Moskau wünsche ein Gipfeltreffen noch im April 1958. Spaak antwortete, das sei zu früh. Er warf dem sowjetischen Botschafter auch vor, es sei schade, dass die Russen 1945 und 1946 das Vertrauen des Westens durch ihr kompromissloses Verhalten zerstört hätten. Daraufhin fragte Winogradow, ob Spaak in seinem politischen Leben noch nie einen Fehler begangen habe. Natürlich habe er das, antwortete dieser. Winogradow sagte, die Russen hätten inzwischen realisiert, dass auch sie seit dem Krieg viele schwere Fehler begangen hätten, und wollten diese nun wiedergutmachen. Spaak verlieh dem merkwürdigen Insistieren, mit dem Nato-Generalsekretär in Kontakt zu kommen, eine gewisse Bedeutung. Er sah keinen Vorteil darin, die Russen zurückzuweisen, und akzeptierte deshalb die Einladung zu einem weiteren Abendessen bei Winogradow.<sup>759</sup>

Das Abendessen fand am 21. Februar statt, neben Spaak hatte Winogradow auch den sowjetischen und tschechoslowakischen Botschaftsrat eingeladen. Bezüglich der Zusammensetzung des Gipfels schlug Winogradow vor, es sollten mit den USA, Grossbritannien, Frankreich und Italien vier westliche Mächte, mit der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien vier östliche Mächte sowie vielleicht mit Schweden, Österreich und Indien drei neutrale Staaten daran teilnehmen. Themen einer Ost-West-Konferenz sollten aus der Sicht Moskaus der Mittlere Osten, eine nuklearwaffenfreie Zone in Europa und ein Nuklearteststopp sein. Die Sowjetunion sei nicht bereit, die Frage der Länder Osteuropas zu diskutieren, dafür sei ihr aber die Frage des Mittleren Ostens wichtig. Moskau schien eher zu zögern, die Wiedervereinigung Deutschlands auf die Agenda zu setzen. Winogradow meinte dazu, die deutsche Frage sei in eine Sackgasse geraten, aus der sie sich im Moment nicht herausführen liesse. Spaak erwiderte, der Westen könne eine solche sowjetische Position unmöglich hinnehmen. Als sie danach eine denuklearisierte Zone in Zentraleuropa diskutierten, sagte Winogradow, Moskau sei bereit, auf dem gesamten Territorium der Sowjetunion Bodenkontrollen zu akzeptieren, falls die Nato-Mächte gleichen Kontrollen auf ihrem Gebiet zustimmten. Der Russe schloss, dies wäre von grosser Bedeutung, um einen Überraschungsangriff zu vermeiden. Bulganins Brief vom 8. Januar 1958 müsse in diesem Sinne interpretiert werden. Die Sowjetunion sei aber gegen Luftinspektion. Im Verlauf des Abends bestätigte Winogradow häufig den friedfertigen Charakter der sowjetischen Politik und den Wunsch Moskaus, mit den Nato-Staaten ein Abkommen abzuschliessen. Spaak wun-

<sup>759</sup> Roberts (Paris) to Lloyd (London), 14 February 1958, PRO, FO 371/137098.

derte sich, dass die üblichen sowjetischen Anklagen gegen die USA und die Kritik an der Nato vollständig ausblieben.<sup>760</sup>

Beim dritten Treffen, am 18. März, schlug Winogradow schliesslich die folgenden Agendapunkte vor: Einen Nichtangriffspakt zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt, eine europäische Kontrollzone sowie einen Nuklearteststopp. Spaak ergänzte als westliche Forderung die deutsche Frage. Auch in Bezug auf die Zusammensetzung der Gipfelteilnehmer näherten sich die westlichen und östlichen Positionen an. Winogradow war empfänglich für Spaaks Argument, neutrale Länder besser nicht an dem Gipfel teilnehmen zu lassen.<sup>761</sup>

Spaaks Sondierungen hatten zur Klärung der Unterschiede zwischen der östlichen und westlichen Position zum Termin, zur Zusammensetzung und zur Agenda beigetragen. Nach seinen eigenen Versuchen, den Stillstand in den Ost-West-Beziehungen zu überwinden, war Spaak sichtlich entnervt über die mangelnde Dynamik in Washington betreffend der Gipfelvorbereitungen.

### *Spaaks Verärgerung über die amerikanische Verschleppungstaktik*

Während der Sitzung des Nato-Rats vom 11. März erschien Spaak dem britischen Vertreter Frank Roberts „aufgewühlt und mürrisch“. Der Generalsekretär beklagte sich, dass die Nato, wenn sie sich nicht endlich substanziell mit dem Gipfel auseinandersetzen würde, zu Recht dahingehend kritisiert würde, keine nützliche Rolle in der Vorbereitungsphase zu spielen. Zusammen mit seinen Kollegen aus den USA und Frankreich erklärte Roberts die Notwendigkeit sorgfältiger Vorbereitung auf nationaler Basis, bevor die Diskussion in den Nato-Rat getragen würde. Die drei Botschafter stellten nationale Papiere bis Ende März in Aussicht, so dass intensive Nato-Diskussionen im April und am Ministerratstreffen im Mai stattfinden könnten. In diesem Moment „explodierte“ Spaak und fand, er könne nicht glauben, dass die Regierungen der Grossmächte ihre Ideen zu den grossen Weltproblemen nicht längst bereit hätten. Wenn die „grossen USA“ nicht zu Konsultationen mit der Nato bereit seien, müsse er dies zwar akzeptieren. Für die Nato bedeute dies aber einen „äusserst schlechten Tag“.

Spaak teilte den Botschaftern mit, er habe inzwischen leider realisieren müssen, dass die drei Grossmächte, die der Rolle der Nato in den Vorbereitungen anfangs „etwas überraschend“ zugestimmt hätten, es sich offenbar anders überlegt hätten. Nun wollten sie ihn und die Nato von ihren Beratungen ausschliessen, bis sie sich untereinander auf eine gemeinsame Position geeinigt hätten. Danach würde es für Anpassungen durch Anregungen der anderen Nato-Staaten zu spät sein.<sup>762</sup>

Nach der Sitzung suchten Roberts und der Amerikaner Joe Wolf – Burgess hatte die Sitzung bereits vor dem Ausbruch Spaaks verlassen müssen – Spaaks Büro auf, um ihm mitzuteilen, dass er ihre Position komplett falsch verstanden habe. Nach einer, wie Roberts fand, „ziemlich unerfreulichen“ Viertelstunde, während der die beiden Spaak zu beruhigen versuchten, kamen dann die wahren Gründe für Spaaks Verstimmung zum Vorschein. *Erstens* glaubte der Nato-Generalsekretär, die USA wünschten eigentlich gar keinen Ost-West-Gipfel. Spaak wollte Washington deshalb bereits jetzt die Schuld dar-

<sup>760</sup> Roberts (Paris) to Lloyd (London), 25 February 1958, *ibid.*; Memorandum von Blankenhorn ans AA, 27. Februar 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 85.

<sup>761</sup> Roberts (Paris) to FO, 20 March 1958, Tel. 168, PRO, FO 371/137100. Weitere Treffen zwischen Spaak und Winogradow fanden am 19.4., 12.5., 13.6. und 8.7.58 statt – in der Zwischenzeit hatte sich Spaaks Optimismus vom Februar allerdings in Skeptizismus verwandelt. Dumoulin, Spaak, 553ff.

<sup>762</sup> Roberts (Paris) to FO, 11 March 1958, Tel. 147, PRO, FO 371/137098 (ÜdV).

an geben, falls dieser scheitern sollte. *Zweitens* war er äusserst verärgert über den amerikanischen Vorschlag, die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen mit der Sowjetunion in Washington zu konzentrieren. Spaak hätte sich diese Gespräche auf Botschafterstufe in Moskau statt in Washington gewünscht. Dann wären sie wohl auf westlicher Seite in Paris koordiniert worden, und die Rolle der Nato wäre grösser gewesen. Spaak war *drittens* auch persönlich getroffen durch die Hinweise der Delegationen der Grossmächte, dass sie es bevorzugen würden, wenn Spaak nicht an den Expertentreffen teilnehmen würde, weil durch seinen Vorsitz die Atmosphäre dieser Sitzungen verändert würde. Roberts telegraphierte zurück nach London, es sei unglücklich, dass es so lange dauere, bis die britischen Papiere für die Nato-Diskussionen über Abrüstung und Disengagement fertiggestellt sein würden. Spaaks Verhalten habe gezeigt, dass London, Washington und Paris vorsichtig mit ihren trilateralen Planungen voranschreiten mussten, da diese Spaaks schlimmsten Ängste bestätigen würden.<sup>763</sup>

Auch Burgess rapportierte Spaaks Misstrauen nach Washington. Spaak sei zutiefst besorgt über die mangelnde Bereitschaft der Nato-Staaten, insbesondere der USA und Grossbritanniens, unverzüglich mit substanziellen Studien voranzuschreiten. Der Generalsekretär fordere für die Allianz eine gewichtige Rolle in den Vorbereitungen für die Ost-West-Konferenz und befürchte, dass die Nato-Konsultation nur aus dem „Abstempeln“ von Vorschlägen der Grossmächte bestehen würde.<sup>764</sup> Spaaks Ausbruch hatte die gewünschte Wirkung: Roberts und Burgess trafen sich gleichentags und fanden, es wäre wünschenswert, dass mit den Vorbereitungen keine unnötige Zeit mehr verloren ging. Der Nato sollte so schnell wie möglich versichert werden, dass die Vorbereitungen für den Gipfel fahrplanmässig voranschritten.<sup>765</sup>

Trotz der britisch-amerikanischen Vermittlungsversuche wiederholte Spaak an der Sitzung des Nato-Rats vom 12. März die Klagen und kritischen Bemerkungen des Vortages. Spaak wollte deshalb die Verantwortung für die Gipfelvorbereitungen an die Drei zurückgeben. Für Spaak waren die bisherigen Expertensitzungen zu den Gipfelvorbereitungen äusserst „dürftig und enttäuschend“ verlaufen. Die Experten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs hätten erklärt, sie seien in den nächsten fünf bis sechs Wochen nicht für substanzielle Diskussionen in der Nato bereit: „In other words, we were losing the initiative by our dilatoriness.“ Spaak zweifelte ernsthaft an den bestehenden Konsultationsmethoden: „The big Powers were not ready and the smaller powers remained silent.“ Vielleicht sollte, so Spaak, besser gewartet werden, bis die westlichen Drei sich geeinigt hätten, bevor die Nato ihre Positionen zu koordinieren versuchte. Denn Spaak wollte nicht, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstand, die Gipfelvorbereitungen fänden im Nato-Rahmen statt, obwohl dem gar nicht so sei. Für die Verzögerungen seien die nationalen Regierungen in Washington, London und Paris verantwortlich – und keinesfalls die Nato.

<sup>763</sup> Roberts (Paris) to FO, 11 March 1958, Tel. 147, (ÜdV). Auch Burgess stattete am 11. März Spaak noch einen Besuch ab, der „ziemlich zufriedenstellend“ verlief (ÜdV). Roberts (Paris) to FO, 12 March 1958, Tel. 152, PRO, FO 371/137098. Für eine britisch-amerikanische Diskussion der Episode vgl. Hood-Elbrick Meeting, 13 March 1958, „NATO's Role in Preparations for a Summit Conference“, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Für Hood lag das Hauptproblem für das Missverständnis zwischen Washington und Spaak darin, dass dieser irrtümlich von einer prominenteren Rolle der Allianz in den Gipfelvorbereitungen ausgegangen war. Spaak habe offenbar geglaubt, die Nato müsse die substanziellen Diskussionen nicht bloss koordinieren, sondern initiieren.

<sup>764</sup> Burgess (Paris) to DoS, 11 March 1958, Polto 2802, USNA, RG 59, CDF, 396.1 (ÜdV).

<sup>765</sup> Roberts (Paris) to FO, 11 March 1958, Tel. 149, PRO, FO 371/137098.

Burgess erwiderte, Spaaks Ansichten würden aufgrund dessen langer politischer Erfahrung natürlich in Washington Gewicht haben. Er glaube aber, Spaaks Einschätzung sei zu pessimistisch. Den Briefwechsel mit Bulganin, den de Staercke als „Krieg der Pamphlete“ beschrieben hatte, empfand auch Washington als mühsam. Die amerikanische Regierung müsse aber in vielen Aspekten in Fragen über Leben und Tod entscheiden. Viele kompetente Regierungsbeamte arbeiteten auf Hochtouren in Washington, aber in so bedeutsamen Fragen seien keine schnellen Entscheide möglich. Zudem verhindere der demokratische Prozess in den USA ebenfalls schnelle Resultate. Eine Entscheidung über Abrüstung müsse vom Pentagon, dem AEC, dem Aussenministerium und dem Kongress autorisiert werden.

De Staercke widersprach zwar Burgess' fadenscheiniger Argumentation, das demokratische System verlangsamt in den USA Politikentscheide, denn die amerikanische Antwort auf Bulganins jüngsten Brief sei trotz wichtiger Fragen und trotz dieses Systems innert kürzester Zeit erfolgt.

Nachdem sich jedoch nicht nur die USA, Grossbritannien und Frankreich, sondern auch kleinere Nato-Staaten wie die BRD, Türkei und Italien gegen Spaaks Vorschlag ausgesprochen hatten, fand sich Spaak im Nato-Rat ziemlich isoliert. Das hielt ihn jedoch nicht davon ab, weiterhin vor einer Instrumentalisierung der Nato durch die grossen Drei zu warnen. Er wiederholte seinen Vorschlag, die Grossmächte und nicht die Nato sollten den Gipfel vorbereiten. Roberts Bericht ans britische Aussenministerium verriet, wie aufgeladen die Atmosphäre zwischen dem Nato-Generalsekretär und den Delegationen war:

The proceedings became embarrassing, and even painful. [...] I suggested that things really were not as bad as the Secretary-General seemed to think, and was supported by this by many of my colleagues. [...] Fortunately, lunch intervened and brought to an end, with no attempt at summing up or conclusions, the most futile and unhappy Council meeting I can recollect.

Vor der rettenden Mittagspause war Spaak noch gezwungen worden, festzuhalten, dass der Nato-Rat – entgegen seiner Intervention – einstimmig für die Weiterführung der vereinbarten Gipfelvorbereitungen war. Für Roberts erklärte sich Spaaks Frustration daraus, dass er geglaubt habe, die Nato und er hätten von den Grossmächten das Mandat erhalten, mit Hilfe nationaler Experten Grundsatzdokumente zu erstellen. Die nationalen Bürokratien hätten Spaak dabei auf Fragen antworten und ihm Expertenwissen liefern sollen. Nun habe Spaak aber entdeckt, dass die Vorbereitungen auf nationaler Ebene begannen und die Koordination unter den Nato-Delegationen erst in einem zweiten Schritt erfolgen sollte. Offenbar glaube Spaak nun, er persönlich könne keine grosse Rolle spielen, und habe deshalb das Interesse an der Sache verloren.<sup>766</sup> Das britische Aussenministerium hatte zwar Verständnis für Spaaks Ungeduld, hielt jedoch wie Washington daran fest, dass Nato-Diskussionen erst nach Abschluss der nationalen Vorbereitungen Sinn machten: „While we fully subscribe to the idea of coordination in NATO, such coordination is not an end in itself.“<sup>767</sup>

<sup>766</sup> Roberts (Paris) to FO, 12 March 1958, Tels. 256-258, *ibid.* (ÜdV); Roberts (Paris) to FO, 12 March 1958, Tel. 152, *ibid.* Für die Irritationen, die z.B. die BRD über Spaaks Verhalten empfand, vgl. Tyler (Bonn) to DoS, 13 March 1958, Tel. 1632, USNA, RG 59, CDF 740.5. Baudissin vom Auswärtigen Amt äusserte Bedenken, dass Moskau von allfälligen Gipfelvorbereitungen in der Nato erfahren würde, und erwog stattdessen eine informelle Koordination der BRD mit den USA, Grossbritannien und Frankreich, beispielsweise an informellen Botschafter-Abendessen in Paris.

<sup>767</sup> FO to Roberts (Paris), 12 March 1958, Tel. 476, PRO, FO 371/137098. Vgl. dazu auch Memorandum von Blankenhorn, 18. März 1958, „NATO und Gipfelkonferenz“, BA, NL Blankenhorn, Bd. 86.

Burgess wurde in der Folge vom State Department aufgefordert, sich mit Spaak zu treffen und ihm zu versichern, dass die USA keine Verzögerung in den Nato-Diskussionen wünschten. Die Nato könne und solle die Positionen unter den Mitgliedstaaten koordinieren, aber zuerst sei nationale Stabsarbeit nötig. Spaaks Urteil über den mangelnden Fortschritt sei „viel zu pessimistisch“ ausgefallen: „We emphatically do not consider NAC as rubber stamp for US positions. [...] Events of next few weeks will prove NATO has made major contribution in crucial field of East-West relations.“ Das State Department hielt an seiner Absicht fest, die ersten Sondierungsgespräche in Washington zu führen, um die westlichen Botschafter in Moskau für eine spätere Verwendung aufzuspüren.<sup>768</sup>

Eine Woche später hatte sich Spaak wieder beruhigt und vertrat im Nato-Rat eine konstruktivere Haltung. Er hoffte, der Westen könne die momentane Situation ausnutzen und die Initiative ergreifen. Die Sowjets schienen ausser Atem zu geraten und die Öffentlichkeit goutiere ihre Briefe nicht länger. Dies sei der richtige Moment für den Westen, um zu handeln. Denn war es für die Nato wirklich nötig, zu warten, bis die nationalen Positionen der Grossmächte vorliegen würden? Könnte der Nato-Rat inzwischen nicht bereits mit der Diskussion beispielsweise der Deutschlandfrage beginnen? Dies würde eine der wichtigen Fragen in den Ost-West-Gesprächen sein und auch die Diskussionen über europäische Sicherheit und Abrüstung beeinflussen.<sup>769</sup> Bereits am Vortag hatte Spaak bei einem Mittagessen mit Roberts und dem amerikanischen Journalisten Walter Lippmann betont, der Westen verpasse vielleicht eine günstige Gelegenheit: „The Russians had spoiled their case by too many letters and over-emphasis and they had bored large sections of Western public opinion.“ Spaak glaubte deshalb, der Moment sei reif für ein positives Signal des Westens und er dürfe nicht zu lange abwarten. Von einem Ost-West-Gipfel erwartete Spaak keine „sensationellen Resultate“, hoffte aber, dass vielleicht gewisse limitierte Abkommen die Atmosphäre verbesserten und späteren Fortschritt ermöglichten.<sup>770</sup>

### *Wer spricht für den Westen? Das „Italien-Problem“*

Ein ungeklärtes Problem im westlichen Lager blieb in den ersten Monaten von 1958 auch die Frage der westlichen Repräsentation am Gipfel. Bulganins Vorschlag, dass neben den westlichen Drei auch Italien an dem Gipfel teilnehmen sollte, war für die USA inakzeptabel, weil sich damit die Frage der Parität zwischen der Nato und dem Warschaupakt stellen würde. Bei einer Erweiterung der traditionellen westlichen drei Grossmächte würde Moskau die Vertretung von Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien fordern. Als der Nato-Rat diese Frage am 27. März diskutierte, bestand der italienische Nato-Botschafter Umberto Grazzi darauf, dass Italien am Gipfel partizipiere. Im Vertrauen bekannte er seinen Kollegen, dass seine Regierung dabei an die nächsten Wahlen in Italien dachte. Er erklärte, ein Drittel aller Italiener wähle kommunistisch, ein Drittel Rechtsaussen. Das verbleibende Drittel entscheide über die Wahlen, und diese Stimmen könnten nach einem Ausschluss Italiens vom Gipfel den Falschen zukommen.

Diese Ehrlichkeit Grazzis provozierte ähnliche Offenheit der anderen Botschafter. Die griechischen und türkischen Botschafter warnten davor, nationalen Wahlen für internationale Argumente eine solche Prominenz zukommen zu lassen. Der türkische Botschafter Selim Sarper fand, der Gipfel solle, wie 1955, den drei Westmächten und der

<sup>768</sup> Herter to Burgess (Paris), 14 March 1958, Topol 3294, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>769</sup> Roberts (Paris) to FO, 20 March 1958, Tel. 285, PRO, FO 371/137100.

<sup>770</sup> Roberts (Paris) to FO, 19 March 1958, PRO, FO 371/137101 (ÜdV).

Sowjetunion vorbehalten bleiben. Spaak und der holländische Botschafter van Kleffens argumentierten, eine Allianz wie die Nato müsste das Prinzip einer Delegation an einzelne Mitglieder akzeptieren können. Roberts hielt in seinem Bericht über die Sitzung fest, was er über die Idee einer solchen Delegation der Nato an die westlichen Drei dachte: „We were now getting dangerously near to the position of NATO giving a mandate to the US, the UK and France [...]“. Roberts glaubte, die Sitzung würde später, auch wenn die Diskussion nicht ins Protokoll aufgenommen wurde, von Spaak und anderen als eine „nicht unwichtige Phase in der institutionellen Entwicklung der Nato“ bezeichnet werden.<sup>771</sup> Die versteckte Drohung Grazzis, eine mangelnde Repräsentation am Gipfel werde zu einem Wahlsieg der Kommunisten führen, sowie die Gegenposition der Niederlande und der Türkei, wonach eine Delegation der Nato-Interessen an die westlichen Drei wünschenswert sei, zeigten, wie offen die Nato-Debatten im Frühjahr 1958 geführt wurden.

Wegen der italienischen Position konnte im Nato-Rat in der Frage vorerst keine Einigung gefunden werden. Am 29. März schlug Nolting deshalb vor, in der nächsten Kommunikation an die Sowjetunion bezüglich des Ost-West-Gipfels festzuhalten, dass Moskau die Ausweitung der Gipfelteilnehmer wünsche und vorgeschlagen habe, diese mit Italien und Polen zu ergänzen. Der Nato-Rat war aber gegen eine solche Äusserung und bis zum Mittag konnte kein Kompromiss gefunden werden. Als sich der Rat um 17:00 Uhr zu einer zweiten Sitzung zusammenfand, eröffnete Roberts die Debatte mit der Drohung, dass die westlichen Drei, oder notfalls auch Grossbritannien allein, sich in ihrer Antwort an Moskau von der Nato distanzieren würden, falls sich die Nato nicht auf eine Botschaft an Moskau einigen konnte. Nach dieser „Schockbehandlung“, dass London auch ohne das grüne Licht der Nato vorwärts schreiten würde, zog Nolting nach Konsultationen mit Washington den amerikanischen Vorschlag zurück und ebnete so den Weg für einen Kompromiss. Italien erklärte sich danach einverstanden mit dem Vorschlag, dass Italien erst dann auf eine Teilnahme am Gipfel bestehen würde, wenn die Sowjetunion ihre Satellitenstaaten vorschlagen würde. Der britische und französische Botschafter gaben Grazzi diese Versicherung, worauf alle anderen Vertreter mit „Seufzern von Erleichterung“ (Roberts) ebenfalls zustimmten. In einem erneut „sehr stürmischen“ Treffen, so Roberts, hatte die Einheit der Allianz nur knapp bewahrt werden können.<sup>772</sup>

### 3. Westliche Einschätzungen sowjetischer Intentionen

Im Zusammenhang mit der Dynamik, welche die Nato für ein Gipfeltreffen mit der UdSSR entwickelte, ersuchte das State Department Anfang März den amerikanischen Botschafter in Moskau, Llewelyn Thompson, um eine Analyse der sowjetischen Intentionen. Dabei distanzierte sich Washington von den Nato-Ländern, die an den ehrlichen Wunsch Moskaus nach einem echten Entgegenkommen gegenüber dem Westen glaubten:

We are inclined to think that Soviets generally have pressed for Summit meeting primarily for purposes of demonstrating their ability to force political discussions on West as result of sputniks and ICBM launchings and wish to use conference to expand campaign of popular

<sup>771</sup> Roberts (Paris) to FO, 27 March 1958, Tel. 183, PRO, FO 371/137104 (ÜdV); Roberts (Paris) to FO, 28 March 1958, Tel. 189, *ibid.* Zu den US-Instruktionen an Burgess im Vorfeld des Treffens vgl. Dulles to Burgess (Paris), 20 March 1958, Topol 3357, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Dulles to Burgess (Paris), 26 March 1958, Topol 3413, *ibid.*

<sup>772</sup> Roberts (Paris) to FO, 28 March 1958, Tel. 189, PRO, FO 371/137104 (ÜdV).

pressures behind their own ways of seeking peace – that is peace through victory of communism.<sup>773</sup>

Thompson telegraphierte tags darauf zurück und widersprach der seiner Ansicht nach etwas simplen Interpretation Washingtons. Zwar glaubte auch er nicht daran, dass grundlegende Ost-West-Fragen bereits geklärt werden könnten. Aber er hielt die momentane sowjetische Bereitschaft zu Détente mit dem Westen für wahrhaftig:

I believe their interest in a détente is such that they will be prepared to pay a real price for it. Their present rigid position on agenda is typical of their tactics in attempting to go into a negotiation in the strongest bargaining position possible and to defer concession to last possible moment.

Thompson wies darauf hin, dass die sowjetische Haltung zu einem Gipfeltreffen hauptsächlich von Chruschtschow abhinge. Thompson glaubte, Chruschtschow werde einen schnellen Détenteerfolg suchen, sobald er einen Nachfolger für Bulganin ausgewählt habe. Die grössten sowjetischen Konzessionen erwartete Thompson im Bereich der Abrüstung, insbesondere im Bereich der Nukleartests. Er hielt auch begrenzte Inspektionen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen möglich, allerdings ohne mobile Bodeninspektionen. Thompson glaubte, ein gut vorbereitetes Gipfeltreffen könnte besonders in der Abrüstungsfrage konkrete Resultate zu Tage bringen und eine Ost-West-Entspannung herbeiführen. Ob ein solcher erster Entspannungsschritt dem Westen zum Vor- oder Nachteil gereichen würde, hing nach Thompson davon ab, wie stark eine solche Détente die Kohäsion und die Militärprogramme der Nato schwächen würde. Ein Vorteil für den Westen wäre aber sicherlich, dass eine Entspannung auch eine entsprechende Evolution in Osteuropa vorantreiben würde. Interessant war Thompsons Einschätzung von Chruschtschow:

Despite his many disadvantages from our point of view, including the fact that he is a convinced Communist and is relying on the Communist party as his instrument of rule, his pragmatic approach makes it likely that he, more than any other Soviet leaders in sight, could be brought eventually to accept a workable accommodation with the West.<sup>774</sup>

Wenn Chruschtschow für den Westen zur Zeit den pragmatischsten Kommunisten darstellte, dann konnte sich der Westen über die Entwicklungen im Kreml von Mitte März freuen. Am 27. März erklärte sich Chruschtschow nämlich zum Nachfolger Bulganins und übernahm neben der führenden Stellung in der kommunistischen Partei auch den Vorsitz des Ministerrats.<sup>775</sup>

Nachdem der Westen als sowjetisches Motiv für eine Gipfelkonferenz bisher primär den Versuch gesehen hatte, den durch die Ereignisse von Ungarn zerstörten „Geist von Genf“ wieder aufleben zu lassen, so glaubte die BRD, dass Chruschtschow als neuer Ministerratspräsident der Sowjetunion aus Propagandagründen am Zustandekommen einer Gipfelkonferenz besonders interessiert sei.<sup>776</sup>

Thompsons Prophezeiung, Moskau strebe ein Teststoppabkommen an, erfüllte sich Ende März. Am 24. März diskutierten Eisenhowers wichtigste aussenpolitische Berater die Gefahren, wie die USA am besten auf die Gerüchte eines kurz bevorstehenden unilateralen sowjetischen Teststopps reagieren sollten. Dulles sah grosse Probleme voraus, da die USA vom 7. April bis zum September 1958 eine Testserie geplant hatten und bei

<sup>773</sup> DoS to Thompson (Moscow), 7 March 1958, Tel. 991, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>774</sup> Thompson (Moscow) to DoS, 8 March 1958, Tel. 1537, *ibid.*

<sup>775</sup> Taubman, Khrushchev, 367.

<sup>776</sup> Vgl. zum Beispiel „Allgemeine sowjetische Haltung zur Frage der Gipfelkonferenz“, Bonn, 21. April 1958, PAAA, Referat 301, Bd. 40, 83-15-0: Gipfelkonferenz 1958.

einem sowjetischen Stopp vor der Weltmeinung in eine schwierige Situation geraten würden. Dulles empfahl deshalb, dass Eisenhower noch vor der sowjetischen Ankündigung eine Erklärung abgeben solle, wonach die USA nach Abschluss dieser Testserie bis ans Ende von Eisenhowers Präsidentschaft keine weiteren Tests mehr durchführen würden. Eine solche Ankündigung wäre eine grosse „Propaganda-Sensation“ und würde der Sowjetunion einen herben Schlag versetzen. Die Gedanken von Eisenhower kreisten um die Nato-Alliierten, vor allem um Grossbritannien:

On the broader question, the President said it is simply intolerable to remain in a position wherein the United States, seeking peace, and giving loyal partnership to our allies, is unable to achieve an advantageous impact on world opinion. [...] The President recalled that it is one problem to work something out between the United States and the USSR, and entirely another one when allies have to be consulted. [...] He recalled that we would probably have made an agreement with the Soviets on this matter except that we did not have a law which would permit giving material to the U.K. so as to avoid the necessity for their testing. [...] The President recalled that Mr. Stassen had proposed to wait until the law was passed which would permit transferring material to Great Britain, and then enter into an agreement with the Soviets.<sup>777</sup>

In der Eisenhower-Administration konnte aber kein Konsens gefunden werden, und so war es die Sowjetunion, die mit ihrer Ankündigung eines unilateralen Teststopps am 31. März 1958 den Propagandavorteil der Weltöffentlichkeit gewinnen konnte.<sup>778</sup>

Was die Entwicklung der westlichen Abrüstungsposition betraf, so lehnte Dulles Konsultationen mit dem Nato-Rat auch Mitte April immer noch generell ab. Er hielt es für „extrem unklug“, Abrüstungsexperten der vier westlichen „Abrüstungsstaaten“ USA, Grossbritannien, Frankreich und Kanada der Nato ihre Sicht präsentieren zu lassen. Dulles warnte davor, dass eine zu frühe Involvierung des Ständigen Nato-Rats dieselbe „Verwirrung und unnötigen Schwierigkeiten“ wie im Sommer 1957 hervorrufen würde. Bevor nicht die amerikanische Abrüstungsposition in Washington festgelegt sei, könne er der Nato-Botschaft in Paris deshalb keine entsprechenden Informationen zukommen lassen.<sup>779</sup>

Eine erste Zwischenbilanz der westlichen Abrüstungsposition und insgesamt der westlichen Planungen für eine Ost-West-Konferenz fand an der Aussenministerkonferenz der Nato vom 5./6. Mai 1958 in Kopenhagen statt.

#### **4. Zwischenbilanz an der Kopenhagener Nato-Tagung, Mai 1958**

Am 31. März hatten die USA, Grossbritannien und Frankreich nach Konsultation mit der Nato<sup>780</sup> der sowjetischen Regierung mitgeteilt, dass vorbereitende Gespräche Ende April in Moskau stattfinden sollten. Der Kreml hatte am 11. April sein Einverständnis signalisiert, wünschte aber auf Ende April oder Anfang Mai 1958 ein Treffen auf Stufe der Aussenminister. Kurz darauf gaben die westlichen Drei ihr Einverständnis zu einem Treffen mit dem sowjetischen Aussenminister Andrej Gromyko, aber nicht zu einem

<sup>777</sup> FRUS 1958-60 III: 567-572. Vgl. dazu Robert A. Divine, „Eisenhower, Dulles and the Nuclear Test Ban Issue: Memorandum of a White House Conference, 24 March 1958“, *Diplomatic History* 2, no. 3 (Summer 1978): 321-330; Larson-Welch, *Anatomy of Mistrust*, 81-85.

<sup>778</sup> *Documents on Disarmament* 1949-59 II: 978-980. Chruschtschow forderte Eisenhower wenig später dazu auf, sich dem sowjetischen Moratorium anzuschliessen: Khrushchev to Eisenhower, 4 April 1958, *ibid.*, 980ff. Vgl. zu Chruschtschows Motiven Evangelista, *Unarmed Forces*, 53-57.

<sup>779</sup> Dulles to Burgess (Paris), 16 April 1958, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>780</sup> Der Nato-Rat gab sein Einverständnis dazu, dass die USA, Grossbritannien und Frankreich in Moskau Sondierungsgespräche mit dem sowjetischen Aussenminister führten. FO to Caccia (Washington), 28 May 1958, Tel. 3164, PRO, FO 371/137116.



Aussenministertreffen. Gromyko war daraufhin nur zu separaten Treffen mit den westlichen drei Botschaftern in Moskau bereit, auch wenn Washington, London und Paris gemeinsame Treffen vorschlugen, um den Prozess zu beschleunigen. Weil die Sowjetunion gemeinsame Sitzungen nur dann zulassen, wenn auch der polnische und tschechoslowakische Botschafter daran teilnehmen könnten, akzeptierten die Westmächte am 3. Mai 1958 separate Sondierungsgespräche ihrer Botschafter in Moskau mit Gromyko.<sup>781</sup>

Der deutsche Nato-Botschafter Blankenhorn fand kurz vor dem Kopenhagener Atlantikrat im Gespräch mit Nato-Generalsekretär Spaak, der Westen sei „sachlich auf die Konferenz noch völlig unzulänglich vorbereitet.“ Es fehlten die „leitenden Gedanken“ der amerikanischen Regierung, auf die es bei den Gesprächen mit der Sowjetunion entscheidend ankomme. Er hoffte darauf, dass die Eisenhower-Regierung in der Lage sein würde, in Kopenhagen zu sagen, was sie wirklich wolle. Spaak kommentierte die Grundhaltung des Westens zu einer Ost-West-Gipfelkonferenz hingegen sachlich: „Wir müssen wissen, was wir *nicht* wollen.“ Für ihn waren drei Themen ein absolutes Tabu. *Erstens* komme der Abzug der amerikanischen Truppen vom Kontinent nicht in Frage. *Zweitens* sei eine Neutralisierung Deutschlands völlig ausgeschlossen. *Drittens* lehne der Westen die Schaffung einer entmilitarisierten Zone in Zentraleuropa ab.<sup>782</sup> Spaak goss jedoch Öl aufs Feuer, als er während seines Deutschlandbesuchs öffentlich bekundete, dass die Suche nach einem umfassenden, kontrollierten Abrüstungsabkommen „das wichtigste Ziel“ der Nato darstelle. Spaaks Äusserungen machten in Deutschland Schlagzeilen.<sup>783</sup>

Als Spaak die bevorstehende Nato-Tagung mit Dulles besprach, versuchte dieser, die Erwartungen an einen Gipfel mit Moskau zu dämpfen. Was das Abrüstungsdossier betraf, so waren Grossbritannien und Frankreich gegen ein Nuklearteststopp-Abkommen – zumindest bis die USA ihre Atomenergiegesetzgebung liberalisiert hätten. Die Eisenhower-Regierung war eigentlich gegen ein Gipfeltreffen. Auch der amerikanische Kongress war gegen ein Viermächtetreffen auf höchster Ebene. Dulles betonte, er sei vor allem über das Paritätsprinzip besorgt, das Verhandlungen zwischen den Blöcken implizieren würde.<sup>784</sup>

Die Nato-Aussenminister begannen ihre Diskussionen am 5. Mai im Schloss Christiansborg in Kopenhagen mit Spaaks Bericht über die politische Entwicklung der Nato. Als positive Punkte der Nato-Konsultationen seit Dezember 1957 nannte Spaak besonders die Abrüstungsdiskussionen, die Koordination der Antworten an Bulganin und die Vorbereitungen für ein mögliches Gipfeltreffen – der Generalsekretär beschrieb die politische Kooperation zur Zeit als „nahezu perfekt.“<sup>785</sup> Nach den Turbulenzen vom Fe-

<sup>781</sup> Caccia (Washington) to FO, 2 May 1958, Tel. 1053, „Summit Preparations“, PRO, FO 371/137113. Vgl. zu Gromyko: Andrei Gromyko, *Memories* (New York: Doubleday, 1989).

<sup>782</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 22. April 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 87. Vgl. auch Blankenhorn, *Verständnis*, 291f.

<sup>783</sup> Bruce (Bonn) to DoS, 24 April 1958, Tel. 3227, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>784</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 325f. Eisenhower teilte Dulles' Bedenken wegen des Paritätsprinzips. Ibid., 319f.

<sup>785</sup> Annual Political Appraisal, 25 April 1958, NA, C-M(58)72. Roberts kommentierte dazu, Spaak habe den drei westlichen Grossmächten ein „farbiges Bouquet“ (ÜdA) für ihre gewissenhafte Kooperation und Konsultation mit den Alliierten überreicht. NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 5 May 1958, PRO, FO 371/137799. Spaak lobte insbesondere die USA für ihre Bereitschaft, die Nato „über jede einzelne ihrer Handlungen“, als er seinen neuen Stellvertreter, den Briten Evelyn Shuckburgh im Juli 1958 am Nato-Hauptquartier in Paris begrüßte. Shuckburgh Diary, 26 July 1958, Papers of Sir Evelyn Shuckburgh, University of Birmingham (Shuckburgh Papers), MS 191/1/2/6.

bruar und März und Spaaks damaliger heftiger Kritik an den USA, Grossbritannien und Frankreich fiel diese Einschätzung Spaaks überraschend positiv aus!

Dulles hielt seinen Kommentar zu Spaaks Bericht in allgemeinen Zügen und war ebenfalls zufrieden mit der Entwicklung der Nato, da eine Allianz in Friedenszeiten „etwas gänzlich Neues“ in den internationalen Beziehungen sei. Es werde nicht immer geschätzt, dass die Nato das erste Beispiel einer erfolgreichen Kombination von Unabhängigkeit mit Interdependenz in der Geschichte darstelle.<sup>786</sup> Der italienische Aussenminister Pella betonte die grosse Bedeutung der Rolle, welche sein Land den Nato-Konsultationen in den Gipfelvorbereitungen verlieh. Blankenhorns fand, der Jahresbericht Spaaks zeige ein gutes Bild von der Tätigkeit der Allianz. Die politische Arbeit der Allianz habe sich zweifellos erheblich verbessert. Blankenhorn notierte in sein Tagebuch: „Wir verfügen heute hier über ein bedeutendes politisches Nachrichten-Clearing der 15 Partnerstaaten, aber darüber hinaus auch über eine Möglichkeit der gegenseitigen Abstimmung und Koordination, wie sie noch vor einigen Jahren unvorstellbar war.“ Selbst die USA, die als Vormacht der Allianz noch vor kurzem nicht daran gedacht hätten, ihre diplomatischen Aktionen vor Ausführung im Rat zur Diskussion zu stellen, hätten dies in letzter Zeit immer häufiger getan. Der Rat und die beteiligten Regierungen hätten sich auch immer mehr bemüht, auf solche Konsultationsvorschläge hin technisch möglichst schnell zu reagieren. Für Blankenhorn kam die Nato so „Schritt für Schritt zu der gemeinsamen Aussenpolitik, wie sie in früheren Allianzen undenkbar war.“ Dass dies vor allem das Verdienst von Spaak sei, wurde auch von den anderen Nato-Staaten unisono anerkannt.<sup>787</sup>

Am Nachmittag berichtete Dulles im Namen der USA, Frankreichs und Grossbritanniens über die Vorbereitungsgespräche für ein mögliches Gipfeltreffen mit der UdSSR. Dulles war „bitter enttäuscht“ über das sowjetische Veto in der UNO vom 2. Mai über den amerikanischen Vorschlag einer Inspektionszone in der Arktik nördlich des Polarkreises. Er meinte, dass seither in den USA die Opposition gegen einen Ost-West-Gipfel grösser geworden sei. Dulles stellte klar, dass Eisenhower nicht bereit war, Chruschtschow zu treffen, wenn der Preis dafür zu grosse politische Rückschritte wären. Die USA würden den politischen Status quo in Europa, insbesondere ein geteiltes Deutschland, nicht akzeptieren. Das Bindeglied zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Sicherheit dürfe auf keinen Fall aufgegeben werden. Dulles warnte seine Kollegen, dass ein Nachgeben auf die sowjetische Forderung nach Parität in der Zusammensetzung des Gipfels für alle weiteren internationalen Treffen weitreichende Konsequenzen hätte, etwa für Ost-West-Verhandlungen im Rahmen der UNO.<sup>788</sup>

Brentano äusserte grosse Zweifel an der sowjetischen Aufrichtigkeit, mit dem Westen zu verhandeln und vermutete, die Sowjets seien vielmehr bloss auf einen Propagandaerfolg aus. Da sie die Genfer Deklaration von 1955 scheinbar ignorierten, bestand seiner Meinung nach wenig Hoffnung, dass sie es mit den Verhandlungen ernst meinten. Auch wenn die Abrüstung den Gipfel dominieren würde, so war gleichzeitig die Behandlung politischer Fragen wichtig. Der Westen dürfe nicht von der Genfer Verknüp-

<sup>786</sup> NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 5 May 1958, 10:00 a.m., 5f. [Spaak], 9 [Zorlu], 11f. [Dulles], NA, C-R(58)31; Dulles (Copenhagen) to DoS, 5 May 1958, Secto 21, USNA, RG 59, CF, Box 148, CF 10007, CPH, Secto-ToSec, 5-7 May 1958 (1); Fernschreiben von Brentano (Kopenhagen) ans AA, 5. Mai 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 87; NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 5 May 1958, PRO, FO 371/137799.

<sup>787</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 7. Mai 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 87.

<sup>788</sup> NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 5 May 1958, 3:00 p.m., 4ff. (ÜdV). Vgl. auch FRUS 1958-60 VII(1): 326f.

fung des Deutschlandproblems mit europäischer Sicherheit von 1955 abwiechen. Eine allgemeine politische Détente und eine Lösung der deutschen Frage war, nach Einschätzung Bonns, erst nach einer kontrollierten Abrüstung möglich. Brentano klärte damit die Haltung der BRD zu Abrüstung und Détente sowie zur deutschen Frage:

He said a superficial détente which hardened status quo was unacceptable. Germany must necessarily be discussed at summit meeting. European security and disarmament were also linked.<sup>789</sup>

Lloyd legte offen, dass Grossbritannien – anders als die USA – nach wie vor ein Gipfeltreffen wünschte.<sup>790</sup>

In einem bilateralen Treffen waren sich Dulles und Brentano einig, dass die Chancen für einen erfolgreichen Ost-West-Gipfel äusserst gering seien. Dulles glaubte nicht, dass „aus einer Gipfelkonferenz viel Gutes kommen könne“ und sah im Gegenteil die Gefahr, dass der Westen auf dem Wege zu einem Gipfel und an der Konferenz selbst „viel verlieren“ könnte. Vor Brentano nahm Dulles kein Blatt vor den Mund: „Wenn es nach dem Wunsch der amerikanischen Regierung ginge, würde eine Gipfelkonferenz nicht stattfinden.“ Brentano bekräftigte, dass man auf deutscher Seite ebenfalls die Schwierigkeiten sehe. In Bonn bestünden keine falschen Erwartungen über die Ergebnisse einer Gipfelkonferenz, und die Skepsis in der Adenauer-Regierung sei sehr gross. Die Öffentlichkeit in Europa denke aber, die Zeit sei gekommen, zumindest einen Ver-

<sup>789</sup> Ibid., 6-9. Grossbritannien, Frankreich, die Türkei, Italien und Holland sprachen sich alle gegen Disengagementpläne aus. Zu Adenauers bilateraler Détenteinitiative gegenüber Moskau, der sogenannten „Arkanpolitik“ Adenauers, vgl. Kosthorst, Brentano, 222-234. In Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter in Bonn, Smirnow, schlug Adenauer überraschend vor, die deutsche Frage noch vor der geplanten Gipfelkonferenz zu lösen, und entwickelte die Idee, der DDR den Status Österreichs zu geben. Er bat Smirnow um Geheimhaltung, da er riskiere, „von seinen eigenen Leuten dafür gesteinigt zu werden“, sollte die Österreich-Idee in der deutschen Öffentlichkeit bekannt werden. Offenbar rechnete Adenauer jedoch mit einer sowjetischen Ablehnung und versprach sich deshalb vor allem einen Propagandagewinn aus der Episode. Die sowjetische Regierung lehnte separate Verhandlungen mit der BRD ab und lehnte den Versuch, sie über ein Junktim mit den Abrüstungs- und Sicherheitsthemen zu erzwingen, mit den Worten ab, Adenauers Initiative füge der Vorbereitung der Gipfelkonferenz „schweren Schaden“ zu. Gesprächsprotokoll zwischen Adenauer und Smirnow, 19. März 1958, PAAA, Ministerbüro, Bd. 126, Beziehungen der BRD zur Sowjetunion, Bd. II. DzD III/4/1: 686. Als Mikojan im Frühjahr Deutschland besuchte, ging er mit keinem Wort auf Adenauers Österreich-Vorschlag ein. Vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1955-59*, 380-395; Peter Siebenmorgen, *Gezeitenwechsel: Aufbruch zur Entspannungspolitik* (Bonn: Bouvier, 1990), 151. Aufgrund der Anti-Atomtod-Bewegung in Deutschland musste Adenauer im Frühjahr 1958 aus innenpolitischen Gründen eine Ost-West-Konferenz und insbesondere den Agendapunkt „Abrüstung“ unterstützen, die er als Aussenpolitiker wegen Disengagement und dem Rapacki-Plan fürchtete. Da Moskau mit dem Gipfel vor allem die Umrüstung der Nato auf Nuklear- und Raketenwaffen verhindern wollte, befürchtete die Adenauer-Regierung, die USA, Grossbritannien und Frankreich würden ein Abkommen mit Moskau auf Kosten der BRD abschliessen. Aus taktischen Gründen erklärte sich Adenauer gegenüber Macmillan in London und Spaak in Bonn im April bereit, dass der Ost-West-Gipfel sich auf die Abrüstungsproblematik konzentrierte und dass die Deutschlandfrage dem gegenüber in den Hintergrund geriet. Die entsprechenden Gesprächsprotokolle finden sich in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 87. Vgl. auch Kastner, „Ambivalent Ally“, 195-206. In den Bundestagsdebatten vom März 1958 veröffentlichte die Adenauerregierung die sogenannte „März-Resolution“, welche eine zweigleisige Politik von atomarer Abrüstung zwischen Ost und West mit der nuklearen Modernisierung der Bundeswehr verknüpfte, sofern kein Ost-West-Abkommen zustande käme. Damit wurde die Nuklearisierung der Bundeswehr als Verhandlungsschritt für ein Abrüstungsabkommen mit Moskau angeboten. Vgl. dazu Marc Cioc, *Pax Atomica: The Nuclear Defense Debate in West Germany during the Adenauer Era* (New York: Columbia University Press, 1988), 49f.

<sup>790</sup> NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 5 May 1958, 3:00 p.m., 9-15, NA, C-R(58)32; Dulles (Copenhagen) to DoS, 6 May 1958, Secto 22 and 29, USNA, RG 59, CF, Box 148, CF 1007, CPH, Secto-ToSec, 5-7 May 1958 (1); Lloyd (Copenhagen) to FO, 7 May 1958, Tel. 14, PRO, FO 371/137114; NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 5 May 1958, PRO, FO 371/137799.

sich zu wagen. Bezüglich Abrüstung betonte Dulles, diese betreffe vor allem Nuklearwaffen und Interkontinentalraketen, also hauptsächlich die USA und die Sowjetunion. Dulles hielt es für besser, wenn die beiden Supermächte darüber vertraulich und auf diplomatischem Weg sprächen, als wenn dies im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit geschähe.

Gegenüber Brentano hielt Dulles die Haltung der Eisenhower-Regierung zur gegenseitigen Abhängigkeit von Abrüstung und Wiedervereinigung unmissverständlich fest. Die amerikanische Regierung, so versprach Dulles, sei der Überzeugung, dass eine Abrüstung nicht möglich sei, solange die politischen Fragen und darunter die Wiedervereinigung Deutschlands nicht geklärt waren. Die beiden Problemkreise seien „untrennbar miteinander verbunden“ und in ihren Auswirkungen reziprok.<sup>791</sup> Das bilaterale Treffen zwischen Brentano und Dulles am Rande des Nato-Rats in Kopenhagen zeigte, dass die USA auch im Frühjahr 1958 noch an den gleichen politischen Konzepten festhielten wie 1955.

Der scheinbare Konsens innerhalb der Nato gegen Disengagement, gegen separate Abrüstungsabkommen und gegen ein Gipfeltreffen wurde erst am 6. Mai von den nordischen Ländern durchbrochen. Der dänische Staatschef und Aussenminister Hans-Christiansen betonte, man dürfe nicht zu pessimistisch sein und solle alle Möglichkeiten ergreifen, die Spannung zu mindern. Die dänische Öffentlichkeit wolle eine Détente, sei es durch ein Gipfeltreffen oder andere Massnahmen. Es dürfe kein Zweifel entstehen, dass der Westen bereit sei, in ernste Verhandlungen mit dem Osten einzutreten. Er glaubte, die Sowjets wollten den Ost-West-Gipfel wirklich. Er wies auch darauf hin, dass der Rapacki-Plan von den nordischen Ländern positiver beurteilt worden sei als von den anderen Nato-Ländern. Hansen schlug Ideen für konstruktive Verhandlungen vor, beispielsweise ein Verbot und ein Stationierungsverbot von Nuklearwaffen oder eine Reduktion von konventionellen Streitkräften. Konkret stellte er Dulles die Frage, wie die USA die „sehr effektive“ unilaterale Ankündigung Moskaus eines Teststopps zu kontern gedachten. Für Hansen war es besonders wichtig, den defensiven Charakter der Nato und ihr Interesse an einer Fortsetzung der Abrüstungsgespräche zu betonen.<sup>792</sup>

Der kanadische Aussenminister Smith ergänzte, dass nach den vielen Sitzungen in den ersten paar Monaten des Jahres 1958 nun die Zeit reif sei für Verhandlungen. Die Konsultationen in Bezug auf die westlichen Antworten auf die Bulganinbriefe seien sowohl für Kanada als auch für die Nato wertvoll gewesen:

These discussions had shown a proper balance between maintaining the unity of purpose of the Alliance on the one hand, and the need for freedom of manoeuvre by those with the main responsibility for negotiation on the other.

Kanada glaubte, aufgrund wichtiger Veränderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion sei nun eine Entspannung möglich und die Nato könnte die Verhandlungen beschleunigen, ohne ihre Sicherheit zu gefährden. Ottawa befürwortete deshalb auch ein

<sup>791</sup> Gesprächsaufzeichnung zwischen Brentano und Dulles, Kopenhagen, 5. Mai 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 87. Kosthorst bezeichnete Dulles' Hinweis auf die Bedeutung des Junktims eine „diplomatisch verbrämte Standpauke“, die Adenauer und seiner verwirrenden Taktik im Vorfeld des möglichen Ost-West-Gipfels galt. Kosthorst, Brentano, 230. Vgl. auch Letter from Dulles to Adenauer, 22 May 1958, USNA, RG 59, PPS, Box 137, Germany 1957-58.

<sup>792</sup> NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 6 May 1958, 10:00 a.m. and 4:00 p.m., 4f. [Pella], 5f. [Hansen], 6-9 [Smith], 9ff. [Lange], 12 [Larock], 14ff. [Spaak], NA, C-R(58)33; Lloyd (Copenhagen) to FO, 7 May 1958, Tel. 21, PRO, FO 371/137114; Fernschreiben von Brentano (Kopenhagen) ans AA, 5. Mai 1958, AAPD, B 14-301, 83:00-2: Ministertagungen 1958.

Teststoppabkommen. Smith hoffte auf eine gesunde Balance zwischen einer militärischen Stärkung der Nato und einer Offenheit gegenüber Verhandlungen, die zu einer Détente führen könnten:

Until the situation changed, NATO must pursue its efforts towards the best military posture of which it was capable. It would, however, be less than wise if the Alliance did not keep under review the political implications of those decisions, the timing of their implementation and their relevance in future negotiations with the communist bloc. [...] The Alliance's nuclear strategy, as well as its policies in other fields, must retain a degree of flexibility at least commensurate with that which might be shown by the Soviet Union; otherwise they might lose opportunities for negotiation leading to the agreement on matters of substance which they all earnestly desired. [...] The Alliance has placed itself in a favourable negotiating position which might not last very long; and member countries should make the most of the present opportunity by drawing up proposals for a possible Summit Meeting, showing as much flexibility in the nuclear field as they did in others.

Smith hoffte auf eine komplette Einheit und Solidarität im Ansatz der Nato gegenüber Verhandlungen mit Moskau. Laut Smith war die engere Konsultation, in deren Richtung sich die Nato bewegte, nicht nur ein wichtiges Element, das zur Konsolidierung der westlichen Verhandlungsstärke beitrug, sondern auch eine Bestätigung dafür, dass die atlantische Gemeinschaft Fortschritte machte.

Der norwegische Aussenminister Lange zeigte sich ebenfalls zufrieden mit der Implementierung der Entscheidung des Ministerrats vom letzten Dezember, den Stillstand in den Abrüstungsverhandlungen mit Moskau zu durchbrechen. Norwegen plädierte dafür, das westliche Paket aufzuschnüren und zunächst mit der UdSSR einzelne Teile zu verhandeln, zum Beispiel den amerikanischen Vorschlag einer atomfreien Arktikzone oder eine Suspension von Nukleartests. Auch was die Verknüpfung mit der Deutschlandfrage betraf, war Lange flexibler als Washington, Paris, London, Rom und Amsterdam:

He agreed with previous speakers on the need to keep German reunification in freedom as one of the chief political aims of the Alliance. But this should not necessarily mean that agreement on all security measures in Europe must be excluded unless the German problem was solved at the same time.

Lange forderte die Allianz auf, nicht nur immer auf negative Art und Weise auf sowjetische Initiativen zu reagieren, sondern neben der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit eine politische Offensive zu betreiben. Für Lange war auch ein „Dialog“ zwischen Washington und Moskau wünschenswert, wenn dadurch die wahren Intentionen der UdSSR klarer würden.

Belgiens Aussenminister Victor Larock glaubte nicht daran, dass Chruschtschow bereit war zu seriösen Verhandlungen – gemäss einem Gespräch mit dem belgischen Botschafter in Moskau war Chruschtschows wichtigstes Ziel ein *tête-à-tête* mit Eisenhower. Larock versuchte die positiven Einschätzungen von Hansen, Smith und Lange zu korrigieren, indem er Chruschtschow mit Stalin verglich und klar machte, dass er einen Verhandlungserfolg am Ost-West-Gipfel für unwahrscheinlich hielt, da Chruschtschow den Status quo in Europa konsolidieren wolle.

Auch Luxemburgs Bech fand den Augenblick gefährlich für Verhandlungen mit dem Osten. Die öffentliche Meinung in den Nato-Staaten sei „verstört und gespalten“, auch sehr kluge Leute seien aus Angst vor der Atombombe der Realität gegenüber blind geworden und bereit, die Sicherheit ihrer Staaten ihren Illusionen zu opfern. Bech glaubte, die sowjetischen Ziele hätten sich seit 1917 nicht geändert: Für die Sowjets sei die Nato nach wie vor der „Feind Nr. 1“ und die Auflösung dieser Allianz ihr Haupt-

ziel. Bech forderte seine Kollegen auf, das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West aufrecht zu erhalten.

Dulles kommentierte die Vielfalt der im Nato-Rat präsentierten Meinungen zynisch: „Plenty of views were expressed but it may take a stroke of genius to make anything out of them.“<sup>793</sup> Spaak versuchte hingegen, wie immer, über die zweitägigen Debatten ein Fazit zu ziehen. Er hielt fest, dass der Westen sich, mehr oder weniger enthusiastisch, auf das von Moskau gewünschte Gipfeltreffen zubewegte, das er aufgrund des starken Drucks der öffentlichen Meinung – vor allem in Europa – akzeptiert hatte. In Westeuropa fordere die Öffentlichkeit eine Abkehr vom momentanen Status quo im Kalten Krieg. Spaak wies aber darauf hin, dass dieser Status quo Westeuropa in den letzten zehn Jahren Stabilität garantiert habe, und warnte deshalb vor Veränderungen. Die Allianz würde als Voraussetzung für eine Ost-West-Konferenz wie 1955 den Agendapunkt „Deutsche Frage“ fordern. Zudem würde eine Neutralisierung Deutschlands, der Abzug der amerikanischen, britischen und kanadischen Truppen aus Zentraleuropa oder ein Disengagement gemäss Rapacki- oder Kennan-Plan von der Nato „nie akzeptiert werden.“ Am ehesten sei ein Abrüstungserfolg möglich, etwa ein Teststoppabkommen, kombiniert mit einem Produktionsstopp von spaltbarem Material. Eine Lösung war aber seiner Meinung nach nur in Raten möglich. Für Spaak war es nach wie vor unklar, ob die Sowjets überhaupt ein Gipfeltreffen wünschten. Seiner Meinung nach wollte Chruschtschow aus Prestigegründen vor allem ein Treffen mit Eisenhower.<sup>794</sup>

In der Nachmittagssitzung diskutierten die Aussenminister das abschliessende Kommuniqué. Lloyd plädierte für eine Erklärung in gemässigtem Ton, die bewusst auf Polemik verzichten und die Position des Westens stabilisieren sollte. Bezüglich möglicher Ost-West-Gespräche solle darauf hingewiesen werden, dass eine Gipfelkonferenz nur in einer besseren Atmosphäre Erfolg verspreche und dass hierzu beide Seiten Anstrengungen unternehmen müssten. Der Westen solle sich darauf beschränken, die Abrüstungsfrage, die Frage der europäischen Sicherheit und die Deutschlandfrage als Hauptthemen zu bezeichnen, während über Disengagement so wenig wie möglich gesprochen werden solle. Auch Smith und Lange traten für eine positive Note des Kommuniqués ein. Die Nato solle klarmachen, dass sie zu Besprechungen mit Moskau bereit sei. Der türkische Aussenminister Zorlu warnte hingegen, dass sich die Gefahr nicht vermindert habe. Man solle der Öffentlichkeit nicht durch ein zu rosiges Kommuniqué falsche Hoffnungen machen. Wichtiger als die Gipfelkonferenz sei die Aufrechterhaltung der Nato als Verteidigungsorganisation. Langsam gewinne er den Eindruck, als ob die Vorbereitung der Gipfelkonferenz die wichtigste Aufgabe der Nato darstelle. Auch Dulles blieb vorsichtig. Man müsse die irrtümliche Meinung bekämpfen, dass nur Gipfelkonferenzen dazu geeignet seien, zwischen Ost und West zu verhandeln..<sup>795</sup>

Im Kommuniqué hielt die Nato explizit fest: „NATO [...] is now more than merely a military alliance. It is becoming a true community of free nations. Within this community, to a degree unprecedented in history, countries are carrying out a policy of close co-operation in peacetime without abandoning their independence.“ Die Nato nahm eher distanziert zu einem möglichen Ost-West-Gipfel Stellung und forderte genügend

<sup>793</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 347.

<sup>794</sup> NATO Ministerial Meeting, Copenhagen, 6 May 1958, 10:00 a.m. and 4:00 p.m., 4f. [Pella], 5f. [Hansen], 6-9 [Smith], 9ff. [Lange], 12 [Larock], 14ff. [Spaak], NA, C-R(58)33 (ÜdV); Lloyd (Copenhagen) to FO, 7 May 1958, Tel. 21, PRO, FO 371/137114; Fernschreiben von Brentano (Kopenhagen) ans AA, 5. Mai 1958, AAPD, B 14-301, 83:00-2: Ministertagungen 1958.

<sup>795</sup> Fernschreiben von Brentano (Kopenhagen) ans AA, 7. Mai 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 87.

Vorbereitung und Aussicht auf einen konkreten Erfolg als wichtige Voraussetzungen eines solchen Treffens. Die Nato hielten zwar am Prinzip von Verhandlungen fest, erwähnten aber neben Abrüstung auch explizit die deutsche Frage als wichtigen Agendapunkt eines allfälligen Gipfels mit der Sowjetunion.<sup>796</sup>

## 5. Östliche und westliche Reaktionen auf den Atlantikrat

Die Nato-Konferenz nahm in der sowjetischen Presse verhältnismässig viel Platz ein. Dabei wurde argumentiert, der Ost-West-Gipfel werde durch die Nato und insbesondere die USA verhindert und der Plan einer atomwaffenfreien Zone sei vom Westen abgelehnt worden. Die Nato habe an der Tagung vor allem den Bau von amerikanischen Raketenbasen in Westeuropa und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen besprochen. Damit versuchte die sowjetische Presse, den politischen Charakter des Atlantikrats zu widerlegen und die Angst vor einem atomaren Konflikt gegen die Nato zu schüren. Gemäss der sowjetischen Presse wollten die USA und vor allem Dulles eine Entspannung durch die Beibehaltung einer „Politik der Stärke“ verhindern. Am 7. Mai berichteten die *Prawda* und die *Iswestija* auch über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Nato über eine kernwaffenfreie Zone und eine Détente im allgemeinen.<sup>797</sup>

Brentano hielt die Kopenhagener Konferenz für einen „befriedigenden Erfolg“. Zwar habe es Nuancen über die Zweckmässigkeit und die Erfolgsaussichten von Ost-West-Verhandlungen gegeben, aber die Nato habe im grossen Ganzen eine einheitliche Linie vertreten. Auch wenn sich die Nato für eine Abhaltung einer Konferenz einsetze, herrsche sehr grosse Skepsis an den sowjetischen Motiven für eine Gipfelkonferenz – die meisten Nato-Staaten, so resümierte Brentano, dachten, Moskau sei vor allem auf einen Propagandagewinn aus. Seiner Meinung nach sei das Bündnis durch wesentliche Fortschritte der politischen Konsultation und die auf allen Seiten vorhandene Bereitschaft zur Intensivierung nicht-militärischer Massnahmen gestärkt worden.<sup>798</sup>

Adenauer war hingegen enttäuscht über die europäische Haltung gegenüber den USA. Im Dezember 1957 sei Dulles mit dem Vorsatz, eine harte Linie zu vertreten, nach Paris gereist, hätte diese aber schnell abschwächen müssen, nachdem die deutsche und andere Delegationen eine „geschmeidigere“ Haltung an den Tag gelegt hätten. Auch in Kopenhagen sei Dulles mit einer harten Linie angetreten, doch dieses Mal, so der Vorwurf Adenauers, sei ihm niemand entgegengetreten. Adenauer war offenbar zornig auf Blankenhorn und Brentano, weil sie sich nicht gegen Dulles gewehrt hatten, wie er selbst dies im Dezember getan hatte. Adenauer wünschte laut Blankenhorn Gespräche mit den Sowjets, solange er noch Kanzler war und Kontrolle darüber hatte. Zudem sollte in der öffentlichen Meinung nicht der Eindruck entstehen, die Deutschen würden einen Fortschritt im Ost-West-Dialog blockieren. Adenauer war deshalb enttäuscht, dass das Nato-Kommuniqué vom Mai gegenüber den Sowjets viel härter formuliert worden war als dasjenige im Dezember 1957.<sup>799</sup>

Roberts stimmte der Einschätzung Adenauers zu, die deutsche Delegation hätte in Kopenhagen keine sehr prominente Rolle gespielt, sondern die meiste Zeit über bloss

<sup>796</sup> Communiqué, 7 May 1958, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c580507a.htm> (6.2.2013).

<sup>797</sup> Fernschreiben von Kroll (Moskau) ans AA, 7. Mai 1958, PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958. Zu Kroll vgl. Hans Kroll, *Lebenserinnerungen eines Botschafters* (Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1967).

<sup>798</sup> Informationstelegramm von Brentano, 14. Mai 1958, PAAA, B 14-301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958.

<sup>799</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 7. Mai 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd 87.

geschwiegen. Verglichen mit dem Pariser Gipfel vom Dezember 1957, hielt er den Kopenhagener Atlantikrat aber für das bessere Treffen. Damals habe nach der Tagung das ungute Gefühl bestanden, die Allianz breche auseinander; nach Kopenhagen hingegen sei gerade das Gegenteil der Fall: die Nato war wieder gestärkt und geeint.<sup>800</sup> Auch Spaak beklagte sich über die Rolle der BRD in den Gipfelvorbereitungen. Gegenüber Roberts machte der Generalsekretär Mitte Mai deutlich, dass er die „Unfähigkeit“ der Deutschen, sich eine Meinung zu bilden, für die Hauptursache der Verzögerungen in den Nato-Konsultationen hielt.<sup>801</sup> Als Spaak mit Lloyd Ende Mai über die Nato-Sitzung sprach, fand er, der Westen müsse in der Deutschland-Frage eine klare Haltung haben. Spaak war besorgt über den sehr langsamen Fortschritt in der westlichen Verhandlungsposition. Lloyd hingegen bekannte: „I had always believed that it might be more difficult to prepare our own positions than to prepare the ground with the Russians.“<sup>802</sup>

Dulles hielt nach dem Atlantikrat fest, dass die Aussenminister die meiste Zeit für das Thema Verhandlungen mit der Sowjetunion verwendet hatten, vor allem über die Frage eines möglichen Gipfeltreffens. Die meisten Nato-Staaten seien mit der Entwicklung der politischen Dimension der Allianz zufrieden: „There was general agreement and recognition that NATO political consultation has become an established and important fact of international life.“ Auch wenn Spaaks Fortschrittsbericht einige „schwarze Flecken“ gezeigt habe, seien im Bereich der politischen Konsultation grundsätzlich grosse Fortschritte gemacht worden. Bezüglich eines möglichen Ost-West-Gipfels bestünden zwar innerhalb der Nato „unterschiedliche Schattierungen von Sichtweisen“, aber alle Nato-Staaten gaben der Sowjetunion die Schuld für den mangelnden Fortschritt und alle unterstützten die westliche Forderung, wonach ein neuer Ost-West-Gipfel an den Genfer Gipfel von 1955 anknüpfen sollte. Für Dulles war die wichtigste Erkenntnis aus den Nato-Debatten, dass durch das sowjetische Veto des amerikanischen Arktis-Vorschlages europäische Illusionen über sowjetische Détenteabsichten zerstört worden waren. Dulles' Fazit fiel deshalb grundsätzlich positiv aus: „The meeting should be viewed as another good step forward in the process of maintaining and strengthening the unity of NATO.“ Diese Einheit hielt Dulles für einmalig in der Geschichte, besonders den kühnen, originellen und dynamischen Prozess von kontinuierlicher politischer und militärischer Konsultation und Koordination in der Nato. Dulles schloss seinen Bericht mit dem Hinweis, dass die Atmosphäre an der Tagung durchwegs „hervorragend“ gewesen sei.<sup>803</sup>

Nach der Kopenhagener Tagung besprach Dulles die Resultate des Atlantikrats mit Eisenhower. Seiner Meinung nach hatte sich die Leidenschaft in Europa für ein Gipfeltreffen mit Chruschtschow etwas abgekühlt. Was die Substanz eines möglichen Ost-West-Gipfels betraf, hätten viele europäische Minister Dulles angefleht, das Abrüstungsverhandlungspaket nicht aufzuteilen, das heisst die nukleare nicht von der konventionellen Abrüstung zu trennen. Eisenhower nannte zwar die Eliminierung von Nukleare Waffen ein vordringliches persönliches Ziel, war aber bereit, auf europäische „Empfindlichkeiten“ – namentlich auf Grossbritanniens Nuklearambitionen – Rücksicht zu nehmen.<sup>804</sup>

<sup>800</sup> Roberts (Paris) to Hoyer Millar (London), 10 May 1958, PRO, FO 371/137799.

<sup>801</sup> Roberts (Paris) to FO, 17 May 1958, Tel. 26, PRO, FO 371/137115.

<sup>802</sup> Lloyd-Spaak Meeting, London, 21 May 1958, *ibid*.

<sup>803</sup> Dulles (Copenhagen) to DoS, 10 May 1958, Secto 74, USNA, RG 59, DF, 396.1-CO (ÜdV).

<sup>804</sup> FRUS 1958-60 X(1): 351.



## 6. Ende der Gipfelvorbereitungen

An der Ratssitzung vom 20. Mai 1958 betonte Blankenhorn nochmals, dass für die BRD die Abrüstung das wichtigste Thema in Ost-West-Gesprächen darstelle. Die deutsche Wiedervereinigung solle auch auf der Agenda erscheinen, aber wegen dieser Frage sollte der Gipfel nicht scheitern. An der Behandlung des deutschen Problems komme der Westen aber wohl nicht vorbei, da es „letztendlich keine Entspannung, keine Sicherheit und auch keine Abrüstung ohne eine gleichzeitige Lösung dieses Problems“ gebe. Blankenhorn stimmte jedoch den Vorhaben zu, wonach die Botschafter der drei Westmächte in Moskau die Vorbereitungsverhandlungen führen sollten.<sup>805</sup>

Am 24. Mai versuchte Chruschtschow am zweiten Treffen des 1955 gegründeten Politisch-Beratenden Ausschusses des Warschaupakts in Moskau, seine diplomatische Offensive zu multilateralisieren. Chruschtschow verkündete seinen Entscheid vom April, alle sowjetische Truppen aus Rumänien abzuziehen. Zudem wurden graduelle Truppenreduzierungen in den Armeen des Warschaupakts bekannt gegeben, darunter der Abbau von über 100'000 Mann in osteuropäischen Armeen. Um die „politische Deklaration“, mit welcher der Warschaupakt die sowjetischen Vorschläge zu einem Nuklearstopp, zu nuklearfreien Zonen in Europa, zur deutschen Frage und zu einem Ost-West-Gipfel unterstützen sollte, gab es grosse Diskussionen. Insbesondere der polnische Aussenminister Rapacki kritisierte die Substanz und den Stil der geplanten Deklaration und versuchte, die darin enthaltenen Beleidigungen gegenüber der USA abzuschwächen.<sup>806</sup>

Am 27. Mai führten die Nato-Botschafter ihre Konsultationen über die Ost-West-Gespräche fort. Kurz vor der Sitzung hatten die drei Westmächte den Delegationen zwei Dokumente übergeben, welche die westliche Sicht und die Instruktionen an die Botschafter in Moskau wiedergaben. Burgess entschuldigte sich einleitend dafür, dass diese Dokumente dem Rat nur so kurzfristig übermittelt worden waren. Spaak nutzte die Gelegenheit trotzdem, sich darüber zu beklagen, dass dem Nato-Rat keine wirkliche Chance gegeben worden sei, die westlichen Instruktionen zu kommentieren. Spaak verwies auf die Wichtigkeit, die Gipfelvorbereitungen in der Nato zu koordinieren, und kritisierte das Vorgehen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs. Zahlreiche Mitglieder des Nato-Rats unterstützten Spaaks Anliegen. Unter den Delegationen hatte sich das Gefühl verbreitet, dass die übrigen Nato-Staaten in dieser Phase von den drei Grossmächten umgangen würden. Roberts war überrascht von der Vehemenz der ausgedrückten Sichtweisen, vor allem der Haltung der Türkei und der BRD. Er reagierte auf die Kritik, indem er dem Rat vorwarf, im Nato-Forum habe es bei der Diskussion des sowjetischen Memorandums vom 5. Mai keine nennenswerten Beiträge der anderen Nato-Staaten gegeben, die für die westlichen Drei wichtig gewesen wären. Diese Aussage provozierte einen weiteren Protest Spaaks, der die Drei attackierte, dass sie die Arbeit der Gipfelvorbereitungs-Ausschüsse der Nato verzögerten und behinderten. Spaak versprach, er würde über die Nato-Konsultationen während seines bevorstehenden Aufenthalts in Kanada nachdenken und dem Nato-Rat seine Gedanken schriftlich unterbreiten. Die Sitzung endete mit dieser aus Londons Sicht „unbefriedigenden Bemerkung“ Spaaks.<sup>807</sup>

<sup>805</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 20. Mai 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 87. Vgl. auch Roberts (Paris) to FO, 21 May 1958, Tel. 27, PRO, FO 371/137115.

<sup>806</sup> Vojtech Mastny (ed.), „The 2nd Meeting of the Political Consultative Committee, 1958“ (2000), <http://www.isn.ethz.ch/php> [6.2.2013].

<sup>807</sup> Cheetham (Paris) to FO, 27 Mai 1958, Tel. 53, PRO, FO 371/137116.

Das britische Aussenministerium reagierte ungehalten auf die Berichte aus Paris:

This unrest in the North Atlantic Council is tiresome. We must do what we can to pacify Spaak and the Council without however giving up our present comparative freedom of manoeuvre in the preparatory discussions in Moscow (which we understand that the Americans and French are as anxious to preserve as we are).

Aus britischer Sicht befanden sich die Gipfelvorbereitungen nun in einer neuen Phase. Nachdem die Sondierungsgespräche inzwischen begonnen hatten, würde das Tempo nun schneller werden. Es sei ein schwieriges Unterfangen, die westliche Taktik zu konzentrieren und sicherzustellen, dass die drei Botschafter in Moskau mit einer Stimme sprachen. Entscheide über Taktik und Präsentation sollten deshalb den westlichen Drei überlassen werden, auch wenn diese die Nato natürlich darüber informieren würden. Die beiden Texte, die dem Nato-Rat kurzfristig für die Sitzung des 27. Mai übergeben worden seien, hätten nur die westliche Sicht über das geplante Vorgehen und existierende westliche Agendavorschläge für den Gipfel rekapituliert. Beide seien aus taktischen Gründen entworfen worden und hätten inhaltlich keinen neuen Punkt enthalten. Zwischen den Zeilen drang die britische Verärgerung über die Intervention Spaaks und die kritische Haltung der BRD und der Türkei durch, welche die westlichen Drei – aus britischer Sicht – zu Unrecht getadelt hatten.<sup>808</sup>

Auch Dulles war sichtlich erbost über den „Aufstand“ in der Nato und die Kritik der BRD, Italiens und der Türkei an den westlichen Gipfelvorbereitungen. In einem Gespräch mit dem britischen Botschafter Caccia wiederholte Dulles, dass die westlichen Drei in den Verhandlungen mit Moskau nicht als „Agenten“ der Nato auftreten durften: „We are acting in our own right, but as a matter of courtesy, in recognition of the interests of our allies, we try to keep them informed.“ Dies war also Dulles Sichtweise von politischer Konsultation in der Nato – eine Geste der Höflichkeit! Dulles spezifizierte, dass er die Nato-Konsultationen für freiwillig hielt, während Spaak eine juristische Sicht einnehme und die Konsultationen für eine „rechtliche Verpflichtung“ halte. Während Dulles fand, es sei wohl besser, weiter „durchzuwursteln“, statt die Situation im Nato-Rat zu klären, glaubte die britische Regierung, Burgess solle dem Ständigen Nato-Rat ausrichten, dass die westlichen Drei die Nato in Bezug auf die Verhandlungssubstanz konsultieren, dass sie aber in taktischen Fragen eigenständig vorgehen würden.<sup>809</sup>

Ende Mai und Anfang Juni trafen sich die Botschafter der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in Moskau mit Gromyko und begannen so die bilateralen Sondierungsgespräche für einen möglichen Ost-West-Gipfel.<sup>810</sup> Allerdings publizierte Moskau am 16. Juni 1958 die gesamte Korrespondenz der Moskauer Gespräche und zerstörte auf diese Art jegliche Hoffnung auf ernsthafte Verhandlungen. Offenbar führte die Einheit unter den Positionen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, wonach die deutsche Wiedervereinigung und Osteuropa am Gipfel besprochen werden sollten, dazu, dass Chruschtschow fand, der Moment sei unpassend für eine Gipfelkonferenz. Der Westen bedauerte den Kollaps der Ost-West-Diskussionen. Laut der Neuen Zürcher Zeitung bedeutete dies das Ende eines „zermürbenden diplomatischen Stellungskriegs“.<sup>811</sup>

Der Nato-Rat zog am 20. Juni ein Resümee über den verloren gegangenen Schwung in den Ost-West-Verhandlungen. Die Sitzung war geprägt von erschütternden

<sup>808</sup> FO to Caccia (Washington), 28 May 1958, Tel. 3164, PRO, FO 371/137116.

<sup>809</sup> Dulles-Caccia-Hood Meeting, Washington, 3 June 1958, USNA, RG 59, CDF, 396.1 (ÜdV).

<sup>810</sup> DzD III/4/2: 1213-1216.

<sup>811</sup> NYT (3 June 1958): 16; „Moskaus Abkehr von der ‚Gipfelkonferenz‘“, NZZ (29.6.58). Vgl. auch Macmillan, *Riding the Storm*, 490.

Neuigkeiten aus Budapest. Die Exekutionen von Imry Nagy und anderen Führern der Revolution von 1956 hatten in der Öffentlichkeit im Westen Bestürzung ausgelöst. Auch die Nato-Botschafter diskutierten lange die Auswirkungen der Hinrichtungen auf die Gipfelvorbereitungen. Sie fanden jedoch, moralische Bedenken bezüglich der Exekutionen sollten die westliche Politik der Gipfelvorbereitungen nicht beeinflussen. De Staercke glaubte, der Westen solle die Gespräche nicht abbrechen, denn sonst würde er nur den stalinistischen statt den versöhnlicheren Trend in der sowjetischen Politik fördern. Burgess machte aber deutlich, dass die Dynamik im Dialog mit Moskau bereits vor der Nachricht von den Hinrichtungen in Ungarn abhanden gekommen war. Mit der Publikation vertraulicher Dokumente hätte die sowjetische Regierung nicht gerade dazu beigetragen, das Vertrauen in die ihre Absichten zu fördern, sondern die Gipfelvorbereitungen sabotiert. Washington hielt Verhandlungen mit Moskau auf Stufe der Aussenminister für verfrüht, solange noch grundlegende Differenzen über die Agenda auf Botschafterstufe bestanden. Chruschtschow habe gezeigt, dass die sowjetische Regierung Propaganda bevorzugte, sobald sie sich seriösen Verhandlungen ausgesetzt sah. Washington hatte Mühe, die Motive hinter den sowjetischen Handlungen einzuschätzen – das sowjetische Verhalten sei schlicht obskur, fand Burgess.

Blankenhorn glaubte, Chruschtschow habe möglicherweise von seiner innenpolitischen Opposition Widerstand erfahren und müsse deshalb zu Stalinismus und einer Atmosphäre des Kalten Krieges zurückkehren. Für Wilgress hatte sich durch die Vorfälle in Ungarn eine komplett neue Situation ergeben. Die kanadische Öffentlichkeit sei „zutiefst geschockt“ über die Hinrichtungen und dränge deshalb im Moment nicht länger auf ein Ost-West-Gipfeltreffen. Dennoch plädierte Willgress, zusammen mit de Staercke, Lange und dem Dänen Wassard, die Verhandlungen mit Moskau wietierzuführen und möglichst rasch ein Aussenministertreffen zu fixieren. Auch der neue niederländische Nato-Botschafter Dirk Stikker glaubte, es sei im Interesse des Westens, die Gipfelvorbereitungen nicht abzubrechen – vielleicht erwarte die Sowjets gerade, der Westen würde dies tun. Frankreichs de Crouy-Chanel empfahl ebenfalls, die Gipfelgespräche fortzuführen, solange nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft waren. Frankreich werde jedoch dem italienischen Beispiel folgen und aus Protest seinen Botschafter aus Budapest abziehen. Der stellvertretende britische Nato-Botschafter Ivor Porter meinte, London sei eventuell ebenfalls bereit zum Abzug seines Botschafters aus Ungarn. Spaak hoffte, alle Nato-Regierungen würden aus Protest ihre Botschafter aus Budapest abziehen. Am Ende der Sitzung fasste er die Nato-Debatte über den Einfluss der ungarischen Exekutionen wie folgt zusammen: Die Exekutionen in Ungarn sollten die Gipfelvorbereitungen nicht beeinflussen. Seiner persönlichen Meinung nach hätten die Sowjets von Anfang an vorgehabt, ihre Dokumente zu veröffentlichen – und hätten sie dementsprechend verfasst. Der Effekt der sowjetischen Publikation auf die öffentliche Meinung werde jedoch durch ihre Länge und das Zusammenfallen mit den ungarischen Hinrichtungen geschmälert.<sup>812</sup>

Bezüglich der Instruktionen an die drei westlichen Botschafter in Moskau eröffnete sich eine grundsätzliche Diskussion. Während die BRD und die Niederlande den Instruktionen zustimmten, warnten die Vertreter Belgiens, Kanadas und Norwegens davor, sie seien zu statisch, rigide, negativ und polemisch. De Staercke empfahl, unter dem Thema Abrüstung diejenigen Elemente zu diskutieren, bei denen eine Einigung möglich schien; und nicht diejenigen, bei denen dies überhaupt nicht realistisch schien. Gegenüber dem neuen französischen Machthaber Charles de Gaulle, der Anfang Juni in

<sup>812</sup> Roberts (Paris) to FO, 21 June 1958, Tel. 96, PRO, FO 371/137122.

Paris die Macht übernommen hatte, habe Chruschtschow, offeriert, Teilaspekte des Abrüstungsproblems zu besprechen, falls der Westen nicht zu einer globalen Diskussion bereit sei. Wilgress fand, Sinn und Zweck der Botschaftergespräche sei ein Sondieren der sowjetischen Verhandlungsposition; doch dazu müssten die Instruktionen flexibler sein. Auch Spaak ärgerte sich, dass die westlichen Abrüstungsvorschläge von 1957 wortgetreu wiederholt wurden, obwohl der Westen doch wusste, dass auf dieser Basis kein Abkommen möglich sein würde.<sup>813</sup>

Das britische Aussenministerium war nach der Sitzung vom 20. Juni erstaunt über die Naivität der Nato-Botschafter in verhandlungstaktischen Fragen. Spaak und gewisse Delegationen hätten offenbar falsche Vorstellungen von den Sondierungsgesprächen. Natürlich seien die Instruktionen an die Botschafter rigide, bestätigte das Aussenministerium: „They are meant to be. Concessions to the Russians, if any, will come later as the result of a bargaining process, for which the Ambassadors will need further instructions.“<sup>814</sup>

## 7. Eine flexiblere westdeutsche Haltung

Im westlichen Lager bestanden nicht nur in taktischen Fragen, sondern vor allem auch in der Substanz der westlichen Verhandlungsposition unüberwindbare Differenzen. Nach Abschluss der innerwestlichen Verhandlungen über europäische Sicherheit und die Deutschlandfrage im Rahmen einer Viermächte-Arbeitsgruppe verhehlte das amerikanische Aussenministerium Ende Juli 1958 nicht, dass die starre Haltung der BRD jeglichen Fortschritt in der westlichen Position blockiert habe. Bonn, insbesondere Kanzler Adenauer, habe in der Frage einer möglichen europäischen Sicherheitszone klargemacht, dass es eine Demilitarisierung Deutschlands und eine damit verbundene Diskriminierung Deutschlands gegenüber anderen Nato-Staaten aus Angst vor einer Neutralisierung des Landes und dem daraus – wegen der momentanen Schwäche Frankreichs – resultierenden Kollaps der Nato nicht akzeptieren würde. Mit dem Insistieren auf Gleichberechtigung innerhalb der westlichen Allianz habe die BRD ein Voranschreiten der westlichen Position gegenüber 1957 verunmöglicht, schrieb ein Deutschlandexperte des State Departments. In dieser Situation wurde versucht, eine substanzielle Debatte in der Nato zu vermeiden. Das Aussenministerium gestand auch ein, dass die Berichte, die von der Viermächte-Arbeitsgruppe an den Nato-Rat geschickt wurden, absichtlich formuliert worden seien, um die abweichende Meinung der BRD so gut wie möglich zu kaschieren.<sup>815</sup>

Blankenhorn versuchte Ende Juni, Adenauer zu einer flexibleren deutschen Haltung zu bewegen, auch wenn auf dem Junktim zwischen Abrüstung und deutscher Wiedervereinigung aus der Genfer Direktive von 1955 beharrt werden sollte. Blankenhorn empfahl, den Fokus der Ost-West-Gespräche stattdessen auf Teilbereiche der Abrüstung zu legen und die heikleren Verhandlungen an anschließenden, regelmässigen Aussenministerkonferenzen zu führen. Adenauer und Brentano hiessen Blankenhorns Vorschlag

<sup>813</sup> Roberts (Paris) to FO, 21 June 1958, Tel. 97, *ibid.*

<sup>814</sup> FO to Roberts (Paris), 23 June 1958, Tel. 532, *ibid.*

<sup>815</sup> Vigderman (EUR/GER) to Kohler, 25 July 1958, USNA, RG 59, EUR: Office of Soviet Union Affairs, Subject Files, Box 5, European Security, General, 1957-59.

am 30. Juni gut, und kurz darauf ermutigte auch der Doyen des Nato-Rats, der Belgier André de Staercke, Blankenhorn zu einer entsprechenden Initiative in der Nato.<sup>816</sup>

Die BRD liess Blankenhorn deshalb am 9. Juli im Nato-Rat eine Erklärung vortragen, um die Deutschlandfrage im Rahmen von Gesamtverhandlungen mit der Sowjetunion zu behandeln. Bonn hielt eine Fortsetzung der Verhandlungen mit Moskau zur Vorbereitung einer eventuellen Gipfelkonferenz nach wie vor für notwendig und sah darin einen Ansatz zur Entspannung und zur Vermeidung einer weiteren Zuspitzung der Lage. Gleichzeitig machte sich die BRD besonders bezüglich einer Wiedervereinigung Deutschlands keine Illusionen über den Erfolg eines Gipfels mit Chruschtschow. Die Bundesregierung wollte aber nicht durch eine zu starre Haltung in der deutschen Frage die Chancen schmälern, in diplomatischen Verhandlungen zunächst zu einer Entspannung zu gelangen. Der Westen sollte aus dem grossen, für eine Gipfelkonferenz viel zu umfassenden Abrüstungskomplex einige Teilbereiche erörtern, darunter die Beendigung von Atomversuchen und die Kontrolle der Produktion und der Lagerung von spaltbarem Material oder Sicherungszonen gegen Überraschungsangriffe. Mit solchen Teilerfolgen, so glaubte die Adenauer-Regierung, würde die Gipfelkonferenz ihre Hauptaufgabe erfüllen, erste Voraussetzungen für eine allgemeine Entspannung zu schaffen. Gegen die Realisierung einer Zone gegen Überraschungsangriffe hatte Bonn eigentlich keine Einwände, allerdings hielt sie die von der UdSSR vorgeschlagene Zone für zu klein. Zudem müssten spezielle Sicherheitszonen mit einer Wiedervereinigungsprozedur verbunden sein, forderte die BRD. Norwegische Vorschläge, gewisse Sicherheitselemente auch ohne Durchführung der Wiedervereinigung für eine Zone in Mitteleuropa zur Diskussion zu stellen, konnten deshalb die Zustimmung Bonns nicht finden.

Blankenhorn berichtete den Nato-Botschaftern, dass ein europäisches Sicherheitssystem ohne eine Lösung der politischen Probleme für die BRD indiskutabel sei, da Sicherheit nur durch die Lösung politischer Fragen erreicht werden könne und nicht durch demilitarisierte Zonen. Zur Wiedervereinigungsfrage selbst betonte Blankenhorn in seiner Erklärung, dass der Westen auf dem Grundsatz freier Wahlen, auf der freien Bündniswahl Gesamtdeutschlands und auf einer Wiedervereinigung nur in Verbindung mit der Lösung des Problems europäischer Sicherheit bestehen solle.<sup>817</sup>

Die Reaktionen des Nato-Rats auf die deutsche Standortbestimmung fielen ausserordentlich positiv aus. Von vielen Botschaftern wurde es als eine Erleichterung empfunden, dass die BRD aus der „Erstarrung der klassischen Haltung“ herausgefunden und neue Wege aufgezeigt hatte. Auch Spaak äusserte sich anerkennend über den deutschen Schritt. Der Rat beschloss, in einer Woche eine ausführlichere Debatte über die deutschen Vorschläge zu führen.<sup>818</sup>

<sup>816</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 30. Juni 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 88. Die flexiblere Haltung Adenauers zeichnete sich bereits Mitte Juni ab, vgl. Letter from Bruce (Bonn) to Dulles, 12 June 1958, USNA, RG 59, PPS, Box 137, Germany 1957-58.

<sup>817</sup> Erklärung Blankenhorns vor dem Nato-Rat, 9. Juli 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 89. Blankenhorns Erklärung findet sich auch in: Burgess (Paris) to DoS, 9 July 1958, Polto 136, USNA, RG 59, EUR/SOV, Subject Files, 1957-1963, Box 14, Tripartite Working Group, 1958-59. Washington wusste von den Absichten Adenauers. Vgl. Bruce (Bonn) to DoS, 7 July 1958, Tel. 68, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Adenauer fürchtete, eine Inspektionszone würde zur Neutralität Deutschlands führen und damit, wegen der momentanen Schwäche Frankreichs, auch zum Kollaps der Nato.

<sup>818</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. Juli 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 89. Vgl. auch Jandrey (EUR) to Dulles, 14 July 1958, „Briefing Paper for Your Meeting with Ambassador Grewe“, USNA, RG 59, EUR/SOV, Subject Files, 1957-1963, Box 14, Tripartite Working Group, 1958-59.

Am 16. Juli schlossen sich alle Nato-Staaten der Grundtendenz der deutschen Erklärung an, mit Ausnahme der USA, die keine Stellung bezogen. Blankenhorn hielt fest: „Es war wie ein Aufatmen im Rat, dass die Bundesrepublik sich endlich einmal zusammenhängend über die Behandlung der Deutschlandfrage geäußert und sie auf den richtigen Platz im Rahmen der Gesamtverhandlungen mit Sowjetrußland gestellt hat.“ Mit zum Teil ausserordentlich herzlichen Worten wurde die grosse Flexibilität gerühmt, die aus der Erklärung sprach. Es wurde begrüßt, dass mit dieser Erklärung erstmals Mitglieder der Allianz ausser den drei „Grossen“ eine eigene Initiative entwickelt hatten.<sup>819</sup>

Vor allem Belgien und Kanada begrüßten es, dass der deutsche Vorschlag dem Westen in seiner Vorbereitung auf einen Gipfel grössere taktische Flexibilität verlieh und einen Ausweg aus der Schwierigkeit aufzeigte, eine Agenda für den Ost-West-Gipfel zu finden. Italien warnte hingegen davor, der deutsche Vorschlag entspreche ziemlich genau sowjetischem Denken, und fragte, wie er vom Westen eingesetzt werden konnte, ohne der Sowjetunion einen Erfolg zu gönnen. Kanadas Wilgress erinnerte an eine Idee, die der kanadische Aussenminister Smith bereits im Mai in Kopenhagen vorgestellt hatte: Der Westen sollte eine Serie von Konferenzen mit der Sowjetunion erwägen, jede mit einer eng definierten, limitierten Zielsetzung. Das erste Treffen sollte drei Ziele haben: *Erstens* sollte es zu einer Entspannung beitragen. *Zweitens* sollte es eine praktische Erfahrung in Kontroll- und Inspektionsfragen liefern können. *Drittens* sollte es einen Ausweg aus der Sackgasse der Abrüstungsgespräche aufzeigen.<sup>820</sup>

Die deutsche Erklärung muss jedoch auch vor dem Hintergrund zunehmenden Misstrauens Adenauers in die USA gesehen werden. Gegenüber seinem Aussenamts-Staatssekretär Hilger van Scherpenberg liess Adenauer Ende Juli seine „tiefgehende Verstimmung“ gegenüber Dulles durchblicken. Der Kanzler befürchtete, dass die USA sich mit der Sowjetunion bilateral über die atomare Abrüstung einigen würden.<sup>821</sup>

Die USA beurteilten die Diskussion vom 16. Juli als „schwierig“. Washington wünschte, Moskau würde zuerst auf die Briefe der westlichen Staats- und Regierungschefs vom 1. Juli antworten. Den deutschen Plan hielt das State Department deshalb eher für eine Alternative, falls Chruschtschow den westlichen Vorschlag, den Washington nach wie vor für vernünftig hielt, ablehnen würde. Wenn der deutsche Vorschlag aber letztlich zu einer Rückzugsposition des Westens würde, wenn die Agendadiskussion in Moskau in eine Sackgasse geriet, so musste in Washingtons Augen deutlich erkannt werden, dass dies einen „grundsätzlichen Wandel in der westlichen Abrüstungspolitik“ bedeuten würde. Für die USA reichte die blossе Aussicht auf ein nukleares Teststoppabkommen im Unterschied zur BRD nicht, um ein Gipfeltreffen mit Chruschtschow zu rechtfertigen.<sup>822</sup>

<sup>819</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 16. Juli 1958; Fernschreiben von Blankenhorn ans AA, 17. Juli 1958; beide in BA, NL Blankenhorn, Bd. 89.

<sup>820</sup> Memorandum, n.d. [July 1958], „Summary of Recent NAC Developments on Summit Preparations“, attached to Jandrey (EUR) to Dulles, 25 July 1958, USNA, RG 59, EUR/SOV, Subject Files, 1957-1963, Box 14, Tripartite Working Group, 1958-59.

<sup>821</sup> Scherpenberg an Grewe, 22. Juli 1958, PAAA, NL Grewe, Bd. 74. Unmittelbarer Anlass für die Verstimmung war nach wie vor Dulles' Weigerung, nach seinem Besuch bei Charles de Gaulle in Paris nach Bonn zu kommen. Dass Dulles als Grund dafür seine Rücksicht auf die Empfindlichkeit de Gaulles angegeben hatte, hatte Adenauer auch mehr als zwei Wochen später noch nicht überwunden.

<sup>822</sup> Memorandum, n.d. [July 1958], „Recent Summit Developments“, attached to Jandrey (EUR) to Dulles, 25 July 1958, USNA, RG 59, EUR/SOV, Subject Files, 1957-1963, Box 14, Tripartite Working Group, 1958-59. Zu den Protesten der Adenauerregierung vgl. Kastner, „Ambivalent Ally“, 213f.

## 8. Ost-West-Krisen und Anfang konkreter Abrüstungsverhandlungen

Nach Ausbruch einer gefährlichen Krise im Irak verschob sich der Fokus der Nato-Diskussionen von Europa in den Mittleren Osten. Am 14. Juli 1958 ermordeten Anhänger des ägyptischen Staatschefs Nasser den irakischen König Feisal II. und stürzten seine Familie. Auf Ersuchen des prowestlichen Ministerpräsidenten Camille Chamoun setzte Eisenhower noch gleichentags amerikanische Truppen in Marsch, die am 15. Juli im Libanon eintrafen. Zwei Tage später landeten britische Fallschirmjäger auf Wunsch der jordanischen Regierung in Jordanien. Nach dem Umsturz im Irak und der angelsächsischen Intervention im Libanon und in Jordanien wurde plötzlich die Gefahr einer Konfrontation der Supermächte im Nahen Osten akut. Ein Ost-West-Gipfel schien nun wichtig zu sein, um eine Eskalation in diesem Teil der Welt zu einem globalen Flächenbrand zu verhindern.<sup>823</sup> Der Nato-Rat wurde am 15. Juli in einer Sondersitzung über diese Entwicklung informiert, kurz vor einer Sitzung des Weltsicherheitsrates der UNO in New York.<sup>824</sup> Auch die reguläre Sitzung des Nato-Rats vom 16. Juli – an der die deutsche Erklärung vom 9. Juli diskutiert wurde – stand noch ganz im Zeichen der Krise im Irak. Die USA, die hofften, der Nato-Rat hiesse ihre militärische Intervention in Beirut gut, täuschten sich. Die BRD, Italien, Griechenland, Norwegen und Dänemark enthielten sich einer positiven Stellungnahme. Laut Blankenhorn klang auch die Zustimmung der Niederlande, Belgiens, Portugals und Kanadas „verklausuliert“. Für den deutschen Nato-Botschafter bestand die Malaise der amerikanischen Politik im Mittleren Osten darin, dass die Intervention letztlich eher einer verzweifelten Notmassnahme als einer wohlüberlegten, politisch durchdachten Aktion entsprach. In privaten Gesprächen äusserten de Staercke und der italienische Nato-Botschafter Adolfo Alessandrini „sehr ernste Bedenken“ über die Situation im Mittleren Osten. Zudem beklagte sich die deutsche Regierung über die Nicht-Konsultation der Nato, obwohl die USA Truppen aus Deutschland in den Nahen Osten verlegten und die US-Luftbasen in Deutschland für die Intervention im Nahen Osten verwendeten. Aus Sicht Adenauers kamen die amerikanischen Handlungen einem Vertragsbruch gleich, weil die deutschen Nato-Verpflichtungen den USA die Basen in Deutschland nur für Nato-Zwecke erlaubten.

Chruschtschow versuchte in der Folge, einen Ost-West-Gipfel vor allem zum Thema der Gefahr einer Supermächte-Konfrontation im Nahen Osten zu erzwingen.<sup>825</sup> Unter den Nato-Partnern herrschte in dieser Frage Uneinigkeit, wobei der neue französische

<sup>823</sup> Siehe dazu William Stivers, „Eisenhower and the Middle East“, in *Reevaluating Eisenhower: American Foreign Policy in the 1950s*, ed. Richard A. Melanson and David Mayers (Urbana: University of Illinois Press, 1987), 192-219; Eisenhower, *Waging Peace*, 262-291; Macmillan, *Riding the Storm*, 502-537; Ambrose, *Eisenhower*, vol. I, 469-475; Taubman, *Khrushchev*, 401ff. sowie besonders Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 158-184. Zu Adenauers bisher von der Forschung vernachlässigter Rolle in der Krise vgl. Kastner, „Ambivalent Ally“, 209-226.

<sup>824</sup> Fernschreiben von Blankenhorn ans AA, 15. Juli 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 89. Vgl. zu den Effekten der Krise auf die Nato Stuart/Tow, *Limits of Alliance*, 128.

<sup>825</sup> Chruschtschow an Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und Nehru, 19. Juli 1958, AdG 1958: 7190f. Vgl. Taubman, *Khrushchev*, 402. Schliesslich lenkte Chruschtschow, der zunächst auch Indien zu dem Gipfel einlud, ein, dass die Krisen im Nahen und Mittleren Osten im August von der UNO-Generalversammlung diskutiert wurden. Eisenhower, *Waging Peace*, 283-286. Offenbar spielte der Widerstand der Volksrepublik China gegen einen Ost-West-Gipfel mit einer Teilnahme Indiens dazu, dass Chruschtschow seine Meinung änderte und dem UNO-Forum schliesslich zustimmte. Adam B. Ulam, *Expansion and Coexistence: Soviet Foreign Policy, 1917-73* (New York: Holt, Rinehart & Winston, 1974), 616f.; Gordon H. Chang, *Friends and Enemies: The United States, China, and the Soviet Union, 1948-72* (Stanford: California University Press, 1990), 184-194.

Regierungschef Charles de Gaulle erstmals seine Eigenwilligkeit unter Beweis stellte.<sup>826</sup> Am 31. Juli zog der Nato-Rat mit der Feststellung, dass eine volle Einigkeit nicht erzielt werden konnte, den vorläufigen Schlussstrich unter den Versuch, durch intensive Konsultation eine einheitliche Stellungnahme des Westens gegenüber den Vorschlägen Chruschtschows zur Abhaltung einer Gipfelkonferenz zum Mittleren Osten abzugeben. Spaak beklagte sich mit äusserst bitteren Worten über das Versagen der Konsultation im Nato-Rat. Burgess' Votum, dass der Nato-Rat gute Arbeit geleistet habe, auch wenn er zu keiner Einigung gelangt war, wurde von Spaak attackiert. Der Generalsekretär fand, eine Konsultation ohne Erfolg sei gefährlicher als gar keine, da eine gescheiterte Konsultation die Allianz mit einer Verantwortung belaste, die sie in Wirklichkeit nicht tragen könne oder wolle. Vielleicht führe zuviel Konsultation auch nur dazu, die bestehenden Differenzen zu vertiefen.<sup>827</sup>

Spaaks Meinung nach hatten einerseits die Amerikaner die westlichen Gipfelvorberreitungen verzögert. Von Washington seien keine wirklich neuen, fruchtbaren Ideen im Rat vorgebracht worden. Andererseits trügen aber auch die europäischen Staaten an dieser Entwicklung eine gewisse Schuld, denn sie hätten nie ernsthaft den Versuch unternommen, die amerikanische Sterilität und Starrheit durch eine eigene politische Initiative zu überwinden.<sup>828</sup>

Bereits Ende März waren allerdings die Fortschritte in Richtung eines Ost-West-Gipfeltreffens von der sowjetischen Ankündigung einer unilateralen Suspension von Nukleartests unterbrochen worden und hatten danach an Schwung verloren. Der Ost-West-Dialog verlagerte in Richtung einzelner Dossiers aus dem Abrüstungsproblem: Testbann-Verhandlungen schienen plötzlich wichtiger als die Idee eines Gipfeltreffens. Zwischen den beiden Supermächte war Ende April im bilateralen Briefwechsel Bewegung in die Abrüstungsdebatte geraten. Eisenhower schlug Chruschtschow auf Initiative von Dulles vor, einen Teststoppvertrag von einem Produktionsstopp von spaltbarem Material loszulösen, um nicht als „militaristische Nation“ zu erscheinen und in „moralischer Isolation“ zu enden. Am 9. Mai hatte Chruschtschow in seiner Antwort erstmals zu Verhandlungen über mögliche Inspektionsformen ohne ein konkretes Abrüstungsabkommen eingewilligt. Die Annäherung führte im Juli und August 1958 zu einem Expertentreffen östlicher und westlicher Wissenschaftlern über Methoden zur Entdeckung möglicher Verletzungen eines allfälligen Teststoppabkommens sowie zu einem einjährigen freiwilligen Moratorium von amerikanischen Nukleartests, welches ab dem 31. Oktober 1958 in Kraft trat. Eisenhower akzeptierte einen Teststopp ohne Inspektionen, um das Wettrüsten zu bremsen. Die USA zahlten dafür den Preis von nuklearen Teilhabe, indem sie Grossbritannien Informationen aus ihren bisherigen Nukleartests zukommen liessen. Am 31. Oktober begannen in Genf auch britisch-amerikanisch-sowjetische Teststoppverhandlungen, welche bis Anfang 1962 dauern sollten.<sup>829</sup>

<sup>826</sup> Blankenhorn ans AA, 28./30. Juli 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 89. Siehe dazu Kosthorst, Brentano, 239.

<sup>827</sup> Fernschreiben von Blankenhorn ans AA, 31. Juli 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 89. Zu den weiteren Sondersitzungen des Nato-Rats am 17., 21. und 22.7.58 über die Irak-Krise siehe Fernschreiben von Blankenhorn ans AA, 21.7.58; Fernschreiben von Blankenhorn ans AA, 22.7.58. Besonders das Nato-Mitglied Türkei war von der Landung der 7000 US-Soldaten im Libanon und der Landung der 2000 britischen Soldaten in Jordanien direkt betroffen. Spaak teilte die Auffassung der BRD und wollte eine Intervention im Irak unter allen Umständen verhindern. Vgl. dazu Kastner, „The Ambivalent Ally“, 213-226.

<sup>828</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 24. Juli 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 89.

<sup>829</sup> Vgl. dazu Appleby, Eisenhower and Arms Control, 281-284.



## 9. Fazit

Gestärkt durch die Betonung nicht nur der militärischen Seite der Nato, sondern auch der politischen Konsultation und der Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR, bereitete sich die Nato in den ersten sechs Monaten von 1958 enthusiastisch auf ein mögliches Gipfeltreffen mit Chruschtschow vor. Ein Ost-West-Nachfolgegipfel der Genfer Konferenz von 1955 schien plötzlich in unmittelbare Nähe gerückt, und die Nato nahm die Herausforderung an, die sie mit dem Angebot von Abrüstungsverhandlungen an Moskau im Dezember 1957 „mitverschuldet“ hatte. Die Vorbereitungen für ein Gipfeltreffen begannen im Januar 1958 und zogen sich bis zum Frühsommer hin. Koordinations-Komitees wurden gegründet und die Nato wurde stark involviert in Themen, die 1955 noch in festen Händen der USA, Grossbritannien und Frankreich sowie der BRD gewesen waren.

Insbesondere Adenauer verwendete den Ständigen Nato-Rat zunehmend dazu, um durch stärkere politische Kooperation im Nato-Forum eine Anpassung der amerikanischen Abrüstungspolitik und der amerikanischen Haltung zu einem möglichen Ost-West-Gipfel zu erreichen. Im ersten Halbjahr 1958 hatte die Nato einen weiteren grossen Schritt in ihrer Transformation von einer hauptsächlich militärischen zu einer ebenso stark nicht-militärischen und vornehmlich politischen Allianz gemacht.<sup>830</sup>

<sup>830</sup> Dies war auch die Einschätzung von Prüfern des Bundesrechnungshofes bei der deutschen Nato-Botschaft. Der Bericht konstatierte eine „tiefgreifende Änderung“ der Agenda der Ratssitzungen, deren Diskussion inzwischen überwiegend politische Themen enthielten. Vgl. Aufzeichnung betreffend Prüfungen des Bundesrechnungshofes bei der Vertretung bei Nato in Paris, 17. Oktober 1958, PAAA, Referat 301, Bd. 155, Nato Ständiger Rat 1958-60.



## VI. De Gaulles Herausforderung an die Nato (1958)

Nach den ersten Verbesserungen im System der politischen Kooperation in der Nato im Zuge der Genfer Konferenzen von 1955 sowie insbesondere durch den Bericht der Drei Weisen Ende 1956 hatten sich politische Konsultationen im Bündnis 1957/58 unter der aktiven Führung von Generalsekretär Paul-Henri Spaak zunehmend verbessert. Nach anfänglichen Widerständen der drei Grossmächte, politische Fragen in der Nato zu diskutieren, hatte sich der Nato-Rat als praktisches multilaterales Forum zur Diskussion der Ost-West-Beziehungen und einzelner westlicher Initiativen erwiesen. Die Abrüstungsdebatten im Juni und Juli 1957 sowie die Vorbereitungen auf den schliesslich geplatzten Ost-West-Gipfel im ersten Halbjahr 1958 hatten das Prinzip etabliert, dass die Nato neben der ursprünglichen militärischen Verteidigungs- und Abschreckungsfunktion auch eine wichtige Rolle im politischen Kalten Krieg gegen die Sowjetunion spielte.

Diese wichtigen Erfolge gerieten im Herbst 1958 nach dem Machtantritt Charles de Gaulle in Frankreich unter Beschuss. De Gaulle hegte für sein Land starke Ambitionen: Frankreich sollte innerhalb der Nato neben den USA und Grossbritannien gleichberechtigte dritte Grossmacht werden und als Sprecher Kontinentaleuropas eine globale politische und militärische Rolle im Kalten Krieg übernehmen. Die Nato wurde von de Gaulle insgesamt als zu stark von den USA dominiert wahrgenommen und zunehmend unwichtiger für Frankreich. Untersuchungsgegenstand dieses Kapitels ist die ernste Herausforderung für die politische Zusammenarbeit im Bündnis durch de Gaulles Aussenpolitik sowie die Reaktionen von Nato-Generalsekretär Spaak und der Nato auf die von de Gaulle provozierte „Nato-Krise“.

Im *ersten Kapitel* werden die ersten Begegnungen Spaaks, Macmillans, Dulles und Adenauers mit de Gaulle Ende Juni beziehungsweise Anfang September analysiert, bei denen sich die Konfrontation zwischen Frankreich und dem Rest der Nato bereits andeuteten. Im *zweiten Kapitel* wird beschrieben, wie de Gaulle Mitte September 1958 sozusagen das Kriegsbeil ausgrub und mit seinem berühmten Brief an Eisenhower und Macmillan ein „Dreier-Direktorium“ der USA, Grossbritanniens und Frankreichs forderte, um die militärische und politische Strategie des Westens im Kalten Krieg zu harmonisieren. Das *dritte Kapitel* zeigt, wie Spaak, der von der französischen Regierung wie Italien und die BRD über de Gaulles Memorandum informiert wurde, versuchte, zwischen der französischen Regierung und dem Rest der Nato zu vermitteln. Seine Sorge galt dabei von Anfang an den Errungenschaften des Bündnisses in der politischen Zusammenarbeit, deren Zukunft er in Gefahr sah. Im *vierten Kapitel* werden die Reaktionen und bilateralen Vorabkonsultationen der amerikanischen und britischen Regierung sowie die ersten, ablehnenden Reaktionen Italiens und der BRD vorgestellt. Das *fünfte Kapitel* widmet sich den engagierten Vermittlungsversuchen Spaaks zwischen Frankreich und der Nato nach Bekanntwerden von de Gaulles September-Memorandum in den Medien Ende Oktober. Das *sechste Kapitel* stellt schliesslich die Versuche von Schadensbegrenzung in der Nato vor, wie sie im Vorfeld und in den Sitzungen des Atlantikrats vom Dezember 1958 durchgeführt wurden.

Diese sechs Kapitel zeigen insgesamt auf, wie viel Energie und Zeit zwischen Juni und Dezember 1958 innerhalb der Nato dafür verwendet werden musste, auf das allianzinterne Problem „de Gaulle“ zu reagieren. Die prominente Rolle der Nato in den Ost-West-Beziehungen konnte vorerst gewahrt werden, doch die Episode zeigte, dass es de Gaulle ernst war mit seinen Forderungen nach einer Reform der Nato, welche die

Hegemonie der USA abschwächen und die Integration der Nato vor allem militärischen, aber auch im politischen Bereich wieder rückgängig machen sollte.

### 1. De Gaulle kehrt in Frankreich an die Macht zurück

Charles de Gaulle, seit dem 1. Juni 1958 französischer Ministerpräsident, war für die politische Evolution der Nato nicht die beste Wahl. Im Februar 1958 hatte er dem US-Journalisten Cyrus Sulzberger erklärt: „If I governed France, I would quit NATO. NATO is against our independence and our interest.“<sup>831</sup> Adenauer hatte Mitte Mai 1958 verlauten lassen, eine Machtergreifung de Gaulles müsse im Interesse der Nato und der europäischen Integration verhindert werden, da sonst eine dreifache Gefahr drohe. Der Kanzler befürchtete unter de Gaulle einen direkten Draht zwischen Paris und Moskau mit dem Ziel einer französisch-sowjetischen Sicherheitsvereinbarung, die Herauslösung Frankreichs aus der Nato und das Ende der europäischen Integration.<sup>832</sup>

Washington rechnete ebenfalls mit Schwierigkeiten für die Nato. Das Aussenministerium hielt fest, dass de Gaulle davon ausging, dass die USA bisher die Nato dominiert und Frankreich wie einen „Satellitenstaat“ behandelt hätten. De Gaulle werde deshalb versuchen, die Nato aus der amerikanischen Hegemonie herauszulösen und stärker französischen Interessen unterzuordnen. Für die Nato bestünden deshalb düstere Zukunftsaussichten: „The NATO as we know it today and the cooperative working relationship of NATO would be transformed. Unwittingly, de Gaulle might thus paralyze NATO or at least greatly inhibit its effective functioning.“<sup>833</sup>

Das State Department hielt – wie Adenauer – eine Annäherung de Gaulles an Moskau möglich. De Gaulle könnte damit sowohl sein Engagement für den Weltfrieden als auch eine von den USA unabhängigere französische Aussenpolitik unter Beweis stellen. Das amerikanische Aussenministerium riet zu einer verstärkten persönlichen Diplomatie und bezeichnete die aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden Beziehungen Eisenhower zu de Gaulle als „Aktivposten“. Es schlug deshalb einen frühen Besuch von Dulles oder gar Eisenhower in Paris vor. Eine Wiederaufnahme der Treffen der „Grossen Drei“ sollte in Erwägung gezogen werden.<sup>834</sup> Unterstaatssekretär Robert Murphy lehnte jedoch einen solchen Trilateralismus ab, da dies nicht mit den Konsultationen im Nato-Rahmen vereinbar wäre.<sup>835</sup>

Auch Kanada befürchtete, de Gaulles Versuche, für Frankreich in der Allianz eine prominentere Rolle zu etablieren, würde für die Nato Probleme ergeben. Das kanadische Aussenministerium glaubte jedoch nicht, dass de Gaulle die Allianz grundsätzlich in Frage stellen würde. Angesichts der „speziellen Beziehungen“ zwischen Frankreich und Kanada aufgrund der Geschichte und der französisch-sprechenden Bevölkerung in Kanada hoffte Ottawa sogar darauf, eine bedeutende Rolle darin zu spielen, zwischen de Gaulle und den übrigen Nato-Staaten in der zu erwartenden Diskussion um die Nato zu vermitteln.<sup>836</sup>

<sup>831</sup> Cyrus Sulzberger, *The Last of the Giants* (New York: Macmillan, 1970), 198.

<sup>832</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 19. Mai 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 87. Vgl. Schwarz, Adenauer II, 440f.

<sup>833</sup> Jandrey to Dulles, 19 May 1958, „Policies of a de Gaulle Government“, zit. Kamp, Nukleare Teilhabe, 78.

<sup>834</sup> Elbrick to Dulles, 27 May 1958, „Policy Consideration toward de Gaulle Government“, zit. Kamp, Nukleare Teilhabe, 78. Vgl. auch Elbrick to Dulles, 5 June 1958, „U.S. Relations with de Gaulle“, FRUS 1958-60 VII(2): 26-28.

<sup>835</sup> Vgl. *ibid.*, 28, Fn. 5.

<sup>836</sup> DCER XXIV (1958): no. 286.

In den ersten Wochen der Ära de Gaulles herrschte Unklarheit über den aussenpolitischen Kurs Frankreichs. Bereits in den ersten Begegnungen von Spaak, Dulles und Macmillan mit de Gaulle wurde aber deutlich, dass für de Gaulle der politische Führungsanspruch Washingtons und Londons in der westlichen Allianz, den sie aus ihrem Atommachtstatus ableiteten, inakzeptabel war und dass er diesem durch eine Anpassung der politischen Struktur der Nato begegnen wollte.

## 2. Erste Begegnungen in Paris

Das erste Treffen von Ministerpräsident de Gaulle mit einem westlichen Staatsmann fand am 24. Juni 1958 mit Spaak statt. De Gaulle erklärte dem Nato-Generalsekretär, dass er nicht gegen die Nato sei, dass aber der Einfluss der USA und Grossbritanniens in der Allianz zu stark sei und Frankreich in Zukunft im Bündnis eine grössere und wichtigere Rolle spielen werde.<sup>837</sup> Spaak, der im Juni 1958 durchaus mit gewissen gaulistischen Ideen sympathisierte,<sup>838</sup> versuchte von Anfang an mit de Gaulle ein gutes Arbeitsverhältnis zu schaffen. In einem langen Memorandum knüpfte er anfangs Juli an sein erstes Gespräch an und ermutigte Frankreich, in der Nato eine aktivere Rolle zu spielen. Als ein Beispiel erwähnte Spaak die Vorbereitungsarbeiten der Nato auf einen möglichen Ost-West-Gipfel im Frühjahr 1958, während deren Spaak die Führung der USA vermisst hatte. Spaak spekulierte, Frankreich hätte diese Lücke schliessen können, indem es selbst die Initiative ergriffen hätte. Der Nato-Generalsekretär bat de Gaulle, „mehr Eifer und Fantasie“ in Bezug auf diese Art von „neuer Diplomatie“ zu zeigen.<sup>839</sup>

Nach Spaak statteten auch weitere westliche Führer de Gaulle erste Besuche ab. Im Gespräch mit Macmillan erwähnte de Gaulle ein paar Tage später erstmals konkret seine Idee eines „Führungsgremiums“ in der Nato zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich. Bezüglich Ost-West-Verhandlungen versprach de Gaulle, dass er nicht die Absicht habe, der Sowjetunion gegenüber eine Politik zu betreiben, die der Konsultationspflicht der Alliierten zuwiderlaufe.<sup>840</sup>

Als sich auch Dulles Anfang Juli 1958 mit de Gaulle in Paris traf, wiederholte dieser den Wunsch Frankreichs, „mit den USA und Grossbritannien eine Art Weltdirektorat zu schaffen.“ Dulles unterstrich die Notwendigkeit westlicher Kooperation innerhalb der Nato und verteidigte die politischen Konsultationen im Nato-Rat. Was die von Frankreich vorgebrachten Forderungen nach dreiseitigen Sonderberatungen zwischen Washington, London und Paris betraf, so forderte Dulles, dass Absprachen unter den Grossmächten „diskret“ und informell zu geschehen hätten, um die kleineren Nato-Staaten nicht vor den Kopf zu stossen. De Gaulle ging es jedoch um eine Reorganisation der Nato und eine grössere Rolle Frankreichs im westlichen Bündnis und weltweit. Für Pa-

<sup>837</sup> Mémoire de Spaak, 23 juin 1958, FPHS, 294/5471; Spaak, *Memoiren*, 386. Vgl. auch Jean Lacouture, *de Gaulle, vol. 2: The Ruler 1945-70* (London: Collins-Harvill, 1991), 212; Dumoulin, Spaak, 558. Kamp datiert das Datum der Begegnung irrtümlich auf den 16. Juni. Vgl. Kamp, *Nukleare Teilhabe*, 81. Zur vermittelnden Rolle Spaaks zwischen de Gaulle und der Nato zwischen Oktober und Dezember 1958, vgl. Anna Locher and Christian Nünlist, „Containing the French Malaise: The Role of NATO's Secretary General, 1958-67“, in *Intra-bloc Conflicts in the Cold War*, ed. Mary Ann Heiss and S. Victor Papacosma (Kent, OH: Kent State University Press, 2008), 75-90.

<sup>838</sup> Spaak, *Memoiren*, 381.

<sup>839</sup> Spaak à de Gaulle, 3 juillet 1958, FPHS, 294/5472 (ÜdV).

<sup>840</sup> Die französischen Gesprächsprotokolle finden sich in: DDF 1958 I: 861-874 (ÜdV); die britischen Protokolle in PRO, PREM 11, 2326. Vgl. dazu Aufzeichnung von Dietrich, 11. August 1958, „Politische Information und Konsultation in der NATO“, BA, NL Blankenhorn, Bd. 90. Vgl. auch Horne, *Macmillan II*, 107f.; Macmillan, *Riding the Storm*, 446-450.

ris waren die geographischen Limiten und die Organisation der Nato nicht länger zufriedenstellend. Unter vier Augen warnte Dulles de Gaulle vor den Auswirkungen seiner Direktoriatsforderungen auf Nato-Staaten wie die BRD und Italien. Er riet ihm, mit Adenauer und dem neugewählten italienischen Premier und Aussenminister Amintore Fanfani gute Beziehungen zu unterhalten, da Bonn und Rom äusserst sensibel auf eine grössere Rolle Frankreichs in Weltfragen reagieren würden.<sup>841</sup> Der Ständige Nato-Rat wurde am 16. Juli vom französischen Nato-Botschafter Étienne de Crouy-Chanel in einer kurzen Mitteilung über die Gespräche de Gaulles mit Macmillan und Dulles orientiert, nachdem Dulles es vorgezogen hatte, dass der französische und nicht der amerikanische Vertreter die Nato darüber informierte.<sup>842</sup>

Nach dem Treffen mit de Gaulle kommentierte Dulles gegenüber Spaak, de Gaulle strebe nach einer „permanenten Gruppe“, bestehend aus den USA, Grossbritannien und Frankreich anstelle weiterer Interdependenz und Integration innerhalb der Nato. Dulles versprach Spaak, trilaterale Konsultationen zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich nicht zu formalisieren; er meinte aber, dass er mit seiner Warnung vor einem „Triumvirat“ de Gaulle wohl keinen grossen Eindruck gemacht habe. Dulles sagte Spaak gegenüber einen Tag nach dem Treffen mit de Gaulle unverblümt: „We shall have a rough time.“<sup>843</sup>

Adenauer hingeben fand, dass es unnötig sei, sich mit de Gaulle unmittelbar nach dessen Amtsantritt zu treffen. Der Kanzler glaubte, dass er dem „Überheblichkeitskomplex des Generals“ zu sehr entgegenkomme, wenn nun nach Macmillan und Dulles auch er noch nach Paris reisen würde.<sup>844</sup> Adenauer wollte lieber zuwarten, bis de Gaulle seine Loyalität zur Nato unter Beweis gestellt habe, und plante bis im November kein Treffen.<sup>845</sup> Spaak versuchte im Sommer und Herbst 1958, eine Isolation Frankreichs in der Nato zu verhindern. Nachdem Adenauer nach den Sommerferien schliesslich doch eingewilligt hatte, de Gaulle am 14./15. September in dessen lothringischen Wohnort Colombey-les-deux-Eglises zu besuchen, drängte Spaak Blankenhorn am 9. September – am ersten Treffen nach den Sommerferien des Nato-Rats –, Adenauer solle de Gaulle in Lothringen auf dessen Vorstellungen ansprechen, wonach die USA, Grossbritannien und Frankreich ein Direktorium über die Welt errichten sollten. Dabei solle Adenauer ihm klarmachen, dass sich die BRD dem Gedanken, dass Frankreich der Sprecher für die europäischen Staaten sei, nicht anschliessen werde.<sup>846</sup>

<sup>841</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 53-64 (ÜdV). Dulles (Paris) to Eisenhower, DULTE 1, 5 July 1958, USNA, RG 59, CDF, 611.51/7-558. Die französische Version ist in DDF 1958 II: 22-30. Vgl. Lacouture, de Gaulle 2, 213f.; Ledwidge, De Gaulle et les Américains, 14-33. Vgl. Richard Challener, „Dulles and De Gaulle“, in *De Gaulle and the United States: A Centennial Reappraisal*, ed. Robert O. Paxton and Nicholas Wahl (Oxford: Berg, 1994), 143-168, 151-156; John Newhouse, „De Gaulle and the Anglo-Saxons“, in *John F. Kennedy and Europe*, ed. Douglas Brinkley and Richard T. Griffiths (Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1999), 33-47, 38. Das Gespräch wird ausführlich beschrieben und analysiert in Sebastian Reyn, „Atlantis Lost: The American Experience with De Gaulle“, unpublizierte Dissertation (Universität Leiden, 2007), 210-214.

<sup>842</sup> Jandrey (EUR) to Dulles, 14 July 1958, „Report to the NAC“, USNA, RG 59, CDF, 740.5/7-1458.

<sup>843</sup> Dulles-Spaak entrevue, [5 juillet 1958], FPHS, 294/5475 (ÜdV); Dulles-Spaak Meeting, 5 July 1958, FRUS 1958-60 VII(1): 352ff. (ÜdV); De Staercke à Wigny (Bruxelles), 7 juillet 1958, FPHS, 294/5476; Lacouture, de Gaulle 2, 213f.

<sup>844</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 18. Juli 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 89.

<sup>845</sup> Roberts (Paris) to FO, 11 July 1958, PRO, FO 371/137363. Vgl. dazu Esther Kramer, *Europäisches oder atlantisches Europa? Kontinuität und Wandel in den Verhandlungen über eine politische Union, 1958-70* (Baden-Baden: Nomos, 2003), 52-56.

<sup>846</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. September 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 90. Vgl. auch Schwarz, Adenauer II, 458.

Adenauer gestand im Gespräch mit de Gaulle, „dass ihn die Nato unglücklich gemacht habe“ und er den aussenpolitischen Apparat der USA für unzureichend und schlecht halte. Europa müsse dem Osten geeint, doch entspannungsbereit gegenüber treten und von Washington unabhängig werden. Adenauer erwähnte explizit den Paragraphen im Nato-Vertrag, wonach ab 1969 nach zwanzigjähriger Vertragsdauer jeder Mitgliedstaat nach einjähriger Vorankündigung aus dem Vertrag austreten konnte. Adenauer bangte darum, dass der Nato-Vertrag dann in den Strudel des amerikanischen Wahlkampfes von 1968 geraten könnte, und hoffte deshalb, bis zu diesem Zeitpunkt Europa von den USA unabhängig zu machen. Adenauer teilte damit de Gaulles Ansichten über die Dominanz der USA und über die mangelnde Einheit der Nato, zog aber andere Schlussfolgerungen daraus: „Aber wir können nicht zulassen, dass diese Organisation zugrundegeht. Wir müssen unser Bestes tun, um sie zu erhalten.“<sup>847</sup>

### 3. De Gaulles Direktoriums-Forderung vom September 1958

Auch wenn in Colombey-les-deux-Eglises weder Adenauer noch de Gaulle die heikle Frage eines Dreier-Direktoriums ansprachen, lag das Thema in der Luft. Bereits am 9. September hatte de Gaulle sein berühmtes „September-Memorandum“ entworfen und seinen Aussenminister Couve de Murville gebeten, es in eine korrekte Form zu bringen.<sup>848</sup> Im kurzen Memorandum an Eisenhower und Macmillan mit dem Datum des 17. September 1958 konkretisierte de Gaulle seine Weltordnungsvorstellungen. Vor dem Hintergrund der amerikanischen Intervention im Libanon vom Juli 1958 und von Dulles martialischer Reaktion auf die erneute chinesische Beschiessung der taiwanesischen Inseln Quemoy und Matsu am 4. September 1958<sup>849</sup> wiederholte de Gaulle die Forderungen der Vierten Republik, dass die momentane Organisation der atlantischen Allianz die Sicherheitsbedürfnisse der freien Welt nicht länger erfülle: „The interdependence demanded by the risks is not matched by co-operation in decision-making and in the delegation of responsibilities.“ De Gaulle forderte daraufhin die Gründung einer „weltweiten Sicherheitsorganisation“ bestehend aus den USA, Grossbritannien und Frankreich (das Wort „Direktorium“ wurde jedoch im Brief selbst nicht erwähnt):

This organisation would have, on the one hand, to take common decisions in political questions affecting world security, and on the other hand, to draw up and, if necessary, to implement plans of strategic action, particularly where the use of nuclear weapons is concerned.

<sup>847</sup> Schwarz, Adenauer II, 452-57; Adenauer, *Erinnerungen 1955-59*, 424-436; de Gaulle, *Memoiren der Hoffnung*, 218-223. Die französischen Gesprächsprotokolle sind in: DDF 1958 II: 341-344. Vgl. auch Kastner, „Ambivalent Ally“, 227f.

<sup>848</sup> Bozo, *Two Strategies for Europe*, 9-19. Couve de Murville hingegen gab in seinen *Memoiren* vor, nichts vom Memorandum de Gaulles gewusst zu haben. Maurice Couve de Murville, *Aussenpolitik 1958-69* (München: Weltforum, 1973), 1-20. Zum Memorandum siehe Maurice Vaïsse, *La Grandeur*, 114-123. Vgl. auch Maurice Vaïsse, „Aux origines du mémorandum de septembre 1958“, *Relations Internationales* 58 (1989): 253-268; C. Van Houten, „The De Gaulle Memorandum of 1958“, *Cambridge Review of International Affairs* 7, no. 1 (Summer 1993): 41-49; George-Henri Soutou, „Les problèmes de sécurité dans les rapports franco-allemands de 1956 à 1963“, *Relations Internationales* 58 (1989): 227-251; Frank Roberts, *Dealing with Dictators: The Destruction and Revival of Europe 1930-70* (London: Weidenfeld and Nicolson, 1991), 200f.; McGeorge Bundy, *Danger and Survival: Choices about the Bomb in the First Fifty Years* (New York: Random House, 1988), 476-482.

<sup>849</sup> Am 24.8.58 hatte die Volksrepublik China begonnen, die von Nationalchina beanspruchten Inseln in der Strasse von Formosa zu beschiessen. Eisenhower entsandte deshalb zwei Flugzeugträger aus dem Mittelmeer in die Region. Dulles befürwortete gar den Einsatz von taktischen Nuklearwaffen. Vgl. Eisenhower, *Waging Peace*, 292-305; Ambrose: Eisenhower, vol. I, 482-485; Richard K. Betts, *Nuclear Blackmail and Nuclear Balance* (Washington: Brookings, 1987), 68-79.

Fürs erste sollten in Washington Konsultationen der drei Parteien stattfinden, um die Fragen, die im Brief aufgeworfen wurden, zu diskutieren.<sup>850</sup> Als der französische Botschafter in Washington, Hervé Alphand, Dulles das Memorandum am 25. September übergab, bat er darum, dass der Inhalt des Schreibens streng geheim bleibe. Dulles war damit einverstanden, da eine Veröffentlichung von de Gaulles Vorschlägen negative Auswirkungen auf die Nato, insbesondere auf Italien und die BRD hätte.<sup>851</sup>

Die deutsche und italienische Regierung wurden durch den französischen Generalsekretär des Quai d'Orsay, Louis Joxe, am 27. September zwar über die „persönliche Botschaft“ de Gaulles an Eisenhower und Macmillan informiert, allerdings nur in groben Zügen. Joxe betonte, dass es de Gaulle nicht darum gehe, die Nato zu zerstören, sondern – im Gegenteil – sie zu stärken. In der Substanz wolle de Gaulle die Nato ans Atomzeitalter anpassen und neue Verpflichtungen auch ausserhalb Europas eingehen. Das US-Atommonopol mache es Frankreich zur Pflicht, seine Bemühungen fortzusetzen, zu eigenen Atomwaffen zu kommen. Joxe bat auch Bonn und Rom, die Information vertraulich zu behandeln.<sup>852</sup>

Weil Frankreich neben den USA und Grossbritannien auch Italien und die BRD um strengste Vertraulichkeit gebeten hatte, kam es Ende September in Nato-Kreisen in Paris zu skurrilen Begegnungen. Am 29. September fragte der italienische Nato-Botschafter Grazi beispieleweise den stellvertretenden amerikanischen Nato-Botschafter Frederick („Fritz“) Nolting, ob er schon vom Brief de Gaulles an Eisenhower über die Reorganisation der Nato und der westlichen Allianzen im allgemeinen gehört habe. Nolting antwortete sybillisch, er habe von einer solchen Kommunikation nichts erfahren. Auch als Grazi den Inhalt von de Gaulles Kritik an der Nato aufzählte, hielt Nolting die Fassade aufrecht, er wisse nichts davon. Die amerikanische Nato-Botschaft versprach Dulles, sich weiterhin unwissend zu geben, bevor das State Department sie nicht anders instruieren würde.<sup>853</sup> Für die Nato-Konsultationen, welche sich seit 1955/56 sukzessive verbessert hatten, bedeutete de Gaulles Vorschlag eines geheimen „inneren Kreises“ in der Nato eine akute Bedrohung.

#### 4. Spaak versucht zwischen de Gaulle und der Nato zu vermitteln

De Gaulles Brief löste im Herbst 1958 intensive Konsultationen zwischen den USA, Grossbritannien, der BRD, Italien und dem Nato-Generalsekretär Spaak aus. De Gaulle hatte das Memorandum bereits am 24. September, einen Tag bevor es Eisenhower und Macmillan in Washington beziehungsweise London erhielten, auch persönlich im strikten Vertrauen an Spaak überreicht.<sup>854</sup> Spaak hielt seine Reaktion mit „verduzt“ (*stupéfait*) fest.<sup>855</sup> Der Nato-Generalsekretär besprach das Memorandum mit Dulles drei Tage

<sup>850</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 81ff. Es findet sich auch in DDF 1958 II: 377. Das berühmte geheime Memorandum wurde im Wortlaut erst 1976 publik. Zu den divergierenden Interessen der USA und Europas im Libanon und in der zweiten Formosakrise siehe Keith W. Baum, „Treating the Allies Properly: The Eisenhower Administration, NATO, and the Multilateral Force“, *Presidential Studies Quarterly* 13, no. 1 (Winter 1983): 85-97, 85.

<sup>851</sup> Alphand-Dulles Meeting, 25 September 1958, „General de Gaulle's Views on NATO“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>852</sup> Fernschreiben von Jansen (Paris) ans AA, 27. September 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91.

<sup>853</sup> Nolting (Paris) to Dulles, 30 September 1958, „Priority Presidential Handling“, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Ein Informationstelegramm von Dulles über de Gaulles Brief ist hingegen nach wie vor klassifiziert. Dulles to Burgess (Paris), 26 September 1958, Tel. G-190, *ibid.*, 740.5.

<sup>854</sup> Spaak-de Gaulle entrevue, 24 septembre 1958, FPHS, 294/5479; DDF 1958 II: 430.

<sup>855</sup> De Staercke à Wigny (Bruxelles), 7 octobre 1958, FPHS, 294/5496.



später am Rande der Tagung der *Atlantic Treaty Association* in Boston. Gemäss Spaaks Notizen war die amerikanische Reaktion auf de Gaulles Memorandum negativ, denn de Gaulle wolle laut Dulles „den Tod der Allianz“. Die USA fanden aber, sie müssten vorsichtig reagieren, um de Gaulle nicht vor den Kopf zu stossen. Dulles ermutigte Spaak, eine eigene Antwort an de Gaulle zu verfassen, mit dem Ziel, die Diskussion über eine Reform der Allianz in den Nato-Rahmen zurückzubringen.<sup>856</sup> Dulles versicherte Spaak, dass die USA de Gaulle ausweichend antworten würden. Washingtons Hauptbedenken gegen den französischen Reformplan bestünden darin, dass sich die BRD und Italien sowie die kleineren Staaten niemals mit einer solchen Bevormundung abfinden würden. Zudem gäbe es auch in einem Direktorium unter den drei Westmächten nicht immer Einigkeit.<sup>857</sup> Den Sonntag verbrachte Spaak mit dem amerikanischen Nato-Botschafter Randolph Burgess in dessen Haus in Queenstown in Maryland. Ob dabei informell über de Gaulles Memorandum gesprochen wurde, darf angenommen werden. In den Archiven finden sich jedoch keine Belege dafür.<sup>858</sup>

In seiner Rede vor der *Atlantic Treaty Association* in Boston lobte Spaak am 27. September die ausserordentliche Flexibilität, welche die Allianz seit 1949 bewiesen hatte. Stolz verwies er darauf, dass die Nato derzeit nicht nur die mächtigste Militärallianz aller Zeiten war, sondern auch ein internationaler politischer Rat, wie es noch nie einen gegeben hatte. Spaak zeichnete seine Vision von einer Transformation der atlantischen Allianz in eine „atlantische Gemeinschaft“ und lobte die Errungenschaften im politischen Bereich seit den Empfehlungen der Drei Weisen. Er versicherte, politische Konsultationen seien unterdessen „sehr umfassend und sehr detailliert“. Als Beispiel nannte der Nato-Generalsekretär dafür die Vorbereitungen für die geplante Gipfelkonferenz. Die amerikanische Regierung habe der sowjetischen Regierung keine einzige Note zukommen lassen, die nicht zuvor dem Ständigen Nato-Rat vorgelegt worden sei.

Spaak lobte speziell die Eisenhower-Administration, weil die USA von allen Ländern in der Nato das Land sei, welches das Prinzip von Konsultationen im Vorfeld von Entscheidungen am beständigsten und häufigsten angewandt habe. Spaak charakterisierte diese Entwicklungen als eine „Innovation, ja sogar Revolution in der diplomatischen Praxis“:

<sup>856</sup> Spaak-Dulles entrevue, Boston, 27 septembre 1958, FPHS, 297/5507 (ÜdV); FRUS 1958-60 VII(1): 360f. Vgl. auch Spaak, *Combats* II, 183; Dumoulin, *Spaak*, 560ff. Vgl. auch Elbrick to Dulles, 24 September 1958, „Your Meeting with NATO Secretary-General Spaak“, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Darin hielt Elbrick prophetisch fest: „[Spaak] is undoubtedly worried about the direction French policy in relation to NATO may take, e.g. the desire of de Gaulle to have a political ‘standing group’ and an independent nuclear weapons program [...]“. In den Central Files des Weissen Hauses findet sich in der DDEL in Abilene auch ein Memorandum von Dulles an Eisenhower für dessen Treffen mit Spaak am 29. September 1958. Weder in den US-Archiven noch in Spaaks Papieren in Brüssel konnte jedoch ein Gesprächsprotokoll oder weitere Hinweise auf ein allfälliges Treffen Spaaks mit Eisenhower in Washington gefunden werden. Dulles to Eisenhower, 24 September 1958, „Call on You by NATO Secretary-General Spaak“, DDEL, WHCF, Conference File, Subject Series, Box 46, NATO (4). Eisenhower wurde von Dulles darauf aufmerksam gemacht, dass Spaak vor allem die politische Kohäsion der Nato verbessern wolle. Dulles lobte die Nato vor dem Präsidenten auch als „äusserst nützliches Forum, um die westliche Politik vis-à-vis des Sowjetblocks zu harmonisieren“ (ÜdV), besonders in Bezug auf die Gipfelvorbereitungen und Abrüstungsgespräche. Dulles empfahl Spaak als vorbildlichen Generalsekretär der Nato: „M. Spaak’s leadership of the Council has been marked by vigor, political insight, a keen awareness of the immediacy of the Soviet threat, and a desire to strengthen NATO in all possible ways.“

<sup>857</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 3. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91.

<sup>858</sup> Burgess (Paris) to Dulles, 8 September 1958, Polto 621, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

It is really extremely significant that the most powerful nation in the world should accept this form of consultation and adopt the new practice of inviting even the smallest of its allies to discuss with it on a footing of complete equality, matters of mutual interest, and that in the vast majority of cases it should take account of suggestions it receives.

Der Generalsekretär schloss seine Hymne auf die politische Konsultation in der Nato mit dem Hinweis, dass die Nato unterdessen viel mehr als nur eine mächtige Militärmaschine sei:

It is the very center of the most significant diplomatic innovation ever attempted, and it is not only creating new methods, but even a new spirit, where the relations of nations to each other are concerned.

Spaak war zuversichtlich, dass der Westen der sowjetischen Herausforderung einer friedlichen Koexistenz gelassen entgegentreten könne, wenn das „laufende Experiment“ der Transformation der Nato weiterhin so erfolgreich voranschreite.<sup>859</sup>

Dulles lobte Spaaks Rede als „perfekte Antwort“ auf de Gaulles Denken. Dulles fand, Spaaks Reflexionen entsprächen allerdings eher dem europäischen als dem amerikanischen Denken. Die USA hätten bereits in den letzten Jahren den Kommunismus als globales Problem erkannt und entsprechend reagiert. Dulles erinnerte Spaak daran, dass er die Nato schon 1949 wegen ihres zu regionalen Fokus kritisiert habe, der von der Sowjetunion in anderen Teilen der Welt ausgenutzt werden konnte – wie es prompt 1950 in Korea geschehen sei. Dulles teilte jedoch Spaaks Plädoyer für eine Reform der Nato: „I have no doubt whatever that today it is essential to make what you call a reappraisal of NATO to adapt it to current Communist offensives.“ Dulles glaubte, die beste Antwort auf die globale sowjetische Herausforderung wäre es, wie von Spaak im Dezember 1957 vorgeschlagen, eine engere Liaison zwischen den verschiedenen westlichen Regionalpakten herzustellen. De Gaulles Lösung war hingegen inakzeptabel, da sie weltweit als Versuch wahrgenommen würde, die Nato in ein Instrument zur westlichen Dominanz der Welt zu verwandeln. Dulles gestand, er wisse noch nicht genau, wie auf de Gaulles Brief reagiert werden sollte. Er bestätigte aber, dass de Gaulle – und auch Spaak – wichtige Fragen gestellt hätten, die einer positiven Antwort bedurften. Dulles glaubte, diese Fragen würden wohl am Dezembertreffen der Nato die kritischste Angelegenheit werden.<sup>860</sup>

Spaak antwortete Dulles kurz darauf, dass er die Situation gleich beurteile:

Like you, I think that the problem posed by General de Gaulle is important and real; like you, I think that the proposed solution is not a happy one and that it might even be dangerous; lastly, I feel as you do that the real procedure to be followed is to discuss the problem at the Ministerial meeting in December.

Spaak schlug deshalb vor, im Vorfeld der Dezembertagung ein Memorandum über politische Konsultation in der Nato während des Jahres 1958 zu verfassen und dabei vor allem auch die bestehenden Probleme anzusprechen. Spaak warnte aber davor, dass das Thema kompliziert sei und dass man aufpassen müsse, dass man nicht unter dem Vorwand, politische Konsultationen verbessern zu wollen, das bereits Erreichte zerstöre.<sup>861</sup>

<sup>859</sup> Speech by Spaak, Atlantic Treaty Association, Boston, 27 September 1958, Fondation Paul-Henri Spaak (FPHS), Brussels, 294/5508; publiziert als: Paul-Henri Spaak, „NATO and the Communist Challenge“, *Department of State Bulletin* 39, no. 1008 (20 October 1958): 607-611.

<sup>860</sup> Dulles to Spaak, 10 October 1958, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>861</sup> Spaaks Antwort ist enthalten in: Burgess (Paris) to DoS, 15 October 1958, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

Anfang Oktober hatte sich Spaak zudem für die Interessen der BRD und Italiens eingesetzt. In Gesprächen mit Blankenhorn und Alessandrini wies er darauf hin, dass de Gaulles Memorandum einen anderen Inhalt habe, als die französische Regierung Italien und der BRD vorgegeben habe. De Gaulle habe ein Direktorium der drei Hauptmächte zu ständigem Meinungsaustausch in globalen Fragen gefordert und wolle unter Aufrufung von Artikel 12 das Revisionsverfahren des Nato-Vertrags beantragen. Für Spaak war klar: „Dass die Konsultation in der Nato, die in manchem positive Resultate zeige, im Ganzen nicht befriedige, liege nicht an der Nato. Es liege vielmehr an den Staaten, die sich entweder dieser Maschinerie überhaupt nicht oder nur unzureichend bedienen.“

Blankenhorn sagte Spaak, er halte de Gaulles Plan für einen Anachronismus. Solche Lösungen seien für die BRD „völlig unrealistisch“ und inakzeptabel. Wenn sie durchgeführt würden, „würde dies das schnelle Ende der Nato bedeuten.“ Auch Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien, Griechenland und die Türkei würden so denken, meinte Blankenhorn. Er glaubte, eine allianzinterne Überprüfung des gesamten Nato-Konsultationsverfahrens und der strategischen Planung der Nato wäre die beste Antwort auf de Gaulles Forderungen. Das Quai d’Orsay musste schliesslich Bonn und Rom die komplette Version von de Gaulles Memorandum zustellen.<sup>862</sup>

Spaak beschloss, – wie von Dulles in Boston ermutigt – auf das Memorandum von de Gaulle noch vor Macmillan und Eisenhower zu reagieren. In seinem Schreiben vom 15. Oktober stimmte er de Gaulles Diagnose grundsätzlich zu. Auch er fand, der Kommunismus bedrohe inzwischen vor allem die Gebiete ausserhalb Europas. Allerdings betonte Spaak, dass nicht nur die USA, Grossbritannien und Frankreich, sondern alle Nato-Mitglieder Interessen in Afrika, im indischen Ozean und im Pazifik hätten. De Gaulles Idee eines Dreier-Direktorats fand Spaak deshalb „weder praktisch noch glücklich“ (*ni pratique ni heureuse*). Ein solches Direktorat würde das Ende der transatlantischen Allianz bedeuten, denn Italien und die BRD würden nie ihr Einverständnis zur französischen Idee eines Weltdirektorats geben, von dem sie ausgeschlossen wären. Auch die kleineren Nato-Staaten wären dagegen, da sie sonst ihrem Instrument der Diskussion und Konsultation innerhalb der Nato beraubt würden.

In seinem Antwortschreiben schlug Spaak de Gaulle fünf Punkte zur Stärkung der Nato vor: *Erstens* solle das Vertragsgebiet ausgeweitet werden. *Zweitens* solle der Nato-Rat „eine noch grössere Rolle dabei spielen, eine gemeinsame westliche Position für Ost-West-Verhandlungen zu bestimmen.“ *Drittens* solle die Nato ihrer politischen Konsultation mehr Gewicht verleihen. *Viertens* könnte eine unabhängige europäische Nuklearabschreckung innerhalb der Nato die Abhängigkeit von den Anglosachsen verringern, wie dies von Frankreich, Italien und Holland gefordert wurde. *Fünftens* müsste die Allianz eine globale Nato-Militärstrategie entwickeln.<sup>863</sup>

Die BRD waren mit den Vorschlägen Spaaks einverstanden. Blankenhorn fand, Spaaks Antwort liesse in den entscheidenden Fragen nichts an Klarheit zu wünschen übrig.<sup>864</sup> Die USA waren indessen gegen die meisten von Spaaks Ideen. Zwar stimmten sie Punkt zwei enthusiastisch zu und rühmten sich auch, dass Washingtons Weste in

<sup>862</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 3. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91; Mémorande de Spaak, [octobre 1958], FPHS, 294/5486; De Staercke à Wigny (Bruxelles), 13 octobre 1958, FPHS, 294/5497. Vgl. auch Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, 324-329.

<sup>863</sup> Lettre de Spaak à de Gaulle, 15 octobre 1958, FPHS, 294/5483 (ÜdV). Vgl. auch Mémorandum remis par M. Spaak, 15 octobre 1958, DDF 1958 II: 523-527. Spaak übergab den Brief persönlich an Couve de Murville. Siehe dazu auch de Staercke à Wigny (Bruxelles), 25 octobre 1958, FPHS, 294/5482.

<sup>864</sup> Memorandum von Blankenhorn an Brentano, 21. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 85.

dieser Beziehung rein sei: „We certainly have no quarrel. On the contrary, we feel that our record on this has been excellent during the past year and we are prepared to support efforts to extend this even further.“ Was politische Konsultation betraf, müssten die USA jedoch vorsichtig sein und gewisse Limiten berücksichtigen. Die USA waren zudem gegen eine globale Militärstrategie der Nato.<sup>865</sup>

Auch wenn der Nato-Generalsekretär von de Gaulle nie eine Antwort auf sein Schreiben erhalten sollte,<sup>866</sup> so hatte er im Herbst 1958 eine Vermittlungsrolle in der von de Gaulle ausgelösten Diskussion um eine Reform der Nato und in den Konsultationen über de Gaulles Direktoriumsvorschlag zwischen den USA, Grossbritannien, der BRD und Italien übernommen. Wichtiger als seine Mediation war aber natürlich, wie Eisenhower und Macmillan auf de Gaulles Vorschläge reagieren würden. Die USA und Grossbritannien bezogen Spaak, die BRD und Italien von Anfang an in ihre Überlegungen ein. Die Nato als vom Vorschlag direkt betroffene Organisation wurde vorerst jedoch – abgesehen von Spaak – noch nicht in die binnenwestlichen Diskussionen involviert.

## 5. Westliche Konsultationen ausserhalb der Nato

Die USA und Grossbritannien sprachen ihre Reaktionen Ende September miteinander ab und bestätigten den Erhalt von de Gaulles Memorandum vorerst nur in kurzen Schreiben.<sup>867</sup> Anfang Oktober 1958 war das französische Memorandum Gesprächsthema während eines Besuchs von Macmillan in Bonn. Macmillan fand, de Gaulle seien im Memorandum zwei Fehler unterlaufen. Einerseits glaube de Gaulle, aus der Tatsache von territorialem Besitz eine besondere politische Verantwortlichkeit herleiten und eine Sonderstellung beanspruchen zu können. Andererseits wünsche er die Errichtung eines Direktoriums der drei westlichen Weltmächte, was bei den USA und Grossbritannien auf Widerstand stosse. Adenauer warnte, es dürfe keine amerikanisch-britisch-französische Vormachtstellung geben.

Intern reagierte Adenauer äusserst scharf. Er ärgerte sich, dass de Gaulle vorgab, er habe darüber mit ihm in Colombey-les-deux-Eglises gesprochen. Nur über die Reform der Nato im allgemeinen hätten sie diskutiert. Aus den Plänen de Gaulles, so Adenauer, spreche eine Überheblichkeit, für die er nicht das geringste Verständnis habe. Die USA und Grossbritannien, müssten de Gaulle deshalb volle Klarheit über ihre negative Einstellung verschaffen.<sup>868</sup>

In seiner Antwort – deren Inhalt er in Bonn mit Macmillan abgesprochen hatte – empfahl Adenauer de Gaulle, sich mit Spaak zu treffen und mit ihm die Frage einer Än-

<sup>865</sup> Timmons (Washington) to Burgess (Paris), 1 November 1958, „Letter from Spaak to de Gaulle“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Am 14.10.58 hatte Dulles Spaaks Vorgehen noch gelobt. Während Dulles bestätigte, dass de Gaulles Vorschläge für die USA inakzeptabel seien, fand er, dass sich Spaak, Italien und die BRD nicht bei den USA über de Gaulles Vorschläge beklagen, sondern sich mit ihren Klagen direkt an den „Autor des Briefes“ wenden sollten: „Spaak action in conveying his concern directly to France appears helpful and more profitable than merely reiterating anguish to us and to British.“ Dulles to Houghton (Paris), 14 October 1958, Tel. 1306, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>866</sup> Sinasac, „The Three Wise Men“, 112.

<sup>867</sup> Macmillan to de Gaulle, 1 October 1958, PRO, PREM 11, 3002; Eisenhower to de Gaulle, 2 October 1958, DDEL, AWF, International Series, Box 12, de Gaulle June 1958 – October 1959 (3). Zur britisch-amerikanischen Abstimmung vgl. FRUS 1958-60 VII(2): 90f., 95ff., 98f.

<sup>868</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 8. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91. Vgl. auch Lacouture, de Gaulle II, 217f.; Schwarz, Adenauer 2, 457-462. Zum Treffen Adenauers mit Macmillan vgl. auch Macmillan, Riding the Storm, 452-455; Horne, Macmillan II, 109ff.

derung der politischen Struktur der Nato zunächst mündlich zu erörtern.<sup>869</sup> Adenauer hoffte, Spaak könnte in einer solchen Diskussion de Gaulle zur Abfassung eines neuen Memorandums bewegen, in dem die Ausführungen, gegen welche die meisten Verbündeten Einwände erheben würden, weggelassen würden und das dann in der Nato diskutiert werden könnte. Ein Bekanntwerden des ursprünglichen Memorandums vom 17. September, so glaubte Adenauer, würde indessen in der Öffentlichkeit eine unangenehme Kontroverse auslösen.<sup>870</sup>

Nach dem Gespräch mit Adenauer liess Macmillan Eisenhower ausrichten, dass das Memorandum von de Gaulle angesichts der deutschen Verärgerung ernster genommen werden müsse als bisher angenommen. Macmillan, der fand, dass die Angelsachsen de Gaulles Forderung von trilateralen Konsultationen in Washington möglichst bald nachgeben sollten, glaubte daher, London und Washington müssten danach auch eine „volle Diskussion“ in der Nato anstreben.<sup>871</sup>

Dulles und Eisenhower vereinbarten am 13. Oktober, dreiseitige Konsultationen über de Gaulles Memorandum auf der Ebene der Unterstaatssekretäre zu führen.<sup>872</sup> Burgess kommentierte aus Paris, dass die USA in diesen Sondierungsgesprächen nur eine Klärung der offenen Fragen suchen, aber von Anfang an klar machen sollten, dass das Konzept eines Dreimächte-Direktoriums gegen die amerikanische Philosophie verstosse und in den bestehenden Allianzbeziehungen zu grossen Problemen führen würde. Burgess empfahl stattdessen, die politische Konsultation in der Nato zu verbessern. In dieser Beziehung seien die USA „fraglos führend“, während die Franzosen sich in der jüngsten Vergangenheit zurückgehalten hätten.<sup>873</sup> Burgess' Kommentar stiess in Washington auf offene Ohren. Dulles informierte den britischen Botschafter Harold Caccia, die USA wollten zunächst die französische Regierung auf bilateralem Wege bitten, ihre Vorschläge zu konkretisieren.<sup>874</sup> Dulles warnte Eisenhower davor, mit trilateralen Konsultationen in Washington de Gaulles Forderung nach einem Dreier-Direktoriat zu schnell nachzugeben: „We must avoid creating the impression that the ‚Three‘ are deciding the future of NATO.“<sup>875</sup> Die britische Regierung war hingegen eher bereit, auf die informellen Konsultationen *à trois* einzugehen, insbesondere auch, um de Gaulle einen Ausweg aus der von ihm geschaffenen Situation ohne Gesichtsverlust zu verschaffen. Selwyn Lloyd widersprach Dulles' Argumentation, auf die Nato-Verbündeten müsse Rücksicht genommen werden:

The least we can do to give some satisfaction to the General and make his path of retreat easy is to accept the proposal that the problems stated in his memorandum should be made in the first instance at least the subject of discussion between the two Ambassadors and the State Department. I really do not share Mr. Dulles' fear that acceptance of this suggestion will lead us on to a slippery slope which will precipitate a crisis with the other allies. We could be as frank as possible with the Germans and the Italians and keep them informed of what goes on

<sup>869</sup> DDF 1958 II, nos. 240 und 248. Vgl. Schwarz, Adenauer II, 460.

<sup>870</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91. Vgl. auch Cabalo, Politische Union Europas, 213.

<sup>871</sup> FO to Caccia (Washington), 9 October 1958, Tel. 7124, PRO, FO 371/137363 (ÜdV).

<sup>872</sup> Eisenhower-Dulles Meeting, 13 October 1958, DDEL, Dulles Papers, WHM, Box 7, White House: Meetings with the President, July-December 1958 (4).

<sup>873</sup> Burgess (Paris) to DoS, 14 October 1958, Polto 981, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>874</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 101ff.

<sup>875</sup> Dulles to Eisenhower, 15 October 1958, „The de Gaulle Proposals for NATO Reorganization“, DDEL, WHO-SS, International Series, Box 5, France vol. I (3). Eisenhower notierte von Hand auf das Memo: „I agree we should not do this 3 power business unless we have to.“ [Hervorhebung im Original].

in the tripartite discussions and give them an assurance that our purpose will be to steer these discussions into a wider circle, e.g. into NATO itself.<sup>876</sup>

Im Gespräch mit dem französischen Generalsekretär Joxe bekräftigte Blankenhorn, dass die Idee eines Direktoriums der Drei für die Bundesregierung „inakzeptabel“ sei. Auch die anderen Nato-Mitglieder würden wohl die Schaffung einer besonderen Institution und die darin zum Ausdruck kommende Vormachtstellung der drei Westmächte kaum akzeptieren. Auch wenn die Konsultation in der Nato zweifellos noch nicht vollkommen sei, so liege das weniger an der Nato selbst als vielmehr an den Partnerstaaten. Man beginne mit der Konsultation immer erst dann, wenn eine Krise ausgebrochen sei, anstatt die Abstimmung einer gemeinsamen Politik in den einzelnen Welträumen langfristig schon in Zeiten der Ruhe gemeinsam vorzunehmen, beklagte sich Blankenhorn.<sup>877</sup>

Am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Papst Pius XII. besprach Dulles am 18. Oktober in Rom hintereinander mit dem italienischen Premier und Aussenminister Amintore Fanfani, Brentano und dem französischen Aussenminister Couve de Murville den Vorschlag von de Gaulle. Die französische Presse bezeichnete die bilateralen Treffen als „kleinen Nato-Rat in Rom“.<sup>878</sup> Fanfani beteuerte, ein Direktorium könne von italienischer Seite her auf keinen Fall akzeptiert werden – de Gaulles Verbesserungsvorschläge könnten auf die Nato den Effekt einer „Atombombe“ haben. Dulles hielt de Gaulles Memorandum für einen „gefährlichen Brief“ und hoffte, die französische Initiative würde nicht in die öffentliche Diskussion gelangen. Er berichtete, in London herrsche etwas weniger Besorgnis über den französischen Vorschlag, aber die britische Regierung hätte auf seinen Wunsch ihren Antwortbrief, in dem sie eine grundsätzliche Bereitschaft zu Verhandlungen mit de Gaulle formuliert hätten, zurückgestellt.

Brentano teilte Dulles mit, dass Adenauer de Gaulles Vorschläge, wenn sie überhaupt diskutiert werden müssten, am besten im Nato-Rat behandeln wollte. Adenauer glaubte, de Gaulle würde nicht mehr von seiner Idee zurücktreten; eine allianzinterne Diskussion würde ihm jedoch aufzeigen, wie isoliert seine Gedanken in Europa waren: „The purpose of a discussion in the North Atlantic Council would be to demonstrate to de Gaulle how bad his idea was.“ Sowohl Italien als auch die BRD erklärten sich jedoch mit informellen Dreier-Gesprächen in Washington einverstanden, wenn den Franzosen darin deutlich gemacht würde, wie gefährlich de Gaulles Vorschlag eines institutionalisierten Tripartismus sei.<sup>879</sup>

<sup>876</sup> FO to Caccia (Washington), 17 October 1958, Tel. 7314, PRO, PREM 11, 3002.

<sup>877</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 16. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91.

<sup>878</sup> *Paris Journal* (20.10.1958): 5 (ÜdV). Fanfani war vom 1.7.58 bis 26.1.59 sowohl italienischer Premier als auch Aussenminister.

<sup>879</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 105ff. (ÜdV); Fernschreiben von Klaiber (Rom) ans AA, 18. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91. Fanfani hatte sich bereits vorher in einem Brief an Eisenhower gegen die Schaffung von zwei Kategorien innerhalb der Nato ausgesprochen und empfohlen, den Vorschlag de Gaulles zu bekämpfen. „De Gaulles Initiative für ein NATO-Direktorium“, NZZ (29.10.1958). Dulles bezeichnete die italienische Reaktion auf de Gaulles Idee zwei Tage nach seinem Treffen mit Fanfani als „nahezu hysterisch“. Dulles-Gruenther-McCloy et al. Meeting, 20 October 1958, „De Gaulle Letter“, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Die BRD wollte stattdessen die politische Konsultation in der Nato weiter ausbauen. Die Idee eines Dreierdirektoriums charakterisierte Blankenhorn wegen der Rückwirkung auf kleinere Staaten als „völlig unmöglich“. Blankenhorn und Adenauer hatten zwar nichts gegen Besprechungen in Washington im kleinen Rahmen, wie sie bisher auch über die Abrüstungs- oder die Deutschlandfrage stattgefunden hatten; allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Nato-Rat darüber gründlich informiert wurde. Die Errichtung des Dreierdirektoriums als Institution

Couve de Murville beklagte sich hingegen bei Dulles darüber, dass Fanfani und Spaak mit jedem über das vertrauliche Memorandum de Gaulles gesprochen hatten. Er selbst hielt die Aufregung über dessen Inhalt für ein Missverständnis. Das Wort „Organisation“ sehe etwas unglücklich nach einem Dreier-Direktorium aus. Eine solche sei aber französischerseits keineswegs beabsichtigt, versuchte Couve de Murville zu beschwichtigen. De Gaulle sehe das ganze Problem weniger unter politischen als vor allem unter strategischen Aspekten. Der Idee, de Gaulles Vorschläge in der Nato zu diskutieren, widersetzte er sich erwartungsgemäss. Dulles richtete Couve de Murville die generelle Bereitschaft der USA und Grossbritanniens zu Sondierungsgesprächen auf Botschafterebene in Washington aus, versuchte den Franzosen jedoch – gemäss dem von Adenauer und Macmillan entworfenen Plan – dazu zu bewegen, einen zweiten Brief zu entwerfen, um Indiskretionen begegnen zu können, ohne das September-Memorandum veröffentlichen zu müssen. Ein Vorzeigebrief von de Gaulle oder Couve de Murville, in dem auf den Bedarf von Konsultationen einiger allianzinterner Probleme hingewiesen wurde, ohne jedoch de Gaulles Vorschlag eines Dreier-Direktoriums zu erwähnen, sollte an Dulles geschrieben werden.<sup>880</sup>

Dulles selbst wusste immer noch nicht, wie die USA auf die von de Gaulle gelöste Krise reagieren sollten. Einerseits hielt er de Gaulles Vision einer für die ganze westliche Welt zuständigen trilateralen Sicherheitsorganisation für „eine veraltete Idee“. Unter Spaak habe sich die Nato stark entwickelt und Spaak verdiene Lob für die Fortschritte in der politischen Konsultation im Nato-Rat. Andererseits glaubte Dulles, dass die Dreier-Gespräche, die vor der Suezkrise bereits existiert hatten, wiederaufgenommen werden müssten. Eine Revision des Nato-Vertrags hielt Dulles jedoch für unrealistisch. Er wollte das Problem de Gaulle auf die lange Bank schieben, glaubte aber, dass de Gaulles Wünsche „bis zu einem gewissen Grade“ befriedigt werden müssten.<sup>881</sup>

In der offiziellen amerikanischen Antwort an de Gaulle wies Eisenhower am 20. Oktober darauf hin, dass Out-of-area-Konsultationen durchaus in der Nato geführt werden könnten und seit zwei Jahren auch bereits geführt würden. In klaren, wenn auch höflichen Worten lehnte Eisenhower deshalb ein Dreier-Direktorium ab: „We cannot afford to adopt any system which would give to our other allies, or other free world countries, the impression that basic decisions affecting their own vital interests are being made without their participation.“<sup>882</sup> Der französische Botschafter in Washington, Hervé Alphand, sollte die französische Auffassung in einer einmaligen Botschafterberatung, die jedoch keinen Schritt in Richtung hin zum Tripartismus darstellen würde, vortragen: „Ich hoffe, dass wir dann die Sonderbehandlung dieses Themas zugunsten einer grösseren Studie darüber fallen lassen können, wie man die Nato verbessern könnte – ein Problem, das uns alle sehr beschäftigt.“<sup>883</sup>

---

würde hingegen „das Ende der Nato“ bedeuten. Tagebucheintrag Blankenhorns, 24. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91.

<sup>880</sup> Dulles (Rome) to DoS, 18 October 1958; Fernschreiben von Klaiber (Rom) ans AA, 18. Oktober 1958.

<sup>881</sup> Dulles-Gruenther-McCloy et al. Meeting, 20 October 1958, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Die informellen Konsultationen zwischen Washington, London und Paris waren nicht nur aufgrund der Suezkrise abgebrochen worden, sondern auch wegen dem Insistieren der BRD und Italiens, dass stattdessen die Nato als Forum für innerwestliche Konsultationen benutzt werden sollte. Siehe Felken, Dulles und Deutschland, 379.

<sup>882</sup> Eisenhower to de Gaulle, 20 October 1958, DDEL, AWF, International Series, Box 12, De Gaulle June-October 1958 (3). Auf de Gaulles konkrete Forderungen von informellen Dreiergesprächen und nuklearer Teilhabe Frankreichs ging Eisenhower nicht ein. Vgl. FRUS 1958-60 VII(2): 99f.

<sup>883</sup> Brief von Dulles an Adenauer, 20. Oktober 1958, PAAA, Ref. 301, Bd. 151.

Die britische Antwort wurde der französischen Regierung am 21. Oktober übergeben. Macmillan betonte, de Gaulle habe in seinem Memorandum wichtige Probleme angesprochen, diese könnten aber nicht in grosser Eile gelöst werden. Konkret fragte Macmillan nach, ob im von de Gaulle vorgesehenen Dreier-Gremium Entscheidungen einstimmig getroffen werden sollten und ob das Gremium die Nato teilweise ersetzen oder ob die Nato wie auch andere regionale Organisationen dem Direktoriats untergeordnet sein sollte.<sup>884</sup> Bei der Übergabe des Briefes an de Gaulle richtete der britische Botschafter in Paris, Gledwyn Jebb, jedoch die klare Bereitschaft Macmillans zu trilateralen Botschaftergesprächen aus: „Her Majesty's Government was very much in favour of the proposed tripartite talks at Ambassadorial level, provided only of course that they were so organized as to cause the minimum embarrassment to our allies and calculated to produce the best results.“

Während des Gesprächs mit Jebb offenbarte de Gaulle seinen Unmut über die bisherigen Reaktionen auf sein Memorandum und drohte mit dem Austritt Frankreichs aus der Nato. Er habe bloss Konsultationen mit den USA und Grossbritannien vorgeschlagen, doch Dulles sehe bereits in der Organisation solch informeller Konsultationen ein Problem, und Eisenhowers Antwort sei „ziemlich kalt und abweisend“ gewesen, kommentierte de Gaulle. Spaak sei extrem kritisch, und die BRD und Italien hätten grosses Aufheben um seinen Vorschlag gemacht. De Gaulle ging so weit, Jebb damit zu drohen, dass die Zukunft der Nato in Frage gestellt würde, sollten die USA nicht positiver auf seinen Vorschlag von trilateralen Konsultationen reagieren: „If he got absolutely no satisfaction he could tell me straight out that France would cease to play any particular role in NATO and would, in other words, cease to be an active member.“<sup>885</sup> Macmillans und Adenauers Vorschlag eines zweiten Briefes für den Fall von Indiskretionen verwarf de Gaulle. De Gaulle wollte von seiner ursprünglichen Idee eines Direktoriats nicht abweichen.<sup>886</sup> De Gaulle wollte nicht wankelmütig erscheinen und lehnte die Idee eines zweiten Briefes deshalb ab.<sup>887</sup>

Macmillans konkrete Fragen liess de Gaulle durch Couve de Murville beantworten. Es sollte kein festes System geschaffen werden; es sollten bloss im Vorfeld konkreter Aktionen zwischen den USA, Grossbritannien, Frankreich Abstimmungen stattfinden. De Gaulle wolle die Nato keineswegs einem solchen Dreier-Gremium unterordnen und die politischen Diskussionen in der Nato zunichte machen. Mit seinem Vorschlag wolle de Gaulle lediglich die bereits etablierte Praxis ausbauen, wonach die USA, Grossbritannien und Frankreich im Vorfeld von Nato-Erörterungen über eine gemeinsame Linie berieten, der die übrigen Nato-Partner dann meist folgten. Couve de Murville wiederholte, dass der Begriff „Direktariat“ nicht von de Gaulle stamme, dem es nur um trilaterale Konsultation und Kooperation gehe.<sup>888</sup>

Parallel zur Suche Washingtons und Grossbritanniens nach einer pragmatischen Lösung mit de Gaulle versuchte Spaak, der französischen Herausforderung mittels „stiller Diplomatie“ zu begegnen.

<sup>884</sup> Macmillan to de Gaulle, in: Macmillan to Jebb (Paris), 21 October 1958, Perosnal Tel. 553, PRO, PREM 11, 3002.

<sup>885</sup> Jebb (Paris) to FO, 21 October 1958, Tel. 485, PRO, PREM 11, 3002 (ÜdV). Vgl. dazu auch: DDF 1958 II: 564f.

<sup>886</sup> Jebb (Paris) to FO, 24 October 1958, Tel. 492, PRO, PREM 11, 3002. Vgl. DDF 1958 II: 564f.

<sup>887</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 109f.

<sup>888</sup> Jebb (Paris) to FO, 26 October 1958, Tel. 496, PRO, PREM 11, 3002.



## 6. Spaaks „stille Diplomatie“ und Ärger in der Nato über die Nicht-Konsultation

Spaak reiste Ende Oktober offiziell ohne besonderen Anlass und lediglich zu vorbereitenden Gesprächen im Hinblick auf die Ministerratssitzung der Nato nach Deutschland. In einer dreistündigen Besprechung mit Adenauer und Blankenhorn über de Gaulles Memorandum stellte Spaak am 24. Oktober in Aussicht, den französischen Nato-Botschafter so bald wie möglich zu sich zu kommen lassen und ihm nahezulegen, das kontroverse Memorandum allen Nato-Staaten zugänglich zu machen. Spaak wollte vorschlagen, dass er als Grundlage für eine Erörterung an der Dezember-Ministerkonferenz die gesamte Frage einer Verbesserung der politischen Struktur der Nato zum Gegenstand eines Memorandums mache.<sup>889</sup> Adenauer fand, Spaak sollte als Vertreter der anderen zwölf Nato-Staaten an den geplanten trilateralen Washingtoner Konsultationen auf Botschafterebene teilnehmen. Spaak lehnte diese Idee jedoch mit dem Hinweis ab, er sei als Generalsekretär der Repräsentant aller fünfzehn Nato-Mitglieder, nicht bloss derjenige von zwölf Staaten.<sup>890</sup>

Am Tag von Spaaks Besuch in Bonn wurde nach vierzig Tagen Geheimhaltung der Direktoriums-Vorschlag de Gaulles in der deutschen Presse (zunächst vom *Düsseldorfer Mittag*) veröffentlicht. Dabei wurde festgehalten, dass sich der Ärger der Nato-Partner mehr über das Tempo und die Art der Lancierung und weniger über den eigentlichen Inhalt von de Gaulles Vorschlag bezog.<sup>891</sup> Spaak bedauerte es, dass das französische Denken über ein politisches Direktorium sich damit konkret herauskristallisiert hatte.<sup>892</sup>

Nach der Veröffentlichung gab es in den Korridoren des Nato-Hauptquartiers in Paris viele Diskussionen über de Gaulles Memorandum, das einheitlich als ein „grosser Missgriff“ angesehen wurde, wie Blankenhorn festhielt. Die Nato-Botschafter wollten aber offenbar jegliche Diskussion innerhalb des Rats vermeiden, um die französische Empfindlichkeit zu schonen. Das Eingehen auf die Sache sollte auf die Ministertagung im Dezember verschoben werden.<sup>893</sup> Die Idee von Adenauer und Spaak, de Gaulles Vorschläge im Nato-Rahmen zu diskutieren, wurde jedoch von den USA, Grossbritannien, Frankreich und Italien verworfen. Dulles war bereits am 16. Oktober diesbezüglich skeptisch gewesen, weil er nicht daran glaubte, dass die Nato-Botschafter Islands, Norwegens und Griechenlands die Vertraulichkeit einer solchen Diskussion wahren würden. Fanfani hatte damals die Meinung vertreten, dass eine Aussenministerdiskussion der Nato über de Gaulles Direktoriatsidee nur in kleinem Kreise geführt werden sollte.<sup>894</sup>

Die Angelsachsen befürchteten nach den Zeitungsberichten über de Gaulles Memorandum, dass Kanada oder die skandinavischen Staaten, die bisher von den allianzinternen Konsultationen ausgeschlossen waren, das Thema an einer der nächsten Ratssitzungen ansprechen würden. Kanada hatte Anfang Oktober in Washington und in Nato-

<sup>889</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 24. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91. Vgl. auch Bruce (Bonn) to DoS, 27 October 1958, Tel. 900, USNA, RG 59, CDF, 740.5/10-2758.

<sup>890</sup> Roberts (Paris) to FO, 28 October 1958, Tel. 349, PRO, PREM 11, 3002.

<sup>891</sup> „France Wants Major Change in NATO“, *The Times* (25 October 1958); „De Gaulles Vorschlag für ein NATO-Direktorium“, *NZZ* (25.10.1958). Vgl. auch „De Gaulle für ein Direktorium der Grossmächte in der NATO“, *NZZ* (28.10.1958); „De Gaulles Initiative für ein NATO-Direktorium“, *NZZ* (29.10.1958).

<sup>892</sup> De Staercke à Wigny (Bruxelles), 29 octobre 1958, FPHS, 294/5498.

<sup>893</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 29. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91.

<sup>894</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 105ff.; Fernschreiben von Klaiber (Rom) ans AA, 18. Oktober 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 91. Zu Islands Rolle in der Nato vgl. Valur Ingimundarson, *The Struggle for Western Integration: Iceland, the United States, and NATO during the First Cold War* (Oslo: IFS, 1999).

Kreisen in Paris von der Existenz von de Gaulles Memorandum erfahren.<sup>895</sup> Der kanadische Premierminister John Diefenbaker reagierte äusserst heftig auf den Umstand, dass Macmillan ihn zwei Wochen lang im Dunklen hatte tappen lassen. Er fand es besorglich, dass Macmillan ihn erst informiert hatte, also klar wurde, dass Kanada auf Nato-Kanälen bereits vom Brief erfahren würde. Diefenbaker hielt die französische Initiative für eine „total unrealistische Einschätzung“ von Frankreichs Macht und Einfluss in der Nato. Mit de Gaulles Vorschlag eines Direktoriums war er ganz und gar nicht einverstanden.<sup>896</sup> Aus kanadischer Sicht war ein solches aus den folgenden Gründen inakzeptabel:

(1) It suggests that the middle and smaller powers of the Western Alliance, which also have commitments and responsibilities, should have little or no say in the direction of the policies and plans of the Alliance; (2) If presented within NATO in its present form the resulting debate would be acrimonious, uncoordinated and disruptive; (3) It would have a particularly damaging effect upon the uncommitted countries which might interpret such a move as an impingement upon certain areas in which they claim a direct interest and would probably reinforce the misgivings they have often expressed about the militaristic tendencies of the Atlantic Alliance.<sup>897</sup>

Die USA und Grossbritannien hofften, dass eine Diskussion darüber in der Nato bis auf weiteres vermieden werden könne. Burgess wurde angewiesen, eine substanzielle Diskussion der französischen Vorschläge im Ständigen Nato-Rat zu verzögern.<sup>898</sup> Burgess fand ebenfalls, eine Diskussion von de Gaulles Direktoriatsidee sollte besser vermieden werden.<sup>899</sup> Dulles rechnete damit, dass während einer Nato-Diskussion über de Gaulles Vorschläge ein „unglücklicher Eindruck von Meinungsverschiedenheiten“ zwischen den unkoordinierten Äusserungen Frankreichs, der USA und Grossbritanniens sowie auch der BRD und Italiens entstehen könnte. Dulles fände es deshalb die beste Lösung, wenn Spaak als einziger Sprecher in Erscheinung träte, falls Bemerkungen im Nato-Rat nötig werden würden. Burgess sollte sich vorab mit Spaak und den Nato-Botschaftern Grossbritanniens, Frankreichs, der BRD und Italiens absprechen. Dulles schlug vor, Spaak sollte dem Rat auf die zu erwartende Kritik Kanadas mitteilen, dass er durch die entsprechenden Regierungen über de Gaulles Vorschläge informiert worden sei, dass er von ihnen inklusive der französischen Regierung die Versicherung erhalten habe, dass ohne Partizipation der Nato nichts von Relevanz für die Nato besprochen würde. Dulles hiess Burgess, Spaak vorzuschlagen, er solle den Brief de Gaulles herunterspielen und stattdessen besser von dessen „Vorschlägen“ sprechen.<sup>900</sup>

Macmillan sprach sich am 27. Oktober in London im Gespräch mit Spaak ebenfalls gegen eine Nato-Diskussion aus. Zunächst sollten die vorgesehenen trilateralen Sondierungsgespräche stattfinden, über deren Resultate Spaak die BRD und Italien informieren sollte. Spaak hingegen vertrat gegenüber Macmillan die Position, alle Nato-Staaten sollten de Gaulles Forderungen diskutieren und deshalb sollte das September-Memorandum

<sup>895</sup> DCER XXIV (1958): nos. 287 und 288.

<sup>896</sup> Ibid., no. 289.

<sup>897</sup> Ibid., no. 290. Die kanadische Kritik wurde durch Aussenminister Smith Mitte Oktober gegenüber den USA geäussert. Vgl. Merchant (Ottawa) to DoS, 15 October 1958, Tel. 299, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>898</sup> Dulles to Burgess (Paris), 26 October 1958, Topol 1453, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Burgess sollte mit Spaak das Gespräch suchen, um die Einberufung einer ausserordentlichen Sitzung am 27.10.58 zu verhindern.

<sup>899</sup> Burgess (Paris) to Dulles, 27 October 1958, Polto 1121, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>900</sup> Dulles to Burgess (Paris), 27 October 1958, Topol 1469, USNA, ibid. (ÜdV).

allen ausgehändigt werden.<sup>901</sup> Spaak ärgerte sich über den britisch-amerikanischen Ansatz, statt einer Konfrontation mit de Gaulle über die wichtigsten Nato-Probleme zu schweigen.<sup>902</sup>

Spaak änderte seine Meinung nach seiner Rückkehr aus London. Nach Anhörung der Nato-Botschafter aus Dänemark und Norwegen wünschte Spaak am 28. Oktober nun ebenfalls, dass es in der Ratssitzung vom folgenden Tag keine Diskussion über das de Gaulle-Memorandum geben sollte. Die heftige Kritik Dänemarks und Norwegens machte Spaak die Gefahr von de Gaulles Vorschlägen fürs Bündnis und die Risiken einer frühen Diskussion in der Nato bewusst. Stattdessen wurde der französische Nato-Botschafter Geoffrey de Courcel geheissen, die einzelnen Nato-Delegationen bilateral über die französische Politik zu unterrichten.<sup>903</sup> Das französische Aussenministerium war seit Anfang Oktober darum bemüht, den Schaden von de Gaulles Memorandum für das Bündnis zu begrenzen. Grossbritannien glaubte, dass zu harsche Kritik im Nato-Rat diesen Prozess zu gefährden drohte und stattdessen zu einer Verhärtung der französischen Position führen könnte.<sup>904</sup> Die Ängste und Vorkehrungen angesichts einer Intervention von Kanada, Norwegen oder Dänemark erwiesen sich jedoch als unnötig. Am 29. Oktober diskutierte der Ständige Nato-Rat vor allem die Zypernkrise.<sup>905</sup>

## 7. Versuche von Schadensbegrenzung in der Nato

Nach den innerwestlichen Krisensitzungen, bei denen es darum ging, wie auf de Gaulles Reformpläne reagiert werden sollte, nach den offiziellen Antworten Eisenhowers und Macmillans sowie nach der Veröffentlichung der Ideen in der Presse traf sich Anfang November 1958 erstmals ein hochrangiger Vertreter der Nato persönlich mit dem französischen Präsidenten. In einer rund einstündigen Aussprache versuchte de Gaulle den Nato-Oberbefehlshaber Lauris Norstad davon zu überzeugen, dass die politische Organisation der Nato „unfähig und unwirksam“ sei. Norstad stellte sich der Kritik und entgegnete von General zu General, dass die Nato eine Institution sei, an der fünfzehn Staaten gleichberechtigt und gleichverpflichtet teilnahmen. Die Instruktionen an den Nato-Rat kämen auf dem Weg demokratischer Willensbildung zustande und resultierten aus Kompromissbeschlüssen der zuständigen Kabinette. Norstad beschrieb den Ständigen Nato-Rat als „demokratisches Organ mit Einstimmigkeitsregel“, das heisst, die Nato-Entschlüsse kämen „in umständlichen, langwierigen und oft sehr schwierigen Verhandlungen“ zustande. De Gaulle zeigte grosses Interesse an Norstads Erläuterungen. Norstad kommentierte später gegenüber Blankenhorn verblüfft, offenbar sei de Gaulle eine derartige Darstellung der Funktion des Nato-Rats bis anhin noch nicht gegeben worden.<sup>906</sup>

Auch gegenüber Kanada versuchte Frankreich den Schaden zu begrenzen. Als sich der neue Nato-Botschafter Jules Léger am 19. November mit seinem französischen Kollegen Geoffrey Chondron de Courcel traf, versicherte dieser ihm, de Gaulle wünsche keine Reorganisation der Nato, bei der einer Art „politische Ständige Gruppe“ spezielle

<sup>901</sup> Macmillan-Lloyd-Spaak Meeting, London, 27 October 1958, PRO, PREM, 3002.

<sup>902</sup> Spaak, Memoiren, 392.

<sup>903</sup> Roberts (Paris) to FO, 28 October 1958, Tel. 349, PRO, PREM 11, 3002; Burgess (Paris) to DoS, 28 October 1958, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>904</sup> Vgl. dazu Jebb (Paris) to FO, 2 October 1958, Tel. 451, PRO, PREM 11, 3002; Roberts (Paris) to FO, 7 October 1958, Tel. 287, ibid.

<sup>905</sup> Burgess (Paris) to DoS, 29 October 1958, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>906</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 4. November 1958.

Verantwortung übertragen würde. Frankreich würde das Thema „politische Konsultationen“ im Nato-Forum nicht ansprechen, auch nicht am Ministerrat im Dezember: „France welcomed political consultation in the Council and would continue fully to cooperate in this field. [...] We don't intend to do anything behind your backs.“<sup>907</sup>

Frankreich wehrte sich aber dagegen, dass der Nato-Rat vorgängig über die trilateralen Gespräche in Washington von Anfang Dezember 1958 informiert wurde. Einzig Spaak sollte 24 Stunden vor Beginn der Gespräche orientiert werden. Die französische Regierung vertrat die Haltung, erst an den Dreier-Gesprächen sollte bestimmt werden, wie und inwieweit der Ständige Nato-Rat über den Inhalt der Konsultationen informiert werden sollte. Washington hingegen wollte die Nato lieber von Anfang an einweihen. Das State Department war überzeugt, dass sich durch rechtzeitige Informationen spätere Schwierigkeiten verhindern liessen. Nicht nur die BRD und Italien wären erzürnt über die Existenz von Dreier-Gesprächen, sondern insbesondere auch Kanada – umso mehr, wenn es dies wieder erst aus der Presse erfahren würde. Die USA wollten stattdessen lieber den Empfehlungen der Drei Weisen von 1956 folgen, wonach der Nato-Rat auch über politische Entwicklungen von Bedeutung auf dem Laufenden gehalten werden sollte, auch wenn diese ausserhalb des Nato-Vertragsgebiets erfolgten.<sup>908</sup>

Wegen der französischen Weigerung, die Nato vorab zu informieren, befand sich die Eisenhower-Administration in einer Sackgasse. Ihr Dilemma war, dass die Washingtoner Gespräche einerseits nötig schienen, um de Gaulles Vorschläge zu besprechen. Andererseits musste zuerst das Nato-Problem der rechtzeitigen Konsultation gelöst werden. Die USA waren dagegen, von der amerikanischen Konsultationspolitik in der Nato abzuweichen. Sie fanden, die Nato müsste nicht nur über die Abhaltung der Washingtoner Gespräche, sondern danach auch über die Resultate und die Zukunft allfälliger weiterer trilateralen Gespräche informiert werden. De Gaulle hingegen vertrat die Position, die Nato sei nie direkt involviert worden. De Gaulle habe Spaak sein Memorandum auf „rein persönlicher Basis“ übergeben, und auch de Courcel habe nur auf „persönlicher und informeller Ebene“ mit anderen Nato-Botschaftern über de Gaulles Vorschläge gesprochen.<sup>909</sup>

Die USA gaben den französischen Forderungen nicht nach und liessen de Gaulle am 26. November ausrichten, dass die trilateralen Gespräche nur dann stattfinden würden, wenn der Nato-Rat vorgängig darüber informiert würde.<sup>910</sup> Einen Tag später erklärte sich Frankreich damit einverstanden, die Nato-Botschafter 24 Stunden vor dem ersten trilateralen Gespräch darüber zu benachrichtigen.<sup>911</sup> Allerdings wehrte sich die französische Regierung dagegen, die Information über die Washingtoner Gespräche im Rahmen des Nato-Rats anzukündigen. Ende November orientierte das State Department deshalb zunächst Bonn und Rom auf bilateralen diplomatischen Kanälen über die Dreimächte-Gespräche. Während die Adenauer-Regierung die Ankündigung ruhig entgegennahm und hoffte, dass aus den Gesprächen etwas Gutes resultieren würde, drückte die italienische Regierung „äusserste Bestürzung“ darüber aus, dass damit die von de Gaulle ge-

<sup>907</sup> DCER XXIV (1958): no. 296.

<sup>908</sup> Dulles to Houghton (Paris), 24 November 1958, Tel. 1907, USNA, RG 59, CDF, 740.5/11-2458.

<sup>909</sup> Merchant to Dulles, 25 November 1958, „Tripartite Talks on de Gaulle Memorandum“, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>910</sup> Dulles to Houghton, 26 November 1958, Tel. 1945, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>911</sup> Alphand-Merchant Meeting, 27 November 1958, USNA, *ibid.*

wünschte Prozedur tatsächlich institutionalisiert werde. Italien warnte davor, sich der Illusion hinzugeben, dass ein paar wenige Treffen de Gaulle glücklich machen würden.<sup>912</sup>

Die ersten beiden Geheimtreffen der Washingtoner Botschafter Frankreichs und Grossbritanniens mit dem amerikanischen Unterstaatssekretär, Robert Murphy, fanden schliesslich am 4. und 10. Dezember 1958 statt. An einem ersten Sondierungsgespräch auf Botschafterebene zwischen Frankreich, Grossbritannien und den USA über die Bedeutung von de Gaulles September-Memorandum wurde Frankreich aufgefordert, „ein bisschen spezifischer“ zu sein, was seine Reformvorschläge für die Nato bedeuten würden. Die westlichen drei Grossmächte fanden jedoch im ersten Washingtoner Treffen keine Lösung in der Frage, wie die Nato über die beiden Sitzungen orientiert werden sollte. Die BRD, Italien und Kanada wurden über ihre Botschafter in den USA bilateral darüber informiert.<sup>913</sup> Als Burgess Spaak einweihete, reagierte dieser äusserst besorgt. Er betonte, es dürfe auf keinem Fall zu einer Organisation und Institutionalisierung der Dreier-Gespräche kommen, sonst wären sowohl die Nato-Konsultationen über globale Ereignisse als auch die Nato selbst „dem Untergang geweiht“. Länder wie Belgien, so prophezeite Spaak, würden ein Dreier-Direktorium niemals akzeptieren. Zudem gefährde de Gaulles Vorschlag einer trilateralen Organisation auch ernsthaft die fortdauernde Unterstützung Italiens für die Nato. Spaak wusste nicht, wie ein Thematisieren der Dreier-Organisation am Dezembertreffen der Nato verhindert werden konnte. Spaak war bereits vom norwegischen Nato-Botschafter angegriffen worden, er wolle vermeiden, Frankreich mit einer offenen Diskussion in eine Ecke zu treiben.<sup>914</sup>

Der Nato-Rat als multilaterales Forum sowie die kleineren Nato-Staaten blieben jedoch von der Diskussion um de Gaulles Memorandum weiterhin ausgeschlossen. Als Spaak von Burgess über das zweite trilaterale Washingtoner Treffen vom 10. Dezember 1958 informiert wurde, warnte der Nato-Generalsekretär nochmals vor einer Institutionalisierung. An dem Aussenministertreffen der Nato erwartete Spaak jedoch keine Diskussion von de Gaulles Vorschlägen. Er hatte zahlreiche Delegationen gebeten, eine solche Diskussion zu vermeiden und sich stattdessen auf konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der politischen Konsultationen innerhalb der Nato zu machen.<sup>915</sup>

Die zunächst konsensfähige Idee, dass de Gaulles Kritik in Spaaks politischem Jahresbericht über das Jahr 1958 aufgenommen und dann im Nato-Rahmen diskutiert werden könnte, war im Laufe des Monats November versandet. Dulles hatte bereits am 1. November Skepsis angemeldet, was Spaaks Plan betraf, ein Papier über die Stärkung der Nato zu verfassen und im Vorfeld des Atlantikrats zirkulieren zu lassen. Dulles sah die Gefahr, dass sich die Episode vom Vorjahr wiederholen könnte, als Spaak vor dem Nato-Gipfel in seinem ersten politischen Bericht (zu) ehrliche und (zu) kritische Worte

<sup>912</sup> Dulles to Houghton, 1 December 1958, Tel. 1990, USNA, ibid. (ÜdV). Kanada und Holland wurden am 4./5.12.58 informiert, Norwegen am 9.12.58. Dulles to Burgess (Paris), 8 December 1958, Topol 1940, ibid.; Koht-Jandrey-McBride Meeting, 9 December 1958, ibid.

<sup>913</sup> Vgl. zur Substanz DCER XXIV (1958): no. 298 (ÜdV). Brian Crozier, *de Gaulle, vol. 2: The Statesman* (New York: Scribener's Sons, 1973), 529. Alphant verglich die von de Gaulle angestrebten Dreier-Konsultationen mit den Kriegsberatungen zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin, von denen de Gaulle damals ausgeschlossen gewesen sei. De Gaulle fordere nun ähnliche Beziehungen mit Eisenhower und Macmillan, von denen Chruschtschow ausgeschlossen war. Vgl. FRUS 1958-60 VII(2): 128-137; Murphy-Alphant-Hood Meeting, 10 December 1958, in: Dulles to Houghton, 10 December 1958, Tel. 2145, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Hood (Washington) to FO, 4 December 1958, Tel. 3302, PRO, PREM 11, 3002. Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 5 December 1958, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 37, Goodpaster Briefings, December 1958.

<sup>914</sup> Burgess (Paris) to DoS, 6 December 1958, Polto 1574, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>915</sup> Burgess (Paris) to DoS, 12 December 1958, Polto 1669, ibid.

verwendet hatte. Dulles befürchtete, dass Spaaks Ideen erneut „unpraktisch“ sein und fundamentaler amerikanischer Politik zuwiderlaufen könnten. Dulles hoffte deshalb, Burgess könne die Entstehung von Spaaks Bericht „überwachen“ und ihn dazu bringen, Washington einen frühen Entwurf zu zeigen.<sup>916</sup> Auch wenn die USA die Autorität des Nato-Rats in politischer Konsultation grundsätzlich stärken wollten, sollten die Nato-Staaten am Atlantikrat davon überzeugt werden, dass es „keine Zauberformel“ gab, um die Nato zu stärken.<sup>917</sup>

Auch in London machte man sich im Vorfeld des Treffens Gedanken zum Thema Politische Konsultation. Das Foreign Office hielt die Nato bei weitem für das effektivste Instrument für internationale Kooperation: „It is through and because of NATO that the majority of West European countries maintain foreign policies broadly in line with Anglo-U.S. interests.“ Die Experten empfahlen, die Interessen der kleineren Nato-Staaten besser zu berücksichtigen. Länder wie die BRD oder Italien übten einen beträchtlichen ökonomischen Einfluss auf der ganzen Welt aus. Um dem Trend der wirtschaftlichen Erstarkung der kleineren Nato-Staaten Rechnung zu tragen, müsse die politische Konsultation innerhalb der Allianz verstärkt werden und die USA und Grossbritannien müssten lernen, die Ansichten der kleineren Mitglieder zu europäischer Sicherheit und Abrüstung stärker zu suchen und vermehrt darauf zu hören. Der spontane Ausbau von politischer Konsultation, der sich nach dem Bericht der Drei Weisen von 1956 und unter Spaaks Stimulus in den letzten zwei Jahren ergeben hatte, sollte gefestigt oder sogar ausgebaut werden, wobei aus Sicht Londons in dieser Beziehung die USA und Grossbritannien die Initiative ergreifen mussten, damit die Dynamik nicht abbrach. Gleichzeitig warnten die Beamten aus dem Foreign Office davor, aus der Nato auf Kosten ihrer primären Funktion als militärische, antikommunistische Allianz eine rein politisch beratende Organisation zu machen.<sup>918</sup> Die britische Haltung hatte sich seit 1955/56 erheblich gewandelt: Ende 1958 war von der anfänglichen Kritik Londons gegenüber einer Stärkung der politischen Zusammenarbeit nichts mehr zu spüren.

In Spaaks politischem Zwischenbericht über das Jahr 1958 gab es schliesslich nur einen sehr vorsichtig formulierten Abschnitt über de Gaulles Memorandum, das zudem nicht explizit genannt wurde. Spaak stellte dabei Sonderkonsultationen innerhalb der Mächte mit den „grössten Verantwortungen“ nicht grundsätzlich in Frage, forderte aber für Verständigungen einzelner Nato-Staaten, die auch die Nato betrafen, dass diese Staaten „unbedingt“ die Ergebnisse ihrer Beratungen dem Nato-Rat nochmals vortrugen. Wenn dadurch wichtige Fragen auf dem Weg der Konsultation auch im Kreise aller Bündnispartner besprochen würden, so entspreche es den Nato-Grundsätzen und könne zur Geschlossenheit der Nato beitragen. Spaak hielt aber nochmals ausdrücklich fest, dass sich alle Nato-Staaten zur Konsultation im Bündnis verpflichtet hatten: „Consultation between allies is a duty. Each is entitled to know the opinion of the others. A request for consultation must therefore receive a reply sufficiently clear to avoid ambiguity and misunderstandings, the responsibility for which would fall on those who keep silent.“<sup>919</sup> Aufgrund der Erfahrungen der jüngsten Zeit präsentierte

<sup>916</sup> Dulles to Burgess (Paris), 1 November 1958, Topol 1523, *ibid.* (ÜdV).

<sup>917</sup> „Scope and Objectives of December NATO Ministerial Meeting“, 26 November 1958, USNA, RG 59, CF, Box 163A, CF 1162, NATO Ministerial Meeting Paris, Briefing Book, December 1958.

<sup>918</sup> Draft Steering Committee Paper, n.d. [December 1958], „The Possibility of Expanding Consultation in NATO“, PRO, FO 371/137802.

<sup>919</sup> „Interim Report of the Secretary General on Political Cooperation“, 17 November 1958, NA, C-M(58)138, 7a (ÜdV). Vgl. zu Spaaks Jahresbericht auch: Aufzeichnung von Etzdorf, 23. November 1958, „Vorschläge de Gaulles über die Organisation der westlichen Allianz“; Aufzeichnung von Sahm,

Spaak darin auch konkrete Verbesserungsvorschläge. *Erstens* sollte eine politische Langzeitpolitik des Bündnisses erarbeitet werden. *Zweitens* sollten die Weisungen der Regierungen an die Nato-Botschafter in Paris schneller erfolgen. *Drittens* dürfe es bei heiklen Problemen kein „Schweigen“ der Nato-Botschafter geben, die das entsprechende Thema direkt etwas anging.<sup>920</sup>

Burgess hatte nicht gross, wie von Dulles ermutigt, als „Wachhund“ von Spaak in Erscheinung treten müssen. Spaaks Bericht über politische Konsultationen in der Nato hielt Burgess nämlich für „grundsätzlich hervorragend“. Er warf dem Generalsekretär einzig vor, nicht klar zwischen der „Harmonisierung von nationalen Aussenpolitiken“ und der „Entwicklung einer gemeinsamen Politik“ in Bezug auf Gebiete ausserhalb des Nato-Vertrags unterschieden zu haben.<sup>921</sup>

Den Zwischenbericht von Nato-Generalsekretär Spaak über die politische Zusammenarbeit in der Allianz besprachen die Aussenminister der Nato, ohne ausdrücklich auf die französischen Vorschläge Bezug zu nehmen. Nachdem zunächst niemand die Diskussion zu Spaaks Bericht eröffnen wollte, begann Dulles mit einer ehrlichen Darlegung der amerikanischen Sicht. Er verglich die Beziehung zwischen den Grossmächten und dem Nato-Rat mit derjenigen zwischen der US-Regierung und dem Kongress. Die amerikanische Aussenpolitik werde dem Kongress in allgemeinen Linien vorgelegt und die Exekutive erhalte vom Kongress das Mandat, gewisse Politiken auszuführen. Es gebe aber keine weiteren Debatten und in Krisenzeiten würde nicht erwartet, dass die Exekutive den Kongress im Detail konsultiere, wie genau sie die Politik umsetzen würde. Übertragen auf die Nato machte Dulles klar, dass die gegenseitige Beeinflussung im Nato-Rahmen nur in der Phase von Politikformulierung während einer relativ ruhigen Periode geschehen konnte. In Krisenzeiten durften die kleineren Staaten aber kein Veto über die Ausführung akzeptierter Politik erwarten.<sup>922</sup>

Dulles lobte den Nato-Generalsekretär für dessen Engagement zuhanden verbesserter politischer Konsultation in der Nato und betonte, die USA seien zufrieden mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge. Unter Spaaks Führung sei die Nato inzwischen mehr als eine Militärallianz. Dulles beteuerte, es gebe keine Frage der amerikanischen Aussenpolitik, welche die Eisenhower-Regierung nicht dem Nato-Rat zur Erörterung vorzulegen bereit sei. Auch der französische Aussenminister Couve de Murville begrüßte den Zwischenbericht Spaaks, erwähnte de Gaulles konkrete Vorschläge vom September 1958 jedoch auch nicht.

Einzig der belgische Aussenminister Wigny bemängelte, dass die Nato zwar über Streitkräfte verfüge, dass die politischen Richtlinien jedoch inadäquat definiert seien.

---

n.d., „Zwischenbericht des Generalsekretärs der NATO über die Entwicklungen auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit“; beide in BA, NL Blankenhorn, Bd. 93.

<sup>920</sup> Interim Report by Secretary General on Political Cooperation, 17 November 1958, NA, C-M(58)138; Aufzeichnung betreffend die Ministerkonferenz des Nato-Rats vom 16-18.12.58, 20. Dezember 1958, PAAA, Referat 301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958.

<sup>921</sup> Burgess (Paris) to DoS, 29 November 1958, Polto 1488, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV). Shuckburgh hatte Burgess am 7.11.58 in groben Zügen über den Inhalt von Spaaks Bericht orientiert. Burgess (Paris) to DoS, 7 November 1958, Polto 1233, USNA, RG 59, CDF, 740.5/11-758. Vgl. auch Position Paper, undated, „U.S. Views on the Interim Report of the Secretary-General on Political Cooperation“, USNA, RG 59, CF, Box 163A, CF 1162, NATO Ministerial Meeting Paris, Briefing Book, December 1958. Die USA waren mit dem Erfolg der politischen Konsultationen über Ost-West-Beziehungen seit Dezember 1957 überaus zufrieden: „NATO consultations [...] has developed to the point that virutally no notes have been sent to the Soviets dealing with them by any NATO country which have not been the subject of prior consultation in NAC.“ Background Paper, undated, „Progress in NATO Political Consultation since December 1957“, ibid.

<sup>922</sup> DCER XXIV (1958): no. 234.

Zwar sehe der Nato-Vertrag eine automatische Verpflichtung zur Verteidigung in einem bestimmten geographischen Raum vor, aber das grundsätzliche Problem gehe räumlich darüber hinaus. Wigny nannte beispielsweise die Möglichkeit, dass der Korridor nach Berlin von den Ostdeutschen geschlossen würde oder dass ein Alliiertes ausserhalb des Nato-Gebiets angegriffen werde: „To offset this inadequacy, political consultation had been established which was not confined to events occurring within the NATO area.“ Dieses globale Denken Belgiens wurde jedoch von Norwegen und Italien in Frage gestellt, die in der Nato nur ein Regionalbündnis in Europa sahen. Nachdem de Gaulles Herausforderung von keinem Mitgliedstaat angesprochen wurde, blieb Spaak nichts anderes übrig, als zusammenzufassen, dass er keine Anzeichen einer Krise sah, von der in der Öffentlichkeit so viel die Rede war.<sup>923</sup>

Privat äusserte sich der Nato-Generalsekretär jedoch äusserst kritisch über de Gaulle. Gegenüber dem britischen Nato-Botschafter Frank Roberts bezeichnete Spaak de Gaulle zwar als „einen grossen Mann der Vergangenheit“; gestand aber, dass ihm dessen Ideen grossen Kummer bereiteten:

[H]e really did not know how one could deal in 1958 with a national leader who regarded the power and strength of the United States and the Soviet Union as passing phenomena and the right of France to world leadership as the basic fact of international life.<sup>924</sup>

De Gaulles Herausforderung wurde damit nicht im Nato-Rahmen, sondern nur bilateral während eines amerikanisch-französischen Treffens angesprochen. Am 15. Dezember stellte Dulles gegenüber de Gaulle klar, dass Dreier-Konsultationen über einzelne Themen nützlich sein mochten, eine formale Organisation aber unmöglich sei.<sup>925</sup> Dulles berichtete Eisenhower nach dem Treffen mit de Gaulle, es sei „höchst unzufriedenstellend“ verlaufen. De Gaulle sei durch das amerikanische Verhalten in der UNO am 12. Dezember, als Washington nicht gegen die algerische Unabhängigkeits-Resolution gestimmt hatte, irritiert worden. De Gaulle habe zudem klar gemacht, dass Frankreich auf der Forderung nach einem Dreimächte-Direktorium beharren würde. In klaren Worten habe sich de Gaulle auch gegen die gegenwärtige Organisation der Nato gewandt, in der die Dominanz Washingtons zu gross sei: „France was not interested in cooperating with NATO on infrastructure, atomic stockpiles, IRBM's and the like when in effect the whole show was being run by the United States.“ Dulles verliess das Treffen im Glauben, Washington müsse einen grösseren Aufwand betreiben, um de Gaulle das Gefühl zu verleihen, Frankreich werde in wichtige Entscheide der USA eingeweiht. Vielleicht würde dies zu einer grösseren Kooperation Frankreichs in der Nato führen, hoffte Dulles.<sup>926</sup> Eisenhower konnte die Frustration Dulles' über ihren „Freund“ sehr gut verstehen. De Gaulle solle aufhören, schrieb Eisenhower, die Welt kontrollieren zu wollen, bevor er nicht Frankreich in Ordnung gebracht habe.<sup>927</sup>

Zwei Tage später forderte de Gaulle im Gespräch mit Lloyd erneut eine Nato-Reorganisation bis zum Frühjahr 1959. Die Washingtoner Botschafterkonferenz der Drei Mächte sollte in ein permanent tagendes Gremium umgewandelt werden; die Ständige Nato-Gruppe sollte mit grösseren Kompetenzen ausgestattet werden, so dass sie welt-

<sup>923</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1958, 3:00 p.m., NA, C-R(58)62; Aufzeichnung betreffend der Ministerkonferenz des Nato-Rats vom 16-18.12.58, 20. Dezember 1958, PAAA, Referat 301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958. Vgl. auch FRUS 1958-60 VII(1): 380-383, 381.

<sup>924</sup> Roberts to Lloyd, 19 December 1958, PRO, FO 371/137802.

<sup>925</sup> Crozier, de Gaulle II, 529f.

<sup>926</sup> Dulles (Paris) to Eisenhower, 15 December 1958, DULTE 2, DDEL, Dulles Papers, Dulles-Herter, Box 10, December 1958 (ÜdV).

<sup>927</sup> Eisenhower to Dulles (Paris), 16 December 1958, DULTE 4, *ibid.* (ÜdV)



strategische Pläne behandeln konnte; das Nato-Gebiet sollte auf Nordafrika ausgedehnt, die Kommandostruktur neu zugeschnitten und die Atomwaffen sollten geteilt werden.<sup>928</sup>

Damit war das Thema Tripartismus für die Nato Anfang 1959 noch nicht ausgestanden. Die Konsultationen und Mediationsversuche von Spaak hinter den Kulissen des Ständigen Nato-Rats hatten insgesamt nicht viel bewirkt. Immerhin war jedoch zwischen Oktober und Dezember 1958 der Grundsatz von Nato-Konsultationen verteidigt worden. Dennoch blieb der Trend zum Bilateralismus niemandem verborgen.

## 8. Fazit

Abschliessend kann festgehalten werden, dass mit dem Machtantritt von Charles de Gaulle in Frankreich im Juni 1958 für die Nato und ihre politischen Konsultationen düstere Zeiten anbrachen. In seinen ersten Gesprächen mit Spaak, Macmillan und Dulles drang bereits seine Kritik an der Nato durch. Im berühmten Memorandum vom 17. September 1958 sprach de Gaulle dann Klartext: Frankreich definierte sich als Grossmacht und als Hegemon in Europa und wollte zusammen mit den USA und Grossbritannien die Weltpolitik prägen. Die Implikationen für die Nato und besonders für die kleineren Staaten waren klar. Nato-Generalsekretär Spaak war von Anfang an in die Diskussionen um de Gaulles Forderungen involviert – auch in den ersten vier Wochen, als das Memorandum noch nicht öffentlich bekannt geworden war. Seine Maximalforderung, dass die Diskussion von de Gaulles Kritik im Nato-Forum geführt werden sollte, um so die politischen Konsultationen im Bündnis zu stärken, konnte nicht durchgesetzt werden. Immerhin verbuchte er aber mit der Minimalforderung, dass die Nato über die Existenz und Resultate von Dreier-Gesprächen zwischen Washington, London und Paris informiert werden sollte, einen kleinen Sieg. Gegen den Widerstand Frankreichs insistierten die USA auf dieser Bedingung und konnten so die von de Gaulle ausgelöste Allianzkrise einigermaßen schadlos überwinden. In seinem politischen Zwischenbericht bezog sich Spaak indirekt auf de Gaulles Direktoriats-Forderung und wies auf die Wichtigkeit einer Benachrichtigung des Nato-Rats über bilaterale Gespräche zwischen einzelner Nato-Mitglieder hin, sofern sie das ganze Bündnis betrafen.

Mitten in die Diskussion über de Gaulles Reformforderungen löste Chruschtschow im November 1958 die Berlinkrise aus. Für die politischen Konsultationen der Nato bedeutete die Berlinkrise neben der Furcht vor einer Eskalation in einen zentraleuropäischen Konflikt wegen der speziellen Verantwortung der westlichen Drei für Deutschland und Berlin neben dem Gaullismus Frankreichs eine zweite Herausforderung. Die 1957-58 unter Nato-Generalsekretär Spaak verbesserte politische Kooperation und die zentrale Rolle, welche der Nato-Rat als multilaterales Forum für Konsultationen über Ost-West-Beziehungen gespielt hatte, war erneut bedroht.

<sup>928</sup> 1959 fanden einzelne Dreier-Gespräche zwischen den USA, Britannien und Frankreich statt, nachdem sich de Gaulle bereit erklärt hatte, auf eine trilaterale Organisation zu verzichten, falls regelmässig informelle Dreier-Gespräche stattfinden würden. Schliesslich brachen die Gespräche aber mangels französischen Interessens schon bald wieder ab. Vgl. dazu Cabalo, Politische Union Europas, 225; Schmitt, Frankreich, 74f.; Reyn, Atlantis Lost, 232-241.



## VII. Die Nato und die Berlinkrise (1958/59)

Am 10. November 1958 schlug Nikita S. Chruschtschow in einer Rede im Moskauer Sportpalast vor, die USA, Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion sollten auf das Besatzungsregime in Berlin verzichten. Die Sowjetunion sei bereit, alle Funktionen, die noch bei den sowjetischen Organen belassen waren, der DDR zu übertragen. Die USA, Grossbritannien und Frankreich sollten ebenfalls mit der DDR Beziehungen aufbauen und mit ihr einzelne Übereinkommen über Berlin abschliessen.<sup>929</sup>

Das folgende Kapitel untersucht, wie sich die Berlinkrise 1958/59 auf die politische Kohäsion der Nato auswirkte. Für die Nato bedeutete die von Chruschtschow losgetretene Berlinkrise Ende 1958 eine Spaltung der Allianz in zwei Lager. Einerseits waren die USA, Grossbritannien und Frankreich – sowie die BRD – für das Deutschland- und Berlinproblem speziell verantwortlich; andererseits barg die Berlinkrise und eine allfällige Eskalation zu einem Ost-West-Konflikt in Zentraleuropa auch für die anderen elf Nato-Mitglieder eine grosse Gefahr. Das westliche Bündnis forderte deshalb politische Mitsprache über die Diskussion der möglichen Motive Chruschtschows für die Berlinkrise sowie über die allgemeinere Diskussion, ob mit der Sowjetunion Verhandlungen über das Berlin- und Deutschlandproblem geführt werden und ob allenfalls die westlichen Positionen in diesen Fragen revidiert werden sollten.

In den *Kapiteln 1 und 2* wird analysiert, wie der Ständige Nato-Rat in seinen ersten Sitzungen im November 1958 auf Chruschtschows Berlininitiative vom 10. November beziehungsweise auf sein sechsmonatiges Ultimatum bis zu einer separaten Unterzeichnung eines sowjetisch-deutschen Friedensvertrags reagierte. Im *dritten Kapitel* wird diskutiert, wie die Nato-Aussenminister am Atlantikrat in Paris im Dezember 1958 eine gemeinsame Lösung auf die Berlinkrise suchten. Dabei beschäftigte die Allianz primär die folgende Frage: Waren die USA, Grossbritannien und Frankreich dazu bereit, die Nato am Entscheidungsprozess zu beteiligen? Es wird argumentiert, dass die Nato trotz „Bevormundungs“-Gesten der drei westlichen Grossmächte die westliche Position aktiv mitgestalten konnte. Auf Initiative der kleineren Nato-Staaten reagierte die Nato mit einer Doppelstrategie von Härte und Verteidigungsbereitschaft auf Chruschtschows Herausforderung. Das Nato-Kommuniqué vom 16. Dezember 1958 war damit flexibler als die Position der westlichen Drei. Im *vierten Kapitel* wird gezeigt, dass von Januar bis März 1959 aufgrund von Uneinigkeit unter den westlichen Drei bilaterale Sondierungsgespräche mit der Sowjetunion stattfanden und der Ständige Nato-Rat sowie Nato-Generalsekretär Spaak von der westlichen Entscheidungsfindung ausgeschlossen blieben. Das *fünfte Kapitel* resümiert die Aussenministerdebatten am zehnjährigen Jubiläums-Atlantikrat, der Anfang April 1959 in Washington stattfand. Die Nato-Diskussionen widmeten sich fast ausschliesslich der Berlin- und Deutschlandfrage sowie Spaaks zweitem politischen Jahresbericht und der Frage, wie erfolgreich die Allianz bisher in der Berlinkrise von den USA, Grossbritannien und Frankreich konsultiert worden war. Das *sechste Kapitel* thematisiert die Konsultationen der westlichen Drei mit der Nato während der Genfer Aussenministerkonferenz von Mai bis Anfang August 1959, wo im Rahmen der vier Siegermächte aus dem Zweiten Weltkrieg vergebens eine Lösung für die Problemfelder Berlin und Deutschland gesucht wurden.

<sup>929</sup> Taubman, Khrushchev, 396f.

## 1. Erste Reaktionen in der Nato

Die Nato diskutierte Chruschtschows Berlininitiative zunächst im Zusammenhang mit einer anderen diplomatischen Offensive des Ostblocks. Der polnische Aussenminister Adam Rapacki hatte am 4. November nach einer Visite in Norwegen einen revidierten Plan einer entmilitarisierten Zone in Polen, der CSSR, der BRD und der DDR vorgestellt.<sup>930</sup> Die Nato-Diskussionen zum Rapacki-Plan im November 1958 machten klar, dass die USA, die BRD, Belgien, Italien und die Niederlande die polnische Initiative vor allem aus zwei Gründen ablehnten. Einerseits könnte die Sowjetunion nach wie vor grosse Truppenverbände östlich der vorgesehenen demilitarisierten Zone in Zentraleuropa belassen. Andererseits würde der Westen mit dem Verzicht auf eine nukleare Bundeswehr eine grosse Konzession eingehen, ohne dass dafür eine sowjetische Gegenkonzession angeboten wurde.<sup>931</sup>

Im Nato-Rat entstand der Konsens, Rapacki nicht zu antworten: Schlafende Hunde sollten nicht geweckt werden. Nato-Generalsekretär Paul-Henri Spaak und die meisten Nato-Staaten fanden, Rapackis Vorschläge seien zu unpräzise und der Westen sollte auf eine Präzisierung warten, diese aber nicht aktiv einfordern.<sup>932</sup> Einzig Grossbritannien wollte den Plan nicht vorschnell zurückweisen. Der britische Nato-Botschafter Frank Roberts schlug am 3. Dezember vor, Rapacki solle aufgefordert werden, seinen Plan zu präzisieren. Damit würde klar werden, dass er für den Westen inakzeptabel sei. Roberts erläuterte, dass die britische Labour-Partei eine solche Präzisierung forderte. Als de Staercke ergänzte, dass die Sozialisten in Belgien dieselbe Haltung wie die britische Opposition einnahmen, wurde die Sitzung des Ständigen Nato-Rats durch die Mittagszeit beendet – gerade zur rechten Zeit, wie Roberts in seinem Bericht nach London lakonisch kommentierte: „It was fortunately lunch time and so we avoided further comment, much of which might have been a little unhappy.“<sup>933</sup>

Inzwischen war die Aufmerksamkeit jedoch auf Chruschtschows Berlinrede vom 10. November gelenkt worden. Berlin war zwar durch den Nato-Vertrag nicht direkt abgedeckt, aber ein sowjetischer Angriff auf die Truppen eines Nato-Mitglieds in Berlin würde als Angriff gegen die Nato gewertet und Artikel V evozieren. Dieser Zusammenhang war in Artikel II im Protokoll zum Nato-Vertrag definiert worden, das von den

<sup>930</sup> Roberts (Paris) to FO, 5 November 1958, Tel. 385, PRO, FO 371/137094. In einer ersten Phase würden Polen, die CSSR, die BRD und die DDR die Produktion von Nuklearwaffen verbieten und keine Atom-Installationen errichten, zudem würden die USA und die Sowjetunion eine Nichtweiterverbreitungs-Garantie abgeben. In einer zweiten Phase sollte das Verbot auch amerikanische und sowjetische Nuklearinstallationen in den vier Ländern einschliessen – dies nach einem Abrüstungsabkommen, das auch die konventionellen Streitkräfte in der Zone betraf. Vgl. auch „New Version of the Rapacki Plan“, 18 November 1958, NA, RDC(58)405. Siehe auch Wandycz, „Adam Rapacki“, 307f.

<sup>931</sup> Roberts (Paris) to FO, 12 November 1958, Tel. 396, PRO, FO 371/137094. Vgl. dazu auch Circular Telegram CG-245 and Dulles to Burgess (Paris), 8 November 1958, Topol 1598, USNA, RG 59, CDF, 640.0012. Dulles machte in der Analyse des neuen Rapacki-Plans klar, dass Washington nicht von der Stationierung sowjetischer Atomwaffen in den osteuropäischen Satellitenstaaten ausging, eine Einschätzung, die inzwischen widerlegt worden ist. Matthias Uhl and Vladimir I. Ivkin, „Operation Atom: The Soviet Union's Stationing of Nuclear Missiles in the German Democratic Republic, 1959“, *Cold War International History Project Bulletin* 12/13 (2001): 299-307. Siehe dazu auch Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 194. Eine US-Einschätzung des Plans findet sich in: Cumming (INR) to Dulles, 6 November 1958, „Intelligence Note: Implications of the ‚New Rapacki Plan‘ for the US and Western Europe“, USNA, RG 59, CDF, 640.0012. Roberts (Paris) to FO, 19 November 1958, Tel. 420, PRO, FO 371/137094.

<sup>932</sup> Note by P.F. Hancock, 28 November 1958, PRO, FO 371/137095.

<sup>933</sup> Roberts (Paris) to FO, Tel. 401, 3 December 1958, PRO, FO 371/137095. Für die entsprechende Instruktion an Roberts, vgl. FO to Roberts (Paris), 27 November 1958, Tel. 1847, PRO, FO 371/137094.

Ratsvertretern am 22. Oktober 1951 unterzeichnet worden war. Zudem hatte die Nato am 22. Oktober 1954 eine öffentliche Erklärung abgegeben, dass sie einen Angriff auf Berlin als einen Angriff auf ihre Streitkräfte und sie selbst betrachten würden.<sup>934</sup>

Die Nato behandelte die sowjetische Berlinoffensive erstmals am 17. November an einer ausserordentlichen Sitzung. Der deutsche Nato-Botschafter Herbert Blankenhorn rekapitulierte den historischen Hintergrund des rechtlichen Status von Berlin, der im Londoner Protokoll von 1944 und im Potsdamer Abkommen von 1945 festgelegt worden war. Blankenhorn nannte die angedrohte sowjetische Aufkündigung ihrer Verantwortung eine Verletzung des Völkerrechts. Er wiederholte die Verpflichtung der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, einen Angriff auf Berlin als einen Angriff auf sie selbst anzusehen. Die Bonner Regierung glaubte, die Sowjetunion wolle mit der Initiative die Realität von zwei deutschen Staaten fördern und den Westen zu einer Anerkennung der DDR bringen.

Bevor der Nato-Rat die Situation in Berlin diskutieren konnte, intervenierte Spaak und kritisierte, dass eine Antwortnote der BRD bereits am Morgen des 17. Novembers, das heisst ohne Konsultationen mit der Nato, Moskau übergeben worden sei. Ungeachtet der sich zusammenziehenden Krise um Berlin rügte Spaak den deutschen Nato-Botschafter: „This growing tendency to face the Council with a fait accompli must stop.“ Blankenhorn rechtfertigte die Übergabe der Antwort mit dem Hinweis, die BRD hätte eine Konsultation in der Nato zwar eigentlich gewollt, sich aber entschieden, das Antwortschreiben vor dem Bundestagstreffen am Nachmittag des 17. Novembers zu übergeben. Er verwies darauf, dass die BRD ihre Antwort mit Washington, London und Paris besprochen habe. Dabei habe ein gewisses Mass an Übereinstimmung mit den drei Westmächten erreicht werden können. Daher sei die Konsultation des Nato-Rats als weniger notwendig erachtet worden. Ratsdoyen de Staercke unterstützte Spaak und beklagte sich insbesondere über Blankenhorns abschliessende Ausrede. Trotz spezieller Verantwortung für Deutschland und Berlin müssten sich die drei Westmächte der Gefahr eines Direktoriats bewusst sein. Auch die Nato-Botschafter Grossbritanniens, Frankreichs, Italiens und Hollands bedauerten das Vorpreschen der BRD. Sie alle hätten eine Konsultation im Nato-Rat vor der Übergabe der deutschen Note an Moskau begrüsst.

Der amerikanische Nato-Botschafter Randolph Burgess hingegen äusserte sich nicht zur Frage der verpassten Konsultation, sondern dankte Blankenhorn für seine „bedachten“ Äusserungen zur Lage in Berlin. Danach sprach Burgess die Motive der Sowjetunion an. Für die USA war Chruschtschows Rede zusammen mit dem neulancierten Rapacki-Plan Teil einer grösseren Offensive, um die westliche Entschlossenheit zu testen, ihre Truppen in Berlin zu behalten, um eine De-facto-Anerkennung der DDR zu erreichen, um die Nuklearbewaffnung der Bundeswehr zu verhindern und um den Abzug westlicher Stationierungstruppen aus Deutschland zu erzwingen. Auch Roberts sah eine Verbindung zwischen Chruschtschows Berlinvorschlag und dem Rapacki-Plan, die beide ein nukleares Deutschland zu verhindern suchten. Er hielt es indessen für verfrüht, bereits über die sowjetischen Motive hinter Chruschtschows Rede oder über eine mögliche alliierte Reaktion zu spekulieren. Aus britischer Sicht sollte Chruschtschow in einem ersten Schritt vor allem deutlich gewarnt werden, dass der Westen seine Truppen nicht aus Berlin abziehen würde. Für Roberts war der Westen in keiner allzu schwachen Position. Seiner Meinung nach hatte Moskau in der Berlinkrise von 1948/49 sehr ge-

<sup>934</sup> Dulles to US Diplomatic Posts, 18 November 1958, Circ. Tel. 644, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

litten und war zehn Jahre später noch nicht bereit für eine erneute grössere Krise. Roberts warnte deshalb davor, die Lage zu dramatisieren.<sup>935</sup>

Die erste Sitzung der Nato zur Berlinkrise zeigte, dass unter den Nato-Botschaftern in der Analyse der sowjetischen Motive keine Einigkeit herrschte; sie waren sich jedoch einige, dass die mangelnde Konsultation der BRD scharf verurteilt werden müsse. Roberts berichtete London über die Reaktionen im Rat auf das unilaterale Vorgehen der BRD: „There is a fairly widespread feeling in the Council that the Germans have been less than frank as well as clumsy.“<sup>936</sup> Bonns Missachtung der Konsultationsregel schaffte damit für die angehende Berlinkrise, in der die BRD eigentlich auf die Unterstützung ihrer Nato-Partner dringend angewiesen war, keine günstige Ausgangslage.

Innerhalb der westlichen Vier bestanden in der Berlinfrage von Anfang an erhebliche Meinungsverschiedenheiten: London schien sowohl zu Verhandlungen mit der DDR als auch zu einer Anerkennung der DDR bereit, wenn damit Gewaltanwendung und ein Krieg verhindert werden konnte.<sup>937</sup> Adenauer reagierte „mit Horror“ auf diese Gerüchte und schrieb umgehend Protestbriefe an Dulles, Macmillan und de Gaulle, in denen er die Einheit und Stärke des Westens beschwor und eindringlich forderte, in der Berlinfrage den Anfängen einer Zersplitterung des Westens zu wehren.<sup>938</sup> Eine gemeinsame Protestnote der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, wie sie die USA noch im November der sowjetischen Regierung übergeben wollten, wurde von Frankreich verhindert. Couve de Murville glaubte, eine solche Aktion sei verfrüht und würde den Eindruck erwecken, der Westen sei nervös. Frankreichs Haltung blieb damit ungewiss, wie Eisenhowers Stab vom Weissen Haus festhielt: „Apparently de Gaulle prefers to wait a little longer before moving.“<sup>939</sup>

Als der Nato-Rat das Berlinproblem am 26. November erneut diskutierte, wurde eine Serie von Alternativen diskutiert, um möglichen sowjetischen Handlungen begegnen zu können. Nachdem der französische und britische Botschafter daraufhin schwiegen, bemerkte der kanadische Nato-Botschafter Jules Léger, dass der Nato-Rat zwar inzwischen spannende Diskussionen über Afrika und den Mittleren Osten führe – dass

<sup>935</sup> Roberts (Paris) to FO, 17 November 1958, Tel. 405, PRO, FO 371/137335 (ÜdV); Blankenhorn ans AA, 17. November 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 92b; Burgess (Paris) to DoS, 17 November 1958, FRUS 1958-60 VIII: 80f. Vgl. zum Hintergrund der Berlinkrise von 1958 Lawrence Freedman, „Berlin and the Cold War“, in *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, ed. John P.S. Gearsen and Kori Schake (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002), 1-9. Für eine Diskussion der sowjetischen Motive siehe insbesondere Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 185-204 (die v.a. auf Mikojan fokussieren, der in der Berlin-Krise offenbar immer wieder deeskalierend wirkte); Trachtenberg, *History and Strategy*, 169-234; Trachtenberg, *Reconstructed Peace*, 251-256; Kosthorst, Brentano, 247-255; Vladislav M. Zubok, *Khrushchev and the Berlin Crisis, 1958-62* (Washington: Woodrow Willson International Center for Scholars, 1993); Zubok, „The Case of Divided Germany, 1953-64“, 292ff.; James Hersberg, „The Crisis Years, 1958-63“, in *Reviewing the Cold War*, ed. Odd Arne Westad (London: Frank Cass, 2000), 304-318, 307-311.

<sup>936</sup> Roberts (Paris) to FO, 17 November 1958.

<sup>937</sup> FRUS 1958-60 VIII: 95f. Vgl. für eine konzise Zusammenfassung der westlichen Reaktionen: „Briefing on Status of Berlin Crisis“, 25 November 1958, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 37, Staff Notes November 1958; Steininger, *Mauerbau*, 28-40.

<sup>938</sup> FRUS 1958-60 VIII: 110f. (ÜdV)

<sup>939</sup> „Briefing on Status of Berlin Crisis“, 25 November 1958, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 37, Staff Notes November 1958. Zu Frankreichs Haltung in der Berlinkrise vgl. Vaïsse, *La Grandeur*, 145ff., 267-272; Cyril Buffet, „La politique nucléaire de la France et la seconde crise de Berlin 1958-62“, *Relations Internationales* 59 (1989): 347-358; Bernhard Ledwidge, „La crise de Berlin 1958-61: Stratégie et tactique du générale de Gaulle“, in *De Gaulle en son siècle V*, ed. Institut Charles de Gaulle (Paris, 1992), 366-381; Trachtenberg, *Constructed Peace*, 267-274.

aber natürlich alle Mitglieder der Nato an der Berlinfrage besonders interessiert seien. Er forderte die westlichen Drei deshalb auf, den Nato-Rat so schnell und umfassend wie möglich über die westlichen Pläne zu informieren. Spaak stimmte der kanadischen Forderung zu. Er forderte keine allzu juristische Diskussion des Berlinproblems, sondern Antworten auf wichtige politische Fragen: „The Germans wanted to be firm: but how far could such a policy be carried? [...] If we wanted to avoid recognizing the DDR, to what lengths should we go to maintain our position?“ Die anderen Nato-Botschafter schwiegen zwar, aber Norwegens Boyesen sprach wohl für viele, als er gegen Ende der Sitzung darum bat, dieses Schweigen nicht mit mangelndem Interesse zu verwechseln. Norwegen sei noch unsicher darüber, was der beste westliche Kurs sei. Boyesen hoffte jedoch, dass die Nato konsultiert würde, bevor die drei Westmächte konkret militärisch reagieren und beispielsweise einen Militärkonvoi nach Berlin senden würden.<sup>940</sup>

In den ersten zwei Wochen nach Chruschtschows Berlin-Rede vom 10. November 1958 beschränkte sich die Nato darauf, für politische Mitsprache in der Berlinfrage zu plädieren und mangelnde Konsultation mit der Nato zu verurteilen. In der Frage, wie der Westen sich in der Krise konkret verhalten sollte, hatten im Nato-Rat jedoch noch keine substanziellen Diskussionen stattgefunden. Ende November 1958 doppelte Chruschtschow nach und konkretisierte seine Berlinpolitik mit einer diplomatischen Note an die drei Westmächte.

## 2. Die Nato und Chruschtschows Berlinultimatum vom 27. November 1958

Am 27. November überreichte Moskau den USA, Grossbritannien und Frankreich eine identische Note. Die Sowjetunion forderte darin innerhalb eines halben Jahres die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Stadt.<sup>941</sup> Dulles hielt das Ultimatum für „böartig“ und „inakzeptabel“. <sup>942</sup> Die Nato sah im neuen sowjetischen Berlinvorschlag ein Zeichen für das verstärkte Selbstbewusstsein sowjetischer Politik. Verglichen mit den Bemühungen Moskaus im Frühjahr 1958 um ein Ost-West-Gipfeltreffen demonstrierte die Sowjetunion gegen Ende des Jahres nun eine Tendenz, auf „drastischere und militantere Massnahmen zurückzugreifen.“ Die Experten vermuteten, Moskau wolle damit die Gleichstellung zwischen der DDR und der BRD sowie zwischen dem Warschaupakt und der Nato erreichen.<sup>943</sup> Gleichzeitig brachte das sowjetische Ultimatum aber auch wertvolle Zeit und eine gewisse Beruhigung. Für die Frist eines halben Jahres

<sup>940</sup> DCER XXIV (1958): no. 303. Zu Kanadas Rolle in der Berlinkrise vgl. Roy Rempel, „Canada, Germany and Alliance Relations in the Crisis Years of 1958-61: A Study in the Nature of Alliance Politics“, *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 53, no. 1 (1994): 85-100, 91-98; Roy Rempel, *Counterweights: The Failure of Canada's German and European Policy* (Montreal & Kingston: McGill-Queen's University Press, 1996), 40f.; Gustav Schmidt, „Kanada und NATO-Europa“, in *Kanada am Wendepunkt? Die kritischen 1960er Jahre*, hrsg. Gustav Schmidt und J.L. Granatstein (Bochum: Brockmeyer, 1994), 215-280.

<sup>941</sup> DzD IV/1, 1958/59: 163-177. Am 27. November hielt Chruschtschow seine erste formelle Pressekonferenz im Kreml. Dabei beklagte er sich vor westlichen Korrespondenten, dass die Sowjetunion in den letzten Jahren viel unternommen hätte, um die Ost-West-Spannungen zu vermindern. Der Westen wollte aber die Spannungen aufrechterhalten, obwohl Westberlin „eine Art böartiger Tumor“ geworden sei. Die Sowjetunion habe sich deshalb zu einer „Operation“ entschieden und den drei Westmächten eine 28-seitige Note übergeben, die ein sechsmonatiges Ultimatum enthalte. Vgl. Taubman, Khrushchev, 397 (ÜdV). Siehe auch Frederick Kempe, *Berlin 1961: Kennedy, Khrushchev, and the Most Dangerous Place on Earth* (New York: G.P. Putnam's Sons, 2011), 24.

<sup>942</sup> FRUS 1958-60 VIII: 137f., 138 (ÜdV).

<sup>943</sup> Report by POLAD, „Trends and Implications of Soviet Policy“, 6 December 1958, NA, C-M(58)144. Vgl. auch „US Comments on IS Paper ‚Trends and Implications of Soviet Policy‘“, USNA, RG 59, CF, Box 163a, CF 1162, NATO Ministerial Meeting Paris, Briefing Book, December 1958 (ÜdV).

sagte die Sowjetunion die Fortdauer der bestehenden Viermächteregelelungen für Berlin zu und drohte erst danach einseitige Massnahmen an.<sup>944</sup> Damit war wertvolle Zeit gewonnen, sowohl für die innerwestliche Abstimmung als auch für west-östliche Verhandlungen.

Adenauer wünschte am Nato-Ministerratstreffen im Dezember in Paris ein Geheimtreffen der Aussenminister der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der BRD. Hingegen sollte eine multilaterale Diskussion an der Ministerratstagung der Nato vermieden werden. Denn falls der Westen noch im Dezember 1958 zu Krisensitzungen zusammenkäme, könnte Chruschtschow sich im Januar 1959 am sowjetischen Parteikongress damit brüsten – Panik sollte aber vermieden werden.<sup>945</sup>

Die Haltung Adenauers stiess in der Nato auf Kritik. Spaak insistierte, die Nato zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzuschalten, um das Prinzip der allianzinternen Konsultation zu fördern. Die Berlinfrage müsse unbedingt auf die Tagesordnung des Atlantikrats im Dezember gesetzt werden, forderte der Generalsekretär. Man solle hier nicht „schamhaft zurückweichen“, meinte Spaak, denn alle Welt erwarte, dass der Nato-Ministerrat sich mit dieser brennenden Frage befasse. Spaak kritisierte die zu negative Haltung Adenauers, der jede Art von Verhandlungen über Berlin und die Wiedervereinigung ablehnte. Spaak hingegen forderte, der Westen müsse der Sowjetunion Gesamtverhandlungen über Berlin, eine Wiedervereinigung und einen Friedensvertrag anbieten, ihr aber gleichzeitig eindeutig zu verstehen geben, dass der Westen niemals zu einem Abzug der alliierten Truppen und zur Aufgabe der Verbindungswege zwischen Berlin und dem Westen bereit sei.<sup>946</sup>

Gleichzeitig wusste Spaak natürlich um die Wichtigkeit einer allianzweiten Solidarität mit der BRD. Am Atlantikrat sei es besonders wichtig, so informierte Spaak anfangs Dezember alle Nato-Delegationen, den Eindruck von Geschlossenheit und Einheit zu vermitteln. Die Nato-Länder sollten am Ende der Diskussionen der BRD versichern können, dass sie der Bevölkerung von Berlin beistanden. Gegenüber Moskau müsse unbedingt der Anschein vermieden werden, dass der Westen zögerlich sei.<sup>947</sup>

Das kanadische Aussenministerium stimmte Spaaks Hinweis zu, dass es wichtig sei, dass der Westen an der Nato-Tagung Einheit demonstriere. Allerdings war Ottawa besorgt darüber, wie unterschiedlich Grossbritannien und die BRD über Verhandlungen mit der Sowjetunion über Berlin, Deutschland und europäische Sicherheit dachten. Der Nato-Tagung sah die kanadische Regierung deshalb mit Besorgnis entgegen. „[We] fear that the ministers may be stampeded into a sterile reaffirmation of the Western position on Germany; this [...] would leave the initiative on Berlin to the Soviets.“<sup>948</sup>

Die meisten der elf kleineren Nato-Staaten teilten die Sorgen Kanadas, wie am 10. Dezember die letzte Sitzung des Ständigen Nato-Rats vor der Aussenministertagung ergab. Während sich die Vertreter der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in der Diskussion so kurz vor einem geplanten trilateralen Aussenminister-Treffen am Rande des Atlantikrats zurückhielten, entstand unter den restlichen Nato-Botschaftern rasch ein

<sup>944</sup> Kosthorst, Brentano, 252.

<sup>945</sup> FRUS 1958-60 VIII: 136f. Vgl. zu Adenauers Politik während der Berlinkrise Trachtenberg, A Constructed Peace, 274-282; Jill Kastner, „The Berlin Crisis and the FRG, 1958-62“, in *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake (Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002), 125-146.

<sup>946</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. Dezember 1958, BA, NL Blankenhorn, Bd. 92; Burgess (Paris) to DoS, 6 December 1958, Polto 1571, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>947</sup> Note by Spaak, 9 December 1958, „Berlin“, PO/58/1548, in: DCER XXIV (1958): no. 306.

<sup>948</sup> DCER XXIV (1958): no. 309.



Konsens. Die Nato-Aussenminister sollten in der Berlinfrage eine feste Haltung einnehmen und diese nach aussen kommunizieren, gleichzeitig aber einen so positiven Akzent wie möglich setzen.

Der italienische Nato-Botschafter Umberto Grazzi war über die gravierenden Konsequenzen des sowjetischen Vorgehens in Berlin besorgt. Aus Rücksicht auf die italienische Volksmeinung forderte er, die westlichen Vier sollten bei ihrer Ablehnung der sowjetischen Note gleichzeitig Alternativvorschläge unterbreiten. Italien forderte, dass über solche Gegenvorschläge und über die westliche Position Nato-Konsultationen stattfanden. De Staercke stimmte dem italienischen Denken zu. Was würden die Vier unternehmen, wenn Chruschtschow wie angekündigt nach sechs Monaten die sowjetischen Rechte an die DDR abtreten würde? Westliche Stärke könnte Moskau wohl nicht davon abhalten, spekulierte de Staercke. Der Westen wäre nach dem Abschluss eines sowjetisch-deutschen Friedensvertrags in einer noch schlechteren Position als zur Zeit. Deshalb müsste er bereits jetzt Alternativen entwickeln: „It would be better to negotiate from the present position than from the position that would arise in six months.“ Spaak unterstützte seinen Landsmann und stellte das westliche Dilemma noch klarer dar: „The West could hardly go to war to stop the Russians from leaving East Berlin.“ Sogar Blankenhorn versicherte, dass auch Adenauer wusste, dass eine Lösung der Berlinfrage nicht ohne Verhandlungen über Gesamtdeutschland möglich wäre. Weil aber eine deutsche Wiedervereinigung nicht innerhalb sechs Monaten ausgehandelt werden konnte, mussten zunächst Berlinverhandlungen oberste Priorität haben.

Kanada und Dänemark hofften ebenfalls, dass die westlichen Vier keine zu negative Antwort auf die sowjetische Note vom 27. November geben würden. Léger und der dänische Nato-Botschafter Mathias Aagaard Wassard forderten eindringlich, die westlichen Vier sollten vor dem Ende des Atlantikrats keine öffentliche Erklärung abgeben, damit die westliche Position zuerst von der Nato „gutgeheissen“ werden konnte.

Spaak betonte zusammenfassend, dass die Nato-Prinzipien zu Berlin bestimmt, aber nicht zu negativ sein sollten. Eine positive Position wäre beispielsweise die Erklärung, dass der Westen die Bevölkerung Berlins nicht aufgeben würde. Blankenhorns Votum übergehend, meinte Spaak auch, der Westen könnte sich dazu bereit erklären, mit den Russen nicht nur Berlin, sondern auch eine deutsche Wiedervereinigung zu diskutieren.<sup>949</sup> Die Nato nahm damit als Kollektiv in Bezug auf Ost-West-Verhandlungen eine flexiblere Position ein als die USA, Frankreich und die BRD. Unter den drei Westmächten mit spezieller Verantwortung für Deutschland und Berlin konnte sich damit einzig Grossbritannien von den Nato-Diskussionen Unterstützung für seine Position erwarten.

Vor dem Treffen der vier westlichen Aussenminister am Rande der Nato-Tagung intervenierte Spaak bei Dulles und warnte vor einer Desintegration der Nato. Es sei eine „furchtbare“ Aussicht, wenn die vier Aussenminister Entscheidungen treffen und ihre Nato-Kollegen einfach damit konfrontieren würden. Spaak forderte, die Ergebnisse des Vierer-Treffens erst nach der Nato-Ministerratstagung zu veröffentlichen, um auf diese Weise dem Konsultationsprozess der Nato Wertschätzung zukommen zu lassen. Die wichtigsten Punkte sollten seiner Meinung nach erst ins Schlusskommuniqué der Nato einfließen. Vor allem Italien und Kanada fanden, das Nato-Kommuniqué sollte die erste substanzielle Erklärung zur Berlinkrise darstellen.<sup>950</sup> Ungeachtet Spaaks Protesten

<sup>949</sup> Ibid., no. 311.

<sup>950</sup> Dulles-Spaak-Burgess Meeting, 13 December 1958, USNA, RG 59, CF, Box 163B, CF 1169, MemCons; Burgess (Paris) to DoS, Polto 1663, 12 December 1958, USNA, ibid., Box 163C, CF 1171,

wurde das Kommuniqué der Vier jedoch auf der Grundlage des deutschen Entwurfs am 14. Dezember bereits vor dem Atlantikrat veröffentlicht und die Absicht des Westens bestätigt, in Berlin zu verbleiben.<sup>951</sup>

### 3. Berlindebatten der Nato-Aussenminister in Paris

Der Pariser Ministerrat der Nato vom 16. bis 18. Dezember 1958 wurde einerseits von den Diskussionen um politische Konsultationen angesichts der Herausforderung durch de Gaulles Direktoriumsvorschlag, andererseits durch den jüngsten sowjetischen Schachzug in Berlin mit seinen Implikationen für die Zukunft Deutschlands und der Nato geprägt.<sup>952</sup> Der holländische Aussenminister Joseph Luns bemerkte in seiner Funktion als Präsident des Nato-Rats einleitend, die sowjetische Bedrohung sei nach wie vor gleich gross wie vor einem Jahr unter dem Eindruck des Sputnikschocks. Er charakterisierte Chruschtschows Berlininitiative als einen erneuten Effort, „um ein Disengagement, eine Deatomisierung und Demilitarisierung Zentraleuropas zu erzwingen“ und um auf diese Art die Verteidigung der Nato in Europa aufzulösen. Die Allianz müsse gegenüber dieser Herausforderung eine klare, feste Haltung einnehmen.<sup>953</sup>

Die Berlin- und Deutschlanddebatten der Nato wurden durch die Einschätzungen der Aussenminister Frankreichs, der BRD und der USA eröffnet. Couve de Murville berichtete über die Ergebnisse der Sitzungen der westlichen Drei respektive Vier vom 14. Dezember. Er betonte, dass keine konkreten Entscheidungen getroffen worden seien, sondern dass es sich dabei nur um einen „vorläufigen Meinungsaustausch“ zwischen den hauptsächlich für Berlin verantwortlichen Westmächten und der BRD gehandelt habe. Es sei festgehalten worden, dass die Besatzungsmächte nicht einseitig durch die Sowjetunion aufgehoben werden konnten. Die vier Regierungen würden ihre Antworten nach Moskau in den nächsten Tagen koordinieren und den Nato-Rat nochmals konsultieren, bevor sie abgeschickt würden.<sup>954</sup> Brentano nannte die sowjetischen Vorschläge eine „tödliche Bedrohung“ für Berlin und sprach sich deutlich gegen Verhandlungen unter Druck aus. Die Bonner Linie sei es, Härte zu zeigen und den Status quo aufrecht zu halten. Berlin gehe die ganze westliche Welt etwas an, forderte Brentano eindringlich.

Auch Dulles zeichnete die internationale Situation in düsteren Farben: Seit der Gründung der Nato habe der Westen keine vergleichbar ernste Bedrohung in Europa mehr erlebt. Dulles charakterisierte Chruschtschow als impulsiven „Hasardeur“ und stellte ihn in eine Reihe mit Hitler und Stalin. Er warf den Russen vor, über Koexistenz zu sprechen; sie seien aber nicht bereit, eine solche auch in der Praxis zu akzeptieren. Nach einem Exkurs über die juristische Lage von Berlin seit 1945 resümierte Dulles,

---

Topol – Polto. Spaaks Bedenken, dass ein starkes und präzises Kommuniqué zu Berlin bereits nach dem Viermächte-Treffen in Paris „äusserst unglückliche Konsequenzen“ für die Nato hätte, wurden Eisenhower am 16.12.58 übermittelt. Vgl. Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 16 December 1958, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 37, Goodpaster Briefings, December 1958.

<sup>951</sup> DzD IV 1/1: 373f. Die vier Aussenminister kamen zum ersten Mal kurz vor einem Nato-Ministerrat in dieser Form zusammen. In der Folge wurden diese Deutschlandtreffen der vier Minister vor Tagungen des Nato-Ministerrates zu einer regelmässigen Einrichtung. Vgl. Haftendorn, „Das institutionelle Instrumentarium der Alliierten Vorbehaltsrechte“, 42f.

<sup>952</sup> Zu den Nato-Diskussionen zur politischen Zusammenarbeit im Bündnis vgl. Kapitel 6, VII.

<sup>953</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1958, 10:15 a.m., NA, C-R(58)60. Vgl. dazu FRUS 1958-60 VII(1): 379f.

<sup>954</sup> Zur Sitzung von Dulles, Lloyd und Couve de Murville vgl. FRUS 1958-60 VIII: 200-203. Zur anschliessenden Vierersitzung inklusive Brentano, vgl. *ibid.*, 203-207. Vgl. auch Report by the Political Division, 10 December 1958, „East-West Relations“, NA, C-M(58)146.

der Westen sei zwar bereit zu verhandeln, aber nicht unter dem Druck eines Ultimatums und einer unilateralen Aufgabe der Viermächtepflichten durch die Sowjetunion. Ein Kompromiss wäre für den Westen ein Desaster, argumentierte Dulles. Chruschtschow müsse die jedoch Gelegenheit gegeben werden, sein Ultimatum zurückzuziehen. Dulles erwartete einen „Nervenkrieg“, bei dem der Westen stark sein musste. Letztlich seien aber die amerikanischen Militärs davon überzeugt, dass Moskau wegen Berlin keinen Krieg riskieren würde. Das amerikanische Abschreckungspotenzial sei grösser denn je, und die Russen wüssten, dass wenn sie Europa „auslöschten“, die USA sie ebenfalls „auslöschen“ würden. Dulles schloss seine Erklärung mit der Aussage: „The threat was therefore an empty one, and the West should stand firm.“

Die „anderen Elf“ versuchten, die französisch-deutsch-amerikanische Position etwas aufzuweichen. Der kanadische Aussenminister Sidney Smith fand es wünschenswert, die westliche Haltung bezüglich einer Wiedervereinigung Deutschlands zu überprüfen und über mögliche Optionen nachzudenken. Er hoffte, der Westen zeige Bereitschaft zu Verhandlungen und zu einem akzeptablen Modus vivendi in Europa. Der dänische Aussenminister Jens Otto Krag ergänzte, ein Gipfeltreffen mit Chruschtschow sei wohl nötig. Auch die Aussenminister Norwegens und Hollands fanden, die Allianz müsse ihre Bereitschaft kommunizieren, mit Moskau über Deutschland und europäische Sicherheit zu verhandeln, um das Berlinproblem in einem grösseren Kontext zu lösen.

Der britische Aussenminister Selwyn Lloyd unterstützte die Bemühungen Kanadas, Dänemarks, Norwegens und Hollands, eine Ablehnung von Chruschtschows Berlin-Initiative mit einem konstruktiven Ansatz in der Deutschlandfrage zu begleiten. Weil Chruschtschow selbst ein gewiefter Taktiker sei, müsse auch der Westen in seiner Taktik flexibel bleiben. Der Rat beschloss daraufhin, ein separates Kommuniqué zu Berlin zu verfassen.<sup>955</sup>

In der „Berlin-Erklärung“ der Nato-Aussenminister vom 16. Dezember, die sehr stark die Handschrift Spaaks trug, war die Warnung an die Sowjetunion enthalten, dass der von ihr geschaffenen ernsten Lage in Berlin „mit Entschlossenheit“ begegnet würde. Die Rechte der drei Westmächte in Berlin und die Freiheit der Verbindungslinien zwischen Berlin und dem Westen wurden speziell betont. Parallel dazu wurde aber die Bereitschaft zu Verhandlungen über die „gesamte Deutschlandfrage“ sowie über europäische Sicherheit und Abrüstung in Aussicht gestellt.<sup>956</sup>

Dem Kommuniqué war laut Dulles drei Stunden lang „die übliche linguistische Schlacht“ vorausgegangen.<sup>957</sup> Dulles hatte sich zunächst gegen den Satz gewehrt, der Westen sei zu Diskussionen über Berlin, Deutschland und europäische Sicherheit sowie Abrüstung bereit, weil er sich nicht zu einem Treffen mit der UdSSR verpflichten wollte. Dulles machte klar, dass er mit „Diskussionen“ diplomatische Kanäle und Korrespondenz verstand, aber keine Aussenminister- oder gar Gipfelkonferenz. Aus kanadi-

<sup>955</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1958, 10:30 a.m., NA, C-R(58)61; FRUS 1958-60 VIII: 208-217; Roberts (Paris) to FO, 16 December 1958, PRO, FO 371/137345. In der westdeutschen Delegation war auch Willy Brandt vertreten, der Anfang Dezember 1958 zum Bürgermeister von Westberlin gewählt worden war. Vgl. dazu Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 8 December 1958, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 37, Goodpaster Briefings, December 1958. Vgl. auch Steininger, Mauerbau, 53f. Zum Wissen der Westmächte über Chruschtschows strategischen Bluff aufgrund von U2-Daten vgl. Kori Shake, „Berlin Crises 1948/49 and 1958-62“, in *Securing Peace in Europe*, ed. Beatrice Heuser (New York: St. Martin's Press, 1992), 65-73, fn. 26.

<sup>956</sup> DzD IV/1 (1958/59): 382f.

<sup>957</sup> Dulles (Paris) to Eisenhower, 18 December 1958, DULTE 8, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 10, December 1958 (ÜdV).

scher Sicht enthielt die Erklärung mehr als bloss die von der BRD geforderten Punkte. Die Formulierung der Berlinklaration der Nato war weniger hart als von Bonn erwartet. Zudem hatte die Nato damit nicht einfach zum Viermächte-Kommuniqué des 14. Dezember „Amen gesagt“, wie dies die westlichen Vier mit dem Hinweis auf den Präzedenzfall der Nato-Erklärung vom Oktober 1954 gefordert hatten, sondern mit eigenen Worten und mit einem positiveren Akzent in Bezug auf Verhandlungen mit der UdSSR. Kanadas Léger fasste die Essenz der Nato-Erklärung wie folgt zusammen: „It is clearly not the kind of NATO communiqué we would have drafted ourselves nor is it exactly what the Four wanted. It seems to us however to represent a reasonable compromise position on which NATO should at least in public be strongly united.“<sup>958</sup> Damit hatte sich die Spaltung des Atlantikrats auf die Berlin-Erklärung der Nato ausgewirkt, die sowohl die harte Linie der BRD und der USA aufnahm als auch die Verhandlungsbereitschaft der Skandinavier, Kanadier und Briten.

Dulles freute sich indessen über die gute Atmosphäre am ersten Konferenztag und war mit dem Ergebnis der Nato-Ratssitzung insgesamt „sehr zufrieden“. Er rapportierte stolz an Eisenhower, dass seine Erklärung, die USA seien in Berlin notfalls zum Krieg bereit, habe „ungeheuren Eindruck“ auf die Verbündeten gemacht.<sup>959</sup> Er fand, die meisten seiner Kollegen hätten starke und energische Reden gehalten – mit Ausnahme der Kanadier, die „eher sanft“ gewesen seien.<sup>960</sup> Dulles' Fazit überrascht, denn neben Kanada hatten sich auch Dänemark, Norwegen, Grossbritannien und sogar die Niederlande für Deutschlandverhandlungen und damit gegen die harte Linie der BRD, Frankreichs und der USA ausgesprochen.

Das britische Aussenministerium bestätigte, dass der Atlantikrat durch die Entschlossenheit der westlichen Vier inspiriert worden sei – besonders durch Dulles' Versicherung, die USA würden die volle Gewalt ihrer Nuklearabschreckung einsetzen, um die westliche Position in Berlin aufrecht zu erhalten.<sup>961</sup> Auch die deutsche Delegation äusserte sich überaus zufrieden über das Resultat des Atlantikrats: „Selten hat das Nordatlantikbündnis seine Notwendigkeit und seine Zweckmässigkeit so eindeutig beweisen können.“<sup>962</sup>

Während das Nato-Treffen aus Sicht von Bonn, Washington und London die Unterstützung der Allianz für ihre Position in der Berlinkrise erreicht hatte, gab es unter den mittelgrossen und kleineren Nato-Mitgliedern grosse Besorgnis, dass die Konsultationen in der Nato nur oberflächlich gewesen und ihre Interessen zu wenig berücksichtigt worden seien. Aus kanadischen Quellen erfährt man am deutlichsten, wie gross die Unzufriedenheit der mittelgrossen und kleineren Staaten über die mangelnde politische Konsultation in der Allianz war. In einem Bericht der kanadischen Nato-Delegation vom Dezember 1958 beklagte sich Ross Campbell darüber, dass die Nato darin versagt habe, am Beispiel Berlins aus der politischen Konsultation eine Realität zu machen. Das Viermächte-Treffen vom 14. Dezember habe sich ziemlich negativ auf die Rolle der

<sup>958</sup> DCER XXIV (1958): no. 313.

<sup>959</sup> FRUS 1958-60 VIII: 220 (ÜdV).

<sup>960</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 385 (ÜdV).

<sup>961</sup> FO to All NATO Posts, 29 December 1958, Tel. 3950, PRO, FO 371/137802.

<sup>962</sup> Aufzeichnung betreffend der Ministerkonferenz des Nato-Rats vom 16.-18.12.58, 20. Dezember 1958, PAAA, Referat 301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958. In seinem ersten wissenschaftlichen Artikel zur Nato kommentierte der spätere Doyen der Nato-Historiker Lawrence S. Kaplan im Herbst 1961, dass Berlin – anders als Algerien oder der Kongo – die Nato geeint und damit gestärkt habe. Lawrence S. Kaplan, „NATO and Adenauer's Germany: Uneasy Partnership“, *International Organization* 15, no. 4 (1961): 618-629, 629.

Nato als Forum für politische Konsultationen ausgewirkt, da die Nato im Prinzip nur gebeten worden sei, die Position zu übernehmen, welche die westlichen Vier zuvor beschlossen hätten. Weil sich aber von den übrigen Nato-Staaten niemand daran gestört habe, habe sich auch Kanada während der Ministerratssitzungen nicht darüber ausgelassen. Weil auch de Gaulles Vorschläge eines politischen Direktorats nicht diskutiert worden seien, hielt Campbell die Nato-Diskussion zum Agendapunkt „politische Konsultationen“ für surreal.<sup>963</sup>

Am 31. Dezember übergaben die drei Westmächte und die BRD ihre Antworten auf die sowjetische Note vom 27. November. Darin wiesen sie die sowjetische Argumentation zurück, zeigten aber Bereitschaft, über das Berlinproblem in grösserem Zusammenhang mit der deutschen Frage und dem Thema europäische Sicherheit zu verhandeln.<sup>964</sup> Der Ständige Nato-Rat hatte die westlichen Antworten am 29. Dezember 1958 besprochen und abgesegnet. De Staercke und Léger waren die einzigen Botschafter, die sich in der Diskussion zu Wort meldeten und im amerikanischen Entwurf geringfügige Änderungen vorschlugen.<sup>965</sup> Léger war mit den westlichen Antworten auf die sowjetische Note vom 27. November gar nicht zufrieden. Er charakterisierte die ausserordentliche Sitzung des Nato-Rats vom 29. Dezember als „wenig inspirierend und deprimierend“. Der kanadische Nato-Botschafter war äusserst niedergeschlagen über die Rolle der Nato in der Berlinkrise:

As a new chapter in the cold war, the Four Powers Notes in reply to the Soviet Note are flat; on the substance of the matter, they add nothing new. There are no indications here that the question of Berlin is being pursued with vigour and imagination by the countries directly concerned; it is of such importance however that something must be done about it. Unfortunately, I have come to the conclusion that the Council will not be of much assistance in this respect during the next few weeks. Smaller powers seem to be paralyzed when confronted with decisions arrived at by the Four Powers.<sup>966</sup>

Chruschtschows Berlinultimatum hatte die Nato innerhalb weniger Wochen in zwei Lager gespalten: Auf der einen Seite befanden sich die drei primär für das Deutschlandproblem verantwortlichen drei Westmächte und die direkt betroffene BRD; auf der anderen Seite kämpften die verbleibenden elf Nato-Staaten darum, dass ihre Stimme gehört und respektiert wurde. Was die Substanz der Berlinkrise betraf, so standen sich in der Nato ebenfalls zwei Lager gegenüber: einerseits die Befürworter von Verhandlungen mit Moskau, andererseits die Vertreter einer harten Linie, wonach der Westen nicht auf ein Ultimatum und Druck von Chruschtschow reagieren sollte. Washington behielt zunächst die Zügel für mögliche Berlin- und Deutschlandverhandlungen mit Moskau eng in der eigenen Hand.

#### **4. Bilateralismus statt Nato-Konsultationen?**

Ein erster Meinungsaustausch zwischen Washington und Moskau über Berlin fand Anfang Januar 1959 in Washington statt. Der sowjetische Vize-Premier Anastas Mikojan erklärte während eines USA-Besuchs, die UdSSR habe in der Berlinfrage nicht mit militärischen Massnahmen gedroht und wolle keinen Krieg; die von Chruschtschow erwähnten sechs Monate seien keine Drohung und kein Ultimatum. Mikojan betonte

<sup>963</sup> DCER XXIV (1958): no. 324.

<sup>964</sup> Steininger, Mauerbau, 54f.

<sup>965</sup> Roberts (Paris) to FO, Tel. 459, PRO, FO 371/137348.

<sup>966</sup> DCER XXIV (1958): no. 320 (ÜdV).

vielmehr die gemeinsamen Interessen der USA und der UdSSR und schlug vor, das Berlinproblem zu lösen und damit „den Kalten Krieg zu beenden“.<sup>967</sup>

Auch London tendierte zunächst zu westlichen Konsultationen ausserhalb des Nato-Rahmens. Als Chruschtschow am 10. Januar 1959 eine diplomatische Note mit dem Entwurf eines Friedensvertrags veröffentlichte,<sup>968</sup> schlug der britische Nato-Botschafter Frank Roberts vor, die Antworten zwischen Washington, London, Paris und Bonn abzusprechen und die grundsätzlichen Positionen in Bezug auf Berlin, Deutschland und europäische Sicherheit gründlich zu überdenken.<sup>969</sup>

Die amerikanische Nato-Botschaft in Paris war besorgt über diese bilateralen Kanäle und ersuchte das State Department darum, in die Vorbereitung der Berlinverhandlungen involviert zu werden. Joe Wolf von der amerikanischen Nato-Botschaft hatte Gerüchte über die Erarbeitung neuer amerikanischer Studien zu Berlin, Deutschland und dem Problembereich europäischer Sicherheit vernommen und wollte aus einer Allianzperspektive dazu Stellung beziehen. Er erinnerte Lane Timmons vom Nato-Büro im State Department daran, dass die Botschaft in Paris „äusserst interessiert“ an den Stabsarbeiten in Washington sei, und bat um Verzeihung für seinen „übermässigen Eifer“.<sup>970</sup> Wenige Tage später retournierte Timmons den Brief und ersuchte Wolf um Geduld, gab ihm aber gleichzeitig die Zusicherung, dass neue Ideen des Aussenministeriums der Nato-Botschaft in Paris (USRO) mit der Bitte um kritische Kommentare zu gestellt würden:

We know that you are much interested in developments on Berlin, German reunification, and European security [...]. The „staff studies“ [...] have not progressed very far as yet. [...] There really isn't anything yet that USRO could sink its teeth into.<sup>971</sup>

Dulles bestätigte wenige Tage später gegenüber Burgess, es gebe noch kein amerikanisches Denken von Substanz, das bereits den anderen Nato-Regierungen übermittelt werden könnte. Er betonte jedoch, dass er es problematisch fände, wenn die USA ihre Sichtweise dem Nato-Rat unilateral vor Konsultationen im Rahmen der Vier präsentieren würden.<sup>972</sup>

<sup>967</sup> FRUS 1958-60 VIII: 233-239 (ÜdV) sowie 276-281. Gegenüber dem früheren „Abrüstungsminister“ Stassen forderte Mikojan als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung Deutschlands einen Nichtangriffspakt zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt, falls das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der Nato bleiben würde. Der Hinweis auf eine sowjetische Akzeptanz einer Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands bedeutete eine erhebliche sowjetische Konzession. Stassen to Eisenhower, 6 January 1959, DDEL, AWF, Administration Series, Box 35, Harold Stassen. Vgl. zu Mikojans Januar-Reise auch Taubman, Khrushchev, 409f.

<sup>968</sup> DzD IV/1 (1959/59): 543ff. Zu Adenauers Ablehnung des „furchtbaren“, „unglaublichen“ und „offen provokativen“ Friedensvertragsentwurfs siehe FRUS 1958-60 VIII: 253ff. Dulles beruhigte den Kanzler in einem langen Brief, versuchte ihn aber gleichzeitig davon zu überzeugen, dass ein Dialog mit Moskau notwendig sei, um Chruschtschow einen Rückzug aus der von ihm geschaffenen gefährlichen Berlinkrise zu ermöglichen. Ibid., 296-299.

<sup>969</sup> Eisenhower-Goodpastor Meeting, 15 January 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 38, Goodpastor Briefings, January 1959.

<sup>970</sup> Wolf (Paris) to Timmons, 11 January 1959, USNA, RG 59, EUR/RA, Director, Correspondence Files, 1955-59, Box 2, RA Correspondence 1959 (1) (ÜdV).

<sup>971</sup> Timmons (Washington) to Wolf (Paris), 16 January 1959, ibid.

<sup>972</sup> Dulles to Burgess (Paris), Topol 2431, 23 January 1959, DNSA/BC/659. Das Aussenministerium hatte die Nato-Mission bereits am 20. Januar 1959 zu beschwichtigen versucht, dass es in Washington noch keine wirklich neuen Ideen gebe: „The development of a substantive U.S. position on these matters is still in the very primitive stage [...]“. Fessenden to Nolting (Paris), 20 January 1959, „Round-up of Future Developments in East-West Field“, USNA, RG 59, EUR/RA, Director, Correspondence Files, 1955-59, Box 2, RA Correspondence 1959 (1). Fessenden stellte drei Ideen vor: Erstens Gespräche mit

Ende Januar doppelte Russell Fessenden vom Nato-Büro nach und bestätigte, dass die Planungen in Washington bezüglich der Neubeurteilung der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik noch nicht weit vorangeschritten seien: „The development of a substantive U.S. position on these matters is still in the very primitive stage [...] there are no really new ideas.“<sup>973</sup>

Die amerikanische Nato-Mission machte aber das Aussenministerium bereits in dieser frühen Konsultationsphase darauf aufmerksam, dass sie um die negativen Konsequenzen von geheimen, trilateralen Besprechungen fürchtete. Die Botschafter vor Ort glaubten, Washington würde sich verrechnen, wenn es davon ausging, de Gaulle würde durch allfällige geheime Dreier-Gespräche derart befriedigt werden, dass er die französische Haltung zur Nato, die momentan aus mangelnder Kooperation bestand, ändern würde. Für die Nato-Spezialisten wäre der Preis, der dafür bezahlt werden müsste, zu hoch: Der stellvertretende Nato-Botschafter Fritz Nolting erinnerte das Aussenministerium daran, dass die USA ursprünglich im Dezember 1958 den trilateralen Konsultationen mit Frankreich und Grossbritannien nur unter der Voraussetzung hatten zustimmen wollen, dass die übrigen Nato-Alliierten darüber informiert würden. Frankreich hatte aber eine solche Information an die Nato verweigert, und die USA hätten sich hier zum Komplizen de Gaulles gemacht und die Gespräche in Washington der Nato ebenfalls verschwiegen. Nolting empfahl dringend, den Nato-Rat über die Washingtoner Dreier-Gespräche zu informieren, weil die kleineren Nato-Staaten das Vorgehen Washingtons sonst stark kritisieren würden.<sup>974</sup>

Der Gedankenaustausch zwischen dem Nato-Büro im State Department in Washington und der amerikanischen Nato-Botschaft in Paris fand Anfang 1959 interessanterweise nicht auf dem offiziellen Wege, das heisst den täglichen Telegrammen zwischen Washington und Paris statt, sondern in persönlich adressierten Briefen. Weil der übliche Telegrammverkehr für einen grossen Personenkreis einsichtig war, bestand in dem privaten Briefwechsel zwischen den amerikanischen Nato-Insidern das kleinere Risiko, dass die offenen Gedanken zu den akuten Nato-Problemen auch Washingtons Alliierten oder sogar Moskau zu Gehör kommen und so die Kohäsion der Nato bedrohen könnten.

Der britische Premierminister Macmillan lancierte im Januar 1959 eine unilaterale diplomatische Initiative, um einer Ost-West-Détente näherzukommen. Als Eisenhower und Dulles am 20. Januar davon erfuhren, waren sie zwar dagegen, konnten Macmillan aber die Reise natürlich nicht verbieten. Sie betonten jedoch, dass Macmillan in Moskau nur für Grossbritannien und nicht für die USA, Frankreich oder die BRD sprechen könne. Für Eisenhower warf dies automatisch auch die Frage auf, ob er nicht Chruschtschow in die USA einladen solle.<sup>975</sup> Die USA waren besorgt, der Sologang Macmillans würde zu anderen „Direktverhandlungen“ durch die Franzosen, Deutschen oder viel-

---

Moskau über einen Friedensvertrag mit Deutschland, um das deutsche Problem „zu Tode zu quatschen“, d.h. die Gespräche sollten es Moskau erlauben, von seiner extremen Haltung in der Berlinfrage zurückzukrebsen. Zweitens eine häppchenweise Implementation eines Friedensvertrags zunächst in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Information. Drittens Vorschläge zu einer „teilweisen Föderation“ zwischen West- und Ostdeutschland (ÜdV).

<sup>973</sup> Letter from Fessenden to Nolting (Paris), 20 January 1959, USNA, RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, France, Paris Embassy, Classified General Records of the USRO, 1959-61 (USRO), Box 60, #320: East-West Relations 1959.

<sup>974</sup> Nolting (Paris) to Timmons, 12 January 1959, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>975</sup> Telephone Conversation between Eisenhower and Dulles, 20 January 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 38, Telephone Calls, January 1959; Telephone Conversation between Eisenhower and Dulles, 21 January 1959, 3:10 p.m., *ibid.*

leicht auch andere Staaten führen. Dies wäre besonders gefährlich, solange der Westen keine gemeinsame Linie vertrat.<sup>976</sup>

In einer vertraulichen Denkschrift an Dulles, deren Inhalt dieser für „äusserst beunruhigend“ hielt, räumte Lloyd ein, dass die britische Öffentlichkeit nicht verstehen würde, wenn der Westen einen Weltkrieg provozieren würde, bloss weil er darauf beharren würde, dass die Russen in ihrer Eigenschaft als Besatzungsmacht im Ostberliner Sektor anstelle von ostdeutschen Beamten den Sektorengrenzen die Pässe von westlichen Alliierten stempeln müssten. Lloyd glaubte nicht, dass der Westen Adenauers Kritik an einer Détente in Europa ohne gleichzeitige Lösung der deutschen Frage weiterhin akzeptieren sollte.<sup>977</sup>

Die Planung von Macmillans Moskaureise war zunächst ein wohlgehütetes Geheimnis zwischen London und Washington. Der britische Botschafter in Washington Lord Hood teilte Dulles am 23. Januar mit: „Nothing will be said to the French and the Germans until we know that the Soviet Government will issue their invitation. If the plan proceeds we shall immediately inform these two Governments and NATO.“ Unterdessen sollte nur Nato-Generalsekretär Spaak diskret orientiert werden.<sup>978</sup> Dulles stellte die „volle Konsultation des Nato-Rats“ für später in Aussicht, hoffte aber, Spaak würde im Nato-Rat eine führende Rolle darin übernehmen, einen „besonnen, souveränen Ton“ in den Ratsdiskussionen zu bewahren und anzuerkennen, dass politische Konsultation im Falle des Berlinproblems wie in anderen Bereichen die besten Resultate lieferte, wenn sie genügend vorbereitet wurde.<sup>979</sup>

Spaak hatte aber kein Verständnis für den amerikanischen Vorschlag und schlug im Gegenzug vor, nach Washington zu kommen, um das Deutschland- und Berlinproblem vor Ort persönlich mit Dulles zu besprechen. Spaak dachte, solch eine Visite wäre für die kleinen Nato-Staaten wertvoll, da die „anderen Elf“ zunehmend Frustration darüber empfanden, nicht an der Politikentwicklung des Westens beteiligt zu sein.<sup>980</sup> Allerdings wurde nichts aus der Idee – stattdessen reiste Dulles Anfang Februar 1959 über den Atlantik, um London, Paris und Bonn zu besuchen und die entsprechenden Regierungen über das Berlinproblem zu konsultieren.

Die Nato war von den innerwestlichen Konsultationen im Januar und Februar 1959 fast gänzlich ausgeschlossen. Dulles machte auf seiner Europareise zwar neben London und Bonn auch in Paris Halt; er stattete jedoch dem Nato-Rat dabei keinen Besuch ab. Die Konsultationen mit Macmillan, de Gaulle und Adenauer offenbarten Dulles, wie zerbrechlich die Kohäsion der westlichen Grossmächte war.<sup>981</sup> Am 6. Februar traf sich Dulles in Paris mit Spaak und orientierte ihn über den Stand der Dinge aus Sicht Washingtons. Der Nato-Generalsekretär hatte sich zum Deutschlandproblem ebenfalls viele

<sup>976</sup> Dulles-Caccia Meeting, 21 January 1959, DDEL, Dulles Papers, GCM, Box 1, Memos of Conversation, General, A Through D (3).

<sup>977</sup> Lloyd to Dulles, n.d. [January 1959], „Thinking Aloud“, DDEL, Dulles Papers, Subject Files, Box 12, Macmillan and Lloyd Correspondence, 1959; FRUS 1958-60 VIII, 292ff. Dulles' Einschätzung des Briefes findet sich in: Telephone Conversation between Dulles and Eisenhower, 25 January 1959, DDEL, Dulles Papers, Telephone Conversations Series, Box 13, January 1959. Vgl. Trachtenberg, *Constructed Peace*, 265.

<sup>978</sup> Hood to Dulles, 23 January 1959, DDEL, Dulles Papers, Subject Series, Box 12, Macmillan and Lloyd Correspondence 1959.

<sup>979</sup> DoS to Burgess (Paris), Topol 2431, 23 January 1959, DNSA/BC/659 (ÜdV).

<sup>980</sup> Nolting (Paris) to Dulles (Washington), Eyes Only, Polto 2132, 29 January 1959, DNSA/BC/689 (ÜdV).

<sup>981</sup> Zu Dulles' Europareise vgl. FRUS 1958-60 VIII: 317-328, 345-348. Vgl. auch Macmillan, *Riding the Storm*, 587f.; Adenauer, *Erinnerungen*, 475-481; Steininger, *Mauerbau*, 75-80.



Gedanken gemacht. Auch wenn Dulles Spaaks Ideen nicht für besonders innovativ hielt, ermunterte er ihn, weiterhin solche Vorschläge zu unterbreiten: „He has not come up with anything very new or brilliant but I urged him to continue studying the matter as we needed this kind of mind applied to this problem and he had some advantages over governments.“<sup>982</sup>

Macmillans „Pilgerreise“ in die Sowjetunion vom 21. Februar bis 3. März 1959 markierte den Versuch Grossbritanniens, als Vermittler zwischen den USA und der UdSSR in der westlichen Détentepolitik die Führung zu übernehmen. Chruschtschow vertrat die sowjetische Position sowohl in der Berlin- als auch in der Abrüstungsfrage kompromisslos: Der Westen müsse die sowjetischen Vorschläge akzeptieren, sonst drohe Krieg. Moskau werde mit der DDR auf jeden Fall einen Friedensvertrag abschliessen und jede Verletzung der Grenzen der DDR als Kriegshandlung betrachten. Als es am 26. Februar beinahe zum Abbruch von Macmillans Reise kam,<sup>983</sup> trat der Nato-Rat am 28. Februar auf Antrag Grossbritanniens zu einer geheimen Sondersitzung zusammen. Die Nato-Botschafter reagierten äusserst bedrückt auf Roberts Bericht über den bisherigen Verlauf von Macmillans Reise.<sup>984</sup> Nach einem letzten Gespräch zwischen Macmillan und Chruschtschow am 2. März, in dem der sowjetische Führer nochmals sein Ziel einer De-facto-Anerkennung der DDR betonte, aber immerhin das Sechs-Monate-Ultimatum vom 27. November 1958 relativierte, wurde im britisch-sowjetischen Kommuniqué zum Abschluss der Gespräche auch auf eine mögliche beidseitige Truppenreduzierung in Europa verwiesen sowie auf das Prinzip, dass Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden sollten.<sup>985</sup>

Nach Macmillans „Entdeckungsreise“ in die Sowjetunion beklagte sich Adenauer vor seinem Kabinett über die britische Aktion. Die „Krise der Nato“, die von der Sowjetunion ausgelöst worden war, sei durch Macmillans Moskaureise „ausserordentlich vorangetrieben“ worden. Der Bundeskanzler äusserte sich frustriert über die Tendenzen zu Nachgiebigkeit gegenüber Moskaus an der Nordflanke der Nato: „Heute England, morgen Skandinavien.“<sup>986</sup>

Zu dieser Zeit war plötzlich Grossbritannien, nicht mehr Frankreich das „Sorgenkind“ der westlichen Allianz. De Gaulle versicherte Spaak nämlich Ende Februar, dass Frankreich die Nato-Krise nicht parallel zur Berlinkrise vertiefen würde. Spaak und de Gaulle fanden beide, in der Nato müsse momentan Einheit und Solidarität gewahrt werden, um Chruschtschows Herausforderung zu überwinden.<sup>987</sup> Trotz Spaaks zuneh-

<sup>982</sup> FRUS 1958-60 VIII: 335.

<sup>983</sup> Die britischen Gesprächsprotokolle befinden sich in PRO, CAB 133/293 und PRO, PREM 11/2690. Vgl. auch Macmillan, *Riding the Storm*, 582-656; Steininger, *Mauerbau*, 76f.; Taubman, *Khrushchev*, 410ff. Zur britischen Politik während der Berlinkrise vgl. Victor Mauer, „Macmillan und die Berlin-Krise 1958/59“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44, no. 4 (1996): 229-256; John P. S. Gearson, *Kennedy, Macmillan, and the Berlin Wall Crisis 1958-62: The Limits of Interests and Forces* (New York: St. Martin's Press, 1998); John P. S. Gearson, „Britain and the Berlin Wall Crisis, 1958-62“, In *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002), 43-72; White, *Britain, Détente, and Changing East-West Relations*, 61f.; Sean Greenwood, *Britain and the Cold War, 1945-91* (Houndmills: Palgrave Macmillan, 2000), 137-166; Klaus Larres, „Die Politik der Nachgiebigkeit: Harold Macmillan und die britische Strategie in der Berlinkrise, 1958-61“, in *1961: Mauerbau und Aussenpolitik*, hg. von Heiner Timmermann (Münster: Lit, 2002), 163-188.

<sup>984</sup> Roberts (Paris) to FO, 28 February 1959, PRO, FO 371/145821.

<sup>985</sup> DzD, IV/1/2, 1012.

<sup>986</sup> Schwarz, Adenauer, 495f.

<sup>987</sup> DDF 1959 I: 248f.

mender Frustration über de Gaulles Nato-Politik blieben die Beziehungen zwischen den beiden freundschaftlich. Spaak wunderte sich, dass de Gaulle ihm seine ehrlichen und kritischen Worte in seinem Brief vom 15. Oktober 1958 nicht übel nahm.<sup>988</sup>

Ende März 1959 wurde während britisch-amerikanischen Konsultationen in Washington und Camp David deutlich, wie weit die Positionen Grossbritanniens und der USA in der Deutschlandfrage inzwischen auseinanderlagen. Während Macmillan ein Gipfeltreffen der westlichen Drei mit der Sowjetunion wünschte, waren Dulles und Eisenhower nicht bereit, Chruschtschow für seine Drohungen in Berlin mit einem Gipfeltreffen zu belohnen. Zudem tendierte die britische Regierung dazu, die DDR de-facto anzuerkennen und war in dieser Frage deutlich flexibler und pragmatischer als die USA.<sup>989</sup>

Insbesondere Dulles zeigte sich als Vertreter einer harten Linie der Gipfel- und Berlinfrage. Der Westen sollte keine Konzessionen anbieten, da die westliche Position in Berlin „juristisch und moralisch tadellos“ sei. Dulles hielt einen Kompromiss mit Moskau zur Zeit deshalb für „total falsch“. Solange Chruschtschow nicht bereit wäre, einen Preis für ein Gipfeltreffen zu zahlen, war Dulles strikte dagegen.<sup>990</sup> Macmillan plädierte hingegen vehement für ein Gipfeltreffen mit Chruschtschow, während Eisenhower bei seiner Entscheidung blieb, einem solchen momentan unter keinen Umständen zuzustimmen.<sup>991</sup> Das Gipfeltreffen zwischen Eisenhower und Macmillan zeigte trotz aller Differenzen, dass die Angelsachsen 1959 nicht mehr von der westlichen Maximalforderung eines Gesamtdeutschlands in der Nato ausgingen. Auf die konkreten Fragen Macmillans, ob ein wiedervereinigtes Deutschland Mitglied der Nato werden und ob die Nato ohne die Mitgliedschaft Deutschlands überleben könnte, antwortete Eisenhower deutlich: „He doubted that a reunified Germany could be kept in NATO. He thought it could not be kept in the Warsaw Pact neither. Instead, he foresaw a separate status for Germany as the most probable outcome.“ Eine Föderation Deutschland, bei dem die BRD in der Nato und die DDR im Warschauer Pakt bleiben würde, hielt Eisenhower für ausgeschlossen.<sup>992</sup> (Interessanterweise erwähnten Eisenhower und Dulles die Konzession Mikojans vom Januar 1959, wonach die Sowjetunion eine Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschland akzeptieren würde, vor Macmillan nicht.) Allerdings ging Eisenhower davon aus, dass Adenauer die DDR niemals anerkennen würde. Wäre Grossbritannien bereit, deswegen mit der BRD den Bruch zu wagen? Für Eisenhower war klar, dass 1959 nicht mehr 1945 war – seiner Meinung nach musste eine westliche Lösung für die BRD zufriedenstellend sein und konnte ihr nicht aufgediktet werden.<sup>993</sup>

Burgess orientierte den Nato-Rat am 25. März über das angelsächsische Gipfeltreffen in Camp David. Von den Meinungsverschiedenheiten war in seinem Bericht allerdings keine Rede. Von der britischen Präferenz einer separaten Behandlung der Berlinfrage war im Nato-Rat nichts zu hören. Die USA sprachen sich vielmehr auch im Namen der britischen Regierung für umfassende Deutschlandverhandlungen mit Moskau

<sup>988</sup> Mémoire de Spaak, 7 mars 1959, FPHS, 295/5517.

<sup>989</sup> FRUS 1958-60 VIII: 507ff.

<sup>990</sup> Ibid., 512-523 (ÜdV).

<sup>991</sup> Eisenhower-Macmillan-Lloyd-Herter Meeting, 21 March 1959, DDEL, WHO-SS, ITM, Box 6, Macmillan Talks (March 1959) (1). Zur grösseren Flexibilität der britischen Regierung bezüglich einer Anerkennung der DDR, siehe auch Eisenhower-Nixon-Herter-Quarles-Twining et al. Meeting, 26 March 1959, 8pp., DDEL, WHO, OSANSA, Special Assistant Series, Presidential Subseries, Box 4, Meetings with the President 1959 (4).

<sup>992</sup> Eisenhower-Macmillan-Lloyd-Herter Meeting, 21 March 1959.

<sup>993</sup> Eisenhower-Dulles Meeting, 19 March 1959, 9:00 a.m., DDEL. Vgl. FRUS 1958-60 VIII: 507ff.

aus. Burgess berichtete, dass Eisenhower und Macmillan in der Frage eines möglichen Gipfel- und Aussenministertreffens mit Moskau eine Übereinkunft erzielt hätten, wonach die Wiedervereinigung Deutschlands mit der Lösung der Position Berlins kombiniert werden sollte, die durch die Sowjetunion so willkürlich herausgefordert worden sei. Eisenhower und Macmillan seien sich einig gewesen, dass die westliche Position in Berlin auf jeden Fall aufrechterhalten werden musste, inklusive freiem Zugang nach Berlin und westlichen Freiheiten in Westberlin. Kontakte mit den Ostdeutschen sollten nach dem Gutdünken der BRD gefördert werden. Die beiden hätten zudem über eine europäische Rüstungskontrollzone und über die Teststopfrage diskutiert. Der Nato sollte von den USA, Grossbritannien, Frankreich und der BRD kurz vor dem Atlantikrat im April in Washington ein Fortschrittsbericht abgeliefert werden.<sup>994</sup>

Nach den amerikanisch-sowjetischen und britisch-sowjetischen Sondierungsgesprächen über Berlin und Deutschland sowie innerwestlichen Konsultationen unter den USA, Grossbritannien, Frankreich und der BRD begann sich die Nato im Frühjahr 1959 auf das Jubiläum der Nato – zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nato-Vertrags am 4. April 1949 – vorzubereiten. An der Ministerratstagung in Washington sollte angesichts der sowjetischen Bedrohung in Berlin die Einheit und Entschlossenheit aller 15 Nato-Staaten demonstriert werden und die Frage von Berlin- und Deutschlandverhandlungen erstmals auch auf multilateraler Ebene im Nato-Rahmen diskutiert werden.

## 5. Deutschlanddebatten am Zehnjahres-Jubiläum der Nato in Washington

Die USA glaubten im Vorfeld des Washingtoner Atlantikrats, dass in den Gesprächen wohl ein Ost-West-Gipfel in Aussicht gestellt werden müsse, weil sonst Norwegen, Dänemark und Kanada „Flexibilität“ und eine generelle Überprüfung der westlichen Position fordern würden. Wegen de Gaulles „evidenter Verachtung“ für die gegenwärtige Organisationsform der Nato könne zudem nicht ausgeschlossen werden, fürchtete das State Department, dass Frankreich Artikel 12 evozieren, das heisst die Frage nach einer Verlängerung des Nordatlantikvertrags nach 1969 ernsthaft stellen könnte.<sup>995</sup> Das Nato-Büro im State Department bestätigte, dass Grossbritannien, Norwegen, Dänemark, Kanada und Belgien limitierte Sicherheitsmassnahmen in Europa auch ohne Verknüpfung mit den zugrundeliegenden politischen Problemen befürworteten, während Frankreich, die BRD, die Niederlande und Italien Vorschläge für eine demilitarisierte Zone in Zentraleuropa strikte ablehnten.<sup>996</sup>

Zur Eröffnung des Atlantikrats in Washington am 2. April 1959 begrüßte Eisenhower die Aussenminister der Nato in Washington und hielt eine kurze Eröffnungsrede zum zehnjährigen Jubiläum der Nato. Seine Erklärung unterschied sich deutlich von der harten Linie, welche Dulles in den letzten Jahren an den Ministerratstreffen der Nato vertreten hatte. Eisenhower bekannte sich zur atlantischen Gemeinschaft und der gegenseitigen Abhängigkeit von Amerika und Europa. Eisenhower lobte die ständig wachsende politische Kohäsion der Allianz und besonders den Ständigen Nato-Rat unter dem Vorsitz Spaaks als wirksamen Mechanismus zur Harmonisierung der Politik der Bündnispartner. Er forderte, die Tür für ehrliche Diskussionen immer offen zu halten – auch

<sup>994</sup> Herter to Burgess (Paris), 23 March 1959, Topol 3218, DDEL, WHO-SS, ITM, Box 6, Macmillan Talks (March 1959) (1).

<sup>995</sup> Scope and Objectives of NATO April Ministerial Meeting, 17 March 1959, USNA, RG 59, CF, Box 168, CF 1228, NATO 10<sup>th</sup> Anniversary, Briefing Book, Washington, April 1959 (1) (ÜdV).

<sup>996</sup> Position Paper for NATO Ministerial Meeting, 2-4 April 1959 [by Fessenden], 28 March 1959, "European Security," USNA, RG 59, CF, Box 169, CF 1229, Briefing Book II (1).

für die Sowjetunion: „We shall continue to make concrete and realistic proposals for disarmament, for a just solution of the problems of Germany, for European security and for cooperation in the newly opening realm of outer space.“ Zwar dürfe die Realität nicht durch Illusion ersetzt werden, aber langfristig seien praktische Lösungen mit Moskau unumgänglich. Solange die Sowjetunion aber an ihrem Ziel einer Weltherrschaft festhalte, sei die Einheit des Westens, der eigentliche Lebensnerv der Nato, das grösste Erfordernis der freien Welt.<sup>997</sup>

Nato-Generalsekretär Spaak eröffnete am Nachmittag die politischen Diskussionen zum Thema „Verhandlungen mit der Sowjetunion“ mit den Worten, dass er im Namen der Nato dem schwerkranken Dulles ein Telegramm mit den besten Wünschen für dessen rasche Genesung geschickt habe. Für Dulles bedeutete es eine grosse Enttäuschung, dass er „seine guten Freunde“ nicht in Washington begrüßen konnte, obschon äusserst wichtige Beratungen anstanden.<sup>998</sup> Couve de Murville und Lloyd berichteten über die Beratungen der westlichen Drei beziehungsweise Vier – inklusive der BRD – der vorangegangenen Tage. Die USA, Grossbritannien, Frankreich und die BRD waren übereingekommen, dass am Prinzip von freien Wahlen für ein wiedervereinigtes Deutschland festgehalten werden, eine spezielle Sicherheitszone in Europa geschaffen, mit einem wiedervereinigten Deutschland ein Friedensvertrag abgeschlossen werden und dass bezüglich Berlin die Prinzipien der Nato-Deklaration vom 16. Dezember 1958 gelten sollten.<sup>999</sup>

In den politischen Diskussionen wurde jedoch klar, dass die drei Westmächte in der Frage von Ost-West-Verhandlungen keine einheitliche Linie vertraten. Die USA und Frankreich forderten in der Berlinfrage eine harte Linie, während Grossbritannien einen konziliatorischeren Grundton vertrat. Der geschäftsführende amerikanische Aussenminister Christian Herter leitete in seinem ersten Auftritt vor dem Atlantikrat ein, dass die USA über die Bedrohung Berlins äusserst besorgt seien. Die sowjetische Taktik wechsele zwischen einer weichen und einer harten Linie. Moskau spreche zwar oft über Koexistenz, sei aber nicht bereit, die Koexistenz in Berlin zu akzeptieren. Der Nato dankte Herter für ihre Solidarität und ihr Bestehen auf den sogenannten „Essentials“, den vitalen Interessen des Westens. Er betonte drei zentrale Prinzipien der westlichen Haltung in der Berlinfrage: *Erstens* solle der Westen Stärke (*firmness*) demonstrieren – immerhin hätten die USA Fortschritte in der Raketentechnologie gemacht und die militärische Macht der USA sei stärker als je zuvor. *Zweitens* solle der Westen sich um ein Abrüstungsabkommen bemühen; die Nato solle auch Bereitschaft zu Verhandlungen über das Deutschland- und Berlinproblem signalisieren. *Drittens* müsse das Bündnis es vermeiden, von oberflächlichen Manifestationen kommunistischer Politik getäuscht zu werden.<sup>1000</sup> Auch Couve de Murville betonte die westliche Geschlossenheit und warnte vor Verhandlungen unter Druck. Auf die sowjetischen Drohungen müsse mit einer ent-

<sup>997</sup> Press Release, President Eisenhower's Address before the NAC, 2 April 1959, DDEL, AWF, Speech Series, Box 29, NATO 10<sup>th</sup> Anniversary, 2 April 1959. Vgl. zur Eröffnungszereemonie auch Herter to US Diplomatic Posts, Circ. Tel. 1139, 4 April 1959, USNA, RG 59, CF, Box 169, CF 1236, Chronology, 2 April 1959.

<sup>998</sup> Dulles to Herter, 29 March 1959, DDEL, Dulles Papers, CS, Box 17, March 1959 (ÜdV).

<sup>999</sup> Eine Zusammenfassung der Arbeit der Quadripartite-Arbeitsgruppe, die vom 9.-21.3.59 in Paris getagt hatte, findet sich im folgenden Bericht: Report to North Atlantic Council of Western Position on German Reunification, European Security and Berlin, 2 April 1959, NA, C-M(59)37-E. Die westlichen Drei beziehungsweise Vier (inklusive der BRD) trafen sich am 31.3./1.4.59 in Washington auf Stufe Aussenminister und glichen ihre Positionen an. Vgl. dazu FRUS 1958-60 VIII: 540-573.

<sup>1000</sup> Herters Rede findet sich im Circular Tel. 516, 3 April 1959, USNA, RG 59, CF, Box 169, CF 1236, Chronology, 2 April 1959.

schlossenen Haltung geantwortet werden – Festigkeit sei das einzige Mittel. Für die im Mai in Genf geplanten Viermächte-Gespräche mit Moskau auf Stufe der Aussenminister umriss er die französische Position wie folgt. *Erstens* forderte Paris die westliche Präsenz in Westberlin weiterhin als vitales Interesse. *Zweitens* weigerte sich Frankreich nach wie vor, die DDR und ihre Regierung de jure anzuerkennen. Couve de Murville plädierte auch – vielleicht etwas überraschend – dafür, den Nato-Rat in der Berlinfrage gut zu informieren, weil die Unterstützung der Nato in der derzeitigen Situation wichtig sei.

Lloyd blickte auf Macmillans Moskaubesuch zurück und betonte, die britische Regierung habe aus den Gesprächen abgeleitet, dass Chruschtschow wegen innenpolitischer Probleme und aus Angst vor einem Krieg ein aufrichtiges Interesse habe, ernsthaft über die Berlinfrage zu verhandeln. Während Lloyd vor einer Neutralisierung Deutschlands warnte, fand er dennoch nötig, eine positive Antwort auf die Disengagement-Vorschläge zu finden. Er forderte einen ernsthaften Verhandlungswillen des Westens und schlug eine von deutschlandpolitischen Fortschritten unabhängige Inspektionszone in Europa sowie eine mögliche Ablösung der Berliner Rechtslage durch einen neuen Vertrag vor.<sup>1001</sup>

Am nächsten Morgen wurde die Diskussion um die bevorstehenden Verhandlungen mit Moskau weitergeführt. Brentano widersprach Lloyds Votum vom Vortrag ausdrücklich. Er warnte vor den internationalen Konsequenzen, wenn die westliche Präsenz in Berlin aufgegeben würde, und forderte, die deutsche Frage nicht isoliert, sondern in Verbindung mit kontrollierter Abrüstung zu lösen. Was Disengagement betraf, so war Bonn weiterhin gegen ein Vakuum in Zentraleuropa. Verhandlungen mit Moskau müssten trotz Zweifeln gesucht werden, wichtig seien aber die Solidarität der Bündnispartner und vor allem auch Einigkeit darüber, wie weit der Westen in Verhandlungen mit der Sowjetunion gehen konnte.

Seine Kollegen aus Kanada, Dänemark und Norwegen pflichteten den britischen Vorstellungen jedoch ausdrücklich bei. Der kanadische Verteidigungsminister George R. Pearkes hielt die sowjetischen Absichten gegenüber Berlin und Deutschland für die ernsthafteste Herausforderung für die Nato. Dennoch stimmte Kanada Eisenhowers Votum zu, dass es zum Frieden keine Alternative gebe, und befürwortete deshalb Verhandlungen mit der Sowjetunion. Besonders eine Inspektionszone würde gemäss kanadischen Vorstellungen den Anfang einer Ost-West-Détente bedeuten. In der Berlinfrage sähe Ottawa gerne eine stärkere Involvierung der UNO. Dänemarks Krag und Norwegens Lange unterstützten die Gedanken von Pearkes zur Entspannung in den Beziehungen zwischen Ost und West und forderten von der Nato sowohl Verhandlungen aus einer Position der Stärke als auch weiterhin Konsultationen darüber in der Nato.

Spaak bekannte am Ende der Berlin- und Deutschland-Diskussionen, er habe gemischte Gefühle. Die Erklärungen, so interessant die darin enthaltenen Gedanken auch gewesen seien, hätten nicht immer die von den jeweiligen Vorrednern aufgeworfenen Fragen beantwortet, kritisierte Spaak. Er wehrte sich dagegen, dass die bisherige Unterscheidung zwischen einerseits den Staaten mit unmittelbarem Interesse am Berlinproblem und der Deutschlandfrage und andererseits den übrigen Mitgliedstaaten widerspruchslos hingenommen werde. Er betonte, alle Nato-Staaten seien gegenwärtig in gleicher Weise betroffen und hätten sich beim Eintritt der BRD in die Allianz 1955 zur Verteidigung Berlins verpflichtet und dieses Bekenntnis im Dezember 1958 wiederholt.

<sup>1001</sup> NATO Ministerial Meeting, Washington, 2 April 1959, 3:30 p.m., NA, C-R(59)13-E; von Brentano ans AA, 2. April 1959, BA, NL Blankenhorn, Bd. 98a.

Bei einem Ausbruch von Feindseligkeiten in Berlin sei der Bündnisfall für alle Mitgliedstaaten gegeben und keiner von ihnen sollte sich darauf berufen können, nicht hinreichend konsultiert worden zu sein.

Es herrsche zwar offensichtliche Einigkeit darüber, was der Westen nicht wolle, fuhr Spaak fort. Deutschland dürfe nicht neutralisiert werden, es dürfe keinen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen vom Kontinent geben, Berlin dürfe nicht aufgegeben und die Wiedervereinigung Deutschlands solle angestrebt werden. Andererseits gebe es aber auch konkrete Differenzen unter den Nato-Staaten, die der Klärung bedurften: Sollte an dem Prinzip einer Wiedervereinigung durch freie Wahlen festgehalten werden, auch wenn dieses durch Moskau abgelehnt werde? Sollte die Berlinfrage isoliert oder nur im Kontext der deutschen Frage gelöst werden? Sollte die Frage eines europäischen Sicherheitssystem an die deutsche Frage gekoppelt werden? War ein Friedensvertrag mit Deutschland überhaupt nötig und nicht vielleicht eher anachronistisch, nachdem doch das Ziel Chruschtschows die Anerkennung der DDR war?<sup>1002</sup>

Am Nachmittag stand eigentlich Spaaks zweiter politischer Jahresbericht auf der Agenda. Zunächst wurde aber die Diskussion vom Morgen wiederaufgenommen, weil viele der „anderen Elf“ ihren Wunsch nach engstmöglichen Konsultationen zwischen den Vier und dem Nato-Rat ausdrückten. Nach der Debatte beschloss der Rat, dem folgenden Vorschlag Spaaks zu folgen: Der Internationale Stab sollte die Vorwürfe der Minister aufnehmen und ein Resümee der Diskussion erstellen. Dieses würde an die Viermächte-Arbeitsgruppe gesandt werden mit dem Hinweis, die Nato-Meinungen bei der Vorbereitung der westlichen Position in Betracht zu ziehen. Ende April sollten die Aussenminister der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der BRD dem Nato-Rat nochmals über die westlichen Vorbereitungen für die Genfer Aussenministerkonferenz berichten. Lloyd fand es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsgruppe sowohl über die westliche Position als auch über taktische Fragen diskutieren würde; dass die Konsultationen mit der Nato sich hingegen nur auf die Verhandlungssubstanz, nicht aber die -taktik beziehen sollten.

Als Spaak vorschlug, analog zu 1955 vor dem Beginn der Genfer Aussenministerkonferenz ein ausserordentliches Ministerratstreffen abzuhalten oder zumindest die Aussenminister der Vier in den Ständigen Nato-Rat einzuladen, stiess seine Idee jedoch auf keine Unterstützung und wurde nicht weiter verfolgt.<sup>1003</sup> Lloyd verlangte, dass man den vier Mächten einen gewissen Spielraum lassen müsse.<sup>1004</sup> Trotz grundsätzlichen Fortschritten in der politischen Konsultation war dieses mangelnde Interesse an einer Konsultationssitzung mit den vier westlichen Aussenministern ein Indiz dafür, dass es im Frühjahr 1959 um die politische Kooperation im Bündnis nicht zum Besten stand.

Auch als sich die Nato-Aussenminister schliesslich dem politischen Jahresbericht Spaaks widmeten, war von Kritik an den westlichen vier Grossmächten keine Rede.

<sup>1002</sup> NATO Ministerial Meeting, Washington, 3 April 1959, 10:00 a.m., NA, C-R(59)14-E; Herter to All Diplomatic Posts, 3 April 1959, Circ. Tel. 1149, USNA, RG 59, CF, Box 205, CF 1237, Chronology, 3 April 1959; Brentano ans AA, 3./4. April 1959, BA, NL Blankenhorn, Bd. 98a. Zum Beitrag von Kanada vgl. Fernschreiben von der westdeutschen Botschaft (Ottawa) ans AA, 8. April 1959, „Konferenz in Washington in kanadischer Sicht“, PAAA, Referat 301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1958. Aus kanadischer Sicht war ein stärkeres Bekenntnis zur Détente nötig. Zudem wurde die mangelnde Konsultation innerhalb der Nato und die amerikanische Dominanz in der Allianz durch ihre militärische Stärke beklagt. Siehe auch DCER XXVI (1959): nos. 86f.

<sup>1003</sup> Burgess (Paris) to All Diplomatic Posts, 4 April 1959, Circ. Tel. 1155, USNA, RG 59, CF, Box 205, CF 1237, Chronology, 3 April 1959.

<sup>1004</sup> Brentano ans AA, 4. April 1959, BA, NL Blankenhorn, Bd. 98b.

Spaak hatte im Bericht auf den Test der Solidarität der Allianz durch Chruschtschows Berlinultimatum zurückgeblickt und sich über die bisherige westliche Reaktion gefreut. „Eine bemerkenswerte Einheit“ habe die Nato zur Schau gestellt und in der Deklaration vom 16. Dezember 1958 auch öffentlich demonstriert. Spaak war zufrieden, dass die allianzinterne Konsultation über die deutsche Frage auch nach den sowjetischen Vorschlägen zu einem Friedensvertrag im Januar 1959 weiterhin funktioniert habe.<sup>1005</sup>

Der Bericht fand die allgemeine Zustimmung des Ministerrats. Besondere Befriedigung wurde über die Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Konsultation geäußert. Lloyd erklärte beispielsweise, 1949 habe niemand geglaubt, dass das Bündnis zu einer so engen politischen Zusammenarbeit führen könnte. Ausgefallen positiv war auch Brentanos Erklärung zu Spaaks politischem Jahresbericht. Dass Spaaks Fazit „hin und wieder kritisch“ war, fand Brentano gut. Ohne die Aktivität und Dynamik Spaaks wäre der Fortschritt in der politischen Arbeit der Nato wohl nicht möglich gewesen. Für Bonn hatte sich die politische Zusammenarbeit im Nato-Rat aus der Praxis entwickelt und einen „zufriedenstellenden Grad“ erreicht. Brentano erklärte geradezu euphorisch: „Ich glaube nicht, dass sich am System der Konsultation noch viel verbessern liesse. Wir nähern uns in der politischen Zusammenarbeit einer Grenze, die wir nicht überschreiten können: nämlich dem Grundsatz, dass alle Nato-Partner souveräne Staaten sind.“ Die BRD wollte deshalb die bewährten Massnahmen ausdehnen und ausbauen, statt institutionelle Änderungen vorzunehmen.<sup>1006</sup> Offenbar hatte sich für die BRD, die sich zwischen 1955 und 1958 immer sehr stark für eine verbesserte politische Kooperation innerhalb der Nato stark gemacht hatte, nach der Institutionalisierung der Vierertreffen im Zuge der Berlinkrise die Situation verändert – ein weiterer Ausbau der politischen Kooperation der Nato schien Bonn nun nicht mehr so dringend wie noch von 1956 bis 1958 zu sein.

Das US-Aussenministerium fand Spaaks Bericht im allgemeinen „exzellent“<sup>1007</sup>, und Herter lobte dementsprechend am Atlantikrat den Fortschritt in der politischen Zusammenarbeit der Nato und Spaaks energische Führung. Er hob besonders die Flexibilität der Konsultationen im Nato-Rat hervor und wies auf die fruchtbaren Diskussionen im Zusammenhang mit dem Austausch mit der Sowjetunion hin.<sup>1008</sup> Auch Couve de Murville konnte berichten, dass die französische Regierung von der Konsultation in der Nato befriedigt sei. Das Konsultationssystem habe in der Berlin- und Deutschlandfrage in den letzten Tage gut und erfolgreich gearbeitet.<sup>1009</sup> Lloyd würdigte Spaaks Jahresbericht als „realistisches Dokument“, da es statt einer gemeinsamen Nato-Politik die Harmonisierung nationaler Aussenpolitiken betonte.<sup>1010</sup>

Spaak rundete die Diskussion deshalb mit einem positiven Fazit ab: Die Konsultationen der Nato befänden sich in einem guten Zustand und seien von allen Nato-Staaten grundsätzlich akzeptiert, wenn auch grosser Wert auf Flexibilität gelegt würde.<sup>1011</sup> Nur gerade der holländische Aussenminister Joseph Luns äusserte am Rande der Nato-

<sup>1005</sup> Annual Political Appraisal by Spaak, 17 March 1959, NA, C-M(59)27-E (ÜdV).

<sup>1006</sup> Erklärung von Brentano zum politischen Jahresbericht von Spaak, [April 1959], PAAA, Referat 301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1959.

<sup>1007</sup> „US Views on SGY's Report“, 26 March 1959, USNA, RG 59, CF, Box 169, CF 1228, NATO 10<sup>th</sup> Anniversary, Briefing Book, Washington, April 1959 (2).

<sup>1008</sup> Herter (Paris) to All Diplomatic Posts, 4 April 1959, Circ. Tel. 517, USNA, RG 59, CF, Box 205, CF 1237, Chronology 3 April 1959.

<sup>1009</sup> Fernschreiben von Baudissin ans AA, 4. April 1959, BA, NL Blankenhorn, Bd. 98a.

<sup>1010</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 453f.

<sup>1011</sup> Ibid.

Tagung Kritik an der Konsultation der Vier mit der Nato. In einem bilateralen Treffen mit Herter fand Luns, die Meinung der kleineren Nato-Staaten sei bisher zu wenig berücksichtigt worden, obwohl gerade während der Krise um Berlin die Solidarität der Allianz besonders wichtig sei.<sup>1012</sup>

Herter berichtete nach seiner ersten Teilnahme an einer Nato-Aussenministertagung geradezu begeistert von den politischen Diskussionen, die er „von sehr grossem Interesse“ gefunden habe: „Sitting around the table, almost every nation spoke its mind very freely. [...] It was an extraordinarily fine discussion. It was a consultative process at its very best, [...] a great exchange of views. [...] It was a very fine consultative meeting.“ Zwar seien auch gewisse Differenzen angesprochen worden, aber alle Nato-Staaten hätten die Wichtigkeit betont, in der Berlinfrage hart zu bleiben. Herter fand es bemerkenswert, dass so verschiedene Staaten wie die USA und Island in der Berlinfrage so ähnlich dachten. Herter glaubte, Meinungsverschiedenheiten betrafen mehr taktische Fragen als wichtige Aspekte von Substanz. Aus diesem Grund hielt er die Nato-Konsultationen für „sehr, sehr konstruktiv und hilfreich.“<sup>1013</sup>

Als Herter das Nato-Treffen gleichentags mit Eisenhower besprach, benutzte er jedoch deutlich weniger Superlative. Im Grossen und Ganzen sei es zwar gut gegangen, berichtete Herter, aber die britische Position habe eine gemeinsame alliierte Position erschwert. Grossbritannien würde wahrscheinlich lieber ein Arrangement akzeptieren, das die westliche Position ernsthaft schwächen würde, als einen Krieg zu riskieren. Frankreich und die BRD stünden aber fest geschlossen hinter der amerikanischen Politik. Immerhin hätten die Nato-Sessionen einige ziemlich klare Entscheidungen hervorgebracht: *Erstens* sollte Berlin nicht aufgegeben werden. *Zweitens* sollten die westlichen Truppen in Berlin stationiert bleiben. *Drittens* müssten die Zugangsrouten nach Berlin offen gehalten werden. *Viertens* sollten Fortschritte in Bezug auf die deutsche Wiedervereinigung erreicht werden.<sup>1014</sup>

## 6. Die Nato und die Genfer Aussenministerkonferenz von 1959

Ende April besprach Christian Herter, inzwischen von Eisenhower aufgrund des verschlechterten Gesundheitszustands von Dulles zum US-Aussenminister ernannt,<sup>1015</sup> vor seiner Abreise in die Schweiz die westliche Position an der Genfer Aussenministerkonferenz mit seinem Vorgänger. Der todkranke Dulles prophezeite eine schwierige Phase im Kalten Krieg, weil sich die Briten zum Alleingang entschieden hätten und weil damit die Periode intensiver Kollaboration zwischen Washington und London von 1957/58 vorüber sei. Dulles glaubte, Macmillan habe mit Chruschtschow in Moskau einen geheimen Deal abgeschlossen. Er vermutete, Grossbritannien würde der Sowjetunion in der Berlinfrage helfen, während Moskau dafür britische Interessen im Irak und gegen Nasser schützen würde. Dulles setzte sich nach wie vor dafür ein, die eigenen Vorschläge

<sup>1012</sup> Ibid., 450ff.

<sup>1013</sup> Briefing of Latin American Ambassadors, 6 April 1959, USNA, RG 59, PPS, 1957-59, Box 137, Germany (ÜdV).

<sup>1014</sup> Memorandum of Conference with President, 6 April 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 40, Staff Notes, April 1959 (3). Herters Protokoll desselben Treffens wurde erst am 27. Januar 1998 deklassifiziert. Eisenhower-Herter Meeting, 6 April 1959, DDEL, Herter Papers, Chronological Files, Box 7, April 1959 (3). Vgl. Memorandum by Herter, 18 April 1959, „Status of Preparations for Foreign Minister Conferences“.

<sup>1015</sup> Telephone Conversation between Eisenhower and Dulles (at Hobe Sound), 15 April 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 40, Telephone Calls, April 1959.



zu vertreten. Wenn die Alliierten diese Ideen ablehnen sollten, dann müssten die USA sie mit einer „qualvollen Neubeurteilung“ (*agonizing reappraisal*) aufrütteln.<sup>1016</sup>

Am 27. April 1959 widmete sich der Nato-Rat der bevorstehenden Genfer Aussenministertagung im Detail. Dabei äusserte der deutsche Nato-Botschafter Gebhardt von Walther Bedenken gegenüber einer Inspektionszone an. Eine solche Zone sollte nicht durch politische Grenzen definiert sein, um Deutschland nicht zu diskriminieren. Die Skandinavier fürchteten hingegen, der Westen sei zu zögerlich, wenn er praktische Abrüstungsmassnahmen nur bei einem Übereinkommen über das ganze Paket durchzuführen bereit sei. Holland insistierte, die Vier dürften sich keinen Ausverkauf oder eine Abweichung von der Nato-Position ohne Konsultation im Nato-Rat leisten.<sup>1017</sup> Spaak teilte daraufhin den westlichen Vier mit, dass der in der Nato am meisten kritisierte Punkt darin bestanden habe, dass die Vorschläge für Genf „unteilbare“ Paketlösungen darstellten.<sup>1018</sup>

Die Genfer Aussenministerverhandlungen repräsentierten das letzte Mal, das die westliche Position eines Junktims zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung zusammengehalten werden konnte. Der sogenannte „Herter-Plan“ forderte ernsthafte Verhandlungen, um eine Reihe von Jahren mit dem Status quo zu leben. Die USA machten sich jedoch – neben der détentefreundlichen Haltung Grossbritanniens – zunehmend Sorgen angesichts der französischen Haltung gegenüber der Nato. Herter fragte sich, ob die Nato am Anfang ihres Auseinanderbrechens stand.<sup>1019</sup> Für Herter grenzte de Gaulles Haltung an Erpressung, denn Frankreich würde erst in der Nato kooperieren, wenn drei Problemkreise gelöst wären: *Erstens* eine volle Implementation der Dreier-Organisation; *zweitens* nukleare Gleichberechtigung Frankreichs mit den USA und Grossbritannien; *drittens* das Algerienproblem. Herter teilte mit, dass de Gaulle „beinahe psychopathisch“ auf das Thema Algerien reagiere und es für die Sicherheit Frankreichs als genauso wichtig erachte wie eine Lösung der Berlinkrise. Eisenhower versprach, einen „äusserst scharfen“ (*very strong*) Brief an de Gaulle zu schreiben und eine Konfrontation mit de Gaulle lieber jetzt als später zu provozieren.<sup>1020</sup>

Die Genfer Aussenministerkonferenz, die am 11. Mai 1959 begann, wurde von Herter von Anfang an als ein „Schattenboxen“ zwischen Ost und West bezeichnet.<sup>1021</sup> Adenauer hatte zwar eine „psychopathische Angst“ davor, was er für „britische Schwäche“ hielt.<sup>1022</sup> Auch Kanada war – aus der Sicht Washingtons – in den Nato-Diskussionen über die Genfer Konferenz wenig „hilfreich“ und nahm oft eine „ziemlich weiche“ Haltung ein und strebte einen Kompromiss zwischen westlichen und östlichen Vorschlägen an. Ottawa fand, der Westen beharre zu sehr auf seinen Besatzungsrechten. Die Forderungen nach einer Détente waren verbunden mit der unausgesprochenen Dro-

<sup>1016</sup> Dulles-Herter et al. Meeting, 24 April 1959, Walter Reed Hospital, 4:00pm, DDEL, Dulles Papers, Special Assistants CS, Box 14, Greene-Boster Chronological, April 1959 (1) (ÜdV).

<sup>1017</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 649f.

<sup>1018</sup> Herter (Paris) to DoS, 1 May 1959, Secto 19, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1019</sup> Eisenhower-Herter Meeting, 2 May 1959, Gettysburg, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 41, Staff Notes, May 1959 (3). Eisenhower glaubte, de Gaulle werde den USA noch grosse Schwierigkeiten bereiten. Er fragte sich, ob die USA trotzdem das Nato-Konzept aufrechterhalten könnten, auch wenn de Gaulle jeglichen Fortschritt blockierte? Der Herter-Plan vom 14. Mai 1959 findet sich in: *Department of State Bulletin* (1 June 1959): 779-782.

<sup>1020</sup> Herter to Houghton (Paris), 2 May 1959, DDEL, Herter Papers, Chronological File, Box 7, May 1959 (2) (ÜdV).

<sup>1021</sup> FRUS 1958-60 VIII: 686. Vgl. auch Grewe, Rückblenden, 402-410; Steininger, Mauerbau, 109-116.

<sup>1022</sup> Diary Entry, 27 May 1959 (ÜdV), DDEL, AWF, DDE Diary, Box 41, Diary May 1959.

hung eines kanadischen Truppenrückzugs aus Westeuropa.<sup>1023</sup> Herter glaubte jedoch, dass die Einheit der westlichen Allianz „exzellent“ sei. Es herrsche Übereinstimmung, keinen Zug gegenüber Moskau ohne vorherige Konsultation mit den anderen zu machen.<sup>1024</sup> Mit fortschreitender Zeit sah Herter dennoch einen gewissen Erfolg in den Genfer Verhandlungen. Seiner Meinung nach begriffen die Sowjets allmählich, dass die Westmächte ihre Besatzungs- und Zufahrtsrechte in Berlin nicht aufgeben würden. Herter glaubte jedoch, dass die Entwicklungen in Genf keine Gipfelkonferenz rechtfertigten.<sup>1025</sup> Auch Eisenhower blieb „ziemlich pessimistisch“ über die Aktivitäten in Genf. Seiner Meinung nach betrieb Chruschtschow die Verhandlungen nur als „grosse Propaganda“ für Osteuropa. Eisenhowers Meinung nach bestand Chruschtschows Taktik darin, Krisen zu kreieren und den Westen damit zu konfrontieren, den Status quo wiederzugewinnen oder zu bewahren. Als einziges mögliches Abkommen mit Moskau sah Eisenhower ein Verbot von Nukleartests in der Atmosphäre – aber nicht einmal ein solches würden die Sowjets akzeptieren.<sup>1026</sup> Auch Frankreich sprach sich nach wie vor gegen einen Gipfel mit Chruschtschow aus.<sup>1027</sup>

## 7. Fazit

Die Berlinkrise von 1958/59 hätte eigentlich den politischen Konsultationen in der Nato Auftrieb verleihen sollen. Nach der Ungewissheit über sowjetische Absichten während der Détente von 1955-56, der Abrüstungsverhandlungen im Sommer 1957 sowie der Vorbereitungen auf einen Ost-West-Gipfel im ersten Halbjahr 1958 hätte Chruschtschows Ultimatum in der Berlinfrage den Westen zusammenschweissen müssen. Die Angst vor einer sowjetischen Bedrohung, das Band, welches zwischen 1949 und 1955 die Allianz zusammengehalten hatte, war wieder zurück. Trotzdem wirkte die Berlinkrise desintegrativ und führte zunächst zu einer Verschlechterung der politischen Zusammenarbeit im Bündnis. Bereits an der ersten Sitzung am 17. November 1958 diskutierten die Nato-Botschafter weniger die Hintergründe oder möglichen Konsequenzen von Chruschtschows Rede vom 10. November, dem Startsignal der Berlinkrise, als vielmehr die Tatsache, dass die BRD ohne Konsultationen mit der Nato bereits eine Antwortnote an die UdSSR verschickt hatte. Auch nach der Konkretisierung des sechsmonatigen Ultimatums bis zu einem separaten sowjetisch-deutschen Friedensvertrags blieb die Nato zunächst von den Konsultationen zwischen Washington, London, Paris und Bonn ausgeschlossen.

Für die Nato stellte sich im Dezember 1958 das Dilemma, dass das Bündnis einerseits geschlossen auftreten und mit der BRD Solidarität bekunden wollte, dass aber andererseits eine Mehrheit der Mitgliedstaaten einen positiveren Akzent setzen wollten, als dies die USA, Frankreich und die BRD wünschten. Die Position in der Nato schien sich damit bei den drei Westmächten mit spezieller Verantwortung für die Berlin- und Deutschlandfrage am ehesten mit der flexibleren Haltung Grossbritanniens zu decken. Nachdem die Aussenminister der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der BRD

<sup>1023</sup> Ivan B. White (EUR) to Merchant, 23 June 1959, „Difficulties with Canada in NATO“, USNA, RG 59, EUR/RA, Atlantic Politico-Military Files, 1953-62, Box 17, Canada. Eine ausführliche Zusammenfassung der weitgehend positiven kanadischen Sicht auf politische Konsultationen in der Nato in den Jahren 1957 bis 1959 findet sich in DCER XXVI (1959): no. 76.

<sup>1024</sup> FRUS 1958-60 VIII: 766-770, 768.

<sup>1025</sup> Ibid., 818f.

<sup>1026</sup> Eisenhower-Herter et al. Meeting, 8 June 1959, DDEL, Eisenhower Papers, DDE Diary, Box 42, Staff Notes, 1-15 June 1959 (1).

<sup>1027</sup> Vgl. FRUS 1958-60 VIII: 862ff.

bereits vor Beginn der Dezembertagung der Nato ihre Position zur Berlinkrise in einem Kommuniqué veröffentlicht hatten – entgegen der Warnung Spaaks, dass dies die Konsultationen in der Nato wertlos erscheinen lassen würde –, gelang es den Nato-Aussenministern der mittelgrossen und kleineren Mitgliedstaaten am 16. Dezember, die französisch-deutsch-amerikanische Position ein wenig aufzuweichen. Die Nato verabschiedete zwei Tage nach dem Kommuniqué der westlichen Vier eine separate Nato-Erklärung, welche einen Kompromiss zwischen der harten Linie der USA, Frankreichs und der BRD und der von den Briten, Skandinavien und Kanadiern gewünschten Verhandlungsbereitschaft darstellte.

Am Jubiläums-Atlantikrat in Washington wurde Anfang April 1959 der zunehmende Bilateralismus in den ersten Monaten des Jahres 1959 kritisiert. In der Sache war die Allianz nach wie vor zwischen Befürwortern einer kompromisslosen Linie und Befürwortern von Ost-West-Verhandlungen gespalten. Spaak versuchte aus den widersprüchlichen Meinungen ein Fazit zu ziehen und wies besonders darauf hin, dass seiner Meinung nach alle Nato-Staaten gleichermassen von der Berlinkrise betroffen seien und die Unterscheidung zwischen Staaten mit spezieller Verantwortung und den übrigen Mitgliedstaaten nicht länger hingenommen werden solle.

Der Trend zum Bilateralismus in den Ost-West-Beziehungen, der sich bereits in den Gesprächen zwischen Mikoyan und der Eisenhower-Administration in Washington sowie zwischen Macmillan und Chruschtschow in Moskau anfangs 1959 abgezeichnet hatte, wurde nach dem Scheitern der Genfer Aussenministerkonferenz mit einer überraschenden Einladung Chruschtschows zu einem Gipfeltreffen mit Eisenhower in den USA dramatisch verstärkt. In der Nato war man über diese Entwicklung besorgt und verlangte nach einer Rückbesinnung auf die politischen Konsultationen, wie sie 1956 im Bericht der Drei Weisen festgeschrieben worden waren.



## VIII. Die Nato und Camp David (1959)

Mitte Juni 1959 gab es an der Genfer Aussenministerkonferenz keinen nennenswerten Fortschritt. Die USA und Frankreich waren gegen Grossbritanniens Wunsch nach einem Gipfeltreffen mit Chruschtschow. Rund einen Monat später lud jedoch Eisenhower den sowjetischen Führer überraschend in die USA ein, ohne die Nato über diesen Paradigmawechsel vorgängig zu konsultieren. Zwischen der Einladung, die am 3. August 1959 publik wurde, und Chruschtschows Staatsbesuch in den USA vom 15. bis 27. September 1959 blieben der Nato knappe sechs Wochen, um gegen die frappante Nicht-Konsultation der USA mit der Nato zu protestieren und um herauszufinden, worüber Eisenhower mit Chruschtschow in den USA diskutieren oder gar verhandeln wollte. Im *ersten Kapitel* wird gezeigt, wie der Ständige Nato-Rat die Neuigkeiten des ersten USA-Besuchs eines Führers der Sowjetunion aufnahm. Im *zweiten Kapitel* wird analysiert, wie Eisenhowers Détentepolitik aus Sicht der Nato das „de Gaulle“-Problem in den Schatten zu stellen drohte. Im Zentrum des *dritten Kapitel* stehen die Konsultationen Eisenhowers und HerTERS mit dem Nato-Rat in Paris Anfang September 1959. Das *vierte Kapitel* beschreibt die manipulative und selektive Information der Alliierten nach den Gesprächen Eisenhowers mit Chruschtschow in Camp David.

Nachdem die persönliche Begegnung mit Chruschtschow Eisenhower davon überzeugt hatte, dass nun ein Ost-West-Gipfel möglich und wünschbar sei, gab es unter den westlichen Grossmächten Spannungen. Während die USA und Grossbritannien grünes Licht für einen Viermächte-Gipfel mit Chruschtschow gaben, sperrten sich die BRD und Frankreich dagegen (*Kapitel 5*). In der Nato gab zunächst vor allem der westliche Vorschlag eines westlichen Gipfeltreffens Eisenhowers, Macmillans, de Gaulles und Adenauers in Paris Anlass zu Diskussionen. Der Ständige Nato-Rat sowie Nato-Generalsekretär Spaak forderten im November 1959 eine stärkere Involvierung der Nato in den westlichen Gipfelvorbereitungen. Insbesondere die Terminfrage des Nato-Rats vom Dezember 1959 sowie die Beziehung zum westlichen Gipfeltreffen wurde rasch zu einer politischen Frage (*Kapitel 6*). Spaak versuchte während eines Aufenthalts in den USA die Eisenhower-Regierung für die Anliegen der kleineren Nato-Mitglieder zu sensibilisieren und für die Periode bis zum Ost-West-Gipfel die politische Partizipation der Nato an den westlichen Vorbereitungen sicher zu stellen (*Kapitel 7*). In einer dramatischen Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 18. November 1959 eskalierte die Spannung zwischen den USA, Grossbritannien, Frankreichs und der BRD einerseits und den übrigen elf Nato-Staaten. Sie kritisierten die Verschleppungstaktik der Grossmächte und beschlossen, von sich aus die Substanz eines Ost-West-Gipfels zu diskutieren, ohne weiter auf Input der Grossmächte zu warten (*Kapitel 8*). Die USA blieben jedoch im Vorfeld der Dezembertagung zuversichtlich, dass die Einheit der Nato bewahrt werden könnte. Spaak selbst übernahm eine Führungsrolle im Bündnis und versuchte die Diskussionen der Nato-Aussenminister kurz vor der Tagung mit einem „Détente-Fragebogen“ zu strukturieren (*Kapitel 9*). In der Tat konnte in Paris zunächst trotz teilweise unterschiedlicher Einschätzungen, ob nach Camp David bereits von einer Entspannung der Ost-West-Beziehungen gesprochen werden könne, die Kohäsion der Nato bewahrt werden (*Kapitel 10*). Als sich die Aussenminister der Nato nach dem westlichen Gipfeltreffen Ende Dezember erneut trafen, protestierten sie jedoch gegen die Einladung Chruschtschows zu einem Ost-West-Gipfel in Paris und kritisierten die mangelnde Konsultation darüber am Atlantikrat (*Kapitel 11*).

Die zweite Halbjahr 1959 sah damit insgesamt eine deutliche Verschlechterung der politischen Zusammenarbeit der Nato und einen zunehmenden Trend von multilateralen Nato-Diskussionen hin zu bi- und trilateralen Treffen der westlichen Grossmächte.

### 1. Eine kontroverse Einladung und Nato-Forderungen nach Konsultation

Mitte Juni 1959 hatte Eisenhower einen Brief an Chruschtschow geschickt und auf das Dilemma hingewiesen, dass in Genf beide Seiten auf ihren Positionen beharrten. Seiner Meinung nach steckten die Ost-West-Diskussionen in einer Sackgasse: Der Westen fordere seit 1955 dieselben Bedingungen für eine Entspannung und gehe davon aus, dass einige wenige „Essentials“ nicht verhandelbar waren – aber an genau diesen Punkten sei die Sowjetunion interessiert. Eisenhower deutete an, dass er zu einem Gipfeltreffen bereit wäre, sofern an der Genfer Aussenministerkonferenz Fortschritte gemacht würden.<sup>1028</sup> Eisenhower wünschte absolut keine Publizität über seinen Brief an Chruschtschow: „He would go so far as not to send it to our allies.“<sup>1029</sup> Eisenhower stellte die Möglichkeit zur Diskussion, Chruschtschow in die USA einzuladen und sich mit ihm bilateral zu treffen.<sup>1030</sup> Herter warnte indessen davor, den Lokus der Verhandlungen von den multilateralen Gesprächen in Genf zu einem bilateralen Briefwechsel zwischen Eisenhower und Chruschtschow zu verschieben.<sup>1031</sup>

Auch ohne Kenntnis von der bilateralen Korrespondenz zwischen Eisenhower und Chruschtschow war die Nato insgesamt skeptisch gegenüber einer Delegation ihrer Haltung an die westlichen Drei oder an die USA. Im Juni forderten die Italiener eine ausserordentliche Ministerratstagung vor Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen am 13. Juli. Ihr Anliegen wurde von Spaak sowie von der Türkei, Belgien und Luxemburg unterstützt. Das US-Aussenministerium wollte jedoch vermeiden, dass die Sowjetunion den Eindruck einer Allianzkrise ausnützen könnte.<sup>1032</sup> Neben den USA waren auch Grossbritannien, Frankreich, die BRD, Norwegen und die Niederlande gegen die Einberufung einer ausserordentlichen Konferenz der Nato-Aussenminister.<sup>1033</sup> Am 6. Juli sprach der Nato-Rat der gegenwärtigen westlichen Verhandlungsposition für Genf im Konsens das Vertrauen aus – und beendete damit den Druck nach einer Ministerratstagung.<sup>1034</sup>

Am 10. Juli entschied sich Eisenhower definitiv, Chruschtschow für ein Treffen in die USA einzuladen. Als Grund für das bilaterale Treffen sah Eisenhower schlicht, dass es „den Genfer Sitzungen ein bisschen helfen könnte“.<sup>1035</sup> Die mündliche Einladung an Chruschtschow für ein Treffen mit Eisenhower wurde dem stellvertretenden sowjetischen Premier Frol Kozlow von Unterstaatssekretär Robert Murphy am 11. Juli in New York übergeben.<sup>1036</sup> Zum Ärger Eisenhowers sprach Murphy jedoch eine bedingungs-

<sup>1028</sup> Ibid., 901f.

<sup>1029</sup> Eisenhower-Dillon Meeting, 15 June 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 42, Staff Notes, 1-15 June 1959 (1).

<sup>1030</sup> Eisenhower-Dillon Meeting, 16 June 1959, *ibid.*, 16-30 June 1959.

<sup>1031</sup> Eisenhower-Dillon Meeting, 18 June 1959, *ibid.*

<sup>1032</sup> DoS to Burgess (Paris), 23 June 1959, Circ. Tel. 1434, USNA, RG 59, CDF, 396.1 (ÜdV).

<sup>1033</sup> DoS to Burgess (Paris), 25 June 1959, Topol 4203, *ibid.*

<sup>1034</sup> Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 6-7 July 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 43, Briefings July 1959.

<sup>1035</sup> Eisenhower-Herter-Dillon-Murphy-Merchant Meeting, 10 July 1959, *ibid.* (ÜdV).

<sup>1036</sup> Diary Entry, 13 July 1959, DDEL, AWF, Ann Whiteman Diary Series, Box 10, Diary July 1959 (2).

lose Einladung an Chruschtschow aus.<sup>1037</sup> Eisenhower hatte indessen Wert darauf gelegt, dass eine Einladung nur nach einem Fortschritt in Genf erfolgen sollte.<sup>1038</sup> Insbesondere sollte Moskau die Aufrechterhaltung der westlichen Rechte in Berlin garantieren.<sup>1039</sup> Chruschtschow reagierte sofort auf die überraschende Einladung und sagte zu, für informelle Gespräche mit Eisenhower in die USA zu reisen.<sup>1040</sup>

Eisenhower verkündete den Besuch Chruschtschows offiziell an einer Pressekonferenz am 3. August, zusammen mit dem Hinweis, er habe auch einen Gegenbesuch in der Sowjetunion akzeptiert. Er betonte jedoch, er werde sich mit Chruschtschow nur informell austauschen und keine eigentlichen Verhandlungen führen.<sup>1041</sup> Der US-Präsident entschied sich kurzfristig, Ende August einen kurzen Abstecher nach Europa zu machen und sich mit de Gaulle, Macmillan und Adenauer zu treffen.<sup>1042</sup> Was sein Treffen mit Chruschtschow betraf, so wollte Eisenhower damit vor allem eine Entspannung und einen ersten Schritt in Richtung Abrüstung erreichen und Vertrauen schaffen.<sup>1043</sup> Eisenhower wollte an Chruschtschows Eitelkeit appellieren und hoffte, der sowjetische Führer wolle als der grosse Mann in die Geschichte eingehen, der einen ersten positiven Schritt zu friedlichen, kooperativen Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion eingeleitet habe.<sup>1044</sup>

Verschiedene Nato-Delegationen forderten auch eine möglichst enge Konsultation mit der Allianz. Für Italien war es wichtig, dass der Eindruck vermieden wurde, die westlichen Drei seien die einzigen Mächte, die über zentrale Fragen beraten würden. Italien war von der Ankündigung der gegenseitigen Besuche Chruschtschows und Eisenhowers in den USA und in der UdSSR überrascht worden und hielt einen Austausch innerhalb der Nato für äusserst wichtig.<sup>1045</sup>

Der Ständige Nato-Rat widmete sich mitten in den traditionellen Sommerferien dem bevorstehenden Treffen Eisenhowers mit Chruschtschow. Dabei forderte Italien – unterstützt von der Türkei und Belgien – einen Nato-Gipfel. Zudem drückten die meisten Delegationen den starken Wunsch aus, dass Herter dem Nato-Rat Anfang September einen Besuch abstatten solle. Für die Nato-Regierungen, welche Eisenhower auf seiner kurzen Europareise nicht besuchen würde, böte Herters Besuch bei der Nato in

<sup>1037</sup> FRUS 1958-60 VIII: 1029f. sowie 1030-1033. Vgl. zur Episode auch Steininger, Mauerbau, 130; Beschloss, Mayday, 177f.; Eisenhower, Waging Peace, 405-408; Robert Murphy, *Diplomat Among Warriors* (Garden City, NY: Doubleday, 1964), 533f. Zur sowjetischen Sicht siehe Taubman, Khrushchev, 415f. Zu den Historikern, welche nicht von einer „missverständlichen“, sondern einer bewussten Einladung Eisenhowers ausgehen, zählen Campbell Craig, *Destroying the Village: Eisenhower and Thermonuclear War* (New York: Columbia University Press, 1998), 105; Gearson, Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 105.

<sup>1038</sup> Eisenhower to Herter, 15 July 1959, ToCAH 145, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>1039</sup> DoS to Herter (Geneva), 22 July 56, ToCAH 166, USNA, RG 59, CDF, 396.1-GE. Vgl. auch FRUS 1958-60 VIII: 976f. sowie 1029-33; Steininger, Mauerbau, 130.

<sup>1040</sup> Eisenhower-Menshikov Meeting, 21 July 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 43, Staff Notes July 1959 (2).

<sup>1041</sup> PPP 1959: no. 179.

<sup>1042</sup> Eisenhower-Dillon Meeting, 30 July 1959. Weil de Gaulle sich gegen eine gemeinsame innerwestliche Gipfelkonferenz aussprach, musste Eisenhower London, Paris und Bonn einzeln besuchen. Herter (Geneva) to DoS, 29 July 1959, Cahto 181, USNA, RG 59, CDF, 396.1-GE. Vgl. dazu Kastner, „Ambivalent Ally“, 301-305.

<sup>1043</sup> FRUS 1958-60 VII: 477ff.

<sup>1044</sup> Eisenhower-Herter Meeting, 24 August 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 43, Staff Notes August 1959 (1).

<sup>1045</sup> Perrone-Capano-White Meeting, 3 August 1959, „Italian Proposal for NATO Heads of Government Meeting“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

Paris die Möglichkeit, ihre Sichtweisen dennoch jemandem zu präsentieren, der bei den Gesprächen Eisenhowers mit Chruschtschow anwesend sein würde. Die Türkei, Belgien, Portugal und Luxemburg wünschten sogar eine Ratssitzung auf Stufe der Staats- und Regierungschefs, aber die anderen Delegationen sprachen sich im Konsens gegen einen solchen Gipfel aus.<sup>1046</sup> Ein von Eisenhower geplantes bilaterales Treffen mit Spaak und Luns (in seiner Funktion als Präsident des Nato-Rats) in Paris wurde aber als ungenügenden Ersatz für eine normale Konsultation im Nato-Rat angesehen.<sup>1047</sup> Herter sagte deshalb sofort zu, den Nato-Rat am 4. September zu besuchen.<sup>1048</sup>

Die belgische Regierung präzisierte auf bilateralem Weg, sie wäre ursprünglich mit Konsultationen auf Stufe der Nato-Botschafter zufrieden gewesen, aber Eisenhowers Ankündigung, dass er nebst de Gaulle und Macmillan auch den italienischen Präsidenten Antonio Segni (in Paris) und Adenauer treffen würde, habe einen Meinungswandel bewirkt. Fortan forderte Brüssel zunächst einen Nato-Gipfel, danach ein Aussenministertreffen. Belgien äusserte auch Frustration über die zunehmende Schichtung der Nato in die „Grossen Vier“, eine Mittelgruppe und die „kleinen Fische“. Belgiens Aussenminister Wigny werde zur Zeit von der Opposition und der Presse attackiert, er habe darin versagt, Belgien eine einflussreichere Rolle in der westlichen Allianz zu verschaffen. Eisenhowers Programm bewiese wenig Einfühlungsvermögen, nachdem Belgien vor kurzem seine Verteidigungsanstrengungen deutlich erhöht hatte.<sup>1049</sup> Die USA wollten jedoch nicht den Eindruck erwecken, Eisenhower erhalte ein Mandat der Nato, um mit Chruschtschow zu verhandeln. Zudem würde ein hochrangiges Nato-Treffen den Eindruck einer Nato-Krise erwecken.<sup>1050</sup>

Eisenhowers Ankündigung führte im westlichen Lager zu Unruhe. Nebst Italien und Belgien bangte auch die BRD um die Auswirkungen des amerikanisch-sowjetischen Treffens, wie Adenauers Vertrauter Heinrich Krone am 8. August seinem Tagebuch verriet: „Eine neue Ära der Koexistenz beginnt. Die Gefahr der Illusionen zieht herauf.“<sup>1051</sup> Die überraschende Einladung Eisenhowers an Chruschtschow lenkte zwar kurzfristig von den allianzinternen Problemen und de Gaulles Forderung einer Nato-Reform ab. Gleichzeitig hielten aber viele Nato-Staaten das Problem de Gaulle für gravierender als das Gipfeltreffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow.

## 2. Das informelle „Nato-Gipfeltreffen“ am Comer See vom 16. August 1959

De Gaulles Haltung zur Nato überschattete das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow. Leon Fuller vom Politischen Planungsstab im US-Aussenministerium bezeichnete Ende Juli 1959 de Gaulles „romantisieren und anachronistischen Ultra-Nationalismus“ und seine Forderungen nach einer Dreimächte-Entente, einer grösseren französischen Partizipation in der Kommandostruktur der Nato, nach einer Atomwaffenfähigkeit sowie nach bedingungsloser westlicher Unterstützung für seine Algerienpolitik als dominantes allianzinternes Problem. De Gaulles Haltung

<sup>1046</sup> DoS to Herter (Santiago), 14 August 1959, TOCAH 21, *ibid.*, 740.5; FO Minute by Shattock, 17 August 1959, PRO, FO 371/146301.

<sup>1047</sup> DoS to Herter (Santiago), 12 August 1959, TOCAH 11, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1048</sup> Herter (Santiago) to DoS, CAHTO 6, 13 August 1959, *ibid.*, 740.5. Vgl. auch DoS to NATO Capitals, 18 August 1959, Circ. Tel. 147, *ibid.*, 740.5; Shattock (Paris) to FO, 20 August 1959, Tel. 261, PRO, FO 371/146301.

<sup>1049</sup> AmEmbassy Brussels to DoS, 12 August 1959, Tel. 163, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>1050</sup> DoS to AmEmbassy in Rome, 6 August 1959, Tel. 478, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>1051</sup> Tagebucheintrag von Krone, 8. August 1959, in: Krone, „Aufzeichnungen“, 154.



zur Nato wurde als „Sitzstreik“ bezeichnet, als Erpressung, welche für die Nato grosse Probleme darstelle.<sup>1052</sup>

Die Krise zwischen Frankreich und der Nato hatte sich im Frühjahr und Frühsommer 1959 verschärft. Im März 1959 löste Frankreich vor dem Hintergrund des Algerienkriegs seine Mittelmeerflotte aus dem integrierten Nato-Kommando. Anfang Juni verkündete de Gaulle zudem, dass Frankreich sich weder an der integrierten Luftraumverteidigung der Nato beteiligen noch die Lagerung amerikanischer Atomsprengköpfe auf französischem Territorium akzeptieren würde. De Gaulle drohte, dass Frankreich erst wieder zu einer aktiveren Beteiligung an der Nato zurückkehren würde, sofern seine Forderungen nach einer Reform des Bündnisses umgesetzt würden.<sup>1053</sup> Vor diesem Hintergrund diskutierte der Nato-Rat in seiner Sitzung vom 16. Juni erstmals offiziell die Forderung de Gaulles vom September 1958 nach einem Dreier-Direktorat. Der französische Nato-Botschafter Pierre de Leusse leitete ein, dass Frankreich eine Erfüllung dieser Forderung als Bedingung für die nukleare Ausrüstung der amerikanischen Luftwaffengeschwader in Frankreich betrachte. Im nachrichtendienstlichen Bulletin an Eisenhower wurde die Hoffnung erweckt, dass eine volle Nato-Diskussion de Gaulle die Opposition anderer europäischer Staaten zu seinem Vorschlag bewusst machen würde. Besonders die Italiener wären ein geeignetes „Vehikel“, um de Gaulle klar zu machen, dass er in trilateralen Gesprächen nicht als Führer Kontinentaleuropas sprechen konnte.<sup>1054</sup> An der Ratssitzung vom 1. Juli betonten Spaak und viele Nato-Botschafter auf „beeindruckend ruhige, aber kräftige Art und Weise“ (Burgess) erneut ihren Widerstand gegen die Idee eines ‚inneren Zirkels‘, weil dies das Ende der Nato bedeuten würde.<sup>1055</sup>

Der Nato-Generalsekretär teilte zu dieser Zeit pikanterweise einige von de Gaulles inhaltlichen Forderungen. In einem Memorandum über Frankreichs Beziehungen zur Nato argumentierte Spaak, die USA sollten mit Frankreich ebenso eine Politik der nuklearen Teilhabe praktizieren wie mit Grossbritannien. Spaak akzeptierte die französischen Ambitionen, die vierte Atommacht zu werden.<sup>1056</sup> Am 16. Juli machte de Gaulle deutlich, dass ihn drei Aspekte an der Nato in ihrer gegenwärtigen Form störten: die fehlende Zuständigkeit für Afrika, das US-britische Atomwaffenduo sowie die zu starke militärische Integration des Bündnisses. Spaak erklärte sich bereit, diese Aspekte im Nato-Rahmen zu diskutieren. In seinen Erinnerungen nannte Spaak zurückblickend die mangelnde Diskussionsbereitschaft innerhalb des Westens über de Gaulles Kritikpunkte an der Nato als eine „verpasste Gelegenheit“, um de Gaulle zufrieden zu stellen.<sup>1057</sup>

Im Juli intervenierte Spaak auch erfolgreich in einen allianzinternen Streit zwischen Frankreich auf der einen Seite und Norwegen und den USA auf der anderen Seite. Norwegische und amerikanische Waffenlieferungen nach Tunesien irritierten de Gaulle,

<sup>1052</sup> Memorandum by Fuller, 24 July 1959, „NATO by the End of 1959: Problems and Prospects“, USNA, PPS, 1957-59, Box 151, Europe 1959.

<sup>1053</sup> Déclaration de de Leusse, 11 juin 1959, FPHS, 295/5519. Dass seine Mittelmeerflotten-Aktion ein direkter Racheakt war, weil die Eisenhower-Regierung nicht auf seine Direktoriatsforderung vom September 1958 eingegangen war, sagte de Gaulle dem Nato-Generalsekretär in direkten Worten am 9. März 1959. FRUS 1958-60 VII:1, 424f. Vgl. Reyn, *Atlantis Lost*, 232-235.

<sup>1054</sup> Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 16 June 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 42, Briefings June 1959.

<sup>1055</sup> Burgess (Paris) to DoS, 1 July 1959, Polto 2, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>1056</sup> Zitiert nach Spaak, *Memoiren*, 399-401.

<sup>1057</sup> Mémorande pour entrevue avec de Gaulle, 16 juillet 1959, FPHS, 295/5524; de Gaulle-Spaak entrevue, 16 juillet 1959, FPHS, 295/5523; Spaak, *Memoiren*, 402.

weil er fürchtete, diese würden nach Algerien weitergeschafft. Nach Spaaks vermittelnden Gesprächen mit der norwegischen und amerikanischen Regierung dankte der französische Premier Michel Debré Spaak für seine Mission.<sup>1058</sup> Die Arbeitsbeziehungen zwischen dem Nato-Generalsekretär und der französischen Regierung waren zu diesem Zeitpunkt noch intakt.

Mitte August traf sich Adenauer an einem Sonntagmittag am Comer-See mit Nato-Generalsekretär Spaak, mit dem militärischen Oberkommandierenden der Nato, General Lauris Norstad, sowie mit den Nato-Botschaftern Belgiens und Hollands, André de Staercke und Dirk Stikker. Laut Adenauer handelte es sich dabei bloss um ein „geselliges Beisammensein von Freunden während ihrer Ferien“. Natürlich kam es während dem dreistündigen Mittagessen am 16. August aber auch zu hochpolitischen Diskussionen – insbesondere über Eisenhowers Détentepolitik und de Gaulles Nato-Kritik.

Spaak etwa hielt Eisenhowers geplantes Treffen mit de Gaulle für „vielleicht wichtiger“ als dasjenige mit Chruschtschow. De Gaulles Haltung könne zur Katastrophe führen, deshalb müssten seine Anliegen ernst genommen beziehungsweise wenigstens teilweise befriedigt werden, sonst würde de Gaulle die Allianz weiterhin „sabotieren“. Spaak war jedoch im Grossen Ganzen pessimistisch, was die Fähigkeit von Frankreichs Alliierten betraf, de Gaulle zufrieden zu stellen. Adenauer hingegen hatte, obwohl er anfangs misstrauisch gewesen war, unterdessen grosses Vertrauen in de Gaulle und war voller Lob für ihn. Adenauer schockierte die Teilnehmer mit einer kompletten Meinungsänderung in Bezug auf Tripartismus. Er sagte, die Kontinentaleuropäer hätten das Vertrauen in die Nato in der gegenwärtigen Form verloren, in der die USA und Grossbritannien zu dominant seien. Die BRD wäre deshalb einverstanden damit, wenn Frankreich eine gleichberechtigte Stimme mit den USA und Grossbritannien erhalten und Frankreich für alle westeuropäischen Staaten sprechen würde.

Spaak, de Staercke und Stikker kritisierten daraufhin die Dreier-Idee, weil sie unter kleineren Nato-Staaten zu Neutralität führen und das Ende der Nato bedeuten würde. De Staercke betonte vehement, Belgien wolle sich keineswegs von de Gaulle vertreten sehen, und wies auf die Unentbehrlichkeit der Nato hin, um kleineren Ländern eine Stimme zu verleihen. Auch für Stikker war eine Institutionalisierung informeller Gespräche zwischen Washington, London und Paris schlicht inakzeptabel. Nach diesen heftigen Interventionen krebste Adenauer etwas zurück und räumte ein, dass auch für ihn ein institutionalisierter Tripartismus nicht in Frage komme. Auch für ihn komme natürlich die Nato an erster Stelle, gefolgt von der Integration Europas, basierend auf einer deutsch-französischen Kooperation. Spaak listete für Adenauer alle Probleme auf, die sich bisher aus Frankreichs Blockadeefforts ergeben hatten. Adenauer zeigte sich darüber sichtlich erstaunt und beeindruckt. Der Kanzler äusserte grosses Vertrauen in die USA und in Eisenhower und sah dessen Gesprächen mit Chruschtschow gelassen entgegen, auch wenn er sich davon nicht viel versprach.<sup>1059</sup>

<sup>1058</sup> Nach Spaak, *Memoiren*, 410.

<sup>1059</sup> Nolting (Paris) to DoS, 16 August 1959, Polto 321, DDEL, Norstad Papers, Box 90, NATO General (5). Stikker und Norstad berichteten Nolting (Paris) über das ausserordentliche Treffen Adenauers mit Spaak. Noltings vierseitiges Telegramm wurde erst am 8. August 2001 deklassifiziert; eine weitere, siebenseitige Nachricht der US-Botschaft in Paris ans Department of State vom 19.8.1959 ist hingegen in der DDEL nach wie vor klassifiziert. Vgl. auch Bureau of Intelligence and Research, *Intelligence Report* no. 8070, 7 August 1959, „A Critical Appraisal of Western Unity“, USNA, RG 59, PPS 1957-59, Box 151, Europe 1959. Darin wurde festgehalten, dass Frankreichs Wunsch nach Gleichberechtigung mit den angelsächsischen Nuklearmächten die Nato schwäche, weil inzwischen auch die BRD und Ita-

Spaak blieb jedoch über Eisenhowers Détentepolitik und seine überraschende Einladung von Chruschtschow in die USA, ohne die Nato vorab darüber zu konsultieren, genauso stark irritiert wie über de Gaulles zunehmende Isolation innerhalb der Nato.<sup>1060</sup> Eisenhower war inzwischen zu trilateralen Gesprächen, Diskussionen oder sogar Planungen mit Grossbritannien und Frankreich bereit, sofern es unter den Dreien keine Mehrheitsentscheide gebe. Dies bezog sich auf informelle Gespräche über gemeinsame Interessen ausserhalb des Nato-Gebietes, denn Eisenhower stellte klar, dass solche Konsultationen mit London und Paris nur über gemeinsame Interessen ausserhalb des Nato-Gebietes geführt werden sollten. Probleme innerhalb des Nato-Gebietes sollten hingegen weiterhin im Nato-Forum diskutiert werden.<sup>1061</sup>

### 3. Eisenhowers und Herters Konsultationen mit der Nato vom September 1959

Nach Konsultationen mit Adenauer,<sup>1062</sup> Macmillan<sup>1063</sup> und de Gaulle<sup>1064</sup> schaute Eisenhower am 3. September spontan beim Ständigen Nato-Rat vorbei. Der stellvertretende Aussenminister Douglas Dillon hatte ihm Anfang August vorgeschlagen, der Nato während seines Aufenthalts in Paris einen Besuch abzustatten. Eisenhower war zwar einverstanden, wollte eine solche Visite aber als Überraschung inszenieren, damit der Nato-Rat nicht zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs oder der Aussenminister aufgewertet würde.<sup>1065</sup> In Telegrammen wurde deshalb im August explizit ausgeschlossen, dass Eisenhower den Ständigen Nato-Rat besuchen würde.<sup>1066</sup>

Im Vorfeld traf sich Eisenhower wie vereinbart mit Spaak und Luns. Der US-Präsident fasste zusammen, dass Macmillan ein Gipfeltreffen mit Moskau um jeden Preis wünschte, während Adenauer und de Gaulle einen Gipfel nur bei Aussicht auf substantielle Verhandlungen unterstützen würden. Er machte deutlich, dass er nicht mit Chruschtschow verhandeln würde. Aber er würde die Gelegenheit des Treffens nutzen, um Chruschtschow „ein bisschen aufzuweichen“. Luns erwiderte in seiner Funktion als Präsident des Nato-Rats, dass auch eine klare Mehrheit der Nato-Länder fände, vor einem Ost-West-Gipfeltreffen müsste es klare Anzeichen für Fortschritte in der Deutschland- und Abrüstungsfrage geben. Spaak nannte als einziges Problem in der Nato das „französische Problem“, das seiner Meinung nach vor allem mit der Algerienfrage zusammenhing. Eisenhower beruhigte Spaak, dass de Gaulle bereits wieder etwas von seiner Forderung nach Tripartismus abgewichen sei und versprochen habe, die Nato nicht zu schwächen. Er werde dem Nato-Rat deshalb folgendes versichern: „There was

---

lien, nach ursprünglicher Opposition gegen de Gaulles Direktoriats-Idee dem Aufbau einer kontinentalen Gruppe unter de Gaulles Führung nicht länger abgeneigt schienen.

<sup>1060</sup> Spaak à Adenauer, 21 août 1959, FPHS, 295/5533.

<sup>1061</sup> Eisenhower-Herter-Murphy-Merchant-White Meeting, 21 August 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 43, Staff Notes August 1959 (1). Vgl. auch Eisenhower-Herter Meeting, 24 August 1959, ibid. Vgl. Reyn, *Atlantis Lost*, 235ff.

<sup>1062</sup> FRUS 1958-60 IX: 10-13 sowie 17-25; Steininger, *Mauerbau*, 133f.; Kastner, „Ambivalent Ally“, 305-308.

<sup>1063</sup> Eisenhower hielt sich vom 27. August bis zum 2. September 1959 in London auf. Vgl. dazu FRUS 1958-60 VII(2): 850-858; Macmillan, *Pointing the Way*, 88ff.

<sup>1064</sup> Roberts (Paris) to FO, 4 September 1959, tel. 367, PRO, FO 371/146302. Zu Eisenhowers Visite in Paris vom 2.-4.9.1959 siehe FRUS 1958-60 VII(2): 262-274. Vgl. auch Bernard Ledwidge (ed.), *De Gaulle et les Américains: Conversations avec Dulles, Eisenhower, Kennedy, Rusk, 1958-64* (Paris: Flammarion, 1984), 81ff.; Reyn, *Atlantis Lost*, 237f.

<sup>1065</sup> Eisenhower-Dillon Meeting, 5 August 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 43, Staff Notes August 1959 (2).

<sup>1066</sup> DoS to US Ambassador to Rome, 6 August 1959, Tel. 478, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

no inner circle or coalition trying to run NATO.“<sup>1067</sup> Eisenhower erwähnte gegenüber Spaak und Luns nicht, dass sich die USA inzwischen zu trilateralen Konsultationen mit Grossbritannien und Frankreich über globale politische Probleme ausserhalb des Nato-Vertragsgebiets bereit erklärt hatten. Diese Konsultationen blieben vorerst ein wohlgehehutes Geheimnis zwischen Washington, London und Paris.

Vor dem Nato-Rat leitete Eisenhower bei seinem Überraschungsbesuch ein, es gebe eigentlich keinen wichtigen Grund für seine Visite bei der Nato. Er wolle aber seine und die amerikanische Überzeugung von der Wichtigkeit der Allianz und des Ständigen Nato-Rats bezeugen. Zudem übte sich Eisenhower in Bescheidenheit:

I am a representative of a large country, but I seek no position for my country in NATO other than that of an equal partner ready to do its part with all others regardless of size in the great work of assuring the security of the whole.<sup>1068</sup>

Spaak dankte Eisenhower herzlich für seinen Besuch und die damit verbundene Wertschätzung für den Nato-Rat. Er versicherte dem amerikanischen Präsidenten, die Nato habe volles Vertrauen in die USA und in Eisenhower und es seien in Bezug auf Camp David keine Rückversicherungen nötig.

Nachdem Eisenhower den Rat wieder verlassen hatte, berichtete Luns von der Unterhaltung mit dem US-Präsidenten. Eisenhower habe betont, es gebe in der Deutschland- und Berlinfrage keine neue amerikanische Position – eine solche würde natürlich zuerst im Ständigen Nato-Rat diskutiert werden. Chruschtschows Besuch zeige keineswegs einen Trend an, Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion ausserhalb der Allianz zu führen. Es gehe Eisenhower lediglich darum, die Atmosphäre zu verbessern und Chruschtschow die Möglichkeit zu geben, die USA zu sehen und das Land und das amerikanische Volk kennenzulernen. Eisenhower habe versprochen, dass es keinen Sinn mache, einen offiziellen Ost-West-Gipfel mit Chruschtschow abzuhalten, solange es in der Substanz der offenen Fragen keine Annäherung der westlichen und der sowjetischen Positionen gab. Chruschtschows Besuch werde in dieser Beziehung seine Einstellung nicht ändern.<sup>1069</sup>

Am 4. September traf sich Herter mit den Botschaftern sowie zahlreichen Aussenministern der Nato, die wegen Herters angekündigtem Besuch extra nach Paris gereist waren. Wie Eisenhower versicherte auch er dem Nato-Rat, dass es in den USA mit Chruschtschow keine Verhandlungen geben und dass Eisenhower nur für die USA sprechen würde. Dennoch hofften die USA, dass die informellen Gespräche dabei helfen würden, Chruschtschow von einem Showdown in Berlin abzuhalten. Die USA hielten den Besuch Chruschtschows für ein lohnenswertes und „kalkulierbares Risiko“, besonders da dieser mit seiner Familie in die USA kommen würde. Herter hielt auch ein kurzes Resümee über Eisenhowers Gespräche mit Adenauer, Macmillan und de Gaulle. Mit Adenauer hätten Abrüstungsmassnahmen im Vordergrund gestanden, und der Kanzler habe seine wohlbekannte Meinung vertreten, dass das Deutschlandproblem nur im Rahmen eines Abrüstungsabkommens gelöst werden könne. Eisenhower habe mit

<sup>1067</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 480-484 (ÜdV); Burgess (Paris) to Herter, 3 September 1959, Polto 359, DDEL, WHO-SS, ITM, Box 5, NATO (2). Vgl. auch Herter-Spaak-Burgess-Merchant-Nolting Meeting, Paris, 2 September 1959, DDEL, AWF, IM, Box 3, Paris Visit 2-4 September 1959.

<sup>1068</sup> Herter (Paris) to DoS, 3 September 1959, Secto 54, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. auch Roberts (Paris) to FO, 3 September 1959, Tel. 364, PRO, FO 371/146301.

<sup>1069</sup> Burgess (Paris) to DoS, 3 September 1959, Polto 359; Roberts (Paris) to FO, 3 September 1959, Tel. 365, PRO, FO 371/146301. Vgl. auch den Dankesbrief von Spaak an Eisenhower vom 3. September 1959, DDEL, AWF, Administration Series, Box 27, NATO.

Adenauer und Macmillan Übereinstimmung darin gefunden, wie wichtig die Nato sei und dass die Einheit der Allianz unbedingt aufrechterhalten werden müsse. Auch im Gespräch mit de Gaulle sei das Funktionieren der atlantischen Allianz im Vordergrund gestanden. Beide hätten die grosse Bedeutung der Allianz für die Sicherheit des Westens anerkannt und ihre unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen von der Nato vorgestellt. Herter unterstrich wie Eisenhower am Vortag die grosse Bedeutung, welche die Eisenhower-Regierung der fortwährenden Konsultation im Ständigen Nato-Rat beimaß.<sup>1070</sup>

Der belgische Aussenminister Wigny dankte für Eisenhowers und Herters Erscheinen vor dem Nato-Rat und ihre Bekräftigung der transatlantischen Solidarität der USA. Wigny wunderte sich, dass Chruschtschow offenbar hoffte, in der Berlinfrage westliche Konzessionen erwirken zu können, ohne selbst auch nur das kleinste Entgegenkommen zu signalisieren. Der Besuch Chruschtschows in den USA und die persönliche Begegnung mit Eisenhower würden die öffentliche Meinung im Westen beeinflussen, die eine Détente wünschte. Wigny befürwortete den Austausch von Informationen und Kontakten sowie den Aufbau von Handelsbeziehungen zwischen Ost und West. Der griechische Aussenminister Evangelos Averoff warnte jedoch davor, den Besuch Chruschtschows allein als wahrhaftige Entspannung zu interpretieren. In Griechenland, so Averoff, seien die sowjetischen Vorschläge für eine regionale denuklearisierte Zone „gefährlich attraktiv“. Sein türkischer Kollege Fatü R. Zorlu warnte ebenfalls davor, in die Falle Moskaus zu tappen, wenn im euroatlantischen Raum eine Détente zugelassen würde, während im Fernen Osten die Aggressionsdrohungen der Sowjetunion nach wie vor akut seien.

Der Brite Roberts lobte Eisenhowers Europareise als „exzellente Vorbereitung“ für den bevorstehenden Besuch Chruschtschows in den USA. Der luxemburgische Aussenminister Eugène Schaus war Eisenhower besonders dankbar für dessen Bekräftigung der Gleichberechtigung aller Mitgliedstaaten der Nato, während der neue kanadische Nato-Botschafter Jules Léger Parallelen zwischen dem amerikanischen Vorgehen gegenüber Chruschtschow und dem kanadischen Wunsch nach anhaltenden und geduldigen Verhandlungen mit den Sowjets festzustellen glaubte.

Spaak beteuerte in einer kurzen Zusammenfassung, er habe in den vergangenen zwei Tagen keinerlei Anzeichen einer in den Zeitungen so viel beschworenen „Nato-Krise“ ausmachen können. Zwar gebe es unter den Mitgliedstaaten Nuancen unterschiedlicher Ansätze, was die Verhandlungstaktik mit Moskau betraf. Doch dies sei völlig normal und ein gutes Zeichen für die Gedanken- und Meinungsäusserungsfreiheit innerhalb der Nato. Die Nato-Diskussionen im Umfeld von Eisenhowers Europabesuch hätten gezeigt, dass der westliche Ansatz in den Genfer Verhandlungen von der Nato einhellig gutgeheissen wurde und dass alle Mitgliedstaaten die Notwendigkeit von Solidarität innerhalb der Allianz erkannten und das Prinzip von Konsultation innerhalb des Nato-Forums bestätigten. Weil die Nato-Konsultationen ein völlig neues Experiment in der internationalen Diplomatie darstellten, war Spaak mit den ersten Schritten auf

<sup>1070</sup> Herter (Paris) to DoS, 4 September 1959, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 12, September 1959 (ÜdV); Roberts (Paris) to FO, 4 September 1959, Tel. 366, PRO, FO 371/146301. Dass Adenauer Eisenhower unter vier Augen zu verstehen gab, dass er sich im klaren darüber sei, dass niemand im Westen wegen Berlin einen Atomkrieg führen würde, und dass Adenauer zudem als Rückzugsposition die Umwandlung Berlins in eine Freie Stadt unter Aufsicht der Vier Mächte und der UNO in Aussicht stellte, wurde der Nato hingegen nicht berichtet. Vgl. dazu Steininger, Mauerbau, 133.

diesem Gebiet zufrieden, auch wenn die politische Zusammenarbeit in der Allianz noch verbessert werden könne.<sup>1071</sup>

#### 4. Nach Camp David: Westliche Vorbereitungen für einen Ost-West-Gipfel

Nach den Gesprächen von Camp David vom 25./26. September 1959 entwarf Herter in einem Memorandum die Basis für Briefe an Macmillan, de Gaulle, Adenauer sowie für die Unterrichtung des ständigen Nato-Rats. Darin betonte er, die Gespräche in den USA seien in einer „leidenschaftslosen“ und ruhigen Atmosphäre ohne „Tiraden oder Zornausbrüche Chruschtschows“ erfolgt und hätten sich vor allem auf das Berlinproblem konzentriert. Eisenhower habe sich geweigert, über andere Themen zu sprechen, solange er nicht davon überzeugt sei, dass die Bedrohung Berlins beseitigt worden sei. Chruschtschow habe wiederholt abgestritten, dass die Sowjetunion eine unilaterale Aktion in Berlin unternehmen würde. Er habe vielmehr vorgegeben, die Deutschlandfrage auf dem Verhandlungsweg lösen zu wollen. Für Polen und die Tschechoslowakei hätte ein Friedensvertrag mit Deutschland eine stabilisierende Wirkung. Eisenhower liess Chruschtschow hingegen in starken Worten wissen, er würde eher als Präsident zurücktreten als ein Ultimatum für einen Abzug von amerikanischen Truppen aus Berlin zu akzeptieren. Herter berichtete, dass in der Abrüstungsfrage mehr Einigkeit als über Berlin und Deutschland bestanden habe. Beide hätten die Sorge um die ausserordentlich hohen Kosten des Wettrüstens und die damit verbundenen Gefahren geteilt. Sie seien beide der Meinung gewesen, dass eine Begrenzung der Rüstung das „wichtigste Problem“ der derzeitigen internationalen Beziehungen darstelle. Herter schloss seinen Informationsbericht mit dem Hinweis ab, Chruschtschow habe ein Gipfeltreffen im Frühjahr 1960 vorgeschlagen, worauf Eisenhower geantwortet habe, dafür seien Konsultationen mit den anderen westlichen Alliierten notwendig.<sup>1072</sup> Weniger als einen Monat nach Eisenhowers und Herters konkreten Zusagen, dass die amerikanische Regierung mit Chruschtschow in Camp David nicht verhandeln würden und dass sich an der westlichen Skepsis gegenüber einem Ost-West-Gipfel nicht verändern würde, war Eisenhower nun plötzlich zu einem Viermächtegipfel mit Chruschtschow bereit.

die Orientierung Macmillans, de Gaulles, Adenauers und des Nato-Rats durch Herter fiel jedoch manipulativ und selektiv aus. Die USA berichteten ihren europäischen Alliierten nicht, dass Eisenhower und Chruschtschow in Camp David eine neue Formel für das Berlinproblem gefunden hatten. Eisenhower hatte zugegeben, dass die Situation in Berlin „abnormal“ sei und war damit von der bisherigen westlichen Position abgewichen, wonach die Besatzungsrechte von 1945 beibehalten werden sollten. Nachdem Chruschtschow sein Ultimatum vom November 1958 für einen Friedensvertrag mit Deutschland zurückgenommen hatte, war Eisenhower bereit, die Viermächte-Verhandlungen über Berlin wiederaufzunehmen. Obwohl Chruschtschow sein Ultimatum für die Wiederaufnahme von Berlinverhandlungen mündlich zurückgezogen hatte, weigerte er sich, diese Klausel ins Schlusskommuniqué aufzunehmen.<sup>1073</sup> Der „Geist von Camp

<sup>1071</sup> NAC Meeting, 4 September 1959, PRO, FO 371/146302 (ÜdV).

<sup>1072</sup> Herter to Eisenhower, 29 September 1959, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 12, September 1959 (ÜdV).

<sup>1073</sup> „Khrushchev's Visit to the United States“, n.d. [late September 1959], USNA, RG 59, EUR/SOV, Subject Files, Box 5, Khrushchev Visit, Camp David; „President Eisenhower's Talks with Chairman Khrushchev at Camp David“, [September 1959], DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 12, September 1959. Zu Chruschtschows USA-Reise vergleiche Henry Cabot Lodge, „Talking Paper for Report to the President“, 25 September 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 44, Staff Notes September 1959 (1); Gary J. Tocchet, „September Thaw: Khrushchev's Visit to America, 1959“, unpublished Ph.D. disserta-

David<sup>1074</sup> hatte dennoch zumindest informell geholfen, den Stillstand der verkrusteten Verhandlungen in Berlin zu durchbrechen. Davon erfuhr die Nato jedoch im Herbst 1959 nichts.

Das State Department glaubte in einem Bericht über Chruschtschows USA-Besuch, der sowjetische Führer sei wohl zufrieden mit dem Ergebnis. Die Visite habe gezeigt, dass Chruschtschow von den USA respektiert werde. Zudem habe Chruschtschow „eine teilweise Détente zu geringen oder gar keinen Kosten“ erreicht. Das State Department glaubte, die USA hätten noch mehr profitiert durch Eisenhowers persönlichen Eindruck auf Chruschtschow, durch die Aufhebung eines Ultimatums in der Berlinfrage und der Einladung Eisenhowers in die Sowjetunion.<sup>1075</sup>

Mitte Oktober traf sich Eisenhower mit Llewellyn Thompson, dem amerikanischen Botschafter in Moskau, und vertraute ihm eine delikate und eher unübliche Mission an. Er sollte nach seiner Rückkehr in Moskau Chruschtschow von den Problemen im westlichen Lager berichten, eine gemeinsame westliche Position für Gipfelgespräche festzulegen. Es lag Eisenhower daran, dass Chruschtschow nicht den Eindruck erhielt, Verzögerungen in den nächsten Wochen hätten mit dem mangelnden Interesse Eisenhowers zu tun, ein Abkommen zu erzielen. Thompson schlug vor, er könnte sich häufiger informell mit Chruschtschow treffen; und Eisenhower hiess diesen Kontakt gut.<sup>1076</sup> Eisenho-

---

tion (Stanford University, 1995), 264-298; Christian Bremen „Eisenhower und Chruschtschow in Camp David“, in *Begegnung zweier Kontinente*, ed. Ralph Dietl und Franz Knipping (Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier, 1999), 145-169; Christian Nünlist, „Camp David Meeting, 1959“, in *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker (Santa Barbara: ABC Clio, 2006), 232. Lodge war nach der gemeinsamen Reise durch die USA davon überzeugt, dass Chruschtschows aufrichtiger Wunsch Frieden und Fortschritt bezüglich Abrüstung sei. In der Diskussion mit Eisenhower wurde jedoch deutlich, dass die Sowjetunion dem Thema Inspektionen nach wie vor extrem kritisch gegenüber stand. Zu den Gesprächen zwischen Eisenhower und Chruschtschow im Weissen Haus und Camp David vgl. Michael Jochum, *Eisenhower und Chruschtschow: Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg, 1955-60* (Paderborn: Schöningh, 1996), 118-127; Taubman, Khrushchev, 425-441; Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 214-240; Vladislav M. Zubok and Hope M. Harrison, „The Nuclear Education of Nikita Khrushchev.“ In *Cold War Statesmen Confront the Bomb: Nuclear Diplomacy since 1945*, ed. John Lewis Gaddis et al. (New York: Oxford University Press, 1999), 141-168, 151.

<sup>1074</sup> Vgl. dazu Christian Nünlist, „Spirit of Camp David“, in *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker (Santa Barbara: ABC Clio, 2006), 229f. Dass im Winter 1959/60 im Rückblick tatsächlich eine reale Chance bestand, eine Détente zwischen Ost und West zu erreichen und ein Ende des Kalten Krieges, betonten auch die Autoren Fursenko/Naftali aufgrund der von ihnen ausgewerteten Präsidium-Akten, die Chruschtschows Haltung gegenüber der Abrüstungs- und Berlinfrage in dieser Zeit am besten dokumentieren. Siehe Fursenko/Naftali, *Khrushchev's Cold War*, 242-262.

<sup>1075</sup> „Briefing Memorandum for the Cabinet Meeting“, attached to Kohler to Herter, 5 November 1959, DDEL, Herter Papers, Box 19, Cabinet 1959 (3); Cabinet Paper, 3 November 1959, „Assessment of Chairman Khrushchev's Visit: Summary of Instructions to U.S. Missions Abroad“, DDEL, WHCF, Subject Series, Box 64, Russia (18).

<sup>1076</sup> Thompson to Herter, 16 October 1959, „Meeting with President Eisenhower Today“, USNA, RG 59, CDF, 396.1/10-1659; Eisenhower-Thompson Meeting, 21 October 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 45, Staff Notes October 1959 (1). Im US-Aussenministerium wurden gleichzeitig bereits Überlegungen angestellt, wie sich die Détente zwischen den USA und der UdSSR auf die Berlinverhandlungen auswirken könnten. PPS-Direktor Gerald Smith hoffte, dass Chruschtschow – wäre er an einer Détente wirklich ernsthaft interessiert – die Berlinfrage bis nach den Wahlen in der BRD 1961 aufs Eis legen könnte und dass er und Eisenhower sich in der Zwischenzeit voll und ganz der Abrüstungsfrage widmen könnten. Smith to Morgan/Owen, 20 October 1959, DDEL, Dulles Papers, Gerard C. Smith Series 1957-61, Box 1, Material from Gerard C. Smith's Files 1959 (1). In einem anderen Memorandum schlug Smith vor, ein Viermächte-Gipfel solle die Berlinsituation als abnormal charakterisieren und anerkennen, dass Berlin die Abrüstungsverhandlungen blockiere. Während die Berlinfrage bis zum Ende 1961 eingefroren werden solle, sollten die Vier versichern, dass Berlin in der Zwischenzeit die

wers Mitteilung an seinen neuen ‚Verbündeten‘ Chruschtschow, dass Probleme mit der Nato Fortschritte in der von den USA und der UdSSR gemeinsam gewünschten Détente verzögerten, stellte neben der selektiven Konsultation mit der Nato einen erstaunlichen Akt von Disloyalität Eisenhowers gegenüber der Nato dar. Für einmal gab Präsident Eisenhower der Chance für eine Détente mehr Gewicht als dem Zusammenhalt des Bündnisses.

Dennoch spielte die Nato zu dieser Zeit immer noch eine zentrale Rolle in Eisenhowers Denken. Im Treffen mit Thompson bekannte Eisenhower nämlich, worin nach dem Treffen von Camp David sein grösstes Problem bestand: „The important thing was to get agreement with our Allies and this was far from easy.“ Vor einem Ost-West-Gipfeltreffen musste es einen westlichen Gipfel geben, um die Meinungen in der westlichen Allianz zu harmonisieren. Eisenhower fände es unklug, Chruschtschow zu einem Gipfel einzuladen, ohne dass Hoffnung auf Fortschritt in den Ost-West-Beziehungen bestand. Dazu müsste der Westen aber der Sowjetunion etwas anbieten können. Eisenhower wollte sich deshalb zunächst mit Macmillan und de Gaulle über eine neue westliche Position einigen, danach mit Adenauer. Thompson stimmte überein, die USA müssten im Vorfeld eines Ost-West-Gipfels ihre „Entchen in einer Reihe haben“ (*to have our ‘ducks in a row’*), sonst wäre der Westen äusserst verwundbar gegenüber Chruschtschows Taktik.<sup>1077</sup> Eisenhower entschied sich also, nicht vorschnell eine Détente mit der Sowjetunion anzupeilen, sondern vorerst zu warten und die Nato mit an Bord zu bringen.

Trotzdem bedrohte die Détente von 1959 zunehmend die Kohäsion der Allianz gleichermassen wie die gaullistische Politik. Nach dem Treffen mit Chruschtschow hatte Eisenhower keine Vorbehalte mehr gegenüber einem Ost-West-Gipfeltreffen.<sup>1078</sup> Gerald Smith vom Politischen Planungsstab beklagte, dass die BRD im Kalten Krieg eine „bedingungslose Kapitulation“ der Sowjetunion forderte und nicht bereit war, ihre Berlin- oder Wiedervereinigungspolitik ans veränderte internationale Klima anzupassen. Frankreich blockiere zudem nicht nur jegliche Kooperation innerhalb der Nato, sondern auch jeglichen Fortschritt in Ost-West-Verhandlungen. Smith glaubte, Washington solle sich lieber auf eine bilaterale Lösung gewisser Probleme konzentrieren und die BRD solle mit der Drohung eines Abzugs der amerikanischen Truppen unter Druck gesetzt werden, das amerikanischen Denken in der Berlinfrage zu akzeptieren.<sup>1079</sup>

In der Eisenhower-Administration gab es aber auch Stimmen, die vor einer Détente mit Chruschtschow auf Kosten der Nato warnten. Livingston Merchant, Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten, wies darauf hin, dass der Nato in den nächsten Monaten eine „psychologische Krise“ bevorstehe. Die „falsche Détente“ von Camp David könnte in der Nato zu einem Wunschdenken und einem Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen führen. Die Effektivität der Allianz werde bereits durch de Gaulles nationalistische Haltung und den französischen Algerienkrieg ernsthaft geschwächt – auch andere Nato-Länder glaubten zunehmend, ihr eigener Beitrag an die Nato werde überflüssig.<sup>1080</sup> Der nationale Sicherheitsberater Gordon Gray warnte in einem Memorandum an CIA-Direktor Allen W. Dulles mit dem zynischen Titel „The Great Thaw“

---

von allen erwünschte Détente nicht gefährdete. Die USA würden ernsthaft in Betracht ziehen, die Besatzung durch ein neues Regime zu ersetzen. Memorandum by Smith, 20 October 1959, *ibid.*

<sup>1077</sup> Thompson to Herter, 16 October 1959, „Meeting with President Eisenhower Today“.

<sup>1078</sup> Vgl. FRUS 1958-60 IX: 65f. Siehe auch FRUS 1958-60 VII(2): 538-544.

<sup>1079</sup> Memorandum by Smith, 23 October 1959, DDEL, Dulles Papers, Gerard C. Smith Series 1957-61, Box 1, Material from Gerard C. Smith's Files 1959 (1) (ÜdV).

<sup>1080</sup> Merchant to Eisenhower, 7 October 1959, „NATO and its Future“, USNA, PPS, 1957-59, Box 151, Europe 1959 (ÜdV).



davor, auf der Strasse in Richtung Détente zu schnell und ohne Beachtung der Warnschilder zu fahren. Seiner Meinung nach gab es weltweit nach wie vor unzählige sowjetische Handlungen, die zeigten, dass Moskau den Kalten Krieg weiterführen wollte.<sup>1081</sup> Ein paar Tage später fragte Gray auch Eisenhower, ob er glaube, das Tauwetter sei „wirklich bedeutungsvoll“. Eisenhower antwortete, „er glaube nicht, dass wirklich ein Tauwetter herrsche“. Er sehe daher unmittelbar keinen Grund zu grösseren Anpassungen der Aussen- und Sicherheitspolitik der USA.<sup>1082</sup>

Durch den „Geist von Camp David“ tauchten die alten Schreckgespenster in der Nato vor einem Deal zwischen den Supermächten hinter ihrem Rücken wieder auf. Zunächst wurde der Nato-Rat jedoch von den westlichen Grossmächte gar nicht in ihre Überlegungen zum Zeitpunkt und den Zielen eines allfälligen Ost-West-Gipfels mit Chruschtschow eingeweiht.<sup>1083</sup> An der Ratssitzung vom 14. Oktober versicherte Burgess, dass eine Unterrichtung der Nato über alle offenen Fragen sobald wie möglich geplant sei. Er beschwichtigte, dass zur Zeit nur „vorläufige Fühlungsnahmen“ im Gang seien, die noch zu keinen konkreten Entscheidungen geführt hätten. Spaak meinte zynisch, dass durch diese Bemerkung von Burgess die „Lage nicht klarer werde.“ Er teilte die Sorge vieler kleinerer Nato-Staaten, vor ein *Fait accompli* gestellt zu werden: „Es sei eigentlich Sache des Nato-Rats, die Frage zu diskutieren, ob ein Gipfeltreffen abgehalten werden solle und mit was für einer Tagesordnung.“ Spaak beklagte sich über die mangelnde Informationspolitik der USA, Grossbritanniens und Frankreichs über den Gipfel: „In der ganzen Welt spricht man über dieses Thema, nur im Nato-Rat nicht.“ Der Generalsekretär schloss sein Plädoyer für politische Konsultationen mit der pessimistischen Bemerkung, dass die Nato seiner Meinung nach „an Terrain verliere“. Im Gegensatz zu allen Versicherungen über die Treue zur Nato stünde die Tatsache, dass die Konsultationen innerhalb der Nato „auf einem Tiefpunkt angelangt“ seien.<sup>1084</sup> Spaak sowie Belgien, Holland, Kanada, Italien und Griechenland waren sichtlich frustriert und versuchten auf die USA, Grossbritannien und Frankreich Druck auszuüben, die Nato in die westlichen Konsultationen miteinzubeziehen.

Vorerst herrschte aber unter den westlichen Drei noch keine Einigkeit. De Gaulle sprach sich in einem Brief an Eisenhower am 20. Oktober gegen eine zu frühe Gipfelkonferenz aus. Er konnte Eisenhowers plötzliches Drängen nach einer Détente nicht nachvollziehen und blieb skeptisch, was sinnvolle Resultate eines Ost-West-Gipfels betraf. Er fand, noch kein Thema sei für eine Gipfelkonferenz genügend vorbereitet. Die Entspannungsatmosphäre von Camp David solle in den nächsten Monaten weiter gedeihen, bevor ein Gipfel eine bessere Chance auf Erfolg haben würde. In der Berlinsituation bestand für de Gaulle sowieso keine Eile, denn für Frankreich konnte der Status quo ruhig fortbestehen. De Gaulle glaubte deshalb, der Gipfel mit Chruschtschow sollte

<sup>1081</sup> Gray to Dulles, „The Great Thaw“, DDEL, WHO, OSANSA, Chronological Subseries, Box 6, October 1959.

<sup>1082</sup> Eisenhower-Gray Meeting, 14 October 1959, DDEL, WHO, OSANSA, Box 9, Meetings with the President, June-December 1959 (2).

<sup>1083</sup> Vgl. zur abwartenden US-Haltung, solange noch keine Einigkeit zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich bestand, z.B. Letter from Fessenden to Nolting (Paris), 8 October 1959, USNA, RG 84, USRO, Box 60, #320: East-West Relations 1959.

<sup>1084</sup> Anhang zur Aufzeichnung von Sahn, 18. Oktober 1959, „Grundlagen der politischen Information und Konsultation in der Nato“, PAAA, Referat 301, Bd. 104, Konsultation innerhalb der Nato, Bd. 2 (1958/59). Vgl. auch Burgess (Paris) to DoS, 14 October 1959, Polto 620, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit).

erst Ende Mai oder im Juni 1960 stattfinden.<sup>1085</sup> De Gaulle wollte aus verschiedenen Gründen keinen vorschnellen Ost-West-Gipfel. Einerseits wollte er die Rechte und die Militärs im eigenen Land nicht weiter verstimmen. Andererseits wollte er unbedingt, dass Frankreich vor dem Ost-West-Gipfel eine eigene Atombombe habe. (Frankreich würde seinen ersten Atomtest im Februar 1960 durchführen.) Zudem wollte de Gaulle in der Zwischenzeit Chruschtschow auch nach Frankreich einladen sowie die USA besuchen. De Gaulle war es wichtig, an der Ost-West-Konferenz als möglichst ebenbürtiger westlicher Partner der USA und Grossbritanniens aufzutreten.<sup>1086</sup>

Herter informierte Paris, London und Bonn daraufhin, dass Washington Spaak und die Nato in der Frage eines Ost-West-Gipfels konsultieren wollte, dass aber de Gaulles Brief keine einheitliche westliche Position bezüglich des Zeitpunkts eines Gipfels erlaubte. Herter hielt es für wenig zweckvoll, die übrigen Nato-Botschafter bereits jetzt vor die Entscheidung zu stellen, ob sie die amerikanische oder die französische Position unterstützten. Die USA wollten weder einen „unvorbereiteten Gipfel auf der Basis einer Bruchlandung“ noch eine Konferenz, die so elaboriert vorbereitet würde, dass Zweifel an der Aufrichtigkeit des Westens in Bezug auf eine Détente entstünde.<sup>1087</sup> Einmal mehr zeigte sich in dieser Episode, dass die USA nicht bereit waren, die Nato bereits in die politischen Debatten miteinzubeziehen, solange unter den westlichen Grossmächten noch keine Einigkeit bestand.

Gegenüber Herter zeigte sich Eisenhower ziemlich aufgebracht darüber, dass de Gaulle die westlichen Gipfelvorbereitungen verzögerte und sich an Eisenhowers Wunsch einer Ost-West-Détente störte. Eisenhower hatte „die Nase voll“ von de Gaulle, der zwar jederzeit zu bilateralen Treffen mit Eisenhower bereit war, sich aber gegen multilaterale Konferenzen sperrte. Herter wollte gerne einen westlichen Gipfel im Dezember vor dem Nato-Treffen arrangieren, während Eisenhower trotzig erwog, seine Reisepläne in den Iran und nach Pakistan und Indien wiederaufzunehmen. Eisenhower fand es „unverzeihbar“, dass de Gaulle, auch wenn er keinen Gipfel mit den Sowjets wünschte, sich auch weigerte, mit den Regierungen des Westens zu sprechen.<sup>1088</sup>

Am 21. Oktober informierte Burgess den Ständigen Nato-Rat – wenn auch fast einen Monat nach den Gesprächen von Camp David – erstmals offen darüber, dass die Begegnung mit Chruschtschow für Eisenhower viele Einwände gegen ein Gipfeltreffen beseitigt hätte, vor allem weil der sowjetische Führer seine Drohung gegen Berlin und seine harte Haltung zurückgenommen habe. Der veränderte Tonfall mache nun einen Ost-West-Gipfel möglich, und die westlichen Führer würden eine schwere Verantwor-

<sup>1085</sup> FRUS 1958-60 IX: 78-81. Vgl. auch DoS to Paris, 28 October 1959, Topol 761, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/10-2859.

<sup>1086</sup> Vgl. dazu FRUS 1958-60 IX: 69-72; De Gaulle to Eisenhower, 26 October 1959, *ibid.*, 96f.; de Gaulle, *Memoirs of Hope*, 221.

<sup>1087</sup> Herter to Houghton (Paris), Bruce (Bonn), and Whitney (London), 20 October 1959, „DeGaulle and US Détente“, USNA, RG 59, CDF, 396.1 (ÜdV).

<sup>1088</sup> Telephone Conversations between Eisenhower and Herter, 20 October 1959, DDEL, Dulles Papers, Dulles-Herter, Box 10, Presidential Telephone Calls, 1959 (1). (ÜdV). Vgl. dazu auch Herter to Houghton (Paris), Bruce (Bonn), and Whitney (London), 20 October 1959, „DeGaulle and US Détente“. Für Eisenhowers Antwort, siehe Eisenhower to de Gaulle, 21 October 1959, USNA, RG 59, CDF, 396.1. Eisenhower hielt es für ein „Pflichtversäumnis“ (ÜdA), wenn der Westen nicht eine westliche Position für ein Abrüstungsabkommen oder einen *modus vivendi* über Berlin anstreben würde, nachdem Chruschtschow sein Ultimatum zurückgenommen hatte. Gegenüber Macmillan spekulierte Eisenhower, de Gaulle warte offenbar auf eine „richtige“ sowjetische Abstimmung in der UNO-Abstimmung über die Algerienfrage als Evidenz für eine veränderte sowjetische Haltung. Eisenhower to Macmillan, 22 October 1959, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

tung auf sich nehmen, wenn sie sich jetzt weigerten, sich mit Chruschtschow zu treffen. Eisenhower glaubte, Sondierungsgespräche mit Moskau in Richtung eines Modus vivendi in Berlin seien nun denkbar. Spaak kommentierte Zeitungsartikel, wonach ein westlicher Gipfel zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich geplant sei, um die Bedingungen zu diskutieren, unter welchen ein Gipfel mit Chruschtschow möglich sein würde. Für Spaak stellte diese Entwicklung viele neue Fragen, an denen besonders die kleinen Nato-Staaten interessiert seien. Wann sollte ein allfälliger Ost-West-Gipfel stattfinden? Und mit welcher Agenda? Auch Italien, Holland, Belgien und die Türkei forderten weitere Informationen der westlichen Grossmächte zu dem geplanten westlichen Gipfel und einem allfälligen Ost-West-Gipfel. Sie hofften, dass der vorgesehene Westgipfel erst nach der Aussenministertagung der Nato im Dezember stattfinden würde, damit der Input der kleineren Nato-Staaten gewährleistet sein würde.<sup>1089</sup>

Auch wenn viele Nato-Staaten über die verzögerte Konsultation der USA in Bezug auf geplante Ost-West-Verhandlungen verärgert waren, so herrschte im Nato-Hauptquartier doch auch Erleichterung über den „Geist von Camp David“. Der *Assistant Secretary General for Political Affairs* Evelyn Shuckburgh brachte die Stimmung im westlichen Bündnis auf den Punkt, als er festhielt, nach dem Treffen in Camp David seien Ost-West-Verhandlungen und ein Gegenbesuch Eisenhowers in Russland im Frühjahr 1960 geplant. Damit sei die Berlinkrise vorläufig auf Eis gelegt und dies sei eine erfreuliche Entwicklung in den Ost-West-Beziehungen: „The very least we can say with assurance is that war is highly unlikely while these things are going on. No war before the spring; that is something, after all.“<sup>1090</sup>

## 5. Terminprobleme für den Atlantikrat im Dezember 1959

Nato-Generalsekretär Spaak war hingegen Ende Oktober „äusserst aufgebracht“ darüber, dass die Allianz über so wesentliche Dinge wie Chruschtschows Besuch in ein Nato-Land oder Pläne für einen West- oder West-Ost-Gipfel nicht rechtzeitig konsultiert worden war. Spaak wurde deshalb durch einen amerikanischen Beamten im Nato-Sekretariat mit dem Hinweis besänftigt, dass Staats- und Regierungschefs der Nato normalerweise nicht so aufmerksam wie ihre Aussenminister seien, um die Vorteile des Nato-Forums zu erkennen. Der Beamte schlug Spaak vor, das Dezembertreffen der Nato nach 1957 erneut auf die Stufe der Staats- und Regierungschefs zu heben.<sup>1091</sup> Das State Department hielt es Ende Oktober sogar für die „bei weitem beste Lösung“, das Treffen der Nato-Aussenminister vom Dezember auf den Januar 1960 zu verschieben, um bis dahin die Einigkeit innerhalb der Nato wiederherzustellen und eine einheitliche westliche Position zu finden.<sup>1092</sup>

Neben Spaak störten sich auch einzelne Delegationen am Gebaren der Grossen Vier und an der mangelnden Konsultation in der Nato. Der kanadische Aussenminister Howard Green nutzte am 28. Oktober einen Besuch bei der Nato, um die Bedenken seiner Regierung über die kürzlichen Konsultationen der Grossmächte ausserhalb der Allianz

<sup>1089</sup> Burgess (Paris) to DoS, 21 October 1959, Polto 670, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit). Vgl. auch Herters Instruktionen an Burgess: Herter to Burgess (Paris), 20 October 1959, Topol 713, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>1090</sup> Address by Shuckburgh, Paris, 22 October 1959, „How should the West handle a period of relaxed tension?“, NATO Subject Files, RG 84, USRO, Box 60, #320: East-West Relations 1959.

<sup>1091</sup> Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 27 October 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 45, Briefings October 1959 (ÜdV).

<sup>1092</sup> DoS to Paris, 28 October 1959, Topol 761, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV).

auszudrücken. Der Ständige Rat drückte sein Befremden darüber aus, dass ein westlicher Gipfel vor oder gleichzeitig zur Nato-Ministerratstagung im Dezember erwogen wurde. Der Rat betonte auch einmal mehr die Notwendigkeit rechtzeitiger Konsultation im Nato-Forum, bevor die westlichen Grossmächte definitive Entscheidungen fällten, welche die Allianz tangierten. Der türkische Nato-Botschafter Selim Sarper schlug einen Ost-West-Gipfel vor, der sich anstatt aus den traditionellen vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs aus allen Mitgliedern der Nato und des Warschaupakts zusammensetzte. Der norwegische Nato-Botschafter Boyesen hoffte, die Nato könne sich möglichst bald der Frage widmen, wie die Allianz auf die neue Situation der Détente von 1959 reagieren solle. Spaak erwähnte – wie von den USA ermutigt – die Idee, die Nato-Tagung wie 1957 als Nato-Gipfel durchzuführen. Spaak konstatierte, in letzter Zeit habe die multilaterale politische Konsultation in der Nato leider einen Rückschritt erlitten.<sup>1093</sup>

Die italienische Regierung ging gar so weit, der Eisenhower-Regierung über ihren Botschafter in Washington, Luigi Perrone ausrichten zu lassen, dass Italien die Teilnahme an einem Gipfel mit Chruschtschow fordern würde, sofern die Agenda über die Berlinfrage hinausginge. Italien wünschte zudem an den westlichen Vorbereitungen für ein Gipfeltreffen mit der Sowjetunion aktiv teilzunehmen.<sup>1094</sup>

In den letzten Oktobertagen entstand in informellen Gesprächen zwischen Burgess und Roberts, die sich gegen den Vorschlag des US-Aussenministeriums einer Verschiebung der Nato-Tagung auf Januar 1960 aussprachen, eine neue Idee: die Nato-Konferenz und der westlichen Gipfel sollten in eine Beziehung zueinander gesetzt werden, das heisst, das Treffen der Nato-Aussenminister sollte in zwei Teilen stattfinden und so den westlichen Gipfel umklammern. Auf Eisenhowers Rede vor dem Ständigen Nato-Rat am 3. September 1959 anspielend, telegraphierte Burgess nach Washington, dies wäre konsistent mit Eisenhowers Konzept einer Gleichberechtigung der einzelnen Nato-Mitglieder. Auch wenn in den Nato-Diskussionen unterschiedliche Sichtweisen vorgebracht würden, würden die USA von einer ehrlichen Diskussion im Nato-Rat letztendlich profitieren. Burgess glaubte nicht, dass Spaak zu einem Verschieben der Konferenz auf Januar 1960 gebracht werden könne. Spaaks Kritik reflektiere auch die Meinungen der „anderen elf“ Nato-Staaten, wonach die Ost-West-Beziehungen nicht nur die westlichen Vier, sondern alle Mitglieder der Allianz betrafen. Eine Verlegung des Nato-Treffens in den Januar würde der Interpretation Vorschub gewähren, wonach die kleineren Nato-Staaten nur bereits getroffene Entscheidungen der westlichen Vier „abstem-peln“ würden.<sup>1095</sup>

Das State Department gab dem Druck Spaaks und der kleineren Staaten nach und erklärte sich am 29. Oktober dazu bereit, das Nato-Treffen wie vereinbart vom 15. bis 17. Dezember abzuhalten und den westlichen Gipfel am 19. Dezember daran anzuschliessen. Eisenhower könne aber erst am 18. Dezember nach Paris reisen, so dass ein Nato-Gipfel nicht möglich sei. Über die Resultate des westlichen Gipfels sollten ein

<sup>1093</sup> Nolting (Paris) to DoS, 28 October 1959, Polto G-375, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit); Nolting (Paris) to DoS, 28 October 1959, Polto 723, *ibid.*; Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 29 October 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 45, Briefings October 1959.

<sup>1094</sup> Herter to Rome, 24 October 1959, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit).

<sup>1095</sup> Burgess (Paris) to Herter, 29 October 1959, Polto 725, Limited Distribution, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/10-2959.

oder mehrere Aussenminister der westlichen Vier den Ständigen Nato-Rat unterrichten.<sup>1096</sup>

In einem Rundbrief an die Nato-Missionen in Paris machte Spaak am 30. Oktober jedoch genau den Vorschlag, den Burgess und Roberts kurz vorher auch diskutierte hatten; nämlich das Ministertreffen erst am 17. Dezember mit der Diskussion politischer Fragen zu eröffnen und dann – während des westlichen Gipfeltreffens – am 18./19. Dezember durch die Verteidigungsminister die militärischen Probleme diskutieren zu lassen. Die Aussenminister der Nato sollten sich nach dem Vierergipfel nochmals treffen, um die Beratungen über die politischen Probleme aufgrund der Resultate, die durch den westlichen Gipfel erzielt würden, abzuschliessen und ein Kommuniqué zu genehmigen, welches die Position der Allianz in Bezug auf einen Ost-West-Gipfel definieren würde.<sup>1097</sup>

Die USA lehnten Spaaks Vorschlag jedoch aus drei Gründen ab. *Erstens* würde eine solche Umklammerung dem westlichen Gipfel einen zu engen Fahrplan aufzwingen. *Zweitens* würde es die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass aus dem Nato-Treffen ein Nato-Gipfel würde. *Drittens* würde die Präsenz zahlreicher Staats- und Regierungschefs in Paris Eisenhower zu vielen bilateralen Treffen zwingen, wofür ihm die Zeit schlicht fehle. Spaak solle deshalb von Burgess dazu gebracht werden, die ursprünglichen Daten zu akzeptieren.<sup>1098</sup> Die amerikanische Nato-Mission empfahl jedoch kein bilaterales Vorgehen bei Spaak, sondern eine grundsätzliche Diskussion im Ständigen Nato-Rat.<sup>1099</sup> Einmal mehr waren es die amerikanischen Nato-Beamten vor Ort in Paris, welche ihre Kollegen im Aussenministerium in Washington „erziehen“ mussten, wie wichtig die multilaterale Konsultation für die kleineren Nato-Staaten war.<sup>1100</sup>

Gegenüber Eisenhower beklagte sich Herter, dass Spaaks Plan den Zeitpunkt des westlichen Gipfels kompliziere. Herter wünschte sich, dass die Nato-Tagung vor dem Beginn des westlichen Gipfels abgeschlossen wäre und dass Couve de Murville anschliessend dem Ständigen Nato-Rat über die Ergebnisse des Gipfels berichten würde. Spaak sei allerdings, so Herter, ziemlich beunruhigt über die Ängste der kleineren Nato-Staaten.<sup>1101</sup> Burgess wurde instruiert, vor der nächsten Sitzung des Nato-Rats möglichst viele Nato-Botschafter von der amerikanischen Position zu überzeugen.<sup>1102</sup>

Als der Nato-Rat die kontroverse Frage am 4. November bei Abwesenheit Spaaks unter der Leitung seines Stellvertreters Alberico Casardi diskutierte, unterstützten je-

<sup>1096</sup> Herter to Burgess (Paris), 29 October 1959, Topol 778, *ibid*.

<sup>1097</sup> Spaak to NATO Delegations, 30 October 1959, „Ministerial Meeting of the North Atlantic Council“, NA, PO(59)1459. Vgl. auch Spaak to NATO Delegations, 30 October 1959, „Discussion of the Problem of the Summit Conference“, NA, PO(59)1461.

<sup>1098</sup> Herter to Burgess (Paris), 30 October 1959, Topol 786, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/10-3059; Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 2 November 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 45, Briefings October 1959.

<sup>1099</sup> Nolting (Paris) to DoS, 31 October 1959, Polto 760, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/10-3159.

<sup>1100</sup> Vgl. dazu allgemein Christian Tuschoff, „Alliance Cohesion and Peaceful Change in NATO“, in *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*, ed. Helga Haftendorn, Celeste Wallander, and Robert Keohane (New York: Oxford University Press, 1999), 140-161, 148ff.

<sup>1101</sup> Eisenhower-Herter et al. Meeting, 2 November 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 45, Staff Notes November 1959 (3). Als Eisenhower und Herter über eine Rüstungskontrollzone in Zentraleuropa diskutierten, machte der Präsident deutlich, dass er alliierte Einwände gegen eine solche Abrüstungsmassnahme wegen der US- Zahlungsbilanzprobleme nicht länger gelten lassen wollte: „He suggested that we concentrate very hard on what is good for the United States. He thinks there has been too much sensitivity over what our allies want in this field.“ Im Schatten einer Inspektionszone in Europa könnte Eisenhower den von ihm so dringend gewünschten Rückzug von US-Truppen aus Europa durchsetzen.

<sup>1102</sup> DoS to Paris, 2 November 1959, Topol 798, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

doch nur gerade Frankreich, die BRD und Norwegen die amerikanische Position. Die Überzeugungsarbeit von Burgess hinter den Kulissen des Nato-Rats war gescheitert. Vielmehr schien sich Spaaks Idee, den westlichen Gipfel ins „Sandwich“ zweier Aussenminister-Tagungen der Nato zu nehmen, durchzusetzen. Der „Spaak-Plan“ wurde von Belgien, Kanada, Holland, Dänemark, der Türkei, Griechenland und Portugal unterstützt. Der Rat beschloss absolute Geheimhaltung vor der Presse, solange in der Frage im Nato-Rat keine Einigkeit herrschte.<sup>1103</sup>

Herter wies Spaak auf dringlichem Wege nochmals darauf hin, dass die USA zwar die Mehrheit im Nato-Rat akzeptiere, dass es ihm selbst aber unmöglich sei, dem vorgesehenen zweiten Teil des Ministerrats der Nato beizuwohnen. Er müsse Paris am Abend des 17. Dezember verlassen, um die Zeit für dringend nötige Konsultationen mit Eisenhower zu nutzen. Er sehe für das Nato-Treffen daher keine Alternative zu den ursprünglich geplanten Daten vom 15. bis 17. Dezember.<sup>1104</sup> Der stellvertretende amerikanische Nato-Botschafter Fritz Nolting erwiderte jedoch, die Frage des Zeitpunktes der Nato-Tagung habe in Nato-Kreisen längst „grosse politische Bedeutung“ erlangt. Besonders Stikker und de Staercke betonten, die USA müssten sich nun entweder für die Nato oder für Tripartismus entscheiden.<sup>1105</sup>

Norstad berichtete Eisenhower von den „äusserst erhitzten“ Nato-Diskussionen. Andere Länder hätten die Tendenz der westlichen Vier – insbesondere Frankreichs – verurteilt, über Interessen aller Nato-Staaten voreilig und exklusiv zu entscheiden: „They are fearful that de Gaulle is getting his way and is denying them a consultative role.“ Da de Gaulle kein „Gruppenspieler“ sei, empfahl Norstad, solle sich Eisenhower „sehr stark auf den Nato-Rat abstützen“ (*play very heavily on the NATO Council*). Statt sich allzu sehr auf de Gaulle zu konzentrieren, solle er sich umso mehr darum bemühen, dass die anderen dreizehn Nato-Länder auf der Seite der USA waren.<sup>1106</sup>

Eine Woche später insistierte Spaak in einem Schreiben an Herter, die Koordination zwischen dem Nato-Treffen und der Konferenz der westlichen Vier sei wichtig. Er beklagte sich, dass sich die politische Konsultation in der Allianz leider in letzter Zeit dramatisch verschlechtert habe: „Whereas in 1958 and the first months of 1959, the situation with respect to political consultation was constantly improving, it is evident that there has been a serious set-back during the past few months.“<sup>1107</sup> Betreffend der Daten willigte Spaak schliesslich ein, die Nato-Konferenz bereits am 15. Dezember zu beginnen. Er beharrte aber aufgrund des Konsens im Ständigen Nato-Rat darauf, die Tagung bis am 21. Dezember zu planen. Spaak teilte auch gleich mit, dass die Niederlande, Belgien und Kanada dies unterstützten. Herter willigte seinerseits ein, eventuell zusammen mit den anderen westlichen drei Aussenministern die Nato am 21. Dezember

<sup>1103</sup> Nolting (USRO) to Herter, 4 November 1959, Polto 781, USNA, *ibid.*; Nolting (Paris) to DoS, DoS, 4 November 1959, Polto 385, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit). Vgl. auch Herter-Alphand Meeting, 4 November 1959, „Western Summit“, USNA, RG 59, CDF, 396.1; Kohler (EUR) to Herter, 4 November 1959, „Timing of NATO Ministerial Meeting in Relation to Western Summit“, USNA, *ibid.*; sowie Drew Middleton, „Spaak Demands Voice on Summit for All in NATO“, NYT (6 November 1959): 1.

<sup>1104</sup> Herter (Washington) to Paris, 5 November 1959, Topols 819+820, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1105</sup> Nolting (Paris) to DoS, 5 November 1959, Polto 805, USNA, *ibid.* (ÜdV).

<sup>1106</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 497-500 (ÜdV).

<sup>1107</sup> Spaak to Herter, 10 November 1959, *ibid.*, 504. Interessanterweise findet sich darin keine Reminiszenz an die Herausforderungen de Gaulles oder der Berlinkrise für die politische Kohäsion der Nato. Spaaks Formulierung, die Nato-Konsultation habe sich 1958 und Anfang 1959 „konstant verbessert“ überrascht etwas vor dem Hintergrund der heftigen Diskussionen um de Gaulles September-Memorandum von 1958 und dem zunehmenden Bilateralismus in der Berlin- und Deutschlandfrage.

über den westlichen Gipfel zu informieren.<sup>1108</sup> Damit war der Weg endlich geebnet für einen Kompromiss zwischen den USA und den kleineren Nato-Staaten in der Terminfrage des Atlantikrats vom Dezember 1959.

Der Ständige Nato-Rat diskutierte am 10. November nochmals über die Daten der Dezembertagung und entschied sich schliesslich für den 15. bis 17. sowie den 22. Dezember 1959.<sup>1109</sup> Nachdem der terminliche Rahmen geklärt war, konnten sich die Regierungen der Mitgliedstaaten endlich der Substanz der Tagung widmen.

### *Konsultationen in Washington*

Spaak hielt sich Mitte November im Vorfeld der Dezembertagung zu Konsultationen in Washington auf. Als er sich am 17. November mit Herter und Burgess traf, äusserte er sich nach der langen Kontroverse nun zufrieden mit den vorgesehenen Daten für den Atlantikrat. Nach dem Tauwetter von Camp David hielt Spaak die Nato-Tagung wegen dem rapiden Wandel in den Ost-West-Beziehungen für äusserst wichtig: „When there is an atmosphere of ‘détente’, it is necessary to give a clear statement of our position.“ Spaak wies darauf hin, dass die kleineren Nato-Staaten durch die jüngsten Ereignisse verunsichert worden seien und deshalb von den USA im Bündnis eine Führungsrolle erwarteten. Für den Westen sei, so Spaak, eine neue dramatische Initiative vom Format eines Marshallplans oder der Gründung der Nato nötig. Herter stimmte mit Spaaks Eindruck überein, dass es bei einer schwindenden sowjetischen Gefahr schwieriger sei, die Allianz zusammenzuhalten. Spaak und Herter kamen überein, dass die momentane Lage, mit der Aussicht auf Abrüstungsverhandlungen, nicht der geeignete Zeitpunkt sei, um in der Nato über eine Anpassung der militärischen Erfordernisse zu diskutieren. Abschliessend versprach Herter unverminderte amerikanische Unterstützung für adäquate politische Konsultation mit der Nato und hoffte, Spaak oder sein Stellvertreter Casardi könnten an der westlichen Arbeitsgruppe zur Gipfelvorbereitung Anfang 1960 persönlich teilnehmen.<sup>1110</sup> Spaak war erfreut über die Idee, auch wenn er anfänglich fürchtete, Italien werde sich wahrscheinlich gegen einen solchen Nato-Beobachter wehren, weil damit eine Vertretung Italiens in Washington weniger realistisch werde.<sup>1111</sup>

Dass ein Nato-Beobachter die Ambitionen Italiens auf prominentere Repräsentanz in den westlichen Gipfelvorbereitungen erschweren würde, war durchaus Hintergedanke der amerikanischen Idee. Der Vorschlag, dass Spaak als „Nato-Repräsentant“ an Vorbereitungen für einen allfälligen Ost-West-Gipfel teilnehmen könnte, stammte von Russell Fessenden, dem stellvertretenden Direktor von EUR/RA, dem für die Nato zuständigen Büro im State Department. Fessenden wollte damit nach den Schwierigkeiten mit dem „Spaak-Plan“ betreffend der Daten des Atlantikrats vom Dezember zu erwartenden Forderungen Italiens, Kanadas, der Türkei, der Beneluxländer und der Skandinavier zuvorkommen, die an den Gipfelvorbereitungen aktiv teilzunehmen wünschten: „The desire of all NATO countries to participate – or at least feel that they are participating – in

<sup>1108</sup> Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 10 November 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 46, Briefings November 1959. Vgl. auch Whitney (London) to DoS, 6 November 1959, Tel. 2460; DoS to Paris, 7 November 1959, Topol 838; Nolting (Paris) to DoS, 7 November 1959, Polto 818; Herter to Brussels, 8 November 1959, Tel. 510 – alle in USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>1109</sup> Nolting (Paris) to DoS, 10 November 1959, Polto 829, USNA, *ibid.*

<sup>1110</sup> Spaak-Herter-Burgess-White Meeting, Washington, 17 November 1959, „NATO Problems“, *ibid.*, 740.5. Vgl. DoS to Burgess (Paris), 20 November 1959, Topol 918, *ibid.*, 396.1-PA.

<sup>1111</sup> Herter to Nolting (Paris), 18 November 1959, Polto 908, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit).

the preparations for an East-West summit is a problem that is bound to plague us seriously from now on.“ Fessenden glaubte, dass insbesondere Spaaks Stellvertreter Casardi – ein Italiener – als Nato-Vertreter in den für die ersten Monate des Jahres 1960 geplanten Washingtoner Viermächte-Arbeitsgruppen ideal wäre.<sup>1112</sup>

Die Idee, dass Spaak oder Casardi an den substanziellen westlichen Viermächte-Diskussionen der Gipfelvorbereitungen teilnehmen sollte, stiess in Paris auf Interesse, aber auch – wie von Spaak erwartet – auf Skepsis. Nolting glaubte, dass die Franzosen einer solch prominenten Rolle des Nato-Generalsekretariats wohl kaum zustimmen würden. Er bezweifelte auch, ob die kleineren Nato-Mächte damit einverstanden wären, dass Spaak oder Casardi ihre Interessen vertreten würden. Zudem würde der Nato-Beobachter wegen der Partikulärinteressen der westlichen Vier in eine delicate Situation geraten: „The NATO Representative would be placed in a very awkward position with regard to reporting to the NAC on the work of the Working Group as it developed without airing and perhaps magnifying prematurely splits which might exist.“ Vielleicht würde der Nato-Beobachter zudem von den „anderen Elf“ zunehmend als Vertreter der Vier statt ihr eigener Interessensvertreter wahrgenommen, was dem Image des Generalsekretärs als neutraler Vermittler zwischen divergierenden Interessen schaden könnte. Längerfristig würden die Elf ihn wohl immer mehr mit den westlichen Vier statt mit der Nato insgesamt identifizieren. Gerade in Bezug auf die zunehmend destruktive französische Haltung in der Allianz hätte dies für Spaak negative Auswirkungen:

This is particularly true in view of the negative French attitude towards working through NATO which seems to face us with a least common denominator approach until the day we decide to pull up our socks and tell the French that we are going to work through NATO whether they like it or not.

Nolting fragte sich auch, ob Spaak überhaupt für die lange Zeit, während der die Arbeitsgruppe den Gipfel vorbereiten würde, von seinem Posten in Paris fernbleiben könnte.<sup>1113</sup>

Ein paar Tage später richtete Spaak dem State Department aus, dass er den amerikanischen Vorschlag, einen Repräsentanten der Nato in die spätere Phase der Gipfelvorbereitungen einzuschliessen, grundsätzlich gutheisse.<sup>1114</sup>

Am 24. November traf sich Spaak mit Eisenhower und wiederholte seine Argumente aus dem Treffen mit Herter. Von den USA erwartete der Nato-Generalsekretär einen sehr deutlichen Positionsbezug zur Détente von 1959. Die Europäer fürchteten, dass sich Washington Schritt für Schritt in Richtung einer friedlichen Koexistenz zubewege. Wenn die Europäer aber davon ausgingen, dass alle Probleme zwischen Ost und West gelöst würden, dann würden sie ihre Verteidigungsanstrengungen reduzieren.

An dieser Stelle kam die Diskussion auf die amerikanischen Truppen in der Nato zu sprechen. Eisenhower hielt fest, er hätte nie gedacht, dass das amerikanische Komman-

<sup>1112</sup> Tuthill to Kohler, 10 November 1959, *ibid.* Kohler hatte Fessendens Idee an Herter weitergeleitet. Um dem Drängen der kleineren Nato-Staaten nach Beteiligung an den Gipfelvorbereitungen nachzugeben, um der Malaise in der Allianz entgegenzuwirken und um Krisen in der Nato zu vermeiden, sollte Spaak oder ein Repräsentanten des Nato-Sekretariats an den Sitzungen der Viermächte-Arbeitsgruppe in Washington teilnehmen. Kohler (EUR) to Herter, 12 November 1959, „NATO Participation in Summit Working Group“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA, Box 1420 [falsch abgelegt unter Dezember 1956!].

<sup>1113</sup> Letter from Nolting (Paris) to Fessenden, 18 November 1959, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Relations 1959.

<sup>1114</sup> Herter to Nolting (Paris), 21 November 1959, Polto 924, USNA, RG 59, CDF, 396.1. Spaak traf sich mit Foy Kohler von der Europaabteilung.



do über die Nato-Truppen so lange andauern würde. Er meinte, auch ein Brite oder Franzose könnte SACEUR werden, sofern sich die Europäer auf einen europäischen Oberkommandierenden einigen könnten. Eisenhower hielt den amerikanischen Einfluss in der Nato-Militärorganisation für zu gross: „In any case the United States plays too big a part in it all.“ Er betonte, die amerikanische Truppenstärke müsse reduziert werden. Spaak warnte jedoch erneut vor den Folgen, wenn die USA einen unilateralen Entscheid treffen würden. Er ermutigte die USA, die kleineren Staaten dazu zu bringen, einen grösseren Verteidigungsbeitrag an die Nato zu leisten, insbesondere weil die wirtschaftliche Situation in Grossbritannien, der BRD und in kleineren Staaten gut sei: „Otherwise they will think that the rich, strong United States will always be there to help.“ Eisenhower lamentierte, er plädiere seit fünf Jahren für eine Reduktion der amerikanischen Truppen, aber jedes Jahr sei eine neue Krise entstanden. Dennoch meinte auch Eisenhower: „There is no reason why this country should be a big brother, or a grandfather, to everyone else.“ Der amerikanische Präsident fand, die Europäer sollten sich schämen, dass die USA Truppen auf ihrem Kontinent hatten.<sup>1115</sup>

Als Spaak daraufhin das zweite grosse Nato-Problem ansprach, nämlich die Haltung de Gaulles zur Allianz, kritisierte Eisenhower de Gaulles Einstellung, eine Armee könne nur dann eine gute Moral haben, wenn sie ihr eigenes Land verteidige, mit dem Hinweis, während des Zweiten Weltkriegs hätten seiner Meinung nach die amerikanischen Truppen im Ausland eine gute Kampfmoral bewiesen. Spaak fand, de Gaulles Vorstellungen von der Kriegsführung entsprächen solchen aus der Merowingerzeit, bloss habe sich der Krieg seit der Merowingerzeit stark verändert. Er hielt de Gaulles Haltung für extrem gefährlich für die Allianz. Er glaubte, die USA müssten aktiv gegen de Gaulle vorgehen und ihn in der Allianz isolieren:

If in NATO the United States takes a decisive lead, all the other countries will follow, and France will stand completely alone. If de Gaulle refuses to agree, we shall act alone. In my opinion, there is no possibility of convincing de Gaulle.<sup>1116</sup>

In Bezug auf den bevorstehenden Gipfel mit Chruschtschow gab Eisenhower Spaak Recht, dass der Westen durch das „süsse Lachen“ der Sowjets nicht getäuscht werden durfte: „Since the very beginning I have been saying that we cannot negotiate from weakness, but only from a position of strength.“ Bezüglich Berlin glaubte Eisenhower, Chruschtschow werde vielleicht sein Ultimatum definitiv zurückziehen und das Problem so entschärfen. Und was Nukleartests betraf, so war der amerikanische Präsident überzeugt, dass auch sein sowjetisches Gegenüber die Rüstungskosten reduzieren wolle. Chruschtschow wolle abrüsten, aber er könne die USA nicht dazu zwingen, dies zu seinen Bedingungen zu tun. In Erinnerung an den Neun-Mächte-Vertrag von 1922, der die japanische Aufrüstung nicht habe verhindern können, bestand Eisenhower darauf, dass er einem Abrüstungsabkommen nur bei gleichzeitiger Inspektion und Kontrolle zustimmen würde. In Anbetracht von Eisenhowers moderatem Optimismus hielt Spaak es

<sup>1115</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 518-524. Ein konziser Rückblick auf Spaaks Besuch in Washington befindet sich in: Position Paper, NMM D-1/1, December 1959, „NATO Political Consultation“, USNA, RG 59, CF, Box 206, CF 1554, Secretary's Briefing Book. Vgl. zu Eisenhowers Frust über die mangelnden Verteidigungsaufwendungen der einzelnen Nato-Staaten auch FRUS 1958-60 VII(1): 504-515. Siehe dazu auch Trachtenberg, *Reconstructed Peace*, 147-156.

<sup>1116</sup> Ibid. Als sich Herter Anfang Dezember gegenüber Eisenhower darüber beklagte, dass er bezüglich der Vorbereitung des westlichen Gipfels und der Nato-Tagung von den Franzosen „überhaupt keine Kooperation“ erhalte und dass auch Adenauer jeglichen Fortschritt blockiere, fand Eisenhower, er werde der starren Haltung der Franzosen und Deutschen langsam aber sicher überdrüssig. Eisenhower-Herter Meeting, 3 December 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 46, Staff Notes, December 1959 (ÜdV).

für nötig, dass die Nato im Dezember eine klare Erklärung abgab, dass der Westen zwar die verbesserte Détenteatmosphäre ausnutzen sollte, um die westliche Position zu verbessern; dass sich aber die sowjetische Haltung noch nicht fundamental geändert habe und dass die Nato deshalb ihre Verteidigungsbemühungen nicht reduzieren durfte, solange kein Abrüstungsabkommen mit der UdSSR zustande gekommen war. Eisenhower teilte diese Auffassung: „Nothing would be worse.“<sup>1117</sup>

Das Treffen zwischen Eisenhower und Spaak führte zu einer verbesserten Atmosphäre zwischen den USA und der Nato. Aufgrund seiner Gespräche in den USA konnte der Nato-Generalsekretär davon überzeugt werden, dass Washington Nato-Konsultationen über einen Ost-West-Gipfel unterstützte. Obwohl Spaak gerade nach Camp David den Unilateralismus der USA schärfstens kritisiert hatte, glaubte er im Herbst 1959 grundsätzlich immer noch an die Wichtigkeit einer klaren Führung Washingtons innerhalb der Nato.

#### **6. Die „Revolte“ in der Nato vom 18. November 1959**

Obwohl Spaak sich während seines Washington-Aufenthalts mit der Eisenhower-Administration zunehmend zu einigen schien, blieben die meisten Nato-Botschafter in Paris misstrauisch gegenüber dem Vorgehen der Vier. Der Frust über die schleppenden Vorbereitungen im westlichen Lager entlud sich in der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 18. November. Zahlreiche Vertreter der elf Nato-Staaten, welche sich von den Konsultationen der vier westlichen Grossmächte ausgeschlossen fühlten, beklagten sich heftig über den gegenwärtigen Zustand. Spaaks Stellvertreter Casardi eröffnete die Sitzung über die Vorbereitungen für ein westliches Gipfeltreffen mit einigen Fragen Spaaks an die einzelnen Delegationen. Die einzelnen Regierungen sollten ihre Einschätzung darüber abgeben, ob die Nato bereits in eine neue Phase der Ost-West-Beziehungen eingetreten sei; inwiefern sich diese Periode von der früheren unterscheide, ob es in der sowjetischen Politik wirklich einen Wandel gebe und was der Grund für einen solchen Wandel sei; was mit dem sowjetischen Konzept von friedlicher Koexistenz gemeint sei; wie die westlichen Mächte auf diese neue Herausforderung reagieren sollten; ob die Nato bereits jetzt darüber entscheiden solle, in welchen Punkten kein Kompromiss mit Moskau möglich sei; welchen Effekt friedliche Koexistenz auf die Rüstungsanstrengungen und politische Konsultation der Nato habe und mit welchen Schritten die politische Front gegen die sowjetische Offensive in ihrer neuen Form gestärkt werden könne.

De Staercke intervenierte an dieser Stelle und meinte, dies seien zwar fundamentale Fragestellungen, aber es gebe weitaus wichtigere Probleme – nämlich die Fragen, welche zur Zeit in Washington exklusiv von den vier westlichen Grossmächten besprochen würden. De Staercke verlangte, dass der Nato-Rat darüber informiert werde. Er glaubte, das fortwährende Schweigen der Vier schade der Nato und der westlichen Einheit vor dem Gipfeltreffen. Sicherlich hätten die Vier in Washington gewisse Ideen über die Berlin- und Deutschlandfrage sowie über den Einfluss spezifischer Abrüstungsvorschläge auf die Sicherheit des Nato-Gebiets diskutiert. Er verlangte, die westlichen Grossmächte sollten zumindest darüber Auskunft geben, ob sie nach wie vor zu den alten Vorschlägen stünden, welche während der Konsultationen in der Nato über die Genfer Verhandlungen im Frühjahr und Sommer 1959 diskutiert worden seien.

Die Vertreter der USA, Grossbritanniens und Frankreichs versicherten, dass in Washington bisher noch nichts von Substanz besprochen worden sei. Dies fand der ka-

<sup>1117</sup> Ibid.

nadische Botschafter Léger „sehr enttäuschend“. Noch am 4. November hätten die USA im Ständigen Nato-Rat versprochen, aus den Washingtoner Treffen würden substanzielle Ideen entspringen, welche die Nato vor dem westlichen Gipfeltreffen erörtern könnte. Nun sähe es aber so aus, als ob die Nato von den westlichen Vier keine Inhalte zur Vorbereitung des westlichen Gipfels in Paris erhalten würde. Er fand deshalb, die Aussenminister der Nato sollten im Dezember von sich aus einen fruchtbaren Austausch über die „Philosophie der Zukunft“ (de Staercke) pflegen, statt einfach auf den Input der Vier zu warten, worüber mit Chruschtschow am geplanten Gipfeltreffen im Frühjahr 1960 verhandelt werden sollte.

De Staercke hegte jedoch Zweifel, ob eine solche Diskussion der elf kleineren Nato-Staaten nützlich wäre. Diese hätten nämlich bereits früher ihre Sichtweise gegenüber den schweigenden Vier ausgedrückt. Die Vier hätten damals die Ansichten ihrer Alliierten „mit Interesse“ zur Kenntnis genommen. Niemand wisse aber, ob die Ansichten der elf Nato-Staaten irgend jemanden beeinflusst hätten, weil die Vier im Nato-Rahmen nie darüber sprechen würden: „Unless someone had anything new to say, it was hardly worthwhile going through this whole exercise again.“

Die Zweifel Kanadas und Belgiens wurden auch von anderen Nato-Botschaftern geteilt. Der Holländer Stikker wusste nicht, wie die kleineren Staaten die Staats- und Regierungschefs der westlichen Vier beeinflussen konnten, ohne zu wissen, worüber die vier Aussenminister im Dezember in Paris miteinander sprechen würden. Die Botschafter Italiens und Griechenlands, Adolfo Alessandrini und Michel Melas, verlangten wie Léger, die Nato solle von sich aus wichtige Fragen der Ost-West-Beziehungen diskutieren, da die Viermächte-Gruppe in Washington offensichtlich nicht im Interesse der Nato denken würde. Die eingangs von Casardi vorgelesenen Fragen Spaaks sollten von den Regierungen beantwortet werden, ohne weiter auf einen Input der westlichen Vier zu warten.

Der Norweger Boyesen und der Däne Mathias Aagaard Wassard fanden vermittelnd, das Ministerratstreffen im Dezember sollte sich auf die grundsätzlichen Probleme der Ost-West-Beziehungen und die Auswirkungen von friedfertiger Koexistenz auf die Nato konzentrieren, statt auf eine spezifische Diskussion der Agenda und der westlichen Taktik für den Gipfel zu hoffen. Dafür sei es im Dezember 1959 schlicht zu früh, da der Gipfel erst im Frühjahr 1960 stattfinden würde. Gleichzeitig warnte Boyesen aber vor den Auswirkungen bilateraler Treffen einzelner Grossmächte über gesamteuropäische Fragen, ohne die Nato darüber zu konsultieren:

[T]hese so-called European questions could very soon become issues of very close concern indeed to NATO and might even strike at the roots of the whole Alliance. He hoped very much that the other members of NATO would not wake up one day to find that some member countries had outside NATO produced a series of faits accomplis which would adversely affect the whole principle of political consultation in NATO.

Die westlichen Vier wurden schliesslich vom Rat aufgefordert, zuhanden der Nato über die Washingtoner Gespräche einen Bericht zu erstellen.<sup>1118</sup>

<sup>1118</sup> Roberts (Paris) to FO, 18 November 1959, Tel. 444, PRO, FO 371/146302; NAC Meeting, 18 November 1959, PRO, FO 371/146302. Vgl. auch, wenn auch deutlich weniger explizit, Nolting (Paris) to DoS, 18 November 1959, Polto 888, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit). Herter traf sich im November und Dezember 1959 in Washington mehrmals mit den Botschaftern der BRD, Frankreichs und Grossbritanniens, um in einer Art Lenkungsausschuss Ost-West-Verhandlungen vorzubereiten, bevor der Konflikt zwischen den Angelsachsen einerseits und Frankreich und der BRD andererseits auf der Dezembertagung der Nato an die Öffentlichkeit geraten würde. Siehe dazu FRUS 1958-60 IX: 105f. Haftendorn, „Das institutionelle Instrumentarium der Alliierten Vorbehaltsrechte“, 44.

Der stellvertretende amerikanische Nato-Botschafter Nolting fand nach der Sitzung, die Nato-Botschafter müssten damit beginnen, untereinander die verschiedenen Sichtweisen zu möglichen Themen eines Ost-West-Gipfels auszutauschen und in ihrer Substanz zu diskutieren. Damit würden die Nato-Diskussionen in einen konstruktiven Rahmen geführt und es könnten Ideen evoziert werden, die auch den USA nützlich sein würden. Die USA würden damit auch dem Drängen ihrer Verbündeten nach mehr politischer Konsultation nachgeben und auf das Gerede von einer „weiterbestehenden Malaise in der Allianz“ reagieren. Noltings Blick in die Zukunft der Nato blieb aber pessimistisch:

In general, I think NATO consultation seems to be in for a rough period. Given the predilection of de Gaulle to state his position publicly and then stick to it, given the comings and goings between the European capitals which may, it seems to us, face the U.S. with a pre-digested European position within the Western Four, and given our own usual position of trying to be the balance-wheel in the operation, I have the feeling that there will be pressures in Washington that will make it appear that we are afraid to state our position on any of these matters in the Council, while the other Three will be vocal in the Council or outside it. I think consideration might be given to our stating our tentative positions in the NAC perhaps earlier than we have in the past as the best antidote to the very troublesome situation which seems to be brewing.<sup>1119</sup>

Eine Woche später erhob Léger im Namen der kanadischen Regierung offiziell nochmals Protest über den fast vollständigen Mangel an Informationen an die Elf, was am westlichen Gipfel in Paris diskutiert werden sollte. Die Viermächte-Arbeitsgruppe in Washington scheine in einem Zustand „belebter Spannung“ zu verharren. Kanada sei deshalb ernsthaft besorgt darüber, ob die Ministerratstagung im Dezember seriös vorbereitet werde. Die Vier sollten endlich im Nato-Rahmen substanzielle Aspekte der Ost-West-Verhandlungen einbringen, und der Ost-West-Gipfel müsse unbedingt auf der Agenda des Ministerrats figurieren. Seine Kollegen aus Belgien, Griechenland, Norwegen, Dänemark und Holland unterstützten diesen Protest. Casardi – Spaak befand sich nach wie vor in den USA – versicherte Léger, seine Bedenken widerspiegelten Spaaks Gefühle. Spaak habe ihm ein Telegramm geschickt und darin den Nato-Rat aufgefordert, von sich aus die zentralen Aspekte der Ost-West-Beziehungen zu diskutieren und nicht länger auf die westlichen Vier zu warten. Roberts und der stellvertretende amerikanische Nato-Botschafter Nolting versprachen, den westlichen Vier liege sehr viel an der zukünftigen Kooperation mit der Nato.<sup>1120</sup>

## 7. Vorbereitungen auf den Atlantikrat vom Dezember 1959

Die amerikanische Nato-Mission in Paris wies Ende November 1959 auf zwei erschwere Faktoren für die Nato-Ministerratskonferenz hin. *Erstens* bestehe unter den Nato-Regierungen Verwirrung, ob bereits eine Détente herrsche und der Kalte Krieg vorüber sei. *Zweitens* habe das Nachlassen des sowjetischen Drucks in Berlin allianzinterne Schwierigkeiten hervorgehoben, zum Beispiel das Problem der Spaltung Europas in die Gruppe der Sechs und diejenige der Sieben oder die französische Haltung zur Nato inklusive Tripartismus sowie die Ängste vor einem „inneren Kreis“ in der Nato. Als wichtigste Ziele der USA für die Dezembertagung sah der stellvertretende Nato-Botschafter Nolting einerseits die Nachricht, dass die USA Verhandlungen mit den Sowjets nun etwas hoffnungsvoller entgegensehen; andererseits aber auch ein klares Bekenntnis zur

<sup>1119</sup> Letter from Nolting (Paris) to Fessenden, 18 November 1959 (ÜdV).

<sup>1120</sup> Roberts (Paris) to FO, 25 November 1959, Tel. 451, PRO, FO 371/146302 (ÜdV).

Bedeutung des Nato-Rats als wichtiges Forum für die Koordination der Ost-West-Politik.<sup>1121</sup>

Um die Debatten des Atlantikrats etwas zu strukturieren, versandte Generalsekretär Spaak am 4. Dezember den Nato-Missionen eine Liste der „zentralen Fragen in Bezug auf die Ost-West-Beziehungen“, welche in Paris diskutiert werden sollten. Spaak ersuchte die Nato-Regierungen um einen Positionsbezug in den Fragen, ob man von einer neuen Ära in den internationalen Beziehungen und von einer Détente zwischen Ost und West sprechen könne und welche Faktoren zu einer solchen Détente geführt hätten. Als Anzeichen einer Entspannung sah Spaak – der damit stark seine eigene Meinung in die Vorbereitung der Nato-Ministerratsdiskussionen einbrachte – folgende Entwicklungen: *Erstens* insistiere die Sowjetunion nicht länger auf einer sofortigen Lösung der Berlinfrage. *Zweitens* vertrete sie eine weniger negative Haltung in den Abrüstungsverhandlungen. *Drittens* gebe es in den Teststoppverhandlungen in Genf<sup>1122</sup> Fortschritte. *Viertens* habe das Antarktik-Abkommen<sup>1123</sup> ausgehandelt werden können. *Fünftens* sei der Tonfall Chruschtschows vergleichsweise relativ moderat geworden. Und *sechstens* habe die sowjetische Politik im sino-indischen Konflikt vermittelnden Charakter gezeigt. Zudem wollte Spaak von den Nato-Mitgliedern wissen, ob sich ihrer Meinung nach Chruschtschows Wahrnehmung nach seiner Amerikareise und den Besuchen westlicher Führer in Moskau verändert habe. Eine weitere Frage betraf die Definition des Begriffs „Détente“. Wenn das sowjetische Konzept einer friedlichen Koexistenz von einem Wettstreit und dem Sieg des Kommunismus ausging, gab es dazu ein Gegenkonzept des Westens? Zuletzt bat Spaak um eine Einschätzung der Auswirkungen der Détente auf die Nato: Bestand die Gefahr, dass die Illusion einer Entspannung die Wachsamkeit und Einheit des Westens gefährdete? Wie konnte militärisch ein ausreichender Rüstungseffort aufrechterhalten werden, wenn sich die Kriegsgefahr scheinbar reduzierte und bevor richtige Fortschritte in der Abrüstung erzielt werden konnten?<sup>1124</sup>

Als das State Department diesen „Détente-Fragebogen“ am 5. Dezember erhielt, teilte es Burgess mit, es sei zu spät für eine detaillierte Studie oder einen Kommentar vor dem nächsten Treffen des Nato-Rats am 9. Dezember. Es werde aber die angesprochenen Punkte in Herters Eröffnungsrede am Atlantikrat einbauen.<sup>1125</sup> Gegenüber Couve de Murville machte Herter kurz vor der Nato-Tagung klar, dass er in seinen Äußerungen das Thema „Détente“ mit einer gehörigen Portion Skepsis versehen werde.<sup>1126</sup>

<sup>1121</sup> Nolting (Paris) to DoS, 27 November 1959, Polto 957, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1122</sup> Zu den Teststoppvorschlägen der USA und der Sowjetunion vom 11. Februar respektive 19. März 1960, vgl. Macmillan, *Pointing the Way*, 185-193, Kistiakowsky, *Scientist at the White House*, 108f., Divine, *Blowing on the Wind*, 297-301, Ambrose, *Eisenhower II*, 564-568. Nach dem erfolgreichen Atomtest Frankreichs Mitte Februar 1960 waren Eisenhower und Macmillan bestrebt, weitere nukleare Proliferation zu verhindern. Eisenhower war deshalb bereit, für ein nukleares Teststoppabkommen in der Frage der Inspektionen, der Zusammensetzung der Kontrollkommission sowie der Dauer eines Moratoriums für kleinere Untergrundtests der Sowjetunion entgegenzukommen.

<sup>1123</sup> Das Antarktika-Abkommen, das die USA, die Sowjetunion, Grossbritannien und weitere neun Staaten unterzeichneten, sah einen Bann militärischer Waffen und ein Inspektionsrecht vor. Vgl. dazu FRUS 1958-60 II: 547-640.

<sup>1124</sup> Spaak to NATO Delegations, 4 December 1959, „Main Questions relating to East/West Relations which Require to be Discussed During the Forthcoming Ministerial Meeting“, NA, PO(59)1615.

<sup>1125</sup> DoS to Paris, 8 December 1959, Topol 1083, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1126</sup> Herter-Couve de Murville Meeting, 14 December 1959, „NATO and Western Summit Meetings“, MC/10, USNA, RG 59, CF, Box 206, CF 1549, NATO Ministerial Meeting, Paris, MemCons, December 1959.

Am 10. Dezember stellte das State Department seinen Bericht zu den amerikanischen Zielen an der Nato-Konferenz fertig. Die USA schätzten den Zustand der Nato trotz Problemen und Schwierigkeiten sowie Gerüchten einer Krise als „gesund“ ein. Militärisch präsentiere sich die Allianz so stark wie noch nie zuvor, den einzelnen Volkswirtschaften gehe es so gut wie noch nie seit 1945 und auch der Habitus politischer Konsultation habe sich zunehmend verbessert. Mit Ausnahme der ernsthaften Probleme mit de Gaulles Sichtweisen seien zudem auch die internen Konflikte in der Allianz weniger akut als auch schon. Bezugnehmend auf Noltings Vorschläge vom 27. November wies das Arbeitspapier auf die wichtigsten Problembereiche hin. Darunter zählte es vor allem Unsicherheit über den gegenwärtigen Stand und den zukünftigen Gang der Ost-West-Beziehungen:

There is doubt and uncertainty in the Alliance as to whether there already exists today a basic change in Soviet policy and whether it therefore is not incumbent on the West to alter its whole approach to the Soviets in matters of defense and negotiations. Differences in approach on Summity among the major powers make it difficult for them to consult fully and frankly with NATO as a whole, which adds to the uncertainty in the Alliance as a whole.

Zudem habe die französische Politik, Fortschritte in der Nato-Verteidigung zu blockieren und für Frankreich eine spezielle Rolle in einem inneren Kreis oder einem Dreier-Direktorat zu erreichen, bei den übrigen Mitgliedstaaten zu Missstimmung und Frustration geführt. Weil Zweifel über amerikanische Détentepolitik, gepaart mit Ängsten über einen amerikanischen Abzug aus Europa und mit de Gaulles Verweigerungspolitik, für die Nato gefährlich werden könnten, müssten die USA als Führer in der Allianz in den Nato-Debatten eine führende Rolle übernehmen.<sup>1127</sup>

## 8. Détente-Debatten der Nato-Aussenminister im Dezember 1959

Die Ministerkonferenz des Nato-Rats wurde am 15. Dezember 1959 erstmals im neuen Hauptquartier der Nato an der Porte Dauphine vom französischen Premier Michel Debré und dem norwegischen Aussenminister Lange eröffnet.<sup>1128</sup> Politische Themen waren die Auswirkungen der Détente nach Camp David auf die Nato sowie die westlichen Vorbereitungen für Ost-West-Verhandlungen mit der Sowjetunion. Zu Beginn des traditionellen „Rückblicks über die internationale Situation“ tadelte Spaak die westlichen Vier dafür, dass sie im Zusammenhang mit der Genfer Konferenz 1959 wichtige Schritte ohne Konsultation mit der Nato ergriffen hätten. Danach widmete er sich dem Geist von Camp David: „If an era of détente was in sight, the Alliance must ask itself whether it accepted the definition of coexistence given on several occasion by Mr. Khrushchev.“ Demnach war der militärische Wettstreit durch einen wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Kampf ersetzt worden. Der Generalsekretär hielt die Bedrohung für den Westen bei einer „friedlichen Koexistenz“ für mindestens genauso gefährlich wie während eines kalten Krieges. Die Herausforderung für die Nato bestand darin, während einer Entspannungsperiode die militärische Verteidigungsbereitschaft und die westliche

<sup>1127</sup> Scope and Objectives of NAC December Ministerial Meeting, 10 December 1959, D-O/2, USNA, RG 59, CF, Box 206, CF 1554, Secretary's Briefing Book. Zur amerikanischen Position in den wichtigsten Fragen siehe Position Paper, NMM D-1/7, „Berlin and German Reunification“, 10 December 1959, *ibid.*; Position Paper, NMM D-1/10, „Disarmament and Nuclear Test Negotiations“, 11 December 1959, *ibid.* Die kanadische Sicht im Vorfeld des Gipfels betonte Differenzen bezüglich Deutschland und Berlin-Verhandlungen zwischen einer „harten Linie“ (Dean Acheson) und einer „flexibleren Linie“ (Christian Herter) innerhalb der US-Regierung. Kanada solle die „Herter-Position“ unterstützen, schlug das kanadische Aussenministerium am 7.12.1959 vor. Vgl. DCER XXVI (1959): no. 113.

<sup>1128</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1959, 10:15 a.m., NA, C-R(59)43-E.

Einheit aufrecht zu erhalten. Am Ende seines Appells wies Spaak darauf hin, dass die Konsultation in der Nato nicht nur Europa, sondern auch Afrika und Asien betreffen sollte.<sup>1129</sup>

Erstmals in seiner Funktion als amerikanischer Aussenminister an einer Nato-Ministerkonferenz – im April 1959 hatte er noch als Stellvertreter den todkranken Dulles vertreten – stellte Christian Herter seinen Kollegen die konkreten Verhandlungsziele der USA in den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen vor. Einerseits sollten Fortschritte in der Rüstungskontrollfrage erreicht werden; andererseits standen Deutschland und Berlin im Zentrum von Washingtons Denken. Herter beruhigte die Westeuropäer, dass die USA ihre Truppen solange in Europa belassen würden, wie die sowjetische Bedrohung bestehen würde. Er forderte von Europa aber im Sinne einer fairen Lastenteilung einen grösseren Anteil an den Verteidigungsanstrengungen der Nato. Für das nächste Jahr stellte Herter eine amerikanische Langzeitplanung über die Zukunft der Nato in den 1960er-Jahren in Aussicht.

Belgiens Wigny teilte Spaaks grundsätzliche Skepsis gegenüber einer Détente. Zwar unterscheide sich die gegenwärtige internationale Situation von einem kalten Krieg. Für Belgien sei die Détente jedoch bislang bloss eine „Gemütsverfassung“, mangels konkreter Schritte oder Abkommen aber noch keine Realität. Es stünde keine partielle oder umfassende Lösung ausstehender Probleme an – Moskau verstehe unter Détente nicht eine Kooperation im westlichen Sinne des Begriffs. Für die bevorstehenden Verhandlungen mit Moskau hoffte Belgien vor allem auf konventionelle, kontrollierte Abrüstung und auf eine Lösung des Deutschlandproblems. Disengagement-Konzepte hielt Belgien jedoch aufgrund von Fortschritten in der Waffentechnologie für obsolet.

Norwegens Lange schlug am Ende der Morgensitzung eine Bresche für die Befürworter einer Entspannung. Seine Regierung glaubte, dass eine Entspannung in den internationalen Beziehungen bereits stattgefunden habe. Von der Nato-Politik gegenüber der Sowjetunion forderte Lange Initiative und Vorstellungskraft, vor allem im Bereich von Rüstungskontrolle und Abrüstung. Als gemeinsame Interessen von Ost und West sah Norwegen in diesem Bereich die Erkenntnis, dass ein Nuklearkrieg selbstmörderisch wäre und dass das nukleare Wettrüsten für beide Seiten eine inakzeptable finanzielle Bürde darstellte. Lange forderte von der Nato, gegenüber Moskau weiterhin als Einheit aufzutreten.<sup>1130</sup>

Am Nachmittag setzte Brentano die Diskussion mit einer für Bonner Verhältnisse recht milden Einschätzung fort. Er wies auf positive Zeichen wie die Genfer Nukleartestverhandlungen, den Antarktik-Vertrag und die Bereitschaft der Sowjetunion zu Ost-West-Verhandlungen hin und forderte: „NATO should contribute to efforts to seek a real détente. But the West must avoid the danger of wishful thinking or of letting down. The Soviets soft line makes the position all the harder.“

<sup>1129</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1959, 11:00 a.m., NA, C-R(59)44-E. Vgl. dazu auch das US-Positionspapier, welches darauf hinwies, dass Spaak und kleinere Nato-Regierungen sich in letzter Zeit darüber beklagt hätten, dass sie über den bevorstehenden Ost-West-Gipfel bisher zu wenig konsultiert worden seien. Position Paper, NMM D-1/1, „NATO Political Consultation“, NMM D-1/1, USNA, RG 59, CF, Box 206, CF 1554, Secretary's Briefing Book.

<sup>1130</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1959, 11:00 a.m., NA, C-R(59)44-E. Vgl. auch FRUS 1958-60 VII(1): 536ff. Vgl. auch Interim Report to the NAC of the Washington Quadripartite Consultations on Matters Relating to Summit Meetings, 9 December 1959, RG 84, USRO, Box 60, #320: East-West Relations 1959.

Der griechische Aussenminister Averoff nannte die Möglichkeit einer internationalen Entspannung zwar *das* Ereignis von 1959; er warnte jedoch vor „psychologischer Abrüstung“ und machte wieder einmal auf die spezielle Situation Griechenlands mit dem hohen Anteil an Kommunisten aufmerksam. Er wies aber auch darauf hin, dass ein so armes Land wie Griechenland natürlich eine Entspannung und eine Reduktion der Verteidigungsausgaben wünsche. Der portugiesische Aussenminister Marcelo Gonçalves Nunes Duarte Mathias bezweifelte, dass es den Sowjets mit der Détente wirklich ernst sei. Couve de Murville verglich die „spektakulären Wandel“ in der sowjetischen Aussenpolitik im Jahr 1959 mit dem vorhergehenden Jahr 1958, wo Krisen im Mittleren Osten, in Formosa und Berlin die volle Aufmerksamkeit der Nato erfordert hatten. 1959 habe es hingegen keine unmittelbare Krise gegeben. Frankreich glaubte, der Grund dafür liege in der festen Haltung, welche die Nato 1958 ergriffen hatte, und nannte dies eine wichtige Lektion.

Lloyd lobte Spaak für dessen „exzellente Analyse“ der Weltlage. „He believed that there had indeed been a beginning of a détente in relations between East and West, the momentum of which was important to maintain and which should be consolidated in 1960.“ In seiner Analyse von Chruschtschows Détentepolitik differenzierte der britische Aussenminister vier Faktoren: *Erstens* wies er – wie Lange – auf die Gefahren eines Nuklearkriegs hin. *Zweitens* förderten seiner Meinung nach auch innenpolitische Veränderungen und der Wunsch nach einem verbesserten Lebensstandard die internationale Détente. *Drittens* hielt er die Rolle der Persönlichkeit Chruschtschows für entscheidend. *Viertens* wies er darauf hin, dass Marx nie Krieg für nötig gehalten habe, um kommunistische Ziele zu erreichen; die kommunistische Ideologie spreche daher nicht per se gegen Entspannung. Der Westen müsse die Détente entsprechend definieren oder zumindest wissen, was Chruschtschow damit meine – nämlich die Fortsetzung des Kampfes auf nicht-militärischem Weg. Lloyd glaubte, die sowjetische Haltung habe sich immerhin bezüglich Abrüstung verändert. Moskau sei nun bereit zu konventioneller Abrüstung als einem ersten Entspannungsschritt und würde den Abzug von ausländischen Stationierungstruppen später vornehmen. Auch in der Frage von Kontrollformeln seien Fortschritte erreicht worden. Lloyd fand, die Ost-West-Verhandlungen sollten den Russen zeigen, dass sie sich mit ihrer veränderten Taktik – Détente statt Kaltem Krieg – auf dem richtigen Weg befanden.

Kanadas Green forderte wie Lange eine neue Nato-Maschinerie für Abrüstung und Entspannung. Der Westen solle Vorsicht mit Vorstellungskraft paaren und in seinen Verteidigungsbemühungen nicht nachlassen. Was die Frage betraf, ob die Veränderung in Chruschtschows Politik einen wirklichen Wandel oder blosser Taktik darstelle, schlug Green vor, zwischen Ressourcen (*capabilities*) und Intentionen Moskaus zu unterscheiden – die Ost-West-Gespräche sollten als Test für die Ehrlichkeit der Sowjetunion betrachtet werden.<sup>1131</sup>

Spaak hielt am Ende der Sitzung in einem bilateralen Treffen mit Burgess fest, dass die Nato auch im beginnenden Zeitalter einer Détente ihre Verteidigung aufrechterhalten müsse. Er kritisierte in scharfen Worten die Haltung Frankreichs, das sich bezüglich der integrierten Nato-Verteidigung quer stelle. Er könne innerhalb der Nato die „Stimmung einer Revolte“ gegen diese Situation feststellen. Burgess kommentierte daraufhin, dass sich auch das französische Militär und ein Grossteil der französischen Presse gegen

<sup>1131</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1959, 3:30 p.m., NA, C-R(59)45-E. Zur griechischen Haltung vgl. Theodore A. Couloumbis, *Greek Political Reaction to American and NATO Influences* (New Haven: Yale University Press, 1966).



de Gaulles Nato-Politik auflehnen würden.<sup>1132</sup> Auch Herter kommentierte abends in einem Telegramm an Eisenhower die Stimmungslage zwischen Amerikanern und Franzosen als „etwas angespannt“.<sup>1133</sup> Die Détente-Befürworter stellten sich bei der Diskussion über die Nato-Erklärung hinter die von Grossbritannien vorgeschlagene Formulierung, die Nato „begrüsse die seit der Frühjahrstagung verbesserten Ost-West-Beziehungen“. Das ging Deutschland und der Türkei zu weit, und nach langem Hin und Her entschieden die Minister sich zur vorsichtigeren Variante, wonach die Nato nur noch „hoffe, dass Ost-West-Verhandlungen die internationale Situation verbesserten“.<sup>1134</sup>

## 9. Unruhe in der Nato über die westliche Einladung zu einem Gipfeltreffen

Nach dem Treffen Eisenhowers, Macmillans, de Gaulles und Adenauers in Paris und Rambouillet<sup>1135</sup> trafen sich die Aussenminister der Nato nochmals am 22. Dezember. Couve de Murville begann den Bericht über die Vorbereitungen von Ost-West-Verhandlungen mit den Worten, die westlichen Vier seien zur Überzeugung gekommen, die internationale Situation lasse ein Gipfeltreffen mit Chruschtschow zu. Am 21. Dezember 1959 sei diese Einladung an Gromyko übergeben und als Konferenzort Paris sowie als Eröffnungstag der 27. April 1960<sup>1136</sup> festgelegt worden. Als Agendapunkte hatten die Vier die Themen Abrüstung, Deutschland, Berlin und Ost-West-Beziehungen definiert und als Teilnehmer die USA, Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion bestimmt. Was die Substanz der westlichen Position betraf, so verwies Couve de Murville auf das Kommuniqué der Vierer-Konsultationen vom 14. Dezember 1958 und auf die Nato-Deklaration vom 16. Dezember 1958.

Gleich die erste Wortmeldung zeigte, dass die anderen elf Nato-Staaten mit dem Vorgehen der westlichen Vier gar nicht einverstanden waren. Der türkische Aussenminister Fatü Zorlu war erbost über die Einsetzung eines „Weltdirektorats“ durch einen Gipfel der westlichen Drei mit der Sowjetunion. Das Prestige der Sowjetunion werde dadurch erhöht, während die Nato an Bedeutung verliere. Herter versuchte, die Gemüter zu beschwichtigen, und versprach, dass eine Institutionalisierung der Treffen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges nicht vorgesehen sei. Spaak zeigte zwar Verständnis für Zorlus Bedenken, machte aber darauf aufmerksam, dass sich die westlichen Vier in ihrem Kommuniqué vom 21. Dezember immerhin zu Konsultationen mit der Nato verpflichtet hätten. Spaak vertraute nach dem „erstklassigen Beispiel“ der Konsultationen im Zusammenhang mit der Genfer Aussenministerkonferenz von 1959 auf das Wort der USA, Grossbritanniens und Frankreichs.

Der italienische Aussenminister Martino beschwerte sich aber ebenso, dass „die nötigen umfassenden Vorabkonsultationen unter Verbündeten“ in diesem Fall nicht erfolgt seien. Belgiens Wigny sprach sich sowohl gegen einen Ost-West-Gipfel als auch gegen ein Dreier-Direktorat aus. Zorlu spezifizierte, dass der Nato-Rat von Couve de Murville im Namen der Drei angefragt werde, mit der Einladung an Chruschtschow zum Gipfel-

<sup>1132</sup> FRUS 1958-60 VII(1), 539-544.

<sup>1133</sup> Herter (Paris) to Eisenhower (Washington), 15 December 1959, CAHto 2, USNA, RG 59, CF, Box 206, CF 1552, ToCAH-CAHto.

<sup>1134</sup> Communiqué, 22 December 1959, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c591215a.htm> (6.2.2013). Die schwierige Entstehung der Kompromiss-Formulierung ist festgehalten im kanadischen Bericht über die Nato-Tagung in DCER XXVI (1959): no. 114.

<sup>1135</sup> Zum Westgipfel vgl. FRUS 1958-60 IX: 136-158; Kastner, „Ambivalent Ally“, 323-327; Adenauer, Erinnerungen, 23-28; Macmillan, Pointing the Way, 93-115; de Gaulle, Mémoires, 234-237; Eisenhower, Waging Peace, 508f.

<sup>1136</sup> Noch im Dezember 1959 wurde als Eröffnungstag schliesslich der 16. Mai 1960 festgelegt.

treffen ein *Fait accompli* gutzuheissen; das sei keine Konsultation. Während der dänische Aussenminister Jens Otto Krag relativ isoliert die Meinung vertrat, er halte die laufende Ministertagung für eine der besten seit je, und die USA, Grossbritannien und Frankreich dafür explizit lobte, gab nun auch Spaak zu, mit der gegenwärtigen Situation nicht ganz zufrieden zu sein. Er bekannte, Zorlu und Wigny hätten zu Recht auf den Unterschied zwischen dem Viererkommuniqué vom 21. Dezember 1959 – das Konsultationen mit der Nato in Aussicht gestellt hatte – und der nun bereits erfolgten Einladung an Chruschtschow hingewiesen. Zorlu ergriff noch einmal das Wort und ärgerte sich darüber, dass die drei Westmächte wichtige Entscheidungen ausserhalb des Nato-Rats und ohne Konsultation getroffen und das Nato-Prinzip der demokratischen Gleichheit verletzt hatten. Der holländische Aussenminister Luns machte den westlichen Drei ebenfalls den Vorwurf, dass sie die Nato in einer kontroversen Entscheidung nicht konsultiert hätten, obwohl dies gut möglich gewesen wäre.

Wie in Washington im November besprochen, schlug Spaak vor, einen „Nato-Beobachter“ (*NATO observer*) an die Arbeitsgruppen zur Gipfelvorbereitung zu entsenden, um eine enge Koordination der Drei mit der Nato zu gewährleisten. Während Herter einverstanden war, den Nato-Rat voll in die Vorbereitungen der Arbeitsgruppen einzubinden, hielt er die Idee eines Nato-Beobachters – nach den Besprechungen mit Spaak im November eher überraschend – für ungünstig, da sonst neben der Nato auch andere internationale Organisationen wünschen könnten, einen Beobachter zu entsenden. Das Treffen klang kurz vor Weihnachten aus, ohne dass der Nato-Rat in dieser Frage zu einem Konsens oder Entscheid gekommen war.<sup>1137</sup>

Nach seiner Rückkehr nach Ankara beklagte sich der türkische Aussenminister Zorlu beim amerikanischen Botschafter Fletcher Warren darüber, dass die drei Grossmächte in Paris erstmals in der Geschichte der Nato ausserhalb der Allianz über Probleme diskutiert hätten, die direkt die Nato betrafen. Kleinere Staaten hätten deshalb den Eindruck, die westlichen Drei wollten tatsächlich ein Direktoriat ausserhalb der Nato kreieren, um Ost-West-Beziehungen und das Verhältnis zur UdSSR in diesem intimeren Rahmen zu diskutieren. Zorlu hielt diesen Trend für einen äusserst gefährlichen Wendepunkt in der Entwicklung der Nato. Botschafter Warren hielt das Treffen für die „unfreulichste Konversation“, die er mit Zorlu je hatte, den er als „höchst emotional“ empfand. Warren erwiderte, Zorlu sehe Geister, wo keine existierten. Er sei sicher, die USA würden stets im Geist und im Rahmen der Nato handeln, besonders in der gegenwärtigen Situation, wo es so wichtig sei, dass die Nato eine gemeinsame Front bilde und die einzelnen Staaten ineinander Vertrauen hätten.<sup>1138</sup> Das State Department versicherte der Türkei daraufhin, Zorlus Ansichten würden in Washington ernst genommen und den USA sei die Bedeutung von möglichst umfassender Konsultation mit der Nato vor dem Gipfeltreffen bewusst.<sup>1139</sup>

Burgess versuchte das Verhalten der kleineren Nato-Staaten in der „lebhaften Debatte“ vom 22. Dezember zu deuten:

It would be easy to interpret this ‘revolt’ as merely an expression by the smaller powers of NATO of a desire for greater prestige through participation in Summit preparations. There was, of course, some of that psychology, but comments we have received [...] show that it had much deeper sources.

<sup>1137</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 22 December 1959, 9:30 a.m., NA, C-R(59)51-E (ÜdV).

<sup>1138</sup> Warren (Ankara) to DoS, 6 January 1960, Tel. 1495, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV).

<sup>1139</sup> DoS to Warren (Ankara), 8 January 1960, Tel. 1954, *ibid*.

Offenbar sei die heftige Reaktion der kleineren Nato-Staaten aus Angst vor de Gaulles Triumvirat-Idee erfolgt. Sie fürchteten offenbar aufgrund der Sprache der Briefe an Chruschtschow, dass Washington, Paris und London in einer Serie von Gipfeltreffen die wichtigsten Weltprobleme diskutieren würden, und forderten bessere Konsultation und Kooperation im westlichen Lager. Das Kommuniqué der Vier töne, als ob die USA de Gaulle's Idee gutheisse. Burgess empfahl, die Nato in die Vorbereitung eines weiteren westlichen Gipfels besser einzuspannen, um solche Missverständnisse in Zukunft möglichst zu vermeiden.<sup>1140</sup> Die Versicherungen von Burgess täuschten jedoch darüber hinweg, dass Eisenhower im Treffen mit de Gaulle und Macmillan der französischen Forderung nach einem Dreier-Direktoriat in der Tat sehr nahe gekommen war.<sup>1141</sup>

## 10. Einschätzungen der Dezembertagung der Nato

Trotz dieser Panne waren die USA mit den Nato-Debatten insgesamt sehr zufrieden. In einem Rundtelegramm hielt das US-Aussenministerium die Ministerratstagung für „eine der nützlichsten“ der letzten Jahre, da die Diskussionen durchwegs „konstruktiv, engagiert und ehrlich“ gewesen seien. Alle Staaten – ausser Frankreich – hätten ihre Bereitschaft signalisiert, in den kommenden Monaten die Stärke und Einheit der Allianz zu bewahren, damit der Westen in Paris im Frühjahr 1960 aus einer Position der Stärke mit der Sowjetunion verhandeln konnte. Die kleineren Nato-Länder hätten eine beträchtlich aktivere Rolle als üblich gespielt und ihr Unwohlsein darüber ausgedrückt, dass ihre Interessen durch die westlichen drei Verhandlungsmächte übergangen werden könnten. Sie betonten die Wichtigkeit der Nato als einer „Allianz der Ebenbürtigen“.<sup>1142</sup> Die kanadische Regierung nannte die Dezember-Tagung ebenfalls „erfolgreich“ und meinte damit insbesondere die geplanten Konsultationen über Abrüstung und Ost-West-Beziehungen innerhalb der Nato zur Vorbereitung des Gipfels mit Chruschtschow.<sup>1143</sup>

Zu einer ganz anderen Einschätzung kam die deutsche Regierung. Adenauers Vertrauter Heinrich Krone notierte in sein Tagebuch: „Die Sowjets brauchen mit Paris nicht unzufrieden sein. So fest wie ehemals ist der Westen nicht mehr. Die Welt ist müde und satt.“<sup>1144</sup> Blankenhorn konstatierte im traditionellen Jahresrückblick in seinem Tagebuch ebenfalls eine „deutliche Schwäche“ des Nato-Bündnisses. Die politische Konsultation habe sich wegen de Gaulles Haltung zur Nato deutlich verschlechtert. Die französische Regierung, so lamentierte Blankenhorn, tue alles, um „die Konsultation innerhalb der Nato zu schwächen.“<sup>1145</sup> Brentano war hingegen zufrieden, dass 1959 die westliche Einheit trotz sowjetischer Untergrabungsversuche grundsätzlich hatte bewahrt werden

<sup>1140</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 561f. (ÜdV). Die „starke Opposition“ der kleinen Nato-Staaten gegen ein politisches Direktorium der drei (oder vier) westlichen Grossmächte wurde auch Eisenhower gegenüber erwähnt. Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 28 December 1959, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 46, Briefings December 1959.

<sup>1141</sup> Vgl. Frankreich, Schmitt, 75. Eisenhower bot de Gaulle dabei sogar „klandestine Dreiertreffen ohne Verbindung zur Nato“ an, in Washington, London oder Paris, aber de Gaulle wollte keine informellen Geheimtreffen, sondern ein formelles Direktoriat. Vgl. Reyn, *Atlantis Lost*, 240f.

<sup>1142</sup> Herter to All Diplomatic Missions, 24 December 1959, Circ. Tel. 853, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV). Vgl. auch Burgess (Paris) to All NATO Capitals, 7 January 1960, Circ. Tel. 673, *ibid.* Der Nato-Oberkommandierende Norstad hielt das Nato-Treffen ebenfalls für „etwas lebhafter“ als in vergangenen Jahren. Norstad to McCone, 29 December 1959, DDEL, Jackson Papers, Box 73, John McCone (2) (ÜdV). Ebenfalls beeindruckt hatten Norstad Averoff und Zorlu, Lange sowie – mit Abstand am meisten – Strauss, dessen Beiträge Norstad für „brillant“ hielt.

<sup>1143</sup> DCER XXVI (1959): no. 114.

<sup>1144</sup> Krone, „Aufzeichnungen“, 155.

<sup>1145</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 31. December 1959, BA, NL Blankenhorn, Bd. 98a.

können. Er schloss daraus: „Die Sitzung des Nato-Rats hat also mehr erbracht, als ursprünglich erwartet werden konnte. Insbesondere hat sich die Nato erneut als Mittelpunkt der notwendigen engen Zusammenarbeit aller seiner Mitgliedstaaten bewährt.“<sup>1146</sup>

Spaak verbrachte den Jahreswechsel in aufgebrachter Stimmung. Sein Schwiegersohn A.M. Palliser, der auf der britischen Botschaft in Paris arbeitete, übermittelte dem britischen Aussenministerium am 28. Dezember 1959 eine interessante Innenansicht von Spaaks Denken. Palliser hatte seinen Schwiegervater über die Feiertage „bitter, ungehalten und niedergeschlagen“ erlebt. Spaak sei stark beunruhigt über die Zukunft der Nato und entrüstet über die USA, Grossbritannien und Frankreich. Er glaube, de Gaulle habe sein Ziel eines Direktoriats erreicht, obwohl Frankreich seit de Gaulles Amtsantritt jegliche Kooperation mit der Nato verweigert habe. Dass die USA, Grossbritannien und auch die BRD bereit seien, de Gaulle nachzugeben, könne Spaak nicht verstehen. Er sei klar gegen eine „Weltregierung“ der grossen Drei in Form von regelmässigen westlichen Gipfeltreffen. Die Tendenz zu einem Dreier-Direktorat vernachlässige die Interessen der kleineren Nato-Staaten, für die dadurch der Anreiz zur Neutralität grösser werde. Noch schlimmer fände Spaak die Aussicht auf ein Direktorat der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, einschliesslich der Sowjets, das aus einer Serie von Ost-West-Gipfeln entstehen könnte. Der britische Botschafter in Paris, Gladwyn Jebb, empfahl deshalb, Spaak nach London einzuladen, damit er beruhigt werden könne. Jebb hielt die Vorwürfe Spaaks für übertrieben, gab aber zu, dass sie tiefe und tatsächlich vorhandene Ängste vieler Nato-Delegationen in Bezug auf die Politik de Gaulles’ im Besonderen, aber auch gegenüber der USA und Grossbritannien reflektierten.<sup>1147</sup> Roberts präzierte, dass sich Spaaks Zorn vor allem gegen Frankreich und die USA, weniger gegen Grossbritannien richte, da es namentlich Eisenhower gewesen sei, der die notwendige Konfrontation mit de Gaulle über die Nato bisher gescheut habe.<sup>1148</sup>

## 11. Fazit

Im Herbst 1959 verdrängte Eisenhowers überraschende Détentepolitik und seine Wende in der Frage eines Treffens mit Chruschtschow die Tripartismus-Forderungen de Gaulles als dringendstes allianzinternes Problem. Die Nato war besorgt über die mangelnde Konsultation im Vorfeld von Eisenhowers Entscheidung, Chruschtschow in die USA einzuladen, und forderte in der verbleibenden Zeit bis zum Gipfel der Supermächte eine Konsultation des US-Aussenministers vor Ort. Die USA hatten zunächst nur bilaterale Treffen mit Macmillan, de Gaulle und Adenauer geplant gehabt, doch gaben sie dem Druck der Nato nach. Anfang September 1959 besuchten sowohl Eisenhower als auch Herter den Ständigen Nato-Rat in Paris und versicherten der Nato ihre volle Loyalität und Unterstützung. Vor allem der Besuch Eisenhowers war ein wichtiges Symbol. Zuvor war die Eisenhower-Regierung für ihre Détentepolitik in informellen Treffen führender Nato-Persönlichkeiten am Comer See stark kritisiert worden.

<sup>1146</sup> Ergebnisse der Nato-Ministerratskonferenz, 15.-17.12.59, PAAA, Referat 301, Bd. 148, 83-00-2: Ministertagungen 1959.

<sup>1147</sup> Memorandum by Palliser (Paris), 28 December 1959, „Monsieur Spaak’s Views on the Recent NATO Meeting“, PRO, FO 371/154552 (ÜdV). Auch Spaaks rechte Hand, der Brite Evelyn Shuckburgh, dokumentierte in seinem handschriftlich geführten Tagebuch den ausserordentlich erregten Zustand Spaaks. Shuckburgh Diary, entries of 15 December 1959, 22 December 1959, and 23 December 1959, Shuckburgh Papers, MS 191/1/1/7.

<sup>1148</sup> Roberts (Paris) to Rumbold (London), 9 January 1960, PRO, FO 371/154552.

Unmittelbar nach den Gesprächen Eisenhowers mit Chruschtschow in Camp David beschleunigte sich durch den „Geist von Camp David“ die Annäherung der Supermächte. Der Allianz drohte hingegen die Gefahr, immer weniger Einfluss auf die Ost-West-Beziehungen nehmen zu können. Weil im Oktober 1959 noch keine Einigkeit unter den USA, Britannien, Frankreich und der BRD bezüglich eines Viermächtegipfels mit der Sowjetunion bestand, wurde das Thema im Nato-Rat zunächst tabuisiert. Die Proteste Spaaks und der kleineren Nato-Staaten liessen nicht lange auf sich warten. An der Frage, wie ein geplanter Gipfel Eisenhowers, Macmillans, de Gaulles und Adenauers im Dezember mit der Aussenministertagung der Nato in Beziehung gesetzt werden sollte, entzündete sich im November 1959 eine langwierige Diskussion über das Verhältnis der Grossmächte und der kleineren Staaten in der Nato. Für einmal gelang es Spaak und den „anderen Elf“, sich gegen die Grossmächte durchzusetzen. In der Terminfrage entschied sich der Nato-Rat trotz Druckversuchen der USA dafür, dem Vorschlag Spaaks zu folgen, wonach der Atlantikrat den West-Gipfel umklammern sollte und die Resultate des westlichen Gipfels nochmals auf Aussenministerstufe diskutiert werden sollte.

Spaak bewies sich als engagierter Sprecher der Nato, als er mit der Eisenhower-Administration im November 1959 die immer grösser werdenden politischen Probleme in der Nato in Washington diskutierte. Während seiner Abwesenheit eskalierte die Spaltung im Nato-Rat an der Sitzung vom 18. November 1959 – der Frust der Elf über die mangelnde Konsultationsleistung der Vier entlud sich und zeigte, wie sensibel die Nato-Mitglieder in dieser Frage waren. An der Dezembertagung fand unter Spaaks Führung eine spannende Grundsatzdiskussion über die Wünschbarkeit einer Détente in den Ost-West-Beziehungen statt. Das Misstrauen der kleineren Mächte blieb jedoch bestehen, wie der zweite Teil der Aussenministertagung vom 22. Dezember 1959 bewies. Fünf Monate vor dem Pariser Gipfeltreffen Eisenhowers, Macmillans und de Gaulles mit Chruschtschow bestand beim Nato-Generalsekretär und den elf kleineren Nato-Mitgliedstaaten eine beträchtliche Verunsicherung über die bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen. Mit der stets so ostentativ hervorgehobenen Allianzsolidarität stand es nicht gerade zum Besten. Für die Nato begann eine kritische Periode ihrer Existenz.



## IX. Die Nato und der Ost-West-Gipfel in Paris (1960)

Die ersten vier Monate des Jahres 1960 wurden im westlichen Lager intensiv genutzt für die Feinabstimmung der Positionen für das vereinbarte Gipfeltreffen mit der Sowjetunion. Zunächst diskutierte der Ständige Nato-Rat unter Spaaks Führung die Konsultationsmechanismen zwischen den westlichen Vier und der Nato. Dabei forderten vor allem Italien, die Türkei, Belgien und Kanada eine stärkere Mitsprache der Nato. Auch der amerikanische Vorschlag eines „Nato-Beobachters“, der an den Sitzungen der Arbeitsgruppen der westlichen Vier teilnehmen sollte, war innerhalb der Nato nicht unumstritten (*Kapitel 1*). Erst als die Modalitäten der Konsultation der Vier mit der Nato geklärt waren, widmete sich der Ständige Nato-Rat auch der Substanz der westlichen Verhandlungsposition (*Kapitel 2*). Am Atlantikrat in Istanbul wurden Anfang Mai die letzten Absprachen auf multilateraler Ebene getroffen (*Kapitel 3*). Neben den Diskussionen zum Ost-West-Gipfel wurde die Istanbuler Aussenministertagung von den Diskussionen um die politischen Konsultationen im Bündnis geprägt (*Kapitel 4*). Während die Erwartungen an einen Durchbruch in den Ost-West-Beziehungen kurz vor dem Gipfel bereits gedämpft wurden, stieg in der Nato die Nervosität vor einem überraschenden Coup der westlichen Vier (*Kapitel 5*). Nachdem Chruschtschow den Pariser Gipfel aufgrund des Abschusses eines amerikanischen Spionageflugzeugs über sowjetischem Territorium platzen gelassen hatte, konnte die Einheit in der Nato wieder hergestellt werden (*Kapitel 6*).

### 1. Ängste in der Nato vor Ungleichheiten innerhalb des Bündnisses

Als der Ständige Nato-Rat am 13. Januar 1960 darüber diskutierte, wie die Konsultationen der Gipfelvorbereitungen im Nato-Rahmen gewährleistet werden sollten, hatte sich Spaak trotz der grossen Sorgen, die er sich über die Feiertage gemacht hatte, wieder beruhigt.<sup>1149</sup> Er eröffnete die Sitzung mit den Worten, dass die vereinbarten Prozeduren die Entscheidungen des Ministerrattstreffen vom Dezember 1959 nicht nur berücksichtigten, sondern sogar verbesserten, indem der Nato-Rat in Paris zum koordinierenden Forum in Bezug auf Ost-West-Beziehungen aufgewertet wurde. Die Organisation bestand aus speziell für Deutschland-, Abrüstungs- und Ost-West-Fragen zuständigen Arbeitsgruppen. In der Arbeitsgruppe „Deutschland und Berlin“ waren die USA, Grossbritannien, Frankreich und die BRD vertreten; in der Abrüstungs-Gruppe zudem Kanada und Italien und in derjenigen über Ost-West-Beziehungen die USA, Grossbritannien, die BRD und ein Nato-Beobachter.<sup>1150</sup> Die USA, Grossbritannien und Frankreich waren zudem

<sup>1149</sup> Roberts (Paris) to Rumbold, 14 January 1960, PRO, FO 371/154552. Roberts hatte sich am 12.1.1960 mit Spaak getroffen.

<sup>1150</sup> Roberts (Paris) to FO, 13 January 1960, Tel. 4, PRO, FO 371/153775. Vgl. auch DoS to (Paris), 12 January 1960, Topol 1283, USNA, RG 59, CDF, 396.1/1-1260; Merchant (Acting Secretary of State) to Burgess, 13 January 1960, „NATO Consultation and Summit Preparations“, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Fessenden to Nolting (Paris), 8 January 1960, USNA, RG 59, Office of Atlantic Politico-Military Affairs, Records Relating to NATO, 1957-64 (APMA-NATO), Box 2, Summitry; Circular Telegram no. 895, 8 January 1960, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Vgl. zur Errichtung der Konsultationsgremien im Januar 1960 insbesondere auch Haftendorn, „Das institutionelle Instrumentarium der Alliierten Vorbehaltsrechte“, 44f. Die Washingtoner Botschaftergruppe hatte ursprünglich in der Arbeitsgruppe „Ost-West-Beziehungen“ neben den drei Mächten die BRD involvieren wollen. Aufgrund von Einwänden anderer Nato-Staaten wurde stattdessen der Nato-Generalsekretär bzw. ein „Nato-Beobachter“ zu den Beratungen hinzugezogen. Zudem wurde vereinbart, dass diese Gruppe nicht in Washington, sondern in Paris, bei Bedarf auch in London, tagen würde.

übereingekommen, dass ein Viermächte-Lenkungsausschuss, der sich aus US-Aussenminister Herter und den Botschaftern Grossbritanniens, Frankreichs und der BRD in Washington zusammensetzte, die Vorbereitungsarbeiten koordinieren sollte. Weil aber Italien strikte gegen den Einschluss der BRD in einen solchen Lenkungsausschuss war, waren kurz vor der Sitzung des Nato-Rats am 13. Januar Spaak und die Nato-Botschafter der vier Westmächte übereingekommen, in der Sitzung den Lenkungsausschuss gar nicht zu erwähnen, sondern nur die drei untergeordneten Arbeitsgruppen. Spaak hatte zudem erfahren, dass neben Italien auch Belgien und die Türkei gegen die vorgesehenen Gipfelvorbereitungs-Arrangements protestieren würden.<sup>1151</sup>

Nachdem in der regulären Sitzung des Nato-Rats vom 13. Januar Spaak und Burgess die drei Arbeitsgruppen vorgestellt hatten, intervenierten die Vertreter Italiens, Kanadas, Belgiens und der Türkei und beklagten sich über eine mangelnde Partizipation und eine Verletzung des Gleichheitsprinzips in der Nato. Der stellvertretende italienische Nato-Botschafter Pinna Caboni erklärte, dass die italienische Regierung sich mit der vorgeschlagenen Prozedur nicht einverstanden erklären könne, weil diese weder die Parität unter den Nato-Verbündeten respektiere noch ihr gleichberechtigtes Interesse an den Vorbereitungen für den Gipfel anerkenne. Caboni schlug vor, dass der Lenkungsausschuss aus allen Mitgliedern der verschiedenen Arbeitsgruppen bestehen und die Arbeitsgruppe „Ost-West Beziehungen“ durch die Türkei und/oder Griechenland sowie die Niederlande und/oder Belgien um zwei bis vier Vertreter ergänzt werden sollte. Seine Äusserungen schlossen mit der indirekten Drohung, dass Italiens Position innerhalb der Nato und insbesondere Italiens militärischer Beitrag an die Allianz von den Entscheidungen abhängen würden, die der Nato-Rat in dieser Sache treffen würde.

Spaak lobte trotzdem nochmals die Vorschläge der Westmächte, sorgfältig darüber hinweggehend, dass die BRD für den Lenkungsausschuss vorgesehen war. Hätte Italien davon gewusst, wäre der italienische Zorn auf die Grossmächte wohl noch grösser gewesen. Spaak betonte aber, dass wichtige Entscheidungen nur nach voller Konsultation mit dem Nato-Rat getroffen werden sollten.<sup>1152</sup>

Offenbar führte Spaaks straffe Führung und rigorose Antwort an die Adresse Italiens dazu, dass Belgien, Kanada und die Türkei, welche zuvor mit der italienischen

<sup>1151</sup> Burgess (Paris) to DoS, 13 January 1960, Polto 1317, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit).

<sup>1152</sup> Roberts (Paris) to FO, 13 January 1960, Tel. 4, PRO, FO 371/153775. Vgl. auch Burgess (Paris) to DoS, 13 January 1960, Polto 1315, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA; Burgess (Paris) to DoS, 13 January 1960, Polto 1315, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit). Die britische Botschaft in Rom kommentierte die italienische Drohung, die Haltung zur Nato zu überdenken als unverhältnismässigen Erpressungsversuch. Offenbar ziele Rom darauf ab, dem Beispiel de Gaulles zu folgen und durch eine unabhängigere Aussenpolitik nationales Prestige zu erzielen. Clarke (Rome) to Fo, 14 January 1960, Tel. 25, PRO, FO 371/153775. Diese Einschätzung teilte Casardi, Spaaks italienischer Stellvertreter. Burgess (Paris) to Herter, 15 January 1960, Polto 1338, Limited Distribution, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit). Zu Italiens Nato-Politik im Allgemeinen vgl. Antonio Varsori, „A Minor Ally? Italy and the Atlantic Alliance from the Collapse of the EDC to the French Decision to Leave NATO (1954-67)“, in *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, hrsg. von Hans-Joachim Harder (München: Oldenbourg, 2000), 75-90; Antonio Varsori, „Italiens Aussen- und Bündnispolitik 1949-56“, in *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten* (München: Oldenbourg, 2000), 239-253. Spaaks Stellvertreter hielt die „schreckliche moralische Krise“ in der Nato, weil die Italiener und Kanadier sich von den Gipfelvorbereitungen ausgeschlossen fühlten, in seinem Tagebuch fest. Shuckburgh Diary, 8 January 1960, Shuckburgh Papers, MS 191/1/1/7.



Haltung sympathisiert hatten, sich weniger kritisch äusserten.<sup>1153</sup> Als Italien und die Türkei die Frage der Partizipation in den Vorbereitungs-Arbeitsgruppen am nächsten Treffen des Ständigen Nato-Rats am 20. Januar wiederaufnehmen wollten, blockte Spaak die Diskussion mit dem Hinweis ab, er sei noch nicht bereit für eine solche Debatte.<sup>1154</sup> Herter wehrte sich gegen den italienischen Vorwurf und hielt es für wichtig, die amerikanische Sicht des Verhältnisses zwischen den westlichen Drei und der Nato in einem langen Telegramm an Burgess darzustellen. Zunächst versicherte er, die USA würden selbstverständlich in den Verhandlungen mit der Sowjetunion dauernd die Interessen der anderen Nato-Länder berücksichtigen, wie sie bilateral und im Nato-Forum ausgedrückt würden. Würden Washingtons Nato-Verbündete tatsächlich glauben, die USA würden ein Abkommen mit Moskau abschliessen, das den geäusserten Meinungen der Alliierten widersprechen würde? Herter befürchtete, dass die Frage der Gleichwertigkeit zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt auftauchen würde, sollte die Sowjetunion den Eindruck erhalten, die westlichen Drei würden am Gipfel im Namen der Nato verhandeln – gegen eine solche scheinbare Parität zwischen den Allianzen sträubte sich Washington seit Jahren kategorisch. Herter fasste seine Argumentation wie folgt zusammen: „It should be made clear that we reject the concept of ‚agency‘ of the Three on behalf of other NATO members or NATO as a whole. There is no basis therefor.“<sup>1155</sup>

Herter ärgerte sich über Italiens Wunsch nach Prestigezuwachs. Weil der Nato deswegen ein ernstes Problem erwuchs, plädierte er dafür, die Gipfel-Vorbereitungen im Dreier- beziehungsweise Vierer-Rahmen zu treffen und die Nato erst später zu involvieren.<sup>1156</sup> Trotz diesem klaren Bekenntnis, in der Praxis die Nato erst nach vorheriger Einigkeit unter den westlichen Drei oder Vier zu involvieren, hielt Herter an den Lippenbekenntnissen der Nato als Bündnis fünfzehn gleichberechtigter Partner fest. Vor dem aussenpolitischen Ausschuss des US-Senats unterstrich Herter die Wichtigkeit von politischen Konsultationen im westlichen Bündnis:

In our relations with the Soviets today, we are in a period of ‚maneuver‘ with many negotiations in progress. Yet the competition of the East-West struggle is as keen as ever. The need for unity in the Alliance is as great if not greater, than during more ‚static‘ periods. To maintain solidarity we must consult closely with our Allies in order to ensure full NATO-wide support for the Western position at the summit and in other negotiations. We must also consult fully to combat any false ‚détente‘ atmosphere.<sup>1157</sup>

Schliesslich mussten die USA jedoch dem italienischen Druck nachgeben und die BRD bitten, formell aus der Lenkungsgruppe in Washington auszutreten. Spaak wurde diese Entwicklung von Burgess am 1. Februar mitgeteilt.<sup>1158</sup> Als sich der Ständige Nato-Rat

<sup>1153</sup> Hood-Lebel-Osterheld-White-Fessenden Meeting, 13 January 1960, „NATO Discussion of Summit Preparations“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1154</sup> Burgess (Paris) to DoS, 20 January 1960, Polto 1396, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit), Tels, Jan – 17 May 1960. Burgess erwartete jedoch, dass Alessandrini und Sarper die Frage an der nächsten Sitzung erneut aufbringen würden.

<sup>1155</sup> Herter to Burgess (Paris), 28 January 1960, Topol 1434, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit), Tels, Jan – 17 May 1960. Robert Magill (EUR/RA) beklagte sich nach der Lektüre dieses Telegramms darüber, dass dies den Eindruck verstärken würde, die USA hätten das Gefühl, freie Hand in Bezug auf die Gipfelverhandlungen zu haben: „What then is the meaning of all the emphasis on NATO consultation?“ Magill to Fessenden, 28 January 1960, USNA, RG 59, EUR/APMA-NATO, Box 2, Summitry.

<sup>1156</sup> Herter-Alphand Meeting, 22 January 1960, „Summit Preparations“, USNA, RG 59, CDF, 396.1.

<sup>1157</sup> Talking Paper, 21 January 1960, „Secretary’s Appearance before Senate Foreign Relations Committee: Condition of the North Atlantic Alliance“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1158</sup> Talking Points for Meeting with Spaak, 1 February 1960, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit). Vgl. auch Herter to Burgess, 28 January 1960, „Summit Meeting“, *ibid.*

am 3. Februar erneut den Gipfelvorbereitungen und den vorgesehenen Arbeitsgruppen widmete, setzte sich die Türkei nochmals für die Wichtigkeit vollumfänglicher Konsultation im Nato-Rat ein. Für die kleineren Mächte sei es wichtig, ihre Sicht auszudrücken, bevor unter den Grossmächten eine Quasi-Einstimmigkeit erreicht würde. Auch Alessandrini erinnerte nochmals an die Bedenken, die Italien am 13. Januar vorgebracht hatte. Kanadas Léger teilte zwar die Bedenken der Türkei, war aber mit den Arrangements für die Gipfelvorbereitungen einverstanden. Die zurückhaltende kanadische Äusserung half, die Gemüter in der Nato wieder zu beschwichtigen. Der Nato-Rat gab schliesslich stillschweigend sein Einverständnis zur Lenkungsgruppe – ohne die Beteiligung der BRD – und den drei Arbeitsgruppen zur Gipfelvorbereitung.

Um Italien und die Türkei zu beruhigen, lancierte Spaak in derselben Sitzung eine Idee für zukünftige Konsultationen über Ost-West-Gipfeltreffen. Diese sollte durch den Einsatz von „fünf Nato-Mächten“ nach dem Vorbild des UNO-Sicherheitsrats formalisiert und institutionalisiert werden. Damit sollte eine Formel gefunden werden, welche die Nato in eine engere Gemeinschaft verwandeln würde. Während die Spaak'sche Formel von Italien und Belgien enthusiastisch aufgenommen wurde,<sup>1159</sup> wurde sie von den USA und Frankreich als „verfrüht“ abgelehnt. Bevor neue Methoden eingeführt würden, sollte die Nato abwarten, wie sich die Konsultationen über den Pariser Gipfel bewähren würden, und sich in der Folge daran orientieren.<sup>1160</sup> Roberts lobte Spaak, dessen energische Führung der Nato-Debatten seit dem 13. Januar wesentlich dazu beigetragen habe, dass das Problem der italienischen Repräsentation schliesslich gelöst werden konnte.<sup>1161</sup> Es entbehrte jedoch nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Spaak, der sich 1958/59 vehement gegen de Gaulles Idee einer kleineren Gruppierung innerhalb der Nato eingesetzt hatte, einen ähnlichen Vorschlag von „Seniorpartnern“ innerhalb der Allianz lancierte.

Als Spaak für den Posten des Nato-Beobachters bei den Viermächte-Vorbereitungen auf den Ost-West-Gipfel mit Alexander Böker einen Deutschen vom Internationalen Stab der Nato nominieren wollte, regte sich Widerstand. Die USA liessen dem Generalsekretär diskret mitteilen, dass wegen der bereits bestehenden Schwierigkeiten mit deutschen Vertretern in anderen Vorbereitungsgremien der Italiener Casardi dem Deutschen Böker vorzuziehen sei.<sup>1162</sup> Spaak liess sich jedoch nicht davon abbringen, einen Vertreter seiner Wahl zu ernennen. Am 1. Februar 1960 teilte er Burgess mit, Bö-

<sup>1159</sup> Burgess (Paris) to DoS, 3 February 1960, Polto 1515, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit); Roberts (Paris) to FO, 3 February 1960, Tel. 41, PRO, FO 371/153776. Spaaks Vorschlag ist schriftlich formuliert in Memorandum to NATO Delegations, 5 February 1960, „The Preparation of Future Summit Meetings“, NA, PO(60)139-E.

<sup>1160</sup> DoS to Paris, 11 February 1960, Topol 1554, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV); Roberts (Paris) to FO, 6 February 1960, Tel. 31, PRO, FO 371/153776. Vgl. auch Burgess to DoS, 4 February 1960, Polto 1518, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1161</sup> Roberts (Paris) to FO, 3 February 1960, Tel. 42, PRO, FO 371/153776.

<sup>1162</sup> Burgess to Herter, 14 January 1960, Polto 1328, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA; Merchant to Burgess, 15 January 1960, Topol 1312, *ibid.* Washingtons Widerstand gegen die Ernennung Bökers wurde auch Ende Monat aufrechterhalten. Vgl. DoS to (Paris), 30 January 1960, Topol 1452, USNA, RG 59, Records of Ambassador Charles E. Bohlen, 1942-71, Box 15, East-West II: NATO Aspects. Für eine trilaterale Debatte über die Rolle der BRD in der Vorbereitung, angesichts des Widerstands von Seiten Italiens und anderer Länder, der BRD eine spezielle Rolle ausserhalb der Arbeitsgruppe über Deutschland und Berlin einzugestehen, vgl. Hood-Lebel-Kohler et al. Meeting, 25 January 1960, „Summit Preparations: German Participation“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

ker werde als Nato-Beobachter an den Treffen der Arbeitsgruppe „Ost-West-Beziehungen“ teilnehmen und darüber direkt ihm, Spaak, gegenüber rapportieren.<sup>1163</sup>

Die Idee eines Nato-Beobachters stiess nicht bei allen Delegationen auf Zuspruch. Kleinere Mitglieder wie die Türkei wehrten sich gegen die Präsenz des Nato-Beobachters in der Arbeitsgruppe, weil damit nicht gewährleistet werden könne, dass sie ihre Ansichten ausdrücken konnten, bevor unter den Grossmächten Kompromisse geschmiedet wurden.<sup>1164</sup> An der Nato-Sitzung vom 10. Februar äusserten sich Italien und die Türkei nach wie vor kritisch zu den Prozeduren für die Gipfelkonsultationen. Ankara fand, das Konzept des Nato-Beobachters schliesse den Nato-Rat eher von den Vorbereitungen aus, als dass es die Konsultationen verbessere, insbesondere da vorgesehen war, dass der Beobachter direkt Spaak und nicht dem Nato-Rat berichten würde. Norwegens Boyesen hielt hingegen die Einsetzungen eines Nato-Beobachters im Vergleich zu bisherigen Konsultationsverfahren für eine Verbesserung. Der Nato-Rat entschied sich jedoch entgegen der Bedenken Italiens und der Türkei, an der Neuerung des Nato-Beobachters festzuhalten.<sup>1165</sup>

Nach dem langen Ringen um die richtige Konsultations-Prozedur widmete sich der Ständige Nato-Rat ab Mitte Februar 1960 auch konkret den für den Gipfel mit Chruschtschow vorgesehenen Agendapunkten „Deutschland und Berlin“, „Abrüstung“ und „Ost-West-Beziehungen“.

## 2. Nato-Debatten zur Substanz des Pariser Gipfels

Zunächst nahmen sich die Nato-Botschafter am 17. Februar der Substanz der westlichen Abrüstungsposition an. Der kanadische Nato-Botschafter Jules Léger berichtete dazu, die Sowjetunion habe gegenüber Ottawa erwähnt, sie wäre enttäuscht, wenn die westliche Abrüstungsposition nicht über konventionelle Abrüstung und Massnahmen gegen eine Überraschungsattacke hinausgingen. Aus der Sicht Moskaus mussten in einem ersten Abrüstungsschritt auch Nuklearwaffen sowie Bomber und Raketen enthalten sein.<sup>1166</sup> Das US-Aussenministerium fand nach der Sitzung, in der Nato habe endlich eine „nützliche und hilfreichere Diskussion als üblich“ stattgefunden.<sup>1167</sup> Eine Woche später hoffte Spaak, die fünf westlichen Abrüstungsmächte könnten die Nato persönlich über die westliche Abrüstungsposition informieren. Der kanadische Nato-Botschafter schlug zudem vor, die Ansichten der militärischen Behörden und des Nato-Oberbefehlshabers einzuholen.<sup>1168</sup>

Spaak entwickelte im Februar 1960 die Idee, dass er Chruschtschow gerne in Paris treffen würde, nachdem er ihn ja bereits im Herbst 1956 in Moskau besucht hatte. Er liebäugelte sogar mit der Idee, Chruschtschow während der Paris-Visite zu einem Treffen des Ständigen Nato-Rats einzuladen. Der Brite Roberts hielt diese Idee zwar für ein „durchaus attraktives Thema für Konversationen an einer Cocktailparty“, aber fand sie

<sup>1163</sup> Burgess to DoS, 1 February 1960, Polto 1494, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1164</sup> Burgess to Herter, 3 February 1960, Polto 1515, *ibid.*

<sup>1165</sup> Burgess (Paris) to DoS, 10 February 1960, Polto 1565, *ibid.*

<sup>1166</sup> Burgess (Paris) to DoS, 17 February 1960, Polto 1614, *ibid.*; Roberts (Paris) to FO, 17 February 1960, Tel. 51, PRO, FO 371/149417.

<sup>1167</sup> Kohler to Merchant, 19 February 1960, „Summit Developments since February 11“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV).

<sup>1168</sup> Roberts (Paris) to FO, 24 February 1960, Tel. 58, PRO, FO 371/149417; Burgess (Paris) to DoS, 24 February 1960, Polto 1662, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

letztlich nicht seriös genug. Diverse Nato-Delegationen würden sofort ihr Veto gegen eine solche Einladung an Chruschtschow aussprechen.<sup>1169</sup>

Im März 1960 wurde der Nato-Rat durch die westlichen fünf ‚Abrüstungsmächte‘ – die USA, Grossbritannien, Frankreich, Kanada und Italien – über den Stand der westlichen Position informiert. Als am 9. März ein entsprechender Bericht der Fünf für die Sitzung des Ständigen Rats vom 10. März angekündigt wurde, reklamierte de Staercke, bis dann hätten die Nato-Delegationen noch keine Instruktionen und könnten deshalb den westlichen Plan nur entgegennehmen, nicht aber kommentieren. Der geschäftsführende Nato-Generalsekretär Casardi – Spaak war wegen dem Tod seiner Mutter abwesend – antwortete Roberts gleichentags, die Fünf könnten nicht erwarten, dass die anderen zehn Mitglieder der Allianz ihren Plan ohne vorherige Konsultation einfach absegnen würden. Casardi warnte vor den negativen Konsequenzen, falls die Fünf mit ihrem Plan ohne richtige Konsultation mit der Nato voranschreiten würden.<sup>1170</sup> Nachdem der amerikanische Delegationsleiter des Zehnmächte-Abrüstungskomitees Frederick Eaton am 10. März der Nato den Bericht über den westlichen Abrüstungsplan vorgestellt hatte, wurde deshalb auf den 12. März nochmals eine Sitzung des Nato-Rats einberufen, damit genügend Zeit für Kommentare der anderen zehn Mitgliedstaaten verblieb. In der Sitzung vom 12. März beharrten die BRD und die Niederlande auf einer Verknüpfung im westlichen Plan zwischen Fortschritten im Bereich der Abrüstung mit politischen Lösungen.<sup>1171</sup> Die BRD und Holland vertraten damit auch im Frühjahr 1960 noch immer dieselbe Position in Abrüstungsverhandlungen wie seit 1955 – ein Erfolg im Abrüstungsdossier sollte nach wie vor direkt von einem Voranschreiten in Richtung eines wiedervereinigten Deutschland abhängen.

Mitte März 1960 begann sich in Washington und London dennoch ein gewisser Optimismus durchzusetzen, was ein begrenztes Abrüstungsabkommen mit Moskau betraf. Ein Durchbruch im Bereich von kontrollierter Abrüstung schien besonders nach dem jüngsten sowjetischen Vorschlag für einen nuklearen Teststopp möglich.<sup>1172</sup> Ungeklärt blieb einzig die Anzahl von Inspektionen vor Ort, eine politische Frage, die aus sowjetischer Sicht am Gipfeltreffen gelöst werden sollte.<sup>1173</sup> Eisenhower und Macmillan erwogen den Gedanken, eine „vernünftige“ sowjetische Haltung in der Berlinfrage mit westlichen Konzessionen in der Teststoppfrage zu belohnen. Eisenhower spielte mit dem Gedanken, auf ein zweijähriges Testmoratorium mit einem „Stillstand“ in der Berlinfrage zu antworten.<sup>1174</sup>

Die USA hofften zudem, mit dem sogenannten „Norstad-Plan“ ein Kontroll- und Inspektionssystem entworfen zu haben, das sowohl die Zustimmung der Verbündeten

<sup>1169</sup> Roberts (Paris) to Millar (London), 17 February 1960, PRO, FO 371/154552. Zu Spaaks Besuch in Moskau von 1956 vgl. Spaak, *Memoiren*, 505-508.

<sup>1170</sup> Roberts (Paris) to FO, 9 March 1960, Tel. 81, PRO, FO 371/149364.

<sup>1171</sup> Roberts (Paris) to FO, 10 March 1960, Tel. 82, *ibid.*; Roberts (Paris) to FO, 12 March 1960, Tel. 85, *ibid.*; Burgess (Paris) to DoS, 10 March 1960, Polto 1796, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit).

<sup>1172</sup> Eisenhower to Macmillan, 18 March 1960, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 48, DDE Dictation March 1960; Eisenhower-Herter Meeting, 21 March 1960, DDEL, *ibid.*, Staff Notes, March 1960 (2).

<sup>1173</sup> McSweeney to Kohler, 21 March 1960, „Disarmament and the Summit“, USNA, RG 59, CDF, 396.1/3-2160. Vgl. George Kistiakowsky, *A Scientist at the White House: The Private Diary of President Eisenhower's Special Assistant for Science and Technology* (Cambridge: Harvard University Press, 1976), 286f.; Risse-Kappen, *Cooperation among Democracies*, 124f.; Evangelista, *Unarmed Forces*, 68-70.

<sup>1174</sup> Eisenhower-Macmillan Meeting, Camp David, 28 March 1960, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 48, Staff Notes, March 1960 (1) (ÜdV). Vgl. dazu Niederberger, *Making the Difference*, 349-356.

als auch Chruschtschows finden würde. Norstads Plan bestand aus mobilen Inspektions-teams von bis zu 1'500 Personen, Eisenhowers „Open Skies“-Vorschlag und überlap-penden Radarketten. Eine minimale Zone sollte aus den Territorien Polens, der Tsche-choslowakei, Ost- und Westdeutschlands, Belgiens, Hollands und Dänemarks bestehen. Nach einer erfolgreichen Testphase von 18 Monaten sollten die ausländischen Statio-nierungstruppen aus der Zone ausgedünnt werden. Die USA, Grossbritannien, Kanada und Norwegen befürworteten den Plan, und auch Belgien und Italien schienen interes-siert, während Holland bisher nicht konsultiert worden war. Von der Türkei und Grie-chenland erwarteten die USA eher Skepsis. Frankreich und die BRD waren eher dage-gen. Das Problem war insbesondere Adenauer, der fand, die Zone gehe zu wenig weit und sollte den ganzen kommunistischen Block und die Nato abdecken.<sup>1175</sup> Adenauer zeigte sich Eisenhower gegenüber in Washington in „herzlicher Eintracht“ in dieser Frage, explodierte jedoch am nächsten Tag gegenüber Herter und bestand darauf, dass das Thema mit Eisenhower gar nicht diskutiert worden sei.<sup>1176</sup> Über die Idee Norstads fanden zu dieser Zeit im Nato-Rat noch keine offiziellen Diskussionen statt.

Auch wenn die USA und Grossbritannien im Rahmen der westlichen Grossmächte als Befürworter eines Ost-West-Abkommens argumentierten, gab es innerhalb der Nato Staaten, die noch deutlicher eine Détente forderten. Eisenhower zeigte sich beispie-lsweise an einer NSC-Sitzung Anfang April 1960 besorgt über die kanadische Haltung, wonach keine Stärkung der kanadischen Verteidigungsbemühungen nötig sei, weil „Friede und Détente zum Greifen nahe seien“.<sup>1177</sup> Nach Chruschtschows Visite in Paris Ende März glaubte auch der bisher eher skeptische de Gaulle, dass der sowjetische Füh-rer „nun wirklich eine Détente wünsche“ und am Gipfel vor allem über Abrüstung dis-kutieren wolle. De Gaulle glaubte wie die Angelsachsen, dass Chruschtschow in der Berlinfrage nicht auf seiner Position beharren würde, wenn er einen Erfolg im Abrüs-tungsbereich vorweisen könne. Über eine Inspektionszone hatte er mit dem Sowjetfüh-rer jedoch nicht gesprochen.<sup>1178</sup>

Vom 12. bis 14. April 1960 versuchten die Aussenminister der USA, Grossbritan-niens, Frankreichs und der BRD sowie – nach der Intervention Italiens im Januar 1960 – zu Abrüstungsfragen auch diejenigen Kanadas und Italiens in Washington nochmals, ihre unterschiedlichen Interessen zu einer einheitlichen westlichen Position zu harmoni-sieren. Spaak hielt sich zur selben Zeit in Washington auf, um die Interessen der Nato in den Sitzungen zu Ost-West-Beziehungen zu wahren.<sup>1179</sup> Als Spaak den bevorstehenden Ost-West-Gipfel mit Herter besprach, erinnerte er den amerikanischen Aussenminister daran, dass die Nato wichtiger sei als die ‚Grossen Vier‘. Er äusserte die Angst der an-

<sup>1175</sup> Eisenhower-Norstad Meeting, 11 March 1960, *ibid.*, March 1960 (3); Burgess (Paris) to Herter, 4 January 1960, DDEL, Norstad Papers, Policy File Series, Box 87, Disarmament Plans (3). Siehe auch FRUS 1958-60 IX: 336-339. Vgl. Steininger, Mauerbau, 144ff; Jordan, Norstad, 116ff.

<sup>1176</sup> Eisenhower-Macmillan Meeting, Camp David, 28 March 1960 (ÜdV). Zur Kontroverse, ob Eisenho-wer Adenauer den Norstadplan zu „verkaufen“ versuchte, vgl. FRUS 1958-60 IX: 337. Adenauer konn-te sich jedoch hinterher nicht mehr daran erinnern. Noch im August ärgerte sich Eisenhower darüber, dass Adenauer vergessen habe, dass Eisenhower mit ihm während eines Lunchs nach einer Sitzung über ein Kontroll- und Inspektionssystem in Zentraleuropa gesprochen habe. Eisenhower-Norstad Meeting, 3 August 1960, DDEL, WHO:SS, ITM, Box 5, NATO (4).

<sup>1177</sup> NSC Meeting, 7 April 1960, DDEL, AWF, NSC Series, Box 12, 440<sup>th</sup> Meeting of NSC, 7 April 1960 (ÜdV).

<sup>1178</sup> Herter (London) to DoS, 8 April 1960, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 12, April 1960 (2) (ÜdV). Rempel, Counterweights, 41f.

<sup>1179</sup> Briefing Report for Conversations with Spaak on Plans for April Foreign Ministers Meeting, 11 March 1960, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit).

deren Nato-Staaten, dass die USA, Grossbritannien, Frankreich und die Sowjetunion die globalen Probleme unter sich lösen würden. Herter versicherte Spaak, am Gipfel würden wohl eher Probleme diskutiert als präzise Abkommen abgeschlossen. Bezüglich des Norstadplans glaubte Spaak, eine Diskussion mit Chruschtschow am Pariser Gipfel würde Sinn machen, falls eine Diskriminierung der BRD vermieden werden könnte.<sup>1180</sup> Bereits im Februar 1960 hatte sich nach den engagierten Debatten über die Konsultation zwischen den westlichen Grossmächten und der Nato und nach Spaaks vermittelnder Rolle die Frage gestellt, ob Spaak an den geplanten Treffen der westlichen Aussenminister in Washington im April teilnehmen sollte. Burgess fände es peinlich, wenn der Nato-Generalsekretär, der sich sowieso in Washington aufhielt, an den Sitzungen nicht dabei sein dürfte.<sup>1181</sup> Frankreich war jedoch dagegen und wünschte Dreier-Diskussionen ohne Spaaks Dabeisein. Herter gab schliesslich den französischen Wünschen nach, hoffte aber, dass die Dreier-Gespräche ohne viel Aufhebens durchgeführt werden könnten.<sup>1182</sup>

Der Nato-Rat wurde am 20. April von Burgess über die Washingtoner Konsultationen orientiert. Dabei lobte Spaak das Vorgehen der westlichen Vier. Den Nato-Alliierten werde jede Gelegenheit gegeben, ihre Meinungen auszudrücken.<sup>1183</sup> Im Unterschied zur zweiten Jahreshälfte 1959 und den ersten zwei Monaten des Jahres 1960 hatte der Generalsekretär kein Grund für Klagen.

In der Substanz bestanden die westlichen Vier im Abrüstungsdossier auf internationaler Kontrolle, waren aber zu einem „Schritt-für-Schritt“-Vorgehen bereit. In der Deutschland- und Berlinfrage wollte der Westen ein unilaterales Vorgehen gegen Berlin durch anhaltende Diskussionen, während deren der Status quo aufrechterhalten blieb, oder ein Abkommen über Berlin verhindern. Der Westen erwartete vom Pariser Gipfel jedoch keine „dramatischen Lösungen“, welche die tiefsitzenden Probleme zwischen West und Ost überwinden würden. Dennoch wollten die USA, Grossbritannien und Frankreich „in einem konstruktiven Geist“ an den Gipfel gehen.<sup>1184</sup> Was die amerikanischen Erwartungen und Ziele für das Gipfeltreffen mit Chruschtschow betrafen, so vertrat das State Department die Meinung, Chruschtschow verfolge seine Détentepolitik nur als Taktik. Die USA würden in Paris deshalb keine Verpflichtungen gegenüber Moskau eingehen, die auf ihre Allianzen negative Auswirkungen haben würden. Washington wollte um jeden Preis verhindern, dass der Eindruck entstehen könnte, die USA würden den Fokus ihrer Aussenpolitik von den Allianzen in Richtung einer umfassenden Kooperation mit der Sowjetunion verlegen.<sup>1185</sup> Die USA erwarteten keinen signi-

<sup>1180</sup> Herter to (Paris), 12 April 1960, Topol 2067, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (declassified on 8 August 2000); Synopsis of State and Intelligence Material Reported to the President, 13 April 1960, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 48, Briefings April 1960. Zur Vorbereitung des Treffens von Herter mit Spaak vgl. Kohler to Herter, 9 April 1960, „Your Meeting with NATO Secretary-General Paul-Henri Spaak, April 11, 2:15-2:45 P.M.“, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Zu den berechtigten Ängsten in der Nato vor einem Direktorium innerhalb der Allianz, bestehend aus den USA, Grossbritannien, Frankreich und der BRD, vgl. Haftendorn, „The Quad“, 169.

<sup>1181</sup> Burgess (Paris) to DoS, 5 February 1960, Polto 1535, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1182</sup> Herter-Alphand Meeting, Washington, 16 February 1960, USNA, *ibid.*, 396.1-PA.

<sup>1183</sup> Burgess (Paris) to DoS, 20 April 1960, Polto 2116, *ibid.*, 396.1-PA; Burgess (Paris) to DoS, 20 April 1960, Polto 2124, USNA, RG 59, Records of Ambassador Charles E. Bohlen 1942-71, Box 15, East-West II, NATO Aspects; Roberts (Paris) to FO, 20 April 1960, Tel. 137, PRO, FO 371/153776.

<sup>1184</sup> „Talking Points on Summit Preparations“, n.d. [April 1960], USNA, Records of Component Offices of the Bureau of European Affairs, 1944-52, Box 47, Preparations for Summit, Paris 1960 (ÜdV).

<sup>1185</sup> „Scope and Objectives, Meeting of Chiefs of State and Head of Governments, Paris, May 1960“, 29 April 1960, 23pp., USNA, Records of Component Offices of the Bureau of European Affairs, 1944-52,

fikanten Erfolg, weder in der Deutschland- oder Berlinfrage, noch in Ost-West-Beziehungen oder Abrüstung. Einzig an einem Teststoppabkommen schien Chruschtschow wahrhaftig interessiert zu sein.<sup>1186</sup>

Die stellvertretenden Nato-Botschafter schätzten die Aussenpolitik der Sowjetunion kurz vor dem Gipfeltreffen ebenfalls ambivalent ein. Sie sahen einen impliziten Gegensatz zwischen Chruschtschows Berlinpolitik, die auf der Androhung unilateraler Handlungen basierte, und seiner generellen Détentepolitik. Sie konnten keine sowjetischen Konzessionen ausmachen, sondern sahen in den kürzlich erfolgten Attacken gegen die BRD und Adenauer den Versuch, Deutschland in der Nato zu isolieren. Die Drohungen gegenüber der BRD kontrastierten auffällig mit Chruschtschows „Détente-Diplomatie“ gegenüber den USA (Camp David), Frankreich – wo die UdSSR in Bezug auf Algerien auffällige Zurückhaltung übte – sowie gegenüber Italien, Grossbritannien und Norwegen. Das sowjetische Ziel sei aber nach wie vor die westliche Anerkennung des Status quo in Osteuropa. Die Nato sah am meisten Erfolgsaussichten ebenfalls im Abrüstungsdossier, wo der jüngste sowjetische Moratoriums-Vorschlag für nukleare Tests möglicherweise einen wichtigen Wendepunkt markierte.<sup>1187</sup>

Vor dem Atlantikrat in Istanbul hielten die USA die Haltung der Nato zum Gipfeltreffen für „gesund“ und glaubten, die Atmosphäre sei seit dem letzten Ministerrat im Dezember 1959 merklich besser geworden. Damals hätten noch beträchtliche Zweifel und Ungewissheit über den zukünftigen Lauf der Ost-West-Beziehungen geherrscht. Die Einsetzung eines Nato-Beobachters hätte in der Zwischenzeit Vertrauen in der Allianz geschaffen. Allerdings bestünden immer noch unterschiedliche Einstellungen zum Gipfel, die traditionelle Meinungsverschiedenheiten zu Ost-West-Themen reflektierten: Die Nato-Mitglieder im Zentrum des Kontinents vertraten im allgemeinen eine harte Linie in Bezug auf den Umgang mit der Sowjetunion, besonders wenn europäische Sicherheitsinteressen betroffen waren. Auch die Griechen und Türken favorisierten meist eine harte Linie, weil sie sich in einer geographisch exponierten Lage wähnten. Auf der anderen Seiten vertraten die Briten, Skandinavier und Kanadier einen flexibleren Ansatz für Verhandlungen mit der Sowjetunion, um aus ihrer Sicht provokante Massnahmen zu verhindern. Während die meisten Nato-Staaten die zentrale Verantwortung Grossbritanniens, Frankreichs und der USA am Gipfel akzeptierten, störten sich besonders Italien, die Türkei, Kanada und die Benelux-Staaten an der prominenten Rolle der BRD in den Gipfelvorbereitungen.

---

Box 47, Preparations for Summit, Paris 1960. Vgl. auch Talking Paper, D-1/3a, „US Approach to the Summit“, 20 April 1960, USNA, CF, Box 219, CF 1658, Briefing Book; „Over-All Western Tactics at the Summit“, 20 April 1960, USNA, Records of Component Offices of the Bureau of European Affairs, 1944-52, Box 47, Preparations for Summit, Paris 1960; FRUS 1958-60 IX: 340-343. Das letzterwähnte Dokument mit dem Titel „Our Summit Purposes“ wurde am 22. April 1960 an Couve de Murville, Lloyd und Brentano verschickt.

<sup>1186</sup> Merchant-Koht Meeting, Washington, 7 April 1960, „Discussion of General Problems with Norwegian Ambassador“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1187</sup> „Trends and Implications of Soviet Policy“, 12 April 1960, NA, C-M(60)38-E (ÜdV). Ein Telegramm des kanadischen Nato-Botschafters Léger an seinen Aussenminister vom 21. März 1960 dokumentiert die harzige Entstehungsgeschichte dieses Nato-internen Dokuments über die Einschätzung der sowjetischen Aussenpolitik durch die Sowjetexperten der Nato-Mitgliedstaaten. Demnach gab es tiefe Gräben zwischen den Vertretern einer harten Linie (BRD, Frankreich, Türkei) und den Vertretern eines Détentekurses (Grossbritannien, Kanada, Norwegen, Dänemark). Insbesondere der französische Experte beharrte darauf, dass ein allfälliger Détentekurs von Chruschtschow nur als taktische Massnahme angesehen wurde und nicht als tatsächlichen Wandel in der sowjetischen Politik. Siehe DCER XXVII (1960): no. 160.

Vor diesem Hintergrund formulierte das State Department die folgenden Ziele für den Atlantikrat in Istanbul: *Erstens* sollte die Bedeutung der Nato unabhängig von Spannung oder Entspannung in den Ost-West-Beziehungen hervorgehoben werden, beispielsweise durch eine klare Verpflichtung Washingtons zur längerfristigen Weiterentwicklung der Nato. *Zweitens* hoffte Washington, dass die Allianz anerkennen würde, dass sich die sowjetischen Ziele nicht geändert hatten und dass es weitgehend der Existenz der Nato zuzuschreiben war, dass Moskau zur Zeit einen Rückgriff auf einen Krieg ausschloss. Die Nato musste deshalb als starke Verteidigungsallianz aufrechterhalten werden. Die momentane sowjetische Détentepolitik berge gleichermassen Gelegenheiten wie auch Gefahren:

We should be realistic in our approach to the Summit, avoiding both runaway optimism as to results and excessive negativism which might cause us to miss whatever opportunities may be presented.

*Drittens* müsse das Vertrauen der Nato bewahrt bleiben, dass die Allianz über die westliche Position am Gipfeltreffen auch weiterhin voll konsultiert werde:

Such confidence is necessary if we are to have the support of the Alliance for the Western position at the Summit and if we are to avoid a breakdown in Western unity, with the emergence of disputes over participation and charges by the smaller powers that their interests are being ignored by the larger powers.<sup>1188</sup>

Nach Visiten von Adenauer, Macmillan und de Gaulles in Washington im März und April 1960 war klar geworden, dass es unter den westlichen vier Grossmächten keine einheitliche Abrüstungsposition gab. Adenauer misstraute sowohl Macmillan als auch Eisenhower. Er fürchtete insbesondere, dass der Norstad-Plan nicht nur zu einer militärischen, sondern auch zur einer politischen Neutralisation der betreffenden Gebiete inklusive Deutschlands führen würde.<sup>1189</sup>

Wie unterschiedlich die Nato-Staaten die Détente von 1959/60 einschätzten, zeigte sich auch während einer Debatte im Nato-Rat vom 8. April. Als die Nato-Botschafter die sowjetische Politik friedlicher Koexistenz diskutierten, argumentierte der französische Nato-Botschafter de Leusse, dass dies nur Chruschtschows Version eines „nicht-militärischen Kalten Krieges“ darstellen würde. Auch der deutsche Nato-Botschafter von Walther fand, er könne keinen Unterschied zwischen Chruschtschows friedfertiger Koexistenz-Propaganda und einem kalten Krieg feststellen. Der kanadische Botschafter Léger schätzte hingegen den Wandel von einem kalten Krieg zu friedlicher Koexistenz als Fortschritt ein: „Although cooperation was ideal, Canada felt we should not appear to insist on cooperation in the sense of a rejection of coexistence and return to the previous situation of a cold war.“<sup>1190</sup>

Am 20. April fasste Spaak den Stand der Gipfelvorbereitungen und die Stimmung in der Nato wie folgt zusammen. Er betonte, es sollten keine Illusionen über die Ost-West-Beziehungen bestehen. Spaak glaubte nicht daran, dass im Gipfel irgendein wichtiges Problem gelöst werden könnte. Spaak verglich nach den Washingtoner Konsultationen die Ost-West-Gespräche mit einem Schachspiel, in dem der Westen noch nicht wusste, wie der Gegenspieler seine Figuren einsetzen würde. Aus diesem Grund durfte

<sup>1188</sup> Scope and Objectives, NATO Ministerial Meeting, Istanbul 2-4 May 1960, 20 April 1960, D-0/1, USNA, RG 59, CF, Box 219, CF 1658, Briefing Book.

<sup>1189</sup> Zu den Besuchen von Adenauers (14.-17.3.60), Macmillans (26.-30.3.60) und de Gaulles in Washington (22.-24.4.60), vgl. Steininger, Mauerbau, 142ff.

<sup>1190</sup> Burgess (Paris) to DoS, 8 April 1960, Polto 2052, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit) (ÜdV).



der Westen seine eigenen Züge noch nicht verraten, sonst würde er ein gefährliches Risiko eingehen.<sup>1191</sup> Spaak gab mit dieser Metapher zu verstehen, dass er Verständnis dafür hatte, dass die USA, Grossbritannien und Frankreich ihre Verhandlungsstrategie im Vorfeld des Gipfels nicht im Detail verkünden würden. Trotz seines unermüdlichen Einsatzes für verbesserte politische Konsultationen in der Nato wollte Spaak mit den Nato-Konsultationen nicht die westliche Position gefährden.

Eine Woche später widmeten sich die Nato-Botschafter erneut dem bevorstehenden Pariser Gipfel. Der Brite David Ormsby-Gore berichtete über die Abrüstungskonferenz, die seit dem 15. März in Genf tagte. Seiner Meinung nach war ein Beginn seriöser Verhandlungen noch nicht absehbar – vielleicht würde dies erst am Ost-West-Gipfel in Paris oder an der UNO-Generalversammlung geschehen. De Staercke und der Grieche Michel Melas betonten nach dem Bericht Ormsby-Gores, dass der Westen ein genauso grosses Interesse an vollständiger Abrüstung signalisieren müsse wie die Sowjetunion. Auch Spaak fand, es sei wichtig hervorzuheben, dass der Westen eine Alternative zum sowjetischen Konzept einer friedlichen Koexistenz offerieren könne.<sup>1192</sup>

Ende April waren die intensiven Konsultationen zwischen den westlichen Drei und der Nato über die westlichen Gipfelvorbereitungen vorläufig abgeschlossen. Die Nato kannte nun die Dokumentation der westlichen Arbeitsgruppen über Deutschland und Berlin, Abrüstung und Ost-West-Beziehungen, aber noch nicht die Bezüge zwischen diesen drei Themen. Darüber sollte in Istanbul auf Aussenministerstufe diskutiert werden.

### 3. Feinabstimmungen unter den Nato-Aussenministern in Istanbul

Der Atlantikrat in Istanbul vom 2./3. Mai 1960 wurde stark geprägt von Studentenunruhen und dem Beginn eines Bürgerkriegs, der zum Sturz der Regierung von Adnan Menderes führen sollte. Am 29. April verhängte die türkische Regierung über Istanbul und Ankara das Kriegsrecht; einen Tag später verfügte der Militärgouverneur von Istanbul ein 24-stündiges Ausgehverbot ab 4 Uhr morgens am 1. Mai. Istanbul war danach eine „tote Stadt“, bevor es zu neuen Massendemonstrationen und Ausschreitungen kam, bei denen zwei Teilnehmer getötet wurden.<sup>1193</sup> In dieser surrealen Atmosphäre besprach sich Spaak mit Herter am Vortag des Istanbuler Atlantikrats über die Themen Abrüstung und Konsultationen über den Ost-West-Gipfel. Herter informierte Spaak, dass die USA und Grossbritannien zwar am Gipfel dieselbe Linie wie in den Genfer Abrüstungsgesprächen vertreten wollten, Frankreich jedoch zu einem weltweiten Inspektionssystem von Raketen und strategischen Flugzeugen neige. Dies fand Spaak bedauerlich. Er lehnte die französische Idee vor allem aus zwei Gründen ab: *Erstens* gab es militärische Nachteile, da es sich um eine nukleare Abrüstung ohne parallele konventionelle Reduktionen handelte. *Zweitens* würde der Plan primär französischen Nationalinteressen dienen. Spaak befürwortete jedoch den Norstad-Plan, auch wenn dieser gemäss Herter von der BRD immer noch abgelehnt wurde.

<sup>1191</sup> Burgess (Paris) to DoS, 20 April 1960, Polto 2124, ibid.

<sup>1192</sup> Roberts (Paris) to FO, 27 April 1960, Tel. 132, PRO, FO 371/149418 (ÜdV); Burgess (Paris) to DoS, 27 April 1960, Polto 2183, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Vgl. dazu auch „Summit Preparations: 9th Report to NAC of East/West Working Group“, 26 April 1960, USNA, RG 84, USRO, Box 60, East-West Talks (Summit).

<sup>1193</sup> Vgl. FRUS 1958-60 IX: 381 (ÜdV), sowie die Erinnerungen von Roberts, *Dealing with Dictators*, 203f. Auch Herter beklagte sich über das unglückliche Timing des Treffens und die Spannungen in der Türkei. Siehe Herter (Istanbul) to Eisenhower, 3 May 1960, CAHTO 11, USNA, RG 59, CDF, 396.1-IS. Menderes und Zorlu wurden wenig später zum Tode verurteilt und durch Erhängen hingerichtet.

Während Spaak das Konzept des Nato-Beobachters in Bezug auf Ost-West-Beziehungen lobte, wies er darauf hin, dass Italien und Kanada weiterhin für eine grössere Rolle in künftigen Nato-Rats-Konsultationen über weitere Ost-West-Konferenzen drängten. Herter glaubte jedoch, dass die bestehenden Konsultationsprozeduren in der Nato gut funktionierten, und wollte deshalb bis auf weiteres daran festhalten. Spaak gestand ein, dass die meisten Nato-Staaten gegen seinen Vorschlag eines Fünferausschusses gewesen waren, und stimmte deshalb zu, für allfällige weitere Gipfelvorbereitungen erneut einen Nato-Beobachter in der westlichen Arbeitsgruppe einzusetzen.<sup>1194</sup>

Ursprünglich hatte Nato-Generalsekretär Spaak gewünscht, am Abendessen der westlichen Drei am 1. Mai teilzunehmen, was jedoch vom State Department abgelehnt wurde, da an dem Abend Themen diskutiert würden, die darüber hinausgingen, worüber an der Nato-Tagung gesprochen werde.<sup>1195</sup> Trotz der grundsätzlich guten Konsultationen der westlichen Drei mit der Nato behielten es sich die USA, Grossbritannien und Frankreich vor, heikle Themen in exklusivem Kreise zu diskutieren und die Nato nur selektiv in die Gipfelvorbereitungen einzubeziehen.

Unter dem wichtigsten Agendapunkt, „Vorbereitungen für das Gipfeltreffen“, leitete der britische Aussenminister Lloyd am Ministerrat vom 2. Mai die Diskussion zum Thema Abrüstung ein. Er resümierte, dass die sowjetischen Vorschläge seit Chruschtschows Besuch in den USA im Herbst 1959 unverändert geblieben seien – offenbar wolle die Sowjetunion nun den Gipfel abwarten, um allenfalls neue Vorschläge zu unterbreiten.

Der kanadische Aussenminister Green sprach sich zwar generell für Ost-West-Verhandlungen aus, relativierte aber auch, der Westen sei nicht genügend vorbereitet für substanzielle Verhandlungen mit Moskau. Seiner Meinung nach sollten die Militärplaner der Nato involviert werden, um die militärischen Aspekte der geplanten westlichen

<sup>1194</sup> Herter (Istanbul) to DoS, 1 May 1960, Secto 49, „Herter-Spaak Meeting 1 May“, USNA, RG 59, CF, Box 218, CF 1652, SECTO Cables. Die deutschen Einwände gegen den Norstad-Plan wurden Herter am nächsten Tag von Brentano nochmals in Erinnerung gerufen. Sie bezogen sich vor allem auf die Angst, eine solche Diskriminierung innerhalb der Allianz würde den Deutschen das Gefühl geben, in der westlichen Allianz nicht länger „Mitglieder erster Klasse“ (ÜdA) zu sein. Brentano drohte, daraus könnten Neutralismus-Tendenzen, ein Abzug der US-Truppen aus Europa und bilaterale Kontakte Bonns zu Moskau resultieren. Die psychologische Kettenreaktion wäre weitaus schlimmer als allfällige militärische Vorteile. Von Brentano beklagte sich über Norstads Exkursion in politische Angelegenheiten, die er für sehr gefährlich hielt, auch wenn er Norstad für einen intelligenten Militär hielt. Vgl. Herter (Istanbul) to DoS, 2 May 1960, Secto 51, USNA, RG 59, CDF, 396.1-IS; sowie Herter-Brentano Meeting, 2 May 1960, USNA, CF, Box 218, CF 1650, NATO Meeting Istanbul 2-4 May 1960, MemCons. Nach diesem deutlichen und definitiven Nein der BRD zum Norstad-Plan versuchte Merchant in einer Sitzung mit dem kanadischen Aussenminister Green, ihn davon abzubringen, den Norstad-Plan im Nato-Rat zur Sprache zu bringen. Vgl. Merchant-Green-Leger Meeting, 2 May 1960, *ibid.* Auch Norstad wurde angewiesen, das Thema einer europäischen Inspektionszone aufgrund der politischen Einwände der BRD, Frankreichs und Hollands wenn möglich im geplanten Gespräch Norstads mit Adenauer zu vermeiden. Herter (Istanbul) to DoS, 4 May 1960, „Personal Message from Secretary for General Norstad,“ CAHTO 13, USNA, RG 59, CF, Box 218, CF 1653, CAHTO-TOCAH Cables. Vgl. Jordan, Norstad, 116ff.

<sup>1195</sup> Kohler to Achilles, 14 April 1960, „Spaak’s Participation in May 1 Meetings in Istanbul“, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Herter bestätigte in einer Sitzung der vier westlichen Aussenminister in Istanbul das Dilemma, welche Aspekte der Abrüstungsfragen in der Nato diskutiert werden konnten und welche erst am Gipfel mit Chruschtschow angesprochen werden sollten. Herter warnte Couve de Murville aber ausdrücklich davor, dass es die kleineren Nato-Staaten nicht verstehen würden, wenn Frankreich am Ost-West-Gipfel einen neuen Abrüstungsvorschlag lancieren würde, ohne die Allianz in Istanbul darüber informiert zu haben. Herter (Istanbul) to DoS, 2 May 1960, Secto 48, USNA, RG 59, CDF, 396.1-IS.

Ideen zu debattieren. Sein dänischer Kollege Jens Otto Krag fand hingegen, dank guter Vorbereitung und persönlicher Kontakte zwischen den westlichen Führern und Chruschtschow biete sich eine „einzigartige Gelegenheit zu Humanität und Frieden“. Das Gipfeltreffen solle zu Direktiven an die UNO-Abrüstungskonferenz in Genf führen, damit danach Teilbereiche des Rüstungsproblems in Verhandlungen angegangen werden konnten. Ein nuklearer Teststopp sollte hingegen wenn möglich bereits am Gipfel abgeschlossen werden. Kontrolle sei zwar wichtig, aber eine hundertprozentige Kontrolle wohl unmöglich.

Brentano äusserte sich zu den sowjetischen Motiven in der Abrüstungsdebatte. Seiner Meinung nach ging es Moskau *erstens* um Propaganda und die Beeinflussung der Weltmeinung für die Genfer Verhandlungen. Chruschtschow wolle im Westen den Eindruck erwecken, es herrsche ein Klima der Entspannung, damit die Nato in ihren Rüstungsanstrengungen nachlasse. *Zweitens* liege es Chruschtschow auch daran, die ökonomische Bürde des Verteidigungsbudgets zu reduzieren. *Drittens* müsse Chruschtschow wohl bewusst sein, dass bei einem tatsächlichen Abrüstungsabkommen der Westen aufgrund des Kontrollaspekts „gewinnen“ würde. Brentano implizierte damit, Moskau sei gar nicht an einem Verhandlungsdurchbruch gelegen.

Luns gab das niederländische Plazet zum westlichen Abrüstungsplan, warnte aber – wie in den letzten Jahren – vor Disengagement-Schemata. Die Rüstungsbestrebungen der Nato durften nicht gelockert werden. Belgiens Wigny forderte Lloyd auf, konkret die Punkte zu nennen, welche der Westen Chruschtschow in Paris vorschlagen wolle und die später in Genf spezifisch diskutiert werden sollten. Norwegens Lange betonte, der Westen dürfe keinen Abzug amerikanischer und kanadischer Truppen in Europa akzeptieren. Der türkische Aussenminister Zorlu verlangte Geduld – der Westen sollte nicht zu hastig auf die Détente-Atmosphäre reagieren.

Spaak betonte abschliessend, der Westen müsse der Öffentlichkeit klar machen, dass er Abrüstung mit Kontrolle fordere. Die Nato erklärte sich generell mit der von Lloyd präsentierten westlichen Abrüstungsposition einverstanden und befürwortete auch das Vorgehen, dass das Gipfeltreffen eine Weisung an die Genfer Abrüstungskonferenz abgeben solle, spezifische Massnahmen zu studieren. Der Generalsekretär der Nato nannte die Konsultation zwischen den westlichen Vier und der Allianz „exzellent“ und wiederholte die von Wigny vorgebrachte Forderung, der Nato-Rat müsse über die spezifischen Massnahmen orientiert werden, die nach dem Pariser Gipfel in Genf diskutiert werden sollten.

Lloyd dankte seinen Nato-Kollegen für ihre Voten, besonders für die taktischen und prozeduralen Vorschläge von Green. Als konkrete Abrüstungsmassnahmen, welche im Rahmen der UNO-Abrüstungskonferenz in Genf verhandelt werden sollten, nannte er ein Weltraum-Abkommen und einen Bann der Produktion spaltbaren Materials für Waffen. Hier müssten vor allem für den Westen akzeptable Kontrollsysteme ausgehandelt werden.<sup>1196</sup>

Am Nachmittag des 2. Mai widmeten sich die Aussenminister dem Themenkomplex Deutschland und Berlin. Während Herter einleitend relativierte, dass in beiden Fragen nichts Neues zu erwarten sei, rief Brentano in Erinnerung, dass es nach wie vor das Ziel Moskaus sei, mittels Kollektivierungsmassnahmen in der Ostzone den Kommunismus nach Deutschland und Europa zu verpflanzen. In Verhandlungen mit der DDR würde der Westen die Teilung Deutschlands anerkennen und die sowjetische Ver-

<sup>1196</sup> NATO Ministerial Meeting, Istanbul, 2 May 1960, 11:00 a.m., NA, C-R(60)18-E (ÜdV).

letzung des Selbstbestimmungsrechts von 17 Millionen Deutschen hinter dem eisernen Vorhang gutheissen. Um dies zu verhindern, müsse das Problem der deutschen Wiedervereinigung nicht innerdeutsch, sondern international gelöst werden.

In den Voten der übrigen Aussenminister kamen unterschiedliche Haltungen zum Ausdruck. Während Wigny forderte, der Westen solle weniger das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands, sondern das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und deshalb das Prinzip freier Wahlen betonen, fand Luns den Fokus auf der Wiedervereinigung wichtig für die westliche Propaganda. Antonio Segni – seit Ende März italienischer Aussenminister – sprach sich für eine Isolierung der Berlinfrage von der deutschen Frage und für eine flexible temporäre Lösung der Berlinfrage aus. Generell sollten sich aus Italiens Sicht die Pariser Verhandlungen mit Chruschtschow auf die Abrüstung konzentrieren und nicht auf Deutschland oder Berlin. Spaak gelang es nicht, aus der Diskussion einen Konsens abzuleiten. Er schloss die Sitzung mit den Worten, für das Nato-Kommuniqué sei es wichtig, dass die Allianz ihre Zustimmung zu den Prinzipien der Arbeitsgruppe der vier Westmächte gebe und ihre Solidarität mit der BRD betone.<sup>1197</sup>

Nach diesen spezifischen Diskussionen zu Abrüstung und Deutschland/Berlin fand am nächsten Morgen eine eher allgemeine Debatte über die Ost-West-Beziehungen und die Wünschbarkeit einer Détente statt. Lloyd begann sein Plädoyer für eine Entspannung mit dem Hinweis: „It was clear that both sides were committed to the policy of détente.“ Seiner Ansicht nach waren die Sowjets wahrhaftig an einer Détente interessiert, weil sie glaubten, zur Zeit damit ihre nach wie vor unveränderten Ziele am besten erreichen zu können. Würde der Osten oder der Westen mehr von einer Entspannung profitieren? Laut Lloyd würden die Hauptauswirkungen vor allem in den Satellitenstaaten Moskaus sichtbar werden. Er war der Meinung, dass der Westen aus diesem Grund von einer Détente profitieren würde, vorausgesetzt, dass die Stärke der Nato aufrechterhalten blieb, so dass der Westen nicht aus einer Position der Schwäche verhandeln müsste. Natürlich müsste man davon ausgehen können, dass „die Détente von Dauer sei.“ Der britische Aussenminister bekannte, dass er durch das Konzept der „Unteilbarkeit der Détente“, wie es am Vortag von den Nato-Ministern ausgedrückt worden sei, zutiefst beeindruckt sei. Der Westen dürfe Chruschtschow keine „selektive Détente“ zugestehen.

Die eigentliche Präsentation zum Thema kam – wie von den westlichen Drei vereinbart – von Couve de Murville, dem französischen Aussenminister und Gastgeber des Pariser Gipfels. Er fand es wichtig, dass die Nato keine zu negative Haltung einnahm, sondern wegen der öffentlichen Meinung einen konstruktiven Beitrag zur Entspannung leistete:

The great thing [...] was for the West not to tackle the problem of its relations with the USSR with a feeling of inferiority, especially as regards the détente. There was no reason to assume, a priori, that this détente was a danger to the West and worked in favour of the Soviets.

Für Frankreich war es das Hauptziel des Pariser Gipfels, eine Entspannung der internationalen Beziehungen zu erreichen. Während diese Einleitung für das Frankreich de Gaulles überraschend détente-freundlich ausfiel, ging Couve de Murville anschließend auf die Probleme ein, die Frankreich mit dem Konzept „Détente“ hatte. Er wies

<sup>1197</sup> NATO Ministerial Meeting, Istanbul, 3:30 p.m., NA, C-R(60)19-E. Vgl. auch das Position Paper, D-1/5, „East-West Relations“, 26 April 1960, USNA, RG 59, CF, Box 219, CF 1658, Briefing Book.

darauf hin, dass sich das westliche Konzepte von demjenigen der Sowjetunion unterscheide:

Whereas the Western Powers considered that the détente must be general, the USSR, on the contrary, was seeking to improve its relations with the West, while, in other parts of the world including Iran, Germany, and Africa, and more recently Latin America, its policy owed very little indeed to the spirit of détente.

In diesen Gebieten strebe Moskau immer noch nach einer Expansion seines Einflusses. Murville glaubte daher nicht an eine „weltweite Détente“ nach dem Gipfeltreffen, aber er hoffte zumindest auf eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. Dies sei aber ein langwieriger, evolutionärer Prozess. Immerhin hätten sich die internationalen Beziehungen und das kommunistische Regime seit 1945 bereits verändert:

The Russia of 1960 was very different from the Russia of 1955 and still more so from the Russia of 1945. Today, it was in the interest of the USSR to promote a détente in its relations with Europe and the United States.

Wichtig seien in den folgenden Wochen und Monaten vor allem die Solidarität und Einheit des Westens.<sup>1198</sup>

Spaak rundete die politischen Diskussionen über die Ost-West-Beziehungen wie gewohnt mit einem Fazit aus Sicht der Nato ab. Auch wenn die einzelnen Nato-Staaten unterschiedliche Positionen zu einer Détente vertraten, dies unter anderem wegen unterschiedlich starken kommunistischen Parteien in den jeweiligen Ländern, so schlug Spaak doch vor, im Kommuniqué die Détente zu erwähnen „als ein Konzept, das untrennbar mit dem Konzept der Allianzsolidarität zusammenhänge.“ Lloyds Hinweis aus der Sitzung aufnehmend, forderte der Generalsekretär:

The time had come, it seemed to him, to make it abundantly clear to the Russians that the détente, like peace, was indivisible. He felt it impossible to accept a Soviet policy consisting in differentiating between members of the Alliance and admitting some of them to the benefits of a policy of détente while subjecting others, on the contrary, to pressure or violent attacks [...] which had afforded concrete proof of the Soviet concept of international détente.

Seiner Meinung nach mussten die Bevölkerungen in den Nato-Ländern realisieren, dass ihre Solidarität in einer Entspannungsperiode genau so wichtig war wie in einer Phase des kalten Krieges.<sup>1199</sup>

In ihrem Kommuniqué begrüßte die Nato das Pariser Gipfeltreffen und die damit verbundene Möglichkeit einer internationalen Entspannung. Die Nato unterstützte den westlichen Abrüstungsplan vom 15. März 1960. Bezüglich der Deutschlandfrage ging die Nato immer noch vom Genfer Friedensplan vom 14. Mai 1959 aus. Zudem hielt die Nato an ihrer Berlin-Deklaration vom 16. Dezember 1958 fest. Die Mitgliedstaaten der Nato waren nicht zufriedengestellt mit der sowjetischen Formel einer friedlichen Koexistenz, während die Sowjetunion parallel dazu immer noch einzelne Mitglieder der Allianz angriff. Die Nato verurteilte deshalb die sowjetischen Propagandaefforts, wel-

<sup>1198</sup> NATO Ministerial Meeting, Istanbul, 3 May 1960, 11:00 a.m., NA, C-R(60)20-E (ÜdV). Vgl. auch Herters Kurzbericht darüber, Herter (Istanbul) to DoS, 4 May 1960, Secto 68, USNA, RG 59, Records of Ambassador Charles E. Bohlen, 1942-71, Box 15, East-West II, NATO Aspects. Noch im März hatte Burgess darum gebeten, dass der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Ost-West-Beziehungen, der den Nato-Aussenministern in Istanbul präsentiert werden sollte, möglichst identisch mit dem Bericht der Arbeitsgruppe an die Aussenminister Frankreichs, Grossbritanniens und der USA sein sollte. Burgess (Paris) to Herter, 7 March 1960, Polto 1760, USNA, 396.1-PA.

<sup>1199</sup> NATO Ministerial Meeting, Istanbul, 3 May 1960, 11:00 a.m., NA, C-R(60)20-E.

che die BRD zu diskreditieren suchten, als nicht konsistent mit Chruschtschows Détente-politik.<sup>1200</sup>

Das zweite wichtige Thema, welches die Aussenminister in Istanbul besprachen, war Spaaks dritter politischer Jahresbericht.

#### **4. Nato-Aussenministerdebatte über politische Konsultation**

Aufgrund zunehmender Kontakte zwischen dem Westen und dem Kreml sowie den intensivierten Ost-West-Verhandlungen war Spaak in politischen Jahresrückblick von folgender Einschätzung ausgegangen: „Psychologically speaking, there has been a marked change of atmosphere in East/West relations arising from the détente.“ Daraus leitete der Generalsekretär für die Nato die folgende Aufgabe ab: „These new circumstances called for a special effort on the part of the Alliance to fulfill its basic political task, i.e. the maintenance of unity of views and action vis-à-vis the USSR.“ Spaak nutzte im Bericht die Gelegenheit, Kritik an der mangelnden Konsultation mit dem Nato-Rat im Vorfeld bilateraler Treffen von US-Vizepräsident Richard Nixon und dem italienischen Präsidenten Giovanni Gronchi in der Sowjetunion sowie vor Chruschtschows Visiten in den USA und Frankreich loszuwerden. Rückblickend begannen aus Spaaks Sicht die Probleme für die politische Kooperation in der Nato vor allem nach dem Abbruch der Genfer Verhandlungen. Im Spätsommer 1959 hätten unterschiedliche Meinungen über gewisse Aspekte der westlichen Position sowie der Besuch Chruschtschows in den USA zu vermehrter Unsicherheit und einem Gefühl mangelnder Kooperation zwischen den Alliierten geführt. Die Nato sei von einem grossen Teil der westlichen Gespräche ausgeschlossen geblieben, welche die Interessen der Allianz direkt tangiert hätten. Immerhin sei es am Dezembertreffen zur Wiederaufnahme einer engeren Kooperation gekommen und ein komplexes System für die Konsultation der vier Mächte mit der Allianz etabliert worden.<sup>1201</sup> In Istanbul zog Spaak daraus das Fazit, dass es zwar in den letzten Monaten Fortschritte bezüglich der politischen Konsultation in der Allianz gegeben habe, dass aber noch nicht alles perfekt sei. Er forderte die Drei auf, die kleineren Nato-Staaten von Anfang an in die Vorbereitungsdiskussionen der westlichen Verhandlungsposition einzubeziehen.

Gegen Spaaks Vorschlag einer „institutionalisierten Gipfel-Konsultation“ durch ein Fünfergremium sprachen sich in der Diskussion alle Nato-Staaten aus, nicht zuletzt aus Angst vor einer reduzierten Rolle des Ständigen Nato-Rats. Lange glaubte, die westlichen Drei hätten ein Recht auf Verhandlungen mit der Sowjetunion und wurden diesbezüglich vom Nato-Rat „voll unterstützt“. Luns anerkannte zwar die spezielle Verantwortung der Drei für Deutschland und Berlin, betonte aber, dass alle anderen Fragen die gesamte Allianz betrafen. Brentano lobte die Arbeit der stellvertretenden Nato-Botschafter, die ohne grosse Publizität wichtige Konsultationsaufgaben erfüllten. Auch Couve de Murville machte auf den Wert von Konsultationen in kleineren Arbeitsgruppen aufmerksam. Herter legte Wert darauf zu betonen, dass die Konsultationen in der Nato über einen Ost-West-Gipfel 1959/60 gut funktioniert hätten, unter anderem auch dank der neuen Position eines Nato-Beobachters in der Arbeitsgruppe über Ost-West-Beziehungen. In die Zukunft blickend, forderte Herter eine grundsätzliche Überprüfung der wichtigsten Herausforderungen und Gelegenheiten für die Nato in den 1960er-Jah-

<sup>1200</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 588ff., 589.

<sup>1201</sup> Annual Political Appraisal by Spaak, 21 April 1960, NA, C-M(60)40-E. Vgl. auch Burgess to DoS, 22 April 1960, „Spaak Report“, Polto 2141, USNA, RG 59, Records of Ambassador Charles E. Bohlen 1942-71, Box 15, East-West II, NATO Aspects.

ren: „It is not a moment too soon to begin planning for them.“ Er stellte in Aussicht, dass die USA nach dem Pariser Gipfel eine grosse Studie über die zukünftigen Aufgaben der Nato durchführen würden.<sup>1202</sup>

## 5. Erwartungen an den Pariser Gipfel

Kurz vor dem Ost-West-Gipfel häuften sich jedoch die Anzeichen, dass die Konferenz in keinem der drei grossen Dossiers den ursprünglich gewünschten Durchbruch bringen könnte. Der Norstadplan war nicht, wie von USA und Grossbritannien vorgesehen, der Nato in Istanbul vorgelegt, sondern in einem bilateralen Gespräch Herter-Brentano zu den Akten gelegt worden.<sup>1203</sup> Norstad reiste deshalb am 5. Mai 1960 nach Bonn, um „eine Grabrede für eine Beerdigung zu halten, die in Istanbul stattgefunden“ hatte.<sup>1204</sup> Wegen der Probleme, die sich aus dem Norstadplan für die BRD ergeben könnten, hatten die USA sich dazu bereit erklärt, den Inspektions- und Kontrollplan von einer Diskussion mit Chruschtschow auszuschliessen.<sup>1205</sup>

Hatte Anfang 1960 noch Zuversicht geherrscht, Chruschtschow sei zu einer Détente mit dem Westen bereit, schwand die Hoffnung kurz vor dem Pariser Gipfel. Anfang Mai zweifelte Chruschtschow daran, ob der Westen am Pariser Gipfel wirklich Lösungen anstreben würde. Er kritisierte die öffentlichen Aussagen der USA, welche er als Fortsetzung des Kalten Krieges bezeichnete und welche die Atmosphäre des Gipfels vergiften würden. Chruschtschow fragte sich, ob die USA die Konferenz sabotieren möchten, bevor sie überhaupt begonnen habe.<sup>1206</sup> Der amerikanische Botschafter in Moskau, Llewellyn Thompson, war ebenfalls wenig optimistisch: „All signs appear to point to Khrushchev's intention of trying to extort maximum propaganda advantage from summit rather than attempt at serious negotiation.“ Der Wandel hatte offenbar während Chruschtschows Visite bei de Gaulle im März 1960 eingesetzt und wurde durch die westlichen Äusserungen verstärkt, dass in Paris kein Fortschritt in der Berlinfrage möglich sein würde. Thompson glaubte nüchtern: „The cold war is on again.“<sup>1207</sup>

Das State Department betonte in seinen Vorbereitungspapieren die Wichtigkeit, sich keiner falschen Illusionen bezüglich einer Détente mit der Sowjetunion hinzugeben und stattdessen die Solidarität der bestehenden westlichen Allianzsysteme aufrechtzuerhalten: „We should make no commitments which would have a major adverse effect on our alliances or permit the impression to arise that we are shifting the emphasis of our

<sup>1202</sup> NATO Ministerial Meeting, Istanbul, 3 May 1960, 3:30 p.m., NA, C-R(60)21-E (ÜdV). Vgl. Evelyn Shuckburgh, „Why NATO Is Necessary“, *NATO Letter* 8, no. 7 (1960): 1-7.

<sup>1203</sup> Herter (Istanbul) to DoS, 1 May 1960, Secto 43, USNA, RG 59, CDF, 396.1-IS; Herter (Istanbul) to DoS, 2 May 1960, Secto 51, *ibid.*; Herter (Istanbul) to DoS, 3 May 1960, Secto 61, *ibid.*

<sup>1204</sup> Houghton (Paris) to DoS, 6 May 1960, Tel. 5193, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV); Norstad-Adenauer Meeting, 5 May 1960, DDEL, Norstad Papers, Policy File Series, Box 87, Disarmament Plans (1).

<sup>1205</sup> Herter-Kohler-Caccia-Hood et al. Meeting, 11 May 1960, „Summit Meeting: Norstad Plan“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/5-1160. Nach der langen, kontroversen Sitzung mit Adenauer erlitt Norstad auf einem Golfplatz in den Bavarischen Alpen einen Herzinfarkt. Eisenhower-McCone Meeting, Paris, 18 May 1960, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 50, Staff Notes May 1960 (1).

<sup>1206</sup> Houghton (Paris) to DoS, 7 May 1960, Tel. 5196, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA; Houghton (Paris) to DoS, 7 May 1960, Tel. 5198, *ibid.* Zu Chruschtschows Euphorie über den Zustand der Ost-West-Beziehungen nach Camp David und seine Ernüchterung, dass ein Berlin- und Abrüstungsabkommen doch nicht möglich sein würde, vgl. Taubman, Khrushchev, 447-455.

<sup>1207</sup> FRUS 1958-60, IX: 394 (ÜdV). Zu Chruschtschows Besuch in Paris vgl. Dirk Buda, *Ostpolitik à la française: Frankreichs Verhältnis zur UdSSR von de Gaulle zu Mitterand* (Marburg: Verlag Arbeit & Gesellschaft, 1990), 73-76.

policy away from our alliances toward a policy of broad cooperation with the USSR.“ Auch wenn der Gipfel den Trend der letzten Jahre bestätigt und einen Bedeutungswandel „von ausschliesslich militärischen Aspekten der Ost-West-Beziehungen zu politischen und wirtschaftlichen Aspekten“ markiere, sollte der Westen vermeiden, den Eindruck entstehen zu lassen, der Ost-West-Konflikt sei dadurch weniger fundamental oder die westliche Einheit weniger fest.<sup>1208</sup>

Kurz vor dem Gipfel mit Chruschtschow wurde die Nervosität in Nato-Kreisen deutlich spürbar. So warnte Burgess in einer persönlichen Nachricht an Herter und Verteidigungsminister Thomas Gates vor den möglichen Auswirkungen eines möglichen Détenteerfolgs auf die Verteidigungsanstrengungen der Nato. Er bat darum, in Eisenhowers Bericht an die amerikanische Öffentlichkeit die Passage einzubauen, dass es auch nach dem Gipfeltreffen nach wie vor äusserst wichtig sei, die politische Einheit und die Verteidigung der Nato aufrechtzuerhalten.<sup>1209</sup> An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 11. Mai betonte Léger nochmals die Notwendigkeit, dass bei neuen sowjetischen Vorschlägen die westlichen Verhandlungsführer den Nato-Rat zwingend zu konsultieren hätten. Auch Spaak hoffte, der Nato-Rat würde nicht durch eine „sensationelle Initiative“ des Westens überrascht. Burgess gab die Versicherung, den Nato-Rat bei einer unerwarteten Wendung einzuberufen, wies aber auch darauf hin, dass der Zeitfaktor Konsultationen während der Gipfelkonferenz erschwere. Die USA, Grossbritannien und Frankreich würden dem Nato-Rat an der Sitzung vom 18. Mai ausführlich über die Verhandlungen mit Chruschtschow berichten. Spaak bedankte sich bei den westlichen vier Grossmächten für die „sehr gute“ Konsultation mit dem Nato-Rat.<sup>1210</sup>

Nach dem Abschuss einer amerikanischen U-2 über sowjetischem Territorium schwanden die Hoffnungen auf eine Ost-West-Détente noch mehr. Spaak erfuhr am 13. Mai vom sowjetischen Botschafter in Paris, Winogradow, dass Chruschtschow über den U-2-Vorfall sehr erregt sei und nun unter dem Druck der sowjetischen Militärs stehe, die seit langem einen härteren Kurs gegenüber dem Westen verlangten.<sup>1211</sup>

## 6. Die Nato und das Scheitern des Pariser Gipfels

Nach den Eröffnungserklärungen des Pariser Gipfels am Morgen des 16. Mai durch Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und Chruschtschow erschien Chruschtschow zur ge-

<sup>1208</sup> Scope and Objectives, Meeting of Chiefs of State and Heads of Governments, Paris, May 1960, 7 May 1960, DD 1990/2584 (ÜdV).

<sup>1209</sup> Burgess (Paris) to DoS (Personal for Herter and Gates), 9 May 1960, Polto 2234, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1210</sup> Burgess (Paris) to DoS, 12 May 1960, „NAC Meeting May 11: Consultation in NAC during Summit Meeting“, Polto 2264, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV); Roberts (Paris) to FO, 12 May 1960, Telo. 139, PRO, FO 371/143776.

<sup>1211</sup> Memorandum by Spaak, 13 May 1960, USNA, RG 59, Records of Component Offices of the Bureau of European Affairs 1944-62, Box 47, East-West Summit, May 1960. Zum U-2-Abschuss vergleiche auch FRUS 1958-60 IX: 381-85; David Wise and Thomas B. Ross, *The U-2 Affair* (New York: Random House, 1962); James A. Nathan, „A Fragile Détente: The U-2 Incident Re-examined“, *Military Affairs* 39, no. 3 (1975): 97-104; Michael R. Beschloss, *Mayday: Eisenhower, Khrushchev and the U-2 Affair* (New York: Harper, 1986), 243-326; Gregory W. Pedlow and Donald E. Welzenbach, *The CIA and the U2 Program, 1954-74* (Washington, DC: CIA, 1998); Taubman, Khrushchev, 442-447, 455-460; Fedor Burlatsky, *Khrushchev and the First Russian Spring: The Era of Khrushchev Through the Eyes of His Advisor* (London: Weidenfeld & Nicolson, 1991), 157f.. De Gaulle erhielt Mitte Mai ein halbstündiges technisches Briefing der CIA über den Vorfall. DoS to Houghton (Paris), Eyes Only, n.d., DDEL, Herter Papers, Chronological File, Box 8, May 1960 (declassified on 21 March 2000). Am 9. Mai hatte ein frustrierter Eisenhower seiner Sekretärin Ann Whitman gesagt: „I would like to resign.“ Diary Entry, 9 May 1960, DDEL, AWF, Ann Whitman Diary, May 1960.



planten Sitzung am darauffolgenden Tag aus Protest gegen den U-2-Vorfall beziehungsweise Eisenhowers widersprüchliche Informationspolitik in der Affäre gar nicht mehr. De Gaulle blieb als Vertreter der Gastnation Frankreich nichts anderes übrig, als die Konferenz am 17. Mai um 16:30 Uhr für gescheitert zu erklären. In einer gemeinsamen westlichen Erklärung bedauerten es Eisenhower, de Gaulle und Macmillan um 21:30 Uhr, dass es unmöglich geworden sei, den Gipfel abzuhalten. Gleichzeitig erklärten sie ihre Bereitschaft, den Dialog mit Chruschtschow jederzeit wieder aufzunehmen.<sup>1212</sup>

Als sich der überraschende Abbruch des Gipfels abzeichnete, forderten die Vertreter Kanadas, Dänemarks, Norwegens, der Türkei und Italiens an der Sitzung der stellvertretenden Nato-Botschafter vom 17. Mai 1960 eine sofortige Unterrichtung des Nato-Rats durch die westlichen drei Grossmächte. Generalsekretär Spaak, der normalerweise an diesen Sitzungen nicht teilnahm, wusste von diesen Plänen und besuchte die Sitzung deshalb für ein paar Minuten. Er teilte mit, im Gespräch mit verschiedenen Nato-Botschaftern sei der Konsens entstanden, dass die Nato mit einer eiligst einberufenen Sondersitzung nur den Eindruck einer Krise erwecken würde. Wie geplant sollte der Bericht an die Nato über den Pariser Gipfel deshalb erst an der regulären Sitzung vom 18. Mai erfolgen. Spaak räumte ein, dass selbstverständlich neben den Nato-Botschaftern auch die in Paris anwesenden Aussenminister an dieser Sitzung teilnehmen könnten. Es sollte aber unbedingt verhindert werden, dass die Sowjetunion nachher sagen könnte, die Nato sei involviert worden, bevor die Gipfelkonferenz offiziell abgebrochen worden sei.<sup>1213</sup> Der kanadische Nato-Botschafter Léger teilte Roberts mit, seine Regierung sei perplex und wüsste schlicht nicht, was sie denken sollte.<sup>1214</sup>

An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 18. Mai verlangten insbesondere der Holländer Stikker und die Delegationen Norwegens, Italiens, Kanadas, der Türkei, Griechenlands und Dänemarks erneut einen sofortigen Bericht der Drei. Aus den Voten der USA, Grossbritanniens und der BRD wurde jedoch deutlich, dass ein umfassender Bericht derzeit noch nicht möglich sein würde. Die Sitzung war von Unruhe im Lager der westlichen Drei geprägt. Der Franzose de Leusse kam erst später dazu und Roberts und Burgess mussten die Sitzung früher verlassen.<sup>1215</sup> Spaak bestand nochmals darauf, dass die Nato-Sitzung erst nach einem Treffen der westlichen Drei und nach Chruschtschows Pressekonferenz stattfinden solle. Er fand es wichtig, dass die Allianz ruhig und überlegt handle, und sprach sich, unterstützt von de Staercke, stark gegen eine Sitzung in einer Krisenatmosphäre aus.<sup>1216</sup> Aus Roberts Bericht nach London lässt sich Spaaks grosser Einfluss im Nato-Rat ablesen: „Spaak returned to the charge and wore down the opposition, with the result that the Council finally agreed to invite the spokesmen of the ‚Big Three‘ to meet them tomorrow at 11 am.“

<sup>1212</sup> Briefing by Herter, Washington, 25 May 1960, „Summit Developments“, USNA, RG 59, Records of Component Offices of the Bureau of European Affairs 1944-62, Box 47, Preparations for Summit, Paris 1960; „The Paris Summit“, by Gerard C. Smith, 15 July 1960, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Vgl. dazu Jochum, Eisenhower und Chruschtschow, 147-163; Taubman, Khrushchev, 460-468; Oleg Troyanovsky, „The Making of Soviet Foreign Policy“, in *Nikita Khrushchev*, ed. William Taubman, Sergei Khrushchev, and Abbott Gleason (New Haven: Yale University Press, 2000), 209-241, 221-227; Christian Nünlist, „The Paris Conference, 1960“, in *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker (Santa Barbara: ABC Clio, 2006), 1009f.

<sup>1213</sup> Burgess (Paris) to DoS, 18 May 1960, Polto 2287, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1214</sup> Roberts (Paris) to FO, 17 May 1960, Tel. 156, PRO, FO 371/153776.

<sup>1215</sup> Burgess (Paris) to DoS, 18 May 1960, Polto 2290, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1216</sup> Roberts (Paris) to FO, 18 May 1960, Tel. 157, PRO, FO 371/153776.

An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 19. Mai, an der auch die Aussenminister der USA, Grossbritanniens, Frankreichs, der BRD und der Türkei teilnahmen, resümierte Couve de Murville die Ereignisse seit dem 15. Mai und hielt fest, dass Chruschtschows Worte und Handlungen in Paris von Anfang an klar gezeigt hätten, dass die UdSSR gar kein Gipfeltreffen gewollt habe. Laut Herter hatte Chruschtschow die Gipfelkonferenz torpediert, weil er geglaubt hatte, sie würde nicht die Resultate liefern, die von ihm sowohl in Moskau als auch in Peking erwartet würden. Chruschtschows Détentepolitik werde sowohl von der innenpolitischen Opposition der Sowjetunion als auch vom kommunistischen China abgelehnt; zudem habe ihm die Nato-Konferenz in Istanbul offenbar eine Verhärtung der westlichen Position signalisiert. Lloyd bedauerte, dass keine Verhandlungen mit der Sowjetunion möglich gewesen seien. Ein zweistündiges Gespräch der britischen Delegation mit Gromyko am 17. Mai habe gezeigt, dass die Russen keinen Gipfel wünschten, weil sie offenbar von einer angespannten Weltlage mehr zu profitieren glaubten als von einer Détente. Am Morgen des 19. Mai habe Chruschtschow jedoch im Gespräch mit Macmillan betont, er werde weiterhin an der Politik einer friedlichen Koexistenz festhalten. Die britische Regierung sei deshalb zuversichtlich, nicht zuletzt auch weil Chruschtschow die Möglichkeit eines Gipfeltreffens in sechs bis acht Monaten erwähnt habe. Lloyd gestand jedoch, dass für ihn das Scheitern des Gipfels eine „grosse Enttäuschung“ bedeute. Er fand, Chruschtschow habe sich wie ein „Verrückter“ aufgeführt und das führe natürlich zu einer gefährlichen Situation. Kurzfristig stärke sein Verhalten aber die Einheit der Nato. Lloyd lobte zudem Eisenhowers würdevolles und zurückhaltendes Verhalten.

Nach den Berichten der Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs meldeten sich die übrigen Vertreter der Nato zu Wort. Der holländische Vertreter Jan de Ranitz forderte nach dem Gipfelfiasco die Einheit und Stärkung des Westens – für ihn war ganz allein Chruschtschow schuld am Scheitern des Gipfels. Alessandrini drückte Italiens Solidarität mit den USA aus. Er hoffte aber, das Kommuniké der Nato-Sitzung werde die Bereitschaft der Allianz betonen, mit Moskau weiterhin über ausstehende Differenzen zu verhandeln. Für Brentano war das Berlinproblem durch den gescheiterten Gipfel gefährlicher geworden – er hoffte, die Nato könne einen gemeinsamen Plan für den Fall entwerfen, dass Moskau mit Ostdeutschland einen separaten Friedensvertrag abschliessen würde. Er wurde darin von Belgiens de Staercke unterstützt, der aber gleichzeitig fand, die Situation solle nicht überdramatisiert werden.

Der portugiesische Nato-Botschafter Antonio de Faria sprach von Portugals „Freundschaft und Bewunderung“ für Präsident Eisenhower und forderte als Lektion der letzten Tage eine noch engere Einheit der Nato. Auch für den türkischen Aussenminister Zorlu war nun eine noch grössere Koordination der westlichen Politik durch Konsultation und Solidarität gefragt. Wie 1958/59 auf die sowjetische Bedrohung Berlins sollte die Nato auch jetzt wieder ruhig, entschieden und geschlossen auf die Krise reagieren. Kanadas Léger hoffte, Chruschtschows Hinweis auf eine mögliche Gipfelkonferenz in einigen Monaten würde ernst genommen, und sprach sich für eine Fortführung der Abrüstungs- und Teststoppverhandlungen mit der Sowjetunion aus. Léger betonte, dass der kanadische Aussenminister Green bereit wäre, für ein ausserordentliches Ministertreffen nach Paris zu kommen, sollte dies von der Nato gewünscht werden.

Lloyd nahm Bezug auf die Fragen Brentanos und de Staerckes und hielt fest, dass der Westen nichts gegen einen separaten Friedensvertrag Moskaus mit Ostdeutschland unternehmen könnte. Die westlichen Drei würden jedoch klarstellen, dass sie keine Verletzung ihrer Zugangsrechte nach Berlin hinnehmen würden. Herter versicherte, auf Lé-

gers Frage antwortend, dass die Abrüstungsgespräche auch nach dem Scheitern des Gipfels fortgesetzt würden.

Am Ende des Treffens fasste Spaak zusammen, dass der Nato-Rat die Position der westlichen Drei teile. Er nahm die Tribute auf, die Eisenhowers Würde und Zurückhaltung gegeben wurden, und hielt fest, dass der Nato-Rat einstimmig das Verhalten der USA, Grossbritanniens und Frankreichs gutheisse. Während Spaak den erhofften, nun aber ausgebliebenen positiven Effekt des Gipfels auf die Abrüstungsverhandlungen bedauerte, betonte er das allianzweite Interesse am Berlinproblem und wiederholte das Versprechen Lloyds, wonach die Drei den Nato-Rat weiterhin über ihre Positionen informieren würden. Spaak räumte ein, dass Chruschtschows Gründe, den Gipfel zu torpedieren, sowie seine zukünftigen Absichten schlicht ein „Mysterium“ darstellten. Er hielt aber einen Informationsaustausch im Ständigen Nato-Rat über die sowjetische Aussenpolitik gerade in dieser instabilen Situation für besonders wichtig.<sup>1217</sup> Der Nato-Rat war sich einig, dass der Westen weiterhin jederzeit zu „klassischen, diplomatischen“ Gesprächen mit der Sowjetunion bereit sein sollte – wenn auch nicht gerade wieder zu einem erneuten Gipfeltreffen. Das Kommuniqué der Nato vermied deshalb vorsichtig jegliche Referenz zu einer solchen Möglichkeit: Die Nato nahm Bezug auf ihr Kommuniqué von Istanbul, als sie die Aussicht auf Verhandlungen mit der Sowjetunion und eine Verbesserung internationaler Beziehungen begrüsst habe. Der Nato-Rat bedauerte es, dass Chruschtschow die Verhandlungen in Paris verunmöglicht habe. Der Rat unterstützte in „vollständiger Solidarität“ die Aussage der westlichen drei Grossmächte, dass sie auch in Zukunft jederzeit offen für Verhandlungen mit der Sowjetunion seien.<sup>1218</sup>

Herter berichtete nach der zweistündigen Sitzung an Eisenhower, dass alle Vertreter der Nato ihre Solidarität mit den USA und besonders auch ihre Wertschätzung für die Würde und Zurückhaltung Eisenhowers angesichts von Chruschtschows Provokation ausgedrückt hatten. Die Unterstützung für Eisenhower und die USA innerhalb der Nato sei einstimmig gewesen und der Nato-Rat habe aus eigener Initiative beschlossen, dies auch im Kommuniqué so auszudrücken.<sup>1219</sup> Rund eine Woche später wiederholte Herter in einer Orientierung lateinamerikanischer Botschafter über den gescheiterten Pariser Gipfel, wie stark er von der Haltung der Nato am 19. Mai beeindruckt worden sei: „I have never seen such an extraordinarily fine spirit of solidarity as existed among this entire group. It was very heartwarming.“<sup>1220</sup> Eisenhower und Herter entschieden sich, dem Nato-Rat für diese eindrückliche Solidaritätskundgebung mit einer persönlichen Nachricht des Präsidenten zu danken, die der stellvertretende amerikanische Nato-Botschafter Fritz Nolting an der Nato-Ratssitzung vom 25. Mai verlas. Eisenhower drückte darin seine aufrichtige persönliche Wertschätzung für die vertrauens- und

<sup>1217</sup> Roberts (Paris) to FO, 19 May 1960, Tels. 159-60, *ibid.* (ÜdV). Burgess (Paris) to DoS, 20 May 1960, Polto 2306, „Circumstances of Failure Hold Summit Discussions and Related Questions“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Viereinhalb Seiten dieses Telegramms sind nach wie vor klassifiziert. Vgl. für eine Zusammenfassung auch: Telegram from Burgess (Paris) to DoS, 20 May 1960, Polto 2307, *ibid.* Couve de Murvilles Äusserungen sind enthalten in Burgess (Paris) to DoS, 23 May 1960, Polto 2319, *ibid.*

<sup>1218</sup> Das NAC-Kommuniqué vom 19 May 1960 findet sich in Burgess (Paris) to DoS, 19 May 1960, Polto Circular 12, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Es orientierte sich an einem amerikanischen Entwurf: DoS to Kohler (Paris), 17 May 1960, TOSEC 50, *ibid.*

<sup>1219</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 590.

<sup>1220</sup> Briefing of Latin American Ambassadors by Herter, Washington, 25 May 1960, 2:30 to 3:15 p.m., „Summit Developments“, USNA, RG 59, Records of Component Offices of the Bureau of European Affairs 1944-62, Box 47, Preparations for Summit, Paris 1960.

verständnisvollen Äusserungen im Nato-Rat vom 19. Mai aus, die ihn tief berührt hätten. Auch wenn er von Chruschtschow schwer enttäuscht sei, so sei die Nato-Solidarität für ihn der ermutigendste Aspekt seiner Reise nach Paris gewesen. Er versicherte dem Nato-Rat seine lange und enge Assoziierung mit der Nato und seinen Glauben in die Wichtigkeit der Allianz für die Freie Welt. Léger übte erstmals auch einen Hauch an Selbstkritik an der westlichen Verhandlungsposition im Vorfeld des Pariser Gipfels, als er einräumte, die starre Haltung des Westens in den Bereichen Deutschland und Berlin sowie Abrüstung hätten zu Chruschtschows Verhalten beigetragen: „If the reason for the failure of the Summit Conference was the firm position taken up by the West, we would have to consider what price we would be prepared to pay for a détente if this were desirable.“<sup>1221</sup>

Vorderhand waren aber Entspannungsschritte durch das grobe Auftreten Chruschtschows in Paris völlig unmöglich geworden. Der norwegische Aussenminister Lange war nach Chruschtschows Sprengung der Pariser Gipfelkonferenz so frustriert, dass er am 19. Mai einen für Ende des Monats geplanten Besuch in Moskau kurzfristig absagte.<sup>1222</sup> Natürlich konnte unter diesen Bedingungen auch Eisenhowers Gegenbesuch in der Sowjetunion, der auf Mitte Juni 1960 vorgesehen gewesen wäre, nicht realisiert werden.<sup>1223</sup> Auch für Blankenhorn bedeutete der Pariser Gipfel das Ende der sowjetischen Entspannungspolitik. Für die Zukunft rechnete er besonders in der Berlinfrage mit erhöhter grosser Gefahr. Ob die Sowjetunion nun ihre Drohung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR wahr machen würde?<sup>1224</sup> Der italienische Botschafter in Washington, Manlio Brosio, fand in einem bilateralen Gespräch mit Herter, der Nato-Rat solle sich mit den Aussichten auf Verhandlungen mit der Sowjetunion auseinandersetzen, und plädierte für eine neue westliche Initiative. Herter empfahl jedoch, im Moment zu warten, weil eine neue Initiative derzeit als Schwäche interpretiert würde.<sup>1225</sup>

Die westlichen Führer reagierten unterschiedlich auf den gescheiterten Pariser Gipfel. Adenauer, der sich vor einer Détente auf Kosten der BRD gefürchtet hatte, atmete erleichtert auf und kommentierte: „Wir haben nochmals fies Glück gehabt.“<sup>1226</sup> Macmillan bezeichnete das Scheitern des Gipfels hingegen als den „tragischsten Moment seines Lebens“.<sup>1227</sup> Eisenhower betrachtete den Pariser Erfahrung als „Unfall“, der den Westen nicht davon abhalten werde, eine vernünftige und zufriedenstellende Einigung mit den Sowjets zu finden, um Spannungen abzubauen und die Kriegsgefahr zu mindern. Gleichzeitig sollte der gescheiterte Gipfel den Westen nicht in ein „hysterisches Vertei-

<sup>1221</sup> Herter to Burgess (Paris), 24 May 1960, Topol 2318, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Roberts (Paris) to FO, 25 May 1960, Tel. 167, PRO, FO 371/153776.

<sup>1222</sup> „Verzicht Langes auf die Reise nach Moskau“, NZZ (20. Mai 1960). Wenig später besann sich aber Lange wieder auf die Doppelstrategie von Abschreckung und Détente zurück. Vgl. Halvard Lange, „NATO and East-West Relations“, *NATO Letter* 8, no. 9 (1960): 1ff. Siehe zur Enttäuschung der norwegischen Regierung über den gescheiterten Gipfel auch Lillevik, „Moments of Crisis“, 67; FRUS 1958-60 VII: 693.

<sup>1223</sup> „Itinerary for the President's Visit to U.S.S.R.“, 7 May 1960, DDEL, SS, ITM, Box 12, President's Trip to Russia (1). Chruschtschow hatte Eisenhower erlaubt, auch innerhalb der UdSSR mit seiner Air Force One zu fliegen. Mit Eisenhowers Genehmigung war daraufhin der Präsidentenjet mit Hochofflösungs-Spionagekameras ausgestattet worden. Vgl. Beschloss, *Mayday*, 226-229; Sulzberger, *Last of the Giants*, 673.

<sup>1224</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 20. Mai 1960, BA, NL Blankenhorn, Bd. 101.

<sup>1225</sup> Herter-Brosio Meeting, Washington, 23 May 1960, „Post-Summit Situation“, USNA RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1226</sup> Eckardt, *Ein unordentliches Leben*, 614.

<sup>1227</sup> Horne, *Macmillan II*, 231 (ÜdV).

digungsprogramm“ stürzen.<sup>1228</sup> Trotzdem war ihm bewusst, dass mit dem gescheiterten Gipfel seine grossen Hoffnungen darauf, mit Chruschtschow eine Lösung zur Beendigung des Kalten Krieges zu finden, gescheitert waren. Gegenüber seinem wissenschaftlichen Berater George Kistiakowsky bekannte Eisenhower: „The stupid U-2 mess [has] ruined all [my] efforts.“ Eisenhower fügte „traurig“ an, es gebe „nichts Sinnvolles mehr für ihn zu tun bis zum Ende seiner Präsidentschaft“.<sup>1229</sup>

Für die Nato bedeutete das Versagen des Ost-West-Gipfels in Paris paradoxerweise eine positive Entwicklung. Konkret vom holländischen Botschafter in Washington, J.H. van Roijen, darauf angesprochen, welche Auswirkungen der gescheiterte Gipfel auf die Nato haben werde, antwortete Unterstaatssekretär Livingston Merchant stellvertretend für die Eisenhower-Regierung:

[H]e thought the breakup would draw us closer together. The fact that the Soviets can now be expected to make a concerted attack on our more exposed allies redoubles the importance of the closest possible political consultation within NATO.<sup>1230</sup>

<sup>1228</sup> FRUS 1958-60 IX: 505-513. Eisenhowers Haltung im Nachgang zum „Geist von Paris“ (McCone) ist auch wiedergegeben in einem Brief vom Direktor der Atomenergiebehörde John McCone an Norstad. Letter from McCone to Norstad (Paris), 26 May 1960, DDEL, Norstad Papers, Policy Files Series, Box 90, Norstad, Personal (1). McCone machte keinen Hehl aus seiner grundsätzlichen Differenz mit dem US-Präsidenten über Abrüstung. Während Eisenhower die Genfer Abrüstungs- und Teststopp-Diskussionen fortführen wollte, wünschte McCone eine Beschleunigung der Raketenprogramme und einen Stopp des 19-monatigen freiwilligen US-Testmoratoriums, um wichtige Entwicklungen in 10-12 unterirdischen Nuklearexplosionen real zu testen.

<sup>1229</sup> Kistiakowsky, Scientist at the White House, 375 (ÜdV).

<sup>1230</sup> Merchant-van Roijen, 2 June 1960, „Breakup of the Summit Meeting“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA. Vgl. auch W. Randolph Burgess, „Some Conclusions From the Summit“, *Department of State Bulletin* 43, no. 1097 (4 July 1960): 9-13.

## 7. Fazit

Der gescheiterte Ost-West-Gipfel hatte einmal mehr gezeigt, dass die Einheit der Nato in einer Krise stärker war als während der Entspannungsperiode seit Camp David, als im westlichen Bündnis Unsicherheit und Misstrauen geherrscht hatte. Die Monate und Wochen vor dem Pariser Gipfel hatten am Nato-Hauptsitz in Paris schonungslos die Spannungen im Bündnis aufgedeckt. Die BRD, die sich von 1955 bis 1958 so stark für verbesserte politische Konsultationen im multilateralen Nato-Rahmen eingesetzt hatte, genoss in der Zwischenzeit ihren Status als viertwichtigste Macht im Bündnis und schätzte die privilegierten Viererkonsultationen ausserhalb der Bündnisstrukturen. Gegen diese Bevorzugung der BRD durch die USA, Grossbritannien und Frankreich versuchte sich vor allem Italien zu wehren – und schreckte im Januar 1960 auch vor einer plumpen Erpressung nicht zurück. Die Interventionen der italienischen Nato-Botschaft in Paris führten schliesslich dazu, dass der von den westlichen Vier vorgesehene Lenkungsausschuss Ende Januar 1960 aufgelöst werden musste. Vom „Italien-Problem“ versuchte Spaak einerseits mit der Einsetzung eines „Nato-Beobachters“ an den westlichen Gipfelvorbereitungen, anderseits mit dem Vorschlag eines Fünfmächte-Ausschusses abzulenken. Gegen die Proteste der USA setzte Spaak schliesslich einen deutschen Vertreter aus dem Internationalen Sekretariat als Nato-Beobachter ein.

Spaak setzte sich bei den westlichen Vier fortwährend für die wichtige Rolle des Nato-Forums in den westlichen Gipfelvorbereitungen ein und erreichte damit befriedigende Konsultationsmechanismen, auch wenn die westlichen Vier aus verhandlungstaktischen Gründen im Nato-Rahmen nicht alle Karten auf den Tisch legen wollten. Auch wenn die Aussenministerdebatten in Istanbul kurz vor dem Pariser Gipfel unterschiedliche Auffassungen zur Wünschbarkeit einer Ost-West-Détente widerspiegeln, so konnte auf Spaaks Initiative hin im Kommuniqué Détente erstmals im Zusammenhang mit der Allianzsolidarität erwähnt werden. Im Istanbul Kommuniqué begrüsst die Nato den Pariser Gipfel und die Aussicht auf eine internationale Entspannung explizit. Gleichzeitig betonte sie aber ihre Auffassung von einer „Unenteilbarkeit der Détente“ und forderte die Sowjetunion auf, ihre Propaganda gegen die BRD einzustellen und keine selektive Détentepolitik zu verfolgen.

Nach dem Scheitern des Pariser Gipfels wies die Nato erneut auf ihre Bereitschaft zu Ost-West-Verhandlungen hin. Sowjetführer Nikita Chruschtschow hatte jedoch deutlich signalisiert, dass während den verbleibenden acht Monaten von Eisenhowers Amtszeit mit keinen neuen Impulsen in den Ost-West-Beziehungen zu rechnen sein würde. In der Nato wandte man sich deshalb ab Anfang Juni wieder verstärkt internen Problemen zu – vor allem der französischen Herausforderung.

## **X. Ermüdungserscheinungen und Neustart (1960/61)**

Gegenstand dieses Teils ist die Zeit zwischen dem Scheitern des Pariser Gipfels Mitte Mai 1960 und dem Beginn der Berliner Mauerkrise anfangs Juni 1961 ist in zehn Kapitel gegliedert. Im *ersten Kapitel* wird deutlich, wie im Juni 1960 das alte „de Gaulle“-Problem wieder anstelle der Ängste im Bündnis vor einer Supermächte-Détente trat. Nach einem Treffen der Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs entbrannte in der Nato erneut eine heftige Diskussion um die Implikationen eines Dreier-Direktoriats für die Nato. Im *zweiten Kapitel* wird gezeigt, wie die Visionen Eisenhowers und de Gaulles im Sommer 1960 aufeinanderprallten und wie die unterschiedlichen Vorstellungen von der Nato nach zwei Jahren endlich klar aufgezeigt wurden. Das *dritte Kapitel* schildert einen informellen „Nato-Gipfel“ von Insidern der Allianz, welche sich am Comer See den drängendsten Fragen der Nato widmeten. Im *vierten Kapitel* werden die Ermüdungserscheinungen bei Eisenhower und Spaak aufgezeigt, die beide wegen de Gaulles Aussenpolitik für die Zukunft der Nato schwarz sahen. Im *fünften Kapitel* werden die politischen Debatten der Nato-Aussenminister vom Dezember 1960 beleuchtet, welche über die sowjetische Aussenpolitik seit Mai 1960 ein Resümee zu ziehen versuchten. Gleichzeitig läutete der Atlantikrat das Ende einer Ära ein, weil nicht nur das Ende von Eisenhowers Amtszeit näher rückte, sondern Nato-Generalsekretär aus Frustration über die mangelnden Fortschritte im politischen Bereich der Allianz überraschend seinen Rücktritt bekannt gab.

Im *sechsten Kapitel* wird analysiert, wie sich der doppelte Machtwechsel an der Spitze der Nato und ihrer Bündnisvormacht USA auf die politische Kooperation auswirkte. Die Ernennung von Dirk Stikker zu Spaaks Nachfolger war von einem hartnäckigen Ringen zwischen Frankreich und den anderen Nato-Staaten begleitet – ein schlechtes Omen für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Nato und Frankreich. Im *siebten Kapitel* wird gezeigt, wie die neue US-Regierung von John F. Kennedy die amerikanische Nato-Politik der 1950er-Jahre kritisch evaluierte und an die neue Dekade anzupassen versuchte. Im politischen Bereich versprach Kennedy dabei den transatlantischen Alliierten verstärkte Konsultation. Zudem bemühten sich die USA, ihren Alliierten zu versichern, dass die Nato weiterhin Kernstück ihrer Aussenpolitik bleiben würde (*Kapitel 8*). Das *neunte Kapitel* widmet sich schliesslich der Frage, was die Kennedy-Regierung unternahm, um das Problem „de Gaulle“ in den Griff zu bekommen.

### **1. Allianzkrise durch erneuten Tripartismus**

Eine erste informelle multilaterale Bestandsaufnahme der Ost-West-Beziehungen nach dem gescheiterten Pariser Gipfel fand am 28./29. Mai 1960 auf dem Bürgenstock in der Schweiz statt. An einem der sogenannten „Bilderberg-Treffen“ widmeten sich Ed Martin vom State Department, Robert Murphy, C. D. Jackson, Paul-Henri Spaak und andere Atlantiker der gescheiterten Détente von 1960. Laut C.D. Jackson beendete der Pariser Gipfel den illusorischen „Geist von Camp David“. Auch Spaak fand, das „sowjetische Lächeln“ habe sich als Täuschung erwiesen und die sowjetischen Ziele blieben unverändert. Spaak hoffte, der Westen würde in Zukunft grössere Vorstellungskraft und aktivere Initiative zeigen. Er verteidigte die USA für ihre Rücksichtnahme auf europäische Interessen. Seiner Meinung nach hätte Washington bereits seit Jahren aus einer Position der Stärke bilaterale Abkommen mit der Sowjetunion abschliessen können – hätte

dies aber stets verweigert und statt dessen eine Politik der vollen Kooperation mit seinen Alliierten vorgezogen.<sup>1231</sup>

Spaaks Verständnis für Washington löste sich aber nur wenige Tage später in Luft auf. An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 8. Juni 1960 kam es zu einer „äusserst animierten“ Diskussion über de Gaulles Direktoriats-Idee. Anlass dazu bot ein Bericht der amerikanischen Delegation über ein Treffen der Aussenminister der USA, Grossbritanniens und Frankreichs vom 1. Juni in Washington. Macmillan hatte nach dem gescheiterten Gipfel ein solches Dreier-Treffen vorgeschlagen, und Eisenhower war sofort dafür zu begeistern gewesen. Nachdem sich Couve de Murville und Lloyd mit Herter in Washington getroffen hatten, lobte Eisenhower den britischen Premier Macmillan für dessen Idee. Eisenhower verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, diese Dreier-Treffen könnten in Zukunft verbessert werden, auch wenn wegen der „sensiblen“ Mitglieder der Nato wie Italien oder Kanada „leider“ kein Sekretariat eingerichtet werden könne. Eisenhower wollte immerhin parallel zu den effektiveren Dreier-Konsultationen auch die Konsultation innerhalb der Nato verbessern. Die Nato sollte deshalb über die Dreier-Treffen in groben Zügen informiert werden.<sup>1232</sup>

Der stellvertretende amerikanische Nato-Botschafter Nolting berichtete am 8. Juni kurz über die Washingtoner Gespräche. In der Folge kam es zu einer schwierigen Sitzung. Der kanadische Nato-Botschafter Léger bekannte, seine Regierung habe ein Problem damit, wenn solche Dreier-Diskussionen über Angelegenheiten ausserhalb des Nato-Gebiets stattfänden, denn gerade in den letzten Monaten seien von allen Alliierten grosse Bemühungen unternommen worden, solche globalen Konsultationen auch in der Nato zu verankern. Deshalb würden aus seiner Sicht Konsultationen der drei „Seniorenpartner“ mit dem Interesse der ganzen Nato kollidieren. De Staercke bekannte, er fühle sich „ziemlich schwer beunruhigt“ durch Noltings Bericht, da die drei Aussenminister offenbar nicht nur die Probleme Afrikas diskutiert, sondern auch eine gemeinsame Abrüstungsposition vereinbart hätten, ohne die Nato darüber zu konsultieren. De Staercke meinte, er könne gar nicht stark genug betonen, dass jegliche Institutionalisierung solcher Dreier-Treffen das Ende der Nato bedeuten würde: „It was, in his view, better to be a neutral than an unconsulted ally.“

Nach diesen starken Worten vom Doyen des Nato-Rats warnte auch Alessandrini vor den grossen Risiken einer Institutionalisierung der Dreier-Treffen. Italien wolle, dass seine Ansichten über Abrüstung, Mittelstreckenraketen oder Afrika von den Grossmächten zur Kenntnis genommen werde. Stikker fand auch, dies sei „ein sehr schlechter Tag für die Nato.“ Für ihn war die Beziehung zwischen den Dreien und einer vollen Diskussion in der Nato eines der grössten internen Probleme, welche die Allianz gegenwärtig beschäftigten. Nolting, Roberts und der Franzose Philippe Jurgensen versuchten die Dreier-Gespräche in Washington zu rechtfertigen. Roberts tat dies am vehementesten. Seiner Meinung nach wäre es seltsam gewesen, hätten die Aussenminister der westlichen drei Grossmächte am Rande des Seato-Treffens in Washington die internationale Situation nach dem gescheiterten Gipfeltreffen nicht gemeinsam diskutiert. Zudem hät-

<sup>1231</sup> Bilderberg Meeting, Bürgenstock, Switzerland, 28-29 May 1960, USNA, RG 59, 396.1 (ÜdV). Zu den Bilderberg-Treffen vgl. Thomas Gijswijt, „An Atlantic Partnership? The Bilderberg Group and the Debate on NATO's Future“, in *Transforming NATO in the Cold War: Challenges beyond Deterrence in the 1960s*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist and Anna Locher (London: Routledge, 2007), 50-63.

<sup>1232</sup> Eisenhower (Washington) to Macmillan (London), 4 June 1960, PRO, FO 371/152099 (ÜdV). Zur wachsenden Bereitschaft Eisenhowers zu Dreiergesprächen mit Frankreich und Grossbritannien ab Mai 1960 vgl. Trachtenberg, *Constructed Peace*, 243f.; Macmillan, *Pointing the Way*, 241-245; Reyn, *Atlantis Lost*, 242f.



ten die drei Grossmächte Verpflichtungen und Verantwortung in Gebieten, wo sie andere Nato-Staaten nicht hatten. Alle drei fanden, die Ängste des Nato-Rats seien übertrieben, und versicherten, es werde keine Institutionalisierung der Dreier-Gespräche geben.

Der Däne Wassard sagte daraufhin, er sei de Staercke dankbar, dass er diese Diskussion provoziert habe. Sie hätte „äusserst klare und zufriedenstellende Deklarationen“ der drei Grossmächte stimuliert, namentlich, dass es kein Direktoriat geben würde. Spaak wunderte sich, dass Wassard mit den ambivalenten Äusserungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs zufrieden sei. Er selbst sei ein resoluter Gegner der Idee eines Direktoriums, das seiner Meinung nach sicherlich zum Ende der Allianz führen würde. Die Drei spielten mit dem Feuer und würden, so Spaak, unter den kleineren Nato-Staaten starke Neutralismus-Strömungen auslösen, wenn sie nicht vorsichtiger agierten. Niemand solle glauben, dass kein Direktoriat bestehe, nur weil kein Sekretariat eingerichtet worden sei. Wenn die drei Aussenminister, wie es Noltings Bericht zu implizieren schien, jede Gelegenheit nutzen wollten, um ihre Probleme *à trois* zu diskutieren, so wäre dies der Anfang vom Ende. Spaak nutzte die Gelegenheit, um nochmals zu betonen, dass er die Rede von einer „speziellen Verantwortung“ der Drei für Deutschland und Berlin für eine „juristische Fiktion“ hielt, denn jede Entscheidung, welche die Drei fällten, betreffe die ganze Allianz, die auch die Risiken solcher Entscheidungen teilten.

De Staercke unterstrich, die Diskussion der morgendlichen Sitzung habe ihn besorgter gemacht denn je. Für ihn sei nun klar geworden, dass ein Direktoriat bereits existiere; aber er war nicht bereit, zuzugeben, dass dem so sei. Roberts und Nolting beschwichtigten nochmals, der Nato-Rat mache viel Lärm um nichts. Die drei westlichen Aussenminister hätten bekannt gegeben, dass sie keine Entscheidungen ohne Konsultation mit der Nato fällen würden, welche die anderen zwölf betrafen, und dass sie ihre Dreier-Treffen nicht institutionalisieren würden. Deshalb sahen sie keinen Grund für die Besorgnis des Nato-Rats. Wie Roberts nach London rapportierte, machte Spaak an dieser Stelle keinen Versuch, die Diskussion wie üblich zusammenzufassen, sondern beschränkte sich auf ein demonstratives resigniertes Schulterzucken.<sup>1233</sup> Spaak war „äusserst unzufrieden“ mit der Art der westlichen Diskussionen seit dem gescheiterten Gipfeltreffen. Die westliche Diplomatie erschien ihm vage und ungewiss – und der Nato-Rat werde umgangen.<sup>1234</sup>

Italien fand, aus einem Direktorat würde längerfristig Schaden für die europäische Integration resultieren. Die italienische Regierung glaubte, Frankreich könne sich nur als „einer von Drei“ oder aber als „einer von Sechs“ betrachten – aber nicht beides. Während Italien hoffte, die USA könnten dies de Gaulle klarmachen, fanden die USA, die Italiener sollten gegenüber Frankreich dieses Argument als einer der Sechs selbst vorbringen. Italien bestand aber darauf, dass es für die USA als „Aussenseiter“ einfacher wäre, da Italien nicht die Solidarität der Sechs beeinträchtigen wolle.<sup>1235</sup>

Zur selben Zeit erwog der internationale Stab der Nato verschiedene Ideen, um gegen den Trend zu verstärktem Tripartismus ankämpfen zu können. Um die Konsultation in der Nato zu verbessern, sollten häufigere Treffen der Aussenminister der Nato statt-

<sup>1233</sup> Roberts (Paris) to FO, 8 June 1960, PRO, FO 371/152099 (ÜdV). Siehe auch Nolting (Paris) to DoS, 8 June 1960, Polto 2418, USNA, RG 84, USRO, Box 63, Tripartitism. Einen weiteren Bericht über die Sitzung findet sich in Shuckburghs handschriftlich geführtem Tagebuch: Shuckburgh Diary, 8 June 1960, Shuckburgh Papers, MS/191/1/1/8.

<sup>1234</sup> Roberts (Paris) to FO, 8 June 1960, Tel. 184, PRO, FO 371/149418 (ÜdV).

<sup>1235</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. June 1960, BA, NL Blankenhorn, Bd. 101.

finden. Es sollten neben den zwei etablierten Treffen im Frühjahr und im Dezember weitere informellere Sitzungen aller Aussenminister stattfinden, ohne Agenda und ohne elaborierte Vorbereitungsarbeiten. Zudem erwog der Internationale Stab die Praxis, regelmässig einzelne Aussenminister nach Paris einzuladen, um den Ständigen Nato-Rat zu besuchen, wenn ein Thema von besonderer Wichtigkeit für das entsprechende Land auf der Agenda stand.<sup>1236</sup>

Nach dem Eklat vom 8. Juni beklagte sich Spaak bei Roberts über die Dreier-Gespräche in Washington. Er versprach, die Eisenhower-Regierung während seines bevorstehenden USA-Besuches vor den negativen Konsequenzen auch nur eines scheinbaren Dreier-Direktoriats für die Nato zu warnen. Spaak warnte, er wisse aus seiner eigenen politischen Erfahrung vor 1939, wie leicht eine Neutralismus-Stimmung sich in Europa verbreiten konnte, sobald die mittleren und kleineren Länder das Gefühl hatten, dass die wichtigen Entscheidungen von den Grossmächten hinter ihrem Rücken gefällt wurden. Spaak war sichtlich erstaunt darüber, dass Washington und London versuchten, de Gaulles Forderung nach einem Dreier-Direktoriat nachzugeben. Spaak glaubte, de Gaulle würde durch Treffen wie in Washington nie komplett zufriedengestellt sein, aber die USA und Grossbritannien würden alle übrigen Nato-Staaten irritieren:

It showed a complete misunderstanding of de Gaulle's psychology for the Americans to think that a facade of tripartite consultations would counter-balance the United States refusal to help France over MRBMs at the same time as the Americans were making the Skybolt agreement with [the United Kingdom].

Spaak hoffte, Grossbritannien realisiere, wie eng die Beziehungen zwischen de Gaulle und Adenauer inzwischen geworden seien. Beide seien fest entschlossen, von der gegenwärtigen Schwäche der amerikanischen Führung zu profitieren. Seiner Meinung nach hatte der französisch-deutsche Bund zur Zeit de Gaulles aussenpolitische Priorität Nummer Eins, unabhängig davon, was de Gaulle den Amerikanern oder Briten erzählte. De Gaulles Ziel sei nicht ein Europa innerhalb einer starken atlantischen Gemeinschaft, wie Spaak und andere „Europäer“ dies immer gewünscht hätten, sondern ein Europa unter französischer Kontrolle, das Grossbritannien auf freundliche Distanz halten und zunehmend unabhängiger von den USA würde.<sup>1237</sup>

Auch gegenüber Blankenhorn explodierte Spaak. Die Sitzung vom 8. Juni über die Dreier-Gespräche hielt Spaak für „verheerend“. Die Washingtoner Konsultationen erschienen ihm als „kalter Versuch“, den ursprünglichen Direktoriums-Gedanken de Gaulles zu verwirklichen. Die kleineren Nato-Staaten hätten zu Recht äusserst heftig reagiert, fand Spaak, und würden wohl zur Neutralität neigen, wenn die drei westlichen Grossmächte sich zunehmend untereinander und ausserhalb der Nato beraten würden. Gleichzeitig warnte Spaak Blankenhorn aber auch vor einem „deutsch-französischen Direktorium“, denn ein solches würde ebenfalls das Ende der europäischen Integration bedeuten.<sup>1238</sup>

Am 13. Juni besprach sich Spaak in Washington mit Vertretern des State Departments über die Zukunft der Nato. Er forderte, die Allianz auch in Zukunft aufrechtzuerhalten und den gegenwärtigen und künftigen Bedingungen anzupassen. Spaaks Vision war es, im Juli eine Sitzung des Ständigen Nato-Rats zur langfristigen Planung der Allianz durchzuführen und danach bis Anfang September von den Regierungen die nationalen Sichtweisen einzufordern. Zur Zeit waren – neben den USA – auch Kanada und

<sup>1236</sup> Basdevant-Fessenden Meeting, 26 May 1960, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1237</sup> Roberts (Paris) to FO, 10 June 1960, PRO, FO 371/152099.

<sup>1238</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. June 1960, BA, NL Blankenhorn, Bd. 101.

Grossbritannien daran, eine solche Langzeitplanung vorzubereiten. Zwar schien die Atmosphäre nach dem Pariser Gipfel für solche Studien günstig zu sein; aber Spaak insinuierte, dass die Kohärenz in der Nato seither bereits wieder nachgelassen habe, was sich gerade erst in der heftigen Diskussion um französische Direktoratspläne im Ständigen Rat gezeigt habe.

Betreffend politischer Zusammenarbeit forderte der Nato-Generalsekretär so intime Konsultationen wie möglich gemäss dem Bericht der Drei Weisen, wobei die geographischen Grenzen des zuständigen Gebietes ausgedehnt und auch die Formen politischer Konsultation überdacht werden müssten. Spaak schwebten ständige Ausschüsse auf regionaler Basis vor, bestehend aus den USA, Grossbritannien, Frankreich und zwei weiteren Nato-Vertretern je nach regionalem Interesse. Alternativen dazu, die Spaak aber weniger gut fand, wäre die Errichtung eines „Nato-Sicherheitsrats“ – bestehend aus den USA, Grossbritannien, Frankreich, der BRD, Italien und zwei weiteren, rotierenden Mitgliedern – oder eines Nato-Beobachters in einem Komitee der westlichen Drei, wie dies während der Gipfelvorbereitungen praktiziert worden war. De Gaulles „Welt-Dreier-Direktorium“ lehnte Spaak vehement ab, wegen Neutralismustendenzen kleinerer Nato-Staaten, aber auch, weil er davon ausging, dass sich de Gaulle den USA und Grossbritannien nicht fügen und daher in einem solchen Gremium keine Einstimmigkeit herrschen würde. Spaak hoffte auf eine amerikanische Führung in den Nato-Debatten zu de Gaulles Politik. Spaak, Bowie und Burgess hatten Mühe mit de Gaulles und Chruschtschows Europakzepten und machten keinen Hehl daraus, wie perplex sie über de Gaulles Idee eines vereinten Europas „vom Atlantik zum Ural“ waren.<sup>1239</sup>

In Washington versuchte Spaak zudem die USA dazu zu verleiten, das französische Raketenprogramm zu unterstützen. Als die Eisenhower-Regierung seinen Vorschlag ablehnte,<sup>1240</sup> war Spaak erzürnt über die „Starrköpfigkeit der Amerikaner“. Bezugnehmend auf die amerikanische Planstudie zur „Nato in den 1960er-Jahren“ warnte Spaak den US-Aussenminister Herter, dass Studien über die Zukunft der Nato keine Alibiübungen darstellen sollten, um von aktuellen Problemen abzulenken.<sup>1241</sup>

Spaak führte die in Washington angekündigte Diskussion über die Zukunft der Nato im Nato-Rat am 7. Juli durch. Nachdem Spaak Kopien seines Papiers „Preliminary Reflections on Ten-Year Planning“ verteilt hatte, wurden kurz verschiedene Methoden diskutiert, um die politische Koordination innerhalb der Nato zu verbessern. Dies wurde von Spaak als wichtigste Grundlage der Allianz verstanden. Die Diskussion war jedoch unschlüssig, so dass Spaak am Ende der Sitzung betonte, sein Papier wolle Gedanken

<sup>1239</sup> FRUS 1958-60 VII(1): 591-596. Vgl. auch DoS to (Paris), 15 June 1960, Topol 2493, „Summary Conversation between Spaak and Acting Secretary on Tripartism“, USNA, RG 59, CDF, 396.1. Siehe auch den Bericht über das Treffen des kanadischen Premiers Diefenbaker mit Spaak am 17 June 1960, wo sich der Generalsekretär ebenfalls stark über die Tendenz zu einem Direktoriat beklagte. Gerade die unterschiedlichen Auffassungen zum Abrüstungsproblem zwischen Washington und Paris zeigten die Nutzlosigkeit eines solchen Versuchs: „Conversation with Mr. Spaak, June 17, 1960“, 20 June 1960, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1240</sup> Rendu compte: entrevue de Spaak avec Nolting, 4 juillet 1960, FPHS, 297/5564.

<sup>1241</sup> Spaak à Herter, 6 juillet 1960, FPHS, 297/5565; Spaak, Memoiren, 403f. Spaak traf sich daraufhin am 21. Juli mit de Gaulle und versuchte in der Frage des französischen Raketenprogramms zwischen Paris und Washington zu vermitteln. De Gaulle bejahte Spaaks hypothetische Frage, ob eine Lieferung amerikanischer Raketen dem französischen Atomprogramm helfen würde. De Gaulle-Spaak entrevue, 21 juillet 1960, FPHS, 297/5561; DDF 1960 II: 140f. In seinen Memoiren bedauerte es Spaak, dass die Eisenhower-Regierung Frankreich nicht dabei geholfen habe, eine eigene nationale Atommacht aufzubauen. Spaak, Memoiren, 406f.

und Reaktionen der Mitgliedstaaten provozieren. Spaak hoffte, die Reaktionen der einzelnen Regierungen bis im September zu erfahren.<sup>1242</sup>

Als Adenauer Mitte Juni in Cadenabbia Besuch vom ehemaligen Nato-Botschafter Blankenhorn erhielt, schimpfte er über die „unbegreifliche Idee einer ständigen Beratung der drei westlichen Hauptmächte“. Der Kanzler äusserte sich äusserst pessimistisch über die amerikanische Aussenpolitik. Seit dem Tod von Dulles sei die Haltung Washingtons durch „Unklarheit, Zögern, Unentschiedenheit und Lethargie“ gekennzeichnet, fand Adenauer. Neben der Direktoriums-Idee fügte er auch den Norstadplan als Beispiel für die „mangelhafte Aussenpolitik“ der USA an.<sup>1243</sup>

Eine weitere Quelle für Misstrauen in der Nato entstand aus dem Ministertreffen der Westeuropäischen Union (WEU) vom 16. Juni in Den Haag. Spaak warnte vor politischen Konsultationen in kleineren Gremien als dem Nato-Rat. Die WEU-Konsultationen mit den trilateralen Gesprächen von Washington vergleichend, deckte Spaak die Doppelmoral derjenigen Staaten – wie beispielsweise der Niederlande – auf, die einerseits die Gespräche Washingtons, Londons und Paris kritisierten, weil sie davon ausgeschlossen waren, andererseits nun aber Konsultationen im Rahmen der sechs WEU-Staaten zu favorisieren schienen. Für die BRD war hingegen klar, dass die WEU-Konsultationen legitim waren – und dass die Nato ihrerseits mit intensiveren Konsultationen antworten sollte.<sup>1244</sup>

## 2. Unterschiedliche Nato-Konzepte: Eisenhower vs. de Gaulle

Anfang Juli erreichten die transatlantischen Meinungsverschiedenheiten zum Thema Tripartismus auch präsidiales Gehör. Herter telefonierte am 1. Juli mit Eisenhower, um mit ihm de Gaulles Haltung zur Nato zu besprechen. Eisenhower ärgerte sich offenkundig darüber, dass die USA es bisher wegen den übrigen Alliierten immer verweigert hatten, „sich auf die Dreier-Konsultationen einzulassen“ (*to get into the tripartite thing*), aber „dass nun die Nato dennoch zugrunde gehe“ (*but what we now have is wrecking NATO*). Der Präsident spielte – trotz der deutlichen Warnungen Spaaks und der kleineren Nato-Staaten – mit dem Gedanken, de Gaulles Wunsch nach tatsächlichen Dreier-Diskussionen über strategische und militärische Fragen auch ausserhalb der Ständigen Nato-Gruppe zu entsprechen, falls de Gaulle im Gegenzug die Nato wieder unterstützen würde. Herter glaubte jedoch, de Gaulle sei derart stark auf Nuklearwaffen fixiert, dass er auf seinen Ideen beharren werde. Er fürchtete einen krassen Bruch in der Allianz.<sup>1245</sup>

Die amerikanische Nato-Botschaft in Paris suchte einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen Tripartismus und Nato-Konsultationen. Nolting glaubte, dass eine klare amerikanische Haltung nötig sei. Grundsätzlich hätten die Nato-Staaten nichts gegen bilaterale oder trilaterale Treffen einzelner Mitgliedstaaten, vorausgesetzt, der Nato-Rat als wichtigstes westliches Konsultationsgremium würde über die Ergebnisse solcher Treffen im Detail informiert.<sup>1246</sup>

Am 2. August 1960 bot Eisenhower, nach Rücksprache mit Macmillan, de Gaulle in einem Brief erstmals Dreier-Konsultationen in militärisch-strategischen Fragen an. Die Nato-Verbündeten mussten nichts von diesem Angebot. De Gaulle war näher denn

<sup>1242</sup> Nolting (Paris) to DoS, 8 July 1960, Polto 67, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1243</sup> Tagebucheintrag Blankenhorns, 14. Juni 1960, BA, NL Blankenhorn, Bd. 101.

<sup>1244</sup> Burgess (Paris) to DoS, 24 June 1960, Polto 2540, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1245</sup> Telephone Conversation between Herter and Eisenhower, 1 July 1960, 2:00 p.m., DDEL, Herter Papers, Telephone Calls 1957-61, Box 10, Presidential Telephone Calls 7/1960 – 20 January 1961 (ÜdV).

<sup>1246</sup> Nolting (Paris) to DoS, 3 July 1960, Polto 83, USNA, RG 84, USRO, Box 63, Tripartitism.

je zuvor, seine Forderung vom September 1958 erfüllt zu bekommen. Eisenhower hoffte offenbar, dass der französische Präsident mit solchen exklusiven Dreiergesprächen versöhnt werden könne und aufhöre, der Nato weiterhin zu schaden.<sup>1247</sup>

Doch de Gaulle war auch damit nicht zufrieden. Herter und Eisenhower setzten deshalb ihre Spekulationen über de Gaulles Motive fort. Resigniert bekannten beide, dass sie nicht genau verstünden, was de Gaulle eigentlich bezwecken wolle. De Gaulle habe sich in den vergangenen Monaten zwar immer wieder auf seine „Dreier-Weltstrategie“ bezogen, sei dabei aber immer so unscharf geblieben, dass Eisenhower befürchtete, er habe de Gaulle seit dem September 1958 noch nie eine adäquate Antwort gegeben. De Gaulle spreche von „unserem Westen“, nenne aber nur drei Länder. Wollte er Deutschland, Italien, die Benelux-Staaten, Skandinavien oder die Türkei und Griechenland ignorieren? Offenbar sei er bereit, mit drei Nationen eine Art Kontrollinstanz der Nato einzusetzen. De Gaulle beklage sich zudem ständig über den überwältigenden Einfluss der USA in der Nato, obwohl ihm Eisenhower versucht habe klarzumachen, dass die USA keinerlei Ambitionen hätten, die schweren Verantwortungen in der Nato allein zu tragen.<sup>1248</sup>

Auslöser der Diskussion war ein Brief de Gaulles an Eisenhower vom 9. August, in dem de Gaulle in seiner Antwort auf Eisenhowers Angebot von geheimen Dreiertreffen über Militärstrategie Allianzsolidarität auch ausserhalb des Nato-Gebiets forderte, nämlich dort, wo die aktuellen Probleme bestünden. Zudem kritisierte er die Militärintegration, welche den USA die Kontrolle über die Kriegsführung der Nato in Europa verlieh und Frankreich die Verantwortung für seine eigene Verteidigung nahm, was inakzeptabel sei. De Gaulle forderte eine wahrhaftige politische und strategische Kooperation des Westens, organisiert durch die USA, Grossbritannien und Frankreich.<sup>1249</sup>

Eisenhower antwortete am 30. August, er sei damit einverstanden, die atlantische Allianz effektiver zu gestalten; drohte aber gleichzeitig mit einer Rückverlegung der US-Truppen, sollte die amerikanische Bevölkerung an der Verpflichtung der europäischen Staaten zweifeln. Unter Berufung auf die veränderten Sichtweisen der mittleren und kleineren Mächte lehnte Eisenhower de Gaulles Vorstellung eines Dreier-Direktoriums nun definitiv und endgültig ab. In sehr deutlichen Worten brandmarkte Eisenhower zudem de Gaulles Vorstellungen von nationalen Streitkräften im Atomzeitalter als ineffektiv und nicht mehr zeitgemäss und schrieb, er könne de Gaulles Opposition gegen die Militärintegration der Nato schlicht nicht nachvollziehen. Eisenhower bedauerte auch den Abzug der französischen Mittelmeerflotte, welche einen gewaltigen Bruch in der Nato-Solidarität bewirkt habe. Er kritisierte zudem die Handlungen Frankreichs, das die integrierte Luftverteidigung und Nuklearlager der Nato blockiert hatte, ohne eigene Ideen vorzubringen, wie die Allianz effektiver gemacht werden könnte. Eisenhower schloss mit den Worten, er begreife die Philosophie Frankreichs wirklich nicht: Einerseits lehne es das Konzept einer engen Union ab, um die Verteidigung effektiver zu gestalten; andererseits schlage es gerade eine enge Union mit Grossbritannien und den USA vor. De Gaulles Vorschläge erschienen ihm inkompatibel und seien für die Nato-Partner inakzeptabel. Die Rolle Frankreichs in einer Dreier-Beziehung sei zudem un-

<sup>1247</sup> Letter Eisenhower to de Gaulle, 2 August 1960, zit. Reyn, *Atlantis Lost*, 244.

<sup>1248</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 405f. (ÜdV).

<sup>1249</sup> *Ibid.*, 400f.

klar. Würde Frankreich für die anderen Kontinentaleuropäer sprechen?<sup>1250</sup> Eisenhower wusste natürlich genau, dass die meisten europäischen Nato-Staaten eine solche Rolle de Gaulles ablehnten.

Damit hatte Eisenhower beinahe zwei Jahre nach de Gaulles berühmtem Memorandum vom September 1958 erstmals eine klare, negative Antwort auf die französischen Forderungen eines Dreier-Direktoriums gegeben.

### 3. Der informelle „Nato-Gipfel“ am Comer See vom 9. September 1960

Norstad holte sich am 7. September die Erlaubnis, Adenauer, Stikker und Spaak über Eisenhowers Abfuhr an de Gaulle zu informieren. Eisenhower und Herter kamen überein, dass Norstad dies tun dürfe, ohne jedoch als Quelle der Sichtweise des Präsidenten den Brief an de Gaulle zu nennen.<sup>1251</sup> Damit war Norstad gut vorbereitet für sein informelles Treffen vom 9. September mit Adenauer, Spaak, Stikker, de Staercke und Blankenhorn während eines vierstündigen Mittagessens in Stikkers Villa am Comer See in Oberitalien.

Wichtigstes Thema der Nato-Insider war Adenauers ausführliche Darstellung seiner Gespräche mit de Gaulle in Rambouillet vom 29./30. Juli.<sup>1252</sup> Adenauer habe de Gaulles Dreier-Vorschlag angegriffen, worauf de Gaulle konkretisiert habe, das von ihm geforderte Dreier-Direktorium würde nur Themen ausserhalb des Nato-Vertragsgebiets thematisieren. Norstad bemerkte, de Gaulle habe dies vorsichtiger und begrenzter formuliert als in seinem Memorandum vom September 1958. Adenauer fuhr fort, dass er gegenüber de Gaulle betont habe, dass die Nato essentiell sei und prioritär Unterstützung erhalten müsse. De Gaulle habe dem zugestimmt, aber gleichzeitig amerikanische Schwäche erwähnt. Er stimmte jedoch auch Adenauers nächstem Axiom zu, wonach er an die Nato und engere Beziehungen mit den USA glaube. Adenauer glaubte nach dem Gespräch mit de Gaulle, dieser wolle für seine Mittelmeerflotte den gleichen Status wie die amerikanische Sechste Flotte – die aber laut Norstad der Nato verpflichtet war –, und hielt de Gaulles Unzufriedenheit mit der amerikanischen Nuklear- und Raketenpolitik für den Kern des Problems. Adenauer selbst forderte für Europa nukleare Mitsprache in der Allianz: „Europe must have something in the atomic field.“ Als Adenauer zudem vorschlug, der Ständige Nato-Rat müsse gestärkt werden und insbesondere der US-Vertreter müsse seine Stimme immer klar und entschlossen erheben, tendierte die Gruppe am Mittagstisch dazu, dass die amerikanische „Leadership durch Grosszügigkeit“ (*leadership by generosity*) versagt habe. Norstad kommentierte in seinem Bericht an Herter, Adenauer sei nach wie vor ein zuverlässiger Anhänger der Nato und teile die amerikanische Sicht europäischer Probleme. Er handhabe die deutsch-französischen Beziehungen vorsichtig, und es bestehe keine Gefahr, dass die Allianz und die USA von ihm ausverkauft würden.<sup>1253</sup>

<sup>1250</sup> Ibid., 413-417. Vgl. Merchant to AmEmbassy Paris (Presidential Handling: „to be shown personally to Norstad and Thurston on read and return basis“), 3 September 1960, Tel. 951, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1251</sup> Eisenhower-Herter Meeting, 7 September 1960, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 53, Staff Notes, September 1960 (4).

<sup>1252</sup> Vgl. DDF 1960 II: 163-167.

<sup>1253</sup> Houghton (Paris) to Herter, 10 September 1960, Tel. 1024, DDEL, AWF, Administration Series, Box 28, General Lauris Norstad (1). Wie eine handschriftliche Notiz auf dem Telegramm verrät, berichtete Norstad Eisenhower am 12. September 1960 mündlich persönlich über das Treffen mit Adenauer in Italien. Ein achtseitiges Gesprächsprotokoll einer Sitzung Eisenhowers mit Norstad, Bowie und Goodpaster über „Nato-Angelegenheiten“ vom 16. September 1960 ist hingegen in der DDEL noch klassifiziert.

Das Treffen am Comer See markierte zudem die eigentliche „Geburtsstunde“ der *Multilateral Force* (MLF), einem amerikanischen Konzept, um die nukleare Teilhabe der europäischen Alliierten zu stärken. Am 9. September wurden mit Adenauer, Spaak, Stikker, de Staercke und Blankenhorn hochrangige Persönlichkeiten der Nato erstmals über die amerikanische Idee orientiert. Die Zeit für eine Umsetzung war allerdings angesichts des bevorstehenden Machtwechsels in den USA sehr knapp. Zwischen September 1960 und Januar 1961 bemühte sich vor allem Nato-Generalsekretär Spaak sehr stark darum, von der Eisenhower-Administration das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht in der Nato abgesegnet zu erhalten. Er nahm ab November 1960 auch Tuchfühlung mit den sicherheitspolitischen Beratern der Kennedy-Administration auf, die sich aber in der heiklen Frage nicht vorschnell festlegen wollten.<sup>1254</sup> Am 30. November musste Spaak deshalb nach Diskussionen mit den aussenpolitischen Beratern des designierten neuen amerikanischen Präsidenten in Washington dem Ständigen Nato-Rat mitteilen, dass Kennedy sich noch nicht über seine Nato-Politik und die Frage einer multilateralen Nato-Atomstreitmacht festlegen oder sich verpflichten könne.<sup>1255</sup>

Nachdem Eisenhower die Direktoriums-Idee Ende August in deutlichen Worten in dem Brief an de Gaulle abgelehnt hatte und Norstad dies auch Adenauer sowie führenden Nato-Persönlichkeiten klar gemacht hatte, war die Zeit reif für eine offizielle Erklärung des amerikanischen Nato-Botschafters im Ständigen Nato-Rat zum Thema Tripartismus. Anlass war de Gaulles Pressekonferenz vom 5. September 1960. De Gaulle antwortete auf Eisenhowers Brief vom 30. August nämlich nicht auf dem Korrespondenzweg, sondern wiederholte seine Forderungen vom September 1958 nach einer Reform der Nato und einer besseren Kooperation zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich in politischen und strategischen Fragen in groben Zügen in einer öffentlichen Erklärung. Burgess forderte deshalb, nicht länger über das Thema Tripartismus zu schweigen, sondern im Nato-Rat Leadership zu zeigen. Er empfahl, ein klares Bekenntnis zum Nato-Rat als grundsätzlichem Forum für politische Konsultationen abzugeben. Die USA sollten klar machen, dass sie eine Partnerschaft mit allen wohlgesinnten Nationen wünschten, aber ein Direktorat ablehnten.<sup>1256</sup> An der Ratssitzung vom 14. September sprach sich Burgess deshalb im Namen der US-Regierung mit Ausnahme der Berlinfrage, wo sich die westlichen Drei regelmässig besprachen, gegen Dreier-Konsultationen aus:

[A] tripartite organization that might have the overtones of a ‘directorate’ would ignore the important interests of other NATO members, would also meet with opposition elsewhere in the world, and in some instances would run counter to our UN obligations.

Burgess wünschte von den Nato-Partnern eine Versicherung, dass der Nato-Rat das hauptsächliche Forum blieb, um die Politik der Nato-Staaten gegenüber der Sowjetunion zu konzertieren, und dass auch militärische Planung im Nato-Rahmen stattfinden würde. Er implizierte damit, dass für die USA eine solche Priorität des Nato-Forums selbstverständlich sei. De Gaulles Forderung lehnte er in klaren Worten ab: „In short,

---

Vgl. auch Tagebucheintrag Blankenhorns, 9. September 1960, BA, NL Blankenhorn, Bd. 103; Besprechungen op 8 en 9 september 1960 te Menaggio, 9. September 1960, NLNA, Stikker Papers, Box 54, Menaggio.

<sup>1254</sup> Vgl. dazu Kamp, Nukleare Teilhabe, 203-250; Trachtenberg, Constructed Peace, 212-215.

<sup>1255</sup> Burgess (Paris) to DoS, 30 November 1960, Polto 787, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Mitte November hatte es sogar Gerüchte gegeben, dass Spaak sich in New York mit Kennedy selbst treffen wolle. Vgl. dazu DoS to Burgess (Paris), 11 November 1960, Topol 675, *ibid.*

<sup>1256</sup> Burgess (Paris) to DoS, 8 September 1960, Polto 312, *ibid.*, 740.5.

we would not wish to see the growth of a possibly disruptive bloc within the Alliance.<sup>1257</sup>

Rund einen Monat später informierte der deutsche Nato-Botschafter von Walther den Ständigen Nato-Rat über die deutsch-französischen Gespräche zwischen Debré, Couve de Murville und Adenauer in Bonn vom 7./8. Oktober 1960. Adenauer habe sich nach de Gaulles Pressekonferenz vom 5. September in den Gesprächen mit den Franzosen klipp und klar für ein integriertes Nato-Kommando und für die Erhaltung der transatlantischen Klammer zwischen den USA und Westeuropa ausgesprochen. Adenauer stimmte den französischen Forderungen nach einer Reform der Nato zu, aber nicht unter den Bedingungen, die de Gaulle Anfang September genannt hatte. Auch Debré und Couve de Murville, so berichtete von Walther am 12. Oktober im Nato-Rat, hätten sich in Bonn für die Erhaltung der Nato sowie für die Präsenz von US-Truppen in Europa eingesetzt. Die Nato nahm Adenauers klaren Stellungsbezug dankbar entgegen, weil dadurch die Sprengkraft von de Gaulles jüngsten Forderungen nach einem autonomen Europa deutlich entschärft wurden.<sup>1258</sup>

Interne westdeutsche Analysen kamen im Herbst 1960 zum Schluss, dass die aktive Teilnahme an der Nato weiterhin „Kernstück“ der westdeutschen Aussenpolitik bleiben sollte. Unter keinen Umständen dürfe mit Entwicklungen der Nato in den 1960er-Jahren der Zusammenhalt der Nato geschwächt werden. Die Nato solle jedoch nicht nur militärisch enger integriert werden, sondern insbesondere noch stärker als bisher zum Zentrum westlicher Politik gemacht werden.<sup>1259</sup>

Auch in der amerikanischen Studie, die zur Zukunft der Allianz in den 1960er-Jahren im Sommer und Herbst 1960 geschrieben wurde, wurde versucht, auf das immer grösser werdende „De Gaulle-Problem“ zu reagieren. Im sogenannten „Bowie-Bericht“ empfahl Robert Bowie als Alternative zu de Gaulles Tripartismus die Gründung eines fünfköpfigen Lenkungsausschusses der Nato, um unter den Grossmächten der Nato in wichtigen Langzeitplanungsfragen eine möglichst einheitliche Haltung zu erreichen.<sup>1260</sup>

#### 4. Ermüdungserscheinungen bei Eisenhower und Spaak

Als Herter Eisenhower Mitte September fragte, ob er an der Dezember-Tagung der Nato teilnehmen wolle, antwortete der US-Präsident erstaunlich harsch, er glaube, er habe schon genug in dieser Sache getan: „He said he had been to the NATO meetings more often than Macmillan or de Gaulle and did not think an added attendance would be too desirable.“ Eisenhower schlug vor, stattdessen solle der neugewählte US-Präsident nach Paris reisen.<sup>1261</sup> Die Gerüchte eines Nato-Treffens auf Stufe der Staats- und Regie-

<sup>1257</sup> Statement by Burgess in the Private Session of the NAC, 14 September 1960, USNA, Bureau of European Affairs, Office of Atlantic Political and Economic Affairs, Alpha-Numeric Files, 1948-1963, Box 4, Political Consultation 1957-1962; Burgess (Paris) to DoS, 15 September 1960, Poltos 359 and 393, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. dazu Burgess (Paris) to DoS, 10 September 1960, Polto 321, *ibid.*; DoS to Rome, 8 September 1960, Tel. 649, *ibid.*

<sup>1258</sup> DDF 1960 II: 491ff.

<sup>1259</sup> Notiz, 21. Oktober 1960, „Die deutsche Haltung zur NATO“, PAAA, Bestand Referat 301, Bd. 151, 83-03: Zukunft der Nato.

<sup>1260</sup> FRUS 1958-60 VII(2): 622-627, 611-614, 628-632. Vgl. auch Komer to Kennedy, 6 March 1961, JFKL, NSF 220, NATO General.

<sup>1261</sup> Eisenhower-Herter Meeting, 12 September 1960, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 53, Staff Notes, September 1960 (4). Die Idee einer „Abschiedstour“ Eisenhowers nach Europa inklusive einer Rede vor dem Nato-Ministerrat war Ende August von Kohler an Merchant herangetragen worden. Kohler to Merchant, 29 August 1960, „December NATO Ministerial Meeting“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.



rungschefs machte in den nächsten Wochen in Paris die Runde, und viele Botschafter fanden es eine gute Idee, wenn Eisenhower seinen Nachfolger John F. Kennedy in Paris de Gaulle vorstellen würde und wenn dadurch de Gaulle gezwungen wäre, an einem Nato-Ratstreffen teilzunehmen. Auch Burgess unterstützte die offiziell von Kanada eingebrachte Idee noch Mitte Oktober. Ein geplantes Treffen der sechs Regierungschefs der EWG in Paris Anfang Dezember erhöhte den Druck, das anschliessende Nato-Treffen ebenfalls als Gipfeltreffen durchzuführen.<sup>1262</sup> Die amerikanische Regierung sprach sich jedoch strikte gegen ein solches Treffen aus.<sup>1263</sup>

Als Burgess sich bei Herter im Oktober erkundigte, ob Eisenhower oder Kennedy an der Dezembertagung teilnehmen würde, antwortete Herter, dass sich Eisenhower definitiv gegen den kanadischen Vorschlag eines erneuten Nato-Gipfels auf Stufe der Staats- und Regierungschefs ausgesprochen haben.<sup>1264</sup> Herter hoffte aber Ende Oktober immer noch auf ein westliches Gipfeltreffen in Paris unmittelbar vor dem Nato-Treffen, und auch Eisenhower meinte, er würde gerne mit den westlichen Regierungschefs sprechen. Herter fand, dass – auch wenn de Gaulle keinen Gipfel mit den Sowjets wünsche – seine Weigerung, mit westlichen Regierungen zu sprechen, inakzeptabel sei.<sup>1265</sup>

Trotz Eisenhower's klaren Worten gegenüber Herter, er werde nicht nochmals nach Paris reisen, tönte Herter gegenüber Spaak noch anfangs Oktober an, Eisenhower werde vielleicht am Ministerratstreffen kurz hereinschauen, um sich zu verabschieden. Dieser Satz wurde jedoch in den Protokollen des Aussenministeriums anschliessend gelöscht.<sup>1266</sup>

Ende September hatte Eisenhower gegenüber Macmillan vorgeschlagen, Norstads Nachfolger als SACEUR solle ein Europäer, das heisst ein Franzose sein. Auf seinen langen Brief an de Gaulle vom 30. August habe er noch keine Antwort erhalten – und es sei ihm deshalb immer noch nicht klar, was genau de Gaulle wolle. Macmillan zweifelte aber daran, ob ein französischer SACEUR de Gaulles Haltung entscheidend verändern würde, nicht zuletzt auch aus innenpolitischen Überlegungen: „What he [de Gaulle] wants is to keep the French Army as a unified structure with a strong general in command, so it could be used against the Communists in France in case of necessity.“<sup>1267</sup>

Eisenhower und Macmillan waren nicht die einzigen, die über die französische Haltung zur Nato frustriert waren. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Nato-Botschafter Burgess äusserte Spaak Mitte August 1960 erstmals ernste Rücktrittsgedanken. Trotz der Wertschätzung, die der Generalsekretär in Washington für seine Arbeit in der

<sup>1262</sup> Burgess (USRO) to DoS, 11 October 1960, Polto 520, *ibid.*, 396.1-PA.

<sup>1263</sup> Herter to USRO, 15 October 1960, Topol 507, *ibid.* Gleichzeitig wurde in der Eisenhower-Regierung mit dem Gedanken gespielt, das Frühjahrstreffen 1961 als Gipfel durchzuführen, um Kennedy den europäischen Staats- und Regierungschefs vorzustellen.

<sup>1264</sup> Burgess (Paris) to Herter, 11 October 1960, Polto 520, *ibid.*; Herter to Burgess (Paris), 15 October 1960, Topol 507, *ibid.* Adenauer nahm die Idee eines Abschiedsbesuchs Eisenhower's an der Nato-Tagung Anfang November nochmals auf. Vgl. Dowling (Bonn) to DoS, 5 November 1960, Tel. 671, *ibid.*, 740.5. Burgess bestätigte, ein Besuch Eisenhower's wäre natürlich sehr willkommen. Burgess (Paris) to DoS, 6 November 1960, Polto 669, *ibid.* John F. Kennedy, der Anfang November zum Präsidenten gewählt wurde, nahm schliesslich nicht teil an der Nato-Tagung. Vgl. dazu den Artikel von Adelbert Weinstein, „Einer fehlte in Paris“, *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (29.12.1960).

<sup>1265</sup> Telephone Conversation between Herter and Eisenhower, 20 October 1960, 3:30 p.m., DDEL, Herter Papers, Telephone Calls 1957-61, Box 10, Presidential Telephone Calls 7/1960 – 1/20/61. Vgl. auch FRUS 1958-60 VII(1): 638-642.

<sup>1266</sup> Herter (New York) to DoS, 5 October 1960, DDEL, WHO:SS, ITM, Box 5, NATO (6).

<sup>1267</sup> Eisenhower-Macmillan Meeting, Washington, 27 September 1960, DDEL, AWF, DDE Diary, Box 53, Staff Notes, September 1960 (1).

Nato erfuhr, glaubte Spaak, seine Zeit bei der Nato sei vorüber. Er hatte das Amt 1957 mit der Hoffnung angetreten, in verschiedenen Bereichen eine gemeinsame Nato-Politik zu entwickeln – aber die Allianz hatte dieses Ziel bisher nicht erreicht. Unmittelbarer Anlass für Spaaks Trübsal war zwar die mangelnde gemeinsame Politik der Nato-Staaten in der Kongo-Krise im UNO-Forum in New York und insbesondere die seiner Ansicht nach mangelnde amerikanische Unterstützung für Belgien. Aber wie Burgess kommentierte, war Spaak genauso über die französische Haltung zur Nato besorgt. Spaak glaubte, die Nato sei nicht imstande, eine einheitliche Politik zu finden – und sollte sich vielleicht besser damit begnügen, als Forum für den Informationsaustausch über politische Entscheidungen der Mitgliedsregierungen zu dienen. Spaak bezeichnete dies als „traurigen Kommentar“ über die Haltung der Nato-Regierungen, denn seiner Meinung nach sei der Bedarf nach einer einheitlichen Position gegenüber des monolithischen aggressiven Kommunismus nie grösser gewesen. Angesichts dieser Umstände müsse er darüber nachdenken, ob er als Nato-Generalsekretär noch von grossem Nutzen sei.

Burgess zeigte Verständnis für Spaaks Frustration, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass ihm seine Rolle als Generalsekretär der Nato eine Plattform bot, wo er seine Ansichten einer grösstmöglichen Audienz bekannt machen konnte. Er lobte Spaaks Arbeit bei der Nato auch mit den Worten, die Allianz habe unter seiner Ägide grossen Fortschritt im Feld politischer Konsultation gemacht.

Als Burgess die Gefahren von Tripartismus für die Nato erwähnte, meinte Spaak, de Gaulle wolle keine wahrhaftige Dreier-Konsultation oder gar ein Dreier-Direktorium; er suche bloss Unterstützung für seine eigene Politik – und dies sei etwas komplett anderes. Seiner Meinung nach war de Gaulle nicht grundsätzlich gegen die Nato eingestellt, sondern nur, wenn der gemeinsame Ansatz mit seiner Politik kollidiere. Der Zukunft der Allianz sah Spaak pessimistisch entgegen: „We were now at a period where the ‚great men‘ were using personal visits and diplomacy, with each seeking to push his own policy, but with little attempt to evolve a common approach in the common interest.“ In einer solchen Konstellation sah Spaak für die Nato keine wichtige Rolle mehr. Für ihn war klar, dass die Allianz nicht genutzt worden war, um für die zentralen gegenwärtigen Probleme eine Lösung zu finden.<sup>1268</sup>

Die Eisenhower-Administration wollte Spaak zum Verbleib als Generalsekretär der Nato überzeugen, und der Präsident nutzte eine erneute Visite Spaaks in Washington Anfang Oktober 1960, um mit ihm die Zukunft der Allianz und Spaaks zu besprechen. In Vorbereitungspapieren wurde Eisenhower geheissen, auf Spaaks Ängste, dass die USA ihren Fokus auf Kosten der Nato zur UNO wechselten, zu antworten, dass Spaak realisieren müsse, dass Washington zwar die Nato als Hauptstütze für sicherheits- und aussenpolitische Koordination gegenüber der Sowjetunion betrachtete, dass die USA aber auch durch die UNO und andere Organisationen arbeiteten, um die Ziele der freien Welt zu erreichen.<sup>1269</sup> Eisenhower solle Spaak aber ermutigen, trotz seiner beträchtlichen Enttäuschung über alliierte Differenzen in der Kongo-Frage und Problemen mit de Gaulle seine eigene „wichtige Rolle“ als Generalsekretär weiterzuführen.<sup>1270</sup>

<sup>1268</sup> Burgess (Paris) to Herter, 17 August 1960, Polto 252, „Conversation with Spaak, August 13, 1960“, DDEL, Norstad Papers, Policy Files Series, Box 90, NATO General (4) (ÜdV).

<sup>1269</sup> Outline of Possible Discussion Points, n.d. [early October 1960], DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 13, October 1960 (2).

<sup>1270</sup> Briefing Memorandum for President's Breakfast with Spaak, 2 October 1960, DDEL, AWF, Dulles-Herter, Box 13, October 1960 (2). Vgl. auch Kohler to Merchant, 27 November 1960, „Spaak's Present

London erfuhr Anfang September durch Spaaks engen Freund André de Staercke, dass Spaak vielleicht nach Belgien zurückkehren werde und er über seine Rolle in der Nato frustriert sei. De Staercke und Roberts konnten sich bereits den Kanadier Lester Pearson als Spaaks Nachfolger in der Nato vorstellen.<sup>1271</sup> Roberts glaubte jedoch, Spaak sollte zum Verbleib in seinem Amt als Generalsekretär motiviert werden. Auch wenn Spaak manchmal ungeschickt vorgehe, sympathisiere er grundsätzlich mit Grossbritannien und sei für die Briten seit 1957 hilfreich gewesen. Er werde von der grossen Mehrheit der Nato-Botschafter, insbesondere den elf kleineren, unterstützt, und zwar gerade, weil er keine der drei Grossmächte repräsentiere. Gerade dass der Generalsekretär kein Amerikaner, Brite oder Franzose sei, trage zur Einheit der Allianz bei. Frankreich hingegen, so Roberts, würde sich über Spaaks Rücktritt freuen. De Gaulle wolle den Posten des Generalsekretärs und allgemein die Nato abschwächen. Deshalb wollte Frankreich ein so mächtiges Individuum wie Spaak am liebsten loswerden. Roberts erklärte die französische Antipathie gegen Spaak wie folgt: „Spaak is not popular with the present French Administration, but this is mainly because NATO is not popular with them and he is Mr. NATO.“ Roberts hoffte aber, die Regierung de Gaulles werde nicht für ewig an der Macht bleiben.<sup>1272</sup>

Der Nato-Oberbefehlshaber Norstad nannte den bevorstehenden Winter 1960/61 an der Jahresversammlung der Konferenz der Nato-Parlamentarier als „einen der wichtigsten Momente in der Geschichte der Allianz“, weil die Mitgliedstaaten über Sinn und Zweck der Nato nachdenken würden und weil konkrete Vorschläge besprochen werden sollten, wie sich die Nato an die momentane internationale Situation anpassen sollte. Nachdem der Nato in der Vergangenheit Vertrauenskrisen vorgeworfen worden waren, schlug Norstad vor, die kommende Zeit als eine „Krise des Kritizismus“ zu charakterisieren und die Nato weiterzuentwickeln.<sup>1273</sup>

## 5. Das Ende einer Ära: Der Atlantikrat vom Dezember 1960

Der halbjährliche Bericht der Sowjetexperten der Nato-Mitgliedstaaten hatte im Herbst 1960 nach dem gescheiterten Pariser Gipfel eine besondere Bedeutung. Mit Charles Bohlen und Jean Laloy waren insbesondere die USA und Frankreich hochrangig vertreten an den sechstägigen Diskussionen Ende Oktober, Anfang November zur Einschätzung von Chruschtschows Aussenpolitik.<sup>1274</sup> Die Sowjetexperten kamen zum Schluss, dass die sowjetische Politik seit Mai 1960 militanter geworden sei; relativierten dies aber mit dem Hinweis darauf, dass der Geist von Camp David 1959 auch auf das Berlinultimatum gefolgt sei. Wegen des Dreiecksverhältnisses zwischen dem Osten, den bindungsfreien Ländern und dem Westen sei zum Teil auch eine militante Rhetorik für diese Länder nötig. Die Experten sahen gewisse Limiten für eine Entspannung zwischen

---

State of Mind“, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Dillon (Acting Secretary of State) to All US Diplomatic Posts, 5 October 1960, Circ. Tel. CG-295, USNA, ibid.

<sup>1271</sup> Roberts (Paris) to Shuckburgh (FO), 2 September 1960, PRO, FO 371/154552.

<sup>1272</sup> Roberts (Paris) to Shuckburgh (London), 10 October 1960, PRO, FO 371/154553.

<sup>1273</sup> Address by Norstad at NATO Parliamentarians' Conference, 21-26 November 1960, JFKL, NSF, Box 220, NATO: General (ÜdV).

<sup>1274</sup> Burgess (Paris) to DoS, 31 August 1960, Polto 288, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Zu Bohlen vgl. T. Michael Ruddy, *The Cautious Diplomat: Charles E. Bohlen and the Soviet Union, 1929-69* (Kent: Kent State University Press, 1986). Zu der „Bohlen-Laloy-Kontroverse“ über den Charakter und die Ziele der sowjetischen Aussenpolitik vgl. Larson to McSweeney, 25 November 1960, USNA, RG 59, Records of Ambassador Charles E. Bohlen, 1942-71, Box 16, NATO Soviet Experts. Die Essenz der Debatte ist auch zusammengefasst im kanadischen Bericht über das Streitgespräch zwischen Bohlen und Laloy: DCER XXVII (1960): no. 209.

der Sowjetunion und dem Westen. Einerseits wolle Chruschtschow keinen Krieg mit dem Westen riskieren, aber seine Détentepolitik dürfe gleichzeitig die Einheit des sino-sowjetischen Blockes nicht gefährden oder die sowjetische Vorherrschaft im kommunistischen Lager. Eine Entente zwischen Ost und West sei deshalb unrealistisch – möglich sei nur eine Détente verstanden als fortgeführter ideologischer Wettstreit in einem Umfeld von friedfertiger Koexistenz. Die Experten räumten ein, dass eine Prognose, ob eine weitere Entspannung möglich sei, zur Zeit schwierig sei. Im Moment sei offenkundig, dass wieder Spannungen im Ost-West-Verhältnis bestünden. Chruschtschow verfüge aber intern über weniger Macht als Stalin.

Als Anreize für Abrüstung sahen die Experten die sowjetische Angst vor einem Krieg und Vorteile für die eigene Wirtschaft. Gegen Fortschritte in den Abrüstungsverhandlungen spräche jedoch, dass Moskau weiterhin keine Kontrollmechanismen zulassen würde, um den Vorteil einer geschlossenen Gesellschaft weiterhin zu nutzen. Moskau habe deshalb primär Interesse an einem De-facto-Moratorium durch verschleppte Verhandlungen. Bezugnehmend auf den Wechsel in den USA von Eisenhower zu Kennedy, so fanden die Experten, habe Chruschtschow mit ersten versöhnlichen Gesten gegenüber Kennedy klargemacht, dass er mit dem neuen amerikanischen Präsidenten ein Gipfeltreffen über Berlin und Deutschland anstrebe. Die Experten fanden es demnach äusserst dringend, dass der Westen seine Verhandlungsposition hinsichtlich eines solchen Treffens kläre.<sup>1275</sup>

Herter eröffnete den Atlantikrat in Paris am 16. Dezember mit einer Nachricht des scheidenden amerikanischen Präsidenten. Eisenhower übermittelte dem Nato-Rat auf diese Art sein Lob für die Entwicklung einer kollektiven Verteidigung mit Schild und Schwert sowie einer engeren politischen Konsultation.<sup>1276</sup> Herter konzentrierte sich in seinem Vortrag auf die Analyse der sowjetischen Haltung und Absichten. Er konstatierte seit dem Scheitern des Pariser Gipfels eine wachsende Militanz in der sowjetischen Aussenpolitik, so etwa in Chruschtschows Rede vor der UNO.<sup>1277</sup> Das Ziel Moskaus sei nach wie vor die Weltherrschaft – aber diese sei im Atomzeitalter nicht mehr zu erreichen. Herter streifte neben dem sino-sowjetischen Split auch kurz die Berlin- und Abrüstungsfrage. Moskau mache dabei allerdings nur Propaganda und es ergäbe sich keine ernsthafte Diskussion.

Brentano hielt es im Rückblick für richtig, dass die Nato in Istanbul im Mai 1960 auf die Unteilbarkeit der Détente und die Verknüpfung der Berlin- mit der Deutschlandfrage hingewiesen habe. Dies habe offenbar die UdSSR davor abgeschreckt, unilateral gegen Berlin vorzugehen. Problematisch sei aber in Bezug auf Berlin, dass der Flüchtlingsstrom aus Ostberlin in den Westen immer stärker zunehme.

Der neue britische Aussenminister Alec F. Douglas Home relativierte in seinen Äusserungen Herters Einschätzung, in der Abrüstungsfrage gebe es keinen Spielraum. London glaube nämlich, Fortschritte seien im Bereich eines Teststoppabkommens möglich, weil der Sowjetunion an der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen liege. Couve de Murville glaubte, die sowjetische Aussenpolitik bewege sich ständig zwi-

<sup>1275</sup> Note by Hooper, 30 November 1960, „NATO Review of Soviet Policy since the Summit Setback“, NA, C-M(60)107-E.

<sup>1276</sup> DoS to Burgess (Paris), 14 December 1960, Topol 860, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1277</sup> Zur „Schuh-Episode“ an der UNO-Generalversammlung in New York vgl. Taubman, Khrushchev, 475f., 657n. Am 11.10.1960 reagierte Chruschtschow auf philippinische Vorwürfe, Moskau habe Osteuropa seiner politischen Rechte beraubt und es aufgeschluckt, indem er mit beiden Fäusten aufs UNO-Podium polterte, seinen rechten Schuh auszog, ihn drohend umherfuchtelte und dann damit aufs Podium polterte.

schen zwei Polen: einerseits dem Risiko eines Krieges – den die Sowjets aber genauso wenig wie der Westen wünschten – und andererseits einer Détente, worunter Moskau offenbar den Schein besserer Beziehungen ohne Lösung der tatsächlichen Probleme verstand. Couve de Murville fand, der Westen sollte 1961 weder in der Berlin- noch Abrüstungsfrage Konzessionen machen. Beide Fragen konnten nach französischer Vorstellung nicht isoliert, sondern nur im Rahmen allgemeiner Ost-West-Verhandlungen angegangen werden. Auch der holländische Aussenminister Luns hielt an der westlichen Forderung nach einer Wiedervereinigung Deutschlands fest, bevor in Teilbereichen Konzessionen angeboten würden. Die Niederlande wollten daher im Moment die Sicherheit des Westens und die Einheit der Allianz im ganzen Spektrum der Ost-West-Beziehungen stärken und die öffentliche Meinung auf die wirklichen Differenzen zwischen Ost und West aufmerksam machen.<sup>1278</sup>

Insbesondere der kanadische Aussenminister Green setzte sich hingegen stark für eine Ergänzung der Festigkeit der westlichen Haltung durch eine flexible Taktik in Bezug auf Verhandlungen mit Moskau ein. Seiner Meinung nach bot die kommunistische Détentepolitik dem Westen mehr Vor- als Nachteile. Der Westen müsse aber realisieren, dass eine Détente bloss eine sowjetische Taktik darstelle und dass die sowjetische Regierung ihre Taktik von Zeit zu Zeit ändere. Auch der italienische Aussenminister Segni glaubte, gegenwärtig bestehe eine Pause im Kalten Krieg. Würde Chruschtschow nach Kennedys Amtsantritt seine Politik verhärten oder eine neue Détente-Initiative lancieren? Falls Chruschtschow weiterhin auf eine Politik der Détente setzen wollte, wäre es nicht klug, wenn der Westen zu negativ darauf reagieren würde, fand Segni.

Spaak beklagte sich abschliessend bei den Aussenministern, dass die Defizite der Nato stärker wachsen würden als ihre Möglichkeiten. Seiner Meinung nach sollte sich die Nato angesichts der neuen Bedrohung nicht länger auf Europa beschränken. Er hielt die Konsultation innerhalb der Allianz für unbefriedigend und schloss, die Nato sei gegenüber der kommunistischen Welt im Nachteil, was die wirtschaftliche, militärische und politische Solidarität betreffe. Bezugnehmend auf die Bohlen-Laloy-Kontroverse beklagte sich Spaak darüber, dass sich gewisse Delegationen dagegen gewehrt hatten, als einige Experten in ihren Bericht auch Empfehlungen hatten einbauen wollen. Spaak spottete, diese Episode sei symptomatisch für die Nato, die zwar „exzellente Analysen“ mache, aber daraus keine konkreten Schlussfolgerungen und Aktionspläne ableiten könne. Spaak klagte, er sei äusserst besorgt über die Zukunft der politischen Konsultationen in der Nato.

Nach Spaaks heftiger Kritik wehrten sich die Aussenminister Grossbritanniens und Norwegens. Home fand, Spaaks Einschätzung sei viel zu pessimistisch. Er selbst glaube, er habe in seinem Beitrag die internationale Situation nicht nur analysiert, sondern auch die Notwendigkeit nach westlichen Aktivitäten betont. Lange empfand Spaaks „übertriebene“ Kritik sogar als deplatziert – seiner Meinung nach wäre der richtige Ort für eine Diskussion über Struktur und Methoden politischer Konsultation erst später unter dem Agendapunkt „Langzeitplanung“ gewesen.<sup>1279</sup>

<sup>1278</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1960, 10:15 a.m., NA, C-R(60)49-E. Vgl. auch NATO Ministerial Meeting, Paris, 16-18 December 1960, PRO, FO 371/161266; Burgess (Paris) to DoS, 16 December 1960, Polto 869, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1279</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1960, 3:15 p.m., NA, C-R(60)21-E (ÜdV). Vgl. auch NATO Ministerial Meeting, Paris, 16-18 December 1960, PRO, FO 371/161266; Burgess (Paris) to DoS, 16 December 1960, Polto 870, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

Die wichtigste Diskussion des Nato-Treffens war eben diese Debatte über die Langzeitplanung der Nato. Der türkische Aussenminister (und frühere türkische Nato-Botschafter) Selim Sarper lobte Spaaks Bericht vorbehaltlos. Auch der luxenburgische Aussenminister Schaus war trotz Spaaks Vorbehalten sehr zufrieden mit der Entwicklung der politischen Konsultation. Auch für Kanadas Green war Spaak zu pessimistisch – immerhin erfüllte die Allianz ihren Hauptzweck und hatte bisher eine Aggression auf das atlantische Gebiet abgeschreckt. Lange plädierte einmal mehr für die Wichtigkeit von Vorabkonsultationen und glaubte, die Nato sollte andauernd an Abrüstung interessiert sein. Pella teilte Spaaks Bedenken, wünschte aber keine strukturellen Veränderungen in der Organisation der Allianz. Italien befürwortete aber die amerikanische Idee der Gründung einer beratenden Planungsgruppe (*Atlantic Advisory Policy Group*) sowie die Ideen von weiteren Expertenkomitees und der Schaffung von Nato-Beobachtern für Diskussionen zwischen Nato-Mitgliedern ausserhalb des Nato-Forums. Home glaubte nicht, dass eine Revision des Nato-Vertrags nötig sei, sah aber Möglichkeiten, den bestehenden Rahmen besser zu nutzen. Rückwirkend lobte er die gemeinsame Politik der Allianz in Bezug auf Berlin und Abrüstung. Kritischer waren der dänische und der belgische Aussenminister Krag und Wigny, die im Bereich politischer Konsultation in der Allianz noch einen grossen Nachholbedarf sahen.

Couve de Murville forderte eine Klärung der Frage, ob die atlantische Allianz bloss eine defensive Allianz gegen die Sowjetunion oder auch eine politische Gemeinschaft sei, der auch die Aufgabe obliege, die westliche Politik zu diskutieren und zu koordinieren. Er hielt den Unterschied dieser zwei Auffassungen für sehr wichtig. Mit dieser Erklärung missachtete Frankreich willentlich die Transformation der Nato von einem Militärbündnis zu einer politischen Organisation und negierte die entsprechenden Errungenschaften, die seit 1955 und insbesondere unter Spaaks Ägide seit 1957 hatten verwirklicht werden können.

Averoff reagierte auf diese kritische Intervention von Couve de Murville und antwortete, er halte die Nato trotz unterschiedlicher nationaler Sichtweisen für eine politische Gemeinschaft. Ein grosser Konsens forderte also, die Verpflichtung, politische Konsultation auszuweiten, weiterzuführen, wenn auch ohne dazu den Nordatlantik-Vertrag abändern zu müssen.

Am Ende der aufgeheizten Diskussion hielt Spaak eine „leidenschaftliche Moralpredigt“, wie der britische Nato-Botschafter Paul Mason festhielt. Er bekannte offen, dass er realisiert habe, dass sich seine Einschätzungen in vielen Punkten von der Sichtweise der Nato-Minister unterscheiden. Er könne aber einmal nicht anders, als seine persönliche Meinung kundzutun, auch wenn sie sich von den meisten Aussenministern abhebe. Er habe während der Debatten realisiert, dass dieser Zustand der Nato nicht förderlich sei und könne daraus nur eine logische Schlussfolgerung ziehen. Mit diesen Worten bat er die Nato-Botschafter in sein Büro und gestand ihnen, er könne nicht länger als Generalsekretär weitermachen. Er habe vor, im Mai 1961 zurückzutreten. Mason rapportierte, es habe in der Folge eine „verwirrte und unwürdige Szene“ gegeben, während der die Botschafter wild durcheinander schwatzend Spaak von einem Rücktritt abzubringen suchten. Spaak blieb indessen dabei, seine Entscheidung sei endgültig.<sup>1280</sup>

<sup>1280</sup> Mason (Paris) to Home, 19 December 1960, PRO, FO 371/154553 (ÜdV); NATO Ministerial Meetings, Paris, 16–18 December 1960, PRO, FO 371/161266; Burgess (Paris) to DoS, 18 December 1960, Polto 883, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Burgess (Paris) to All US Diplomatic Posts, 23 December 1960, Circ. 901, *ibid.*, 396.1-PA.

Spaaks Ausbruch an der Nato-Sitzung und seine Rücktrittsdrohung blieben nicht unkommentiert. Zahlreiche Briten äusserten vehement ihre Antipathie gegenüber dem Nato-Generalsekretär. Home kommentierte gegenüber Herter, dass in der Nato nur eine Resolution mit Einstimmigkeit durchgesetzt werden könnte – nämlich Spaak für eine Weile „nach Hause zu schicken.“ Der britische stellvertretende Staatssekretär (und ehemalige *Assistant Secretary-General for Political Affairs* der Nato, also Spaaks Stellvertreter und rechte Hand) Evelyn Shuckburgh fand, Spaak sei „unmöglich“ geworden und sein Rücktritt sei unerlässlich. Ein weiteres Mitglied der britischen Nato-Delegation fand, Spaaks Verhalten sei schlicht inakzeptabel: „[He] was too emotional and too inclined to be not merely the political arbiter but also the dictator of the Council’s discussions and must be replaced.“ Laut Lord Coleridge konnte Spaak mit den Aussenministern nicht so reden, wie er es in der Nato-Sitzung soeben getan habe. Gegenüber der amerikanischen Delegation bekannte Coleridge: „Spaak seemed to think he was still prime minister and had forgotten that he was now merely a bureaucrat whose functions were to direct his staff and act as impartial presiding officer.“ Coleridge glaubte, mit Spaaks Nützlichkeit in der Allianz sei es damit endgültig vorbei.<sup>1281</sup>

Als mögliche Nachfolger wurden bereits Ende Dezember der Norweger Halvard Lange oder der Holländer Dirk Stikker gehandelt. Als Norstad Stikker direkt fragte, ob er sich zur Verfügung stellen würde, meinte dieser, er müsste zuerst seinen Doktor konsultieren. Die hektische Nato-Tagung habe er auf jeden Fall gut überstanden, scherzte Stikker.<sup>1282</sup>

Burgess teilte Spaak am 18. Dezember mit, dass die amerikanische Regierung wünsche, dass er das Amt des Generalsekretärs weiterhin innehaben würde. Washington messe seinem Führungsstil grossen Wert bei, besonders in der derzeitigen Situation.<sup>1283</sup> Auch Adenauer ersuchte Spaak zum Jahreswechsel, nicht zurückzutreten. Nachdem sich der stellvertretende amerikanische Nato-Botschafter Frederick Nolting über die Feiertage mit Spaak und dem belgischen Nato-Botschafter de Staercke über Spaaks Zukunftspläne unterhalten hatte, hatte sich der Sturm im Wasserglas bereits wieder etwas verzogen. De Staercke glaubte nicht, dass Spaak dazu berufen werde, eine neue belgische Regierung zu bilden. Falls dies geschehen sollte, so würde es nicht jetzt, sondern erst in mehreren Monaten geschehen. De Staercke selbst glaubte nicht, dass sein Freund als Generalsekretär der Nato wirklich zurücktreten wolle. Er hielt Spaaks Drohung vom 18. Dezember 1960 keineswegs für kategorisch.<sup>1284</sup>

## 6. Machtwechsel in den USA und in der Nato

John F. Kennedys Inauguration im Januar 1961 symbolisierte den Beginn einer neuen Ära. In den Nato-Ländern war man gespannt, ob der neue amerikanische Präsident die Nato-Politik Eisenhowers weiterführen würde. Der neue amerikanische Nato-Botschafter in Paris, Thomas Finletter, warnte vor einer „neuen Nato“ bloss aufgrund des Re-

<sup>1281</sup> Memorandum for the Record [by Achilles], 18 December 1960, „British Antipathy to Spaak“, USNA, RG 59, CF, Box 240, CF 1802, NATO Ministerial Meeting 16-18 December 1960, MemCons (ÜdV).

<sup>1282</sup> Houghton (Paris) to DoS, 1 January 1961, Tel. 2661, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Nicht nur Shuckburgh hielt den Norweger Lange für einen exzellenten möglichen Nachfolger Spaaks, auch Achilles von der US-Delegation sondierte bereits bei Lange, ob er sich zur Verfügung stellen würde. Lange meinte, er wäre nun eher als 1957 für die Aufgabe bereit, was Achilles als ein Ja auffasste. Lange-Achilles-Shuckburgh-Magill Meeting, 18 December 1960, USNA, RG 59, CF, Box 240, CF 1802, NATO Ministerial Meeting 16-18 December 1960, MemCons.

<sup>1283</sup> Burgess (Paris) to DoS, 18 December 1960, Polto 883, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1284</sup> Nolting (Paris) to DoS, 4 January 1961, Polto 903, ibid.

gierungswechsels in Washington und schrieb an Kennedy: „We in the United States are in a new administration, but NATO is not. [...] I think it important to point out that our allies are not going to follow our suggestions docilely. They have ideas of their own.“<sup>1285</sup> Immerhin waren mit Konrad Adenauer, Charles de Gaulle, Harold Macmillan, Paul-Henri Spaak, Halvard Lange, Heinrich von Brentano und anderen Staatschefs und Aussenministern zahlreiche erfahrene Männer an der Macht, welche eine gewisse Beständigkeit und Kontinuität in der westlichen Allianz garantierten.

Für Unruhe sorgte im Januar 1961 in Nato-Kreisen immer noch das Gerücht, Generalsekretär Spaak werde von seinem Amt zurücktreten. Der Belgier hatte sich seit seinem Amtsantritt im Mai 1957 äusserst stark für eine verbesserte politische Konsultation eingesetzt und hatte als „Stimme der Nato“ eine gewisse Autorität erlangt. Allerdings wurde er zunehmend frustriert mit den national geprägten Haltungen der einzelnen Regierungen. Ein im Januar geplanter Besuch Spaaks in Washington sollte sowohl Spaaks Zukunft als auch Kennedys Haltung zur Nato klären.<sup>1286</sup> Der italienische Aussenminister Segni glaubte, Spaaks Entscheid, als Generalsekretär zurückzutreten oder im Amt zu verbleiben, könnte von den Resultaten seiner Gespräche in Washington abhängen, insbesondere über den Wert, den die Kennedy-Regierung politischer Konsultation mit der Nato beimessen würde. Italien hoffte, dass die Kennedy-Regierung Spaak zu einem Verbleib als Nato-Generalsekretär überreden könnte.<sup>1287</sup>

Als Spaak gegenüber dem scheidenden amerikanischen Nato-Botschafter Randolph Burgess am 27. Januar andeutete, er müsse möglicherweise in den nächsten Tagen als Nato-Generalsekretär zurücktreten, um in Belgien die Führung der sozialistischen Partei zu übernehmen, drückte Burgess nochmals den starken amerikanischen Wunsch nach dem Verbleib Spaaks als Generalsekretär aus. Könnte Spaaks Entscheidung nicht erst nach seinem geplanten Besuch in den USA verkündet werden? Spaak lehnte dies jedoch ab, weil es sonst so aussehen würde, als würde er aus mangelndem Vertrauen in die neue amerikanische Regierung zurücktreten. Als möglichen Nachfolger lobte Burgess den holländischen Nato-Botschafter Dirk Stikker in höchsten Tönen.<sup>1288</sup> Kennedys Aussenminister Dean Rusk reagierte auf die Rücktrittsgerüchte mit der vorgezogenen Mitteilung, die Kennedy-Administration werde einen „äusserst angesehenen“ Amerikaner, Thomas Finletter, als neuen Nato-Botschafter ernennen. Rusk hoffte, Spaak könne dazu

<sup>1285</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 106.

<sup>1286</sup> Zur Ankündigung von Spaaks Besuch und Rusks positiver Reaktion siehe Burgess (Paris) to DoS, 6 January 1961, Polto 912, USNA, RG 59, CDF, 740.5; DoS to Burgess (Paris), 10 January 1961, Topol 937, *ibid.* Zu Spaaks Rücktritt und der mühsamen Ernennung von Dirk Stikker als Nachfolger vgl. Christian Nünlist, „Transatlantic Debates on the Rise and Fall of Détente, 1961-63“, Paper presented at international conference on „Great Expectations: John F. Kennedy’s Thousand Days“, Berlin, 26-28 August 2003; Christian Nünlist, „Into the 1960s: NATO Political Consultation 1959-63“, In *Transforming NATO in the 1960s: Challenges beyond Deterrence in the 1960s*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher (London: Routledge, 2007): 67-88, 74.

<sup>1287</sup> Rusk to AmEmbassy Rome, 26 January 1961, Tel. 1978, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Das Telegramm fasste Rusks Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Washington, Manlio Brosio, zusammen.

<sup>1288</sup> Burgess (Paris) to DoS, 27 January 1961, Polto 1013, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. auch Merchant to Rusk, 27 January 1961, „Spaak“, *ibid.* Burgess rief Merchant am Morgen des 27. Januar 1961 in Washington an und ersuchte um eine Versicherung der Kennedy-Administration, dass sie für einen Verbleib Spaaks als Generalsekretär sei. Weil eine solche Versicherung nicht so kurzfristig eingeholt werden konnte, bat Merchant Burgess, Spaak dazu zu bringen, seinen Entscheid erst nach dem Besuch in Washington zu fällen. Die amerikanische Botschaft in Brüssel bestätigte am 28. Januar 1961, dass Spaaks Rücktritt als Generalsekretär „beinahe sicher“ sei (ÜdA). Catlett (Brussels) to DoS, 28 January 1961, Tel. 1392, USNA, RG 59, CDF, 740.5.



gebracht werden, nicht vom Amt zurückzutreten.<sup>1289</sup> Gleichentags informierte Rusk die amerikanischen Botschafter in allen Nato-Ländern über den möglicherweise imminenden Rücktritt Spaaks und die Frage eines möglichen Nachfolgers. Prinzipiell favorisierten die USA einen Generalsekretär aus einem kleineren europäischen Land. Für das State Department bestand die beste Wahl zwischen Stikker und dem norwegischen Aussenminister Halvard Lange. Rusk machte deutlich, dass die USA Stikker favorisierten, auch wenn ein negativer Faktor sein könnte, dass Frankreich dessen Wahl blockieren könnte.<sup>1290</sup>

Als sich Burgess am 29. Januar nochmals mit Spaak traf, hatte dieser sich bereits „ziemlich sicher“ entschieden, der Pflicht in Belgien zu gehorchen. Gegenüber Burgess äusserte Spaak erneut grosse Enttäuschung über einzelne Mitgliedstaaten, darunter besonders Frankreich. Spaak vermisste auch von Seiten Grossbritanniens die Unterstützung, die er noch unter Aussenminister Selwyn Lloyd und Nato-Botschafter Frank Roberts erfahren habe. Burgess erinnerte Spaak daran, dass eine Allianz immer solche Probleme haben würde – so wie jede Familie mit fünfzehn Kindern immer einige Problemfälle haben würde. Burgess richtete Spaak aus, dass die USA hofften, er werde seinen Abgang mit der Rückkehr in die belgische Politik kommunizieren und als Grund für seinen Rücktritt nicht Frust über den Zustand der Nato angeben.<sup>1291</sup>

Spaak verkündete seinen Rücktritt schliesslich offiziell am Treffen des Nato-Rats am 31. Januar 1961 und begründete diesen Schritt damit, dass er in die belgische Regierung zurückkehren wolle.<sup>1292</sup> Als Nachfolger waren die Holländer Stikker und Joseph Luns, der Norweger Lange, der Italiener Manlio Brosio, der Grieche Evangelos Averoff und sogar der Amerikaner Dean Acheson im Gespräch. Stikker wurde von Washington und den meisten anderen Nato-Ländern von Anfang an favorisiert, während Kanada zunächst für Lange war und Belgien und Dänemark einen Briten vorschlugen.<sup>1293</sup> Grossbritannien hatte zunächst sogar einen französischen Generalsekretär vorschlagen wollen, um die Beziehungen zwischen Frankreich und der Nato zu verbessern.<sup>1294</sup> Später beklagte sich London jedoch darüber, dass es „nicht akzeptierbar sei, dass Frankreich die Allianz erpresse“, und schlug eine britische Kandidatur vor.<sup>1295</sup> Frankreich blockierte lange Zeit die Kandidatur Stickers, unterstützt von Italien und Griechenland. Mitte März machte Stikker deshalb klar, dass er nicht mehr lange als Kandidat zur Verfügung stehen würde, weil er glaubte, die Blockade des Nominationsprozesses würde der Allianz Schaden zufügen und seine Effektivität als Generalsekretär beeinträchtigen, sollte er

<sup>1289</sup> Rusk to Burgess (Paris), 28 January 1961, Topol 1023, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Zu Rusk und Europa siehe Christian Nünlist, „The Quiet Man: Dean Rusk and Western Europe“, *Journal of Transatlantic Studies* 6, no. 3 (2008), 263-278. Zu Rusk generell vgl. Warren I. Cohen, *Dean Rusk* (Totowa, NJ: Cooper Square Publishers, 1980); Dean Rusk, *As I Saw It* (New York, London: W. W. Norton, 1990); Thomas Zeiler, *Dean Rusk* (Wilmington, DE: Scholarly Resources, 2000).

<sup>1290</sup> Rusk to All NATO Posts, 28 January 1961, Circ. Tel. 1119, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. auch Rusk to All NATO Posts, 30 January 1961, Circ. Tel. 1125, „Replacement for Spaak“, JFKL, NSF, Box 222, NATO General: Cables.

<sup>1291</sup> Burgess (Paris) to DoS, 29 January 1961, Polto 1019, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1292</sup> Burgess (Paris) to DoS, Polto 1026, 31 January 1961, *ibid.*

<sup>1293</sup> Die Diskussion um Spaaks Nachfolger kann im Detail verfolgt werden in: USNA, RG 59, CDF, 740.5, besonders in den Telegrammen aus Paris, Oslo, Amsterdam, Athen, und Rom von Januar bis März 1961. Am 7. Februar 1961 zog sich der holländische Aussenminister Joseph Luns zurück und erleichterte so Stickers Kandidatur. Rusk to AmEmbassy The Hague, 7 February 1961, Tel. 1019, JFKL, NSF, Box 222, NATO General: Cables.

<sup>1294</sup> Shuckburgh to Mason, 27 January 1961, PRO, FO 371/161278.

<sup>1295</sup> FO Minute by Shuckburgh, 7 March 1961, PRO, FO 371/161281 (ÜdV).

schliesslich doch noch gewählt werden.<sup>1296</sup> Gegenüber Acheson erklärte Stikker sein Ultimatum mit den Worten, er sei ein „Spieler“ (*gambler*) und wisse, dass er die Nomination gewinnen werde.<sup>1297</sup> Acheson beklagte sich über die Obstruktionspolitik Frankreichs und die Unentschlossenheit der anderen 14 Nato-Mitglieder in der Nachfolgeregelung für Spaak: „This present demonstration of inability to agree because of a stubborn minority does not help the belief that the Council could handle great and pressing issues.“<sup>1298</sup>

Im März intervenierte Sonderbotschafter Averell Harriman – neben Acheson ein weiterer Veteran aus der Truman-Administration, welcher der Kennedy-Regierung mit seinen Erfahrungen half – beim französischen Aussenminister Couve de Murville und beim italienischen Premier Amintore Fanfani und Aussenminister Segni in Paris und Rom, um die französisch-italienische Unterstützung für Brosio zu beenden.<sup>1299</sup> Ende März bedauerte Belgien die französische Sturheit in der Frage und der für die Nato zuständige Beamte im belgischen Aussenministerium schlug nicht ohne Humor vor: „The best solution would be to find some pro-NATO Frenchman for the job – if such a Frenchman exists.“<sup>1300</sup>

Eine Lösung in der Frage der Nachfolge Spaaks zeichnete sich erst Ende März ab, als sich die italienische Regierung selbst aus dem „Wettstreit um den Generalsekretär“ herausnahm, indem sie „mit angemessener Fanfare“ ankündigte, dass Brosio für den Botschafterposten in Frankreich nominiert worden sei.<sup>1301</sup> Kurz zuvor hatte sich Adenauer mit Fanfani in Cadenabbia in Oberitalien getroffen. Wie zuvor Harriman drängte der Bundeskanzler den italienischen Premier dazu, die Kandidatur Stickers zu unterstützen.<sup>1302</sup>

Formell wurde Stikker, der frühere Vorsitzende der Heineken-Bier-Firma (1948-52), der ehemalige holländische Botschafter in London (1952-58) und Nato-Botschafter in Paris (1958-61), vom Ständigen Nato-Rat am 18. April einstimmig gewählt.<sup>1303</sup> Die erste Sitzung unter seinem Vorsitz fand am 21. April statt, zufälligerweise in Anwesenheit von Dean Acheson, der sich den Gratulationen von Rats-Doyen André de Staercke an den dritten Generalsekretär der Allianz gleich persönlich anschliessen konnte.<sup>1304</sup>

Zuvor hatte Spaak in einem vertraulichen, neunseitigen Brief an Kennedy „in absoluter Ehrlichkeit“ und „ohne jegliche diplomatische Etikette“ eine Art persönliches Testament hinterlassen, was er über die NATO und die Probleme dachte, mit der die Allianz konfrontiert war. Seine Analyse war derjenigen de Gaulles im berühmten Me-

<sup>1296</sup> Finletter (Paris), 13 March 1961, Polto 1246, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Zu de Gaulles Antipathie gegenüber Stikker vgl. Stikker, Bausteine, 418-432; Jordan/Bloome, Political Leadership in NATO, 103-117.

<sup>1297</sup> Stikker, Bausteine, 390f.

<sup>1298</sup> Acheson to Stikker, 22 March 1961, NLNA, Stikker Papers, Box 54.

<sup>1299</sup> Vgl. zu Harrimans Mission z.B. Rusk to Finletter, 14 March 1961, Topol 1279, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Finletter wurde autorisiert, seinem deutschen und britischen Kollegen von Harrimans Intervention in Paris und Rom zu berichten und sie zu parallelen Aktionen auf Aussenministerstufe zu ermutigen. Macmillan und Adenauer sollten hingegen noch nicht bei de Gaulle oder Fanfani intervenieren.

<sup>1300</sup> Catlett (Brussels) to DoS, 31 March 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1301</sup> Gavin (Paris) to DoS, Tel. 4109, 29 March 1961, *ibid.* (ÜdV). Vom italienischen Entscheid hatte die amerikanische Regierung erfahren, nachdem Norstad dem kranken italienischen Nato-Botschafter Alesandrini einen „sick-bed call“ gegeben hatte.

<sup>1302</sup> Dowling (Bonn) to DoS, 24 March 1961, Tel. 1545, *ibid.* Adenauer traf sich am 25./26. März auch mit Stikker, Norstad und Blankenhorn in Stickers Villa am Comer See.

<sup>1303</sup> Finletter (Paris) to DoS, 19 April 1961, Polto 1446, *ibid.* Der isländische Vertreter war nicht anwesend, hatte aber vorab seine Stimme Stikker gegeben.

<sup>1304</sup> FRUS 1961-63 XIII: 295-299. Vgl. auch Finletter (Paris) to DoS, 23 April 1961, Polto G-1668, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

morandum vom September 1958 nicht unähnlich, nämlich dass die Probleme der Nato 1961 nicht mehr dieselben seien wie 1949 und dass auch eine Diskussion von Problemen ausserhalb des Nato-Vertragsgebiets angezeigt sei. Spaak kritisierte sowohl die weiche Haltung in den letzten Jahren von Ländern wie Kanada, Norwegen und Dänemark als auch die destruktive Haltung de Gaulles zur Allianz. Spaak beklagte sich darüber, dass diese Mitglieder mit ihrem Verhalten Fortschritte in der Nato verhinderten: „In as much as nothing can be done by NATO without unanimous agreement, the restrictive positions taken by certain countries prevent the desired adaptation, at least with the necessary speed.“

Spaak sprach sich gegenüber Kennedy deutlich gegen ein Dreimächte-Direktorat der USA, Grossbritanniens und Frankreichs aus. Im schwierigen Umgang mit de Gaulles Frankreich forderte er von Kennedy vorbehaltlose amerikanische Unterstützung für die Nato und die Bereitschaft, alle anderen Nato-Staaten ebenfalls dazu zu mobilisieren. Er hielt vollständigere, loyalere, and rechtzeitigere Konsultation für nicht allzu schwierig, denn er fand: „It is better to explain oneself before making a decision, since one is forced to explain oneself afterwards anyway, and often in a less favorable atmosphere.“<sup>1305</sup>

Wenig später wiederholte Spaak seine Argumente in einer persönlichen Audienz bei Kennedy. Er wiederholte, dass sich die Nato seit 1949 stark verändert habe, insbesondere als Resultat der Aufhebung des amerikanischen Atombomben-Monopols und der daraus resultierenden Nuklearisierung der Nato ab 1954. Als besonders problematisch stufte Spaak die Haltung Frankreichs seit 1958 ein, die er mit „Schweigen und Enthaltung“ prägnant zusammenfasste. Politische Konsultationen sollten, so Spaak auf eine konkrete Frage des amerikanischen Aussenministers Dean Rusk, „um der Zukunft der Nato willen“ unbedingt innerhalb der Organisation stattfinden, nicht auf den üblichen bilateralen diplomatischen Kanälen. Kleinere Staaten seien diesbezüglich „höchst sensibel“ und betrachteten die politischen Konsultationen als Belohnung für die militärischen Ausgaben, zu denen sie von den Grossmächten aufgefordert würden. Wenn Kennedy Eisenhowers Konsultationspraxis in der Nato fortsetzen und verbessern würde, wäre dies ein gutes Beispiel für Grossbritannien, die BRD und die kleineren Staaten – und könnte vielleicht sogar auch Frankreichs negative Haltung beeinflussen, schloss Spaak.<sup>1306</sup>

## 7. Eine „neue NATO“? Die Acheson-Studie

Gleich zu Beginn schuf die Kennedy-Administration eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen US-Aussenministers Dean Acheson, einem der Gründerväter der Nato, um die amerikanische Haltung zur Nato zu untersuchen und zu überprüfen. Die Aufgabe Achesons war es, im Februar und März „gegenwärtige Politik, Studien und Vorschläge zu evaluieren und zu erörtern, welche Modifikationen oder neuen Massnahmen nötig waren, um die nordatlantische Gemeinschaft zu stärken.“<sup>1307</sup> Mitte

<sup>1305</sup> Spaak à Kennedy, 13 février 1961, FPHS, 298/5581 (ÜdV). Vgl. Rusk to Kennedy, „Your Meeting with Spaak“, 18 February 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Darin wurden Spaaks Verdienste um die Entwicklung der politischen Konsultation in der Nato gebührend gewürdigt. Vgl. auch Paul-Henri Spaak, „Boldness Is All“, *NATO Letter* 9, no. 1 (1961): 1-7.

<sup>1306</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 95 (ÜdV).

<sup>1307</sup> Suggested Terms of Reference for Review of Atlantic Community Policies, n.d. [January 1961], JFKL, NSF, Box 221, NATO General: Rostow (ÜdV). Vgl. zu Acheson unter Kennedy Nünlist, „Transatlantic Debates“, sowie Douglas G. Brinkley (ed.), *Dean Acheson and the Making of U.S. Foreign*

März legte Acheson einen ersten, 48-seitigen Entwurf seines Berichts vor. Er begann seine Bestandesaufnahme mit Humor: „All, or nearly all, the members of the Atlantic coalition proclaim that NATO is the keystone, foundation, or center of their policy, [...] and then act quite to the contrary.“ Nicht nur das Frankreich Charles de Gaulles, sondern auch die USA hätten in den letzten Jahren oft nationale Interessen schwerer gewichtet als Allianzinteressen. Acheson kritisierte den „Zick-Zack-Kurs“ der Eisenhower-Regierung, die zunächst meist Allianzkohäsion und Stärke hatte bewahren wollen, aber doch nicht zu einer Abgabe von Souveränität an die Nato bereit gewesen war. Acheson empfahl, die Verpflichtung der USA zur „atlantischen Gemeinschaft“ deutlich zu signalisieren. „We must take that lead and set the pace. If we do, most of the others will follow.“ Die Führungsrolle in der Allianz sollte durch Konsens und Konsultation verbessert werden. Der erfahrene Anwalt Acheson widmete der Definition von Konsultation einen eigenen Abschnitt:

Consultation means listening with a mind capable of being affected by what is heard, as well as persuasive and timely presentation of courses designed to meet problems. The desired end of consultation is a consensus. A consensus need not mean that all agree. It may well mean that some agree and the rest do not violently disagree - in other words, action may go forward.

Das Ziel solcher Konsultation war eine „maximale Harmonisierung der nationalen Politiken, und, bei Uneinigkeit, ein maximales Verständnis und maximale Rücksicht für so viele nationale Partikulärinteressen wie möglich.“ Für Acheson sollte der Ständige Nato-Rat das hauptsächliche Organ für regelmässige Konsultationen bleiben, da ein multilaterales Forum aufgrund von Gruppendruck und Effizienz – die fünfzehn Aussenminister konnten Reisekosten und Zeit sparen – gegenüber bilateralen Beziehungen Vorteile aufwies: „The group pressures of a majority of members in a full confrontation can accomplish purposes which separate bilateral pressures cannot.“ In Achesons Sicht hatte der Nato-Rat als politisches Organ in den letzten Jahren bereits beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Kennedy-Regierung sollte den Rat nun aber mit „voller Verantwortung“ ausstatten. Zu diesem Zweck sollten Unterausschüsse des Ständigen Nato-Rats gegründet werden, die aus den Mitgliedstaaten zusammengesetzt waren, die das entsprechende Thema direkt betrafen. Als konkrete neue Idee schlug Acheson zudem die Errichtung eines „Politisch Beratenden Ausschusses“ (*Political Advisory Committee*) vor, welcher der Tradition von kleineren Gruppen von „Weisen“ entsprechen würde. Acheson erklärte sich auch bereit dazu, die amerikanische Regierung darin zu vertreten. Ausserdem könnten Oliver Franks, Manlio Brosio und Jean Monnet in einem solchen Komitee erfahrener internationaler Staatsmänner vertreten sein. Zudem war Acheson auch bereit, einmal im Monat beim State Department vorbeizuschauen, um zu überprüfen, wie die neue Nato-Politik implementiert wurde.<sup>1308</sup> Kennedy hatte bereits kurz vorher durch Robert Komer, einem weiteren Mitglied der Arbeitsgruppe, erfahren,

---

*Policy* (New Haven: Yale University Press, 1992), 108-153; Douglas G. Brinkley, *Dean Acheson: The Cold War Years, 1953-71*. (New Haven: Yale University Press, 1993).

<sup>1308</sup> Draft Acheson Report, 16 March 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO: General (ÜdV). Der politische Teil machte dreizehn Seiten aus. Als sich SACEUR Lauris Norstad mit Rusk am 1 Februar 1961 traf, hatte er ebenfalls betont, dass politische Konsultation in der Allianz von „grösster Bedeutung“ (ÜdV) sei und weitergeführt und ausgeweitet werden sollte. Norstad war weniger kritisch in Bezug auf die Leistungen der vergangenen Jahre in diesem Bereich. Er betonte sogar: „On the political side, there have been truly remarkable achievements over the past four years. In fact, the major accomplishment of NATO in recent years has been the development of political consultation.“ FRUS 1961-63 XIII: no. 92.

worum es Acheson im politischen Bereich der NATO hauptsächlich ging, nämlich darum, „die Nato als Forum für Konsultation sehr viel ernster zu nehmen.“<sup>1309</sup>

Der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater Walt Rostow lobte den Bericht und hielt fest: „I have never read the case for the Acheson view on the priority of the Alliance better stated.“ Statt Achesons Gegenüberstellung von nationalen und Allianzinteressen forderte Rostow „eine Alliansicht von der Weltkarte“, das heisst, „eine fundamentale Neueinschätzung nationaler Interessen im Lichte aktueller Fakten und Beziehungen, um Konzeptionen nationaler Interessen zu ersetzen, welche auf einer Vergangenheit beruhten, welche nicht länger existierte.“ Er empfahl, als Exempel für verbesserte Konsultationen beispielsweise die Berlin- und Deutschlandverhandlungen ganz in die Nato zu tragen: „To place the matter in NATO is already half the battle; because behind the fears over such talk is the notion that Washington and Moscow might make a deal over Europe’s body.“<sup>1310</sup>

Acheson war nicht der Erste, der eine Verbesserung der politischen Konsultation in der Nato empfahl. Zwei Nato-interne Berichte hatten dies 1952 und 1956 ebenso gefordert wie ein amerikanischer Bericht 1960 (der sogenannte ‘Bowie-Bericht’). Der *Under Secretary of State for Political Affairs* Livingston Merchant hatte deshalb den neuen US-Aussenminister Dean Rusk bereits kurz nach Amtsantritt davor gewarnt, dass „das Terrain von Experten-Berichten zur Verbesserung nicht-militärischer Zusammenarbeit in der Allianz bereits so weit gepflügt sei, dass es wenig wahrscheinlich war, dass ein neues systematisches Pflügen neue umsetzbare Vorschläge zum Vorschein bringen würde.“ Merchant glaubte vielmehr, Acheson sollte die bereits bestehenden Ideen prüfen, daraus diejenigen Massnahmen auswählen, die am erfolgversprechendsten schienen, und diese dann tatkräftig umsetzen. Merchant hielt Acheson für den „idealen Galvaniseur“ einer solchen Aufgabe.<sup>1311</sup>

Kurz nach Fertigstellung des Berichts Ende März spielte Acheson in einem Brief an Kennedy konkret mit zwei Ideen, wie die politischen Konsultationen verbessert werden könnten. Seiner Meinung nach war der SACEUR die „bei weitem einflussreichste Person“ in der Nato und stellte den amerikanischen Nato-Botschafter in den Schatten. Nebst der Stärkung des Ständigen Nato-Rats, des Nato-Generalsekretärs und seines Internationalen Stabes sollte deshalb die amerikanische zivile Führung in der Allianz gestärkt werden, und zwar entweder durch einen neuzuschaffenden „Nato-Verteidigungsminister“ oder – die Nachfolge Spaaks war zu diesem Zeitpunkt immer noch durch Frankreich blockiert – durch einen amerikanischen Generalsekretär. Zudem könnte der mächtige Posten des SACEUR (bisher immer ein Amerikaner) rotieren und es könnte als nächstes zum Beispiel ein Franzose nominiert werden. Acheson kommentierte sarkastisch: „[A French SACEUR] would be a safer way to increase French grandeur [...] than to give the French missiles or other essentials of a nuclear strike force.“<sup>1312</sup>

Acheson, dem sowohl Kennedy als auch Rusk vergebens den Posten des amerikanischen Nato-Botschafters hatten andrehen wollen, war selbstredend der bestqualifizierte

<sup>1309</sup> Komer to Kennedy, 6 and 14 March 1961, JFKL, NSF, Box 439, Komer: NATO.

<sup>1310</sup> Rostow to Acheson, 20 March 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO General (ÜdV). Vgl. auch McGhee to Acheson, 20 March 1961, USNA, RG 59, PPS, Box 153, Europe 1961.

<sup>1311</sup> Merchant to Rusk, 30 January 1961, USNA, RG 59, DF, 740.5 (ÜdV). Rusk notierte handschriftlich dazu: „Amen!“.

<sup>1312</sup> Acheson to Kennedy, 29 March 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO General (ÜdV). Vgl. auch die Zusammenfassung von Bundy: Bundy to Kennedy, 31 March 1961, *ibid.*

Kandidat für einen amerikanischen Generalsekretär.<sup>1313</sup> Auch Adenauer hatte sich Acheson als Nachfolger Spaaks gewünscht, doch Rusk hatte dies bereits am 1. Februar kategorisch abgelehnt, da Acheson für einen Hundertprozent-Posten nicht zur Verfügung stünde und da der Generalsekretär kein Amerikaner sein sollte, da die Kennedy-Regierung Lauris Norstad bereits als SACEUR bestätigt hatte.<sup>1314</sup>

Achesons 74-seitiger Bericht, „A Review of North Atlantic Problems for the Future“,<sup>1315</sup> vom 24. März 1961 wurde von Kennedys nationalem Sicherheitsberater McGeorge Bundy, der das sogenannte ‘Grünbuch’ Achesons „ein ausserordentlich nützliches Dokument“<sup>1316</sup> nannte, in der Folge um fast 90 Prozent gekürzt und von Kennedy am 21. April als Politikdirektive und damit als offizielle amerikanische Politik gutgeheissen. Darin wurde bestätigt, dass die Nato das prinzipielle Forum der transatlantischen Allianz bleiben sollte und dass die politische Kohärenz der Nato durch die Suche nach Konsens unter den Alliierten über die wichtigsten Politikbereiche erreicht werden sollte: „This means consulting frankly about policies which are still in a formative stage, and being willing to alter policies, if warranted, in the light of the discussion.“<sup>1317</sup>

Parallel zur internen Politiküberprüfung in Washington gab sich die neue Administration auch grösste Mühe, den Allianzpartnern ihre unveränderte Unterstützung zu versichern.

## 8. Washingtons transatlantische Rückversicherungen

Bereits in der Inaugurationsrede hatte Kennedy den „treuen Freunden“ Washingtons seine Loyalität versprochen.<sup>1318</sup> In den ersten Tagen der Kennedy-Administration hatte Eisenhowers Nato-Botschafter Randolph Burgess – der dieses Amt noch bis im März innehaben würde – in einem recht ausführlichen Telegramm darum gebeten, in der nächsten Sitzung des Nato-Rats über ein Treffen des sowjetischen Botschafters in Moskau, Llewelyn Thompson, mit Chruschtschow vom 21. Januar berichten zu dürfen. Er erinnerte Rusk daran, dass sich in der Nato die Praxis entwickelt habe, dass alle Nato-Staaten in strikte vertraulichen Sitzungen über hochrangige diplomatische Gespräche von Interesse für die Allianz berichteten: „This practice has been a valuable feature of the growth of NATO political consultation and confidence has been respected.“ Burgess hoffte deshalb, dass das State Department ihn instruierte, was er von Thompsons Gesprächen im Kreml im Nato-Rat berichten konnte. Zusammen mit dem Bericht wollte Burgess auch gerne in der nächsten Nato-Ratssitzung eine Erklärung abgeben, dass die Kennedy-Regierung die amerikanische Praxis, in der Nato über wichtige bilaterale Treffen zu berichten, welche die Allianz betrafen, fortführen werde – zusammen mit der Versicherung, dass die USA weiterhin in entsprechenden Fragen keine Entscheidungen ohne Konsultation mit der Nato trafen.<sup>1319</sup>

<sup>1313</sup> Vgl. z.B. Komer to Kennedy, 14 March 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO General; Komer to Bundy, 23 March 1961, JFKL, NSF, Box 439, Komer: NATO 1961-63; Bundy to Kennedy, 13 June 1961, „The President’s Meeting with Ambassador Finletter“, JFKL, NSF, Box 220, NATO General.

<sup>1314</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 93.

<sup>1315</sup> „A Review of North Atlantic Problems for the Future“, 24 March 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO General. Vgl. dazu Stromseth, *Origins of Flexible Response*, 30-35; Brinkley, *Dean Acheson*, 119-124; Winand, *Eisenhower, Kennedy*, 161-173; Pagedas, „When the Small Talk Drops“, 116ff.

<sup>1316</sup> Bundy to Kennedy, 24 March 1961, JFKL, NSF, Box 405, Bundy Correspondence (ÜdV).

<sup>1317</sup> FRUS 1961-63 XIII: 285-291.

<sup>1318</sup> PPP Kennedy 1961: 1f.

<sup>1319</sup> Burgess (Paris), 24 January 1961, Polto 994, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

Der neue US-Aussenminister Dean Rusk reagierte sofort auf die beiden Anliegen von Burgess. Einerseits unterstützte er die Idee, dass Burgess dem Nato-Rat die Versicherung gab, dass die USA die Praxis von enger Konsultation in der Nato fortführen würden. Rusk bezog sich auf Kennedys Inaugurationsrede und versprach: „It remains U.S. policy to employ the NAC to the fullest possible extent as mechanism for this consultation which is so essential to the maintenance and development of our unity of purpose.“<sup>1320</sup> Andererseits teilte Rusk Burgess Hintergrundinformationen zu Thompsons Treffen mit Chruschtschow mit. Im Gespräch war es vor allem um die Agenda der bevorstehenden Sitzungen der UNO-Generalversammlung gegangen und um den Versuch, martialische Rhetorik und eine Rückkehr in den Kalten Krieg zu vermeiden. Thompson hatte Chruschtschow zudem mitgeteilt, die Kennedy-Administration hoffe, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern.<sup>1321</sup>

Kurz darauf bestätigte Rusk in seinem ersten Treffen mit Nato-Oberbefehlshaber Norstad die Bedeutung, welche Kennedy der Nato verlieh: „NATO is ‚more than fundamental‘ to the policies of the new Administration.“<sup>1322</sup> Der US-Präsident selbst widmete sich am 8. Februar an einer Pressekonferenz der Nato. Er machte auf die Nato-Studie aufmerksam, welche das State Department unter der Ägide Achesons am Erstellen sei. Er bezeichnete die Nato als „viel mehr als die zentralste und wichtigste Verteidigungsallianz“ der USA. Kennedy versprach, die USA würden auch unter ihm als „volle und energetische Partner“ an der Nato partizipieren und ihre Militärstärke in Europa beibehalten. Kennedy ging auch auf das Pressegerücht ein, die Frühjahrstagung der Nato könnte nach 1957 wieder auf Stufe der Staats- und Regierungschefs durchgeführt werden, bekannte jedoch, darüber sei noch nicht entschieden worden.<sup>1323</sup>

Auf Anraten des holländischen Botschafters in Washington sowie bestärkt durch Rusk liess Kennedy im Nato-Rat in Paris am 15. Februar eine präsidentiale Mitteilung verlesen. Darin hielt er an der wirkungsvollen kollektiven Verteidigung als wichtigstem Auftrag der Nato fest, ergänzte aber, dass „die Interessen der Nato und der atlantischen Gemeinschaft insgesamt nicht ausschliesslich militärisch seien“ und dass der Konsultationsprozess verbessert werden sollte.<sup>1324</sup> Rusk hatte Kennedy empfohlen, seine Erklärung nicht einzeln an die vierzehn Regierungschefs zu verschicken, sondern sie über den Nato-Rat zu senden, um damit die zentrale Wichtigkeit zu demonstrieren, welche die neue Administration der Nato beimass.<sup>1325</sup> Der Nato-Rat nahm Kennedys Erklärung mit grosser Aufmerksamkeit entgegen. Spaak dankte Burgess für die ermutigende Versicherung Kennedys. Er war sich sicher, dass alle Nato-Botschafter damit übereinstimmten, die Position und Verantwortung der Nato zu stärken. Nach der Sitzung dankten mehrere Nato-Botschafter Burgess für Kennedys positive Botschaft.<sup>1326</sup>

Dean Rusk trug den Willen der Kennedy-Administration, die politische Zusammenarbeit in der Nato aufzuwerten, auch in bilateralen Treffen in die Nato-Kreise hinein.

<sup>1320</sup> Rusk to Burgess (Paris), 26 January 1961, Topol 1020, *ibid.*

<sup>1321</sup> Rusk to Burgess (Paris), 26 January 1961, Topol 1007, *ibid.*

<sup>1322</sup> FRUS 1961-63 XIII: 253.

<sup>1323</sup> Rusk to All NATO Posts, 8 February 1961, USNA, Circ. Tel. 1175, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>1324</sup> Text in *Department of State Bulletin* (6 March 1961): 333f. Kennedys Ansichten zur Nato wurden Adenauer bereits eine Woche vorher präsentiert. Vgl. FRUS 1961-63 XIII: no. 94.

<sup>1325</sup> Rusk to Kennedy, 4 February 1961, „Message to the Governments of all NATO Countries“, JFKL, NSF, Box 220, NATO General. See also FRUS 1961-63 XIII: no. 91. Roijen schlug vor, die Kennedy-Administration solle eine klare Unterstützungserklärung zugunsten der Nato abgeben, um de Gaulles Plan zu begegnen, politische Konsultation unter den sechs EWG-Regierungen zu formalisieren.

<sup>1326</sup> Nolting (Paris) to DoS, Polto 1105, 15 February 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

Am 16. Februar versprach er dem deutschen Aussenminister Heinrich von Brentano, dass die USA ihre Nato-Verbündeten so vollumfänglich wie möglich konsultieren wollten, um so im Westen Einstimmigkeit zu erreichen.<sup>1327</sup>

Am 15. März löste Thomas Finletter seinen Vorgänger Randolph Burgess in der amerikanischen Nato-Mission in Paris ab.<sup>1328</sup> Seinen ersten wichtigen Auftritt hatte Finletter, als er – gerade eben erst aus Konsultationen mit Kennedy, Rusk und Acheson aus Washington zurückgekehrt – am 29. März dem Ständigen Nato-Rat erste Hinweise auf Achesons Nato-Studie geben konnte. Er betonte, dass die Kennedy-Administration ihre Evaluation der Nato-Politik noch nicht ganz abgeschlossen habe und dass Rusk mehr darüber am Atlantikrat in Oslo berichten würde. Er könne deshalb nicht in die Details gehen, gebe aber gerne bereits allgemeine Indikationen. Was die politische Seite der Nato betraf, so versicherte Finletter, dass die Kennedy-Administration die Politik der „tiefsten und umfassendsten politischen Konsultation in der Nato“ beibehalten würde. Der amerikanische Ansatz beruhe nach wie vor auf der Bereitschaft, im Nato-Rat unterschiedliche Sichtweisen auszutauschen und die jeweiligen Positionen zu diskutieren, auch wenn es vielleicht unmöglich sei, überall zu vollständiger Einigkeit zu geraten. Für die USA sei der „Geist der Allianz“ wichtig, hielt Finletter fest.<sup>1329</sup>

Gemäss einem französischen Mitarbeiter des Internationalen Stabes der NATO machte Finletter einen „exzellenten ersten Eindruck“: „He thinks well on his feet and responds rapidly and intelligently in the give and take of Council debate. The fact that he does not need earphones for French translation had also made a good impression.“<sup>1330</sup>

Eine gute Leistung Finletters war auch wichtig, da viele europäische Politiker seit Ende der 1950er-Jahre über den Zustand der Allianz immer stärker frustriert waren. Nicht nur de Gaulle und Spaak, sondern auch Adenauer kritisierte Anfang 1961 die amerikanische Nato-Politik stark. Sowohl Acheson als auch Kennedy gegenüber brachte der Kanzler vor, die Nato habe versagt, Washington übe keine Führung aus und konsultiere die Alliierten kaum. Das Fazit Adenauers fiel düster aus: „NATO was devoid of life. There was no longer any real activity in it.“ Er hoffte jedoch, Kennedy gelinge es, die Nato wiederzubeleben. Adenauer begrüßte auch die Absicht der Kennedy-Administration, „volle Konsultation“ vorzuleben; diese Intention, so Adenauer, sei von den USA zum ersten Mal „so eindeutig“ festgehalten worden.<sup>1331</sup>

Nachdem die Veteranen aus der Trumanzeit Averell Harriman<sup>1332</sup> und Dean Acheson<sup>1333</sup> im März und April 1961 dem Nato-Rat Höflichkeitsbesuche abgestattet und den

<sup>1327</sup> Rusk-Brentano Meeting, Washington, 16 February 1961, *ibid.*

<sup>1328</sup> Finletter (Paris) to DoS, Polto 336, 16 March 1961, *ibid.*

<sup>1329</sup> Finletter (Paris) to DoS, Polto 1357, 29 March 1961, *ibid.* (ÜdV). Finletter präsentierte auch die Vorstellungen der Kennedy-Administration in Bezug auf die Anpassung der Nato-Strategie hin zu einer Strategie der „Flexiblen Erwidern“. An einer informellen Sitzung des Nato-Rats am darauffolgenden Tag machten jedoch die Vertreter Belgiens, der Türkei, Griechenlands, Hollands und der BRD in deutlichen Worten klar, dass eine neue Doktrin von „limitierter Kriegsführung“ und eine Erhöhung der Einsatzschwelle von Atomwaffen ihrer Meinung nach die Abschreckung der Nato schwächen würde. Finletter (Paris) to DoS, 31 March 1961, Polto 1366, *ibid.* Eine Debatte war lanciert, welche die Nato bis 1966/67, als *Flexible Response* als offizielle Nato-Strategie nach dem Austritt Frankreichs aus der Militärorganisation der Nato verabschiedet wurde, beschäftigen und in zwei Lager teilen würde.

<sup>1330</sup> Fessenden to Kohler, 27 April 1961, „Quality of National Representation on NATO Council“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1331</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 97 (ÜdV); *ibid.*, no. 98.

<sup>1332</sup> Burgess to DoS, Polto 1205, 5 March 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1333</sup> FRUS 1961-63 XIII: 295-299; Finletter to DoS, Polto G-1668, 23 April 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.



Alliierten die volle Solidarität der Kennedy-Regierung versprochen hatten, dämpfte die amerikanische Intervention in der Schweinebucht in Kuba Mitte April die hohen Erwartungen der Europäer in die neue amerikanische Administration. Norstad fand Anfang Mai, dass das Prestige der USA in Europa seiner Meinung nach so tief sei wie noch nie zuvor. Eine Reihe von europäischen Ländern fürchteten sich nach dem Debakel in Kuba vor einem Unilateralismus Washingtons. Norstad hoffte deshalb, dass Rusk seinen Auftritt am Atlantikrat in Oslo dazu nutzen werde, Amerikas Partnerschaft mit Europa zu betonen. Rusk müsse sich bewusst sein, dass sich in Nato-Kreisen leider bereits grosse Enttäuschung über Kennedys Aussenpolitik verbreitet habe.<sup>1334</sup>

Die Positionspapiere im State Department zum Atlantikrat in Oslo waren noch vor dem Debakel an der Schweinebucht erstellt worden. Die amerikanischen Nato-Experten gingen – irrtümlich – davon aus, dass sich die Atmosphäre seit dem letzten Aussenministertreffen in Paris verbessert habe:

There is little of the talk of NATO being in a state of 'crisis' which usually precedes Ministerial meetings. [...] Our allies [...] want to see whether we 'mean what we say.' They will also want to see how the promise of new American leadership will be translated into action.

Rusk sollte den europäischen Alliierten, die grundsätzlich Bedenken vor einem bilateralen amerikanisch-sowjetischen „Deal“ hegten, die Versicherung geben, dass die Kennedy-Regierung sie vollständig über wichtige amerikanische Schritte mit Auswirkungen auf die Allianz konsultieren würde.<sup>1335</sup>

Rusk betonte Anfang Mai 1961 während des Ministerratstreffens der Nato in Oslo, dass die Nato das Fundament amerikanischer Aussenpolitik sei und dass Washington eine Doppelstrategie gegenüber Moskau verfolge. Während der Westen mit Entschlossenheit und Stärke mit der Sowjetunion umgehen solle, müsse er gleichzeitig jederzeit bereit sein, auf Verhandlungen mit den Sowjets einzugehen.<sup>1336</sup> Den neuen Nato-Generalsekretär Dirk Stikker ermunterte Rusk in einem bilateralen Treffen am Rande der Tagung dazu, „mit den USA ehrlich zu sein und wie ein holländischer Onkel zu sprechen.“ Als Stikker sich darüber beklagte, dass er als Nato-Generalsekretär bessere Informationsquellen benötige, versprach Rusk, ihm über die amerikanische Nato-Botschaft in Paris „komplette und aktuelle Informationen“ zu schicken und ihm weitaus mehr Hintergrundinformationen zukommen zu lassen, als die USA dem Ständigen Nato-Rat geben konnten.<sup>1337</sup>

Am ehrlichsten sprach aber der „belgische Onkel“ Spaak, der seine Predigt vom Februar wieder aufnahm und die Lage der Allianz in Oslo nun in seiner neuen Rolle als belgischer Aussenminister als „wenig ermutigend“ charakterisierte. Seiner Meinung nach waren die westlichen Mächte in der Defensive und zerstritten. Er forderte ein Überdenken der Nato, da das ihr zugrundeliegende Konzept nicht länger die Bedürfnisse der gegenwärtigen Situation reflektiere.<sup>1338</sup> Spaak war jedoch mit seiner pessimistischen Sichtweise ziemlich isoliert. Rusks Pragmatismus und seine Bemühungen, effektive Konsultation dadurch zu begünstigen, „dass er weniger darüber sprach, wie konsul-

<sup>1334</sup> Stoessel to Kohler, 4 May 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1335</sup> Scope and Objectives, 20 April 1961, USNA, RG 59, CF, Box 241, CF 1865, Briefing Book. Siehe dazu auch den früheren Entwurf Finletters in: Finletter (Paris) to DoS, 14 April 1961, Polto 1429, USNA, RG 59, CDF, 396.1-OS.

<sup>1336</sup> Scope and Objectives, 20 April 1961. Rusks einstündige Erklärung vor dem Ministerrat in Oslo findet sich in Rusk (Paris) to DoS, 8 May 1961, Secto 15, USNA, RG 59, CDF, 396.1-OS.

<sup>1337</sup> Rusk-Stikker Meeting, 7 May 1961, USNA, USNA, RG 59, CF, Box 241, CF 1862, MemCons (ÜdV).

<sup>1338</sup> NAC Meeting, 8 May 1961, 3:00 pm, NA, C-R(61)17-E (ÜdV).

tiert werden sollte, sondern einfach mit konkreter Konsultation begann“, wurde von den meisten Alliierten Washingtons sehr gut entgegengenommen. Rusk telegraphierte Kennedy deshalb stolz, dass sowohl amerikanische als auch ausländische „Nato-Oldtimers“ die Debatten in Oslo in ihrer Erinnerung als „die offensten und intimsten politischen Diskussionen in der Nato“ gelobt hätten. Nicht nur der neue amerikanische Aussenminister, sondern auch der neue Nato-Generalsekretär hatte einen guten Eindruck hinterlassen. Gemäss Rusk hatte Stikker die Treffen „hervorragend gehandhabt“. <sup>1339</sup>

Einzig Adenauer konnte nicht von seinem Misstrauen in die amerikanische Regierung und ihre Nato-Politik abgebracht werden. Als er sich mit Stikker am 19. Mai am Comer See traf, schien sich seine Beunruhigung über die Nato durch den Atlantikrat in Oslo sogar noch verstärkt zu haben. Adenauer beklagte sich, dass die USA ihre Rolle als Führungsmacht seit Jahren vernachlässigt hätten. Ein Symptom dafür sei, dass der amerikanische Nato-Botschafter oft ohne Instruktionen aus Washington sei. Ein anderes Symptom sei die immer schlechter werdende Qualität der Nato-Botschafter. Dies betreffe vor allem die Vertreter der grossen Mächte. Adenauer schien bereit, den eigenen Botschafter, von Walther, zu ersetzen. Über Finletter hatte er von Stikker und anderen Quellen hingegen nur Gutes gehört. <sup>1340</sup> Auch Pierre Basdevant vom Internationalen Stab der Nato klagte der amerikanischen Nato-Delegation über gewisse Nato-Botschafter. Der Brite Paul Mason habe nicht die Energie und Aggressivität seines Vorgängers Frank Roberts. Von Walther sei zwar ein „netter Kerl“, sei aber nicht sehr fähig und scheine in Bonn über wenig Einfluss zu verfügen. Im Vergleich zu Blankenhorn und dessen enger Beziehung mit Adenauer sei von Walther ein „wahrer Verlust“. De Leusse sei ohne Autorität und könne deshalb im Ständigen Nato-Rat nur wenig beitragen. Auch der Norweger Boyesen und Belgiens de Staercke seien derzeit weniger brillant als gewöhnlich; Boyesen offenbar aufgrund einer Verletzung und de Staercke wegen der chaotischen Zustände in der belgischen Regierung. Basdevant fand deshalb, die Gruppe der Nato-Botschafter habe in den letzten Jahre leider deutlich an Gewicht und Einfluss verloren. <sup>1341</sup>

## 9. „How to Bring de Gaulle Along?“

Der Kennedy-Regierung war von Anfang an wohl bewusst, dass sich eine Revitalisierung der transatlantischen Allianz nicht allein durch das Versprechen verbesserter politischer Konsultation erreichen liess. Seit der Rückkehr de Gaulles an die Macht im Sommer 1958 hatte sich Frankreich immer stärker von der Nato distanziert. <sup>1342</sup> Als sich Spaak Ende Februar 1961 mit Kennedy in Washington traf, beklagte er sich mit deutlichen Worten über de Gaulles Haltung zur Nato: „The General does not like NATO [...] and does not see in NATO a solution to the political problems.“ Frankreichs Haltung zu politischer Konsultation sei ambivalent. Einerseits sei Paris nicht zu Konsultationen mit kleineren Nato-Mitgliedern wie beispielsweise Luxembourg oder Island bereit. Ande-

<sup>1339</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 104 (ÜdV). Finletters Resumé fiel kritischer aus. Obwohl auch er Kennedys und Rusks Unterstützung und Auftritt lobte, schrieb er Kennedy Ende Mai die folgenden Worte: „However, much remains to be done. I am not at all satisfied with present political consultation in the Council.“ Finletter to Kennedy, 29 May 1961, *ibid.*, no. 106.

<sup>1340</sup> Bowling (Bonn) to DoS, 19 May 1961, Tel. 1278, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1341</sup> Fessenden to Kohler, 27 April 1961, „Quality of National Représentation on NATO Council“, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>1342</sup> See Frédéric Bozo, *Deux stratégies pour l'Europe: de Gaulle, les Etats-Unis et l'alliance atlantique, 1958-69* (Paris: Plon et Fondation Charles de Gaulle, 1996); Maurice Vaisse, *La grandeur: politique étrangère du général de Gaulle, 1958-69* (Paris: Fayard, 1998), 111-139.

rerseits wünsche de Gaulle mit Washington und London intimere Diskussionen über globale Probleme und westliche Nuklearstrategie – dies war schliesslich die Essenz von de Gaulles berühmtem Memorandum an Eisenhower und Macmillan vom September 1958. Während de Gaulle laut Spaak die „Nato zwar nicht zerstören wolle“, habe er Spaaks Entschluss, in die belgische Politik zurückzukehren, zynisch gutgeheissen, „da es für ihn in der Nato nichts mehr zu tun gäbe.“<sup>1343</sup>

Als Robert Komer von Bundys Mitarbeiterstab im Weissen Haus im Februar 1961 die „Acheson-Übung“ kommentierte, hielt er die Frage, wie de Gaulle an Bord gebracht werden könnte (*how to bring de Gaulle along*), für den wichtigsten Aspekt der amerikanischen Nato-Politik. Seit 1958 seien nämlich die meisten amerikanischen Nato-Initiativen durch die „Hartnäckigkeit eines besessenen alten Mannes“ behindert worden. Man dürfe aber nun nicht dem Cliché verfallen, man könne mit de Gaulle keine Geschäfte machen oder müsse all seinen Forderungen nachgeben: „In the last analysis, if we can't do business with de Gaulle, we still can't run NATO without him.“ Parallel zur Überprüfung der amerikanischen Nato-Politik müsse deshalb das „de Gaulle“-Problem sehr ernst genommen werden. Komer schlug vor, de Gaulle das Gefühl echten Tripartismus zu geben, ohne in der Substanz viel aufzugeben.<sup>1344</sup> Nachdem Acheson seinen Nato-Bericht fertiggestellt hatte, betonte Komer in einem Memorandum an Bundy nochmals, dass „Onkel Charlie“ die „wahre Nuss“ sei, die es für eine Revitalisierung der Nato zu knacken gelte. Komer bedauerte, dass dieser Aspekt sowohl in Bowies Nato-Bericht von 1960 als auch in Achesons 'Grünbuch' fehle. Da de Gaulle kein Vertrauen habe in die „Horde von weniger wichtigen US-Beamten“ wie beispielsweise James Gavin, den US-Botschafter in Paris, Finletter oder Norstad, sei die Beziehung zwischen den beiden Präsidenten zentral. Im Zusammenhang mit Kennedys bevorstehendem Besuch in Paris hob Komer die Wichtigkeit einer „intimsten Partnerschaft mit Frankreich“ hervor, besonders auch die „persönliche Beziehung mit dem Mann, der Frankreich ist“.<sup>1345</sup>

Noch vor Kennedy hatte Acheson eine Audienz im Palais d'Élysée. Acheson war Ende Februar vom französischen Botschafter in Washington Hervé Alphand über de Gaulles Nato-Politik orientiert worden. De Gaulle halte die Nato für „absolut notwendig“ für den Westen. Weil aber in den letzten zehn Jahren Europa stärker geworden sei, weil die Probleme des Kalten Krieges inzwischen global und nicht mehr nur europäisch seien und weil Frankreich seit 1960 Atommacht sei, strebe de Gaulle eine Reform der Nato und eine Anpassung an diese veränderten Umstände an. Frankreichs Rolle in der Welt sei grösser geworden und Frankreich wollte weltweit eine grössere Rolle spielen. Als Alphand betonte, die dafür notwendigen Dreiertreffen der Aussenminister oder Staatsehefs der USA, Britanniens und Frankreichs müssten nicht gross vorbereitet und auch nicht breit publiziert werden, meinte Acheson sarkastisch, Aussenminister- und Gipfeltreffen „seien wohl kaum der beste Weg, um Dreier-Treffen abseits der Öffent-

<sup>1343</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 95 (ÜdV).

<sup>1344</sup> Komer to Acheson, 20 February 1961, "First Things First – Accommodation with De Gaulle," JFKL, NSF, Box 439, Komer: NATO (ÜdV).

<sup>1345</sup> Komer to Bundy, 12 April 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO General (ÜdV). Bundy blieb jedoch skeptisch, ob der Grossmachtanspruch Frankreichs aufgrund der kleinen französischen Bevölkerungszahl, limitierten natürlichen Bodenschätzen und einer Absenz effektiver ausländischer Militärbasen wirklich gegeben sei: „Is it reasonable that such a state should have world-wide authority equal to that of the United States?“ Handwritten Notes by Bundy, n.d., „NATO – de Gaulle – Planning“, JFKL, *ibid*.

lichkeit abzuhalten.<sup>1346</sup> Im Gespräch mit de Gaulle warb Acheson für die neue amerikanische Nato-Politik und empfahl „volle Konsultation“. Zwischen dem amerikanischen Nato-Architekten von 1948/49 und dem französischen General entspann sich ein interessanter Dialog. Acheson erklärte eingangs ziemlich detailliert seine Vorstellung von Konsultation:

We hoped to listen as well as talk and we hoped that our own views and those of our allies would be influenced by the discussions. At this point the General said, ‘is this possible?’ [and that] this was a mistaken use of NATO which had been created for a wholly different purpose, was a purely military alliance and not a proper forum for discussion of the type I had mentioned.

Aufgrund solch unüberwindbarer Meinungsverschiedenheiten blieb Acheson nichts anderes übrig, als de Gaulle zu warnen, dass Isolationismus auch in den USA eine starke Tradition geniesse.<sup>1347</sup> Die nächste „Erkundungsmission“ durch einen Kennedy-Mann an der Seine wurde Theodore Sorensen anvertraut, Kennedys Vertrautem aus seiner Zeit als Senator. Sorensen empfahl Kennedy nach seiner Visite in Paris, er solle Worte wie „UNO“, „Nato“ oder „atlantische Gemeinschaft“ im Gespräch mit de Gaulle vermeiden und stattdessen Begriffe wie „westliche Allianz“, „Europa“ und „Einheit“ verwenden. In Bezug auf Achesons Zauberwort von politischer Konsultation fand er die folgende Definition wichtig: „Real consultation is in advance, not last-minute disclosure; it is precise, not general; it includes all the take-offs, not just the crash landings.“<sup>1348</sup>

Als Kennedy sich schliesslich mit de Gaulle Ende Mai und anfangs Juni in Paris traf, dominierten französische Reformpläne für die Nato die Gespräche. Obwohl de Gaulle den gegenwärtigen Zustand der Allianz stark kritisierte, versprach er, dass Frankreich nicht die Absicht habe, die Nato während einer Krise um Berlin zu schwächen.<sup>1349</sup> Auch Kennedy gab sich kompromissbereit und signalisierte Bereitschaft, die Dreier-Gespräche zwischen Washington, London und Paris fortzuführen und sogar auszubauen. Der für Europa zuständige Chefbeamte im US-Aussenministerium, Foy Kohler, berichtete Rusk deshalb im Juni, dass de Gaulle nun „glauben könne, dass er Elemente dessen, was er seit 1958 anstrebe, in Greifnähe habe.“<sup>1350</sup>

## 10. Fazit

Nach dem Scheitern des Ost-West-Gipfels in Paris Mitte Mai 1960 widmeten sich die Nato-Staaten im Sommer 1960 zunächst wieder stärker allianzinternen Problemen. Darunter zählte insbesondere die Aussenpolitik de Gaulles und seine Forderungen nach einem Dreier-Direktorium. Im Juni 1960 vermuteten die kleineren Nato-Staaten nicht zu Unrecht, dass eine gewisse Institutionalisierung der Dreier-Gespräche auf Aussenministerebene drohte. Die Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 8. Juni verlief deshalb

<sup>1346</sup> Acheson-Alphand Meeting, 24 February 1961, „Discussion of NATO Problems“, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Vgl. auch Rusk-Alphand Meeting, 28. February 1961, „Tripartism“, USNA; Rusk-Alphand Meeting, 15 March 1961, USNA, *ibid.*, 740.5.

<sup>1347</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 101 (ÜdV).

<sup>1348</sup> Sorensen to Kennedy, 30 May 1961, JFKL, NSF, Box 70, France General (ÜdV).

<sup>1349</sup> FRUS 1961-63 XIII: no. 107.

<sup>1350</sup> Kohler to Rusk, 15 June 1961, Follow-up to the President’s Paris Trip, JFKL, Trips and Conferences, Box 233, President’s Trip to Europe, 5-6/61 (ÜdV). An Warnungen über Tripartismus hatte es nicht gemangelt. Siehe z.B. Acheson-Alphand Meeting, 24 February 1961, USNA, RG 59, DF, 740.5; Alphand-Nitze-Bundy Meeting, 28 April 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO: General. Als er das Thema mit Alphand diskutierte, lehnte Nitze einen „separaten Club“ oder einen „Club innerhalb der Nato“ klar ab. Zum Tripartismus, vgl. Vaïsse, *La grandeur*, 123f.; Thorsten Cabalo, *Politische Union Europas, 1956-63* (Köln: PapyRossa, 1999), 383-392.

höchst unerfreulich und die Vertreter Kanadas, Belgiens, Italiens sowie Spaak wehrten sich in starken Worten gegen den zunehmenden Trend zum Tripartismus. Spaak äusserte seine Sorgen auch während eines Besuchs in Washington. Im August 1960 entschied sich die Eisenhower-Regierung, ihre Ablehnung von de Gaulles Forderungen von 1958 der französischen Regierung endlich klar zu machen. Die Nato wurde über die Ablehnung eines Dreier-Direktoriums zunächst informell an einem Treffen wichtiger Nato-Führer am Comer See, wenige Tage später aber auch während einer Sitzung des Nato-Rats offiziell informiert. Trotzdem blieb Spaak über die mangelnden Fortschritte im Bereich politischer Konsultationen stark besorgt und bot an der Dezembersitzung der Nato-Aussenminister in Paris, die aus seiner Sicht wenig befriedigend verlief, überraschend seinen Rücktritt als Nato-Generalsekretär. Die Wahl seines Nachfolgers Dirk Stikker zog sich wegen französischer Widerstände über Monate hin, so dass die Nato zwischen Ende Januar und Mitte April 1961 geschwächt war.

Weil es im Januar 1961 auch in der US-Regierung zu einem Wechsel kam, schien die Zeit ideal für eine Bestandsaufnahme der Aufgaben und Funktionen der Nato. Präsident John F. Kennedy liess in den ersten Monaten die amerikanische Nato-Politik von Grund auf überprüfen. Dean Acheson empfahl jedoch, im politischen Bereich am Grundsatz der politischen Konsultationen festzuhalten und den Ständigen Nato-Rat als multilaterales Forum politischer Diskussionen über die Ost-West-Beziehungen zu stärken. Die „neue“ Nato-Politik, die den Grundsatz der politischen Kooperation in der Nato akzentuierte, wurde der Allianz im Frühjahr 1961 in verschiedenen Foren mitgeteilt. Die transatlantischen Rückversicherungen Washingtons führten in der Nato zu einem neuen Schwung und verhiessen für die neue Ära ein gutes Omen.

Als Haupthindernis für eine Revitalisierung der Nato wurde 1961 nach wie vor die französische Politik erachtet. Zwar bemühte sich die Kennedy-Regierung in den ersten Monaten, de Gaulle an Bord zu holen, doch die unterschiedlichen Konzepte der USA und Frankreichs blieben unüberwindbar. Die Berlinkrise im Sommer 1961 wurde deshalb zum ersten Test dafür, wie ernst es der Kennedy-Administration wirklich mit politischer Konsultation in der Nato war und ob unter Kennedy und Stikker ein besserer Umgang mit de Gaulle gefunden werden konnte als 1959/60.



## XI. Die Nato und die Berliner Mauer (1961/62)

Obwohl die Kennedy-Jahre meist als „Krisenjahre“ bezeichnet werden (Michael Beschloss), waren die Ost-West-Beziehungen von 1961 bis 1963 nicht nur von Konfrontation, sondern auch von Détente gekennzeichnet. Am 20. Januar 1961 hatte Sowjetführer Chruschtschow dem neuen US-Präsidenten John F. Kennedy mitgeteilt, dass die sowjetische Regierung als eine „Geste des guten Willens und einen Schritt zur Verbesserung sowjetisch-amerikanischer Beziehungen“ zwei amerikanische gefangene RB-47-Piloten freilassen werde, um „die Vergangenheit auf sich ruhen zu lassen und ein neues Kapitel in den Beziehungen der beiden Länder aufzuschlagen.“<sup>1351</sup> Trotz der Spannungen vor allem um Berlin hinterliess die Begegnung der beiden Führer von Anfang Juni 1961 in Wien bei Chruschtschow einen guten Eindruck, wie er später gegenüber Kennedys Pressesprecher Pierre Salinger bezeugte:

Kennedy won us over with his sincerity and created the impression that he really was searching for the possibility of reaching agreement with us.<sup>1352</sup>

Nachdem die Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 die Krise im Zentrum Europas stabilisiert hatte, suchten Washington und Moskau das Gespräch betreffend Berlin, Deutschland und Europa.

Dieser Teil untersucht in fünf Kapitel, inwiefern die politischen Konsultationen, die im Acheson-Bericht und in zahlreichen Begegnungen von der Kennedy-Administration theoretisch in Aussicht gestellt wurden, während der Berliner Mauerkrise von der Bündnisvormacht tatsächlich in die Tat umgesetzt wurden. Im *ersten Kapitel* wird analysiert, wie die Nato von den USA nach Kennedys Gipfeltreffen mit Chruschtschow über die Begegnung und die neulancierte Berlinkrise unterrichtet wurde und welche Rolle der neue Nato-Generalsekretär Dirk Stikker für die Allianz in der Krise forderte. Das *zweite Kapitel* widmet sich den Diskussionen innerhalb der Nato, wie auf die Errichtung der Berliner Mauer vom 13. August 1961 reagiert werden sollte. Dabei stellte sich insbesondere die Frage, ob die Zeit nun reif war für Verhandlungen mit Moskau über Berlin und Deutschland. Der Nato gelang es in wochenlangen Diskussionen, einen Konsens zu finden, den auch Frankreich und die BRD – die sich als einzige Nato-Staaten gegen solche Verhandlungen sperrten – mittragen konnte. Wie das *dritte Kapitel* zeigt, zerbrach diese Einheit allerdings bereits am Pariser Atlantikrat im Dezember 1961. Frankreich lehnte Verhandlungen mit Moskau kategorisch ab, so dass die Nato in dieser Frage in zwei Lager gespalten war. Stikker und den Aussenministern gelang es nur äusserst knapp, die Kohäsion in der Nato aufrechtzuerhalten und ein einigermaßen versöhnliches Kommuniqué zu entwerfen. Das *vierte Kapitel* beleuchtet die Berlininitiative der Kennedy-Regierung vom Frühjahr 1962, als die USA ohne Konsultation mit der Nato ein Abkommen mit der Sowjetunion erzwingen wollten. Das *fünfte Kapitel* widmet sich Kennedys Konzept einer „Atlantischen Partnerschaft“ und den transatlantischen Beziehungen im Sommer 1962.

<sup>1351</sup> Burgess (Paris) to DoS, Polto 994, 24 January 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV); Rusk to Burgess (Paris), Topols 1007 and 1020, 26 January 1961, USNA, RG 59, DF, 740.5. Vgl. auch Thompson to DoS, Tels. 1682 and 1706, 19 and 21 January 1961, JFKL, POF, Box 125, USSR Security. Siehe auch „Khrushchev Sees Hope for Accord“, NYT (21 January 1961); James Reston, „A Change in Atmosphere“, NYT (26 January 1961); Welch Larson, *Anatomy of Mistrust*, 109ff.

<sup>1352</sup> Salinger to Kennedy, 21 May 1962, JFKL, POF, Box 125, USSR Security.

## 1. Die Nato und Chruschtschows Herausforderung in Berlin

Am 5. Mai 1961 hatte der sicherheitspolitische Berater Henry Kissinger in einem Memorandum an den Präsidenten die Tatsache hervorgehoben, dass „das Schicksal Berlins für die Zukunft der nordatlantischen Gemeinschaft ausschlaggebend sei.“<sup>1353</sup> Anfang April hatte Acheson gleichermassen auf die vitale Bedeutung Berlins hingewiesen und Kennedy zu einer harten Berlinpolitik geraten: „There is no ‚solution‘ for the Berlin problem short of the unification of Germany. All courses of action are dangerous and unpromising. Inaction is even worse. We are faced with a ‚Hobson’s choice‘. If a crisis is provoked a bold and dangerous course may be the safest.“<sup>1354</sup>

Am Ministerratstreffen in Oslo im Mai 1961 hatte Rusk seinen Nato-Kollegen mitgeteilt, dass in den nächsten Wochen und Monaten erhöhte Spannungen in Berlin wahrscheinlich seien und dass ein separater Friedensvertrag zwischen Moskau und der DDR drohe. Angesichts einer solchen Verschärfung der Berlinkrise, so Rusk, seien allianzinterne Konsultationen über die westliche Position bei allfälligen Verhandlungen mit Chruschtschow jetzt schon „dringendst erwünscht“. Der deutsche Aussenminister Heinrich von Brentano nutzte die Gelegenheit, um seine Kollegen an die Verpflichtung der Nato vom Dezember 1958 zu erinnern, wonach die westlichen Rechte in Westberlin aufrechterhalten werden sollten.<sup>1355</sup>

Im Vorfeld des Nato-Treffens hatte das State Department auf zwei unterschiedliche Tendenzen innerhalb der Allianz in Bezug auf die Ost-West-Beziehungen hingewiesen: Während die Briten, Skandinavier und Kanadier ein grosses Interesse daran zeigten, durch Verhandlungen mit Moskau Spannungen abzubauen, verfolgten die Kontinentaleuropäer grundsätzlich in Ost-West-Fragen eine härtere Linie.<sup>1356</sup> Die USA glaubten, dass der Westen Chruschtschow in der Berlinfrage überzeugen müssten, dass er zu einer „entscheidenden Machtprobe“ um Berlin bereit sei.<sup>1357</sup>

In Oslo widersprach besonders der kanadische Aussenminister Howard Green den pessimistischen Einschätzungen von Rusk und Brentano zu den Ost-West-Beziehungen. Auch der belgische Aussenminister Spaak warnte seine Kollegen davor, mit grundsätzlichen Überlegungen zu Deutschland und Berlin abzuwarten, bis eine Krise ausbrechen würde.<sup>1358</sup> Rusk relativierte deshalb am darauffolgenden Tag seine harte Linie vom Vortag: „[Rusk] said that his opening statement may have contributed to a sense of gloom, but he thought that there were remarkable opportunities open to us and many reasons

<sup>1353</sup> Kissinger to Kennedy, 5 May 1961, JFKL, NSF, Box 81, Germany: Berlin. Vgl. zu den Nato-Konsultationen während der Berlinkrise von 1961 auch Christian Nünlist, „Die NATO und die Berlinkrise, 1958-61“, in *Krisen im Kalten Krieg*, ed. Bernd Greiner, Christian Th. Müller, Dierk Walter (Hamburg, Edition HIS, 2008), 240-269.

<sup>1354</sup> Acheson to Kennedy, 3 April 1961, JFKL, NSF, Box 81, Germany: Berlin.

<sup>1355</sup> NAC Meeting, 8 May 1961, 11:00 am, NA, C-R(61)16-E (ÜdV). Zu Rusks Einschätzungen vgl. auch Position Paper, 28 April 1961, „Berlin and Germany“, USNA, RG 59, Bureau of European Affairs: Office of European Regional Affairs, Political-Military Numeric Files, 1953-62, Box 15, NATO Ministerial Meeting, Oslo, 8-10 May 1961. An Dreier- und Vierertreffen kamen jedoch am 7./8. Mai 1961 alle Parteien überein, dass keine Initiative für Gespräche mit Moskau gestartet werden sollte. Rusk to DoS, Secto 13, 8 May 1961, USNA, RG 59, CDF, 762.00; FRUS 1961-63 XIV: 64f. Im Dezember 1958 hatte die Nato sich verpflichtet, jeglichen militärischen Angriff auf Westberlin als Angriff auf das Nato-Gebiet zu betrachten. North Atlantic Communiqué, 16 December 1958 (Brussels: NATO Information Service).

<sup>1356</sup> Scope and Objectives, 20 April 1961, USNA, RG 59, CF, Box 241, CF 1865, Briefing Book.

<sup>1357</sup> Position Paper, 1 May 1961, „East-West Relations“, *ibid.* (ÜdV).

<sup>1358</sup> Rusk (Paris) to DoS, 8 May 1961, Secto 19, USNA, RG 59, CF, Box 247, CF 1860, SECTOS.



for confidence and hope.“<sup>1359</sup> Stikker fasste die Nato-Debatten zur internationalen Situation jedoch trotzdem mit einer gewissen Ernüchterung zusammen: „While few voices were relatively optimistic, there were more indications on the other side ranging from concern to alarm.“ Die Ost-West-Situation scheine sich verschlechtert zu haben und berge grosse Gefahr, glaubte Stikker. Rusk und Stikker stimmten aber überein, dass das Schlusskommuniqué der Tagung einen gewissen Optimismus darstellen sollte.<sup>1360</sup> Im Mai 1961 hatte Rusks Hinweis auf die Wichtigkeit, im Hinblick auf die zu erwartende Krise eine gemeinsame westliche Verhandlungsposition zu erarbeiten, jedoch keine konkreten Auswirkungen. Kennedy, Adenauer und de Gaulle waren sich einig, dass keine Verhandlungen mit Moskau stattfinden sollten – nur Macmillan wünschte Gespräche und einen Kompromiss mit Chruschtschow.<sup>1361</sup>

Der Wiener Gipfel zwischen Kennedy und Chruschtschow Anfang Juni bot eine Gelegenheit, bestehende Ost-West-Probleme auf höchstem Niveau zu diskutieren. Nach Macmillans Reise nach Moskau und Eisenhowers Gesprächen mit Chruschtschow 1959 sowie dem gescheiterten Pariser Gipfel vom Mai 1960 tauchten in der Nato wieder die alten Ängste auf, dass die Supermächte auf Kosten ihrer europäischen Verbündeten ein Abkommen schliessen würden. Der Ständige Nato-Rat widmete sich dem Wiener Gipfel erstmals im Vorfeld am 17. Mai 1961. Finletter betonte, dass die USA mit Chruschtschow kein Abkommen abschliessen würden, welches die Nato betraf. Belgien und die Niederlande äusserten Vorbehalte, auch aufgrund früherer „unglücklicher Erfahrungen“ mit solchen Treffen (gemeint war wohl Camp David). Der französische Botschafter Pierre de Leusse erinnerte sich an die amerikanischen Einwände vor einem zu schnellen persönlichen Kontakt mit Chruschtschow und fragte sich, weshalb sich die Meinung Kennedys dazu verändert habe. Der deutsche Nato-Botschafter Gebhardt von Walther hoffte, Kennedys Austausch mit Chruschtschow sei auf bilaterale Aspekte beschränkt. Stikker begrüsst die Idee des Kanadiers Jules Léger, die zu erwartende Agenda des Wiener Gipfeltreffens im Nato-Rat zu diskutieren und forderte die Delegationen auf, bis zum 23. Mai sich über Themen wie Abrüstung, Ost-West-Beziehungen, Deutschland und Berlin Gedanken zu machen, ob die bestehenden Verhandlungspositionen nach wie vor aufrechterhalten werden sollten.<sup>1362</sup>

Am 23. Mai begrüsst Grossbritannien, Kanada, Norwegen, Dänemark, Italien und Griechenland das Treffen mit Chruschtschow, die Türkei drückte sogar ihr vollstes Vertrauen in Kennedy aus. Auch Norwegen hoffte, Kennedy würde sich durch die künstliche Abgrenzung zwischen „Diskussionen“ und „Verhandlungen“ nicht davon abgeschreckt fühlen, mit Chruschtschow Verhandlungen aufzunehmen. Wenn dabei etwas Konkretes herauskam, wäre dies umso besser, fand Boyesen. Frankreich, die BRD, Portugal, Island und Luxemburg enthielten sich eines Kommentars. Stikker fasste die Sitzung wie folgt zusammen: Kennedys Treffen mit Chruschtschow würde den Charakter eines Meinungsaustausches haben, bei dem Kennedy keine neuen Positionen ohne Kon-

<sup>1359</sup> Rusk (Paris) to DoS, 10 May 1961, Secto 29, *ibid.*

<sup>1360</sup> Rusk (Paris) to DoS, 10 May 1961, Secto 30, *ibid.*

<sup>1361</sup> Steininger, Mauerbau, 177-186. Kennedy besprach sich mit Macmillan vom 4.-6. April 1961 in Washington, mit Adenauer am 12./13. April 1961 in Washington und mit de Gaulle am 31. Mai/1. Juni in Paris.

<sup>1362</sup> Finletter to DoS, Polto 1577, 17 May 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV); Rusk to Finletter, Topol 1642, 22 May 1961, *ibid.*, 740.5/5-2261. Eine Diskussion der von einander abweichenden nationalen Perzeptionen einer sowjetischen Bedrohung in Berlin von 1958-60 befindet sich in: Steininger, Mauerbau, 28-166; Rempel, Counterweights, 19-42; E. Bruce Geelhoed and Anthony O. Edmunds, *Eisenhower, Macmillan and Allied Unity, 1957-61* (Houndmills: Palgrave Macmillan, 2003).

sultation mit der Nato einnehmen würde. Stikker betonte, Kennedy kenne die Positionen der Nato, wie sie Anfang 1960 sowie am Atlantikrat in Oslo vor kurzem festgehalten worden waren. Stikker wünschte Kennedy für seine Begegnung mit Chruschtschow im Namen des Nato-Rats viel Glück.<sup>1363</sup>

Während seiner Paris-Visite von Ende Mai und Anfang Juni besuchte Präsident Kennedy kurz vor seinem Treffen mit Chruschtschow in Wien auch den Nato-Rat, wie damals Eisenhower im September 1959 vor Camp David. Er versicherte der Nato Washingtons starke Verpflichtung zur Verteidigung Westeuropas und ermutigte die Allianz, auch ausserhalb Europas eine grössere Rolle zu spielen.<sup>1364</sup> Sowohl Stikker als auch Finletter waren von Kennedys improvisierter Rede vor dem Nato-Rat zutiefst beeindruckt.<sup>1365</sup>

Auf der Rückreise aus Wien kehrte Rusk über Paris nach Washington zurück, um de Gaulle und die Nato am 5. Juni über die Resultate des Gipfeltreffens zu informieren. In der Nato liess Rusk Kopien von zwei sowjetischen Aide-mémoires über Nukleartests und Abrüstung sowie über Deutschland und Berlin zirkulieren. Er versicherte dem Nato-Rat, dass die Gespräche mit Chruschtschow „keine Überraschungen“ produziert hätten. Während Chruschtschows Haltung generell „ruhig, freundlich und souverän“ gewesen sei, sei der sowjetische Führer „lebhafter“ geworden, als die Diskussion auf Berlin gekommen sei. Er habe Kennedy in der Berlinfrage ein Ultimatum gestellt, das fast identisch gewesen sei mit demjenigen an Eisenhower von 1958 – in einer Interimsphase von sechs Monaten sollte zwischen den beiden deutschen Staaten ein Friedensvertrag ausgehandelt werden; andernfalls würde Moskau mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abschliessen und auf diese Weise westliche Rechte in Berlin beenden. Die DDR würde die Kontrolle über den Boden- und Luftzugang übernehmen und jeglichen westlichen Versuch, Gewalt anzuwenden, als kriegesischen Akt betrachten. Kennedy, so Rusk, habe mit grosser Klarheit geantwortet, dass die USA gegenüber Berlin eine wichtige Verpflichtung hätten und dass die Rechte der drei Westmächte in Berlin nicht unilateral durch Moskau beendet werden könnten. Ostdeutsche Einmischung in den westlichen Zugang nach Berlin würde vom Westen als kriegesischer Akt aufgefasst. Die Wiener Erfahrungen zusammenfassend, glaubte Rusk, dass auf den Westen „ein formidables Problem“, erhöhte Spannungen und „vielleicht innert kurzer Zeit noch düsterere Probleme“ zukämen. De Staercke betonte die Wichtigkeit, den Nato-Rat über westliche Planungen bezüglich Berlin zu informieren. Stikker fasste Rusks Bericht wie folgt zusammen: „The two strongest countries, represented by two strong men, had met, the President had defended the West with vigor, Khrushchev can have no illusions on Western attitude, especially regarding Berlin.“ Stikker warnte, dass die Situation ernst sei und der Westen in der Berlinfrage wohl Unannehmlichkeiten erwarten müsse.<sup>1366</sup>

<sup>1363</sup> Finletter to DoS, 23 May 1961, Polto 1603, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1364</sup> Remarks before the NAC, 1 June 1961, JFKL, Trips and Conferences, Box 233, President's Trip to Europe, 5/61-6/61: General. Am 2. Juni besuchte Kennedy auch SHAPE.

<sup>1365</sup> Stikker, Bausteine, 442; OH Int. Stikker, JFKL, 3; OH Int. Finletter, 7 April 1965, JFKL, 12.

<sup>1366</sup> Finletter to DoS, Polto 1650, 5 June 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV); Finletter to DoS, Polto Circ. 7, 5 June 1961, ibid. Gleichzeitig informierte Kennedy Macmillan in London, während Kohler Adenauer in Bonn besuchte. Vgl. dazu Kennedy-Macmillan Meeting, Draft, 5 June 1961, JFKL, NSF, Box 233, President's Trip to Europe, 5/61-6/61. Vgl. auch Michael R. Beschloss, *The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev, 1960-63* (New York: Edward Burlingame, 1991), 194-225; Freedman, *Kennedy's Wars*, 55ff.; Taubman, *Khrushchev*, 494-500. Für parallele Konsultationen Chruschtschows mit dem Warschaupakt, vgl. Petr Lunák, "Khrushchev and the Berlin Crisis: Soviet Brinkmanship Seen from Inside," *Cold War History* 3, no. 2 (2003): 53-82.

Als Stikker Mitte Juni Washington besuchte, warf er Chruschtschow in einer öffentlichen Bemerkung vor, dieser „erhöhe absichtlich die Spannungen.“ Stikker machte aber deutlich, dass alle Nato-Regierungen in der Berlinfrage „fest“ bleiben würden. Während Stikker dafür plädierte, während der Berlinkrise keine Diskussion über die Nato-Strategie zu führen, fand Finletter, konkrete Programme würden die Allianz stärken. Kennedy empfahl Stikker, in den Diskussionen im Nato-Rat zu betonen, dass eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte keine Schwächung der nuklearen Abschreckung bedeute. Zudem handle es sich bei der von den USA geplanten Stärkung der konventionellen Streitkräfte keineswegs um eine „neue Nato-Politik“, sondern nur um die Umsetzung einer von der Nato bereits beschlossenen Politik. Als die Frage auf de Gaulles Haltung zur Nato zu sprechen kam, bestätigte Kennedy, dass die französische Haltung unverändert sei, dass aber de Gaulle ihm gegenüber in Paris versprochen habe, seine Reformansichten zur Nato wegen der Berlinkrise während des laufenden Jahres auf Eis zu legen. Kennedy glaubte, dass die anderen 14 Nato-Mitglieder später, wenn de Gaulle eine Reform anstreben würde, dessen Ideen einfach zurückweisen sollten.<sup>1367</sup>

Kennedy bat Stikker, sich während seiner Antrittsbesuche bei den europäischen Nato-Regierungen zu erkundigen, ob diese bereit seien, für Berlin einen Krieg zu riskieren. Stikker erklärte sich widerwillig bereit zu dieser Mission im Auftrag der neuen Kennedy-Regierung. Gegenüber Macmillan betonte er jedoch, dass er grundsätzlich nicht zwischen den verschiedenen Nato-Regierungen vermitteln wolle.<sup>1368</sup> Damit machte Stikker kurz nach seinem Amtsantritt bereits klar, dass er vom Amt des Nato-Generalsekretärs ein ganz anderes Verständnis hatte als sein Vorgänger Spaak, der politische Vermittlungsgespräche zwischen den Regierungen stets gesucht hatte.

Auch über andere Kanäle erfuhren die USA, wie die europäischen Partner über eine mögliche Konfrontation in Europa dachten. De Staercke erfuhr von Blankenhorn, dass die BRD „äusserst bestrebt“ sei, nicht für Westberlin kämpfen zu müssen. Couve de Murville vertraute zudem Stikker unverblümt an: „He could not care less about Berlin.“ Frankreich würde nicht für die Bevölkerung von Berlin oder „irgendeines anderen Teils von Preussen“ kämpfen. Der Westen sollte den Einsatz von Gewalt nicht in Betracht ziehen, wenn es nur darum ging, wer an der Grenze zwischen Ost- und Westberlin die Pässe kontrollieren würde.<sup>1369</sup>

Im Vorfeld von Stickers erstem Besuch in Washington als Nato-Generalsekretär wurde in amerikanischen Vorbereitungspapieren deutlich, dass die Kennedy-Administration es immer noch bedauerte, dass im April die Chance verpasst wurde, Acheson als Nato-Generalsekretär und als Kennedys Spezialbeauftragten in Europa zu ernennen. Immer noch spielte das Weisse Haus mit dem Gedanken, Acheson zumindest als Vorsitzenden des Ständigen Nato-Rats einsetzen zu können. Kennedys nationaler Sicherheitsberater McGeorge Bundy glaubte, Norstad und Finletter würden Acheson als ihren Boss eher akzeptieren als Stikker. Achesons Präsenz wäre für zwei bis drei Monate vorgesehen, um die neue Nato-Politik auch in Paris zu implementieren.<sup>1370</sup>

<sup>1367</sup> „NATO's Head Says Khrushchev Acts to Raise Tension“, NYT (17 June 1961), 1 (ÜdV). Kennedy-Stikker Meeting, Washington, 16 June 1961, Washington, NLNA, Stikker Papers, Box 58. Vgl. auch FRUS 1961-63 XIII: 322f. Stikker glaubte, dass eine Vertiefung der Berlinkrise ein Nato-Treffen auf Ebene der Staats- und Regierungschefs in der zweiten Jahreshälfte notwendig machen könnte. Stikker-Rusk-Acheson-Finletter et al. Meeting, 14 June 1961, *ibid.*, 316-321.

<sup>1368</sup> Stikker-Macmillan Meeting, London, 14 July 1961, NLNA, Stikker Papers, Box 58.

<sup>1369</sup> Finletter to Rusk, 24 June 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO General.

<sup>1370</sup> Bundy to Kennedy, 10 June 1961, „U.S. Role in the Organization of NATO“, JFKL, NSF, Box 220A, NATO General; Memorandum [by Bundy], 13 June 1961, „The President's Meeting with Ambassador

Zwar diskutierte der Ständige Nato-Rat in den Monaten Juni und Juli häufig die Themen „Nato-Strategie“ und „militärische Eventualplanungen für Berlin“; aber über die politischen Aspekte der Berlinkrise wurde die Nato von Washington, Paris und London noch nicht konsultiert.<sup>1371</sup> In einem „Eyes Only“-Telegramm berichtete Rusk an Finletter: „We are deeply disturbed by the restlessness on the part of Stikker and the NAC members about consultations on Berlin.“ Die USA wollten zunächst die weitgehende Überprüfung ihrer Berlin- und Deutschlandpolitik abschliessen, bevor sie die Diskussionen darüber innerhalb der Nato öffnen wollten. Rusk gab Finletter folgenden Hinweis: „If NATO members are impatient about delay, they should reflect upon the fact that the Berlin crisis involves the gravest possible issues and that the problem requires serious and intensive study.“<sup>1372</sup> Finletter vertröstete den Nato-Rat deshalb an der Sitzung vom 15. Juli auf eine Diskussion der westlichen Verhandlungssubstanz in der Berlinfrage auf seine Rückkehr nach einer kurzen Reise nach Washington.<sup>1373</sup> Stikker machte sich in dieser Zeit Gedanken über die Aufgaben und die physische Lokalität des Ständigen Nato-Rats in einem durch die Berlinkrise ausgelösten Krieg in Zentraleuropa. Die bestehenden Arrangements, welche eine Inkorporation des Nato-Rats in die französische Regierung vorsahen, fand er vor dem Hintergrund der Probleme zwischen de Gaulle und der Nato als „unlogisch“ und „unbefriedigend“. Er glaubte, de Gaulles Haltung gegenüber der Nato würde die Arbeit des Nato-Rats und des Sekretariats während eines Krieges „komplett paralysieren“.<sup>1374</sup>

Ende Juni teilte Stikker der US-Regierung die Erkenntnisse seiner Antrittsreisen mit und negierte die von Kennedy gestellte Fragen, ob die europäischen Nato-Partner zu einem Krieg um Berlin bereit waren. Stikker warnte die USA vielmehr, dass die europäischen Alliierten sich vor einem Krieg fürchteten.<sup>1375</sup> Stikker glaubte, die Europäer stimmten mit der harten Berlinpolitik von Acheson und Kennedy nicht überein, sondern würden Verhandlungen mit Moskau bevorzugen.<sup>1376</sup>

Interessanterweise drängte Stikker nicht nach Konsultationen der USA mit der Nato über die politischen Aspekte der Berlinkrise. Mitte Juli bekannte Stikker gegenüber Macmillan, es wäre „ein Fehler, vor den Wahlen in der BRD vom September 1961 substantielle Berlinediskussionen zu führen“, weil Bonn bis dann eine rigide Position einnehmen würde.<sup>1377</sup> Stikker empfahl deshalb, die Berlinediskussionen in der Nato „bis auf

---

Finletter“, *ibid.* Vgl. dazu auch das vorbereitende Memorandum von Bundys Mitarbeiter Henry Owen: Owen to Bundy, 9 June 1961, *ibid.*

<sup>1371</sup> Nato-Strategie und militärische Eventualplanung für Berlin wurden diskutiert an den Ratssitzungen des 6., 7., 14., 20., 23., 29. und 30. Juni sowie des 5. Juli 1961. Vgl. dazu die entsprechenden Telegramme Finletters in: USNA, RG 59, CDF, 740.5. Dabei verlangten v.a. Italien, Kanada und die Türkei von den Grossmächten mehr Informationen zu den militärischen Eventualplanungen. Zu den militärischen Planungen der drei Westmächte in der Berlinkrise vgl. Sean M. Maloney, „Notfallplanung für Berlin: Vorläufer der Flexible Response 1958-63“, *Militärgeschichte* 7, no. 1 (1997): 3-15; Gregory W. Pedlow, „Three Hats for Berlin: General Lauris Norstad and the Second Berlin Crisis, 1958-62“, in *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, ed. John P.S. Gearson and Kori Schake (Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002), 175-198.

<sup>1372</sup> Rusk to Finletter, Topol 38, 9 July 1961, in: *The Berlin Crisis, 1958-62* (NSA/Berlin), ed. National Security Archive (Alexandria: Chadwyck-Healey, 1992), no. 2150.

<sup>1373</sup> Memorandum for the Record [by Fessenden], 15 July 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1374</sup> Stikker-Adenauer Meeting, Bonn, 27 June 1961, NLNA, Stikker Papers, Box 56 (ÜdV); Stikker-Macmillan Meeting, London, 14 July 1961, *ibid.*, Box 58. Zu den erwähnten „bestehenden Arrangements“ zu den Tätigkeiten und der Lokalität des Ständigen Nato-Rats sind dem Verfasser keine Archivdokumente oder Hinweise in der Literatur bekannt.

<sup>1375</sup> Finletter to Rusk, 24 June 1961, JFKL, NSF, Box 220a, NATO General.

<sup>1376</sup> Stikker-Home Meeting, London, 13 July 1961, PRO, FO 371/161283.

<sup>1377</sup> Stikker-Macmillan Meeting, London, 14 July 1961, NLNA, Stikker Papers, Box 58.

weiteres hinauszuschieben“.<sup>1378</sup> Stickers Haltung unterschied sich in dieser Frage deutlich von Spaaks unermüdlichen Forderungen nach Nato-Konsultationen über wichtige politische Fragen. Stikker schien viel mehr bereit, die Vormachtstellung der westlichen Drei in der Berlin- und Deutschlandfrage zu akzeptieren und die Nato erst zu einem späteren Zeitpunkt zu involvieren.

Nach wochenlangen internen Debatten über die militärischen und politischen Implikationen der Berlinkrise zeichnete sich in Washington Mitte Juli eine amerikanische Gegenstrategie ab. Kennedy akzeptierte die meisten von Achesons Empfehlungen einer harten westlichen Gangart,<sup>1379</sup> ergänzte sie aber mit einem Verhandlungsangebot an Moskau, wie es insbesondere McGeorge Bundy und andere Berater im Weissen Haus geraten hatten.<sup>1380</sup> Ohne einen allfälligen Input aus den bevorstehenden Konsultationen Rusks mit den Aussenministern Grossbritanniens, Frankreichs und der BRD sowie mit der Nato Anfang August in Paris abzuwarten, präsentierte Kennedy die neue amerikanische Berlinpolitik in einer wichtigen öffentlichen Rede am 25. Juli. Sie bestand aus einer Doppelstrategie: Einerseits der festen Verpflichtung der USA zur Verteidigung vitaler westlicher Interessen in (West)Berlin, andererseits der Bereitschaft zu Berlin- und Deutschlandverhandlungen mit Moskau – oder mit Kennedys Worten: „We seek peace, but we shall not surrender.“<sup>1381</sup>

Die Debatten innerhalb der Nato über die politischen Aspekte des Berlinproblems begannen am 2. August mit einem Bericht der in Washington auf Botschafterstufe tagenden Viermächte-Arbeitsgruppe über Deutschland und Berlin. Der französische Nato-Botschafter Pierre de Leusse legte grossen Wert darauf, auf den Umstand hinzuweisen, dass die Nato bisher nur die westliche Interpretation sowjetischer Motive und Absichten gutgeheissen hatte – dass sie sich aber noch nicht über eine westliche Verhandlungsstrategie schlüssig sei. Stikker dankte den vier Westmächten im Namen der Nato für die hilfreichen Informationen und betonte, dass Kontakte zwischen den Vier und der Nato essentiell seien.<sup>1382</sup> Drei Tage später forderten Italien, die Türkei, Kanada, Holland und Belgien hinsichtlich der bevorstehenden Pariser Tagung der westlichen vier Aussenminister bereits im Vorfeld weitere Konsultationen zur westlichen Position, um den Eindruck zu vermeiden, dass die vier Mächte alle Entscheidungen treffen und den Nato-Rat erst später darüber informieren würden. Stikker hoffte, die westlichen Drei beziehungsweise Vier würden den Nato-Rat demnächst auch über die militärische Eventualplanung, die bisher ausserhalb des Nato-Forums erfolgt sei, informieren. Stik-

<sup>1378</sup> Stikker-Home Meeting, London, 14 July 1961, ibid. (ÜdV).

<sup>1379</sup> FRUS 1961-63 XIV: 138-159.

<sup>1380</sup> Die Berlindebatten innerhalb der Kennedyadministration von Ende Juni und Juli sind im Detail analysiert in Christian Nünlist, *Kennedys rechte Hand: McGeorge Bundys Einfluss als Nationaler Sicherheitsberater auf die amerikanische Aussenpolitik 1961-63* (Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, 1999), 94-100. Bundy verhalf Kennedy dazu, eine Alternative zu Achesons Sichtweise zu erkennen, wie sie beispielsweise in Memoranden von Senator Mike Mansfield, Senator William Fulbright oder von Mitarbeitern des Weissen Hauses wie Arthur M. Schlesinger, Jr., Theodore Sorensen, Henry Kissinger und Marcus Raskin formuliert waren, die alle eine amerikanische Bereitschaft zu Verhandlungen mit Moskau forderten. Vgl. dazu auch Adrian Schertz, *Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons: Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung* (Köln, Wiemar, Wien: Böhlau, 1992), ch. 4.

<sup>1381</sup> PPP 1961: 533-540. Am 20. Juli hatte Kennedy Adenauer, de Gaulle und Macmillan über den Inhalt seiner Rede informiert. Kennedy to Adenauer, Macmillan, and de Gaulle, 20 July 1961, NSA/Berlin, nos. 2198, 2199, 2200. Vgl. auch Kevin W. Dean, „We Seek Peace – But We Shall Not Surrender: JFK’s Use of Juxtaposition for Rhetorical Success in the Berlin Crisis“, *Presidential Studies Quarterly* 21, no 3 (1991): 531-544.

<sup>1382</sup> Finletter to DoS, Polto 138, 2 August 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

ker forderte Dean Rusk, der den Nato-Rat nach der Pariser Aussenministertagung der westlichen Vier orientieren würde, konkret auf, die Nato nicht bloss über getroffene Entscheide zu informieren, sondern die Mitgliedstaaten über die Vierer-Diskussionen aufzuklären, damit alle Nato-Staaten einen Input für die westliche Verhandlungsposition geben konnten.<sup>1383</sup>

An einer ausserordentlichen Sitzung des Nato-Rats berichtete der italienische Nato-Botschafter am 7. August über Premier Amintore Fanfanis Gespräche mit Chruschtschow von Anfang August und drängte seine westlichen Kollegen, Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen.<sup>1384</sup> Ende Juli hatte sich Chruschtschow zudem mit dem Amerikaner John McCloy getroffen und ihn nach Kenntnis von Kennedys Rede vom 25. Juli, die er für eine „Kriegserklärung“ hielt, gewarnt, dass jeder Krieg sofort ein Atomkrieg bedeuten würde, den die USA und die UdSSR zwar vielleicht überleben würden, aber durch den „alle europäischen Alliierten [Washingtons] komplett ausgelöscht würden.“ McCloy hätte nach der Begegnung eigentlich den Nato-Rat darüber informieren wollen, doch Rusk lehnte McCloys entsprechenden Vorschlag mit den Worten ab, er selbst werde dies selbst tun.<sup>1385</sup>

Als das Treffen der westlichen drei beziehungsweise vier Aussenminister über die Berlinfrage in Paris von Anfang August bekannt wurde, intervenierte André de Staercke als Amtsaltester der Nato-Botschafter bei Finletter und bat darum, dass Rusk, Home und Couve de Murville sich mit dem Ständigen Nato-Rat zu Konsultationen treffen sollten.<sup>1386</sup> Am 8. August trug Rusk vor dem Ständigen Nato-Rat in Paris einen 60-minütigen Bericht über die neue amerikanische Berlinpolitik vor. Er prophezeihte den Nato-Botschaftern, dass „Verhandlungen mit Moskau über Berlin und Deutschland stattfinden werden und stattfinden müssen.“<sup>1387</sup> Zwei Tage später sprach Rusk mit Adenauer über das Nato-Treffen und gestand, dass er von der Einheit des Nato-Rats überrascht worden sei. Er habe mit unterschiedlichen Sichtweisen gerechnet. Die Nato-Botschafter hätten jedoch alle die Einheit und die Ernsthaftigkeit der Lage betont. Rusk empfand dies als „ermutigend“ und als gutes Zeichen für die Nato selbst. Adenauer versicherte dem amerikanischen Aussenminister sogleich, dass auch er Verhandlungen befürworte und dass der vorgeschlagene Zeitpunkt – nach den deutschen Wahlen vom September – ihm richtig erscheine.<sup>1388</sup> Im Juli hatte Frankreich Dreier-Besprechungen über die westliche Berlinpolitik Konsultationen in der Nato vorgezogen, doch Rusk hatte klar gemacht, dass er „keine Reise nach Europa machen könne, ohne dem Nato-

<sup>1383</sup> Finletter to DoS, Polto 143, 5 August 1961, USNA, RG 84, USRO, Box 67, Berlin.

<sup>1384</sup> Finletter to DoS, Polto 148, 10 August 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5. Vgl. auch Salinger to Kennedy, 8 August 1961, JFKL, POF, Box 125, USSR Security; Fanfani-Rusk Meeting, Paris, 9 August 1961, USNA. Siehe Leopoldo Nuti and Bruna Bagnato, „Italy and the Berlin Crisis, 1958-61“, in *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake (Houndmills, Basingstoke: Palgrave-Macmillan, 2002), 147-174, 162-167.

<sup>1385</sup> McCloy to Kennedy, 29 July 1961, JFKL, POF, Box 125, USSR Security (ÜdV). Vgl. auch McCloy to Rusk, 29 July 1961, and Rusk to McCloy, 29 July 1961, *ibid.*

<sup>1386</sup> Finletter (Paris) to DoS, 18 July 1961, Polto 79, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1387</sup> Rusk (Paris) to DoS, Secto 50, 9 August 1961, *ibid.*, 762.00 (ÜdV). „Berlin Plans Win ‚Broad‘ Approval of NATO Council“, NYT (9 August 1961). 1. Rusk informierte den Nato-Rat im Anschluss an seine Treffen mit Home, Couve de Murville und Brentano vom 5./6. August 1961 in Paris. Die Gesprächsprotokolle dieser Dreier- und Vierergespräche befinden sich in FRUS 1961-63 XIV, 269-309. Vgl. dazu auch Steininger, Mauerbau, 254-257. Couve de Murville wehrte sich vehement gegen Verhandlungen und verhinderte so unter den Vieren einen Konsens. Siehe auch Achilles to Bowles, 8 August 1961, „Third Status Report on Paris Foreign Minister’s Meeting“, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA/8-861.

<sup>1388</sup> Rusk-Adenauer Meeting, Bonn, 10 August 1961, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV).

Rat Bericht zu erstatten.“ Auch Grossbritannien anerkannte das Interesse der Nato in der Berlinfrage und bestätigte Rusk's Haltung, dass ein Bericht im Nato-Rat „normal und unerlässlich“ sei.<sup>1389</sup>

## 2. Nach dem Mauerbau: Verhandlungen mit Moskau?

Nach der Abriegelung der Ost-West-Grenze in Berlin am Sonntag, 13. August 1961<sup>1390</sup> erhöhte sich der Druck auf Verhandlungen mit Moskau über Deutschland und Berlin. Am 21. August forderte Kennedy Rusk auf, „eine stärkere Führung in den Berlinverhandlungen zu übernehmen“ und gegenüber Moskau eine Einladung zu Gesprächen auszusprechen. Rusk sollte London, Paris und Bonn von der Unvermeidbarkeit dieses Vorgehens überzeugen: „This is what we mean to do and that they must come along or stay behind.“<sup>1391</sup>

Im August widmete der Ständige Nato-Rat der Situation in Berlin zehn Sitzungen. Auf Verlangen der norwegischen und amerikanischen Vertreter berief der Rat am 14. August eine ausserordentliche Sitzung ein, um die Konsequenzen der „unilateralen und illegalen Aktion“ der DDR zu diskutieren, wie das Nato-Kommuniqué später die Grenzsperrung bezeichnete.<sup>1392</sup> Mitte August drückte Stikker in zahlreichen Gesprächen mit der amerikanischen Nato-Botschaft „beträchtliche Sorge“ über die Zukunft der Nato aus, wenn ihr nicht mehr Substanz verliehen werden könne und wenn nicht bedeutungsvollere Konsultation stattfinden könne. Stikker änderte nun seine Meinung von Mitte Juli, wonach bis zu den Wahlen in der BRD im September keine Berlinediskussionen in der Nato stattfinden sollten. Nach dem Mauerbau befürchtete Stikker, dass aus Sicht der „anderen Elf“ der Nato-Rat zum „Abstempeln“ der Vorschläge der Vier verkommen

<sup>1389</sup> Rusk-Caccia-Hood Meeting, Washington, 13 July 1961, *ibid.*, 396.1 (ÜdV). Der Doyen des Nato-Rats, de Staercke, wies ebenfalls auf die Wichtigkeit eines Briefings gegenüber der Nato hin. Vgl. Finletter to DoS, Polto 79, 18 July 1961.

<sup>1390</sup> Zu den sowjetisch-ostdeutschen Konsultationen im Vorfeld des Mauerbaus, vgl. Gerhard Wettig, „Die sowjetische Politik während der Berlinkrise 1958 bis 1962: Der Stand der Forschung“, *Deutschland Archiv* 30, no. 3 (1997): 383-398; Matthias Uhl und Armin Wagner (Hgg.), *Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer: Eine Dokumentation* (München: Oldenbourg, 2003); Hope M. Harrison, *Driving the Soviets Up the Wall: Soviet-East German Relations, 1953-61* (Princeton: Princeton University Press, 2003). Siehe auch: Bonwetsch, Bernd und Alexej Filitow. „Chruschtschow und der Mauerbau: Die Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.-5. August 1961“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000): 155-198.

<sup>1391</sup> Kennedy to Rusk, 21 August 1961, FRUS 1961-63 XIV: no. 122 (ÜdV). Für die Entwicklung der amerikanischen Verhandlungsstrategie nach dem Mauerbau vgl. Nünlist, *Kennedy's rechte Hand*, 100-112. Bundy empfahl Kennedy bereits am 14. August 1961 „innerhalb der nächsten Woche oder zehn Tage eine klare Verhandlungsinitiative zu starten.“ FRUS 1961-63 XIV: 330f. (ÜdV). Carl Kaysen hingegen glaubte, dass nach dem 13. August Verhandlungen mit Moskau schwieriger würden, da der Westen unter Druck geraten sei. Kaysen empfahl, die Alarmbereitschaft des *Strategic Air Command* (SAC) zu erhöhen, um gegenüber Moskau und der Nato Kampfbereitschaft zu signalisieren. Kaysen to Bundy, 14 August 1961, JFKL, NSF, Box 320, Staff Memoranda: Kaysen (declassified on 30 September 1999). Vgl. auch Bundy to Kennedy, 28 August 1961, „Issues on Berlin Negotiations“, JFKL, POF, Box 117, Countries Germany; Bundy to Kennedy, 28 August 1961, „Issues to be Settled with General Clay“, NSA/Berlin, no. 2415. Vgl. auch Steininger, *Mauerbau*, 280-294.

<sup>1392</sup> „Berlin Discussed by NATO Council“, NYT (15 August 1961): 8 (ÜdV). Sowohl Stikker als auch Finletter waren nicht in Paris – Stikker machte Ferien, während Finletter sich bis am 27. August zwecks Konsultationen in Washington aufhielt. Zur Besorgnis der norwegischen Regierung, die auf den Mauerbau vor allem mit politischen statt mit militärischen Mitteln reagieren wollte, vgl. Lillevik, „Moments of Crisis“, 100-107.

könnte, und forderte nun Diskussionen im Nato-Rat über mögliche Berlin- und Deutschlandverhandlungen mit Chruschtschow.<sup>1393</sup>

Auf Stickers pessimistische Stimmung reagierend, bat Washington die Verbündeten um eigene Ideen: „Consultation must be a two-way street and the allies should participate in the planning.“ Rusk betonte erneut Kennedys „doppelten Charakter“ des amerikanischen Ansatzes, um das Berlinproblem zu lösen: „On the one hand we demonstrate our will and ability to defend our interests in the city at all costs; on the other hand we make manifest our desire to seek peaceful solutions through negotiations.“<sup>1394</sup>

Ende August notierte Finletter auf Geheiss Kennedys seine Eindrücke über die Haltung der Nato-Mitgliedstaaten bezüglich der Erwünschbarkeit und der Art der Berlinverhandlungen. Während die Allianz als ganze die amerikanische Führung in der Berlinkrise „enthusiastisch“ begrüßte, so Finletter, gab es auch einige „Haare in der Suppe.“ Die meisten Nato-Regierungen bedauerten, dass die militärischen Aufrüstungsschritte der USA nicht von einer stärkeren Betonung der politischen Aspekte des Problems begleitet wurden: „The unanimous opinion, except for France, is in favor of immediate steps looking forward to negotiations on the substance, to start no later than the day after the German elections.“ Finletter glaubte, dass auch Frankreich zu Verhandlungen mit Moskau bereit wäre, sobald die Sowjets von ihrer bedrohlichen Haltung abkehren und grössere Bereitschaft zu ernsthaften Gesprächen signalisieren würden.<sup>1395</sup>

Finletters Eindrücke erwiesen sich bald darauf als zutreffend. An einer Geheimsitzung des Nato-Rats herrschte am 1. September unter den Nato-Botschaftern Einstimmigkeit darüber, dass der Westen Verhandlungen anstreben sollte. Unklar war jedoch, wann die Nato mit einer entsprechenden Aussage an die Öffentlichkeit gelangen wollte, welches Forum für die Gespräche eingesetzt werden sollte, ob der Westen über Deutschland oder nur über Berlin sprechen wollte und, besonders wichtig, was genau die vitalen Interessen des Westens in Berlin waren.<sup>1396</sup> Die Berlin-Diskussionen wurden im Nato-Rat am 4. September fortgeführt. Einige Alliierte versuchten im Nato-Forum Washington zur Aufnahme von Gesprächen mit Moskau zu drängen. Als die USA vorschlugen, die militärische Stärke individueller Nato-Staaten im Nato-Rat evaluieren zu lassen, bezog sich Belgiens de Staercke auf den allianzinternen Konsens für Verhandlungen. Er machte klar, dass Belgien keinen militärischen Ausbau in Betracht ziehen würde, solange der Nato-Rat nicht zur wichtigeren Frage substanzieller Berlinverhandlungen überginge. Spaak glaube, der Westen „solle auf der Stelle mit Verhandlungen beginnen, da alle Nato-Staaten darin übereinstimmten, dass der Westen verhandeln solle.“ Spaak wünsche eine klare Nato-Politik, welche eine deutsche Wiedervereinigung unterstützen und die DDR auf keinen Fall anerkennen sollte. Während zudem auf gewissen Rechten wie Selbstbestimmung in Westberlin und dem Verbleib westlicher Truppen in Westberlin bestanden werden sollte, könnten westliche Konzessionen einen Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR beinhalten. Spaak gefiel auch die Idee, das UNO-Hauptquartier in einem symbolischen Akt von New York nach Westberlin zu verlegen.<sup>1397</sup>

<sup>1393</sup> Durbrow-Stikker Meeting, Paris, 19 August 1961, DDEL, Norstad Papers, Box 90, NATO General; Durbrow (Paris) to Kohler, 20 August 1961, NSA/Berlin, no. 2368 (ÜdV).

<sup>1394</sup> Rusk to Finletter, Topols 251 and 253, 29 and 31 August 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1395</sup> Finletter (Paris) to Kennedy, Polto 240, 30 August 1961, NSA/Berlin, no. 2423 (ÜdV).

<sup>1396</sup> Finletter (Paris) to DoS, Polto 258, 1 September 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1397</sup> Finletter (Paris) to DoS, Polto 268, 4 September 1961, *ibid.*, 740.5 (ÜdV).



Norwegen war ebenfalls besorgt darüber, dass die westlichen Vier noch keine feste Verhandlungsposition erarbeitet hatten. Oslo schlug ein System vor, wonach die Sowjetunion den Zugang nach Westberlin garantieren und der Westen im Gegenzug die Oder-Neisse-Linie als deutsche Ostgrenze akzeptieren würde. Der französische Nato-Botschafter de Leusse hingegen konnte in der Berlinkrise von 1961 im Vergleich zu 1959 keinen Unterschied ausmachen und warnte davor, Westberlin aufzugeben, weil sonst kleinere Nato-Staaten glauben würden, dass auch ihre Interessen von den grossen Staaten übergangen werden könnten. Finletter, der sich in der Sitzung noch gar nicht zu Wort gemeldet hatte, wurde von de Staercke aus der Reserve gelockt. Der Doyen des Nato-Rats fragte den Amerikaner direkt, „ob er in irgendeiner Form etwas zur Sitzung beitragen könne.“ Peinlicherweise blieb Finletter stumm und bat das State Department nach der Sitzung um neue Instruktionen. Stikker fasste die Nato-Diskussion mit den Worten zusammen, dass „alle darin übereinstimmten, dass Verhandlungen stattfinden sollten“, und dass die grundsätzlichen Interessen des Westens im Verbleib der alliierten Truppen in Berlin, in der Überlebensfähigkeit von Berlin und im westlichen Zugang nach Westberlin bestanden. Über den Zusammenhang zwischen dem Berlin- und Deutschlandproblem und über die Frage, ob ein neuer Status für Berlin verhandelbar sei, bestehe aber noch Bedarf nach weiteren Diskussionen in der Nato, schloss der Generalsekretär.<sup>1398</sup>

Als Stikker Mitte September 1961 die USA und Kanada besuchte, unterhielt er sich mit Rusk über die westliche Verhandlungsposition bezüglich Deutschland und Berlin. Stikker berichtete, dass die Debatten des Nato-Rats unter seiner Führung einen Konsens erwirkt hätten, was die westliche Position umfassen sollte. So seien sich die Nato-Staaten einig, dass das fundamentale Ziel des Westens die Wiedervereinigung Deutschlands bleiben solle, aber dass es unklug wäre, zu hart auf diesem Ziel zu beharren. Zu den politischen Konsultationen nach dem Mauerbau hielt Stikker nicht ohne Stolz fest: „The Alliance was beginning to function in this area.“ Rusk und Stikker waren sich einig, dass vor den Wahlen in der BRD keine westliche Position entschieden werden konnte. Die Gefahr eines Lecks an die Presse wäre in der momentanten Situation zu gefährlich für die Adenauer-Regierung. Rusk hoffte, dass der Nato-Rat seinen Beitrag an die Suche nach einer westlichen Verhandlungsposition leisten würde. Für Rusk gab es keine grossen Differenzen zwischen den Diskussionen in der Nato und der amerikanischen Sichtweise.<sup>1399</sup>

Stikker war während seines Aufenthalts in Washington von der hektischen Krisenatmosphäre innerhalb der Kennedy-Regierung beeindruckt, die in seinen Augen so stark mit der ruhigen Haltung im Nato-Hauptquartier in Paris kontrastierte. Der amerikanische Verteidigungsminister Robert S. McNamara sei offenbar schwer besorgt, „dass jederzeit ein Krieg ausbrechen könnte“, berichtete Stikker ein paar Tage später in Ottawa. Im Gespräch mit dem kanadischen Aussenminister Howard Green bestätigte Stikker, dass die westliche Uneinigkeit in politischen Fragen dazu führe, dass sich die westlichen Diskussionen im Moment vor allem auf militärische Fragen beschränken würden. Resigniert bekannte Stikker: „The French were a stumbling block to negotiations.“ Dahingegen war Stikker überzeugt, dass Washington ernsthaft mit Moskau in Verhandlung-

<sup>1398</sup> Ibid. (ÜdV).

<sup>1399</sup> Stikker-Green Meeting, Ottawa, 11 September 1961, NLNA, Stikker Papers, Box 55. Vgl. auch Rusk to Finletter, 14 September 1961, Topol 344, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Hillenbrand to Kohler, 14 September 1961, „Keeping NATO Happy“, ibid. Finletter hoffte, der Nato-Rat würde nicht nur über die Aussenminister-Diskussionen der westlichen Drei informiert, sondern aktiv konsultiert.

gen eintreten wollte – und dies trotz der französischen Ablehnung wohl auch bald tun würde.<sup>1400</sup>

Am 15. September informierte Rusk Kennedy nach Konsultationen mit den Außenministern Grossbritanniens und Frankreichs, dass die Probleme in Bezug auf die Berlinverhandlungen nicht von Spannungen zwischen den Supermächten, sondern von innerwestlichen Querelen herrührten. Frankreich, welches Verhandlungen mit Moskau immer noch kategorisch ablehnte, und die Adenauer-Regierung, welche die Wahlen im September nicht aufs Spiel setzen wollte, verhinderten eine gemeinsame Front, obschon die anderen dreizehn Nato-Staaten alle enge Verhandlungen mit Moskau über Berlin befürworteten.<sup>1401</sup>

Während die Aussicht auf amerikanisch-sowjetische explorative Gespräche alle anderen Initiativen überschattete, war eine Vermittlungsmission Spaaks in Moskau aus allianzinterner Perspektive besonders interessant. Spaak informierte die Nato im Voraus, dass er während seines Treffens mit Chruschtschow sowjetische Intentionen in Berlin herauszufinden versuchen würde. Während Finletter Spaaks Initiative befürwortete, meldeten die meisten anderen Nato-Botschafter Bedenken oder – im deutschen Fall – deutliche Opposition gegen Spaaks Mission an. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion erstattete Spaak dem Nato-Rat ausführlich Bericht über seine Gespräche mit Chruschtschow. Der sowjetische Führer hatte ihm verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie Ost und West von ihren in der Vergangenheit fixierten Positionen abrücken und sowohl in der Deutschland- als auch in der Berlinfrage zu einem Kompromiss finden könnten. Spaak war der Ansicht, dass er mit wichtigen Neuigkeiten aus Moskau zurückkehrt sei, und hielt die Atmosphäre günstig für ernsthafte Verhandlungen. Die meisten Nato-Botschafter glaubten jedoch, Spaak müsse Chruschtschow falsch verstanden haben – eine Haltung, die den früheren Generalsekretär der Nato beleidigte und enttäuschte. Kaum war Spaak nach Brüssel zurückgekehrt, übermittelte er der belgischen Botschaft in Moskau eine Kopie seines Berichts an den Nato-Rat und bat darum, dass Chruschtschow dessen Inhalt verifizieren möge. 48 Stunden später antwortete Chruschtschow positiv auf diese äusserst unübliche diplomatische Handlung und versicherte Spaak nochmals Moskaus hehre Absichten, internationale Spannungen zu mindern und den Frieden zu erhalten und zu stärken. An der nächsten Sitzung des Ständigen Nato-Rats betonte jedoch nur Spaaks Freund Jens M. Boyesen, der norwegische Vertreter, die positiven und neuen Aspekte von Spaaks Bericht, während insbesondere der britische, französische und deutsche Vertreter es deutlich ablehnten, zu Chruschtschows Vorschlägen westliche Gegenpositionen auszuarbeiten.<sup>1402</sup>

Erste Sondierungsgespräche zwischen Rusk und dem sowjetischen Aussenminister Andrei Gromyko erwiesen sich im September aber ebenfalls als „seriös und vielverspre-

<sup>1400</sup> Stikker-Green Meeting, Ottawa, 11 September 1961, NLNA, Stikker Papers, Box 55 (ÜdV). Zur „Kriegsstimmung“ in Washington siehe vor allem Stikker-Kohler Meeting, Washington, 8 September 1961, *ibid.*, Box 58.

<sup>1401</sup> Rusk to Kennedy, 15 September 1961, JFKL, NSF, Box 220A, NATO General. See also Rusk to Kennedy, 7 September 1961, *ibid.*: „We are not yet in a position to come to grips with our Allies in developing basic negotiating positions.“ Die klare Haltung Frankreichs gegen Verhandlungen wurde Ende November der Presse zugespielt. Siehe René Dabernat, „NATO Seeks a Policy and a Leader“, *Combat* (25 November 1961). Die Nato wurde in der Presse als sich in einer Krise befindend charakterisiert und als unfähig dargestellt, zwischen Härte und Flexibilität zu wählen. Vgl. auch Finletter to DoS, Polto A-669, 28 November 1961, JFKL, NSF, Box 220, NATO General.

<sup>1402</sup> Spaak, *Memoiren*, 514-520. Spaaks Erklärung vor dem Nato-Rat ist im Volltext abgedruckt. Vgl. auch Fessenden-Durbrow Meeting, 22 September 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5; AmEmbassy Brussels to DoS, 23 September 1961, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

chend.<sup>1403</sup> Nachdem die USA ihre überwältigende strategische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion am 21. Oktober 1961 öffentlich gemacht hatte, schien Washington der Zeitpunkt für Deutschland- und Berlin-Verhandlungen aus einer ‚Position der Stärke‘ günstig zu sein.<sup>1404</sup> Trotz dieser Rückversicherung des Nato-Hegemonen auch gegenüber den anderen Nato-Staaten existierten innerhalb der Nato weiterhin zwei Bruchlinien, welche eine gemeinsame Position gegenüber Moskau verhinderten.

Einerseits glaubten die sogenannten ‚anderen Elf‘, das heisst, alle Nato-Staaten ausser denjenigen mit spezieller Verantwortung für Deutschland, dass sie durch Washington, London, Paris und Bonn nicht genügend informiert und konsultiert wurden – obschon aus ihrer Sicht das Berlin- und Deutschlandproblem alle Nato-Staaten betrafen. In den Nato-Debatten vom Sommer und Herbst 1961 erinnerten vor allem Italien, Belgien und Kanada die Vier verschiedentlich daran, den Nato-Rat rechtzeitig zu konsultieren. NSC-Stabsmitarbeiter Robert Komer warnte am 20. September vor einer Vernachlässigung der Konsultationspflicht innerhalb der Nato: „We apparently run into a real hornet’s nest in NATO over the feeling of small countries that the Big Three are not dealing them in.“<sup>1405</sup> Zusammen mit Dänemark, Holland und Norwegen kritisierten Italien, Belgien und Kanada zudem auch Washingtons Verhalten während der sogenannten „Panzerkrise“ am Checkpoint Charlie Ende Oktober 1961. Sie betonten, dass die amerikanische Politik unvernünftig sei und zu einer gefährlichen Eskalation der Berlinkrise führen könnte.<sup>1406</sup> Kanada und Norwegen weigerten sich auch, in Reaktion auf Chruschtschows Ultimatum in Berlin das geplante westliche Wirtschaftsembargo gegen den sowjetischen Block mitzutragen. Aufgrund der kanadischen und norwegischen Einstellung konnte die Nato in dieser Frage nicht als einheitlicher Block agieren.<sup>1407</sup> Die norwegische Regierung erwog Ende Oktober, aufgrund der unnötigen und gefährlichen Eskalation am Checkpoint Charlie sich von der Berlinpolitik der Nato zurückzuziehen. Boyesen wurde instruiert, dass Lange persönlich den Ständigen Nato-Rat am 3. November über die norwegische Entscheidung informieren würde.<sup>1408</sup> Langes Besuch beim Nato-Rat wurde schliesslich jedoch am 30. Oktober 1961 wieder abgesagt, nachdem die sowjetische Regierung mit einer aggressiven Note damit drohte, Artikel II des finnisch-

<sup>1403</sup> Bundy to Kennedy, 6 October 1961, „Possible Points for Gromyko Meeting“, JFKL, NSF, Box 405, Bundy Correspondence (ÜdV). Rusk hatte die gemeinsamen Interessen Washingtons und Moskaus bereits früher erkannt. Rusk to Kennedy, 20 September 1961, JFKL, POF, Box 125, USSR Security. Während Bundy Rusk für seine „virtuose Darbietung“ in seinen Gesprächen mit Gromyko lobte, warnte er Kennedy vor einseitigen Konzessionen: „We are on a dangerous slope of appeasement, and I am certain that this will be the view of the Germans, the Frenchmen, and the Republicans.“ FRUS 1961-63 XIV: no. 165 (ÜdV). Vgl. auch *ibid.*, no. 170. Über die Entspannung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im September/Oktober 1961 siehe Robert Dallek, *An Unfinished Life: John F. Kennedy, 1917-63* (Boston: Little, Brown and Company, 2003), 432.

<sup>1404</sup> FRUS 1961-63, XIII: no. 98.

<sup>1405</sup> Komer to Bundy, 20 September 1961, JFKL, NSF, Box 439, Komer, NATO.

<sup>1406</sup> Finletter (Paris) to DoS, 26 October 1961, Polto Circular 36, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Finletter to DoS, Polto 563, 27 October, *ibid.*; Lyon (Paris) to DoS, 28 October 1961, Tel. 2307, USNA, *ibid.*; Finletter (Paris) to DoS, 1 November 1961, Polto 589, USNA, *ibid.*

<sup>1407</sup> Vgl. zu den Nato-Debatten über allfällige Wirtschaftssanktionen gegen den Ostblock z.B. Rusk (Paris) to DoS, Secto 50, 9 August 1961; Durbrow (Paris), 22 August 1961, Polto Circular 5; Finletter (Paris) to DoS, 18 October 1961, Polto Circular 23; Finletter (Paris) to DoS, 29 November 1961, Polto 419; Finletter (Paris) to DoS, Polto 810, 20 December 1961, alle in USNA, *ibid.* Zur norwegischen Weigerung, sich am Nato-Embargo gegen die UdSSR zu beteiligen und zur darauffolgenden offiziellen Protestnote der US-Regierung vom 4. Oktober 1961, siehe Lillevik, „Moments of Crisis“, 112-121. Norwegen hielt seine Position jedoch aufrecht und warnte davor, dass ein Embargo keinen Krieg verhüten, sondern vielmehr gerade ein fataler Schritt in Richtung Krieg sein könnte.

<sup>1408</sup> Lillevik, „Moments of Crisis“, 122f.

sowjetischen Freundschaftsvertrags von 1948 zu evozieren, wonach die unmittelbare Kriegsgefahr der Berlinkrise die bilaterale militärische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Helsinki erforderlich mache.<sup>1409</sup>

Andererseits verhinderte Frankreichs konsistente Ablehnung von Verhandlungen Fortschritte in Bezug auf die Ausarbeitung einer einheitlichen westlichen Verhandlungsposition. Als der Ständige Nato-Rat am 16. Oktober erneut die politischen Aspekte der Berlinkrise diskutierte, bedauerte Stikker es, dass in der Entwicklung der westlichen Verhandlungsposition auch nach den Wahlen in der BRD wenig Fortschritt gemacht worden sei. Obwohl Stikker die speziellen Verpflichtungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs in Bezug auf Berlin anerkannte, könnten Entwicklungen in Berlin die ganze Allianz involvieren. Deshalb fand Stikker es notwendig, dass alle Mitgliedstaaten an den Berlink Diskussionen teilnahmen und sich bemühten, eine einheitliche Meinung zu vertreten. De Staercke unterstützte Stikkers Sichtweise stark. Der Franzose Pierre de Leusse fand hingegen, die Gespräche mit Gromyko hätten gezeigt, dass noch keine wirkliche Basis für Verhandlungen mit der Sowjetunion bestanden. Der Preis, den die Sowjetunion für ein Berlinabkommen verlangte, sei schlicht zu hoch. De Staercke meinte hingegen, der Umstand, dass der Preis für eine Einigung mit Moskau hoch sei, bedeute nicht, dass der Westen diesen Preis nicht in Verhandlungen reduzieren könnte. Der belgische Nato-Botschafter erinnerte an Rusks Aussage im Nato-Rat vom 8. August, wonach der Westen an drei Fronten gegen die Bedrohung in Berlin vorgehen müsse und mit wirtschaftlichen Sanktionen, militärischen Vorbereitungen und politischen Lösungsvorschlägen reagieren müsse. De Staercke bedauerte, dass in der Zwischenzeit offenbar „eines der Pferde dieser Troika gestorben sei: das politische Pferd.“<sup>1410</sup>

In vier weiteren Sitzungen zu Berlinverhandlungen versuchte der Nato-Rat in der ersten Novemberhälfte einen Konsens zu erreichen, den auch Frankreich unterstützte. Die Sitzung vom 2. November war noch dominiert von dem Bericht Finletters über die Ereignisse rund um die „Panzerkrise“ an der Friedrichstrasse. Als de Staercke konkret die Frage aufwarf, ob die Sondiergespräche mit Moskau für spätere Verhandlungen durch die Vorfälle an der Friedrichstrasse unterbrochen worden seien, meinten Finletter und sein britischer Kollege Mason, solche Gespräche seien dadurch zumindest erschwert worden. Während Belgien, Dänemark, Norwegen, die Türkei, Luxembourg, Portugal, Island, Kanada und sogar die BRD dafür plädierten, engdefinierte Verhandlungen über die Berlinfrage „so rasch wie möglich“ zu beginnen, weil „die Zeit gegen den Westen laufe“ und man sich Vorfälle wie an der Friedrichstrasse nicht leisten könne, legte der französische Nato-Botschafter de Leusse sein Veto ein. Er fände es schwierig, wenn die USA ihre Sondierungsgespräche mit Chruschtschow weiterführen würden, während die Sowjetunion und die DDR die westlichen Alliierten an der Friedrichstrasse belästigten. Als de Staercke resümierte, dass offenbar alle dafür seien, enge Berlinverhandlungen zu führen, und nicht verstehen konnte, weshalb diese Verhandlungen nicht

<sup>1409</sup> Ibid., 123-151. Mit der „Finnlandnote“ versuchte Chruschtschow Norwegen und Dänemark davon abzuhalten, im Rahmen der Berlinkrise die militärischen Massnahmen der Nato mitzutragen. Die Krise eskalierte, nachdem die USA darin gescheitert waren, über bilaterale und Nato-Kanäle Druck auf Norwegen und Dänemark auszuüben, und nachdem Finnlands Präsident Urho Kekkonen sich bereit erklärt hatte, am 23. November 1961 zu Gesprächen mit Chruschtschow in die Sowjetunion zu reisen. Norwegens Aussenminister Lange war zu dieser Zeit ebenfalls zu einer lange geplanten, zweiwöchigen Reise in die Sowjetunion aufgebrochen. Ungeachtet des amerikanischen Misstrauens in die norwegische Regierung verteidigte Lange in seinen Gesprächen mit Mikojan, Gromyko und Chruschtschow das Nato-Bündnis und Norwegens Mitgliedschaft.

<sup>1410</sup> Finletter (Paris) to DoS, 17 October 1961, Polto 500, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

sofort beginnen sollten, fand auch Mason, der Zeitpunkt für Verhandlungen sei nach den Vorfällen in Berlin nicht ideal. De Leusse glaubte nicht daran, dass dem Westen die Zeit davonlaufe. Solange der Westen hart bliebe, bestehe keine Eile für Verhandlungen.<sup>1411</sup>

Vier Tage später kreiste die Diskussion der Nato-Botschafter erneut um den wackligen Konsens nach Verhandlungen mit Moskau um die Zugangsrechte zu Berlin und den Status von Berlin. Alle ausser Frankreich drängten nach einer möglichst raschen Wiederaufnahme des Kontakts mit Moskau und einem möglichst frühzeitigen Verhandlungsbeginn. Der Westen sollte sich in der Zwischenzeit über verhandelbare und nicht-verhandelbare Punkte für solche Verhandlungen einigen. In der Zwischenzeit rückten die BRD bereits wieder von ihrem scheinbaren Einverständnis zu raschen Verhandlungen ab. Von Walther betonte, Adenauer ziehe eine langsame und sorgfältige Vorbereitung auf Ost-West-Verhandlungen einem vorschnellen Verhandlungsbeginn vor. Finletter unterstützte diese Sichtweise insofern, als er ergänzte, die USA wünschten zwar Verhandlungen so schnell wie möglich, aber nicht bevor innerhalb des Westens Einigkeit darüber herrsche.<sup>1412</sup>

Am 9. November zeigte die Diskussion im Ständigen Nato-Rat, wie gross die Verwirrung innerhalb der Nato in Bezug auf Berlinverhandlungen immer noch war. Boyesen versuchte den Faden der vorherigen Sitzungen wiederaufzunehmen und argumentierte zugunsten von möglichst engen Berlinverhandlungen. Der holländische Botschafter Hendrik N. Boon argumentierte jedoch ähnlich wie von Walther drei Tage zuvor und fand, der Westen sollte sich für die Vorbereitungen von Verhandlungen mit Moskau ruhig Zeit nehmen – insbesondere als Chruschtschow zur Zeit die Frage eines separaten Friedensvertrags wieder etwas auf Eis gelegt zu haben schien. Finletter fand es spannend, im Rat über den Unterschied von „engen“ und „umfassenden“ Berlinverhandlungen zu diskutieren, damit ein Konsens herausgeschält werden konnte, was für die Allianz eine akzeptable Verhandlungsbasis war. Sollte der Westen zum Beispiel verlangen, dass die Mauer abgerissen und die Zirkulation zwischen Ost- und Westberlin wie vor dem 13. August wiederhergestellt würde? Mason intervenierte jedoch in die Diskussion und fand, der Nato-Rat sollte keine weiteren Schritte unternehmen, solange die westlichen Vier nicht die Chance gehabt hätten, auf die Vorschläge des Nato-Rats vom 6. November zu reagieren. Der kanadische Nato-Botschafter Léger wollte hingegen über die norwegische Variante enger Berlinverhandlungen weiterdiskutieren. Finletter verstand nicht, weshalb die USA plötzlich eine so negative Haltung eingenommen hatten, und beklagte sich in seinem Bericht nach Washington über die „ziemlich weit-schweifende“ Diskussion.<sup>1413</sup>

Am 14. November gab de Leusse das grüne Licht seiner Regierung zu engen Verhandlungen über Berlin, so dass der Nato-Rat schliesslich nach vielen Sitzungen endlich einstimmig enge westliche Berlinverhandlungen mit Moskau befürwortete.<sup>1414</sup> Ende November geriet offenbar die deutsche Haltung in Bewegung. Adenauer bestätigte während seines Besuchs in Washington, dass seine Regierung nun, nach den erfolgreichen Wahlen vom September, Verhandlungen unterstützen würde. Er sah Verhandlungsspielraum, obschon „die Russen Ostberlin eingenommen hatten“, und bestätigte: „Wir müssen verhandeln.“ Für den Kanzler stand fest: „The great trouble with the West was dis-

<sup>1411</sup> Finletter (Paris) to DoS, 4 November 1961, Polto Circular 41, USNA, *ibid.* (ÜdV).

<sup>1412</sup> Finletter (Paris) to DoS, 6 November 1961, Polto Circular 43, USNA, *ibid.*

<sup>1413</sup> Finletter (Paris) to DoS, 9 November 1961, Polto Circular 48, USNA, *ibid.* (ÜdV).

<sup>1414</sup> Finletter (Paris) to DoS, 14 November 1961, Polto Circular 49, USNA, *ibid.*

unity. [...] With unity and strong American leadership a successful negotiation was possible.“ Er versprach, mit de Gaulle über das heikle Thema von Ost-West-Verhandlungen zu sprechen und versicherte den Amerikanern, er würde versuchen, den französischen Präsidenten vom Wert von Verhandlungen mit Chruschtschow zu überzeugen.<sup>1415</sup>

Auch Macmillan wollte versuchen, de Gaulle zu einem Einlenken in der Frage von Verhandlungen mit Moskau zu bewegen. Der britische Außenminister Douglas Home fragte Stikker während eines Londonbesuchs des Generalsekretärs direkt, wie die französische Regierung in dieser Sache für die westliche Position gewonnen werden könne. Stikker empfahl für ein Gespräch mit de Gaulle die folgende Argumentation:

If no negotiations should take place, many countries, who have accepted the double-barreled approach, would probably react strongly if, against the wish of all other 14 members, France would veto negotiations. This would break the cohesion and solidarity in NATO and, therefore, the strength of NATO, in which General de Gaulle is so keenly interested, would disappear.<sup>1416</sup>

De Gaulle konnte jedoch nicht vom Wert von Gesprächen mit Chruschtschow überzeugt werden. Nach Konsultationen zwischen Macmillan und de Gaulle sowie zwischen Adenauer und de Gaulle hatten die westlichen Vier Ende 1961 höchstens einen wackligen Konsens in der Wünschbarkeit von engen Berlinverhandlungen erreicht. Trotz Adenauers und de Gaulles anderslautenden Versicherungen blieben die beiden höchst skeptisch gegenüber der angloamerikanischen Détente politik.<sup>1417</sup>

### 3. Zusammenbruch der Einheit: Der Atlantikrat im Dezember 1961

Im Vorfeld des Ministerrats der Nato in Paris vom Dezember 1961 dominierten in Nato-Kreisen das Misstrauen der ‚anderen Elf‘ und die Furcht vor einem französischen Veto. Das State Department rechnete mit folgenden Beschwerden: „Some of the smaller countries, notably Belgium, consider that the major Allies do not provide full and timely information prior to major policy decisions.“ Zudem würden vor allem Italien, Belgien und Kanada sich über den Mangel an Konsultationen durch die Vier beschweren.<sup>1418</sup> In Bezug auf die Substanz von Ost-West-Verhandlungen erwartete Washington, dass die Kanadier, Skandinavier, Belgier und Italiener „flexibler als andere Mitglieder“ sein würden.<sup>1419</sup> Als sich Stikker in Paris mit der angereisten amerikanischen Delegation traf – Rusk war abwesend, weil er gleichzeitig an einem schwierigen Vierertreffen auf Außenministerebene teilnehmen musste –, versicherte er Foy Kohler, dass eine Abstimmung im Atlantikrat über Berlinverhandlungen „14:1 zugunsten der amerikanisch-britisch-deutschen Position“ resultieren würde.<sup>1420</sup> Finletter hatte Ende November noch ge-

<sup>1415</sup> Acheson to Kennedy, 21 November 1961, JFKL, POF, Box 27, Acheson (ÜdV). Die Gesprächsprotokolle der Sitzungen zwischen Kennedy und Adenauer vom 20.-22.11.61 finden sich in FRUS 1961-63 XIV: 590-632; Schwarz, Adenauer, 704-707; Steininger, Mauerbau, 302ff.

<sup>1416</sup> Stikker-Home Meeting, London, 23 November 1961, NLNA, Stikker Papers, Box 58.

<sup>1417</sup> See Münger, Kennedy, 132-140. Analysen der sich verschlechternden deutsch-amerikanischen und französisch-amerikanischen Beziehungen unter Kennedy finden sich in Frank A. Mayer, *Adenauer and Kennedy: A Study in German-American Relations 1961-63* (London: Macmillan, 1996); Frank Costigliola, *France and the United States: The Cold War Alliance Since World War II* (New York: Twayne, 1992).

<sup>1418</sup> Position paper, [November 1961], „Political Consultation“, JFKL, Trips and Conferences, Box 244, Secretary of State's Trip, NATO Ministers Meeting, Paris, 12/61.

<sup>1419</sup> FRUS 1961-63 XIII: 335-339.

<sup>1420</sup> Stikker-Kohler et al. Meeting, Paris, 12 December 1961, USNA, RG 59, EUR/RPM, NATO Records, 1957-64, Box 6 (ÜdV). Italiens Ministerpräsident Segni bestätigte diese Einschätzung der Lage in der Nato. Vgl. Rusk-Segni Meeting, Paris, 12 December 1961, Secto 26, USNA, RG 59, CF, Box 269, CF

hofft, dass die vier Westmächte bis zum Atlantikrat ihre Differenzen bezüglich Berlin ausräumen und eine „solide Front“ einnehmen würden. Ihm bangte aber vor einem französischen Veto der geplanten Verhandlungen mit Moskau.<sup>1421</sup>

Auch nach einer persönlichen Intervention Kennedys, der de Gaulle am 12. Dezember anrief und ihn während eines dreissigminütigen transatlantischen Telefongesprächs dazu drängte, die Einheit in der Nato zu bewahren, lehnte Frankreich Verhandlungen mit Moskau prinzipiell strikte ab.<sup>1422</sup> De Gaulle hatte Chruschtschow bereits im Frühjahr 1960 in Paris belehrt, dass „einer Détente Verhandlungen vorhergehen müsse, da Verhandlungen unter sowjetischem Druck nur zu schlechten Bedingungen für den Westen führen würden, da westliche Konzessionen neue sowjetische Forderungen generieren würden.“ Dieses Argument hatte de Gaulle auch 1961 oft wiederholt. Der französische Präsident war überzeugt, dass Chruschtschow nur bluffte. Paris lehnte deshalb den Ansatz der übrigen vierzehn Nato-Staaten ab, die alle Verhandlungen mit der Sowjetunion wünschten.<sup>1423</sup>

Im Vorfeld des Ministerrats vom Dezember 1961 hatte das State Department verhindern wollen, dass die Frage von Berlin- und Deutschlandverhandlungen die Tagung dominieren würde. Die Berlinfrage sollte nicht das einzige Thema der Tagung sein: „The Berlin crisis is, after all, a Soviet initiative. The Alliance should not fall into the trap having nothing more to offer than a response to a Soviet-created crisis, important as that response may be.“ Foy Kohler wollte vermeiden, dass man die Nato als „krisenwütig“ (*crisis-happy*) bezeichnen konnte, deren Existenz von Krisen mit der Sowjetunion abhing. Stattdessen sollte am Dezembertreffen der Aussenminister der Nato bekannt gegeben werden, dass die Allianz 1962 wieder wie 1957 einen Nato-Gipfel auf Stufe der Staats- und Regierungschefs durchführen wollte. Inhalt des Nato-Gipfels sollte eine Zwischenbilanz der 15 Mitgliedstaaten sein, insbesondere vor dem Hintergrund der Fortschritte im Bereich der Europäischen Integration. Parallel dazu wollten die USA ihre Partnerschaft mit Europa verstärken.<sup>1424</sup> Aus der Idee eines Gipfeltreffens fünf Jahre nach 1957 wurde aber schliesslich nichts – und die Dezembertagung 1961 wurde trotz allem von der Berlinkrise geprägt.

Rusk begann die Diskussionen im Ministerrat in Paris über die internationale Situation am 13. Dezember 1961 mit einem Résumé über seine kürzlich erfolgten Berlingespräche mit den Sowjets. Für Rusk war die Nato Ende Jahr in den drei Bereichen militärische Stärke, wirtschaftliche Stärke und politische Konsultation weitaus stärker als

---

2002, December NATO Meeting, Paris: Secto. Über die Schwierigkeit Rusk, an den Viermächte-Sitzungen vom 11./12. Dezember 1961 mit Frankreich zu einer Einigung betreffend der Sondierungsgespräche mit der UdSSR zu geraten, vgl. auch Rusk to Kennedy and Ball, 12 December 1961, Secto 26, Eyes Only, *ibid.*

<sup>1421</sup> Finletter (Paris) to DoS, 25 November 1961, Polto 702, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA (ÜdV).

<sup>1422</sup> Memorandum for the Record [by Bundy], 12 December 1961, JFKL, NSF, Box 70, France: General. Tyler übernahm die Rolle des Dolmetschers und Ball und Bundy waren im Weissen Haus ebenfalls anwesend. Tyler hielt später fest, er habe „transponiert“ und nicht „übersetzt“ (ÜdA): „If Kennedy's remarks had been interpreted literally to de Gaulle, it would have caused trouble.“ zit. Costigliola, „Kennedy, de Gaulle, and the Challenge of Consultation“, 172. Über die amerikanische Enttäuschung über de Gaulles Veto gegenüber Verhandlungen siehe Rusk to AmEmbassy Bonn, 15 December 1961, Secto 43, USNA, RG 59, CF, Box 269, CF 2002, December NATO Meeting, Paris: Secto.

<sup>1423</sup> Gavin to Rusk, 6 September 1961, Tel. 1296, JFKL, NSF, Box 70, France General. Zu de Gaulles Détente-Konzept vgl. Stanley Hoffmann, „De Gaulle, Europe, and the Atlantic Alliance“, *International Organization* 18, no. 1 (1964): 1-28, 15-19; Maurice Vaïsse, „Détente, French-style“, paper presented at the international conference on „NATO, the Warsaw Pact and the Rise of Détente, 1965-72“, Dobbiaco, Italy, 26-28 September 2002.

<sup>1424</sup> Kohler to Rusk, 9 November 1961, „The December NATO Ministerial Meeting and Beyond“, USNA, RG 59, CDF, 396.1 (ÜdV).

noch Anfang 1961. Indirekt auf die schwierige Konsenssuche mit de Gaulle anspielend, forderte Rusk in dem „schwierigen und delikaten Berlinproblem“ den „höchsten Grad an Einheit“ innerhalb der Nato. Der neue westdeutsche Außenminister Gerhard Schröder signalisierte, dass die BRD inzwischen auf der Seite Washingtons und Londons stand – und die französische Opposition gegenüber Gesprächen mit Moskau nicht länger teile. Weil Schröder klar vor einer De-jure- oder De-facto-Anerkennung der DDR warnte, erklärte er sich im Namen der Bonner Regierung bereit dazu, mit der DDR auf technischer Ebene Kontakte aufzubauen, um die westlichen Zugangsprobleme pragmatisch zu lösen. Die Erklärungen der Außenminister Italiens, Dänemarks, Belgiens, Kanadas, Norwegens und Grossbritanniens demonstrierten, dass in der Tat in der Nato ein breiter Konsens bestand zugunsten von Berlinverhandlungen mit Moskau. Dänemarks Krag forderte vom Westen Aktivismus: „It was time to take the initiative and to rely more on political rather than military thinking without of course weakening defenses.“ Spaak glaubte ebenfalls, dass die Nato sich zwischen einer passiven oder aktiven Außenpolitik entscheiden müsse. Er konnte die Argumentation nicht verstehen, wonach der Westen unter dem Druck eines sowjetischen Ultimatums keine Verhandlungen führen sollte. Die Berlinkrise dauere inzwischen bereits drei Jahre, und die Zeit arbeite offensichtlich nicht für den Westen. Spaak glaubte, dass Chruschtschow durch die Errichtung der Berliner Mauer seine Ziele zu 75 Prozent erreicht habe. Für den kanadischen Außenminister Green gab es keine Alternative zu Verhandlungen mit Moskau, und auch Lange glaubte, die Verhärtung der sowjetischen Politik bedinge die Verhandlungen umso mehr. Grossbritannien hatte also in den Italienern, Belgiern, Kanadiern und Skandinavien Verbündete gefunden. Außenminister Home wusste sich deshalb mit der Mehrheit der Mitgliedstaaten, als er Verhandlungen mit Moskau für „klar wünschbar“ hielt. In der Bereitschaft zu Verhandlungen sah Home keine Schwäche.

Couvé de Murville wiederholte jedoch die bekannte französische Haltung, namentlich dass der Westen unter Druck und ohne eine einheitliche Verhandlungsbasis keine Ost-West-Verhandlungen suchen sollte. Immerhin bestätigte Couvé de Murville, dass Frankreich nichts gegen die amerikanischen Kontakte und Sondierungen mit der Sowjetunion einzuwenden habe. Der Franzose wehrte sich gegen Vorwürfe, das Berlinproblem sei primär ein allianzinternes Problem. Auch wenn innerhalb des Westens eine Einigung über die Berlinfrage zustande kommen würde, wäre es eine Illusion zu glauben, die Verhandlungen mit Moskau würden zu einem Verhandlungserfolg führen: „The important thing is not agreement among the allies but with the Soviet.“<sup>1425</sup>

Nach lebhaften Debatten fasste Generalsekretär Stikker den Stand der Diskussionen am 15. Dezember zusammen. Seiner Meinung nach war die Nato in der Frage von Verhandlungen mit der Sowjetunion offenbar in drei Lager gespalten. *Erstens* war Frankreich strikte gegen Verhandlungen. *Zweitens* unterstützten die USA Kontakte mit Moskau, auch wenn sie durchaus skeptisch über deren Erfolgsaussichten waren. *Drittens* wünschten die meisten anderen Nato-Staaten – insbesondere Belgien, Norwegen und Kanada – enge Verhandlungen über Berlin, während die BRD zwar Verhandlungen zustimmte, diese aber mit einem weiteren Mandat ausstatten wollte, dessen Fokus die deutsche Wiedervereinigung sein sollte. Schröder hatte auch empfohlen, in der Eröffnungsposition so viel wie möglich zu fordern, darunter auch die Beseitigung der

<sup>1425</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 13 December 1961, 10:15am, NA, C-R(61)64-E (ÜdV); Finletter (Paris) to DoS, 13 December 1961, Polto 787, JFKL, Trips and Conferences, Box 244, Secretary of State's Trip, NATO Ministers Meeting, Paris, 12/61; FRUS 1961-63 XIII: 339f.



Berliner Mauer und die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit zwischen Ost- und Westberlin. Stikker fasste auch die drei Argumente zusammen, weshalb die Mehrheit der Nato-Staaten die Verhandlungen so rasch wie möglich beginnen wollten: *Erstens* glaubten die meisten, dass die Zeit gegen den Westen arbeitete. *Zweitens* könnte Moskau den Westen jederzeit wieder mit einem *Fait accompli* wie der Berliner Mauer konfrontieren. *Drittens* würde die Öffentlichkeit einen militärischen Konflikt um Berlin nicht unterstützen, sofern nicht vorher alle möglichen Verhandlungsoptionen versucht worden wären.<sup>1426</sup>

Am Rande der Tagung war es zu einer ärgerlichen Sicherheitspanne gekommen. In der Nacht auf den 15. Dezember war in Stickers Wohnung eingebrochen und eine Mappe mit Dokumenten, darunter auch geheimen Nato-Dokumenten zu den Berlinverhandlungen entwendet worden. Die darin enthaltenen Informationen mussten deshalb als kompromittiert angesehen werden.<sup>1427</sup>

Wie Stikker nach der Tagung an Rusk schrieb, war er zwar grundsätzlich glücklich über die Tatsache, dass die anderen elf Nato-Länder die Berlinpolitik der Vier im Allgemeinen unterstützten. Allerdings war er ausserordentlich besorgt über die destruktive französische Haltung: „The Council came as near as in my memory it has ever come to a public breakdown over a major issue. [...] The Fabric of the Alliance will not stand many more scenes like that of last Friday.“ Die Differenzen mit den Franzosen über die Formulierung des Kommuniqués hatte für Stikker nichts mit der grundsätzlichen Frage zu tun, ob mit Moskau verhandelt werden sollte oder nicht. Frankreich stellte nur in Frage, ob der Zeitpunkt für Verhandlungen bereits reif sei und ob schon ein gemeinsames Fundament für solche Ost-West-Gespräche bestünde. Stikker beendete seinen Brief an Rusk mit den Worten, dass er pessimistisch sei, was die Zukunft der Allianz betreffe, solange der Dialog innerhalb der Nato nicht ohne einen offenen Bruch mit Frankreich geführt werden könnte.<sup>1428</sup>

Die Rolle der Nato in den Ost-West-Verhandlungen litt stark unter der krassen Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und den anderen 14 Nato-Mitgliedern. Wie Stikker im Januar 1962 gegenüber Adenauer bekannte, hatte der Atlantikrat im Dezember 1961 offenbart, dass „zu viele Mitglieder der Nato gewisse politische Prinzipien stärker gewichteten als die übergeordnete Idee der Allianz, welche ein Geben und Nehmen implizierte“.<sup>1429</sup>

#### 4. Eine Supermächte-Détente auf Kosten der Allianz? (1962)

Anfang 1962 entschied sich die Kennedy-Regierung für einen neuen Ansatz für ihre Ost-West-Politik und drängte stärker auf Berlin- und Deutschlandverhandlungen. Frustriert über französische und westdeutsche Obstruktionen war Washington nun geneigt, unilateral vorzugehen. In einem Entwurf für eine Rede Kennedys vor dem Nationalen Sicherheitsrat schrieb sein Sicherheitsberater McGeorge Bundy: „Our will is strong, and our will, not that of our allies, is what counts. [...] We are bound to pay the

<sup>1426</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 15 December 1961, 10:15am, NA, C-R(61)71-E; Finletter (Paris) to All Diplomatic Posts, 16 December 1961, Polto Circular 76, JFKL, Trips and Conferences, Box 244, Secretary of State's Trip, NATO Ministers Meeting, Paris, 12/61; Finletter (Paris) to DoS, 16 December 1961, Polto 797, *ibid.*

<sup>1427</sup> Finletter (Paris) to DoS, 15 December 1961, Polto Circular 54, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1428</sup> FRUS 1961-63 XIII: 340f. Vgl. auch Rusk to All Diplomatic Posts, 19 December 1961, *ibid.*, 352f.

<sup>1429</sup> Stikker-Adenauer Meeting, Bonn, 11 January 1962, NLNA, Stikker Papers, Box 56.

price of leadership. We may as well have some of its advantages."<sup>1430</sup> Kennedy erwog unter anderem, den Ständigen Nato-Rat nach Washington zu verlegen, damit er über mehr Einfluss verfügen würde.<sup>1431</sup> Kennedy selbst drückte den neuen amerikanischen Unilateralismus wenig später ebenso in einem Memorandum an Rusk und in einem Brief an Chruschtschow aus. Gegenüber Rusk beschwerte sich Kennedy, dass Washingtons Alliierte die USA davon abhielten, „mit den Russen offen zu sprechen.“ Rusk sollte deshalb die alliierten Einwände ignorieren und das Mandat des amerikanischen Botschafters in Moskau, Llewellyn Thompson, dahingehend erweitern, dass ein konstruktiver Dialog mit der Sowjetunion ermöglicht würde.<sup>1432</sup> In seinem Brief an Chruschtschow gab der amerikanische Präsident zu, dass es von der Détente politik des sowjetischen Führers abhängen würde, ob er ebenfalls auf einen Entspannungskurs einschwenken könnte: „Further pressures on the West in Berlin only increases the pressure within France and the Federal Republic of Germany [...] to adopt a more rigid attitude on any accommodation.“<sup>1433</sup>

Innerhalb der Kennedy-Administration gab es aber auch kritische Stimmen zum neuen Unilateralismus. David Klein aus Bundys NSC-Stab warnte vor der Gefahr, zwischen den beiden Supermächten ein Abkommen anzustreben, ohne die Alliierten darüber im Vorfeld zu konsultieren. Ein solcher 'Deal' zwischen Washington und Moskau würde die USA „auf Gedeih und Verderben“ den Sowjets ausliefern, glaubte Klein: „By leaking out the contents of such ‚private discussions‘, they could completely foul up our relations with our allies and bring about a real rather than a synthetic crisis of confidence.“<sup>1434</sup>

Als Nato-Generalsekretär Stikker im Februar 1962 nach Washington reiste, empfahlen amerikanische Vorbereitungspapiere, dass eine gewisse Entspannung in den Ost-West-Beziehungen „weitgehend illusorisch“ sei. Die Sowjetunion beharre nach wie vor auf einem Friedensvertrag mit Ostdeutschland, und die Thompson-Gromyko-Gespräche gaben keine Aussicht auf eine sowjetische Bereitschaft, mit dem Westen ein akzeptables Abkommen abzuschließen. Kennedy solle Stikker deshalb darauf hinweisen, wie wichtig der militärische Ausbau der Nato nach wie vor sei.<sup>1435</sup>

Im März und April 1962 versuchte die Kennedy-Administration, das Berlin-Problem mit einem neuen Modus-vivendi-Ansatz zu lösen. Falls die Sowjetunion den westlichen Zugang nach Berlin sicherstellen würde, würde Washington im Gegenzug einen nuklearwaffenfreien Status der BRD garantieren. Als Adenauer die neue amerikanische Verhandlungsposition Mitte April an die Presse weitergab, wurden die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Berlin und Deutschland wieder auf Eis gelegt.<sup>1436</sup> Der Ständi-

<sup>1430</sup> Bundy to Kennedy, „Outline for NSC Talk“, 17 January 1962, Declassified Documents (DD) 1991/3578. Vgl. auch Georg Schild, „The Berlin Crisis“, in *Kennedy: The New Frontier Revisited*, ed. Mark J. White (London: Macmillan, 1998), 91-131, 118ff. John P. Gearson, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958-62* (Basingstoke: Macmillan, 1997), 191.

<sup>1431</sup> Finletter (Paris) to DoS, 12 January 1962, Circular 1250, USNA, RG 59, CDF, 740.5/1-1262.

<sup>1432</sup> FRUS 1961-63 XIV: 759f. (ÜdV)

<sup>1433</sup> Ibid., 819-822, 821.

<sup>1434</sup> Ibid., 151-155, 155 (ÜdV).

<sup>1435</sup> Battle to Bundy, 5 February 1962, „Briefing Material for NATO Secretary-General Stikker's Appointment with the President“, JFKL, NSF, Box 220A, NATO General (ÜdV).

<sup>1436</sup> See Wenger, „Der lange Weg zur Stabilität“, 83-87; Trachtenberg, *Constructed Peace*, 344-451; Rainer A. Blasius, „In heikler Mission: Die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, 1955-68“, in *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945-68*, ed. Detlef Junker (Stuttgart: DVA, 2001), 248-259, 253f. Der Modus vivendi-Vorschlag vom 3. April 1962 findet sich in: FRUS 1961-63 XV, no. 30. Vgl. auch Klein to Bundy, 30 March 1962, „The New Modus Vivendi

ge Nato-Rat hatte die amerikanische Position am 30. März besprochen, wurde aber durch die Indiskretionen in der Presse verunsichert, weil die amerikanische Kompromissbereitschaft weiter zu gehen schien als im Nato-Rat besprochen.<sup>1437</sup>

Nach dieser sogenannten „Leck-Krise“ nutzte Dean Rusk den Atlantikrat in Athen im Mai 1962, um sich mit Schröder zu versöhnen und die deutsch-amerikanischen Spannungen abzubauen.<sup>1438</sup> Offenbar hatte Washington seine Lektion aus dem Détente-vorstoss gegenüber Moskau ohne Konsultation von Frankreich und Deutschland gelernt. In Athen warnte Rusk jedenfalls davor, trotz verbesserter Ost-West Beziehungen von einer „Détente-Atmosphäre“ getäuscht zu werden. In den Einschätzungen zu den Ost-West-Beziehungen unterstützten wie im Dezember 1961 alle Aussenminister mit Ausnahme von Couve de Murville die Berlin-Gespräche mit Moskau. Während Kanadas Aussenminister Green forderte, die momentane „Flaute“ im Kalten Krieg auszunutzen, um mit der Sowjetunion ein Berlin- und Abrüstungsabkommen abzuschliessen, wünschten die Mehrheit der Aussenminister mit einer gewissen Skepsis, in den Gesprächen mit Moskau Vorsicht walten zu lassen. Stikker fand in seinen zusammenfassenden Worten, es herrsche bezüglich der Ost-West-Verhandlungen grössere Übereinstimmung in der Nato als noch im Dezember 1961.<sup>1439</sup> Das Athener Treffen wurde jedoch von den militärischen Diskussionen der Verteidigungsminister, die für einmal auch an der Frühjahrstagung teilnahmen, und insbesondere der Erklärung von US-Verteidigungsminister Robert McNamara zur Nato-Strategie dominiert. Rusk glaubte nach Beendigung des Athener Treffens, es sei eine der erfolgreichsten Tagungen in der Geschichte der Nato gewesen.<sup>1440</sup>

Im Vorfeld des Athener Atlantikrats hatte das State Department festgehalten, dass für einmal keine Atmosphäre einer unmittelbar bevorstehenden Krise herrsche, welche sonst die Ministerratstreffen der Nato meist charakterisierten. Dennoch bestünden innerhalb der Allianz „unterschwellige Spannungen“, insbesondere die zunehmende Isolation Frankreichs in der Nato. Die französische Regierung isoliere sich nicht nur mit ihrer Haltung zur Nato, sondern auch mit ihren Positionen zu wichtigen Themen wie Berlin oder Abrüstung. Zudem würden sich die Skandinavien und Kanadier nach wie vor für eine flexiblere Haltung des Westens in der Abrüstungsfrage einsetzen, während die BRD und Frankreich ihre Sicherheitsinteressen betonten und hart bleiben wollten.<sup>1441</sup>

---

Paper“, JFKL, NSF, Box 321, Staff Memoranda: David Klein (declassified on 25 August 1998); Klein to Bundy, 3 April 1962, „Berlin Negotiations“, *ibid.* (declassified on 25 August 1998).

<sup>1437</sup> Memorandum for the Record, 16 April 1962, „US-Soviet Talks on Berlin“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1438</sup> Rusk (Athens) to DoS, 5 May 1962, Secto 32, USNA, RG 59, CDF, 396.1-AT. Rusk beschrieb in dem erst am 1.3.2001 deklassifizierten Telegramm die Atmosphäre des Viermächte-Treffens als viel angenehmer als noch während der entsprechenden Aussenministertreffen im August und September 1961 in Paris und Washington.

<sup>1439</sup> NATO Ministerial Meeting, 4 May 1962, NA, C-R(62)21-E (ÜdV); Rusk (Athens) to DoS, 5 May 1962, Secto 40, USNA, RG 59, CDF, 396.1-AT; Ruks (Athens) to DoS, 6 May 1962, Secto 56, *ibid.*

<sup>1440</sup> Rusk (Athens) to All Diplomatic Posts, 9 May 1962, Circ. Tel. 1920, *ibid.* Auch Spaak, der sonst die USA häufig für ihre mangelnde Konsultation mit der Nato kritisierte, äusserte sich rundum zufrieden über die Erklärungen von Rusk und McNamara und lobte die US-Führungsrolle in der Nato, für welche besonders die kleineren Nato-Staaten dankbar waren. AmEmbassy Brussels to DoS, 11 May 1962, Tel. 1250, *ibid.*

<sup>1441</sup> Scope and Objectives, 21 April 1962, JFKL, NSF, Box 246, Secretary of State's Trip, NATO Ministers Meeting Athens, 5/62 (2).

## 5. Kennedys „Grand Design“: Eine Alibiübung?

1962 gab es im State Department organisatorische Änderungen, welche die zunehmende Bedeutung der Nato in der amerikanischen Aussenpolitik widerspiegeln. Einerseits wurde der neue Posten eines *Deputy Assistant Secretary of State for Atlantic Affairs* geschaffen und mit J. Robert Schaetzel besetzt; andererseits wurde das 1949 geschaffene *Office of European Regional Affairs* durch zwei neue Büros ersetzt. Für die Nato war neu das *Office of Atlantic Political and Military Affairs* unter Russell Fessenden zuständig, während sich das *Office of Atlantic Political-Economic Affairs* um die OECD und die europäische Integration kümmerte.<sup>1442</sup>

Leon Fuller vom Planungsstab des State Department widmete sich Mitte März den „Spannungen in der Grossen Allianz“ (*Strains in the Grand Alliance*) und diagnostizierte, dass die Nato seit Kennedys Amtsantritt „unter schweren Tests“ erblüht sei. Hatte Kennedy in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 1961 noch davon gesprochen, dass sich die Allianzen der USA in Europa in einem „unerfüllten“ und „verwirrten“ Zustand befanden, so sei die Nato 1961 durch die Aktivitäten aller Mitglieder „wie ein Korallenriff“ gewachsen. Dennoch diagnostizierte Fuller im Frühjahr 1962 Bedenken und eine Malaise über den Zustand der Allianz. Zwischen den USA und Europa herrsche eine „Vertrauenskrise“. Für die USA bestanden die Gründe für diese Krise beispielsweise in der europäischen Integration und der Angst, dass ein starkes Europa der Sechszehn die USA gar nicht mehr brauchen könnten. Die Europäer wiederum zweifelten zunehmend daran, ob die USA der sowjetischen Nuklearmacht gewachsen sein würden und ob sie sich auf die amerikanische Abschreckung eines sowjetischen Angriffs gegen Westeuropa verlassen könnten. Fuller widmete sich dem Dilemma, wie die Kohärenz einer in Zeiten geteilter Furcht vor einem gemeinsamen Gegner auch in Friedenszeiten bewahrt werden konnte und forderte die Erweiterung der Nato in eine „Allianz Plus“:

NATO seems now intended, perhaps predestined, to be an ‚alliance plus‘, something more than just a mutual defense pact geared to an emergency; rather a community of states engaged in the joint enterprise of serving common or mutual interests in a protracted ‚twilight realm‘ of half-war, half-peace.<sup>1443</sup>

Der Planungsstab sowie das Nato-Büro besprachen Ende April 1962, wie die politische Kooperation in der Nato verbessert werden könnte. Nach dem Vorbild der Europäischen Kommission im europäischen Integrationsprozess sollte auch auf transatlantischer Ebene eine neue Institution geschaffen werden. Das State Department wollte den Vorsitz im Nato-Rat von dem Posten des Nato-Generalsekretärs trennen. Wie zu den Zeiten mit Spaak als Generalsekretär brauchte es in der Nato wieder ein „Gewissen der Allianz“. Den Vorsitz im Rat sollte deshalb ein international renommierter Staatsmann vom Format eines Dean Acheson innehaben, während der Generalsekretär zu einem hochrangigen Beamten abgewertet würde, dessen Aufgabe es vor allem sein würde, das Internationale Sekretariat zu leiten und die Vorarbeiten für Entscheide auf politischer Ebene zu erledigen. Der Vorsitzende sollte von permanenten vier bis fünf „NATO Wise Men“ unterstützt werden, einem sogenannten Atlantic Policy Committee, das dem Ministerrat halbjährliche oder jährliche Berichte über den Zustand der Allianz unterbreiten und darin die umfassenden Langzeitinteressen der Nato fokussieren sollte. Die vorgesehene Planungsgruppe der Nato aus Politikplanern der Nato-Mitgliedstaaten würde diesem Ausschuss als eine Art hochrangige Mitarbeiter dienen. Nach den Ideen des State

<sup>1442</sup> Circular Rusk, 12 April 1962, JFKL, NSF, Box 222, NATO General: Cables.

<sup>1443</sup> Draft by Fuller, 13 March 1962, „Strains in the Grand Alliance: A Diagnosis and Suggested Guidelines“, USNA, RG 59, PPS, Box 221, Europe 1962 (ÜdV).

Departments sollten die Aussenministertreffen der Nato künftig viermal pro Jahr stattfinden, wobei die zwei zusätzlichen Treffen ausschliesslich der aussenpolitischen Koordination innerhalb der Nato gewidmet sein sollten.<sup>1444</sup>

Die Ideen wurden schliesslich von Robert Bowie und Foy Kohler am 7. Juni 1962 in einem Memorandum an Rusk weitergeleitet. Vor dem Hintergrund eines erstarkten Europas empfahlen Bowie und Kohler, die politische Koordination unter den Nato-Staaten zu verbessern: „Having regained their self-confidence and sense of dynamic growth, the Europeans are becoming more assertive and more aggressively insistent on being consulted and treated as equals.“ Sie sahen das Problem bei den Konsultationen im Nato-Rat darin, dass die Botschafter von den schriftlichen Instruktionen ihrer Regierungen abhängig waren, und plädierten dafür, dass sich die Aussenminister und hochrangige Beamte der Aussenministerien informell in kleineren Gruppen treffen sollten. Vorzugsweise sollten diese Gruppen aus Vertretern der Mitgliedstaaten mit direkter Verantwortung bestehen, wenngleich sie theoretisch allen Mitgliedstaaten offenstehen sollten. Die Ideen von vier Ministerratstagungen und die Vorschläge von „NATO Senior Consultants“ sowie einem permanenten Vorsitzenden des Ministerrats wurden unverändert beibehalten.<sup>1445</sup> Weitere Ideen, die im Sommer 1962 in der Kennedy-Administration diskutiert wurden, waren Norstads Vorschlag, ein „Supreme Commanders' Committee“ in Paris solle das Militärkomitee und die Ständige Nato-Gruppe in Washington ersetzen, sowie die Vorschläge von Russell Fessenden vom 14. Mai 1962, wonach unter anderem auch der Umzug des Ständigen Nato-Rats von Paris nach Washington erwogen wurde.<sup>1446</sup>

Zwar hatten die Ost-West-Beziehungen in den ersten Monaten von 1962 im Vergleich mit 1961 deutlich an Virulenz verloren. Das Misstrauen von Washingtons Verbündeten, dass die USA einen Deal mit Moskau auf Kosten Europas eingehen würden, blieb jedoch weiterhin bestehen. Im Nato-Rat wurde Finletter von seinen Kollegen aus Belgien, Holland und Norwegen immer wieder um Neuigkeiten über die Situation in Berlin und die amerikanisch-sowjetischen Gespräche gebeten. Finletter bat deshalb das State Department Mitte Juni 1962 darum, ihm jeweils bis Montagabend regelmässig aktualisierte Zwischenberichte für die Nato-Ratssitzungen am Mittwoch nach Paris zu schicken.<sup>1447</sup>

Einen ausführlichen Zwischenbericht über die amerikanische Einschätzung der Ost-West-Beziehungen erhielt der Ständige Nato-Rat am 20. Juni, als Rusk während einer Europareise den Nato-Rat besuchte.<sup>1448</sup> Die Sitzung fand als „Tea Party“ statt, das heisst in einer sehr informellen Atmosphäre, ohne Agenda und ohne Dolmetscher.<sup>1449</sup> Rusk fo-

<sup>1444</sup> „Atlantic Political Cooperation“, n.d. [April 1962], USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Das zehnzeitige Papier wurde am 20. April 1962 von McGhee, Rostow, Kohler, Owen, Schaetzel, Fessenden und Cleveland im State Department besprochen.

<sup>1445</sup> Bowie and Kohler to Rusk, 7 June 1962, „NATO Political Consultation and Military Planning“, USNA, RG 59, PPS, Box 221, Europe 1962.

<sup>1446</sup> Fessenden to Kohler, 14 May 1962, „Reorganization of NATO Military Structure“, USNA, RG 59, EUR/APMA-NATO, Box 5, NATO Structure and Functions (Reorganization) 1962. Eine Zusammenfassung aller amerikanischer Reorganisationsideen findet sich in: Memorandum by Irwin M. Tobin (EUR/RPM), 28 September 1962, „Reorganization of NATO“, *ibid.* Vgl. auch Memorandum by Tobin, 28 September 1962, „European Attitudes toward NATO Reorganization“, *ibid.*; Draft Memorandum by Popper, 8 October 1962, „NATO Reorganization“, *ibid.*

<sup>1447</sup> Finletter (Paris) to DoS, 15 June 1962, Polto 1677, JFKL, NSF, Box 222A, NATO General: Cables.

<sup>1448</sup> Vgl. FRUS 1961-63 XIII: 411ff.

<sup>1449</sup> Finletter (Paris) to Rusk, 5 June 1962, JFKL, NSF 246, Secretary of State's Trip, European Trip 6/62 (1).

kussierte während der neunzigminütigen Diskussion mit den Nato-Botschaftern die Situation in Berlin und sein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in den USA, Anatoli Dobrynin, vom 18. Juni. Er betonte, dass die Sowjetunion in den Gesprächen mit den USA bezüglich Berlins ausschliesslich die Präsenz westlicher Truppen in Berlin diskutieren wollte und dass die Sondierungen sich nicht auf die Fragen einer Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen oder eines Nichtangriffspakts ausweiten sollten. Rusk betonte jedoch im Nato-Rat, dass im Moment keine Krise mit der Sowjetunion imminently sei und dass Moskau keinen kompletten Abbruch der diplomatischen Gespräche mit den USA wünsche. Als der kanadische Nato-Botschafter Jules Léger nachfragte, ob die amerikanisch-sowjetischen Gespräche wirklich nur über westliche Präsenz in Berlin geführt würden, bejahte Rusk dies ausdrücklich. Sobald Themen wie ein Teststoppabkommen oder ein Nichtangriffspakt angesprochen würden, würde dies „selbstverständlich“ ein Thema für Konsultationen in der Nato werden. In seinem Bericht ans Aussenministerium charakterisierte Rusk die Sitzung mit dem Nato-Rat als „exzellent“.<sup>1450</sup>

Nach dem erfolgreichen Auftritt Rusks vor dem Ständigen Nato-Rat ermutigten die USA auch Grossbritannien, mehr Initiative zu zeigen und wie sie selbst hochrangige Beamte den Nato-Rat besuchen zu lassen und so die politische Konsultation in der Allianz zu verstärken.<sup>1451</sup>

Am 4. Juli 1962 verkündete Präsident Kennedy in Philadelphia sein Konzept einer „Atlantischen Partnerschaft“.<sup>1452</sup> Der Nato-Rat behandelte Kennedys Philadelphia-Rede am 12. Juli. Stikker las eine vorbereitete Erklärung dazu vor. Darin betonte er, dass das von Kennedy vorgestellte Konzept einer Interdependenz zwischen den USA und Europa zwar „fundamental wichtig“, aber nicht neu sei. Er erinnerte daran, dass die transatlantische Interdependenz bereits das Motto des Nato-Gipfels im Dezember 1957 gewesen sei. Stikker begrüßte die in Aussicht gestellte Gleichberechtigung Europas innerhalb der atlantischen Allianz, wies aber die europäischen Mitgliedstaaten darauf hin, dass mit den zu erwartenden Rechten und Privilegien auch grössere Pflichten verbunden seien. Mehr Mitsprache beim Einsatz der Nuklearwaffen sei etwa mit der Pflicht zur Aufrechterhaltung von konventionellen Streitkräften verbunden, mahnte Stikker. Der Generalsekretär warnte zudem davor, dass auch gewisse Risiken von Kennedys Initiative beurteilt werden mussten: Die Nato müsse beispielsweise vorsichtig sein, dass Erfolge in der europäischen Integration nicht zu einem zerstörerischen ‚inneren Block‘ innerhalb der Nato führten.<sup>1453</sup>

Was die Ost-West-Beziehungen betraf, so waren die Sommermonate 1962 zwar deutlich weniger virulent als während der Berliner Mauerkrise von 1961. Allerdings rechneten viele Nato-Botschafter Mitte Juli nach Behinderungen in den Luftkorridoren nach Westberlin mit neuen sowjetischen Aktionen. Stikker und de Staercke warnten deshalb in der letzten Sitzung des Nato-Rats vor der Sommerpause, dass die Nato-Botschafter jederzeit mit einer kurzfristig anberaumten Krisensitzung rechnen mussten.<sup>1454</sup> Auch nach der Sommerpause glaubte de Staercke, dass die Sowjetunion schon bald einen Friedensvertrag mit der DDR abschliessen würde. Von den Nato-Staaten verlang-

<sup>1450</sup> Rusk (Paris) to DoS, 20 June 1962, Secto 10 and 11, *ibid.* (ÜdV).

<sup>1451</sup> Rusk (London) to DoS, 25 June 1962, Secto 77, *ibid.*

<sup>1452</sup> Vgl. dazu Karl Kaiser, „Die neue Abhängigkeit der atlantischen Staaten: Präsident Kennedys Grand Design: Vorgeschichte und Entwicklungsmöglichkeiten“, *Europa-Archiv* 23 (1962): 815-830.

<sup>1453</sup> Finletter (Paris) to DoS, 12 July 1962, Polto 66, JFKL, NSF, Box 222A, NATO General: Cables (ÜdV).

<sup>1454</sup> Finletter (Paris) to DoS, 18 July 1962, Polto 96, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

te er, die Eventualplanung für diesen Fall vorzubereiten. Der geschäftsführende Nato-Generalsekretär Guido Colonna stimmte mit dieser Einschätzung überein und rechnete ebenfalls mit einer Verschärfung der Berlinkrise.<sup>1455</sup>

Colonna erhielt wenige Tage später Recht, als Moskau den sowjetischen Kommandanten aus Ostberlin abzog und einen ostdeutschen Kommandanten ernannte. Der Ständige Nato-Rat besprach diese Eskalation der Berlinkrise am 24. August 1962. Die USA, Grossbritannien und Frankreich verlangten einen sowjetischen Repräsentanten als ihre Kontaktperson, denn die Ernennung eines Militäroffiziers der DDR zum Kommandanten in Ostberlin war laut dem britischen Nato-Botschafter Mason eine „ungeheuerliche Verleugnung“ des Viermächtestatus von Berlin. Grossbritannien rechnete damit, dass mit dieser Aktion der Auftakt für Behinderungen des westlichen Zugangs nach Berlin gegeben wäre. Frankreich forderte, angesichts neuer Provokationen ruhig zu bleiben, glaubte aber, die Sowjetunion werde noch vor Ende des Jahres einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschliessen. Die Nato-Botschafter waren von dem Affront der Sowjetunion gegenüber dem Viermächtestatus überrascht worden und wussten nicht recht, wie sie darauf reagieren sollten. Was sollten sie zum Beispiel tun, wenn Chruschtschow vorschlagen würde, die westlichen Truppen in Berlin durch UNO-Truppen zu ersetzen?<sup>1456</sup>

Auch wenn der Ständige Nato-Rat im August und September 1962 mehrmals den Handel von Nato-Ländern nach Kuba thematisierte und versuchte, einen Handelsboykott von Fidel Castros Kuba zu errichten, dominierte die wiederaufkeimende Berlinkrise die Diskussionen der Nato-Botschafter im Sommer 1962.<sup>1457</sup> Die Überraschung war deshalb gross, als die Nato am späten Abend des 22. Oktobers 1962 durch Kennedys Sonderbeauftragten Dean Acheson darüber orientiert wurde, dass Chruschtschow im Laufe des Jahres Nuklearraketen auf Kuba installiert hatte und die USA nicht bereit waren, diese Bedrohung in ihrer eigenen Hemisphäre zu akzeptieren.<sup>1458</sup> Die kubanische Raketenkrise vom Oktober 1962 ging kurz nach Achesons Mitternachtsbriefing durch Kennedys Fernsehrede und der Ankündigung einer „Quarantäne“ Kubas, das heisst einer Seeblockade, in ihre öffentliche Phase über.

## 6. Fazit

1961 drängten allianzinterne Probleme fast so sehr wie der Ost-West-Disput. Während Washington und Moskau die Katalysatoren der Berliner Mauer und der kubanischen Raketenkrise nutzten, um gemeinsame Ängste und gemeinsame Interessen zu erkennen, wuchsen die Differenzen innerhalb der Nato darüber, wie der Westen mit Moskau Gespräche und Verhandlungen führen sollte. Mit den Berlin- und Teststoppverhandlungen gelang es Washington 1961/62 und 1963 zwar, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern, aber nur auf Kosten einer Schwächung der Nato und eines grossen Vertrauensverlusts der Verbündeten in Washington.

Als durch die Eskalation der Berlinkrise im Sommer 1961 Achesons Theorie von verbesserter politischer Konsultation einem Praxistest unterzogen wurde, wurde schnell

<sup>1455</sup> Durbrow (Paris) to DoS, 17 August 1962, Polto 199, *ibid.*, 740.5. Zu Colonna vgl. „Guido Colonna“, RG 469, Records of US Foreign Assistance Agencies, 1948-61, USRO, Executive Secretariat, Subject Files, 1952-55, Personnel, Box 43, Applications and Biographies.

<sup>1456</sup> Durbrow (Paris) to DoS, 24 August 1962, Polto 216, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>1457</sup> Zu den Kubasitzungen des Nato-Rats siehe z.B. Finletter (USRO Paris) to DoS, 19 September 1962, Polto 316, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

<sup>1458</sup> OH Int. Acheson, JFKL, 29.

deutlich, dass die Bemühungen der Kennedy-Administration, de Gaulles Frankreich vom Werte verbesserter Konsultation in der Nato zu überzeugen, grösstenteils vergebens gewesen waren. De Gaulle strebte danach, Westeuropa ohne die USA zu organisieren und nahm deshalb in Bezug auf die Nato als politisches, multilaterales Forum eine negative Haltung ein. Adenauers Manövrierraum war hingegen viel kleiner. Innerhalb der Nato unterstützte die BRD 1961 Ost-West-Verhandlungen. Nachdem die DDR die Grenze zwischen Ost- und Westberlin abgeriegelt hatte, entwickelte sich innerhalb der Nato ein breiter Konsens pro Verhandlungen mit Moskau – mit Ausnahme von de Gaulles Frankreich. Kennedys Doppelstrategie von Militärvorbereitungen und Gesprächen wurde von dreizehn der vierzehn Verbündeten Washingtons unterstützt, aber de Gaulles Widerstand gegen Verhandlungen mit Chruschtschow unter Druck und ohne eine gemeinsame westliche Verhandlungsbasis verhinderten eine gemeinsame Front der Nato in den Berlinverhandlungen. In einem stürmischen Ministerratstreffen im Dezember 1961 führte das Beharren Frankreichs auf seinen Prinzipien beinahe zu einer grossen Krise innerhalb der Nato.

Das Jahr 1962 sah zunächst eine Verschlechterung politischer Konsultationen. Kennedy versuchte auf bilateralem Wege einer Einigung mit der Sowjetunion in der Berlin- und Deutschlandfrage näherzukommen. Als der Ansatz im April 1962 scheiterte, besann sich die Kennedy-Administration jedoch wieder auf die Wichtigkeit des Zusammenhalts der Nato zurück. Insbesondere mit seinem „Grand Design“ weckte Kennedy Hoffnungen auf eine wahre Partnerschaft zwischen den USA und Europa. Intern wurden auch konkrete Ideen zu einer Stärkung der Nato diskutiert. Aussenminister Dean Rusk besuchte den Nato-Rat im Juni 1962 und versicherte der Allianz Mitsprache in allfälligen Ost-West-Verhandlungen. Während die Nato sich im Sommer 1962 auf eine Verschärfung der Berlinkrise vorbereitete, traf sie die Kubakrise total unvorbereitet.



## XII. Die Nato und der „Détente-Sommer“ von 1963

Der erste Détenteerfolg konnte nicht in der Deutschland-, sondern in der Rüstungskontrollfrage erzielt werden, und zwar mit dem limitierten Teststoppvertrag (LTBT) vom 5. August 1963. Im September 1963 liess Chruschtschow Kennedy wissen, er glaube, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hätten sich dank dem LTBT stark verbessert. Die Détente von 1963, so Chruschtschow, könne zu einem wichtigen Wendepunkt und zum Ende des Kalten Krieges führen.

Es führte jedoch kein einfacher Weg zur „kleinen“ Détente von 1963 – und sie war nur von kurzer Dauer! Die Kennedyadministration betrachtete das Dilemma zwischen einer Supermächte-Détente und einer Allianzdiplomatie mit Ambivalenz. In seiner Inaugurationsrede hatte Kennedy versprochen: „Let us never negotiate out of fear. But never let us fear to negotiate.“<sup>1459</sup> Mit den Verhandlungen über einen nuklearen Teststopp im Sommer 1963 hielt Kennedy sein Versprechen. Kennedys Management sowohl der Berlinkrise als auch der Abrüstungsproblematik fand jedoch in einem delikaten innerwestlichen politischen Kontext statt. Die Aussicht auf eine Détente bedrohte die Kohäsion der Nato. Die Versuche Washingtons, zwischen den Supermächten eine Entspannung zu erreichen, wurden von der westlichen Allianz mit Misstrauen verfolgt.

Im *ersten Kapitel* wird gezeigt, welche Lektionen die Nato aus der Kubakrise vom Oktober 1962 zog. Am Atlantikrat vom Dezember 1962 herrschten unterschiedliche Interpretationen vor, was im neuen Jahr von der sowjetischen Aussenpolitik zu erwarten sei. Im *zweiten Kapitel* wird diskutiert, wie sich die „Nato-Krise“ vom Januar 1963, als de Gaulle sowohl zum britischen Beitritt zur EWG als auch zu einem Modell nuklearer Teilhabe im Nato-Rahmen sein Veto einlegte, auf die politische Zusammenarbeit im Bündnis auswirkte. Das *dritte Kapitel* widmet sich den Anstrengungen der Nato, Grossbritannien und die USA zu Konsultationen über die Teststoppverhandlungen mit Moskau zu verleiten, die im Juli 1963 – ohne vorgängige Konsultation mit der Nato – erfolgreich mit dem LTBT abgeschlossen werden konnten. Das *vierte Kapitel* untersucht die Diskussionen, die im Sommer und Herbst 1963 in der Nato über weitere Détenteschritte wie einen Nichtangriffspakt zwischen der Nato und dem Warschupakt sowie eine Inspektionszone in Zentraleuropa geführt wurden. Das *fünfte Kapitel* beschreibt, wie die Aussenminister der Nato am Atlantikrat im Dezember 1963 kurz nach der Ermordung von Kennedy Bilanz über den „Détente-Sommer“ von 1963 zogen. Der Nato war es 1963 gelungen, die bilaterale Supermächte-Détente zu multilateralisieren und den Nato-Rat als Forum zur Diskussion weiterer Détenteschritte zu etablieren. Insbesondere der Wandel in der westdeutschen Ostpolitik hin zu einer „Politik der Bewegung“ sollte im Nato-Rahmen unter den Mitgliedstaaten harmonisiert werden. Damit war der Weg geebnet für den Harmel-Bericht von 1967, mit dem die Multilateralisierung der westlichen Détentepolitik endgültig kodifiziert werden würde.

### 1. Hoffnungen auf eine Détente nach der Kubakrise

Die Kubakrise im Oktober 1962 markierte einen wichtigen Wendepunkt im Kalten Krieg. Auf dem Höhepunkt der Krise fanden Kennedy und Chruschtschow in geheimem und direkten Kontakt einen Ausweg aus der gefährlichen Konfrontation. Kennedy vernachlässigte die Interessen der Nato-Verbündeten – insbesondere der Türkei –, indem er

<sup>1459</sup> PPP Kennedy 1961: 1f.

insgeheim mit Chruschtschow übereinkam, im Gegenzug zu einem Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba die amerikanischen Nato-Jupiter-Raketen aus der Türkei abzu ziehen.<sup>1460</sup>

Die Ständigen Nato-Botschafter trafen sich während der Krisenphase vom 22. bis 27. Oktober 1962 auf Vorschlag von de Staercke zu informellen „Tea Parties“, wie sie sich 1961 während der Berliner Mauerkrise bewährt hatten. Der kanadische Nato-Botschafter George Ignatieff schlug am 24. Oktober während der ersten „Kubakrise“-Sitzung des Nato-Rats vor, die Nato-Botschafter sollten zur Krise keine Kommentare abgeben, da der Gravitationspunkt der Krise im westlichen Lager in Washington und bei der UNO in New York liege. De Staercke widersprach und fand, der Ständige Nato-Rat sollte die Kubakrise in allen Details diskutieren, weil die Nato „sehr stark“ involviert sei. Auch die Vertreter Frankreichs, der BRD, der Türkei und anderer Nato-Staaten schlugen vor, die Presse sollte wissen, dass der Nato-Rat die Entwicklungen in Kuba kontinuierlich diskutierte. Der griechische Nato-Botschafter Christian X. Palamas und der geschäftsführende Generalsekretär Colonna fanden, die Nato sollte mit den USA „komplette Solidarität“ bekunden und eine entsprechende Erklärung abgeben. Dagegen protestierte jedoch Boyesen, der eine solche Erklärung als „zu politisch“ einstufte und glaubte, dazu wären Rücksprachen mit den Nato-Regierungen nötig. Bereits am 24. Oktober machte der türkische Nato-Botschafter Muharrem Nuri Birgi seine Kollegen darauf aufmerksam, dass die Sowjetunion in der Krise die Analogie zu den Nato-Mittelstreckenraketen in der Türkei und Italien aufstellen könnte. Er forderte, rechtzeitig eine Strategie zu erarbeiten, um einer solchen Analogie begegnen zu können. Seinem italienischen Kollegen Alessandrini machten solche Szenarien jedoch keine Sorgen. Er berief sich darauf, dass die italienische Regierung es den Sowjets und der kommunistischen Partei in Italien immer klar gemacht hätten, dass die Raketen, von deren Präsenz die Weltöffentlichkeit wusste, zur Verteidigung der Nato dienten und keineswegs mit den offensiven sowjetischen Raketen auf Kuba vergleichbar seien. (Zwei Tage später würde Chruschtschow die Nato-Raketen in der Türkei und in Italien tatsächlich in einem Brief an Kennedy erwähnen und deren Abzug im Gegenzug zu einem Rücktransport der sowjetischen Raketen aus Kuba fordern.) De Staercke liess sich von der Krisenatmosphäre nicht blenden und warnte die USA bereits am 24. Oktober, dass Kennedy sich mit Chruschtschow während der Kubakrise nicht bilateral über globale Probleme einigen durfte, welche die Nato betrafen.<sup>1461</sup>

Nach dem glücklichen Ausgang der Krise dankte de Staercke Kennedy in einer ausserordentlichen Sitzung des Nato-Rats am 29. Oktober in seiner Funktion als primus inter pares für seine „Klarsicht, seine Festigkeit, seinen Mut und seine Zurückhaltung“. Er gratulierte Kennedy dazu, wie gut er eine höchst schwierige und ernste Situation gemeistert habe. De Staercke hoffte, der Nato-Rat könne so rasch wie möglich darüber diskutieren, welche nächsten Schritte der Westen nun in den Ost-West-Beziehungen unternehmen sollte. Er forderte die USA und Grossbritannien, aber auch die anderen Nato-Regierungen, deshalb dazu auf, in naher Zukunft detaillierte Analysen für Chruschtschows Verhalten während der Krisentage und ihre Einschätzungen über die künftige sowjetische Aussenpolitik vorzutragen.<sup>1462</sup>

<sup>1460</sup> Pierre Melandri, „D’une crise américano-soviétique aux malentendus transatlantiques“, in *l’Europe et la crise de Cuba*, ed. Maurice Vaisse (Paris: Armand Colin, 1993), 225-241.

<sup>1461</sup> Finletter (Paris) to DoS, 24 October 1962, Polto A-480, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV).

<sup>1462</sup> Finletter (Paris) to DoS, 29 October 1962, Polto 518, ibid. (ÜdV).

Im Nachgang zu den dramatischen ‘dreizehn Tagen’ der virulenten Krise waren Kennedy und Chruschtschow zunehmend bereit, wichtige Ost-West-Probleme zu diskutieren, insbesondere Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen.<sup>1463</sup> Enge Berater aus Kennedys Weissem Haus griffen nach den Möglichkeiten, die sich aus dem scheinbaren amerikanischen ‘Sieg’ in der Karibik ergaben und empfahlen Ost-West-Verhandlungen aus einer Position der Stärke. Robert Komer aus dem NSC-Stab verlangte von den USA, im westlichen Lager die Führung zu übernehmen: „We'll never be in a better position to bring our allies along with anything we want.“<sup>1464</sup> Die Idee eines nuklearen Teststopps, die in Genf seit 1958 erfolglos diskutiert wurde, wurde zunehmend von London und Washington gefördert als für Ost und West vorteilhafte Nichtweiterverbreitungsmassnahme, um die nuklearen Aspirationen von China und Deutschland einzudämmen.<sup>1465</sup>

Innerhalb der Nato-Kreise unterschieden sich die amerikanischen Lektionen, die aus der Beinahe-Katastrophe in Kuba gezogen und die im Nato-Rat präsentiert wurden, markant von den internen Analysen des Weissen Hauses. Dean Rusk hoffte, „das Momentum“ der Kubakrise auszunützen, um die politische Konsultation in der Nato durch eine Orientierung der Nato-Botschafter über die Kubakrise zu stärken.<sup>1466</sup> Rusk reagierte mit Besorgnis auf ein Telegramm von Finletter, wonach im Ständigen Nato-Rat an der Sitzung vom 29. Oktober „Euphorie“ über den Rückzug Chruschtschows aus Kuba ausgebrochen sei. Sowohl Rusk als auch Finletter kamen in ihren nächsten Telegrammen überein, dass die Nato ihre Verteidigungsanstrengungen im Nachgang zur Kubakrise „beschleunigen, und nicht lockern“ sollten, um „unvollendete Bereiche der Nato“ anzugreifen. Neue Positionen in der Abrüstung und in anderen Ost-West-Problemen sollten erst angestrebt werden, nachdem die Verteidigungskraft der Nato verbessert sein würde.<sup>1467</sup> Nato-Generalsekretär Dirk Stikker, der sich während der Kubakrise im Walter-Reed-Spital in Washington aufgehalten hatte, betonte gleichermassen die Wichtigkeit, aus der Kubakrise die richtigen Lektionen zu ziehen und der Nato daraus einen wichtigen Impetus zu verleihen.<sup>1468</sup>

Im Vorfeld der Ministerratstagung der Nato im Dezember in Paris siegte der Allianzfokus des State Departments über die innovativen Détentekonzeptionen des Weissen Hauses. Als William Tyler von der Europaabteilung des State Department den Ständigen Nato-Rat in Paris am 30. November besuchte, präsentierte er in seinem ersten Auftritt vor den Nato-Botschaftern die offizielle Linie von Foggy Bottom und nicht den Wunsch nach einer bilateralen Détente, wie er in Kennedys innerem Kreis genährt wurde. Tyler versicherte den westlichen Alliierten, dass Washington gegenwärtig keine Absicht habe, „vorschnell mit Détenteinitiativen vorzupreschen“. Zunächst hatte Tyler die amerikanische Analyse über Chruschtschows Motive zur Raketenstationierung vorge-

<sup>1463</sup> FRUS 1961-63 VI: 178-181 und 182.

<sup>1464</sup> Komer to Bundy, 29 October 1962, JFKL, NSF, Box 36, Staff Memoranda: Komer. See also FRUS 1961-63 V: 543ff. sowie 550-553.

<sup>1465</sup> See Bundy to Kennedy, 8 November 1962, FRUS 1961-63 VII: 598; Kennedy Talk to NSC, 22 January 1963, JFKL, NSF, Meeting and Memoranda (MM), Box 314, NSC Meeting #508.

<sup>1466</sup> Rusk to Finletter, 29 October 1962, Topol 586, USNA, RG 59, CDF, 740.5 (ÜdV). Ursprünglich hätte Paul Nitze den Nato-Rat am 1.11.1962 über die Kubakrise informieren sollen; schliesslich übernahm jedoch George Ball am 16.11.1962 diese Aufgabe. Vgl. Rusk to Finletter (Paris), 13 November 1962, Topol 649, *ibid.*, 740.5.

<sup>1467</sup> FRUS 1961-63 XIII: 449 (ÜdV); Finletter to Rusk, 5 November 1962, JFKL, NSF, Box 222A, NATO General: Cables.

<sup>1468</sup> Stikker-Tyler-Schaetzel Meeting, Walter Reed Hospital, Washington, 8 November 1962, „Various NATO Matters“, USNA, RG 59, CDF, 740.5.

tragen. Die Kennedy-Administration glaubte, Chruschtschow habe damit sowohl die sowjetische militärische Stärke vergrössern als auch seine politische Verhandlungsposition verbessern wollen. Er hatte sich offensichtlich in seiner Erwartung verkalkuliert, wie die USA auf die Entdeckung der Mittelstreckenraketen auf Kuba reagieren würden.

Was die Auswirkungen des Ausgangs der Kubakrise auf die Ost-West-Beziehungen betraf, so gingen die USA von drei Optionen aus: *Erstens* könnte die Sowjetunion mit aller Kraft militärisch aufrüsten, um das nach wie vor ungünstige strategische Verhältnis zu den USA zu korrigieren. *Zweitens* könnte die Sowjetunion nach aussen gegenüber dem Westen existierende Positionen vertreten, während intern eine intensive aussen- und sicherheitspolitische Evaluation durchgeführt würde. *Drittens* könnte Chruschtschow aber auch ernsthafte Entspannungsabkommen mit dem Westen anvisieren, um grundsätzliche nationale Sicherheitsinteressen abzusichern. Die USA wären nicht überrascht, wenn Chruschtschow die dritte Option, die Détente-Variante, wählen und dem Westen schon bald ein nukleares Teststoppabkommen, Massnahmen zur Prävention von Überraschungsangriffen oder ein Abkommen zwischen der Nato und dem Warschaupakt vorschlagen würde. Hingegen sprach sich Tyler im Namen der Kennedy-Regierung klar gegen die Kubakrise als Wendepunkt im Kalten Krieg aus: „Mr. Tyler noted the tendency of the press to describe the Cuba crisis as a watershed, or turning point in world relations so that we ‚would be going downhill’ and things would be better. However, he saw no justification for such a comforting assumption.“ Aber Tylers Fazit fiel doch nicht ganz negativ aus. Tyler glaubte, dass die Sowjetunion nach der Erfahrung der Kubakrise so rasch nicht mehr eine grössere Konfrontation um Berlin suchen würde. Im Gegenteil, kürzlich habe die Sowjetunion ein ernsthaftes Interesse signalisiert, bestehende Probleme durch Kompromisse und gegenseitige Konzessionen zu lösen.

Die Reaktionen der Nato-Botschafter zeigten, wie die Nato-Staaten über die Periode nach der Kubakrise dachten: Während Belgien und Kanada die Notwendigkeit umfassender Ost-West-Verhandlungen betonten, warnten Frankreich, Grossbritannien und die BRD vor einer Diskussion von westlichen Positionen, bevor nicht klar war, was die Sowjetunion als sinnvolle Konzessionen anbieten würde. Ausser Belgien und Kanada fanden alle anderen Nato-Staaten die momentane internationale Situation nicht opportun für neue westliche Initiativen gegenüber der Sowjetunion. Zahlreiche Nato-Botschafter und der geschäftsführende Nato-Generalsekretär Guido Colonna dankten aber Finletter nach der Sitzung für Tylers Bericht und hielten die Nato-Sitzung des 30. November für „eine der besten und fruchtbarsten Nato-Diskussionen, die sie je erlebt hatten.“<sup>1469</sup>

Zur selben Zeit beendeten die Sowjetexperten der Nato in Paris ihren halbjährlichen Bericht über „Trends und Implikationen sowjetischer Politik“ und versuchten, ihre voneinander abweichenden Einschätzungen über das sowjetische Verhalten seit der Kubakrise zu harmonisieren. Von Anfang an hatte die Mehrheit der Experten, darunter besonders der britische und französische Vertreter, versucht, vom Entwurf jegliche Erwähnung einer Möglichkeit eines sowjetischen Wunsches nach einer ‚echten Détente’ auszuschliessen. Der amerikanische Experte schlug den Satz vor, dass eine „geringe Möglichkeit“ eines sowjetischen Interesses an einer Détente bestünde, während der bel-

<sup>1469</sup> Rusk to Finletter, 17 November 1962, Topol 659, JFKL, NSF, RS, Box 222A, NATO General: Cables (ÜdV). Zu Tylers Überblick über die Ost-West-Beziehungen nach der Kubakrise vgl. Finletter (USRO Paris) to DoS, 30 November 1962, Polto 628, USNA, RG 59, CDF, 740.5; Finletter (USRO Paris) to DoS, 5 December 1962, Polto A-625, USNA, ibid. Zu Tylers Bericht siehe auch Tyler-van Roijen Meeting, Washington, 6 December 1962, „Mr. Tyler’s Trip to Europe“, USNA, ibid., 396.1.

gische und der norwegische Experte sich dafür einsetzten, dass „gewisse Hoffnung“ bestand, dass der Kreml nun eine echte Entspannung wünschte. Schliesslich stuften die Experten die Kubakrise als eine sowjetische Niederlage ein und hielten eine „aufrichtige und andauernde Détente“ mit dem Westen für „unwahrscheinlich“, da die Sowjetunion ihre Propaganda von friedlicher Koexistenz nur als Pause für parallel dazu stattfindende Aufrüstung einsetzten.<sup>1470</sup>

Unterschiedliche Interpretationen sowjetischer Absichten dominierten auch den Atlantikrat im Dezember in Paris. Rusk stellte unter den Nato-Regierungen „eine gewisse Meinungsverschiedenheit über die Erwünschbarkeit von weiteren Ost-West-Verhandlungen“ fest.<sup>1471</sup> Im Gespräch mit Colonna betonte Rusk, dass die Kennedy-Administration zur Zeit nicht an neue Détente-Initiativen dachte. Bevor der Westen auf Moskau zugehen sollte, müsste zunächst der Moment für Selbstreflexionen auf Seiten des Westens genutzt werden und mittels politischer Konsultationen eine grössere Allianzeinheit hergestellt werden:

There was a tremendous amount to do without getting involved with negotiations with the Soviet Union. If we believe now that we could do less than we were doing before, because of improvement in the East-West situation, we would be making the mistake of our life. We must not sit around like hypnotized rabbits waiting for the other side to act first.

Selbst in Bezug auf ein nukleares Teststopp-Abkommen blieb Rusk pessimistisch und bekannte: „There was not sign of any real détente opening up in this matter [...]“.<sup>1472</sup> Gegenüber dem italienischen Aussenminister Attilio Piccioni charakterisierte Rusk seine Haltung gegenüber der Sowjetunion als „Vertrauen ohne Illusionen“. Rusk glaubte aber, dass die Probleme Chruschtschows grösser waren als die Probleme des Westens.<sup>1473</sup>

Die Debatten der Aussenminister der Nato am Atlantikrat in Paris zeigten zwei unterschiedliche Einschätzungen der Ost-West-Beziehungen. Einerseits betonten zahlreiche Aussenminister in ihren Erklärungen, dass sie sich in absehbarer Zukunft keine Verhandlungen mit Moskau vorstellen konnten, nachdem Chruschtschow den Westen mit seiner heimlichen Installation von Nuklearraketen auf Kuba so vorsätzlich getäuscht hatte. Der britische Aussenminister Douglas Home entlarvte die sowjetische Politik friedlicher Koexistenz wie die Experten als reine Vertuschung eines sowjetischen Wett-rüstens, um die strategische Machtbalance gegenüber den USA wiederherzustellen. Andererseits fanden der italienische, belgische, kanadische, norwegische und dänische Aussenminister, der Westen müsse nun rasch aus einer Position der Stärke mit der Sowjetunion Verhandlungen anstreben. Italiens Piccioni hielt in diesem Zusammenhang die Kubakrise als einen „Wendepunkt in den Ost-West-Beziehungen“ und forderte die

<sup>1470</sup> Position paper on Regional Experts' Papers, 8 December 1962, JFKL, NSF, Trips and Conferences (TC), Box 248, Secretary of State's Trip, Paris, December 1962 (ÜdV). Vgl. auch die Schlussfassung des Berichts: „Trends and Implications of Soviet Policy: Report by the Expert Working Group“, 26 November 1962, NA, C-M(62)109-e.

<sup>1471</sup> FRUS 1961-63 XIII: 463 (ÜdV).

<sup>1472</sup> Rusk-Colonna et al. Meeting, Paris, 11 December 1962, USNA, RG 59, CDF, 396.1-PA.

<sup>1473</sup> Rusk-Piccioni Meeting, Paris, 12 December 1962, USNA, RG 59, CF, Box 305, CF 2198, NATO Ministerial Meeting, Paris, December 1962, MemCons (ÜdV). Zu Rusks Haltung vgl. Press Background, 14 December 1962, USNA, *ibid.*, VF 2197, NATO Ministerial Meeting, Paris, December 1962, Secto Series. Hier bezog sich Rusk auf die Hoffnungen in Washington aus der Korrespondenz zwischen Kennedy und Chruschtschow nach der Kubakrise, wonach die Lösung der Kubakrise auch andere Ost-West-Abkommen begünstigen sollte: „Well, attention hasn't turned to those other areas, yet.“

Nato auf, „eine gemeinsame Position für jedes ausstehende Problem zu entwickeln“, um einen *Modus vivendi* in Europa zu erlangen.<sup>1474</sup>

Die Kubakrise wurde später von Politologen und Historikern häufig als wichtiges Beispiel zitiert für amerikanischen Unilateralismus auf Kosten vitaler Interessen Europas ohne jegliche transatlantische Konsultation, wie sie im Nato-Vertrag vorgesehen wäre.<sup>1475</sup> Tatsächlich rechnete die Kennedy-Administration mit einer solchen Kritik der europäischen Nato-Partner am Dezember-Treffen und definierte deshalb verbesserte politische Konsultation als das wichtigste Ziel des Atlantikrats im Dezember. Der amerikanische Politikplaner Walt Rostow begleitete deshalb die amerikanische Delegation nach Paris mit dem Auftrag, die europäische Haltung zu politischer Konsultation herauszufinden. Überraschenderweise herrschte aber kein Zorn oder Ärger über mangelnde Konsultation vor. Im Gegenteil drückten alle Verbündeten Washingtons ihre tiefe Zufriedenheit mit Kennedys Umgang mit der Kubakrise aus und lobten die spezielle Mission von Dean Acheson, dem „Mr. Nato“.<sup>1476</sup> Achesons Mitternachts-Briefing am 22. Oktober über die kurz darauf von Kennedy öffentlich verkündete Entscheidung zur Blockade Kubas hatte die Nato-Botschafter schwer beeindruckt.

Die Europäer blieben auch nach der Kubakrise voller Verständnis für das unilaterale Vorgehen in der westlichen Hemisphäre. Der sonst in Fragen politischer Konsultation stark sensibilisierte Spaak hielt Ende November 1962 fest, dass sich niemand in der Nato über mangelnde Konsultationen Washingtons beklagt habe. Die Europäer klassierten Kuba als eindeutiges Beispiel für ein Gebiet, das ausserhalb des Nato-Vertragsgebietes lag, und hatten Verständnis für die direkte Verantwortung der USA.<sup>1477</sup> Ein Positionspapier des State Department ging sogar davon aus, dass Kennedys Bewältigung der Kubakrise „zweifelsohne“ den Respekt de Gaulles gewonnen habe. De Gaulle traue den USA nun zu, schnell und entschieden auf eine sowjetische Herausforderung zu reagieren. Das amerikanische Aussenministerium ging davon aus, dass die (scheinbar) feste Haltung Kennedys während der Kubakrise de Gaulle gezeigt habe, dass die USA gegenüber Moskau keine Konzessionen auf Kosten der Europäer eingehen würden. Die

<sup>1474</sup> NATO Ministerial Meeting, 13 December 1962, 10:15am, NA, C-R(62)58-e, 5-18; NATO Ministerial Meeting, 13 December 1963, 3:15pm, NA, C-R(62)59-e, 5-19; Finletter (Paris) to DoS, 14 December 1962, Poltos 691-692, USNA, RG 59, CF, Box 305, CF2199, NATO Ministerial Meeting, Paris, December 1962, Topol and Polto.

<sup>1475</sup> Cees Wiebes and Bert Zeeman, „I don't need your handkerchiefs: Holland's Experience of Crisis Consultations in NATO“, *International Affairs* 66, 1 (1990): 91-113; Frank Costigliola, „Kennedy, the European Allies and the Failure to Consult“, *Political Science Quarterly* 110, 1 (1995): 105-123.

<sup>1476</sup> OH Int. Rusk, JFKL, 172. Vgl. auch Manlio Brosio, „Consultation and the Atlantic Alliance“, *Survival* 16, no. 3 (1974): 115-121, 116: „The Cuban episode represented a brilliant example of timely sharing of information by the United States, thanks to the intuition of President Kennedy, who sent the authoritative and prestigious Dean Acheson to Paris for this purpose. The Atlantic Council was convened in a night-time session, and Acheson, briefing the allies in that rather dramatic atmosphere, was able to give the impression of listening to their opinions and to obtain declarations of solidarity of varying shades of conviction.“ Vgl. auch Joffe, *Limited Partnership*, 3.

<sup>1477</sup> Rusk-Spaak-MacArthur Meeting, 27 November 1962, „Consultation in NATO and the French Attitude“, USNA, RG 59, Records of the Policy Planning Council (PPC) 1962, Box 221, Europe, June-Dec. 1962. Noch im Mai 1963 lobte Stikker die Kennedy-Administration dafür, dass sie die Nato während der Kubakrise vollständig und regelmässig über die Entwicklungen informiert hatte. Annual Political Appraisal: Report by the Secretary General, 6 May 1963, NA, C-M(63)29. Die beste Quelle für Achesons Mitternachtsbriefing des Nato-Rats am 22. Oktober 1962 bleibt: OH Int. Acheson, JFKL, 29. Während der Kubakrise hatte Klein Bundy am 24. Oktober daran erinnert, dass in der Hektik der Krise die Konsultation der Nato nicht vergessen geraten solle. Klein to Bundy, 24 October 1962, JFKL, NSF, Box 321, Staff Memoranda: David Klein.

Kennedy-Regierung hoffte, de Gaulle werde aufgrund der Erfahrungen der Kubakrise künftig eine aktivere Rolle in den Ost-West-Diskussionen spielen.<sup>1478</sup>

Rostows Mission zeigte aber die unterschiedlichen Vorstellungen von politischer Konsultation, wie sie innerhalb der Nato vorherrschten. Nach amerikanischen Vorstellungen sollte die Harmonisierung der westlichen Positionen gegenüber der Sowjetunion hauptsächlich unter den 'Grossen Vier' an deren Botschaftertreffen in Washington stattfinden – wie während der Berlinkrise von 1961. Die kleineren Nato-Staaten hingegen waren höchst unzufrieden mit der Existenz einer solchen 'inneren Gruppe' innerhalb der Nato.<sup>1479</sup> Ungeachtet der Betonung der transatlantischen Solidarität und der politischen Konsultation im Ministerrat im Dezember 1962 öffneten sich im Januar 1963 tiefe Gräben innerhalb der Allianz.

## 2. Nach Nassau: Die Nato-Krise vom Januar 1963

Ende Januar 1963 führten Nicht-Konsultationen an manchen Fronten zu einer grösseren Nato-Krise und verschiedenste bilaterale Beziehungen innerhalb der westlichen Allianz befanden sich auf dem absoluten Tiefpunkt.<sup>1480</sup> Kennedys Nationaler Sicherheitsberater bezog sich wie folgt auf das Dilemma zwischen Détente und Allianz: "We are in a better position for serious negotiations with the Soviet Union than at any time since the second war. But these achievements have had their costs on the lesser plane of our relations with Bonn and Paris."<sup>1481</sup> Washington reagierte schockiert auf den unerwarteten

<sup>1478</sup> Position Paper, 6 December 1962, „France“, USNA, RG 59, CF, Box 333, CF 2205, NATO Ministerial Meeting, Paris, December 1962, Substantive Miscellaneous.

<sup>1479</sup> Position Paper, 8 December 1962, „Political Consultation in NATO“, USNA, RG 59, CF, Box 333, CF 2005, NATO Ministerial Meeting, Paris, December 1962, Substantive Miscellaneous. Zur Rostow-Mission vgl. Rostow to Tyler, 21 December 1962, „Report on Political Consultation within NATO“, 17pp., USNA, RG 59, EUR/APMA-NATO, Box 5, NAC 1962 (Political Consultation).

<sup>1480</sup> Vgl. dazu Pierre Melandri, „D’une crise américano-soviétique aux malentendus transatlantiques“, in *l’Europe et la crise de Cuba*, éd. Maurice Vaisse (Paris: Armand Colin, 1993), 225-241; Trachtenberg, *Constructed Peace*, 355-379. Einerseits verstimmte die ‚Skybolt-Affäre‘ die britisch-amerikanischen Beziehungen trotz der in Nassau wiederhergestellten ‚special (nuclear) relationship‘. Siehe Constantine A. Pagedas, *Anglo-American Strategic Relations and the French Problem, 1960-63: A Troubled Partnership* (London: Frank Cass, 2000); Constantine A. Pagedas, „When the Small Talk Drops: Some Aspects of America’s Policy of Nuclear Sharing, 1961-63“, in *Controversy and Compromise: Alliance Politics between Great Britain, Federal Republic of Germany, and the United States of America, 1945-67*, ed. Saki Dockrill (Bodenheim: Philo, 1998); Richard E. Neustadt, *Report to JFK: The Skybolt Crisis in Perspective* (Ithaca: Cornell University Press, 1999); Jan Melissen, „Pre-Summit Diplomacy: Britain, the U.S. and the Nassau Conference December 1962“, *Diplomacy & Statecraft* 7, no. 3 (November 1996): 652-687; Donette Murray, *Kennedy, Macmillan and Nuclear Weapons* (Houndsmills, Basingstoke: Macmillan, 2000); Andererseits führten de Gaulles ‚double-non‘, mit dem er sowohl das amerikanische Polaris-Angebot wie auch die britische EWG-Mitgliedschaft ablehnte, sowie die Unterzeichnung des französisch-deutschen Freundschaftsvertrags zu Verstimmungen in den französisch-amerikanischen Beziehungen und zu schwerstem Misstrauen Washingtons in Adenauer. Vgl. dazu Frédéric Bozo, *Deux stratégies pour l’Europe: de Gaulle, les Etats-Unis et l’alliance atlantique, 1958-69* (Paris: Plon et Fondation Charles de Gaulle, 1996), pp. 103-123; Oliver Bange, *The EEC Crisis of 1963: Kennedy, Macmillan, de Gaulle and Adenauer in Conflict* (London: Macmillan, 2000); George Wilkes (ed.), *Britain’s Failure to Enter the European Community, 1961-63: The Enlargement Negotiations and Crises in European, Atlantic and Commonwealth Relations* (London: Frank Cass, 1997).

<sup>1481</sup> Draft Bundy to Kennedy, 30 January 1963, „The U.S. and de Gaulle – The Past and the Future“, JFKL, NSF, McGeorge Bundy Correspondence, Box 402, Chronological File.

französisch-deutschen Elysée-Vertrag und befürchtete ein neues Rapallo (1922) zwischen Bonn und Moskau, eine Neutralisierung Deutschlands und das Ende der Nato.<sup>1482</sup>

Um der Vision de Gaulles von einem Europa unter französischer Führung eine Alternative gegenüberzustellen, reaktivierte Washington die Idee der multilateralen Nuklearstreitkraft (MLF), um den Alliierten die Verpflichtung der USA gegenüber Europa zu versichern.<sup>1483</sup> Das State Department entsandte dazu hochrangige Repräsentanten nach Paris, um die Nato-Botschafter über die Details der MLF zu informieren.<sup>1484</sup> Noch im November 1962 waren die Chancen einer Umsetzung der MLF als äusserst gering eingeschätzt worden. Stikker hatte beispielsweise dem für Europa zuständigen Beamten im Aussenministerium, William Tyler, seine Bedenken gegenüber einer solchen multilateralen Streitkraft deutlich gemacht. Stikker hatte betont, dass es dafür in der Nato keine Unterstützung gebe.<sup>1485</sup>

Vor dem Hintergrund einer intensivierten Nato-Krise diskutierte der britische Aussenminister Home am 20. März 1963 im Ständigen Nato-Rat die „momentanen Probleme der Allianz“. Die Nato-Botschafter regten sich über das „totale Schweigen“ und die „komplette Nicht-Partizipation“ des französischen Repräsentanten François Seydoux auf, beziehungsweise generell über die „französische Weigerung in den letzten zwei Jahren, an der Arbeit der Nato sinnvoll teilzunehmen.“<sup>1486</sup> Am 10. April erschien Dean Rusk in Paris und warnte die Nato-Botschafter vor den „historischen Gespenster in den Korridoren der Allianz“. Er bezog sich insbesondere auf die folgenden „Gespenster“:

Doubts that the United States would meet its commitment to defend Europe in the event of an attack; the assertion that the United States wished to dominate NATO; the accusation that the

<sup>1482</sup> Kennedy fürchtete, de Gaulle könnte „mit den Russen einen Deal abschliessen, die Nato aufbrechen und die USA aus Europa vertreiben.“ FRUS 1961-63 XIII: 491 (ÜdV). See also George W. Ball, *The Past Has Another Pattern* (New York: W. W. Norton, 1982), 216, 217f.; OH Int. Sorensen, JFKL, 106.

<sup>1483</sup> Für die Wichtigkeit der MLF zählte Kennedy drei Gründe auf: „[...] a multilateral force will increase our influence in Europe and provide a way to guide NATO and keep it strong [and to] weaken de Gaulle's control of the Six.“ FRUS 1961-63 XIII: 485. Zur MLF vgl. Helga Haftendorn, „Das Projekt einer multilateralen NATO-Atomstreitkraft (MLF): Vademecum für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Strategie? Das ‚Nukleare Patt‘ und die Zweifel an der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung“, *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 54, No. 2 (1995): 417-451; Marilena Gala, „The Multilateral Force: A Brief History of the American Efforts to Maintain the Status Quo within the Atlantic Alliance“, *Storia delle Relazioni Internazionali* 13, no. 1 (1998): 121-149; Lawrence S. Kaplan, „The MLF Debate“, in *John F. Kennedy and Europe*, ed. Douglas Brinkley and Richard T. Griffith (Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1999), 51-65; Andrew Priest, „Nuclear Initiatives? Kennedy, NATO and the Multilateral Force“, paper presented at international conference on „Great Expectations: John F. Kennedy's Thousand Days“, Berlin, 26-28 August 2003. Siehe auch Andrew Priest, *Kennedy, Johnson and NATO: Britain, America and the Dynamics of the Alliance, 1962-68* (London: Routledge, 2006).

<sup>1484</sup> Am 11.1.1963 informierte George Ball den Nato-Rat über den angelsächsischen Nassau-Gipfel; Livingston Merchant führte die Nato-Konsultationen über die MLF am 27.2.63 weiter. Zur neuen amerikanischen Praxis, hochrangige Emissionäre nach Paris zur Nato zu entsenden vgl. Tyler to Ball, 23 April 1963, USNA, RG 59, EUR/RPM: Records relating to Political Affairs (RPA) 1957-66, Box 7, Council (Political Consultation) 1963. See also OH Int. Stikker, JFKL, 37.

<sup>1485</sup> Stikker-Tyler-Schaetzl Meeting, Walter Reed Hospital, Washington, 8 November 1962, USNA, RG 59, EUR/RPA, Box 4, Political Affairs and Relations, Visits (SYG Stikker, 1962).

<sup>1486</sup> NAC Meeting, 20 March 1963, NA, C-R(63)14-e; MacArthur (Brussels) to Rusk, 21 March 1963, USNA, RG 59, CDF 1963, Box 3697, DEF 4: Collective Defense Pacts, NATO. Zu Seydoux vgl. François Seydoux, *Botschafter in Deutschland* (Frankfurt: Societäts, 1978), insbesondere das Kapitel „Atlantisches Zwischenspiel“ (17-34), über seine Zeit als französischer Nato-Botschafter vom September 1962 bis Februar 1965. Zur Nato-Krise von 1963 vgl. auch Anna Locher, „A Crisis Foretold: NATO and France, 1963-66“, in *NATO in the 1960s: Challenges beyond Deterrence*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher (London: Routledge, 2007), 107-127, 107-115; sowie im Detail Locher, *Crisis? What Crisis?*, 60-92.



United States was seeking a settlement with the Soviet Union at the expense of Europe; the idea of Europe becoming a third force capable of defending itself by its own means and adopting a neutralist attitude; the doubt that Europe would fight for its own defence; suspicion in Germany that France would make an agreement with the Soviet Union at Germany's expense; doubt in flank countries whether they could depend on those of Central Europe; etc.<sup>1487</sup>

Als sich die Nato-Aussenminister vom 22. bis zum 24. Mai 1963 in Ottawa zu ihren Frühjahrssitzungen trafen, dominierten der Zustand der Allianz und die Frage, welche Rolle eine (militärische) Allianz in Zeiten einer geringer werdenden (militärischen) Bedrohung spielen sollte, die transatlantische Agenda. Trotz der Bedeutung der MLF widmete Rusk den bei weitem längsten Teil seiner 46-minütigen Eröffnungserklärung dem Zustand der Allianz und seinen kürzlich geführten Gesprächen mit dem sowjetischen Botschafter Anatoli Dobrynin. Er bestritt die Presseberichte, wonach die Nato in „Unruhe“ sei, und versprach Konsultationen und die volle Partizipation der Nato in Ost-West-Gesprächen.<sup>1488</sup> Genau dies wurde auch von zahlreichen Repräsentanten kleinerer Nato-Länder gefordert, besonders vom belgischen Aussenminister Spaak, der folgende Forderung aufstellte:

It was now or never that the Alliance needed ideas and needed to be as imaginative in its approach as the USSR had been a few years ago. [...] In a word, NATO should go over from the defensive to the diplomatic offensive.<sup>1489</sup>

Der neue kanadische Premierminister Lester B. Pearson dachte genauso: „The NATO nations must more urgently seek a settlement of East-West problems, if only for ultimate survival.“ Er riet dazu, provokante Konfrontationspolitik zu vermeiden. Die Nato sollte stattdessen versuchen, „die politischen Probleme in den Ost-West-Beziehungen zu lösen: „One by one, stage by stage, if not on the basis of confidence and cooperation, at least on that of mutual toleration based on a common interest in survival.“ Auch Home unterstützte diese Rufe nach einer aktiveren Rolle der Nato in den Ost-West-Beziehungen:

NATO's role should not be limited merely to making war unprofitable but also extended to convincing world that peace is worthwhile. Alliance must try to contrive a coexistence which is genuine.<sup>1490</sup>

Home spekulierte darauf, dass die Gespräche zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China im Juli 1963 scheitern würden und dass daraus eine Détente zwischen Moskau und dem Westen resultieren könnte.

Die Aussenminister Belgiens, Kanadas und Grossbritanniens wurden jedoch in ihrer Forderung nach einer aktiveren Détentepolitik im Allianzrahmen von Détentekritikern überstimmt. Deutschlands Schröder erklärte, es sei schwierig zu sagen, ob die gegenwärtige „Pause“ in der sowjetischen Aussenpolitik für die Nato gut oder schlecht sei, da sie die Nato in Versuchung führe, internen Problemen grössere Aufmerksamkeit

<sup>1487</sup> NAC Meeting, 10 April 1963, NA, C-R(63)19-e.

<sup>1488</sup> NAC Meeting, 23 May 1963, 10:15am, NA, C-R(63)29-e, 5-10. Rusk orientierte, dass die Gespräche mit der UdSSR zwar „keine Aussicht auf eine umfassende Détente mit der Sowjetunion boten“: „But the United States required the confidence of the allies that, in exploring the possibilities of agreement, it was reflecting the basic security interests of the Alliance and would not enter into any agreements contrary to those interests without their knowledge.“

<sup>1489</sup> NAC Meeting, 23 May 1963, 3:30pm, NA, C-R(63)30-e, 17.

<sup>1490</sup> Rusk (Ottawa) to DoS, 22 May 1963, Secto 8, USNA, RG 59, CF, Box 334, CF 2264, NATO Meeting 5/63: Secto Cables. Zur Rolle Pearsons und Kanadas vgl. Anna Locher and Christian Nünlist, „Reinventing NATO: Canada and the Multilateralization of Détente, 1962-66“, *International Journal* 58, no. 3 (July 2003): 283-302.

zu schenken. Der türkische Aussenminister Feridun Cemal Erkin denunzierte die sowjetische Détentepolitik als reine Propaganda: „Détente means nothing to the Soviets, except an impression they wish to convey while at the same time exerting pressure on soft points.“ Auch Generalsekretär Stikker war den ersten Zeichen einer Détente gegenüber generell eher skeptisch, auch wenn er in Ottawa festhielt: „The situation presented opportunities if NATO played its cards right.“<sup>1491</sup> Er betonte, dass die Gefahr für die Allianz momentan vielleicht sogar grösser sei, weil sie weniger offensichtlich sei als zur Zeit erhöhter Ost-West-Spannungen.<sup>1492</sup>

Als Rusk in Ottawa von der Presse gefragt wurde, ob Washington ein Abkommen mit der Sowjetunion auf Kosten der Nato in Betracht ziehen würde, antwortete er loyal: „Well, I don't quite see how an agreement could contribute to peace if it turned out to be at the expense of our European NATO Allies.“<sup>1493</sup> Im Falle der Teststoppverhandlungen mit Moskau, die kurz nach dem Atlantikrat von Ottawa an Dynamik gewannen, spielte die Allianz jedoch nur eine marginale Rolle.

### 3. MLF versus Nichtweiterverbreitung: Testbann-Verhandlungen

1963 war Kennedy gewillt, die Chance für ein Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion zu ergreifen. Ein Erfolg auf bilateraler Ebene mit Moskau sollte nicht länger durch ein französisch-deutsches Veto verhindert werden.<sup>1494</sup> Bereits im November 1962 hatte Kennedy daran gezweifelt, mit der Sowjetunion sinnvolle Gespräche durchführen zu können, solange Washington das Standardvorgehen von Vorabkonsultationen mit der Nato im Rüstungskontrollbereich befolgte.<sup>1495</sup> David H. Popper, der Direktor des *Office of Atlantic Political and Military Affairs* (EUR/RPM), warnte jedoch im Januar 1963 vor einem Ausschluss der Nato aus amerikanischen Abrüstungsüberlegungen: „Nothing could do so much damage to our position in NAC as to achieve an agreement with the Soviets under conditions which make it look as if we have been operating behind our allies' back.“ Er schlug vor, stattdessen die politische Konsultation in der Nato zu verbessern und die Verbündeten Washingtons in die westliche Détentepolitik zu integrieren.<sup>1496</sup>

<sup>1491</sup> Rusk (Ottawa) to DoS, 24 May 1963, JFKL, NSF, Box 248, Trips and Conferences, Secretary of State's Trip Ottawa, May 1963, NATO Ministers (2).

<sup>1492</sup> Rusk (Ottawa) to DoS, 22 May 1963, Secto 8, *ibid*.

<sup>1493</sup> CBS Int. Rusk, 24 May 1963, USNA, RG 59, CF, Box 334, 2266, NATO Meeting 5/63, Substantive Miscellaneous.

<sup>1494</sup> Am 6.6.1963 vertraute Bundy dem Journalisten Cyrus Sulzberger von der New York Times an, dass Kennedy sich nicht von bilateralen Diskussionen mit Russland abschrecken lassen würde, wenn er glauben würde, er könnte ein wichtiges Abkommen abschliessen. Bezüglich der Rolle der Nato hielt Bundy klar fest: „We would not make allied representation a precondition to such talks.“ Cyrus Sulzberger, *The Last of the Giants* (New York: Macmillan, 1970), 985. Zu Bundys grossem Einfluss auf Kennedy in der Frage, im Frühjahr 1963 einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen Allianz und Détente zu finden, vgl. Nünlist, Kennedys rechte Hand, 157-200.

<sup>1495</sup> Redraft of telegram to Moscow, 28 November 1962, JFKL, NSF, McGeorge Bundy Correspondence, Box 402, Chronological File: „In the past, this has led either to leaks and a public discussion of Allied differences before reactions of Soviets have been ascertained, or to a debate within Alliance on theoretical points which have not played a role in the talks with the Soviets.“ Vgl. auch Theodore C. Sorensen, *Kennedy* (New York: Harper&Row, 1965), 734; Arthur M. Schlesinger Jr., *A Thousand Days: John F. Kennedy in the White House* (New York: Fawcett, 1965), 904.

<sup>1496</sup> Popper to Tyler, 11 January 1963, „Developments on Nuclear Test Ban and Non-Proliferation Agreement“, USNA, RG 59, EUR/RPM: Records Relating to NATO, 1957-64, Box 5, NAC 1962 (Political Consultation).

Kennedy hielt jedoch unbeirrt an seinem Entschluss fest, Paris und Bonn nicht länger Fortschritte auf dem Pfad zur Détente verhindern zu lassen. Er hörte vielmehr auf den Rat von Macmillan, der ihn im März dazu drängte, einen erneuten Anlauf für ein nukleares Teststopp-Abkommen zu wagen.<sup>1497</sup> In seiner wegweisenden „Friedensrede“ vom 10. Juni postulierte Kennedy eine neue Haltung gegenüber der Sowjetunion und versuchte, die amerikanische Öffentlichkeit und die Nato-Alliierten mental auf einen neuen amerikanischen Kurs in den Ost-West-Beziehungen vorzubereiten.<sup>1498</sup>

In öffentlichen Reden und während seiner Europareise von Ende Juni versicherte Kennedy weiterhin, dass die USA keine Abkommen mit Moskau abschliessen würden, die auf Kosten ihrer Verbündeten gingen.<sup>1499</sup> Die USA liessen aber Stikker wissen, dass die Frage eines Teststopps sowieso kein Thema für den Nato-Rat sei, sondern eher für die Abrüstungskommission in Genf.<sup>1500</sup> Kennedy und Macmillan entschieden sich, mit Chruschtschow unter absoluter Geheimhaltung und ohne Konsultationen mit den übrigen Nato-Mitgliedern über einen Teststopp zu verhandeln. In Gesprächen mit Adenauer und Couve de Murville spielten Kennedy und McGeorge Bundy entsprechend die Bedeutung der bevorstehenden Teststoppverhandlungen in Moskau herunter.<sup>1501</sup> Interessanterweise äusserte sich Kennedy weitaus optimistischer über die Chancen eines erfolgreichen Teststopp-Abkommens mit der Sowjetunion, als er Macmillan in London besuchte und die angelsächsische Strategie für die Moskauer Gespräche mit Grossbritannien fein abstimmte.<sup>1502</sup> Der Widerspruch zwischen Allianz und Détente konnte auch in verschiedenen Akzentuierungen in Kennedys Rede in der Frankfurter Paulskirche, einem klaren Bekenntnis zur transatlantischen Allianz, und seiner Rede an der Freien Universität Berlin, wo er seine ‘Strategie des Friedens’ präsentierte und die Détente betonte, festgestellt werden.<sup>1503</sup>

<sup>1497</sup> Macmillans wichtiger Beitrag für eine Supermächte-Détente mit Moskau im März 1963 beendete ein Jahrzehnt starker britischer Unterstützung für eine frühe Détente. Vgl. dazu Kendrick Oliver, *Kennedy, Macmillan, and the Nuclear Test Ban Debate, 1961-63* (London: Macmillan, 1998); Brian White, *Britain, Détente and Changing East-West Relations* (London: Routledge, 1992), 89-107.

<sup>1498</sup> Kennedys Einstehen für einen Teststoppvertrag bedeutete viel, da er anfänglich grossen Widerstand gegen seine Détentepolitik erfuhr, und zwar sowohl von grossen Teilen seiner Administration und dem US-Kongress, als auch von den meisten der wichtigeren europäischen Verbündeten. McGeorge Bundy, „The Presidency and the Peace“, *Foreign Affairs* 42, 3 (1964), 353-365.

<sup>1499</sup> Vgl. z.B. PPP 1963: 463. Zum Auseinanderdriften der bilateralen Politik gegenüber Moskau und der Allianzpolitik vgl. Wenger/Suri, *Crossroads*, 22.

<sup>1500</sup> Van Hollen to Popper, 17 June 1963, „Check List of Topics for Possible Discussion with Mr. Stikker This Afternoon“, USNA, EUR/APMA-NATO, Box 4 (Political Affairs and Relations, Visits, SYG Stikker, 1963). Stikker befand sich im Juni 1963 für eine Operation erneut im Walter-Reed-Spital in Washington. Vgl. auch Stikker-Merchant Meeting, Walter Reed Hospital, Washington, 20 June 1963, USNA, RG 59, Central Foreign Policy File, 1963, Box 4230 (NATO 8-2 Executive Board: Council, 2/1/63).

<sup>1501</sup> Kennedy-Adenauer Meeting, Bonn, 24 June 1963, AAPD 1963 II: 665f; Couve de Murville-Bundy Meeting, Paris, 27 June 1963, USNA, RG 59, CF, Box 317, President's Trip to Europe. Zur Nicht-Konsultation der Angelsachsen mit dem Rest der Nato vgl. auch Ilse Dorothee Pautsch, „Im Sog der Entspannungspolitik: Die USA, das Teststoppabkommen und die Deutschland-Frage“, in *Von Adenauer zu Erhard: Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, ed. Rainer A. Blasius (München: Oldenbourg, 1994), 118-153, 128f.; Beer, *Integration and Disintegration in NATO*, 24; Chernoff, *After Bipolarity*, 105.

<sup>1502</sup> FRUS 1961-63 VII: 753. Zu Rusks Diskussion mit Home vgl. Lamb, *Macmillan Years*, 370f.

<sup>1503</sup> See Address by Kennedy at the Paulskirche in Frankfurt, 25 June 1963; Address by Kennedy at the Free University in Berlin, 26 June 1963; beide in: PPP Kennedy 1963: 516-521 and 526-529. Vgl. auch Münger, *Berliner Mauer*, 310f.; Andreas Daum, *Kennedy in Berlin* (Paderborn: Schöningh, 2003).

Das Misstrauen der Nato in eine Détente der Supermächte blieb jedoch trotz Kennedys rhetorischer Rückversicherungen bestehen. An der Sitzung des Ständigen Nato-Rats vom 3. Juli beharrten der italienische, belgische, kanadische und holländische Botschafter auf der Notwendigkeit von allianzinternen Konsultationen bezüglich Washingtons Absichten bezüglich der Teststoppverhandlungen in Moskau.<sup>1504</sup> Eine Rede Chruschtschows in Ostberlin hatte am 2. Juli die Situation komplett verändert. Darin hatte Chruschtschow zwar seine Bereitschaft zu einem Teststopp-Abkommen angekündigt, sie aber von einem parallel dazu abzuschliessenden Nichtangriffspakt zwischen der Nato und dem Warschaupakt abhängig gemacht.<sup>1505</sup> Diese Verknüpfung betraf äusserst delicate Themen, welche die Sicherheit von Zentraleuropa und das Deutschlandproblem inklusive Berlin betrafen, und hatte das Potenzial, die Nato aufzusplitten.

Einige Beamte des State Department teilten die Bedenken Italiens, Belgiens, Kanadas und Hollands und bedauerten den Mangel an rechtzeitiger Konsultation der Nato über die Teststopp- und Nichtaggressionsgespräche, obwohl diese Fragen eindeutig „innerhalb des Nato-Vertrags und von unmittelbarem und direktem Interesse der Allianz als Ganzes“ waren.<sup>1506</sup> Die Europaabteilung im State Department hatte bereits Ende Juni Konsultationen in der Nato über die Moskauer Gespräche empfohlen, um die Ängste in Europa vor einem bilateralen Abkommen zwischen den USA und der UdSSR zu zerstreuen. Die Europa-Experten befürchteten, dass de Gaulle einen Deal zwischen den Angelsachsen und Moskau geschickt ausnützen würde. Aus diesem Grund war es wichtig, die Nato über die Teststoppfrage vor den Moskauer Gesprächen zu konsultieren – ein Informieren allein genügte nicht. Allfällige Bedenken vor einem Leck von geheimen Informationen wurden mit dem Hinweis aus dem Weg geräumt, dass der Nato-Rat diesbezüglich in der Vergangenheit eine reine Weste aufgewiesen habe. Die Befürchtung, dass das multilaterale Nato-Forum den US-Verhandlungsspielraum einschränke, könnte umgangen werden, indem dem Nato-Rat nur allgemeine Prinzipien und nicht die detaillierte amerikanische Verhandlungsposition vorgestellt würden.<sup>1507</sup>

Rostow warnte Kennedy, einem „billigen Gipfel“ oder einer „billigen Détente“ zuzustimmen und damit bloss eine Krise in amerikanisch-deutschen Beziehungen und, angesichts der Präsidentschaftswahlen von 1964, innenpolitische Appeasement-Vorwürfe zu riskieren.<sup>1508</sup> Obwohl die Nato ein Briefing über die Moskauer Gespräche und ihre Implikationen für die Allianz verlangte, weigerte sich das State Department, den Chef der amerikanischen Verhandlungsdelegation Averell Harriman auf dem Weg nach Mos-

<sup>1504</sup> NAC Meeting, 3 July 1963, NA, C-R(63)36-e; Memorandum for the Files, „NATO-Warsaw Pact Non-Aggression Pact“, 3 July 1963, USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA, 1957-66, Box 7, Council (Political Consultation), 1963. Eine gute Analyse der Haltungen der Nato-Länder zum Teststopp und Nichtangriffspakt findet sich in Hughes to Rusk, 8 July 1963, „Allied Attitudes on Linking a Test Ban Agreement with a Non-Aggression Pact“, JFKL, NSF, Departments and Agencies (DA), ACDA, Box 265, Harriman Trip to Moscow.

<sup>1505</sup> FRUS 1961-63 VII: 762ff. Vgl. Kendrick Oliver, „West Germany and the Moscow Test Ban Treaty Negotiations, July 1963“, in *Controversy and Compromise: Alliance Politics between Great Britain, Federal Republic of Germany, and the United States of America, 1945-67*, ed. Saki Dockrill (Bodenheim: Philo, 1998), 151-171, 161ff.

<sup>1506</sup> Schaetzel to Rostow, 8 July 1963, „NATO Political Consultation: Harriman-Hailsham Mission“, USNA, RG 59, EUR/RPM, RPA 1957-66, Box 7, NAC (Political Consultation) 1963.

<sup>1507</sup> David to Ball (Acting Secretary of State), 27 June 1963, „NATO Consultation on Governor Harriman's Mission“, USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA, 1957-66, Box 7, Council (Political Consultation), 1963.

<sup>1508</sup> Rostow to Kennedy, 8 July 1963, „The Harriman Probe“, JFKL, NSF, DA, ACDA Box 265, Disarmament, Harriman Trip to Moscow.

kau auch nach Paris zu schicken, um die misstrauischen Verbündeten zu beruhigen. Das Aussenministerium sprach sich gegen eine Konsultation in der Nato aus, weil gewisse Nato-Botschafter „Vorbehalte machen könnten, welche später peinlich wären.“<sup>1509</sup> Robert Schaetzel beklagte sich bei Rostow, der sich 1962/63 um die Verbesserung politischer Konsultation in der Nato gekümmert hatte, über die „erfolglosen Bemühungen“ der Europaabteilung, im Vorfeld von Harrimans Moskauer Mission durch einen Besuch beim Nato-Rat die Vorabkonsultationen in der Allianz zu verbessern. Schaetzel bedauerte es sehr, dass die Theorie politischer Konsultation besser sei als die amerikanische Praxis. Die USA seien offenbar unwillig, die Nato vorgängig über die Fragen eines Teststopp- und Nichtangriffsabkommens mit Moskau zu konsultieren, obwohl beide Fragen das Vertragsgebiet der Nato betrafen und die ganze Allianz eindeutig ganz direkt betrafen.<sup>1510</sup>

Paul-Henri Spaak spielte eine interessante, bisher wenig beachtete Rolle darin, den Weg für ein Teststoppabkommen zu ebnet. Nach Kennedys Friedensrede und dem zunehmend deutlicher werdenden Bruch zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China arrangierte Spaak auf den 8. Juli 1963 ein Treffen mit Chruschtschow in Kiew, um die sowjetischen Intention bezüglich der Moskauer Teststoppgespräche zu sondieren. Spaak reiste nicht im Auftrag Kennedys nach Kiew, sondern konnte nur für ein kleines Land sprechen. Seine lange politische Karriere in Belgien ermöglichte es ihm jedoch trotzdem, mit Chruschtschow als gleichberechtigter Staatsmann zu sprechen, der an politischer Erfahrung um einiges reicher war als der sowjetische Führer. Spaak war erstmals 1936 belgischer Aussenminister geworden – 1963 war er der einzige westliche Aussenminister, der eine solche Position bereits vor dem Zweiten Weltkrieg innegehabt hatte. Spaak empfahl Chruschtschow, er müsse Schritt für Schritt vorgehen, wenn er eine Détente mit dem Westen erreichen wolle. Er müsse mit einem Teststoppabkommen beginnen, in der Folge das Problem von Überraschungsangriffen anpacken, danach zu einem Angriffspakt zwischen Ost und West übergehen und schliesslich die deutsche Frage lösen. Am 11. Juli, vier Tage vor Harrimans Ankunft in Moskau, sandte Spaak Kennedy einen zusammenfassenden Bericht über seine Gespräche mit Chruschtschow. Er wies darauf hin, dass Chruschtschow bereit schien, einen Teststoppvertrag und ein Abkommen zur Verhinderung von Überraschungsangriffen inklusive Bodenbeobachtungsposten in den USA und der Sowjetunion abzuschliessen. Spaak unterstrich, dass Chruschtschow jedoch den Teststoppvertrag nicht unbedingt von einem Nichtangriffspakt abhängig machen würde.<sup>1511</sup>

Rusk hielt am 12. Juli in Sulphur Springs in West Virginia eine Grundsatzrede zum Zustand der Nato und nahm darin auch Bezug zu den bevorstehenden Moskauer Teststoppverhandlungen. Die Aussagen und Versprechen des amerikanischen Aussenministers täuschten darüber hinweg, dass der Nato eine konsultative Rolle in dieser Frage verweigert worden war:

We are, of course, keeping in the most intimate touch with our allies in preparing for these discussions. We have reaffirmed to them to commitment which the President made in his American University speech – that „the United States will make no deal with the Soviet

<sup>1509</sup> Memorandum for the Files, 8 July 1963, USNA, RG 59, EUR/RPM, RPA 1957-66, Box 7, NAC (Political Consultation) 1963.

<sup>1510</sup> Schaetzel to Rostow, 8 July 1963, „NATO Political Consultation: Harriman-Hailsham Mission“, *ibid.*, Box 12, NATO-Warsaw Pact Non-Aggression Pact, July 1963. Schaetzel legte eine Kopie von Davids Memorandum vom 27.6.1963 dazu.

<sup>1511</sup> Spaak, *Memoiren*, 521-528. Vgl. auch Cyrus Sulzberger, „The Big Little Men of the West“, NYT (29 July 1963): 18.

Union at the expens of other nations and other peoples not merely because they are our partners, but also because their interests and ours converge.“ Let me be specific: We have no thought of putting into jeopardy, in these Moscow talks, any of the moves toward greater allied unity which the alliance has been discussing recently.<sup>1512</sup>

Von Kennedy erhielt Harriman ein relativ offenes Mandat bezüglich eines Teststopp-Abkommens.<sup>1513</sup> Seine Bewegungsfreiheit war jedoch auf die Teststoppfrage beschränkt und er hatte keine Ermächtigung, mit Chruschtschow eine umfassende europäische Einigung auszuhandeln. Weil Washington befürchtete, Frankreich würde einen Teststoppvertrag mit dem Veto zu einem Nichtangriffspakt blockieren, wurde Harriman zwar erlaubt, Bedingungen für einen Nichtangriffspakt zu sondieren, aber er sollte jegliche Verknüpfung mit dem angepeilten Teststoppvertrag vermeiden.<sup>1514</sup> Die Protokolle der Moskauer Gespräche zeigen, dass Harriman die Grenzen seines Mandates nicht überschritt. Im Gegenteil wies er häufig darauf hin, dass ein Nichtangriffspakt zwischen den beiden Militärallianzen im Westen zunächst mit der Nato diskutiert werden musste, bevor sich Washington dazu verpflichten konnte.<sup>1515</sup>

Vier Tage nach der überraschend schnellen Unterzeichnung des *Limited Test Ban Treaty* (LTBT) in Moskau unterrichteten Tyler und Harriman die Vertreter der Nato-Staaten in Paris und Washington und versicherten ihnen, dass es keine geheimen Klauseln gäbe, welche die Interessen der Nato verletzen. Harriman erläuterte offen, dass Chruschtschow damit rechne, dass in einem zweiten Schritt nach dem LTBT ein Nichtangriffspakt abgeschlossen werden könnte. Harriman glaubte, die Nato sollte Konsultationen darüber abhalten, was ein Nichtangriffspakt bedeuten würde und wie eine Anerkennung der DDR umgangen werden könnte. Er erklärte, Chruschtschow wisse, dass eine Anerkennung der DDR für den Westen inakzeptabel sei – der von ihm gewünschte Nichtangriffspakt involviere eine solche Anerkennung nicht. Bei der Diskussion der DDR hätte Chruschtschow behauptet, Ostdeutschland ginge es wirtschaftlich sehr gut und als Beleg dafür das Beispiel erwähnt, die Ostdeutschen würden mehr Butter konsumieren als die Westdeutschen. Harriman habe dem entgegnet, wenn es den DDR-Bürgern so gut ginge, könnte Chruschtschow ja die Berliner Mauer niederreißen. Harrimans Eindruck war vielmehr, dass Chruschtschow mit der Situation in Ostdeutschland keineswegs zufrieden war.<sup>1516</sup>

<sup>1512</sup> Address by Rusk, 12 July 1963, Virginia Bar Association, Sulphur Springs, „State of the North Atlantic Alliance“, USNA, RG 59, PPC, Box 259, Europe 1963.

<sup>1513</sup> ACDA Paper, „Elements for a Package Deal with Moscow“, 3 July 1963, JFKL, NSF, DA, ACDA, Box 265, Disarmament, Harriman Trip to Moscow; OH Int. Kaysen, JFKL, 129. Harrimans Instruktionen enthielten die Option, die MLF fallenzulassen, um ein Nichtweiterverbreitungsabkommen abzuschließen, welches auch China und die BRD einschloss. Zum Chinaproblem vgl. William Burr and Jeffrey T. Richelson, „Whether to ‚Strangle the Baby in the Cradle‘: The United States and the Chinese Nuclear Program, 1960-64“, *International Security* 25, 3 (Winter 2000/2001), 54-99, 70ff.

<sup>1514</sup> FRUS 1961-63 VII: 785-788; *ibid.*, 789f.

<sup>1515</sup> Die Telegramme zwischen Harriman (Moskau) und dem Weissen Haus in Washington finden sich in: JFKL, NSF, Countries, Box 187, USSR (declassified in 1999). Vgl. auch FRUS 1961-63 VII: 799-863, und OH Int. McNaughton und OH Int. Kaysen, JFKL. Zum LTBT vgl. Marilena Gala, *Il paradosso nucleare: il Limited Test Ban Treaty come primo passo verso la distensione* (Firenze: Ed. Polistampa, 2002). Zur sowjetischen Verhandlungstaktik vgl. Christer Jonsson, *Soviet Bargaining Behavior: The Nuclear Test Ban Case* (New York: Columbia University Press, 1979).

<sup>1516</sup> NAC Meeting, 29 July 1963, 3:30pm, NA, C-R(63)41-e; DoS to All NATO Posts, 29 July 1963, Circ. Tel. 185, „Harriman NAC Briefing on Moscow Talks“, USNA, RG 59, CDF 1963, Box 3799, POL 21: Peace, Non-Aggression; Harriman-NATO Ambassadors and Chargés Meeting, Washington, 29 July 1963, „Moscow Test Ban Negotiations“, *ibid.*; Seymour Topping, „Allied Views Sought“, NYT (28 July 1963): 1, 15.

Vor allem die Franzosen und Deutschen fühlten sich mit dem LTBT von den Angelsachsen übergangen. Adenauer war von Washingtons Détente-Coup gänzlich überrascht worden. Laut Rusk war er „ein wenig mürrisch“ über den LTBT, weil die USA das Rüstungskontrollabkommen nicht mit der deutschen Frage verknüpft hatten.<sup>1517</sup> Josef Jansen vom Auswärtigen Amt hielt die Stimmung in der BRD wie folgt fest:

Da dieser folgeschwere Durchbruch sozusagen beiläufig erreicht wurde und wie eine giftige Pille in einer populären Abrüstungsmassnahme ertrinkt, ist die Bundesregierung in einer psychologisch besonders schweren Position.<sup>1518</sup>

Adenauer bezeichnete die amerikanische Forderung, dass Bonn dem LTBT beitreten sollte, als „Vogel-Friss-oder-Stirb“-Taktik.<sup>1519</sup> Er befürchtete, dass ein Beitritt der DDR zum LTBT die Teilung Deutschlands zementieren und zu einer de-facto Anerkennung der DDR führen und so seine langjährige Forderung nach einem wiedervereinigten Deutschland untergraben würde.<sup>1520</sup> Am 5. August, dem Tag der offiziellen Unterzeichnung des LTBT in Moskau hielt Adenauers Vertrauter Heinrich Krone deshalb in seinem Tagebuch verbittert fest: „Wir sind das Opfer der amerikanischen Entspannungspolitik.“<sup>1521</sup>

Um Frankreich zu einem Beitritt zu bewegen, erwog die Kennedy-Administration, de Gaulle den Transfer von nuklearem Knowhow in Aussicht zu stellen. Am 29. Juli verbarg Jean Laloy vom französischen Aussenministerium jedoch keineswegs seine Enttäuschung darüber, dass „die USA von Chruschtschow dazu verleitet wurden, Vorschläge zu unterbreiten wie beispielsweise die Verpflichtung, die Nato über einen Nichtangriffspakt zu konsultieren – ohne vorgängige Konsultation der Europäer.“<sup>1522</sup> De Gaulle trat dem LTBT nicht bei und setzte seine Politik einer unabhängigen französischen Nuklearstreitkraft ungehindert fort.<sup>1523</sup> Seine Reaktion auf die angelsächsischen Détentebemühungen vom Juli 1963 bewiesen einmal mehr französische Nicht-Kooperation mit der atlantischen Allianz und französische Unwilligkeit, die amerikanische Führung in der westlichen Détentepolitik zu akzeptieren.<sup>1524</sup>

Im Vorfeld der Moskauer Gespräche hatte Rostow bereits auf das im Vergleich zum Januar 1963 veränderte Mächtegleichgewicht in Westeuropa hingewiesen: „The Germans have kept their distance from French dominance [...] big East-West affairs are

<sup>1517</sup> OH Int. Rusk, JFKL, 225.

<sup>1518</sup> Jansen, 26. Juli 1963, „Politische Folgen des Testbann-Abkommens vom 25.7.1963“, zit. Münger, Berliner Mauer, 300.

<sup>1519</sup> Adenauer-McNamara Meeting, 31 July 1963, AAPD II: 860.

<sup>1520</sup> Pautsch, „Im Sog der Entspannungspolitik“, 127-139; Oliver, „West Germany and the Moscow Test Ban Treaty Negotiations“, Trachtenberg, Constructed Peace, pp. 394-398; Schwarz, Adenauer II, 721, 746, 841.

<sup>1521</sup> Heinrich Krone, „Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik“, in *Konrad-Adenauer-Studien*, vol. III, hg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen (Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag, 1974), 134-201, 187. Krone war Präsident der Parlamentsfraktion der CDU im Bundestag. Rusk musste im US-Senat eine formelle Erklärung abgeben, dass der amerikanische Beitritt zum LTBT keineswegs eine Anerkennung der DDR bedeutete, bevor Adenauer seinen Widerstand aufgab und seine Bereitschaft ankündigte, den LTBT zu unterzeichnen. FRUS 1961-63 VII: 873-876.

<sup>1522</sup> Bohlen (Paris) to Rusk, 1 August 1963, USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA 1957-66, Box 12, NAP.

<sup>1523</sup> Charles de Gaulle, *Discours et messages: pour l'effort 1962-65* (Paris: Plon, 1970), 112-130. Vgl. Maurice Vaïsse, „La France et le Traité de Moscou, 1957-63“, *Revue d'Histoire Diplomatique* 107 (1993), pp. 41-53.

<sup>1524</sup> De Gaulle entzog die französische Atlantikflotte dem Nato-Kommando am 15.6.63; die Mittelmeerflotte hatte er bereits im März 1959 aus dem Nato-Kommando gelöst.

under way and de Gaulle feels left out.“<sup>1525</sup> Die amerikanischen Ängste einer von Washington unabhängigen französisch-deutschen oder sogar französisch-deutsch-russischen Kooperation in Europa hatten sich in Luft aufgelöst, nachdem die BRD mit der Präambel zum Elysée-Vertrag vom Mai 1963 das Primat ihrer transatlantischen Bindungen bestätigt hatte.<sup>1526</sup>

Deutsche Interessen waren durch den LTBT vor allem durch die Frage des Beitritts der DDR tangiert worden, doch nachfolgende Détenteprojekte bedrohten die Sicherheitsinteressen Bonns viel direkter. Ein Nichtangriffspakt würde in Tat und Wahrheit eine westliche Reaktion mit bewaffneten Streitkräften auf Störmanöver auf den Zugangsrouten nach Westberlin verbieten. Boden-Beobachtungsposten (*Ground Observation Posts*) als Teil eines europäischen Inspektionssystems zur Verhinderung von Überraschungsangriffen hatten den Beigeschmack von Demilitarisierungsplänen, welche die Bundesrepublik gegenüber anderen Nato-Staaten diskriminierten. Trotz der Bedeutung des LTBT als erstes Rüstungskontrollabkommen zwischen Ost und West und trotz der öffentlichen Hoffnungen auf eine Détente und ein Ende des Kalten Krieges blieb die deutsche Frage 1963 ungelöst und blieben transatlantische Spannungen, insbesondere zwischen Paris und Washington, aber auch zwischen Bonn und Washington bestehen.

#### 4. Détente-Konsultationen in der Nato im Sommer 1963

Washington und Moskau beurteilten den LTBT beide als „ersten Schritt“ einer Ost-West-Détente, dem weitere Abkommen zwischen Washington und Moskau folgen sollten. Kennedy beschrieb den LTBT am 26. Juli als „eine helle Lichtsäule, die in die Dunkelheit der Ost-West-Beziehungen eindrang.“<sup>1527</sup> Eine unverhoffter Spielraum hatte sich eröffnet, und die beiden Supermächte waren entschlossen, nun auch weitere anstehende Probleme anzugehen und zu lösen.<sup>1528</sup> Der Abrüstungsexperte Carl Kaysen hatte Kennedy bereits aus Moskau geraten, eine amerikanische Verpflichtung, die Nato über einen Nichtangriffspakt zu konsultieren, ins Kommuniqué der LTBT-Verhandlungen aufzu-

<sup>1525</sup> Rostow to Rusk, 22 July 1963, JFKL, POF, Box 100, Disarmament - Nuclear Test Ban Negotiations 7/63, Meeting in Moscow. Der Sowjetexperte und US-Botschafter in Frankreich Charles Bohlen warnte hingegen vor der Tendenz Frankreichs und Deutschlands, zu glauben, dass die USA bereit wären, auf Kosten europäischer Interessen ihre Differenzen mit der Sowjetunion beizulegen: „I am sure you understand that if we are too single-minded in our relentless pursuit of improvement in relations with the Soviet Union we will render correspondingly more difficult the problem of the development of Atlantic Association and most of the questions at present before NATO.“ FRUS 1961-63 V: 718ff.

<sup>1526</sup> Vgl. dazu Münger, Kennedy, 287-291.

<sup>1527</sup> PPP 1963: 601f.

<sup>1528</sup> Chruschtschow erklärte in einem Brief an Kennedy, dass der LTBT „ein guter Anfang“ sei und nun ein Nichtangriffspakt abgeschlossen werden sollte: „[A Non-aggression Pact] could signify the beginning of a turning point in the history of contemporary international relations, would open the prospect of transition from the state of cold war to one of peaceful co-existence, businesslike cooperation between states.“ FRUS 1961-63 VI: 301f. (ÜdV). Auch Kennedy wollte in der Nichtangriffspakt-Frage eine positive Haltung einnehmen, um die Atmosphäre von Harrimans Besuch in Moskau aufrechtzuerhalten und um herauszufinden, ob ein solches Abkommen dem Westen zusätzliche Sicherheit in Berlin verschaffen könnte. Die US-Administration war jedoch in der Frage eines Nichtangriffspakts gespalten. Während für Thompson die Nachteile des Einflusses eines solchen Abkommens besonders auf die Nato und die Deutschen überwogen, betonte Harriman die positiven Konsequenzen einer umfassenden Détente, weil dadurch die Bande zwischen der Sowjetunion und den Satellitenstaaten gelockert würden. FRUS 1961-63 V: 726.



nehmen – „even if it raises a few eyebrows in Europe.“<sup>1529</sup> Das Moskauer Kommuniqué vom 25. Juli gab der Nato in der Tat ein De-facto-Mandat, weitere Détenteschritte wie einen Nichtangriffspakt oder eine europäische Inspektionszone zu diskutieren. Harriman hatte zwar keine juristische Garantie solcher Nato-Konsultationen abgegeben, aber er hatte eindeutig erklärt, dass die USA ihre Alliierten konsultieren und alles daran setzen würden, einen Nichtangriffspakt abzuschliessen.<sup>1530</sup>

Harriman und Rostow empfahlen der Kennedy-Administration denn auch unmittelbar nach Abschluss des LTBT, Konsultationen mit der Nato über einen Nichtangriffspakt aufzunehmen. Beide fanden, dass die USA nun zwischen amerikanischen und deutschen Interessen differenzieren sollten. „Eine gewisse Stabilität Ostdeutschlands“ war zwar sicher nicht im Interesse der scheidenden Adenauer-Regierung, aber sehr wohl im Interesse der USA – und wahrscheinlich sogar auch im Interesse der BRD, folgerten die beiden. Sie empfahlen „ein neues Denken“ in Bezug auf Ostdeutschland und Osteuropa und schlugen vor, bei den neuen Möglichkeiten in Osteuropa „die kollektiven Ideen der atlantischen Gemeinschaft“ einzufordern.<sup>1531</sup>

Nachdem die BRD dem LTBT am 19. August 1963 beigetreten war, versicherte Kennedy der Nato, dass er eine „Nato-Sichtweise“ über die weiteren Détenteschritte anstrebe und dass die Nato in der Frage von Boden-Beobachtungsposten und eines Nichtangriffspakts konsultieren werden würde.<sup>1532</sup> Die Nato-Botschafter debattierten in intensiven Sitzungen im August und September 1963 die Frage eines Nichtangriffspakts und die Errichtung von Boden-Beobachtungsposten. Beide Ideen waren nicht neu und waren in verschiedenen Foren seit 1955 diskutiert worden.<sup>1533</sup> Als Tyler am 29. Juli über den Durchbruch der Moskauer Teststopp-Verhandlungen berichtete, lehnte der französische Nato-Botschafter Seydoux einen Nichtangriffspakt als nächsten Détenteschritt vehement ab und spiegelte so de Gaulles neagtive Haltung gegenüber weiteren Entspannungsmassnahmen zwischen Ost und West. Seydoux's Kollegen aus der BRD, Griechenland, der Türkei, Portugal und Holland äusserten ebenfalls Skepsis und warnten vor einem Nichtangriffspakt mit dem Warschaupakt. Zahlreiche Botschafter äusserte sich jedoch in ihren ersten Erklärungen nach dem Abschluss des LTBT keineswegs ablehnend über ein Nichtangriffsabkommen. Italiens Adolfo Alessandrini übermittelte die Haltung seiner Regierung, welche auf eine Fortsetzung des Ost-West-Dialoges hoffte und welche die Nato als Forum für Konsultationen über einen Nichtangriffspakt und die deutsche Frage benutzen wollte. Belgiens de Staercke fand, dass es „seit jeher das Ziel

<sup>1529</sup> Kaysen to Bundy, 18 July 1963, Library of Congress (LOC), Harriman Papers, Box 540, Trips & Missions, TBT Background.

<sup>1530</sup> Harriman to Kaysen, 28 July 1963, „Outlook for Future Discussions with USSR“, JFKL, NSF, Staff Memoranda, Kaysen, Box 376, Nuclear Energy Matters, Test Ban and Related Negotiations.

<sup>1531</sup> Harriman to Kaysen, 28 July 1963; Harriman to Kaysen, 28 July 1963, „Outlook for Future Discussions with USSR“, JFKL, NSF, Staff Memoranda, Kaysen, Box 376, Nuclear Energy Matters, Test Ban and Related Negotiations; Rostow to Harriman, 30 July 1963, USNA, RG 59, EUR/RPM, RPA, 1957-66, Box 3, East-West Relations, 1963; Rostow to Rusk, 8 August 1963, „Negotiations with the USSR“, USNA, RG 59, PPC, Box 256, USSR 1963.

<sup>1532</sup> Tad Szulc, „Atlantic Council to Weigh Treaty to Prevent Attack“, NYT (20 August 1963): 1, 3; „Kennedy Assures Allies of Voice on Next Pact“, NYT (21 August 1963): 10.

<sup>1533</sup> Die UdSSR hatte die Idee eines Nichtangriffspaktes im Februar 1963 in die Genfer Abrüstungskonferenz eingeführt. Die Nato hatte in der Folge im März und April eine Debatte über Pro und Contra eines solchen Abkommens begonnen. Während des Aussenminister-Rats in Ottawa vom Mai 1963 hatten jedoch bloss der britische und der belgische Aussenminister den sowjetischen Vorschlag unterstützt. Background paper, 2 July 1963, „Status of NATO Consultation on NATO-Warsaw Powers Non-Aggression Pact“, USNA, RG 59, RPA 1957-66, Box 12, NAP.

der Nato-Allianz gewesen sei, auf der Grundlage von effektiven gemeinsamen westlichen Verteidigungsbemühungen eine reale Détente zwischen Ost und West zu suchen“, und schloss, dass der LTBT „einen ersten Schritt in diese Richtung repräsentiere.“ Auch George Ignatieff aus Kanada, Jens M. Boyesen aus Norwegen, und Erik Schram-Nielsen aus Dänemark plädierten für eine möglichst weitreichende Détente.<sup>1534</sup> Die Atmosphäre der ‘kleinen Détente’ führte im Sommer 1963 zu einem Konsens unter zahlreichen kleineren Nato-Staaten, weitere Ost-West-Abkommen anzustreben.

Nach lebhaften Debatten versuchten die Nato-Botschafter Ende August, in konkreten ‘Nachfolgeprojekten’ einer Ost-West-Entspannung zu einer Einigung zu kommen. Am 21. August diskutierten sie die Erwünschbarkeit von Boden-Beobachtungsposten an kritischen Stellen einschliesslich militärischer Flughäfen, Autobahnkreuzen und Eisenbahnknotenpunkten als Massnahmen zur Prävention von Überraschungsangriffen. De Staercke argumentierte, dass ein solches Abkommen einen positiven Schritt in Richtung Frieden symbolisiere, die Détente stärken und die Gefahr eines sowjetischen Überraschungsangriffs auf Westeuropa reduzieren würde. Seine Kollegen aus Grossbritannien, Kanada, Dänemark und Norwegen befürworteten solche Massnahmen ebenso, sofern sie nicht mit einer Reduktion von Stationierungstruppen oder der Gründung einer denuklearisierten Zone in Zentraleuropa verknüpft würden. Diese politischen Konsequenzen liessen den deutschen Nato-Botschafter Wilhelm Grewe und seinen französischen Kollegen Seydoux eine deutsch-französische Koalition gegen eine Inspektionszone bilden. Seydoux charakterisierte die vergangenen Nato-Debatten über weitere Détenteschritte als „akademisch“, da die Sowjetunion seiner Meinung nach sowieso auf einer Verknüpfung von Boden-Beobachtungsposten und einer Reduktion von ausländischen Truppen beharren würde.<sup>1535</sup>

Eine Woche später zerstörte Grewe sämtliche Hoffnungen auf einen Nichtangriffspakt. Er erklärte auf Weisung der Bonner Regierung, dass ein solches Abkommen Ostdeutschland einen gewissen Grad an Anerkennung verleihen und den Status quo in Zentraleuropa für immer kodifizieren würde. Als Beweis für den guten Willen der Sowjetunion bezüglich einer Détente sollte nicht ihr Beharren auf einem Nichtangriffspakt betrachtet werden, sondern ihre konkreten Massnahmen in Bezug auf Berlin und Deutschland. Frankreich und die Niederlande lehnten einen Nichtangriffspakt ebenfalls klar ab. Die Griechen und Türken fürchteten, dass ein solches Abkommen ein „falsches Klima von Détente“ schaffen würde, worauf es schwierig werden würde, öffentliche und parlamentarische Unterstützung für ihre Verteidigungsbudgets zu erhalten. Die Repräsentanten Belgiens, Kanadas, Norwegens und Italiens setzten sich hingegen erneut für grössere Flexibilität ein, wenn es um aktive Massnahmen gegen Überraschungsattacken ging.<sup>1536</sup> In den beiden Debatten war auf jeden Fall klar geworden, dass die Allianz in der Frage, wie es mit der Détente nach dem LTBT weitergehen sollte, in zwei Lager gespalten war.

<sup>1534</sup> NAC Meeting, 29 July 1963, NA, C-R(63)41-e. Vgl. zu den Nato-Konsultationen im Sommer 1963 auch: Nünlist, „Transatlantic Debates“; Anna Locher and Christian Nünlist, „What Role for NATO? Conflicting NATO Perceptions in View of Détente, 1963-66“, *Journal of Transatlantic Affairs* 2, no. 2 (2004): 185-208.

<sup>1535</sup> NAC Meeting, 21 August 1963, NA, C-R(63)46-e.

<sup>1536</sup> NAC Meeting, 28 August 1963, NA, C-R(63)47-e; Davis to Ball, 19 August 1963, „NAC Discussion of Observation Posts and Non-Aggression Pact“, USNA, RG 59, CDF 1963, Box 3799, POL 21: Peace, Non-Aggression. Siehe auch Grewe, Rückblenden, 605-610. Grewes Erklärung vor dem Nato-Rat findet sich in Volltext auf den Seiten 780-785.

Die Détentebatten in der Nato, laut amerikanischer Einschätzung „eine der besten Konsultationsbemühungen der Allianz“, <sup>1537</sup> endeten am 18. September. Der kanadische Nato-Vertreter George Ignatieff riet dazu, dass der Westen die Möglichkeit von Diskussionen mit der Sowjetunion aktiv erkunden sollte anstatt zu schweigen: „Silence on part of NATO was not a strong position.“ Weil die Botschafter aber unfähig waren, sich auf eine gemeinsame Position für künftige Ost-West-Gespräche zu einigen, übernahm Nato-Generalsekretär Dirk Stikker die Führung im Nato-Rat. In sogenannten „persönlichen Ansichten“ fasste er die Meinungen innerhalb der Allianz zusammen. Sondierungsgespräche mit der Sowjetunion mussten fortgeführt werden, forderte er. Er hiess die Kennedy-Regierung aber gleichzeitig, in ihren Gesprächen mit Gromyko in New York sehr sorgfältig vorzugehen. Ein Nichtangriffspakt als isolierte Détentemassnahme würde innerhalb der Nato nur geringen Gefallen finden, auch wenn ein solches Abkommen als Kulminationspunkt weiterer Entspannungsmassnahmen nicht ausgeschlossen werden sollte. Was Boden-Beobachtungsposten betraf, so schien seiner Meinung nach eine Mehrheit innerhalb der Nato darin übereinzustimmen, dass ein möglichst grosses Gebiet zu einer Inspektionszone gehören müsste und dass ein solches Abkommen nicht mit einer Denuklearisierung Deutschlands oder einer Ausdünnung militärischer Streitkräfte verbunden werden dürfte. Finletter dankte seinen Kollegen im Namen seiner Regierung für ihre aufrichtigen Diskussionen beider Themen. Er hielt ehrliche Debatten, auch wenn sie Differenzen offenlegten, für wichtiger als ein oberflächliches Zusammenstehen. Der Norweger Boyesen stimmte mit Finletter überein, dass die Stärke der Nato gerade in ihrer Diversität lag, besonders im Vergleich zum Warschaupakt. <sup>1538</sup>

Im Spätsommer 1963 hatte der Ständige Nato-Rat damit als zentrales Forum für die innerwestliche Konsultation über zukünftige Détentegespräche mit den Sowjets gedient. Nato-Generalsekretär Stikker hatte aktiv die Rolle eines Mediators zwischen Befürwortern und Kritikern einer weiten Détente ergriffen. <sup>1539</sup> In Gesprächen mit Schröder und Home bedauerte Rusk Ende September einzig, dass die Franzosen in Fragen der Ost-West-Beziehungen „fehlten“ und dass es der Nato in Bezug auf eine Ost-West-Détente an einer gemeinsamen Front mangelte. <sup>1540</sup> Weil Washington in den Gesprächen mit Gromyko Anfang Oktober nach wie vor auf die deutschen (und französischen) Interessen Rücksicht nahm, gab es im Herbst 1963 keinen Fortschritt auf dem Weg zu einer multilateralen Détente. <sup>1541</sup>

In Hintergrundpapieren von Ende Oktober 1963 bezeichnete das State Department, dass sich die Diskussionen mit den Sowjets in einem unbefriedigenden Zustand befänden. Multilaterale Détenteabkommen erschienen unwahrscheinlich. Sowohl Gro-

<sup>1537</sup> Van Hollen, 1 October 1963, „Stikker’s 4th Visit to Washington“, USNA, RG 59, EUR/RPM: Records Relating to NATO, Box 4, Political Affairs and Relations, Visits (SYG Stikker, October 63).

<sup>1538</sup> Tyler to Rusk, 20 September 1963, „NATO Consultation on Nonaggression Pact and Observation Posts“, USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA 1957-66, Box 12, NAP.

<sup>1539</sup> Van Hollen, 1 October 1963, „Stikker’s 4th Visit to Washington“, USNA, RG 59, EUR/RPM: Records Relating to NATO, Box 4, Political Affairs and Relations, Visits (SYG Stikker, Oct. 63).

<sup>1540</sup> Rusk-Schröder-Home Meeting, New York, 27 September 1963, „Approaches to East-West Relations“, USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA 1957-66, Box 3, POL: East-West Relations. Rusk hatte bereits eine Woche vorher bemerkt, dass er zukünftige Détenteschritte eher auf bilateraler Ebene erwartete, da die Nato multilaterale Abkommen wie einen Nichtangriffspakt oder ein Abkommen über Boden-Beobachtungsposten blockiere. Rusk-Schröder Meeting, Washington, 20 September 1963, USNA, RG 59, PPC, Box 252, Germany 1963.

<sup>1541</sup> FRUS 1961-63 V: 791ff.; *ibid.*, 785-791. Vgl. zur Rücksichtnahme der USA auf die westdeutschen Interessen Erhard Forndran, „Kontroversen über die Rüstungskontrollpolitik“, in *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945-68*, ed. Detlef Junker (Stuttgart: DVA, 2001), 375-386, 383.

mykos vorgeschlagene Nichtangriffs-Deklaration der DDR als auch die sowjetische Verknüpfung eines Boden-Beobachtungsabkommens mit einer Reduktion von ausländischen Stationierungstruppen in Deutschland und einer nuklearwaffenfreien Zone waren insbesondere für Deutschland und Frankreich inakzeptabel. Ein multilaterales Nichtwiederverbreitungsabkommen von Nuklearwaffen war weiterhin blockiert durch die westlichen Pläne einer MLF.<sup>1542</sup>

Am vierten Treffen der *NATO Atlantic Policy Advisory Group* (APAG), einem 1962 etablierten informellen Ad-hoc-Konsultationsforum unter westlichen Langzeitpolitikplanern, wurde das Dilemma zwischen Allianz und Détente angesprochen. Der Direktor des deutschen Politikplanungsstabs, Herbert Müller-Roschach hielt eine „flexible Détentepolitik für extrem schwierig für die NATO.“ Diejenigen Mitgliedstaaten, welche mit der Sowjetunion direkt verhandelten, müssten „ultrasensitiv“ betreffend nationaler Interessen derjenigen Ländern sein, in deren Namen sie mit Moskau verhandelten. Rostow stimmte der allgemeinen Einschätzung zu, dass „eine Détenteatmosphäre für die Nato schwieriger sei als eine Atmosphäre des Kalten Krieges.“<sup>1543</sup>

Im Herbst 1963 herrschte damit in den Ost-West-Gesprächen ein eigentlicher Stillstand. Unterstützt durch Frankreich, die Türkei, Griechenland und Portugal blockierte Adenauer erfolgreich das Aushandeln eines Nichtangriffpakts oder eines Inspektionsabkommens und verhinderte so von westlicher Seite aus ein multilaterales Anknüpfen an die bilaterale Détente vom Sommer 1963. Die Nato-Debatten vom August und September 1963 verrieten jedoch, dass eine beträchtliche Gruppe von kleineren Nato-Staaten Washingtons Rücksichtnahme auf insbesondere deutsche Interessen nicht länger gutheißte und die Chancen für eine wahre, multilaterale Détente weitaus optimistischer einschätzte als Washington, Bonn und Paris.

## 5. Die Nato und die westdeutsche „Politik der Bewegung“ (1963)

Der amerikanische Nato-Botschafter Finletter berichtete Ende November 1963 aus Paris über die amerikanischen Prioritäten für die anstehende Dezembertagung der Nato-Außenminister. Er betonte einleitend, was Washington von seinen Alliierten zu erwarten hatte: „More than ever this year in the minds of the Alliance members the question will be basically political, i.e. détente or no détente.“<sup>1544</sup> Divergierende Einschätzungen der sowjetischen Bedrohung und der Aussichten auf eine Entspannung gefährdeten die Einheit der Allianz und bargen das Risiko, die Stärkung der Streitkräfte europäischer Mitgliedstaaten zu unterlaufen. Der amerikanische Botschafter in Belgien, Douglas MacArthur, warnte Washington beispielsweise, dass Spaak inzwischen eine Ost-West-Détente für real existierend hielt und dass eine entsprechende Erklärung im Atlantikrat auf die Deutschen und andere Mitgliedstaaten zweifelsohne einen äusserst beunruhigenden Effekt hätte. MacArthur riet Rusk deshalb, sich zuvor mit Spaak zu treffen und ihm gegenüber klarzustellen, dass es noch keine wirkliche Détente gebe und dass der Westen in Sondierungsgesprächen mit den Sowjets Vorsicht walten lassen sollte und dass er

<sup>1542</sup> Background Paper, Under Secretary's Trip to Europe, 31 October 1963, „Status of East-West Relations“, USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA 1957-66, Box 3, POL: East-West Relations, 1963.

<sup>1543</sup> Rusk to US Embassies, 21 October 1963, „Fourth Meeting of APAG, 7-9 October 1963“, USNA, RG 59, CDF, 1963, Box 3795, POL 3: Organization and Alignments, NATO.

<sup>1544</sup> Finletter to Rusk, 26 November 1963, USNA, RG 59, ANF, Box 3696, DEF 4 Collective Defense Pacts and Alliances, NATO.

Einzelaktionen innerhalb der Allianz koordinieren musste, damit die Einheit des Westens nicht geschwächt würde.<sup>1545</sup>

Am 16. Dezember eröffneten die Aussenminister der Nato ihr halbjährliches Treffen wie üblich mit einem Rückblick auf die internationale Situation. Alle waren sich einig, dass sich die internationale Lage in den vergangenen Monaten dramatisch verändert hatte. Der neue britische Aussenminister Richard A. Butler erkannte, dass die sowjetische Aussenpolitik zur Zeit auf eine Entspannungspolitik abziele: „The mutual recognition of military stability was a commanding fact of international life.“<sup>1546</sup> Seine Kollegen von Italien, Belgien und Kanada teilten seinen Eindruck. Der Italiener Giuseppe Saragat formulierte dies am klarsten:

The point at issue was no longer, as at the time of the Cuban crisis, the desirability of an East-West dialogue, which was now a fact even if it was only making slow progress; but rather the definition of aims, priorities and preliminary conditions.<sup>1547</sup>

Laut Saragat bestanden die dringendsten Probleme Ende 1963 in der Koordination der konkreten Abrüstungsmassnahmen, insbesondere zur Verhütung eines Überraschungsangriffs in Zentraleuropa. Der Wechsel zwischen Spannung und Entspannung im Dialog mit Moskau sollte einer Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen den Blöcken nicht länger im Weg stehen. Saragat war besorgt darüber, dass die Nato ihre ausschliesslich friedfertigen Absichten nicht stark genug betonte, und fand es wichtig, im Kommuniké darauf zu verweisen, dass die Nato „zu jeder Zeit zu einem ernsthaften Kooperationsversuch bereit war, um eine internationale Entspannung zu erlangen.“<sup>1548</sup>

Couve de Murville hingegen distanzierte sich eindeutig von den Détentebefürwortern und wies darauf hin, dass eigentlich sämtliche Ost-West-Gespräche seit Juli 1963 die deutsche Frage betrafen. Mittels eines Nichtangriffspakts zielte die Sowjetunion auf eine westliche Anerkennung der DDR, und mit Boden-Beobachtungsposten auf eine diskriminierende Demilitarisierung Deutschlands. Mit einem Nichtweiterverbreitungs-Abkommen wollte Moskau ein nukleares Deutschland verhindern. Gemäss französischer Sichtweise konnte eine Détente erst nach der Lösung der deutschen Frage und nach einer Einigung in der Berlinfrage erfolgen.<sup>1549</sup>

Diese Haltung provozierte Spaak, der Couves Argumentation heftig kritisierte. Wie könne es in der Nato Einigkeit geben, wenn die einzelnen Analysen der gegenwärtigen internationalen Trends so stark voneinander abwichen? Der ehemalige Generalsekretär der Nato distanzierte sich deutlich von der französischen Interpretation der Weltlage:

Please pardon me for disagreeing, but when the German question and the Berlin question are resolved, as they are the only two political issues that still exist in Europe, there will not be a relaxation of tensions, there will be peace between the Communist world and the Western world. A relaxation-of-tension policy and a state of peace must not be confused. Relaxation

<sup>1545</sup> MacArthur (Brussels) to Rusk, 12 December 1963, „Spaak Views on East-West Détente“, USNA, RG 59, CF, Box 334, NATO Ministerial Meeting, Paris, 12/63, ToSec File.

<sup>1546</sup> NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1963, 10:15am, NA, C-VR(63)73, 7; NATO Ministerial Meeting, Paris, 16 December 1963, 10:15am, NA, C-R(63)73-e, 7.

<sup>1547</sup> NATO Ministerial Meeting, 16 December 1963, 10:15am, 7.

<sup>1548</sup> *ibid.*, 19.

<sup>1549</sup> Rusk to US Embassies, 16 December 1963, Polto 864 and Circular Telegram 47, USNA, RG 59, CF, Box 334, CF 2349, NATO Ministerial Meeting 12/63: Polto and Topol Series.

of tensions is only a method; it is only a method that is in conflict with the cold war method.<sup>1550</sup>

Spaak forderte, via diplomatischen Kanälen geduldig herauszufinden, was genau die Sowjets und ihre Verbündeten beabsichtigten. Der Westen sollte selbst aktiv werden, statt bloss auf sowjetische Détentevorschläge zu reagieren. Spaak war schwer enttäuscht über die negative Haltung, welche die Nato gegenüber der Frage von Boden-Beobachtungsposten an den Tag gelegt hatte – obwohl eine solche Rüstungskontroll-Massnahme seiner Meinung nach der Welt den Frieden näher gebracht hätte.<sup>1551</sup>

Kanadas Paul Martin teilte Spaaks Sicht, dass die negative Einstellung der Nato gegenüber Boden-Beobachtungsposten im Herbst 1963 eine bedauerliche „verpasste Gelegenheit“ bedeutete: „After all, NATO was created to guard against exactly that very threat.“<sup>1552</sup> Wie bereits andere Redner vor ihm bedauerte Martin, dass die Kohäsion und Solidarität der Nato momentan nicht grösser war, und schlug vor, dass die Nato das wichtigste Forum für Konsultation über bilateralen Handel und über kulturellen Austausch verschiedener Nato-Partner mit dem Osten sein sollte.

Schröder mahnte seine Kollegen, das Deutschland- und Berlinproblem nicht von einer Détentepolitik zu trennen. Er griff jedoch Martins Thema von Handel und kulturellem Austausch mit Osteuropa auf und zählte Bonns zaghafte Versuche einer Normalisierung der Beziehungen mit dem Osten auf. Die BRD hatte 1963 Handelsmissionen in Polen, Rumänien und Ungarn errichtet. Schröder erwartete davon „Spillover“-Effekte zunächst auf die kulturelle und später auf die politische Dimension.<sup>1553</sup> Schröder hatte Deutschlands gewandelte Einstellung zu einer westlichen Détentepolitik bereits im September in bilateralen Gesprächen mit Rusk vorgestellt. Sein neues Konzept einer „Politik der Bewegung“ zielte auf eine Verbesserung der Lage in Zentraleuropa ab anstatt einer Verhärtung des Status quo. Obwohl er am Atlantikrat immer noch vor einer Détente auf Kosten Bonns warnte, symbolisierte Schröders flexible Erklärung vor der Nato im Dezember 1963 mit ihrem Fokus auf einer innerdeutschen Détente dennoch einen markanten Wandel im Vergleich zur Politik Adenauers.<sup>1554</sup>

Dieser frühe Versuch, eine westdeutsche „Ostpolitik“ innerhalb der Nato zu koordinieren, war sicherlich der interessanteste und Erfolgs versprechendste Ansatz in der Suche der Nato nach einer neuen Bedeutung im Zeichen einer Ost-West-Entspannung. Bereits im Sommer 1963 hatte der Planungsstab im amerikanischen Aussenministerium damit begonnen, eine neue amerikanische Politik gegenüber Osteuropa zu entwerfen, wonach ein „friedliches Engagement in Osteuropa“ einer Stabilisierung des territorialen Status quo in Zentraleuropa vorgezogen werden sollte. Ende Juli hatte Planungsstabs-

<sup>1550</sup> Extract of Remarks by Spaak in van Hollen, „East West Issues“, 20 January 1964, USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA 1957-66, Box 4, East-West Relations 1964; NATO Ministerial Meeting, 16 December 1963, 3:15pm, NA, C-R(63)74, p. 51.

<sup>1551</sup> Rusk to US Embassies, 16 December 1963.

<sup>1552</sup> Extract of Remarks by Martin in van Hollen, „East West Issues“, 20 January 1964. Vgl. dazu auch Greg Donaghy, „Domesticating NATO: Canada and the North Atlantic Alliance, 1963-68“, *International Journal* 52, no. 3 (1997): 445-463.

<sup>1553</sup> Extract of Remarks by Schröder in van Hollen, „East West Issues“, 20 January 1964.

<sup>1554</sup> AAPD 1963 II: 349. Schröder führte den Begriff „Politik der Bewegung“ am 4. November 1963 in einem Radiointerview in die Öffentlichkeit ein. Vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bonn) 1963, 1736. Vgl. zu Schröders Einfluss auch Franz Eibl, *Politik der Bewegung: Gerhard Schröder als Aussenminister, 1961-66* (München, Oldenbourg, 2001), pp. 256-278. Für Adenauers Haltung zu einer frühen ‚Ostpolitik‘, vgl. Gotto, „Adenauers Deutschland- und Ostpolitik“, 3-92. Siehe auch Mechthild Lindemann, „Anfänge einer neuen Ostpolitik?“, in *Von Adenauer zu Erhard*, ed. Rainer A. Blasius (München: Oldenbourg, 1994), 45-96, 54ff., 91-96.

Direktor Walt Rostow den zerbrechlichen und vorübergehenden Charakter der bilateralen 'kleinen Détente' erkannt und vorgeschlagen, die westlichen Détentediskussionen in die Nato zu verlagern:

It is urgent that the Alliance enter into intimate consultation concerning the appropriate response to the Soviet desire to negotiate about the whole range of Central European issues. These consultations should, in my view, begin with a serious joint reappraisal of the state of affairs in Eastern Europe, the loosening of the bonds to Moscow, and the opening this might give a flexible Western policy. We should not go back automatically to the negotiating theology of the 1950's, without casting a fresh eye on the situation. In the light of that reappraisal, the Alliance, including the Germans, may come up with positive proposals embracing not merely what we do in formal negotiations, but what we do in the fields of trade, contacts, etc. [...] In short, I think we should move promptly to engage the Alliance in serious and basic discussion of a common policy on Central Europe. [...] The East-West dialogue should be kept going.<sup>1555</sup>

Für Rostow bestand der Schlüssel zu einer umfassenden, multilateralen paneuropäischen Einigung in der Integration Deutschlands in die westliche Entspannungspolitik. Die USA (und die Nato) hatten Bonns vitale Interessen zu respektieren und mussten ihre Détentepolitik entsprechend anpassen. Rostow schlug vor, das bilaterale Drängen nach einer Détente mit Moskau, welches sowohl in Deutschland als auch in Frankreich Dissens hervorgerufen hatte, gründlich zu überdenken. Er zog stattdessen multilaterale Arrangements vor – das „Ostspiel“ zu spielen sollte ein „geplanter transatlantischer Effort sein [...] mit den Europäern an vorderster Front“, insbesondere Westdeutschlands. Ein solcher Ansatz würde die Nato einigen statt sie zu fragmentieren.<sup>1556</sup> In Bezug auf das Dezembertreffen der Nato-Aussenminister betonte Rostow, dass intime und offene bilaterale Konsultationen mit den Deutschen die Bedingung für Erfolg an der europäischen Front darstellten.<sup>1557</sup>

Die Kennedy-Administration begrüßte und unterstützte Schröders neue Haltung gegenüber Osteuropa sehr.<sup>1558</sup> Ein Hintergrundpapier des State Departments von Ende Oktober 1963 sah vor, in der Nato um Unterstützung einer umfassenden und anhaltenden Supermächte-Détente zu fragen:

The major question is how the Alliance can maintain its cohesion in the atmosphere of relaxed tension which has followed the signing of the limited Test Ban Agreement. We want NATO support for the continuation of the US dialogue with the Soviets.<sup>1559</sup>

Vor diesem Hintergrund überraschte Ruskus passive Haltung und seine Vorbehalte gegen weitere Détenteschritte am Dezembertreffen der Nato-Aussenminister. Seine Erklärungen vor den Ministern reflektierten starke amerikanische Vorbehalte gegenüber einer zu starken Détente euphorie. Rusk hatte grosses Verständnis für deutsche und französische Bedenken gegenüber einer multilateralen Détente und hielt sich zurück, grössere neue multilaterale Détenteinitiativen anzukündigen. Im Gegenteil warnte Rusk die Aussen-

<sup>1555</sup> Rostow to Harriman, 30 July 1963, JFKL, NSF, Staff Memoranda, Kaysen, Box 376, Nuclear Energy Matters: Test Ban and Related Negotiations. Der Begriff „Peaceful Engagement“ wurde von Zbigniew Brzezinski und William Griffith bereits 1961 geprägt: Zbigniew Brzezinski and William Griffith, „Peaceful Engagement in Eastern Europe“, *Foreign Affairs* 39, 2 (1961), pp. 642-654.

<sup>1556</sup> Rostow to Rusk, 8 August 1963, „Negotiations with the USSR“, USNA, RG 59, S/PC 1963-64, Box 256, USSR; PPC Paper, 23 August 1963, „Steps in a Process toward Détente“, *ibid.*

<sup>1557</sup> Rostow, 29 November 1963, USNA, RG 59, Office of Atlantic and Political Economic Affairs, Box 3, Atlantic Community and Partnership.

<sup>1558</sup> Memorandum for the Policy Planning Council, 1 November 1963, „The President's Meeting with Erhard“, USNA, RG 59, PPC, Box 252, Germany.

<sup>1559</sup> Briefing Paper, 30 October 1963, „Review of Outstanding World Problems: NATO“, USNA, RG 59, CDF 1948-63, Box 1, Vice President Johnson's European Trip, November 1963.

minister, dass die ersten kleinen Schritte in Richtung Ost-West-Entspannung noch keine 'wahre Détente' bedeuteten, solange so viele Dispute noch ungelöst blieben (zum Beispiel Berlin, Deutschland, Laos, Vietnam, Kuba). Daraus folgte Rusk: „At most, what we have today is a license to search for a détente.“ Dennoch hoffte Rusk, dass in der Nato die Konsultationen über weitere mögliche Détente-Schritte weitergeführt würden: „There is a moment when we can look further for the possibilities of a détente, avoiding illusion and naivete and trying equally not to be blind to real possibilities. So we feel we should proceed with an intensify our consultation in NATO to consider what these possible next steps might be.“<sup>1560</sup>

In privaten Gesprächen mit Stikker präzisierte Rusk, dass „kein Fortschritt mit den Sowjets möglich war, solange die Nato uneinig war.“<sup>1561</sup> Scheinbar verunmöglichten die momentanen Ungewissheiten eine mutigere amerikanische Erklärung für eine aktivere, multilaterale Détentepolitik. Einen Monat nach Kennedys Ermordung war es aufgrund von neun Regierungswechseln in fünfzehn Nato-Staaten und aufgrund von Frankreichs radikaler Opposition gegen Ost-West-Verhandlungen Washingtons Hauptziel, in einer solchen „Unsicherheits-, wenn auch nicht Krisen-Atmosphäre“ die Kohäsion der Allianz zu bewahren.<sup>1562</sup>

Im Atlantikrat im Dezember 1963 waren es damit erneut Belgien, Kanada und Italien gewesen, die im Nachgang zum nuklearen Teststoppabkommen am vehementesten für multilaterale Détenteinitiativen plädierten. Immerhin konnte Rusk, nachdem auch Deutschland erstmals eine Normalisierung mit dem Osten unterstützte, einen fragilen Nato-Konsensus über die Wünschbarkeit von Ost-West-Gesprächen nach Washington rapportieren, den mit Ausnahme Frankreichs alle anderen vierzehn Alliierten unterstützten:

All speakers except French Foreign Minister Couve de Murville agreed that significant changes had taken place in the Communist World and that NATO, while maintaining the military strength of the Alliance, should explore avenues for possible future discussions with the Soviets on outstanding East-West issues.<sup>1563</sup>

Dieser neue Trend in Richtung einer Multilateralisierung der westlichen Détentepolitik blieb der Sowjetunion nicht verborgen. Von offizieller Seite her liess Moskau verlauten, dass die UdSSR das Kommuniqué der Dezembertagung, welches Sondierungen zu einer Entspannung zu ermutigen und zu fördern schien, „sehr interessant“ finde.<sup>1564</sup> Drew Middleton von der *New York Times* hielt ebenfalls fest, dass sich die Diskussionen der Nato von früheren Treffen unterschieden habe: „The Atlantic Alliance, for the first time in its 14-year history, was being led to think in terms of continued discussion with the Soviet Union, the enemy that NATO was formed to repel.“<sup>1565</sup>

<sup>1560</sup> Talking Points for Secretary under NATO Ministerial Meeting Agenda Item I, „Review of the International Situation“, n.d., USNA, RG 59, EUR/RPM: RPA 1957-66, Box 12, NAP.

<sup>1561</sup> Rusk (Paris) to DoS, 15 December 1963, USNA, RG 59, CDF 1963, Box 4230, NATO 3: Meetings FR (PA).

<sup>1562</sup> FRUS 1961-63 XIII: 635-639.

<sup>1563</sup> Circular Telegram 47, 16 December 1963.

<sup>1564</sup> Zinchuk-Manning Meeting, 20 December 1963, USNA, RG 59, CDF 1963, Box 3696, DEF 4 Collective Defense Pacts and Alliances: NATO. Im offiziellen Schlusskommuniqué betonten die Aussenminister „[...] the importance not only of seeking agreement on limited measures which would help to reduce tension, but of achieving a genuine and fundamental improvement in East-West relations.“ Communiqué, 17 December 1963, <http://www.nato.int/docu/comm/49-95/c631216a.htm> [6.2.2013].

<sup>1565</sup> NYT (17 December 1963): 3.



Die Ermordung Kennedys bremste den Schwung in den Ost-West-Beziehungen trotz der scheinbaren Multilateralisierung der westlichen Détentepolitik im Nato-Rahmen spürbar ab. In den Jahren zwischen 1964 und 1967 gab es keine nennenswerten multilaterale Ost-West-Abkommen mehr. Eine neue amerikanische Politik für Zentral- und Osteuropa wurde erst ab Oktober 1966 implementiert und die Abrüstungsdiskussion blieb durch die MLF auf Jahre hin blockiert.<sup>1566</sup> Chruschtschow vermutete gar, amerikanische Reaktionäre hätten Kennedy ermordet, um die sich anbahnende Détente zwischen den USA und der Sowjetunion zu torpedieren. Mit Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson ging der sowjetische Führer 1964 deutlich weniger Risiken als mit Kennedy ein, und nach dem Fall Chruschtschows im Oktober 1964 erlitten die Bemühungen für eine Ost-West-Entspannung einen weiteren Dämpfer.<sup>1567</sup>

Die politische Zusammenarbeit innerhalb der Nato geriet zwischen 1964 und 1967 in den Strudel einer sich stark vergrößernden Nato-Krise, auch wenn Staaten wie Kanada oder Belgien sich für die Aufrechterhaltung politischer Konsultationen einsetzten.<sup>1568</sup> Erst mit dem Harmel-Bericht von Ende 1967 konnte allerdings wieder an den frühen Versuchen der Nato angeknüpft werden, die Ost-West-Beziehungen zu multilateralisieren und eine zentrale Rolle im Management der Ost-West-Détente zu übernehmen.<sup>1569</sup>

## 6. Fazit

Der LTBT symbolisierte zwar den Erfolg der 'kleinen Détente' von 1963, legte aber gleichzeitig grosse Differenzen innerhalb der Nato offen. Erstmals hatte Washington die Gelegenheit eines bilateralen Vorgehens in Verhandlungen mit Moskau genutzt – trotz offensichtlicher schwerer Nachteile für gewisse Verbündete, Frankreich und Westdeutschland insbesondere. In der Folge gelang es der BRD aber, die diplomatische Agenda des Kalten Krieges weiterhin in ihrem Sinne zu beeinflussen. Solange Bonn auf die Nichtanerkennung der DDR fixiert blieb und solange Frankreich weitere Détentegespräche zwischen Ost und West radikal ablehnte, war es schwierig, mit Moskau eine umfassendere Entspannung zu erreichen. Die Entspannungsanstrengungen, die im Nachgang zum LTBT mit dem Versuch, einen Nichtangriffspakt zwischen Nato und Warschaupakt und eine europäische Inspektionszone gegen Überraschungsangriffe auszuhandeln, unternommen wurden, scheiterten im August und September 1963 graduell in den Nato-Debatten in Paris.

Die Episode der Nato-Sitzungen über einen Nichtangriffspakt und Boden-Beobachtungsposten demonstrierte jedoch, dass eine bedeutende Gruppe von kleinen und mittleren Nato-Staaten dem Nato-Rat als dem hauptsächlichen multilateralen Forum für politische Konsultationen über Ost-West-Verhandlungen grossen Wert beimassen. Belgien, Kanada, Italien und Norwegen übernahmen in der Allianz eine führende Rolle

<sup>1566</sup> Vgl. dazu Pascal Morf, „Building Bridges: Die amerikanische Deutschlandpolitik unter Lyndon B. Johnson zwischen Allianzpolitik und Détente, 1964-66“, unpublizierte Lizentiatsarbeit (Universität Zürich, 2001). Eine positivere Sicht von Johnsons Bemühungen, die Détentepolitik Kennedys fortzuführen, vertritt Thomas A. Schwartz, *Lyndon Johnson and Europe* (Cambridge: Harvard University Press, 2003), 17-26. Für die Détente-Debatten in der Nato, vgl. Locher/Nünlist, „What Role for NATO?“, 193-201.

<sup>1567</sup> Taubman, Khrushchev, 604f.

<sup>1568</sup> Vgl. dazu Anna Locher, „Which Way Ahead? NATO's Small Allies in Search of a New Meaning for NATO, 1964-65“, Paper presented at Annual Meeting of the Society of Historians of American Foreign Relations, Washington, DC, 6-8 June 2003.

<sup>1569</sup> Andreas Wenger, „Crisis and Opportunity: NATO's Transformation and the Multilateralization of Détente, 1966-68“, *Journal of Cold War Studies* 6, no. 1 (2004): 22-74.

darin, die übrigen Nato-Staaten davon zu überzeugen, dass eine umfassende, multilaterale Détente notwendig und im Interesse des Westens war. Auf der Suche nach einer neuen Legitimität für die Nato in Zeiten internationaler Entspannung plädierten sie dafür, westliche Détente-Initiativen mit Moskau innerhalb der Nato zu konzertieren – und damit die Nato von einer primär militärischen Verteidigungsallianz zu einem aktiven Friedensinstrument zu transformieren. In den Debatten um den sogenannten „Harmel-Bericht“ von 1966/67 wurde die Nato diese innovativen Ideen der kleineren Mitgliedstaaten wieder aufnehmen und im Schlussbericht mit der Doppelfunktion der Nato als Verteidigungs- und Entspannungsinstrument kodifizieren.

## Schlussbetrachtungen

Im Jahre 1955 begann für die Nato eine Konsolidierungsphase. Die Westmächte blickten stolz auf die „Erfolgsgeschichte“ der Nato zurück und sahen auch den zukünftigen Ost-West-Beziehungen mit Zuversicht entgegen. Infolge des Abflauens der sowjetischen Gefahr traten in der westlichen Militärallianz Themen in den Vordergrund, welche zuvor verdrängt worden waren. Nikita S. Chruschtschows Demilitarisierungs- und Koexistenz-Strategie führte im Frühjahr 1955 zu Verwirrung im Westen und zu Differenzen und Misstrauen in der Allianz. Die USA, Grossbritannien und Frankreich antworteten im Mai 1955 auf die flexiblere sowjetische Aussenpolitik mit einer Einladung der sowjetischen Führer zu einem Viermächtegipfel in Genf – dem ersten seit 1945. Die Einladung wurde symbolisch von der ersten Ministerratstagung der durch den westdeutschen Beitritt verstärkten Nato aus adressiert. Die westliche Bereitschaft zu einem Treffen mit Chruschtschow und Nikolai Bulganin wurde explizit mit dem Erfolg der Nato in jünster Zeit begründet.

Für die Nato bedeutete das Tauwetter in den Ost-West-Beziehungen 1955/56 eine neue Herausforderung, aber auch die Chance eines neuen Tätigkeitsgebiets. Zwischen 1955 und 1963 lancierte Chruschtschow verschiedene diplomatische Détenteinitiativen. Die Hauptverantwortung für eine westliche Antwort lag bei den USA, der westlichen Bündnisvormacht. Doch sowohl die Eisenhower- als auch die Kennedy-Administration legten mehrheitlich grossen Wert darauf, dass ihre Alliierten in der Nato an Bord der westlichen Verhandlungsposition waren. Die Einheit der Nato war für die USA eine wichtige Voraussetzung, um den Kalten Krieg zu gewinnen, deshalb musste die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion wohl oder übel Rücksicht nehmen auf Allianzpolitik. Die politischen Konsultationen in der Nato entwickelten sich zwischen 1955 und 1963 zunehmend und den Allianzpartnern der USA gelang es immer wieder, auf die Gestaltung der amerikanischen Politik gegenüber Moskau Einfluss zu nehmen.

Zwischen 1955 und 1963 hinterliessen die vierzehn Nato-Partner der USA in zweierlei Hinsicht einen prägenden Einfluss auf die Allianz. *Erstens* insistierten viele der mittelgrossen und kleineren Mitglieder sowie der Nato-Generalsekretär hartnäckig für einen Ausbau der nicht-militärischen Dimension der Nato und für eine Stärkung der politischen Konsultationen im Speziellen. *Zweitens* gelang es ihnen auch verschiedentlich, die Substanz der westlichen Reaktion auf Chruschtschows aussenpolitische Initiativen zu prägen.

Der Wandel der Nato von einer „altmodischen Militärallianz“ (Lord Ismay) zu einer militärischen und politischen Sicherheitsorganisation, die sich insbesondere auch dem Management der Ost-West-Beziehungen widmete, war begleitet von einem zähen Ringen unter den fünfzehn Mitgliedstaaten. Schritt für Schritt konnten zwischen 1955 und 1958 die Widerstände der USA, Grossbritanniens und Frankreichs gegen politische Konsultationen in der Nato abgebaut werden. Neben der militärischen Funktion konnte ein zweiter, politischer Pfeiler errichtet werden. Insbesondere die BRD, Kanada, Norwegen, Italien und Belgien forderten während dieser Jahre kontinuierlich eine stärkere politische Mitsprache der Nato in den Ost-West-Beziehungen. War die politische Kooperation in der Nato anfangs nur eine „Geste der Höflichkeit“ gewesen, so wurden zwischen 1955 und 1958 wichtige Neuerungen eingeführt und 1956 mit dem Bericht der Drei Wiesen wichtige Prinzipien festgeschrieben.

Im Zusammenhang mit den Genfer Viermächtekonferenzen fanden 1955 zwei ausserordentliche Nato-Ministerratstagungen statt. Dies verdoppelte die Frequenz der poli-

tischen Diskussionen auf Aussenministerebene. Der Wandel im Kalten Krieg, weg von Verteidigung hin zu Diplomatie, erforderte ab 1955 auch eine häufigere Präsenz der Aussenminister im Nato-Rat. Auch später wurde der Ständige Nato-Rat immer wieder bei Besuchen von einzelnen Top-Diplomaten zu einem „Aussenminister-Rat“ aufgewertet. Im Dezember 1957 fand in Paris sogar erstmals seit 1949 wieder ein Nato-Treffen auf höchster Stufe statt.

Die Zuständigkeit des permanenten Nato-Rats in Paris für Abrüstung sowie europäische Sicherheit musste zuerst erkämpft werden. Bis 1955 waren in der Nato praktisch keine substanziellen politischen Diskussionen geführt worden – die Treffen des Ständigen Nato-Rats und der Nato-Aussenminister hatten sich fast ausschliesslich militärischen Fragen gewidmet. Als der kanadische Aussenminister Lester Pearson im Mai 1955 das Thema „Abrüstung“ auf die Agenda des Atlantikrats setzte, musste er zunächst die Widerstände der USA, Grossbritanniens und Frankreichs überwinden. Mit der Nato-Diskussion der Londoner UNO-Abrüstungsverhandlungen schuf Pearson aber einen wichtigen Präzedenzfall: Die westlichen Diskussionen zu zentralen Ost-West-Fragen, die bis dahin hauptsächlich Washington, London und Paris sowie – im Falle der Abrüstungsproblematik – Ottawa vorbehalten waren, wurden nun im Nato-Forum multilateralisiert. Die Nato-Konsultationen im Jahr 1955 weichte das bisherige Monopol der westlichen Drei (USA, Grossbritannien, Frankreich) in der Diplomatie des Kalten Krieges auf. Diese Aufwertung der Nato führte gleichzeitig zu einer Verschiebung ihrer Aufgaben. 1955 diskutierte die Nato nicht länger nur die technischen Aspekte von Rüstung beziehungsweise Abrüstung, sondern hauptsächlich die politischen Implikationen von Verhandlungen des Westens mit der Sowjetunion.

Die sowjetische Frühjahrsinitiative sowie der „Geist von Genf“ lösten in der Nato aber auch Bedenken über ihr öffentliches Image aus. Die sowjetische Propaganda führte im Herbst 1955 zunehmend zu Zweifeln und Fragen über die Relevanz der Nato. Die Diskussionen in offiziellen Nato-Gremien und in den Korridoren des Nato-Hauptquartiers von Ende 1955 und Anfang 1956 zeigten, dass nach der Détente von 1955 die Suche nach einer neuen und verbesserten Nato lanciert war. Italien, die BRD, Kanada, Holland, Belgien sowie Grossbritannien wünschten im Frühjahr 1956 eine stärkere Betonung der nicht-militärischen Seite der Allianz sowie den Ausbau der politischen Konsultationen in der Nato. Insbesondere die Nato-Vertreter Deutschlands, Belgiens und Grossbritanniens – Herbert Blankenhorn, André de Staercke und Frank Roberts – übten im Frühjahr 1956 aus Unzufriedenheit mit dem primär militärischen Charakter der Allianz Druck auf ihre Kollegen aus, die politische Kooperation innerhalb der Nato zu stärken.

Im April 1956 reagierte die Eisenhower-Regierung auf die Unzufriedenheit unter den mittelgrossen Mitgliedstaaten in der Nato. Präsident Dwight D. Eisenhower und Aussenminister John Foster Dulles realisierten, dass sie als Bündnisvormacht eine Strategie entwerfen mussten, um in einer Entspannungsperiode ohne imminente Kriegsgefahr die westliche Einheit aufrecht zu erhalten. In seiner Grundsatzrede zur Nato von Ende April 1956 bekannte sich Dulles zu einer neuen amerikanischen Nato-Konzeption. Nachdem die Furcht vor der Sowjetunion als Bindeglied der Nato an Wert verloren hatte und sich unter den fünfzehn Nato-Staaten unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen und Détentekonzepte abgezeichnet hatten, betonte Dulles nun die Wichtigkeit, die Kooperation innerhalb der Nato *für* gemeinsame Werte zu stärken, statt nur die Kooperation *gegen* einen gemeinsamen Feind zu bewahren. Die Nato sollte nicht länger nur eine Militärmaschine gegen den östlichen Feind darstellen, sondern vielmehr Ausdruck der westlichen Zivilisation und ihrer zentralen gemeinsamen Werte sein.

Der Wandel in der amerikanischen Nato-Politik wurde von Kanada und den meisten europäischen Nato-Mitgliedern dankbar aufgenommen. Das Komitee der „Drei Weisen“, das aus einem Kanadier, einem Norweger und einem Italiener bestand, erarbeitete im Sommer und Herbst 1956 pragmatische Empfehlungen, wie die politischen Konsultationen in der Nato in kleinen, konkreten Schritten verbessert werden könnten. Mit dem Bericht konnte ein wichtiges Grundsatzdokument der Nato verabschiedet werden, auf das sich der Nato-Generalsekretär sowie einzelne Mitglieder später immer wieder beriefen. Dennoch hatten die USA, Grossbritannien und Frankreich während des Prozesses der Drei Weisen deutlich gemacht, dass gewisse Grenzen nicht überschritten werden durften und dass aus dem multilateralen Nato-Rat kein supranationales Gremium entstehen durfte, welches die Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten, die sich 1949 freiwillig in der Nato zusammengeschlossen hatten, unterwandern würde.

Im Bericht der Drei Weisen wurden die Nato-Staaten aufgefordert, politische Konsultationen im Alltag in ihre nationalen aussenpolitischen Entscheidungsprozesse zu integrieren. Der Bericht wertete auch die Funktion des Nato-Generalsekretärs auf. Die Verbesserung der politischen Kooperation innerhalb des Bündnisses wurde von den meisten Nato-Staaten als besonders dringend erachtet, nachdem wenige Wochen zuvor die Suezkrise zu einer gefährlichen Spaltung der Allianz geführt hatte. Die Suezkrise führte der Nato deutlich vor Augen, dass inzwischen unilaterale Handlungen einzelner Mitglieder – in diesem Fall Frankreich und Grossbritannien – den Zusammenhalt der Allianz stärker bedrohen konnten als die Sowjetunion. Mit einer Verbesserung der politischen Kooperation unter den fünfzehn Nato-Staaten sollte in der Folge nicht nur ein zweites „Suez“ verhindert, sondern auch der Weltöffentlichkeit bewiesen werden, dass die Nato nicht mehr nur die Abwehr einer allfälligen sowjetischen Aggression bezweckte.

Spätestens im Sommer 1957 war die Zuständigkeit der Nato in Abrüstungsfragen etabliert – die Allianz diskutierte nun die westlichen Abrüstungsvorschläge und Antworten auf sowjetische Initiativen sowohl an ihren Aussenministertagungen als auch an den wöchentlichen Botschaftersitzungen in Paris. Im Herbst 1957 setzten sich die BRD und Kanada für eine weitere Stärkung der politischen Konsultationen ein – das Streitgespräch zwischen dem deutschen Nato-Botschafter Herbert Blankenhorn und dem amerikanischen Aussenminister John Foster Dulles bewies Ende November 1957 das gestiegene Selbstbewusstsein der mittelgrossen Staaten, die von Washington eine stärkere Kooperation innerhalb des multilateralen Nato-Rahmens forderten. Auch der Ärger im Hauptquartier der Nato über die schleppende Informationspolitik der USA während der Vorbereitungen auf einen Ost-West-Gipfel Anfang 1958 – sowie noch verschärft im Winter 1959/60 – widerspiegelte die durch die Erfolge in der politischen Zusammenarbeit gesteigerte Erwartungshaltung innerhalb der Allianzpartner, in den innerwestlichen Konsultationen eine dominantere Rolle als noch 1955 zu spielen.

Dass die politische Kooperation in der Nato gestärkt werden sollte, dafür setzte sich seit seinem Amtsantritt im Mai 1957 Nato-Generalsekretär Paul-Henri Spaak äusserst vehement ein – im ersten politischen Zwischenbericht sprach Spaak zur Verärgerung der USA gar von einer „Konsultationspflicht“. Im Vergleich zu 1956 war inzwischen auch Grossbritannien zur Erkenntnis gelangt, dass die politische Seite der Nato genauso stark ausgebaut werden sollte wie die militärische.

Mit dem Berlin- und Deutschlandproblem verhielt es sich ähnlich wie mit der Abrüstungsfrage, wenn auch – aus Sicht der Institution Nato – weniger erfolgreich. Zunächst behielten sich die USA, Grossbritannien, Frankreich und die BRD sich auch hier das Recht vor, exklusiv darüber mit der Sowjetunion zu verhandeln. Die Tendenz, dass

der Graben zwischen den drei westlichen Grossmächten USA, Grossbritannien und Frankreich und den restlichen zwölf kleineren Nato-Staaten tiefer wurde, akzentuierte sich im Sommer 1958 durch den Machtantritt von Charles de Gaulle. Der neue französische Regierungschef lancierte mit seiner Forderung nach einem Dreier-Direktorat zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich im September 1958 den radikalsten Vorschlag, die Atlantische Gemeinschaft durch verstärkte Konsultationen an das veränderte internationale Umfeld anzupassen und zu stärken. Trotz ihrem Fokus auf Konsultation wurde die Tripartismus-Forderung de Gaulles von den USA, Grossbritannien sowie dem Rest der Nato zurückgewiesen, weil sie als gegen die Nato und speziell gegen Deutschland gerichtet interpretiert wurde.

Die von Chruschtschow im November 1958 vom Zaun gerissene Konfrontation um Berlin wirkte als Katalysator für Ost-West-Verhandlungen zur Überwindung der Teilung Berlins, Deutschlands und Zentraleuropas. Während dieser Zeit kam es zu der Aussenministerkonferenz von 1959, zum bilateralen Gipfeltreffen zwischen Eisenhower und Chruschtschow in Camp David und den Vorbereitungen für den (gescheiterten) Pariser Gipfel vom Mai 1960. Aus Sicht der Nato waren diese Entwicklungen allerdings wenig erfreulich, auch wenn die westliche Allianz Berlin als Nato-Gebiet definiert hatte und die militärische Verpflichtung äusserst ernst nahm. Daraus leitete die Allianz auch ein Mitspracherecht bei den politischen Diskussionen über das Berlinproblem ab. In der Berlinkrise etablierten sich jedoch die USA, Grossbritannien, Frankreich und die BRD als privilegierter „innerer Kreis“ der Nato. Die Rolle der kleineren Nato-Staaten schwand dagegen und die grossen Ost-West-Fragen konzentrierten sich zunehmend auf einen Dialog zwischen Eisenhower und Chruschtschow. Nato-Generalsekretär Paul-Henri Spaak versuchte sich, gegen diesen Trend zum Bilateralismus zu wehren und erreichte immerhin, dass die Konsultationen zwischen den westlichen Vier und der Nato nach wie vor aufrechtgehalten wurden. Schliesslich blieb Spaak jedoch frustriert über die mangelnden Fortschritte in der Ausweitung politischer Konsultationen innerhalb der Nato und verkündete deshalb im Dezember 1960 seinen Rücktritt.

Mit ihrer aktiven Konsultationspolitik während der Berlindebatten im Herbst 1961 sowie der Détentediskussionen im Herbst 1963 setzte die Kennedy-Administration ihr theoretisches Versprechen nach verstärkten politischen Konsultationen in der Nato, wie sie es in den ersten Monaten 1961 abgegeben hatte, in die Praxis um und trug so zu einem transatlantischen Dialog über die Ost-West-Beziehungen bei, der die zunehmend politische Rolle der Nato förderte. Auch der neue Nato-Generalsekretär Dirk Stikker schätzte die wachsende Rolle des Nato-Rats als „Clearinghouse“ für die westliche Verhandlungsstrategie mit Moskau. Unter Kennedy nahm Washington den Ständigen Nato-Rat ernst. Kennedy, Rusk und andere hochrangige Beamte des Aussenministeriums (z.B. George Ball und William Tyler) sowie Veteranen wie Dean Acheson oder Averell Harriman besuchten alle den Nato-Rat in Paris. Rusk, der Anfang 1961 Harriman als „fliegenden Botschafter“ anstellte, um ihn unter anderem an den halbjährlichen Nato-Treffen zu vertreten, erkannte rasch die Bedeutung, an diesen Ratssitzungen persönlich anwesend zu sein und fehlte deshalb zwischen 1961 und 1963 an keinem der Halbjahrestreffen der Nato-Aussenminister. Während Kennedys ‚Tausend Tagen‘ besuchte Rusk den Nato-Rat zehnmal und folgte auf diese Weise eindrücklich Achesons Empfehlung von verbesserter politischer Konsultation in der Allianz.

Inwiefern gelang es den vierzehn Nato-Partnern der USA zwischen 1955 und 1963, im multilateralen Nato-Forum die transatlantische Détenteagenda und die amerikanische Politik gegenüber Moskau konkret zu beeinflussen? Die ausserordentliche Ministerrats-

tagung vom 16. Juli 1955 – kurz vor dem Genfer Gipfel – kam eher noch einem „Informationsanlass“ der USA, Grossbritanniens und Frankreichs gleich, es waren keine wirklichen Konsultationen. Die Position der westlichen Drei stand ja bereits vor dem Treffen mit der Nato fest. Immerhin bewies die Nato danach eine eindruckliche Solidarität mit ihrem jüngsten Mitglied – der BRD – und erklärte die Wiedervereinigung Deutschlands zum wichtigsten Ziel des Westens. Zudem gaben die Drei Versicherungen ab, dass die Nato in Genf nicht verhandelbar sei.

Am zweiten ausserordentlichen Ministerrat vom 25. Oktober 1955 gelang es einzelnen Nato-Staaten, durch ihre Fragen die Vorstellungen der USA, Grossbritanniens und Frankreichs zu den Modalitäten eines allfälligen Europäischen Sicherheitsvertrages mit der Sowjetunion zu klären. Als im Zuge des Genfer Gipfels eine Ost-West-Détente näher zu rücken schienen, warnten insbesondere die BRD und die USA vor der Gefahr einer „falschen“ Détente. Chruschtschows Détentepolitik wurde nur als veränderte Taktik, nicht aber als ein Paradigmenwechsel interpretiert. Gleichzeitig wies die Nato in ihren Kommunikés darauf hin, dass die Détente von 1955 vor allem durch die Politik der Stärke der Nato ab 1949 ermöglicht worden sei – und dass diese durch die beginnende Ost-West-Entspannung nicht in Frage gestellt werden dürfe.

In den von der Nato mit grossem Interesse verfolgten Londoner Verhandlungen des UNO-Unterausschusses für Abrüstung zeichnete sich im Frühjahr 1957 erstmals seit 1945 die Möglichkeit eines Rüstungskontrollabkommens zwischen Ost und West ab. Das Vorgehen des US-Verhandlungsführers Harold Stassen, der eine neue amerikanische Position den Sowjets unterbreitete, bevor sie von den Nato-Alliierten abgesegnet worden war, führte im Juni zu einer schweren Verstimmung im westlichen Bündnis. Aus Rücksicht auf Partikulärinteressen einzelner Nato-Staaten – besonders der BRD in Bezug auf eine europäische Inspektionszone sowie Grossbritanniens und Frankreichs in der Teststopppfrage – liess US-Aussenminister Dulles die Londoner Abrüstungsverhandlungen Anfang August 1957 absichtlich scheitern. Die Nato-Debatten im Juni und Juli 1957 hatten die Allianz zwar anfänglich in Befürworter und Gegner einer europäischen Inspektionszone gespalten. Während die BRD, Holland und die Niederlande sich am vehementesten gegen eine solche Zone wehrten, plädierten Frankreich, Grossbritannien, Kanada, Norwegen, Dänemark, Italien und Belgien für eine Inspektionszone als ersten konkreten Abrüstungsschritt zwischen Ost und West. Immerhin gelang es in den Nato-Debatten im Sommer 1957 jedoch, die Allianz auf eine einheitliche Position zu trimmen. Waren am Atlantikrat im Mai 1957 noch zahlreiche Staaten, darunter Frankreich, Italien, die BRD, Portugal, die Türkei und Belgien, äusserst skeptisch gegenüber einem Abrüstungsabkommen gewesen, so gelang es den Nato-Botschaftern in intensiven Sitzungen im Juni und Juli 1957, die Bedenken einzelner Staaten gegen eine europäische Inspektionszone auszuräumen und am 24. Juli den westlichen Vertretern im UNO-Unterausschuss in London grünes Licht für einen solchen Abrüstungsschritt zu geben. Die Nato-Debatten hatten jedoch sichtbar gemacht, dass vorerst Bodeninspektionen nicht Bestandteil einer europäischen Zone sein sollten.

Der Sputnik-Schock beschleunigte im Herbst 1957 die amerikanischen Pläne, Nuklearwaffen in Nato-Staaten zu stationieren; doch am ersten Nato-Gipfel der Staats- und Regierungschefs seit der Nato-Gründung 1949 setzten die Allianzpartner Washingtons im Dezember 1957 ein Junktim von Aufrüstung und Entspannung durch und boten der Sowjetunion gegen den Willen Washingtons Abrüstungsverhandlungen an. Während sich die USA im Vorfeld der Nato-Tagung explizit gegen die vor allem von der Adenauer-Regierung geforderte Stärkung der politischen Konsultationen ausgesprochen hatten, blieb ihnen am Pariser Nato-Gipfel nichts anderes übrig, als der von Gross-

britannien, der BRD, Norwegen, Kanada, Dänemark und Italien gewünschten Doppelstrategie von Stärke und Verhandlungsbereitschaft zuzustimmen. Für den Erfolg der kanadischen und europäischen Position war insbesondere die atypische „Friedensrede“ von Bundeskanzler Konrad Adenauer verantwortlich, der sich erstmals nicht mehr generell gegen Abrüstungsverhandlungen zu sperren schien. Die Strategie vom Dezember 1957 war ein wichtiger Schritt in Richtung einer Multilateralisierung der westlichen Détente politik und eine Art Vorläufer der späteren Harmel-Doktrin von der zweigleisigen Nato-Politik von Verteidigung und Détente.

In den Berlin- und Deutschland-Debatten, die nach Chruschtschows Berlinoffensive vom November 1958 wieder in den Vordergrund rückten, bildeten sich innerhalb der Nato zwei Lager: Länder wie Grossbritannien, Kanada, Norwegen und Dänemark waren grundsätzlich an einer Détente, an Ost-West-Verhandlungen und einer flexibleren westlichen Haltung gegenüber Moskau interessiert; wohingegen Frankreich, die BRD, Holland und weitere kleinere Staaten eine harte Linie in der Berlin-, Deutschland- und Abrüstungsfrage vertraten. Die amerikanische Position nahm auf die westdeutschen Interessen stark Rücksicht, auch wenn sie sich unter Dulles' Nachfolger Christian Herter flexibler zu gestalten begann.

Auf die Gipfelvorbereitungen von 1960 konnte die Nato trotz der Einsetzung eines Nato-Beobachters keinen grossen Einfluss nehmen. Sie wurde jedoch über die wichtigsten Positionen der USA, Grossbritanniens, Frankreichs und der BRD informiert und konsultiert. In der Berliner Mauerkrise von 1961 wurde die Nato erst relativ spät involviert, doch fanden im Herbst 1961 zahlreiche Sitzungen des Nato-Rats zu den politischen Aspekten der Krise statt. Diese Nato-Debatten trugen zur Klärung offener Fragen bei und vermochten auch einen fragilen Konsens zu schaffen, den im November 1961 sogar Frankreich und die BRD unterstützten. Am Atlantikrat im Dezember 1961 scherte Frankreich jedoch wieder von den gemeinsam festgelegten Allianzpolitik ab und legte ein Veto gegen Verhandlungen mit der Sowjetunion ein.

Nach dem LTBT – über den die Nato nicht konsultiert worden war – gelang es der Nato im Herbst 1963, an den Détente-Debatten aktiv teilzunehmen. Die Diskussionen zu einem allfälligen Nichtangriffspakt zwischen Nato und Warschauerpakt sowie zu Beobachtungsposten zeigten auf, inwiefern die Nato bereit zu weiteren Détenteabkommen zwischen Ost und West war. Insgesamt konnte die bilaterale Détente jedoch zwischen August und Dezember 1963 multilateralisiert werden, und die Aussenministerdebatten im Dezember 1963 schlossen mit einer positiven Note, auch wenn vorerst keine konkreten multilateralen Ost-West-Abkommen mehr abgeschlossen werden konnten.

Abschliessend lassen sich zwei generelle Schlussfolgerungen ziehen. *Erstens* zeigt die Analyse der politischen Konsultationen in der Nato zwischen 1955 und 1963, dass das Bündnis sich in dieser Zeit von einer Militärallianz zu einem politischen Instrument im Kalten Krieg wandelte. Die Nato diente als „Schaufenster“ der unterschiedlichen Bedrohungswahrnehmungen der UdSSR und der Détente-Vorstellungen der einzelnen Mitgliedstaaten. Die Nato war in dieser Zeit als multilaterales Forum ein transparentes Abbild des westlichen Konsens' betreffend der Möglichkeiten für eine Détente. Zudem war sie das wichtigste multilaterale Forum, um eine möglichst einheitliche westliche Position in den Ost-West-Beziehungen zu schaffen. Für die „kleinen“ europäischen Alliierten bot die Nato eine ideale Plattform, um ihre Meinungen auf die atlantische Agenda zu platzieren und die amerikanische Politik gegenüber Moskau zu beeinflussen. Die Kanadier und Westeuropäer wurden von den USA zu weiten Teilen konsultiert –



und nicht bloss informiert – und in die Entscheidungsfindung zur einheitlichen Haltung des Westens gegenüber der UdSSR miteinbezogen. So konnten sie auch die Entspannungsagenda der Nato entscheidend mitprägen. In dieser Frage war die Nato deshalb keineswegs ein starres, von den USA hegemonial dominiertes Bündnis – dies im Gegensatz zur Verteidigungspolitik der Allianz, in der die Dominanz des USA ungleich grösser war. Zwischen 1955 und 1963 entwickelte sich die Nato von einem von den USA dominierten Instrument hin in Richtung eines multipolaren Diskussionsforums. Damit war der Weg geebnet für die berühmten institutionellen Reformen der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre.

Zweitens verfolgte die Nato bereits zwischen 1955 und 1963 eine Art Doppelstrategie von Verteidigungs- und Verhandlungsbereitschaft, wie sie 1967 im Harmel-Bericht formalisiert werden würde. Am Treffen der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1957 beschloss die Nato, sowohl Nuklearraketen in Europa zu stationieren (auf Drängen der USA) als auch der UdSSR Abrüstungsverhandlungen anzubieten (auf Drängen der Europäer). Während der Berlinkrise vertrat die Allianz in der Berlin- und Deutschlandfrage die folgende Haltung: Härte zeigen, aber offen sein für Verhandlungen. Das Motto der Nato lautete während der ganzen Zeit: „Verhandlungen aus einer Position der Stärke“, so dass die Doppelstrategie Verteidigung und Entspannung von 1967 de facto schon ab 1955 angewandt wurde. Zwar verhielt sich die westliche Allianz Entspannungstendenzen gegenüber misstrauisch, weil sie fürchtete, dass eine Détente zu einer Schwächung der amerikanischen Verpflichtung gegenüber Westeuropas (besonders Deutschlands) führen würde. Dennoch waren die Besorgnis über externe Bedrohungen, wie sie sich in Ungarn 1956, im Sputnikschock 1957 und in der Berlinkrise ab 1958 manifestierten, immer auch Auslöser für Abrüstungs-, Disengagement- und Deutschland-Verhandlungen mit der Sowjetunion.

Aus der von Dean Acheson treffend als „Feuerwehr“<sup>1570</sup> bezeichneten Nato, die zwischen 1949 und 1954 einen Dritten Weltkrieg abwenden sollte, wurde zwischen 1955 und 1963 eine Atlantische Gemeinschaft, welche neben der Verteidigung mit verstärkten politischen Konsultationen über Ost-West-Beziehungen einen starken, komplementären zweiten Pfeiler aufbaute. Mit ihren Forderungen, dass die primär militärischen Aufgaben der Nato der ersten Jahre um ebenso wichtige nicht-militärische, politische Aufgaben bereichert werden sollte, trugen einzelne Nato-Staaten zwischen 1955 und 1963 dazu bei, die Legitimität und die *raison d'être* der Nato vor dem Hintergrund einer abnehmenden sowjetischen Bedrohung zu gewährleisten. Sie ebneten so den Weg für die Transformation der Nato in den späten 1960er- und 1990er-Jahren.

Als Ende 1967 mit dem Harmel-Bericht die aktive Rolle der Nato im Management der Ost-West-Détente kodifiziert wurde, wurde dem Nato-Bericht der Titel „Die künftigen Aufgaben der Allianz“ (*The Future Tasks of the Alliance*) gegeben. Diese Aufgaben waren jedoch nicht so neu: Die politische Aufgabe der Nato im Kalten Krieg war zwischen 1955 und 1963 im multilateralen Nato-Forum sowie in den Nato-Hauptstädten ausgiebig diskutiert und ansatzweise bereits umgesetzt worden. Die Politisierung der Nato und ihre aktive Rolle in den Ost-West-Beziehungen in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre war – rückblickend – ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der Nato. Damit wurden zwischen 1955 und 1958 wichtige Weichen in der Entwicklung der Nato gestellt, die auch den grossen Herausforderungen wie der Aussenpolitik de

<sup>1570</sup> Dean Acheson, „One of Our Firemen Is Resigning“, *Atlantic Community Quarterly* 4 (1966): 160-65.

Gaulles, der Berlinkrise und der bilateralen amerikanisch-sowjetische Détentepolitik zwischen 1959 und 1963 standhielten.

## Anhang

### Abkürzungsverzeichnis

#### *Im Haupttext verwendete Abkürzungen*

ACDA	Arms Control and Disarmament Agency / Abrüstungsdepartement
AEC	Atomic Energy Commission / Atomenergie-Kommission
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CIA	Central Intelligence Agency
CINCEUR	Commander in Chief Europe
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEA	Department of External Affairs, Ottawa
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EUR	Bureau of European Affairs (US State Department)
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile / Interkontinentalrakete
IRBM	Intermediate-range Ballistic Missile / Mittelstreckenrakete
JCS	Joint Chiefs of Staff / Vereinigte US-Stabchefs
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LTBT	Limited Test Ban Treaty / beschränkter Atomteststoppvertrag
MLF	Multilateral Force / Multilaterale Streitkraft
MRBM	Medium Range Ballistic Missile
NAC	North Atlantic Council / Nordatlantikrat
NATO	North Atlantic Treaty Organization / Nato
NSC	National Security Council / Nationaler Sicherheitsrat
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
PCC	Political Consultative Committee / Politisch Beratender Ausschuss des Warschaupakts
PPS	Policy Planning Staff / Politischer Planungsstab
PPC	Policy Planning Council / Politischer Planungsrat
SAC	Strategic Air Command
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe / Nato-Oberbefehlshaber
SEATO	South East Asian Treaty Organization / Südostasienpaktorganisation / Seato
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
SHAPE	Supreme Headquarters, Allied Powers Europe
UK	United Kingdom / Grossbritannien
UNO	United Nations Organization / Vereinte Nationen
US	United States / Vereinigte Staaten
WEU	Western European Union / Westeuropäische Union

#### *In den Fussnoten verwendete Abkürzungen*

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
AWF	Papers of Dwight D. Eisenhower as President (Ann Whitman File) (DDEL)
APMA-NATO:	Office of Atlantic Politico-Military Affairs, Records Relating to NATO, 1957-64 (USNA, RG 59)
BA	Bundesarchiv Koblenz
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i.Br.
CDF	Central Decimal Files (USNA, RG 59)
CF	Executive Secretariat: Conference Files (USNA, RG 59)
CS	Chronological Series (DDEL)
CWIHP	Cold War International History Project

DBPO	Documents on British Policy Overseas
DCER	Documents of Canadian External Relations
DDEL	Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas
DDF	Documents Diplomatiques Français
EUR/RA	Records of the Office of European Regional Affairs (USNA, RG 59)
EUR/SOV	Records of the Office of Soviet Union Affairs (USNA, RG 59)
FO	Foreign Office (PRO)
GCM	General Correspondence and Memoranda Series (DDEL, Dulles Papers)
GUL	Georgetown University Library, Washington, DC
FRUS	Foreign Relations of the United States
IM	International Meetings Series (DDEL)
IMS	International Military Staff, NATO Archives, Brüssel
ITM	International Trips and Meetings (DDEL)
JFKL	John F. Kennedy Library, Boston, Massachusetts
LC	Library of Congress, Washington, D.C.
MAE	Ministère des Affaires étrangères, Paris
NLNA	Nationalarchiv der Niederland, Den Haag
NSA	National Security Archive, George Washington University, Washington, D.C.
NSF	National Security Files (JFKL)
NYT	New York Times
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OSAD	Office of the Special Assistant for Disarmament (Harold Stassen): Records 1955-64 (DDEL)
OSANSA	Office of the Special Assistant for National Security Affairs (Robert Cutler, Dillon Anderson, Gordon Gray): Records, 1952-61 (DDEL)
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin
POF	President's Office Files (JFKL)
PPP	Public Papers of the President
PPS	Policy Planning Staff Office Files (USNA, RG 59)
PRO	Public Record Office, Kew Gardens, London
RG	Record Group (USNA)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin
TC	Telephone Calls Series (DDEL)
USNA	U.S. National Archives and Records Administration, College Park, Maryland
USRO	Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, France, Paris Embassy, Classified General Records of the USRO, 1959-61 (USNA, RG 84)
ÜdV	Übersetzung des Verfassers
WHM	White House Memoranda Series (DDEL, Dulles Papers)
WHO-SS	White House Office, Staff Secretary (DDEL)
WHO-Stassen	White House Office, Office of the Special Assistant for Disarmament (Stassen Papers), Records 1955-58

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### Archivmaterial

#### *Nato*

NATO Archives (NA), Brüssel, Belgien

#### *USA*

Dwight D. Eisenhower Library (DDEL), Abilene, Kansas, USA

Ann Whitman File (AWF)

- Ann Whitman Diary series
- Administration series
- Cabinet series
- DDE Diary series
- Dulles-Herter series
- International series
- International Meetings series (IM)
- Legislative Meetings series
- NSC series
- Name series

White House Office Files

- Cabinet Secretariat, Records, 1953-61
- NSC Staff, Papers, 1948-61
- Office of the Special Assistant for National Security Affairs, Records, 1952-61
- Policy Papers sub-series
- Subject sub-series
- Office of the Special Assistant for Disarmament (Harold Stassen)
- Office of the Staff Secretary, Records 1952-61

White House Central Files (WHCF)

John Foster Dulles Papers

Alfred M. Gruenther Papers

Lauris Norstad Papers

C.D. Jackson Papers

Gordon Gray Papers

Christian M. Herter Papers

Georgetown University Library (GUL), Washington DC

Special Collections Division

John F. Kennedy Library (JFKL), Boston, Massachusetts, USA

National Security Files (NSF)

Countries

Departments and Agencies

Meetings and Memoranda

Regional Security

Oral History Interviews (OHI)

President's Office Files (POF)

Countries

Departments and Agencies

Staff Memoranda

Subjects

Lemnitzer Center for NATO and EU Studies, Kent, Ohio, Library

Library of Congress (LOC), Washington D.C., USA  
Averell Harriman Papers

National Security Archives (NSA), Washington D.C., USA

U.S. National Archives and Records Administration (USNA), College Park, Maryland, USA

RG 59, Records of the Department of State

- Decimal Indexed Central Files (CDF), 1955-63
- Subject-Numeric Indexed Central Files (CDF), 1963
- Lot Files
- Dean Acheson Papers
- Policy Planning Staff Files

RG 84, Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, France, Paris Embassy,

- Classified General Records of the USRO, 1959-61
- RG 218, Records of the Joint Chiefs of Staff
- Joint Chiefs of Staff Chairman's File
- RG 273, Records of the National Security Council

#### *Grossbritannien*

Public Record Office (PRO), Kew Gardens, London

- CAB 128, Cabinet minutes/conclusions
  - CAB 129, Cabinet memoranda
  - CAB 133, Conferences
  - DEFE 8-2065, NATO Reappraisal 1956
- FO 371, Foreign Office correspondence and minute
- FO 800, Private Papers of Foreign Secretaries and Diplomats
- PREM 8, Prime Minister's Office files
- PREM 11, Prime Minister's Office files

University of Birmingham, Birmingham

- Cadbury Research Library, Special Collections: Papers of Sir Evelyn Shuckburgh

#### *Bundesrepublik Deutschland*

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin

- B 14 (Referat 301/IIA7): NATO und Verteidigung
- B 32 (Referat 305/IIA6): USA
- B 40 (Referat IIA3): Ost-West-Beziehungen
- B 43 (Referat II 8): Abrüstung und Sicherheit
- Ministerbüro
- Nachlass Wilhelm Grewe

Bundesarchiv Koblenz

- B 136, Bundeskanzleramt
- N 1239, Nachlass Heinrich von Brentano
- N 1351, Nachlass Herbert Blankenhorn

#### *Niederlande*

Holländisches Nationalarchiv (NLNA), Den Haag

Dirk Stikker Papers

#### *Belgien*

Fondation Paul-Henri Spaak (FPHS), Brüssel

Paul-Henri Spaak Papers

## Veröffentliche Quellen

- Auswärtiges Amt (Hg.). *Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1963*, 3 Bde, hrsg. von Hans-Peter Schwarz. München: Oldenbourg, 1994.
- Auswärtiges Amt (Hg.). *Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1962*, 3 Bde, hrsg. von Horst Möller. München: Oldenbourg, 2010.
- Békés, Csaba, Malcolm Byrne, and Christian Ostermann (eds.). *The Hidden History of Hungary 1956: A Compendium of Declassified Documents*. Washington: National Security Archive, 1996.
- Buchstab, Günter (Bearb.). *Adenauer: 'Wir haben wirklich etwas geschaffen': Die Protokolle des CDU-Vorstandes 1953-57*. Düsseldorf: Droste, 1990.
- Buchstab, Günter (Bearb.). *Adenauer: '... um den Frieden zu gewinnen': Die Protokolle des CDU-Vorstandes 1957-61*. Düsseldorf: Droste, 1994.
- Buchstab, Günter (Bearb.). *Adenauer: 'Stetigkeit in der Politik': Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961-65*. Düsseldorf: Droste, 1998.
- Bundesarchiv (Hg.). *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bde 8-14: 1955-1961*. München: Oldenbourg, 1997-2004. [<http://www.bundesarchiv.de/kabinettsprotokolle>]
- Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.). *Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD)*. Berlin:
- vol. III, Bd 1, 5. Mai bis 31. Dezember 1955 (1961)
  - vol. III, Bd 2, 1. Januar bis 31. Dezember 1956 (1963)
  - vol. III, Bd 3, 1. Januar bis 31. Dezember 1957 (1967)
  - vol. III, Bd 4, 1. Januar bis 9. November 1958 (1969)
  - vol. IV, Bd 1, 10. November 1958 bis 9. Mai 1959 (1971)
  - vol. IV, Bd 2, 9. Mai bis 10. August 1959 (1971)
  - vol. IV, Bd 3, 11. August bis 31. Dezember 1959 (1972)
  - vol. IV, Bd 4, 1. Januar bis 30. Juni 1960 (1972)
  - vol. IV, Bd 5, 1. Juli bis 31. Dezember 1960 (1973)
  - vol. IV, Bd 6, 1. Januar bis 11. August 1961 (1975)
  - vol. IV, Bd 7, 12. August bis 31. Dezember 1961 (1976)
  - vol. IV, Bd 8, 1. Januar bis 31. Dezember 1962 (1977)
  - vol. IV, Bd 9, 1. Januar bis 31. Dezember 1963 (1978)
- Catterall, Peter (ed.). *Harold Macmillan: Diaries: The Cabinet Years, 1950-1957*. London: Macmillan, 2003. ZBZ GN 50043:1.
- Donaghy, Greg (ed.). *Documents on Canadian External Relations (DCER), vol. 21-27 (1955-1960)*. Ottawa, Department of Foreign Affairs and International Trade, 1999-2010. [<http://www.international.gc.ca/departement/history-histoire/dcer/menu-en.asp>] (6.2.2013)
- Eisenhower, Dwight D. *Public Papers of the Presidents of the United States (PPP), 1953-1961*. Washington, DC: Government Printing Office, 1954-1962.
- Gallup Inc. (ed.). *Gallup Poll of Public Opinion, 1935-1971*. Westport, CT: Greenwood, 1972.
- Kennedy, John F. *Public Papers of the Presidents of the United States (PPP), 1961-1963*. Washington, DC: Government Printing Office, 1962-1964.
- Ledwidge, Bernhard (éd.). *De Gaulle et les Américains: Conversations avec Dulles, Eisenhower, Kennedy, Rusk, 1958-1964*. Paris: Flammarion, 1984.
- Ministère des Affaires Étrangères (éd.). *Documents diplomatiques français (DDF)*. Paris: Imprimerie nationale, 1987-1999; Brüssel: Peter Lang, 2000-2001.
- Vol. 3, 1955/I, 1er janvier- 30 juin 1955 (1987)
  - Vol. 4, 1955/I, Annexes (1987)
  - Vol. 5, 1955/II, 1er juillet-31 décembre 1955 (1988)
  - Vol. 6, 1955/II, Annexes (1988)
  - Vol. 7, 1956/I, 1er janvier- 30 juin 1956 (1988)
  - Vol. 8, 1956/II, 1er juillet-23 octobre 1956 (1990)
  - Vol. 9, 1956/III, 24 octobre-31 décembre 1956 (1990)
  - Vol. 10, 1957/I, 1er janvier- 30 juin 1957 (1990)
  - Vol. 11, 1957/II, 1er juillet-31 décembre 1957 (1991)

- Vol. 12, 1958/I, 1er janvier- 30 juin 1958 (1992)  
 Vol. 13, 1958/II, 1er juillet-31 décembre 1958 (1993).  
 Vol. 14, 1959/I, 1er janvier- 30 juin 1959 (1994)  
 Vol. 15, 1959/Annexes (1994)  
 Vol. 16, 1959/II, 1er juillet-31 décembre 1959 (1995).  
 Vol. 17, 1960/I, 1er janvier-30 juin 1960 (1995)  
 Vol. 18, 1960/II, 1er juillet-31 décembre 1960 (1996)  
 Vol. 19, 1961/I, 1er janvier-30 juin 1961 (1997).  
 Vol. 20, 1961/II, 1er juillet-31 décembre 1961 (1998).  
 Vol. 21, 1962/I, 1er janvier-30 juin 1962 (1998).  
 Vol. 22, 1962/II, 1er juillet-31 décembre 1962 (1999).  
 Vol. 23, 1963/I, 1er janvier-30 juin 1963 (2000).  
 Vol. 24, 1963/II, 1er juillet-31 décembre 1963 (2001).  
 Morsey, Rudolf und Konrad Depgen (Hgg.). *Adenauer-Studien III: Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie*. Mainz: Matthias-Grünwald, 1974.  
 National Security Archive (ed.). *The Berlin Crisis, 1958-1962 (NSA: Berlin)*, ed. William Burr. Alexandria, VA: National Security Archive, 1992.  
 NATO Information Service (ed.). *NATO: Basic Documents*. Brussels: NATO, 1989.  
 Pedlow, Gregory W. (ed.). *NATO Strategy Documents, 1949-1969*. Brussels: NATO, 1997.  
 Stevenson, Michael (ed.). *Documents on Canadian External Relations (DCER), vol. 24, 1958, part 1*. Ottawa, Department of Foreign Affairs and International Trade, 2003.  
 U.S. Department of State (ed.). *Documents on Disarmament, 1949-59*. Washington: Government Printing Office, 1960.  
 U.S. Department of State (ed.). *Foreign Relations of the United States (FRUS)*. Washington: Government Printing Office:  
     1952-54. Vol. V: Western European Security (1983)  
     1952-54. Vol. VI: Western Europe and Canada (1987)  
     1955-57. Vol. IV: Western European Security and Integration (1986)  
         1955-57. Vol. V: Austrian State Treaty, Summit and Foreign Ministers Meeting, 1955 (1988)  
     1955-57. Vol. XIX: National Security Policy (1990)  
     1955-57. Vol. XX: Regulations of Armaments and Atomic Energy (1990)  
     1955-57. Vol. XVII: Western Europe and Canada (1992)  
     1958-60. Vol. II: National Security Affairs (2 parts, 1984)  
     1958-60. Vol. VII(1): Western European Integration and Canada (1993)  
     1958-60. Vol. VII(2): Western Europe (1993)  
     1958-60. Vol. VIII: The Berlin Crisis, 1958-59; Foreign Ministers Meeting, 1959 (1993).  
     1958-60. Vol. IX: The Berlin Crisis, 1959-60; Germany; Austria (1993)  
     1952-60. Microfiche Supplement vol. III: National Security Policy; Arms Control (1998)  
     1961-63. Vol. V: Soviet Union (1998)  
     1961-63. Vol. VI: Kennedy-Khrushchev Exchanges (1996)  
     1961-63. Vol. VII: Arms Control and Disarmament (1995)  
     1961-63. Vol. VIII: National Security Policy (1996)  
     1961-63. Vol. XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath (1997)  
     1961-63. Vol. XIII: Western Europe and Canada (1994)  
     1961-63. Vol. XIV: Berlin Crisis 1961-62 (1993)  
     1961-63. Vol. XV: Berlin Crisis 1962-63 (1994)  
         1961-63. Microfiche Supplement vol. VII/VIII/IX: Arms Control, National Security; Foreign Economic Policy (1997)  
         1961-63. Microfiche Supplement X/XI/XII: American Republics, Cuba 1961-1962, Cuban Missile Crisis and Aftermath (1998)  
     1961-63. Microfiche Supplement XIII/XIV/XV: Western Europe, Berlin (1995).  
 Volle, Hermann / Claus-Jürgen Duisberg. *Probleme der internationalen Abrüstung: Die Bemühungen der Vereinten Nationen um internationale Abrüstung und Sicherheit, 1945-61*. Frankfurt: Metzner, 1964.



## Bibliographien

- Gordon, Collin (compiler). *The Atlantic Alliance: A Bibliography*. London: F. Pinter, 1978.  
 Library of the United States Air Force Academy (compiler). *NATO at 40 Years: A Critical Assessment*. (Special Bibliography Series; 78). Colorado Springs, CO: U.S. Air Force Academy Library, 1989.  
 North Atlantic Treaty Organization (compiler). *Bibliography*. Paris: NATO-OTAN, 1967.  
 Williams, Phil (compiler). *North Atlantic Treaty Organization*. New Brunswick: Transaction Publishers, 1994.  
 Zeeman, Bert. „The Origins of NATO: An International Bibliography.“ *Bulletin of Bibliography* 47, no. 4 (December 1990).

## Memoiren, Briefe, Gespräche, Tagebücher, Biographien

- Adenauer, Konrad. *Erinnerungen*.  
 Bd. 3: 1955-1959. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1967  
 Bd. 4: 1959-1963 (Fragmente). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1968.  
 Alphand, Hervé. *L'étonnement d'être: Journal 1939-73*. Paris: Fayard, 1977.  
 Ambrose, Stephen E. *Eisenhower: The President*, 2 vols. London: Allen & Unwin, 1983-84.  
 Ball, George W. *The Past Has Another Pattern*. New York: Norton, 1982.  
 Baring, Arnulf (Hg.). 'Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!' *Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer, 1949-1964*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1974.  
 Beisner, Robert L. *Dean Acheson: A Life in the Cold War*. New York: Oxford University Press, 2006.  
 Blankenhorn, Herbert. *Verständnis und Verständigung: Blätter eines politischen Tagebuches 1949 bis 1979*. Frankfurt-Wien-Berlin: Propyläen, 1980.  
 Bohlen, Charles E. *Witness to History, 1929-1969*. New York: Norton, 1973.  
 Brinkley, Douglas G. (ed.). *Dean Acheson and the Making of U.S. Foreign Policy*. New Haven: Yale University Press, 1992.  
 Brinkley, Douglas G. *Dean Acheson: The Cold War Years, 1953-1971*. New Haven: Yale University Press, 1993.  
 Brosio, Manlio. „Consultation and the Atlantic Alliance.“ *Survival* 16, no. 3 (1974): 115-121.  
 Bundy, McGeorge. *Danger and Survival: Choices about the Bomb in the First Fifty Years*. New York: Vintage Books, 1988.  
 Burgess, W. Randolph and James Robert Huntley. *Europe and America: The Next Ten Years*. New York: Walker, 1970.  
 Burlatsky, Fedor. *Khrushchev and the First Russian Spring: The Era of Khrushchev Through the Eyes of His Advisor*, trans. Daphne Skillen. London: Weidenfeld & Nicolson, 1991.  
 Carlton, David. *Anthony Eden: A Biography*. London: A. Lane, 1981.  
 Cleveland, Harlan. *NATO: The Transatlantic Bargain*. New York: Harper & Row, 1970.  
 Cohen, Warren I. *Dean Rusk*. Totowa, NJ: Cooper Square Publishers, 1980.  
 Couve de Murville, Maurice. *Aussenpolitik 1958-1969*. München: Weltforum, 1973. (Originalausgabe: *Une politique étrangère, 1958-1969*. Paris: Plon, 1971.)  
 de Gaulle, Charles. *Discours et messages: Avec le Renouveau, mai 1958-juillet 1962*. Paris: Plon, 1970.  
 de Gaulle, Charles. *Discours et messages: Pour l'effort, août 1962-décembre 1965*. Paris: Plon, 1970.  
 de Gaulle, Charles. *Lettres, notes et carnets, janvier 1961-décembre 1963*. Paris: Plon, 1986.  
 de Gaulle, Charles. *Lettres, notes et carnets, juin 1958-décembre 1960*. Paris: Plon, 1985.  
 de Gaulle, Charles. *Memoiren der Hoffnung: Die Wiedergeburt, 1958-1962*. Wien-München-Zürich: Molden Verlag, 1971.  
 Dobrynin, Anatoly. *In Confidence: Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents*. New York: Times Books, 1995.  
 Dumoulin, Michel. *Spaak*. Bruxelles, Editions Racine, 1999..

- Dutton, David. *Anthony Eden: A Life and a Reputation*. London: Arnold, 1997.
- Eckardt, Felix von. *Ein unordentliches Leben: Lebenserinnerungen*. Düsseldorf, Wien: Econ, 1967.
- Eden, Anthony. *Full Circle: The Memoirs of Anthony Eden*. Boston: Houghton Mifflin, 1960.
- Eisenhower, Dwight D. *The White House Years: Mandate for Change, 1953-1956*. New York: Doubleday, 1963.
- Eisenhower, Dwight D. *Waging Peace, 1956-1961*. Garden City, New York: Doubleday, 1965.
- Fauré, Edgar. *Mémoires*. 2 vols. Paris: Plons, 1982-84.
- Frank, Mario. *Walter Ulbricht: Eine deutsche Biographie*. Berlin: Siedler, 2001.
- Gotto, Klaus (Hg.). *Adenauer-Studien, Bd 3: Untersuchungen zur Ostpolitik und Biographie*, hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen. Mainz: Matthias Grünewald, 1974.
- Grewe, Wilhelm G. *Rückblenden 1976-1951: Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Aussenpolitik von Adenauer bis Schmidt*. Frankfurt a.M.: Propyläen, 1979.
- Gromyko, Andrei. *Memories*. New York: Doubleday, 1989.
- Horne, Alistair. *Macmillan, 1957-1986: Volume II of the Official Biography*. London: Macmillan, 1989.
- Ismay, Lord Lionel H. *NATO: The First Five Years, 1949-54*. Paris: NATO, 1956.
- Ismay, Lord Lionel H. *The Memoirs of General Lord Ismay*. London: Heinemann, 1960.
- Jordan, Robert S. *Norstad: Cold War NATO Supreme Commander: Airman, Strategist, Diplomat*. New York: St. Martin's Press, 2000.
- Keil, Rolf-Dietrich. *Mit Adenauer in Moskau: Erinnerungen eines Dolmetschers*. Bonn: Bouvier, 1997.
- Kennan, George F. *Memoirs, 1950-1963*. Boston: Little, Brown, 1973.
- Khrushchev, Nikita S. *Khrushchev Remembers*, transl. and ed. Strobe Talbott. Boston: Little, Brown, 1970.
- Khrushchev, Nikita S. *Khrushchev Remembers: The Glasnost Tapes*. Trans. and ed. by Jerrold L. Schecter and Vyacheslav V. Luchkov. Boston: Little, Brown, 1990.
- Kistiakowsky, George. *A Scientist at the White House: The Private Diary of President Eisenhower's Special Assistant for Science and Technology*. Cambridge: Harvard University Press, 1976.
- Köhler, Henning. *Adenauer: Eine politische Biographie*. Frankfurt, Berlin: Ullstein, 1994.
- Kroll, Hans. *Lebenserinnerungen eines Botschafters*. Köln, Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1967.
- Krone, Heinrich. „Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik, 1954-1959.“ In *Konrad-Adenauer-Studien, vol. III*, hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen. Mainz: Matthias-Grünewald-Verlag, 1974. 134-201.
- Krone, Heinrich. *Tagebücher*, Bd. 1, 1945-1961, bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf: Droste, 1995.
- Krone, Heinrich. *Tagebücher*, Bd. 2, 1961-1963, bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf: Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 2003.
- Lacouture, Jean. *de Gaulle*, vol. 2: The Ruler 1945-1970. New York: Norton, 1991.
- Lacouture, Jean. *Pierre Mendès-France*. Paris: Seuil, 1981.
- Lange, Halvard. „NATO and East-West Relations.“ *NATO Letter* 8, no. 9 (1960): 1ff.
- Lankford, N. D. *The Last American Aristocrat: The Biography of Ambassador David K.E. Bruce, 1898-1977*. New York: Little, Brown, 1996.
- Macmillan, Harold. *Memoirs*, Bd. IV: *Riding the Storm 1956-1959*. New York: Harper & Row 1971; Bd. V: *Pointing the Way 1959-1961*. New York: Harper & Row, 1972; Bd. VI: *At the End of the Day 1961-1963*. New York: Harper & Row, 1973.
- Mendès-France, Pierre. *Oeuvres complètes*, vol. 3: *Gouverner, c'est choisir*. Paris: Editions Gallimard, 1986.
- Moch, Jules. *Une si longue vie*. Paris: Laffont, 1976.
- Murphy, Robert. *Diplomat Among Warriors*. Garden City, NY: Doubleday, 1964.
- Nitze, Paul. *From Hiroshima to Glasnost: At the Center of Decision: A Memoir*. New York: Grove Weidenfeld, 1989.
- Nutting, Anthony. *Europe Will Not Wait*. London: Hollis & Carter, 1960.

- Pearson, Jonathan. *Sir Anthony Eden and the Suez Crisis: Reluctant Gamble*. Basingstoke: Palgrave, 2003.
- Pearson, Lester B. *Memoirs, vol. 2: The International Years, 1948-1957*. Toronto: University of Toronto Press, 1974.
- Peyrefitte, Alain. *C'était de Gaulle I*. Paris: Fayard, 1994. GP 30254.
- Peyrefitte, Alain. *C'était de Gaulle II*. Paris: Fayard, 1997.
- Radford, Arthur W. *From Pearl Harbor to Vietnam: The Memoirs of Admiral Arthur W. Radford*, ed. Stephen Jurika Jr. Stanford, CA: Stanford University Press, 1980.
- Reid, Escott. *Time of Fear and Hope*. Toronto: McClellan and Stewart, 1977.
- Resis, Albert (ed.). *Molotov Remembers: Inside Kremlin Politics: Conversations with Felix Chuev*. Chicago: I.R. Dee, 1993.
- Roberts, Frank. *Dealing with Dictators: The Destruction and Revival of Europe 1930-1970*. London: Weidenfeld and Nicolson, 1991.
- Roussell, Eric. *Charles de Gaulle*. Paris: Gallimard, 2002.
- Rusk, Dean. *As I Saw It*. New York, London: W. W. Norton, 1990.
- Schlesinger, Arthur M., Jr. *A Thousand Days: John F. Kennedy in the White House*. New York: Fawcett, 1965.
- Schwarz, Hans-Peter. *Adenauer, Bd II: Der Staatsmann, 1952-1967*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1991.
- Seydoux, François. *Beiderseits des Rheins*. Frankfurt: Societaets, 1975.
- Seydoux, François. *Botschafter in Deutschland*. Frankfurt: Societaets, 1978.
- Shuckburgh, Evelyn. „Why NATO Is Necessary.“ *NATO Letter* 8, no. 7 (1960): 1-7.
- Sorensen, Theodore C. *Kennedy*. New York: Harper & Row, 1965.
- Spaak, Paul-Henri. „Boldness Is All.“ *NATO Letter* 9, no. 1 (1961): 1-7.
- Spaak, Paul-Henri. *Memoiren eines Europäers*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1969. (Originalausgabe: *Combats inachevés*. 2 vols. Paris: Fayard, 1969.
- Stikker, Dirk U. *Bausteine für eine neue Welt: Gedanken und Erinnerungen an schicksalshafte Nachkriegsjahre*. Wien/Düsseldorf: Econ, 1966. (Originalausgabe: *Men of Responsibility: A Memoir*. New York: Harper&Row, 1966).
- Thorpe, D. R. *Eden: The Life and Times of Anthony Eden, First Earl of Avon, 1897-1977*. London: Chatto & Windus, 2003.
- Truman, Harry S. *Years of Trials and Hope*. Doubleday: Garden City, 1956.
- Zeiler, Thomas. *Dean Rusk: Defending the American Mission Abroad*. Wilmington, DE: Scholarly Resources, 2000.

## Darstellungen, Aufsätze

- Abelshauser, Werner L. „The Causes and Consequences of the 1956 West German Rearmament Crisis.“ In *NATO: The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe*, ed. Francis H. Heller, John R. Gillingham. Basingstoke: Macmillan, 1992. 311-334.
- Acheson, Dean. „One of Our Firemen Is Resigning.“ *Atlantic Community Quarterly* 4 (1966): 160-65.
- Adomeit, Hannes. *Imperial Overstretch: Germany in Soviet Policy from Stalin to Gorbachev: An Analysis Based on New Archival Evidence, Memoirs, and Interviews*. Baden-Baden: Nomos, 1998.
- Albrecht, Andrzej. *The Rapacki Plan: New Aspects*. Warsaw: Zachodnia Agencja Prasowa, 1963.
- Ashton, Nigel John. *Kennedy, Macmillan and the Cold War: The Irony of Interdependence*. London: Palgrave Macmillan, 2000.
- Ashton, R. A. *In Search of Détente: The Politics of East-West Relations since 1945*. Basingstoke: Macmillan, 1989.
- Ball, George W. „Atlantische Partnerschaft im Werden.“ *Europa-Archiv* 8 (1962): 251-262.
- Ball, Simon J. „Military Nuclear Relations between the United States and Great Britain Under the Terms of the McMahon Act, 1946-1958.“ *Historical Journal* 38, No. 2 (1995): 439-454.

- Bange, Oliver. *The EEC Crisis of 1963: Kennedy, Macmillan, de Gaulle and Adenauer in Conflict*. Houndsmille, Basingstoke: Macmillan, 2000.
- Barbier, Colette. "French Policy Aims at Geneva." In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, eds. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 97-116.
- Barbier, Colette. "Les négociations franco-germano-italienne en vue de l'établissement d'une coopération militaire nucléaire au cours des années 1956-1958." *Revue d'histoire diplomatique* 104 (1990): 81-113.
- Baum, Keith. "Treating the Allies Properly: The Eisenhower Administration, NATO, and the Multilateral Force." *Presidential Studies Quarterly* 13 (1983): 85-97.
- Baylis, John. *Ambiguity and Deterrence: British Nuclear Strategy, 1945-1964*. (Nuclear History Program; 4). Oxford: Clarendon, 1995.
- Beaufre, André. *L'OTAN et l'Europe*. Paris: Calmann-Levy, 1966.
- Bechhoefer, Bernard G. *Postwar Negotiations for Arms Control*. Washington: Brookings, 1961.
- Becker, Kurt. „Die Krise im Atlantischen Bündnis.“ *Die Internationale Politik* (1962): 47-63.
- Beer, Francis A. *Integration and Disintegration in NATO: Processes of Alliance Cohesion and Prospects for Atlantic Community*. Columbus: Ohio State University Press, 1969.
- Békés, Csaba. *The 1956 Hungarian Revolution and World Politics*. Washington: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 1996. (= Cold War International History Project Working Paper, no. 16).
- Bell, Coral. *Negotiations from Strength: A Study in the Politics of Power*. New York: Knopf, 1963.
- Berdal, Mats. *The United States, Norway, and the Cold War, 1954-60*. London: Macmillan, 1997.
- Beschloss, Michael R. *Mayday: Eisenhower, Khrushchev and the U-2 Affair*. New York: Harper, 1986.
- Beschloss, Michael R. *The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev, 1960-1963*. New York: Edward Burlingame, 1991.
- Besson, Waldemar. *Die Aussenpolitik der Bundesrepublik; Erfahrungen und Massstäbe*. München: Piper, 1970.
- Betts, Richard K. *Nuclear Blackmail and Nuclear Balance*. Washington: Brookings, 1987.
- Bischof, Günter and Saki Dockrill (eds.). *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000.
- Bischof, Günter and Steven Ambrose (eds.). *Eisenhower: A Centenary Assessment*. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1995. FSK SP 2-895.
- Bischof, Günter. "The Anglo-American Powers and Austrian Neutrality, 1953-1955." *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs XLII* (1992): 368-393.
- Bischof, Günter. "The Making of the Austrian Treaty and the Road to Geneva." In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, eds. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 117-160.
- Bland, Douglas L. *The Military Committee of the North Atlantic Alliance: A Study of Structure and Strategy*. New York: Praeger, 1991.
- Blasius, Rainer A. „In heikler Mission: Die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington, 1955-1968.“ In *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945-1968*, ed. Detlef Junker. Stuttgart: DVA, 2001. 248-259.
- Bloomfield, Lincoln P. et. al. *Khrushchev and the Arms Race: Soviet Interest in Arms Control and Disarmament, 1954-1964*. Cambridge, MA: MIT Press, 1966. SL 35081.
- Bonwetsch, Bernd. „Aussenbeziehungen als Innenpolitik: Zur Rolle auswärtiger Beziehungen für die innere Machttrivalität in der Sowjetunion 1953-63.“ *Deutsche Studien* 20 (1982): 3-25.
- Bossuat, Gérard. „France and the Leadership of the West in the 1950s: A Story of Disenchantment.“ In *Securing Peace in Europe, 1945-62: Thoughts for the Post-cold War Era*, ed. Beatrice Heuser and Robert O'Neill. New York: St. Martin's Press, 1992. 105-124.
- Botti, Timothy. *The Long Wait: The Forging of the Anglo-American Nuclear Alliance, 1945-58*. New York: Greenwood Press, 1987.

- Boulton, J.W. „NATO and the MLF.“ *Journal of Contemporary History* 7, no. 3/4 (July-October 1972): 275-294.
- Bozo, Frédéric. „Détente versus Alliance: France, the United States, and the Politics of the Harmel Report (1964-1968).“ *Contemporary European History* 7, no. 3 (1998): 343-360.
- Bozo, Frédéric. *Two Strategie for Europe: De Gaulle, the United States, and the Atlantic Alliance*. Lanham: Rowman & Littlefield, 2001. (Originalausgabe: *Deux stratégies pour l'Europe: De Gaulle, les Etats-Unis et l'Alliance atlantique 1958-1969*. Paris: Plon, 1996).
- Bozo, Frédéric et al. (eds.). *Visions of the End of the Cold War in Europe, 1945-1990*. New York: Berghahn, 2012.
- Brands, Henry W. *Cold Warriors: Eisenhower's Generation and American Foreign Policy*. New York: Columbia University Press, 1988.
- Bremen, Christian. „Eisenhower und Chruschtschow in Camp David.“ In *Begegnung zweier Kontinente*, ed. Ralph Dietl und Franz Knipping. Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier, 1999. 145-169.
- Bremen, Christian. *Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlinkrise, 1958-61*. Berlin: Walter de Gruyter, 1998.
- Brinkley, Douglas and Richard T. Griffiths (eds.). *John F. Kennedy and Europe*. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1999.
- Brügel, J. W. „Die britische Haltung zum Disengagement seit der Suez- und Ungarnkrise.“ *Europa-Archiv* 14 (1959): 65-80.
- Buchan, Alastair. *NATO in the 1960's: The Implications of Interdependence*. London: Chatto & Windus, 1963.
- Buda, Dirk. *Ostpolitik à la française: Frankreichs Verhältnis zur UdSSR von de Gaulle zu Mitterand*. Marburg: Verlag Arbeit und Gesellschaft, 1990.
- Buffet, Cyril. „De Gaulle, the Bomb and Berlin: How to Use a Political Weapon.“ In *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002. 73-95.
- Buffet, Cyril. „La politique nucléaire de la France et la seconde crise de Berlin 1958-62.“ *Relations Internationales* 59 (1989): 347-358.
- Bundy, McGeorge. „The Presidency and the Peace.“ *Foreign Affairs* 42, no. 3 (1964): 353-365.
- Bundy, McGeorge. *Danger and Survival: Choices about the Bomb in the First Fifty Years*. New York: Random House, 1988.
- Burk, Kathleen and Melvyn Stokes (eds.). *The U.S. and the European Alliance since 1945*. Oxford: Berg, 1999.
- Buteux, Paul. *The Politics of Nuclear Consultation in NATO, 1965-1980*. Cambridge: Cambridge University Press, 1983.
- Buteux, Paul. „NATO and the Evolution of Canadian Defence and Foreign Policy“, in *Canada's International Security Policy*, ed. David B. Dewitt and David Leyton-Brown. Scarborough: Prentice Hall, 1995. 153-170.
- Cabalo, Thorsten. „Eine Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa? Pläne für eine regionale Entspannung in Europa vom Ungarn-Aufstand bis zum Teststoppabkommen (1956-1962).“ In *Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft: Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika, 1955-1963*, hrsg. von Gustav Schmidt. Bochum: Brockmeyer, 1995. 81-140.
- Cabalo, Thorsten. *Politische Union Europas, 1956-1963*. Köln, PapyRossa, 1999.
- Calandri, Elena. „La détente et la perception de l'Union Soviétique chez les décideurs français du printemps 1955 à fevrier 1956.“ *Relations Internationales* 73 (Summer 1993): 176-177.
- Calleo, David P. „The Alliance: An Enduring Relationship?“ *SAIS Review* 4 (Summer 1982): 27-39.
- Carlton, David. „Grossbritannien und die Gipfeldiplomatie 1953-55.“ In *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-56*, hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann. Boppard a. Rh.: H. Boldt, 1988. 51-69.
- Cerny, Karl H. and Henry W. Briefs (eds.). *NATO in Quest of Cohesion*. New York: Praeger, 1965.

- Challener, Richard. "Dulles and De Gaulle." In *De Gaulle and the United States: A Centennial Reappraisal*, ed. Robert O. Paxton and Nicholas Wahl. Oxford: Berg, 1994. 143-168.
- Chang, Gordon H. *Friends and Enemies: The United States, China, and the Soviet Union, 1948-1972*. Stanford: California University Press, 1990.
- Chernoff, Fred. *After Bipolarity*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 1994.
- Christian Greiner, Klaus Maier, und Heinz Rebhan. *Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949-1959*. München: Oldenbourg, 2003. (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956; Bd 4).
- Clark, Ian and David Angell. "Britain, the United States and the Control of Nuclear Weapons: The Diplomacy of the Thor Deployment 1956-1958." *Diplomacy & Statecraft* 2, no. 3 (1991): 153-177.
- Clark, Ian. *Nuclear Diplomacy and the Special Relationship: Britain's Deterrent and America, 1957-1962*. Oxford: Clarendon, 1994.
- Conze, Eckard. "No Way Back to Potsdam." In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, eds. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 190-214.
- Conze, Eckard. „La coopération franco-germano-italienne dans le domaine nucléaire dans les années 1957-1958: Un point de vue allemand.“ *Revue d'histoire diplomatique* 104 (1990): 115-132.
- Costigliola, Frank. "Kennedy, De Gaulle, and the Challenge of Consultation." In *De Gaulle and the United States: A Centennial Reappraisal*, ed. Robert O. Paxton and Nicholas Wahl. Oxford: Berg, 1994. 169-194.
- Costigliola, Frank. "Kennedy, the European Allies, and the Failure to Consult." *Presidential Studies Quarterly* 110, no. 1 (1995): 105-123.
- Costigliola, Frank. "The Failed Design: Kennedy, de Gaulle, and the Struggle for Europe." *Diplomatic History* 8, no. 3 (1984): 227-251.
- Costigliola, Frank. *France and the United States: The Cold Alliance Since World War II*. New York: Twayne, 1992.
- Cottrell, Alvin J. and James E. Dougherty. *The Politics of the Atlantic Alliance*. New York: Praeger, 1964.
- Craig, Campbell. *Destroying the Village: Eisenhower and Thermonuclear War*. New York: Columbia University Press, 1998.
- Craig, Gordan A. and Francis L. Loewenheim (eds.). *The Diplomats, 1939-1979*. Princeton: Princeton University Press, 1994.
- Cronin, Audrey Kurth. *Great Power Politics and the Struggle Over Austria, 1945-55*. Ithaca: Cornell University Press, 1986.
- Crozier, Brian. *de Gaulle, vol. 2: The Statesman*. London: E. Methuen, 1973.
- Czempiel, Ernst-Otto. „Auf der Suche nach neuen Wegen: Die deutsch-französischen Beziehungen, 1961-69.“ In *Die USA und die deutsche Frage, 1945-90*, hrsg. von Wolfgang-Uwe Friedrich. Frankfurt: Campus, 1991. 167-193.
- Dalleck, Robert. *An Unfinished Life: John F. Kennedy, 1918-1963*. Boston: Little, Brown, 2003.
- Daum, Andreas. *Kennedy in Berlin: Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg*. Paderborn: Schöningh, 2003.
- De Rose, François. *La Troisième Guerre Mondiale n'a pas eu lieu: L'Alliance atlantique et la paix*. Paris: Desclée de Brouwer, 1995.
- Déloge, Pascal. „Belgium, the Benelux Countries, the German Question and the Geneva Summit (July 1955).“ *Belgisch Tijdschrift voor Nieuwste Geschiedenis* 27, no. 1/2 (1997), 187-210.
- DePorte, Anton W. „NATO and Détente: Cycles in History.“ In *NATO after Forty Years*, ed. Lawrence Kaplan et al. Wilmington: Scholarly Resources, 1990. 181-202.
- Dietl, Ralph und Franz Knipping (Hgg.). *Begegnung zweier Kontinente: Die Vereinigten Staaten und Europa seit dem Ersten Weltkrieg*. Trier: Wissenschaftlicher Verlag Trier, 1999.

- Divine, Robert A. „Eisenhower, Dulles and the Nuclear Test Ban Issue: Memorandum of a White House Conference, 24 March 1958.“ *Diplomatic History* 2, no. 3 (Summer 1978): 321-330.
- Divine, Robert A. *The Sputnik Challenge*. New York: Oxford University Press, 1993.
- Dockrill, Michael L. "Restoring the 'Special Relationship': The Bermuda and Washington Conferences, 1957." In *Decisions and Diplomacy: Studies in Twentieth Century International History*, eds. D. Richardson and Glyn Stone. London: Routledge, 1995. 138-182.
- Dockrill, Saki (ed.). *Controversy and Compromise: Alliance Politics between Great Britain, Federal Republic of Germany, and the United States of America, 1945-1967*. Bodenheim: Philo, 1998.
- Dockrill, Saki. "Cooperation and Suspicion: The United States' Alliance Diplomacy for the Security of Western Europe, 1954-55." *Diplomacy and Statecraft* 5 (1994): 138-182.
- Dockrill, Saki. "Retreat from the Continent? Britain's Motives for Troop Reductions in West Germany, 1955-58." *Journal of Strategic Studies* 20, no. 3 (1997): 45-70.
- Dockrill, Saki. "The Eden Plan and European Security." In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, eds. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 161-189.
- Dockrill, Saki. „'No Troops, Please. We Are American': The Diplomacy of Burden-Sharing in the Case of the Radford Plan, 1956.“ In *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, hrsg. von Hans-Joachim Harder. München: Oldenbourg, 2000. 121-135.
- Dockrill, Saki. *Eisenhower's New-Look National Security Policy, 1953-61*. Basingstoke: Macmillan, 1996.
- Donaghy, Greg. „Domesticating NATO: Canada and the North Atlantic Alliance, 1963-68.“ *International Journal* 52, no. 3 (1997): 445-464.
- Donovan, John C. *The Cold Warriors: A Policy-Making Elite*. Lexington, MA: D. C. Heath and Company, 1974.
- Duffield, John S. *Power Rules: The Evolution of NATO's Conventional Force Posture*. Stanford, CA: Stanford University Press, 1995.
- Dülffer, Jost. „No More Potsdam! Konrad Adenauer's Nightmare and the Basis of His International Orientation.“ *German Politics and Society* 25, no. 2 (2007), 19-42.
- Dunn, David H. (ed.). *Diplomacy at the Highest Level: The Evolution of International Summitry*. Basingstoke: Macmillan, 1996.
- Edmonds, Anthony O. and E. Bruce Geelhoed. *Eisenhower, Macmillan and Allied Unity, 1957-61*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 2003.
- Egorova, Natalya. „The Soviet Disarmament Proposals and Khrushchev's Armed Force Reduction.“ In *Peaceful Coexistence? The Soviet Union and Sweden in the Khrushchev Era*, ed. by Helene Carlback, Alexey Komarov, and Karl Molin. Moscow: Institute for Universal History, 2010. 45-64
- Ehlert, Hans et al. (eds.). *Die NATO-Option*. (Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, 1945-1956; 3). München: Oldenbourg, 1993.
- Eibl, Franz. *Politik der Bewegung: Gerhard Schröder als Aussenminister, 1961-1966*. München: Oldenbourg, 2001.
- Eustace, Marilyn D. *Canada's Participation in Political NATO*. Kingston, Ontario: Centre for International Relations, Queen's University, 1976.
- Evangelista, Matthew A. "Why Keep Such An Army? Khrushchev's Troop Reductions." (Cold War International History Project Working Paper; 19). Washington: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 1997.
- Evangelista, Matthew A. *Unarmed Forces: The Transnational Movement to End the Cold War*. Ithaca: Cornell University Press, 1999.
- Evangelista, Matthew. „Cooperation Theory and Disarmament: Negotiations in the 1950s.“ *World Politics* 42 (1989-90): 502-528.
- Fedder, Edwin. *NATO and Détente*. St. Louis: Center for International Studies, University of Missouri, 1979.

- Felken, Detlef. *Dulles und Deutschland: Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-1959*. Bonn: Bouvier, 1993.
- Finletter, Thomas K. *Foreign Policy: The Next Phase*. New York: Harper, 1958.
- Forndran, Erhard. „Kontroversen über die Rüstungskontrollpolitik.“ In *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945-1968*, ed. Detlef Junker. Stuttgart: DVA, 2001. 375-386.
- Freedman, Lawrence. „Berlin and the Cold War.“ In *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, ed. John P.S. Gearson and Kori Schake. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002. 1-9.
- Freedman, Lawrence. *Kennedy's Crisis Years: Berlin, Cuba, Laos, and Vietnam*. New York: Oxford University Press, 2000.
- Freiberger, Thomas. *Allianzpolitik in der Suezkrise*. Bonn: Bonn University Press, 2013.
- Fritsch-Bournazel, Renata. „Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik im Zeichen der Genfer Gipfelkonferenz von 1955.“ In *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-56*, hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann. Boppard a. Rh.: H. Boldt, 1988. 71-92.
- Froman, Michael B. *The Development of the Idea of Détente: Coming to Terms*. New York: St. Martin's Press, 1991.
- Frydenlund, Knut. „Thirty Years of Political Cooperation.“ *NATO Review* 34, no. 6 (December 1986): 1.
- Furniss, Edgar Jr. *The Western Alliance: Its Status and Prospects*. Columbus: Ohio State Press, 1965.
- Fursenko, Alexsandr and Timothy Naftali. *Khrushchev's Cold War: The Inside Story of an American Adversary*. New York: W.W. Norton, 2006.
- Gaddis, John Lewis et al. (eds.). *Cold War Statesmen Confront the Bomb: Nuclear Diplomacy since 1945*. New York: Oxford University Press, 1999.
- Gaddis, John Lewis. „The Unexpected John Foster Dulles: Nuclear Weapons, Communism and the Russians.“ In *John Foster Dulles and the Diplomacy of the Cold War*, ed. Richard Immerman. Princeton: Princeton University Press, 1990. 47-78.
- Gaddis, John Lewis. *Strategies of Containment: A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*. New York: Oxford University Press, 1982.
- Gaddis, John Lewis. *The Long Peace: Inquiries into the History of the Cold War*. New York: Oxford University Press, 1987.
- Gaddis, John Lewis. *We Now Know: Rethinking Cold War History*. New York: Oxford University Press, 1997.
- Gala, Marilena. „The Multilateral Force: A Brief History of the American Efforts to Maintain the Status Quo within the Atlantic Alliance.“ *Storia delle Relazioni Internazionali* 13, no. 1 (1998): 121-149.
- Gala, Marilena. *Il paradosso nucleare: il Limited Test Ban Treaty come primo passo verso la distensione*. Firenze: Ed. Polistampa, 2002.
- Garthoff, Raymond L. „Berlin 1961: The Record Corrected.“ *Foreign Policy* 84 (1991): 142-156.
- Gasteyger, Curt. *The American Dilemma: Bipolarity or Alliance Cohesion*. (Adelphi Papers; 24). London: Institute for Strategic Studies, 1966.
- Gearson, John P. S. „Britain and the Berlin Wall Crisis, 1958-62.“ In *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002. 43-72.
- Gearson, John P. S. and Kori Shake (eds.). *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*. Houndmills: Palgrave-Macmillan, 2003.
- Gearson, John P. S. *Kennedy, Macmillan, and the Berlin Wall Crisis 1958-1962: The Limits of Interests and Forces*. New York: St. Martin's Press, 1998.
- Geelhoed, E. Bruce and Anthony O. Edwards. *Eisenhower, Macmillan, and Allied Unity, 1957-61*. Basingstoke: Palgrave, 2002.
- Gehler, Michael. „State Treaty and Neutrality: The Austrian Solution of 1955 As a ‚Model‘ for Germany?“ *Contemporary Austrian Studies* III (1995): 39-78.



- Gellner, John. *Canada in NATO*. Toronto: Ryerson Press, 1970.
- von Gersdorff, Gero. *Die Gründung der Nordatlantischen Allianz*. München: Oldenbourg, 2009.
- Giauque, Jeffrey Glen. *Grand Designs and Visions of Unity: The Atlantic Powers and the Reorganization of Western Europe, 1955-1963*. Chapel Hill: University of North Carolina Press, 2002.
- Gilbert, Martin. *Never Despair: Winston S. Churchill, 1945-1965*. London: Heinemann, 1988.
- Gillingham, John. „The Nature of an Alliance: A Summation.“ In *Das Nordatlantische Bündnis 1949-1956*, hrsg. Norbert Wiggershaus und Klaus A. Maier. München: Oldenbourg, 1993. 293-310.
- Girault, René (éd.). *Pierre Mendès-France et le rôle de la France dans le monde*. Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble, 1991.
- Girault, René. „La France dans les rapports est-ouest au temps de la présidence de Pierre Mendès France.“ In *Pierre Mendès-France et le rôle de la France dans le monde*, éd. René Girault. Grenoble: Presses Universitaires de Grenoble, 1991. 251-260.
- Gjiswit, Thomas. „An Atlantic Partnership? The Bilderberg Group and the Debate on NATO's Future.“ In *NATO in the 1960s: Challenges beyond Deterrence*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist and Anna Locher (London: Routledge, 2007), 50-63.
- Glazov, Jamie. *Canadian Policy toward Khrushchev's Soviet Union*. Montreal: McGill-Queen's University Press, 2002.
- Goduti, Philip A. *Kennedy's Kitchen Cabinet and the Pursuit of Peace: The Shaping of American Foreign Policy, 1961-1963*. Jefferson, NC: McFarland, 2009.
- Gönlübol, Mehmet. „NATO and Turkey: An Overall Appraisal.“ *Turkish Yearbook of International Relations*. Ankara: Üniversitesi, 1982.
- Gossel, Daniel. *Briten, Deutsche und Europa: Die deutsche Frage in der britischen Aussenpolitik, 1945-1962*. Stuttgart: Steiner, 1999.
- Gotto, Klaus. „Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, 1954-63.“ In *Adenauer-Studien, vol. III*, hrsg. von Rudolf Morsey und Konrad Repgen. Mainz: Matthias-Grünwald-Verlag, 1974. 3-92.
- Gray, William Glenn. *Germany's Cold War: The Global Campaign to Isolate East Germany, 1949-1969* (The New Cold War History). Chapel Hill: University of North Carolina Press, 2003.
- Greenstein, Fred. *The Hidden-Hand Presidency: Eisenhower as Leader*. New York: Basic, 1982.
- Greenwood, Sean. *Britain and the Cold War, 1945-1991*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 2000.
- Haftendorn, Helga, Robert O. Keohane, and Celeste A. Wallander (eds.). *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*. New York: Clarendon Press, 1999.
- Haftendorn, Helga. „Das institutionelle Instrumentarium der Aliierten Vorbehaltsrechte: Politikoordination zwischen den Drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland.“ In *--die volle Macht eines souveränen Staates--: Die alliierten Vorbehaltsrechte als Rahmenbedingungen westdeutscher Aussenpolitik 1949-1990*, hg. von Helga Haftendorn und Henning Riecke. Baden-Baden: Nomos, 1996. 37-80.
- Haftendorn, Helga. „Das Projekt einer multilateralen NATO-Atomstreitkraft (MLF): Vademecum für die Glaubwürdigkeit der nuklearen Strategie? Das 'Nukleare Patt' und die Zweifel an der Glaubwürdigkeit der nuklearen Abschreckung.“ *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 54, No. 2 (1995): 417-451.
- Haftendorn, Helga. „The 'Quad': Dynamics of Institutional Change.“ In *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*, ed. Helga Haftendorn, Robert O. Keohane and Celeste A. Wallander. Oxford: Oxford University Press, 1999. 162-194.
- Hammerich, Helmut R. „'Operation Wise Men': The Temporary Council Committee und die Geburt der NATO im Jahre 1952.“ In *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, hrsg. von Hans-Joachim Harder. München: Oldenbourg, 2000. 137-152.

- Hammerich, Helmut R. *Jeder für sich und Amerika gegen alle? Die Lastenteilung der NATO am Beispiel des Temporary Council Committee 1949 bis 1954*. München: Oldenbourg, 2003. (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses; Bd 5).
- Harder, Hans-Joachim (Hg.). *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*. München: Oldenbourg, 2000.
- Harmel, Pierre. „Forty Years of East-West Relations: Hopes, Fears, and Challenges.“ *The Atlantic Community Quarterly* 25, no. 3 (1987): 259-269.
- Harrison, Hope M. *Driving the Soviets Up the Wall: Soviet-East German Relations, 1953-1961*. Princeton: Princeton University Press, 2003.
- Harrison, Michael M. *The Reluctant Ally: France and Atlantic Security*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1981.
- Heinemann, Winfried und Norbert Wiggershaus. *Das Internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*. München: Oldenbourg, 1999.
- Heinemann, Winfried. „1956 als das Krisenjahr der NATO.“ In *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, hrsg. von Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus. München: Oldenbourg, 1999. 615-638.
- Heinemann, Winfried. „Learning by Doing: Disintegrating Factors and the Development of Political Cooperation in Early NATO.“ In *NATO and the Warsaw Pact: Intrabloc Conflicts*, ed. Mary Ann Heiss and S. Victor Papacosta. Kent, OH: Kent State University Press, 2008. 43-57.
- Heinemann, Winfried. „Politische Zusammenarbeit im Bündnis.“ In *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, hrsg. von Hans-Joachim Harder. München: Oldenbourg, 2000. 171-184.
- Heinemann, Winfried. *Vom Zusammenwachsen des Bündnisses: Die Funktionsweise der NATO in ausgewählten Krisenfällen 1951-56*. München: Oldenbourg, 1998. (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses; Bd 1).
- Heller, Francis H. and John R. Gillingham (eds.). *NATO: The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe*. Basingstoke: Macmillan, 1992.
- Helmreich, Jonathan E. *Belgium and Europe: A Study in Small Power Diplomacy*. The Hague: Mouton, 1976.
- Hendrickson, Ryan C. „NATO’s Secretaries-General: Organizational Leadership in Shaping Alliance Strategy.“ In *NATO: In Search of a Vision*, ed. Gülnur Aybet and Rebecca R. Moore. Washington, DC: Georgetown University Press, 2010. 51-74.
- Herman, Paul F., Jr. *Thinking about Peace: The Conceptualization and Conduct of U.S.-Soviet Detente*. Lanham, MD: University Press of America, 1987.
- Hershberg, James. „The Crisis Years, 1958-1963.“ In *Reviewing the Cold War*, ed. Odd Arne Westad. London: Frank Cass, 2000. 304-318.
- Herter, Christian A. *Toward an Atlantic Community*. New York: Harper & Row, 1963.
- Hertle, Hans-Hermann, Konrad Hugo Jarausch, und Christoph Klessmann (eds.). *Mauerbau und Mauerfall: Ursachen, Verlauf, Auswirkungen*. Berlin: Christoph Links, 2002.
- Heuser, Beatrice and Robert O’Neill (eds.). *Securing Peace in Europe, 1945-62: Thoughts for the Post-cold War Era*. New York: St. Martin’s Press, 1992. FSK SP 4-300.
- Heuser, Beatrice. „John Bull und Marianne: Das Auseinanderleben zweier alter Verbündeter.“ In *Das Internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, hrsg. von Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus. München: Oldenbourg, 1999. 553-572.
- Heuser, Beatrice. *Transatlantic Relations: Sharing Ideals and Costs*. London: Chatham House, 1996.
- Hill, Roger. *Political Consultation in NATO*. Toronto: Canadian Institute of International Affairs, 1978.
- Hinterhoff, Eugene. *Disengagement*. London: Stevens&Sons, 1959.
- Hoffmann, Stanley. „De Gaulle, Europe, and the Atlantic Alliance.“ *International Organization* 18, no. 1 (1964): 1-28.
- Holbraad, Carsten. *Danish Neutrality: A Study in the Foreign Policy of a Small State*. Oxford: Oxford University Press, 1991.

- Holloway, David. *Stalin and the Bomb: The Soviet Union and Atomic Energy, 1939-1956*. New Haven: Yale University Press, 1994.
- Holsti, Ole R. et al. (eds.). *Unity and Disintegration in International Affairs*. New York: Wiley, 1973.
- Honig, Jan Willem. *Defense Policy in the North Atlantic Alliance: The Case of the Netherlands*. Westport, CT: Praeger, 1993.
- Honkanen, Karoliina. *The Influence of Small States on NATO Decision-Making*. Stockholm: Totalförsvarets Forskningsinstitut, 2002.
- Hoppe, Christoph. *Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959-1966*: Nuclear History Program (NHP). (Internationale Politik und Sicherheit; 30,2). Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft, 1993.
- Howard, G. B. „The Role of Belgium in NATO.“ *Military Review* 51, no. 7 (1971): 17-22.
- Howard, Michael. „An Unhappy Successful Marriage: Security Means Knowing What to Expect.“ *Foreign Affairs* 78, no. 3 (1999): 164-175.
- Howard, Michael. „Disengagement and Western Europe.“ *International Affairs* 34, no. 4 (October 1958): 469-476.
- Howard, Michael. *Disengagement in Europe*. London: Penguin, 1958.
- Immermann, Richard H. (ed.). *John Foster Dulles and the Diplomacy of the Cold War*. Princeton: Princeton University Press, 1990.
- Immermann, Richard H. „‘Trust in the Lord but Keep Your Powder Dry’: American Policy Aims at Geneva.” In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 35-54.
- Ingimundarson, Valur. „Der ‘Chef des Kalten Krieges’: C.D. Jackson, Psychologische Kriegsführung und die deutsche Frage 1953/54.” *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998): 221-251.
- Ingimundarson, Valur. *The Struggle for Western Integration: Iceland, the United States, and NATO during the First Cold War*. Oslo: IFS, 1999.
- Institute Charles de Gaulle (éd.). *De Gaulle et son siècle*, vol. 5. Paris: Plon, 1991.
- Jochum, Michael. *Eisenhower und Chruschtschow: Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg, 1955-1960*. Paderborn: Schöningh, 1996.
- Joffe, Josef. „Germany and the Atlantic Alliance: The Politics of Dependence, 1961-1968.“ In *Political Problems of Atlantic Partnership*, ed. William C. Cromwell. Bruges: Council of Europe, 1969, 321-454.
- Joffe, Josef. *The Limited Partnership: Europe, the United States and the Burdens of Alliance*. Cambridge, MA: Ballinger, 1987.
- Jones, Matthew. „Anglo-American Relations after Suez, the Rise and Decline of the Working Group Experiment, and the French Challenge to NATO, 1957-59.“ *Diplomacy & Statecraft* 14, no. 1 (2003): 49-79.
- Jonsson, Christer. *Soviet Bargaining Behavior: The Nuclear Test Ban Case*. New York: Columbia University Press, 1979.
- Jordan, Robert S. (ed.). *Generals in International Politics: NATO's Supreme Allied Commander, Europe*. Lexington: University Press of Kentucky, 1987.
- Jordan, Robert S. and Michael W. Bloome. *Political Leadership in NATO: A Study in Multilateral Diplomacy*. Boulder, CO: Westview Press, 1979.
- Jordan, Robert S. *The NATO International Staff / Secretariat, 1952-1957: A Study in International Administration*. London: Oxford University Press, 1967.
- Junker, Detlef. *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges, 1945-1968*. Stuttgart: DVA, 2001.
- Kaiser, Karl. „Die neue Abhängigkeit der atlantischen Staaten: Präsident Kennedys Grand Design: Vorgeschichte und Entwicklungsmöglichkeiten.“ *Europa-Archiv* 23 (1962): 815-830.
- Kaplan, Fred. *1959: The Year Everything Changed*. Hoboken, NJ: John Wiley & Sons, 2009.
- Kaplan, Lawrence S. „After Forty Years: Reflections on NATO as a Research Field.“ In *NATO: The Founding of the Atlantic Alliance and the Integration of Europe*, ed. Francis H. Heller and John R. Gillingham. New York: St. Martin's Press, 1992. 15-23.

- Kaplan, Lawrence S. „NATO and Adenauer's Germany: Uneasy Partnership.“ *International Organization* 15, no. 4 (1961): 618-629.
- Kaplan, Lawrence S. „The Development of the NATO Archives.“ *Cold War History* 3, no. 3 (2003): 103-106.
- Kaplan, Lawrence S. „The Impact of Sputnik on NATO.“ In *The Long Entanglement: NATO's First Fifty Years*. New York: Praeger, 1999. 65-76.
- Kaplan, Lawrence S. „The MLF Debate.“ In *John F. Kennedy and Europe*, ed. Douglas Brinkley and Richard T. Griffiths. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1999. 51-65.
- Kaplan, Lawrence S. „The 40th Anniversary of the Harmel Report“ (2007), <http://www.nato.int/docu/review/2007/issue1/english/history.html> (6.2.2013).
- Kaplan, Lawrence S. *NATO after 40 Years*. Kent, OH: Kent State University Press, 1990.
- Kaplan, Lawrence S. *NATO and the United States: The Enduring Alliance*. (Twayne's International History Series; 1). New York: Twayne, (2)1994.
- Kaplan, Lawrence S. *NATO Divided, NATO United: The Evolution of an Alliance*. Westport: Praeger, 2004.
- Kaplan, Lawrence S. *The End of the Alliance: Lessons of the 1960s*. Washington: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 1990. (= Occasional Papers „Beyond the Cold War: Current Issues in European Security“; 4).
- Kaplan, Lawrence S. *The Long Entanglement: NATO's First Fifty Years*. New York: Praeger, 1999.
- Kastner, Jill. „The Berlin Crisis and the FRG, 1958-62.“ In *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002. 125-146.
- Katzer, Nikolaus. *„Eine Übung im Kalten Krieg“: Die Berliner Aussenministerkonferenz von 1954*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1994.
- Keating, Tom. *Canada and World Order: The Multilateralist Tradition in Canadian Foreign Policy*. Don Mills, Ontario: Oxford University Press, 2001.
- Keating, Tom and Larry Pratt. *Canada, NATO and the Bomb: The Western Alliance in Crisis*. Edmonton: Hurtig, 1988.
- Kelly, Saul and Anthony Gorst. *Whitehall and the Suez Crisis*. London: Frank Cass, 2000.
- Kempe, Frederick. *Berlin 1961: Kennedy, Khrushchev, and the Most Dangerous Place on Earth*. New York: G.P. Putnam's Son, 2011.
- Kennedy, Paul. *The Rise and Fall of the Great Powers: Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York: Vintage, 1989.
- Kennedy-Pipe, Caroline. *Stalin's Cold War: Soviet Strategies in Europe, 1943 to 1956*. Manchester: Manchester University Press, 1995.
- Keohane, Robert O. „The Big Influence of Small Allies.“ *Foreign Policy* 2, no. 1 (Spring 1971): 161-182.
- Kersten, Albert E. „Die Aussen- und Bündnispolitik der Niederlande 1940-1955.“ In *Nationale Aussen- und Sicherheitspolitik der NATO-Mitgliedstaaten*, hrsg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann. München: Oldenbourg, 2000. 153-175.
- Kesselring, Agilolf. *Die Nordatlantische Allianz und Finnland, 1949-1961*. München: Oldenbourg, 2009.
- Khrushchev, Sergei, William Taubman, and Shirley Benson (transl.). *Nikita Khrushchev and the Creation of a Superpower*. University Park, PA: Pennsylvania University Press, 2000.
- Kirchheisen, Inge (Hg.). *„Tauwetter ohne Frühling“: Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationalen Krisen*. Berlin: Berliner Debatte/GSFP, 1995.
- Kirgis, Frederic L., Jr. „NATO Consultations as a Component of National Decisionmaking.“ *American Journal of International Law* 73, no. 3 (1979): 372-406.
- Knight, Amy. *Beria: Stalin's First Lieutenant*. Princeton: Princeton University Press, 1993.
- Kosthorst, Daniel. *Brentano und die Deutsche Einheit: Die Deutschland- und Ostpolitik des Aussenministers im Kabinett Adenauers, 1955-1961*. Düsseldorf: Droste, 1993.
- Kovrig, Bennett. *Of Walls and Bridges: The United States and Eastern Europe*. New York: New York University Press, 1991.

- Kramer, Esther. *Europäisches oder atlantisches Europa? Kontinuität und Wandel in den Verhandlungen über eine politische Union, 1958-1970*. Baden-Baden: Nomos, 2003.
- Krüger, Dieter. *Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Integration Westeuropas 1947 bis 1957*. München: Oldenbourg, 2003. (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956; Bd 6).
- Kugler, Richard L. *Laying the Foundations: The Evolution of NATO in the 1950s*. Santa Monica, CA: RAND, 1990.
- L'Institut Charles de Gaulle. *De Gaulle en son siècle: Tome 4, La sécurité et l'indépendance de la France; et Tome 5, L'Europe*. Paris: Plon, 1992.
- LaFeber, Walter. „NATO and the Korean War: A Context.“ *Diplomatic History* 13, no. 4 (1989): 461-478.
- Lamb, Richard. *The Failure of the Eden Government*. London: Sidgwick & Jackson, 1987.
- Lamb, Richard. *The Macmillan Years 1957-1963: The Emerging Truth*. London: John Murray, 1995.
- Larres, Klaus and Kenneth Osgood (eds.), *The Cold war After Stalin's Death: A Missed Opportunity for Peace?* Lanham: Rowman & Littlefield, 2006.
- Larres, Klaus und Torsten Oppelland (Hgg.). *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert: Geschichte der politischen Beziehungen*. Darmstadt: WBG, 1997.
- Larres, Klaus. „Die Politik der Nachgiebigkeit: Harold Macmillan und die britische Strategie in der Berlinkrise, 1958-1961.“ In *1961: Mauerbau und Aussenpolitik*, hg. von Heiner Timmermann. Münster: Lit, 2002. 163-188.
- Larres, Klaus. „Eisenhower and the First Forty Days after Stalin's Death: The Incompability of Détente and Political Warfare.“ *Diplomacy and Statecraft* 6 (1995): 431-469.
- Larres, Klaus. „Eisenhower, Dulles und Adenauer: Bündnis des Vertrauens oder Allianz des Misstrauens (1953-1961).“ In *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert: Geschichte der politischen Beziehungen*, hrsg. von Klaus Larres und Torsten Oppelland. Darmstadt: WBG, 1997. 119-150.
- Larres, Klaus. „Integrating Europe or Ending the Cold War? Churchill's Post-war Foreign Policy.“ *Journal of European Integration History* 2 (1996): 15-49.
- Larres, Klaus. *Churchill's Cold War: The Politics of Personal Diplomacy*. New Haven: Yale University Press, 2002.
- Larres, Klaus. *Politik der Illusionen: Churchill, Eisenhower und die deutsche Frage, 1945-1955*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1995.
- Laurent, Pierre-Henri. „The Diplomacy of Junktim: Paul-Henri Spaak and European Integration.“ In *Personalities, War and Diplomacy*, ed. T.G. Otto and C. A. Pagedas. London: Frank Cass, 1997. 186-212.
- Lawson, Ruth C. „Concerting Policies in the North Atlantic Community.“ *International Organization* 12, no. 2 (1958): 163-179.
- Leamer, Laurence. *The Kennedy Men, 1901-1963*. New York: HarperCollins, 2001.
- Ledwidge, Bernhard. „La crise de Berlin 1958-1961: Stratégie et tactique du générale de Gaulle.“ In *De Gaulle en son siècle*, éd. Institut Charles de Gaulle (Paris: Plon, 1992). Bd 5. 366-381.
- Legault, Albert and Michel Fortmann. *A Diplomacy of Hope: Canada and Disarmament, 1945-1988*. Kingston, Ont.: McGill-Queen's University Press, 1992.
- Legoll, Paul. *Charles de Gaulle et Konrad Adenauer: La cordiale entente*. Paris: L'Harmattan, 2004.
- Leonardis, Massimo de. *History of the Origins and the First Developments of NATO (1947-1957)*. Milano: Università Cattolica del Sacro Cuore, 1994.
- Leurdijk, J.H. *The Foreign Policy of the Netherlands*. Alphen aan den Rijn: Rijn: Sijthoff & Noordhoff, 1978.
- Lindemann, Mechthild. „Anfänge einer neuen Ostpolitik?“ In *Von Adenauer zu Erhard*, ed. Rainer A. Blasius. München: Oldenbourg, 1994. 45-96.
- Locher, Anna. „A Crisis Foretold: NATO and France, 1963-1966.“ In *NATO in the 1960s: Challenges beyond Deterrence*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher (London: Routledge, 2007), 107-127.

- Locher, Anna. *Crisis? What Crisis? The Debates on NATO's Future, 1963-1966*. Baden-Baden: Nomos, 2010.
- Loth, Wilfried (ed.). *Europe, Cold War, and Coexistence*. London: Frank Cass, 2004. (= Cold War History Series; vol. 4).
- Loth, Wilfried. „Blockbildung und Entspannung: Strukturen des Ost-West-Konflikts, 1953-1956.“ In *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-56*, hrsg. Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann. Boppard a. Rh.: H. Boldt, 1988. 159-172.
- Loth, Wilfried. „Sicherheit und nationale Interessen: Die atlantische Allianz im Kalkül ihrer Mitgliedstaaten.“ In *Nationale Aussen- und Sicherheitspolitik der NATO-Mitgliedstaaten*, hrsg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann. München: Oldenbourg, 2000. 311-323. ZBZ GN 44791.
- Loth, Wilfried. *Overcoming the Cold War: A History of Détente, 1950-1991*. Basingstoke: Palgrave, 2001.
- Lucas W. Scott (ed.). *Britain and Suez: The Lion's Last Roar*. Manchester: Manchester University Press, 1996.
- Lucas, W. Scott. „NATO, 'Alliance', and the Suez Crisis.“ In *Securing Peace in Europe*, ed. Beatrice Heuser. New York: St. Martin's Press, 1992. 260-278.
- Lyon, Peyton V. *NATO as a Diplomatic Instrument*. Toronto: Atlantic Council of Canada, 1970.
- Macmillan, Margaret Olwen and David S. Sorensen (eds.). *Canada and NATO: Uneasy Past, Uncertain Future*. Waterloo: University of Waterloo Press, 1990.
- Magagnoli, Ralf. *Italien und die Integration Europas: Zwischen europäischem Credo und nationaler Machtpolitik*. Frankfurt a.M.: Lang, 1999. GC 71656.
- Mahan, Erin R. *Kennedy, De Gaulle and Western Europe*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 2003.
- Maier, Klaus A. „Die internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.“ In *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-56, Bd 2: Die EVG-Phase*, hrsg. von Lutz Köllner et al. München: Oldenbourg, 1990. 1-234
- Maier, Klaus A. und Norbert Wiggershaus (Hgg.). *Das Nordatlantische Bündnis, 1949-1956*. München: Oldenbourg, 1993. FSK SP 4-350. (= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd 37).
- Maloney, Sean M. „Limiting American Nuclear Omnipotence in NATO: The Canadian Method, 1951-68.“ In *A History of NATO: The First Fifty Years*, ed. Gustav Schmidt. Houndmills: Palgrave, 2001. Vol. 3. 155-174.
- Maloney, Sean M. „Notfallplanung für Berlin: Vorläufer der Flexible Response 1958-1963.“ *Militärgeschichte* vol. 7, no. 1 (1997): 3-15.
- Mark Cioc. *Pax Atomica: The Nuclear Defense Debate in West Germany during the Adenauer Era*. New York: Columbia University Press, 1988.
- Marshall, Charles Burton. „Détente: Effects on the Alliance.“ In *Changing East-West Relations and the Unity of the West*, ed. Arnold Wolfers. Baltimore: John Hopkins Press, 1964. 17-54.
- Mastny, Vojtech and Gustav Schmidt (Hgg.). *Konfrontationsmuster im Kalten Krieg*. München: Oldenbourg, 2003. (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses; Bd 3).
- Mastny, Vojtech and Malcolm Byrne (eds.). *A Cardboard Castle? The Inside History of the Warsaw Pact, 1955-1991*. Budapest: Central European Press, 2005. (= National Security Archive Cold War Reader, vol. 4).
- Mastny, Vojtech. „Introductory Essay.“ In *A Cardboard Castle? The Inside History of the Warsaw Pact, 1955-1991*, ed. Vojtech Mastny and Malcolm Byrne. Budapest: Central European Press, 2005. xxi-xciv.
- Mastny, Vojtech. „Kremlin Politics and the Austrian Settlement.“ *Problems of Communism* 31 (1982): 27-51.
- Mastny, Vojtech. *Learning from the Enemy: NATO as a Model for the Warsaw Pact*. Zurich: Center for Security Studies, 2001.
- Mastny, Vojtech. *Reassuring NATO: Eastern Europe, Russia and the Western Alliance*. Oslo: Norwegian Institute for Defense Studies, 1997.

- Mauer, Victor. „Macmillan und die Berlin-Krise 1958/1959.“ *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44, no. 4 (1996): 229-256.
- Mayer, Frank A. *Adenauer and Kennedy: A Study in German-American Relations, 1961-1963*. Houndmills, 1996.
- Mayers, David. *The Ambassadors and America's Soviet Policy*. New York: Oxford University Press, 1995.
- Melandri, Pierre. „D'une crise américano-soviétique aux malentendus transatlantiques.“ In *l'Europe et la crise de Cuba*, éd. Maurice Vaisse. Paris: Armand Colin, 1993. 225-241.
- Melanson, Richard A. and David Mayers. *Reevaluating Eisenhower: American Foreign Policy in the 1950s*. Urbana: University of Illinois Press, 1987.
- Melissen, Jan. „Nuclearizing NATO, 1957-1959: The ‚Anglo-Saxons‘, Nuclear Sharing and the Fourth Country Problem.“ *Review of International Studies* 20, No. 3 (July 1994): 253-272.
- Melissen, Jan. „Pre-Summit Diplomacy: Britain, the U.S. and the Nassau Conference December 1962.“ *Diplomacy & Statecraft* 7, no. 3 (November 1996): 652-687.
- Melissen, Jan. *The Struggle for Nuclear Partnership: Britain, the United States and the Making of an Ambiguous Alliance 1952-1959*. Groningen: Styx, 1993.
- Micunovic, Veljko. *Journées à Moscou*. Paris: Laffont, 1979.
- Milloy, John C. *The North Atlantic Treaty Organization, 1948-1957: Community or Alliance?* Montreal: McGill-Queen's University Press, 2006.
- Münger, Christof. *Die Berliner Mauer, Kennedy und die Kubakrise: Die westliche Allianz in der Zerreissprobe, 1961-63*. Paderborn: Schöningh, 2003.
- Murray, Donette. *Kennedy, Macmillan and Nuclear Weapons*. Houndsmills, Basingstoke: Macmillan, 2000.
- Nash, Philip. „Jumping Jupiters: The U.S. Search for IRBM Host Countries in NATO, 1957-59.“ *Diplomacy and Statecraft* 6, No. 31 (1995): 753-786.
- Nathan, James A. „A Fragile Détente: The U-2 Incident Re-examined.“ *Military Affairs* 39, no. 3 (1975): 97-104.
- Neuss, Beate. *Geburtshelfer Europas? Die Rolle der Vereinigten Staaten im europäischen Integrationsprozess, 1945-1968*. Baden-Baden: Nomos, 2000.
- Neustadt, Richard E. *Alliance Politics*. New York: Columbia University Press, 1970.
- Neustadt, Richard E. *Report to JFK: The Skybolt Crisis in Perspective*. Ithaca: Cornell University Press, 1999.
- Newhouse, John. „De Gaulle and the Anglo-Saxons.“ In *John F. Kennedy and Europe*, ed. Douglas Brinkley and Richard T. Griffiths. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 1999.
- Niederberger, Judith. *‚Making the Difference between Mutual Destruction and Survival.‘ Amerikanische Rüstungskontrollpolitik unter Dwight D. Eisenhower*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konflikkanalyse, 2001. (= Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Bd 62)
- Nitze, Paul. *From Hiroshima to Glasnost: At the Center of Decisions*. New York: Grove Weidenfeld, 1989.
- Noel-Baker, Philip. *The Arms Race: A Program for World Disarmament*. New York: Oceana, 1958.
- Nünlist Christian and Anna Locher (eds). *Transatlantic Relations at Stake: Aspects of NATO, 1956-1972*. Zürich: Center for Security Studies, 2006.
- Nünlist, Christian, Anna Locher und Garrett Martin (eds). *Globalizing de Gaulle: New Perspectives on French Foreign Policies, 1958-1969* (Harvard Cold War Book Series, ed. Mark Kramer). Lanham, MD: Lexington Books, 2010.
- Nünlist, Christian. „Camp David, 1959.“ In *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker. Santa Barbara: ABC Clio, 2006.
- Nünlist, Christian. „Containing the French Malaise: The Role of NATO's Secretary General, 1958-1967.“ In *Intra-bloc Conflicts in the Cold War*, ed. Mary Ann Heiss and S. Victor Papacosta. Kent: Kent State University Press, 2008. 75-90. (with Anna Locher).
- Nünlist, Christian. „Die westliche Allianz und Chruschtschows Aussenpolitik im Jahre 1955.“ In *Der Warschauer Pakt: Von der Gründung bis zum Zusammenbruch, 1955–1991*. Hrsg. von

- Torsten Diedrich, Winfried Heinemann und Christian Ostermann. Berlin: Christopher Links, 2009. 9-26.
- Nünlist, Christian. „Educating the Capitals: Dirk Stikker’s Struggle for Transatlantic Unity, 1958-1964.” In *The Atlantic Community and the European Idea from Kennedy to Nixon*. Ed. Giles Scott-Smith and Valerie Aubourg Paris: Soleb, 2011. 342-361.
- Nünlist, Christian. „Into the 1960s: NATO Political Consultation 1959-1963.“ In *Transforming NATO in the Cold War: Challenges beyond Deterrence in the 1960s*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher. London: Routledge, 2007. 67-88.
- Nünlist, Christian. „Die NATO und die Berlinkrise, 1958-1961.“ In *Krisen im Kalten Krieg*. Hrsg. von Bernd Greiner, Christian Th. Müller, Dierk Walter. Hamburg, Edition HIS, 2008. 240-269.
- Nünlist, Christian. „NATO Strategies towards de Gaulle’s France, 1958–66: Learning to Cope.“ In *Globalizing de Gaulle: International Perspectives on French Foreign Policies, 1958–69*, ed. Christian Nünlist, Anna Locher, and Garrett Martin. Lanham, MD: Lexington, 2010. 85–109. (with Anna Locher).
- Nünlist, Christian. „Paris Summit, 1960.“ In *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker . Santa Barbara: ABC Clio, 2006.
- Nünlist, Christian. „Paul-Henri Spaak.“ In *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker . Santa Barbara: ABC Clio, 2006.
- Nünlist, Christian. „Reinventing NATO: Canada and the Multilateralization of Détente, 1962–66.” *International Journal* [Montreal] 58, no. 3 (2003): 283-302. (with Anna Locher).
- Nünlist, Christian. „Spirit of Camp David.“ In *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker . Santa Barbara: ABC Clio, 2006.
- Nünlist, Christian. „The Quiet Man: Dean Rusk and Western Europe.“ *Journal of Transatlantic Studies* 6, no. 3 (2008), 263-278.
- Nünlist, Christian. „The Warsaw Pact, 1955-1991.“ In *Encyclopedia of the Cold War: A Political, Social, and Military History*, ed. Spencer C. Tucker . Santa Barbara: ABC Clio, 2006.
- Nünlist, Christian. „What Role for NATO? Conflicting NATO Perceptions in View of Détente, 1963-1966.” *Journal of Transatlantic Affairs* 2, no. 2 (2004): 185-208. (with Anna Locher).
- Nünlist, Christian. *Kennedys rechte Hand: McGeorge Bundys Einfluss als Nationaler Sicherheitsberater auf die amerikanische Aussenpolitik, 1961-63*. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse, 1999. (= Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Bd 50).
- Nuti, Leopoldo and Bruna Bagnato. „Italy and the Berlin Crisis, 1958-61.“ In *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002. 147-174.
- Nuti, Leopoldo. „Le rôle d’Italie dans les négociations trilatérales 1957-58.“ *Revue d’histoire diplomatique* 104 (1990): 133-156.
- Oliver, Kendrick. „West Germany and the Moscow Test Ban Treaty Negotiations, July 1963.” In *Controversy and Compromise: Alliance Politics between Great Britain, the Federal Republic of Germany, and the United States of America, 1945-1967*, ed. Saki Dockrill. Bodenheim: Philo, 1998. 151-171.
- Oliver, Kendrick. *Kennedy, Macmillan and the Nuclear Test Ban Debate, 1961-63*. London: Macmillan, 1998.
- Osgood, Kenneth A. *Total Cold War: Eisenhower’s Secret Propaganda Battle at Home and Abroad*. Kent, OH: Kent State University Press, 2006.
- Osgood, Kenneth A. „Form before Substance: Eisenhower’s Commitment to Psychological Warfare and Negotiations with the Enemy.“ *Diplomatic History* 24, no. 3 (2000): 405-433.
- Osgood, Robert E. *Alliances and American Foreign Policy*. Baltimore: Johns Hopkins Press, 1968.
- Osgood, Robert E. *NATO: The Entangling Alliance*. Chicago: University of Chicago Press, 1962.
- Oudenaren, John van. *Détente in Europe: The Soviet Union and the West since 1953*. Durham: Duke University Press, 1991.



- Ovendale, Ritchie. „Britische Aussen- und Bündnispolitik 1949-1956.“ In *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten*, hg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann. München: Oldenbourg, 2000. 129-151.
- Padelford, Norman J. „Political Cooperation in the North Atlantic Community.“ *International Organization* 9, no. 3 (1955): 353-365.
- Pagedas, Constantine A. „'When the Small Talk Drops': Some Aspects of America's Policy of Nuclear Sharing, 1961-63.“ In *Controversy and Compromise: Alliance Politics between Great Britain, Federal Republic of Germany, and the United States of America, 1945-1967*, ed. Saki Dockrill. Bodenheim: Philo, 1998.
- Pagedas, Constantine A. *Anglo-American Strategic Relations and the French Problem, 1960-1963: A Troubled Partnership*. London: Frank Cass, 2000.
- Park, Bill. „NATO Summits.“ In *Diplomacy at the Highest Level: The Evolution of International Summitry*, ed. David H. Dunn. Basingstoke: Macmillan, 1996. 88-105.
- Pausch, Ilse Dorothee. „Im Sog der Entspannungspolitik: Die USA, das Teststoppabkommen und die Deutschlandfrage.“ In *Von Adenauer zu Erhard: Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, hrsg. Rainer A. Blasius. München: Oldenbourg, 1994. 118-153.
- Paxton, R. O. and N. Wahl (eds.). *De Gaulle and the United States: A Centennial Reappraisal*. Oxford: Berg, 1994.
- Pearson, Jonathan. *Sir Anthony Eden and the Suez Crisis: Reluctant Gamble*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2003.
- Pearson, Lester B. „After Geneva: A Greater Task for NATO.“ *Foreign Affairs* 34 (October 1955): 14-23. XC 2056.
- Pechatnov, Vladimir. „Reflections on Soviet Foreign Policy, 1953-1964.“ In *Peaceful Coexistence? The Soviet Union and Sweden in the Khrushchev Era*, ed. by Helene Carlback, Alexey Komarov, and Karl Molin. Moscow: Institute for Universal History, 2010. 23-44.
- Pedlow, Gregory W. „Three Hats for Berlin: General Lauris Norstad and the Second Berlin Crisis, 1958-62.“ In *The Berlin Wall Crisis: Perspectives on Cold War Alliances*, eds. John P.S. Gearson and Kori Schake. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2002. 175-198.
- Pedlow, Gregory W. and Donald E. Welzenbach. *The CIA and the U2 Program*. Washington: CIA, 1998.
- Petersen, Nikolaj. „The Alliance Policies of the Smaller NATO Countries.“ In *NATO After Thirty Years*, ed. ed. Lawrence S. Kaplan and Robert W. Clauson. Wilmington: Scholarly Resources, 1981. 83-106.
- Petersen, Nikolaj. „The Dilemmas of Alliance: Denmark's Fifty Years with NATO.“ In *A History of NATO: The First Fifty Years*, ed. Gustav Schmidt. Houndmills: Palgrave, 2001. Vol. 3. 275-296.
- Petersen, Nikolaj. *Denmark and NATO, 1949-1987*. Oslo: Forsvarshistorisk Forskningscenter, 1987.
- Plischke, Elmer. „Eisenhower's 'Correspondence Diplomacy' with the Kremlin.“ *Journal of Politics* 30, no. 1 (1968): 137-159.
- Powaski, Ronald E. *The Entangling Alliance: The United States and European Security, 1950-1993*. Westport, CT: Greenwood, 1994. FSK SP 2-894.
- Prados, John. „Open Skies and Closed Minds: American Disarmament Policy at the Geneva Summit.“ In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana University Press, 2000. 215-233.
- Prebensen, Chris. *Norway and NATO*. Oslo: Royal Ministry of Foreign Affairs, 1974.
- Priest, Andrew. *Kennedy, Johnson and NATO: Britain, America and the Dynamics of the Alliance, 1962-1968*. London: Routledge, 2006.
- Pruessen, Ronald W. „From Good Breakfast to Bad Supper.“ In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, eds. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 253-270.
- Rees, G. Wyn. *Anglo-American Approaches to Alliance Security, 1955-1960*. Basingstoke: Macmillan, 1996. SP 2-1156.

- Reiman, Michal. „Khrushchev and His Foreign Policy.“ *Acta Universitatis Carolinae: Studia Territorialia* 1, no. 2 (2001), 71-112.
- Rempel, Roy. „Canada, Germany and Alliance Relations in the Crisis Years of 1958-61: A Study in the Nature of Alliance Politics.“ *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 53, no. 1 (1994): 85-100.
- Rempel, Roy. *Counterweights: The Failure of Canada's German and European Policy* (Montreal & Kingston: McGill-Queen's University Press, 1996).
- Reynolds, David. „Eden the Diplomatist, 1931-1956: Suicide of a Statesman?“ *History* 74 (1989): 64-84.
- Richter, James G. *Khrushchev's Double Bind: International Pressures and Domestic Coalition Politics*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1994.
- Risse-Kappen, Thomas. *Cooperation among Democracies: The European Influence on U.S. Foreign Policy*. Princeton: Princeton University Press, 1995.
- Roman, Peter J. *Eisenhower and the Missile Gap*. Ithaca: Cornell University Press, 1995.
- Rostow, W. W. *Europe after Stalin. Eisenhower's Three Decisions of March 11, 1953*. Austin: University of Texas Press, 1982.
- Rostow, W. W. *Open Skies: Eisenhower's Proposals of July 21, 1955*. Austin: University of Texas Press, 1982.
- Rothstein, Robert L. *Alliances and Small Powers*. New York: Columbia University Press, 1968.
- Roubinski, Youri. „Pierre Mendès France vu par l'URRS.“ In *Pierre Mendès France et le rôle de la France dans le Monde*, éd. René Girault. Grenoble, 1991. 171-176.
- Ruane, Kevin. „Agonizing Reappraisals: Anthony Eden, John Foster Dulles and the Crisis of European Defence, 1953-54.“ *Diplomacy & Statecraft* 13, no. 4 (2002): 151-185.
- Ruddy, T. Michael. *The Cautious Diplomat: Charles E. Bohlen and the Soviet Union, 1929-1969*. Kent: Kent State University Press, 1986.
- Rupieper, Hermann-Josef. „Die NATO und die Bundesrepublik Deutschland 1949-1956.“ In *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten* (München: Oldenbourg, 2000). 195-209.
- Rupieper, Hermann-Josef. „Gipfeldiplomatie 1955: Dwight D. Eisenhower und Georgij Schukow über europäische Sicherheit und deutsche Frage.“ In *Die doppelte Eindämmung: Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern*, hrsg. Rolf Steininger und Jürgen Weber. München: Hase & Koehler, 1993. 213-232.
- Rupieper, Hermann-Josef. *Der besetzte Verbündete: Die amerikanische Deutschlandpolitik von 1949 bis 1955*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991.
- Schertz, Adrian. *Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons*. Köln: Böhlau, 1992.
- Schmidt, Gustav (Hg.). *Ost-West-Beziehungen: Konfrontation und Détente: Wechselschritte 1945-89*. 3 vols. Bochum: Brockmeyer, 1993-1995.
- Schmidt, Gustav (Hg.). *Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft: Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika, 1955-1963*. Bochum: Brockmeyer, 1995.
- Schmidt, Gustav. „Die Auswirkungen der internationalen Vorgänge 1956 auf die Strukturen des Kalten Krieges.“ In *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, hrsg. von Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus. München: Oldenbourg, 1999. 639-688.
- Schmidt, Gustav. „Fifty Years of NATO as History: Perspectives on the Tasks Ahead.“ In *A History of NATO: The First Fifty Years*, ed. Gustav Schmidt. Houndmills: Palgrave, 2001. Vol. 1. 1-13.
- Schmidt, Gustav. „Kanada und NATO-Europa.“ In *Kanada am Wendepunkt? Die kritischen 1960er Jahre*, hrsg. Gustav Schmidt und J.L. Granatstein. Bochum: Brockmeyer, 1994. 215-280.
- Schmidt, Gustav. „Test of Strength: The United States, Germany, and de Gaulle's 'No' to Britain in Europe, 1958-1963.“ In *Zwischen Bündnissicherung und privilegierter Partnerschaft: Die deutsch-britischen Beziehungen und die Vereinigten Staaten von Amerika, 1955-1963*, hrsg. von Gustav Schmidt. Bochum: Brockmeyer, 1995. 281-348.
- Schmidt, Gustav. *A History of NATO: The First Fifty Years*. 3 vols. Houndmills: Palgrave, 2001.

- Schmitt, Burkard. *Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz, 1956-1966*. München: Oldenbourg, 1998. (= Militärgeschichtliche Studien, Bd 36).
- Schneider, Peter. *The Evolution of NATO: The Alliance's Strategic Concept and its Predecessors, 1945-2000*. München: Institut für Internationale Politik, 2000.
- Schwartz, David N. *NATO's Nuclear Dilemmas*. Washington: Brookings, 1983.
- Schwartz, Thomas A. „Victories and Defeats in the Long Twilight Struggle: The United States and Western Europe in the 1960s.“ In *The Crucial Decade: American Foreign Relations in the 1960s*, ed. Diane B. Kunz. New York: Columbia University Press, 1994. 115-148.
- Schwartz, Thomas A. *Lyndon Johnson and Europe: In the Shadow of Vietnam*. Cambridge: Harvard University Press, 2003.
- Schweitzer, Carl-Christoph. *The Changing Western Analysis of the Soviet Threat*. New York: St. Martin's Press, 1990.
- Seaborg, Glenn T. *Kennedy, Khrushchev, and the Test Ban*. Berkeley: University of California Press, 1981.
- See, Jennifer W. „An Uneasy Truce: John F. Kennedy and Soviet-American Détente, 1963.“ *Cold War History* 2, no. 2 (2002): 1-42.
- Selva, Douglas. *The Warsaw Pact and Nuclear Proliferation*. Washington, DC: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 2001. (= Cold War International History Project Working Paper, no. 32).
- Shake, Kori. „Berlin Crises 1948/49 and 1958-62.“ In *Securing Peace in Europe*, ed. Beatrice Heuser. New York: St. Martin's Press, 1992. 65-73.
- Sherwood, Elizabeth. *Allies in Crisis: Meeting Global Challenges to Western Security*. New Haven: Yale University Press, 1990.
- Siebenmorgen, Peter. *Gezeitenwechsel: Aufbruch zur Entspannungspolitik*. Bonn: Bouvier, 1990.
- Simpson, Erika. *NATO and the Bomb: Canadian Defenders Confront Critics*. Montreal/Kingston: McGill-Queen's University Press, 2000.
- Simonet, Henri. *Belgium in the Postwar Period: Partner and Ally*. Washington, DC: Center for Strategic and International Studies, Georgetown University, 1981.
- Sinasac, Joseph P. „The Three Wise Men: The Effects of the 1956 Committee of Three on NATO.“ In *Canada and NATO: Uneasy Past: Uncertain Future*, ed. Margaret O. Macmillan and David S. Sorensen. Waterloo: University of Waterloo, 1990. 27-46.
- Smets, Paul-F. (éd.). *La pensée européenne et atlantique de Paul-Henri Spaak (1942-71)*. Brussels: Fondation Paul-Henri Spaak, 1980.
- Smets, Paul-F. *Il faut faire l'Europe: Trente ans de la vie et des combats de Paul-Henri Spaak*. Bruxelles: Fondation Paul-Henri Spaak, 1992.
- Smith, Gerard C. *Disarming Diplomat: The Memoirs of Gerard C. Smith, Arms Control Negotiator*. Lanham: Madison Books, 1996.
- Smith, Mark. *NATO Enlargement during the Cold War: Strategy and System in the Western Alliance*. Basingstoke: Palgrave, 2000.
- Smith, Mark B. „Peaceful Coexistence at All Costs: Cold War Exchanges between Britain and the Soviet Union in 1956.“ *Cold War History* 12, no. 3 (2012), 537-558.
- Smith-Norris, Martha. „The Eisenhower Administration and the Nuclear Test Ban Talks, 1958-1960: Another Challenge to 'Revisionism'.“ *Diplomatic History* 27, no. 4 (2003): 503-541.
- Smyser, William R. *Kennedy and the Berlin Wall: „A Hell of a Lot Better Than a War“*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield, 2009.
- Snead, David L. *The Gaither Committee, Eisenhower, and the Cold War*. Columbus: Ohio University Press, 1999.
- Soapes, Thomas. „A Cold Warrior Seeks Peace: Eisenhower's Strategy for Nuclear Disarmament.“ *Diplomatic History* 4, no. 1 (Winter 1980): 51-71.
- Sodaro, Michael J. *Moscow, Germany, and the West from Khrushchev to Gorbachev*. Ithaca: Cornell University Press, 1990.
- Sommer, Monika und Michaela Lindinger (Hg.). *Die Augen auf Wien gerichtet: Gipfel 1961 Chruschtschow-Kennedy*. Innsbruck/Wien: Katalog Wien Museum, 2005.

- Soutou, Georges-Henri. "Pierre Mendès France et l'URSS 1954-55." In *Pierre Mendès France et le rôle de la France dans le Monde*, éd. René Girault. Grenoble, 1991. 177-205.
- Soutou, Georges-Henri. „Frankreich und das atlantische Bündnis, 1949-1956.“ In *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten*, hg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann. München: Oldenbourg, 2000. 209-238.
- Soutou, Georges-Henri. *La guerre de Cinquante Ans: Les Relations Est-Ouest, 1943-1990*. Paris: Fayard, 2001.
- Spaak, Paul-Henri. „The Atlantic Community and NATO.“ *Orbis* 1 (1958): 411ff.
- Spaak, Paul-Henri. „The West in Disarray.“ *Foreign Affairs* 35 (January 1957): 187ff.
- Speier, Hans. „Soviet Atomic Blackmail and the North Atlantic Alliance.“ *World Politics* (April 1957): 307-328.
- Spencer, Robert. „Alliance Perceptions of the Soviet Threat, 1950-1988.“ In *The Changing Western Analysis of the Soviet Threat*. Ed. Carl-Christoph Schweitzer. New York: St. Martin's Press, 1990. 9-48.
- Stassen, Harold and Marshall Houts. *Eisenhower: Turning the World toward Peace*. St. Paul: Merrill/Magnus, 1990.
- Steininger, Rolf and Jürgen Weber et al. (eds.). *Die doppelte Eindämmung: Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern*. München, 1993.
- Steininger, Rolf. „1955: The Austrian State Treaty and the German Question.“ *Diplomacy and Statecraft* III (1992): 494-522.
- Steininger, Rolf. *Der Mauerbau: Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963*. München: Olzog, 2001.
- Stevenson, Richard W. *The Rise and Fall of Détente: Reflections of Tension in U.S. - Soviet Relations, 1953-1984*. Urbana: University of Illinois Press, 1984.
- Stivers, William. „Eisenhower and the Middle East.“ In *Reevaluating Eisenhower: American Foreign Policy in the 1950s*, ed. Richard A. Melanson and David Mayers. Urbana: University of Illinois Press, 1987. 192-219.
- Stromseth, Jane E. *The Origins of Flexible Response: NATO's Debate Over Strategy in the 1960's*. Basingstoke: Macmillan, 1988. FSK SP 2-259.
- Strong, Robert A. „Eisenhower and Arms Control.“ In *Reevaluating Eisenhower: American Foreign Policy in the Fifties*, ed. Richard A. Melanson and David Mayers. Urbana: University of Illinois Press, 1987. 241-266.
- Stuart, Douglas T. and William Tow. *The Limits of Alliance: NATO Out-of-Area Problems since 1949*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1990.
- Suri, Jeremi. „The Domestic Resilience of NATO in the 1960s: A Community of Shared Values Amidst Public Discord.“ In: *NATO in the 1960s: Challenges beyond Deterrence*, ed. Andreas Wenger, Christian Nünlist, and Anna Locher (London: Routledge, 2007), 15-30.
- Suri, Jeremi. *Power and Protest: Global Revolution and the Rise of Détente*. Cambridge, MA: Harvard University Press, 2003.
- Sutton, Michael. *France and the Construction of Europe, 1944-2007: The Geopolitical Imperative*. New York: Berghahn Books, 2007.
- Tal, David. „Eisenhower's Disarmament Dilemma: From Chance for Peace to Open Skies Proposal.“ *Diplomacy and Statecraft* 12, no. 2 (2001): 175-196.
- Tal, David. „The Secretary of State versus the Secretary of Peace: The Dulles-Stassen Controversy and US Disarmament Policy, 1955-1958.“ *Journal of Contemporary History* 41, no. 4 (2006): 721-740.
- Tamnes, Rolf. *Integration and Screening: The Two Faces of Norwegian Alliance Policy, 1945-1986*. Oslo: National Defence College Norway, [1986].
- Taubman, William. *Khrushchev: The Man and His Era*. New York: Norton, 2003.
- Taylor, Frederick. *The Berlin Wall: A World Divided, 1961-1989*. New York: HarperCollins, 2007.
- Thies, Wallace J. „Crises and the Study of Alliance Politics.“ *Armed Forces & Society* 15, no. 3 (1989): 349-369.
- Thies, Wallace J. *Friendly Rivals: Bargaining and Burden-shifting in NATO*. Armonk: Sharpe, 2003.

- Thomas, Ian Q.R. *The Promise of Alliance: NATO and the Political Imagination*. Lanham: Rowman & Littlefield, 1997.
- Thoss, Bruno und Hans-Erich Volkmann (Hgg.). *Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953-1956*. Boppard: H. Boldt, 1988.
- Thoss, Bruno. „Bündissolidarität und Regionalkonflikt: Die Suche der NATO nach einem System gegenseitiger Konsultation und die Suez-Krise (1955-56).“ *Acta No. 14: Commission Internationale d'Histoire Militaire*, XIVe Colloque Int. d'Histoire Militaire, Montréal 1988: "Conflicts of High and Low Intensity since the Second World War", Bd. II, Ottawa, 1989. 691-710.
- Thoss, Bruno. „Die Doppelkrise von Suez und Budapest in ihren Auswirkungen auf Adenauers Sicherheits- und Europapolitik 1956/57.“ In *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, hrsg. von Winfried Heinemann und Norbert Wiggershaus. München: Oldenbourg, 1999. 573-588.
- Timmermann, Heiner (Hg.) 1961: *Mauerbau und Aussenpolitik*. Münster: Lit, 2002.
- Tinguy, Anne de. *U.S. - Soviet Relations during the Détente*. New York: Columbia University Press, 1999.
- Tompson, William J. *Khrushchev: A Political Life*. NY: St. Martin's Press, 1995.
- Trachtenberg, Marc. „The Past and Future of Arms Control.“ *Daedalus* (Winter 1991): 213.
- Trachtenberg, Marc. *A Constructed Peace: The Making of the European Settlement 1945-1963*. Princeton: Princeton University Press, 1999.
- Trachtenberg, Marc. *History and Strategy*. Princeton: Princeton University Press, 1991.
- Trojanovsky, Oleg. „The Making of Soviet Foreign Policy.“ In *Nikita Khrushchev*, ed. William Taubman, Sergei Khrushchev, and Abbott Gleason, transl. David Gehrenbeck, Eileen Kane, and Alla Bashenko. New Haven: Yale University Press, 2000. 209-241.
- Tuschhoff, Christian. „Alliance Cohesion and Peaceful Change in NATO.“ In *Imperfect Unions: Security Institutions over Time and Space*, ed. Helga Haftendorn, Celeste Wallander, and Robert Keohane. New York: Oxford University Press, 1999. 140-161.
- Tuschhoff, Christian. *Deutschland, Kernwaffen und die NATO, 1949-1967: Zum Zusammenhalt von und friedlichem Wandel in Bündnissen*. Baden-Baden: Nomos, 2002.
- Twigge, Stephen. „Disarmament and Non-Proliferation.“ In *The British Way of Cold Warfare: Intelligence, Diplomacy and the Bomb, 1945-1975*, ed. Matthew Grant. London: York, 2009. 33-50.
- Uhl, Matthias. *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlinkrise 1958 bis 1962*. München: Oldenbourg, 2008.
- Uhl, Matthias und Vladimir I. Ivkin. „Operation Atom: The Soviet Union's Stationing of Nuclear Missiles in the German Democratic Republic, 1959.“ *Cold War International History Project Bulletin* 12/13 (2001): 299-307.
- Uhl, Matthias und Armin Wagner (Hgg.). *Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer: Eine Dokumentation*. München: Oldenbourg, 2003.
- Ulam, Adam B. *Expansion and Coexistence: Soviet Foreign Policy, 1917-73*. 2nd ed. New York: Holt, Rinehart & Winston, 1974.
- Ulam, Adam B. *The Rivals: America and Russia since World War II*. New York: The Viking Press, 1971.
- Vaïsse, Maurice (éd.). *L'Europe et la crise de Cuba*. Paris: Armand Colin, 1993.
- Vaïsse, Maurice et al. (éd.). *La France et L'Otan, 1949-1996*. Paris: Editions Complexe, 1996.
- Vaïsse, Maurice. „Aux origines du mémorandum de septembre 1958.“ *Relations Internationales* 58 (1989): 253-268.
- Vaïsse, Maurice. „La France et le Traité de Moscou, 1957-63.“ *Revue d'histoire diplomatique* 107 (1993): 41-53.
- Vaïsse, Maurice. *La Grandeur: Politique Etrangère de la France 1958-1969*. Paris: Fayard, 1998.
- Vaïsse, Maurice. *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*. Paris: Fayard, 2009.

- Váli, Ferenc Albert. *Bridge Across the Bosphorus: The Foreign Policy of Turkey*. Baltimore: Johns Hopkins University Press, 1971.
- Van Houten, C. „The De Gaulle Memorandum of 1958.“ *Cambridge Review of International Affairs* 7, no. 1 (Summer 1993): 41-49.
- van Oudenaren, John. *Détente in Europe: The Soviet Union and the West since 1953*. Durham: Duke University Press, 1991.
- Varsori, Antonio. „A Minor Ally ? Italy and the Atlantic Alliance from the Collapse of the EDC to the French Decision to Leave NATO (1954-1967).“ In *Von Truman bis Harmel: Die Bundesrepublik Deutschland im Spannungsfeld von NATO und europäischer Integration*, hrsg. von Hans-Joachim Harder. München: Oldenbourg, 2000. 75-90.
- Varsori, Antonio. „Alle origini della prima distensione: La Francia di Pierre Mendès France e la ripresa del dialogo con Mosca.“ *Storie delle relazioni internazionali* 8 (1991): 63-98.
- Varsori, Antonio. „British Policy Aims at Geneva.“ In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 75-96.
- Varsori, Antonio. „Italiens Aussen- und Bündnispolitik 1949-1956.“ In *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten*. München: Oldenbourg, 2000. 239-253.
- Varsori, Antonio. „Le gouvernement Eden et l'Union Soviétique, 1955-1956: De l'espoir à la désillusion.“ *Relations Internationales* 71 (1992): 273-298.
- Varsori, Antonio. *L'Italia nelle relazioni internazionali dal 1943 al 1992*. Roma: Laterza, 1998.
- Villaume, Poul and Odd Arne Westad (eds.). *Perforating the Iron Curtain: European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965-1985*. Copenhagen: Museum Tusculanum Press, 2010.
- Vos, Luc de und Jean Michel Sterkendries. „Aussenpolitik und atlantische Politik Belgiens, 1949-1956.“ In *Nationale Aussen- und Bündnispolitik der NATO Mitgliedstaaten*. München: Oldenbourg, 2000. 177-194.
- Wandycz, Piotr. „Adam Rapacki and the Search for European Security.“ In *The Diplomats, 1939-1979*, ed. Gordon A. Craig and Francis L. Loewenheim. Princeton: Princeton University Press, 1994. 289-317.
- Warner, Geoffrey. „De Gaulle and the Anglo-American 'Special Relationship' 1958-66: Perceptions and Realities.“ In *La France et l'Otan*, éd. Maurice Vaisse. Paris, 1997. 247-266.
- Warshaw, Shirley Ann. *Reexamining the Eisenhower Presidency*. Westport: Greenwood, 1993.
- Weber, Steve. *Multilateralism in NATO: Shaping the Postwar Balance of Power, 1945-1961*. Berkeley: International and Area Studies, University of California at Berkeley, 1991.
- Weeks, Albert L. *The Troubled Détente*. New York: New York University Press, 1976.
- Welch Larson, Deborah. „Crisis Prevention and the Austrian State Treaty“, *International Organization* 41 (1987): 46f.
- Welch Larson, Deborah. *Anatomy of Mistrust: U.S.-Soviet Relations during the Cold War*. Ithaca/London: Cornell University Press, 1997.
- Wenger, Andreas and Jeremy Suri. „At the Crossroads of Diplomatic and Social History: The Nuclear Revolution, Dissent and Détente.“ *Cold War History* 1, no. 3 (2001): 1-42.
- Wenger, Andreas, Christian Nünlist, and Anna Locher (eds.). *Transforming NATO in the Cold War: Challenges beyond Deterrence in the 1960s*. London: Routledge, 2007.
- Wenger, Andreas. „Crisis and Opportunity: NATO and the Multilateralization of Détente, 1965-67.“ *Journal of Cold War Studies* 6, no. 1 (2004): 22-74.
- Wenger, Andreas. „Der lange Weg zur Stabilität: Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa.“ *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46, no. 1 (Januar 1998): 69-99.
- Wenger, Andreas. „Eisenhower, Kennedy, and the Missile Gap: Determinants of U.S. Military Expenditure in the Wake of the Sputnik Shock.“ *Defense and Peace Economics* 8 (1997): 77-100.
- Wenger, Andreas. „The Politics of Military Planning: Evolution of NATO's Strategy.“ In: *War Plans and Alliances in the Cold War: Threat Perceptions in the East and West*, ed. Vojtech Mastny, Sven G. Holtsmark and Andreas Wenger. London: Routledge, 2006. 165-192.

- Wenger, Andreas. *Living with Peril: Eisenhower, Kennedy, and Nuclear Weapons*. Lanham: Rowman & Littlefield, 1997.
- Wettig, Gerhard. *Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963: Drohpolitik und Mauerbau*. München: Oldenbourg, 2006.
- Wettig, Gerhard. „Die sowjetische Politik während der Berlinkrise 1958 bis 1962: Der Stand der Forschungen.“ *Deutschland Archiv* 30, no. 3 (1997): 383-398.
- White, Brian. *Britain, Détente, and the Changing East-West Relations*. London: Routledge, 1992.
- Wiebes, Cees and Bert Zeeman. „I Don't Need Your Handkerchiefs': Holland's Experience of Crisis Consultation in NATO.“ *International Affairs* 66, no. 1 (1990): 91-113.
- Wiggershaus, Norbert und Winfried Heinemann (Hgg.). *Nationale Aussen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten*. München: Oldenbourg, 2000. (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, Bd 2).
- Wiggershaus, Norbert. „Einführung: Zur Konzeption einer Geschichte der Nato.“ In: *Das Nordatlantische Bündnis 1949-56*, hrsg. von Klaus A. Maier und Norbert Wiggershaus. München: Oldenbourg, 1993. 9-13.
- Wiggershaus, Norbert. „Nordatlantische Bedrohungsperzeptionen im 'Kalten Krieg' 1948-1956.“ In *Das Nordatlantische Bündnis*, hrsg. von Klaus A. Maier und Norbert Wiggershaus. München: Oldenbourg, 1993. 17-55.
- Wiggershaus, Norbert. „Zur Konzeption einer NATO-Geschichte.“ In *Nationale Aussen- und Sicherheitspolitik der Mitgliedstaaten*, hrsg. von Norbert Wiggershaus und Winfried Heinemann. München: Oldenbourg, 2000. IX-XVIII.
- Winand, Pascaline. *Eisenhower, Kennedy, and the United States of Europe*. New York: St. Martin's Press, 1993.
- Wise, David und Thomas B. Ross. *The U-2 Affair*. New York: Random House, 1962.
- Wittner, Lawrence S. *Resisting the Bomb: A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1954-70*. Stanford: Stanford University Press, 1997.
- Wohlworth, William C. *The Elusive Balance: Power and Perceptions during the Cold War*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 1993.
- Wolfers, Arnold (ed.). *Changing East-West Relations and the Unity of the West*. Baltimore: John Hopkins Press, 1964.
- Woodhouse, C. M. „Attitudes of NATO Countries Towards the United States.“ *World Politics* 10, no. 2 (1958): 202-218.
- Young, John W. „Cold War and Détente with Moscow.“ In *The Foreign Policy of the Churchill Peacetime Administration, 1951-1955*, ed. John W. Young. Leicester, UK: Leicester University Press, 1988. 55-80.
- Young, John W. „The Geneva Conference of Foreign Ministers.“ In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 271-292.
- Young, John W. *Winston Churchill's Last Campaign: Britain and the Cold War, 1951-55*. Oxford: Oxford University Press, 1996.
- Younger, Kenneth. „Relaxation of East-West Tension and Its Effect Upon the West.“ In *Changing East-West Relations and the Unity of the West*, ed. Arnold Wolfers. Baltimore: John Hopkins Press, 1964. 1-16.
- Zubok, Vladislav M. *A Failed Empire: The Soviet Union in the Cold War from Stalin to Gorbachev*. Chapel Hill: University of North Carolina Press, 2007.
- Zubok, Vladislav M. „The Case of Divided Germany, 1953-1964.“ In *Nikita Khrushchev*, ed. William Taubman, Sergei N. Khrushchev, and Abbott Gleason, transl. David Gehrenbeck, Eileen Kane, and Alla Bashenko. New Haven: Yale University Press, 2000. 275-300.
- Zubok, Vladislav M. and Constantine Pleshakov. *Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev*. Cambridge: Harvard University Press, 1996.
- Zubok, Vladislav M. und Hope M. Harrison. „The Nuclear Education of Nikita Khrushchev.“ In *Cold War Statesmen Confront the Bomb: Nuclear Diplomacy since 1945*, ed. John Lewis Gaddis et al. New York: Oxford University Press, 1999. 141-168.

Zubok, Vladislav M. *Khrushchev's Motives and Soviet Diplomacy in the Berlin Crisis (1958-1962)*. Washington, DC: Woodrow Wilson International Center of Scholars, 1993. (= Cold War International History Project Working Paper, no. 6)

Zubok, Vladislav M. „Soviet Policy Aims at the Geneva Conference 1955.“ In *Cold War Respite: The Geneva Summit of 1955*, ed. Günter Bischof and Saki Dockrill. Baton Rouge: Louisiana State University Press, 2000. 55-74.

### Unpublizierte Dissertationen und Manuskripte

Appleby, Charles A. „Eisenhower and Arms Control, 1953-61: A Balance of Risks.“ Ph.D. Dissertation. Johns Hopkins University, 1987.

Békés, Csaba. „Cold War, Détente, and the 1956 Hungarian Revolution.“ New York: International Center for Advanced Studies, 2002. (= The Cold War as a Global Conflict Working Paper, no. 7).

Brady, Steven J. „The United States, the Federal Republic of Germany, and Détente, 1953-58.“ Unpublished Ph.D. dissertation. Indiana: University of Notre Dame, 1997.

Bronebakk, Markus Bølgen. „Enough is too much: Norway, the United States and the Three Wise Men.“ Unpublished MA thesis University of Oslo, 2011.

Daum, Andreas. „'Atlantic Partnership' or Simply 'A Mess'? Germany, Berlin, and Western Europe in Kennedy's Politics of Détente.“ Paper presented at international conference on „Great Expectations: John F. Kennedy's Thousand Days“, Berlin, 26-28 August 2003.

Dietl, Ralph. „'A Cleverly Concealed Manoeuvre to Keep Europe Dependent on America.' John F. Kennedy and the Atlantic Partnership, 1960-1963.“ Paper presented at international conference on „Great Expectations: John F. Kennedy's Thousand Days“, Berlin, 26-28 August 2003.

Fisher, Robert V. „Foreign Policy as Function of Party Politics: Italy, the Atlantic Alliance, and the Opening to the Left, 1953-1962.“ Unpublished Ph.D. dissertation. Harvard University, 1994.

Jensen, Bent. „The Soviet Union and Denmark During the Cold War: Perception and Policy, 1945-1962.“ Paper presented at international conference „The Nordic Countries and the Cold War: International Perspectives and Interpretations“, Reykjavik, 24-17 June 1988.

Jones, Brian. „Abolishing the Taboo: President Eisenhower and the Permissible Use of Nuclear Weapons.“ Unpublished Ph.D. dissertation. Kansas State University, 2008.

Kamp, Stefan. „Nukleare Teilhabe und politische Konsultation: die Suche nach einer eigenständigeren Identität für die NATO, 1956-1962.“ Unpublizierte Dissertation, Universität Bonn, 1994.

Kaplan, Lawrence S. „Alliances and the United States.“ Address to the Annual Meeting of the Society for Military History, Royal Military College, Kingston, 1993.

Kastner, Jill. „The Ambivalent Ally: Adenauer, Eisenhower and the Dilemmas of the Cold War, 1953-1960.“ Unpublished Ph.D. thesis. Harvard University, 1999.

Lillevik, Line. „Moments of Crisis: John F. Kennedy and the Norwegian Response to the Cold War, 1960-1964.“ Unpublished Ph.D. dissertation. Yale University, 2002.

Locher, Anna. „Which Way Ahead? NATO's Small Allies in Search of a New Meaning for NATO, 1964-1965.“ Paper presented at Annual Meeting of the Society of Historians of American Foreign Relations, Washington, DC, 6-8 June 2003.

Matteson, Robert E. „1955 – A Watershed Year in the History of U.S. Disarmament Policy.“ Unpublished Manuscript, 1979.

Matteson, Robert E. „A Search for Adventure and Service, vol. IV: The Eisenhower Years, 1953-1960.“ Unpublished Manuscript, 1985.

Matteson, Robert E. „Harold Stassen: His Career, the Man, and the 1957 London Arms Control Negotiations.“ Unpublished Manuscript, 1993.

McKnight, Michael E. „United States Security Policy Towards the North Atlantic Treaty Organization during the Kennedy and Johnson Administrations, 1961-1969.“ Unpublished Ph.D. dissertation. Texas A&M University, 1997.



- Morf, Pascal. „Building Bridges: Die amerikanische Deutschlandpolitik unter Lyndon B. Johnson zwischen Allianzpolitik und Détente, 1964-66.“ Unpublizierte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, 2001.
- Naftali, Timothy J. „Kennedy, Khrushchev, and the Antecedents of Détente.” Keynote Speech delivered at the international conference on “NATO, the Warsaw Pact and the Rise of Détente, 1965-72,” Dobbiaco, Italy, 26-28 September 2002.
- Nünlist, Christian. „Transatlantic Debates on the Rise and Fall of Détente, 1961-63.“ Paper presented at international conference on „Great Expectations: John F. Kennedy’s Thousand Days,” Berlin, 26-28 August 2003.
- Nünlist, Christian. „How to React to Khrushchev’s Détente Policy? NATO Debates on Disarmament and European Security 1955-58.“ Paper presented at Annual Meeting of the Society of Historians of American Foreign Relations, Washington, DC, 6-8 June 2003.
- Nünlist, Christian. „Pen Pals: Dean Acheson, Dirk Stikker, and NATO Problems, 1958-1961.“ Paper presented at Annual Meeting of the Society for Historians of American Foreign Relations (SHAFR), College Park, Maryland, 22–25 June 2005.
- Nünlist, Christian. „British Antipathy towards NATO Secretary-General Paul-Henri Spaak, 1957-1961.“ Paper presented at Annual Meeting of the Transatlantic Studies Association, Cork, 9–12 July 2007.
- Priest, Andrew. „Nuclear Initiatives? Kennedy, NATO and the Multilateral Force.“ Paper presented at international conference on „Great Expectations: John F. Kennedy’s Thousand Days,” Berlin, 26-28 August 2003.
- Reyn, Sebastian. „Atlantis Lost: The American Experience with De Gaulle.“ Unpublizierte Dissertation, Universität Leiden, 2007.
- Selva, Douglas E. „A Lost Opportunity for Détente? Kennedy, Khrushchev, and Nuclear Nonproliferation, 1962-1963.“ Paper presented at international conference on „Great Expectations: John F. Kennedy’s Thousand Days,” Berlin, 26-28 August 2003.
- Sinasac, Joseph P. „The Three Wise Men: The Effects of the 1956 Committee of Three on NATO.“ MA Thesis, University of Waterloo, 1989.
- Vaïsse, Maurice. „Détente, French-style.“ Paper presented at the international conference on “NATO, the Warsaw Pact and the Rise of Détente, 1965-72,” Dobbiaco, Italy, 26-28 September 2002.
- von Pagenhardt, Robert. „Toward an Atlantic Defense Community: The First Effort 1960-1966.” Unpublished Ph.D. Dissertation, Stanford University, 1970.
- Wenger, Andreas. „Der Harmel-Bericht: Das Ringen um die politische Rolle der NATO, 1967.“ Vortrag an der ETH Zürich, 21. Januar 2003.
- Willand, Stephen R. „The Soviet Perception of Détente: An Analysis of the Ideological Continuity of the Policy of Peaceful Coexistence from Lenin to Brezhnev.“ Unpublished Ph.D. Dissertation. University of Massachusetts, 1981.



## Lebenslauf

### Christian Nünlist

von Horgen/ZH (Schweiz)

Geburtstag: 21. Juni 1972

#### *Ausbildung*

2000-2005	Universität Zürich, Ph.D. studies (Doktoratsstudium)
1992-1999	Universität Zürich, M.A. (lic. phil.), Studium Allg. Geschichte, Politikwissenschaft, Völkerrecht
1985-1991	Kantonsschule Freudenberg, Zürich (Typus A)
1979-1985	Primarschule Horgen

#### *Jobs*

2013-	Center for Security Studies, ETH Zürich: Think-Tank-Teamleiter „Schweiz und Euro-atlantische Sicherheit“
2009-2013	Aargauer Zeitung / Die Nordwestschweiz: Leiter des Auslandressorts; AZ Medien: Kadermitglied
2007-2009	Aargauer Zeitung / Mittelland Zeitung: Auslandredaktor
2004-2007	Center for Security Studies, ETH Zürich: Senior Researcher
1999-2004	Center for Security Studies, ETH Zürich: wissenschaftlicher Mitarbeiter
1997-2001	Caritas Schweiz, Luzern: Hilfswerksvertreter bei Asylbefragungen

März 2013